ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



Karl Heinz Pfeffer

Die europäische Besinnung

Ingeborg Richarz-Simons

Ideologie und Außenpolitik der USA.

Franz Alfred Six

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1944

★

Kleine Beiträge

Collaboration? Von Karl Epting
Quebec, Vorposten Europas in Amerika.
Brasilianischer Kautschuk. Von Philipp von Luetzelburg

Köpfe der Weltpolitik

Lord Templewood (Sir Samuel Hoare).

Bücher des Monats

Das Jahrbuch der Weltpolitik 1944 – Neue Afrika-Bücher

CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

34. BAND HEFT 10/12 OKTOBER/DEZEMBER 1944

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom

DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und Ministerialrat Professor Dr. W. Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis: das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. vierteljährlich

34. BAND — OKTOBER/DEZEMBER 1944 — HEFT 10/12

Die europäische Besinnung

Von Karl Heinz Pfeffer

Die militärischen Ereignisse des Jahres 1944 haben eine neue politische Lage geschaffen: die erste große Chance des Zusammenwachsens der europäischen Völker unter den Fahnen der stürmischen deutschen Siege der ersten Kriegsjahre ist zu Ende gegangen. Regierungen sind gestürzt, Meinungen haben sich geändert und noch einmal geändert, Fronten sind gewechselt worden. Der Bürgerkrieg zwischen den europäischen Völkern hat sich in die einzelnen Völker selbst hinein verlagert in dem Augenblick, in dem die schützende Hand Deutschlands zurückgezogen werden mußte. Die grausige Vision Lenins, daß der nächste europäische Krieg ein Bürgerkrieg sein werde, scheint wahr werden zu wollen. Der letzte der europäischen Bürgerkriege wird zum kontinentweiten und zum totalen Bürgerkrieg. Der Friede in einer festen Ordnung, den das siegreiche Deutschland bot, ist nicht nur von außen erneut zerbrochen worden, sondern er wurde auch von vielen, zu denen er kam, verschmäht und nicht verstanden. Gewiß, in den Gefängnissen der europafremden Besatzungsmächte, in den Gräbern der Mordopfer, in den Flüchtlingslagern, im Kern der europäischen Festung und ihrer Wehrmacht, in versteckten Bergen der Heimat finden sich noch immer die Männer, die schon vor dem Einzug der deutschen Truppen wußten, daß es in diesem Kriege um mehr ging als um die alten Parolen der Feinde Deutschlands, die während der deutschen Besetzung oder während des deutschen Bündnisses furchtlos für das neue Europa eintraten und deren Treue im Jahre 1944, dem Jahr der großen Bewährung, nicht zu zerbrechen war. Aber trotz der Treue dieser Männer wälzt sich der Krieg noch einmal über Europa, dem er von Rouen bis Bukarest und von Tromsö bis Florenz neue Narben schlägt. Der Krieg versucht aufzuheben, was vier Jahre an fruchtbaren Ansätzen neuen Werdens geschaffen haben. Mit den alten Namen der Politiker erscheinen uralte Parolen wieder. Sollen die jungen Männer aller europäischen Völker, sollen Deutsche und Franzosen, Griechen und Rumänen, Finnen und Norweger, sollen Slowaken und Kroaten, Serben und Ungarn, Niederländer und Esten gefallen sein, damit aller wirre Grenzhaß an allen Grenzen

innerhalb des engen und kleinen Europa wieder auflodert, damit die Interessen volksfremder Mächte an der Glut dieses sinnlosen Hasses ihre Suppe kochen können?

Was die ersten vier Jahre dieses Krieges gebracht haben, kann der Rückzug des fünften Jahres nicht ungeschehen machen. Die deutschen Soldaten haben von Narvik bis Athen und von Bordeaux bis Reval eine Botschaft getragen, die nicht mehr untergehen kann. Europa weiß heute, daß es zusammengehört. Einbrüche der Fremden von außen, Bürgerkrieg mit den Gestrigen im Inneren können dieses Wissen nicht mehr töten. Europa hat ein gemeinsames Verteidigungssystem, ein gemeinsames Verkehrssystem, den gemeinsamen Einsatz von Bodenschätzen und Arbeitskräften, die zentrale Bindung der Währungen, es hat die gemeinsame Gefahr, es hat die gemeinsame Tradition, es hat eine gemeinsame Idee Jahre hindurch am eigenen Leibe gespürt. Die Spuren dieses gemeinsamen Lebens sind nicht mehr auszulöschen. Sie sind untergepflügt worden von einer neuen Pflugschar des Krieges. Aber unter den Schollen der neu umbrochenen Erde liegt die Saat der Zukunft unzerstörbar. Das alte Unkraut, das auf ihnen zu wuchern beginnt, wird sich nicht halten können, wenn die Saat aufgeht.

Es kommt also darauf an, den gegenwärtigen Augenblick der europäischen Geschichte nicht als Ende, sondern als Reifezeit aufzufassen. Im ersten Ansturm sind Möglichkeiten ausgeworfen worden, die zunächst nicht reifen konnten. Sie werden untergepflügt und damit doch auch vor Verdorrung und Vernichtung geschützt. Nach den Erfahrungen des stürmischen Frühlings kann die kommende Erntezeit besser geplant werden. Die gegenwärtige Pause ist keine Pause des Verzichts oder der Verzweiflung, sondern eine Pause der Besinnung und des neuen besseren Anfangs. Wen der Rückschlag dieses Jahres nicht umgeworfen hat, der ist durch ihn stärker geworden.

Diese Besinnung ist jedem europäischen Volk aufgegeben. Es gibt keines, das nicht Fehler gemacht hätte. Es gibt keines, das nicht durch bitterste Erfahrungen seine Illusionen loswerden muß. Es gibt aber auch keines, das nicht gerade in diesem Jahre schwere Opfer für das gemeinsame Neue gebracht hat. Unverständnis und Enge, Rückwärtsgewandtheit und Ungeschicklichkeit, Zaudern und Bequemlichkeit werden aufgewogen durch die zerstörten Städte, die bei der Arbeit getöteten Männer und Frauen, die im Felde Gefallenen, die von Banditen Ermordeten, die vom Standgericht Erschossenen. Die Zerreißprobe dieses Jahres hat überall Schwache gefunden. Kein Volk hat das Recht, auf ein anderes mit dem Finger zu zeigen und es eine Nation von Verrätern zu nennen. In jedem Volk haben sich Feiglinge und Überläufer gefunden. Aber in jedem Volk haben sich Männer gefunden, die unverrückt die Fahne der Zukunft festhielten. Sie sind in die Fremde, in die Gefängnisse, in den Tod gezwungen worden, aber sie haben ihrem Volke das Recht an der gemeinsamen Zukunft gesichert.

Um dieser Zukunft willen ist es nötig. daß nicht diesem oder jenem kleinen Volk das Versagen vor dieser oder jener Aufgabe, daß auch nicht dieser oder jener Regierung diese oder jene Fehlentscheidung vorgerechnet wird, sondern daß der gemeinsame Wille zur Zukunft bestimmte Grundergebnisse seiner vergangenen ersten Chance klar erkennt. Auf Grund dieser Erkenntnisse kann er dann zu einer politischen Umgruppierung kommen, die wie eine militärische Umgruppierung am Ende der einen und vor Beginn der nächsten Phase des Kampfes notwendig ist.

Die erste Grunderkenntnis gilt der Unentbehrlichkeit des europäischen Nationalismus. Das gemeinsame Europa darf den Nationalismus der europäischen Völker nicht vernichten, aber es muß ihn „aufheben" im Hegelschen Sinne des Wortes, bestehen lassen und als lebendiges Element in eine größere Einheit einführen. Die Feinde Europas putschen den Nationalismus mancher Völker zu selbstmörderischem Wahnsinn hoch und lassen ihn sich verbluten.

Dieselben Feinde Europas verkünden als Kriegsziel die Auslöschung ganzer Völker, die rationale Organisation des Erdteils ohne Rücksicht auf nationale Traditionen, sie fordern von den eigenen Verbündeten die Aufgabe ihrer selbst. Die Vertreter der europäischen Zukunft dagegen sind weder bereit, einen anarchischen Nationalismus die gemeinsame Ordnung zerbrechen zu lassen, noch ein Europa ohne seine nationalen Elemente aufzubauen. Sie hätten es in der Vergangenheit oft einfacher haben können, wenn sie wie ihre Gegner ohne Scham die Vernichtungsinstinkte des zuchtlosen Nationalismus der europäischen Anarchie für sich mobilisiert oder wenn sie ohne Sorge um nationale Gefühle und Empfindlichkeiten traditionslos Grenzen eingerissen und Menschen verpflanzt hätten. Sie sind den Weg gegangen, den ihnen ihr Gewissen vorschrieb. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß nur dieser Weg in eine europäische Zukunft führt, daß ein Abweichen von dieser Grundlinie nach der einen oder anderen Seite tödliche Gefahren in sich schließt.

Die Krise des Nationalismus in Europa ergibt sich selbstverständlich im Zeitalter der enger werdenden Räume und der außereuropäischen kontinentalen Zusammenschlüsse. Das Recht des Nationalismus in der europäischen Geschichte muß neu geprüft werden, wenn der Luftverkehr von einem Ende des Erdteils zum anderen nur Stunden braucht, wenn der Rundfunk jedes europäischen Landes mühelos in jedem anderen gehört werden kann, wenn die absoluten Wirtschaftsgrenzen die wirtschaftliche Vernichtung aller bedeuten, wenn nur politische Zusammenschlüsse mit großen Menschenballungen in der Weltpolitik noch Sitz und Stimme haben. Die Pariser Vorortdiktate von 1919 haben Europa zerstückelt, indem sie dem Nationalismus vermeintlich Recht gaben, indem sie angeblich jede Irredenta heimkehren ließen und jeder Völkerschaft einen eigenen Staat bescherten. Diese Geschenke der europafremden Diktatoren von 1919 waren Danaergeschenke. Wo den Inhabern der Macht die völkische Ordnung Europas nicht in ihr Spiel paßte, da schufen sie künstliche Völker wie die „Tschechoslowaken" oder „Jugoslawen". Wo die Volksgrenzen ihren strategischen Interessen nicht entsprachen, zwangen sie fremde Völker in künstliche Staatsgebilde hinein oder verkündeten sie das Recht auf historische Grenzen. Echte geschichtliche Lebensgemeinschaften zwischen Völkern und Völkerschaften aber rissen sie auseinander. Ihr Nationalitätsgedanke war nicht wie der Volkstumsgedanke ein echtes Ordnungsprinzip, sondern ein Mittel zur mechanischen Atomisierung. Das Zeitalter, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker triumphieren sollte, wurde zur Zeit der wildesten Nationalitätenkämpfe, die Grenzen standen in Flammen, nur innereuropäische Rüstungen konnten „Sicherheit" gewähren.

Die mechanische Verwirklichung der Ansprüche des europäischen Nationalismus hat ein solches Zerrbild des geschichtlichen Europa geschaffen, daß man den Nationalismus vernichten zu müssen glaubte. Auch dieser „internationale" Gedanke war mechanisch und geschichtsfremd. Das Genfer Mehrheitsprinzip und der Plan der „Internationalen Polizeitruppe", die Sanktionsverpflichtung und die Fixierung des Status quo, der Kriegsausweitungswille und die ideenlose Gleichsetzung unvergleichbarer sozialer und kultureller Gegebenheiten tarnten dabei nur die Tatsache, daß in Wahrheit der Nationalismus durch den unbedingten Machtanspruch weniger Großmächte „überwunden" werden sollte, die nicht kraft Berufung führen, sondern kraft Macht herrschen wollten.

Der anarchische Nationalismus von 1919 und die ebenso anarchische und mechanische „Überwindung des Nationalismus" von 1919 haben gemeinsam Europa in den gegenwärtigen Krieg gestürzt. Der rabiate und geschichtsfremde Nationalismus der Polen hat gemeinsam mit dem Paktmechanismus der Westmächte den Anlaß zu diesem Krieg gegeben. Der echte europäische Nationalismus geht andere Wege.

Er ist als geschichtliche Kraft erst 150 Jahre alt. Die Levée en masse der Franzosen, der Volksaufstand der Spanier und Deutschen gegen Napoleon, das

italienische Risorgimento stehen an seinem Anfang ebenso wie die Kämpfe der südosteuropäischen Völker gegen die Oberhoheit des Osmanenreiches. In den letzten Jahrzehnten des 18. und den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurden die europäischen Völker selbst in die Kadres der aktiven Geschichtsträger einbezogen. Die Massenheere stützten sich auf das Volksaufgebot, der politische Wille suchte sich in der Stimme des Volkes zu begründen, in den Fabriken wurde die Volkskraft planmäßig und diszipliniert zur Erweiterung des Lebensraumes eingesetzt, Geburt und Tod kamen vor das Auge der Geschichte, indem die Zusammenhänge von Zeugung, Fortpflanzung und Tod mit Nahrung und Arbeit, mit Krieg und Frieden gesehen wurden. In dieser Zeit, in der die Massen zu wiegen begannen, in der die Völker wach wurden, begannen sie nach sich selbst zu fragen. Sie suchten nach den Grenzen ihres Leibes und ihres Geistes, den Wirkungen ihrer Leistung, den Gesetzen ihrer Geschichte. Die Deutschen erwachten zum Bewußtsein ihrer Volkheit, die Franzosen begriffen sich als Nation, andere Völker gaben sich andere Namen. Jedes Volk glaubte, jenseits der Grenzen seiner selbst ähnliche Wesen zu sehen, die Deutschen sahen neben sich Völker, die Franzosen Nationen. Es ist viel geschrieben worden über den Unterschied des deutschen Volksbegriffes vom französischen Nationsbegriff. Das Geschriebene ist richtig, soweit es sich um eine dogmatische Deutung handelt. Es war auch notwendig, weil unechte Überlagerungen und unbegründete Herrschaftsansprüche abgewehrt werden mußten. Aber es hat heute wenig Sinn, um Worte zu streiten. Sowohl die Deutschen als auch die Franzosen übertrugen den Begriff, mit dem sie sich selbst verstanden, auf ihre Nachbarn. Nur wenige Nachbarn waren stark genug, unbekümmert um diese Übertragungen nur sich selbst treu zu bleiben und eigene Deutungen ihrer geschichtlichen Existenz zu finden. Viele nahmen die Übertragungen an und wollten Volk sein wie die Deutschen oder Nation wie die Franzosen, obwohl Herkunft, Art oder Umstände ganz anders waren als bei Deutschen und Franzosen. Jedenfalls wurde klar, daß Völker, Nationen, Volkstümer, Völkerschaften die Geschichte zu tragen hatten, daß eine feste Ordnung erst dann an die Stelle des zerbrechenden europäischen Staatensystems treten könne, wenn der Drang der Völker und volkähnlichen Gemeinschaften nach geschichtlicher Integration erfüllt sei. Die Einigungskriege der Deutschen und Italiener bestimmten einen guten Teil der europäischen Geschichte im 19. Jahrhundert. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vollzogen sich weitere Volkwerdungen oder mindestens Sammlungen von Völkern in politischen Gebilden. Die endgültige gesamtdeutsche Zusammenfassung konnte erst 1940 vollendet werden.

In derselben Zeitspanne, in der ein Nationalismus erwachte und als Kraft die europäische Geschichte in ihren inneren Auseinandersetzungen und Grenzbereinigungen zu treiben trachtete, schien doch dieser Nationalismus, der den kleinen Kontinent Europa in sich aufspaltete, schon unzeitgemäß. Die Historiker nennen die Zeit, in der erst eigentlich der Nationalismus seine großen Siege zu erringen schien, das Zeitalter des Imperialismus. Der kleinräumige Nationalismus, der in Europa sich in Fragen der Nationalität, Minorität und Irredenta erschöpfte, führte schon um 1890, als der Aufmarsch der Großmächte zur entscheidenden Auseinandersetzung begann, nur noch ein Scheindasein. Die Franzosen, die gerade noch mit Gebietsbefreiung und Völkerbeglückung die geistige Kriegsführung von 1914 bis 1918 zu bestreiten versucht hatten, sehen sich genötigt, in Genf ein „Paneuropa" zu predigen, und verkauften sich und ihre Schutzbefohlenen dem mechanischen Internationalismus. Wenn die Deutschen das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das vom Westen her verkündet war, in Anspruch nahmen, dann glaubten die „Siegermächte" die Allgemeingültigkeit dieses Rechtes wieder abstreiten zu können (so wie heute Churchill ja ausdrücklich die Versprechungen der Atlantikerklärung als für Deutsche nicht gültig erklärt hat). So blieb der Westen dem verkündeten Nationalismus nicht treu. Wenn ein Zwergstamm ein altes Reich ungestraft sprengen konnte, indem

er sich nur zum „Volk“ erklärte, dann meinten ihrerseits am Ende auch die Deutschen, der Volksbegriff könne nicht allgemein sein, sondern müsse wieder wie an seinem Anfang nur auf sie selbst bezogen werden. Der Nationalismus der anderen kam bei jedem europäischen Volk in Mißkredit. Wenn man von der Überwindung des Nationalismus als europäische Notwendigkeit sprach, meinte man meist den Nationalismus der anderen.

Zwei Erkenntnisse ergaben sich aus der Geschichte der 150 Jahre von 1790 bis 1940: Der Nationalismus war eine wesentliche Triebkraft der europäischen Geschichte geworden, und der ungezügelte Nationalismus drohte jedes gemeineuropäische System zu sprengen. Die Fehler in den Versuchen europäischer Zusammenarbeit seit 1940 ergeben sich daraus, daß nur die eine oder nur die andere dieser Erkenntnisse gesehen werden, daß der innere Zusammenhang von Freiheit und Ordnung, dieser Grundzusammenhang allen politischen Lebens, nicht gesehen wird.

Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts ging in Frankreich von der Gleichheitslehre aus und verfiel ihr in Deutschland wenigstens nachträglich. Im schillernden Durcheinander der Begriffe setzte er Volk und Nation immer wieder gleich Masse. Er verband sich mit der liberalen Bewegung des Bürgertums und überlagerte die von ihr beherrschten politischen Kräfte der Arbeiterschaft im Westen, des Bauerntums im Osten Europas. Er glaubte, sich gegen Führung und Ordnung im Zusammenleben der Völker wenden zu müssen, und sprengte alte Reiche auseinander. Er genügt nicht.

Noch weniger genügt seine Ablehnung. Die Völker Europas wissen heute, wer *sie* sind. Sie lassen sich von keiner Überredung zur Selbstaufgabe bringen. Wer sie vernichten will, müßte Mann für Mann bis zu dem letzten, der dann immer noch die Fahne seines Volkes hochhält, vernichten. Europa geht unter, wenn es nicht auf seine Völker gegründet wird.

Es ist oft gesagt worden, der Nationalsozialismus habe den völkischen Gedanken verraten, als im März 1939 seine Regimenter nach Prag marschierten. Das Gegenteil ist richtig. Der Nationalsozialismus hat damals den allein möglichen europäischen Nationalismus, den geschichtlichen, gegen den doktrinären und damit anarchischen gesetzt.

Der deutsche Volksbegriff ist ursprünglich nicht egalitär, doktrinär, ungeschichtlich gewesen. Er ist viel zu sehr aus der Erfahrung des um sein Leben kämpfenden Volkes geboren worden, als daß er den Anspruch einer allgemeingültigen Theorie hätte aufstellen wollen. Ein Mann wie *Ernst Moritz Arndt* hat sehr klar um den Zusammenhang von Ordnung und Freiheit, von Lebensrecht und Macht, von naturgegebener und naturbestimmter Eigenheit und Pflicht zu geschichtlicher Bewährung gewußt. Auch in den anderen Völkern ist das Wissen um ihr geschichtliches Dasein als Grundlage des bewußten Nationalismus nicht als doktrinärer Anspruch entstanden, sondern als funktionelle Waffe im eigenen Selbstbehauptungskampf. Wenn der liberale Nationalismus den Völkern ihr Selbstbewußtsein entriß und es zu einem doktrinären Sprengstoff gegen die europäische Ordnung umformte, dann trifft die völkische Idee keine Schuld. Die echte völkische Idee weiß, daß jedes Volk Europas eigener Art ist, damit auch seinen eigenen Platz im Ganzen haben muß. Die Völker selbst gäben dieselbe Antwort, wenn man sie unmittelbar und ohne Umweg über ihre überfremdeten Doktrinäre fragen würde.

Der liberale Nationalismus will nur die eigene Nation, damit die Vernichtung der europäischen Lebenswelt, in der allein die eigene Nation weiterleben kann. Der völkische Nationalismus will Europa, damit die Garantie des Weiterlebens seines Volkes. Er will die Nation in ihrer geschichtlichen Wirklichkeit, also eingeordnet an ihrem Platz in die europäische Lebensgemeinschaft. Der echte tschechische Nationalist kann sich Böhmen nur in der Lebensordnung des Reiches vorstellen, er will das Reich, weil er das Leben seines Volkes will. Der doktrinär-liberale „Patriot“ verkauft die Zukunft seines Volkes den Frem-

den aus kleinem Ressentiment gegen die große Ordnung, in der allein sein Volk leben kann. Der doktrinär-liberale „Patriot" Frankreichs stiert auf alte Grenzlinien und mordet Volksgenossen um längst vergangener Fragen willen. Der echte französische Nationalist findet die Sicherheit für die Zukunft seines Volkes im Frieden an der Ostgrenze und den großen gemeinsamen Aufgaben der europäischen Zukunft. Der anarchistische Nationalist, der sich gern „Patriot" nennt, schickt die Söhne seines Landes in das Maschinengewehrfeuer der Ordnungsmacht und läßt sie morgen durch die Fremden, deren Interessen sie gedient haben, schmählich verraten. Der echte Nationalist kämpft um den Frieden für seine Heimat.

Es kommt darauf an, daß der Nationalismus der europäischen Völker erkennt, auf welche Seite er in diesem Kriege gehört. Er gehört zu Europa und nicht zu Welten, die in Volk oder Nation nur Phantastereien oder Betrug sehen. Er kann seinem Volke nur dienen, wenn er Europa dient. Dieses Gesetz gilt für die großen Völker Europas ebenso wie für die kleinen, für die „Nationen" ebenso wie für die „Völker". Es gilt zuerst für die beiden großen Völker, die sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert, während riesige Gefahren für beide am Himmel standen, die Führung Europas streitig machten, für Deutsche und Franzosen. *Sicherheit gegen das Reich gibt es in Europa nicht, nur Sicherheit mit dem Reich.* Der europäische Nationalismus darf nicht vernichtet, sondern er muß „aufgehoben" werden, er muß als Grundkraft unseres Erdteils bleiben, indem er eingeht in die europäische Ordnung.

Im Zeitalter des Hochkapitalismus war der liberale Nationalismus in wirtschaftlichen Dingen besonders empfindlich. Die Staatengebilde des Versailler Systems verschanzten sich hinter Hochschutzwällen und bemühten sich, nach dem Muster der britischen Industriegesellschaft ein eigenes Industrie- und Kommerzsystem en miniature zu errichten. So wie jede Hauptstadt ihr „Ritz" und ihr „Bristol" hatte, so wollte jeder Kleinstaat eine wirtschaftliche Eigenmachtstellung wie die Englands.

Das Gegenmittel gegen den selbstmörderischen Irrsinn der kleinstaatlichen Autarkiebemühungen schien nur ein radikaler Abbau aller Wirtschaftsschranken zu sein. Die Forderung nach Großwirtschaftsräumen erhob sich und wurde oft so begriffen, daß in ihnen nun endlich die Eigensüchte der Nationen vernichtet werden sollten. Eine zentrale Planung sollte nach Gesichtspunkten wirtschaftlicher Rationalität ohne Rücksicht auf nationale Ansprüche Arbeit und Reichtümer des Gesamtgebiets einsetzen.

Gegen diese Forderung hatten die Kleinen Bedenken. Sie fügten sich notgedrungen, aber murrend. Sie nutzten jede Gelegenheit zur Sicherung eigener Stellungen in dem werdenden großen Gebilde. Am Ende bekamen auch die Großen selbst Sorge und fragten nach den Rücksichten auf ihre strategischen und sozialen Notwendigkeiten in der zentral geplanten, arbeitsteiligen Großraumwirtschaft, die auf dem Programm stand.

Große und Kleine hätten allerdings Grund zur Sorge, nähme man einmal an, die Pläne der Feinde Europas würden Wirklichkeit. In ihnen hebt man den Nationalismus nicht auf, sondern man vernichtet ihn. Dort ordnet man nicht die europäischen Nationalwirtschaften, sondern man zerschlägt sie zugunsten eines mechanischen Systems. Erst wenn die Friedenspläne der Konferenzen, die in den Vereinigten Staaten einander ablösen, einmal Wirklichkeit werden könnten, müßte der europäische Wirtschaftsnationalismus einsehen, welche Freiheit ihm selbst noch die Kriegswirtschaft des Reiches gelassen hat.

Nur eine europäische Zusammenarbeit gibt *den nationalen* Wirtschaften Europas ihre Möglichkeit. Ohne sie verkümmern sie entweder in kleiner Enge, oder sie werden zerschlagen in den doktrinären Planungen der europafremden Weltorganisatoren. Die europäische Ordnung ist umgekehrt nur möglich ohne das Prinzip der Ausbeutung einer Volkswirtschaft durch die andere. Sie muß die Gesundheit und selbständige Kraft ihrer Glieder wollen, um selbst leben

zu können, so wie ein Staat auf die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Kraft seiner Landschaften und Städte angewiesen ist.

In dieser Pause der Besinnung muß sich also Europa darauf besinnen, daß es politisch, geistig und wirtschaftlich ohne den Nationalismus seiner Völker nicht leben kann, daß aber dieser Nationalismus aufgehoben sein muß in der größeren Einheit der um die Mitte des Erdteils geordneten Lebensgemeinschaft. Was die Predigt der Deutschen nicht vermochte, was der Zwang des Krieges oder menschliche Schwäche verschleierte, was starre Blindheit nicht sehen wollte, wird vielleicht sichtbar werden, wenn die fremden Okkupationsheere Politik und Geist und Wirtschaft der durch sie von der Mitte abgerissenen Völker zerstören.

Die zweite Grunderkenntnis in der Pause der Besinnung gilt der Unausweichlichkeit einer sozialen Neuordnung. Es hat noch 1939 und 1940 zahlreiche bürgerliche Kreise bis weit in die gut bezahlte Facharbeiterschaft in vielen Ländern Europas gegeben, die glaubten, die lästige Störung des Krieges werde bald vorüberziehen und danach könne die alte Welt so weiterleben wie vor dem Kriege. In England selbst, das als Vormacht dieser bürgerlichen Welt galt, zerbrach die Illusion von der Wiederkehr des Paradieses bald nach Dünkirchen, spätestens im Winter 1940/41, als unter der Wirkung der deutschen Luftangriffe das soziale Gefüge der Insel auf die Probe gestellt wurde und als klar wurde, daß die Männer und Frauen, die im Luftkrieg kämpften, nach dem Kriege ihre Forderungen stellen würden. Jahr um Jahr verging, ohne daß die erhoffte Wiederkehr des Alten eintrat. Als schließlich die fremden Heere wieder landeten, stützten sie sich nicht auf die Bürger, die für ihren Sieg nur gebetet hatten, sondern auf die bewaffnete Unterwelt, die sich die einmal gewonnenen Waffen nicht gutwillig wieder aus den Händen nehmen ließ. Die Erschießung von *Pucheu* in Nordafrika war ein klares Signal dessen, was kommen sollte. Bürgerkrieg im Südosten, in Frankreich, Italien zerstört die Hoffnung auf die Wiederkehr des Vergangenen. In England wird *Winston Churchill* immer lauter bescheinigt, er dürfe zwar den Krieg führen, aber nicht mehr die innere Neuordnung im Frieden in die Hand nehmen. Länder, die nicht bereit waren, mit sozialistischer Härte in den Alltag ihrer Bürger einzugreifen, erlagen dem Ansturm der Gegner. Die großen Massenwanderungen des Krieges, der Luftkrieg, die Blutopfer der Familien, die Kriegssteuern, die Warenverknappung haben eine Umwertung und Umschichtung der Vermögen und der Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten eingeleitet, die sich in einem sozialen Umschwung auswirken muß. 1940 war der Krieg wie ein schnelles Gewitter über die alte Welt gejagt, die sich nach ihm wieder aufzurichten versuchte. Inzwischen hat er vier Jahre schwer und formend gelastet. Wenn sein Druck verschwindet, steht keiner wieder so auf, wie er vordem war.

Der altgewordene Kapitalismus ist ideenarm und weiß über dürftiges Flickwerk einzelner Sozialreformen hinaus nicht, wie er den Ruf nach Neuem auffangen soll. Aus der völligen Ideenarmut der Feinde Europas im Westen erklärt sich, daß die Ratlosigkeit nach dem Gedankengut des Bundesgenossen im Osten greift. Selbst in den Inseln der bürgerlichen Hoffnungen, die sich an einigen isolierten Punkten der Welt gehalten haben, wird die Beschäftigung mit sowjetischen Gedanken und Experimenten Mode. Die Sowjetunion hat gezeigt, daß sie mit den ihr eigenen Mitteln eine schlagkräftige Wehrwirtschaft aufbauen kann, also bewundert sie der Bürger, der das mit seinen Mitteln nicht konnte. Die nächste Frage wird dann lauten: Da wir doch die alte Welt nicht wiederherstellen können, da wir doch ein paar Schritte zum Sozialismus gehen müssen, — wäre es dann nicht das beste, wir gingen gleich den ganzen Weg? Mit Sozialismus ist dabei nicht die brüderliche Gemeinschaft und kameradschaftliche Geschlossenheit gemeint, die man darunter verstehen kann, noch weniger eine sozialdemokratische Sozialreform, sondern ein autoritärer Einsatz des gesamten Wirtschaftsapparates, das heißt am Ende aller Arbeitskraft, für

die von einer kleinen Führungsschicht befohlenen Zwecke. Wenn man schon nicht den Reichtum besitzt, den man Amerika nachsagt — und man besitzt ihn nicht —, dann glaubt man, sich in der Welt nur mit sowjetischen Methoden behaupten zu können. Der Reaktionär von gestern wird zum Bolschewisten von heute.

Hier wirkt im Sozialen die gleiche geschichtsferne Haltung wie im Nationalen. Man kennt Rußland nicht und glaubt, die kolonialen Möglichkeiten Sowjetrußlands, die allein die Wirtschaftskraft der Sowjetunion ermöglichten, in dem komplizierten Apparat einer kleinräumigen europäischen Volkswirtschaft herstellen zu können. Wenn man schon nicht individualistischer Farmer bleiben kann, dann will man Manager eines großen Kolchosbetriebes werden. Wenn man schon nicht die eigene Uhrenfabrik weiterführen darf, dann sehnt man sich nach einem Direktorenposten in einem Kombinat, das allerdings für die Augen eines Mannes aus dem Kusnezkgebiet ebenso lächerlich winzige Ausmaße haben dürfte wie ein französischer Handwerksbetrieb für einen amerikanischen Eisenbahnkönig. Der bürgerliche Bolschewismus der Verzweiflung bringt die echten Kapitalisten ebenso wie die echten Bolschewisten nur zum Lachen. Es gibt nur eine Antwort auf ihn: Sein Wille zur Selbstaufgabe wird zur Kenntnis genommen. Nach der Kapitulation werden dann die kolonialen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß ein bolschewistischer Apparat erfolgversprechend arbeiten kann.

Das aber bedeutet die Vernichtung Europas. *Das Eigentum und die selbstverantwortliche Arbeit sind die Grundpfeiler der europäischen Gesittung gewesen.* So sehr sich die Völker untereinander bekämpften, so sehr waren ihnen doch bestimmte Grundformen des sozialen Lebens gemeinsam: die mit Vermögen begabte Familie und die Arbeit als freudiges Tun eigener Berufswahl sind Wirklichkeit oder mindestens Wunschbild beim finnischen Bauern und beim italienischen Arbeiter, beim niederländischen Kaufmann und beim griechischen Seefahrer. Wer diese Grundpfeiler aufgibt, gibt Europa auf. Er trägt bei zur Versteppung des sozialen Lebens.

Sowenig wie der echte Nationalismus vernichtet werden darf, sowenig dürfen die bürgerlichen Tugenden verlorengehen. Was die bürgerliche Welt zu ihren großen Leistungen, zu Erfindung und Entdeckung, zu Aufbau und Durchformung, zu Verdienst und Erfolg befähigte, ist nicht abzulehnen, sondern „aufzuheben". So wie der nationale Gedanke des 19. Jahrhunderts nicht verschwinden darf, sondern eingehen muß in das neue Europa, so darf auch die Sittlichkeit der europäischen Bauern und Arbeiter, Industriellen und Kaufleute, Beamten und Geistesarbeiter, die im 19. Jahrhundert die große Industriegesellschaft und ihre Auswirkung über die ganze Erde aufbauen konnte, nicht untergehen. Sie kann nur bewahrt werden in einer neuen Sozialordnung, die bei aller Vielfalt der europäischen Völker die Grundidee eines nationalen Sozialismus festhält. Wenn diese Sittlichkeit, die Keimzelle der Größe Europas in der Welt, starr an ihren liberal-kapitalistischen Überzeugungen festhält, verkommt sie allmählich oder geht sie im Sturm des äußeren Angriffs unter. Wenn sie glaubt, sich mit bolschewistischen Methoden wehren zu müssen, und meint, den Bolschewismus dann von sich aus durchdringen zu können, vernichtet sie sich selbst in einem lächerlichen und kleinen Abklatsch der kolonialen Chancen Rußlands. Sie kann nur bestehen bleiben, wenn sie ihren eigenen Weg, den europäischen, den nationalsozialistischen Weg geht, nicht den Weg ins Maquis und die Sabotage, die Zwangsvollstreckung und die Staatsfabrik, sondern den Weg zur verpflichteten Wirtschaft.

Der Nationalsozialismus lehnt jede Romantik ab und bekennt sich zur Technik. Aber er will die Technik nicht zum Herrn, sondern zum Diener der Menschen machen. Der Nationalsozialismus nimmt seine Fabriken in Pflicht und erhält doch die Unternehmerinitiative. Der Nationalsozialismus will sein Bauerntum nicht zu einem individualistischen Marktfarmertum verwildern lassen, es aber

auch nicht in der Kolchose vernichten, sondern es auf freien Höfen als Lehensträger völkischen Erbes und völkischer Verpflichtung aufbauen. Er glaubt nicht nur, sondern er weiß es, daß ein freiwilliger Soldat besser kämpft als ein gezwungener, daß ein freier Arbeiter besser arbeitet als ein versklavter. Er will seine Volksordnung auf die Ehre und die Sittlichkeit, den Leistungstrieb und die innere Bindung hochwertiger Menschen aufbauen und nicht auf die menschenverachtenden Berechnungen des Antreibers. Er ruft die Dienstpflichtigen auf und zieht die Verpflichteten ein, aber er entläßt sie auch wieder nach Ableistung ihres Dienstes. In den kommenden Jahrhunderten der großen interkontinentalen Kraftproben kann Europa sich nur halten, wenn es nicht nur in bourgeoiser Müdigkeit verweichlicht und nicht in bürokratischer Menschenverachtung vergewaltigt wird, sondern wenn seine schöpferischen Kräfte zu freudiger Leistung gelöst, dann aber auch planmäßig eingesetzt werden. Es handelt sich dabei weniger um ein Programm einzelner Maßnahmen, das von Land zu Land verschieden sein muß, als vielmehr um eine soziale Idee, um die Vorstellung einer sozialen Lebensform, die allen sozialen Schichten und allen völkischen Gruppen unseres Erdteils gleich verständlich ist. Um sie geht der Kampf.

In den letzten vier Jahren hat man den Deutschen oft vorgeworfen, daß sie keine europäische Charta verkündeten. Sie müßten ein Programm aufstellen mit konkreten Versprechungen, um Anhänger in Europa zu gewinnen. *Die Deutschen haben die Agitation mit Zukunftsmusik ihren Gegnern überlassen und die Welt über die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, nicht mit albernen Worten betrogen. Sie haben für Europa weniger ein Programm als vielmehr eine Idee. Diese Idee ist die europäische Idee selbst, nichts anderes.* Der Mensch Europas kennt als höchsten Wert das Wesen seines Volkstums, zu dem Glaube und Sitte ebenso gehören wie das Bewußtsein der heimatlichen Landschaft, der großen Geschichte und der zukünftigen Berufung. Der europäische Nationalismus kämpft in jedem einzelnen Manne für diesen höchsten Wert. Er ist das eine Kernstück der europäischen Idee. Der Mensch Europas lebt seinen Alltag nicht unter Zwang, sondern in freiwilliger Leistung um den Lohn des Eigentums und der Familiengründung willen. Der europäische Sozialismus kämpft um die Erhaltung dieses alltäglichen Lebensgrundes. Er ist das andere Kernstück der europäischen Idee.

Die Nationalisten, die gegen Europa kämpfen, das von seiner Mitte aus gestaltet wird, kämpfen gegen sich selbst. Die Sozialisten, die dem kolonialen Ausbeuterkapitalismus oder dem kolonialen Planstaat des Ostens den Weg in unsere Heimat bahnen wollen, verraten ihre eigenen Ideale. Die Not der kommenden Jahre wird bringen müssen, was die leichtere, erste Chance der europäischen Zusammenarbeit nicht gebracht hat. Im Feuer der Erschießungskommandos, in der Härte der Enteignung und der Zwangsarbeit, in der verständnislosen Zerstörung der Bauten und der Familie wird sichtbar werden, wofür Deutschland kämpft und wofür Franzosen und Norweger, Kroaten und Letten an allen Fronten des europäischen Kriegs neben Waffengenossen aus allen Völkern sterben. Deutschland selbst wird sich in diesen schweren Monaten nicht nur seines Willens und der Notwendigkeit zu eiserner Rücksichtslosigkeit bewußt, sondern auch der eigentlichen Größe seines Auftrags, der manchmal vom Rausch des Sieges umnebelt schien. Wo seine Soldaten nicht mehr überall in Europa stehen, weiß es um so eher, daß es mit seinem Kampf um die eigene Selbstbehauptung um das Fortbestehen Europas kämpft. Männer aller europäischen Sprachen arbeiten in seinen Fabriken und an seiner Erde, kämpfen und sterben neben seinen Söhnen in der Schlacht oder erleiden den einsamen Opfertod für ihre europäische Gesinnung durch die Kugel des Mörders oder des Henkers. *Arbeit, Kampf und Tod in der europäischen Gemeinsamkeit von heute sind die Garantien dafür, daß morgen endgültig alle Männer Europas, die ihr eigenes Volk lieben und in sozialistischer Bereitschaft das Neue bauen wollen, zu uns gehören werden.*

Ideologie und Außenpolitik der USA.

Von Ingeborg Richarz-Simons

Ende März dieses Jahres hat Staatssekretär *Cordell Hull* sich veranlaßt gesehen, nachdem *Churchill* im englischen Unterhaus die Atlantik-Charta preisgegeben hatte, eine Erklärung über die Ziele und Zwecke der nordamerikanischen Außenpolitik abzugeben, in der er versucht hat, darzulegen, daß die USA. immer noch an ihr festhalten. Damit hat er die Aufmerksamkeit wieder auf die merkwürdige Neigung der Nordamerikaner zu moralistischen Argumenten, zu Ideologien gelenkt. Diese Neigung könnte ihr Privatvergnügen bleiben, wäre sie nicht auch auf das Gebiet der Außenpolitik übertragen worden und hätte dort viel Unheil angerichtet. Denn die Nordamerikaner haben es verstanden, in Menschen aller Länder und Rassen die Vorstellung zu erwecken, als hätten sie eine „neue Welt" geschaffen, in der nicht nur für den einzelnen, sondern auch für das Leben der Staaten untereinander neue, bessere und gerechtere Gesetze aufgestellt und verwirklicht worden seien. Die wirkliche Geschichte der USA. aber ist ein Beweis dafür, daß die USA. sich niemals selber durch die Prinzipien gebunden gefühlt haben, die sie als „amerikanische Ideale" proklamieren.

Die Nordamerikaner fassen diese Ideale vorzugsweise in die Worte ihrer Unabhängigkeitserklärung, daß alle Menschen gleich geschaffen seien und die gleichen unveräußerlichen Rechte besäßen, darunter Leben, Freiheit und Streben nach Glück. Diese Vorstellungen wurden auch kurzerhand in die Außenpolitik übertragen: alle Staaten sind gleich, jedes Volk hat das unveräußerliche Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Die Politik soll dem Recht, die Außenpolitik dem Völkerrecht untergeordnet werden. Die nordamerikanische Einstellung zur Politik ist gewissermaßen juristisch-moralisch von Anbeginn an, getreu jener Forderung der Verfassung von Massachusetts: Government of laws and not of men. In der nordamerikanischen Vorstellung ist ihre Revolution auch eine Revolution gegen die politischen Doktrinen eines *Macchiavell*, durch sie soll ein neues, ein moralisches Prinzip in die Politik eingeführt werden. Aus diesem Grunde haben sie auch so wenig Verständnis für einen Mann wie *Alexander Hamilton*, in dessen Ablehnung Woodrow Wilson so weit ging, daß er sagte: „Er war ein großer Staatsmann, aber kein guter Amerikaner." Damit wiederholte er übrigens nur eine Erkenntnis, die Hamilton selbst gehabt hatte, als er in einem Brief vom 27. Februar 1802 schrieb: „Jeder Tag zeigt mir mehr und mehr, daß ich für diese amerikanische Welt nicht geschaffen worden bin." Warum aber ist Hamilton „unamerikanisch"? Weil er kein Anhänger der Ideologie ist, sondern sachlich und nüchtern, ein Realpolitiker. Er stellt offen an die Spitze seiner Überlegungen das nationale Interesse seines Landes und greift nicht, wie *Jefferson*, vom Intellektuellen her in die Politik ein. Deswegen ist er nach nordamerikanischer Anschauung ein neuer Macchiavell, der mit dem Machtgedanken rechnet und alles Moralisieren aus der Politik herausläßt.

Doch haben die Nordamerikaner stets so gehandelt, wie sie es Hamilton vorwarfen, ihre Sprache aber blieb die eines Jefferson. Die „amerikanischen Ideale" haben keinen gestaltenden Einfluß auf die nordamerikanische Außenpolitik gehabt, sondern als Deckmantel für einen seit dem Entstehen der Vereinigten Staaten ungehemmten Expansionismus gedient. Dieser „materialistische Mystizismus", wie ihn ein Kritiker der nordamerikanischen Verhältnisse nannte, hat den Nordamerikanern das Erreichen vieler weltlicher

Güter erleichtert und gleichzeitig ihre Sehnsucht nach moralischem Zweck und moralischer Rechtfertigung beruhigt.

Gründer einer neuen Welt?

Die Neigung, ihre Politik vom Religiösen, Ideologischen, Moralischen her zu begründen, ihren *Missionierungsdrang*, haben die Nordamerikaner von ihren englischen puritanischen Vorfahren geerbt. Da jeder Puritaner glaubte, das Wort Gottes selbst auslegen zu dürfen und so eine universal gültige Wahrheit zu finden, geschah es nur zu oft, daß der einzelne berechtigt zu sein glaubte, seine Wahrheit anderen aufzuzwingen und Sekten oder Vereine zu gründen, die nur diese Wahrheit anerkannten. Unduldsamkeit und Proselytenmacherei waren Kennzeichen des Puritaners. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß diejenigen, die nach Amerika auswanderten, nur von idealen Motiven geleitet wurden: neben der religiösen Freiheit suchten sie auch freies Land und wirtschaftliche Freiheit, die sie auch in weitestem Umfang besaßen in den 180 Jahren, währenddessen die englischen Kolonien in Amerika zum Mutterland gehörten.

Aber haben sie deswegen wirklich eine „neue", eine „bessere" Welt gegründet? Oder haben die ersten englischen Auswanderer, die nach Nordamerika gingen und Europa den Rücken kehrten, nicht in gewisser Weise versucht, auf dem neuen Kontinent einen Zustand zu verewigen, der ihnen durch die Entwicklung im alten gefährdet erschien? Die „Westliche Hemisphäre" stand damals wie heute in Opposition zu Europa, zu einem sich wandelnden und sich entwickelnden Europa, dem sie damals wie heute starres Festhalten an überkommenen Dogmen entgegensetzte.

Wenn die Puritaner ausgezogen waren, Freiheit zu suchen, so brachten sie jedenfalls Unterdrückung. „Das von einer biblisch-hebräischen Weltanschauung inspirierte Puritanertum"[1]) ging gegen die Eingeborenen des nordamerikanischen Kontinents mit derselben unbeschreiblichen Grausamkeit vor, wie sie kurz vorher die Engländer zur Unterjochung Irlands angewandt hatten. Ihr alttestamentarischer Haß gegen ihre Feinde, die sie kurzerhand zu Feinden Gottes machten, paßte ausgezeichnet zu den englischen Kolonisationsgesetzen, nach denen das Land nicht, wie im spanischen Kolonialreich, Eigentum des Königs und die Indianer auch seine Untertanen wurden, sondern dem zufiel, der es als Beute nahm.

Es ist beachtenswert und nachdenklich, daß Engländer und Angloamerikaner schon damals eine Politik anwandten, die ihnen später noch oft gute Dienste leistete. Sie beschränkten sich nicht auf die blutige und mitleidslose Ausrottung der Indianer in Nordamerika, sondern sie begannen mit der systematischen Diffamierung der spanischen Kolonisationspolitik in Süd- und Mittelamerika, um von ihren eigenen Methoden abzulenken. Sie haben die Auffassung propagiert, als ob Spanien in Amerika nur als Goldsucher, Kulturzerstörer und Ausrotter der Indianer aufgetreten sei. Schon die Tatsache aber, daß auf dem nordamerikanischen Kontinent die Indianer bis auf die kümmerlichen Reste in den Reservationen ausgerottet sind, während in Süd- und Mittelamerika die Urbevölkerung in großem Umfang erhalten geblieben ist, sollte stutzig machen. Engländer und Angloamerikaner haben nur eine Politik gegenüber den Indianern gekannt: Ausrottung. Sie betrachteten Amerika als eine Eroberungskolonie und deren Einwohner als ihre rechtlosen Feinde. Engländer und Angloamerikaner haben damals das Wort geprägt: „Every indian is a bad indian, only a dead indian is a good indian", dieses Wort, das sie in späteren Jahrhunderten auf die Deutschen angewendet haben. Bei dem Bestreben, dieses Postulat zu verwirklichen, machten sie keinen Unterschied zwischen Mann, Weib, Kind oder Greis, denn sie kämpften schon damals gegen das ganze Volk, nicht nur gegen ein feindliches Heer. Die

[1]) *H. G. Scheffauer:* Das geistige Amerika von heute. Berlin 1925.

englische Regierung setzte Kopfpreise aus für erschlagene Indianer, ein Beweis, daß es sich um eine amtliche Politik gehandelt hat, nicht um Übergriffe einzelner. Die Segnungen der Zivilisation, welche die nordamerikanische Urbevölkerung von den englischen Kolonisten, von diesen puritanischen Freiheitsfanatikern empfing, hießen Tod und Sklaverei, und die Mittel dazu Feuer- und Stahlwaffen, Branntwein, Krankheiten, Hungersnot, Gewalt und Betrug, und zwar bis in die Gegenwart hinein, denn die letzten Kriege und Strafexpeditionen der Union gegen die Indianer auf ihrem Gebiet reichen bis ins Jahr 1891[2]), und übertreffen an Grausamkeit, Blutgier und Vernichtungswillen die europäischen Kriege des 19. Jahrhunderts bei weitem.

Demokratie und kontinentale Expansion

Fanden die Puritaner in ihrer Religion die Rechtfertigung für ihre Niederlassung und Ausbreitung auf dem nordamerikanischen Kontinent, so haben spätere Generationen die Demokratie zu einem Religionsersatz gemacht, der ihre Handlungen in gleicher Weise rechtfertigte. Typisch dafür ist *Thomas Jefferson*, der bis auf den heutigen Tag für die politische Vorstellungswelt der Nordamerikaner und für das Verständnis ihrer Neigung, Machtpolitik ideologisch zu verbrämen, von ausschlaggebender Bedeutung ist. Jefferson ist der Begründer der nordamerikanischen Demokratie und des nordamerikanischen Imperialismus, und zwar ging er in völliger Verkennung und Ablehnung aller geschichtlich entstandenen Bindungen, die ja in den Vereinigten Staaten auch fehlen, in seinem politischen Denken vom einzelnen Menschen aus, der, wenn man ihn nur in Freiheit ließe, vernünftig genug sei, um ohne Führung, Autorität, Gesetz oder Zwang in Frieden und Ordnung zu leben und glücklich zu sein. Voraussetzung ist für ihn allerdings, daß dieser freie Mensch in Amerika lebt, wo es im Gegensatz zu Europa keine großen Städte, keine Industrien gab, denn nur dort konnte er gut sein und dementsprechend fähig, sich selbst zu regieren. Aus diesem ideologisch verbrämten Grund war er Expansionist: neues Land sollte auf dem amerikanischen Kontinent erworben werden, damit immer neue Farmer dorthin strömen könnten und so die wirtschaftliche Struktur seiner Demokratie erhalten bliebe[3]). Aber nicht nur aus diesem Grunde: Jefferson war auch der Vorläufer des Missionsgedankens nordamerikanischer Prägung. Wenn nur in Amerika der paradiesische Zustand des idealen, vernünftigen, demokratischen Staates, in dem alle Menschen frei sind, verwirklicht ist, so ist dieser Zustand auch eine Verpflichtung. Amerika hat eine Mission zu erfüllen, eine menschheitliche Mission. Die Vereinigten Staaten sind in Jeffersons Worten „the Worlds best hope", die beste Hoffnung der Welt. Diese Verpflichtung gegen die Menschheit, welcher sein Vaterland dient, wächst sich bei Jefferson zu einem hemmungslosen Expansionismus aus, einem wilden Imperialismus, der seine Rechtfertigung findet in der Vorstellung, als Streiter Gottes zu handeln, nicht für sich selbst zu erobern, sondern das Reich der Freiheit und Vernunft auszubreiten, zum Segen der Besiegten selbst[4]).

Aus dieser Geisteshaltung entsteht nicht nur die Anmaßung, Überheblichkeit und Verständnislosigkeit, mit denen noch heute die Vereinigten Staaten den europäischen Problemen gegenüber stehen, daraus entsteht bei Jefferson die Ablehnung der alten Welt als der Heimat der „europäischen Verbrecher", als dem Kontinent, auf dem „diese Klasse von Löwen, Tigern, Mammuts in Menschengestalt, die man Könige nennt" regieren, kurzum, die ganze Terminologie, die dann im Weltkrieg 1914/18 gegen den deutschen Kaiser und

---

[2]) Vgl. hierzu auch *G. Jentsch:* Die USA. als Gewaltstaat, ds. Ztschr. Dezember 1942.

[3]) *Ch. A. Beard:* The idea of national interest, an analytical study in american foreign policy. 1934.

[4]) Vgl. *O. Vossler*: Der Nationalgedanke von Rousseau bis Ranke.

den preußischen Militarismus und später gegen die autoritären Staaten und ihre Führer wieder hervorgeholt wurde.

Weiter entsteht aber aus diesem konstruierten Gegensatz zwischen europäischer Unterdrückung und amerikanischer Freiheit die in eine politische Doktrin gekleidete Unduldsamkeit puritanischen Ursprungs: die *Monroedoktrin*. Unter Jeffersons und *Madisons* Mitwirkung entstanden, versucht sie den ideologischen Gegensatz zwischen Europa und Amerika zu verewigen mit dem Satz: „Die Vereinigten Staaten lehnen für sich und den ganzen Kontinent ein anderes als ihr demokratisches Regierungssystem ab."

Denn die Vorstellung, daß Gerechtigkeit und Freiheit, so wie die Neue Welt sie sich glaubte erworben zu haben, überall durchgesetzt werden sollte, finden wir auch bei den übrigen „Gründervätern", den Founding Fathers, die schon den Anspruch erhoben haben, sie nicht nur innerhalb der Grenzen der ehemaligen englischen Kolonien, sondern zunächst auf dem ganzen amerikanischen Kontinent durchzusetzen. Die nordamerikanische Unabhängigkeit war ursprünglich kontinental gedacht. Aus der Zeit, da Jefferson als Gesandter in Paris weilte, (1786) stammt seine Äußerung: „Unsere Konföderation muß als das Nest betrachtet werden, von dem aus ganz Amerika, Nord und Süd, bevölkert werden soll. Wir sollten Sorge tragen, nicht zu früh auf die Spanier einen Druck auszuüben. Jene Länder können nicht in besseren Händen sein. Meine Angst ist, daß sie zu schwach sind, um sie zu halten, bis unsere Bevölkerung genügend vorgeschritten ist, um sie Stück für Stück von ihnen zu gewinnen." In dieser Beziehung war Jefferson auch mit seinem Gegner Hamilton völlig einig, der schon früh erkannt hatte „We are the embryo of a great Empire" oder, an anderer Stelle, im „Föderalisten": „Durch stetige Anhängigkeit an die Union können wir binnen kurzem hoffen, der Schiedsrichter Europas in Amerika zu werden und zu vermögen, das Schwanken der gegenseitigen europäischen Begehrlichkeiten in diesem Erdteil so zu neigen, wie unser Interesse es diktieren mag."

Das Interesse aber war räumliche Expansion. Nordamerikanische Geschichtsschreiber behaupten oft, die Geschichte ihres Landes zeige, wie man auch auf friedlichem Wege sich ausbreiten, neue Gebiete erwerben könne, daß sie ein einzigartiges Beispiel dafür sei, wie ein Land seine Grenzen durch Kaufverträge erweitert habe. Sie vergessen dabei gern, daß diese Kaufverträge durch Methoden zustande gekommen sind, die in keiner Weise ihren politischen Idealen entsprachen, sondern aus Gewaltanwendung, Betrug und Machtdrohung bestanden. Als die Vereinigten Staaten in ihrem Friedensvertrag mit England 1782 den Teil Louisianas erwarben, den Frankreich durch den Frieden von Paris 1763 an dieses Land verloren hatte, handelten sie entgegen ausdrücklichen Verpflichtungen, die sie gegenüber ihrem französischen Bundesgenossen aus dem Befreiungskrieg eingegangen waren, nämlich keinen Separatfrieden zu schließen. Außerdem betrogen sie ihn um die Früchte, die er sich von dem Krieg erhofft hatte, denn der Verlust seines amerikanischen Kolonialbesitzes an England und dessen Verbündeten, Spanien, schmerzte Frankreich tief.

Auch bei dem Kauf von Florida 1819 handelte es sich um keine friedliche Erwerbung, wenn man berücksichtigt, daß die Vereinigten Staaten von Anfang an entschlossen waren, es bis zum Kriege kommen zu lassen, wenn Spanien das begehrte Gebiet nicht „freiwillig" abtrat.

Das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen Mexiko, dem sie im Laufe der Jahre mehr als die Hälfte seines ursprünglichen Staatsgebietes abgenommen haben, entsprach auch in keiner Weise ihren angeblichen Vorstellungen über die Beziehungen der Nationen untereinander auf der Grundlage von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit. Entgegen den mexikanischen Gesetzen wurden aus den USA. Siedler nach Texas entsandt, entgegen dem nordamerikanischen Neutralitätsgesetz vom Jahre 1818 wurden die revolutionären Unruhen dieser Siedler gegen Mexiko mit Waffen und „Freiwilligen" unter-

stützt. Mit einem Betrug wurde dem nordamerikanischen Kongreß 1845 die endgültige Aufnahme von Texas in die Union schmackhaft gemacht, indem nämlich Präsident *Tyler* kurzerhand behauptete, Texas gehöre zu Louisiana, sei also mit diesem schon 1803 erworben und es handele sich nur darum, ein den USA. längst gehöriges Gebiet endlich in Besitz zu nehmen. Da man aber nicht nur Texas haben wollte, sondern auch Kalifornien, provozierte man Mexiko so lange durch methods short of war, bis man sich, als die Mexikaner sich wehrten, für angegriffen erklärte. Dann nahm man ihnen in „einem der ungerechtesten Kriege einer starken Nation gegen eine schwache", wie der spätere Präsident *Grant* sagte, 1846/48 nicht nur Kalifornien, sondern auch Nevada, Utah, Arizona und Neu-Mexiko ab. Dies alles, trotzdem ein Schiedsgerichtsvertrag zwischen beiden Nationen bestand. Ebenfalls hinderte ein Schiedsgerichtsvertrag mit England die Nordamerikaner nicht, unter höchst erpresserischen Manövern dies Land zu zwingen, ihnen das Oregongebiet 1846 abzutreten.

Bei diesem ganzen Vorgehen aber handelte es sich nach nordamerikanischer Lesart nicht um das aggressive Vorgehen einer landhungrigen Macht, sondern dies war Expansion zur Sicherung der nordamerikanischen Zivilisation und des demokratisch-republikanischen Gedankens. Denn aus Jeffersons Ideologie war inzwischen — um die Mitte des vorigen Jahrhunderts — die Theorie des manifest destiny entstanden. Eine Form des politischen Idealismus, die für die Welt sehr gefährlich war, ging sie doch von der hebräischen Vorstellung aus, daß Gott mit seinem Volk besonderes vorhabe.

So war bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges Expansion das politische Schlagwort, nicht zuletzt, weil man damals gerade so wie heute *Roosevelt* von den innerpolitischen Spannungen durch außenpolitische Abenteuer ablenken wollte. Expansionisten wie *Polk* und *Buchanan* waren Präsidenten, die Annexion Yucatans, Nicaraguas, ganz Mexikos, Kubas, Santo Domingos, Kanadas, wurde geplant, gewünscht, erstrebt, versucht. Die Tatsache, daß zwischen 1844 und 1860 das Staatsgebiet der Vereinigten Staaten sich um 50% vergrößert hatte, genügte noch nicht, doch kam es erst nach dem Bürgerkrieg zu einer neuen Gebietserwerbung, nämlich dem Kauf Alaskas von Rußland 1867.

Alle Gebietserwerbungen aber wurden gemacht ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die Gebiete, die man erwarb, ja nicht unbewohntes, herrenloses Land waren, sondern daß sie im tatsächlichen Besitz der indianischen Urbevölkerung waren. Die Verträge mit den einzelnen Indianerstämmen wurden nur zu deren Nachteil geschlossen und auch dann wieder gebrochen, die Indianerkriege aber im vergangenen Jahrhundert mit derselben Grausamkeit und demselben Haß geführt wie während der Kolonialzeit.

Diese Form des Krieges, in dem Unmenschlichkeiten aller Art auch gegen das, was man heute die Zivilbevölkerung nennen würde, ausgeübt wurden, in dem man Dörfer, Wohnstätten und Vorräte systematisch vernichtete, diese ganze Kriegführung wurde übrigens auch im nordamerikanischen Sezessionskrieg angewandt, der ja nicht zu Unrecht, da er sich außerdem auch noch der wirtschaftlichen Kriegführung bediente, als ein Vorläufer des modernen totalen Krieges bezeichnet worden ist.

Moral und Weltherrschaftsanspruch

„Gegen diese wohlüberlegte Heimsuchung unschuldiger Nichtkämpfender mit Leiden, gegen solche Zuflucht zu Mitteln, die die Stimme der menschlichen Zivilisation verdammt, gegen die grausame Verwendung von Feuer und Hunger, um auf unsichere Weise mittelbar zu erreichen, was der militärische Arm unmittelbar zu erzielen anscheinend machtlos ist, ist der Präsident gezwungen, im Namen des amerikanischen Volkes und der gemeinsamen Menschlichkeit zu protestieren." Dieser Satz stammt nicht etwa aus einem Dokument, das die modernen Waffen der Hungerblockade und des Luftkrieges

noch etwa die eben geschilderten nordamerikanischen Kriegsmethoden der Vergangenheit verurteilt. Dieser Satz steht in einer der zahlreichen Noten von Staatssekretär *Sherman* an die spanische Regierung und diente als Begründung für die nordamerikanische Einmischung in die Verhältnisse auf Kuba, das Ende des vorigen Jahrhunderts noch spanische Kolonie war.

Es ist etwas verblüffend, daß ausgerechnet die „unmenschliche Kriegführung" der Spanier in Kuba diesen Vorwand liefern muß, im übrigen ist es interessant, daß die neue, imperialistische Epoche der nordamerikanischen Geschichte auch von neuen Schlagwörtern begleitet wird.

Diese neue Epoche wird eingeleitet durch Präsident *McKinley*, dessen Staatssekretär Sherman war. Ihm gebührt die Ehre, auch ein neues Element in die Ideologie eingeführt zu haben. Nach seinem Biograph *Ch. S. Olcott* war McKinley der erste nordamerikanische Präsident, der erkannte, daß die USA., nun eine starke Nation, „die Pflicht hätten, die Gebrechlichkeiten der Schwachen auf sich zu nehmen"[5]). Aus dieser Vorstellung entstand auch jenes berühmte Gedicht von *Kipling* an McKinley, in dem er ihn aufforderte, die Bürde des weißen Mannes auf sich zu nehmen. Von McKinley und seinen Nachfolgern wird die nordamerikanische Außenpolitik vorzugsweise mit moralischen Pflichten und Erwägungen begründet[6]). Man spricht von jetzt an gerne im Namen der Menschheit und der Zivilisation, im Namen der Moral und der Sittlichkeit, des Friedens und der Gerechtigkeit.

Diese neue Formulierung in der außenpolitischen Phraseologie fällt zusammen mit dem Beginn der imperialistischen Ausbreitung der USA., wenn man darunter nicht so sehr die Beschaffung billiger Arbeitskräfte als vielmehr die Gewinnung neuer Rohstoffgebiete und neuer Absatzgelegenheiten versteht.

Die klassische Begründung für den Erwerb des Kolonialreiches gab Präsident McKinley in jener zwar bekannten, aber durch ihre kaum zu übertreffende Scheinheiligkeit doch immer wieder erstaunlichen Erklärung am 21. November 1899 vor einer Methodistenkonferenz, über die Gründe, die ihn zur Annektion der Philippinen bewogen hatten. Er sagte: „Die Wahrheit ist, ich wollte die Philippinen nicht haben, und als sie an uns kamen als ein Geschenk der Götter, wußte ich nicht, was ich mit ihnen anfangen sollte ... ich suchte Rat von allen Seiten ... aber bekam wenig Hilfe, ich lief im Weißen Haus Nacht um Nacht auf und ab bis Mitternacht, und ich schäme mich nicht, Ihnen, meine Herren, zu sagen, daß ich auf die Knie fiel und zum Allmächtigen Gott um Erleuchtung und Führung in mehr als einer Nacht betete. Und eines Nachts kam es zu mir auf diese Weise, ich weiß nicht wie, aber es kam: Erstens, daß wir sie nicht Spanien zurückgeben könnten, das wäre feige und ehrlos; zweitens, daß wir sie nicht an Frankreich oder Deutschland geben könnten, unseren Handelsrivalen im Orient — das wäre ein schlechtes Geschäft und zu unserem Nachteil; daß wir sie aber auch nicht sich selbst überlassen könnten, sie wären ungeeignet für Selbstregierung und sie würden bald Anarchie und Mißwirtschaft haben, schlimmer als jemals in spanischen Zeiten, so daß uns viertens nichts übrigblieb, als sie alle zu annektieren, um die Filipinos zu erziehen, emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren und durch Gottes Gnade das allerbeste zu tun, was wir ihnen als unseren Mitmenschen antun konnten, für die Christus auch gestorben ist. Und dann ging ich zu Bett und schlief ein und schlief fest."

Damit war der Krieg mit Spanien, begonnen, um Kuba die Freiheit zu bringen, auf eine für die USA. sehr vorteilhafte Weise beendigt worden: außer den Philippinen erwarben sie auch Puerto Rico und Guam, dazu einen ausschlaggebenden politischen Einfluß auf die kubanischen Angelegenheiten, der sich mit und ohne Platt-Amendment bis auf den heutigen Tag erhalten hat,

---

[5]) Zitiert nach: *Ch. Beard:* The idea of national interest, an analytical study in american foreign policy. 1934.

[6]) Vgl. bes. Kap. X bei *Beard*, a. a. O.

auch wenn Mr. *Hull* sich in der eingangs zitierten Erklärung als ein Gegner von Einflußsphären bekennt!

Auch *Theodore Roosevelt, Taft* und *Wilson* begründeten z. B. ihr Vorgehen gegenüber Mexiko, Mittelamerika und Westindien „moralisch". *Roosevelt* erklärte 1904: „Jedes Land, dessen Volk sich gut benimmt, kann mit unserer herzlichen Freundschaft rechnen. Wenn eine Nation zeigt, daß sie weiß, wie sie wirksam und anständig in sozialen Fragen zu handeln hat, wenn sie Ordnung hält und ihre Schulden bezahlt, braucht sie keine Einmischung von den Vereinigten Staaten zu fürchten. Ständiges Unrecht oder eine Unfähigkeit, die in eine allgemeine Auflösung aller Bande einer zivilisierten Gesellschaft ausartet, muß in Amerika wie anderswo zuletzt zu einer Intervention durch einen anderen zivilisierten Staat führen, und auf der westlichen Hemisphäre kann die Monroedoktrin die Vereinigten Staaten, wenn auch widerwillig, dazu veranlassen, in offenkundigen Fällen solchen Unrechts oder Unfähigkeit, eine internationale Polizeimacht auszuüben." Wilson hatte ebenfalls „moralische Gründe" für sein Abweichen von der traditionellen Politik der USA., die in der Anerkennung jeder de facto Regierung bestand, und seiner neu aufgestellten Forderung, jede Regierung müsse, um anerkannt zu werden, verfassungsmäßig an die Macht gekommen sein. Wilson wollte nach seiner eigenen Äußerung „die Südamerikaner lehren, gute Männer zu wählen".

Diese Politik, sei es die des „großen Stockes" oder die „Dollardiplomatie", lief in Wirklichkeit auf zwei Dinge hinaus: den Panamakanal strategisch zu sichern und die Ausbreitung des nordamerikanischen wirtschaftlichen Einflusses zu fördern.

Betrachtet man dieses Bestreben, die ausschließliche Vorherrschaft im karibischen Raum zu erreichen, so kann man der nordamerikanischen Darstellung nicht folgen, daß die entgegengesetzte Politik der Unverletzlichkeit und Offenen Tür in China besonderen Vorstellungen idealer Gerechtigkeit im Leben der Völker entspräche. Man muß sie vielmehr als einen Schachzug der USA. im politischen Spiel mit den übrigen Mächten betrachten, insbesondere im Gegensatz zu der Politik Großbritanniens, das sich seinerzeit im Opiumkrieg einen großen Vorsprung gesichert hatte.

*

Woodrow Wilson aber tat den entscheidenden Schritt: war bisher die nordamerikanische Ideologie in erster Linie im Zusammenhang mit der Politik auf dem amerikanischen Kontinent entwickelt worden, so war er der erste, aber nicht der letzte Präsident, der sie zum Vorwand nahm, sich in die Weltpolitik einzuschalten. Das nordamerikanische Volk wurde 1917 in den Krieg hineingeführt, „um die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit zu schützen", in Wirklichkeit aber um die nordamerikanischen Anleihen an die Alliierten zu schützen und zu sichern.

Alle die hier geschilderten Elemente der nordamerikanischen Ideologie und Außenpolitik kehren heute bei *Franklin D. Roosevelt* wieder. Die Überzeugung, im Alleinbesitz der heilbringenden Wahrheit zu sein, ist verbunden mit der Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden, die aus dem Feind nicht nur den Feind, sondern gleichzeitig den moralisch Verworfenen macht. Gegen einen solchen aber ist jedes Mittel der Kriegführung zulässig. Die Methoden aus den Indianerkriegen, aus dem Sezessionskrieg, von McKinley ohne „moralische" Bedenken gegen die Freiheitskämpfer auf den Philippinen gerichtet, von Wilson ohne Hemmung zur Unterdrückung nationaler Bewegungen in Haiti und Santo Domingo angewandt, kehren heute in der Form des terroristisch geführten Luftkrieges wieder.

Immer vorhanden aber war die Vorstellung der nordamerikanischen Weltherrschaft auf moralischer Basis, das Bestreben, über das Amt eines Sittenrichters die Beherrschung der Welt zu erlangen. In ganz anderer Weise noch als Wilson strebt Roosevelt danach, besessen von der Vorstellung, daß so wie

im Altertum das Mittelmeer Zentrum der Welt war, der Atlantik es heute sei und morgen der Pazifik. Die Vereinigten Staaten, zwischen beiden liegend, halten sich für auserwählt, beide zu beherrschen, so wie sie schon den Kanal beherrschen, der beide verbindet.

In diesem Kampf liefert die Ideologie heute wie früher die Rechtfertigung für eine hemmungslose Expansion, sie ist ein Teil dieses Kampfes, eine Waffe des geistigen Krieges, nicht aber ein bildendes, formendes, ordnendes Element der Politik. Auch hier gilt das Wort von *Max Weber*: „Interessen, nicht Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber die „Weltbilder", welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte."

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1944

Von Franz Alfred Six

Das Jahr 1944 hat dem deutschen Volk in dem Bereich aller seiner Lebensformen und Lebensgebiete schwere Entscheidungen auferlegt. Alles Ungesunde, Schwache und Unbeständige versank, alles Zukunftsträchtige und Bewährte wurde durch die Last neuer Aufgaben erneut erprobt. Forderungen des Tages weckten den Willen zu ihrer Erfüllung, Funktionen wuchsen, wo sie gebraucht wurden.

Diesem Jahre hat das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut standgehalten. Es hat die Belastungen des Luftkrieges in Berlin überdauert. Es hat den größten Teil seiner Studenten und einen großen Teil seiner Mitarbeiter zum Einsatz in der Rüstungsproduktion freigegeben. Es hat trotzdem erhöhte Aufgaben übernommen und erfüllt.

I. Die Lehraufgabe

Der Lehrbetrieb verlief planmäßig. Im September und Oktober fand ein Wiederholungskursus für Kriegsversehrte statt. Zur Auslandswissenschaftlichen Fakultät zählen jetzt etwa 1000 fernimmatrikulierte Frontstudenten. Im Laufe des Jahres legten 49 Studierende die akademische Übersetzerprüfung (früher Prüfung für das sprach- und landeskundliche Zeugnis) ab, und zwar

Sprache: *Englisch*
Dr. Müllauer, Joachim W. S.

Sprache: *Amerikanisch — englisch*
Erle, Martin W. S.
Claus, Elisabeth W. S.
Däschlein, Fireda S. S.
Domagala, Ludwig S. S.
Rüsch, Friedrich W. S.

Sprache: *Französisch*
Berger, Edith W. S.
Günther, Lieselott S. S.
Marr, Gabriele S. S.
Nagel, Barbara W. S.

Sprache: *Italienisch*
Eggeling, Ursula S. S.
Krause, Gertrud W. S.
Lehmberg, Ingeborg W. S.
Taufmann, Ursula S. S.

Sprache: *Spanisch*
von Baudissin, Maria S. S.
Bergmann, Vera W. S.
Boeker, Maita-Frauke S. S.
Grape, Traud S. S.
Hilpert, Margarete W. S.
Kleinicke, Brigitte W. S.
Mehrkens, Gisela S. S.
Praetsch, Ruth S. S.

Sprache: *Schwedisch*
Rauschenberger, Elisabeth S. S.

Sprache: *Polnisch*
Osadczuk, Bohdan S. S.

Sprache: *Ungarisch*
Lübbert, Irmela S. S.

Sprache: *Rumänisch*
Sauer, Irmfried-Heinz S. S.
Turczynski, Emanuel S. S.

Sprache: *Serbisch*
Gross, Anna S. S.

Sprache: *Kroatisch*
Dörfler, Leopoldine S. S.

Sprache: *Türkisch*
Dobe, Richard W. S.
Heuer, Ilse W. S.
Meyer, Ursula W. S.
Topolov, Toma W. S.

Sprache: *Japanisch*
Ebel, Anneliese W. S.
Finlay-Freundlich, Joe W. S.
Heeger, Heinrich S. S.
Koch, Susanne S. S.
Kok, Hildegard W. S.
Schulte-Holtey, Gabriele S. S.
Wolfslast, Liesel W. S.

Sprache: *Hindi*
Zimmermann, Ruth S. S.

Sprache: *Suaheli*
Köhler, Oswin S. S.
Merkx, Jan S. S.

Sprache: *Deutsch für Ausländer*
Al Hamui, Mamun W. S.
Schlachtitz, Siegfried W. S.
Froundjian, Bedros S. S.
Leszczuk, Sosont S. S.
Merkx, Jan S. S.
Okic, Jusuf S. S.

Die Diplomdolmetscherprüfung wurde von 15 Studierenden abgelegt:

Name	Dolmetscherfach	Sachfach
1. Ursula Konopath	Englisch	Politische Geschichte
2. Helga Bönicke	Amerikanisch	Außenwirtschaft
3. Tatjana Schmid	Amerikanisch	Außenwirtschaft
4. Eva Fink	Französisch	Volkstumskunde
5. Friederike Schlesier	Französisch	Volkstumskunde
6. Christa Brandt	Italienisch	Außenpolitik
7. Ada v. d. Bussche	Italienisch	Außenpolitik
8. Ruth Halbach	Italienisch	Außenwirtschaft
9. Elfriede Leister	Italienisch	Außenwirtschaft
10. Annemarie Thieke	Italienisch	Außenwirtschaft
11. Ursula Losse	Spanisch	Außenpolitik (Auslandspresse)
12. Irene Hermann	Russisch	Außenwirtschaft
13. Gisela v. Hoffmann	Arabisch	Geopolitik
14. Gabriele van Dorp	Persisch	Außenwirtschaft
15. Anneliese Peters	Persisch	Außenwirtschaft

6 Kandidatinnen haben sich für den Dezembertermin 1944 zur Prüfung gemeldet.

Das Diplom der Auslandswissenschaften haben 22 Studierende erworben:

1. Gisela Gland: Die europäische Idee Mazzinis.
2. Christel Seitner: Der Orient im Wirtschaftskampf der Großmächte seit 1920.
3. Liselotte Dox: England und der Panamakanal.
4. Ursel Alander: Der Einfluß der dänischen Wehrfrage auf die deutsch-dänischen Beziehungen seit 1901.
5. Gerda Lasse: Der USA.-Kurzwellenfunk im Dienste der panamerikanischen Idee.
6. Willi Siegling: Die Grundsätze der Handelsvertragspolitik der Südafrikanischen Union unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-südafrikanischen Handelsbeziehungen.
7. Annemarie Horsch, geb. Vogt: Englands intellektueller Marxismus am Beispiel von Auden und Cripps.
8. Lore Mahler: Die Entwicklung der französischen Eisen- und Stahlindustrie seit dem ersten Weltkrieg.
9. Ursula Reuter: Der sozialpolitische Gehalt in den Werken Bernard Shaws.
10. Bohdan Osadczuk: Das Pressewesen der Karpathenukraine.
11. Anneliese Roos: Der englische Publizist Seton Watson und seine Stellung zu Südosteuropa.
12. Erika Schröder, Frau: Der spanische Einfluß in Kalifornien.
13. Elsbeth Clauss: Die deutsch-ungarischen Kulturbeziehungen seit 1934. (Ersatzarbeit für verbranntes Manuskript.)
14. Ingeborg Creutz: Das Wirken des Grafen Cesaro Balbo für ein neues Italien.
15. Sigrid Gogarten: Die außenpolitischen Beziehungen Rußlands zur Türkei.
16. Gerda Grothe: Das Erlebnis des Weltkrieges bei Duhamel, Montherlant und Raynal.
17. Ingeborg Gossow: Untersuchungen zur Frage des Bestehens eines großgermanischen Einheitsgedankens in Schweden zur Zeit Karl X. Gustav (1654—1660).
18. Annemarie Horstmann, geb. Krebs: Die russische Orientpolitik unter Nikolaus I. von 1825—1840.
19. Maria Orth: Die russische Außenpolitik in Europa unter Alexander III. (1881 bis 1894).
20. Hella Spahn: Die Hochschulen in der Sowjetunion.
21. Johannes Maass: Die wallonische Frage.
22. Hans-Joachim Wüstenberg: Islam und Nationalismus am Beispiel der Türkei.

4 Kandidatinnen und ein Kandidat haben sich für den Dezembertermin 1944 zur Prüfung gemeldet.

Der Promotion haben sich 10 Studierende unterzogen:

1. Hans Bäder: Das Deutschtum in Finnland im 19. und 20. Jahrhundert.
2. Mamun al Hamui: Die Anwendung des Mandatssystems.
3. Lydia Hentschel: Die Bedeutung der Bismarckschen Außenpolitik für die französische Kolonialpolitik 1878/1885.
4. Gerda Klein: Die geschichtliche Entwicklung der europäischen Kolonien in Guyana.
5. Otto Blumke: Struktur und Produktionskapazität der Landwirtschaft im sibirischen Raum.
6. Horst Jürgen Becker: Die Stresakonferenz 1935 im Rahmen der italienischen Außenpolitik.
7. Brigitte Lohmeyer: Das Deutschlandbild der Franzosen im 19. Jahrhundert.
8. Charlotte Heinrichs, Frau: Landwirtschaftliche Erzeugung und Bevölkerungsbewegung in Frankreich.
9. Kurt Loske: Rundfunkkrieg und Völkerrecht.
10. Günther Schubert: Der chinesisch-japanische Konflikt und das Problem des Kriegszustandes unter besonderer Berücksichtigung der japanischen Völkerrechtsliteratur.

Wesentliche Änderungen im Lehrplan wurden nicht mehr vorgenommen, nachdem die Erfahrungen der Vorjahre den Grundplan der Fakultät als richtig erwiesen hatten. Der Lehrkörper wurde weiter ausgebaut.

Es *habilitierten* sich in der Auslandswissenschaftlichen Fakultät:

Am 2. 3. 1944 Dr. Werner Schmidt-Pretoria, Legationssekretär im Auswärtigen Amt, für das Fach „Volks- und Landeskunde Südafrikas". Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: „Deutsche Wanderung nach Südafrika im 19. Jahrhundert". (Wissenschaftliche Aussprache: „Jan Smuts");

am 20. 4. 1944 Dr. Albin Eduard Andreas Beau aus Coimbra/Portugal. Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: „Das portugiesische Nationalbewußtsein. Bildung und Entwicklung." (Wissenschaftliche Aussprache: „Die Hauptprobleme der portugiesischen Außenpolitik");

am 8. 8. 1944 Dr. Hans Roemer. Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: „Südamerika zwischen USA. und Europa, 1913 und 1943." (Wissenschaftliche Aussprache: „Erdölpolitik der Vereinigten Staaten im Nahen Osten".)

Zum *Dozenten* für Volks- und Landeskunde Arabiens wurde Dr. Ernst Klingmüller ernannt. Zu *Honorarprofessoren* in der Auslandswissenschaftlichen Fakultät wurden ernannt:

Ministerialrat Dr. Karstedt aus dem Reichsarbeitsministerium und

Oberregierungsrat Dr. Scurla aus dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Der außerplanmäßige Professor Dr. Alsdorf wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Am 1. 10. 1944 wurde in der Deutschen Heimschule in Templin ein Ostasienzug unter maßgebender Mitwirkung von Mitarbeitern des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts eröffnet.

II. Die Forschungsaufgabe

Die Forschungsarbeiten des Instituts gingen planmäßig weiter. Die großen Handbücher sind fertiggestellt. An Neuerscheinungen waren zu verzeichnen:

Kleine Auslandskunde: „Ägypten". Von Ernst Klingmüller.

Schriften zur Weltpolitik: „Der Pazifik und sein Umkreis". Von Josef März.

Europa-Bibliographie: „Schweiz". Band 2, Heft 1—3.

Forschungen: „Die Führungsschichten Frankreichs von 987 bis zur Gegenwart". Von Ernst Wilhelm Eschmann.

Dokumente zur Länderkunde: „Dokumente britischer Palästina-Politik". Von Mamun al-Hamui.

Dokumente der Deutschen Politik: Band 8, Teil I und II. Band 9, Teil I und II.

Sprachenkundliche Lehr- und Wörterbücher: „Praktische Grammatik der Tamil-Sprache". Von Hermann Beythan.

Praktische Grammatik des Albanischen.

Veröffentlichungen: „Europa und die Welt". Gesammelte Beiträge.

Studien zur Auslandskunde: „Politische Wissenschaft". Herausgegeben von Gesandten Prof. Dr. F. A. Six. Band I (1943), Lieferung I—III, Band II (1944), Heft I/IV.

„Vorderasien". Herausgegeben von Prof. Dr. Gotthard Jäschke. Band 1, Lieferung I und II.

„Ostasien". Herausgegeben von Prof. Dr. Clemens Scharschmidt. Band 1, Lieferung II.

„Das britische Empire und USA." Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer und Prof. Dr. Friedrich Schönemann. Band 2, Lieferung I und II.

III. Die kulturpolitische Aufgabe

Das Institut sammelte auftragsgemäß die kulturpolitischen Kräfte der deutschen Wissenschaft: Im April fand in Weimar eine Arbeitsbesprechung der deutschen Wissenschaftler von der Iberischen Welt statt, im Oktober in Pirna eine Arbeitsbesprechung der deutschen Ostasienwissenschaftler mit dem besonderen Ziele der Vorbereitung des Lehrplanes der ersten deutschen Japanschule in Templin.

Die wissenschaftliche Betreuung der Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Ausland wurde dem Institut neu übertragen und sofort in Angriff genommen.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft für Politische Wissenschaft wurde ausgebaut. Sie hat nunmehr Verbindung mit etwa 300 maßgebenden Männern der politischen Wissenschaft in Europa.

Im Dezember hielt das Institut in zeitgemäß schlichtem Rahmen seinen Ausländerkursus in Weimar ab, der von 120 Teilnehmern aus 26 Ländern besucht wurde.

Das Institut wirkte in der Öffentlichkeit durch erhöhten Einsatz seiner Mitarbeiter mit Vorträgen, außerdem durch geschlossene Vortragsreihen.

Im Februar 1944 fand im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut eine Vortragsreihe „Der europäische Arbeits- und Nahrungsraum" statt, in der folgende Vorträge gehalten wurden:

6. 2. 1944 Reichsbankdirektor Dr. Eicke: „Die Außenhandels- und Finanzpolitik im europäischen Bereich",
13. 2. 1944 Generalreferent Dipl.-Landwirt F. Müller: „Die europäische Ernährungswirtschaft",
20. 2. 1944 Minsterialrat Dr. Stothfang: „Der europäische Arbeitseinsatz",
27. 2. 1944 Professor Dr. Kiesewetter: „Grundfragen der wirtschaftlichen Neuordnung Europas".

Im Rahmen der „Wittheit" zu Bremen wurden unter dem Thema: „Die politischen Kräfte der außereuropäischen Welt" vom Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut aus folgende Vorträge gehalten:

14. 1. 1944 Professor Dr. Ludwig Alsdorf: „Indien",
28. 1. 1944 Professor Dr. Friedrich Schönemann: „USA.",
4. 2. 1944 Professor Dr. Otto Quelle: „Spanisch-Amerika",
11. 2. 1944 Dr. Carl-Heinz Hunsche: „Brasilien",
18. 2. 1944 Professor Dr. Karl Heinz Pfeffer: „Die britischen Dominien",
25. 2. 1944 Professor Dr. Gerhard v. Mende: „Zentralasien",
3. 3. 1944 Professor Dr. Walter Donat: „Japan",
10. 3. 1944 Professor Dr. Gotthard Jäschke: „Die politische Entwicklung der Türkei seit Beginn dieses Krieges".

Im April wurde eine Hochschulwoche in Celle veranstaltet mit folgenden Vorträgen: Gesamtthema: „Europa".

23. 4. 1944 Professor Dr. Frauendienst: „Wesen des europäischen Staatensystems",
24. 4. 1944 Professor Dr. Kiesewetter: „Grundfragen der europäischen Neuordnung",
25. 4. 1944 Professor Dr. Grewe: „Die europäische Nachkriegsordnung in den Kriegszielprogrammen unserer Gegner",
27. 4. 1944 Professor Dr. Pfeffer: „Europa und England",

28. 4. 1944 Professor Dr. Schönemann: „Europa und Amerika",
29. 4. 1944 Professor Dr. Wagner: „Idee und Mythos des Reiches".

In Linz veranstaltete das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut eine Vortragsreihe, die folgende Vorträge umfaßte:

28. 2. 1944 Professor Dr. K. C. von Loesch: „Die Völker Europas und die neue Ordnung",
31. 3. 1944 Professor Dr. Karl Heinz Pfeffer: „England und Europa".
28. 4. 1944 Professor Dr. B. Kiesewetter: „Grundfragen der wirtschaftlichen Neuordnung Europas",
25. 5. 1944 Professor Dr. F. Wagner: „Idee und Mythos des Reiches",
7. 7. 1944 Professor Dr. W. Frauendienst: „Wesen des europäischen Staatensystems",
10. 10. 1944 Professor Dr. W. Donat: „Europa und Ostasien",
24. 10. 1944 Professor Dr. F. Schönemann: „Europa und Amerika",
15. 1. 1944 Professor Dr. W. G. Grewe: „Europäische Nachkriegsordnung in den Kriegszielprogrammen unserer Gegner".

Einen Sondervortrag hielt am 19. Juli 1944 Exzellenz Professor Nichifor Crainic, Bukarest, über das Thema: „Rumänien und das Neue Europa".

Das Jahr 1944 hat die Richtigkeit der geistigen Grundlinie bewiesen, auf der das Institut von Anfang an seine Arbeit ausgerichtet hat. Es kommt darauf an, die Stellung des Reiches in Europa und die Stellung Europas in der Welt geistig zu begründen.

Kleine Beiträge

Collaboration?

Auf dem Hintergrunde der militärischen Ereignisse der Monate August und September 1944 stellt sich die Frage: War die europäische Collaborationsbewegung der letzten Jahre eine Angelegenheit von Hoflieferanten, Sykophanten und Kurtisanen, wie es die feindliche und neutrale Presse darstellt, oder drängten echte politische Kräfte in ihr ans Licht? Wo Könige auftreten, schlagen Wechsler, Zauberkünstler und Bänkelsänger ihre Tische und Buden auf. Um jede Macht bildet sich eine Zone des feilschenden Geschäfts, und selbst dem Wissenden fällt es oft schwer, die Grenzen zu erkennen, wo sich lebendige Politik ins Halbdunkel unterirdischen Interessenkampfes verliert. Amerika, England, Rußland wünschen ein schwaches Europa, auf dessen Schachbrett sie die Figuren nach den Plänen ihres weltpolitischen Spiels beliebig verschieben. Europa ist schwach, wenn seine Nationen untereinander verfeindet, im Inneren von Bürgerkriegen verheert sind, seine Wirtschaft von auswärtigen Krediten und Aufträgen abhängig am Boden liegt. Europa ist schwach, wenn es als unanständig gilt, von den politischen Gesetzen dieses Kontinents aus die Welt zu denken. Ob die Gegner das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Schwächung des Kontinentes erreicht haben, wird die Zukunft lehren. Zur Zeit schicken sie sich an, die moralischen Grundlagen des europäischen Gedankens zu zerstören. Europa als politische Einheit soll dem Europäer überhaupt nicht mehr denkbar sein. Wie wird dieses Ziel erreicht? Deutschland ist es gewesen, das in den letzten Jahren an alle Länder, in denen es politisch oder militärisch auftrat, den Appell zur europäischen Zusammenarbeit richtete. Dem französischen Beispiel entsprechend wurde diese Politik mit dem Ausdruck „Collaboration" bezeichnet. Man verschiebt nun die Assoziation „Collaboration avec l'Allemand" in der Richtung „Intelligence avec l'ennemi" um ein Weniges und ruft die stärksten Reaktionen, die im ehrliebenden Staatsbürger gegen Verrat,

Kriecherei, Simonie und ähnliches schlummern, auf den Plan. Die Schweizerischen Illustrierten zeigen als Vertreter des französischen Collaborationismus Freudenmädchen und Barkeeper. In Frankreich selbst führen die vorläufigen Sieger den Begriff „nationale Unwürdigkeit" als Grundsatz des öffentlichen Rechts ein. „National unwürdig" ist nach der Verordnung vom 26. Juni 1944 aus Algier jeder Franzose, „der freiwillig in Frankreich oder im Ausland dem Deutschen Reich oder seinen Alliierten eine direkte oder indirekte Hilfe geleistet oder sich freiwillig gegen die Einheit der Nation oder gegen die Freiheit und Gleichheit der Franzosen vergangen hat". Unter die Vergehen fallen „Teilnahme an den Regierungen, die in Frankreich seit dem 16. Juni 1940 die Macht ausgeübt haben; die Leitung gewisser Dienstzweige dieser Regierungen; Leitung von Abteilungen des Kommissariats für die Judenfrage; Teilnahme an allen Einrichtungen, die sich für die Collaboration eingesetzt haben; Teilnahme an künstlerischen, wirtschaftlichen und literarischen Kundgebungen zugunsten des Feindes oder zugunsten der Collaboration oder des Racismus". Es werden Sondergerichte zur Unterdrückung der Collaboration eingesetzt, die inzwischen ihre Tätigkeit begonnen haben. Neben Todesstrafe, Zuchthaus, Ausschluß von öffentlichen Ämtern, Geldstrafen wird die besondere Strafe der „nationalen Degradierung" eingeführt, die den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedeutet und nicht weniger als fünf Jahre dauern kann. Wer in Frankreich in den letzten Jahren an ein neues Europa geglaubt und dafür gewirkt hat, ist vogelfrei. Die europäische Partei wird von ihrer Gegnerin als Partei des politischen Untermenschentums verfolgt. Zwar spielt sich in allen von den außereuropäischen Mächten besetzten Ländern heute diese Menschenjagd in ähnlicher Weise ab. Aber Frankreich hat das Verdienst, mit seinem diskriminierenden Denkvermögen die Positionen besonders scharf herausgehoben und gegeneinander abgegrenzt zu haben. In der Gesetzgebung der provisorischen Regierung wird der Trennungsstrich gezogen zwischen europäischem, die Lehre vom Erbfeind überwindendem, politischem Denken und nationalistisch-reaktionärer Ideologie, die diesmal mit den angelsächsischen und bolschewistischen Kräften eine geistespolitische Allianz eingegangen ist. Die Frage, welche Kräfte im zweiten Lager die eigentlich treibenden waren, ob der reaktionäre Nationalismus die Angelsachsen nach Frankreich zurückgeholt oder die Angelsachsen den französischen Nationalismus gegen Europa hochgetrieben haben, läßt sich hier nicht beantworten. Die Einzelheiten der Verhandlungen in London und Algier sind noch zu wenig bekannt. Die Kenntnis der mitspielenden Personen läßt aber vermuten, daß diesmal die imperialistisch gesinnten Kräfte des alten Frankreich den Westmächten gründlich ins Garn gegangen sind.

Wer sind nun die im Sinne Algiers „national Unwürdigen"? Rekrutieren sie sich in jener Zwischenschicht von Politik, Geschäft und Erotik, wo die gegnerische Darstellung sie vor allem finden möchte, oder war die „Collaboration" eine echte politische Bewegung? Zwei Tatsachen dürfen bei der Beantwortung dieser Frage nicht vergessen werden: daß in der französischen Geschichte neben dem äußersten Nationalismus auch eine echte europäische Tradition zutage tritt und daß trotz der durch Jahrhunderte gepflegten Erbfeindtheorie immer wieder Strömungen für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich aufkommen. Die politische Spekulation hat sich von Sullys „Großem Plan", von den Entwürfen eines europäischen Bundes nach dem Muster der Verfassung des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" durch den Abbé de Saint-Pierre über Saint-Simon, Hugo, Lamartine, Comte, Considérant, Montégut und viele andere bis zu Aristide Briand hin, immer wieder mit der Bildung eines politisch zusammengeschlossenen Europas beschäftigt. Der französische Universalismus drängte geradezu danach, die europäischen Völker aus ihrer Eigenstaatlichkeit zu erlösen. Gewiß sollte Frankreich die Führung dieses Staatenbundes übernehmen. Der Europagedanke war ein Teil seines imperialistischen Konzeptes. Europa sollte, wie im 18. Jahrhundert geistig und unter Napolean politisch, französiert werden. Aber in dem

französischen Europagedanken war doch auch ein Element verborgen, das auf echte europäische Gemeinschaft zielte. Deutschlands Appell zur europäischen Zusammenarbeit brachte deshalb im französischen Wesen Saiten zum Klingen, die längst gestimmt waren. Der Briandisme hatte noch ein Jahrzehnt vor der französischen Niederlage gerade in den Kreisen des kleinen Bürgertums viele Anhänger. „Europa" war ein Gedanke, unter dem sich der Franzose zwar bildlich nichts vorstellen konnte, dem er aber in seinem Innern längst Wohnung gegeben hatte.

Ebenso war es mit der Forderung nach einem geistigen und politischen Zusammengehen zwischen Deutschland und Frankreich. Als Unterströmung bestand zu allen Zeiten eine nach Deutschland gerichtete Bewegung. Sie wurde von den Ressentiments und den Rachegefühlen zweier Kriege in den letzten Jahrzehnten untergepflügt. Aber wenn die Stunde ihr günstig war, brach sie immer wieder mächtig auf. Kein Wunder, daß ein wichtiger Teil der französischen Nation, auf eine endgültige Lösung des europäischen Problems vertrauend, sich 1940 Deutschland zugesellte. Die „Kollaborationisten" gehörten zur Elite der Nation: Idealisten aller Stände und Berufe, angesehene Vertreter alteingesessener Familien, Handwerker, Kaufleute, Lehrer, Professoren, die Mehrzahl der lebendigen Vertreter französischer Kunst und Literatur — das geistige Bild der Dissidenz während der vergangenen Jahre war kläglich —, Studenten und Schüler, die den tapferen Anruf der Zeit vernahmen. Hunderttausende fanden sich in den verschiedenen Gruppen zusammen. Millionen sympathisierten mit der Bewegung. Die Reaktion der Dissidenz wäre nicht so heftig, wenn sie nicht die Macht dieses Geistes spüren würde. Die Behauptung, 95 v. H. des französischen Volkes wäre gegen Deutschland und die europäische Collaborationspolitik gestanden, ist falsch. Man kann die Meinungen eines Volkes nicht zählen, höchstens vielleicht wiegen. Unbestreitbar aber stand auf europäischer Seite der geistig gewichtigere Teil und, da das Bekenntnis zum neuen Europa Überwindung alter Prinzipien und Schulmeinungen verlangte, auch die beweglicheren und intelligenteren Kräfte der Nation. Man braucht bloß die Physiognomien von de Gaulle, Giraud, Massigli, Philip, Mauriac, Duhamel und anderen Exponenten der Dissidenz der Galerie der Persönlichkeiten des collaborationistischen Frankreich gegenüberzustellen, um in dem Starren, Gelben, Galligen, Unjugendlichen der ersteren den Unterschied der politischen Weltanschauung zu erkennen. Im übrigen beweist die Dissidenz mit ihren personellen und sachlichen Maßnahmen seit Ende August, daß ihr eigentliches Wesen Restauration ist.

Welche Kräfte standen im Kampf gegen die europäische Solidarität auf ihrer Seite? Eine Antwort läßt sich nur andeutungsweise geben. Die politischen Stellungskämpfe gingen mitten durch die überkommenen Gruppen durch. Schwerpunkte des Widerstandes lagen rechts bei den Kreisen der katholischen und protestantischen Großbürgertums, bei einem Teil der höheren Beamtenschaft und des Militärs, bei den wissenschaftlichen und literarischen Körperschaften, bei einem Teil des Lehrkörpers der Hoch- und Mittelschulen, links bei der Arbeiterschaft, soweit sie früher bereits den radikaleren Bewegungen angehört hatte, kommunistisch-sozialistisch eingestellten Intellektuellengruppen, vor allem unter der Volksschullehrerschaft und gewissen Clans der Wissenschaft und Literatur. Der Maquis, der durch die Zerreißung Frankreichs in zwei Zonen 1940 bis 1942 vorbereitet worden war, im Zuge der politischen und militärischen Entwicklung 1942 bis 1944 sich dann verstärkte, gab ein ziemlich getreues Spiegelbild dieser Gesellschaftsgruppen. Man traf dort neben arbeitsscheuem Gesindel der Großstädte, kommunistischen Totschlägern, Arbeitsdienstverweigerern, berufsmäßigen Agenten, Mönchen, Offiziere und Studenten aus den Optimatenfamilien des Landes. Manche hatte die Lust nach Verbrechen, manche der Reiz, auf diese Weise zu Sprengstoff zu kommen — wenn man schon nicht in regulären Heeren kämpfen durfte —, manche der Gedanke des vom „Erbfeind" besetzten Vaterlandes den unterirdischen Verbänden zugeführt.

Die geistigen und politischen Beweggründe der Maquisards waren so verschieden wie ihre Herkunft. Die Dissidenz war eben, wie die Resistance, nur eine im Negativen geeinte Bewegung. Selbst der Mythos der „Libération" war im tieferen Sinne kein einigendes Band. Von Charles Maurras und Paul Déroulède führt eben kein Weg zu Thorez. Dies wird sich — außerhalb der beginnenden Scharmützel zwischen den roten und weißen Banden — sehr bald in der Politik erweisen.

Es wird dann auch zutage treten, daß man dem Programm europäischer Zusammenarbeit keinen französischen Plan, sondern nur einen bolschewistischen oder angelsächsischen entgegenzusetzen hat. De Gaulles außenpolitisches Programm, mit einem mächtigen Kolonialreich im Rücken der Sowjetunion zur Beherrschung der in Kleinstaaten aufgeteilten europäischen Mitte ein Bündnis anzutragen, ist eine Illusion, solange dieses Kolonialreich samt dem Mutterlande von der amerikanisch-englischen Militärmacht besetzt ist. De Gaulle mag mit seiner Intransigenz manchen innenpolitischen Gegner aus dem Sattel geworfen haben. Er mag sich auch mit Hilfe des wiederaufgenommenen republikanischen Zahlenspiels noch eine Zeitlang an der Spitze halten. Es wird jedoch auf seinem Wege bald an eine Mauer geraten, auf der nicht mehr steht „La France seule" oder „La France d'abord", sondern in großen Lettern „Collaboration avec qui?" Die Weltmacht Frankreichs ist im Sommer 1942 in den Hotels von London, Algier, Casablanca und Dakar verspielt worden. Heute geht es deshalb nur noch um die Frage: In welchem System sind der französischen Nation die besten Möglichkeiten der Entfaltung geboten? Der tapfere Drieu La Rochelle wurde während vier Jahren nicht müde, seinen Landsleuten die Notwendigkeit der Wahl zwischen der Sowjetunion, Amerika und einem im Bunde mit Deutschland geschaffenen Europa zu predigen. Wie viele der besten Geister hat er sich zur Collaboration bekannt, als der auch französischen Lösung des deutsch-französischen Problems. Von den Schüssen, die Jean Jaurès niederstreckten, führt eine gerade Spur zu den Schüssen, unter denen heute die Collaborationisten zusammensinken. Man wird nie vergessen dürfen, daß hier vielleicht zum erstenmal in der französischen Geschichte Märtyrer fallen nicht für die Nation, sondern für das größere Vaterland — Europa. Im Angesicht dieser schlichten Tatsache versuchen nun auch die Verbände der Résistance ihre Toten zu heroisieren und ihnen das Märtyrerkleid der nationalen Befreier umzulegen. Der Maquis hat aber seinen Kampf geführt in einer seltsamen Mischung von Verbrechen, Grausamkeit, Habgier und Rachsucht. Er hat seine Opfer nur selten nach politischen oder militärischen Gesichtspunkten ausgenutzt. Er hat vor Frauen und Kindern nicht haltgemacht. Er hat Gefangene grausam mißhandelt. Der Kampf der idealistischen Kräfte ist untergemengt unter die Verbrechen der Unterwelt. Hierin liegt die moralische Schwäche der Résistance; hieraus wird sich ihre politische ergeben.

Collaboration oder nicht: Diese Frage steht heute, wie so viele andere, unter der Entscheidung des Schwertes. Aber die Waffen werden einmal schweigen. Dann ist es vielleicht nicht wertlos, den Charakter und den Tiefengang einer großen geistespolitischen Bewegung genau zu kennen. *Karl Epting*

Quebec, Vorposten Europas in Amerika

Mitte August 1944 fand in der kanadischen Provinz Quebec die Wahl zum Provinzialparlament statt. Fast zwei Drittel der Wähler stimmten gegen die Parteien, die sich für die Kriegspolitik des Ministerpräsidenten Mackenzie King, der die kanadische Bundesregierung führt, erklärt hatten. Die liberale Partei unter dem bisherigen Ministerpräsidenten der Provinz Quebec Godbout erlitt eine vernichtende Niederlage. Eine liberale Zeitung, „L'Action Catholique", schrieb: „Das Volk der Provinz Quebec hat einen Krieg satt, der den Einberufenen und

Dienstverpflichteten Zwang auferlegt, der Milliarden an England gibt, der Einschränkungen und Rationierungen bringt."

Sieger bei der Wahl wurde der Führer der Kanada-Franzosen Duplessis, der schon 1939 Ministerpräsident Quebecs gewesen war. Damals hat man ihn mit einer Wahlkampagne, die sich die Kriegshysterie zum Nutzen machte, gerade aus dem Sattel heben können. Heute kommt er wieder. Von den 91 Sitzen im Provinzialparlament sind 46 an seine „Union Nationale" gefallen und nur 38 an die Liberalen. Er wird sicher unterstützt durch den „Bloc Populaire Canadien", der vier Abgeordnete in das Provinzialparlament entsendet und noch fanatischer als Duplessis selbst gegen die Kriegsteilnahme Kanadas ist. Die beiden Parteien verlangen gegen die Regierung von Ottawa „Autonomie für Quebec".

Diese Wahl zeigt, daß es in Nordamerika eine Gruppe gibt, die mit dem Untergang der europäischen Überlieferung in der Massenzivilisation der USA nicht einverstanden ist. Die kanadischen Franzosen wollen weder den Bolschewismus noch den Amerikanismus auf Kosten Europas unterstützen.

1922 sprach der Kardinal Erzbischof *Villeneuve* von dem Ziel eines „französisch-katholischen Staates in diesem Jahrhundert im St. Lorenztal". 1936 fielen im Provinzparlament von Quebec 76 der 90 Sitze an die „Union Nationale". Am 20. März 1939 zogen Demonstranten durch Montreal und die Stadt Quebec unter dem Rufe: „Keine fremden Kriege."

Im Oktober 1942 begründete der Abgeordnete *Maxime Raymond* die neue politische Bewegung mit dem Namen Bloc Populaire Canadien und gab ihr als Parole: „Kanada für die Kanadier, Quebec für die Quebecer."

Trotz dieser Bewegungen ist nicht nur ganz Kanada, sondern auch das französische Volkstum in Quebec in den antieuropäischen Krieg hineingezwungen worden. Als die Bundesregierung am 27. April 1942 eine Volksabstimmung über die Frage abhielt, ob sie die allgemeine Wehrpflicht zum Dienst außerhalb der Landesgrenzen einführen dürfe, erhielt sie zwar eine Ja-Mehrheit von vier Fünfteln der Stimmen im ganzen Lande, in der Provinz Quebec stimmten jedoch 72 % der Wähler mit Nein. Ein führender Minister französischen Volkstums in der Bundesregierung trat zurück. Am 21. Mai 1942 beschloß das Provinzialparlament von Quebec, die Bundesregierung zu bitten, die Überseewehrpflicht nicht einzuführen. Im Bundesparlament von Ottawa stimmten die Abgeordneten der kanadischen Franzosen geschlossen gegen Mackenzie King. In Montreal gab es Straßenunruhen. Aber das Französische Kanada wurde majorisiert.

Seit 1900 gibt es einen aktiven „nationalistischen Widerstand" gegen Kanadas Beteiligung an „Empirekriegen".

Trotz dieses Widerstandes ließen sich auch die Kanadafranzosen 1914 zunächst durch die hysterische Kriegsstimmung hinreißen. So sehr sie aber auch in der Stadt Montreal für die alliierte Sache demonstrierten, so wenig drängten sie sich doch zu den kanadischen Freiwilligentruppen, deren erste Division schon am 30. September 1914 nach Europa eingeschifft wurde. In dieser ersten Division von 30 000 Mann dienten 12 500 Männer, die noch selbst in Großbritannien geboren waren, etwa 16 000 gebürtige Kanadier englischer Volkszugehörigkeit und nur 1200 Kanadafranzosen. Zur Verstärkung dieser ersten Division und zum Ersatz der Verluste wurden zahlreiche Freiwillige benötigt. Aber Quebec hielt sich immer mehr zurück. Seine Zurückhaltung wuchs, als die Führung der kanadischen Wehrmacht die Aufstellung besonderer Einheiten mit französischer Kommandosprache hintertrieb und verzögerte, und als die angloprotestantischen Hitzköpfe ausgerechnet in der Kriegszeit in der Provinz Ontario die Schulrechte der französisch-katholischen Minderheit zu schmälern begannen. Die Franzosen fühlten, daß das Britische Weltreich doch im wesentlichen eine Angelegenheit

des englischen Volkes sei und daß auf ihre Empfindlichkeiten in keiner Weise Rücksicht genommen werde. Am 23. Juli 1915 wurde zum ersten Male eine Rekrutierungsversammlung gestört. Bis zum März 1916 hatten die Kanada-franzosen, die 40 % der wehrfähigen männlichen Bevölkerung des Landes stellten, nur 4,5 % seiner Kriegsfreiwilligen aufgebracht.

Als die kanadische Regierung die britischen Forderungen nach Waffenhilfe nicht mehr mit Hilfe der freiwilligen Meldungen erfüllen konnte, beschloß sie im Juni 1917 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Schon damals stimmten die Abgeordneten Quebecs geschlossen gegen die Überseewehrpflicht. Aber Quebec stand im Dominium allein. Am 22. März 1918 wehrten sich in der Stadt Quebec junge Männer gegen die Einziehung und brannten die Gebäude der Bundespolizei nieder. Am Ostersonntag mußten Truppen eingesetzt werden. Anglokanadische Kavallerie aus Otronto stand den Massen gegenüber, die unter dem Absingen der Marseillaise und des frankokanadischen Nationalliedes gegen die öffentlichen Gebäude andrängten. Am 1. April wurde der Aufruhr mit Maschinengewehrfeuer erstickt. Danach trat Kirchhofsruhe ein.

Frankokanada hat auch im Herbst 1939 wieder erfahren, daß es in einem parlamentarischen Staat jederzeit überstimmt werden kann. Es hat im Sommer 1940 aufgehorcht, als aus Vichy die Stimme eines konservativ-katholischen Frankreich über den Atlantik zu erklingen schien, die es seit 1789 nicht mehr gehört hatte. Es ist aber durch die Gewalt der parlamentarischen Mehrheit auch von Vichy wieder getrennt worden. Es sieht heute, daß die Frage der Wehrpflicht für einen Krieg in Europa gar nicht mehr eine Kernfrage ist, sondern daß seine Heimat selbst durch den übermächtigen amerikanischen Bundesgenossen Englands in ihrer eigentlichen Selbständigkeit bedroht wird. Der amerikanische militärische und wirtschaftliche Imperialismus greift nach dem Lande der französischen Bauern am St.-Lorenz-Strom.

Wie die Buren erfahren auch die Kanadafranzosen in diesem Kriege, daß eine isolationistische Politik des negativen Widerstandes ihr Volkstum nicht sichern kann, sondern daß ihr europäisches Erbe nur dann gewahrt bleibt, wenn Europa siegt. Das Wahlergebnis im August 1944 zeigt, daß Französisch-Kanada trotz allen Terrors zu erwachen beginnt.

Brasilianischer Kautschuk

Das Schicksal ibero-amerikanischer Monokulturen im anglo-amerikanischen System

Überblickt man die historische Entwicklung der brasilianischen Kautschukausbeute, so muß man folgendes feststellen:

In Hinsicht auf die außerordentlich dünne Bevölkerung Amazoniens, die für den Staat Pará 0,68, für Amazonas nur 0,15 und für das Territorium Acre nur 0,22 auf den qkm ausmacht, war es eine Riesenleistung, ohne fremde Hilfe, wie Neger, die gewaltige Anzahl der Gummizapfer zu stellen, um sie auf ein Ausbeutegebiet von mehr als 1 Million qkm zu verteilen. Diese beachtliche Arbeitsleistung wurde ausschließlich von brasilianischen Kräften geleistet. *Neger* wurden zur Kautschukzapfung nie herangezogen, wohl aber wanderten etwa 20 000 Bewohner der brasilianischen Nordoststaaten, die bekanntlich unter periodisch wiederkehrender Trockenheit leiden, nach den fernen Gummiwäldern Amazoniens aus; so besonders nach den verheerenden Trockenperioden von 1877 und 1880. Von diesen Leuten kam kaum einer wieder in seine alte Heimat zurück. Starben sie nicht an Fieber, so gingen sie durch Hunger und lange schwere Entbehrungen oder vollständige Entkräftung zugrunde. Die ständige Wanderung vom eigenen Heim zu den Zapfstellen in den fernen Gummiwäldern auf Tausenden von Kilometern Entfernung artete in ein wahres Nomadenleben der Zapfer, ja der ganzen

Bevölkerung Amazoniens aus. Die Kautschukausbeute machte aus den genügsam dahinlebenden Siedlern unstete, genußsüchtige Menschen, die, von Geld- und Gewinnsucht getrieben, dem Gummi nachjagten und schließlich enttäuscht, entnervt und abgewirtschaftet in die Sammelhäfen zurückkehrten, um dort den schwer erbeuteten Gewinn in kürzester Zeit bei Spiel und Alkohol zu verlieren. Dann kam der große, durch den ostindischen Pflanzgummi verursachte Preissturz des Kautschuks. In den volkreichen Städten Pará und Manáos zeigten sich bereits die ersten großen wirtschaftlichen Zusammenbrüche. Die Handelshäuser schlossen ihre Türen, das Elend griff rasch um sich. In Scharen strömten die Zapfer aus den Wäldern in die Städte. Sie standen vor dem völligen Zusammenbruch, vor ihnen gähnte der Hunger und die Arbeitslosigkeit.

Die verheerende Auswirkung der Preislagen des Kautschuks auf die gesamte Wirtschaft Amazoniens dürfte am besten aus einer Betrachtung der Preissteigerung und endlichen Preissenkung von 1830—1940 in je zehn Jahresperioden hervorgehen. 1830 stand der Preis für die Tonne Kautschuk auf 51,7 Gold, 1840 stieg er plötzlich wieder auf 72,7, 1850 fiel er dann wieder auf 45,6, 1860 schnellte er auf 117,7, 1870 auf 125,1, 1880 erreichte er 181,9, 1890 sank er wieder auf 160,0, 1900 kam er auf 204,3, 1910 schnellte er gar auf 389,5, 1920 sank er wieder auf 252,6, dann 1930 weiter auf 101, 8 und 1940 endlich auf 30,6. In diesem Jahre war demnach der Preis des Gummis noch unter den von 1827 mit 32,3 Gold je Tonne Gummi gesunken.

Inzwischen hatten die Engländer in Malakka reiche Kautschukausbeuten aus den am Amazonas gesammelten und auf indisches Klima umgewöhnten Heveapflanzungen.

Als in Amazonien 1912—13 das Maximum an Kautschukausbeute erreicht wurde, standen in Malesien auf 500 000 ha bereits 120 Millionen Gummibäume. Deren Ausbeute ergab schon 1906 424 t, 1909 3 057 t, 1912 bereits 19 260 t, 1916 stieg sie auf 152 650 t und 1920 auf 300 000 t. Stellen wir einmal die beiden Konkurrenten einander gegenüber:

	Amazonien	Englische Pflanzungen in Indien
1906	10 283 t	424 t
1909	10 193 t	3 057 t
1912	10 756 t	19 260 t
1916	8 092 t	152 650 t
1920	6 091 t	350 000 t

Der ostindische Pflanzgummi wurde außerdem als technisch vollkommenes und einheitliches Produkt an die Gummiindustrien ausgeführt. Dagegen war der durch den Raubbau gewonnene amazonische Gummi als wenig gleichförmiges Rohprodukt stets großen Preisschwankungen, Abschreibungen und schwankenden Bewertungen unterworfen. Es fehlte der gesamten Kautschukwirtschaft Amazoniens ein einheitliches System der Zapfung, eine durchgreifende Organisation des Präparierens und eine offizielle strenge Überwachung der Zapfperioden. Es fehlte ferner an einem staatlichen Schutz des Gummibaumes gegen die pausenlose und rohe Zapfung sowie eine finanzielle Hilfe von seiten des Staates. Alle diese Fehler und Mängel zusammen mit der unaufhaltsamen englisch-indischen Konkurrenz mußten schließlich den völligen Zusammenbruch der brasilianischen Kautschukwirtschaft herbeiführen.

Die Engländer hatten zunächst selbstverständlich Interesse für die brasilianische Ausbeute bewiesen und die Kautschukausfuhr weitgehend an sich zu reißen versucht, wie sich besonders in Manáos zeigte.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war *Pará* der einzige Ausfuhrhafen für ganz Amazonien. Die bedeutende Zufuhr von Ausfuhrgütern des großen Sammelhafens am Rio Negro, *Manáos*, ging über *Pará* nach Europa. Schon 1874 suchte sich daher Manáos vom Einfluß Parás zu befreien und begründete eigene Schiffahrtslinien mit direktem Verkehr nach Europa. Während dieses Konkurrenzkampfes beider großer Ausfuhrhäfen wurde Manáos vom englischen Bankhaus Brocklechurst in Liverpool, aus dem später die Boothline-Gesellschaft hervorging,

stark unterstützt. Mit der Steigerung der westamazonischen Kautschukausbeute stieg auch die Einfuhr vieler Waren dorthin ganz bedeutend. Die englische Red-Cross-Line-Company sandte ihre Dampfer seit 1877 von Liverpool aus ohne Aufenthalt in Pará direkt nach Manáos und übernahm dort innerhalb von sechs Jahren fast 2000 t Kautschuk. Die rasch ansteigende Gummizufuhr aus dem benachbarten Peru und den reichen südwestlichen Flußgebieten des Madeira, Purús, Juruás, Matto-Grossos und Boliviens rief andere Dampferlinien ins Leben. Diese brachten große Mengen von Kautschuk nach dem Hafen Manáos.

Der Hafen von Manáos am linken Ufer des dort 2000 m breiten und 10 m tiefen Rio Negro, 15 km von seiner Mündung in den Solimoes und 1823 km von der Amazonasmündung entfernt, ist infolge der außerordentlichen Schwankungen des Wasserspiegels von im Mittel 15 m auf schwimmenden eisernen Pontons erbaut. Die schwierige und glückliche Lösung dieses einzigartigen Hafenbaues wurde 1900 von der Firma B. von Rynskiewiecz & Co. ausgearbeitet, die 1903 ihren Baukontrakt an die Londoner Manáos-Harbour-Ltd.-Comp. weitergab. Diese führte dann die schwierigen, durch gewaltige Hochwasserperioden zeitweise unterbrochenen Hafenbauten aus. 1918 waren diese Bauten, die durch die Kautschukkrise und die Folgen des ersten Weltkrieges stark behindert waren, noch nicht vollendet. Die Rentabilität des Unternehmens sank infolge der großen Preiserniedrigung des Kautschuks von 9% (1912) auf 1% (1918) des Baukapitals. Von 1913 an begann die Gesellschaft, die vorläufigen Hafenanlagen auszuwerten.

Der amerikanische Ingenieur Farquhar baute den Hafen von Pará an der Amazonasmündung aus.

Der Hafen von Pará hatte bis 1782 nur höchst einfache Ladevorrichtungen. Erst 1906 ging die brasilianische Bundesregierung mit Farquhar einen Kontrakt zum Bau einer neuzeitlichen Hafenanlage ein. Letzterer begründete hierauf die Port of Pará-Gesellschaft mit einem Kapital von 168 Millionen Fr., wovon 94 Millionen von französischen Geldleuten gezeichnet wurden. Die Bauarbeiten wurden von der englischen Firma S. Pearson and Sons und der französischen Schneider & Creusot übernommen. Das Bauprogramm sah weit ausgedehntere Hafenanlagen mit 20 gewaltigen Lagerhäusern vor, als schließlich infolge der Kautschukkrise durchgeführt werden konnten. Der erste Weltkrieg zwang die Gesellschaft, die Vollendung der Anlagen auf spätere Zeiten zu verschieben.

Der Schiffsverkehr von Pará war stets sehr rege und stieg von 1820 bis 1900 von 60 Schiffen auf 1194 Dampfer. Von deutschen liefen 1905 100, 1909 nur mehr 66 und 1914 nur ein Schiff ein und aus. Diese auffallende Verminderung war durch die scharfe Konkurrenz der englischen Linien, besonders der Boothline und der Red-Cross-Line, beide in Liverpool beheimatet, begründet. 1902 gingen die beiden englischen Gesellschaften so weit, den deutschen Dampfern zu verbieten: 1. keine Ladung auf der Rückfahrt Amazonas—Hamburg nach englischen Häfen mitzunehmen (eine gerade für die Kautschukausfuhr von 1902 mit 16 000 t empfindliche Frachteinbuße), 2. keine Weiterfahrt von Manáos aus nach dem fernen Hafen von Iquitos zu unternehmen. Auch dieser bedeutende Gummihafen war für den deutschen Überseehandel sehr wichtig. Die englischen Linien führten damals neben 150 000 t Kohlen 200 000 t Waren nach Amazonien ein. Die deutsche Gesamteinfuhr wurde dadurch auf 43 000 t verringert. 1911 kaufte die Gesellschaft Port of Pará die 1872 gegründete englische Amazon-Steam-Navigation-Comp. mit 40 Dampfern und bildete daraus eine neue Gesellschaft unter dem Namen The-Amazon-River-Steam-Navigation-Comp. mit einem Kapital von 300 000 Pfd. St. Später rief dieselbe Gesellschaft die neue Navigation of Amazon ins Leben. Diese beiden reichen Dampfschiffahrtsgesellschaften verschmolzen später zur gegenwärtigen Amazon-River-Steam-Navigation-Comp. Diese mächtige amerikanisch-englische Gesellschaft erschwerte natürlich die schon blühende deutsche Amazonasschiffahrt wo und wie sie nur konnte.

In zunehmendem Maße schalteten sich dann aber die USA. ein.

Von der brasilianischen Kautschukausbeute kann nur die aus dem Amazonasgebiet Anspruch auf Bedeutung für die Kriegswirtschaft der USA. erheben. Die

Gesamtausfuhr des Amazonaskautschuks stand zu der des brasilianischen Nordostens im Verhältnis von 30 : 1.

Infolge des bedauerlichen, durch den Krieg bedingten Mangels an gegenwärtigen brasilianischen wirtschaftlichen Berichten aus Amazonien kann die Aussicht der Gummiausbeute durch die USA. nur nach vorliegenden Statistiken, Schriftumsnachweisen und meinen eigenen Beobachtungen auf Grund einer zweijährigen Expeditionsreise durch Nordamazonien bis zum oberen Orinoco (1927 bis 29) beurteilt werden.

Durch Ankauf und Zusammenlegung großer englischer und anderer Schiffsgesellschaften verstanden es die Nordamerikaner, sich den Verkehr auf dem Amazonas zu sichern. USA.-Konsulate und Telegraphenstationen unterbauten diese Dampferlinien. Durch Landkonzessionen gewaltiger Ausmaße, besonders im Staate Amazonas, versuchten die USA. sich auch amazonischen Boden für Kautschukpflanzungen und Holzausbeute zu sichern. Nordamerikanische Techniker, Wissenschaftler und Geldleute bereiteten eine zukünftige großzügige, wirtschaftliche Ausbeutung Amazoniens vor. Die USA. suchten sich mit allen Mitteln eigene Kautschukquellen zu sichern. Der nordamerikanische Gummiverbrauch stieg jährlich um 103 000 t. Um 1922 sank das englische Pfund Pflanzgummi auf $8^1/_2$ d, in den USA. auf 15 Cents. Diese niedrige Preislage ausnützend, sicherte sich die USA.-Industrie gewaltige Lieferungen von Kautschuk aus Indien auf lange Frist. Die englische Regierung schränkte daraufhin, auf Grund des vielumstrittenen, von Stevenson ausgearbeiteten Planes, ihre gesamte Gummiproduktion auf 60 % ein und setzte zur gleichen Zeit den Preis auf 1 s 6 d fest. In Neuyork dagegen schnellte der Gummipreis bald von 15 auf 36 Cents hinauf. Ein gewaltiger Entrüstungssturm setzte in den USA. ein mit dem Hinweis, daß die nordamerikanische Industrie bisher 75 % der englischen Gummiausfuhr und 70 % der Weltproduktion verarbeitete. Die nordamerikanische Industrie erachtete deshalb ihre Gummiversorgung für höchst gefährdet und hielt es, im Falle eines weiteren Krieges, für unmöglich, sich mit genügend großen Kautschukmengen einzudecken. In dieser mißlichen Lage trachteten die USA., ihre so gefährdete Abhängigkeit von der englischen Gummiausfuhr abzuschütteln und mit allen erdenklichen Mitteln nach neuen eigenen Kautschukquellen auf der westlichen Hemisphäre zu suchen. In erster Linie kamen dabei die Philippinen, Mittel- und Südamerika in Betracht. Auf dem südamerikanischen Kontinent war natürlich Amazonien als Pflanz- und Ausbeutegebiet das nächstliegende. Die brasilianische Regierung erbot sich alsbald, einer geplanten nordamerikanischen Sonderstudienkommission nach dem Amazonas jede nur mögliche Hilfe zu leisten. Die auf dem vom Gouverneur von Pará zur Verfügung gestellten Dampfer „Andirá" durchgeführte Reise dauerte vom 16. August 1923 bis zum Juni 1924. Sie führte die Kommission von Pará über Nordwest-Bolivien zum Rio Negro, von hier aus über den Solimões und den oberen Amazonas aufwärts bis Iquitos und zur Stadt Yurimagua. Auf dem Rückweg vom oberen Huallaga wurden außerdem noch die südlichen Nebenflüsse des unteren Amazonas besucht. Anschließend daran bereiste ein Teil der Mitglieder auf einer kurzen Exkursion den Staat Bahia bis zum Rio das Contas. Als Endergebnis dieser ausgedehnten und gründlichen Forschungsreise erwies sich besonders der untere Amazonas und Xingú als aussichtsreichste Zone für Hevea-(Kautschukbaum-)anpflanzungen. Die Bahianer Exkursion fand auch den 150 km breiten südbahianischen Regenwaldgürtel der berühmten Kakaozone für gleiche Zwecke sehr günstig. Zusammenfassend überzeugten sich die Teilnehmer davon, daß das ganze Amazonasgebiet durch systematisch durchgeführte Anpflanzungen der Hevea das englisch-indische Pflanzareal noch bedeutend überragen könnte. Der Eile und Gründlichkeit der abgeschlossenen Forschung entsprechend hätte man einen baldigen Beginn der groß geplanten Heveaanpflanzungen erwarten müssen. Aber Jahre gingen darüber hinweg. Ja, selbst als ich 1927—29 als Mitglied der Rondonkommission den ganzen nördlichen Amazonas bis zum oberen Orinoco bereisen konnte, fand ich keine Spur der von den USA. geplanten Umwälzungen der Kautschukwirtschaft vor. Im Gegenteil konnte ich wahrnehmen, daß überall das ehemals so reiche Gummigebiet völlig verödet und von seiner

Bevölkerung verlassen war. In vielen Städten und Dörfern fand ich kaum einen Bewohner vor. Kein Kautschukboot war auf den zahlreichen befahrenen Flüssen anzutreffen. Die Kautschukwirtschaft hatte sich bereits auf die Ausbeute von Ölfrüchten umgestellt.

Am unteren Tapajóz hatte der Automagnat *Ford* eine bedeutende Landkonzession von über 10 000 ha mit der ausdrücklichen Bedingung, dort Hevea zu pflanzen, von Brasilien erzielt. Auf dem noch von Regenwäldern bedeckten Boden entstanden alsbald Direktions- und Wirtschaftsgebäude, breite Autostraßen verbanden die Pflanzgärten, ein botanischer und zoologischer Garten erstanden, während am Fluß große Sägereien errichtet wurden. Hier ließ Ford die massenhaft anfallenden Edel- und Farbhölzer zu Werk- und Bauhölzern, hauptsächlich aber auch zu Parketthölzern verarbeiten und auf eigenen Dampfern nach den USA. verschiffen.

Der Tapajóz verbindet als Wasserstraße den Amazonas mit dem oberen Paraguay, von dem er durch eine Landbrücke von nur wenigen hundert Metern getrennt ist. Nach einem Lauf von 1992 km mündet er bei der Stadt Santarem mit der relativ geringen Breite von 1100 m in den Amazonas. Der Zugang zu Fordlandia, der sogenannten Fordschen Konzession, unterliegt einer sehr strengen Überwachung. 1933 waren dort noch viele leitende Stellen von Deutschen besetzt. Die 1918 begonnenen Pflanzungen dürften heute, bei 500 Heveas je ha, 5 Millionen zapfbarer Bäume zählen. Brasilianische Geologen erbohrten oberhalb Fordlandia Petroleum. Da die USA. jede Petrolumschürfung auf brasilianischem Grund grundsätzlich vereitelten, könnte dieser Umstand mit der Ortswahl der Konzession zusammenhängen. Le Cointe, der ausgezeichnete Kenner Amazoniens, erwähnt in seinem dreibändigen Werke „A Amazonia Brasileira" bezeichnenderweise Fordlandia mit keinem Wort. Das war offenbar unerwünscht.

Die Nordamerikaner werden auch die gegenwärtigen zerstreuten, längs des Amazonas und seiner Nebenflüsse verteilten privaten Kautschukanpflanzungen von gewöhnlich 5000—10 000 Bäumen verwerten wollen. Bei ihrer großen Entfernung voneinander dürften die schwierigen Transportverhältnisse eine große Rolle spielen, außerdem sind viele davon nach dem üblichen Raubbausystem schon ausgebeutet und teilweise verwüstet worden.

Den USA. verbleiben schließlich die restlichen wilden Kautschukdistrikte, die vom Hauptstrom allmählich gegen den Oberlauf seiner Nebenflüsse abgedrängt wurden. Die gesamte Ausbeute verlagerte sich in den weiten Umkreis Amazoniens längs der brasilianischen Grenzen. Die wenigen ausgebeuteten Wälder liegen zwischen dem Oberlauf der südlichen und nördlichen Nebenflüsse des Amazonas. Dahin aber fehlen fahrbare Wasserstraßen. Neben den geringen Aussichten auf reiche Ausbeute kommen die langen und schwierigen Transportverhältnisse von 3000 und mehr Kilometer in Betracht, die bei der Häufigkeit der Überwindung von Wasserfällen mit großen Verlusten rechnen müssen. Die Verpflegung der Zapfer wird dadurch äußerst erschwert.

Werden sich endlich die alten eingearbeiteten Zapfer wieder herbeilassen, von neuem in diese entfernten, fiebergefährlichen und menschenleeren Waldgebiete zurückzukehren, oder wollen die Nordamerikaner vielleicht Schwarze von den Antillen, wie gewöhnlich, herbeiholen? Das dürfte dann zu ähnlichen blutigen Rassen- und Klassenkämpfen führen, wie wir sie aus der Zeit der Ausbeute des Manihotkautschuks in den Staaten Bahia und Piauhy der Jahre 1912 und 1913 kennen, wobei die Station der Pflanzungen von den siegreichen brasilianischen „Maniçoberos" völlig eingeäschert und viele Barbadosnigger getötet wurden. In den Nordstaaten hat die seit 1912 dort arbeitende brasilianische Trockenkommission neue wirtschaftliche Lebensverhältnisse geschaffen, so daß deren Bewohner nicht mehr nach dem Amazonas wandern müssen. Geschulte Gummizapfer in genügender Anzahl zu erhalten, dürfte daher für die Nordamerikaner gegenwärtig sehr schwierig sein.

Nicht viel geringere Schwierigkeiten bieten die gewaltigen Entfernungen, die zahlreichen Wasserfälle und Schnellen der Oberläufe der Flüsse, auf die immer wieder hinzuweisen ist. Wie werden die Nordamerikaner die wahrlich nicht leichte

Nahrungsversorgung der in den fernen Wäldern arbeitenden Zapfer lösen? Wie wird das heutige Amazonien diese Nahrungsmengen allein aufbringen können, oder müssen, wie damals, wieder die Südstaaten mit ihren reichen Reserven eingesetzt werden? Alle Anzeichen sprechen dafür.

Einer raschen und ergiebigen Kautschukausbeute in Amazonien, wie sie gegenwärtig die nordamerikanische Kriegsindustrie fordert, steht folglich eine Reihe schwierigster Probleme gegenüber, deren Lösung viel Zeit, Geldopfer und Schiffsraum erfordert. Übertragen wir nur 1 500 000 ha mit Hevea bepflanzter Bodenfläche der englischen Gummiwirtschaft, die von billigen Chinesen und Malayen angelegt und betreut wurden, auf Amazonien. Woher dazu die dort so teuren Arbeitskräfte, die Bedienung der schweren Maschinen nehmen, um eineinhalb Millionen Hektar amazonischer Regenwälder in technisch vorbereitete Pflanzböden zu verwandeln? Wie teuer kommt wohl das Pfund dieses Kautschuks und wann kann die wahre Ausbeute begonnen werden?

Dennoch müssen die USA. auf die schon stark ausgebeuteten Kautschukwälder Amazoniens als Gummiquellen zurückgreifen. *Philipp von Luetzelburg*

Köpfe der Weltpolitik

Lord Templewood (Sir Samuel Hoare)

„Rückschauend frage ich mich, ob ich ein schlechtes Gewissen habe oder ob mein Gewissen rein ist. In aller Bescheidenheit bekenne ich dem Hause, daß mein Gewissen rein ist. Was das Urteil anderer anbetrifft, so bin ich mir peinlichst bewußt, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung dem Kurse, den ich eingeschlagen habe, äußerst kritisch gegenübersteht. ... Ich bin ernstlich davon überzeugt, daß der von mir eingeschlagene Kurs der einzig mögliche war. Es kann sein, daß die große Mehrheit dieses Hauses nicht mit mir übereinstimmt. Es ist möglich, daß viele meiner besten Freunde nicht mit mir einverstanden sind. Trotzdem bin ich sicher, daß bei der Behandlung dieser schweren Fragen der einzig gangbare Weg der ist, von dessen Richtigkeit man wahrhaft überzeugt ist. Ich glaube, daß es der richtige Weg war. Ich glaube, daß in Zukunft, wenn die Gemüter weniger erregt sind als heute, zum mindesten einige meiner Freunde erkennen werden, daß ich bessere Gründe für mein Handeln hatte, als sie heute annehmen."

So sprach im englischen Unterhaus am 19. Dezember 1935 der Abgeordnete Sir Samuel Hoare in einer persönlichen Erklärung, nachdem er gerade das Amt des britischen Außenministers niedergelegt hatte. Er hatte zurücktreten müssen, weil die Anhänger des Völkerbundes auf der Linken und äußersten Rechten seine versöhnliche Außenpolitik, insbesondere die Vorschläge, durch die er im Einverständnis mit dem französischen Außenminister Laval den italienisch-abessinischen Konflikt beilegen wollte, angriffen. Er wollte den Krieg, den er kommen sah, vermeiden, denn:

„Tatsächlich gibt es nur zwei Wege zur Beendigung eines Krieges: entweder Frieden durch Verhandlung oder Frieden durch Kapitulation ... Wenn es sich um einen Frieden durch Unterwerfung handelt, bedeutet das den vollständigen Zusammenbruch des einen oder anderen Kriegführenden. Meine eigene Ansicht, und ich bekenne sie dem Hause frei, ist, daß der Krieg durch einen Verhandlungsfrieden beendigt wird. Ich glaube, daß der Friede nicht durch eine völlige Kapitulation der einen oder anderen Seite erreicht wird."

Er behauptet, wie ein Besessener für den Frieden gearbeitet zu haben:

„Solange ich dem Foreign Office angehöre, quält mich die Notwendigkeit

zweier ernster Aufgaben. Tagaus, tagein plagt mich die dringliche Notwendigkeit, alles in meiner Macht Stehende zu tun, um einen gesamteuropäischen Brand zu verhindern. Zweitens bin ich nicht weniger von der dringenden Aufgabe erfüllt, alles in meiner Macht Stehende zu un, um einen Teilkrieg zwischen Großbritannien und Italien zu vermeiden."

Als Sir Samuel Hoare seine Rede beendet hatte, schlug er die Hände vor dem Gesicht zusammen und ging in einem Weinkrampf aus dem Sitzungssaal hinaus. Das Unterhaus verurteilte seine Politik als Entgegenkommen gegenüber Italien und stellte das Steuer auf Krieg. Von diesem Augenblick an gibt es eine Legende um den gestürzten Außenminister. Er gilt als Freund des Friedens.

Samuel Hoare weiß, daß am Ende eines europäischen Krieges der Bolschewismus triumphiert. Er veröffentlichte die Erinnerungen über seine Tätigkeit als Chef des britischen Geheimdienstes in Rußland 1916—17 und schrieb am Ende des Buches: „Das vierte Siegel":

„Die Grundlagen der Regierung waren vernichtet worden und eine Leere geschaffen, in die die Bolschewisten als Menschen von erbarmungslosen Vorsätzen und Zielen ungehindert eintreten konnten. Der Krieg schien umsonst geführt zu sein und Millionen von Menschenleben sinnlos vergeudet. Beinahe unerhörtes Leiden war ertragen worden. Und doch kam statt eines Sieges der Bolschewismus, statt eines Endes nach Jahren voll Gefahr und Trübsal kam ein Leben, das grimmiger und tragischer war als alles, was der Krieg in seinem Verlauf mit sich gebracht hatte. Auf allen Seiten zerstörte eine erstickende, tödliche Leere die Lebenskraft von heute, so wie sie alle Hoffnung auf morgen verscheuchte."

Die Schilderung über den Einbruch des Bolschewismus schließt mit den Sätzen der Apokalypse:

„Und ich sah, und siehe, ein fahles Pferd. Und der darauf saß, des Name hieß Tod, und die Hölle folgte ihm nach, und ihm ward Macht gegeben, zu töten das vierte Teil auf der Erde mit dem Schwert und Hunger und mit dem Tod und durch die Tiere auf Erden."

Winston Churchill hat diesen Mann, der die Verständigung mit Italien suchte, der ein Feind des Bolschewismus ist, weil er ihn kennt, als Botschafter zur Regierung des Caudillo nach Madrid geschickt. Seit Sir Samuel Hoare in Madrid war, lebte er in einer Wolke von Gerüchten. Das harmloseste dieser Gerüchte behauptete, er sei, um Eindruck auf Spanien zu machen, zum römischen Katholizismus übergetreten. (Tatsächlich hat er nur bei einem Ordensgeistlichen spanische Sprachstunden genommen, die ihm dann als geistliche Vorbereitung zum Übertritt ausgelegt wurden.) In den Wunschträumen kriegmüder Völker taucht der Name Samuel Hoares auch dann immer wieder auf, wenn er keinerlei Anlaß zu den Gerüchten über seine Friedensvermittlungsabsichten gegeben haben kann.

Samuel Hoare ist für die englische Linke ein rotes Tuch, und *Churchill* hat ihn ausdrücklich decken müssen, indem er seine besonderen Verdienste in Spanien hervorhob. Samuel Hoare selbst schildert die Grundsätze, nach denen er sich in neutralen Ländern während eines Krieges zu verhalten pflegt, in seinen russischen Erinnerungen, wo er über einen Besuch im damals noch neutralen Rumänien berichtet:

„Allen und jedem gegenüber nahm ich dieselbe Haltung bezüglich des Krieges ein. Ich ging über die Kritik hinweg, mit der jedermann die Alliierten zu bedenken schien. Ich gab offen die vielen Fehler zu, die die Alliierten gemacht hatten, aber ich verfocht unbedingt die Ansicht, daß Großbritannien zwar immer die ersten Schlachten eines Krieges verliere, die letzten aber immer gewinne. Laute Propaganda war nicht am Platze in dieser sophistischen Gesellschaft. Um die Regierung zu überreden, sich auf die Seite der Alliierten zu stellen, hielt ich es für am besten, alles Vergangene in toleranter und losgelöster Haltung zu betrachten und dafür der Zukunft mit zynischer Sicherheit entgegenzusehen."

Er ist gewiß nicht ungeschickt und hat genügend Erfahrung mit heiklen Aufgaben. Er ist sprachbegabter als viele Engländer und spricht Russisch und Ita-

lienisch. Er ist für den britischen Geheimdienst nicht nur in Rußland, sondern auch in Italien tätig gewesen. Er war jahrelang Luftfahrtminister und von 1931 bis 1935 Indienminister. Damals hat er das schwierige Verfassungsgesetz für Indien durch die Klippen des parlamentarischen Kampfes hindurchgesteuert. Am 7. Juni 1935 wurde er Außenminister. Er schloß das deutsch-englische Flottenabkommen ab. Am 18. Dezember 1935 mußte er durch Anthony Eden ersetzt werden. Als Marineminister enthüllte er 1937 kommunistische Sabotageakte in britischen Staatswerften, als Innenminister Neville *Chamberlains* machte Hoare sich weiter bei der äußersten Linken unbeliebt. Am 24. Mai 1940 schickte Churchill ihn nach Madrid.

Samuel Hoare stammt aus einer alten englischen Bankiersfamilie. Er ist in Harrow und Oxford gewesen und hat sich seine politischen Sporen in der Londoner Gemeindeverwaltung verdient. Er hat als aktiver Minister in Tennisturnieren gespielt. Er hat sich durch Sport jung gehalten. (Er ist Jahrgang 1880).

Sir Samuel Hoare, seit dem Sommer 1944 auf Churchills Vorschlag Lord Templewood, Großbürger und Träger eines adligen Namens, Konservativer und Augenzeuge der bolschewistischen Schrecken, sollte wissen, worum es in Europa geht. Er stellte sich aber in Madrid und in London nicht etwa die Aufgabe, Europa vor dem Bolschewismus zu warnen, sondern die Harmlosigkeit des Bolschewismus nachzuweisen. Er verkündet am 20. September 1943 vor seinen Wählern im Londoner Stadtteil Chelsea:

> „Die Gefahr für Europa ist nicht russischer Einfluß, sondern die Isolierung Rußlands ... Der Kommunismus ist trotz der Behauptung seiner eigenen Propagandisten nicht eine internationale, sondern eine nationale Sache. Wir müssen Rußland in der Gemeinschaft der europäischen Völker willkommen heißen, dankbar für die großartige Hilfe der Sowjetheere, ohne Vorurteil gegen die Lehren, die wir alle aus dem russischen Experiment ziehen können."

Sir Samuel Hoare mußte seiltanzen zwischen seinem eigenen Wissen und Gewissen einerseits und zwischen den Richtlinien, die ihm sein Außenminister Eden gab, andererseits.

Am 6. Juli 1944 sagte er vor der britischen Handelskammer in Barcelona:

> ‚Eine internationale Maschinerie wird unwirksam bleiben, sofern sie nicht von einem gemeinsamen moralischen Zweck inspiriert und geleitet wird."

Er wagte in dieser Rede sogar eine leise Beschwerde darüber, „daß sich die Russen nicht entschließen, die Grundzüge ihres Friedensplanes zu Papier zu bringen".

Seine Aufgabe in Spanien jedoch war, durch konservative Tarnung den von England geduldeten Vormarsch des Bolschewismus in das Mittelmeer abzudecken.

Selbst wenn Sir Samuel Hoare seiner Einsicht folgen wollte, so kann er doch vom gegenwärtigen England aus keine andere Politik treiben. In der Unterhausdebatte, die 1935 zu seinem Sturze führte, machte sich ein liberaler Abgeordneter über die englische Politik lustig, die der Gewalt nicht widerstehen könne und sich deshalb mit einigen frommen Reden doch beugen müsse. Er zitierte die Szene aus Shakespeares König Richard II., in der der schwache Herzog von York seine Pflicht verrät und die Dinge treiben läßt:

> „Gut, gut, ich sehe dieser Waffe Ziel.
> Ich kanns nicht ändern, wie ich muß bekennen,
> denn meine Macht ist schwach und nicht in Ordnung.
> Doch könnt ich es, bei dem, der mich erschaffen,
> ich nähme Euch alle fest und zwänge Euch,
> des Königs hoher Gnade Euch zu beugen.
> Doch da ich's nicht vermag, so sei Euch kund:
> Ich nehme nicht Partei."

Lord Templewood wurde aus seiner Rolle des Herzogs von York im Oktober 1944 abberufen.

Bücher des Monats

Das Jahrbuch der Weltpolitik 1944

Die wichtigste Veröffentlichung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institutes, das *Jahrbuch der Weltpolitik*, das von Jahr zu Jahr stärker zum unentbehrlichen Hilfsmittel für den politisch Interessierten wird, ist in seinem neuen Bande erschienen.

Der Aufbau des Werkes hat sich an die bewährte Form gehalten. Der erste Teil: „Europa und die Welt" behandelt die europäischen Ereignisse des Jahres in grundsätzlichen Aufsätzen. Nach dem zusammenfassenden Überblick des Präsidenten des Instituts, Gesandten Prof. Dr. *Six*, über die Weltpolitik des Jahres 1943 behandelt Prof. Dr. *Bruno Kiesewetter* die „Entwicklungstendenzen der internationalen Wirtschaft", Prof. Dr. *Karl C. von Loesch* die „Lebensgemeinschaft der europäischen Völker" und Prof. Dr. *Wilhelm G. Grewe* „Die völkerrechtspolitische Entwicklung im Jahre 1943".

Die Hauptabteilung des Werkes, „Die Staaten der Erde", enthält die chronologische Aufzeichnung der Ereignisse in den einzelnen Ländern. Diese Beiträge sind Ausdruck für einen Teil der Institutsarbeit. Ihr Material wurde zum großen Teil von den einzelnen Abteilungen zusammengetragen. Jedem Beitrag sind, um die Brauchbarkeit als Nachschlagewerk zu erhöhen, Ministerlisten und Zeittafeln zur schnelleren Orientierung beigefügt.

Der dritte und Schlußteil „Die Deutschen Auslandswissenschaften im Berichtsjahr" befaßt sich in einem Aufsatz von Prof. Dr. *H. J. Beyer* mit der „Entwicklung der deutschen Ostforschung", in dem Bericht von Prof. Dr. *Six* mit dem Institut im Jahre 1943 und in der bibliographischen Zusammenstellung von Prof. Dr. *Gülich* mit den „Leistungen der Deutschen Auslandswissenschaften im Jahre 1943". Das beigefügte Personen- und Sachregister soll den sehr umfangreichen Band erschließen helfen.

Neue Afrika-Bücher

1. *U. Feyer, E. Keller, H. Sölken, D. Westermann:* Völker und Kulturen, Sprachen und Eingeborenen-Erziehung in Afrika. Berlin 1943, Walter de Gruyter u. Co. 207 S., mit Karten. Band XIII/1 des Gesamtwerkes: Afrika, Handbuch der praktischen Kolonialwissenschaften, herausgegeben von Dr. E. Obst.
2. *H. Krieger:* Das Rassenrecht in Südafrika, ein rechtspolitischer Überblick auf rechtsgeschichtlicher Grundlage, zugleich Anwendung einer neuen Systematik des Kolonialrechts. Berlin 1944, Junker und Dünnhaupt Verlag. 431 S.
3. *Carl Peters:* Gesammelte Schriften III. München 1944, C. H. Beck. 530 S.
4. *H. Rumpf:* Westafrika, Geschichte einer Küste. Berlin 1943, Junker und Dünnhaupt Verlag. 121 S.

Das erstgenannte dieser 4 Bücher ist ein Teilband des großen, unter Leitung von E. Obst herausgegebenen Afrikawerkes und gibt einen Überblick über Ethnographie, Linguistik sowie über den heutigen Stand der einheimischen Kulturen und der Eingeborenenerziehung. Die Mehrzahl der Verfasser brachte es mit sich, daß nicht alle Abschnitte gleichmäßig behandelt wurden. Dies zeigt sich besonders in dem Teil über die Völker. Während für die Südhälfte auf Grund der von H. Baumann (in der „Völkerkunde von Afrika", Essen 1940) eingeführten völkisch-kulturellen Gliederung nur ein kurzer Überblick über die völkischen, kulturellen und geschichtlichen Gegebenheiten geboten wird, stehen in dem Teil über die Nordhälfte Fragen über Völkerbewegungen und

Staatenbildungen im Vordergrund, wogegen die Behandlung der Einzelgruppen etwas kurz wegkommt. Dies ist aber insofern gerechtfertigt, als die Nordhälfte des Erdteils seit frühesten Zeiten ein Aufnahmebecken für Einwanderer aus dem Norden und Osten, ein Schmelztiegel und Ausgangspunkt ist für die Entstehung von Stämmen, Stammesgruppen und Völkern, von Sprachen, Kulturen und Staaten, an deren Entstehung und Verbreitung in besonderem Maße die „Weißafrikaner" des Nordens und Nordostens teilhatten. In der Südhälfte ist demgegenüber die Bevölkerung jung und liegen die Verhältnisse einfacher. Dies ergibt sich deutlich aus der sprachlichen Lage: während das ganze südliche Dreieck von Kamerun-Uganda bis ins Kapland, abgesehen von einigen altvölkischen Splittern, von den untereinander aufs engste verwandten Bantusprachen eingenommen wird, herrscht in der Nordhälfte eine Fülle selbständiger sprachlicher Typen, die auf langdauernde völkische Verschiebung, Aufsaugung, Vermischung und Neubildung hinweisen. Der heutige Stand unserer sprachlichen Kenntnisse wird in dem Abschnitt über die Sprachen und ihre Erforschung dargestellt, wobei zu begrüßen ist, daß auch das Problem der Verkehrssprachen und die Geschichte der afrikanischen Sprachforschung berücksichtigt werden.

Als besondere Bereicherung der beiden Abschnitte sind hervorzuheben die von H. Sölken entworfenen und gezeichneten Karten über die Völkerbewegungen und Staatengründungen, die Sprachfamilien und die Verkehrssprachen.

Der Abschnitt über die Kulturen beschäftigt sich, entsprechend dem Gesamtcharakter des Werkes, nicht oder höchstens in Einzelblicken mit den überlieferten Eigenkulturen der Eingeborenen, sondern mit der durch die europäische Durchdringung entstehenden neuen Lage, also dem Kulturwandel, und behandelt Gegenstände wie die Lebensfürsorge, Handwerk und Kunst, die Gesellungen, die Welt des Übersinnlichen, Stamm und Staat, die Rechtsordnungen, die Landfrage, die Rassentrennung, Marktproduktion und Güteraustausch, den Eingeborenen in europäischen Berufen.

Eine der wichtigsten Fragen der Neuordnung des Eingeborenenlebens ist die nach der Erziehung des Afrikaners. Sie findet in Abschnitt V des Buches eine nicht erschöpfende, aber in die Vielseitigkeit des Problems gut einführende Darstellung.

Im Mittelpunkt der afrikanischen Probleme steht heute das Nebeneinander von Schwarz und Weiß auf dem gleichen Raum, aber nirgends ist es so akut wie in Südafrika. Es ist deshalb mit Dankbarkeit zu begrüßen, daß Krieger in seinem Buch „Das Rassenrecht in Südafrika" diese Frage zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung gemacht hat, und man muß unumwunden zugeben, daß das „Wagnis", wie der Verfasser selber es nennt, in hohem Maße gelungen und ein Werk entstanden ist, das eine solide Grundlage bildet für alle weitere Forschung auf diesem Gebiet, und das durch seine sachliche Haltung und seine gründliche Verarbeitung alles einschlägigen Materials wohltuend absticht von so vielen anderen Versuchen, die meinten, Sachkunde durch Voreingenommenheit ersetzen zu können.

Die Wurzeln der heutigen unhaltbaren Lage sieht der Verfasser mit Recht darin, daß man, zumal in den Anfangszeiten, kein Verständnis hatte für das Stammeswesen, d. h. das arteigene Leben der Eingeborenenstämme, dies vielmehr durch eine Reihe von Maßnahmen, vorab durch die Eingliederung der Eingeborenen in den europäischen Arbeitsprozeß, untergrub und vielfach ganz vernichtete, und daß auf der anderen Seite durch die englisch-liberale Ideologie der Grundsatz der Rassengleichheit in politischer Hinsicht eingeführt wurde. Diese Utopie suchte man später abzumildern, indem man zwischen zivilisierten und unzivilisierten Eingeborenen unterschied und nur den ersteren politische Rechte zugestehen wollte, wobei es sich aber auch bei der zweiten Gruppe nur um ein „noch nicht" handeln sollte. Praktisch konnte man sich in dem Verlangen nach Erhaltung der europäischen Kulturhöhe der Weißen gegen das lastende Übergewicht der Schwarzen nur schützen durch Zwangsmaßnahmen

gegen die letzteren; sie führen oft zu unerträglichen Härten, die, zumal bei den zivilisierten Eingeborenen und den Mischlingen, eine steigende Verbitterung erzeugen und das Land in Unruhe erhalten, und die in Gestalt der „armen Weißen" die „furchtbarste Krankheit Südafrikas" erzeugen. Im Erziehungswesen besteht der paradoxe Zustand, daß man im Zuge der Zivilisierung der Eingeborenen, wenn auch in bescheidenstem Maß, eine moderne Schulung gibt, ihnen dann aber im Interesse des Weißenschutzes die Möglichkeit verschließt, das Angeeignete in einem gelernten Beruf zu verwerten.

Die Lösung der Frage sieht der Verfasser in der Schaffung eines Rassenrechts, das eine Sonderstellung für alle Rassenfremden, Eingeborene, Mischlinge und Asiaten vorsieht, in erster Linie aber auf die Eingeborenen zielt. Diese sind in ihrem Stammestum zu erhalten oder in es zurückzuführen. Hier liegt die entscheidende Frage. Daß die Vernachlässigung und die bewußt angestrebte Lockerung und Auflösung des Stammeswesens ein Fehler war, ist ohne Zweifel; man sollte sich das auch in anderen Teilen Afrikas zur Warnung dienen lassen, aber man tut es nicht, und man kann es vielleicht auch nicht, weil die Stunde längst verpaßt oder aber weil mit dem Kommen des Europäers die Europäisierung unvermeidlich ist. Auch in Südafrika wird keine Regierung es unternehmen wollen, einen vielfach längst der Vergangenheit angehörigen Zustand neu wieder einzuführen. Eine grundsätzliche und zugleich praktisch durchführbare Lösung ist heute kaum ersichtlich, aber für das Durchdenken der Aufgabe gibt Kriegers Buch eine Voraussetzung, wie wir sie uns nicht besser wünschen können.

Auch Carl Peters behandelt in einem seiner Aufsätze („Die Rassenfrage in Südafrika", 1911 zuerst veröffentlicht) das gleiche Problem. Er will es nicht lösen, sondern nur erörtern, und meint am Schluß seiner Ausführungen: „Afrika, unter der weißen Führung, wird erst wieder in gesunde Bahnen einlenken, wenn es nicht mehr beeinflußt wird von europäischen Büros und humanitären Kaffeekränzchen." Von bleibender Bedeutung sind die längeren Aufsätze über Paul Krüger, Cecil Rhodes und England und die Engländer.

Vorwiegend historisch gerichtet ist Rumpfs Arbeit über die Küste Westafrikas. Es ist ein Beitrag zur Geschichte der europäischen Erschließung Oberguineas, führt aber in den Abschnitten über das Eingreifen der USA in die Geschichte Liberias über „Neger hüben und drüben", über die modernen Verbindungswege und über Westafrika als Rohstoffquelle auch in die Gegenwart. Die Darstellung ist übersichtlich und in erfreulich sachlichem Ton gehalten, die mitgeteilten Tatsachen ergeben zwar keine erschöpfende Geschichte der Küste, sind aber zutreffend geschildert und zeugen von gutem Verständnis für geschichtliche Vorgänge. Auf die Eingeborenenbevölkerung fällt nur gelegentlich ein Licht, was aber aus der Aufgabenstellung des Buches verständlich ist. Es ist erschienen als Band 7 der Schriften zur Weltpolitik (herausgegeben von F. A. Six, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut. *Diedrich Westermann*

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Direktor der Abteilung Großbritannien im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Ingeborg Richarz-Simons, Marburg/Lahn, Mainzer Gasse 33

Gesandter Prof. Dr. Franz Alfred Six, Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. habil. Karl Epting, Direktor des Deutschen Instituts in Frankreich, z. Z. in Berlin C 2, Schinkelplatz 6

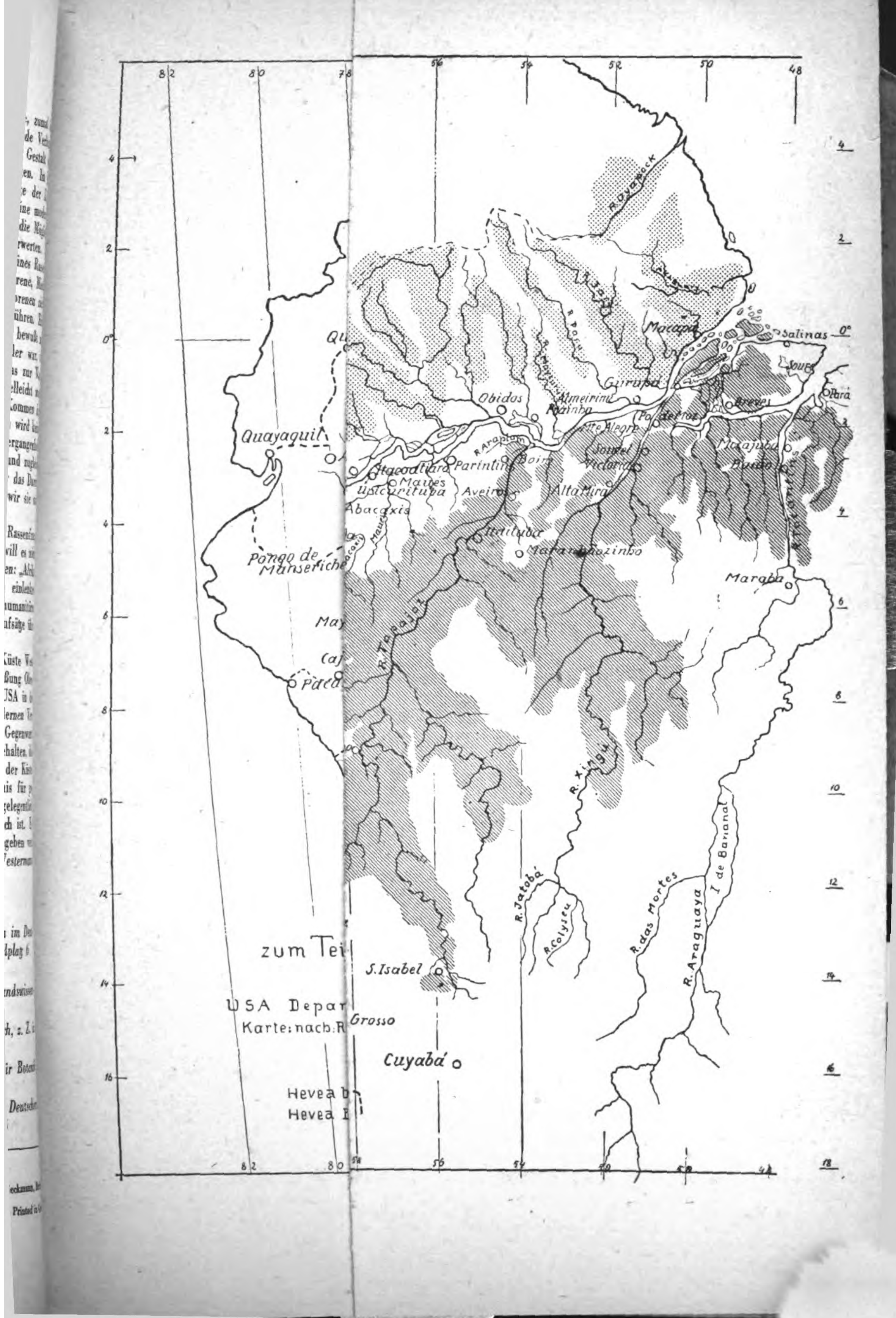
Dr. Philipp von Luetzelburg, Abteilungsleiter der Forschungsstätte für Botanik beim Reichsführer SS, Persönlicher Stab, Amt „A".

Prof. Dr. Diedrich Westermann, Direktor der Abteilung Afrika im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8

Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Heinrich Dieckmann, Berlin W

Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany



R. Oyapock
Macapa
Salinas
Soure
Pará
Breves
Gurupa
Almeirim
Obidos
Porto de Moz
Monte Alegre
Souzel
Victoria
Alta Mira
Parintins
Maués
Aveiros
Abacaxis
Itaituba
Marabá
Quayaquil
Pongo de Manseriche
R. Tapajoz
R. Xingu
R. Jatobá
R. Colyseu
R. das Mortes
R. Araguaya
I. de Bananal
S. Isabel
Grosso
Cuyabá
zum Tei
USA Depar
Karte: nach R
Hevea b
Hevea B

Thüringer Gauzei

DER NATIO SOZIALIST

Amtliches Organ der Gauleitung Thüringen der NSDAP. und der Thüringischen Staatsregierung

Verlag Der Nationalsozialist, NS.-Verlag für den Gau Thüringen GmbH.,
Weimar, Karlsplatz 6, Sammelruf 5 651

Wir alle haben nur ein Ziel:



Dagegen sind unsere anderen Wünsche belanglos

Stellen Sie darum Ihren Wunsch nach

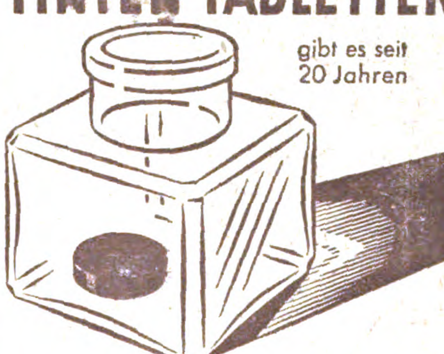
ARWA
auf Taille

dem Strumpf mit den formgebenden Taillelinien zurück und begnügen Sie sich mit dem ARWA-Strumpf so, wie er jetzt erscheint — zwar nicht „hauchdünn" oder „links", aber den Erfordernissen der Zeit angepaßt: „Haltbar" — „Sparsam"

Pelikan

TINTEN-TABLETTEN

gibt es seit 20 Jahren



Man braucht sie nur in Wasser aufzulösen und hat eine gute Tinte. Später gibt es auch wieder flüssige Tinte zu kaufen, aber einstweilen kommt es darauf an, Arbeitskraft, Glas, Kohle und Fracht zu sparen.

GÜNTHER WAGNER

Gesundheit *aus Tropfen und Tabletten*



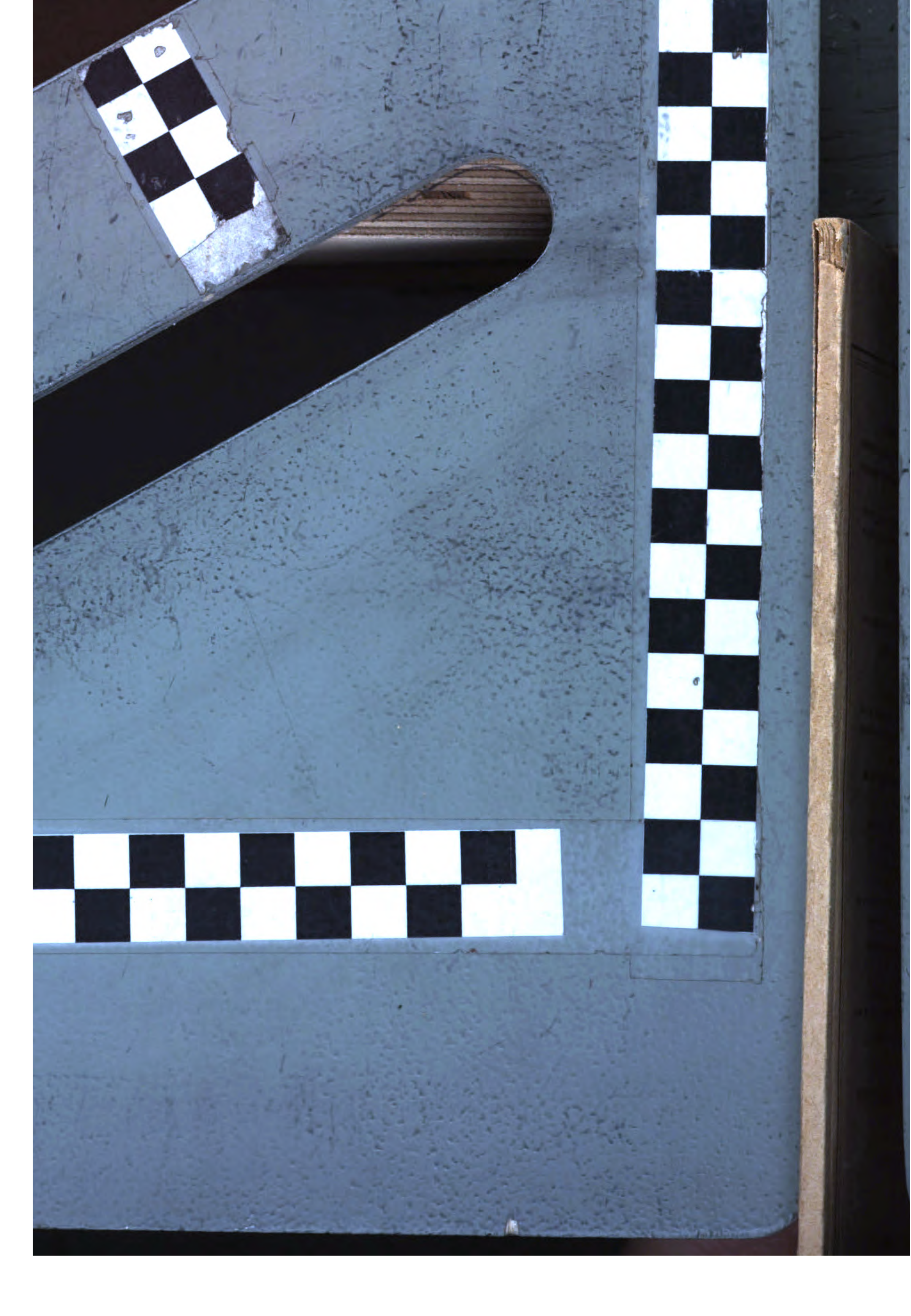
Jedes Arzneimittel verkörpert die Erfahrungen der Ärzte, die Erkenntnisse der Forscher, die Leistungen mod. Laboratorien. Vertrauen zu ihnen erhöht ihre Wirkung, der Wille zur Gesundung beschleunigt sie. Im Krieg wird dieser Wille zur Pflicht!

ASTA ARZNEIMITTEL












JA
14
.Z52
v.34
no.7-8

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

34. BAND HEFT 7/8 JULI/AUGUST 1944

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Theodor Bühler, Wissenschaftlicher Generalreferent, ständiger Vertreter des Am... und Reichshauptstellenleiter im Arbeitswissenschaftlichen Institut der D... W 9, Leipziger Platz 14

Dr. Hans-Heinrich Rohde, Abt. Überseegeschichte im Deutschen Ausl... lichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Prof. Dr. Wilhelm G. Grewe, Abteilung Rechtsgrundla... Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin

Hans E. Rosenberg, Konstanz/Bo...

Prof. Dr. Gotthard Jäschke, ... wissenschaftlichen In...

Prof. Dr. Karl Heinz Pf... landswissenschaft...

Hugo Rheiner, Grünhei...

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben ...

DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCH...

durch

Professor Dr. F. A. Six



Schriftleitung: Dr. Wolf Heinrichsdorff, Berlin ...
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste ...
Erscheint ...

34. BAND · JULI AU...

Grundfragen der europä...

Von ...

I. Di...

Die Völker Europas hätten ... nicht nur im politischen Sinn... sozialen Alltags. Die dichte ... die natürliche Unzulänglichkeit ... Bodenschätze sowie die ... Staaten stellen die N... und zu unterstützen.

Bei dieser Schicksals... wie sich die sozialen ... schieden sie stets ... einheitlichen Bild ... als diese ... Die ... in...

...ma entspricht, ...nen".

... in der Sozial- ...ktrin. Es gab ...le; sie drehten ...ne Auffassung ...schaften haben ... — Einfluß aus- ... tatsächlich den ...hen ihre Bahn ...stadtarbeitern. ...che Weltgesetz- ...der behauptet, ...gend widerlegt ...essen und Be- ... unternommen ... alle Völker zu ...rdankte dieser ...irkungsbereich. ...tstandards für ...gen der Sozial- ... Frau Perkins ...m Gegenstand ... daß die Inter- ...n Wandel der ...ialen Ordnung

... für sich schon ...n sich nicht die ...enen die soziale

...sraum

... vorhanden ist, ist ...ischen der Bevölke- ...iten, zwischen Raum ... kein Wunder, wenn die ...ner wieder den Stil einer ...sen, so daß lange Zeit hin- ...iteren überseeischen Räume ... Beengtheit der europäischen ...hten.

gegenseitigen Beziehungen bedienen. Im übrigen aber wird die Kunst der Ordnung gerade darin bestehen, jeweils das wachsen zu lassen, was nach den vorliegenden besonderen Umständen am natürlichsten ist.

So ergibt sich für die sogenannte „internationale" Sozialpolitik im Zeitalter völkischer, autoritärer und totalitärer Staatsführung eine merkwürdige Umkehrung der liberal-demokratischen Anschauung. An sich wäre nämlich zu erwarten, daß gerade die liberale Demokratie die beste verfassungsmäßige Grundlage einer Sozialpolitik sein kann, die auf die völkischen, wirtschaftlichen, kulturellen und landschaftlichen Bedürfnisse Rücksicht nimmt. Ein autoritäres Regime dagegen liefe Gefahr — so sagt man —, derartige Rücksichten zu unterdrücken. Der liberal-demokratische Parlamentarismus hat jedoch gerade das Gegenteil bewiesen. In Wirklichkeit hat in ihm nämlich keineswegs die Vielzahl von Notwendigkeiten, sondern stets nur der Wille einer Abstimmungsmehrheit recht. Wer durch Propaganda, Intrige, Bestechung oder Gewalt die Mehrheit für sich gewinnt, kann über die anderen Interessen rücksichtslos hinwegschreiten. Das hat sich innerhalb der demokratischen Klassenstaaten nicht minder bewiesen wie in der Gewaltherrschaft, die in den Vielvölkerstaaten oder im Völkerbund von den zufällig an die Oberfläche geschwemmten Mehrheitsmachthabern ausgeübt wurde. Entsprechend ist im Zeichen der aus den englischen und französischen Revolutionen entstandenen liberalen Demokratien die Sozialpolitik zu einem Zentralismus und Schematismus erstaunlichen Umfangs gekommen. Was einmal und irgendwo als zweckmäßig befunden wurde, galt bald als allgemein anwendbare Regel. Begünstigt wurde diese Schematisierung durch einen verwaschenen Menschheits- und Zivilisationsbegriff, der nur in einem einzigen Punkte eindeutig war: in seinem Ausschließlichkeitsanspruch. Was die Mächtigen für richtig, menschenwürdig oder zivilisiert hielten, sollte für alle Völker Richtschnur sein. Was die parlamentarischen Mehrheiten für ihren Nutzen erkannten, mußte die Minderheit im Namen der Demokratie als Recht hinnehmen. Der Verlauf der 26. Internationalen Arbeitskonferenz in Philadelphia hat dies wieder deutlich unterstrichen. Ganz abgesehen von den Ausfällen gegen die nationalsozialistische Sozialpolitik und die soziale Ideenwelt der meisten übrigen europäischen Länder war selbst der Kreis der Kongreßteilnehmer nicht vor dem ausschließlichen ideologischen Herrschaftsanspruch der angelsächsischen Mehrheit gesichert. Die Machenschaften um den Ausschluß der Vertreter Argentiniens, weil das soziale System dieses Landes nicht dem von der

Internationalen Arbeitsorganisation festgelegten Schema entspricht, liegen ganz in der Linie der alten „Genfer Machinationen“.

Aus dieser Haltung heraus entwickelte sich auch in der Sozialpolitik die Sucht nach einer allgemein gültigen Doktrin. Es gab zwar Meinungsverschiedenheiten in Hülle und Fülle; sie drehten sich aber fast ausschließlich darum, ob diese oder jene Auffassung die allgemein seligmachende sei. Die Naturwissenschaften haben hierbei einen unheilvollen — und mißverstandenen — Einfluß ausgeübt. Die Schwerkraft gehorcht auf dem Balkan tatsächlich den gleichen Gesetzen wie am Nordkap. Die Sterne ziehen ihre Bahn über Germanen und Slawen, Bergbauern und Großstadtarbeitern. Daß aber die sozialen Erfordernisse auf eine ähnliche Weltgesetzlichkeit zurückzuführen seien, ist zwar immer wieder behauptet, durch die soziale Not der Völker aber ständig schlagend widerlegt worden. Trotzdem ist in Schriften, Reden, Kongressen und Behörden immer aufs neue der verzweifelte Versuch unternommen worden, einheitliche sozialpolitische Methoden für alle Völker zu entwickeln. Das Genfer Internationale Arbeitsamt verdankte dieser Jagd nach Irrlichtern seine Entstehung und seinen Wirkungsbereich. Wenn heute z. B. die Einführung einheitlicher Weltstandards für Löhne und Arbeitsbedingungen sowie für die Leistungen der Sozialversicherung nach amerikanischen Vorbildern, wie sie Frau Perkins auf der Konferenz von Philadelphia verlangt hat, zum Gegenstand ernsthafter Erörterungen gemacht wird, so zeigt dies, daß die Internationale Arbeitsorganisation aus dem grundlegenden Wandel der Auffassung der Völker über die Prinzipien einer sozialen Ordnung in den letzten 20 Jahren nichts gelernt hat.

Die Mißerfolge auf diesem Weg wären allein für sich schon Grund genug, andere Wege zu versuchen, selbst wenn sich nicht die Voraussetzungen überhaupt gewandelt hätten, aus denen die soziale Ordnung erwächst.

II. Die Sozialordnung im neuen Lebensraum

Die europäische Sozialordnung, wie sie heute vorhanden ist, ist das Spiegelbild des dauernden Wettlaufes zwischen der Bevölkerungsentwicklung und den Lebensmöglichkeiten, zwischen Raum und Kultur. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, wenn die einzelnen Züge dieser Sozialordnung immer wieder den Stil einer geradezu kleinbürgerlichen Enge aufweisen, so daß lange Zeit hindurch gerade jene Geister in die weiteren überseeischen Räume getrieben wurden, die sich mit der Beengtheit der europäischen Heimat nicht mehr abzufinden vermochten.

Sie gingen damit nicht bloß ihrem eigenen Volkstum, sondern auch zugleich Europa verloren und schwächten dadurch nicht nur seine Kräfte zum inneren eigenen Ausbau, sondern zur Verteidigung europäischen Eigenlebens und Eigenrechtes. Es liegt noch eine besondere Tragik darin, daß diese abwandernden europäischen Menschen in den neuen kontinentalen und kolonialen Räumen unserer Erde jene Staaten, Kulturen und Wirtschaften des „weißen Mannes" schufen und organisierten, deren Potential heute in einem rücksichtslosen Kampf auf Leben und Tod gegen unseren alten Kontinent geworfen wird. Die beschämende Bundesgenossenschaft des kapitalistischen Imperialismus mit dem militanten Bolschewismus, der in modernster politischer und militärischer Form die Beutestürme der Avaren, Hunnen und Tartaren wieder aufzunehmen gewillt ist, macht diesen Kampf zu einer unmittelbaren und unausweichbaren Schicksalsfrage Europas.

So schwer diese Auseinandersetzung zur Zeit auf uns lastet, darf darüber die nach dem Sieg dem ganzen Kontinent gestellte Aufgabe nicht vergessen werden, die Bevölkerungsüberschüsse der Zukunft nicht mehr in fremde überseeische Räume zu entlassen, sondern sie in unserem alten Kulturkontinent zu halten. Das heißt aber von vornherein, daß für den europäischen Menschen anständige und würdige Lebensbedingungen zu schaffen sind.

Wir stehen damit im tiefsten Sinn des Wortes an einer Zeitenwende Europas. Im Gegensatz zu den revolutionären Entwicklungsvorgängen der letzten Jahrhunderte wird nunmehr eine tiefgreifende Revolution der europäischen Sozialgeschichte immer deutlicher werden.

Die gegenüber den Zeiten der liberalen Demokratie völlig veränderte Auffassung der sozialen Problematik hat seit Jahren schon in allen europäischen Völkern eine lebhafte Diskussion hervorgerufen[1]). Neuerdings hat sich diese Diskussion auf einer Arbeitstagung verdichtet, die auf Einladung des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront Sozialwissenschaftler aus 20 europäischen Völkern in Bad Salzbrunn zu einer mehrtägigen Aussprache zusammenführte. Hier zeigte sich, wie über alle nationalen Unterschiede hinweg gemeinsame Grundgedanken alle verbinden, die sich dem europäischen Kulturkreis zugehörig fühlen. Nichts dokumentiert das deutlicher als das Schlußprotokoll, das die Teil-

[1]) Einen aufschlußreichen Überblick gibt die vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF (Berlin W 9, Leipziger Platz 14) angefertigte Zusammenstellung „Europäisches Sozialdenken — Stimmen aus 15 Ländern".

nehmer dieser Tagung in gemeinsamer Arbeit formulierten. So heißt es dort u. a.[2]):

„Im 19. Jahrhundert hatte der Liberalismus alle Bindungen gelöst, die als Erbe der erstarrten mittelalterlichen Ordnung dem Fortschritt von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft entgegenstanden. Damit wurden freilich auch alle Dämme zerstört, die Persönlichkeit und Familie davor bewahren, im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf vernichtet zu werden. Der Liberalismus hatte zwar dem wirtschaftlichen Fortschritt die Bahn geebnet, zugleich aber der sozialen Zerrüttung der Völker Vorschub geleistet.

Der Marxismus gibt vor, die soziale Zerrüttung abwenden zu können, indem er die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln verändert. An der Stelle der privaten Kapitalisten sollen die Gesellschaft, der Staat oder das Kollektiv die Besitzrechte ausüben und damit die Ausbeutung der Schaffenden verhindern. Diese Verheißung beruht aber auf einem grundlegenden Irrtum. Die soziale Frage ist nämlich nicht allein ein wirtschaftliches Besitz- und Verteilungsproblem, sondern in erster Linie ein geistig-seelisches Problem.

Das Proletariat entstand im kapitalistischen System nicht allein durch Armut, sondern vor allem durch die Mißachtung, die die herrschende Gesellschaftsschicht der breiten Masse entgegenbrachte, und durch den Haß, mit dem das Volk dem Kulturmonopol der oberen Schichten begegnete. Proletariat und Kapitalismus sind nicht nur wirtschaftliche Begriffe, sie beruhen vor allem auf einer ganz bestimmten Geisteshaltung. Der soziale Friede kann daher selbst durch großzügigste materielle Verbesserungen allein nicht erzwungen werden, solange sich nicht alle Schichten des Volkes zu einer geistigen und seelischen Gemeinschaft bekennen.

Weder Liberalismus noch Marxismus und Bolschewismus vermögen einen Ausweg aus der sozialen Krise zu zeigen. Der gesunde Instinkt der europäischen Völker lehnte sich von jeher gegen alle materialistischen Reformen und Revolutionen auf. Die Völker hoffen im tiefsten Herzen, daß es ihren verantwortlichen Führern gelingen möge, endlich eine wahrhaft sozialistische Ordnung zu errichten, die nicht allein der rechnenden Vernunft, sondern auch der sittlichen Gerechtigkeit und dem natürlichen Volksempfinden entspricht.

Der Dreiklang von Gemeinschaft, Persönlichkeit und Leistung als Grundakkord der von den europäischen Völkern ersehnten

---

[2]) Der ausführliche Text ist veröffentlicht in der Zeitschrift „Neue Internationale Rundschau der Arbeit", Jahrgang 1944, Heft 2 (Berlin, Verlag der Deutschen Arbeitsfront).

Sozialordnung setzt eine Reihe von Ordnungsprinzipien voraus, deren wichtigste etwa folgende sind:

1. Ausgangspunkt jeder sozialistischen Ordnung ist die Volksgemeinschaft; ihr ordnen sich alle Einzelinteressen unter; sie sichert Leben und Fortbestand der Persönlichkeit. Die Sozialpolitik kann sich daher nicht darauf beschränken, dem gelegentlichen Vorteil einzelner Personen und Gruppen zu dienen. Sie ist der Inbegriff all der Grundsätze und Maßnahmen, die ein gesundes Verhältnis aller Volksgenossen, gleichgültig, ob sie in selbständiger oder abhängiger Stellung sind, zur Volksgemeinschaft auf die Dauer sicherstellen.

2. Die Gemeinschaft ist nur lebensfähig, wenn sie sich auf Persönlichkeiten stützen kann, die in der Lage und gewillt sind, bei jeder ihrer Handlungen ein größtmögliches Maß von Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft auf sich zu nehmen. Wäre das nicht der Fall, würde die Gemeinschaft zu einem farblosen Kollektiv werden.

3. Die Leistung ist die Gesamtheit der Dienste, die der einzelne der Volksgemeinschaft auf allen Gebieten des völkischen Lebens erbringt.

Die Leistung für die Gemeinschaft bestimmt den sozialen Rang und die soziale Stellung der Persönlichkeit. Damit wird die Leistung zum Mittelpunkt der sozialen Ordnung.

4. Die erfüllte Pflicht zur Arbeit ist die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft und zur Teilnahme an ihren Rechten.

Umgekehrt eröffnet das Recht auf Arbeit jedem Volksgenossen die Möglichkeit, aus der dauernden Unsicherheit der Existenz befreit zu werden, die das soziale Schicksal der letzten Jahrhunderte kennzeichnet.

5. Die zentrale Stellung von Leistung und Arbeit in der sozialen Ordnung führt zur Ablehnung aller Vorrechte, die nicht auf persönlichem Einsatz beruhen.

6. Sie führt aber ebenso zur Forderung, daß jedem Volksgenossen alle Ausbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten offenstehen, die seiner Begabung entsprechen.

Das Recht auf Ausbildung öffnet den Weg zum sozialen Aufstieg.

7. Bei aller Notwendigkeit einer planmäßigen Lenkung der Arbeitskraft wird die Volksgemeinschaft dafür sorgen, daß die — dank ihrer Mithilfe — ausgebildeten und geförderten Begabungen aus freiem Entschluß und freier Verantwortung dem ihrem Können und

den volksgemeinschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Arbeitsplatz zustreben.

8. Jeder persönliche Aufstieg wäre nutzlos, wenn nicht die Familie als Keimzelle des Volkes ihre besondere Förderung erführe. Die Persönlichkeit muß die durch ihre Leistung erworbene Stellung in der Volksgemeinschaft auch durch die Gründung und Entwicklung einer gesunden Familie rechtfertigen. Um dieses Endzieles willen hat die Volksgemeinschaft wiederum dafür Sorge zu tragen, daß jeder Familie ausreichender Wohnraum und ausreichende Existenzmittel zur Verfügung stehen.

9. Jede Persönlichkeit soll ihr Schicksal aus eigener Verantwortung gestalten. Der Volksgemeinschaft aber obliegt die Sorge dafür, daß keines ihrer Glieder unverschuldet in Not gerät. Sie garantiert daher Sicherheit des Lebensabends, Sicherheit bei Krankheit, Invalidität und Mutterschaft sowie das Auskommen der Witwen und Waisen. Der Anspruch auf soziale Sicherheit erwächst für den einzelnen aus der Erfüllung seiner Pflicht als Volksgenosse — ohne Rücksicht auf den Zufall von Selbständigkeit oder Unselbständigkeit, der sozialen Stellung, des Einkommens oder eines Beitragssystems.

10. Der Pflicht zur Arbeit entspricht das Recht auf gerechten Lohn für jede Arbeit.

Ein gerechter Lohn setzt einen über alle Zufälle der Wirtschaftslage und der Konkurrenzverhältnisse hinaus gültigen Maßstab des Arbeitswertes und der persönlichen Leistung voraus.

11. Lohn und Leistung können auf die Dauer nur im Einklang gehalten werden, wenn die Sorge um die soziale Gerechtigkeit zum beherrschenden Grundsatz des völkischen Lebens erhoben wird und alle Handlungen der Volksgemeinschaft wie der Persönlichkeit durchzieht.

Die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit müssen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenso zum Durchbruch kommen wie auf allen anderen Gebieten des völkischen Lebens.

12. Volksgesundheit und körperliche wie geistige Ertüchtigung sind tragende Pfeiler einer dauerhaften sozialen Ordnung und sind daher besonders großzügig zu pflegen.

13. Die Teilnahme am Kulturleben der Volksgemeinschaft macht den Schaffenden erst zu ihrem vollgültigen Mitglied. Ausreichende Freizeit und Sorge für ihre dem Kulturstand des Volkes entsprechende Ausgestaltung gehören damit zu den vornehmsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Ein abgerundeter, den völkischen und örtlichen Bedürfnissen

entsprechender Lebensstil gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen des sozialen Friedens.

14. Der soziale Friede erfordert eine dem Wohl des Volkes angemessene Ordnung des Grundbesitzes, des Bauerntums wie überhaupt der gesamten Landarbeit.

Ein gesundes Landvolk muß die Grundlage der sozialistischen Ordnung auch in der Landwirtschaft bilden.

15. Der völkische Sozialismus ist der Inbegriff von Vernunft und Gerechtigkeit bei der Ordnung der sozialen Probleme. Er stellt sich in bewußten Gegensatz sowohl zum Liberalismus als auch zum Marxismus jeglicher Prägung. Er kann nicht auf Teilgebiete beschränkt bleiben. Er erfordert daher vor allem auch die Führung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen.

16. Die Volksgemeinschaft schließt jede Art von Standes- und Gruppenegoismus aus. Sie überwindet damit auch alle Ansätze zur Ausbeutung und Proletarisierung der Menschen.

Indem sich die Völker zur Idee der Volksgemeinschaft bekennen, schaffen sie die Voraussetzungen für ein sozialistisches Europa ohne Proletarier.

17. Welche Wege ein Volk zur Verwirklichung dieses Zieles beschreitet, hängt von den verschiedenartigen Voraussetzungen ab, die es bei sich vorfindet. Der Sozialismus ist kein Schema, sondern eine Idee, um das Leben der europäischen Völkergemeinschaft voll zu entfalten. Die praktische Sozialpolitik wird die vielfältigsten Wege beschreiten, um von der allgemeinen Idee zur Wirklichkeit eines völkischen Sozialismus zu kommen."

Diese Kundgebung umreißt den sozialen Inhalt des gemeinsamen europäischen Existenzkampfes.

Die sozialen Verhältnisse der Völker werden in erster Linie gewiß durch die rassischen und weltanschaulichen Elemente gestaltet, die das nationale Leben beherrschen. Die einzelnen Völker würden unter den gleichen äußeren Verhältnissen wahrscheinlich recht verschiedenartige soziale Zustände hervorbringen. Ebenso selbstverständlich ist aber, daß mit den äußeren Verhältnissen, auf die die Gestaltungsenergien der Völker treffen, sich auch die Entwicklungsaussichten verändern, denen sich die Nationen gegenübersehen. Bisher gab es in Europa kaum ein Volk, das über Lebensraum genug verfügt hätte, um seinen Angehörigen die volle Entfaltung der ererbten Kulturkräfte zu ermöglichen. Fast ausnahmslos stehen die europäischen Völker seit vielen Generationen unter dem Druck eines zu engen und zu armen Bodens. In einer Fülle von kleinen und kleinsten Staaten drängte sich ein buntes

Gemisch mehr oder weniger verwandter oder feindlicher Völker in Europa auf einem Raum zusammen, dessen Ergiebigkeit weit hinter der Fruchtbarkeit anderer Weltgegenden zurückbleibt. Selbst die größten Raumgebilde des alten Europa nehmen sich im Erdraum recht bescheiden aus. Enge des Raumes und Begrenztheit der Lebensmöglichkeiten zwangen allerdings die europäischen Völker zu einer sich immer mehr steigernden Intensivierung ihres geistigen und kulturellen Lebens.

Der Zwang, auf engem Raum eine wachsende Bevölkerung zu ernähren, konnte freilich nur von Völkern gemeistert werden, die über jene geistigen Qualitäten verfügten, wie sie eben gerade den Völkern zu eigen sind, die dem europäischen Kulturkreis ihr Gepräge aufgedrückt haben. Trotz dieser faszinierenden kulturellen Leistungen der europäischen Völker verstrickten sich aber die Lebensgewohnheiten immer mehr in der Enge des Raums. Während auf der einen Seite unter der Herrschaft der fortschreitenden Naturwissenschaften der menschliche Geist die Naturkräfte bändigte und in seinen Dienst zwang, wurde der Bewegungsspielraum, der dem einzelnen Europäer zur Verfügung stand, immer geringer. Während sich der menschliche Geist aus den Fesseln der mittelalterlichen Scholastik löste, gerieten die sozialen Zustände in zunehmendem Grad in Verhältnisse, die selbst gegenüber der mittelalterlichen Gebundenheit als eng, beengend und unfrei empfunden wurden.

Der Gegenwart obliegt nun eine ähnliche grundlegende Aufgabe, wie sie den Generationen des frühen Mittelalters zugefallen war: nämlich einen Lebensraum abzustecken, zu ordnen und zu festigen, der für eine lange Reihe von Jahrhunderten eine neue Kultur zu tragen vermag. An der Schwelle eines solchen neu heraufziehenden Zeitalters werden Begriffe und Vorstellungen plötzlich problematisch, die sich durch Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch als tägliches Rüstzeug des sozialen Lebens bewährt haben. Wenn die revolutionären Bewegungen in einer großen Anzahl der europäischen Völker an der überlieferten sozialen Vorstellungswelt zu rütteln beginnen, so ist dies nicht unduldsame Neuerungssucht, sondern im ganzen gesehen eben der zwangsläufige Ausdruck der Wandlung, in der sich die europäische Sozialverfassung befindet. Wenn sich die Voraussetzungen verändern und die Aufgaben wachsen, wenn fast mit einem Schlag die Sorge um Arbeit und Brot in einen Mangel an Arbeitskräften umgeschlagen ist, können jene Vorstellungen nicht mehr maßgebend sein, die von Generationen geprägt

wurden, deren ganzer Lebenslauf von einem dauernden Mangel an Betätigungsmöglichkeiten beherrscht war.

Seitdem der Hochkapitalismus das Gesicht der europäischen Volkswirtschaften beherrscht, sind die wirtschaftlichen und sozialen Krisen fast ausnahmslos dadurch entstanden, daß die Menschen bereit waren, mehr zu leisten, als auf dem engen Lebensraum geleistet werden konnte. Die Überproduktion und das Überangebot an Arbeitskräften waren das Schreckgespenst jeder Wirtschaftsführung und der Grund, weshalb alle sozialen Reformen immer wieder scheiterten. Wo dagegen in der Gegenwart und in der Zukunft wirtschaftliche Störungen und Unzuträglichkeiten zu befürchten sind, gehen diese auf gegenteilige Ursachen zurück: schon jetzt — in der Kriegswirtschaft — gibt es in Europa kaum andere ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten als solche, die auf dem Mangel an Arbeitskräften beruhen.

Mit dieser von Grund auf veränderten Struktur des europäischen Lebensraums verändert sich die soziale Problematik nicht nur im großen, sondern auch im einzelnen. Die Sozialpolitik der Vergangenheit konnte sich unter dem Druck der Übervölkerung tatsächlich weitgehend als Verteilungspolitik auffassen, während unter der Herrschaft des unbefriedigten Bedarfs an Arbeitskräften der Zukunft die Sozialpolitik zweifellos in erster Linie eine Leistungspolitik sein wird. Die Sozialpolitiker der Vergangenheit mußten es unter den obwaltenden Umständen als ihre entscheidende Aufgabe betrachten, das Übermaß an Bevölkerung mit den beengten Verhältnissen des Lebensraums in Einklang zu bringen; Sozialpolitik war also tatsächlich die Kunst, sich unter unzuträglichen Bedingungen einigermaßen erträglich einzurichten. Es war unter der Enge der Vergangenheit also gar nicht so falsch, wenn das Wort „Sozial" im Laufe der Zeit einen für das Lebensgefühl des 20. Jahrhunderts so beschämenden Unterton von Mildtätigkeit und Almosen bekommen hat. Sozialpolitik war Verteidigung gegen die von einem übermächtigen Schicksal ständig drohenden Schläge. Das wird sich nunmehr nicht nur für jene Völker ändern, die sich — wie das deutsche mit dem Nationalsozialismus — eine von vornherein andere Lebensauffassung angeeignet haben; auch jene Völker, die bisher ohne eine solche veränderte weltanschauliche Grundlage vor die Probleme der neuen europäischen Ordnung gestellt werden, können nicht umhin, sich aus der defensiven Auffassung der Sozialpolitik zu einem positiv gestaltenden Ziel durchzuringen. Die Sozialpolitik der Zukunft wird alle jene Maßnahmen in den Vordergrund stellen, die geeignet sind, eine möglichst rasche und inten-

sive Nutzung des neugeordneten europäischen Lebensraums zu erlauben. An die Stelle des um die Erhaltung des notdürftigen Erbes ängstlich besorgten Kleinbürgers wird der mit frischem Mut an die Gestaltung einer neuen Zukunft herangehende Mensch das soziale Idealbild werden.

III. Die ideologischen Grundlagen der Neuordnung

Die vom neu geordneten europäischen Raum aufgeworfenen Probleme wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Art sind so mannigfaltig, daß auf keine Kraft verzichtet werden kann, die bereit ist, an dem Aufbau mitzuarbeiten. Gewiß wäre die politische Problematik des europäischen Kontinents um vieles einfacher, wenn nicht eine Vielzahl verschiedenartiger Völker nebeneinander in diesem Raume leben müßten. Es wäre um vieles leichter, eine europäische Sozialordnung zu formen, wenn ein oder zwei in sich homogene Völker den gesamten Raum beherrschen würden. Es wäre dann vielleicht doch noch möglich, ein einheitliches Sozialsystem über den gesamten Kontinent zu ziehen und an allen Orten des Erdteils die gleichen Methoden der Sozialordnung anzuwenden. Nachdem nun aber einmal das Schicksal die Vielheit der Völker in den europäischen Raum hineingestellt hat, ist es sinnlos, davon zu schwärmen, wie schön es wäre, wenn diese Vielheit der Völker nicht vorhanden wäre, oder zu versuchen, die Vielgestaltigkeit der nationalen Kulturen durch einen einheitlichen Rechtsschematismus zu übertünchen.

Die soziale Ordnung ist für jedes Volk eine Frage der inneren Ordnung und daher in manchem anders zu behandeln als Probleme, die das äußere Verhältnis der Völker zueinander bestimmen. Es gibt eine Unzahl von Angelegenheiten des europäischen Kontinents, die einer einheitlichen zwischenstaatlichen Regelung nicht entbehren können. Fragen des Verkehrs, der Erschließung der Naturschätze, möglicherweise auch die Probleme der kontinentalen Sicherheit müssen von den beteiligten Völkern in ihrem eigenen Interesse nach einer einheitlichen Linie zu behandeln sein. Auch die Art, wie ein Volk dem anderen begegnet, mag dem Zwang solcher zwischenstaatlichen Übereinkommen oder überstaatlichen Regelungen unterliegen. Die Staaten mögen gemeinsame Produktionspläne, Wirtschaftspläne und Handelsabkommen abschließen; sie mögen vielleicht sogar auch gemeinsame technische Einrichtungen schaffen, alles das aber berührt die innere Ausgestaltung der nationalen Sozialordnungen nur am Rande. Selbstverständlich bleibt es für den sozialen Aufbau der einzelnen Völker nicht ohne Folgen, wenn die

großen gemeinsamen Angelegenheiten des Kontinents nach einem vernünftigen gemeinsamen Plan geregelt werden. Manches Volk und manche Landschaft werden unter einem solchen gemeinsamen Plan Aufgaben und Möglichkeiten vor sich sehen, an die sie vor kurzem noch nicht zu denken gewagt haben. Trotzdem bleibt als Tatsache bestehen, daß jedes Volk nach Veranlagung und Temperament aus den ihm durch die gemeinsame europäische Ordnung zugefallenen Elementen sich ein anderes Heim und vielleicht sogar eine andere Art, die Welt zu betrachten, ableiten wird.

Die soziale Ordnung, die der Nationalsozialismus für das deutsche Volk errichtet, wird in jeder Hinsicht durch die Rangfolge der Leistung und damit der Persönlichkeit beherrscht sein. In gleicher Weise müßte sich auch das Verhältnis zwischen den Völkern einspielen, wenn es dem nationalsozialistischen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen soll. Auf alle Fälle schließt das Prinzip der Leistung und der Persönlichkeit eine schematische Nivellierung der sozialen Ordnung der verschiedenen Völker aus.

Man mag das Problem nach allen Seiten drehen und wenden, am Ende ergibt sich stets, daß in einer auf eine echte Völkergemeinschaft abzielenden Ordnung die sozialen Verhältnisse kaum differenziert genug sein können, um der Wirklichkeit gerecht zu werden. Jedenfalls aber muß sie weit mehr in die nationalen Eigentümlichkeiten eindringen, als dies die bewußt „internationale" Genfer Politik sein konnte und wollte.

Differenzierung heißt nun allerdings keineswegs soziale Kirchturmpolitik oder sozialer Partikularismus. Die Unterschiede in den Maßnahmen und Techniken sind durch die Gemeinsamkeit des Zieles bestimmt. Gerade *weil* verschiedenartige Völker unter unterschiedlichen Voraussetzungen einem gemeinsamen Ziel zustreben, müssen sie verschiedene Wege gehen.

Ziel und Methoden müssen auf das strengste auseinandergehalten werden. Der bitterste Vorwurf, der dem Genfer System gemacht werden kann, ist der, daß es in der Regel die Methode mit dem Ziel verwechselt hatte, wie sich auch jetzt wieder in Philadelphia zeigte. Man war glücklich, eine Übereinkunft in möglichst vielen Staaten ratifiziert zu sehen, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß die Wirkung der gleichen Maßnahme in einer ostafrikanischen Negerrepublik unter allen Umständen eine andere sein muß als in einem nordeuropäischen Staat.

Die Sozialpolitik im neuen Europa wird so vor allem auch jeglichem Kollektivismus ein Ende bereiten. Kollektivismus bedeutet Nivellierung: die kollektive Gesellschaftsordnung ist am vollkom-

mensten, wenn möglichst wenige ihrer Glieder über das allgemeine Durchschnittsniveau hinausragen. Sobald sich unter dem Kollektivismus die persönliche Initiative zu regen beginnt, stößt sie allenthalben auf die Grenzen, die durch die kollektive Vorstellungswelt gezogen sind. Anders in der echten Gemeinschaft, die ausgeprägte Persönlichkeiten voraussetzt.

Der Kollektivismus ist eine materialistisch-mechanistische Nivellierungsmaschine; er ist in allen seinen Spielarten bestrebt, das Ergebnis der persönlichen Betätigung einer vorgezeichneten Durchschnittslinie möglichst anzupassen. Demgegenüber ist eine wirkliche Gemeinschaft bestrebt, die Verbindung zwischen ihren Gliedern nicht im Ergebnis, sondern im Ausgangspunkt und damit in der gemeinsamen Marschrichtung zu suchen. Der Kollektivismus neigt stets zur Konstruktion von Systemen; die Gemeinschaft dagegen entwickelt sich am besten, wenn ihr möglichst wenig regulative Fesseln angelegt werden. Jede Gemeinschaft setzt das Vorhandensein von Persönlichkeiten voraus. Denn die Bedürfnisse der Gemeinschaft sind vielfältig; und je vielfältiger sie sind, um so mannigfachere Begabungen und Persönlichkeiten sind zu ihrer Befriedigung erforderlich. Je mehr der einzelne sich von dem farblosen Durchschnittstyp entfernt, vor allem, je höher er sich über diesen Durchschnitt erhebt, um so einmaliger, unersetzlicher und wertvoller werden seine Leistungen für die Gemeinschaft. Das gilt nicht nur für die Gemeinschaft innerhalb des Volkes, sondern auch für das Zusammenleben der vom Schicksal in den gleichen Raum verwiesenen Nationen. Auch diese gelangen nicht dadurch zur Gemeinschaft, daß sie sich einem schematischen Durchschnitt annähern, sondern nur dadurch, daß sie je nach Veranlagung, Fähigkeit und raumbedingter Möglichkeit ein Maximum an Persönlichkeitsleistung zum gemeinen Nutzen erbringen. Damit sie das können, müssen sie in dem auf die Persönlichkeiten unmittelbar einwirkenden Bereich, in der sozialen Gesellschaftsordnung, von jedem von außen kommenden Schematismus freibleiben.

IV. Wendepunkt des europäischen Sozialdenkens

Gleichzeitig mit der Zeitenwende der europäischen Geschichte vollzieht sich im Denken des europäischen Menschen eine Revolution. Ja noch mehr: die neue Weltanschauung schuf überhaupt erst die Kraft, die die europäischen Völker zur nachdrücklichen Vertretung ihrer Lebensrechte befähigt. Diese Kraft aber beruht auf dem sinnvollen Zusammenklang von Blut und Boden, und sie führt zwangsläufig zur Anerkennung der Tatsache, daß

es im neuen Europa — im Gegensatz zu der schematischen Mehrheitsdiktatur der liberalen Demokratie — notwendig ist, die sozialen Erfordernisse aller völkischen und wirtschaftlichen Gruppen zum gerechten Ausgleich zu bringen. Es ist dabei aber nicht notwendig, nach einem starren Abstimmungsschematismus eine Entscheidung „entweder — oder" herbeizuführen. Das wohlbedachte Abwägen aller Einzelinteressen erlaubt weit mehr als jeder Mehrheitsbeschluß das Nebeneinander verschiedenartigster Lösungen. Es ist durchaus möglich, hier jene, dort eine andere, vielleicht sogar entgegengesetzte Maßnahme zu treffen, wenn es zweckmäßig ist. Rassenkunde, Völkerpsychologie und Wirtschaftsgeschichte haben längst gezeigt, wie gleiche Handlungen unter gleichen Voraussetzungen Unterschiedliches zutage fördern. Diese Lehre wird sich die Sozialpolitik im neuen Europa in verstärktem Maße zunutze machen. Sie gerät dabei nun allerdings in unüberbrückbaren Gegensatz zu der liberal-demokratisch-bolschewistischen Vereinheitlichung[3]). Diese war bemüht, die „objektiv" besten Methoden für dieses oder jenes Problem zu finden. Man stritt über Arbeitszeitregelungen, Lohnformen, Versicherungsgrundsätze, betriebliche Fürsorgemaßnahmen, Arbeitsvermittlungsprinzipien und vieles andere immer mit der selbstverständlichen Forderung, die angepriesene Lösung in möglichst allen Ländern durchzusetzen. Höchstens, daß man sich gelegentlich zum hochmütigen Zugeständnis herabließ, daß dieses oder jenes Volk „noch nicht reif genug sei", um den aufgestellten Prinzipien folgen zu können. Der Gedanke, daß kraft der völkischen und örtlichen Besonderheiten für alle Zukunft die verschiedenartigsten Lösungen nebeneinanderstehen müssen, konnte einer in Begriffen wie Menschheit und Zivilisation denkenden Sozialpolitik gar nicht kommen. Die Dringlichkeit der einzelnen sozialen und wirtschaftlichen Fragen ist unter den unterschiedlichen geographischen und klimatischen Bedingungen keineswegs gleich. Dinge, die

---

[3]) Das Phrasenhafte dieser Genfer Prinzipienreiterei wird heute selbst in den sozialdemokratischen Kreisen neutraler europäischer Länder durchschaut. So trifft die „Berner Tagwacht" vom 13. Juni 1944 unter der Überschrift „Völker werden mit ‚Diskussionsgrundlagen' abgespeist" zum Ergebnis der 26. Internationalen Arbeitskonferenz u. a. folgende bezeichnende Feststellungen:

„Zum Schluß wurde der Welt eine Prinzipienerklärung, eine ‚Charter von Philadelphia' vorgesetzt, die sich mit ihren bombastischen und unverbindlichen Wendungen würdig neben der ‚Atlantic Charter' sehen lassen kann und die liberalistischen Tiraden des nach dem letzten Krieg aufgestellten Teiles XIII des Friedensvertrages nahezu überbietet.

Geht es so weiter, so dürfte niemand in Erstaunen geraten, wenn der ‚Sieg der Demokratie' zum Vorspiel ihres sicheren Unterganges würde."

am nördlichen Rande des europäischen Kontinents geradezu lebensnotwendig sind, mögen am südlichen Ende überflüssig, vielleicht sogar schädlich sein. Der Osten erfordert anderes als der Westen. Und wenn auf diese unterschiedlichen geographischen Voraussetzungen gar noch unterschiedliche völkische Elemente treffen, ist es klar, daß eine Vereinheitlichung der internationalen Ordnung geradezu eine Katastrophe bedeuten müßte. Jedes Volk wird selbstverständlich danach streben, in dem von ihm beherrschten Raum gleichmäßige rechtliche Bedingungen zu schaffen. Indes wird schon dort, wo der Raum groß ist, gelegentlich die Notwendigkeit auftreten, örtliche Differenzierungen vorzunehmen. Solange aber wenigstens die völkischen und damit die weltanschaulichen Grundlagen der Einwohnerschaft die gleichen sind, können doch verhältnismäßig straffe Gesetzesformulierungen gleichmäßige Gültigkeit über den gesamten Herrschaftsraum beanspruchen. Je weniger aber diese Voraussetzungen zutreffen, um so hoffnungsloser müßte das Beginnen erscheinen, mit einer solchen imperialistischen Vorstellung den künftigen europäischen Raum gestalten zu wollen. Hier müssen andere Ordnungsprinzipien Platz greifen, von denen das wesentlichste durch das persönliche, durch das individuelle und durch das nationale Recht auf die Behauptung des ererbten Charakters gegeben ist. So wie innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft die Familie eine ihren eigenen inneren Gesetzen unterworfene geschlossene Gemeinschaft ist, so muß in der künftigen europäischen Völkerordnung die Sozialstruktur jeder Nation den natürlichen rassischen Voraussetzungen entsprechen. Nur auf diese Weise wird es gelingen, jedes Volk zu der seiner Lage und seiner Veranlagung entsprechenden Höchstleistung zu führen. Man wird es also nicht nur in Kauf nehmen müssen, sondern sogar zu fördern haben, daß das eine Volk mehr wirtschaftliche, das andere mehr musische Begabungen, das eine mehr logische, das andere mehr technische Fähigkeiten zu entwickeln vermag. Man wird sich darauf zu stützen haben, daß ideelle und materielle Interessen der Völker in verschiedener Mischung zutage treten, daß manchem Volk etwas unerträglich erscheint, was einem anderen vielleicht zuträglich ist.

Die soziale Revolution des europäischen Kulturraums ist so zwar mit einer radikalen Umwertung vieler traditioneller Begriffe verbunden. Sie ist aber in keiner Hinsicht destruktiv. Ihr wesentlicher Inhalt ist die Anpassung des Lebensstils an das neue Arbeitsethos.

Selbstverständlich gibt es im Zeitalter des Verkehrs und des großzügig organisierten Arbeiteraustausches zahlreiche Fragen, die zwischen zwei oder mehreren Staaten durch Verträge geregelt wer-

den müssen. Indes bezwecken bereits solche Verträge nicht ohne weiteres, bestimmte Einrichtungen gleichmäßig in allen Staaten zu erzwingen. Die Verträge könnten im Einzelfall ebenso dazu dienen, die besonderen nationalen Einrichtungen trotz der zunehmenden zwischenstaatlichen Verflechtung zu halten.

Welches von den Zielen angestrebt werden soll, hängt von den nationalen Bedürfnissen ab. Wenn das Leistungs- und Persönlichkeitsprinzip auch zwischen den Völkern gelten soll, dann müssen die sozialen Einrichtungen der einzelnen Völker ihren besonderen Lebensbedingungen, Sitten und vor allem ihrer besonderen Mentalität entsprechen. Es kann nicht oft genug betont werden, daß eine auf ehrliche und saubere Abgrenzung des Volkstums aufgebaute politische Ordnung eben nach anderen Methoden gebaut werden muß als ein auf einen wahllos durcheinandergerührten Völkerbrei abzielendes System. Daß sich die Lebensbedingungen, die Sitten und vielleicht auch die Mentalität einzelner Völker im Laufe der Zeit ändern können, ist kein entscheidender Einwand. In der jeweiligen Lage jedenfalls ist die Sozialverfassung mit allen ihren Einzelheiten der unmittelbarste Ausdruck der nationalen Persönlichkeit. Vor diesem ideologischen Hintergrund erscheint das Schauspiel, das die Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation auf ihrer jüngsten Tagung in Philadelphia geboten haben, wie eine Darstellung welt- und zeitfremder Geisteshaltung. Man will den Kapitalismus grundsätzlich aufrecht erhalten, seine natürlichen Folgen aber verleugnen. Man will freie Wirtschaft, aber keine Arbeitslosigkeit. Man fordert freie Marktpreisbildung, gleichzeitig aber starre Löhne. Man ersehnt soziale Gerechtigkeit, verbeugt sich aber vor der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft. Diese und viele andere Widersprüche hoffen die Zauberkünstler aus Genf und Philadelphia zu überbrücken, indem sie den Staaten die Anwendung sozialtechnischer Normen empfehlen, ohne dabei zu bedenken, daß damit günstigstenfalls das Elend in der ganzen Welt genormt wird. Die europäischen Völker beginnen demgegenüber zu erkennen, daß hier nur klare Entscheidungen einen Ausweg eröffnen: entweder will man den Kapitalismus — dann heißt dies eindeutig und unmißverständlich: Ende jeder Hoffnung auf soziale Befriedung. Oder aber man will den sozialen Frieden, dann müssen Liberalismus und Kapitalismus fallen. Dann hilft auch der Bolschewismus nichts, der dank seiner materialistischen Herkunft ja nur einen auf die Spitze getriebenen (Staats-)Kapitalismus darstellt. Sozialer Friede und sozialer Fortschritt können nur auf dem Boden eines bewußten Bekenntnisses zum Volkstum und der aus den Erfordernissen der Volksgemein-

schaft erwachsenden Anerkennung der Persönlichkeit wachsen. Das ist also der Kern des Gegensatzes, der zwischen der Welt von Philadelphia und dem in Bad Salzbrunn dokumentierten Sozialwillen der europäischen Völker klafft: Entpersönlichung, Vermassung, Nivellierung und Internationalismus auf der einen Seite; Volkstum, Volksgemeinschaft, Persönlichkeit und Verantwortung auf der anderen. Kapitalismus und Bolschewismus wollen den Menschen der Wirtschaft untertänig machen. Das Lebensgefühl des europäischen Menschen aber lehnt sich dagegen auf; der europäische Mensch will gestalten, Verantwortung tragen und seine Leistung anerkannt sehen. Um Raum und Recht, eine Sozialordnung auf diesen Elementen aufbauen zu können, wird dieser Krieg geführt. Es wäre sinnlos, wenn an seinem Ende die Welt von gestern unverändert auferstünde — wie es den Verfassern der Erklärung von Philadelphia vorschwebt.

Rußland und das Mittelmeer

Von Hans-Heinrich Rohde

Wenn man das Streben nach den warmen Meeren seit *Peter dem Großen* als den Leitgedanken der russischen Außenpolitik zu betrachten gewohnt ist, so haben innerhalb dieses Programms, das zunächst auf die Ostsee und das Schwarze Meer, dann auf das Mittelmeer, später auch auf den Persischen Golf und den Pazifik abzielte, das Mittelmeer und als Nahziel vor allem der Zugang dorthin, die Meerengen, stets eine besondere Anziehungskraft besessen. Die entscheidende Ursache für diese Zielsetzung ist einmal die geographische Tatsache, daß das Schwarze Meer, die Meerengen und das Mittelmeer als zusammenhängender Wasserweg für Rußland — auch heute nach dem Bau des Eismeerkanals — die verkehrsgünstigste eisfreie Seeverbindung mit den Hochstraßen des Weltverkehrs darstellen. Immer noch sind die diesseits des Ural gelegenen Gebiete der Kern Sowjetrußlands. Sie sind am dichtesten bevölkert, haben besonders ertragreiche Böden und sind wirtschaftlich wie verkehrsmäßig am besten erschlossen. Der Anschluß dieser Gebiete an die Welthandelsstraßen wurde daher schon immer als eine besonders wichtige Aufgabe der russischen Politik angesehen. Über diesen verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkt hinaus hat aber zweifellos auch häufig der Gedanke mitgespielt, daß eine dauernde Fußfassung am Mittelmeer Rußland in

die Lage versetzen würde, sich wesentlich stärker in Europa einzuschalten, als ihm dies seine abseitige Lage am Rande des Kontinents gestattete, wenn nicht gar die führende Macht des Kontinents zu werden. Wenn solche Erwägungen schon in der Zarenzeit hervortreten konnten, so haben sie erst recht im bolschewistischen Rußland ihre schwerwiegende Bedeutung gewonnen.

Den russischen Mittelmeerplänen kamen anfangs verschiedene Umstände entgegen. Besonders begünstigte sie der innere Zerfall der türkischen Macht auf dem Balkan seit den großen Siegen *Prinz Eugens*, wie auch die Bindung Englands und Frankreichs in Übersee sowie die Verstrickung der übrigen Mächte in kontinentale Händel die Durchführung der ersten Programmpunkte dieser Politik wesentlich erleichterten. Nachdem die Sicherung Indiens im 19. Jahrhundert Leitgedanke der britischen Außenpolitik zu werden begann, änderten sich diese Voraussetzungen allerdings wesentlich. England wurde für fast ein Jahrhundert der große Gegenspieler Rußlands auf allen Schauplätzen der Weltpolitik, auf denen sich die beiden Mächte begegneten, besonders aber im Mittelmeer und in Mittelasien. Ungeachtet aller Mißerfolge und Rückschläge, die ihm die englische Gegnerschaft eintrug, verlor Rußland sein Ziel nicht aus den Augen. Unter ebenso zäher wie meist auch geschickter Ausnutzung der jeweiligen Möglichkeiten bedienten sich die Zaren der vielfältigsten Mittel, um der Verwirklichung ihrer Pläne näher zu kommen. Auch die völlige Wandlung der inneren Struktur Rußlands durch die bolschewistische Revolution hat daran nichts geändert. Die Ausbreitung des Bolschewismus wurde vielmehr mit den alten, aus der Zarenzeit übernommenen Zielen und Methoden verkoppelt und ihre Wirkungsmöglichkeiten damit vervielfacht. Angefangen von der Schwarzmeerpolitik Peters des Großen bis zu *Stalins* weitgreifenden Mittelmeerplänen hat die Ausbreitung nach Südwesten bald mehr, bald weniger offenkundig die russische Außenpolitik beherrscht. Mögen sich vorübergehend andere Fragen in den Vordergrund geschoben haben, Bosporus, Dardanellen und Balkan sind die Ziele, für die Rußland im Laufe seiner Geschichte den verhältnismäßig größten Teil seiner nationalen Kraft eingesetzt hat. Wenn trotz allem den russischen Bemühungen bisher ein dauernder Erfolg versagt blieb, so deswegen, weil stets im entscheidenden Augenblick europäische Mächte Rußland in den Weg traten und eine Verwirklichung seiner Absichten zu verhindern verstanden.

Bereits unter Peter dem Großen wurde mit der Eroberung der Schwarzmeerküste begonnen und damit Voraussetzung und Grund-

lage einer späteren russischen Mittelmeerpolitik geschaffen. Dabei mußte sich Rußland mit der Türkei auseinandersetzen, die nach der Eroberung des byzantinischen Reiches (1453) das Schwarze Meer mitsamt seinen Küsten beherrschte und für die Schiffahrt sämtlicher europäischer Mächte verschlossen hielt. Der 1699 den Türken entrissene wichtige Handelshafen Asow konnte allerdings nur bis 1711 gehalten werden. Mit diesem Anfangserfolg hat aber Peter seinen Nachfolgern den Weg nach dem Süden gewiesen und Rußland auf eine Bahn geführt, die unter Berücksichtigung der diesem Staatswesen innewohnenden Dynamik nur in mittelmeerische Zielsetzungen münden konnte. Schon die Eroberung der nördlichen Schwarzmeerküste war jedoch dank des zähen Widerstandes der Türkei ein Unternehmen, das erst gegen Ende des Jahrhunderts zum Abschluß gebracht werden konnte. Noch der Friede von Belgrad (1739) bestimmte, daß Rußland weder auf dem Asowschen Meer noch auf dem Schwarzen Meer eigene Handelsschiffe halten dürfe. Der Hafen Asow selbst wurde dank der russischen Erfolge im voraufgegangenen Türkenkrieg neutralisiert.

Nachdem der Versuch *Katharinas*, durch die Gründung einer Mittelmeerkompanie (1763)[1], die von der Ostsee aus nach Livorno Handel treiben sollte, gescheitert war, kam die Zarin zu der Überzeugung, daß nur eine wesentliche Erweiterung der russischen Machtgrundlagen im Süden die Möglichkeit zur Anknüpfung von engeren Handelsbeziehungen zu den führenden Mächten des Mittelmeers und für eine Einflußnahme in diesem Gebiet schaffen würde. Diesem Ziel dienten die beiden Türkenkriege, die Katharina 1768—74 und im Bunde mit Österreich 1787—92 führte. Nach dem entscheidenden Seesieg von Tschesme, der bei wohlwollender Neutralität Englands mit Hilfe englischer Offiziere durch die in das Mittelmeer übergeführte Ostseeflotte errungen wurde, gewann Rußland im Frieden von Kütschük-Kainardschi (1774) das Küstengebiet zwischen Dnjepr und Bug, die Hafenstädte Asow, Kertsch und Kimburn, die nordkaukasische Landschaft Kabarda und vor allem das Recht der freien Handelsschifffahrt auf dem Schwarzen Meer und durch die Meerengen. Außerdem mußte die Türkei die Unabhängigkeit der Krimtataren anerkennen. Die Fußfassung in Nordkaukasien leitete als erster Schritt die russische Ausdehnung nach Mittelasien ein, die später von England ebenso heftig bekämpft wurde wie Rußlands auf das Mittelmeer abzielende Pläne. Der Friede von Jassy (1792) brachte

[1]) D. Gerhard: England und der Aufstieg Rußlands, 1933, S. 104.

der Zarin das Gebiet zwischen Bug und Dnjestr mit der Stadt Otschakow sowie die Anerkennung der russischen Herrschaft über die Krim ein, so daß Katharina nunmehr das ganze Nordufer des Schwarzen Meeres für Rußland in Besitz genommen hatte. Daß sie weit darüber hinausgehende Ziele verfolgte, zeigt ihr mit dem Günstling *Potemkin* entworfener Plan, Konstantinopel zu erobern und ein großgriechisches Reich unter ihrem zweiten Enkel *Konstantin* auszurufen, d. h. die Türkei zu zerschlagen. Angesichts der ungewissen Haltung einiger europäischer Mächte beschränkte sich die Zarin jedoch auf die Annexion der Krim.

Englands Politik war damals auf den Atlantik ausgerichtet. Seine Mittelmeerinteressen ordnete es der großen Auseinandersetzung mit Frankreich unter. 1763 suchte es mit Rußland gegen die Türkei vorzugehen, um den Verbündeten Frankreichs zu schwächen. Schon damals war es bestrebt, die Bande zu lockern, die Ägypten mit der Türkei verbanden. Daran, daß Rußland die Dardanellendurchfahrt gewährt wurde, war England allerdings keineswegs gelegen. Andererseits konnte auch der Gedanke an Indien damals im Denken des britischen Volkes noch nicht die beherrschende Rolle spielen, die ihm in der Folgezeit zukam. Der östliche Teil des Mittelmeeres lag noch abseits des Gesichtsfeldes des atlantik-orientierten Durchschnittsengländers, dem politisches Denken im Grunde ohnehin nicht lag. Die Türkei war nach alter Anschauung kein Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft, kam also für eine Zusammenarbeit nicht in Betracht. Ungeachtet aller Enttäuschungen, die seine Politik ihm bereits gebracht hatte, suchte der Gegner Pitts, *Fox*, zwischen den beiden Kriegen das russische Bündnis. Aber obwohl er Katharina versicherte, daß sie auch im Falle weiterer Verwicklungen mit der Türkei auf die wohlwollende Neutralität Englands rechnen könne, kam es wiederum nicht zu einem Abschluß. Die Zarin wollte aus der englischen Freundschaft zwar den größtmöglichen Vorteil ziehen, die Voraussetzungen für ein engeres Verhältnis der beiden Mächte auf vertraglicher Grundlage erachtete sie jedoch nicht für gegeben. Nichts kennzeichnet das englisch-russische Verhältnis gegen Ende des Jahrhunderts besser als die Tatsache, daß England der Zarin noch 1796 Korsika anbot[2]), nachdem es im amerikanischen Krieg vergebens versucht hatte, Rußland durch Abtretung von Minorka als Gegengewicht gegen Frankreich zu gewinnen. Man war sich in London über die weiteren Ziele der russischen Expansion also durchaus im klaren,

[2]) D. Gerhard, a. a. O. S. 420.

trug aber keine Bedenken, ihr in die Hand zu arbeiten und die noch nicht sehr entwickelten britischen Mittelmeerinteressen als Kompensationsobjekt für größere Ziele einzusetzen. Im Hinblick auf die Französische Revolution mit ihren das Zusammenleben der europäischen Völker so weitgehend beeinflussenden Ausstrahlungen nicht minder als mit Rücksicht auf den Ostseehandel, der England Schiffbauholz und andere wichtige Rohstoffe lieferte, wähnte man sich auf ein gutes Verhältnis zu Rußland angewiesen. Für den jüngeren *Pitt* allerdings war die Vorstellung, daß Rußland eines Tages das östliche Mittelmeer beherrschen könnte, unerträglich. Er verlangte daher, daß die Erhaltung der Türkei zum Grundsatz der englischen Außenpolitik gemacht wurde. Dagegen erhoben sich jedoch starke Widerstände, denen er sich schließlich fügen mußte, um so mehr, als das verbündete Preußen im entscheidenden Augenblick versagte.

Der bedeutendste Gegner der russischen Türkenpolitik war in diesen Jahrzehnten noch nicht England als vielmehr Frankreich, das durch eine Freundschaft, die bereits ein Vierteljahrtausend überdauert hatte, mit der Türkei verbunden war. Allerdings sah sich Vergennes, der leitende Minister *Ludwigs XVI.*, infolge des überseeischen Krieges mit England nicht in der Lage, zugleich eine aktive Türkenpolitik zu betreiben. Sorgfältig darauf bedacht, sein kunstvoll aufgebautes Gleichgewichtssystem nicht zu gefährden, nahm er 1779 eine vermittelnde Stellung zwischen Rußland und der Türkei ein. Einerseits geboten dies die weitreichenden französischen Wirtschaftsinteressen in der Levante, andererseits wünschte er auch Rußland enger an Frankreich heranzuführen. Als nun die Zarin im Herbst 1782 mit Aufteilungsplänen vorsichtig vorfühlend an Frankreich herantrat, lehnte *Vergennes* nachdrücklich ab. Statt auf den Vorschlag Katharinas einzugehen, erkundigte er sich in London, ob England bereit sei, sich an einer gegen die russische Annexion der Krim gerichteten diplomatischen Aktion zu beteiligen. Die Gefährdung des französischen Prestiges, das unter der 1. Polnischen Teilung bereits erheblich gelitten hatte, war dafür nicht minder maßgebend als die Erwägung, daß ein vergrößertes Rußland und ein vergrößertes Österreich sein Europaprogramm als Ganzes stören wie auch vor allem auf Italien drücken würden. Die Republik trat im östlichen Mittelmeer erst in Erscheinung, als Napoleon Ägypten angriff, um gegen Indien vorzustoßen. Das Unternehmen besiegelte den endgültigen Zusammenbruch des französisch-türkischen Verhältnisses.

Die Expedition Napoleons wirkte nicht nur auf die Entwicklung im Mittelmeer, sondern mehr noch auf die europäische Politik

als Ganzes tiefgreifend ein. Die unmittelbare Folge war der Abschluß des englisch-russischen Bündnisses, dem sich die Türkei anschloß (1799). England kam es vor allem darauf an, die stärkste Festlandsmacht gegen Napoleon einsetzen zu können. Der Angriff auf Ägypten diente lediglich als Anknüpfungspunkt. Wie der Friede zu Amiens zeigte, in dem sich England verpflichtete, seine mittelmeerischen Stützpunkte preiszugeben, betrachtete es dieses Gebiet noch immer nicht als Interessenzone ersten Ranges. Der geisteskranke Zar dagegen, *Paul I.* (1797—1801), deutete den Vorstoß Napoleons als einen Schlag gegen die russische Mittelmeerpolitik, die er als ein Vermächtnis Katharinas, seiner verstorbenen Mutter, und als seine wichtigste Aufgabe ansah. Die englisch-französische Auseinandersetzung hoffte er dazu benutzen zu können, seine Pläne ein wesentliches Stück vorwärtszutreiben. In einer Geheimklausel des 1799 mit der Türkei geschlossenen Vertrages hatte er sich für den Kriegsfall freie Meerengendurchfahrt für die russische Kriegsflotte gesichert, während den anderen Staaten die Meerengen verschlossen bleiben sollten. Die Ionischen Inseln, die er sich von der Türkei hatte abtreten lassen, faßte er zu einer „Republik der Vereinigten Sieben Inseln" zusammen. Als England sich jedoch weigerte, das Napoleon abgenommene Malta an Rußland abzutreten — als Großmeister des Malteserordens hatte Paul Anspruch auf die Insel erhoben — und darüber hinaus durch fortwährende Übergriffe britischer Kriegsschiffe die russische Handelsschiffahrt geschädigt wurde, trug er keine Bedenken, das Steuer herumzuwerfen, sich mit Frankreich zu verständigen und einen Schlag gegen Indien vorzubereiten. Bevor er diesen Plan verwirklichen konnte, wurde er von einem seiner Offiziere ermordet. Sein Nachfolger, *Alexander I.*, schien gleichfalls einen antienglischen Kurs einschlagen zu wollen. Durch energisches Vorgehen gegen Dänemark als einen der schwächsten Anhänger der von Paul wieder ins Leben gerufenen „bewaffneten Seeneutralität" und als eine Rußland verbündete Macht verhinderte England jedoch eine Vertiefung der russisch-französischen Beziehungen. Erst nach dem Wiederausbruch des englisch-französischen Krieges konnte Alexander I. den bis dahin bedeutendsten Erfolg der russischen Mittelmeerpolitik erringen, als er 1805 von der Pforte die Meerengendurchfahrt auch für Friedenszeiten erwirkte. Infolge des in Tilsit mit Napoleon geschlossenen Bündnisses vermochte er jedoch das Erreichte nicht auszunutzen. Der Ionische Inselstaat war gleichfalls nur eine kurzlebige Schöpfung: Er wurde 1807 von den Engländern besetzt.

Daß die russische Dardanellenpolitik nicht Selbstzweck war,

sondern auf eine Fußfassung am Mittelmeer im weiteren Sinne abzielte, zeigte sich bald darauf, als Alexander den Versuch unternahm, durch Einflußnahme auf die Balkanslawen an die Adria vorzustoßen. Schon während der Türkenkriege Prinz Eugens hatten sich große Teile der orthodoxen Slawen in die österreichischen Grenzgebiete geflüchtet, wo man ihnen bereitwillig Gelegenheit gegeben hatte, sich niederzulassen. Österreich war damit in die Stellung einer Schutzmacht der Balkanslawen hineingewachsen. Diese Aufgabe trachtete nun, wie vorher schon unter Katharina, Rußland zu übernehmen. Als 1804 in den serbischen Gebieten ein großer Aufstand gegen die türkische Herrschaft ausbrach, ließ Alexander I., um die Serben zu unterstützen, russische Truppen in die Donaufürstentümer (Moldau und Walachei) einmarschieren. Angesichts des Rußlandfeldzuges Napoleons mußte der Zar allerdings den sehr schleppend geführten Türkenkrieg durch den am 28. Mai 1812 abgeschlossenen Frieden von Bukarest beenden und die Donaufürstentümer wieder herausgeben. Doch gewann er Bessarabien bis zum Pruth und konnte darüber hinaus die Autonomie Serbiens erwirken. Die freie Durchfahrt durch die Meerengen blieb der russischen Kriegsflotte hingegen auf Grund einer 1809 zwischen England und der Pforte getroffenen Abmachung versagt.

Unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen konnte sich Rußland in den Freiheitskampf der Griechen einschalten. In allen Staaten Europas nahm man leidenschaftlich an diesem Ereignis Anteil. So konnten russische Truppen im April 1828 auf Grund einer mit England und Frankreich getroffenen Vereinbarung die Moldau und Walachei besetzen und gegen Adrianopel vorstoßen, das sich am 20. August ergab. Auch die nach Kaukasien entsandten Truppen kämpften erfolgreich. Im Frieden von Adrianopel 1829 erhielt Rußland die Ostküste des Schwarzen Meeres, die Inseln vor der Donaumündung, als wichtigstes Ergebnis die Schutzherrschaft über die Donaufürstentümer sowie das Recht der freien Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen. Griechenland wurde selbständig. Für die russische Mittelmeerpolitik hatte der Friede von Adrianopel bedeutsame Folgen. War das Einschreiten Rußlands auch im Einvernehmen mit England und Frankreich erfolgt, um die Türken zu einem Waffenstillstand mit den Griechen zu zwingen, so begannen doch die Siege des General *Diebitsch*, der entschlossen war, Konstantinopel zu nehmen, die europäischen Mächte stark zu beunruhigen. Frankreich zwar neigte jetzt im Hinblick auf seine durch die Kanalpläne gesteigerten ägyptischen Interessen mehr zu Rußland hin. Österreich und England dagegen fanden sich in der gemeinsamen

Gegnerschaft gegen die weitreichenden russischen Absichten. Obwohl angesichts der türkischen Schwäche die Möglichkeit bestand, die Meerengen im Handstreich zu nehmen, verzichtete das russische Kabinett auf Anraten *Nesselrodes* darauf, den mittelmeerischen Erfolg bis zur Neige auszukosten. Die Nachbarschaft einer bis zur Ohnmacht geschwächten Türkei zog man einem nach der Besetzung Konstantinopels für unvermeidlich angesehenen großen europäischen Kriege vor. Trotz seines Verzichts genoß Rußland jetzt eine Stellung auf dem Balkan wie nie zuvor: Griechenland zwar entglitt bald seinem Einfluß, dafür neigten die Bulgaren, Serben und Montenegriner um so eindeutiger nach Rußland.

Der Türkisch-Ägyptische Krieg 1832/33 bot dann dem Zaren Gelegenheit, seinem Ziel wieder um ein erhebliches Stück näher zu kommen. Das Vordringen des ägyptischen Statthalters *Mehemet Ali*, der als Lohn für seine im Kampf gegen die Griechen geleistete Hilfe über Kreta hinaus auch Syrien forderte, zwang den türkischen Sultan infolge der abwartenden Haltung, die die übrigen europäischen Mächte einnahmen, ungeachtet aller Bedenken den Zaren um Unterstützung gegen den aufständischen Vizekönig zu ersuchen. Nur allzu gern leistete *Nikolaus I.* dieser Aufforderung Folge. Bereits Ende Februar, wenige Wochen nach dem Hilferuf aus Konstantinopel, traf eine Flotte von 9 russischen Schiffen vor Konstantinopel ein, denen zwei weitere Geschwader folgten. Auf der asiatischen Seite des Bosporus wurden 10 000 Mann Infanterie ausgeschifft. Unter dem Eindruck der bewaffneten Demonstration Rußlands zog Mehemet Ali seine Truppen, die bereits Brussa bedroht hatten, über den Taurus zurück. Im Juli rückten auch die Russen wieder ab. Das geschickte Auftreten des Grafen *Orlow*, der als Sonderbeauftragter des Zaren inzwischen mit allen der zaristischen Diplomatie geläufigen Mitteln in Konstantinopel tätig gewesen war, brachte der russischen Regierung den Vertrag von Hunkjar Skelessi (1833) ein, der die beiden Unterzeichnermächte für die folgenden 8 Jahre zu gemeinsamer Verteidigung gegen jeden Angriff verpflichtete. Rußland verzichtete jedoch für den casus foederis auf jede Hilfe der Türkei gegen die Zusicherung, auf russisches Verlangen fremden Kriegsschiffen die Dardanellen zu sperren. Damit hatte der Zar am Goldenen Horn eine Stellung errungen, die sich von der eines Protektors kaum unterschied.

Aber wiederum wähnte er sich zu früh am Ziel seiner Wünsche. Wie schon seinen Vorgängern Paul und Alexander blieb es auch Nikolaus I. versagt, die Früchte seines diplomatischen Erfolges einzuheimsen. Schon längst hatte *Palmerston* die Gefahren erkannt,

die der Schlüsselstellung des britischen Weltreiches, Indien, durch den russischen Vormarsch in Zentralasien drohten. Darüber hinaus Rußland eines Tages auch im Mittelmeer auftreten zu sehen — was diese Gefahr noch wesentlich gesteigert hätte — erschien ihm untragbar. Er bemühte sich daher, dem russischen Einfluß bei der Pforte entgegenzuarbeiten und ließ zu diesem Zweck im Mai 1834 eine britische Flotte in der Nähe der Dardanellen kreuzen, ohne daß allerdings die Absicht einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Rußland dahinter stand. Die Erhaltung der Türkei wurde jedoch ein wesentlicher Faktor seiner auf die Sicherung des Indienweges abzielenden Politik. Einen Aufteilungsvorschlag Mehemet Alis, der in Gemeinschaft mit den Westmächten den Sultan stürzen und ein großarabisches Reich in Vorderasien gegen den zunehmenden russischen Einfluß errichten wollte, lehnte er daher ebenfalls ab; denn Englands Interesse schien ihm die Erhaltung der machtpolitisch bedeutungslosen Türkei nahezulegen. An die Stelle der Türkei einen großarabischen Staat zu setzen, entsprach nicht den englischen Plänen. Angesichts der Erfolge, die *Mehemet* 1839 gegen den Sultan errang, sah sich der Zar als verhinderte Schutzmacht der Hohen Pforte dieser gegenüber so bloßgestellt, daß er England kurzerhand den Vorschlag machte, Rußland gegen Preisgabe des Vertrages von Hunkjar Skelessi als Mandatar Europas den Schutz Konstantinopels anzuvertrauen. Durch dieses Angebot machte er sich natürlich der Türkei gegenüber eines Vertrauensbruches schuldig. England benutzte, statt darauf einzugehen, diesen Anlaß, sich von der Pforte versichern zu lassen, daß sie niemals wieder Hilfe bei den Russen suchen werde. Darüber hinaus gelang es Palmerston, die Meerengenfrage vor eine Konferenz der europäischen Großmächte zu bringen, die Rußland der Vorrechte, die es im Vertrag von Hunkjar Skelessi errungen hatte, beraubte, und durch die bis 1914 in Kraft gebliebene Meerengen-Konvention von 1841 eine endgültige Lösung herbeizuführen. Danach verpflichtete sich die Türkei, fremden Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Meerengen zu verbieten, solange sie sich im Frieden befand. In seinem Zustand weitgehender Entmachtung wurde das Osmanische Reich nunmehr für würdig befunden, in den Kreis der europäischen Mächte aufgenommen und unter ihren Schutz gestellt zu werden.

Rußlands direkter Vorstoß gegen die Dardanellen war damit abgeschlagen. Doch versuchte der Zar ein reichliches Jahrzehnt später, sich durch den Anspruch auf das Protektorat über die orthodoxen Christen der Türkei auf dem Balkan maßgeblichen Einfluß zu verschaffen, um so seinem heiß erstrebten Ziel unter Umgehung

der Meerengen näher zu kommen. Sogleich traten die Westmächte, denen sich später Piemont-Sardinien anschloß, Rußland im Krimkrieg (1854/56) mit bewaffneter Macht in den Weg. Dynastische Erwägungen bzw. die durch die Nachwirkungen der 48er Revolution bedingten Schwierigkeiten hielten Preußen und Österreich davon ab, sich der Expedition anzuschließen, obwohl in Österreich schon damals Strömungen vorhanden waren, die auf eine Intensivierung der Balkanpolitik drängten und dementsprechend ein gemeinsames Vorgehen mit den Westmächten befürworteten. Das militärische Übergewicht der Westmächte trat allerdings von Anfang an so offen zutage, daß ein Sieg der Russen nicht zu befürchten war. Mit dem Fall der Festung Sebastopol rückte die Erfüllung der russischen Wünsche abermals weiter in die Ferne. Der dritte Pariser Friede (1856), der unter vermittelnder Mitwirkung Österreichs und Preußens abgeschlossen wurde, gewährleistete erneut die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der Türkei. Rußland verzichtete auf das Protektorat über die Donaufürstentümer sowie die Schutzherrschaft über die orthodoxen Balkanchristen und trat den Süden Bessarabiens ab, der wieder mit dem Fürstentum Moldau vereinigt wurde. Das Schwarze Meer wurde für neutral erklärt, so daß Rußland eine Kriegsflotte dort nicht halten durfte. Angesichts der bedeutenden russischen Handelsinteressen, die in dem Aufblühen des erst im 18. Jahrhundert gegründeten Hafens von Odessa ihren Ausdruck fanden, wurde diese Bestimmung als besonders demütigend empfunden.

Daß Rußland sich mit den Bestimmungen des dritten Pariser Friedens abfinden werde, stand nicht zu erwarten. „Rußland schmollt nicht, aber es sammelt seine Kräfte", pflegte Gortschakoff zu sagen, der als erster wirklich bedeutender nationalrussischer Außenminister seinen Ehrgeiz darin sah, die russischen Südwestziele endlich zu verwirklichen. Er war in russisch-christlichen Gedankengängen aufgewachsen und stand dem Panslawismus nahe. Zunächst gelang es ihm, die lästigen Einschränkungen, denen Rußland sich 1856 auf dem Schwarzen Meer hatte unterwerfen müssen, wenigstens zu mildern. Bismarck kam seinen Wünschen entgegen, als 1871 die Schwarzmeerfrage auf der Londoner Pontuskonferenz erneut Gegenstand eingehender Beratungen der in Betracht kommenden europäischen Mächte war. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde Rußland eine Kriegsflotte auf dem Schwarzen Meer zugestanden, deren Durchfahrt durch die Meerengen allerdings von der Zustimmung der Türkei abhängig gemacht wurde. Im Vergleich zu dem, was Rußland erstrebte, war dies nur ein sehr bescheidener Erfolg. Unter

Ausnutzung einerseits der ständigen Schwierigkeiten, die die Türkei mit den slawischen Balkanvölkern hatte, sowie der mächtig angewachsenen panslawistischen Strömung andererseits, entschloß sich daher *Alexander II.*, noch einmal zu einem Gewaltschlag gegen die Türkei auszuholen. Die Voraussetzungen dafür waren auch insofern günstig, als die europäischen Mächte die Ausschreitungen der türkischen Truppen vor allem gegen die aufständischen Serben mißbilligten. Als aber Rußland nach anfänglichen Schwierigkeiten im Januar 1878 vor Adrianopel stand und der Türkei im Frieden von San Stefano die Selbständigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros abnötigte, sowie für Bulgarien, das der Pforte als Tributärstaat verbunden bleiben sollte, einen Ausgang zur Ägäis sicherte, erhoben die Großmächte Protest. England, das eine russische Einflußsphäre in der Ägäis nicht dulden wollte, entsandte seine Flotte ins Marmarameer, Österreich-Ungarn, das um den Zusammenhalt seines Vielvölkerstaates und seinen bedeutenden Orienthandel besorgt war, mobilisierte. Dem vermittelnden Dazwischentreten Bismarcks auf dem Berliner Kongreß war es zu verdanken, daß ein Krieg der Großmächte vermieden werden konnte. Rußland blieb auf das Schwarze Meer beschränkt. Die Durchführung seiner Balkanpläne wurde auf lange Sicht verhindert. In tiefer Verstimmung, die sich zu Unrecht gegen Bismarck richtete, tat *Gortschakoff*, der russische Außenminister, den Ausspruch, daß er 100 000 Mann umsonst geopfert habe.

Der Türkenkrieg von 1877/78 und seine politischen Auswirkungen hatte Rußland gezeigt, daß es im Verfolg seiner Mittelmeerziele auf Widerstände stieß, die einen zu starken Kräfteeinsatz erfordert hätten. Der Zar setzte daher das Schwergewicht der russischen Machtpolitik an einer Stelle an, an der er sich allein mit England auseinanderzusetzen hatte. Mittelasien wurde für 25 Jahre der Hauptschauplatz der russischen Ausdehnung, während der Balkan und die Meerengen demgegenüber zurücktraten. Durch den Sieg über die Tekke-Turkmenen (1881) und die Besetzung von Merw (1884) war Rußland unmittelbarer Nachbar Afghanistans geworden, das England nach einem dritten Krieg (1879/80) zu einer Bastion gegen das russische Vorgehen auszubauen im Begriff stand. Daß es sich hier nicht um Fragen zweiter Ordnung, sondern um solche von entscheidender Tragweite handelt, erweist sich aus der schweren Krise, die 1885 nach dem Zusammenstoß russischer und afghanischer Truppen im indischen Vorfeld die beiden Weltmächte an den Rand des Krieges führte. Dank der Tatsache, daß der Sultan auf Druck der übrigen Großmächte der britischen Flotte die Meer-

engendurchfahrt verweigerte, wurde das Schlimmste vermieden und die Voraussetzung für einen Kompromiß geschaffen.

Doch setzte Rußland ungeachtet seiner Vorbereitungen in Ostasien, die es, gestützt auf das französische Bündnis, in den neunziger Jahren begonnen hatte, seine Tätigkeit auch im mittleren Orient fort um so mehr, als England durch den Burenkrieg gebunden war. Nach der Niederlage im Kriege gegen Japan rückten diese Gebiete, d. h. vor allem Persien, wieder in den Vordergrund der russischen Interessen. Es ist freilich durchaus möglich, daß Rußland nur in der Absicht hier auftrat, England für seine Meerengenwünsche gefügig zu machen[3]). Der britische Premierminister *Salisbury*, schon längst entschlossen, der englischen Isolierung ein Ende zu machen, schritt aber gegen die russische Expansion in Mittelasien nicht ein, da er auf weitere Sicht eine Annäherung an das russisch-französische Bündnis ins Auge gefaßt hatte, nachdem Wilhelm II. seinen Plan, die Türkei unter weitgehender Beteiligung Rußlands aufzuteilen, abgelehnt hatte. Deutschland gegenüber verhielt er sich zurückhaltend, die Reibungspunkte mit Frankreich und Rußland war er dagegen bemüht zu beseitigen. Auf der Grundlage dieser öffentlich niemals ausgesprochenen, gleichwohl aber deutlich erkennbaren Leitgedanken Salisburys versuchte später Grey, die russische Politik von Mittelasien abzulenken und mit dem Lockmittel der Meerengen gegen die Mittelmächte festzulegen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen den von Deutschland geleiteten Bau der Bagdadbahn, der die Erhaltung der Türkei bezweckte und somit dem Plan der beiden Mächte im Wege stand, trug dazu bei, England und Rußland schließlich zusammenzuführen. Rußland willigte in den Vertrag von 1907, durch den Persien in drei Zonen aufgeteilt wurde, gab aber gleichwohl seine dortigen Ziele keineswegs auf, verfolgte sie vielmehr unter weitestgehender Ausnutzung der Belastungsfähigkeit seiner Beziehungen zu England um so zielstrebiger weiter. Hauptgegner der russischen Balkanpolitik, die sich nach 1907 wieder ganz in den Vordergrund geschoben hatte, wurde Österreich-Ungarn. Doch zeigte sich der Außenminister der Donaumonarchie, *Aehrenthal*, bereit, sich mit Rußland zu einigen, als *Iswolski* ihm zusagte, gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die seit 1878 von Österreich-Ungarn besetzt waren, keinen Einspruch zu erheben. Infolge des Dazwischentretens verschiedener europäischer Mächte, vor allem Englands, blieben Rußland die Meerengen jedoch verschlossen. Dessen ungeachtet verfolgte Is-

---

[3]) Vgl. Oncken, H.: Die Sicherheit Indiens. Berlin 1935. S. 19.

wolski sein altes Ziel beharrlich weiter. 1909 schloß er mit Italien den Vertrag von Racconigi, in dem Italien der geplanten Meerengenbesetzung durch Rußland zustimmte, während Rußland der italienischen Regierung freie Hand gegenüber Tripolis gab. Infolge äußerer Umstände gelangte die Dardanellenfrage noch vor Ausbruch des Weltkrieges zu immer größerer Bedeutung. Die im Türkisch-Italienischen Krieg nach dem Angriff italienischer Torpedoboote auf die Dardanellenforts erfolgte Schließung der Meerengen brachte für die russische Wirtschaft schwere Schäden mit sich[4]). Als mit Ausbruch des ersten Balkankrieges die Gefahr einer Einnahme Konstantinopels durch die Bulgaren näher rückte, sah das russische Kabinett die Entsendung der Schwarzmeerflotte nach dem Goldenen Horn vor, um die russischen Interessen dort wahrzunehmen. Mit dem Näherrücken des Weltkrieges kam man am Zarenhof immer mehr zu der Überzeugung, daß im Ernstfalle Rußland die Meerengen besetzen müsse. Die Stellungnahme der russischen Regierung gegen die zu Beginn des Jahres 1914 erfolgte Entsendung der deutschen Militärkommission *Liman von Sanders* war dementsprechend heftig. Hätte man in Berlin nicht rechtzeitig nachgegeben, so wäre es möglicherweise schon damals zum Kriege gekommen.

Um England fest an sich zu binden und auf die russischen Kriegsziele zu verpflichten, scheute sich Rußland nicht, das Abkommen von 1907 zu brechen und in die neutrale Mittelzone in Persien einzudringen. Wiederum wandte es das Verfahren an, England durch den Druck auf die indische Sicherheitszone in einer entscheidenden Frage zum Nachgeben zu zwingen[5]).

Ungeachtet der schweren Niederlage, die die Zarenarmeen bis dahin erlitten hatten, erklärte die Duma im Februar 1915 den Erwerb Konstantinopels und der Meerengen zum ersten Kriegsziel Rußlands. England und Frankreich sicherten den Russen kurz darauf außer Konstantinopel den südlichen Teil Thraziens, größere Gebiete auf der asiatischen Seite der Meerengen und einige Inseln in der Ägäis zu, obwohl sie als Mittelmeermächte daran interessiert waren, Rußland von den Meerengen fernzuhalten. Bevor das Zarenreich Gelegenheit hatte, seine Wünsche verwirklicht zu sehen, brach die Revolution über das Land herein und schuf damit gänzlich neue Voraussetzungen. Die Alliierten fühlten sich an ihre Zusage, die sie wohl ohnehin nicht zu halten entschlossen waren, dem bolschewistischen Staat gegenüber nicht mehr gebunden. Die Dardanellen blie-

---

[4]) v. Dircksen, Rußlands Drang nach dem Süden. In: Marine-Rundschau, 1944, S. 129—143.

[5]) Oncken, a. a. O. S. 142/43.

ben türkisch, und der Friedensvertrag von Lausanne (1923) verfügte ihre Entmilitarisierung. In Friedenszeiten — und falls die Türkei neutral blieb, auch im Kriege — sah der Vertrag für die Kriegs- und Handelsschiffe aller Nationen die freie Meerengendurchfahrt vor. Wurde die Türkei selbst kriegführende Macht, mußte sie den Schiffen neutraler Mächte die Durchfahrt gestatten. Diese Regelung, die die russischen Schwarzmeerhäfen den Geschützrohren der britischen Flotte preisgab, wurde in Moskau, wo man — wie immer zu Zeiten eines schwachen Rußland — die Schließung der Meerengen viel lieber gesehen hätte, durchaus nicht begrüßt. Denn zunächst war der Sowjetstaat so sehr mit inneren Problemen beschäftigt, daß — ganz abgesehen von der trostlosen Verfassung der Kriegs- und Handelsmarine — an die Wiederaufnahme der zaristischen Mittelmeerziele noch nicht zu denken war. In der damals geschaffenen internationalen Meerengenkommission spielten der türkische Präsident und die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens die führende Rolle. Deutlich genug war damit zum Ausdruck gebracht, daß Rußlands Auftreten im Mittelmeer nicht erwünscht war. Die alten Gegensätze waren nach dem ersten Weltkrieg somit wieder aufgebrochen und hatten sich aus ideologischen Gründen erheblich vertieft. Die Sowjetunion beschränkte sich darauf, ihre Beziehungen zur Türkei auf eine bessere Grundlage zu stellen, wenn auch für die Meerengenpolitik damit praktisch kaum etwas gewonnen war.

Schließlich gelangten infolge der veränderten Verhältnisse in Mitteleuropa in Frankreich und England Bestrebungen zum Durchbruch, die die Sowjetunion in das Spiel der Kräfte wieder einzuschalten trachteten. Das sowjetisch-französische Bündnis, das 1935 auf Betreiben des wenige Monate vorher ermordeten Außenministers *Barthou* geschlossen wurde, und vor allem die Meerengenkonferenz von Montreux im Jahre 1936 sind die ersten Marksteine dieser Entwicklung. Die Internationale Meerengenkommission als Instrument zur Niederhaltung der russischen Mittelmeerpläne wurde abgeschafft, das Befestigungsverbot wieder aufgehoben und die Frage der Meerengendurchfahrt fremder Kriegsschiffe der fallweisen Entscheidung der türkischen Regierung überlassen. Nur der russischen Flotte wurde grundsätzlich freie Durchfahrt zugesichert. Damit wurde nicht nur das Schwarze Meer der Sowjetunion vorbehalten, diese erhielt vielmehr auch die Möglichkeit, eine aktive Mittelmeerpolitik zu treiben.

Daß Moskau dies nur als einen ermunternden Anfangserfolg einer sowjetischen Mittelmeerpolitik betrachten werde, stand zu erwarten. Waren doch die zaristischen Pläne vom bolschewistischen

Rätestaat nicht einfach übernommen, sondern wesentlich erweitert, auch wenn dies zunächst nicht ausgesprochen wurde. Heute scheinen die Weltrevolution und die Mittelmeerpläne der Zarenzeit zu einer unlöslichen Einheit verschmolzen zu sein. Dies zeigte sich bereits, als die Sowjets sich 1936 in den Spanienkonflikt einmischten, um die Iberische Halbinsel zur westlichen Ausgangsbasis ihrer Pläne zu machen. Dank des Eingreifens der Achsenmächte konnte der erste Versuch, Europa und das Mittelmeer vom äußersten Westen her zu bolschewisieren, vereitelt werden. Gestützt auf die Angloamerikaner hat es Moskau jedoch, vor allem im Laufe des letzten Jahres, verstanden, seinen Einfluß im Mittelmeer so zu steigern, daß es auf dem besten Wege ist, dort die Stellung der Vormacht zu erringen. Jede Gelegenheit einer Fußfassung am Mittelmeer wird wahrgenommen und sofort bis an die durch Zweckmäßigkeitserwägungen gezogene Grenze ausgenutzt. Einen bedeutenden Schritt in dieser Richtung stellt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ägypten dar, die trotz des Einspruches maßgeblicher muselmanischer Kreise auf englischen Druck hin im August 1943 erfolgte. Damit gewann die Sowjetunion die sofort ausgenutzte Möglichkeit, „diplomatischen" Einfluß auch auf die übrigen nahöstlichen Länder zu nehmen. Als unmittelbares Ergebnis der Tätigkeit des Sowjetgesandten in Kairo wurde der Ankauf eines größeren Postens von Suezkanalaktien gemeldet.

Um sich im Vorderen Orient durchzusetzen, hatte sich die Sowjetunion schon seit Jahren um ein engeres Verhältnis zum Islam bemüht, dessen Schutzmacht zu werden sie zur Zeit besondere Anstrengungen unternimmt. Schon vor 21 Jahren hatte sie einen islamischen Kongreß nach Baku einberufen, um die englandfeindliche Stimmung in Vorderasien für ihre Zwecke auszunutzen. Es blieb damals bei einem Versuch. Die Methoden der sowjetischen Islampropaganda erwiesen sich aber als außerordentlich wandlungsfähig. So trat der Sowjetgesandte bei *Ibn Saud*, *Turkow*, zum Islam über, nachdem schon 1937 eine Schar von 400 Pilgern aus der Sowjetunion nach den heiligen Stätten in Mekka entsandt worden war. Bemerkenswert erscheint die Ernennung eines Mufti der Sowjetunion, *Abdul Rachman Rassuliev*, der im Sommer 1943 eine Propagandareise durch die Nahostländer unternahm. Auch Moskaus ablehnende Einstellung gegenüber dem Zionismus ist wohl in Zusammenhang mit seiner Islampolitik zu bringen. Bisher haben die sowjetischen Annäherungsversuche allerdings nicht den erhofften Widerhall gefunden. Die geistig führenden Kreise des Islam um die berühmte El-Azhar-Universität in Kairo sind nach wie vor ausgesprochen bolschewistenfeindlich und

haben das verschiedentlich mit Nachdruck zu erkennen gegeben. In den letzten Monaten machte sich eine verstärkte Agitation auch unter den in Vorderasien ansässigen Armeniern bemerkbar, die offenbar als „Minderheit" der armenischen Sowjetrepublik in Anspruch genommen werden sollen.

Die Entsendung *Bogomolows* als Sowjetbotschafter nach Algier sowie des stellvertretenden Außenkommissars *Wyschinski* in den Mittelmeerausschuß ließen erkennen, daß die Sowjetunion nicht nur im östlichen Mittelmeer ein entscheidendes Wort mitzusprechen gedenkt. Sie hat sich, wie die Aufnahme von zwei kommunistischen Ministern in das Kabinett *Bonomi* zeigt, auch bereits maßgeblichen Einfluß in den von den Angloamerikanern besetzten Gebieten Italiens verschafft. Dafür, daß Moskau sich gegebenenfalls auch in Frankreich und in Spanien einschalten möchte, liegen gleichfalls deutliche Anzeichen vor. Selbstverständlich hat man im Kreml auch die alten „Nahziele" nicht aus den Augen verloren. Dies bewiesen bereits die von *Molotow* anläßlich seines Besuches beim Führer angemeldeten Dardanellenansprüche, die natürlich auch bei den neuesten Entwicklungen in der Türkei eine bedeutende Rolle spielten, wie die Unterstützung, die den Verantwortlichen des Simowitsch-Putsches im ehemaligen Jugoslawien (1941) zuteil wurde. Wenn Moskau inzwischen die britische Regierung gezwungen hat, den Partisanenchef *Tito* anzuerkennen, so bedeutet dies einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der sowjetischen Balkanpläne, die offenbar auf einen „Bund sowjetischer Balkanrepubliken" hinauslaufen. Ebenso wie die Sowjetunion bestrebt ist, am Eismeer eine Seemacht aufzubauen, trägt sie sich im Mittelmeer mit solchen Plänen. Als Grundlage dafür soll der dritte Teil der früheren italienischen Flotte dienen, als Stützpunkte sind einige Häfen in Süditalien in Aussicht genommen sowie Haifa, das die Sowjets mit den angelsächsischen Mächten gemeinsam benutzen.

Der unmittelbar Leidtragende dieser Entwicklung ist vor allem England. Den einzigen Erfolg, den es in diesem Kriege bisher errungen hat, die Sicherung des Seeweges nach Indien durch die Ausschaltung Italiens, hat es durch die Unterstützung der Sowjetunion wieder aus der Hand gegeben. Selbst für den kaum eintretenden Fall, daß England den Krieg „gewinnen" sollte, würde es sich vor die Entscheidung gestellt sehen, seine Mittelmeerinteressen preisgeben oder sich mit der Sowjetunion auseinandersetzen zu müssen. Der Einfluß, den Moskau innerhalb des letzten Jahres besonders im östlichen Mittelmeer, aber auch in Nordafrika gewonnen hat, läßt sich mit diplomatischen Mitteln jedenfalls nicht mehr beseitigen.

Die Völkerbundspläne der Alliierten[1]

Von Wilhelm G. Grewe

I

Das Urteil der englisch-amerikanischen Öffentlichkeit über die Ergebnisse des ersten Weltkrieges ist seit dem Ausbruch des neuen Krieges einer neuerlichen Revision unterzogen worden — einer Revision, welche die in der voraufgegangenen Friedensperiode vollzogene Sinnesänderung wieder rückgängig machte und geradezu in ihr Gegenteil verkehrte. Das Diktat von Versailles, die Kriegsschuldfrage, die Neutralität der USA, der Völkerbund — alle diese Probleme haben den Prozeß eines zweimaligen, jeweils entgegengesetzt gerichteten Urteilswandels durchlaufen. In den Jahren 1935—37 korrigierte *Philipp Kerr*, der Verfasser der berüchtigten „Mantelnote" vom 16. Juni 1919, jene Behauptungen über die deutsche Kriegsschuld, die man damals zum moralischen Fundament des Versailler Diktatfriedens gemacht hatte. In öffentlichen Vorträgen in England und den USA wies der nunmehrige *Lord Lothian* darauf hin, daß die These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands aus der Haßpsychose des Krieges geboren sei und einer objektiven Prüfung der historischen Wahrheit nicht standhalte. Wenige Jahre später wollte der zum Botschafter in Washington und obersten Leiter der britischen Kriegspropaganda in den USA ernannte Lord Lothian diese Einsichten nicht mehr wahr haben. Eine Fülle unanfechtbarer Quellen, welche die erste Revision seines Urteils getragen hatte, hinderte ihn nicht, entschiedener und radikaler denn je zu seinen alten Thesen zurückzukehren. *Lloyd George*, der in seinen Memoiren den Versuch gemacht hatte, die Verantwortung für die einschneidendsten Entscheidungen der Pariser Friedenskonferenz anderen zuzuschieben, schlug sich wieder auf die Seite derjenigen, die den Hauptfehler von Versailles darin sahen, daß man den Besiegten gegenüber nicht hart genug gewesen sei. In den Vereinigten Staaten, wo man 1934 zur Zeit der Untersuchungen des Nye-Ausschusses erbitterte Anklagen gegen alle jene unverantwortlichen

[1]) Im „Jahrbuch der Weltpolitik 1944" habe ich über die politischen und völkerrechtlichen Nachkriegsprojekte der Alliierten berichtet, die im Anschluß an die Atlantik-Charta in den Proklamationen und Konferenzbeschlüssen des Jahres 1943 entwickelt wurden. Der nachfolgende Aufsatz setzt diesen Bericht im Hinblick auf die seither bekanntgewordenen Pläne und Äußerungen fort.

Mächte gerichtet hatte, die aus mehr oder minder trüben Beweggründen die Neutralität der USA untergraben und den Kriegseintritt von 1917 gefördert hatten, setzten sich Stimmungen durch, die jeder echten Neutralitätspolitik feindlich gegenüberstanden und auf eine einseitige Unterstützung der britischen Politik um jeden Preis abzielten. Zuletzt wurde auch der Genfer Völkerbund, dessen Unzulänglichkeit seit 1937 Gegenstand allgemeiner Kritik gewesen war, einer Ehrenrettung teilhaftig: „Der Krieg ist im Jahre 1939 ausgebrochen, weil der Völkerbundspakt nie in vollem Umfang angewendet worden ist. Was geändert werden muß, sind nicht die Grundsätze des Völkerbundes, sondern die Art der Mittel, die ihm zur Verfügung gestellt werden, und gewiß auch der Geist, in dem die Völker und ihre Regierungen ihre internationalen Verpflichtungen betrachteten." Dieser Satz aus einer kürzlich unter dem bezeichnenden Titel „La S. d. N. non coupable ..." erschienenen Apologie des Genfer Systems durch einen griechischen Emigranten[2]) kennzeichnet ziemlich treffend den Stimmungsumschwung, der sich in dieser Frage auch im englisch-amerikanischen Lager vollzogen hat.

In der Atlantik-Charta sowohl wie in den Beschlüssen der Moskauer Konferenz hatten die Alliierten den Plan der Errichtung eines neuen Systems „allgemeiner Sicherheit" für die Nachkriegszeit verkündet. Seit dem Beginn des Jahres 1944 sind diese Ankündigungen dahingehend konkretisiert worden, daß in bewußter Anknüpfung an das Genfer System die Errichtung eines neuen, erweiterten und verbesserten Völkerbundes in Aussicht gestellt wurde.

II

Seit dem Beginn dieses Jahres ist die Diskussion über die Probleme der politischen Organisation der Nachkriegszeit im Lager der Alliierten kaum noch abgerissen. Soweit man in diesen Erörterungen auch den Ausdruck einer zielbewußten Kriegspropaganda erblicken muß, so charakteristisch und aufschlußreich sind doch die Projekte, die in diesem Zusammenhang entwickelt worden sind. Zurückhaltende, diplomatisch verklausulierte Andeutungen offizieller Reden und Erklärungen stehen neben breit ausgesponnenen, juristisch durchformulierten Satzungsentwürfen von privater Seite. Eine erschöpfende Berichterstattung ist angesichts dieser Fülle von Äußerungen in diesem Rahmen nicht möglich. Ich beschränke mich darauf, einige der wichtigsten und interessantesten Stellungnahmen hervorzuheben.

---

[2]) Constantin Epirotis, La S. d. N. non coupable ... Neuenburg 1944.

Unter den offiziellen Erklärungen ist von englischer Seite besonders die Rede *Churchills* vom 24. Mai 1944, von amerikanischer Seite eine Reihe von Erklärungen *Roosevelts* und *Hulls* besonders vom Mai und Juni dieses Jahres zu verzeichnen, die in der Presse als „Roosevelt-Plan" bezeichnet worden sind. Die Stellungnahme Churchills schließt sich an die Erörterungen an, die Anfang Mai auf der Konferenz der Empire-Premiers in London über das Thema der Nachkriegsorganisation geführt wurden. Schon damals wurde bekannt, daß sich die Premierminister des Commonwealth übereinstimmend für eine Wiederbelebung des Völkerbundes ausgesprochen hatten und daß sie den Ansatzpunkt hierfür in der Organisation der „Vereinigten Nationen" sahen. Auf amerikanischer Seite ist den Erklärungen des Präsidenten und des Staatssekretärs des State Department eine ausgedehnte Fühlungnahme Hulls mit dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten voraufgegangen. Man vergaß keinen Augenblick die weitgehenden verfassungsmäßigen Rechte des Senats, mit deren Hilfe die Außenpolitik des Präsidenten und des State Department durchkreuzt werden kann, und man erinnerte sich an das Schicksal, das *Wilson* in dieser Hinsicht erlitten hatte. Zwar hatte der Senat bereits im November vorigen Jahres in Gestalt der „Resolution Connally" seine grundsätzliche Zustimmung zur Beteiligung der USA an einer künftigen Weltsicherheitsorganisation erklärt. („Der Senat erkennt die Notwendigkeit einer allgemeinen internationalen Organisation zu einem möglichst frühen Zeitpunkte an, die auf das Prinzip der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten gegründet und die bereit ist, alle friedliebenden Staaten, ob groß oder klein, zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit aufzunehmen.") Jedoch hatte er dieser Erklärung sogleich den Vorbehalt hinzugefügt: „Entsprechend der amerikanischen Verfassung soll jeder Vertrag, der eine Auswirkung dieser Resolution ist, lediglich mit Zustimmung des Senats abgeschlossen werden, vorausgesetzt, daß zwei Drittel der anwesenden Senatoren dafür stimmen." Da der Senat somit nichts von seinen Befugnissen preisgab, sah sich Staatssekretär Hull zu einem sehr vorsichtigen Vorgehen veranlaßt. Am 30. Mai erklärte er über seine Verhandlungen: „Die erste Phase der offiziellen Besprechungen mit acht Senatoren ist abgeschlossen worden. Wir hatten offene und nutzbringende Erörterungen über die Grundprobleme und über die Pläne zur Errichtung einer internationalen Friedens- und Sicherheitsorganisation, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Moskauer Erklärung der vier Nationen, der Entschließung Connally und weiterer ähnlicher Erklärungen in Amerika. Ich bin durchaus zuversichtlich

und bin bereit, mit Genehmigung des Präsidenten an offiziösen Besprechungen über diesen Gegenstand mit Großbritannien, Rußland und China sowie mit den Regierungen der übrigen Vereinigten Nationen teilzunehmen. Mittlerweile werde ich weitere Aussprachen mit diesen Senatoren und anderen Parteiführern der beiden Häuser des Kongresses haben." Senator *Vandenberg*, der wichtigste republikanische Vertreter im Auswärtigen Ausschuß des Senats, goß wenige Tage später Wasser in den Wein dieser optimistischen Mitteilung. Er stellte nämlich klar, daß sich die von Hull erwähnte Übereinstimmung nur auf drei bestimmte Punkte beziehe: erstens auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Organisation zur Sicherung des Friedens nach dem Kriege; zweitens auf die Eröffnung von Besprechungen mit den übrigen Vereinigten Nationen über diesen Punkt; drittens auf die Bereitschaft des Ausschusses, dem Staatsdepartement fortlaufend seine Stellungnahme zu den Ergebnissen solcher Besprechungen mitzuteilen.

Inzwischen ist bekanntgeworden, daß Hull Vorbereitungen für eine im Laufe des Sommers auf amerikanischem Boden abzuhaltende Konferenz von Vertretern der vier Hauptmächte über diesen Gegenstand getroffen hat.

Unter den inoffiziellen Stellungnahmen ist insbesondere ein amerikanischer Entwurf hervorzuheben, der im Laufe der letzten beiden Jahre auf zahlreichen Konferenzen von etwa 200 vorwiegend nordamerikanischen und kanadischen Juristen ausgearbeitet und im März dieses Jahres veröffentlicht worden ist. Als Inspirator dieses Projekts wird der amerikanische Richter am Ständigen Internationalen Gerichtshof, *Manley O. Hudson*, genannt. Neben einer großen Zahl bekannter amerikanischer Völkerrechtsjuristen — *Berdahl, Philipp Marshall Brown, Corbett, Eagleton, Jessup, Potter, Roscoe Pound, Whitton, George Grafton Wilson, Quincy Wright* — haben sich ehemalige Funktionäre und Beauftragte des Genfer Völkerbundes — z. B. *Sarah Wambaugh* und der frühere finnische Minister *Holsti* — und andere Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und politischen Lebens in den USA — z. B. *David Hunter Miller*, der Sekretär Wilsons auf der Pariser Friedenskonferenz, *Charles Warren*, der einstige Vorkämpfer der Neutralitätsgesetzgebung — an der Ausarbeitung dieses Projekts beteiligt[3]). Staatssekretär Hull

[3]) Eine gewisse Vorarbeit, die auf diesen Entwurf nicht ohne Einfluß geblieben zu sein scheint, hat das „Inter-American Juridical Committee" mit einer „Preliminary Recommendation on Post-War Problems" vom 5. September 1942 geleistet. Diese Empfehlung geht zurück auf das dritte Treffen der Außenminister der amerikanischen Republiken im Januar 1942 in Rio de Janeiro, wo

hat bereits in seiner Rede vom 12. September 1943 auf diese damals noch nicht abgeschlossene Arbeit Bezug genommen. Der Vorschlag gliedert sich in drei Teile, nämlich 6 „Postulate", 10 „Prinzipien" und 24 „Vorschläge" betreffend „das internationale Recht der Zukunft"[4]). Die Postulate erweisen sich als allgemeine Leitsätze über das Wesen der geplanten Staatengemeinschaft, die Prinzipien legen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden allgemeinen Rechtspflichten fest, die Vorschläge behandeln im I. Abschnitt die „Organisation der Staatengemeinschaft", im II. die Verfahren zur Beilegung internationaler Streitfälle, im III. die Verträge und die Möglichkeiten ihrer friedlichen Abänderung.

Von englischer Seite ist ein detaillierter Entwurf solcher Art bisher nicht vorgelegt worden. Doch ist man in London nicht müßig gewesen. Unter den Auspizien des Royal Institute of International Affairs haben einige frühere Funktionäre des Völkerbundsekretariats, *Lord Perth* — als Generalsekretär *Sir Eric Drummond* —, *Aghnides, Colban, Pelt, Walters* und *Wilson* eine 60 Seiten starke

---

das Inter-American Juridical Committee beauftragt wurde, spezielle Vorschläge im Hinblick auf die internationale Organisation in der Nachkriegszeit auf juristischem und politischem Gebiet und auf dem Gebiete der internationalen Sicherheit auszuarbeiten. Die am 5. September 1942 vorgelegte „Vorläufige Empfehlung" ist durch das Exekutivkomitee des Governing Board der Panamerikanischen Union am 2. November 1942 den Regierungen der amerikanischen Republiken zur Stellungnahme übersandt worden, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß das Juridical Committee auf Grund dieser Stellungnahmen eingehendere Vorschläge auszuarbeiten beabsichtige.

Der im „American Journal of International Law", Vol. 37 (1943) Supplement, pp. 11—33, veröffentlichte Text der Vorläufigen Empfehlung umfaßt eine kurze Einleitung, einen historischen Teil („Factors which contributed to the breakdown of international law and order") und einen Schlußteil mit 14 „Conclusions". Die Unterzeichner sind *A. de Mello Franco, F. Nieto del Rio, Charles G. Fenwick, C. E. Stolk* und *P. Campos Ortiz.* Die „Conclusions" betreffen folgende Punkte: I. Priority of the moral law and of the fundamental principles of international law derived from it. II. Repudiation of the use of force. III. Unqualified obligation to settle disputes by peaceful methods. IV. Solidarity in the presence of aggression. V. Modification of the concept of sovereignty. VI. Necessity of a more effective international organization. VII. Character of the new association of nations. VIII. A more effective system of collective security. IX. Abandonment of the system of a balance of power. Limitation of armaments. X. Abandonment of political imperialism. XI. Elimination of political nationalism. XII. Elimination of economic imperialism. XIII. Elimination of economic nationalism. XIV. Elimination of the social factors of war.

[4]) Der Text ist fast gleichzeitig mit der in Washington erfolgten Veröffentlichung in englischer und französischer Sprache mit einer Einleitung von Prof. William Rappard in Nr. 2/3 (1944) der „Friedenswarte" abgedruckt worden. Der Entwurf wird im folgenden kurz „Hudson-Programm" genannt.

Denkschrift veröffentlicht, welche den Zweck verfolgt, die angeblichen Leistungen der Genfer Institution ins rechte Licht zu rücken und die Lehren und Erfahrungen der Genfer Praxis für das neue Experiment fruchtbar zu machen[5]). Das Schwergewicht dieser Veröffentlichung liegt stärker bei praktisch-technischen Fragen des Aufbaus der Ämter, der Rekrutierung des Personals, der Regelung der Sprachenfrage und der Budget- und Finanzprobleme. Das Versagen des Völkerbundes wird auf das Versagen der Politiker zurückgeführt; die Zusammenarbeit von Staatsangehörigen verschiedener Länder im Völkerbundsekretariat soll dafür jedenfalls nicht ursächlich gewesen sein.

Ende Mai ist in London weiterhin ein Sachverständigenbericht veröffentlicht worden, der sich über die Zukunft des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ausspricht. Die britische Regierung hatte bereits Anfang 1943 ihren Alliierten die Anregung unterbreitet, die Anwesenheit von Völkerrechtsgelehrten verschiedener Länder in London zu benützen, um die Frage der künftigen Gestaltung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes überprüfen zu lassen. Eine Reihe von Regierungen und Quasi-Regierungen — Kanada, Neuseeland, das Französische Nationalkomitee, die belgische, niederländische, polnische, tschecho-slowakische, norwegische. griechische und luxemburgische Exilregierung — sind auf diesen Vorschlag eingegangen. Es kam im Mai 1943 zur Bildung einer Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Sir William Malkin, die den nunmehr vorgelegten Bericht ausarbeitete[6]).

III

Das Bild der neuen Weltorganisation, wie es sich die Engländer und Amerikaner phantasievoll ausmalen, läßt sich demnach etwa wie folgt skizzieren:

a) Es soll eine universale Staatengemeinschaft errichtet werden, der grundsätzlich alle Staaten der Welt angehören. Man will zwar, wie *Churchill* in seiner Rede vom 24. Mai betonte, „einen großen Teil der Struktur des alten Völkerbundes übernehmen", sich jedoch nicht auf seinen alten Mitgliederkreis beschränken. Den ursprünglichen Mitgliederkreis scheint man vielmehr, wie schon auf der Konferenz der Empire-Premiers festgestellt wurde, in den „Vereinigten Nationen" zu sehen. Im Unterschied zu den Andeutungen der Moskauer Konferenz ist in den neueren Plänen von einer dauernden Ausschließung der sog. „Angreifer-Nationen" nicht mehr die Rede.

[5]) Im folgenden kurz Perth-Memorandum genannt.

[6]) Im folgenden kurz Malkin-Bericht genannt.

Im proposal 1 des Hudson-Programms heißt es: „Die Staatengemeinschaft sollte auf einer universalen Grundlage organisiert werden. Alle existierenden oder künftig entstehenden Staaten sollten eingeschlossen sein. Keine Vorschrift sollte den Ausschluß oder den Austritt eines Staates vorsehen.“ Daß zum mindesten für einen längeren Übergangszeitraum die Zulassung der Unterlegenen nicht beabsichtigt ist, darf man gleichwohl schon daraus schließen, daß den Vereinigten Nationen für den Anfang eine besondere Rolle zugedacht ist.

Der universale Charakter der neuen Staatengemeinschaft soll „die Organisation von Staatengruppen auf der Grundlage regionaler Nachbarschaft, historischer Beziehungen oder gegenseitiger Interessen für Zwecke, die mit denen der universalen Organisation nicht unvereinbar sind“, nicht ausschließen (proposal 1, Abs. 2). Die Panamerikanische Union, die sich immer mehr als ein brauchbares Werkzeug der nordamerikanischen Politik erwiesen hat, brauchte mithin der neuen Weltorganisation nicht geopfert zu werden. Auf der anderen Seite ist damit auch der englischen Politik ein gewisser Spielraum für den Gedanken eines engeren europäischen Zusammenschlusses gegeben. Dieser Gedanke ist im Anschluß an die Rede, die der südafrikanische Premierminister *Smuts* Mitte Mai in Birmingham hielt, auch von Churchill plötzlich stark unterstrichen worden. Smuts hatte in einer seiner üblichen überraschenden Wendungen in Birmingham ein glühendes Bekenntnis zu Europa als dem „Herz der Humanität“ abgelegt und eine festere politische Struktur dieses wichtigsten aller Kontinente, sei es in Form eines Staatenbundes, sei es in der eines Commonwealth von Europa, jedenfalls unter führendem Anteil Englands, gefordert. Churchill hielt es für angebracht, den Namen eines „guten Europäers“ für sich in Anspruch zu nehmen und zu erklären: „Wir müssen versuchen, den glorreichen europäischen Kontinent aus seiner gegenwärtigen trostlosen Lage zu befreien und seinen alten Ruhm als eine Völkerfamilie und als eine wesentliche Ausdrucksform der Christenheit wiederherzustellen. Dieses große Gebilde wird in keiner Weise die Hauptzwecke der Weltorganisation stören. Das Britische Reich, die Konzeption eines wahrhaft geeinten Europa, eine brüderliche Assoziierung mit den Vereinigten Staaten, dies alles wird jene Hauptzwecke nicht beeinträchtigen; es wird im Gegenteil mithelfen können, daß die Weltorganisation glatt und reibungslos funktioniert“[7]. Über die Aufgabe, Europa mit Hilfe der Bolschewisten als

---

[7]) In diesem Zusammenhang verdient auch erwähnt zu werden, daß sich Sir Walter Layton, Leiter der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Genfer Völkerbundes, bekannter liberaler Politiker und Wirtschaftsfachmann, am

eine „wesentliche Ausdrucksform der Christenheit" wiederherzustellen, ließe sich manches sagen — wir begnügen uns hier mit der Feststellung, daß die in früheren Äußerungen Churchills angedeutete dualistische Nachkriegsorganisation mit einem „Rat für Europa" und einem „Rat für Asien" offenbar aus dem Blickfeld des britischen Premierministers verschwunden ist und der amerikanischen Auffassung von einer einheitlichen allumspannenden Weltorganisation Platz gemacht hat, wobei Europa nur noch als ein in diesen Gesamtrahmen eingegliedertes Regionalsystem erscheint.

b) Der Struktur des alten Völkerbundes entsprechend soll auch die neue Weltorganisation in erster Linie durch einen engeren „Rat" und eine alle Mitglieder repräsentierende „Versammlung" handelnd in Erscheinung treten. Über die Zusammensetzung und die Befugnisse dieser Organe besteht vorerst wenig Klarheit. Churchill hat sich in seiner Rede vom 24. Mai sehr vorsichtig und zurückhaltend geäußert, indem er sagte: „Wir beabsichtigen, eine Weltordnung und eine Weltorganisation zu errichten, die mit allen notwendigen Machtmitteln ausgerüstet sein wird, um den Ausbruch eines künftigen Krieges zu verhindern. Zu diesem Hauptzweck der Verhinderung des Krieges muß ein Rat geschaffen werden, der die ganze Welt kontrolliert und der die größten Staaten umfaßt, die siegreich aus diesem Kriege hervorgehen werden ... Es muß zur Aufrechterhaltung des Friedens auch eine Weltversammlung der Mächte geben, deren Verhältnis zur Weltexekutive oder Kontrollbehörde zu definieren ich nicht in der Lage bin."

Die Formulierung Churchills hat im Lager der kleineren Alliierten die Befürchtung genährt, daß London — ebenso wie Moskau und Tschungking — dem Plan eines lediglich aus Vertretern der vier Hauptmächte gebildeten „Weltrates" zuneige; sie hat daher sofort eine lebhafte Reaktion ausgelöst, die in einer Erklärung des Außenministers der niederländischen Exilregierung, *van Kleffens*, zum Ausdruck kam. Van Kleffens erklärte „im Namen der kleinen Nationen", daß er nicht an die Wahrscheinlichkeit eines Versuches glaube, die internationalen Angelegenheiten nach dem Kriege ausschließlich der Kontrolle der USA, Großbritanniens, Chinas, der Sowjetunion sowie allenfalls noch Frankreichs zu unterstellen. Eine derartige Regelung könne nicht auf die aktive Unterstützung der

---

3. März in einer Vorlesung an der Universität Oxford für die Bildung eines europäischen Bundes oder einer europäischen Union einsetzte, die sich als regionaler Zusammenschluß einer die ganze Welt umfassenden Organisation einzugliedern hätten. Für die Bedürfnisse der Sicherheit müßten alle bewaffneten Streitkräfte Europas einem Europa-Rat unterstellt werden.

kleinen Staaten rechnen. „Die in diesem und im vorausgegangenen Kriege gemachten Erfahrungen zeigen, daß die Leistung militärischer Operationen eine Angelegenheit ist, die einer kleinen Zahl von Personen zufällt, daß es aber etwas anderes ist, eine Politik zu vertreten und zu verwirklichen, wenn kein eigentlicher Konflikt vorhanden ist. Die Bürde des Krieges ist für die kleinen Mächte ebenso schwer oder sogar noch schwerer. Es scheint daher vernünftig zu sein, daß sie das Recht haben, gehört zu werden, wenn Versuche zur Verhinderung des Krieges gemacht werden." Van Kleffens forderte nicht, daß alle kleinen Nationen ständig in den Organen der Nachkriegsorganisation vertreten sein müßten, er verlangte jedoch ein „System der Rotation", damit den kleinen Nationen die Möglichkeit gegeben werde, „der Reihe nach an der Seite der Großmächte Platz zu nehmen". — Inzwischen glaubt man in dem von van Kleffens vertretenen Lager, über die Pläne Washingtons in diesem einen Punkte beruhigt sein zu können: soviel bisher über den „Roosevelt-Plan" bekanntgeworden ist, sieht er, wenn nicht sogleich für den Beginn, so doch für später die Hinzuziehung von drei bis vier Vertretern kleinerer Staaten im Turnus vor. Damit wäre das Modell des alten Völkerbundrates im wesentlichen wiederhergestellt, wenn auch naturgemäß in einer neuen Besetzung, wobei noch offen bliebe, ob es den kleinen Staaten in diesem neuen Rate gelingen könnte, auch nur annähernd den früheren, ohnehin schon beschränkten Einfluß wiederzuerlangen.

Die offiziellen Stellungnahmen schweigen sich über nähere Einzelheiten der Struktur und Kompetenz von „Rat" und „Versammlung" aus. Die inoffiziellen Entwürfe, deren Vorschläge als Beispiel für die diskutierten Lösungsmöglichkeiten immerhin von gewissem Interesse sind, brauchten in dieser Hinsicht naturgemäß weniger bedenklich zu sein. Auch das Hudson-Programm befleißigt sich jedoch einer gewissen Zurückhaltung und ist offenbar sehr bemüht, den Anschluß an die Vorstellungen der Staatsmänner und Diplomaten nicht zu verlieren. Die Zahl der Mitglieder des „Ausführenden Rates" („Executive Council") ist einstweilen offengelassen (prop. 3,1). Im Hinblick auf die Auswahl der Staaten, die zur Vertretung im Rate zugelassen sein sollen, wird betont, daß „besondere Beachtung der Bedeutung ihrer Rolle in internationalen Angelegenheiten beigemessen werden sollte". Darüber hinaus heißt es lediglich: „Anfänglich sollten die zur Vertretung im Rate berechtigten Staaten namentlich bezeichnet werden. Gewisse Staaten könnten bis zur Wahl ihrer Nachfolger zur Vertretung ermächtigt werden; andere Staaten

könnten für eine oder mehrere bestimmte Perioden von Jahren zur Vertretung ermächtigt werden. Die Auswahl ihrer Nachfolger und gegebenenfalls die Auswahl anderer, zur Vertretung berechtigter Staaten sollte der Generalversammlung anvertraut sein" (prop. 4). Auch diese Andeutungen führen offensichtlich wieder auf das Modell der alten Genfer Regelung zurück. Das gleiche gilt auch für die Kompetenzabgrenzung — oder vielmehr für die ausdrückliche Nichtabgrenzung der Kompetenzen zwischen Rat und Versammlung. Beiden Organen wird eine „allgemeine Befugnis, sich mit jeder die Staatengemeinschaft angehenden Frage zu befassen", zugeschrieben (prop. 2,2; 3,2). Die wichtigste Abweichung vom Genfer Vorbild liegt darin, daß die Generalversammlung, in der alle Mitgliedstaaten vertreten sein sollen, ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit fassen soll (prop. 2,2). Während man 1919 zur Wahrung der einzelstaatlichen Souveränitätsrechte an dem Prinzip der einstimmigen Willensbildung unbedingt festhalten zu müssen glaubte, tritt hier das Bestreben zu einem schwerwiegenden Einbruch in die überlieferten staatlichen Souveränitätsrechte zutage. Beim Ausführenden Rat ist zwar — mit Ausnahme der Entscheidungen in Verfahrensfragen — grundsätzlich an dem Einstimmigkeitsprinzip festgehalten worden, jedoch auch hier mit dem Vorbehalt ausdrücklich abweichender Regelungen („except as may be expressly provided otherwise ...", prop. 3,2).

c) Die Kernfrage jedes neuen Sicherheitssystems bildet naturgemäß das zugrunde gelegte Prinzip der Friedenswahrung. Allen anglo-amerikanischen Plänen liegt zunächst das Prinzip der „kollektiven Sicherheit" in jenem allerweitesten Sinne zugrunde, wie es etwa in den Postulaten 4 und 5 des Hudson-Programms formuliert ist: „Jede Verfehlung eines Staates hinsichtlich seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen ist eine Angelegenheit, welche die Staatengemeinschaft angeht" (post. 4). „Jede Anwendung oder Androhung von Gewalt durch einen Staat in seinen Beziehungen mit einem anderen Staat ist eine Angelegenheit, welche die Staatengemeinschaft angeht" (post. 5). — Jenes Prinzip der „kollektiven Sicherheit" in einem engeren Sinne, wie es das alte Genfer System mit seiner Verknüpfung von Abrüstung, Sanktionen und Schiedsgerichtsbarkeit verkörperte, ist in den heutigen Plänen allerdings nicht wieder aufgenommen worden. Ein fundamentaler Unterschied springt sofort in die Augen: der Gedanke der allgemeinen Abrüstung ist grundsätzlich fallen gelassen worden. Selbst auf den Anschein einer solchen und auf die Aufstellung fiktiver Abrüstungsforde-

rungen wird nunmehr verzichtet[8]). Churchill hat in diesem Punkte vollkommen eindeutige Formulierungen gefunden, die allerdings nur eine Einstellung bestätigen, die längst bekannt war: „Wir müssen unsere Weltorganisation bewaffnen und dafür sorgen, daß sie innerhalb der ihr zugewiesenen Grenzen eine überwältigende militärische Macht besitzt." Wer diese Macht ausüben soll, blieb nicht im Zweifel: „Diese Staaten (nämlich die im Rat vertretenen „größten Staaten", „die siegreich aus diesem Kriege hervorgehen werden") werden verpflichtet sein, einen gewissen Minimalstandard von Rüstungen beizubehalten, um den Frieden zu bewahren."

In diesen Äußerungen kommt zugleich eine Entscheidung zum Ausdruck, die erst jetzt in aller Eindeutigkeit gefallen ist und die für die Struktur einer weltpolitischen Ordnung von größter Bedeutung ist: der Plan einer internationalen Polizeistreitmacht ist endgültig fallen gelassen worden. Er ist, wie man vermuten darf, der amerikanischen Ablehnung zum Opfer gefallen. „Wir denken nicht an einen Überstaat mit eigener Polizei, eigenen Streitkräften und ähnlichen staatlichen Rechten, wir streben nach wirksamen Abkommen und Vereinbarungen, durch die die Nationen nach ihren eigenen Fähigkeiten genügend Streitkräfte beibehalten, die die künftige Verhinderung des Krieges erfordert und die eine vorsätzliche Vorbereitung eines neuen Krieges unmöglich machen" — mit diesen Worten skizzierte *Roosevelt* in seiner Erklärung vom 16. Juni die ihm vorschwebende Konzeption, die offenbar in geschmeidiger Anpassung an gewisse inneramerikanische Strömungen und Stimmungen auf eine Organisation abzielt, die sich mit einem Mindestmaß formaler Institutionalisierung begnügt. Dieses Bestreben kam auch in seiner Äußerung vom 30. Mai zum Ausdruck: er habe nach dem letzten Weltkrieg die Völkerbundsidee unterstützt, sei jedoch inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß es wesentlich sei, die in der Zwischenzeit gesammelten Erfahrungen zu verwerten, namentlich im Sinne der Erkenntnis, daß man bisher kein allgemeines und zeitlich unbegrenzt wirksames Mittel zur Verhinderung von Kriegen gefunden habe. Das Ziel sei deshalb diesmal bescheidener; es werde die Errichtung einer internationalen Organisation zum ständigen Meinungsaustausch angestrebt, wobei die Unabhängigkeit und die Integrität der Vereinigten Staaten unangetastet blieben.

---

[8]) Das Inter-American Juridical Committee hatte im IX. Punkt seiner Empfehlung immerhin noch von einer fortschreitenden Begrenzung der Rüstungen „bis zu einer Grenze, die mit der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und der Erfüllung internationaler Verpflichtungen ... vereinbar ist", gesprochen.

In Übereinstimmung mit dieser, noch vor kurzer Zeit ungeklärten Entscheidung verzichtet auch das Hudson-Programm auf den Gedanken einer internationalen Streitmacht. Es gibt dem Ausführenden Rat sehr weitgehende Befugnisse zur Einleitung einer Aktion gegen den Friedensbrecher, ohne jedoch das zu befolgende Verfahren näher zu qualifizieren. Kommt ein Staat seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, wendet oder droht er in seinen Beziehungen zu einem anderen Staate Gewalt an, bestehen auf seinem Staatsgebiete Bedingungen, welche den internationalen Frieden und die internationale Ordnung bedrohen, so soll der Rat aus eigener Initiative oder auf Anforderung eines Staates ermächtigt sein, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die ihm zum Schutze der Interessen der Staatengemeinschaft und zur Verhütung oder Unterdrückung der Gewaltanwendung erforderlich erscheinen (prop. 8 bis 10). Jedem einzelnen Mitgliedstaat ist andererseits die Rechtspflicht auferlegt, in Zusammenarbeit mit anderen Staaten diejenigen Maßnahmen zu treffen, die durch das zuständige Organ der Staatengemeinschaft zur Unterdrückung oder Verhütung der Gewaltanwendung in den gegenseitigen Beziehungen vorgeschrieben werden sollten. Der dem Programm beigefügte knappe Kommentar weist im Hinblick auf diese Vorschrift ausdrücklich darauf hin, daß sich kein Staat diesen Verpflichtungen unter Berufung auf das Neutralitätsrecht des 19. Jahrhunderts soll entziehen können.

Ist somit der Gedanke der allgemeinen Abrüstung preisgegeben, das System der gegenseitigen Hilfeleistungspflicht in seiner praktischen Ausgestaltung noch nicht recht zu übersehen, so zeichnet sich hinsichtlich der vorgesehenen Verfahren zur friedlichen Schlichtung internationaler Streitfälle eine stärkere Anlehnung an die alten Gedankengänge ab. Die Entscheidung aller „Rechtsstreitigkeiten" durch einen Internationalen Gerichtshof und die Zuweisung aller „politischen Streitigkeiten" an eine andere Vermittlungsinstanz, insbesondere an den Rat, steht hier als beherrschender Leitgedanke im Vordergrund.

d) Die Notwendigkeit eines Internationalen Gerichtshofes ist in keinem der neuen Völkerbundsprojekte angezweifelt worden. Im allgemeinen ist man sogar der Auffassung, daß sich der bisherige Ständige Internationale Gerichtshof (Permanent Court of International Justice) im Haag bewährt habe und nur gewisser Reformen bedürfe. Dieser Meinung hat insbesondere der Malkin-Bericht Ausdruck verliehen. Er befürwortet infolgedessen auch die Beibehaltung des Namens und des Sitzes des Gerichtshofes.

Allgemeine Übereinstimmung besteht darüber, daß die Beschrän-

kung der Kompetenz des Gerichtshofes auf die Entscheidung juristischer Streitigkeiten beibehalten und womöglich noch stärker betont werden müsse. Der Roosevelt-Plan, der Malkin-Bericht, das Hudson-Programm deuten diese Tendenz mehr oder minder ausgesprochen an. Als selbstverständlich wird allgemein angenommen, daß der Zusammenhang des Gerichtshofes mit dem alten Völkerbund gelöst werden müsse — dagegen scheint die Frage, wieweit er institutionell mit der neuen Weltorganisation zu verknüpfen sei, noch umstritten zu sein. Der Malkin-Bericht spricht sich gegen jede solche Verknüpfung aus. Soweit sich eine neue Organisation des Gerichtshofes bedienen wolle, müßten die notwendigen Verfahrensvorschriften in deren eigener Verfassung niedergelegt werden, nicht aber im Statut des Gerichtshofes. Das Hudson-Programm erklärt dagegen, daß der Ständige Internationale Gerichtshof „als wichtigstes Rechtsprechungsorgan der Staatengemeinschaft aufrechterhalten werden sollte und daß sein Statut der Organisation der Staatengemeinschaft angepaßt werden sollte (prop. 12). Der Rat soll dafür Sorgen tragen, daß ein Urteil des Gerichtshofes von den betroffenen Staaten respektiert wird.

Über die technische Umgestaltung des Gerichtshofes im einzelnen spricht sich nur der Malkin-Bericht näher aus. Bei der Auswahl der Richter soll weiterhin die Staatsangehörigkeit hinter der beruflichen und persönlichen Eignung und Erfahrung zurücktreten. Eine ständige Zuteilung von Richtersitzen an einzelne Mächte wird abgelehnt — wobei jedoch zugleich angedeutet wird, daß der Privilegierung der Großmächte auch hier eine Hintertür geöffnet bleibt: das Bestreben, allen wichtigen Rechtssystemen und Auffassungen eine angemessene Vertretung zu sichern, werde automatisch gewissen Ländern eine ständige Vertretung garantieren. Die Zahl der Richter soll von 15 auf 9 herabgesetzt werden (ohne die „nationalen Richter", die von den beteiligten Parteien in einem konkreten Streitfall ad hoc bestellt werden können). Die Wahl der Richter soll künftig durch die Regierungen unmittelbar und nicht wie bisher durch den Völkerbund erfolgen. Auch die Aufstellung der Kandidaten soll durch die Regierungen selbst erfolgen. Jedes Land soll nur einen Kandidaten seiner Nationalität stellen dürfen. Alle drei Jahre sollen im Turnus drei der Richter zurücktreten. Alle, nicht nur die dissidenten Richter, sollen künftig im Urteil ihre Stimmabgabe begründen. Eine obligatorische Schiedsverpflichtung soll im Statut selbst nicht verankert werden, dagegen soll sie wie bisher durch Unterzeichnung einer Fakultativklausel vereinbart werden können.

Die eigentliche Problematik des Ständigen Internationalen Ge-

rechnen könnte. Erst dann wäre die weitere Frage zu prüfen, ob die hier ins Auge gefaßten Befugnisse von einer internationalen richterlichen Instanz bewältigt werden können. Eben jene allererste Voraussetzung erscheint jedoch heute und in naher Zukunft so fragwürdig wie jemals.

Das dritte Revisionsverfahren trägt einen nach Form und Inhalt durchaus politischen und unjuristischen Charakter. Es betrifft das Problem des „peaceful change" im eigentlichsten und umfassendsten Sinne. Die Zuständigkeit einer richterlichen Instanz kam hierfür sowenig in Betracht wie eine autoritative, urteilsmäßige Entscheidung. Man hat daher in diesem Falle lediglich die politischen Instanzen Rat und Versammlung eingeschaltet und ihre Zuständigkeit auf „Empfehlungen" beschränkt. Auf der anderen Seite kann dieses Verfahren sowohl der eigenen Initiative des Rates wie auch der Initiative irgendeines beliebigen, nicht unmittelbar beteiligten Staates entspringen. Eine Gewähr dafür, daß es sich als wirksamer als der Artikel 19 der alten Völkerbundsatzung erweisen müßte, scheint nicht geboten zu sein.

f) Unter den mehr technischen Problemen, die man, voll eines unbegründeten Optimismus, bereits heute im gegnerischen Lager erörtert, mag letztlich noch die Frage des Völkerbundsitzes erwähnt werden. Um jeder institutionellen Verfestigung soweit wie möglich aus dem Wege zu gehen, hat Präsident Roosevelt vorgeschlagen, den Sitz des Bundes von Zeit zu Zeit von einer Stadt nach einer anderen zu verlegen. Ein solches „Rotationssystem" wird auch vom Perth-Memorandum, das sich mit der Frage des Bundessitzes eingehender beschäftigt, in den Bereich der Möglichkeit gezogen. Die Niederlassung auf dem Gebiete einer Großmacht wird in dieser Denkschrift entschieden abgelehnt, der dauernden Niederlassung in einem kleineren Staate, möglicherweise auch auf internationalem Gebiete, wird letztlich doch der Vorzug gegeben. Im Endergebnis wird wiederum die Schweiz und hier wiederum Genf in Vorschlag gebracht: „Die einzigartige Tradition der schweizerischen Neutralität und der Umstand, daß das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in der Schweiz zu Hause ist, müßten als Grund für eine besondere Berücksichtigung akzeptiert werden können."

Eine Reihe von Einrichtungen, die man aus dem alten Völkerbundsrecht kennt, tauchen auch in den neuen Projekten wieder auf: das Sekretariat, die Vorschrift über die Registrierung internationaler Verträge, das Internationale Arbeitsamt. Wir können uns diese Einzelheiten ersparen. Das Internationale Arbeitsamt, dessen tatsächliche und projektierte Entwicklung sorgfältigst beobachtet

werden muß, bedürfte einer gesonderten Darstellung, die sich vor allem mit den Ergebnissen der Konferenz von Philadelphia auseinanderzusetzen hätte.

IV

Die etwas detaillierteren Stellungnahmen zur Frage eines neuen Völkerbundes, über die hier berichtet wurde, stammen fast ausschließlich von englischer oder amerikanischer Seite, wobei sich, je nach ihrer Herkunft, gewisse charakteristische Abweichungen erkennbar machen. In Moskau hat man seit den Konferenzen des vorigen Jahres vollkommenes Stillschweigen bewahrt. Die Sowjets sind mithin auf den Gedanken der allgemeinen Sicherheitsorganisation nur in jenem Maße festgelegt, das sich aus den Beschlüssen der Moskauer Konferenz ergibt. Darüber hinaus bleibt ihre Haltung zweifelhaft. Nur soviel glaubt man im englisch-amerikanischen Lager zu wissen, daß sie zu einer nachdrücklichen Betonung des entscheidenden Übergewichts der vier Hauptmächte neigen.

Eben dieser Punkt ist für die Einstellung der mittleren und kleineren Alliierten von ausschlaggebender Bedeutung. An wortreichen Beschwichtigungserklärungen hat man in Washington und London allerdings nicht gespart. Am 28. März sagte Außenminister *Eden* in seiner Unterhausrede: „Wir denken nicht daran, einen Überstaat zu gründen. Auch in Zukunft werden große und kleine Staaten unabhängig nebeneinander leben, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß, obgleich die Staaten dem Range nach ebenbürtig sind, sie doch in der Machtfülle keine Ebenbürtigkeit besitzen und dabei in den ihnen auferlegten Pflichten voneinander abweichen. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens muß in erster Linie den vier Großmächten zufallen, die die Moskauer Erklärung unterzeichnet haben. — Ich hoffe, daß auch Frankreich binnen kurzem seinen Platz neben den Großmächten einnehmen wird. Wir müssen imstande sein, regelmäßig die wichtigsten Weltprobleme miteinander zu beraten und bei Aktionen, die notwendig werden, an die Spitze zu treten. Wir müssen selbstverständlich mit anderen Mächten zusammenarbeiten. Aber wir müssen anerkennen, daß jene, die die größte Verantwortung tragen und die größten Lasten auf ihre Schultern nehmen müssen, auch die größere Stimme bei der Entscheidung von Aktionen beanspruchen dürfen, die im allgemeinen Interesse erforderlich sind. — Alle unabhängigen Staaten müssen frei ihre Ansichten und Beschwerden vortragen können. Dies ist zum Nutzen der Weltgemeinschaft. Wenn aber die Entscheidung für eine Aktion auf der Tagesordnung steht, die nur bestimmte Staaten und eine be-

stimmte militärische Macht durchführen können, dann ist es einfach unmöglich, lediglich Stimmen zählen zu wollen. Dies bedeutet noch keineswegs eine Diktatur der Großmächte. Im Gegenteil, jeder freie Staat, ob groß oder klein, wird in der Wahrung des Friedens eine eigene große Verantwortung zu tragen haben, aber die Einigkeit der Großmächte ist die solideste Grundlage. Wir haben alle miterlebt, was geschieht, wenn die Großmächte in Gegensatz zueinander geraten. Das erste unmittelbare Ergebnis war, daß die kleinen Staaten überwältigt wurden. Es ist deshalb das erste und wichtigste Problem, die Zusammenarbeit der Großmächte sicherzustellen und aufrechtzuerhalten."

Trotz aller Beschönigungsversuche Edens trat die britische Auffassung vom Übergewicht der Großmächte in der internationalen Ordnung auch in dieser Erklärung deutlich genug hervor. Staatssekretär Hull fühlte sich daher Anfang Juni genötigt, das Mißtrauen der kleinen Staaten, wie es etwa in der oben erwähnten Erklärung van Kleffens' zum Ausdruck gekommen war, zu zerstreuen. Das Wohlergehen aller Völker, der kleinen sowohl wie der großen, sei von jeher das Hauptinteresse der amerikanischen Politik gewesen, die kein anderes Interesse verfolge, als das der Gleichberechtigung aller Länder, so versicherte er. Seit den Anfängen der amerikanischen Geschichte habe die amerikanische Nation die Lehre von der Freiheit aller Völker auf Erden verkündigt; sie habe auf den Philippinen gezeigt, was sie selber unter dieser Lehre verstehe. Der Geist der Freiheit sei ein unabdingbarer Bestandteil der amerikanischen Lebens- und Staatsphilosophie. — Auch diese phrasenreiche und verschwommene Erklärung scheint auf die angesprochenen Regierungen keinen tieferen Eindruck gemacht zu haben; es darf wohl auch bezweifelt werden, daß das Beispiel der Philippinen besonders geeignet war, ihre Befürchtungen zu zerstreuen. Eine Woche später trat jedenfalls bereits der norwegische König *Haakon* auf den Plan und setzte sich in einer Ansprache vor dem Verband der ausländischen Presse in London für das Mitspracherecht der kleineren Nationen bei der Ausarbeitung einer internationalen Nachkriegsorganisation ein. Die kleineren Staaten dürften nicht vor ein fait accompli gestellt werden, betonte er. Die Errichtung einer wirklich dauerhaften Friedensordnung und eine ersprießliche internationale Zusammenarbeit sei nur unter der Voraussetzung denkbar, daß jede Nation aus vollkommen freiem Entschluß mitarbeite. Zu diesem Zwecke müsse sie die Möglichkeit haben, rechtzeitig ihren Standpunkt und ihre besonderen Wünsche und Bedürfnisse zur Geltung zu bringen. Haakon hielt sich damit auf der Linie, die sein Außenminister *Hambro* bereits zu Be-

ginn des Jahres in einer Sammelveröffentlichung über die „*Probleme des Wiederaufbaus nach dem Kriege*" grundsätzlich umrissen hatte. Hambro hatte damals für die norwegische Exilregierung ein Bekenntnis zur Schaffung eines neuen Völkerbundes abgelegt und gegen „exklusive Bündnisse" und „regional begrenzte Organisationen" polemisiert. Nur in der Schaffung eines weltumspannenden Völkerbundes, dem auch die USA angehören müßten, wollte er eine „wirkliche Garantie für den Frieden" sehen. Das „größere Schwergewicht der Großmächte" wollte er anerkennen und ihm Rechnung tragen, am „Grundsatz der Rechtsgleichheit aller" aber nicht rütteln lassen. Wenn die kleineren Staaten nicht ohne die Autorität der Großmächte auskommen könnten, so sei andererseits für die Großmächte die „demokratische Kontrolle der Staatengemeinschaft" ebenso unentbehrlich.

Alle Äußerungen dieser Art kreisen offensichtlich um einen besonders empfindlichen neuralgischen Punkt der Völkerbundsprojekte. Die Auseinandersetzungen hierzu werden noch dadurch kompliziert, daß auch die Spannungen der amerikanischen Innenpolitik hier hereinspielen. Die isolationistisch gesinnten Kreise in den USA werden beschuldigt, absichtlich das Mißtrauen der kleineren Staaten gegen die Völkerbundspläne zu schüren, um diese zum Scheitern zu bringen. Mitte Mai behauptete *Sumner Welles* im „*Times-Forum*", die nämlichen Kräfte, die früher den Isolationismus befürwortet hätten, forderten jetzt eine Politik der Militärallianzen an Stelle einer Weltorganisation.

Wenngleich die Stellungnahme der neutralen Staaten heute naturgemäß im Ungewissen bleibt, kann doch auf gewisse Schwierigkeiten hingewiesen werden, die von dieser Seite zu erwarten wären. Hervorzuheben wäre etwa eine programmatische Erklärung, die der schwedische Kriegsminister *Sköld* Ende vorigen Jahres abgegeben hat und in der zum Ausdruck gebracht wurde, Schweden werde seine Mitwirkung an einem System der internationalen Zusammenarbeit nach dem Kriege davon abhängig machen, daß alle seine Mitglieder frei und unabhängig blieben. Wenn im künftigen Frieden einem der nordischen Länder die Freiheit verweigert würde, so würde das die Mitwirkung Schwedens an der internationalen Zusammenarbeit unmöglich machen.

Es ist schwer vorstellbar, daß diese Voraussetzungen angesichts der Finnlandpolitik der Alliierten jemals Aussicht auf Erfüllung hätten. Die Problematik der Völkerbundsprojekte dürfte daher durch diese schwedische Erklärung zwangsläufig um eine weitere heikle Frage bereichert sein.

V

Man wird von uns nicht erwarten, daß wir uns in eine Diskussion über das Für und Wider der einzelnen Vorschläge zu einer internationalen Organisation einlassen, die sich hinsichtlich ihrer tatsächlichen politischen Voraussetzungen auf höchst zweifelhafte Zukunftshoffnungen der Engländer und Amerikaner auf eine von ihnen und den Sowjetrussen einverständlich beherrschte Nachkriegswelt gründen. Wir beschließen daher diesen Bericht mit einer kritischen Stimme, die aus dem gleichen Lager kommt und daher geeignet ist, die immanente Problematik der angelsächsischen Nachkriegsprojekte zu enthüllen.

In einem Aufsatz, der im Dezemberheft 1943 der schwedischen Zeitschrift „*L'Avenir*" erschienen ist, hat sich der bekannte englische Völkerrechtslehrer und Richter am Ständigen Schiedshof im Haag *Sir John Fischer Williams* mit den politischen Voraussetzungen einer völkerrechtlichen Nachkriegsorganisation auseinandergesetzt. Das Ergebnis ist sehr bemerkenswert. Der einstige entschiedene Vertreter eines integralen Völkerbundsrechtes (man erinnert sich besonders seines Aufsatzes „Sanctions under the Covenant" im British Yearbook of International Law 1936) bekennt sich nunmehr zu der Einsicht, daß eine universelle zwischenstaatliche Organisation, die Sanktionen gegen einen künftigen, unbekannten Angreifer als rechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten aufstellt, in bedenklicher Weise an den politischen Möglichkeiten unseres Zeitalters vorbeiziele[9]). Eine solche Organisation gehe von der Hypothese aus, daß es möglich sei, den künftigen Rechtsbrecher von vornherein, d. h. durch das Bestehen der internationalen Organisation an sich, politisch in der Weise zu isolieren, daß im Zeitpunkt der Durchführung der Sanktionsmaßnahmen eine übermächtige Sanktionsgemeinschaft vorhanden wäre, die dann in Ausführung des Grundsatzes der kollektiven Sicherheit handeln und einem lediglich auf seine eigenen materiellen Kräfte angewiesenen Rechtsbrecher gegenüberstehen würde. Tatsächlich vollziehe sich aber, wie die Geschichte der internationalen Beziehungen lehre, die Entwicklung in ganz anderer Weise. Dem künftigen Rechtsbrecher gelinge es in der Tat stets, eine Reihe von Mächten zum mindesten als Bundesgenossen im diplomatischen Feld zu gewinnen und andere Staaten politisch zu neutralisieren; endlich könne er, wenn auch nicht mit

---

[9]) Ich referiere, da mir das Heft nicht zugänglich war, nach einem in der „Neuen Zürcher Zeitung" Nr. 788 u. 790 vom 9. Mai 1944 veröffentlichten Bericht.

der moralischen, so doch mit der weitgehenden politischen Indifferenz der am Konflikt nicht interessierten Staaten rechnen. Man müsse sich daher darüber klarwerden, daß Sanktionen gegen einen unbekannten Angreifer, die durch eine abstrakte und generelle Satzung lange Zeit vor der Möglichkeit eines Angriffsaktes ihren rechtlichen Niederschlag finden, völlig irreell seien und nur auf dem Papier stünden. Nur einer Bündnisgemeinschaft auf der Grundlage dauerhafter, nicht variierender Interessen könne es im gegenwärtigen System internationaler Beziehungen gelingen, den Gedanken der kollektiven Sicherheit zu verwirklichen. Man sieht sich daher vor die Alternative gestellt: entweder eine Völkerbundsgemeinschaft, die Allianzcharakter besitzt und infolge ihrer politisch homogenen Grundlage in der Lage ist, dem jeweiligen Angreifer aus ihrer Interessenlage heraus entgegenzutreten, die aber auf universelle Ausweitung verzichtet und daher unter Umständen eine Gegenkoalition heraufbeschwört — oder aber eine universelle Staatengemeinschaft, die sich lediglich als Organ der öffentlichen Meinung, als eine Art politischer Tribüne betätigt, in der man im Wege der Diskussion und Verhandlung zwischenstaatliche Konflikte aus der Welt zu schaffen sucht, von der Verhängung von Sanktionen jedoch absieht.

Fischer Williams entscheidet sich grundsätzlich für die zweite Alternative. Nur sie vermag nach seiner Ansicht angesichts der traditionellen Abneigung des USA-Senats gegen einen mit Sanktionen beschwerten Völkerbund und seiner Tendenz, jeder permanenten Bündnisgemeinschaft auszuweichen, den Beitritt der USA zu ermöglichen. Zur eigentlichen Zentralinstanz der neuen Weltorganisation — für die Fischer Williams statt „League of Nations" die Bezeichnung „Congress of Nations" vorschlägt, um die veränderte Struktur zum Ausdruck zu bringen — würde damit naturgemäß die allgemeine Versammlung werden. Ein Exekutivorgan wie der Völkerbundsrat verlöre in einem solchen System seinen Sinn und müßte daher abgeschafft werden. Hinfällig würde auch die Möglichkeit, einen rechtsbrecherischen Staat aus der Gemeinschaft auszuschließen. Nur eine zeitweilige Suspension der Mitgliedschaftsrechte hält Fischer Williams in diesem System für denkbar. Nicht nur — im Sinne der Völkerbundsatzung — bestimmte Kriege, sondern — im Sinne des Kellogg-Paktes — jeder Angriffskrieg wäre zu verfemen. Die Feststellung des Angreifers würde der Versammlung — und zwar schlägt Fischer Williams vor: mit Dreiviertelmehrheit — obliegen. Für durchführbar hält Fischer Williams jedenfalls eine praktische Rechtsfolge der Feststellung des Angreifers: die Mitgliedstaaten

hätten dem Rechtsbrecher gegenüber eine Haltung einzunehmen, die nicht dem klassischen Neutralitätsrecht, sondern dem Status der Nichtkriegführung entspricht, wie er sich in neuerer Zeit, besonders in der Politik der USA vor Pearl Harbour, herausgebildet hat. Sie hätten also dem Opfer des Angriffs alle möglichen Hilfeleistungen zu gewähren und dürften dem Angreifer keinerlei Unterstützung zukommen lassen.

Die von Fischer Williams skizzierte Alternative entspricht einer zweifellos zutreffenden und realistischen Einsicht in die Struktur des heutigen internationalen Systems — einer Einsicht, welche die übrigen Projekte mehr oder minder vermissen lassen. Die Äußerungen Roosevelts und Hulls erwecken den Eindruck, daß der Gedanke an einen universellen, aber lockeren, sanktionslosen Sicherheitsverband, der sich je nach Lage der Sache der politischen und militärischen Machtmittel der Großmächte bedienen soll, überwiegt. Auf der anderen Seite bleibt man immer wieder im Banne des Genfer Modells befangen, operiert mit der Einrichtung eines exekutiven Weltrates der Großmächte und denkt an universelle Kollektivaktionen gegen den Angreifer.

Die Summe der Einsichten und Erkenntnisse, die man in zwei Jahrzehnten höchster weltpolitischer Intensität gewonnen hat, scheint erschütternd gering zu sein.

Kleine Beiträge

„Airopia“?

Um den Nachkriegs-Luftverkehr

Man hatte so seine Sorgen jenseits des Kanals, unmittelbar vor der Tür des Atlantikwalls sozusagen, Sorgen nicht nur um die Gegenwart, sondern fast mehr noch um die Zukunft. Und so ging man hin und gründete Ende März 1944 in London ein Unternehmen für den kontinentaleuropäischen Zivilluftverkehr der Nachkriegszeit — wer wird da nicht an die Geschichte von der Verteilung des Fells des noch nicht erlegten Bären erinnert? Diesem Unternehmen gaben seine Gründer den wenig schönen Namen „Airopia“.

Und hier einiges über die Voreltern dieser „Airopia“: Fast auf den Tag, genau um 20 Jahre, deckte sich ihr Gründungstag mit dem Geburtstag (31. März 1924) der seinerzeitigen britischen Einheits-Luftverkehrsgesellschaft „*Imperial Airways*“, deren Hauptaufgabe die Entwicklung der großen Empire-Luftstraßen (England—Ägypten—Indien—Australien, England—Ägypten—Südafrika, England—Kanada) war und die infolgedessen die kontinentaleuropäischen britischen luftpolitischen Interessen nur gleichsam am Rande wahrzunehmen in der

Lage war. Hier lagen die Voraussetzungen für die Gründung der kleineren Schwesterunternehmung *„British Airways"* mit dem ausdrücklichen Ziel der Entwicklung des britischen Europa-Luftverkehrs; vor dem Kriegsausbruch 1939 unterhielt sie die äußersten Vorposten ihres Flugstreckennetzes — ein Spiegelbild der Grundlinien der britischen Europapolitik — etwa in Stockholm, in Warschau, auf dem Balkan, in Zürich und in Paris. Noch im Jahre 1939, wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges, kam es nach monatelangen Diskussionen in Parlament und Presse zum regierungsseitigen Zusammenschluß von „Imperial Airways" und „British Airways" zur *„British Overseas Airways Corporation"* (BOAC.), welche mit ihrem Eintritt ins Leben die Vertreibung der britischen Luftpolitik vom europäischen Festland sozusagen dokumentierte und sich im übrigen ohne jeden Erfolg um schlagkräftige Konkurrenzfähigkeit gegenüber der immer arroganter vorgehenden USA.-Luftpolitik bemühte. Die annähernd fünf BOAC.-Lebensjahre (1939—1944) haben erwiesen, daß die britische Luftpolitik dieses Zeitraums von den gleichen selbstzerstörerischen Tendenzen vorwärtsgetrieben wurde wie die Gesamtpolitik des Empires schlechthin. Rechnen wir zu den 15 „Imperial Airways-" und den fünf BOAC.-Jahren noch das Jahrfünft 1919—1924, die „Luftverkehrs-Frühzeit", hinzu, so fällt die Gründung der „Airopia" genau mit dem Beginn des zweiten Vierteljahrhunderts britischen Luftverkehrs zusammen, fürwahr ein schlechter Start für dieses luftpolitische Kriegskind.

Jedoch nicht nur das entsetzte Interesse der Philologen in allen Ländern des Erdballs erregte „Airopia" mit ihrem Namen, sondern vielmehr noch das des am Kamin plaudernden Präsidenten im Weißen Hause zu Washington und seiner luftpolitischen Berater aus dem *„Pan American Airways"*-Hause in der 42. Straße zu New York. Denn just zur Stunde der Gründung der „Airopia" rüsteten sich in New York Unterstaatssekretär Adolf *Berle* und der stellvertretende Vorsitzende des Amtes für Zivilluftfahrt, Dr. Ed. *Warner*, zur Luftreise nach England, um dort in einer schon seit Oktober 1943 geplanten, aber immer wieder verschobenen Nachkriegsluftverkehrs-Konferenz zunächst nur zwischen Yankees und Briten wieder einmal die Welt zu verteilen — wobei den US.-Amerikanern von vornherein eines gesichert erschien: Der Griff der USA. nach der Luft-Weltherrschaft, ein Luftfahrt-Weltmonopol für die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Und ein solches Monopol schlösse natürlich auch die Nachkriegs-Verkehrsluftfahrt über Europa ein, genau die gleiche, welche die frischgebackene „Airopia" sich zum Ziel setzte. Die Londoner Tendenzgründung vom März 1944 war also durchaus nicht geeignet, die Voraussetzungen für jene Konferenz zu verbessern. Beide Partner jedenfalls hatten so gut wie gar keine praktischen Ansatzpunkte für die Gestaltung des europäischen Nachkriegs-Luftverkehrs mitzubringen, denn die zeitweise Berührung der Gestade Europas in Lissabon durch den Clipper-Flugdienst der „Pan American Airways" (PAA.) oder in Neapel durch eine Kurier-Flugstrecke der USA.-Luftwaffe von Nordafrika her mußten hier wirklich außer Betracht bleiben. Somit waren alle Pläne und Abgrenzungen dieser Konferenz für den Nachkriegs-Luftverkehr — wenigstens soweit die Staaten des europäischen Festlands zur Rede standen — dazu verurteilt, inhaltlose Konstruktionen in den leeren Raum hinein, nichtssagende Phantasien zu bleiben, wirkliche „Luftschlösser".

Die großdeutsche Verkehrsluftfahrt steuerte unterdessen Präludium und Begleitmusik zu jener Londoner Konferenz bei: Es war dies, wie schon seit 1939 erklingend, das donnernde Dröhnen der Drei- und Viermotorer mit Hakenkreuz und Lufthansa-Greif, welche — im Wettbewerb mit den Ganzmetallern

der europäischen Neutralen — Tag für Tag kreuz und quer über die „Festung Europa" ihre luftige Straße ziehen. Von Helsinki und Riga bis nach Madrid und Lissabon, von Stockholm und Oslo bis nach Bukarest und Athen, sich kreuzend in des Reiches Mitte, dröhnt den Londoner Konferenzlern der Beitrag Großdeutschlands und des von ihm geführten Europa in die Ohren, nicht zu überhören von Adolf Berle und Dr. Edward Warner und Lord Beaverbrook, dem Vorsitzenden. In vollster Lebenskraft und Arbeit ging so die deutsche Verkehrsluftfahrt am 6. Februar 1944 ebenfalls in ihr zweites Lebens-Vierteljahrhundert, aber unter entgegengesetzten Vorzeichen wie die britische, nämlich im Besitz nicht nur von Ansatzpunkten, sondern aller geopolitischen, wirtschaftlichen und technischen Grundlagen für eine sinnvolle Gestaltung des europäischen Nachkriegs-Luftverkehrs.

„Der Bestand des Empire wird davon abhängen, welche Rolle England nach dem Kriege im Weltluftverkehr zu spielen in der Lage sein wird", diese Feststellung wurde im Februar 1944 im britischen Oberhause getroffen, nicht zuletzt wohl im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz mit den Yankees. Das immer noch — inmitten des Krieges — steigende politische Gewicht der Verkehrsluftfahrt konnte niemals treffender formuliert werden; die luftpolitische Erkenntnis, daß in der Nachkriegswelt die Luftfahrt wenigstens in gleichem Maße wie die Schiffahrt die politischen Schicksale namentlich der Großreiche bestimmen wird, fand hier eine nahezu tragisch anmutende Bestätigung — tragisch insofern, als diese Oberhausfeststellung blind dafür zu sein scheint, daß „die Rolle Englands nach dem Kriege im Weltluftverkehr" von seinem Washingtoner Bündnispartner schon längst festgelegt wurde. Es hieße deshalb jener Londoner Konferenz zuviel Ehre antun, wenn wir sie mehr als eine Bestätigung schon bekannter luftpolitischer Fakten einschätzen würden. Nicht „Europa" hieß das Kernproblem der Konferenz, sondern „Der USA.-Luftpolitik die ganze Welt!"; Washington forderte, daß alle in der Welt aus Mitteln des Pacht- und Leihgesetzes errichteten USA.-Luftstützpunkte, also auch diejenigen in den alliierten Ländern, nach dem Kriege uneingeschränkt dem Luftverkehr der Vereinigten Staaten zur Verfügung stehen müßten — und Washington erreichte sein Ziel, London mußte nachgeben. „Wir haben wiederum sehr große Zugeständnisse machen müssen", sagte Lord *Beaverbrook*, der Beauftragte des britischen Kabinetts für die Zivilluftfahrt, nach der Konferenz zur Presse. Wahrhaft „sehr große Zugeständnisse": Nicht nur Australien und Neu-Seeland und Kanada, wo die PAA. sich schon vor dem Kriege festsetzen konnten, sondern auch die britischen Gebiete in Afrika (Golf von Guinea, Sudan, Ägypten) und im Mittleren Osten wurden dem hemmungslosen luftpolitischen Drang der USA. für die Nachkriegszeit offengehalten; über das Luft-Einfalltor Dakar, ehedem französisch und heute schon einer der wichtigsten Angelpunkte der USA.-Luftpolitik, werden auch nach beendetem Krieg die PAA.-Flugzeuge (nur eben ohne Maschinengewehre, mit Fluggästen und Luftfracht als Last anstatt Truppen- und Kriegsmaterial-Nachschub) das britische Luftempire weiter aushöhlen und in der afrikanischen und vorderasiatischen Nachbarschaft Europas das „Amerikanische Jahrhundert" zu demonstrieren trachten. Darüber hinaus mußte London Südamerika und China als „luftpolitische Interessensphären" der USA. anerkennen, wobei wir erinnernd registrieren, daß gerade Südamerika etwa seit 1938/39 ein ganz besonders sorgfältig gepflegtes Ziel britischer Luftpolitik war. Halten wir nunmehr noch die seit Jahren bestehende Tatsache daneben, daß in einer von Washington angeregten „Arbeitsteilung" England sich auf die Herstellung von Jagdflugzeugen spezialisierte und Entwick-

lung und Bau von Groß-Lufttransportern und Bombern den USA. überließ, so entwickelte sich aus jener Londoner Konferenz für die Briten eine dreifache Unterlegenheit (um nicht zu sagen: Niederlage): Innerhalb des Empires, außerhalb des Empires, in der luftverkehrstechnischen Ebene. Diese Unterlegenheit und jene Oberhausfeststellung über die Bedeutung der Verkehrsluftfahrt in der Nachkriegswelt bilden, nebeneinander betrachtet, eine höchst bedeutsame Aussage über das Schicksal des Empires schlechthin. So bescheiden schon ist man aber in London geworden, daß man die wenigsagende Zusicherung der USA.-Delegation, Washington sei grundsätzlich zur Luftverkehrs-„Zusammenarbeit" bereit, als eine „tragfähige Grundlage für weiterreichende Verhandlungen unter Hinzuziehung der übrigen Alliierten" erklärte und bereits an die Vorbereitung einer neuen Konferenz ging.

Und im Hintergrunde steht immer noch schweigend Moskau, die „luftpolitische Sphinx", wie es die „*Yorkshire Post*" (das Blatt *Edens*) einmal nannte. Denn die „übrigen Alliierten" außerhalb der Sowjetunion, d. h. also neben Tschungking-China die Grüppchen und Cliquen der von Washington, London oder Moskau ausgehaltenen Exilregierungen, erscheinen den angelsächsischen Luftpolitikern besonderer Beachtung kaum wert; der Moskauer Kreml also muß sich durch die „übrigen Alliierten" luftpolitisch angesprochen fühlen — aber er schweigt. Er schweigt über seine Nachkriegs-Luftverkehrspläne und richtet unterdessen — nachdem er schon 1943 seinen Anspruch auf volle luftpolitische Gleichberechtigung in Ägypten anmeldete — in Fortsetzung seiner Kurier-Flugstrecke Moskau—Teheran—Bagdad—Kairo einen Flugdienst Kairo—Algier und Kairo—Bari ein, damit *Wyschinski, de Gaulle, Badoglio* und *Ercoli* in ihrer „pénétration pacifique", in ihrer „friedlichen Durchdringung" Nordafrikas und Süditaliens mit Lehre und Praxis des Bolschewismus durch eine Schnellverbindung mit ihrer Zentrale Moskau unterstützt werden können. Daß auch diese neuen sowjetischen Flugstrecken nach Afrika und bis vor die Tore Europas nur eine weitere Bestätigung dafür sind, daß die Bolschewisten ihrem Ziel der Sowjetisierung der ganzen Welt stur zusteuern und sich hierzu eben auch luftpolitischer Methoden bedienen, ohne Rücksicht auf die „Verbündeten", dies hat man in London und in dem sich weitab vom Schuß dünkenden Washington keinesfalls erkannt. Der von Roosevelt künstlich genährte Optimismus, mit welchem Washington noch während der Londoner Luftverkehrskonferenz die bevorstehende Ankunft einer sowjetischen Luftfahrt-Delegation in den Vereinigten Staaten ankündigte und den Abschluß einer us.-amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über den Nachkriegs-Luftverkehr in Aussicht stellte, ist aber nicht nur ein Beweis für jenen Mangel an Erkenntnis, sondern zugleich für eine neue Überspielung der Londoner Luftpolitik durch Washington. Denn es steht außer jedem Zweifel, daß eine eventuelle luftpolitische Einigung zwischen Moskau und Washington durchaus auf Kosten Londons zustande kommen würde; in jedem Falle würde eine solche Einigung die Moskauer Luftpolitiker zur Offenlegung ihrer Karten zwingen. Wenn wir die zeitweise schon in Betrieb befindliche Nachschub-Flugstrecke von den USA. nach Alaska, betrieben von den PAA., und von Alaska entlang der Küste des Nördlichen Eismeeres über Nordsibirien und Archangelsk nach Moskau, betrieben von den Sowjets, in Beziehung setzen zu der im April 1944 angetretenen Weltreise — im Flugzeug natürlich — des USA.-Vizepräsidenten *Wallace*, deren wichtigste Stationen Tschungking und Moskau heißen, so deuten wir damit nur die luftpolitische Untermauerung einer weltpolitischen Grundlinie Washington—Moskau an, welche ihre tiefste Begründung in der Gemeinsamkeit der

Washingtoner und Moskauer Kriegsauftraggeber und in der Gleichheit ihres vorläufigen Zieles hat: Ausschaltung und Vernichtung Europas. Ob der Washingtoner Partner das Fernziel, das eigentliche Ziel Moskaus — Bolschewisierung der ganzen Welt — nicht sieht?

Unterdessen stehen in der „Festung Europa" und in der räumlich noch weit größeren „Festung Groß-Ostasien" („luftpolitische Leerräume" nannte sie kürzlich aus begreiflichen Gründen die USA.-Zeitschrift „Life") die Soldaten der Dreierpaktmächte bereit, auch für die wahre „Freiheit der Luft" eine endgültige Entscheidung zu erkämpfen, welche den jungen Völkern die Tore in den Weltluftraum weit aufstoßen wird. *Hans E. Rosenberg*

Der Kampf der Türkei um die Freiheit der Meerengen

Der Vertrag über die „Interessenzonen" in Persien vom 31. August 1907 schien für Rußland auch den Weg zur Verwirklichung seines alten Traumes von Zarjgrad (Konstantinopel) zu öffnen. Als es dann auf den Weltkrieg hinarbeitete, entschied Zar *Nikolaus II.*, „die Orientfrage zugunsten Rußlands zu lösen, d. h. seine Herrschaft in Konstantinopel, am Bosporus und an den Dardanellen zu errichten"[1]). Noch vor Beginn der schwierigen Verhandlungen mit England und Frankreich, unmittelbar nach dem Eintritt der Türkei in den Krieg, erklärte König *Georg V.* dem russischen Botschafter *Benckendorff* spontan: „Was Konstantinopel betrifft, so ist es klar, daß es Euch gehören muß (it must be yours)[2]). Kaum hatte Außenminister *Sazonov* den Verbündeten offiziell mitgeteilt, daß auf Wunsch des Zaren „die Frage Konstantinopels und der Meerengen endgültig und im Sinne der jahrhundertealten Bestrebungen Rußlands entschieden werden" müsse[3]), als er auch schon einen Plan für die provisorische Besetzung ausarbeitete[4]). Ja, er war ängstlich darauf bedacht, daß bei dem in Kürze erwarteten Einzug der Engländer und Franzosen der für die gemeinsame Verwaltung bestimmte Oberkommissar *Trubetzkoj* zur Stelle wäre[5]). Noch am Vorabend der Revolution dachte man in Petrograd ernstlich an eine Bosporusexpedition, weil man befürchtete, daß sich sonst das Abkommen von 1915 „in einen Fetzen Papier verwandeln" würde[6]).

Der bolschewistische Umsturz machte diese Prophezeiung wahr. Zum Überfluß beschloß die Sowjetregierung, den „Fetzen Papier" in aller Form zu zerreißen[7]), was sie freilich nicht hindern sollte, nach 22 Jahren auf den tatsächlich niemals vergessenen Traum zurückzukommen[8]). Im Herbst 1918, als das Osmanische Reich zusammenbrach, betrachteten die Westmächte allerdings Rußland als nicht mehr vorhanden und verfügten anderweitig über seinen Beuteanteil.

---

[1]) Konferenz vom 21. Februar 1914 (F. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, Berlin 1925, S. 247 ff.).

[2]) E. Adamow, Die Europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges, Bd. 2 (Dresden 1930), S. 102 (Telegramm vom 13. November 1914).

[3]) Ebd., S. 130.

[4]) Entwurf vom 7. März 1915 (E. Adamow, a. a. O., Bd 4 (1932), S. 240).

[5]) Ebd., S. 256 ff.

[6]) Ebd., S. 310.

[7]) Aufruf „An die werktätigen Muhammedaner" vom 7. Dezember 1917.

[8]) Zuerst in den Verhandlungen mit Saracoglu im Oktober 1939.

Am 2. November 1918 empfing der türkische Außenminister *Mehmed Nabi* die Pressevertreter in Istanbul und teilte ihnen voller Genugtuung mit, das soeben unterzeichnete Abkommen über den Waffenstillstand[9]) taste in keiner Weise die Hoheitsrechte des Sultans an. Die Engländer hätten ausdrücklich erklärt, sich in die inneren Angelegenheiten des Reiches nicht einmischen zu wollen. Als besonderer Erfolg der türkischen Unterhändler sei Artikel 7 anzusehen, der die Besetzung „strategischer Punkte" nur im Falle von Unruhen zulasse. Nach Istanbul würden keine Ententetruppen, nicht einmal Militärkommissionen, sondern lediglich Handelsschiffe kommen können[10]).

Die Wirklichkeit sah indessen bald anders aus. Am 13. November kehrte der wegen unbequemer Anfragen über die Auslegung des Waffenstillstandes vom Sultan abberufene Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Yildirim, Generalmajor *Mustafa' Kemal Pascha*, nach Istanbul zurück[11]). Er wurde an diesem Tage Zeuge eines ebenso großartigen wie für sein Vaterland traurigen Schauspiels: die aus 60 Einheiten bestehende „Große Flotte" der verbündeten Feinde lief in den Hafen ein. Auf ihr befanden sich die Admirale *Sir Somerset Arthur Gough-Calthorpe* und *Amet* sowie der Politiker *Graf Carlo Sforza*[12]), die alsbald unter dem Namen „Hohe Kommissare" angeblich die diplomatische Vertretung ihrer Regierungen, in Wahrheit aber die eigentliche Verwaltung der Türkei übernahmen. Ihre Stellung war durchaus souverän; alle Welt kam zu ihnen als den wirklichen Machthabern; der Großwesir vegetierte, der Sultan hielt sich versteckt. Zur Hauptperson wurde der Brite; war es ihm schon bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand gelungen, den französischen Nebenbuhler auszuschalten, so sicherte er sich auch jetzt den Löwenanteil an der Politik. Eine griechisch-armenische Abteilung des britischen Oberkommissariats durchsuchte türkische Häuser (ohne Rücksicht auf die damaligen Landessitten!) und Gefängnisse nach „verschleppten" Christen, während die Mitglieder des verhaßten Komitees „Einheit und Fortschritt" auf einem englischen Kriegsschiff nach Malta geschafft wurden. Die großen Entscheidungen fielen allerdings nicht in Istanbul, sondern in Paris, wo *Lloyd George* das Heft in der Hand hatte. In seinem Auftrage teilte *Calthorpe* am 12. Mai 1919 *Amet* und *Sforza* und am 14. Mai dem Vali von Smyrna den so verhängnisvollen Beschluß über die Landung der Griechen mit (auf Grund von Art. 7 des Waffenstillstands!). *Clemenceau* aber hoffte, durch seine Zustimmung um so sicherer Saar und Rhein zu gewinnen[13]).

Während es der diplomatischen Kunst der Oberkommissare nur mit Mühe gelang, bei ihren Sitzungen, die allwöchentlich abwechselnd in den drei Botschaften stattfanden, die zunehmende Kluft zwischen den Auffassungen zu überbrücken und das gemeinsame Interesse an Ruhe und Ordnung in den Vordergrund zu stellen, fehlte es an einem solchen Zusammenhalt bei den Militärbehörden. Die Ursache davon ist in einem Organisationsfehler noch vor der Besetzungszeit zu suchen. Am 5. Oktober 1918 hatte der Oberbefehlshaber der verbündeten Orientarmeen, Marschall *Franchet d'Esperey*, vorgeschlagen, durch einen überraschenden Angriff auf die Küste bei Bulayir die Öffnung der Dar-

---

[9]) Text u. a. in: Th. Werner, Die Türken unter der britischen Faust 1918 bis 1923, Berlin 1940, S. 18f.

[10]) Türkische Tagespresse vom 3. November 1918.

[11]) Yeni Gün (Istanbul), 14. November 1918.

[12]) Der heutige „Außenminister" im Badoglio-Ausschuß.

[13]) A. J. Toynbee, The Western Question in Greece and Turkey, London 1923, S. 73.

danellen zu erzwingen[14]). Darauf erhielt er am 8. Oktober vom Obersten Kriegsrat aus Paris den Befehl, die ihm unterstellte britische Armee in Mazedonien gegen Konstantinopel in Marsch zu setzen. *Clemenceau* (als Kriegsminister) ergänzte diese Weisung am 27. Oktober und 6. November durch Angaben über die geplante Offensive gegen Sowjetrußland, die *Franchet d'Esperey* übertragen wurde[15]). Dieser zog am 23. November unter dem Jubel aller Nichttürken in Istanbul ein und verlegte nach seinem Mißerfolg in Südrußland als „Commandant en chef les Armées Alliées en Orient" am 8. Februar 1919 sein Hauptquartier endgültig an den Bosporus (in die frühere Villa *Enver Paschas*). Der „Sieger der Marneschlacht und des ganzen Weltkrieges", als der er in Frankreich gefeiert wurde, betrachtete es nun als seine besondere Aufgabe, die „langue boche" in der Türkei auszurotten und versteckte Deutsche aufzustöbern.

Inzwischen hatte General *Sir George Milne* als Oberbefehlshaber der „Army of the Black Sea" sich am 12. Januar 1919 ebenfalls in Istanbul niedergelassen[16]). Ihm nachgeordnet war als „Commandant le corps allié à Constantinople" Generalleutnant *Sir Henry F. M. Wilson*, der Verteidiger des Suezkanals 1914—15 und Mitkämpfer *Milnes* in Mazedonien[17]). Nach einem Beschluß der Londoner Konferenz vom 3. Dezember 1918 sollten die britischen Truppen in der europäischen Türkei samt ihrem General dem Franzosen *Franchet d'Esperey* unterstellt bleiben[18]). Die Unklarheit dieser Befehlsverhältnisse wirkte sich in der ersten Zeit weniger aus, da *Milne* wiederholt abwesend war, so z. B. am 22. Januar in Baku, wo er die junge Republik Aserbeidschan mit dem stolzen Wort begrüßte: „Der Sieg der verbündeten Mächte ist das Unterpfand für das Selbstbestimmungsrecht der Völker"[19]), und am 27. April in Kars, um die dortige Lokalregierung zu verhaften und die Demobilmachung bei der 9. osmanischen Armee zu überwachen[20]). Demselben Zweck sollte auch die mit seiner Einwilligung vom Sultan am 30. April vollzogene Ernennung *Mustafa Kemals* zum Generalinspekteur dienen.

Franchet d'Esperey, von seinen Bundesgenossen „Desperate Franky" genannt, überreichte bei der Parade am Nationalfeiertage (14. Juli) seinem Rivalen *Milne*, ihn umarmend, das Großkreuz der Ehrenlegion[21]). Am 30. Juli setzte er bei dem osmanischen Kriegsministerium den Befehl zur Verhaftung *Mustafa Kemals* durch und ließ diesem selbst kurz darauf für den Fall der Eröffnung eines Nationalkongresses in Sivas die unverzügliche Besetzung dieser — zur französischen Zone des Teilungsvertrags von 1916 gehörenden — Stadt androhen, ohne jedoch zu versäumen, die Möglichkeit einer Verständigung anzudeuten[22]).

Milne hatte im Jahre 1919 die undankbare Aufgabe, das griechische Besetzungsgebiet gegen die Italiener (16. Juli) und gegen die Türken (3. November) abzugrenzen; als Kriegsminister *Dschemal Pascha* seinen Befehl nicht befolgte,

---

[14]) M. Larcher, La Guerre Turque dans la Guerre Mondiale, Paris 1926, S. 542.

[15]) G. Gaillard, Les Turcs et l'Europe, Paris 1920, S. 143.

[16]) Sir Telford Waugh, Turkey yesterday, to-day and to-morrow, London 1930, S. 172.

[17]) G. Milne, Britain's Share in the Macedonian Fighting in: New York Times Current History 1919, S. 92, 342.

[18]) J. Kayser, L'Europe et la Turquie Nouvelle, Paris 1922, S. 62 Anm.

[19]) Denkschrift der Regierung Aserbeidschan „Le 28 Mai 1919", S. 16.

[20]) A. Rawlinson, Adventures in the Near East, London 1923, S. 177.

[21]) R. W. Graves, Storm Centres of the Near East, London 1936, S. 323 ff.

[22]) Gasi Mustafa Kemal, Der Weg zur Freiheit, Leipzig 1928, S. 61, 66 ff., 271.

ließ er ihn absetzen[23]) (20. Januar 1920). Nunmehr spitzte sich die Lage in Istanbul zu. Während sich der Oberste Kriegsrat unter dem Druck der Muhammedaner zu dem Entschluß durchrang, den Sultan am Bosporus weiter „residieren" zu lassen, erschien *Franchet d'Esperey* in Paris, um endlich *Milne* auszuschalten. Er mußte sich jedoch vom britischen Generalstabschef *Wilson* sagen lassen: „Wir haben die Türken besiegt und Ihr die Bulgaren." So blieb seine Stellung ungeklärt[24]). Nach Istanbul zurückgekehrt, erlebte er den von ihm mißbilligten Gewaltstreich der Engländer vom 16. März 1920, der wie keine andere Maßnahme dazu beitrug, die anatolische Nationalbewegung anzufachen. Auf seinen Versuch, den Vorgesetzten zu spielen, erwiderte ihm *Milne:* „Nach Weisung meiner Regierung habe ich für die Operationen in Istanbul von niemandem Befehle entgegenzunehmen[25])." Hierauf zog sich der Marschall, tief gekränkt, ins Privatleben zurück. Zu seinem Schmerz hatte er erfahren, daß der französische Oberkommissar *Defrance* (seit 30. März 1919) die britischen Terrorakte guthieß, ja sogar, daß sich an ihnen französische Truppen beteiligen mußten[26]).

Aber auch *Milnes* Tage waren gezählt. Die militärische Unterstützung der Griechen mit unzulänglichen Mitteln führte zur endgültigen „Vatikanisierung"[27]) des Kalifen und zu einem gewaltigen Aufschwung des türkischen Nationalismus, von dem — wenigstens vorübergehend — die „Hauptstadt" des Landes befreit zu haben, nur ein schwacher Trost war[28]). Anfang Juli 1920 drangen kemalistische Truppen schon bis an den Bosporus vor. Überzeugt von dem Mißerfolg der Londoner Politik, bat *Milne* am 19. August um seine Ablösung. Zu seinem Nachfolger wurde auf Vorschlag *Churchills Sir Charles Harington* ernannt. Er übernahm am 9. November 1920 den Oberbefehl am Bosporus. Fast gleichzeitig (17. November) wurde der britische Oberkommissar, Admiral *Sir John de Robeck*, der Besiegte in der großen Seeschlacht an den Dardanellen (18. März 1915), durch *Sir Horace Rumbold* ersetzt. Wie ein letzter Selbstbetrug mutet es an, daß der Gewaltfriede von Sèvres als Kriegsende angesehen, die französischen und italienischen Oberkommissariate in Botschaften umgewandelt wurden[29]) und der Sultan ersucht wurde, den Vertrag „provisorisch" zu ratifizieren, wozu er sich freilich außerstande erklären mußte.

Die Rückkehr des Königs *Konstantin* auf den griechischen Thron war ein willkommener Vorwand für die immer dringender gewordene Schwenkung der Ententepolitik gegenüber der Türkei. Während die Franzosen mit fliegenden Fahnen zu *Mustafa Kemal* übergingen und *Franklin-Bouillon* nach Ankara schickten, rückten auch die Engländer von ihren griechischen Freunden ab[30]). Am 26. März 1921 gab *Harington* bekannt, daß er auf Anordnung seiner Regierung den Oberbefehl über die ihm bisher unterstellte 2. griechische Division niedergelegt habe; in einem Bericht nach London vom 26. Mai wies er die Unmöglichkeit des griechischen Endsieges nach. Am 13. Mai erklärten die Ober-

---

[23]) Ebd., S. 327, 339 ff.

[24]) C. E. Callwell, F.-M. Sir Henry Wilson, His Life and Diaries, London 1927, Band II, S. 226.

[25]) Kayser, a. a. O., S. 61.

[26]) Halidé Edib, The Turkish Ordeal, London 1928, S. 72.

[27]) Ein Wort von Asquith (Gaillard, a. a. O., S. 156).

[28]) Graves, a. a. O., S. 329.

[29]) E. Pech, Les Alliés et la Turquie, Paris 1925, S. 154 (auf englischen Wunsch bald darauf wieder rückgängig gemacht!).

[30]) Armenien hatte man in London bereits fallen gelassen.

kommissare *Rumbold*, *Pellé* und *Garroni*, die späteren Unterzeichner des Friedens von Lausanne, die Neutralität der Meerengenzone. Amüsant ist die Behauptung *Haringtons*, er habe „beinahe eine Zusammenkunft mit *Mustafa Kemal*" zustande gebracht[31]); dazu vergleiche man den von diesem veröffentlichten Briefwechsel[32]), in dem sich beide für die Verhandlungen, die *Harington* an Bord des britischen Kreuzers „Ajax", *Mustafa Kemal* aber auf türkischem Boden in Inebolu wünschte, gegenseitig „alle Ehren" zusicherten. Immerhin kam nach restloser Annahme aller Forderungen der Ankararegierung am 23. Oktober 1920 ein Abkommen über den Austausch von drei (!) britischen Kriegsgefangenen gegen etwa 60 türkische Zivilinternierte[33]) zustande, drei Tage nach dem von England so scharf gerügten Vertrag *Franklin-Bouillons*. Am 1. November trat in Istanbul eine neue Militärbezirkseinteilung in Kraft: Pera wurde den britischen, Skutari den italienischen und das eigentliche Istanbul den französischen Truppen vorbehalten[34]).

Die Politik der Verständigung setzte *Harington* auch im Jahre 1922 fort. Am 6. Februar gründete er zusammen mit dem amerikanischen Oberkommissar, Admiral *Mark Lambert Bristol*, einen „Versöhnungsbund"; am 3. Mai schickte er die letzten indischen Truppen heim. Seinem diplomatischen Geschick verdankt England die Vermeidung eines bewaffneten Konfliktes mit den Türken nach der Niederlage der Griechen[35]). Unter ungeheurem Jubel landete am 19. Oktober 1922 der Bevollmächtigte der Großen Nationalversammlung, General *Refet Pascha*, in Istanbul. Trotzdem dauerte — wenn auch in abgeschwächter Form — fast noch ein ganzes Jahr die Fremdherrschaft am Bosporus[36]). Am 2. Oktober 1923 gingen endlich die Flaggen der „Sieger des Weltkrieges" nieder, nachdem der Sultan, der sein ganzes Vertrauen auf England gesetzt hatte, schon am 17. November 1922 auf ein britisches Kriegsschiff geflohen war.

Chatham House

Am 17. Mai 1944 wurde am St. James Square im Westend von London ein zusätzliches Gebäude des *Royal Institute of International Affairs* eröffnet. „Chatham House" wurde durch einen Durchbruch zu seinem Nebenhaus erweitert. Die Erweiterung fand 25 Jahre nach der ersten Besprechung statt, in der im Mai 1919 britische und amerikanische Delegierte bei der Pariser Diktatkonferenz die Gründung eines Forschungsinstituts für Außenpolitik beschlossen. Unter der Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden *Lord Astor* nahm der Staatsminister *Richard Law* in Vertretung des Außenministers *Eden* die Eröffnung des

---

[31]) Rawlinson, a. a. O., S. 247.

[32]) Gasi Mustafa Kemal, Die nationale Revolution, S. 187 ff.

[33]) Zu ihnen gehörte der Unterzeichner des Waffenstillstands von Mudros und türkische Botschafter in London 1943—44 Hüseyin Rauf.

[34]) Damit vergleiche man die Einteilung, die *Sazonov* im März 1915 vorschlug: Skutari englisch, Pera französisch, die Bosporusufer vom Schwarzen Meer bis Ortaköy und Kuzgundschuk sowie das eigentliche Istanbul (mit der Hagia Sophia!) russisch.

[35]) Ronaldshay, The Life of Lord Curzon, London 1928, Bd. III, S. 263 ff.

[36]) Die britischen Missetaten, die besonders in der ersten Zeit der Besetzung die Türken bis aufs Blut reizten, sind oft Gegenstand der türkischen Literatur gewesen. Am anschaulichsten ist wohl die Darstellung in dem Roman „Sodom und Gomorrha" von Yakub Kadri. *Gotthard Jäschke*

neuen Gebäudes vor. Seine Rede betonte, daß gerade in einer Zeit, in der ganze Völker an der Planung der außenpolitischen Linie beteiligt seien, die Verbreitung auslandswissenschaftlicher Kenntnisse und Erforschung außenpolitischer Probleme um so wichtiger werde. Lord Astor verlas eine Botschaft des Königs, in der die Bedeutung des Instituts für das Studium internationaler Fragen und für die außenpolitische Unterrichtung des englischen Volkes betont wurde. Er kündigte eine Stiftung zum Gedächtnis von *Lord Lothian* an, mit deren Hilfe die Schwesterinstitute in den Dominien ausgebaut werden sollten. Der neuseeländische Ministerpräsident *Frazer* und der Londoner Vertreter des Vizekönigs von Indien hielten lobende Ansprachen. Das Satyrspiel nach dem ernsten Teil der Veranstaltung wurde durch den Ministerpräsidenten Südrhodesiens geliefert, der anläßlich der Weltreichskonferenz in London anwesend war. *Sir Godfrey Huggins* sagte: „Ein derartiges Institut ist auch für Südrhodesien vorgeschlagen worden. Wir haben schon viele Institute, ungefähr je eines pro Kopf der weißen Bevölkerung unseres Landes. Wenn das Reden allein irgendeine Frage lösen könnte, dann haben wir heute alle Fragen gelöst. Immerhin will ich mir es überlegen. Die wahre Brüderlichkeit zwischen den Menschen ist nicht ein unerreichbares Ideal, wenn man sich nur bewußt bleibt, daß man sie in absehbarer Zeit nicht verwirklichen kann, sondern daß es vielleicht Tausende von Jahren dauert, bis sie erreicht ist."

Diese beiden Sätze, daß alle Fragen gelöst wären, wenn es nur auf das Reden ankäme, und daß die Verwirklichung der britischen Versprechungen, selbst wenn man sie für wünschenswert hält, noch Tausende von Jahren dauern wird, zeigten mit der Offenheit eines Mannes aus den Kolonien, wie die Arbeit des Royal Institute of International Affairs, wie überhaupt die englische Nachkriegsplanung im wesentlichen die Aufgaben eines politischen Nebelwerfers, nicht aber die Aufgaben einer politischen Forschungsstelle erfüllt.

Karl Heinz Pfeffer

Köpfe der Weltpolitik

Philippe Henriot

Seit vielen Monaten stellten Millionen von Hörern des französischen Staatsrundfunks ihre Rundfunkapparate an, wenn in den Mittag- und Abendstunden die Ansprachen von Philippe Henriot übertragen wurden. Eine klare, manchmal beschwörende, oft scharfe Stimme beherrschte dann den Raum. Sie war immer mehr die Stimme des französischen Gewissens geworden und hat in viele Gemüter Klarheit oder zumindest Nachdenklichkeit gebracht. Mit den Rundfunkansprachen, die er seit längerer Zeit einmal wöchentlich und seit der Jahreswende täglich hielt, aber auch mit vielen Vorträgen im Lande hatte Philippe Henriot die Seele des französischen Volkes erobert, ehe er in der erweiterten Regierung Laval Anfang 1944 Staatssekretär für Information und Propaganda wurde und damit unter *Pierre Laval* das Informationsministerium übernahm.

Philippe Henriot wurde am 7. Januar 1889 in Reims geboren. Nach philologischen Studien war er vor dem ersten Weltkrieg neun Monate lang Professor in London, und seit 1909 hatte er ein höheres Lehramt in St. Foy la Grande im

Département Gironde inne. Früh trat er mit Gedichten, Artikeln und Novellen sowie später mit einem Roman hervor.

Auf Grund seiner katholisch-konservativen Einstellung kam er seit 1925 mit politischen Persönlichkeiten wie Abbé *Bergey* und General *Castelnau* in Verbindung und stellte sich seit 1928 zu den Parlamentswahlen. 1932 wurde er zum erstenmal für Bordeaux in die Kammer gewählt, in der er bald rednerisch hervortrat. Er griff zweimal in die Angelegenheit *Stavisky* ein und führte dadurch den Sturz des Kabinetts *Chautemps* ein. Auch 1936 wurde er wieder von Bordeaux gewählt, aber auf Betreiben der Volksfront und des kommunistischen Abgeordneten *Florimond Bonte* wurde die Wahl nicht anerkannt. Die daraufhin erfolgende Neuwahl brachte ihn mit ansehnlicher Mehrheit in die Kammer zurück, in der er nun einer der Vorkämpfer gegen den Kommunismus wurde. So prangerte er z. B. die Verbrechen des heute ebenso wie Bonte in Nordafrika wirkenden *Marty* in Spanien an. Auch außerhalb der Abgeordnetenkammer wurde Philippe Henriot als Redner sehr bald bekannt, und zwar sowohl in Frankreich selbst wie in einer Reihe anderer europäischer Länder. Auf Einladung des Duce sprach er am 18. Oktober 1935 in Rom vor 7000 Zuhörern gegen England und seine Sanktionspolitik. Philippe Henriot war schon zu jener Zeit ein Kampfgenosse von Pierre Laval. General *Franco* lud ihn im März 1937 nach Salamanca ein. Im Anschluß daran hielt Henriot in Frankreich und Belgien zahlreiche Vorträge zugunsten der Sache des nationalen Spaniens und gegen die Gefahr des Kommunismus.

Während der Sudetenkrise gehörte Philippe Henriot zu den Abgeordneten, die gemeinsam mit *Georges Bonnet* bei *Lebrun* und *Daladier* darauf hinwirkten, daß Frankreich sich nicht zugunsten der englischen Pläne in einen Krieg hineinziehen ließ. Schon seit vielen Jahren hatte er auf die Gefahren des vor allem durch Versailles geschaffenen Vertragssystems hingewiesen und die freimaurerischen Machenschaften von Männern wie *Benesch* und *Titulesco* angeprangert. Obwohl er wie Pierre Laval stets Sympathien für das faschistische Italien empfand und öffentlich bekannte, sah er sich zu Beginn des Jahres 1939 veranlaßt, gegen die antifranzösische Haltung der italienischen Presse zu protestieren. In der internationalen Auseinandersetzung bekämpfte er die vor allem vom Kommunismus unterstützten Kriegstreiber, die sich überall ein patriotisches Mäntelchen umzuhängen versuchen. So kam er in schärfsten Gegensatz zu den Kriegshetzern *Emile Buré* und *Henri de Kerillis*. Bis zum letzten Augenblick unterstützte er die Vermittlungsversuche des französischen Außenministers Bonnet. In einer Broschüre unter dem Titel: „Wie der Friede starb“ (Comment mourût la paix) hat er später die letzten Tage vor Ausbruch des Krieges an Hand von Dokumenten beschrieben und in der Wochenschrift „Gringoire“ den Bericht des französischen Botschafters in London *Corbin* über die gleiche Frage kommentiert.

Nachdem der Krieg durch England und Frankreich erklärt worden war, stellte er sich hinter die französische Regierung und versuchte durch begeisternde Artikel, die naturgemäß eine antideutsche Tendenz hatten, der französischen Nation doch noch die moralische Kraft zur Kriegführung zu geben.

Als dann so unerwartet schnell der französische Zusammenbruch kam und Marschall *Pétain* erklärte, daß der Waffenstillstand unvermeidlich sei, stellte sich Philippe Henriot wieder an die Seite des Präsidenten Laval und unterstützte ihn bei der Ausschaltung der Kriegshetzer und bei der Bildung einer neuen Regierung. Unter Hinweis auf seine jahrelangen Warnungen konnte er

jetzt bei der französischen Öffentlichkeit Gehör finden und die Politik Lavals, nämlich den inneren Wiederaufbau und die europäische Versöhnung, verteidigen. Gegen Ende des Jahres 1940 begann er auch wieder mit Vorträgen, und zwar zunächst in geschlossenen Kreisen in der damals noch unbesetzten Südzone. Nach über hundert Vortragsveranstaltungen im Süden folgte Philippe Henriot auch der Einladung, in der Nordzone zu sprechen. Im Frühjahr 1942 sprach er in Massenversammlungen in ganz Französisch-Nordafrika, wo es ihm gelang, die Stimmung weitgehend zugunsten von Marschall Pétain zu beeinflussen.

Nachdem er auf diese Weise seit Jahren in französischen Versammlungen sein Rednertalent für Pétain und Laval eingesetzt hatte, begann er im Januar 1942 die seither immer stärker beachteten, zunächst wöchentlichen, dann täglichen Rundfunkansprachen. Durch die Wahlkampagnen und das Parlament war er daran gewöhnt, völlig frei zu sprechen und blitzschnell auf Zwischenrufe und Einwände zu reagieren. Bei seinen Reden ging er auf dem Podium auf und ab und wendete sich mit seinen Gesten bald zu diesem, bald zu jenem Teil seiner Zuhörerschaft, wie wenn er mit jedem einzelnen sprechen würde. Auch bei der Aufnahme seiner Rundfunkansprachen liebte er es, wenn einige Menschen im Raum waren, die seine Worte hörten.

Die Ansprachen waren meist Auseinandersetzungen mit den Teilen der französischen Bevölkerung, die der Politik der französischen Regierung noch abwartend oder feindlich gegenüberstehen. Sehr oft griff Henriot auch die französische Dissidenz und ihre jüdischen, angelsächsischen und kommunistischen Hintermänner an. Oft antwortete er innerhalb weniger Stunden auf die Angriffe des feindlichen Rundfunks gegen die Ehre Frankreichs.

Philippe Henriot war von großer, hagerer Gestalt. Er hatte ein südländisch-lebhaftes Temperament, das seiner rethorischen Wirkung zugute kam. Seit ihrer Gründung unterstützte er die französische Miliz von *Joseph Darnand*, deren Abzeichen er trug und für die er sich oft als Redner einsetzte. Mit Darnand und *Déat* gehörte er zu den Männern, die seit der Jahreswende 1943/44 in vorderster Linie um die Klärung der Fronten in Frankreich kämpfen. Während Darnand mit seiner Miliz und Polizei den Terrorgruppen und Maquisbanden die Kräfte der Ordnung entgegenstellt, setzte sich Henriot durch den Rundfunk mit ihnen auseinander. Immer zahlreicher wandten sich die jungen Arbeitsdienstverweigerer an ihn, um einen Weg aus ihrem gesetzlosen Zustand ins geordnete Leben zurückzufinden. Bis zuletzt verleugnete Philippe Henriot seinen christlich-konservativen Ursprung nicht. Aber daß er, von der Rechten kommend, sich mit Männern von links unter der Autorität des legalen Staatschefs Marschall Pétain vereinigte, ist ein Zeichen für die innere Wandlung in Frankreich, bei der es nicht mehr auf links oder rechts ankommt, sondern bei der in erster Linie gefragt wird, ob einer für oder gegen Europa ist.

Die Autorität, die sich Philippe Henriot als Informationsminister und erster Propagandist seines Landes in allen Schichten des französischen Volkes erworben hatte, kam auch bei seinem Deutschlandbesuch im Juni 1944 zum Ausdruck. Sowohl bei den Kriegsgefangenen wie bei den Arbeitern, Angestellten und Studenten verstand er es, der Botschaft von Pétain und Laval Anerkennung zu verschaffen. In Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten des Reiches hatte er Gelegenheit, die Probleme des deutsch-französischen Verhältnisses zu erörtern. Für die im Rahmen der DAF, des Reichsnährstandes und der OT von französischen Delegationen betreuten Arbeiter aus allen Schichten war es ein erneuter Ansporn zur Arbeit für Europa, daß Philippe Henriot als erster fran-

zösischer Minister seit dem Waffenstillstand zu ihnen in die Fabriken und Lager kam. Wie eng die Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern durch die Notwendigkeiten des europäischen Freiheitskampfes bereits geworden ist, bewies der Empfangsabend, den die Deutsch-Französische Gesellschaft zu Ehren von Philippe Henriot für die Vertreter der deutschen und französischen Dienststellen in der Reichshauptstadt am gleichen Tag gab, an dem die Feinde Europas den Ansturm gegen die französische Küste begannen. Daß dieses Ereignis von allen Deutschen mit so selbstsicherer Ruhe aufgenommen wurde, hat Minister Henriot besonders beeindruckt und ihm Anlaß gegeben, die Kraft seiner Rede mit neuen Argumenten für die Gewißheit des europäischen Sieges zu verbinden. Kaum nach Frankreich zurückgekehrt, mußte Henriot für seine vaterländische und europäische Gesinnung sein Leben geben. Ein Teil der von England gedungenen Mörder konnte inzwischen gefaßt werden. Philippe Henriots Gesinnung wurde durch seinen Opfertod zum verpflichtenden Vorbild für Führung und Volk in Frankreich. *Hugo Rheiner*

Bücher des Monats

Franz Alfred Six: Europa. Tradition und Zukunft. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1944. 157 S.

Der vorliegende Band faßt eine Reihe von Reden und Aufsätzen aus den Jahren zwischen 1938 und 1943 zusammen. Die Rechtfertigung ihrer gemeinsamen Veröffentlichung sieht der Verf., wie er im Schlußwort betont, in ihrer „Bezogenheit auf die Fragen der europäischen Vergangenheit und Zukunft".

Die Untersuchungen bauen sich auf einem grundsätzlichen und einleitenden I. Abschnitt über „Das Reich und die Grundlegung Europas" auf. Der Begriff Europa wird als wesentlich historischer — nicht als geographischer Begriff aufgefaßt und zugleich in seiner modernen Bedeutung von seiner einmaligen historischen Ausprägung im mittelalterlichen Begriff des „Abendlandes" abgegrenzt. Die „Grundlegung Europas" wird als „die aus der Kraft des germanischen Volkstums, auf dem Boden der kontinentalen Mitte, in dem Staatswillen der Franken zum Durchbruch gelangte und die nordisch-antikes Kulturerbe aufnehmende Leistung der germanischen Stämme" begriffen: „Das Germanentum wird das erste geeinte Volkstum des sich selbst bewußten Europas, seine Führung geht auf einen von Germanen geschaffenen Staat über, ein germanisches Reich tritt als Träger einer politischen und geistigen Ordnung in die Geschichte ein." Dieses Reich „beinhaltet forthin nicht nur den geschichtlichen Vorgang der staatlichen Einigung der Germanenstämme, sondern als Ursprungsform der Grundlegung Europas die historische Ausformung des Kontinents". In der Darstellung des Reiches „als Ordnungsmacht Europas" findet der einleitende Abriß der dem ganzen Bande zugrunde liegenden geschichtlich-politischen Konzeption seinen konstruktiven Abschluß.

Die II. und III. Untersuchung sind den Begegnungen und Auseinandersetzungen des „Reiches" mit dem „Westen" und dem „Osten" gewidmet und suchen gleichsam die konkrete Bewährung der zugrunde gelegten Konzeption zu erproben. Die hier bereits bis in die Gegenwart durchgezogenen Linien werden im IV. Abschnitt noch schärfer unter einem Gesichtspunkt beleuchtet, der in der Überschrift „Die Binnenkriege Europas und der Einigungskrieg der Gegenwart" zum Ausdruck kommt. Im V. und VI. Abschnitt wird die Fragestellung in ihrer geistigen Widerspiegelung im „Einheitsbewußtsein Europas"

und im „Europabild des 20. Jahrhunderts" erfaßt. Im abschließenden VII. Abschnitt wird der „Wandel des europäischen Staatensystems zum Weltstaatensystem" verfolgt und die Betrachtung damit in den Rahmen der weltpolitischen Gesamtentwicklung eingeordnet: „Das europäische Staatensystem hat dem Weltstaatensystem seine ordnende Konstruktion abgetreten. Um die Weltmächte ordnen sich neue kontinentale Staatensysteme und greifen in den größeren Zusammenhang der weltpolitischen Verhältnisse ein. In diesem entscheidenden Ringen um das zukünftige Gesicht der Erde steht Europa noch einmal im Kampf um seine Selbstbehauptung, im Kampf um die weltpolitische Bestimmung darüber, ob es geschichtlich abtreten muß oder die Freiheit seiner Völker und die Einheit seines Raumes zu erhalten vermag, um sie dann in das epochale System der Welträume und deren künftige Gleichgewichtskonstruktion einzuführen."

Die Schrift hat auf jeden wissenschaftlichen Apparat verzichtet. In straffem Aufbau und starker Konzentration gibt sie eine geschichtsphilosophische und politische Deutung der europäischen Vergangenheit und Zukunft, die als eine umfassende geistige Grundlegung des deutschen Europagedankens der Gegenwart gelten darf.

Franz Riedl: Nachbarland Ungarn, mit Zeichnungen von Anna Maria Penz. Herausgegeben von der Landesgruppe der Auslandsorganisation der NSDAP in Ungarn. Druck: Druckerei und Verlags-AG, Ujvidek-Neusatz.

Die Landesgruppe der Auslandsorganisation der NSDAP in Ungarn will mit dem vorliegenden Buch allen nach Ungarn kommenden Reichsdeutschen, vor allem aber den Wehrmachtsangehörigen einen Führer an die Hand geben, der sie kurz mit der Geschichte und den heutigen Verhältnissen vertraut macht. Darüber hinaus will es bei allen Reichsdeutschen Verständnis wecken für die Eigenheiten dieses Landes.

Hans Jürgen Seraphim, Deutsch-Südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaften. Junker und Dünnhaupt, Berlin, 1943. 154 S.

Der bekannte deutsche Wirtschaftswissenschaftler will mit dieser neuen Arbeit einen Beitrag zur gesamteuropäischen Wirtschaftsentwicklung geben. Sie soll in die wesentlichen Probleme des deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsaustausches einführen und nicht so sehr Einzelheiten bringen, die für den Fachmann belangvoll sind. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß Seraphim in einigen Zeilen und Punkten durchaus dem Fachmann etwas zu sagen hat. So verdient vor allem die Auswahl und Anordnung der Statistiken hervorgehoben zu werden, die nach dem erfaßbaren neuesten Stand gebracht sind. Nicht weniger wertvoll ist die kurze Bibliographie zum Thema Großraumwirtschaft in Südosteuropa auf Seite 65, 66.

Wenn der Verfasser im großen und ganzen den bekannten Gedankengängen zwischen deutschem und südosteuropäischem Wirtschaftsaustausch folgt, dann deshalb, weil sich in dieser Frage bekanntlich eine allgemein verbindliche Ansicht durchgesetzt hat. Nicht der Sache, aber der Klarheit der Gedankenführung und Formulierung der Argumente nach neu, stellt der Verfasser eingangs in dem Kapitel „Die Problematik deutsch-südosteuropäischer Wirtschaftsgemeinschaft" den Grundsatz heraus, daß jede Untersuchung über diesen Gegenstand in gleicher Weise den deutschen wie den südosteuropäischen Standpunkt der südosteuropäischen Staaten berücksichtigen muß. Er erwähnt in diesem Zusammenhang durchaus die Hemmungen, Vorurteile und Schwierigkeiten, die der Bildung der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch entgegenstehen. Indem er auf die Fragestellung und Einwände der südosteuropäischen Wirtschaftspartner eingeht, ist seine Arbeit auch für den nichtdeutschen Leser von Wert. Ein weiteres Kriterium einer sachlichen und kritischen Betrachtungsweise, die auf oberflächliche propagandistische Erfolge verzichtet, ist in der

Wahl der Vergleichsjahreszahlen im deutsch-südosteuropäischen Warenaustausch zu erkennen. Seraphim beginnt nicht, wie dies in den letzten Jahren häufig in ähnlichen Darstellungen geschah, mit dem Jahr 1933, das infolge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise einen Tiefstand der Wirtschaftsbeziehungen kennzeichnet, sondern mit dem Jahr 1925 als einem „neutralen“ Jahr. Auch die Ausführungen über den Unterschied zwischen dem liberalen Welthandelssystem und der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind gut.

Franz Ronneberger

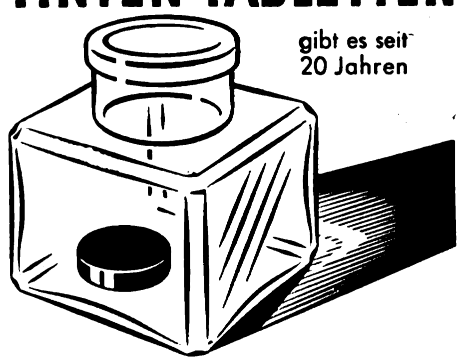
Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Die Studien zur Auslandskunde bringen eine neue Veröffentlichung: „Vorderasien“, die die Überlieferung der ehemaligen Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen aufnimmt und ihre Arbeit fortsetzt. Sie sind das Organ der Abteilungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts für Volks- und Landeskunde des arabischen Orients, der Türkei und Irans und wollen auf Grund zuverlässiger Sprach- und Sachkenntnisse und selbständiger Quellenforschung in Sonderuntersuchungen und Zusammenfassungen zur Klärung der Fragen beitragen, die den Nahen Osten der Gegenwart betreffen.

Wenn diese Aufgabe trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten unternommen wird, so zeigt das, für wie nötig es von deutscher Seite erachtet wird, den kulturellen Austausch mit dem Nahen Osten lebendig zu erhalten. Wie Prof. Six und der Herausgeber Prof. Jäschke in der „Einführung“ darlegen, muß immer wieder klargestellt werden, daß Europa und Vorderasien keine getrennten Welten sind, sondern einen einheitlichen und in sich geschlossenen Kreis bilden, der sich gegen Mittel- und Ostasien deutlich abgrenzt und gerade heute die gleichen Feinde hat, die den Bestand ihrer Völker und ihres Lebens bedrohen.

Das erste, jetzt vorliegende Heft enthält einen grundsätzlichen Artikel über „England in Syrien“ von Prof. Björkman, der die historischen Bemühungen Englands um das Gebiet behandelt und besonders auch auf die Entwicklung der Jahre 1941—42 und die Stellung Vichys und der Gaullisten zum syrischen Problem eingeht. Zum 1000jährigen Bestehen der Azhar-Universität in Kairo geht Prof. Braune auf die Bedeutung, die die Azhar als Stätte höchster geistiger Bildung im Orient gehabt hat und für viele noch hat, auf die Wissenschaft, die sie vermittelt und auf die Rolle, die sie im geistigen Leben des heutigen Orients hat, ein. Die Tatsache, daß sich in der Azhar und in der geistigen Schicht, die sie trägt, der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel des Orients widerspiegelt, verpflichtet die abendländische Wissenschaft, ihre Entwicklung zu verfolgen. — Ein Eisenbahnspezialist, der Oberreichsbahnrat Peter Dieckmann, der von 1908 bis 1926 mit nur kurzen Unterbrechungen im vorderasiatischen Eisenbahnwesen tätig war, berichtet dann über „Das Eisenbahnwesen im Nahen Osten und seine Bedeutung für den Handel insbesondere mit Deutschland“, wobei er in einzelnen Abschnitten auf die Türkei, Iran, Irak, Syrien und Libanon, Palästina, Transjordanien und Saudisch Arabien eingeht. — Als Dokumentenmaterial veröffentlicht Prof. Jäschke zum Schluß erstmalig den ihm von befreundeter türkischer Seite zur Verfügung gestellten türkisch-aserbeidschanischen Freundschaftsvertrag vom 4. Juni 1918. Es handelt sich dabei um einen der Verträge, die die osmanische Regierung nach dem Zerfall der Transkaukasischen Republik mit den daraus gebildeten Republiken Georgien, Armenien und Aserbeidschan schloß, und von denen bis jetzt nur die georgischen und armenischen Verträge bekannt waren.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Heinrich Dieckmann, Berlin W 8
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | Z.Z. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany


gibt es seit
20 Jahren

Studien zur Auslandskunde

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut läßt unter dem zusammenfassenden Titel „Studien zur Auslandskunde“ Veröffentlichungen erscheinen, in denen die Überlieferung der „Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen“ weitergeführt und aufgebaut wird. Von den Studien „Politische Wissenschaft“, „Das Britische Empire und USA“, „Afrika“, „Ostasien“ und „Vorderasien“ wird jährlich je ein Band von ca. 200 Seiten Umfang in Lieferungen herausgebracht.

Die „Südost-Forschungen“ erscheinen als Vierteljahresschrift.

Es erscheinen folgende Veröffentlichungen laufend:

Politische Wissenschaft

Herausgegeben von Prof. Dr. Franz Alfred Six

Das Britische Empire und USA

Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer
und Prof. Dr. Friedrich Schönemann

Afrika

Herausgegeben von Prof. Dr. Diedrich Westermann

Ostasien

Herausgegeben von Prof. Walter Trittel und Dr. Walter Donat
(Bd. 1 von Prof. Dr. Clemens Scharschmidt)

Vorderasien

Herausgegeben von Prof. Dr. Gotthard Jäschke

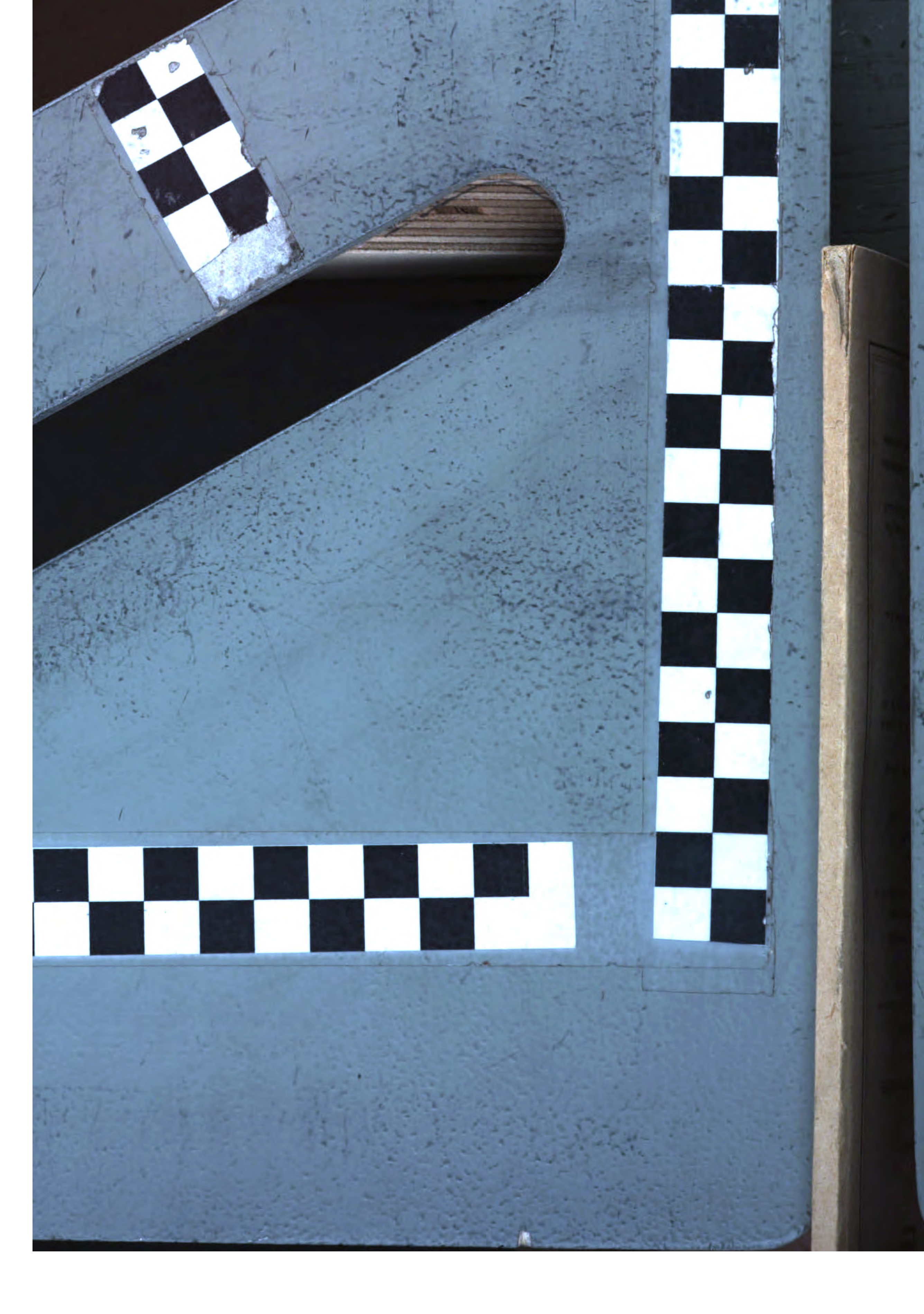
Südost-Forschungen

Herausgegeben von Prof. Dr. Fritz Valjavec

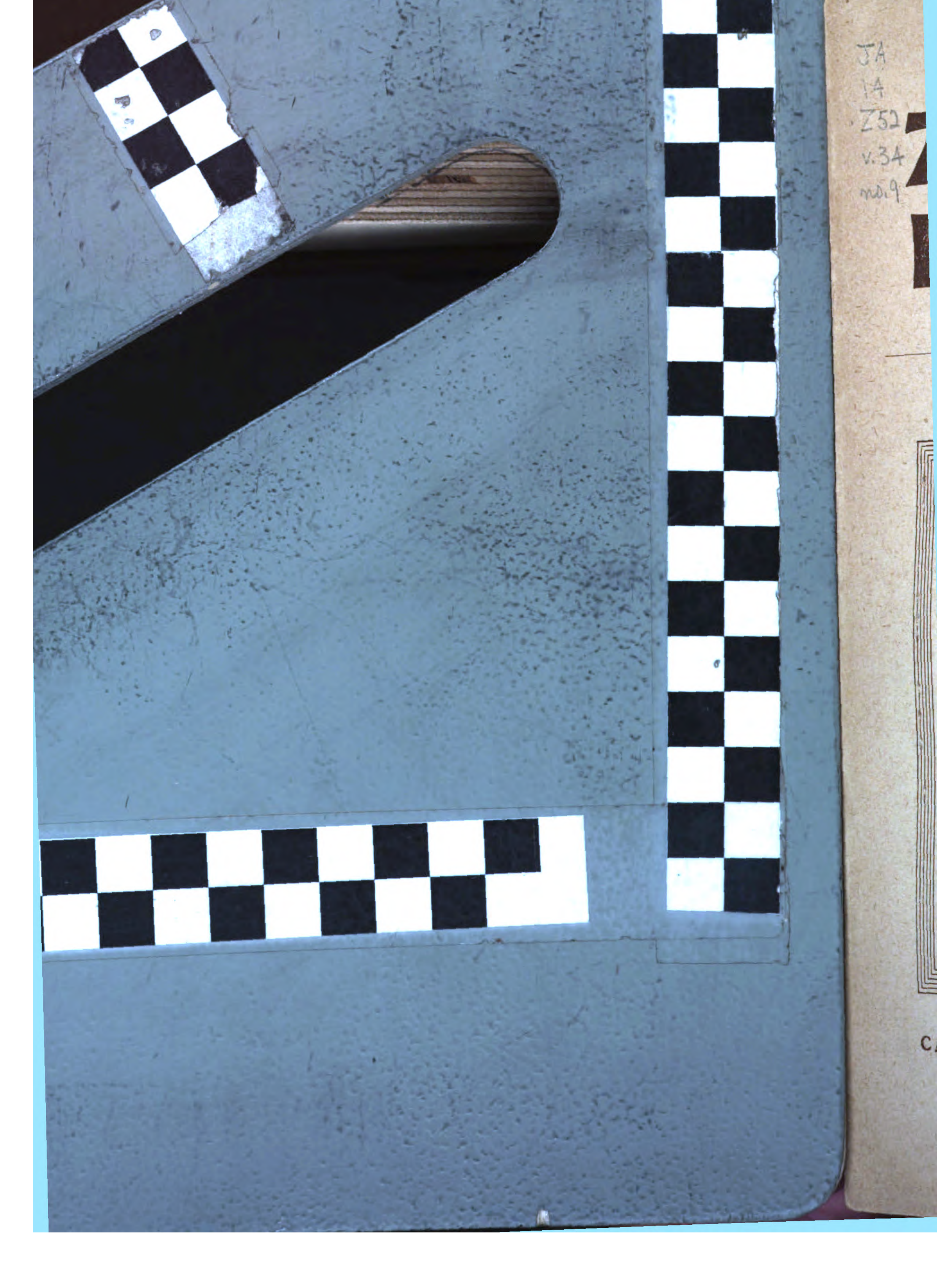











JA
1A
Z52
v.34
no.9

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W 8

34. BAND HEFT 9 SEPTEMBER 1944

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Reichsminister Herbert Backe, Reichsministerium für Ernährun und Landwirtschaft. Berlin W 8

Dr. Hans Kaiser, Göttingen, Mühlenstraße 4

Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Direktor der Abteilung Außenwirtschaftskunde im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Erich A. Krotz, Direktor des Deutschen Kulturinstituts in Barcelona, Barcelona, Avenida del Generalisimo Franco 532

Dr. Helmut Verleger, Abteilung Fennoskandien im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Prof. Dr. Josef März, Prag VII, Stroßmayerstr. 4/V

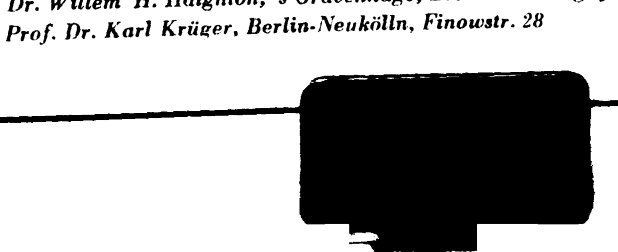
Dr. Anton Hantschel, Berlin-Friedenau, Grazer Platz 5

Heinz Barth, Hauptkorrespondent des Deutschen Verlages für Spanien in Madrid

Prof. Dr. Friedrich Wagner, Direktor der Abteilung Staats- und Kulturphilosophie im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Willem H. Haighton, 's Gravenhage, Louise de Colignystraat

Prof. Dr. Karl Krüger, Berlin-Neukölln, Finowstr. 28



ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom
DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und Ministerialrat Professor Dr. W. Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis: das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. zweimonatlich

34. BAND | SEPTEMBER 1944 | HEFT 9

Das Schicksal der europäischen Landwirtschaft

Von Reichsminister Herbert Backe)*

Verfolgt man die Agrarwirtschaftsgeschichte der verschiedenen europäischen Länder, so bietet sich auf engstem Raum ein getreues Bild der vielseitigen Folgewirkungen der sogenannten Weltarbeitsteilung. Entsprechend der geographischen Lage, den natürlichen Voraussetzungen und den Fähigkeiten der Völker entwickelten sich die verschiedensten Wirtschaftssysteme. So finden wir Länder, die sich bei der Versorgung ihrer Bevölkerung in starkem Maße auf die Produktion ihrer Kolonialgebiete stützten und dabei die heimische Wirtschaft vernachlässigten. Weiterhin gibt es solche, die unter dem Druck des Weltmarktangebotes bzw. der überseeischen Konkurrenz stark zur Monokultur tendierten, den organischen Aufbau ihrer Landwirtschaft zerstörten und damit ihre Krisenfestigkeit verloren. Andere wiederum waren bemüht, sich durch Autarkiebestrebungen von der Unsicherheit des Weltmarktes zu emanzipieren, während vor allem die Staaten im Norden und Nordwesten Europas — zum Teil bedingt durch Raumnot und Mangel an eigenen Produktionsmitteln — danach trachteten, durch den Aufbau einer möglichst umfangreichen Veredlungswirtschaft auf fremder Rohstoffbasis die heimische Bevölkerung zu versorgen und aus der Preisdifferenz zwischen

*) Vortrag vom 29. Juni 1944 in Den Haag.

überseeischen Rohstoffen und heimischen Veredlungsprodukten Gewinn zu ziehen.

Ebenso unterschiedlich wie die beschrittenen Wege waren auch die erzielten Erfolge, jedoch hingen diese zumeist nicht von den genannten Anstrengungen der Agrarbevölkerung ab, vielmehr von der Lage auf dem Weltmarkt, d. h. von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den wichtigsten Erzeugnissen. Eine Rekordernte bei Brotgetreide z. B. hatte auf dem Weltmarkt — dem Überangebot entsprechend — einen beachtlichen Preissturz zur Folge und vernichtete zwangsläufig die wirtschaftliche Grundlage der südosteuropäischen Getreideländer, deren Produktionskosten bei dem hohen Anteil an Handarbeit und dem infolge der finanziellen und Betriebsgrößenverhältnisse bedingten geringen Maschineneinsatz weit über denen der extensiv bewirtschafteten überseeischen Getreideländer lagen. Andererseits schuf die übernormale Getreideernte für die auf Getreideeinfuhr angewiesenen Veredlungsländer alle Voraussetzungen für einen hohen Veredlungsgewinn. Eine Trockenperiode z. B. mit einem entsprechend geringen Futteranfall bewirkte in den extensiven Viehzuchtländern der südlichen Hemisphäre einen großen Auftrieb an Schlachtvieh und löste bei den nordwesteuropäischen Veredlungsländern eine Absatzkrise für alle Fleischprodukte aus.

Zu diesen mehr oder weniger natürlich bedingten Versorgungsstörungen kam als wichtigstes die Tatsache, daß die Weltarbeitsteilung liberalistischer Prägung bewußt anglophil gestaltet wurde, mithin die wirtschaftliche Entwicklung so verlief, wie es den Interessen des englischen Mutterlandes und seines Empire entsprach. Es erübrigt sich wohl darzustellen, wie diese von England ausgehende und geistig fundierte liberale Weltarbeitsteilung funktionierte und zu welchen Verhältnissen sie in der uns interessierenden europäischen Landwirtschaft führte. Es soll auch nicht festgestellt werden, welche Erfolge oder Mißerfolge die verschiedenen Staaten mit den von ihnen entwickelten Methoden hatten. Festgestellt sei nur die Tatsache, daß die wirtschaftliche Realisierung des Liberalismus nicht dem Gemeinwohl der Völker der Erde diente, so wie es immer wieder hingestellt wurde, vielmehr nur wenige zum Nutznießer dieses Systems machte.

Schon der Weltkrieg 1914/18 zeigte mit Deutlichkeit, welchen Gefahren vor allem die europäischen Länder mit der Abhängigkeit vom Weltmarkt ausgesetzt waren. Zum erstenmal mußten Völker — auch solche, die nicht unmittelbar am Kriegsgeschehen beteiligt waren — bisher unbekannte Einschränkungen auf sich nehmen und erkennen, in welch starkem Maße eine wirtschaftliche Abhängigkeit zum politischen Druckmittel werden und zum Verlust der Handlungsfreiheit

führen konnte. Schon damals zogen gewisse Länder entsprechende Folgerungen. Sie strebten eine Autarkie an, verfielen dabei aber zumeist in den Fehler der extremen Umstellung, d. h. sie bemühten sich, auf Kosten des Lebensstandards ihrer Bevölkerung von allen Einfuhren hundertprozentig unabhängig zu werden.

Als die nationalsozialistische Bewegung 1933 an die Macht kam, und mit Verkündung des Agrarprogramms zur Erzeugungsschlacht aufrief, sahen viele Völker darin nicht nur eine Abkehr von der Weltwirtschaft, sondern ebenso vom europäischen Warenaustausch. Sie erkannten nicht, daß damit der erste vollgültige Versuch gemacht wurde, die Fesseln der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zu sprengen und die Voraussetzungen für eine europäische Arbeitsgemeinschaft zu schaffen. Die immer sichtbarer werdende Verlagerung der deutschen Einfuhr von Übersee nach Europa, die Anpassung der deutschen Importpreise an die europäischen Gestehungskosten und die in verschiedener Form zum Ausdruck kommende Unterstützung der europäischen Landwirtschaften aber ließen die wahre Tendenz des deutschen Strebens erkennen. Ohne einen direkten Kampf gegen die Weltarbeitsteilung liberalistischer Prägung — die ohnehin wegen vieler, vor allem im Rahmen des englischen Empire durchgeführter wirtschaftlicher Manipulationen illusorisch geworden war — schuf Deutschland durch die engere Gestaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu den europäischen Nachbarn die entscheidende Grundlage für eine europäische Arbeits- und Leistungsgemeinschaft. Die Einführung des Wirtschaftsvertrages, die Abstellung der Produktion auf die Bedürfnisse des Wirtschaftspartners und die Förderung des Agrarpotentials durch Zurverfügungstellung von wissenschaftlichen Ergebnissen und Bereitstellung von Betriebsmitteln aller Art waren von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufstieg Kontinentaleuropas. Damit wurden die Voraussetzungen für ein Funktionieren des Wirtschaftsablaufs geschaffen. Sie kamen jedoch nicht mehr voll zum Tragen, da sich in diesem Augenblick die liberalistischen Staaten mit Waffengewalt gegen unseren Kontinent wandten.

Zweifellos waren diese Erkenntnisse, als der neuerliche Weltkrieg ausbrach, noch nicht Allgemeingut der europäischen Völker. Viele sahen in ihnen nur eine Bevormundung und waren bemüht, den alten Kurs, den der arbeitsteiligen Weltwirtschaft, beizubehalten. Die ohne Rücksicht auf Neutralität durchgeführte anglo-amerikanische Blockade und die dadurch bedingten Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Versorgung vor allem mit Lebensmitteln trugen aber wesentlich dazu bei, auch die abseits stehenden Völker von der

Notwendigkeit einer europäischen Großraumwirtschaft zu überzeugen.

Fünf Kriegsjahre sind inzwischen ins Land gegangen, und dabei hat sich gezeigt, wie groß die Regenerationsfähigkeit der europäischen Landwirtschaften ist, die, vor eine große und einmalige Aufgabe gestellt, in der Lage sind, die Ernährung unseres von allen am dichtesten besiedelten Kontinents sicherzustellen. An die Stelle der Weltarbeitsteilung ist die europäische Arbeitsteilung getreten. Sie erfordert von allen Staaten große Umstellungen, die um so bedeutender sind, je mehr ein Land seine Ernährungsbasis in andere Räume verlagert hatte. Das gilt vor allem von den nordwesteuropäischen Veredlungsländern, also auch für die Niederlande.

Vergegenwärtigen wir uns kurz die besonderen Verhältnisse, unter denen die niederländische Landwirtschaft zu arbeiten hatte. Bei einer Bevölkerungsdichte von 275 Menschen je qkm entfallen nur 0,26 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auf jeden Einwohner. Diese Raumnot war zusammen mit den klimatischen Gegebenheiten die Ursache für die besondere Förderung von Spezialkulturen, die höchste Erträge je Flächeneinheit hervorbrachten. Der Ausbau der tierischen Veredlung auf fremder Futterbasis geschah unter dem Einfluß einer starken Nachfrage der benachbarten Länder. So erklärt es sich, daß den Agrarprodukten in der Handelsbilanz eine bedeutende Rolle zukam, die wertmäßig rund 50 % ausmachten. Im Durchschnitt der Jahre 1937—1939 lag der Ausfuhrüberschuß bei rund 100 Millionen Gulden. Betrachtet man den Agraraußenhandel nicht vom Geldwert, sondern im Hinblick auf die Produkte und ihren Nährwert, so stellt sich uns ein Bild dar, das zur Grundlage einer kritischen Betrachtung werden kann. Rechnet man nämlich die eingeführten Futtermittel und die exportierten Veredlungsprodukte in Getreidewert um, so ergibt sich, daß nur ein Teil der eingeführten Mengen wieder zur Ausfuhr gelangte. So wurden z. B. von den eingeführten Ölkuchen und den aus importierten Ölfrüchten gewonnenen Futtermitteln nur etwa 50 % zur Exportproduktion verwandt. Beim Futtergetreide betrug der Exportanteil im Durchschnitt noch nicht 40 %. Handelte es sich bei diesen Produkten also nur zum geringen Teil um Erzeugnisse des niederländischen Bodens, so traf das in gewisser Hinsicht auch für die Acker- und Gartenerzeugnisse zu, die — unter Zuhilfenahme importierter Betriebsmittel — produziert und veredelt wurden. Die Konservierung von Obst und Gemüse, die Verarbeitung der Kartoffeln zu Stärkemehl und von importiertem Mais zu Maisstärke sind Beispiele, die durch andere ergänzt werden können und beweisen, daß der Veredlungswirtschaft im

Rahmen der niederländischen Landwirtschaft die größte Bedeutung zukam und auch in Zukunft zukommen wird.

Die wirkliche Leistung des niederländischen Bodens für die Versorgung der heimischen Bevölkerung lag zwischen 65 und 70 %, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß dieser Anteil auch auf dem Einsatz importierter Düngemittel, Maschinen usw. beruhte. Als deshalb zu Beginn des Krieges die englische Blockade einsetzte, stand man vor dem schwierigen Problem der Ernährungssicherung und glaubte es anfänglich durch die Anlage großer Vorräte lösen zu können. Da die Engländer aber nur eine Einfuhr in Höhe des laufenden Eigenbedarfs gestatteten, bedeutete der von der holländischen Regierung eingeschlagene Weg keine Lösung. Erst die Besetzung der Niederlande stellte die Landwirtschaft vor eine totale Aufgabe, galt es doch, die heimische Scholle zur ausschließlichen Ernährungsbasis zu machen. Das setzte viele Einschränkungen voraus und erforderte vor allem eine bedeutende Umstellung der hochgezüchteten tierischen Veredlungswirtschaft. Berücksichtigt man, daß in den Hühnerfarmen der Jahresverbrauch je Huhn 40 Kilo Getreide betrug, die heutige Normalverbraucherration an Getreide also dem Verbrauch von $2^{1}/_{2}$ Hühnern entspricht, so ist es selbstverständlich, daß ein Veredlungsverlust von 90 % nicht in Kauf genommen werden kann, wenn die Brotversorgung zu sichern ist. Deshalb war es vor allem notwendig, die Hühnerbestände abzubauen und auch bei der Rindvieh- und Schweinehaltung, die im Durchschnitt mit einem 70%igen Veredlungsverlust rechnet, entsprechende Einschränkungen vorzunehmen. Auf der anderen Seite waren auf dem Gebiet der Bodenproduktion gewisse Umstellungen erforderlich, einmal durch den verstärkten Anbau von Hack- und Ölfrüchten, zum anderen durch den Umbruch von Grünland und seine Bewirtschaftung als Ackerland. Bedenkt man, daß ein Hektar Ackerland bei intensiver Bewirtschaftung ungefähr das Dreifache an Nährwerten hervorbringt wie ein Hektar Grünland, so wird verständlich, welche Bedeutung diese Aktion für die Ernährungssicherung der niederländischen Bevölkerung hatte. Es ist selbstverständlich, daß diese Umstellung einen längeren Zeitraum beanspruchte, einmal weil die Landwirtschaft auf Jahre hinaus disponieren muß, zum anderen, weil eine verfehlte Struktur sich nachteilig auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken muß. So war es erforderlich und muß auch für alle Zeiten beachtet werden, daß der Charakter der Veredlungswirtschaft in der niederländischen Landwirtschaft gewahrt bleibt. Andernfalls besteht Gefahr, daß ein Teil der niederländischen Bauern verarmt und andere ihre Scholle verlassen müssen, um den Zurückbleibenden die Basis für eine exten-

siver betriebene Landwirtschaft zu geben. Eine solche Entwicklung würde aber auch für die kontinentaleuropäische Ernährungswirtschaft große Gefahren auslösen. Obliegt der niederländischen Landwirtschaft doch die Aufgabe, wesentlich zur Versorgung der westeuropäischen Industriebevölkerung beizutragen. Deshalb war es notwendig, die Kenntnisse, Erfahrungen und Leistungen der niederländischen Landwirte voll zu nutzen und ihnen im Rahmen des Möglichen bei der Entwicklung von Spezialkulturen die notwendige Bewegungsfreiheit zu lassen. Deshalb blieben auch der Blumenzwiebelanbau, Baumschulen, Blumenzüchtereien usw. in ihrem Kern erhalten, während man bei der Vieh- und Geflügelhaltung den Bestand des wertvollen Zuchtmaterials sicherte.

Aus der Erkenntnis heraus, daß diese bedeutenden Umstellungen nicht auf freiwilliger Basis durchgeführt werden konnten, mußten die notwendigen Maßnahmen vom Staate befohlen und ihre Durchführung überwacht werden. Wurde auf der einen Seite mit einem gewissen Zwang gearbeitet, so regte man andererseits den Leistungswillen des niederländischen Bauern durch die Gewährung von Prämien und die Heraufsetzung von Preisen an. Hand in Hand mit den Produktionsmaßnahmen wurden marktordnerische Maßnahmen durchgeführt, wobei die bewährte Organisation des Reichsnährstandes in Deutschland als Vorbild diente.

Die hier nur angedeuteten Maßnahmen führten zu einer Entwicklung, die in folgenden Zahlen ihren Niederschlag findet:

Von 1940—1943 konnte die Ackerfläche in Auswirkung der Grünlandumbruchaktion um rund 180 000 ha ausgedehnt werden. Der Brotgetreideanbau erfuhr eine Ausweitung um 25 %, der Kartoffelanbau um 71 % und der Ölsaatanbau sogar um 1700 %. Wegen der fehlenden Einfuhren und der verringerten Futterfläche wurde der Viehbestand abgebaut, und zwar entsprechend der Neuaufbauzeit am stärksten beim Geflügel und bei den Schweinen. Vergleiche zwischen der vorhandenen Futterfläche und dem Viehbesatz, der nach der Umstellung vorhanden ist, lassen erkennen, wie gut es gelungen ist, die theoretischen Berechnungen mit der Praxis in Übereinstimmung zu bringen. Der erzielte Erfolg ist nicht zuletzt das Verdienst des niederländischen Bauern, der — einmal seine große Aufgabe erkennend — verantwortungsbewußt an die gewünschte Umstellung ging. Heute können wir wohl sagen, daß für die Kriegszeit der Umstellungsprozeß zum Abschluß gekommen ist. Nunmehr geht es in erster Linie darum, das erreichte Ergebnis zu halten. Die unter großen Schwierigkeiten gewonnene Anbaustruktur wird daher die Grundlage für eine friedensmäßig betriebene Landwirtschaft darstellen.

Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Entwicklung — wie ich sie jetzt am Beispiel Hollands gezeigt habe — offenbart nachdrücklich, daß der Liberalismus, das Zeitalter des freien Spiels der Kräfte, sein Ende gefunden hat. Von der wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtung her mag man sich darüber streiten, ob der Liberalismus gut oder böse gewesen ist, ob er notwendig war oder nicht. Für die Entwicklung des technischen Jahrhunderts mag sogar eine Zeitlang die Entfesselung aller ichsüchtigen Kräfte notwendig gewesen sein. Heute jedoch erkennen wir, daß er den einzelnen Völkern Wirtschaftsformen aufgezwungen hat, die immer mehr den wirtschaftlichen Ruin dieser Völker bedeuten. Die Lehre, daß ein höchstes Maß an Wohlfahrt des einzelnen jeder Nation sich nur aus der Entfesselung des rücksichtslosen Individualismus und dem Außerachtlassen jeglicher organischen Bindung ergeben könnte, ist zusammengebrochen. Vor allem darf man eines nicht vergessen: Der Liberalismus hat die Völker des Kontinents ihrer nun einmal geschichtlich gegebenen europäischen Aufgabe entfremdet.

Die liberalistische weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ist nicht deshalb zusammengebrochen, weil die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten falsch waren, nach denen sie sich entwickelt hatte, sondern weil ihr eine zentrale Ordnung fehlte. Dieses Fehlen einer zentralen Ordnung lag im Prinzip des Liberalismus begründet. Es gab weder eine Bindung der einzelnen Mitglieder an Grundsätze einer lebensnahen Wirtschaftsordnung, noch eine zentrale Führung, die sich für das Wohl und Wehe der einzelnen Völker und ihrer Angehörigen verantwortlich fühlte. Die liberalistische Weltwirtschaft mußte vergehen, weil der Weltarbeitsteilung, auf der sie beruhte, die entscheidende Voraussetzung fehlte: die Gemeinschaft aller Beteiligten, das gegenseitige Verantwortungsgefühl. So löste sich die Weltwirtschaft zwangsläufig in eine neue Gliederung auf, die vom Selbständigkeitswillen der einzelnen Großräume getragen wurde. In dem Augenblick, da die Weltarbeitsteilung nicht mehr genügend Raum für jeden wirtschaftlichen Egoismus bot, überschlug sie sich und führte nun aus dem gleichen Egoismus heraus zu den Autarkiebestrebungen abgeschlossener Großräume. Diese Entwicklung ist durch den Krieg nicht etwa eingeleitet, sondern nur beschleunigt worden. Europa und mit ihm jeder europäische Staat muß sich mit dieser Tatsache abfinden und die daraus einzig mögliche Konsequenz ziehen, nämlich die Mitarbeit an der Schaffung einer neuen europäischen Lebensordnung. Für nichts anderes hat Deutschland seit der Revolution 1933 gekämpft. Das deutsche Ordnungsprinzip im europäischen Raum berücksichtigt aus seinem Verantwortungsgefühl für

Europa daher auch zwangsläufig die natürlichen Produktionsbedingungen und die nationalen Eigenkräfte der einzelnen Volkswirtschaften und macht sie für die europäischen Gesamtinteressen dienstbar.

Es wäre aber völlig verfehlt, zu glauben, daß die weltwirtschaftliche Periode, die wir als abgeschlossen betrachten müssen, nun dadurch abgelöst werden könnte, daß wir das Rad der Entwicklung heute wieder zurückdrehen und etwa von der Verkehrswirtschaft zu sich selbst genügenden kleinen Volkswirtschaften, d. h. zu einer Unzahl von Autarkien oder gar zur geschlossenen Hauswirtschaft zurückkommen. Eine solche rückläufige Entwicklung ist schon deshalb untragbar, weil damit die Grundlage für notwendige bevölkerungspolitische Entwicklungen der europäischen Nationen zerstört würde. Wir könnten mit diesen zeitlich überholten Wirtschaftsformen gar nicht die Menschen ernähren, die Europa für seinen politischen und kulturellen Fortbestand benötigt.

Auch für die Großraumwirtschaft, die sich heute im europäischen Lebensraum anbahnt, gilt das Gesetz, daß der vorhandene Bedarf durch eine möglichst große Erzeugung bei möglichst geringem Einsatz von Erzeugungsmitteln gedeckt werden muß. Dieses Ziel aber ist ohne eine Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedern der europäischen Lebensraumgemeinschaft gar nicht zu erreichen. Es wird Deutschland so oft fälschlicherweise nachgesagt, daß es die Absicht habe, auf der Grundlage einer engen Autarkie seine Ernährung selbst zu sichern und in keiner Weise auf die Erzeugung der übrigen europäischen Agrarländer zurückzugreifen. Nicht nur die Entwicklung dieses Krieges, sondern vor allem auch die Entwicklung seit der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Kriegsbeginn haben hinlänglich bewiesen, daß Deutschland gewillt ist, auf der Grundlage einer klaren Ordnung innerhalb des Großraumes Europa und unter Berücksichtigung der besonderen Wirtschaftsbedingungen und Erzeugungsmöglichkeiten der einzelnen europäischen Länder eine klare, geordnete und damit sicherlich erfolgreiche Arbeitsteilung aufzubauen, die allein sich zum Wohle der europäischen Gesamtheit auswirken kann.

Die wirtschaftspolitische Verantwortung, die für jedes europäische Volk aus dieser Aufgabe entsteht, ist besonders groß. Und nur aus dem Gefühl dieser Verantwortung für den gesamteuropäischen Wirtschaftsraum hat Deutschland das Recht abgeleitet, in dieser Entwicklung die wirtschaftspolitische Führung zu beanspruchen. Eine sinnvolle Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft und damit im weiteren Wirtschaftsgeschehen überhaupt ist in Europa

nur dann möglich, wenn Deutschland als der Schwerpunkt in der Mitte Europas nicht allein den Hauptmarkt darstellt, sondern darüber hinaus auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht für die europäischen Länder richtungweisend sein kann. Stand in der von England entwickelten Weltwirtschaft das Kapital und das Gelddenken im Mittelpunkt aller Erwägungen, in der Erwartung, daß sich um das Geld herum eine sinnvolle Ordnung von selbst ergeben würde, so muß nun die europäische Großraumwirtschaft von der Überlegung ausgehen, daß der Bedarf der Völker das Primäre zu sein hat und daß dieser Bedarf auf die sinnvollste und einfachste Weise gedeckt werden muß zum Wohle der einzelnen europäischen Nationen und des europäischen Menschen überhaupt. Denn es ist das Kennzeichen unserer heutigen Auffassung, daß die rein wirtschaftlichen Faktoren ihre Vorherrschaft verloren haben und daß das Volk und der Mensch in den Mittelpunkt aller Erwägungen treten. Den Wert und den Erfolg aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen kann man demnach nur daran ermessen, wieweit sie sich zum Wohle der Völker ausgewirkt haben oder noch auswirken. Daraus ergibt sich wieder, daß die Wirtschaft als Dienerin der Politik nur dann sinnvoll gestaltet werden kann, wenn sie in einer festen, klar umrissenen Bindung an die politischen Erfordernisse gestaltet wird. Nur durch eine solche Bindung, die sich allerdings nicht nur auf einen Teil der Wirtschaft erstrecken kann, sondern neben der Landwirtschaft auch alle übrigen Zweige der Wirtschaft umfassen muß, kann die Wirtschaft zu jenem Hilfsmittel des politischen Geschehens werden, das wir bei der Dringlichkeit der großen politischen Forderungen unserer Zeit unbedingt benötigen. Die Erfolge der nach diesen Grundsätzen ausgerichteten deutschen Agrarpolitik sprechen hier eine nur zu deutliche Sprache. Ohne heute auf diese Erfolge im einzelnen eingehen zu müssen, muß ich doch immer wieder feststellen, daß es allein das Prinzip der gebundenen Wirtschaft gewesen ist, welches diese großen Erfolge hat möglich werden lassen. Nur die Einordnung aller wirtschaftlichen Vorgänge einerseits und der Versorgung der Völker andererseits in ein nach politischen Grundsätzen ausgerichtetes wohldurchdachtes und klargeordnetes Ganzes hat uns in die Lage versetzt, die Arbeits- und Lebenskraft des deutschen Volkes in diesem schwersten aller Kriege in einer Weise zu sichern, die mit den Verhältnissen des ersten Weltkrieges überhaupt nicht verglichen werden kann. Auch die europäische Lebensgemeinschaft wird sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung nur dann sicher auf eigenen Füßen stehen können, wenn es gelingt, auf dem wirtschaftlichen Sektor Gesamteuropas dieselbe Klarheit und sinnvolle Ordnung herzustellen.

In diesem Zusammenhang muß ich ein Wort an die Agrar- und Wirtschaftswissenschaftler ganz Europas richten. Die Neuordnung des europäischen Lebensraumes vollzieht sich um so schneller, wenn auch sie ihren Beitrag dazu leisten. Das wirtschaftspolitische Geschehen unserer Zeit bedarf der wissenschaftlichen Untermauerung. Wir wollen dabei nicht das Beispiel Englands wiederholen, das seine wirtschaftspolitischen Grundsätze zu einem wissenschaftlichen Dogma entwickeln ließ und damit die ganze Welt liberalistischen Grundsätzen unterwarf. Leider haben sich nur wenige europäische Wissenschaftler dem Banne dieses Dogmas entziehen können. So kommt es, daß die europäische Wirtschaftswissenschaft jenen englisch-jüdischen Wissenschaftlern vom Schlage eines Ricardo Hilfsstellung gab, die sich bemühten, dem Liberalismus einen wissenschaftlichen Unterbau zu geben. Einer der wenigen, die sich von der Schule des Liberalismus nicht einfangen ließen, die auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse die organische Bindung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen erkannten, war *Johann Heinrich von Thünen*. Mit seiner Eingliederungslehre hat er uns die Grundlage und das Wissen für die Beantwortung der Frage gegeben, in welcher Weise eine gesunde wirtschaftspolitische Ordnung und sinnvolle Arbeitsteilung innerhalb Europas aufgebaut werden kann. Aus seinem Werk können wir die Gesetze entnehmen, nach denen einmal die Eingliederung der verschiedenen Zweige der landwirtschaftlichen Erzeugung in die gesamte Landwirtschaft zu erfolgen hat, nach denen aber darüber hinaus auch die Ernährungswirtschaft einzugliedern ist in den Rahmen der gesamten Volkswirtschaft überhaupt. Die Thünensche Eingliederungslehre, die ja nicht nur auf die zu seiner Zeit herrschenden Verhältnisse anwendbar ist, sondern gerade wegen ihrer allgemeingültigen Formulierungen für alle Verhältnisse zutrifft, hat zeitlosen Charakter, weil sie die Zusammenhänge der verschiedenen betriebswirtschaftlichen Zweige des Landbaues, ihre Beziehungen zueinander und ihre Einordnung in größere umfassende Zusammenhänge vom kleinsten Bauernbetrieb über die Volkswirtschaft bis zu einer Großraumwirtschaft zu klären imstande ist. Ich bin der Überzeugung, daß ohne die Thünenschen Erkenntnisse eine Landwirtschaft bzw. eine Volkswirtschaft und darüber hinaus eine Großraumwirtschaft weder wirtschaftlich noch politisch verstanden oder gestaltet werden kann. Ich möchte weiter behaupten, daß sich aus Thünens Werk auch diejenigen Gesetze werden ableiten lassen, nach denen innerhalb der gesamten Agrarpolitik die Ernährungswirtschaft in ein geordnetes Verhältnis zu den beiden anderen großen Aufgaben des Bauerntums, nämlich den Bluts- und

Kulturfragen, zu bringen ist. Gerade in einer derartigen Einordnung der Ernährungswirtschaft in die gesamte Agrar- und Wirtschaftspolitik sehe ich die wesentliche Aufgabe einer zukünftigen landwirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker. Aus der Erkenntnis dieser Tatsachen heraus habe ich mich seinerzeit entschlossen, eine wissenschaftliche Gesellschaft zur Erarbeitung des Thünenschen Werkes ins Leben zu rufen und damit den Auftrag zu geben, die notwendigen wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen für die Gesetze der landwirtschaftlichen und darüber hinaus der gesamten wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der Völker des europäischen Kontinents zu erarbeiten. Ich hoffe, daß sich an dieser grundlegenden wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit die besten Köpfe der europäischen Wissenschaft beteiligen und daß vor allem die Agrar- und Wirtschaftswissenschaftler der Niederlande hier eine Aufgabe erkennen, die nicht nur die Niederlande und Deutschland angeht, sondern von größter Bedeutung für die Gestaltung des europäischen Lebensraumes werden kann.

Nach dem Zusammenbruch der liberalistischen Weltwirtschaft haben wir alle die Pflicht, an einer neuen Ordnung der agrarpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mitzuarbeiten. Ja, wir sind zu dieser Aufgabe geradezu gezwungen, weil sonst der politische Bestand Europas infolge fortschreitender Gefährdung unserer biologischen Kraft einerseits und infolge Untergrabung unserer kulturellen Werte durch den jüdischen Amerikanismus und Bolschewismus andererseits in Frage gestellt wird. Europa hat lange genug Mächten angehangen, die seinen Zerfall wollten. Es ist Jahrzehnte hindurch einen Weg gegangen, der zu seinem Niedergang führen mußte. Die politische und weltwirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 150 Jahre bedeutet nichts anderes als eine andauernde Schwächung der europäischen Lebenskraft und die Zersetzung seiner natürlichen Lebensgrundlagen. Europa muß darum den Weg zu sich selbst zurückfinden. Zuerst hat Deutschland durch die nationalsozialistische Revolution zu seiner europäischen Aufgabe zurückgefunden.

Die meisten Menschen sehen in einer Revolution oder in einem Kriege vom Ausmaß des jetzigen zunächst nur die negative Seite des Ereignisses: sie sehen nur, daß Formen, die in Jahrzehnten oder in Jahrhunderten sich herausgebildet haben, gestürzt und zerbrochen wurden. Dabei sollten sie alle aus der Geschichte gelernt haben, daß tragende Ideen stets nur durch große Erschütterungen Leben gewannen. Das ist ein Gesetz des Lebens, des Kampfes. Ist es nicht seltsam, daß diese Menschen für die Vergangenheit durchaus die Notwendigkeit solcher Revolutionen oder Erschütterungen bejahen,

während sie diese für die Gegenwart ablehnen? Für die Vergangenheit erkennen sie an, daß für die zerbrochenen Formen neue, größere, lebensbejahendere entstanden sind; für die Gegenwart aber ist ihnen das Neue, Bessere nicht bewußt. Es ist immer so in der Geschichte, daß zu Beginn es immer nur wenige sind, die neben der Erkenntnis, daß die bisherigen Formen nicht in die Zukunft weisen, auch noch den Glauben an eine neue Idee aufbringen und nicht resignieren, sondern sich auch restlos für die neue Idee einsetzen. In dem Maße aber, wie die Idee sich als total im Sinne der Lebensgesetze erweist, zieht sie alle Menschen in ihren Bann. Die Opfer aber, die jeder Umbruch zu einer neuen Lebensform fordert, werden verringert in dem Maße, je schneller und je umfassender die Menschen sich für diese neue Idee einsetzen. Wenn wir Nationalsozialisten auf die zwei Jahrzehnte unseres Kampfes in Deutschland zurückblicken, dann müssen wir feststellen, daß auch die unter uns, die die ersten Bekenner des Führers und seiner Idee waren, nicht als solche zur Welt kamen, sondern einmal die Krise in sich durch den Glauben an die neue Idee überwinden mußten. Die Idee aber und der Glaube daran waren so stark, daß sie schließlich auch die Lauen, die Abseitsstehenden ergriffen. Heute gibt es in Deutschland keine Debatte mehr über die Notwendigkeit des Nationalsozialismus. Auch die europäische Aufgabe, die der Führer dem deutschen Volke gestellt hat, wird heute vom ganzen deutschen Volke verstanden. Millionen von Deutschen können sich eine andere Einstellung, als sie sie heute zum Führer und zum Nationalsozialismus haben, gar nicht mehr vorstellen, obgleich sie noch vor einem Jahrzehnt resigniert ohne jeden Glauben abseits standen oder als Anhänger einer falschen Idee dagegen kämpften. Was Deutschland in dem letzten Jahrzehnt erlebt hat, macht jetzt Europa durch. Und genau so, wie das Dritte Reich eine Realität geworden ist, wird auch das neue Europa eine Realität werden. Und genau wie dort werden auch in Europa Millionen von Menschen gar nicht mehr verstehen, daß sie zur Zeit, als es darauf ankam, um die Idee zu kämpfen, abseits standen. Sie werden die Augen vor ihren Kindern und Kindeskindern niederschlagen müssen, wenn jene — im neuen Lebensgefühl wurzelnd — dermaleinst fragen, wo sie in dieser Geburtsstunde Europas gestanden haben. Dieses neue Europa aber kommt! Dafür sorgen schon die Feinde Europas, deren Kriegsmethoden mehr und mehr zeigen, daß ihnen nicht nur an Europa nichts gelegen ist, sondern daß ihre Idee das Ende Europas bedeutet. Damit sich aber der Neuaufbau Europas bald vollziehe, hat neben dem Zwang, der von der gegnerischen Seite kommt, die Bejahung der Europäer zu stehen.

Das neue Europa ist trotz aller „Attentisten“ nicht aufzuhalten. Die Einsichtigen aller Völker des Kontinents haben erkannt, daß es heute nur eine Entscheidung gibt: Entweder ein freies, selbständiges Europa oder eine bolschewistische Willkürherrschaft. Für jeden Einsichtigen kann es darum heute nur das Ziel geben, das auch das Ziel des deutschen Kampfes ist: Politische, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit des Kontinents und Sicherung eines ständig wachsenden Lebensstandards der europäischen Völker.

Dieses neue Europa aber ist bereits Wirklichkeit. Es arbeitet in Ordnung und Disziplin mit ständig wachsenden Leistungen für die Verteidigung der europäischen Einheit und der europäischen Gemeinschaft gegen die geplante Vernichtung durch die europafeindlichen Mächte.

Europa und die „Pax Muscovita“

Die Illusionen der „Pax Britannica“ und der europäische Friede

Von Hans Kaiser

„Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges erreichte das britische System sein Ende — um niemals wieder zu erstehen.“[1]) So lautet inmitten des Zweiten Weltkrieges, den Großbritannien zur gewaltsamen Rückführung der Pax Britannica für erforderlich hielt, die programmatische Feststellung über das Ende der Pax Britannica in dem Bericht einer unter den Auspizien von *Henry R. Luce*, von dem bereits im Februar 1941 die Proklamation des „Amerikanischen Jahrhunderts“ erfolgte, zusammengetretenen Kommission amerikanischer politischer Publizisten, die außer Mitarbeitern der Zeitschriften „Time“, „Life“ und „Fortune“ einen besonderen Stab von „Spezialisten“ unter Leitung von *Raymond Leslie Buell* umfaßte. Die Zeit, in der „Großbritannien der hauptsächliche Führer in der Weltpolitik war“, habe die hundert Jahre von 1815 bis 1914 umfaßt. „Jene Epoche ist beendet, und keine Epoche kann jemals in irgendeiner Weise zurückgeführt werden.“[2]) Englands große Zeit wäre das 19. Jahrhundert mit dem für London so einträglichen Freihandelssystem gewesen, nachdem die Ideen von *Adam Smith* über den Merkantilismus triumphiert hatten. „Als eine Folge hiervon trat Großbritannien nun in die Periode seines größten Wohlstandes

[1]) With the outbreak of World War I, the British system came to an end — never to be reborn.

[2]) That epoch has ended and no epoch ever can be in any sense whatever recreated.

ein, welche, abgesehen von gelegentlichen Unterbrechungen, bis zum Ersten Weltkriege dauerte. Die totale Tonnage, welche britische Häfen anlief und verließ, stieg von 14 300 000 im Jahre 1847 auf 58 700 000 im Jahre 1880. Zwischen 1865 und 1880 trat eine sechsfache Steigerung der britischen Stahlproduktion ein.“ Nach dem Aufkommen starker wirtschaftlicher und machtpolitischer Kraftzentren innerhalb und außerhalb Europas zerbrachen die Grundlagen des britischen Systems.

„Die Weltpolitik Britanniens hing sowohl von wirtschaftlicher wie auch maritimer Macht ab. Britannien basierte seine Sicherheit auf eine Marine, welche im Jahre 1805 bei Trafalgar ihre Überlegenheit begründet hatte und die auch formell noch nach 1889 den maritimen Zweimächtestandard aufrechterhielt — d. h. den Anspruch auf eine Marine, die ebenso stark war wie die der beiden führenden Rivalen zusammengenommen. Wie Kapitän Mahan ausführte, beruhte die Grundlage von Britanniens Weltmacht nicht allein auf seiner Marine. Sie beruhte auch auf der Geographie. Als Inselmacht brauchte Britannien seine Kräfte nicht durch das Befestigen von Landgrenzen oder durch das Aufstellen von Heeren zu vergeuden. Angesichts seiner geographischen Lage, dem Kontinent vorgelagert, und angesichts seiner Festsetzung in Gibraltar und in Suez konnte die britische Flotte Europa bequem blockieren, da es die Engpässe des Kontinents fest in Händen hielt. Die britische Politik strebte danach, ähnliche Engpässe überall in der Welt in Händen zu halten, sei es auf den Falklandinseln, in Singapur oder am Kap der guten Hoffnung ... Britanniens Macht im 19. Jahrhundert beruhte nicht nur auf der Marine und einer geschickten Diplomatie, sondern auch auf einer planmäßigen Wirtschaftspolitik. Nach der Annahme des Goldstandards im Jahre 1821 entwickelte sich das Pfund Sterling zu einer Weltwährung, zu der die Geschäftsleute überall Vertrauen hatten. Im Zeichen des Freihandels nahm der Warenexport und die Dienstleistungen von Britannien gewaltig zu ... Das britische System dauerte so lange, wie die britische maritime und industrielle Überlegenheit unangefochten blieb.“

Wie sich in Übersee die Vereinigten Staaten zu einer immer stärkeren Konkurrenz für Großbritannien entwickelten, so erstarkte in Europa das Deutsche Reich und schränkte dadurch den politischen und wirtschaftlichen Einfluß Englands auf dem Kontinent ein. Außerdem zeichneten sich immer deutlicher Streitobjekte zwischen der britischen und russischen Politik ab. Das von Großbritannien nach der Jahrhundertwende zur Einkreisung des Reiches entwickelte Bündnissystem war ein Zeichen des Schwindens seiner früheren Position.

„Das Aufkommen solcher neuen Machtzentren bedrohte die Existenz des britischen Empire. Am Ende des 19. Jahrhunderts sah sich Britannien Meinungsverschiedenheiten gegenüber mit dem Kaiser hinsichtlich des Burenkrieges und mit Rußland hinsichtlich dessen Absichten auf China, Persien und die Dardanellen. Im Hinblick auf diese sich ändernde Machtstellung konnte Britannien sein weltpolitisches System (world system) nur dadurch fortsetzen, daß es die ‚splendid isolation‘ aufgab und daß es Bündnisse schloß, die die Zusammenarbeit mit befreundeten Flotten sicherstellen sollten. Als Amerika die Idee einer Allianz zurückwies, kam Britannien im Jahre 1902 zu Abmachungen mit Japan

und mit Frankreich in der ‚Shadowy Entente Cordiale' des Jahres 1904. Aber diese ‚uneasy balance of power' konnte den Frieden nicht dauernd aufrechterhalten. Um 1914 war die Suprematie der britischen Flotte auf den sieben Meeren ernstlich unterminiert."

Die Amerikaner, die den Ersten Weltkrieg zur Stärkung ihrer eigenen macht- und wirtschaftspolitischen Position durch Schwächung Großbritanniens benutzten, sehen in dem Zweiten Weltkrieg die große Chance zur Fortsetzung dieser Politik. Der Wunsch zur Beerbung Großbritanniens geht parallel mit dem Verlangen nach Ausschaltung jeder europäischen Widerstandsmöglichkeit gegen den Wirtschaftsimperialismus der USA. Die Vereinigten Staaten wünschen ein Britannien, das „als eine Bastion, die den Atlantik vor expansionistischen Kontinentalmächten schützt", dient.

„Das britische Commonwealth als Ganzes beherrscht wichtige Seerouten in zwei Hemisphären, Seefahrtsstraßen, deren Verlust nicht nur das Vereinigte Königreich, sondern auch die USA. gefährden würde. Von sich aus wird Großbritannien die Kraft fehlen, das Commonwealth gegen neue Machtzentren zu verteidigen, die nach diesem Kriege entstehen werden. Nur mit starker amerikanischer Unterstützung können diese vitalen britischen Positionen in der Zukunft gehalten werden. Selbst wenn Amerika den größten materiellen Zuschuß zu einer Verbindung mit Britannien leistet — ebenso wie gegenüber den anderen Vereinigten Nationen —, so werden wir unsererseits dennoch außerordentlich profitieren von Britanniens Geschicklichkeit und Erfahrung auf verwaltungsmäßigem Gebiet und davon, daß wir ständigen Zugang zu den britischen Stützpunkten in jedem Ozean erhalten und daß wir an den Rohmaterialien und den Märkten weitgehend teilhaben ... Amerika braucht nicht mehr länger zu befürchten, daß Britannien eine Verbindung beherrschen wird, zu der wir gehören ... Das Marineprogramm der USA., das sich jetzt im Bau befindet, wird uns eine Flotte geben, die bei weitem stärker ist als die britische Marine (The U. S. naval program actually under construction will give us a fleet far stronger than the British Navy ...). Es besteht wenig Gefahr, daß Britannien die amerikanische Massenproduktionsindustrie ernstlich beeinträchtigen kann trotz unserer höheren Löhne, einfach wegen unserer beständig fortschreitenden Technik, die die Kosten pro Einheit senken wird. Außerdem sind im Unterschied zu Britannien unsere wesentlichen Industrieanlagen nach der Beendigung dieses Krieges nicht durch Bombenangriffe beeinträchtigt."

Der aus Schottland stammende Stahlmagnat der USA., *Andrew Carnegie*, hatte bereits im Jahre 1907 in einer Untersuchung über die Wechselbeziehungen zwischen Deutschland, Europa, Amerika und England neben der europäischen Mission des Reiches die unaufhaltsame Aufsaugung Englands durch die Vereinigten Staaten herausgestellt. Er hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß auch ein Zusammenschluß der Weltreichsteile keine ausreichende Sicherung Londons gegenüber USA. bedeuten würde.

„Mein Thema ist die industrielle Machtverteilung der Welt gewesen; einstmals war es England, jetzt ist es sein geradliniger Abkömmling, der die industrielle Krone trägt. Die alte Heimat ist zu klein, um unter einigermaßen annehmbaren

Bedingungen materielle Güter zu erzeugen, die an Menge sich mit denen eines Kontinents so groß wie Europa messen könnten. Das ist physisch unmöglich, und selbst England kann keine Unmöglichkeiten verwirklichen, so große Taten es auch vollbracht hat. Aus demselben Grunde kann es auch nicht hoffen, in der nächsten Zukunft mit der Produktion von Deutschland gleichen Schritt zu halten und noch weniger in viel späteren Tagen mit der von Rußland. Eine Union des gesamten britischen Reiches würde die Situation nicht verändern[3]).“

Der Zweite Weltkrieg hat die Ohnmacht Englands gegenüber den USA. und gegenüber der Sowjetunion in das allgemeine Bewußtsein gerückt. Allein Deutschland vermag Europa gegen den Wirtschaftsimperialismus der USA. und gegen die Bolschewisierungsbestrebungen Moskaus zu schützen. Ein starkes Reich aber wird von England mit Krieg überzogen, weil es den englischen Illusionen über eine Rückführung der Pax Britannica im Wege steht.

Das englisch-amerikanische politische Schrifttum seit der Jahrhundertwende stellt in der verschiedensten Form die tieferen Ursachen und die weitgreifenden Auswirkungen des endgültigen Zerfalls der Pax Britannica heraus. Wir Europäer könnten diesen selbst während des Zweiten Weltkrieges von englischen und amerikanischen Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten bestätigten Tatbestand des Zerfalls der Pax Britannica der späteren Geschichtsschreibung zwecks Klärung des Kausalzusammenhanges zwischen dem Versuch zu ihrer gewaltsamen Rückführung und dem Ausbruch des gegenwärtigen Ringens überlassen, wenn unser Kontinent nicht immer wieder zum tragischen Opfer des britischen Bemühens würde, auf Kosten Europas England die ihm nicht zuletzt durch seine augenblicklichen Verbündeten geraubte Weltstellung zurückzugewinnen. Wie sehr Großbritanniens imperialistische Reaktion die durch den Zweiten Weltkrieg erstrebte gewaltsame Zerschlagung des Reiches als Voraussetzung zur Vernichtung der europäischen Eigenständigkeit und zur Degradierung des Kontinents zum willenlosen Objekt der europafremden britischen Politik empfindet, läßt die englische Zeitschrift „The Nineteenth Century and After“ erneut in dem Leitartikel ihres Aprilheftes 1944 unter dem programmatischen Titel „Pax Britannica“ deutlich werden. „Nur das britische Empire ist ein Weltreich. Die Pax Americana ist amerikanisch, die Pax Muscovita ist eurasisch — nur die Pax Britannica umfaßt alle Kontinente und alle Ozeane.“[4]) Dieser Kernsatz in den Ausführungen der englischen

[3]) „Das Neue Europa“, 1. November 1943: „Englische Utopien und die Wirklichkeit“.

[4]) Only the British Empire is a World Empire. The Pax Americana is American, the Pax Muscovita Eurasian — only the Pax Britannica is of all continents and all oceans.

Zeitschrift beleuchtet den Urgrund der britischen Europafremdheit und Reichsfeindschaft: Infolge Großbritanniens weltweiter Zielsetzungen, deren weitgehende Unvereinbarkeit mit den Plänen seiner Verbündeten in dem Lager unserer Gegner seit langem das Schlagwort des nach der erhofften Niederwerfung Deutschlands drohenden „Dritten Weltkrieges“ zur sprechenden Charakterisierung der „Friedensziele“ der Reichsfeinde werden ließ, kann Europa für England nie mehr das Mittel zu dem alleinigen Zweck einer Unterstützung britischer Präponderanzbestrebungen bedeuten; das Reich aber als Verfechter einer eigenständigen Entwicklung des europäischen Großraumes wurde von dem britischen Imperialismus, dessen aktivste Verkörperung Churchill ist, in besonders starkem Maße als Beeinträchtigung der Ambitionen Londons betrachtet, da England nach den in aller Welt erlittenen macht- und wirtschaftspolitischen Rückschlägen ohne die Ausnutzung Europas keinen Weg zur Rückgewinnung seiner verlorenen Weltstellung sieht.

Der Parlamentsabgeordnete Capt. L. D. Gammans ließ die Problematik der englischen Situation erkennen, als er im März 1944 im „Nineteenth Century“ schrieb:

„Keiner scheint sich darüber klar zu sein, was es bedeutet, daß wir durch die Liquidierung unserer Investitionen in Übersee zu einer Schuldnernation geworden sind, und keiner macht irgendwelche Vorschläge, wie wir unseren Exporthandel wiederherstellen sollen. Man scheint überhaupt nicht daran zu denken, daß wir in der Gegenwart weitgehend allein von den Pacht- und Leihlieferungen aus den Vereinigten Staaten und Kanada leben und daß dieses mit der Beendigung des Krieges aufhören muß. Mit allem Nachdruck konzentriert man sich auf Pläne zum Ausgeben von Geld, anstatt darüber nachzudenken, wie wir wieder zu einem Nationaleinkommen gelangen können ... Wir müssen der Mittelpunkt eines großen ‚world commonwealth‘ bleiben oder wir werden unvermeidlich zu einer drittrangigen Macht werden, die ein unsicheres und kärgliches Dasein am Rande Europas führt. Wie wenige Leute denken überhaupt sowohl an die Wichtigkeit unseres Exporthandels wie auch an die Schwierigkeiten seiner Wiederherstellung. Vor dem Kriege importierten wir pro Kopf der Bevölkerung etwa für 20 £ Nahrungsmittel und Rohstoffe. Die gleiche Quantität wird nach dem Kriege wahrscheinlich mindestens 30 £ kosten. Wir exportierten nur für 14 £ und bezahlten für den Rest vor allem mit den Zinsen unserer überseeischen Investitionen. Diese sind jetzt nicht mehr vorhanden. Um auch nur unseren Lebensstandard der Vorkriegszeit aufrechtzuerhalten, müssen wir so oder so unsere Exporte der Vorkriegszeit wirksam verdoppeln angesichts einer Welt, die in zunehmendem Maße selbstgenügsam (self-sufficient) geworden ist. Wir sind tatsächlich das verwundbarste Wirtschaftsgebiet der Welt. Wir müssen immer einen großen Teil unserer Nahrungsmittel und fast alle Rohmaterialien, die für die moderne Industrie benötigt werden, importieren. Wir leiden ganz oder teilweise Mangel an Öl, Kupfer, Zinn, Gummi, Baumwolle, Holz und anderen wesentlichen Rohmaterialien. In Wahrheit verfügen wir nur über drei Pluspunkte. Der erste ist unsere Kohle, die wir in Zukunft bestimmt nicht mehr verschwenden dürfen; der zweite ist unser Boden, der zum Glück der ertragreichste in der Welt ist.

Unser dritter Pluspunkt (asset) ist unser Nationalcharakter; jene unschätzbaren Eigenschaften Mut, Selbstbeherrschung, Toleranz und ‚good humour‘, welche Generation nach Generation im englischen Volk vorhanden sind. Aber wir haben ferner noch die Eigenschaften Initiative, Abenteuerlust und Selbstvertrauen, die uns zu einem großen Volk gemacht haben und die allein uns ein solches bleiben lassen können.“

England erstrebt mit der Niederringung des Reiches eine Degradierung Europas zum Glacis für die spätere Auseinandersetzung mit Londons Rivalen im weltpolitischen Kräftespiel. Europa soll England als Bastion dienen in dem erwarteten Selbstbehauptungskampf Londons gegenüber Washington und Moskau. Obwohl sich auch das englische Schrifttum bei einer ehrlichen Überprüfung der historisch-politischen Entwicklung der Erkenntnis über den Zerfall der Pax Britannica nicht verschließen kann[5]), weist die imperialistische Reaktion Großbritanniens immer wieder darauf hin, daß England mit dem gegenwärtigen Ringen die gewaltsame Rückführung der Pax Britannica erreichen will. Der Herausgeber des „Nineteenth Century“ beginnt im April 1944 seinen Aufsatz über die „Pax Britannica“ mit folgenden Ausführungen:

„Es wird behauptet, daß infolge des Fortfalls der Vorbedingungen für Englands Aufstieg zur Größe — angesichts des Umstandes, daß es in Handel, Finanz und industrieller Produktion Rivalen gefunden oder von Rivalen übertroffen wurde — die Größe Englands der Vergangenheit angehört. Dem ist nicht so. Englands Größe gehört der Zukunft an, ebenso wie sie der Vergangenheit und der Gegenwart angehört, wenn es nur Englands Wille ist — denn ohne den nationalen Willen, groß zu sein, gibt es keine nationale Größe ... Die Entfernung hat der gewaltigen Macht der Vereinigten Staaten eine Begrenzung auferlegt. Die Pax Americana ist auf die westliche Hemisphäre beschränkt. Es liegt im höchsten Interesse der Vereinigten Staaten, immer die Pax Britannica zu unterstützen, genau so wie es im höchsten Interesse des britischen Reiches liegt, die Pax Americana zu unterstützen. Aber die amerikanische Mentalität ist der britischen fremd, und sie wird es immer mehr. Im letzten Kriege schienen sich die Amerikaner nicht sehr von den Australiern und den Kanadiern zu unterscheiden, aber heute gehören die Australier und Kanadier ebenso wie die Europäer zu einer Welt mit den Briten, während die Amerikaner einer anderen Welt angehören — einer Welt, die uns nicht so fern ist wie die russische, aber ferner steht als die europäische. Die Ideen *Wilsons* waren ungeeignet für Europa. Die Liga der Nationen trug dazu bei, den Zweiten Weltkrieg heraufzuführen. Die amerikanischen politischen Ideen sind heute für Europa noch ungeeigneter als sie es schon früher waren. Es wird verhängnisvoll sein, wenn aus Nachgiebigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten amerikanische politische Ideen von England und von Europa übernommen werden. Selbst englische politische Ideen sind von denjenigen des europäischen Festlandes verschieden. Aber nicht so verschieden, daß sie eine wohltuende Wechselwirkung ausschließen.“

Der britische Imperialismus glaubte, die Amerikaner für die

[5]) „Zeitschrift für Politik“, Oktober/November 1943: „Europa als Aufgabe“, „Das Neue Europa“, März/April 1944: „Um die Revolution des 20. Jahrhunderts“.

machtpolitischen Bestrebungen Londons einsetzen zu können. Mehr noch als im Ersten Weltkriege mußte man aber in der Gegenwart in London einsehen, daß die Amerikaner die Briten als Mittel zu dem Zweck der Errichtung einer Pax Americana benutzten und auch in die bislang ausschließlich von Großbritannien beanspruchten Interessensphären eindrangen. Während *Voigt* hier in seinen Ausführungen über das englische Kriegsziel der Rückführung einer Pax Britannica so tut, als könne er die Kanadier und Australier in einer Abgrenzung gegenüber der Pax Americana für die Bestrebungen Londons einsetzen, vermag man sich in England weitgehend gerade der Tatsache nicht mehr zu verschließen, daß der Einfluß der Vereinigten Staaten selbst in den britischen Dominions denjenigen Englands immer mehr verdrängt. Um so notwendiger erscheint den Engländern die Erringung wirtschaftspolitischer Möglichkeiten in Europa zum Ersatz für die durch die Amerikaner eingenommenen Positionen. Diese prekäre Situation wird für England noch dadurch erschwert, daß das aus dem Wunsche zur Niederringung Deutschlands resultierende Abhängigkeitsverhältnis Londons von Moskau zu einem immer stärkeren Anwachsen des bolschewistischen Einflusses geführt hat. Schon jetzt bemüht sich Voigt um die gedankliche Vorbereitung der Ausnutzung Europas im Dienste Englands bei dem so oft diskutierten „Dritten Weltkrieg“.

„Rußland ist nahe, und seine Macht ist ungeheuer. Es ist die stärkste Macht in Europa, aber es ist nicht genau so stark wie Europa. Seine Macht wird beeinträchtigt durch den Schrecken, den es einflößt. Wenn es sich in der Defensive befindet, wird Europa stets geteilt sein zwischen denjenigen, welche für und welche gegen Rußland sind — und mehr werden für als gegen es sein. Aber wenn es sich in der Offensive befindet, wird Europa stets die Tendenz haben, sich gegen Rußland zu vereinigen. Diese Tendenz wird die vorherrschende sein und wird ein vereinigtes Europa schaffen, das Rußland feindlich ist, wenn dessen Defensive in Eroberung umgewandelt wird. *Russia is in Europe, but not of Europe.* Der Unterschied zwischen der Sowjetunion und Europa ist ungeheuer geworden. Er war immer groß, aber unter den Zaren teilte Rußland das gemeinsame christliche Erbe, obwohl gemäß einer weitgehend unterschiedlichen Tradition. Es hatte eine herrschende Klasse, die halbeuropäisch (semi-European) war, und es brachte eine große Literatur hervor, die von europäischen Ideen tief beeinflußt wurde und die auch ihrerseits einen tiefen Einfluß auf Europa ausübte. In jener Zeit war es möglich, Rußland zu erforschen (It was possible, in those days, to explore Russia). Heute hat es keine Literatur, die von tieferer Bedeutung für die Europäer ist — nicht ein Buch, das in den letzten zwanzig Jahren in Rußland veröffentlicht wurde, hat irgendeinen Einfluß auf den europäischen Geist ausgeübt, der mit den Werken von Dostojewski, Tolstoi und Solowieff vergleichbar wäre.“

Mit fast den gleichen Worten, mit denen man zu Beginn des jetzigen Krieges die Pax Britannica als angebliche Rettung Europas

vor einer Pax Germanica hinzustellen bestrebt war[6]), bemüht man sich jetzt um den Nachweis einer angeblichen Identität der britischen und europäischen Belange hinsichtlich der Sowjetunion. Nur Engländer sind zu derartigen Argumentationen fähig, auch in dem Augenblick, da der bolschewistische Angriff auf Europa gerade mit englischen Waffen unterstützt wird.

„*England is of Europe, but not in Europe.* England und Europa sind eins. Ohne England kann Europa nicht sein. Ohne Europa kann England nicht sein. Deutschland und Rußland sind Europas Schrecken. Sowohl Deutschland wie auch Rußland werden in unterschiedlichem Grad von all ihren Nachbarn gefürchtet.“

Indem man die Europafremdheit Rußlands ausdrücklich herausstellt, glaubt man die Pax Britannica den Europäern dadurch empfehlen zu können, daß man auf die britische Interessenverbundenheit mit allen Kontinenten und allen Ozeanen hinweist. Diese Auffassung ist gleichzeitig Ausdruck der britischen Naivität wie auch der mangelhaften Achtung gegenüber dem gesunden Menschenverstand der Kontinentaleuropäer. Wie bereits oben bei der Betrachtung dieses Kernsatzes der Pax-Britannica-Argumentation erwähnt wurde, können die Engländer uns gar keinen besseren Beweis für die Europafremdheit der Pax Britannica liefern.

„*Russia is in Asia, but not of Asia.* Es ist ein Reich, das sich weit stärker von allen anderen Reichen unterscheidet, als diese sich untereinander unterscheiden. Es ist ein Kontinent in sich selbst, eine Zivilisation, die von der europäischen Zivilisation derart verschieden ist, daß das Hinüberwechseln von der einen zur anderen gleichbedeutend wäre mit dem Hinüberwechseln in eine andere Welt. Nur das britische Empire ist ein Weltreich. Die Pax Americana ist amerikanisch, die Pax Muscovita ist eurasisch — nur die Pax Britannica umfaßt alle Kontinente und Ozeane[7]).“

Ebenso wie sich angesichts der im Zweiten Weltkrieg in außerordentlicher Weise gesteigerten Abhängigkeit Großbritanniens von den Vereinigten Staaten ein Parlamentsabgeordneter nicht des „unangenehmen Gefühls (nasty feeling)“ erwehren konnte, England reduziert zu sehen „zu einer Art Helgoland Amerikas (to what I term occupying the position of America's Helogland)“, so müssen auch bezüglich des englisch-sowjetischen Verhältnisses die denkenden Engländer den Widersinn des von *Churchill* und seinen Anhängern zur gewaltsamen Rückführung der Pax Britannica so sehr herbeigewünschten Zweiten Weltkrieges in dem Tatbestand veranschaulicht finden, daß Großbritannien inmitten des gegenwärtigen Ringens, das es eingestandenermaßen zur Vernichtung der starken deutschen Posi-

[6]) „Zeitschrift für Politik“, Juli 1941: Hans Kaiser „Pax Britannica und Pax Americana“.

[7]) „The Nineteenth Century and After“, April 1944: „Pax Britannica“.

tion in Europa auslöste[8]), erkennen muß, in welchem Maße es zum Schrittmacher des Bolschewismus geworden ist und damit zum Förderer einer rivalisierenden Macht, die mit ihrem zügellosen Expansionismus weit über die Grenzen Europas hinaus die britischen Stellungen mit ihrem Ansturm bedroht. Die ständige Unruhe, in die England im Zeichen seiner Balance of Power-These Europa immer wieder zu stürzen gewillt ist, findet eine erneute Bestätigung in der von Voigt am Ende seiner Darlegungen über die „Pax Britannica" an Englands augenblickliche Verbündete gerichteten Warnung:

„Es ist eine alte Wahrheit, daß die Vorherrschaft einer Macht in Europa unvereinbar ist mit Englands Inselsicherheit, aber wie so viele alte Wahrheiten muß sie gegen neue Unwahrheiten und gegen jene halben Wahrheiten, die gefährlicher als Unwahrheiten sind, bekräftigt werden[9])."

Bei dem angeblichen Eintreten für Polen 1939 handelte es sich im Unterschied zu all den verlogenen Propagandaparolen in Wahrheit nur um die Verhinderung des Aufkommens einer starken Macht in Europa und damit um eine Fortsetzung der Kämpfe gegen Spanien, Holland, Frankreich sowie das wilhelminische Deutschland.

„Als sich im September 1939 die britische Regierung für den Krieg entschloß — wobei sie dieses Mal die widerstrebende Regierung Frankreichs mit sich fortriß —, da war man sich darüber im klaren, daß die Deutschen sich zu Herren nicht nur Polens, sondern ganz Europas machen würden, wenn dem Vorgehen gegen Polen nicht entgegengetreten würde[10])."

Nach Ansicht der imperialistischen Reaktion Großbritanniens braucht Deutschland nicht das letzte Land zu sein, das von Britannien wegen Gefährdung der Inselsicherheit unter möglichst weitgehender Ausnutzung kontinentaler Bundesgenossen in einen Krieg verwickelt wird, wie es in einem klassischen Dokument britischer Europapolitik ziemlich unmißverständlich hieß:

„Es ist modern, die Balance of Power als eine veraltete Doktrin abzutun. Sie ist keine Doktrin. Sie ist für Großbritannien und das Empire die unwandelbare Vorbedingung des Fortbestehens (the immutable condition of survival). Jede Macht, die zum unbestrittenen Herrn des europäischen Festlandes wird, kann zum Herrn der britischen Inseln werden. Dies ist eine alte Wahrheit, und sie war der letzten Generation vertraut. Die deutsche Bedrohung ließ sie erneut deutlich werden. Aber jetzt wird sie allmählich vergessen. Wenn sie aus dem nationalen Bewußtsein entschwindet und wenn sie aufhört, die nationale Politik zu bestimmen, dann werden die Tage von Englands Größe vorüber sein.

---

[8]) „Das Neue Europa", 15. November 1943: „Die Balance of Power und die Wandlung Europas".

[9]) It is an old truth that the domination of one Power in Europe is incompatible with England's island security, but like so many old truths, it must be reaffirmed against new falsehoods and against those half-truths which are more dangerous than falsehoods.

[10]) „The Nineteenth Century", März 1944: „Europe and the Moral Law".

England hat keinen ständigen Feind in Europa (no one permanent foe in Europe); denn keine seiner vitalen Interessen kollidieren mit den vitalen Interessen irgendeiner europäischen Macht. Sein einziger Feind ist jene Macht oder jene Koalition von Mächten, welche versuchen kann, Europa zu beherrschen. Gegen jenen Feind muß es immer bereit sein, immer stark sein und immer Verbündete haben. Wie sein Feind wechselt, so wechseln auch seine Verbündeten. Der Feind von gestern mag der Verbündete von morgen und der Verbündete von gestern der Feind von morgen sein[11])."

Wie wir bereits früher hervorgehoben haben[12]), ist man gerade in den Kreisen der imperialistischen Reaktion, die den Krieg zur Niederringung des Reiches herbeiführten und die auch heute nach wie vor die totale Entmachtung Deutschlands fordern, mit steigender Intensität seit über einem Jahr mit der Feststellung der sowjetischen Gefahr für die britischen Positionen und mit Erörterungen über die Eventualitäten eines „Dritten Weltkrieges" beschäftigt. Die Länder Europas erfahren aus den alle Prahlereien über eine angebliche britische Stärke übertönenden Besorgnissen vor dem unvorstellbaren Anwachsen der sowjetischen Macht, welch ungeheurer Gefahr unser Kontinent im Falle der von Englands unschöpferischen Politikern so rücksichtslos erstrebten Entmachtung Deutschlands ausgesetzt sein würde. Ungewollt muß die britische Publizistik den für Europas gegenwärtigen Selbstbehauptungskampf so wesentlichen Tatbestand verdeutlichen, daß es ohne den Sieg des Reiches für die Völker Europas keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben kann, sondern vielmehr lediglich die Aussicht, in einem „Third World War" rivalisierender Imperialismen, die augenblicklich ihre Gegensätze oberflächlich hinter ihrer gemeinsamen Reichsfeindschaft zu verbergen bemüht sind, zu verbluten[13]).

Die britische Propaganda hatte den Völkern, die man in den Krieg hetzte, die Errichtung einer Weltautorität als Mittel zur Verhinderung späterer Kriege in Aussicht gestellt und gerade mit derartigen Utopien die von den Achsenmächten verfochtene Bildung natürlicher Großräume bekämpft. Jetzt muß die britische Publizistik eingestehen, daß eine solche Pax Universalis angesichts der divergierenden Interessenrichtungen der „Vereinigten Nationen" indiskutabel ist. Die Reichsfeinde wollten keinen wahrhaften Frieden. Ob es sich um die verschiedenen Ausdrucksformen des Föderalismus, um

---

[11]) „The Nineteenth Century", September 1943: „Integration or Disintegration?"

[12]) „Das Neue Europa", 15. September 1943: „Entmachtung und Verachtung". „Das Neue Europa", Februar 1944: „Die Balance of Power in Theorie und Praxis".

[13]) „Zeitschrift für Politik", Dezember 1943: Hans Kaiser, „The Third World War? Englands Europapolitik im Konflikt der Jahrhunderte".

Konföderationspläne, um Vorschläge zur Erneuerung der Liga der Nationen oder um die Verfechtung der Balance of Power-These handelt[14]), alle noch so unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Äußerungen der britischen Kriegszieldiskussion erstreben in der einen oder anderen Form eine Rückführung der Pax Britannica. Es bedeutet bereits ein weitgehendes Eingeständnis des Scheiterns der weltumspannenden britischen Zielsetzungen, wenn man die Pax Americana und die Pax Muscovita als die Ausdrucksformen des London keineswegs sehr erwünschten Imperialismus' augenblicklicher Verbündeter als sehr gewichtige Faktoren in die englischen Erwägungen miteinbeziehen muß. Anstatt der 1939 erhofften Rückführung der britischen Präponderanz bleibt nur noch das aussichtslose Bemühen um Abgrenzung der Pax Britannica gegenüber der Pax Americana und Pax Muscovita als Versuch zur Mobilisierung von Teilen des Raumes und der Menschenkräfte Europas als britisches Glacis und Kanonenfutter für den „Dritten Weltkrieg". Wie eine besondere Unterstreichung der Ideenlosigkeit der britischen Politik, die aus dem Dilemma, in das sie sich mit der Herbeiführung des Zweiten Weltkrieges hineinmanövriert hat, keinen anderen Ausweg als das bereits jetzt gedanklich vorbereitete Spiel mit späteren Kriegen sieht, wirkt das im Zusammenhang mit Erörterungen über die zukünftige Gestaltung des weltpolitischen Kräftespiels von F. A. Voigt gefällte vernichtende Urteil über die Liga der Nationen. Das gleiche England, das nach 1918 keine konstruktive Politik zu entwickeln vermochte, ist erneut in einen Krieg um die Pax Britannica eingetreten, ohne auch dieses Mal die Voraussetzungen zur Gestaltung eines Friedens zu besitzen, der nicht in kürzester Zeit erneut in einen Krieg zu münden bestimmt ist. Wenn angesichts dieser Umstände und der Betonung der britischen Europafremdheit — wie sie erneut in obigem Hinweis auf Englands Interessengebundenheit in allen Kontinenten und Ozeanen enthalten ist — eine Identifizierung der Pax Britannica mit der Pax Europaea, die in Wahrheit nur von dem Reich als der stärksten wirklich europäischen Macht errichtet und gesichert werden kann, gewagt wird, so ist das ein Versuch zur Geschichtsfälschung, der in seiner Ungeheuerlichkeit nur noch durch die geradezu brutale Offenheit erreicht wird, mit der „The Nineteenth Century" zugibt, daß alle ideologischen Redensarten über die angebliche Notwendigkeit eines Krieges gegen das nationalsozialistische Deutschland nur propagandistische Einkleidungen des machtpolitischen Vernichtungsstrebens gegenüber einer Nation waren, deren natürliche Stärke und

---

[14]) „Monatshefte für Auswärtige Politik", September 1940: Hans Kaiser, „'Die Vereinigten Staaten von Europa' in der britischen Kriegszieldiskussion".

Möglichkeiten als unvereinbar mit den Ambitionen des britischen Imperialismus empfunden wurden. Mochte der Führer sich noch so sehr um eine Verständigung mit England bemüht haben, London glaubte dem Reiche den Krieg erklären zu müssen, weil Deutschland sonst Europa zu stark und unabhängig gegenüber britischem Interventionsverlangen gemacht haben würde[15]).

„Das Ergebnis keines Krieges ist sicher, bis sein Ende herangekommen ist. Aber die Lage, die sich nach der Beendigung des gegenwärtigen Krieges darzubieten scheint, wird wohl die sein, daß es in der Welt drei Gebiete von wirksamer, organisierter Macht gibt — die Pax Britannica (einschließlich, so müssen wir hoffen, der Pax Europaea), die Pax Muscovita und die Pax Americana. In diesen drei Gebieten kann der Friede aufrechterhalten werden entweder weil es eine gefestigte Balance of Power gibt oder weil unwiderstehliche überlegene Macht vorhanden ist. Aber zwischen diesen dreien gibt es keinen Weg, den Frieden aufrechtzuerhalten, es sei denn durch die Förderung nachbarlicher Beziehungen und durch die Befolgung einer gemäßigten Außenpolitik (But between these three there is no way of keeping the peace except by promoting neighbourly relations and pursuing a civilised foreign policy). Eine Gewalt, die über allen dreien stehen würde, wird es und kann es nicht geben. Darum kann auch keine echte Liga der Nationen existieren. Die drei können eine bewaffnete Koalition bleiben, und sie können einzeln und gemeinsam ihren Willen schwächeren Mächten aufzwingen, aber sie können ihren Willen nicht gegeneinander durchsetzen ohne einen Dritten Weltkrieg. Eine internationale Gerechtigkeit, die ausschließlich durch drei Mächte, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Rußland, ausgeübt wird, kann auf die Dauer keine internationale Gerechtigkeit sein. Ein Gesetz, das in dieser Weise erzwungen wird, würde kein Gesetz sein. Die Pax Muscovita ist vornehmlich die Angelegenheit Rußlands; die Pax Americana die der Vereinigten Staaten; die Pax Britannica die Großbritanniens und des Empire — und Europas, denn ohne die Pax Europaea kann die Pax Britannica keine Dauer haben und ohne die Pax Britannica kann es keine Pax Europaea geben. Für Großbritannien kommt es darauf an, die Pax Britannica in ihren eigenen Bezirken zu konsolidieren. Es kann keine Pax Universalis geben, außer durch gegenseitige Zustimmung von Fall zu Fall. Auf die Pax Muscovita und auf die Pax Americana kann Großbritannien wenig Einfluß haben.

Die Liga der Nationen war der Gegenstand eines halbreligiösen Glaubens. Solch eine Institution war nur möglich in der Atmosphäre des weltlichen Chiliasmus (secular chiliasm), der zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg vorherrschte. Der grundlegende Widerspruch, der die Liga nicht nur unwirksam machte, sondern auch zu einer Bedrohung des Weltfriedens werden ließ, wurde nicht erkannt. Nur durch rechtzeitige Abdankung konnte die Liga jeden Weltkrieg, den sie zu fördern drohte, vermeiden. Die endliche Abdankung der Liga kam zu spät. Wäre sie einige Jahre früher erfolgt, so würden die Westmächte die Doktrin, auf der die Liga basierte, über Bord geworfen haben und würden den Widerspruch, in dem sie befangen waren, aufgelöst haben, sie würden nicht Weltsicherheit (world security), sondern nationale und

---

[15]) „The Nineteenth Century", September 1943: „Integration or Disintegration?"

imperiale Sicherheit erstrebt haben, sie würden auf ihre eigenen Hilfskräfte angewiesen gewesen sein und würden in sich selbst eine angemessene Stärke gefunden haben anstatt einer unzureichenden Stärke in einer internationalen Organisation, und sie würden dadurch die Sicherheit der Welt gefestigt haben. Woran sie glaubten, war nicht so sehr die Heiligkeit, wie vielmehr die Macht von Verträgen. Der Völkerbundspakt war ein internationaler Vertrag — das und nichts weiter. Unter, neben und um den Völkerbundspakt herum entstand eine Anhäufung von Verträgen. Die Welt wurde von einer gefährlichen Epidemie befallen, einer der gefährlichsten, die je bekanntgeworden sind. Sie ist von dem bekannten Historiker Ferrero ‚Papyromania' genannt worden, obwohl wir den Ausdruck ‚Pactomania' vorziehen möchten (wenn der philologische Zwitterausdruck entschuldigt werden kann). Den Krieg wollte man durch einen Papierberg von Zaubersprüchen und Beschwörungsformeln beschwören: durch einen Berg von Verträgen, Pakten, Übereinkommen, Bünden und Konventionen, wovon einige die großen und kleinen Mächte verpflichteten, unter gewissen Umständen zum Kriege zu schreiten, während andere diese Mächte wiederum zwangen, unter keinen Umständen zum Kriege zu schreiten. Gemäß dem Völkerbundspakt waren sie alle verpflichtet, zum Kriege zu schreiten, gemäß dem Pakt von Paris (im allgemeinen als Kellogg-Pakt bekannt) waren sie alle verpflichtet, nicht zum Kriege zu schreiten. Der Krieg ist eine Folge des Sündenfalls und kann *nicht* durch Beschwörungsformeln gebannt werden (War is a consequence of the Fall and cannot be exorcised)[16]."

Die Ohnmacht, mit der England der Aufgabe gegenübersteht, einen dauerhaften Frieden herbeizuführen, erhellt aus dem Eingeständnis der britischen Machtlosigkeit gegenüber dem Vorgehen Moskaus.

„Die Annexionen, auf die Rußland unter den Abmachungen des anglorussischen Vertrages wie auch in seiner Annahme der Atlantik-Charta verzichtet hat, sind erneut bekräftigt worden, und in den heutigen russischen Proklamationen werden die drei baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen), Ostpolen (das westliche Weiß-Ruthenien und die westliche Ukraine), die rumänischen Moldaugebiete (Bessarabien und die Nordbukowina) ständig als integrale Teile der Sowjetunion angesprochen. Sie sind deshalb de jure von Rußland erneut annektiert worden und *sie* sollen de facto wieder annektiert werden, wenn sie von russischen Truppen besetzt worden sind. Die integrale Annexion dreier neutraler Mächte (der Baltischen Staaten) und die ‚Vergrößerung' auf Kosten eines Alliierten (Polens) und eines Feindes (Rumäniens) wird beabsichtigt von *einem* Alliierten (Rußland), der diese Absicht durchaus unzweideutig proklamiert hat. Ein tiefer Konflikt der Prinzipien wird hierdurch enthüllt, ein Konflikt, der im Ersten Weltkrieg keine Parallele hat. Was soll England tun? So stark es auch ist (mehr noch als es das selbst einzusehen scheint), so groß seine moralische Autorität in der Welt auch sein mag, sowohl seine materielle wie seine moralische Stärke haben ihre Grenzen. England ist nicht allmächtig und es kann die Vereinigten Nationen nicht teilen, ohne seiner eigenen Sache und derjenigen, der es helfen möchte, Abbruch zu tun[17])."

---

[16]) „The Nineteenth Century and After", März 1944: „Europe and the Moral Law".

[17]) „The Nineteenth Century and After", März 1944: „Europe and the Moral Law".

Alle noch so nachdrücklich verfochtenen Ambitionen bezüglich Rückführung einer Pax Britannica finden sich in ihrer mangelnden Beziehungslosigkeit zur Wirklichkeit gekennzeichnet durch das Eingeständnis der britischen Ohnmacht gegenüber den Sowjets. Hierdurch wird die Identität der Interessen des Reiches, das das einzige Bollwerk gegen den anbrandenden Bolschewismus darstellt, und derjenigen Gesamteuropas ungewollt eindrucksvoll dokumentiert.

Amerikanische Währungspläne

Von Bruno Kiesewetter

I

Die Währung ist im geldwirtschaftlichen Bereich immer das Spiegelbild von produktionswirtschaftlichen Grundlagen und Funktionszusammenhängen. Eine Weltwährung kann nur der funktionale Oberbau einer entsprechenden güterwirtschaftlichen Grundlage, d. h. in diesem Falle in erster Linie der handelspolitischen Zusammenarbeit der Völker sein und ist für den funktionellen Zusammenhang der zwischenstaatlichen Austauschbeziehungen niemals primär. Sie schafft nicht, wie *Fick* sagt, eine Einheitlichkeit, sondern kann nur formal an sich vorhandene Einheitlichkeit zusammenfassen. Währungspläne haben deshalb nur einen Sinn, wenn sie aufs engste in Verbindung mit der Organisierung des Güteraustausches gestellt werden, denn der Wertträger ist immer die Ware und niemals das Geld. Vor dem Weltkrieg 1914/18 hat die Goldwährung nur deshalb funktioniert, weil der Weltmarktpreisorganismus reibungslos arbeitete und in den zwischenstaatlichen Austauschbeziehungen ein fein abgestimmtes Gleichgewicht zwischen anbietenden und nachfragenden Ländern vorhanden war. Dieses Gleichgewicht, das uns als ein wirtschaftliches erschien, war in Wirklichkeit aber ein politisches und beruhte auf der Anerkennung allgemeinverbindlicher politischer Grundsätze, wie z. B. Schutz des Privateigentums, „offene Tür", gleichberechtigte koloniale Betätigung usw.

Nach dem Weltkrieg 1914/18 wurde dieses politische Gleichgewicht durch die Entstehung neuer Wirtschaftsmächte mit Schwerpunktbildung in Amerika und Japan zerstört. Die Welt zerfiel in Interessengebiete, die politisch bestimmt waren, so daß wegen dieser eindeutigen politischen Bestimmtheit sich ein nach einheit-

lichen Grundsätzen vollziehender Güteraustausch zwischen diesen Gebieten nicht entwickeln konnte. Die Politik hemmte die Auswirkung der früher als allgemeingültig hingestellten wirtschaftlichen „Gesetze“. Die Folge war eine geistige Abkehr von der liberalen Ideologie, ein Rückzug aus der Weltwirtschaft, die für viele Völker Abhängigkeiten gebracht hatte, die nach der Wandlung des Weltbildes geradezu lebensbedrohend geworden waren. Die Entwicklungsrichtung ging zur Autarkie, zur Entfaltung aller in den einzelnen Wirtschaften liegenden völkischen Wirtschaftskräfte zum Schutz vor Vernichtung durch die wirtschafts- und machtpolitisch überlegenen Konkurrenzländer. Der zwischenstaatliche Güteraustausch wurde wegen Beseitigung der gesicherten Handlungsgrundlagen nicht mehr als ein gesichertes Betätigungsfeld für die „freie“ private Initiative angesehen und als eine Aufgabe mit Selbstzweck, sondern als ein notwendiges Übel, das sich aus zu weit entwickelten weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten der Volkswirtschaften ergab. Hatte es bis zum Jahre 1914 noch eine weltwirtschaftliche Ideologie von einheitlicher Prägung gegeben, die von England bestimmt wurde und gewisse Handlungsgrundsätze als Ausfluß eines wissenschaftlichen Systems verkündete, dann wurden nach 1918 diese Grundsätze aufgehoben und damit der Glaube an ihre wissenschaftliche Richtigkeit vernichtet. Die mit nationaler Einseitigkeit allgemein durchgeführte Verwirklichung des Schutzprinzips verhinderte den freien Warenverkehr, errichtete Zollmauern, welche die Ware nicht mehr übersteigen konnte. Es ist klar, daß unter solchen Verhältnissen auch die Weltwährung zugrunde gehen mußte, eine Weltwährung, die aufgebaut war auf einen von Staatseingriffen frei sich entwickelnden, lediglich aus privaten Wirtschaftsmotiven Impulse aufsaugenden Mechanismus und Automatismus, der aufs engste verknüpft war mit den internationalen Güterbewegungen. Die Abkehr Englands vom Freihandels- und Meistbegünstigungsprinzip und der Übergang zum Schutzzoll hat unter diese Handelsentwicklung den Schlußstrich gesetzt. Die Währung ist ein wirtschaftlicher Wertungsbereich, in dem sich, wie schon gesagt, Bewegungen und Einflüsse innerhalb der güterwirtschaftlichen Sphäre widerspiegeln. Sie steht also außerhalb eines direkten, diese Funktionszusammenhänge selbstherrlich mißverstehenden, politischen Einflusses, wenn sie als unentbehrliches Ausgleichsmittel der Wirtschaft brauchbar bleiben soll. Die Politik, die durch die Neuaufteilung der Welt in Machtsphären neue Grundlagen für den Warenaustausch geschaffen hat, hat aber darüber hinaus ohne Rücksicht auf die güterwirtschaftlichen Leistungsmöglichkeiten auch insofern

in den Währungsbereich eingegriffen, als sie einzelnen Ländern politische Schulden in einer Höhe auferlegte, die gleichzeitig Wertbeziehungen darstellen, deren Wert aber nicht realisiert werden konnte, weil der Einsatz des einzigen Wertträgers, den die Wirtschaft kennt, die Ware, von den Gläubigern nicht in ausreichender Menge angenommen wurde. Selbst auf der Basis der neu erstandenen radikal veränderten internationalen Wettbewerbsgrundlagen hatten die Volkswirtschaften durch Anpassung ihrer Vertragsgrundlagen sich auf ein neues gegenseitiges Verhältnis und Schaffung neuer Auslandsrelationen eingespielt und hätten den für alle lebensnotwendigen Güteraustausch neu organisiert. Die Schaffung dieses Wertverhältnisses wurde aber durch den Zwang der politischen Schulden unmöglich gemacht. Das größte Gläubigerland auf der Welt waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In ihrer Hand lag demnach die Schaffung neuer weltwirtschaftlicher Grundlagen durch Angleichung der in Geld ausgedrückten Forderungen an die reale Leistungskapazität in Gütern, und zwar in Hinblick auf ihre Existenz wie auf ihren Verbrauch. Während England auf Grund seiner langen weltwirtschaftlichen Erfahrung im Einzelfall immer wieder versucht hat, eine solche Anpassung durchzuführen, hat Amerika im großen Rahmen hier versagt. Die Folge war der endgültige Abgang Englands von der Goldwährung mit all den sich daran knüpfenden Währungsbewertungen der anderen Länder und den daraus sich ergebenden Verschlechterungen für die internationale Zusammenarbeit.

Amerika als Weltgläubiger hätte an der Aufrechterhaltung stabiler internationaler Wertbeziehungen interessiert sein müssen, da es nur auf diesem Wege seine ausgeliehenen Gelder wieder zurückerhalten konnte. Daß Amerika der Zerstörung der Goldwährung zusah, ohne dagegen Schritte zu unternehmen, hat nationalwirtschaftliche Gründe. Während des Weltkrieges 1914/18 war die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft gewaltig gesteigert worden. Als ein in ziemlich großem Umfang autarkes Land war es im Außenhandel nicht unbedingt darauf angewiesen, die Gegenleistung für seine Warenlieferungen in Form der Ware anzunehmen. Es verfolgte im Gegenteil das sehr einseitige Ziel, im Interesse der Erhaltung seines innerwirtschaftlichen Preisniveaus und einer entsprechend hohen Kapitalrente seine Überschußproduktion auf dem Auslandsmarkt abzusetzen. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen haben für die USA keine aus lebensnotwendigen Abhängigkeiten sich ergebende Bedeutung, sondern sind mehr oder minder eine Funktion der binnenwirtschaftlichen Vorgänge.

Daraus ergab sich aber für die USA der alte Zwiespalt, der sehr oft in solchen Fällen anzutreffen ist: Während die Bankiers zu ihrem Gelde kommen wollen, dieses Geld aber nur übertragen werden kann durch Erhöhung der eigenen Wareneinfuhr, sind die Industriellen gegen eine solche Einfuhr, die eine Verschlechterung ihrer eigenen Beschäftigungsgrundlage bedeuten würde, sondern fordern im Gegenteil bei innerwirtschaftlichen Depressionen eine Verstärkung der Ausfuhr. Beide Tendenzen sind diametral entgegengesetzt. Amerika hat deshalb praktisch auf die Eintreibung der Kriegsschulden verzichtet, sich aber durch die Erhöhung seines Exportes und dessen Finanzierung mit Hilfe der Goldeinfuhr in den Besitz von mehr als 80 % des monetären Goldes auf der Welt gesetzt. Es besitzt heute einen Goldbestand in Höhe von 24 Milliarden Dollar. Dieser Goldbestand überschreitet bereits die seinerzeit auf der Goldbasis errechneten gesamten Kriegsschulden der Alliierten an die USA. Während sich Europa neuen Formen der zwischenstaatlichen Handelspolitik zuwandte und in Ermangelung von Gold oder auf Gold basierenden Devisen konsequent die Ware zum Wertträger im internationalen Austausch gemacht hat, halten die USA an der Goldideologie fest und versuchen, wieder das Gold zu aktivieren und zu mobilisieren im Interesse einer Weltwirtschaft, die nach den alten Grundsätzen aufgebaut sein, aber unter einem neuen Herrn, nämlich den Vereinigten Staaten von Amerika, stehen soll.

II

Obgleich sich nach dem Weltkriege 1914/18 die Grundlagen der zwischenstaatlichen Austauschbeziehungen quantitativ, qualitativ und regional vollkommen gewandelt und damit auch eine Veränderung der Weltrelationen erzwungen haben, werden in den von Amerika geschmiedeten Plänen für eine Neuordnung der Weltwirtschaft diese Dinge ignoriert. Entgegen allen nach dem Weltkrieg gemachten Erfahrungen, nach denen die Währung von einer entsprechenden Ordnung der Gütersphäre getragen wird, versuchen die Vereinigten Staaten nach liberal-doktrinären Theorien die alte Goldwährung wieder einzuführen und über diese die Geld- und Kreditströme der einzelnen Länder zu binden und mit ihrer Hilfe die Produktionskräfte der Völker in dem von ihnen gewünschten Sinne zu lenken. In dem Bestreben, die Weltwirtschaft neu zu organisieren, machen sich aber die Gegensätze zwischen England und den USA scharf bemerkbar. Beide vertreten die Theorie vom Primat der Stabilisierung der Wechselkurse als Voraussetzung für

den weltwirtschaftlichen Güteraustausch. Damit ist von ihnen die Entscheidung gegen die autonome Wirtschaftspolitik gefallen, die die nationale Wirtschaftsentwicklung auf den eigenräumlichen Produktionskräften und ihren Entfaltungsmöglichkeiten aufbaut. Jede autonome Wirtschaftspolitik ist deshalb primär an der Aufrechterhaltung eines bestimmten Preisniveaus interessiert und bestrebt, das nationale Preisniveau von störenden Einflüssen, die aus fremdnationalen Konjunkturen kommen, abzuriegeln. Deshalb fordert sie nicht die Stabilisierung der Wechselkurse, die für die Entwicklung der Ausfuhr und die Erhöhung des Welthandels eine unbedingte Voraussetzung sind, sondern die Stabilität des nationalen Preisniveaus als Voraussetzung einer stetigen nationalen Wirtschaftsentwicklung. Während die autonome Wirtschaftspolitik also die Binnenwirtschaft in den Mittelpunkt stellt, steht für die Politik der stabilen Wechselkurse der Außenhandel im Vordergrund. England nimmt in dieser Frage eine zwiespältige Stellung ein. Aus seiner gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation heraus plädiert England für die Notwendigkeit eines Zahlungsbilanzausgleiches auf der Grundlage autonomer Wirtschaftsgestaltung, spricht sich auch für die internationale Devisenkontrolle aus und gegen die Einmischung in die innere Wirtschaftspolitik der Länder. Es will nach dem Keynes-Plan die Festsetzung der Wechselkurse den Verhandlungen der Beteiligten überlassen und ist durchaus nicht gegen gewisse Lenkungsmittel und Kontrollinstanzen. Dabei muß man sich aber darüber klar sein. daß im Hintergrund des englischen Plans doch das alte Bild einer Weltwirtschaft steht, in der England die Führung besaß und wieder besitzen will. Die Konzessionen an gewisse autoritäre Ideen sind nur durch die Veränderung der wirtschaftspolitischen Lage Englands erzwungen und Krücken auf dem Wege der neu zu errichtenden Willkür nach alten Methoden.

Während nach dem englischen Projekt die Errichtung einer einheitlich funktionierenden Weltwirtschaft erst nach Wiederherstellung der englischen Machtposition eintreten würde und deshalb noch einige Zeit auf sich warten lassen müßte, stoßen die USA unmittelbar und direkt zu einer Weltwirtschaft vor, die alle Kennzeichen der alten Form trägt und nicht beeinflußt ist von irgendwelchen Rücksichten auf die Entwicklungsmöglichkeiten anderer Länder. Es hat wenig Sinn, sich mit den technischen Einzelheiten dieser Pläne zu befassen, die Änderungen unterworfen sind, es kommt vielmehr auf die Grundgedanken an, denen sich die Technik der Pläne anpaßt. Die USA wollen nach dem White-Plan einen *Stabilisation Fund* und nach dem neuen Plan einen *International Monet-*

ary Fund gründen, der die Stabilität der Wechselkurse garantieren soll. Jedes Mitglied des Funds soll sich mit einer bestimmten Quote beteiligen. England hatte als Bemessungsgrundlage für die Quote einen bestimmten Durchschnitt der Ein- und Ausfuhrwerte vorgeschlagen, bei dessen Annahme es selbst als größter Partner im Welthandel auch die überragende Rolle in diesem Fund gespielt hätte. Amerika schiebt diese Bemessungsgrundlage beiseite und macht das Gold zum alleinigen Regulator der Währung. Die Recheneinheiten des Whiteschen Stabilisation Fund und der Clearing Union von *Keynes*' „Unitas" und „Bancor" sind jetzt beseitigt und damit auch im Stabilisation Fund zugestandene größere Anpassungsmöglichkeit der Wechselkurse an die Entwicklungstendenz der nationalwirtschaftlichen Zahlungsbilanzen. Die größere Beweglichkeit des Keynes-Planes in dieser Beziehung wird von den amerikanischen Plänen durch die Forderung einer Vierfünftelmehrheit außerordentlich erschwert. Die USA wollen die Paritäten vom Pfund autokratisch festsetzen lassen und die Souveränität der Mitgliedstaaten gegebenenfalls sogar mit Zwangsmaßnahmen beschneiden. Nach Herstellung der festen Wechselkurse und Währungsregulationen soll dann nach drei Jahren die Devisenkontrolle in den Ländern verschwinden und der freie Devisenverkehr als Voraussetzung für die Durchführung einer gewaltigen Ausfuhrsteigerung durchgeführt werden. Hierin sehen die USA die eigentliche Aufgabe des Planes. Allerdings machen die in London aufgelaufenen „anormalen Kriegsguthaben" der Empireländer und anderer Kriegslieferanten, die dort kurzfristige Sterlingguthaben in Höhe von rund 2 Milliarden £ stehen haben, den Amerikanern große Sorgen. Da England in Gold und Devisen nicht mehr flüssig ist, kann es diese Schulden nur durch Warenlieferungen, d. h. einen gesteigerten Export in die Gläubigerländer tilgen. Das würde auf sehr bedeutenden Märkten die beabsichtigten Expansionswünsche der USA wesentlich beschneiden. Deshalb macht die National City Bank einen zusätzlichen Vorschlag zum neuen Währungsplan, indem sie anregt, diese kurzfristigen Sterlingguthaben zu fundieren, gegebenenfalls mit Hilfe einer Dollaranleihe. Der Zweck dieses Vorschlages geht darauf hinaus, den von diesen Sterlingguthaben ausgehenden Druck auf den Markt zu paralysieren. Hier liegt der gleiche fundamentale Irrtum vor, den wir bereits im Hinblick auf die politischen Schulden nach dem Weltkrieg gekennzeichnet haben: es offenbart sich die reine Gelddeckung, losgelöst von güterwirtschaftlichen Bindungen. Die Fundierung dieser Guthaben mit Hilfe einer Dollaranleihe kann niemals eine Lösung sein, denn sie verschiebt das

eigentliche Zahlungsproblem, nämlich die Wertübertragung durch Warenlieferung, nur auf einen späteren Zeitpunkt. Die USA haben aber nichts vergessen und nichts hinzugelernt. Schwierigkeiten bereiteten in diesen ohne Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse konstruktiven Plänen auch die dem freien privatwirtschaftlichen Erwerbsinteresse folgenden Kapitalausleihungen, die entsprechend dem Schema der alten Weltwirtschaft nach Wiederherstellung stabiler Wechselkurse und frei zwischen den einzelnen Ländern wieder durchgeführt werden und sich damit der Kontrolle des kapitalgebenden Landes entziehen.

Die Diskussion über diese grundlegenden Probleme hat zu zahlreichen Angriffen gegen die autokratische Einstellung der USA zu den weltwirtschaftlichen Problemen geführt und diese gezwungen, in gewissen Punkten Konzessionen zu machen, die aber mehr formaler als prinzipieller Natur sind. Im zweiten Plan, den die USA der am 1. Juli überstürzt einberufenen Währungskonferenz vorgelegt haben, ist der amerikanische Standpunkt gegenüber dem englischen vorläufig durchgesetzt. Hatte der Plan über einen Stabilisation Fund einen Fund von 5 Milliarden Dollar vorgesehen, so erhöht der neue Plan über einen International Monetary Fund die Summe auf 8—10 Milliarden Dollar und behält seinen Charakter als Überbank für die Zentralbanken bei. Er will die Parität der Landeswährungen nach Erwerb der Mitgliedschaft im Einverständnis mit dem Lande festsetzen, aber diese Parität wird „expressed in terms of gold". Die Ziele des Monetary Fund werden in der üblichen demokratischen Phraseologie verbrämt mit der „Aufrechterhaltung eines hohen Standes der Beschäftigung und des Realeinkommens", das man als Konzession an die aus einer gesicherten autonomen Wirtschaftsentwicklung herausgerissenen Länder als das „primary objective of economic policy" bezeichnet. Dieses Ziel wird echt amerikanisch aus der besonderen wirtschaftspolitischen Situation des Landes in der Verwirklichung und Ausdehnung des internationalen Handels gesehen und deshalb jede Währungsabwertung aufs äußerste erschwert. Die USA befürchten, daß viele Länder diesen Ausweg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den Exportdruck nur über eine Währungsentwertung suchen könnten. Das Gold wird zum beherrschenden Regulator der einzelstaatlichen Währungen gemacht. Der Monetary Fund soll von den 34 alliierten und assoziierten Ländern, die an der Währungsstabilisierungskonferenz am 1. Juli teilnehmen, gebildet werden, und zwar auf der Goldbasis, wobei die USA 2,5—2,75 Milliarden Dollar, Großbritannien 1,25 Milliarden Dollar und die Sowjetunion 1 Milliarde Dollar auf-

bringen werden. Diese Quoten werden zu 25 % in Gold gedeckt. Von den fürs erste vorgesehenen 8 Milliarden Dollar Grundkapital entfallen also 5 Milliarden, d. h. rund zwei Drittel, auf diese drei Länder. Damit haben die Vereinigten Staaten einen vollen Sieg über England davongetragen. Es ist bezeichnend, daß sich die Sowjets, die bis kurz vor Beschlußfassung über diesen Fund sich zurückgehalten haben, unmittelbar nach England rangieren. Sie denken bei der Beteiligung an diesem Monetary Fund zweifellos an eine möglichst günstige Wertung ihrer Goldbestände, die nach Lage der Dinge nur Amerika gegenüber ihre Kaufkraft realisieren könnten, und glauben die ihnen gegebene Möglichkeit gründlich ausnutzen zu können, sich über den vorgesehenen Mechanismus des Funds stärker in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge einzuschieben. Auf der Grundlage einer modifizierten Quote aus Ein- und Ausfuhrvolumen, wie der Keynes-Plan sie vorschlug, wäre England die herrschende Macht in diesem Fund gewesen, so erhält es nur die halbe Quote der USA. Mit der Konstruktion dieses Planes haben die Vereinigten Staaten die Verantwortung über die Ausgestaltung der neuen „Weltwirtschaft" übernommen. Es fragt sich, ob die USA überhaupt in der Lage sind, die Direktiven für ein reibungsloses Funktionieren eines solchen, lediglich auf Währung aufgebauten Systems zu geben.

III

Währungspolitik kann niemals ohne eine entsprechende Produktions- und Handelspolitik getrieben werden. Die USA haben das Geld für die binnenwirtschaftlichen Zwecke und die Aufrechterhaltung einer binnenwirtschaftlichen Konjunktur mißbraucht, indem sie ihren Export mit der Goldeinfuhr finanzierten. Sie haben in den letzten Jahren keine weltwirtschaftliche Verantwortung gekannt und sind einer der Hauptschuldigen an dem Zusammenbruch der alten Goldwährung und der Entthronung des Goldes als eines internationalen Wertmessers. Sie haben sich bei der rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Exporte nicht um die aus ihren internationalen Zahlungsverpflichtungen entstandene Zwangsposition der anderen Länder gekümmert, indem sie diesen Ländern die Möglichkeit der Schuldenzahlung durch Warenausfuhr genommen und sie ihrer Goldreserve beraubt haben. Die Verantwortungslosigkeit der „Weltwirtschaft" gegenüber geht aus der bekannten Tatsache hervor, daß die USA als Gläubigerland sich weigerten, die Schuldzahlungen in Form einer erhöhten Wareneinfuhr anzunehmen, sondern sich abriegelten und neben ihre aktive Zahlungsbilanz noch eine aktive

Handelsbilanz setzten. Sie haben in den Jahren von 1915—1938 einen reinen Exportüberschuß von 120 Milliarden RM erzielt.

Genau so rücksichtslos wie sie vorher das Gold zur Stabilisierung ihrer binnenwirtschaftlichen Konjunktur einsetzten, wollen sie heute das Gold zur Stabilisierung ihrer außenwirtschaftlichen Konjunktur benutzen. War bisher das Haupthindernis für eine Gesundung der zwischenstaatlichen Austauschbeziehungen und die Rückzahlung der internationalen Schulden die protektionistische Handelspolitik der USA, so wird für die Gestaltung der neuen Handelswirtschaft die Mentalität und allgemeine Ausrichtung der USA-Politik als Gläubigernation entscheidend sein. Der fundamentale Unterschied zwischen England als führender Welthandelsmacht und den USA als der führenden Macht in der zukünftigen Weltwirtschaft ist der, daß England sich in seiner Existenz, seiner Ein- und Ausfuhr, seiner Lebenshaltung und seines Wohlstandes mitten in diese Weltwirtschaft hineingestellt hatte und von ihr abhängig war in dem Sinne, daß seine gesamte Wirtschaft und seine machtpolitische Stellung von dem Funktionieren des weltwirtschaftlichen Austausches beeinflußt wurde. Der Wohlstand der USA ist aber eigenräumlich fundiert und keine Funktion der weltwirtschaftlichen Austauschbeziehungen. Deshalb werden die USA nicht wie England jede Störung des berühmten weltwirtschaftlichen „Gleichgewichtes" spüren. Die Weltwirtschaft, wie Amerika sie sieht, ist nichts als eine zusätzliche Funktion der während des Krieges über das eigenräumlich bestimmte Maß hinausgetriebenen Wirtschaftsentwicklung. Wenn die Weltwährung auf den Dollar basiert werden soll, dann muß durch die Schaffung der in der Güterbewegung liegenden Voraussetzungen auch die erforderliche Menge an Dollarzahlungsmitteln den anderen Ländern zufließen, die den Dollar als Basis im außenwirtschaftlichen Verkehr benutzen. Da die Weltwirtschaftsentwicklung Amerikas aber vorwiegend durch inneramerikanische Kunjunkturen beeinflußt wird, ist die Garantie einer gleichmäßigen Versorgung der an den Monetary Fund angeschlossenen Länder mit Dollardevisen nicht gegeben. Haben die USA schon bei der Rückzahlung der Kriegsschulden keine „weltwirtschaftlichen" Konzessionen gemacht und durch die Erhöhung ihrer Einfuhr Teile ihres eigenen Wirtschaftsapparates aufgelockert, dann denken sie heute als die goldbesitzende Macht noch weniger daran, irgendwelche Konzessionen zu machen. Sie glauben einfach an die Macht des Goldes. Das Gold aber hat seine visionäre Macht verloren, nachdem die Völker erkannt haben, daß nicht das Geld entscheidend ist in der

Weltwirtschaft, sondern die Güter, d. h. die Produktion und die nationale Arbeit.

IV

Daraus ergibt sich die Frage, ob der Dollar als Weltwährung überhaupt brauchbar ist. Sieht man sich die Entwicklung der amerikanischen Zahlungsbilanz an, dann stellt man fest, daß mit Ausnahme der Jahre 1935 und 1936 sowie 1937 ein erheblicher Überschuß des Warenverkehrs, der Zinseinnahmen und der Dienstleistungen zu verzeichnen ist. Er erreichte in den ersten drei Jahren nach dem Weltkrieg 1914/18 mit 1,5 Milliarden im Jahre 1919, mit 2,7 Milliarden 1920, mit 1,6 Milliarden 1921, mit rund 1 Milliarde 1928 und knapp 1 Milliarde Dollar 1938 eine Rekordhöhe. Was haben die USA mit diesem Überschuß gemacht? Nur bis zum Jahre 1929 haben sie einen Teil dieser Gelder im Ausland angelegt. Seit 1930 überwiegen aber wieder die Rückzahlungen lang- und kurzfristiger Kredite. Ein erheblicher Überschuß an Forderungen wurde durch die Goldeinfuhr gedeckt. Die Menge des aufgestapelten Goldes hat 24 Milliarden Dollar erreicht. Die USA haben, ohne durch die Entwicklung der eigenen Zahlungsbilanz veranlaßt zu sein, im April 1933 den Dollar abgewertet, nur um ihrer unter Überdruck stehenden inneramerikanischen Produktionsmaschine den Abfluß der überschüssigen Waren zu ermöglichen. Die heute von ihnen verkündeten Währungspläne sollen diese Goldbestände mobilisieren. Die USA wollen wieder zum Golddollar zurückkehren. Da das für sie mit einer Kostensteigerung und einer Depression im Export verbunden wäre, versuchen sie, durch die Propagierung einer neuen Goldwährung über den Monetary Fund die mit Hilfe der autonomen Einsatzmittel kostenmäßig beweglicheren Länder in ihrer Kostengestaltung zu binden. Der Grund ist das auch von amtlichen Stellen angenommene noch stärkere Exportbedürfnis der Vereinigten Staaten nach Beendigung dieses Krieges. Demgegenüber sind sich die amtlichen Stellen aber auch klar und sprechen es offen aus, daß das Gegenstück der Ausfuhr, die Erhöhung des Einfuhrvolumens, nicht stattfinden würde. Nach der umwälzenden politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ostasien sind die USA von wichtigen Rohstoffquellen abgeschnitten. Die Sicherung des früher durch Einfuhr gedeckten Rohstoffbedarfs haben sie durch Rohstoffautarkie durchgeführt und die neuaufgenommenen Produktionsgebiete verstärkt durch Zölle geschützt. Die früher für die USA nicht unbedeutende Einfuhr von Rohstoffen, die etwa die Hälfte der Gesamteinfuhr umfaßte und besonders Kautschuk, Holz, Holzschliff, Zellulose und Papier betraf, wird stark zurückgehen, auch

die Einfuhr von Fertigwaren, die schon vor Beginn dieses Krieges bis auf unter 20 % der Gesamteinfuhr gesunken war und das Hauptmittel der Schuldenzahlung von seiten der auswärtigen Schuldenzahler darstellt, wird nach diesem Krieg als Folge der gestiegenen inneramerikanischen Leistung weiter zurückgehen. Demgegenüber haben die USA gerade die Ausfuhr von Fertigwaren forciert. Während sie um 1900 rund 20 % ihrer Gesamtausfuhr in Fertigwaren lieferten, waren es 1914 30 %, 1926 schon 40 % und 1939 bereits 50 %.

Diese auf bevorzugte Steigerung der Ausfuhr sich gründende Gestaltung der Handelsbilanz nimmt in größerem Umfange Dollarguthaben des Auslandes in Anspruch. Demgegenüber ist aber die Entwicklung der anderen Posten der us-amerikanischen Zahlungsbilanz nicht geeignet, von den USA kaufenden Ländern ihrerseits Dollarguthaben für ihre Käufe zur Verfügung zu stellen. Der Dienstleistungsverkehr, der früher in größerem Umfang für die USA vom Ausland geleistet wurde, wird nach dem Kriege von den USA selbst bestritten werden, weil diese sich während des Krieges eine große Handelsflotte angeschafft haben und aus dem internationalen Fracht- und Personenverkehr zur See und in der Luft größere Einnahmen erzielen werden. Demgegenüber wird der Reiseverkehr keine unverhältnismäßig hohen Dollarbeträge aus den USA abströmen lassen, falls die Amerikaner nicht ihrer unbezähmbaren Sensationslust frönen sollten, um sich die Zerstörungen des Krieges später einmal anzusehen. Demnach wird sich auch aus diesen Quellen der Zahlungsbilanz per Saldo ein Überschuß für die USA ergeben.

Wie wird sich Amerika nach den Grundsätzen und Entwicklungstendenzen seiner bisherigen Wirtschaftspolitik als Kreditgeber verhalten? Wird der Dollarüberschuß aus dem internationalen Austauschverkehr, so wie ihn sich die USA vorstellen, sich in der Gewährung von Krediten an das Ausland niederschlagen? Die Antwort hierauf wird drei Tatsachen berücksichtigen müssen:

Erstens wird die Bereitwilligkeit zur Kredit- und Anleiheaufnahme in Amerika bei allen Ländern bei weitem nicht so groß sein wie nach dem ersten Weltkrieg. Nach den Krisenjahren von 1929 bis 1932, in denen sich der individuell-geschäftspolitische Egoismus und die weltwirtschaftliche Verantwortungslosigkeit der amerikanischen Bankwelt erwiesen haben, der die Schuldnerländer plötzlich der Grundlage eines ausgeweiteten Kreditsystems beraubte, haben diese Länder nicht nur die politischen, sondern auch die aus solcher Gläubigereinstellung resultierenden wirtschaftlichen Gefahren der

Auslandsanleihe erkannt. Diese Auslandsanleihen haben zwangsläufig zu einer Einfuhr nicht unbedingt nötiger Waren geführt und im eigenen Lande einen Ausfall an Produktionsstätten verursacht, auf der anderen Seite aber auch bei der Bereitwilligkeit, mit der sie seinerzeit gegeben wurden, zu Investitionen geführt, die sich im Hinblick auf die Veränderung der Weltmarktsituation als Fehlinvestitionen erwiesen haben.

Zweitens sind die potentiellen Schuldnerstaaten wegen des Vordringens der Amerikaner auf bestimmten Wirtschaftsgebieten (Handelsflotte, Luftverkehr, Rohstoffgebiete) nicht mehr in der Lage, die Zins- und Amortisationszahlungen wie früher aus diesen Gebieten herauszuwirtschaften.

Drittens haben sich die Methoden der autonomen Wirtschaftspolitik als Mittel der Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung bewährt. Unter Anwendung entsprechender Lenkungsmethoden und Kontrollen hat sich die autonome Kreditschöpfung, die nur von der Lage der leistungsbereiten Produktionskräfte der eigenen Wirtschaft bestimmt wurde, bewährt, so daß kaum anzunehmen ist, daß die Länder, statt dieses bewährte Mittel der autonomen Kreditschöpfung zu gebrauchen, auf Auslandsanleihen zurückgreifen und sich der Selbstbestimmung berauben werden.

Der Umfang des auswärtigen Kreditvolumens hängt von den Möglichkeiten der Rückzahlung ab. Das Pfund hatte sich nur deshalb zur führenden Weltwährung entwickeln können, weil im güterwirtschaftlichen Bereich die Freihandelspolitik von England verwirklicht wurde und eine jederzeitige Anpassung des erforderlichen Exportvolumens an die auswärtigen Zahlungsverpflichtungen gestattete. Wenn der Freihandel auch nicht in seiner idealen Form durchgeführt werden konnte, so wurde er doch zum mindesten unter Berücksichtigung gewisser nationaler Korrekturen möglichst weitgehend verwirklicht. Die Beseitigung des Pfundes als Weltwährung war entscheidend begründet in der Aufspaltung des früher einheitlich funktionierenden Weltmarktes und seiner Aufteilung in Machtreservatgebiete. Wenn nach dem amerikanischen Währungsplan die Wechselkurse stabilisiert und damit die nationale Geld- und Kreditpolitik der einzelnen Länder gebunden werden sollte, dann muß die notwendige Konsequenz einer liberalen Geld- und Währungspolitik zum mindesten durch die Schaffung eines größeren Leistungsraumes über eine variable Preispolitik die Möglichkeit der Anpassung und Ausrichtung der nationalen Produktivkräfte auf die Ausgleichsnotwendigkeiten gegeben werden. Von der Herstellung eines solchen größeren Leistungsraumes darf sich aber kein

Land ausnehmen, vor allem nicht die USA mit ihrem so kaufkräftigen Markt. Nach der Wirtschaftspolitik, die die USA bisher betrieben haben, ist nicht anzunehmen, daß sie dieser elementarsten Forderung weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit entgegenzukommen bereit sind. Auch hier macht sich die einseitig von inneramerikanischen Produktionsnotwendigkeiten bestimmte Haltung der amerikanischen Unternehmerschaft bemerkbar, was bei der engen Verfilzung von Wirtschaft und Staatsführung auch die Haltung der staatlichen Handelspolitik beeinflußt. Die verschiedenen Produzenten mit ihren verschiedenen Schutzwünschen werden auch in Zukunft die Hochschutzzollpolitik der USA entscheidend bestimmen und damit verhindern, daß ein auf dem Dollar aufgebautes Währungssystem funktioniert, weil in ihm nicht die immanenten Möglichkeiten des Ausgleiches der Zahlungsbilanz der am Welthandel beteiligten Länder vorhanden sind. Wenn die neue Weltwährung funktionieren soll, dann müssen die USA zuerst für einen funktionsfähigen Weltmarkt sorgen.

Struktur und Führung des spanischen Staates

Von Erich A. Krotz

Als der Staatschef des heutigen Spanien im Juli 1936 die nationale Fahne erhob, um der roten Volksfront ein Ende zu bereiten, war die Hoffnung allgemein, daß die neue Bewegung binnen kurzem die Macht in ganz Spanien in Händen halten würde und dann in der Lage wäre, die politische und gesetzliche Neuordnung des Landes von der historischen Hauptstadt Madrid aus in der Machtposition der über das ganze Land herrschenden Staatsführung zu leiten. Schon nach wenigen Tagen indessen zeigte es sich, daß der Erfolg der neuen Bewegung kein unmittelbarer und allgemeiner sein konnte, weil es zunächst nicht möglich gewesen war, eine direkte Verbindung zwischen den einzelnen nationalen Gruppen herzustellen. Die Notwendigkeit der Mobilisierung des in den Händen der Nationalen befindlichen Gebietes, das unbedingte Erfordernis der Nutzbarmachung aller möglichen Hilfsquellen, das Fehlen einer Rechts- und Verwaltungsordnung sowie die Tatsache, daß eine Reihe von volksfrontgebundenen Personen und Gesetzen ohne Zögern beseitigt werden mußte, führten zu dem ersten Rechtsetzungsakt des Neuen Spanien, zum Dekret vom 24. Juli 1936, in dem die Errichtung eines nationalen Verteidigungsausschusses, der „*Junta de De-*

fensa Nacional", ausgesprochen wurde. Der „Junta de Defensa Nacional" wurde alle Machtvollkommenheit des Staates und die rechtmäßige Vertretung des Landes gegenüber den ausländischen Mächten übertragen. Als offizielles Staatsorgan wurde das „*Boletín del Estado*" geschaffen, in dem nun fortlaufend alle Dekrete und Gesetze des neugeformten Staatswesens veröffentlicht wurden. Während *Franco* und *Queipo de Llano* als Führer der Südarmee kämpften, schuf die „Junta de Defensa Nacional" erstmalig eine Reihe unmittelbarer Lenkungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Finanz- und Devisenwesens, des Ernährungs- und Verkehrswesens, und verfügte am 28. Juli 1936 den Kriegszustand, der die erste offizielle Einberufung von Reservejahrgängen ermöglichte. — Die einzige Untergliederung, die der Junta angeschlossen war, waren ein Beirat für das Finanzwesen und ein diplomatisches Kabinett für den Verkehr mit den auswärtigen Regierungen (am 30. Juli 1936).

Erst etwa sechs Wochen später, am 10. September 1936, erreichte General Franco mit der Eroberung von Badajoz die Verbindung mit der von General *Mola* geführten Nordarmee. Nun wurden mit Dekret vom 13. September 1936 zunächst die Parteien aufgelöst, die der Volksfront angehört hatten; kurze Zeit später wurde ein allgemeines Parteiverbot ausgesprochen, das grundsätzlich alle politische Betätigung, also auch die Arbeitergewerkschaften und Unternehmerverbände mit politischem Einschlag, kurzweg untersagte. Damit war die zwingende Voraussetzung für das Werden eines neuen Staates und einer neuen Staatsform geschaffen, denn das Neue Spanien stellte sich damit bewußt und gesetzlich fundiert in Gegensatz zu der Parteienregierung der Republik, schritt aber nun auch durch die Sammlung einer nationalen Volksbewegung über die reine Militärdiktatur des Generals *Primo de Rivera* in den letzten Jahren der spanischen Monarchie hinaus, die eben aus dem Mangel einer wirklichen Resonanz im spanischen Volke gescheitert war. Denn als der General Miguel Primo de Rivera genau dreizehn Jahre früher, am 13. September 1923, die Cortes auflöste, bereitete er damit einer Situation ein Ende, die der des Jahres 1936 nicht unähnlich war.

Auf der Grundlage des genannten Dekrets vom September 1936 erfolgte der entscheidende Schritt für die nationale Sammlung. Der Führer der nationalen Erhebung, der General Francisco Franco, wurde zum Regierungschef des spanischen Staates und zum Oberbefehlshaber der gesamten Streitkräfte ernannt. Der Staatschef hatte sich in einem Gesetz über die vorläufige Ordnung der zentralen Staatsregierung den Krieg und die auswärtigen Angelegen-

heiten vorbehalten und hatte sich den technischen Staatsrat mit den verschiedenen innerpolitischen Regierungsaufgaben unterstellt[1]). — So war zunächst dem neuen Staat ein System gegeben zu einer Zeit, als die ganze Konzentration der Staatsführung noch auf die Kämpfe an der Front gerichtet sein mußte.

Bei der Übernahme der Staatsführung am 1. Oktober 1936, der heute noch der „Tag des Caudillo" ist, hielt Franco eine Rede, welche die Übereinstimmung seiner Richtlinien mit dem Programm der von *José Antonio Primo de Rivera*, dem Sohn des Generals Primo de Rivera, gegründeten *Falange Española* bestätigte. Die spanische Falange, welche die tragende Partei des neuen Staates werden sollte, hatte in den drei Jahren seit ihrer Gründung im Jahre 1933 nur eine bescheidene, aber eine von starkem Idealismus erfüllte Anhängerschaft hinter sich gebracht, obwohl sie sich bereits im Frühjahr 1934 mit den Verbänden der nationalsyndikalistischen Offensive — *J. O. N. S. (Junta de ofensiva nacional-sindicalista)*[2]) — zur *Falange Española y de las J. O. N. S.* vereinigt hatte. Durch die im Februar 1936 erfolgte Verhaftung José Antonios, der am 19. November 1936 in Alicante erschossen wurde, hatte die Falange ihren Führer verloren.

Es spricht für den weiten staatsmännischen Blick des spanischen Generalissimus, daß er selbst in jenen Tagen, in denen es um Sein oder Nichtsein ging, die Notwendigkeit erkannte, eine Bewegung im Volk hinter sich zu schaffen und die tragenden Kräfte der nationalen Bewegung — Militär, Traditionalisten und Falangisten — zu einigen. Die *Comunión tradicionalista*, die sich aus Karlisten und Requetés zusammensetzte, rekrutierte sich hauptsächlich aus Navarra und den bäuerlichen Kreisen des Baskenlandes und verkörperte den kämpferischen Geist des Nordens in enger Verbundenheit mit einem starken katholischen Glauben.

Mit dem Dekret vom 20. Dezember 1936 wurden zunächst alle Milizen und Hilfstruppen, gleichgültig welchen nationalen Verbänden sie angehörten, der militärischen Befehlsgewalt und dem Militärstrafgesetzbuch unterworfen und auf diese Weise eine einheitliche Truppenführung und Kommandogewalt garantiert. Die Einigung der beiden Hauptgruppen der nationalen Erhebung, der traditionsgebundenen monarchistisch denkenden Requetés mit der jungen sozialrevolutionären, idealistischen, der großen spanischen Geschichte

[1]) Gesetz vom 1. Oktober 1936.

[2]) Über Las «Jons» unterrichtet: «JONS», Organo teorico de las Juntas de Ofensiva Nacionalsindicalista, Antología y Prólogo de Juan Aparicio, Madrid, 1939.

verbundenen Garde der Falange, erfolgte durch das Einigungsedikt vom 19. April 1937 zur *F. E. T. y de las J. O. N. S.*[3]). Der Artikel I dieses Dekrets lautet: „Die Spanische Falange und die Requetés mit allen ihren gegenwärtigen Aufgabenzweigen und Bestandteilen vereinigen sich unter meiner Führung (bajo Mi Jefatura) in eine einzige politische Einheit von nationalem Charakter, die von nun an Falange Española Tradicionalista y de las J. O. N. S. heißt." Die staatspolitische Lehre des Gründers der Falange Española, José Antonio Primo de Rivera, die ihre tiefste innere Wurzel im Spaniertum hatte, fand ihren Niederschlag in den 26 Punkten der neuen nationalen Einheitsbewegung und wurde von Franco zur Grundlage des neuen autoritären spanischen Staates gemacht.

Die 26 programmatischen Punkte der F. E. T. y de las J. O. N. S. bilden eine der beiden strukturellen Säulen, auf denen das neue spanische Staatswesen aufbaut. Sie haben ebenso wie die zweite strukturelle Säule, der *Fuero del Trabajo*, übergesetzlichen Charakter.

Aus den 26 Punkten sind die programmatischen Richtlinien des neuen Staates zu erkennen:

Politisch, der unbedingte Herrschaftsanspruch des Staates, die Einheit des Volkes, der Wille zum Imperium, die Ablehnung jedes Separatismus';

militärisch, die Schaffung eines schlagkräftigen Heeres und einer der spanischen Tradition würdigen Marine;

wirtschaftlich, die Anerkennung des Privateigentums und Förderung der Privatinitiative, aber vor allem unter dem Gesichtspunkt des Wohls der Gemeinschaft;

sozial, eine neue Einstellung zur Arbeit, die als Ehre und Pflicht betrachtet wird;

religiös, das Bekenntnis zum Katholizismus.

Programmatische Normen sind keine Gesetze. Sie geben die großen Linien, und sie lassen vor allem erkennen, wodurch sich das Alte vom Neuen zu scheiden gedenkt. Die Beachtung von Gesetzen kann bei Strafe erzwungen werden. Programmatische Normen können nur als Grundlagen für die Schaffung von Gesetzen auf allen Gebieten des Lebens dienen. Sind sie revolutionärer Natur, so darf nicht verwundern, daß die Änderung der Denkart von Generationen nicht von heute auf morgen erfolgen kann. — Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Aufsatzes zu jedem der 26 Punkte Stellung zu

[3]) Boletín Oficial del Estado vom 20. Oktober 1936 — Decreto de Unificación de Milicias.

nehmen und nachzuweisen, was zu ihrer Erfüllung bisher getan wurde. Fest steht, daß die aufgezählten wesentlichen Gesichtspunkte in Gesetz und Handeln des neugeformten Staatswesens von Anfang bis zur Gegenwart beachtet wurden und daß auf allen Gebieten außerordentliche Anstrengungen gemacht worden sind, um das Mögliche zu verwirklichen. Fest steht aber auch, daß bei der Beurteilung spanischen Wesens und spanischer Lebensart gerade wir Deutschen uns hüten müssen, statt spanischen Maßes deutsches anzulegen. Der spanische Mensch, der sich selbst so gern immer seines Individualismus' rühmt, ist eigenwillig genug, das politische und wirtschaftliche und selbstverständlich auch das geistige Erscheinungsbild seines Landes nach seiner eigenen Seele zu formen. Jeder Versuch der Einfuhr fremder Ideen, und an solchen hat es nie gefehlt, ist gescheitert und wird in diesem Lande scheitern müssen, wenn sie nicht zuvor im spanischen Geiste selbst allen fremdvölkischen Beiwerks entkleidet und im eigenen Wesen spanisch geworden ist.

Wenn man die 26 Punkte des Staatsprogramms als die politische Grundlage des spanischen Staatswesens bezeichnen kann, so bildet der *Fuero del Trabajo* dessen soziale Grundlage. Er wurde am 9. März 1938 (Boletín Oficial del Estado vom 10. März 1938 — Fuero del Trabajo —) vom Nationalrat der Falange formuliert und vom Staatschef unterzeichnet. Auch hier sei der erste Abschnitt aus dem Vorspruch wörtlich gegeben: „In Erneuerung der katholischen Tradition sozialer Gerechtigkeit und hoher menschlicher Gesinnung, die unsere Gesetzgebung beseelte, übernimmt der Staat, national als totalitäres Werkzeug im Dienste der Unversehrtheit des Vaterlandes und syndikalistisch als Reaktion gegen den liberalen Kapitalismus und den marxistischen Materialismus die Aufgabe, die Revolution — in soldatischem, schöpferischem und zutiefst religiösem Geist — zu vollenden, die Spanien erschüttert, und die ein für allemal den Spaniern ihr Vaterland, Brot und Gerechtigkeit wiedergeben wird."

Die Grundlagen des Fuero del Trabajo sind die Unterordnung der Wirtschaft unter die Politik mit dem Ziel der Überwindung aller Erscheinungsformen des Liberalismus, die Wertung der Arbeit als einer Ehre, der Schutz des Arbeiters, die Förderung der Landwirtschaft, die Schaffung eines neuen Arbeitsrechts und die Gestaltung der syndikalistischen Wirtschaftsverfassung.

Das Revolutionärste dieses Grundgesetzes der Arbeit ist für spanische Begriffe die grundsätzlich neue Wertung der Arbeit selbst. Das alte spanische Sprichwort, daß von den zwei Übeln der Arbeit

und Armut die Arbeit das schlimmere sei, kennzeichnet deutlich die traditionelle Einstellung. In vielen Hunderten von Jahren war es der Stolz des Hidalgo, Krieger zu sein und die Handarbeit zu verachten. Der Goldstrom aus den Kolonien brachte Reichtum, und das Land selbst brachte und bringt ja heute noch die „Comida", das tägliche Brot, ohne viel körperliche Anstrengung, zum mindesten im Vergleich mit dem deutschen Boden, hervor. Zieht man noch das beschauliche Leben der zahlreichen religiösen Orden in Betracht, so versteht man, daß Arbeit niemals die Forderung kategorischer Pflichterfüllung wie bei uns bedeutete. Der Fuero del Trabajo erklärt zum erstenmal die Auffassung von der Ehre und dem Ethos der Arbeit aus dem Recht auf Arbeit, aus der Arbeitspflicht, die aus der dem Menschen von Gott aufgegebenen Pflicht zur Erfüllung seiner persönlichen Bestimmung und zur Förderung der Wohlfahrt und Größe des Vaterlandes begründet ist. Wenn heute allerdings schon manchmal eingewendet wird, daß die Einstellung zur Arbeit in Spanien noch nicht viel besser geworden sei, so ist dies ein reichlich unbegründeter Vorwurf. Einmal läßt sich die Denkart von Jahrhunderten nicht in fünf Jahren in einem ganzen Volk umformen, zum anderen hat der spanische Staat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, um für eine neue Wertung der Arbeit die Voraussetzungen zu schaffen und um die programmatische Forderung des Fuero del Trabajo zu verwirklichen.

Das Gebiet der Sozial- und Wirtschaftsreformen ist ein außerordentlich großes und seine grundsätzliche Neugestaltung erfordert Zeit. Wenn auch oft in Spanien zwischen Gesetz und Wirklichkeit ein größerer Widerspruch klafft, als dies bei uns der Fall ist, so bedeutet dies nicht, daß bei gutem Willen der Regierung nicht Abhilfe geschaffen werden kann und wird. Gerade in den letzten Jahren hat die spanische Regierung eine große Arbeit dem Ausbau der Sozialgesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung und dem Arbeitsschutz, gewidmet. Man suchte die Löhne zu verbessern und sah sich dem schweren Problem einer allgemeinen Preissteigerung gegenüber, zu einer Zeit, wo die gesamte Weltwirtschaft durch den härtesten aller Kriege zum Stillstand gekommen ist. Man hat die Neuordnung der Landwirtschaft durch Gesetze in Angriff genommen, man hat für das Siedlungswesen und für den Wiederaufbau der zahlreichen zerstörten Gebiete des Bürgerkrieges reiche Mittel zur Verfügung gestellt. Am wenigsten fortgeschritten ist der Ausbau der vorgesehenen syndikalistischen Wirtschaftsordnung. Sie

ist bis heute nicht vom Staat organisiert worden, sondern den Händen der Falange anvertraut geblieben.

Die Statuten der Falange, die während des Bürgerkrieges mit Dekret vom 4. August 1937 veröffentlicht wurden, sind durch das Dekret vom 31. Juli 1939, das sich gegenwärtig in Kraft befindet, nach Abschluß des Bürgerkrieges einer Korrektur unterzogen worden[4]). Die Bewegung ist nach den Statuten der Falange nicht nur die Grundlage des spanischen Staates überhaupt und die treibende Kraft bei der Verwirklichung neuer Ideen, sondern sie verkörpert auch „die Disziplin, die Manneszucht, durch die das Volk, geeint und geordnet, zum Staate wird und durch die der Staat dem Volk die Tugenden der Dienstbereitschaft, der Kameradschaft und Gemeinschaft und der Würde und Achtung vermittelt".

José Antonio sah im Staate ein „wirksames und autoritäres Instrument im Dienste einer unzerstörbaren Einheit, jener beständigen und unwiderruflichen Einheit, die wir Vaterland nennen". Im Artikel 1 des Statuts der Falange Española Tradicionalista y de las J. O. N. S. heißt es wörtlich: „Die Falange Española Tradicionalista y de las J. O. N. S. ist die kämpferische Bewegung und Grundlage des spanischen Staates, der in Gemeinschaft des Willens und der Überzeugung die Aufgabe übernimmt, Spanien das tiefe Gefühl von einer unzerstörbaren Schicksalsgemeinschaft wiederzugeben und den entschlossenen Glauben an seine katholische und imperiale Mission".

Zwei Gruppen von Mitgliedern der Bewegung sind zu unterscheiden, einmal die militantes oder Kämpfer, zu denen alle die gehören, die vor dem 20. April 1937 entweder der Falange oder der Comunión Tradicionalista angehört haben, ferner die Offiziere der spanischen Wehrmacht, diejenigen, die durch den Caudillo oder die Gauleiter (Jefes Provinciales) ernannt wurden, und schließlich diejenigen, die aus der Stufe der Anhänger hervorgehen. Die zweite Gruppe sind die adheridos, d. h. diejenigen, die sich ihre volle Mitgliedschaft erst verdienen müssen. Der Organismus der Partei baut sich auf den Ortsgruppen (Falanges locales), Gauleitungen (Jefaturas Provinciales), Gebietsinspektionen (Inspecciones regionales) und den servicios auf, als da sind der Dienst für das Auswärtige, Erziehung, Presse und Propaganda, weibliche Falange, Wohlfahrtswesen, Syndikate, Jugendorganisationen, ehemalige Kämpfer der Bewegung, ehemalige Gefangene (ex-cautivos), Recht, Verkehrswesen und Polizei.

---

[4]) Boletín Oficial del Estado vom 4. August 1939 — Estatutos de F. E. T. y de las J. O. N. S.

An der Spitze der Falange steht als Vertreter des Caudillo der *Generalsekretär* im Range eines Ministers, der vom Caudillo persönlich ernannt wird. Seine Aufgabe wird durch das Dekret vom 21. Mai 1941[5]) wie folgt umrissen: „A la secretaría general del Movimiento incumbe la función ejecutiva, el mando imediato y la inspección de los Servicios y Organismos y la vigilancia para el debido cumplimiento de todas las órdenes superiores y propias.“ (Dem Generalsekretariat der Bewegung obliegt die Exekutionsgewalt, die direkte Befehlsgewalt, die Inspektion der Parteidienste und Organismen und die Überwachung der pflichtgemäßen Ausführung aller höheren und eigenen Befehle.) Neben dem Generalsekretariat steht der *Consejo Nacional der Falange*[6]), der sich aus dem Generalsekretär, den Chefs der Falangemilizen und den Nationaldelegierten der verschiedenen Dienste zusammensetzt. Seine Aufgabe bleibt, die Grundlinien der Struktur der Bewegung zu überwachen, die Grundlinien der Staatsstruktur, die Normen der syndikalistischen Ordnung, und in allen großen Fragen dem Chef der Bewegung beratend zur Seite zu stehen. Aus dem Consejo Nacional wurde durch den Caudillo ursprünglich die Junta Política gebildet, die als kleines und schlagkräftiges Organ in den entscheidenden Jahren des Krieges und der direkten Nachkriegszeit von besonderer Bedeutung war[7]).

---

[5]) Boletín Oficial vom 22. Mai 1941 — Disposición Delimitando las Respectivas Competencias de los Mandos Superiores de F. E. T. y de las J. O. N. S.

[6]) Vgl. auch Boletín Oficial vom 20. Dezember 1942 — Decreto sobre Reglamento del Consejo Nacional de F. E. T. y de las J. O. N. S.

[7]) Vgl. auch zur Struktur der Bewegung: Dekret vom 21. Mai 1941 „Disposición delimitando las respectivas competencias de los mandos superiores de F. E. T. y de las J. O. N. S.“, Dekret vom 28. November 1941 „Decreto reorganizando la secretaria general de F. E. T. y de las J. O. N. S.“, Dekret vom 20. Mai 1941 „Ley creando la vicesecretaria de educación popular de F. E. T. y de las J. O. N. S.“, Dekret vom 10. Oktober 1941 „Decreto por el que se organizan los servicios de la vicesecretaria de educación popular de F. E. T. y de las J. O. N. S.“, Dekret vom 29. November 1941, „Disposición organizando la delegación nacional de sindicatos de F. E. T. y de las J. O. N. S.“, Dekret vom 2. Juli 1940 „Ley reorganizando las milicias de F. E. T. y de las J. O. N. S.“, Dekret vom 7. Oktober 1937 „Decreto estableciendo el servicio social de la mujer“, Dekret vom 28. November 1937 „Decreto aprobando el reglamento del ‚Servicio Social‘ de la mujer“, Dekret vom 6. Dezember 1941 „Decreto sobre el servicio social de la mujer“, Dekret vom 22. Februar 1941 „Ley de fuero de las jerarquias de F. E. T. y de las J. O. N. S.“.

B. M. Nr. 137 vom 19. Februar 1942 „Estatuto General de los Funcionarios de F. E. T. y de las J. O. N. S.“.

B. M. Nr. 109 vom 4. März 1941 „Orden sobre unidad administrativa de los servicios nacionales de F. E. T. y de las J. O. N. S.“.

Die gegenseitige Stellung von Staat und Bewegung ist bis zur Gegenwart nicht ausdrücklich formuliert. Doch kann festgestellt werden, daß auf Grund der tatsächlichen Zustände Staat und Partei in gegenseitiger durchdringender Zusammenarbeit wirken. Die Durchdringung von Partei und Staat ist durch folgende Beispiele gekennzeichnet: Der Staatschef ist gleichzeitig Chef der Bewegung, die Minister sind Mitglieder des Consejo Nacional der Falange, der Generalsekretär ist Minister der Regierung. Die Parteimilizen sind dem Militär unterstellt. Bei der Besetzung entsprechender Stellen des Staates werden Falangeangehörige bevorzugt. Eine Reihe von Personalunionen zwischen Staats- und Parteistellen bestehen, so insbesondere in wachsendem Maße die Vereinigung des Amtes des Provinzial-Zivilgouverneurs mit dem des Jefe Provincial der Bewegung, des Gauleiters.

Auch bei der Bewertung der Falange, ihrer Bedeutung und ihrer Aufgaben, ist darauf hinzuweisen, daß ein deutscher Maßstab nicht angewandt werden sollte. Vergleiche einzelner Parteidienststellen und Aufgabengebiete erleichtern zwar das Verständnis, sie bieten aber, auf die Gesamtstruktur übertragen, meist Anlaß zu Mißverständnissen schon deswegen, weil die Voraussetzungen historischer, politischer, religiöser und menschlicher Art der zu vergleichenden Völker immer verschieden sein werden. Falsch ist in jedem Falle — wie dies dann und wann geschieht —, dem Ganzen seinen Wert abzusprechen, wenn das ideale Vorstellungsbild nicht den viel härteren Tatsachen entspricht.

Mit dem fundamentalen Gesetz vom 30. Januar 1938 über die zentrale Staatsverwaltung wurde der staatsrechtliche Aufbau des spanischen Staates vorläufig geklärt. Während im Dekret vom 29. Dezember 1936 die Junta de Defensa Nacional Franco zum Regierungschef und Generalissimus der gesamten Streitkräfte ernannt hatte, umschrieb die „Ley de administración central" dessen Macht wie folgt: Dem *Staatschef* entspricht die höchste Gewalt, Rechtsnormen von allgemeinem Charakter zu verfügen. Seine Verfügungen und Entschließungen haben Gesetzesform, wenn sie die organische Struktur des Staates berühren oder grundsätzliche Normen der Rechtsordnung des Landes darstellen. — Im Gesetz vom 8. August 1939[8]) wird ausdrücklich ergänzt, daß der Staatschef in

B. M. Nr. 124 vom 10. Oktober 1941 „Orden sobre unidad administrativa de los servicios nacionales de F. E. T. y de las J. O. N. S.".

B. M. = Boletín del movimiento.

[8]) Boletín Oficial vom 9. August 1939 „Ley reorganizando la administración Central del Estado".

dringenden Fällen Gesetze erlassen kann, ohne den Ministerrat vorher befragt zu haben. Zu einer nachträglichen Mitteilung an die Minister ist er dann verpflichtet. Als Chef der Bewegung ist er nach dem Dekret vom 31. Juli 1939[9]) (Boletín Oficial vom 4. August 1939) lediglich vor Gott und der Geschichte verantwortlich.

Die *Regierung des spanischen Staates*, die sich, wie wir früher gesehen haben, aus der Junta de Defensa Nacional, dann der Junta técnica del Estado entwickelte, ist auf Grund der Gesetze vom 30. Januar 1938[10]) und der Zusätze und Abänderungen vom 29. Dezember 1938 und vom 8. August 1939 gestaltet. Die Präambel zu diesen Gesetzen betont allerdings, daß die Geschwindigkeit, mit der die Staatsbildung vorgenommen werden mußte, dem Staatsaufbau einen provisorischen Charakter gibt.

Die Präsidentschaft der Regierung hält der Staatschef selbst in Händen, der von einer Präsidialkanzlei unterstützt wird. Dieser untersteht u. a. die Generaldirektion für Marokko und die Kolonien. Die Aufgaben der Minister, des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, der drei Heeresminister, des Justizministers, des Finanzministers, des Wirtschaftsministers, des Landwirtschaftsministers, des Erziehungsministers unterscheiden sich nicht wesentlich von den in anderen Ländern üblichen. Dem Ministro de la Gobernación, dem Innenminister, untersteht die innere Verwaltung, das Gesundheitswesen, das Bauwesen, das Sicherheitswesen. Das Ministerio de Obras Públicas überwacht die Seefahrt, die Wasserkraftwerke, das Straßen- und Eisenbahnwesen, während das Arbeitsministerium für das weite Gebiet des sozialen Aufbaus zuständig ist. In den einzelnen Ministerien sind Subsekretariate geschaffen, denen wieder Generaldirektoren für die einzelnen Aufgabengebiete unterstellt sind. Ernannt und entlassen werden die Minister durch den Staatschef selbst. Der Rat der Minister ist neben seiner grundsätzlichen Bedeutung als Regierung des Landes das höchste Verwaltungsorgan des Staates; er entscheidet in allen bedeutenden Fällen[11]).

Als konsultative Organe stehen der Regierung drei Einrichtungen zur Seite, der *Consejo del Estado* (Staatsrat), der *Consejo de*

---

[9]) Boletín Oficial del Estado vom 4. August 1939 „Jefatura Nacional", Estatutos de F. E. T. y de las J. O. N. S.".

[10]) Boletín Oficial vom 31. Januar 1938 „Ley organizando la Administración Central del Estado".

[11]) Vgl. auch: Antonio Royo Villanova, Elementos de Derecho Administrativo, 2 Bde, Valladolid, 1943, 18. Aufl.; Ignacio Maria de Lojendio, Régimen politico del Estado Español, Barcelona, 1942.

Economia Nacional (Nationaler Wirtschaftsrat) und der *Consejo Nacional de Educación* (Nationaler Erziehungsrat). Während der Consejo del Estado[12]) historisch auf den von *Karl I.* 1526 geschaffenen Staatsrat zurückgeht, kennen die beiden anderen keine Vorgänger. Der Consejo del Estado, der mit Gesetz vom 10. Februar 1940 geschaffen wurde, hat die Aufgabe, die Staatsführung in allen Fragen der Regierung und Verwaltung zu beraten. Er ist zusammengesetzt aus einem Präsidenten und sechs vom Staatschef ernannten Räten, die ehemalige Minister und ähnliche in bedeutenden Staatsstellen tätig gewesene Persönlichkeiten sind. Auch in diesem Gesetz wird in der Präambel darauf hingewiesen, daß noch nicht der Augenblick gekommen sei, die Aufgaben des Consejo del Estado definitiv festzulegen.

Der Consejo de Economia Nacional[13]), der mit Gesetz vom 4. Juni 1940 geschaffen wurde, hat die Aufgabe, eine ordnende Orientierung der Wirtschaftspolitik der Regierung und die Einordnung der wirtschaftlichen Aufgaben in die Tätigkeit der verschiedenen Ministerien zu gewährleisten. Das Gesetz nennt den Consejo de Economia Nacional einen autonomen Organismus der Arbeit mit beratendem Charakter in allen Fragen der nationalen Wirtschaft. Auch dessen Räte sowie sein Präsident werden durch den Staatschef persönlich ernannt.

Der Consejo Nacional de Educación[14]) hat den Interessen des Staates auf dem Gebiete der Erziehung zu dienen; er hat lediglich technischen und beratenden Charakter. Sein Präsident wird durch den Ministerrat ernannt, während die übrigen Mitglieder durch den Unterrichtsminister selbst bestimmt werden.

Den jüngsten bedeutenden Fortschritt im Neubau des spanischen Staates bildet die Verkündigung des Gesetzes von der Wiederschaffung der Cortes am 17. Juli 1942[15]). Wenn Franco die Cortes wiedergeschaffen hat, so kann man darin seine Bestrebungen erkennen, alle Kräfte der spanischen Volksgemeinschaft zur positiven Aufbauarbeit zu vereinigen. Die Cortes bilden praktisch eine Ständekammer, deren Mitglieder ernannt werden. Sie haben keinen

[12]) Boletín Oficial del Estado vom 14. Februar 1940 „Ley restableciendo el funcionamento del Consejo de Estado" del 10. 2. 40.

[13]) Boletín Oficial del Estado vom 8. Juni 1940 „Ley creando el Consejo de Economia Nacional" del 4. 6. 40.

[14]) Boletín Oficial del Estado vom 24. April 1942 „Ley Orgánica del Ministerio de Educación Nacional" del 10. 4. 42.

[15]) Boletín Oficial del Estado vom 19. Juli 1942 „Ley de Creación de las Cortes Españolas".

bestimmenden, sondern lediglich beratenden Charakter und beschränken sich auf die Prüfung der Gesetze und deren Ausarbeitung durch von ihr eingesetzte Kommissionen. Während die Partei den politischen Weg der Regierung ins Volk darstellt, während die Syndikate einen weiteren Weg der Regierung in die Wirtschaft bedeuten, sind die Cortes als mitberatende Volksvertretung zu betrachten.

Die spanischen Cortes von 1942 sind in ihrem Aufbau den Cortes von 1876 ähnlich. Im Gesetzestext vom 17. Juli 1942 werden die Cortes wie folgt bezeichnet (Artikel 1): „Die Cortes sind das oberste Organ der Teilnahme des Volkes an den Aufgaben des Staates. Die Hauptaufgabe der Cortes ist die Vorbereitung und Ausarbeitung der Gesetze, vorbehaltlich ihrer dem Staatsoberhaupt zustehenden Sanktion."

Sie setzen sich aus Abgeordneten vermöge eigenen Rechtes und den in Artikel 2 im einzelnen aufgezählten Amtsträgern und Persönlichkeiten zusammen, wie den Ministern, den Nationalräten der F. E. T. y de las J. O. N. S., dem Präsidenten des Staatsrates, dem Präsidenten des Obersten Zivilgerichtshofes und des Obersten Militärgerichtshofes, den Vertretern der nationalen Syndikate, den Bürgermeistern der 50 Provinzhauptstädte, außerdem aus einem Vertreter der übrigen Gemeinden jeder Provinz, den Rektoren der Universitäten (von Madrid und Barcelona), dem Präsidenten des Instituto de España, den Präsidenten der Reales Academias, dem Kanzler der Hispanität usw. Der Präsident, die beiden Vizepräsidenten und vier Cortessekretäre werden vom Staatsoberhaupt ernannt. Die Aufgaben sind in Artikel 10 wie folgt umrissen: „Die Cortes erkennen im Plenum über die Erlasse und Gesetze, die irgendeine der folgenden Materien betreffen:

a) das ordentliche und außerordentliche Staatsbudget,
b) die großen wirtschaftlichen und finanziellen Transaktionen,
c) die Einrichtung oder Reform des Steuerwesens,
d) die Ordnung des Bank- und Münzwesens,
e) die Wirtschaftskontrolle der Syndikate und alle gesetzlichen Maßregeln, die für die Wirtschaft des Staates von weittragender Bedeutung sind,
f) grundlegende Gesetze über den Erwerb und Verlust der spanischen Staatsangehörigkeit und über die Pflichten und Rechte der Spanier,
g) die politisch-rechtliche Ordnung der staatlichen Einrichtungen,
h) die Grundlagen der lokalen Verwaltungsform,

i) die Grundlagen des bürgerlichen, Handels-, sozialen, Straf-Prozeßrechtes,
j) die Grundlagen des Gerichtswesens und der öffentlichen Verwaltung,
k) die Grundlagen für die Ordnung der Belange der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie,
l) die nationalen Unterrichtsplanungen,
m) die übrigen Gesetze, die die Regierung von sich aus oder auf Vorschlag der entsprechenden Kommission beschließt, dem Cortesplenum zu unterbreiten. Gleichfalls kann die Regierung dem Plenum auch Materien oder Vereinbarungen unterbreiten, die keinen Gesetzescharakter haben."

Die Cortes wurden geschaffen, um die tragenden Kreise des spanischen Volkes noch mehr zur Mitarbeit am Aufbau des neuen Staatswesens heranzuziehen. Die Staatsgewalt bleibt jedoch nach wie vor völlig unabhängig von den Cortes, da diesen vom Caudillo und den Ministern Gesetzesvorschläge zugeleitet werden und ihnen Aufgaben gestellt werden. Alle Gesetze müssen letztlich vom Caudillo sanktioniert werden. Die Cortes kennen keine Rechte und keine Linke, keine Regierungspartei und keine Opposition. Sie sind ein Gremium von Männern, die der Regierung in ernster Arbeit zur Seite stehen; es sollen die Besten aus dem Volke sein, denen die Möglichkeit gegeben wird, am Aufbau des Staates mitzuwirken. Dies erweist sich auch ganz besonders daraus, daß die Mehrzahl der Cortesmitglieder zu den Tagungen aus der Provinz herbeieilt und daß jede einzelne der 50 Provinzen mindestens zwei Vertreter in den Cortes besitzt, von denen der eine immer der amtierende Zivilgouverneur der Provinz ist[16]).

An der Struktur der provinziellen und lokalen Verwaltung hat der neue Staat, mit Ausnahme der Rückführung der katalonischen und baskischen Provinzen in die zentrale Staatsverwaltung, nur Unwesentliches geändert.

Der Überblick über das Werden des heutigen spanischen Staates in seiner gegenwärtigen Struktur läßt eine souveräne Staatsführung erkennen. Jederzeit, in den Jahren des Bürgerkrieges wie in den jetzigen Jahren des spanischen Friedens, ist das vorsichtige Voranschreiten, das Systematische, den gegebenen militärischen und politischen Verhältnissen Entsprechende des Aufbaus besonders auffallend. Wer im politischen Ungestüm des Bürgerkrieges ein end-

[16]) Boletín Oficial del Estado vom 22. Oktober 1942 „Decretos sobre designación de procuradores en las cortes españolas" del 14 de octubre de 1942.

gültiges Schema erwartet hatte, hat inzwischen Zeit gehabt, zu erkennen, daß die Elastizität der spanischen politischen Führung eine hohe Staatskunst bewiesen hat. Was zur Entscheidung drängte, wurde entschieden. Ohne Zögern wurden die Parteien zu Beginn des Bürgerkrieges aufgeteilt und aufgelöst, ein Programm verkündet und dessen Erfüllung systematisch im Rahmen des Möglichen erkämpft und die politische Einigung erreicht. Alle anderen Fragen, deren Lösung nicht vordringlich erschien, wurden zurückgestellt, weil bis zum Ende des Bürgerkrieges alles zunächst einem Ziele untergeordnet war: den Bürgerkrieg zu gewinnen und zu beenden. Wenn in den anschließenden fünf Aufbaujahren manche Entscheidungen vielleicht anders erwartet wurden, so darf nicht verkannt werden, daß die politische Weltlage vielfach dazu zwang, wichtige Entschlüsse zurückzustellen. Innenpolitisch erfolgte bedingungslos die Abschaffung alles Hemmenden und Veralteten, die Ausscheidung unproduktiver und die Heranziehung aller produktiven Elemente und Einrichtungen zum neuen Staate, wie dies schließlich auch die starke Unterbauung durch die Cortes zeigt.

Eindeutig war und ist das Bekenntnis zum Katholizismus. Fest steht, daß der katholische Geist zu den tiefsten Grundlagen des neuen spanischen Staates gehört, allerdings der katholische Geist in seiner spanischen Form, nicht als Klerikalismus oder politischer Katholizismus. Punkt 25 des Staatsprogramms sagt dazu: „Unsere Bewegung fügt den katholischen Geist, der in Spanien von ruhmvoller Vergangenheit und vorherrschend ist, dem nationalen Wiederaufbau ein. Die Kirche und der Staat werden ihre wechselseitigen Befugnisse in Übereinstimmung regeln, ohne daß eine Einmischung oder irgendwelche Tätigkeit geduldet würde, die die Würde des Staates oder die nationale Einheit mindern könnte." Auf dieser Basis wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Maßnahmen getroffen. Die religiöse Erziehung der Jugend und der Religionsunterricht in den Schulen wurden wieder aufgenommen, die religiösen Feiertage wieder eingeführt[17]). Die Geseţe der Republik in bezug auf die religiösen Orden wurden aufgehoben und die Grundsteuerfreiheit für Kirchen, Pfarr- und bischöfliche Gebäude, wie auch für geistliche Seminare, Ordens- und Kongregationsgebäude wieder gewährt. In zahlreichen Erklärungen hat der spa-

[17]) Vgl. auch die Wiedereinführung der Colegios Mayores, die der religiösen Unterrichtung der Studenten an den Universitäten dienen (Boletín Oficial del Estado vom 9. März 1942 „Decreto confirmando y creando diversos colegios mayores en las Universidades" del 19. Febrero de 1942).

seitens des Moskauer Bolschewismus und die zielstrebige Ausnutzung dieser schwedischen Verhältnisse.

Die in Schweden zur Erreichung der kommunistischen Ziele angewandten Methoden sind im wesentlichen die üblichen, Sabotageakte, Industriespionage und Vortäuschen von Harmlosigkeit und Loyalität dem Staat gegenüber, d. h. auf der einen Seite unbekümmert brutales Vorgehen, auf der anderen raffinierte Tarnung auf Grund weiten Einfühlens in die schwedische Mentalität.

1941, im Jahre des Beginns des Ostkrieges, nahm die staatsfeindliche Tätigkeit der Kommunisten in Schweden in Gestalt von Sprengstoffattentaten und Spionagehandlungen solche Formen an, daß die Kommunistenfrage in der Öffentlichkeit akut wurde. Im Zusammenhang mit diesen Anschlägen (auf Schiffe, Brücken, Erztransporte, auf die Porjus-Staudämme) und der Ergreifung einiger Täter brachte nahezu die ganze Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, aufsehenerregende Enthüllungen über die kommunistische Sabotageorganisation in Schweden und begrüßte unter Verurteilung dieser landesverräterischen Aktionen die ergriffenen Polizeimaßnahmen. Man war sich auch klar darüber, daß es sich bei den verhafteten Saboteuren nur um Nebenpersonen handelte, während die eigentlichen Anstifter im Hintergrund blieben. Vom Sommer 1941 ab verschärfte sich die kommunistische Tätigkeit im ganzen Lande so wesentlich, selbst in Kleinstädten und kleinbäuerlichen Landschaften, daß das freisinnige Aftonbladet von kommunistischem Terror in vielen Gemeinden, verbunden mit einer Hetze in schärfsten Formen gegen das Reich, gegen Finnland und das nationale Norwegen sprach.

In dieser Zeit begann die Diskussion über die Möglichkeit eines Verbotes der Kommunistischen Partei. Zum Sprecher der Forderungen nach Aufhebung „der schwedischen Sektion der Komintern" machte sich die rechtsstehende Presse, darunter Stockholms Tidningen (Blatt des Kreuger-Konzerns). Einen wichtigen Höhepunkt brachte im Herbst 1941 dann die Abwicklung der Strafprozesse. Die Zeit zur Anwendung des Ermächtigungsgesetzes vom Juni 1940 gegen die staatsfeindliche Betätigung wurde von weiten Kreisen für überreif erachtet. Bemerkenswert ist, daß auch ein Regierungsmitglied, der Kultusminister *Bagge*, gleichzeitiger Führer der Rechtspartei (Högern), sich in öffentlicher Rede entschieden gegen die kommunistische Wühlarbeit, die in enger Verbindung mit der unter legalen Formen arbeitenden Kommunistischen Partei stehe, wandte und die Aufhebung der Partei als staatsfeindlich forderte. Zur Sensation wurde der Fall Linderot. *Sven Harald Linderot*, steckbrieflich gesuchter Führer der KPS und Mitglied der ersten Kammer des Reichstags, der sich wochenlang irgendwo im Lande vor dem Zugriff der Polizei verborgen gehalten hatte, erschien unvermittelt und unbefangen zu den Reichstagssitzungen im Oktober, auf seine Immunität als Abgeordneter bauend. Die Folge war ein einzig dastehendes und in mehrfacher Hinsicht bezeichnendes Schauspiel: Linderot mußte seine Zeit zwischen Reichstagssitzungen und Polizeiverhören teilen, wo er mit unerhörter Dreistigkeit erklärte: „Die Sabotageakte sind nicht von mir oder anderen Kommunisten verursacht, sondern von Offizieren der schwedischen Wehrmacht." In langen Debatten untersuchte der Reichstag die Immunitätsfrage der kommunistischen Abgeordneten und die Möglichkeit einer Verteidigung der Demokratie gegen die inneren Feinde — ohne Verletzung der Gesetze oder der Verfassung. Der Ministerpräsident erklärte zu den Forderungen nach einem Parteiverbot, die Regierung werde alle im Interesse der Sicherheit des Landes liegenden Maßnahmen prüfen und dem Reichstag das Ergebnis der Beratungen bekanntgeben. Der Reichstag seinerseits erklärte sich bereit — mit Ausnahme der Kommunisten —,

diesbezügliche Regierungsvorschläge zu prüfen. Einstimmigkeit war nicht vorhanden. Für ein Verbot sprachen sich Rechtspartei und Bauernbund aus. Die sozialdemokratische Einstellung schien darauf hinauszulaufen, sich einem Verbot der KPS nicht widersetzen zu wollen unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig auch die anderen „extrem staatsfeindlichen" Richtungen, gemeint waren die nationalsozialistischen, nicht im Reichstag vertretenen Splittergruppen, verboten würden. Der belastete Kommunistenhäuptling Linderot warnte den Reichstag vor der Auflösung seiner Partei mit dem sich als zugkräftig erweisenden Argument, daß dadurch der schwedischen Demokratie der Todesstoß versetzt werden würde, und warf sich somit zum Hüter der Demokratie Schwedens auf. Die sich aus der schwedischen Gesetzgebung ergebenden rechtlichen Schwierigkeiten für eine Entfernung von Mitgliedern staatsfeindlicher Organisationen wurden in den Reichstagserörterungen und namentlich in der sozialdemokratischen Presse hin und her erwogen. Dabei stellte man fest, daß auf Grund des angeführten Ermächtigungsgesetzes die Regierung im Einverständnis mit dem Reichstag Organisationen, die mit Gewalt oder mit Hilfe einer fremden Macht die Verfassung stürzen wollen oder deren Tätigkeit geeignet ist, die Verteidigung Schwedens ernstlich zu gefährden, das Verhältnis zu ausländischen Mächten oder die Ordnung im Lande zu stören, wohl verbieten kann, vertrat andererseits aber die Auffassung, daß nach der schwedischen Rechtsordnung mit der Parteiaufhebung weder die Parteipresse beseitigt ist, noch vor Ablauf der Mandatsdauer (bei Linderot erst 1946) die kommunistischen Abgeordneten aus dem Reichstag entfernt sind.

Die langatmige, mehr akademische als von Entschlußkraft zeugende Debatte rief eine Reihe von Entschließungen und von Protesten nationaler Kreise an die Regierung hervor, die sich ihrerseits nur zur Vertagung entschließen konnte und im Dezember 1941 im Regierungsblatt „Socialdemokraten" bekanntgeben ließ, dem diesjährigen Reichstag keinen Gegenvorschlag über ein Verbot der „unschwedischen Parteien" vorlegen zu wollen. Mit dieser unentschlossenen Haltung der Staatsführung war schon der eigentliche Höhepunkt in der Kommunistenfrage erreicht, denn bereits zu Beginn der neuen Reichstagsperiode (Januar 1942) teilte der Ministerpräsident im Reichstag mit, daß die Regierung nach eingehender Prüfung der Frage nicht die Absicht habe, das Ausnahmegesetz von 1940 anzuwenden und ein Gesetz über die Auflösung der extremen Parteien dem Reichstag vorzulegen, und zwar aus der Erwägung heraus, daß eine solche Maßnahme eine bedenkliche Einschränkung der verfassungsmäßig garantierten allgemeinen Freiheiten und Rechte bedeuten würde. Die Regierungsauffassung sah in der Tätigkeit der staatsfeindlichen Vereinigungen keine Umsturzgefahr für den Staat. Eine Verschärfung der polizeilichen Überwachung und des Strafmaßes wurde zur Bekämpfung als ausreichend angesehen. Diese liberale und schwache Haltung der Staatsführung blieb nicht ohne Folgen. Sie verfehlte zwar die beabsichtigte Wirkung, wurde aber von den Kommunisten als Schwäche erkannt und daher als Sieg und Legalitätsbestätigung gewertet.

Die kommunistischen Umtriebe, einschließlich der Spionagehandlungen, erfuhren eher eine Steigerung, als daß sie abebbten. Die Zunahme des kommunistischen Einflusses wurde aus den verschiedensten Wahlen ersichtlich. So gelang es den Kommunisten schon im Frühjahr 1942, in eine Reihe von Berufsverbänden und Arbeiterklubs, z. B. der Götawerke in Göteborg, einzudringen. Die Stockholmer Blätter brachten mehrfach sensationelle Berichte über die geheime Wühlarbeit und über die Ausbildung schwedischer Kommunisten im Partisanenkampf. Auch auf geistigem Gebiet, namentlich in intellektuellen Kreisen

schwedische Kommunismus nahm nach der angeblichen Kominternauflösung keinen anderen Charakter an als zuvor. Es änderten sich lediglich seine Arbeitsmethoden und das Tempo der Fortschritte. Es wuchs. Nach dem eigenen Urteil der KPS führte das Kominternmanöver in innenpolitischer Hinsicht in Schweden zur Erweiterung des kommunistischen Einflusses, zur Besserung der Bedingungen für die Zusammenarbeit mit weiteren Arbeiter-, Bauern-, und intellektuellen Schichten, es brachte die Sprengung der bisherigen Isolierung und, vielleicht als wesentlichstes Moment, eine vollständigere Legalität des schwedischen Kommunismus. Damit war zugleich die Grundlage zur Steigerung der kommunistischen Ansprüche gegeben. Auf der „Reichsparteitagung" der schwedischen Kommunisten Ende Juni 1943 wurden folgende Forderungen an die schwedische Regierung gestellt: Aufhebung des (1940 vertraglich geregelten) deutschen Urlauberverkehrs durch Schweden nach Norwegen, Verbot für schwedische Staatsangehörige, als Freiwillige in die deutsche oder finnische Wehrmacht einzutreten, und endlich Verbot der Arbeiterwerbung nach Deutschland und Finnland. Daß am Schluß dieser Forderungen die KPS der Regierung im Bemühen, das Land aus dem Kriege herauszuhalten und die Selbständigkeit zu wahren, ihre Unterstützung zusagte, ist einer der üblichen neuen Tarnungsversuche. Als solcher ist auch der allerdings zunächst gescheiterte Versuch der kommunistischen Jugend zu gemeinsamer Arbeit und zum Zusammenschluß mit dem sozialistischen Jugendverband zu werten, da letzterer sich nur zur Einzelaufnahme der Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation bereit erklärte.

Die Gewerkschaften und der sozialdemokratische Parteivorstand rafften sich im Juli 1943 auf, den Versuchen zur Errichtung einer kommunistischen Volksfront in Schweden durch Verbreitung eines zum Kampf gegen die Volksfrontbestrebungen aufrufenden Flugblattes zu begegnen. Daß im Herbst die Kommunisten einen großen Ausbau ihrer Parteipresse vornehmen konnten, zeugte nicht für ein Nachlassen der dunklen (Moskauer) Geldquellen. Das Parteiorgan „Ny Dag" und die „Arbeitertidningen Göteborg" erschienen in wesentlich erweitertem Umfang. Für Nordschweden wurde eine kommunistische Tageszeitung in Luleå gegründet. Dazu gehört der während der Kriegsjahre zur Herausgabe politischer Wochenschriften geschaffene Ina-Preßverlag, ein kommunistischer Konzern, der zur Zeit sechzehn Wochenzeitungen in verschiedenen schwedischen Provinzen herausbringt.

Der Herbst 1943 brachte den Bolschewisten noch weitere Erfolge, deren Ziel sich der Zellenbildung in der Gewerkschaftsbewegung zuwandte, um diese von innen her zu erobern. Nachdem sie bereits in der Führung einzelner Gewerkschaften, so der der Stockholmer Grubenarbeiter, zur Herrschaft gelangt waren, richtete sich der Hauptangriff weiter auf die wichtigste, den Metallarbeiterverband. Da dessen Gewerkschaftsleitung durch das sog. Zirkular 3 seit 1941 die Funktionärwahl von Kommunisten für ungültig erklärt hat, wird hier der Kampf als fachliche Opposition maskiert geführt. Auf diese Weise gelang es bei der Unzufriedenheit mit der Lohn- und Abkommenpolitik unter der Arbeiterschaft im September 1943 den Kommunisten, bei einer Wahl für eine bevorstehende Abkommenkonferenz in der Stockholmer Metallarbeitergewerkschaft einen ersten Sieg ihrer Vertreter unter der Parole „Bruch mit dem Lohnstop" mit einem Stimmenübergewicht von 350 bei rund 7300 abgegebenen Stimmen zu erreichen. Eine praktische Auswirkung auf die Lohnpolitik und die Gewerkschaftsführung hatte diese Wahl zunächst noch nicht.

Den durchschlagenden Erfolg brachte die Gewerkschaftswahl Anfang April

1944. Getarnt als „freie Liste" trugen die Kommunisten mit 7000 gegen 5700 Stimmen einen eindeutigen Sieg über die Sozialdemokratie davon und brachten damit die bedeutendste schwedische Gewerkschaft unter ihre Führung. Trotz der größeren Wahlbeteiligung (40 v. H., gegenüber nur 33 v. H. im April 1943) hatten die Sozialdemokraten nur einen geringen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, während die Sieger einen Zuwachs von 40 v. H. (über 2000) für sich buchen konnten. Welche Gesamtauswirkungen dieser bolschewistische Sieg in Schweden hat, ob er zu weiteren Erfolgen führt, bleibt abzuwarten. Immerhin löste er bei den Regierungssozialisten und in der Presse beträchtliche Bestürzung aus.

Die neue Taktik der Kommunisten bei Betriebs- und Gewerkschaftswahlen besteht darin, nicht mehr rein kommunistische, sondern unter unverfänglichen Bezeichnungen gemischte Listen mit 5 Kommunisten und vier Sozialdemokraten (oder im Verhältnis 3 zu 2) aufzustellen mit dem Erfolg, daß bei diesem Verfahren überall die Kommunisten die Mehrheit bekommen. Die sozialdemokratische Presse nannte diese Methode in ihrer Verärgerung ein unzulässiges taktisches Manöver, das darauf abziele, Sozialdemokraten als Geiseln in die von Kommunisten beherrschten Gewerkschaftsleitungen hineinzunehmen. In ähnlicher Weise setzen die Kommunisten ihre Unterminierungsversuche in der sozialistischen Jugendbewegung mit dem Ziel der Bildung eines gemeinsamen Jugendverbandes fort. Besonderes Gewicht legt der Kommunismus schon seit Kriegsbeginn auf die Gewinnung des wirtschaftlich wie strategisch wichtigen Nordschweden. Über diese seit langem bekannte Tatsache sucht man sich vielfach damit hinwegzutrösten, „daß ein gewisser praktischer Kommunismus von altersher das Leben in Lappmarken gekennzeichnet habe".

Neuerdings sind die Kommunisten an die herrschende Sozialdemokratie mit der Einladung zum Zusammengehen bei den Reichstagswahlen im kommenden Herbst herangetreten. Diese Einladung erfuhr bislang zwar eine Ablehnung, Das Trachten der Kommunisten, die zum Herbst einen großen Stimmenzuwachs erwarten, läuft eindeutig auf Teilnahme an der Regierung hinaus. Schon heute zielen ihre Forderungen auf mindestens ein Drittel der Ministerposten. Gefördert werden diese Ansprüche nicht allein von Moskau, sondern ebenfalls von den skandinavischen Emigranten in London (*Christmas Möller* u. a.), die die Aufnahme kommunistischer Mitglieder in die Nachkriegsregierungen in Norwegen und Dänemark fordern. Auf dem in den ersten Maitagen 1944 in Stockholm abgehaltenen 12. Kongreß der KPS, der mit 360 Vertretern aus dem ganzen Lande als der bisher größte bezeichnet wurde, brachte der Reichstagsabgeordnete Hilding Hagberg in der Programmrede in aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die Arbeiter Schwedens ihre Politik von der Sowjetunion bestimmen lassen müßten, daß das Endziel der KPS die Einführung der kommunistischen Gesellschaftsordnung in Schweden sei. Noch deutlicher wurde der Parteivorsitzende Linderot, indem er erklärte, die Kommunisten hätten zwar bisher noch nicht den Sturz der jetzigen schwedischen Regierung, die eine Reihe reaktionärer Gesetze und Verordnungen durchgeführt habe, gefordert, jetzt aber müsse der Regierung die Alternative gestellt werden. Auf dem Parteikongreß wurde weiterhin bekanntgegeben, daß die Mitgliederzahl der KPS seit 1941/42 sich verdoppelt habe, daß auch die Parteiorganisationen fast auf das Doppelte angewachsen seien und daß ferner der Kommunistische Jugendverband in den letzten sieben Wochen 22 neue Ortsgruppen habe bilden können. Nach einer Meldung der kommunistischen Zeitung „Ny Tid" vom Anfang Mai d. J. stellte der Verband der Zivilarbeiter der schwedischen Wehrmacht dem kommunistischen Wahlfonds eine halbe Million Kronen zur Verfügung, den gleichen Betrag,

den früher die sozialdemokratische Partei bekommen habe. In den Bofors-Werken, dem wichtigsten schwedischen Rüstungszentrum, führten die neuen Wahlen des Metallarbeiterverbandes zu einem Sieg der radikalen Opposition über die Sozialdemokraten (688 gegen 454 Stimmen). Die gegenwärtige, von Sozialdemokratie, Volkspartei, Bauernbund und Rechtspartei gebildete Sammlungsregierung und das schwedische Volk dürften sich bei fortdauerndem Anwachsen des kommunistischen Einflusses eines Tages vor die Entscheidungsfrage des schwedischen Schicksals gestellt sehen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Das im Gegenwartsringen um Europa nichtkriegführende, von einer Sammlungsregierung geleitete Schweden gewährt dem Kommunismus in seinem Lande eine legale Stellung. Es gehört nicht zu den Antikominternpakt-Staaten, sondern unterhält normal-diplomatische und freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion. Die Kommunistische Partei Schwedens (geführt von S. H. Linderot) ist in beiden Kammern des Reichstages, in Stadt- und Gemeinderäten vertreten. Sie unterhält eine umfangreiche eigene Presse (Hauptorgan: Ny Dag, Stockholm).

Während des russisch-finnischen Winterkrieges 1939/40, als die schwedische Sympathie Finnland zugewandt war, begegnete Schweden seinen Kommunisten mit Mißachtung (Kommunist gleich Landesverräter). Seit 1941 bis zur Gegenwart, insbesondere seit Beginn des Ostkrieges (der deutsch-finnischen Waffenbrüderschaft und dem Nachlassen des schwedischen Interesses an Finnland), hat der Kommunismus in Schweden zunehmende Fortschritte gemacht. Marksteine auf dem Wege dieser Entwicklung sind: die ablehnende Haltung der Staatsführung gegenüber den Forderungen nach einem Verbot der KPS zur Lösung der Kommunistenfrage anläßlich landesverräterischer Anschläge 1941/42, die Kommunalwahlen im Herbst 1942, Erfolge bei verschiedenen Gewerkschaftswahlen 1942 und 1943, die Kominternauflösung in Moskau Sommer 1943, der kommunistische Sieg in der sozialdemokratischen Stockholmer Metallarbeitergewerkschaft im April 1944. Das Ziel des schwedischen Kommunismus ist laut eigener Erklärung, unter Vorgabe, eine nationale Partei Schwedens zu sein: die Schaffung einer Volksfront gegen den Faschismus. Welche Anhängerschaft die schwedischen Kommunisten auf diesem Wege hinter sich haben, wird die Reichstagswahl im Herbst 1944 zeigen. *Helmut Verleger*

Die Inseln im Nordpazifik

Die nördliche Umrandung des Stillen Ozeans, die „Nordschwelle", wie sie von den Geopolitikern gerne genannt wird, ist erst in den letzten Jahren mehr in den Vordergrund des Interesses getreten. Man versteht darunter im allgemeinen die Küste Alaskas mit den Aleüten, die Halbinsel Kamtschatka und die Kurilen, während die dahinterliegenden Gebiete mit dem Beringmeer noch mehr im Schatten des Geschehens standen und auch geblieben sind. Auch heute sind sie von den Ereignissen nicht berührt, die sich um die genannte Randzone bewegen und sie in die Kriegsereignisse einbeziehen. Nur einmal sind auch sie beleuchtet worden, als vor fast vier Jahrzehnten die Amerikaner den Russen den Vorschlag machten, von Amerika aus eine Eisenbahnverbindung über das Beringmeer nach Nordostsibirien zu legen. Dann aber sind diese menschenleeren Bereiche wieder in das Halbdunkel zurückgesunken.

Alaska, die Aleüten und die Kurilen scheinen, wenn man nur auf den

Globus blickt, den bequemsten Weg von Amerika nach Asien zu bieten, was heute soviel sagen will, daß sich an diesen Inselketten vorbei ein Angriff der USA gegen Japan vortasten könnte. In der Tat ist das die kürzeste Verbindung, sie nähert sich dem „Größten Kreis", und in Friedenszeiten haben die Dampferrouten zwischen Nordamerika und Japan soweit nach Norden hin ausgebogen, als es das Klima erlaubte, um den Vorteil der linear kürzesten Entfernung auszuschöpfen. In der Wirklichkeit freilich ist die Schiffahrt in diesen Gebieten fast das ganze Jahr über stark behindert, helle und klare Tage sind eine Seltenheit, Nebel und ungünstige Witterung sind die Regel, und es entsteht daraus für kriegführende Parteien eine starke Hemmung. Das haben die Amerikaner schon zu spüren bekommen, als es ihnen nicht gelang, den Abtransport der japanischen Besatzung von den westlichen Alĕuteninseln zu verhindern, nachdem die paar Tausend Japaner auf Attu durch ihren heroischen Widerstand die notwendige Zeitspanne gesichert hatten. Insbesondere großen Einheiten, die geschont werden müssen, ist die Navigation in den meist sehr dichten Nebeln erschwert.

Man hat sich früher wenig um diese Landstriche gekümmert. Den Russen fehlte so sehr die Erkenntnis der Bedeutung, die diese Inseln immerhin einmal gewinnen konnten, daß sie die Alĕuten den Amerikanern überließen, als diese im Jahre 1867 um den kleinen Betrag von 7,2 Millionen Dollar das ganze Gebiet von Alaska dem Zarenreich abkauften. (Dieser Betrag ist inzwischen schon mindestens einhundertmal aus Alaska herausgewirtschaftet worden, dessen Fischreichtum und Bodenschätze sich als sehr bedeutend erwiesen haben.) Mit den westlichen Alĕuten greifen die USA bis unmittelbar an die Küste Asiens hinüber. Das ist für ihre heutigen strategischen Pläne um so wichtiger, da der ganze Nordpazifik jenseits der Hawai-Gruppe, deren Hauptinsel auf dem nördlichen Wendekreis liegt, also noch am Rande der Tropen, vollkommen inselleer ist und, wenn er sich auch keilförmig verengt, doch keinerlei Stützpunkte bietet. Das Entlangtasten an den Inselketten der Alĕuten und Kurilen ist also der einzige „bequeme" Weg. Die Russen haben noch ein zweites Mal eine Raumblindheit bewiesen, als sie den Japanern, die erst auf den Anfangsschritten zu ihrer späteren Machtstellung waren, die Kurilen überließen (1875) und ihrerseits dafür das alleinige Recht auf Sachalin eintauschten. Die Japaner haben inzwischen die Kurilen, die von einer sehr spärlichen Fischerbevölkerung bewohnt werden und wegen ihres rauhen Klimas gemieden werden, mit Absicht unentwickelt gelassen, um nicht einem sich nähernden Gegner willkommene Punkte zur Anklammerung einzuräumen. Erst in den letzten Jahren wird wohl ziemlich viel geschehen sein, um auch die Kurilen gegen Angriffe zu sichern; aber bis dahin war es auffallend, in welchem Gegensatz die Vernachlässigung dieser Inselgruppe gegenüber dem starken Ausbau etwa der Marianen und Karolinen (Saipan, Truk) stand. Obwohl die Kurilen mit ihren äußersten Ausläufern nur doppelt so weit von Tokio entfernt sind wie die der japanischen Reichshauptstadt im Südosten ozeanwärts vorgelagerten Bonin-Inseln, hat man sie wenig beachtet, — das heißt, in Tokio ist sehr wohl erkannt worden, welche Bedeutung auch die Kurilen gewinnen könnten, aber die Weltöffentlichkeit ist so wenig als möglich auf diese Kette hingewiesen worden.

Die Nordschwelle des Pazifik haben eigentlich nur einige Fachleute schon frühzeitig gewürdigt. Die geopolitische Schule, die sich nicht ohne Grund schon frühzeitig den Stillen Ozean als besonderen Studiengegenstand gewählt hat, hat stets darauf hingewiesen, daß der Hafen von Dutch Harbour auf den Alĕuten eine Rolle in gewissen nordamerikanischen Konzeptionen spiele. Dutch

Harbour galt als Nordpunkt des USA-„Kräftevierecks", das an diesem Punkt, dem Panama-Kanal, Hawaii, Guam und Manila aufgehängt war.

Seit die USA dazu übergegangen sind, die Alaskastraße quer durch Britisch-Nordamerika zu bauen, haben sie verschiedene Küstenpunkte und Inseln befestigt und zu starken Standorten gemacht. Vor allem ist Dutch Harbour selbst zu nennen, daneben aber auch Sitka, Kodiak, Unalaska, Attu und Kiska; diese beiden letzten sind den Japanern wieder aus der Hand genommen, die sie 1942 besetzt hatten. Es ist anzunehmen, daß das Truppenaufgebot der Amerikaner hier ziemlich groß, mindestens einige Divisionen stark ist. Das würde aber gleichzeitig bedeuten, daß dort ebensoviel Truppen stehen, als ganz Alaska im Frieden Bevölkerung hatte, und diese Truppenmacht kann sich nicht aus dem Lande ernähren, sondern ist in allem und jedem auf Nachschub angewiesen. Bei den klimatischen Verhältnissen des Nordpazifik kann das nur mit erheblichen Schwierigkeiten bewältigt werden und wird zweifellos den Transportraum an Schiffen und die Vorräte an Treibstoff stark beanspruchen.

Eine entscheidende Rolle wird man also der Nordschwelle des Pazifik nicht zuerkennen dürfen. Sie kann dieselbe Bedeutung gewinnen wie etwa die amerikanische Besetzung und machtmäßige Erschließung von Island oder Grönland und ist als Absperrung dem Meere nach Norden hin ganz ähnlich zu beurteilen, aber ein Kriegsschauplatz von großem Maßstab kann in diesen Breiten nicht geschaffen werden. Das verbieten nicht nur die klimatischen Verhältnisse, sondern auch die Verkehrsverbindungen. Der Nordpazifik kann Weg werden, aber seine Menschenleere lockt nicht zu ständigem Besitz. *Josef März*

Von der Luftbasis zur Luftmacht?

Kanadas Stellung im Weltluftverkehr

Auf Betreiben der englischen Regierung fand im Frühjahr d. J. in London eine mehrtägige Konferenz statt, an der neben Vertretern Großbritanniens mit Lord *Beaverbrook* an der Spitze sowie Kanadas und Australiens auch eine us-amerikanische Abordnung unter der Leitung des Unterstaatssekretärs für das zivile Flugwesen, *Berle*, teilnahm. Die Konferenz war ausschließlich der Erörterung von Fragen der Nachkriegsluftfahrt gewidmet, wobei zwei Probleme ganz besonders in den Vordergrund traten, einmal das Problem der Abgrenzung der jeweiligen Interessenzonen durch die beiden federführenden Mächte und zum anderen das Problem der Anerkennung des us-amerikanischen Führungsanspruchs seitens aller an der Konferenz beteiligten Länder. Daß es gerade die Londoner Regierung war, welche die Initiative zu diesen Besprechungen ergriffen hatte, war kein Zufall. Die zunehmende Heftigkeit, mit der dieser Fragenkomplex namentlich auf us-amerikanischer Seite bis dahin erörtert worden war, ließ es den interessierten englischen Kreisen zweckmäßig erscheinen, von sich aus alles zu tun, um die immer weitere Ausmaße annehmende Diskussion um ein so heikles Thema dem Gesichtskreis der Öffentlichkeit zu entziehen und sie damit auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis sogenannter Sachverständiger zu beschränken. Indem sich nunmehr der Schwerpunkt der Erörterungen aus dem öffentlichen Bereich in die Konferenzzimmer der zuständigen Stellen und eigens zu diesem Zweck eingesetzter Regierungsausschüsse verschob, verlor die Aussprache tatsächlich viel von ihrer bisherigen Schärfe und Leidenschaftlichkeit, ohne daß damit die Probleme als solche etwa weniger kompliziert geworden

wären. Immerhin durfte die Londoner Regierung mit dem Ergebnis der unter nicht allzu günstigen Vorzeichen einberufenen Konferenz zufrieden sein. Wenn es ihr auch nicht gelungen war, den bestehenden Gegensatz zwischen ihrem eigenen und dem von den Washingtoner Stellen eingenommenen Standpunkt in der Frage der zukünftigen Luftpolitik zu beseitigen, so war ihr allein schon dadurch, daß sich ihr Gesprächspartner im Verlaufe der Konferenz bereit erklärte, die öffentliche Erörterung dieser Frage auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, ein beachtlicher Schachzug geglückt. Besondere Bedeutung erlangten jedoch die Londoner Besprechungen erst durch den zwar nicht völlig unerwarteten, aber in seiner Form doch etwas überraschenden Vorstoß der kanadischen Vertreter, die für die räumlich größte Besitzung im Verband des britischen Commonwealth zum ersten Male volle Gleichberechtigung bei allen Verhandlungen über die spätere Gestaltung des Weltluftverkehrs forderten.

Für diejenigen, die sich früher schon mit der Entwicklung und den Zukunftsaussichten des kanadischen Flugwesens beschäftigt hatten, konnte allerdings dieser Vorstoß keinerlei Überraschung bringen. Als Kanada vor wenigen Jahren daranging, aus wahrhaft bescheidensten Anfängen heraus eine eigene Flugzeugindustrie aufzubauen, nahm es unter den luftfahrenden Ländern des Erdkreises einen völlig unbedeutenden Platz ein. Die Erteilung umfangreicher Aufträge seitens der britischen Rüstungsindustrie während der ersten beiden Kriegsjahre sowie die seither gleichfalls ständig wachsende Einbeziehung dieses Dominions in die transkontinental-amerikanischen und die transatlantischen Luftverkehrslinien zwischen Amerika und unserem Kontinent brachten jedoch den verkehrspolitischen Stellen Ottawas erst so recht die Notwendigkeit des Ausbaues einer eigenen leistungsfähigen Flugzeugindustrie — wenngleich mit stärkster auswärtiger Hilfe — zum Bewußtsein. Die Durchführung des einmal gefaßten Entschlusses mußte um so leichter fallen, als die kanadische Wirtschaft schon seit Jahren auf fast allen Gebieten der industriellen Produktion eine ständig ansteigende Entwicklung aufweist. So ergibt sich bei einem Vergleich der Produktionsleistung vom Jahre 1939 mit dem gegenwärtigen Stande an Eisen und Stahl eine Zunahme um 50 v. H., bei Aluminium eine Steigerung von sogar 500 v. H. Durch das Entstehen zahlreicher Unternehmen der chemischen, der Schiffahrtsindustrie, der Elektrizitätserzeugung und der Gewinnung synthetischer Rohstoffe hat die wirtschaftliche Struktur des Landes im Verlaufe weniger Jahre eine weitgehende Veränderung erfahren. Ihren deutlichsten Niederschlag findet die ständige Ausweitung des industriellen Produktionsvolumens in den entsprechenden Ziffern des kanadischen Außenhandels. Betrug dieser bereits 1942 rund 2,4 Mrd. Dollar, das heißt das Doppelte gegenüber 1940 und 45 v. H. mehr als im Jahre 1941, so wird er jetzt auf etwa das Dreifache des Vorkriegsvolumens geschätzt. Dabei liegt das Schwergewicht jetzt eindeutig auf der Ausfuhr von Fertigwaren, während vor dem Kriege die Ausfuhr von Rohstoffen im Vordergrunde stand. Nicht zuletzt erklärt sich gerade aus der mit allen Mitteln geförderten Industrialisierung auch die Tatsache, daß Kanada im Laufe weniger Jahre unter den am Welthandel beteiligten Ländern an die dritte Stelle aufrücken konnte. Stärker vielleicht noch als dieses oder irgendein anderes Moment bestimmt aber die besondere geographische Lage Kanada, im Rahmen des Weltluftverkehrs eine Schlüsselstellung in des Wortes wahrstem Sinne einzunehmen.

Was der kanadische Luftraum heute schon etwa für Großbritannien im Hinblick auf die Bewältigung der Ost-West-Route einschließlich der Luftverkehrslinien nach den Vereinigten Staaten und vor allem für den zuletzt genannten Staat selbst im Hinblick auf die Durchquerung des Nordatlantik zusammen mit

den beiden wichtigsten Zwischenlandeplätzen Neufundland und Labrador bedeutet, bedarf längst keiner ausführlicheren Darstellung mehr. Allerdings hat gerade diese Mittlerstellung das Interesse us-amerikanischer Luftfahrtkreise an Kanada in einer Weise wachgerufen, welche die Kanadier rechtzeitig die Gefahr erkennen ließ, die ihrem Lande aus der von Washington angestrebten Internationalisierung des kanadischen Luftraumes drohte. Die gleiche Gefahr bergen auch die seinerzeit so viel erörterten Pläne einer direkten Überquerung des Nordpols in sich, wobei Kanada wenn nicht überhaupt den Ausgangspunkt, so doch zumindest eine der wichtigsten Zwischenbasen für die in Aussicht genommene Polarroute bilden müßte. Der Verlauf des jetzigen Krieges hat die an sich vorhandenen natürlichen Voraussetzungen für eine solche Mittlerstellung und Schlüsselstellung innerhalb des internationalen Luftverkehrs noch um ein Vielfaches vermehrt, so daß Kanada infolge der Errichtung immer neuer Flugzeugfabriken und Reparaturwerkstätten sowie der Schaffung immer neuer, mit den modernsten technischen Mitteln ausgestatteter Fluganlagen für den Luftverkehr mit den übrigen Teilen des amerikanischen Doppelkontinents und nach Übersee allmählich in die Spitzengruppe aller flugzeugproduzierenden Länder aufrückte. Leider gestatten es die Kriegsverhältnisse nicht, sich ein umfassendes und wahrheitsgetreues Bild von den bisherigen Leistungen und dem gegenwärtigen Stande der kanadischen Flugzeugindustrie zu machen, zumal auch hier zwischen den effektiven Leistungen und gewissen, aus naheliegenden Gründen übertriebenen Behauptungen einzelner Agitationsstellen in Ottawa sorgfältig unterschieden werden muß. Allein die Tatsache, daß die kanadische Flugzeugindustrie unbeschadet aller Möglichkeiten der militärischen Entwicklung ungestört arbeiten kann und daß ihr neben dem erforderlichen Menschenpotential auch Hilfsmittel und Materialien aller Art zur Verfügung stehen, gibt den führenden Stellen des Landes die Gewißheit, den bisherigen Rang in der Weltflugzeugproduktion auch in absehbarer Zukunft zu behaupten. Allerdings liegt gerade in der durch die Kriegsverhältnisse herbeigeführten und insofern unnatürlichen Überdimensionierung der eigenen Luftfahrtindustrie auch der Grund für berechtigte Sorgen in der Nachkriegszeit auf allgemeinwirtschaftlichem Gebiete. Die führenden Wirtschaftsstellen des Landes wissen aber nur zu gut, daß die kommende Friedenszeit von Kanada eine doppelte Umstellung verlangen wird, einmal die Umstellung auf neue, wenig industrialisierte und deshalb aufnahmefähigere Märkte außerhalb Englands und der Vereinigten Staaten und zum anderen die Umstellung auf Verbrauchsgüter für den im Kriege stark eingeschränkten zivilen Bedarf. Daher auch die Sorge, daß der künstlich aufgeblähte Industrieapparat nach dem Ende der Kriegskonjunktur zu einer Quelle wirtschaftlicher und sozialer Spannungen werden kann.

Gerade dieses Problem führt an die vielleicht schwierigste Frage heran, vor die sich Ottawas verantwortlichen Kreise heute gestellt sehen, ob nämlich und bejahendenfalls inwieweit sich Kanada in Zukunft vor der immer gefährlicher werdenden Konkurrenz der us-amerikanischen Verkehrsluftfahrt wird behaupten können. Sinnfälliger vielleicht als irgendein anderes Moment zeigt gerade dies, wie unberechtigt doch im Grunde die Annahme ist — die aus verständlichen Gründen von us-amerikanischer Seite weitestgehend gefördert und verbreitet wird —, daß Kanada offenbar nichts sehnlicher wünschte, als ein unmittelbarer Bestandteil der Vereinigten Staaten zu werden. Daß die Vereinigten Staaten schon aus räumlichen Gründen innerhalb des kanadischen Luftverkehrs eine bedeutsame Rolle spielen, liegt geradezu auf der Hand. Das gilt für die finanzielle Beteiligung us-amerikanischer Bank- und Industriekreise an Einrichtungen der

kanadischen Flugzeugindustrie sowie an Fluganlagen nicht weniger als für die technische und verwaltungsmäßige Beteiligung an der Unterhaltung der meisten innerkanadischen Luftverkehrslinien. Für das letztere dürfte am bezeichnendsten die Tatsache sein, daß von sechs wichtigen Luftverbindungen zwischen den beiden nordamerikanischen Staaten nicht weniger als fünf ausschließlich von us-amerikanischen Unternehmungen betrieben werden. Im März v. J. kamen allerdings auf kanadischen Wunsch beide Regierungen überein, diesen Zustand lediglich für die Dauer des jetzigen Krieges beizubehalten. In unmißverständlicher Form ließ damals die kanadische Regierung durchblicken, daß sie nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse die bestehende Relation zugunsten ihres Landes abzuändern wünsche. Am klarsten äußerte sich nach Abschluß jener Verhandlungen der kanadische Premierminister, als er am 2. April v. J. unter anderem betonte, daß die Politik seiner Regierung augenblicklich darin bestünde, „zeitlich begrenzte Abmachungen zu treffen, so daß Kanada bei Eröffnung internationaler Verhandlungen in der Lage ist, eine Politik zu verfolgen, die ihr zu dieser Zeit als am besten erscheint. Alle Konzessionen und Privilegien", so fuhr *Mackenzie King* fort, „die Kanada anderen Ländern als Teil seiner Kriegsleistung gewährt hat, erlöschen mit Ende des Krieges". Was der kanadische Ministerpräsident mit diesen Worten in erster Linie gegenüber den Vereinigten Staaten unterstrich, findet natürlich in gleichem Maße Anwendung auch auf England.

Von besonderem Vorteil erwies sich schon bei diesen und noch mehr bei den darauffolgenden Verhandlungen mit Washington, daß auf Grund des Lufttransportabkommens vom August 1939 nur die beiden Regierungen selbst miteinander in Verhandlungen treten dürfen. Damit wurde wiederum auf kanadischen Druck hin der Einfluß der großen privatwirtschaftlichen Unternehmen, deren sich gerade die Washingtoner Regierung mit Vorliebe zur Erreichung ihrer Ziele bedient, weitgehend ausgeschaltet. In diesem Punkte hat die Leitung des Dominions von Anfang an eine klare Linie eingehalten, was namentlich auch ihr Vorgehen gegen einzelne private Gesellschaften während der jüngsten Zeit außerordentlich erleichtert hat. Kanada besitzt bis heute — im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien — nur wenige, überdies unbedeutende Luftverkehrsgesellschaften. Das weitaus wichtigste Unternehmen bildet nach wie vor die „Canadian Pacific Railway Company", die, wie schon der Name sagt, in erster Linie den gesamten Schienentransportverkehr bewältigt, darüber hinaus aber noch umfangreiche Schiffs- und Omnibusdienste unterhält und schließlich (seit dem Jahre 1940) auch eine Monopolstellung auf dem Gebiete der Transportluftfahrt einnimmt. Je mehr nun der Staat daranging, den innerkanadischen Luftverkehr unter seine Kontrolle zu stellen, um so unvermeidlicher mußte sich zwischen der Regierung und diesem Unternehmen ein Konflikt entwickeln, der erst vor kurzem zugunsten der ersteren entschieden wurde. Auf der Ende Mai d. J. stattgefundenen Jahreshauptversammlung gab der Präsident der Gesellschaft erstmalig bekannt, daß sich die „Canadian Pacific Railway" spätestens ein Jahr nach Kriegsende aus der Verkehrsluftfahrt zurückziehen werde; die bisher von dieser Gesellschaft wahrgenommenen Interessen auf dem Gebiete der zivilen Luftfahrt würden in Zukunft auf ein staatliches Unternehmen übergehen, das mit Genehmigung des Parlaments für den gesamten internationalen Luftverkehr des Dominions Monopolrechte ausüben solle. Auf Grund der gleichen Entscheidung würden ebenso im Inlandsluftverkehr sämtliche Hauptfluglinien in staatliche Regie übernommen werden, während nur einzelne unbedeutendere Nebenlinien ihren privatwirtschaftlichen Charakter beibehalten dürften.

Bemerkenswert an diesem Entschluß der kanadischen Regierung war nicht

so sehr, daß nunmehr der Staat auch auf dem Gebiete der Verkehrsluftfahrt zum wichtigsten und fast alleinigen Unternehmer wird, nachdem schon zwei Jahre vorher die gesamte Flugzeugherstellung der staatlichen Kontrolle unterworfen worden war, sondern daß vielmehr Regierung und Parlament in Zukunft die Kontrolle über fast die gesamte zivile Luftfahrt besitzen werden und damit gleichzeitig jedes ihnen mißliebige Einströmen ausländischen Einflusses auf diesen wichtigen Zweig des öffentlichen Lebens unterbinden können. Noch aus einem anderen Grunde ist die Maßnahme beachtenswert, als sie nämlich im Gegensatz steht zu dem von der Washingtoner Regierung vertretenen Standpunkt der Unterstützung der Privatinitiative um jeden Preis, wofür das Vorgehen der „Pan American Airlines" insbesondere in den südamerikanischen Ländern das beste Beispiel liefert. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß der insgeheim stärkste Widerstand gegen eine weitere Anlehnung an die Vereinigten Staaten und gegen eine weitere Bindung an den südlichen Nachbarn über die bisher abgeschlossenen Verträge hinaus gerade aus gewissen Kreisen der kanadischen Luftfahrt kommt, das heißt aus denselben Kreisen, die ebensosehr vor einer weiteren Bevormundung durch die Londoner Empirezentrale warnen. Gegenwärtig scheint zwar der Druck us-amerikanischer Stellen auf die Regierung von Ottawa, den Vereinigten Staaten im Wege des Pacht- und Leihdienstes als Gegenleistung für die seinerzeit gewährte Unterstützung beim Ausbau des kanadischen Luftverkehrsnetzes pachtweise einen Teil dieser Fluganlagen zu überlassen, wieder abgenommen zu haben. Aber in den eingeweihten Kreisen der kanadischen Hauptstadt verhehlt man sich keineswegs, daß die in diese Richtung weisenden, einmal recht laut zum Ausdruck gebrachten Tendenzen latent auch heute noch fortbestehen. Ebensowenig konnte es den in solchen Dingen nun einmal doppelt hellhörigen und wachsamen Kanadiern entgehen, daß die Londoner Luftfahrtstellen in Fragen der Nachkriegsluftfahrt, an denen Kanada, wie schon gesagt, auch aus allgemeinwirtschaftlichen Gründen stärkstens interessiert ist, und ähnlichen Problemen mit Washington laufend Besprechungen führen, ohne Kanada in gleichem Maße hinzuzuziehen, was ebenfalls nicht danach angetan ist, das ohnehin bestehende Mißtrauen gegenüber dem europäischen „Mutterlande" zu vermindern, ein Grund mehr, gerade die Maßnahmen zu ergreifen, die wie die vor kurzem bekanntgegebene Verstaatlichung der Verkehrsluftfahrt nach dem Kriege nur ein Ziel verfolgen, das eigene Land aus einer Luftbasis der beiden heutigen Verbündeten in eine Luftmacht von morgen umzuwandeln. Mit welchem Erfolg, wird allerdings erst die Zukunft erweisen. *Anton Hantschel*

Köpfe der Weltpolitik

José Luis de Arrese

Es ist leicht einzusehen, daß der schwierige Kurs der Neutralität, der heute von den wenigen außerhalb des Krieges gebliebenen Mächten gesteuert wird, eine sorgfältige und überlegte Auswahl der Lotsen nötig macht, denen die undankbare Aufgabe zufällt, die Klippen und Strudel einer unfreiwilligen Intervention zu vermeiden. Mehr als je zuvor ist im jetzigen Augenblick des Krieges, da die Demokratien ihre Generaloffensive gegen die Reste der neutralen Welt

entfesselt haben, die Friedenspolitik eine Frage der Auswahl der rechten Persönlichkeiten. Dies gilt nicht zuletzt auch von Spanien, das neuerdings eines der beliebtesten Angriffsobjekte gewesen ist, mit dem sich die Anglo-Amerikaner besonders eingehend beschäftigt haben. Kein Zweifel: Wenn es gelungen wäre, Spanien in den Konflikt zu verwickeln, wäre für heute und alle Zukunft das Prinzip der Neutralität, soweit es überhaupt noch Verteidiger findet, eines seiner letzten Eckpfeiler beraubt. Damit wäre das Ziel der demokratischen Kriegshetzer erreicht, die sich schon seit jeher in der These gefallen, daß die Neutralität ein überwundener und nicht mehr zeitgemäßer Zustand ist. Man wird erraten, welche Bedeutung unter solchen Verhältnissen die Auswahl derjenigen Männer hat, in deren Hände der Friede der Iberischen Halbinsel gelegt ist. Die Entschlüsse, die sie zu treffen haben, reichen weit über die Grenzen der nationalen Entscheidungen hinaus und haben sichtbare Rückwirkungen auf das Gesamtbild der künftigen internationalen Entwicklung.

Man wird einzuwerfen versuchen, daß der Fall Spaniens besonders gelagert sei, weil hier in der Gestalt Francos die beste Garantie für eine ebenso vorsichtige wie wohlabgemessene Friedenspolitik gegeben ist. Wer wollte in der Tat bestreiten, daß sich der Kurs, den der spanische Caudillo seit dem Ende des Bürgerkrieges, vor nunmehr fünf Jahren, gesteuert hat, mühelos auf diesen Hauptnenner bringen läßt? Auch wird man hinzufügen dürfen, daß in wenigen Ländern der Wille des Mannes, der an der Spitze des Staates steht, ausschließlicher über alle Fragen der inneren und auswärtigen Politik entscheidet als hier. So wäre also, könnte man meinen, die Auswahl der Minister, die diesen Willen zu interpretieren und in die Tat umzusetzen haben, nur von sekundärer Bedeutung. Handelt es sich bei ihnen im wesentlichen nicht um Instrumente, die in der Hand der obersten Führung zuverlässig und exakt zu funktionieren haben? Genügt es nicht, die Männer des Vertrauens so auszuwählen, daß neben den politischen Gaben auch die Zuverlässigkeit der Charaktere einwandfrei gewährleistet ist? Gewiß ist dies das primäre Problem. Wer einen Blick auf die Zusammensetzung der heutigen spanischen Regierung wirft, wird nicht übersehen, daß solche Gesichtspunkte bei ihrer Formung eine maßgebende Rolle gespielt haben müssen. Mehr noch: die Tatsache, daß diese Regierung, trotz immer wieder auftauchender Gerüchte, sich in ihrer letzten Zusammensetzung weitaus länger hielt, als dies bisher üblich schien, beweist wohl zur Genüge, daß die Resultate nicht unbefriedigend waren. Man wird sich noch erinnern, daß Franco es in den letzten Jahren des Nachbürgerkrieges wiederholt für nötig hielt, einen Wechsel der Wache vorzunehmen. Inzwischen aber scheint ein Stadium der größeren personalpolitischen Stetigkeit erreicht worden zu sein. Bei einem Blick auf die Zusammensetzung des Kabinetts errät man auf den ersten Blick, daß die Kräfte hier recht harmonisch gegeneinander ausgewogen sind. Unter den Erscheinungen wird man keine bemerken, die nicht deutlich den Stempel eines klar auf Franco ausgerichteten Kurses trägt.

Dies gilt vor allem von dem langjährigen Parteiminister José Luis de Arrese, der zu jenen gehört, die während der letzten Jahre auf die innerspanische Entwicklung und damit auf die Charakterbildung des neuen Staates überhaupt den nachhaltigsten Einfluß hatten. Nicht alle politischen Beobachter haben diese bedeutsame Figur immer richtig eingeschätzt. Es hat manche Skeptiker gegeben, die im Mai 1941 an ein kurzlebiges Experiment glaubten, als der damalige Falangechef und Zivilgouverneur der Provinz Malaga die Mission übertragen erhielt, die Partei durch den aufkommenden Sturm jener widrigen Elemente zu steuern, die nach dem Schrecken des Bürgerkrieges die Sprache wiederzufinden

nicht zu verkennende Neigung zum Fundamentalen, besonderes Attribut seiner baskischen Heimat, lenkte ihn schon als Studenten auf frühgeschichtliche Forschungen, die seine Berufung in die Gesellschaft für Anthropologie zur Folge hatten. Nirgends anderswo ist mehr als in Spanien die Politik mit künstlerischer und wissenschaftlicher Betätigung verflochten. Politisch beginnt die Laufbahn Arreses mit der Gründung eines nationalen, auf antimarxistischer Basis stehenden Arbeiterverbandes, der in der syndikalistischen Bewegung eine gewisse Rolle spielte. Bevor er diese Gruppe noch in die Falange überführte, ist er bereits das Ziel von Attentaten der innerpolitischen Gegner geworden. So gehört also Arrese zur ältesten Garde der Partei, der er durch seine Verwandtschaft mit Primo de Rivera — seine Frau ist eine geborene Saenz de Heredia — auch persönlich nahesteht. Wenige Monate vor Ausbruch des Bürgerkrieges wird er nach Granada entsandt, wo er die Partei organisiert und so die nationale Erhebung in der Stadt sicherstellt. Vom Beginn der Feindseligkeiten in Madrid überrascht gelingt es ihm, auf die nationale Seite zu entweichen, wo man ihn 1937 nach der Eroberung Malagas zum Gouverneur der befreiten Provinz bestimmt. Vier Jahre einer erfolgreichen Tätigkeit in Malaga haben Arrese aus der Schar der falangistischen Provinzialchefs herausgehoben.

So war es nicht verwunderlich, daß Franco ihn 1941 als Parteiminister nach Madrid berief. Während der Jahre im östlichen Andalusien übergab er sein schon vor dem Bürgerkrieg begonnenes Buch „Die soziale Revolution des Nationalsyndikalismus“, das vier Jahre in der Schublade geruht hatte, der Öffentlichkeit. Man wird nach dem Gesagten ohne Mühe erraten, daß es kein Produkt der mit Worten klingelnden und rhetorischen Literatur ist, die man im politischen Schrifttum des Mittelmeers so häufig findet. Es ist vielmehr eine solide, gründliche und mit Dokumenten wohlbelegte Arbeit, der die Akzente sicherer und ernster Überzeugungskraft nicht fehlen. Vor kurzem erst hat Arrese in einer öffentlichen Rede seine Abneigung gegen die lyrischen Umschreibungen und die Symbolismen betont, die noch in vielen politischen Debatten Spaniens überwuchern. Doch soll dies nicht bedeuten, daß er völlig auf die wohlgeschliffene Formulierung und die Sorgfalt eines gepflegten Stils verzichtet, die sichtlich alle seine öffentlichen Kundgebungen kennzeichnet. Der Unterschied besteht nur darin, daß Form und Inhalt hier auf einen gleichen Nenner gebracht wurden. Verhältnismäßig spät erst hat man in Spanien die glückliche Mischung von sachlichem Ernst und Pathos erkannt, die Arrese verkörpert. Es ist wohl klar, daß darin der Hauptfaktor des revolutionären Wirkens eines Mannes zu erblicken ist, dessen Temperament zunächst kaum revolutionär erscheint. Erst vor kurzem hat er wieder in Valladolid eine jener Reden gehalten, die ihn als autorisierten Sprecher Francos ausweisen. Das antibolschewistische Bekenntnis hatte auch diesmal in seinem Mund nichts von seiner Überzeugungskraft verloren. Rings um ihn hat der rote Terror in seiner Familie grausige Ernte gehalten. Der Vater und drei Brüder seiner Frau fielen den Schlachtfeldern und Erschießungspelotons des Bürgerkrieges zum Opfer. Der letzte Schwager wurde bei der „blauen Division“ im Osten schwer verwundet.

Arrese hat in einem Nachwort zu seinem Buch einen Satz aufgezeichnet, der ein knappes autobiographisches Bekenntnis ist: „Wir haben in unserem Leben mehr Zellen in den Gefängnissen als Vorzimmer in den Palästen kennengelernt.“ Es hat also, wie man sieht, auch bei ihm nicht an Gefahren und Opfern gefehlt, die das Werden der politischen Gestalten zu charakterisieren pflegen. Sein heutiges Verhältnis zum Staatschef, das durch ein dauerhaftes

Vertrauen gekennzeichnet ist, beruht nicht zuletzt auf der unaufdringlichen Würde einer taktvollen Reserve. Wenige haben in den letzten Jahren näher bei Franco gestanden als er. Doch gehört er zu denen, die gleich, ob sie in die erste Reihe oder in den Hintergrund placiert werden, ihre Aufgabe mit gleichbleibender Überzeugung tun. Er steht nun in Spanien schon länger im politischen Rampenlicht, als es bei Männern in seiner schwierigen Position die Regel ist. Wendigere und verschlagenere Charaktere wären an den schwierigen Phasen der Entwicklung, die er zu überwinden hatte, mit Sicherheit gescheitert. So kann abschließend nichts Treffenderes von ihm gesagt werden, als daß der volle Schein des Lichts gerade darum auf ihn fällt, weil er ihn nicht sucht. Sein Wirken war für die Formung der inneren Kräfte des neuen Staates entscheidend. Aber oft schon hat er auch in internationalen Fragen die Meinung zum Ausdruck gebracht, die als eine direkte und gültige Stellungnahme des neuen Staates gelten konnte. Wie sehr gerade hier die internen und auswärtigen Fragen ineinandergreifen, mag ein Satz beweisen, den er kürzlich den Falangisten von Valladolid zurief: „Es ist unbezweifelbar, daß die Gemeinschaft von Caudillo und Falange heute die wirksamste Verteidigung gegen alle Versuche darstellt, uns gegen unseren Willen und gegen unsere Interessen in den Weltkonflikt zu verwickeln."

Barth

Bücher des Monats

Schriften über das Reich

Aus dem wissenschaftlichen Schrifttum der letzten Jahre über das Reich heben sich einige Schriften durch ihren politischen Willen und Grundgehalt besonders heraus als Erscheinungen einer geistigen und politischen Wendezeit. Den beiden ersten, die im wesentlichen das Reich des Mittelalters behandeln (Otto Westphal: Das Reich. Aufgang und Vollendung, 1941; Oswald Torsten: Rîche, eine geschichtliche Studie über die Entwicklung der Reichsidee, 1943), ist gemeinsam, daß sie das Reich vom politischen Umbruch unserer Zeit her betrachten und daß sie von dorther die germanischen Grundlagen dieses Reiches und seiner Idee, aber auch seine römischen Bauelemente neu bewerten. Bei Westphal ist diese Neu- und Umwertung, die er mit größtem Temperament, ja häufig mit größter Subjektivität vorbringt, eingehüllt in eine polemische Umwertung der Geschichtsschreibung überhaupt, deren Gipfel eine Polemik gegen den „Universalismus" Leopold Rankes bildet. Hier deutet sich schon eine Grenze dieser Geschichtsschau an, die, von Prinzipien ausgehend, häufig in Konstruktionen ausgleitet. Denn sosehr Ranke seiner Idee nach universal sein wollte, sosehr ist doch selbst und gerade auch seine Weltgeschichte politisch und völkisch geworden — im Grund eine Reichsgeschichte, die die reichsperipheren Völker des Ostens mit einbezieht.

Die Leidenschaft, mit der Westphal seine Thesen vertritt, zwingt den Leser beständig zur Stellungnahme, auch da, wo er diese Thesen nicht zu teilen vermag. So wird die Westphalsche These, wonach das Reich aus der Polarität zwischen „partikularistischem" Norden und „universalistischem" Süden entstand, manchem zu konstruktiv erscheinen; das Reich ist ja eine genuine Schöpfung der Westgermanen, also des „Nordens", die nur der Auslösung durch die Begegnung mit der Geschichte und Rom, dem „Süden", bedurfte — die

partikularistischen Kräfte des Nordens wirken gegen das Reich, nicht auf das Reich hin. Begreiflich, daß Westphal von dieser These her zu einer grundsätzlich negativen Bewertung der Leistung Chlodwigs gelangt, des eigentlichen Begründers des Reiches. Westphal steht noch in einer Strömung, die vor allem den Sachsen ihren wirklich oder vermeintlich vorenthaltenen Rang wieder einräumen wollte: von hier aus kommt er zu glänzenden Darstellungen der Goten, der Ottonen, der Welfen, des Ordnungsstaates und der Hanse. Nach seiner begeisterten Darstellung des „romantischen“ Gotenkönigs Theoderich war vielleicht die ganz dämonische und politische Erscheinung des Franken Chlodwig zu unromantisch, um in demselben Glanz zu erstrahlen. Liest man jedoch, wie ihn Westphal als „Segestes“, d. h. doch „Verräter“ apostrophiert, weil er römische Staatselemente in seinen Reichsbau einbezog, so fühlt man sich an die jüngst vergangene Abwertung Karls des Großen erinnert. Hier wie an manchen anderen Stellen (etwa der Gleichstellung Friedrich I. von Staufen mit Wilhelm II.) rührt die geistvolle Darstellung Westphals hart an die Grenze, wo die Geschichtsschreibung in die Demagogie übergeht.

Ähnlich wie Westphal sieht Torsten die Reichsgeschichte als Spannung, ja als Kontroverse des mediterran-universalistischen und des germanisch-nordischen Geistes. Torsten geht dabei weiter und tiefer als Westphal auf die Reichsidee selber ein, deren germanischen Ursprung und Grundgehalt ihm in zwar oft unübersichtlichen, aber bedeutsamen Darlegungen sichtbar zu machen gelingt. Seine Methode jedoch verrät, daß er häufig aus zweiter Hand und aus der Literatur schöpft, deren vollkommene Kenntnis er freilich vermissen läßt; von hier aus erweckt seine Darstellung häufig den Eindruck einer nicht ausgereiften Kompilation. Dies äußert sich auch in den wesentlichsten Grundpositionen des Buches. Auch Torsten nimmt Teil an jener seltsamen Abneigung gegen den Frankenstamm, auf den doch nun einmal, im geistigen wie im politischen Sinn, die Reichsidee und das Reich selber zurückgeht. Man braucht die einzelnen Äußerungen dieser Abneigung nicht zu entkräften, denn die Geschichte, die Wirklichkeit selbst, hat die Macht, sie zu widerlegen: sie „speien gegen den Wind“. Wenn jedoch Torsten schon auf dem Titelblatt das Siegel Ottos III. mit der Devise „Renovatio imperii Romanorum“ dem Siegel Heinrichs II. mit der bewußt entgegengestellten Devise „Renovatio regni Francorum“ gegenüberstellt, um den Gegensatz des „mediterranen“ Staatsbegriffes Imperium zu dem „germanischen“ Staatsbegriff Regnum zu zeigen, so ist das auch im engeren Sinne unhaltbar. Denn nicht nur wird im Mittelalter imperium und regnum ganz in dem gleichen Sinn für das Reich gesetzt; nicht nur hat Albert Brackmann den germanischen Sinn der Reichsidee Ottos III. auch in dessen Ostpolitik erwiesen; in diesem Fall stammen beide Devisen sogar von Karl dem Großen, der sie in gleichem Sinn für sein Frankenreich auf seinen Erlassen verwendet — auch Otto III. hat gerade die Bleibulle Karls für seine Urkunden verwendet. Ähnlich verhält es sich mit der Torstenschen Interpretation der Anwendung römischer Rechtssätze durch Friedrich I. von Staufen. Torsten erblickt in ihr eine Romanisierung der Reichsidee: „die romanische (?!) Kaiseridee, im vorderasiatischen Pantokrator wurzelnd, erscheint ihm als die einzige Möglichkeit, das Deutsche Reich in einen Beamtenstaat umzuwandeln“ (S. 77). Hier hat Torsten in Unkenntnis der zahlreichen betont germanischen, ja romfeindlichen Reichsbegründungen dieses Kaisers, nach Art mancher buchstabenhörigen Historiker, vorschnell den Begriff des Reichsargumentes mit dem der Reichsidee gleichgesetzt. Auch Friedrichs Enkel, Friedrich II. von Staufen, stellt Torsten als „unverfälschten Sohn des Mittelmeerraumes“ dar, der ein „romanisches Laienimperium ohne jede Metaphysik“ habe gründen wollen (S. 106, 111). Merkwürdig genug erscheint dann derselbe Normannenstaat in Sizilien, dem Friedrich II. seine „mediterranen“, ja „vorderasiatischen“ Herrschaftszüge entnimmt, im romantischen Lichte dieser Geschichtsschau als Inbegriff alles Germanischen.

Die dritte große Veröffentlichung des Schrifttums über das Reich (Reich und Reichsfeinde. Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutsch-

lands I—III 1941—1943), die politisch bedeutsam ist, geht durchaus vom Reich und von der Stunde der Gegenwart aus. Sie umfaßt so weit auseinanderliegende Themen, wie die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, England und Frankreich (Burgdörfer) und Platons Stellung zur Demokratie (Bogner). Dennoch verrät diese Reihe, die zunächst mehr als eine unter beiläufigem Anlaß zusammengestellte Sammlung von Briefen, Aufsätzen, Schriften und Reden der Angehörigen des Instituts erscheint, eine gemeinsame Haltung und eine gemeinsame Grundtendenz, die das Titelthema sehr wohl rechtfertigt. Neben dem glänzend geschriebenen Essay: „Inneres England“ (Friedrich und Viktoria) von Walter Frank und der problemreichen und problematischen Analyse „Kulturgeschichte und politische Geschichte“ von dem verstorbenen Christoph Steding gibt vor allem der anderweitig als Schrift erschienene bekannte Beitrag Karl Richard Ganzers „Das Reich als europäische Ordnungsmacht“ (Band II S. 7—81) der Reihe ihren Akzent. Dieser oft und mit Recht gerühmten Schrift Ganzers gelingt es meisterhaft, die geistigen, völkischen und politischen Kräfte des Reiches in seinem Wirkraum Europa nicht nur wissenschaftlich, sondern auch anschaulich darzustellen, ohne Stoffhäufung und ohne Phrase, ein schönes Denkmal für den gefallenen Verfasser. Ihr tiefstes und innerlichstes Gesicht erhält diese Reihe jedoch durch den Geist und durch das Dämonium des vor dem Feinde gebliebenen Kleo Pleyer („Großdeutsche Geschichtskunde“ Band III S. 125—142), dem Walter Frank in einer Gedächtnisrede ein Denkbild gesetzt hat. In Pleyer sind alle Kräfte des Reiches, die in den übrigen Schriften Betrachtung, Tendenz und Gedanke bleiben, Gestalt und Wirkung geworden, ein dauerndes Zeugnis der ewigen Kraft des Reiches. *Friedrich Wagner*

Vier Jahre in den Niederlanden

Gesammelte Reden vom Reichsminister Seyß-Inquart. Verlag: Volk und Reich, Amsterdam 1944.

Von niederländischer Seite wird zu den Reden Dr. Seyß-Inquarts bemerkt: Der Verlag „Volk und Reich“ in Amsterdam hat die wichtigsten Reden des Reichskommissars in chronologischer Reihenfolge gesammelt. Von der ersten Rede, die am 29. Mai 1940 anläßlich der Regierungsübernahme gehalten wurde, bis zur Konferenz in Nimwegen 1944, wo der Reichskommissar anläßlich des Geburtstages des Führers das Wort ergriff, fällt die Einheit der geistigen Haltung auf, welche die Grundlage für alles vom Reichskommissar Gesprochene bildet. Hier wendet sich ein Nationalsozialist an unser Volk, für den ehrliche Menschlichkeit ebenso selbstverständlich ist wie die Anerkennung der Unvermeidlichkeit harter Notwendigkeiten, wenn es sich um den Sieg der Idee des Führers handelt, die allein dem alten europäischen Geist neue Spannkraft verleihen kann.

Wie lange scheint es her, daß der Reichskommisar die denkwürdigen Worte sprach: „Alle erfolgreichen Waffentaten und der herrlichste Sieg, der jemals behauptet wurde, der nunmehr in Flandern zur Wirklichkeit wird, ändern nichts an der Tatsache, daß wir Deutsche lieber als mit den Waffen in der Faust mit der zum Gruß erhobenen Hand in dieses Land gekommen wären“ (S. 7).

Nach vier Jahren ist der Krieg zu seinem Ausgangspunkt zurückgekehrt und die westlichen Räume Europas spielen wiederum eine entscheidende Rolle. In den hinter uns liegenden Jahren hat sich in der Welt, in Europa und in den Niederlanden viel geändert, aber das Wohlwollen hinsichtlich unseres Volkes, das aus den ersten Worten des Reichskommissars schon so deutlich hervorging, ist das ausschlaggebende Moment in der von ihm geführten Entwicklung geblieben.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir mit dem Tragen der tatsächlich sehr schweren Lasten dieses langen Krieges dem Führer helfen eine Politik durch-

zuführen, welche die Interessen von Europa-als-Ganzem den Interessen Deutschlands vorzieht. Der Führer hat 1941 das national-deutsche Interesse bewußt den Anforderungen unseres Weltteils geopfert, der mit Recht unsere Welt genannt werden darf, d. h. *unser geistiges Zuhause*. Das Opfer, das wir als Volk bringen, bringen wir nicht Deutschland, sondern Europa, d. h. *uns selbst.*

Das Buch des Reichskommissars ist in einem entscheidenden Moment erschienen. *Wilhelm H. Haighton*

Birma[1])

Im vergangenen Jahre (1943) erschienen drei Bücher, die dem indochinesischen Lande Birma besondere Aufmerksamkeit schenken:

Hans Leuenberger, Die Burmastraße / Gestern — heute — morgen (Westchina, Indochina, Thailand, Burma, Ostindien). Karl Specht Verlag, Starnberg am See. 1943. 208 Seiten, 63 Abb., 4 Karten.

Anton K. Gebauer, Burma / Tempel und Pagoden; Erlebnisse längs der Burmastraße. Karl H. Bischoff Verlag, Berlin-Wien-Leipzig. 1943. 281 Seiten, 16 Abb., 1 Karte.

Anton Hantschel, Burma. Vom britischen Glacis zum selbständigen Staat. Völkischer Verlag Düsseldorf. 1943. 187 Seiten.

Leuenberger charakterisiert nach Art bester Reiseberichterstattung vornehmlich die Länder Hinterindiens (Indochinas), also Birma, Thailand, Franz.-Indochina; er gibt eine Fülle geschichtlicher, volklicher und wirtschaftlicher Angaben, während das Verkehrswesen und damit die persönlichen Reiseerlebnisse im Vordergrund stehen.

Gebauer schildert vorwiegend eigene Erlebnisse in den nordöstlichen Grenzgebieten Birmas, zwischen die geschichtliche und volkskundliche Erläuterungen eingestreut sind.

Hantschel bringt Birmas geschichtliche Entwicklung bis in die Zeit der nach 58 Jahren wiederhergestellten staatlichen Unabhängigkeit, die am 1. August 1943 durch Japan ermöglicht wurde. Die oft recht blutigen Geschehnisse werden ebenso wie die Isolierungspolitik Englands gut herausgearbeitet. Die Lebensraumschilderung ist leider nicht plastisch genug; die charakteristische Trockenzone wird nur in einem Satzteil gestreift. Das Verkehrswesen wird stiefmütterlich behandelt (Straßenbauten waren z. B. schon vor den Japanern gefördert worden); störend sind einige Flüchtigkeiten (Armarapura; die Addition von Niederl.-Indien zu Java, Sumatra in der Zahlentafel auf S. 38 usw.).

Die Geschichte Birmas beweist den Energiegehalt der birmanischen Bevölkerung, der in Friedenszeiten durch Humor und Leichtlebigkeit überdeckt wird. Ein Engländer *(Sir George Scott)* nannte die Birmesen einst selbstbewußt, aber nicht anmaßend, kämpferisch, aber nicht kriegslustig, offensichtlich faul, aber dennoch zu großen entbehrungsreichen Taten fähig. Hantschel betont dagegen (auf S. 58) die Arbeitsfreudigkeit der Einwohner und hat bei Berücksichtigung der klimatischen Bedingungen auch recht. In der Tat eher noch aus der Geschichte, zu der Hantschel eine gute Einführung gibt, als aus den wirtschaftlichen Tatsachen, wie Produktion und Verkehr, läßt sich die Zukunft Birmas voraussagen.

---

[1]) Hier wird die auch im Auswärtigen Amt übliche Schreibweise Birma vor der englischen (Burma) vorgezogen, obwohl beide nicht phonetisch richtig sind. Die Franzosen sagen La Barmanie. Myanma (Mjanma) ist die eigene Landesbezeichnung.

In den genannten drei Büchern steht der Bau der Birmastraße (dem der Bau einer nicht mehr vollendeten Eisenbahn folgte) als aktuelle Tatsache im Mittelpunkt mancher Betrachtung. Fraglos wird das zu erwartende Aufblühen des jungen und doch alten Staates die Transkontinentalverbindungen nach Vorderindien, China, Thailand und Malaien bedeutungsvoll werden lassen; die „Birmastraße" ist ja nur einer dieser Wege in das Ausland. Wahrscheinlich wird aber der Seeweg, nicht zuletzt durch den längst geplanten Kra-Kanal nach Ostasien, weitaus der wichtigste bleiben, zumal ein Massengüterverkehr über die Landgrenzen sich voraussichtlich in engen Grenzen halten wird; wichtig wird dagegen der Reiseverkehr werden, dem die Japaner ein besonderes Interesse entgegenbringen.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß Birma im deutschen Schrifttum bislang kaum Beachtung gefunden hatte. Dennoch hätte die Tatsache Betonung verdient, daß die meisten modernen Reismühlen dieses ersten Reisausfuhrlandes der Welt deutsche Industrieleistungen sind, daß die Tiekholzbestände (warum Teak?) ihre Erhaltung und Förderung deutschen Fachleuten verdanken und daß im Bergbau deutsche Bergingenieure erwähnenswert sind. In der Tat haben die Briten es mit Erfolg verstanden, Birma und damit auch die ausländische Facharbeit in den Schatten zu rücken, obwohl ein englisches Wort „Indien verlieren, aber Birma behalten!" die wahre Einschätzung dieses Kronjuwels kennzeichnet. Höchstens räumte man versteckt ein, daß ein Italiener *Barbieri* den Birmesen Befestigungswerke entworfen hatte, als die Briten im dritten Birmakrieg gegen König *Thibau* zogen und die riesigen Bambusstakete zu stürmen hatten.

Birma ist trotz seiner wohl nicht sehr bedeutenden Erdölvorkommen und seiner Buntmetalle (Bleigewinnung!) ein ausgesprochenes Agrarland, dessen Schwerpunkte die Reisfelder im Deltagebiet (Rangun und Bassein als Aufbereitungszentren) und die Trockenzone etwa in der Landesmitte sind. In den Monaten des Südwestmonsuns fallen im Küstengebiet (bis 5000 mm Regen) und in den Grenzbergen reiche Niederschläge, die den Eindruck des „tropischsten aller Tropenländer" erwecken, in der Landesmitte dagegen erheblich weniger als 1000 mm (in einem außerhalb der Sommerzeit trockenheißen Lande!), in der umgebenden Monsunwaldzone mit meist schütterem Baumwuchs, vor allem an den Hügelhängen, etwas mehr (bis 2000 mm). Die Trocken- und die Monsunwaldzone nehmen fast die Hälfte des Landes ein. Gerade in der Trockenzone hat die Bevölkerung die bedeutendste Kulturarbeit geleistet; in frühesten Zeiten wurden hier schon Bewässerungskanäle und Straßen gebaut; die politische Macht und damit in Wechselwirkung die wichtigsten Städtegründungen konzentrieren sich im Trockengebiet: Pagan, bei Pakokku, Schwebo, Tagaung und vor allem Mandalav (Mandele) mit Sagaing, Awa und Amarapura waren Residenzstädte.

Dank der wasserreichen, übrigens für den Binnenverkehr höchst wichtigen Flüsse, vor allem des Irawadi und des Tschindwin, hätte man mit modernen Methoden eine großzügige Bewässerungswirtschaft schaffen können. Aber unter britischer Herrschaft blieb Birma landwirtschaftlich rückständig; ohne Schwierigkeiten könnte die Anbaufläche verdreifacht, der Anbau auf den Kulturländereien intensiviert werden. Birma könnte ohne Schaden für seine Reisausfuhr eine mehr als dreifache Bevölkerungszahl tragen. Auch in Oberbirma läßt sich der Reisanbau steigern, obwohl Unterbirma seinen Prozentsatz von 90% der Erzeugung halten wird. Erdnüsse (Ölgewinnung), Hirse, Bohnen, Sesam, Weizen usw. werden auf die Trockenzone beschränkt bleiben. Hier ist auch die Baumwolle wichtig, deren Pflege die Engländer nachweislich vernachlässigten. Besonders erwähnt seien noch das Zuckerrohr der Küste, dessen Kultur unter teuren Löhnen leidet, und der Tabak, der von jung und alt als riesige „Tschirut" (cheroot von Hindustani schuruttu = Rolle) eifrig geraucht wird.

Für die Ausfuhr werden die Edelhölzer der birmesischen Wälder stets wichtig bleiben und den Wettbewerb mit Thailand und Franz.-Indochina sowie

Vorderindien aushalten. Das Tiekholz wird besonders im Schiffbau immer gesucht werden.

Auch Blei, Zink und Kupfer sowie Nickel werden ausfuhrfähig bleiben, vor allem aber Zinn- und Wolframerz aus den Granitgebieten Tenasserims.

Die Motorisierung Ostasiens wird einen derartigen Umfang annehmen, daß das Erdöl Birmas zur Ausfuhr weitgehend freigehalten werden muß. Der weitere Einsatz von Holzgasgeneratoren in Fahrzeugen und Standmotoren muß wie in anderen asiatischen Ländern auch in einem Lande mit Ölüberschuß gepflegt werden. Besonders empfohlen werden muß noch der in Birma sicher in großem Umfange mögliche Rizinusanbau, um ausfuhrfähige Schmierölmengen sicherzustellen.

Unverrückbar wird aber die Stellung Birmas im Reishandel bleiben. Mag auch Vorderindien und Ceylon seinen Nahrungsmittelanbau steigern — es wächst aber auch seine Bevölkerung und damit die Nachfrage nach ausländischem Reis; Birma besitzt allen übrigen Erzeugerländern Hinterindiens und Inselindiens gegenüber eine Vorzugslage.

Wie sich in Birma die Inder- und Chinesenfrage entwickeln wird, muß vorerst unbeantwortet bleiben. Im Deltagebiet und in Tenasserim haben sich viele indische und chinesische Arbeiter und Händler Besitz und Ansehen erarbeitet. Welche Stellung werden die nunmehr wieder selbstverantwortlich gewordenen Birmesen in Zukunft im Hinblick auf Minderheiten und Einwanderung einnehmen? Wahrscheinlich wird hier — ebenso wie etwa in Mandschu-ti-kuo — die japanische Concordia-Bewegung, die die achtungsvolle Zusammenarbeit aller in Ostasien lebenden Rassen erstrebt, den harmonischen Ausgleich ermöglichen.

Karl Krüger

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Im Rahmen der Studien zur Auslandskunde liegen drei neue Hefte „Politische Wissenschaft" vor, von denen das letzte bereits dem 2. Jahrgang angehört. In einem Rückblick auf den abgeschlossenen ersten Jahrgang gibt Prof. Six als Herausgeber der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeitschrift das ihr gesteckte Ziel erreicht hat. Sie sollte Interessierten zeigen, daß hier ein Forum errichtet wird, das durch den Weg der Aussprache dazu verhelfen soll, Klarheit über die widerstrebenden Probleme und Tendenzen der Tagespolitik zu geben. Neben Studien von Prof. Predöhl (Wirtschaftswissenschaft als politische Wissenschaft), Prof. Berber (Das Problem des gerechten Krieges im Völkerrecht), Dr. Smedal, Oslo (Europäische Souveränitätsfragen im nördlichen Eismeer, Europäische „Monroedoktrin"?), Prof. Miltner (Die Bedeutung der Antike und des Germanentums für Europa), Prof. Dr. Román Perpiñá Grau (Die Meistbegünstigungsklausel vor und nach dem zweiten Weltkrieg), Prof. Zechlin (Die Aufgaben der Universalgeschichte) und Prof. Friedrich Lenz (Die moderne Industriegesellschaft und das System der Mächte), stehen Beiträge über die innere Spannung der kleinen Kulturen, die politische Wallonei, die ostkarelische Frage vom geschichtlichen und politischen Standpunkt, und die unterschiedliche Fortpflanzung der Flamen und Wallonen in Belgien. In der „Aussprache" befaßt man sich von verschiedenen Seiten mit dem im ersten Heft erschienenen Aufsatz über den europäischen Nationalismus am Scheidewege und mit der durch den Flamen-Wallonen-Beitrag angerührten Frage der biologischen Gesinnung Europas. In der Rubrik „Bücherschau und Buchbesprechungen" dürfte besonders die Besprechung von Wendell L. Willkies „One World" interessieren.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8

Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Heinrich Dieckmann, Berlin W 8

Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany


Heute schmiedet auch
Dein Geld Waffen,
morgen schafft es wieder Waren.
Denke an die Zukunft.
SPARE BEI DER
SPARKASSE


SPRIMAG
LEIPZIG
Sprimag
SPRITZSTAND mit WASSERLÜFTER
und UMLUFTBEWEGUNG D·R·P·
Farbnebelvernichtung durch Wasserniederschlag
Beträchtliche Heizungskosten-Ersparnis
Erhöhte Betriebssicherheit
SPRIMAG
SPRITZMASCHINENBAU OTTO HEINRICH

Studien zur Auslandskunde

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut läßt unter dem zusammenfassenden Titel „Studien zur Auslandskunde“ Veröffentlichungen erscheinen, in denen die Überlieferung der „Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen“ weitergeführt und aufgebaut wird. Von den Studien „Politische Wissenschaft“, „Das Britische Empire und USA“, „Afrika“, „Ostasien“ und „Vorderasien“ wird jährlich je ein Band von ca. 200 Seiten Umfang in Lieferungen herausgebracht.

Die „Südost-Forschungen“ erscheinen als Vierteljahresschrift.

Es erscheinen folgende Veröffentlichungen laufend:



Politische Wissenschaft

Herausgegeben von Prof. Dr. Franz Alfred Six

Das Britische Empire und USA

Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer und Prof. Dr. Friedrich Schönemann

Afrika

Herausgegeben von Prof. Dr. Diedrich Westermann

Ostasien

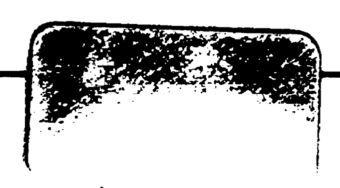
Herausgegeben von Prof. Walter Trittel und Dr. Walter Donat (Bd. 1 von Prof. Dr. Clemens Scharschmidt)

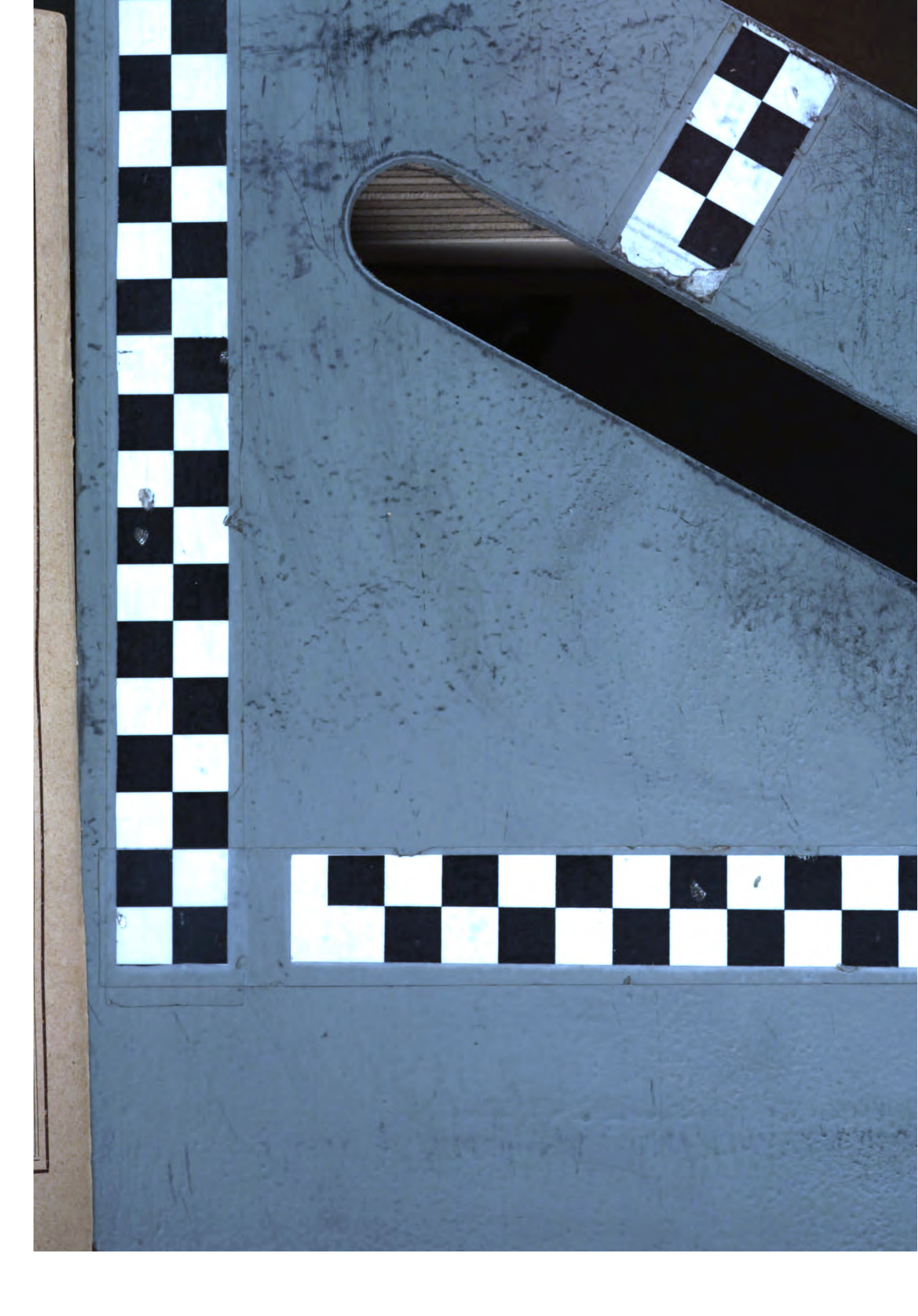
Vorderasien

Herausgegeben von Prof. Dr. Gotthard Jäschke

Südost-Forschungen

Herausgegeben von Prof. Dr. Fritz Valjavec














JA
14
Z52
v. 33
no. 2

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W 8

33. BAND HEFT 2 FEBRUAR 1943

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Hauptdienstleiter Prof. Dr. Walter Gross, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP., Berlin W 15, Sächsische Str. 69
Dr. Axel von Gadolin, Dozent an der Universität Helsinki
Prof. Dr. Carlos Pereyra, Madrid †
Dr. Helmut Rumpf, Berlin-Steglitz, Klingsorstr. 30, z. Z. bei der Wehrmacht
Prof. Dr. Karl Krüger, Berlin-Neukölln, Finowstr. 28
Dr. Richard Konetzke, Schöneiche b. Berlin, Pyramidenweg 27
Lothar Rossipaul, Mährisch-Ostrau, Uhlandgasse 10, z. Z. bei der Wehrmacht
Dr. Hans-Joachim Beyer, Universität Prag



ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom

DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch

Professor Dr. F. A. Six



und

MinR. Prof. Dr. W. Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis für den Band 18,– RM,
Einzelheft 1,50 RM · Erscheint: Im Jahr ein Band zu 12 Heften

33. BAND FEBRUAR 1943 HEFT 2

Persönlichkeit, Freiheit und Ordnung

Von Walter Gross

In diesen Tagen, in denen sich der Kampf Europas gegen den Bolschewismus seinem Höhepunkt nähert und sich tagtäglich ins ungemessene steigert, erscheint es nicht angebracht, zum Zehnjahrestag der Machtübernahme rückblickend die Leistungen und Verdienste der Vergangenheit hervorzuheben, so groß diese auch sind, denn dieser Kampf gilt nicht der Vergangenheit, sondern einer glücklicheren Zukunft, in der die europäische Gemeinsamkeit, im blutigen Ringen erlebt, Gestalt gewinnen wird. Der nachfolgende Vortrag von Professor Dr. *Walter Gross*, dem Leiter des rassenpolitischen Amtes der NSDAP., der auf dem letzten, dem Problem der europäischen Gemeinsamkeit gewidmeten Ausländerkursus des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts gehalten wurde, umreißt das zentrale Problem der nationalsozialistischen Erhebung und Neuordnung, das ganz Europa angeht, zieht aus den letzten 10 Jahren einer fruchtbaren Vergangenheit die Lehren für die europäische Zukunft und setzt sich ab von dem östlichen Chaos.

Die drei Worte, die über meinem Thema stehen, sind jedes für sich von einem unendlichen Gewicht für alle Menschen und alle Völker, die überhaupt an geistigen und kulturellen Werten teilhaben. Persönlichkeit ist nicht nur für den Deutschen *Goethe* das höchste Glück der Erdenkinder, sondern für jeden geistig und kulturell tätigen Menschen überhaupt eine Aufgabe und ein Auftrag. Denn um sich zu entwickeln und zu entfalten und damit die Voraussetzung für die eigene Leistung zu schaffen, dazu gehört eben das, was in der deutschen Sprache Persönlichkeit genannt wird. Über die Bedeutung des Wortes Freiheit brauchen wir nichts zu sagen; solange es eine Geschichte gibt, hat dieses Wort über allen großen

Dingen und allen großen Taten gestanden, des einzelnen sowohl wie der Völker und Gemeinschaften. Und das Wort Ordnung schließlich umgreift auch nicht nur heute Aufgaben von unendlicher Bedeutung für uns, die wir nun im Namen einer neuen Ordnung und im Kampf der Ordnung gegen das Chaos den Großteil der Jugend Europas in einem gemeinsamen Kampf an den Fronten stehen sehen; denken wir vielmehr daran, daß auch die Sagen und Mythen der ältesten Vorzeit immer wieder von diesem Kampf der Ordnung gegen das Ungestaltete als dem Anfang der Schöpfung reden, in der Kosmos gegen Chaos steht, oder denken wir an den alten arischen Begriff der Rita, des ordnenden Gesetzes, das erst Leben und Welt und Gestalt der Dinge formt. Es genügt, daran zu erinnern, um klarzumachen, daß in dem kleinen Wort Ordnung abermals ein gut Teil der Geistesgeschichte der Menschheit und ihrer großen schöpferischen Leistungen verborgen liegt.

Soviel kurz über die ungeheure Bedeutung dieser drei Begriffe. Sie sind sich darin gleich, daß sie an tiefste und höchste Werte des Lebens und Schaffens überhaupt rühren. Von einem anderen Standpunkt aus aber sehen wir Unterschiede zwischen ihnen. Sie beziehen sich auf die Richtung, in der der Wert dieser Begriffe liegt.

Persönlichkeit ist eine Angelegenheit zunächst des einzelnen selbst; sie gehört eben der persönlichen, ja, wenn man das Fremdwort will, vielleicht sogar der privaten Sphäre an. Gewiß, ob ich es fertig bekomme, zu einer Persönlichkeit zu werden, ob ich wirklich aus mir als Mensch etwas mache oder nicht, das hängt zum Teil auch von den Kräften ab, die von außen auf mich wirken. Sie hemmen oder fördern bei dem Bestreben der Persönlichkeitsentwicklung. Aber ob ich das Bedürfnis habe, aus mir etwas zu machen oder nicht, das ist unabhängig von der Anerkennung oder der Ablehnung der Welt meine eigene Angelegenheit. Und auch die Wege, auf denen ich die Entwicklung meiner eigenen inneren Kraft erstrebe, sind meine eigene Sache. Hier stehen wir also mit dem Begriff der Persönlichkeit in einem engen individuellen Kreis. Der Begriff der Ordnung zwingt ganz im Gegensatz dazu den Blick nach außen und setzt die Berührung mit und das Verhältnis zu anderen voraus. Ordnung besteht nicht in sich selbst, sondern nur im Verhältnis zu mehreren Erscheinungen nebeneinander. Ordnung ist nach außen gewendet, mögen auch die inneren Triebkräfte dabei entscheidend sein. Hier handelt es sich also um einen Begriff der äußeren Welt, der damit zu einem guten Teil unmittelbar der Politik angehört. Der Freiheitsbegriff schließlich steht gewissermaßen vermittelnd zwischen diesen beiden Sphären. Wie ein Januskopf wendet er sein

Gesicht nach beiden Seiten. Die äußere Freiheit oder Unfreiheit vermittelt zu der Welt der Ordnung und der äußeren Dinge der Politik. Es gibt aber auch die innere Freiheit, die völlig unabhängig von der äußeren Lage einfach zum Charakter, zum Wesen, zur inneren Haltung eines Menschen gehört. So steht der Freiheitsbegriff in der Mitte, mit einem Gesicht hinsehend in die innere Welt, in der es um die Persönlichkeit geht, mit dem anderen in die äußere, in der Ordnung oder Unordnung zwischen den einzelnen Menschen wie zwischen Völkern und Nationen herrscht.

Eine dritte kurze Betrachtung wird uns nun zu dem entscheidenden Thema führen. Die drei Begriffe Persönlichkeit, Freiheit, Ordnung sind sich gleich in der ungeheuren Bedeutung, die sie für jeden ernsthaften Menschen haben. Sie sind verschieden in der Richtung, in die sie weisen. Sie sind, und das ist nun in der Gegenwart so bedeutsam, gelegentlich in Gefahr, gegeneinander gestellt und wirklich zu Gegensätzen entwickelt zu werden. Damit berühren wir die politischen und geistigen Diskussionen von heute: Es ist außerhalb Deutschlands die ehrliche Sorge manches ernsthaften Menschen und gleichzeitig der Kunstgriff böswilliger Propaganda, daß zu leicht die äußere Welt der Ordnung mit der inneren Welt der Persönlichkeit und ihrer freien Entwicklung in Konflikt und Feindschaft geraten könne. Man befürchtet, daß die zu höchstem Wert erhobene Ordnung, für die Menschen und ganze Völker kämpfen und sterben, einen so starken Zwang von außen her ausüben könne, daß dabei die innere Freiheit verlorengehen und die Entwicklung und Gestaltung der Persönlichkeit unmöglich gemacht werden müsse. Und mancher, der in dem weltpolitischen Ringen dieser Jahre, von der Berührung der beiden großen Kräftegruppen hin- und hergerissen, nach geistigen und weltanschaulichen Gesichtspunkten für die eigene Entscheidung und Stellungnahme sucht, stellt sich draußen jenseits unserer Grenzen die Frage, ob nicht vielleicht die Vertretung der Freiheit und der Persönlichkeit und damit die persönliche Entfaltungsmöglichkeit wichtiger sei und höher stände als die Vertretung einer Ordnung, die nur allzu leicht zum Zwang und damit zum Tode jeder Persönlichkeit führen könne. Und Sie wissen, wie stark diese Frage im politischen Kampf der Gegenwart in die Diskussion geworfen wird.

Deshalb wollen wir darüber miteinander sprechen, indem wir zunächst das Wort Persönlichkeit und den Wert, der in ihm liegt, einer kurzen Betrachtung unterziehen. Die Frage ist: Wenn wir Persönlichkeit, Entwicklung und Entfaltung des eigenen Ich zu seinen höchsten Formen und Möglichkeiten als hohen Wert anerkennen,

wo liegt dann das Ziel, gewissermaßen das Ideal dieser Entwicklung und Entfaltung? Zu einer Antwort auf diese Frage kommen wir nicht, ohne auf einen Begriff einzugehen, der in der Geschichte die Gemüter unendlich stark bewegt hat. Das ist die Frage der Gleichheit oder der Ungleichheit der Menschen als Ziel ihrer Entwicklung.

Wenn von Gleichheit die Rede ist, dann entsinnen wir uns, daß dieses Wort eine ehrwürdige Geschichte in der Überlieferung der Menschheit hat. In Zeiten, in denen die brutale Macht eines Tyrannen der absoluten Rechtlosigkeit der anderen Menschen gegenüberstand, denen nun ohne eigene Schuld einfach durch den Zufall der Geburt jedes Recht zur eigenen Entfaltung und Gestaltung des Lebens genommen war, ist die Forderung nach gleichen Rechten, nach dem gleichen allgemeinen Menschenrecht natürlich und verständlich. So erhebt sich zunächst der große Gedanke von der Gleichheit der Menschen vor Gott als ein eindringlicher Protest gegen die Willkür irdischer Rechtlosigkeit. Er verwandelt sich in die Forderung nach Gleichheit vor dem Gesetz, und schließlich wächst aus diesen Bestrebungen, die wir im innersten Kern verstehen und billigen können, ein Zeitalter heran, in dem das Wort Gleichheit neben dem Begriff der Freiheit zur Parole der ganzen geistigen Bewegung wird.

Aber wenn wir genau hinsehen, dann vollzieht sich dabei eine Veränderung des Gleichheitsbegriffs in einem ganz merkwürdigen Sinne: Aus der Forderung nach gleichen Rechten wird nämlich in einem gewissen Ausmaß die Behauptung des gleichen Wesens und der Gleichartigkeit der Menschen. Das ist eine entscheidende Veränderung, die dann zwangsläufig zu einer Gegenbewegung geführt hat, wie sie am stärksten etwa im Nationalsozialismus heute zu sehen ist. Hatte man ursprünglich in einem gewissen Ausmaße und auf bestimmten Gebieten gleiche Rechte für die Menschen gefordert, so wurde im Fortgang der Ideen der Französischen Revolution daraus eine Lehre, die die Gleichheit der Menschen ihrer Natur nach behauptet. Die Entwicklung dieses Gedankens steht sehr deutlich in der Arbeiterbewegung und in der Dogmatik ihrer Soziologie vor uns. Die primitive Form, in der der Gleichheitsgedanke am Ende über Millionen von Köpfen seine Herrschaft aufrichtet, heißt in der deutschen Sprache: Es ist alles gleich, was Menschenantlitz trägt. Diese Behauptung des gleichen Wesens, ursprünglich wohl zur stärkeren Begründung der Forderung nach gleichen Rechten aufgestellt, greift sehr bald über die Individuen innerhalb eines Volkes hinaus auch auf die Völker und Rassen: Die Unterschiede zwischen ihnen werden geleugnet — ein an sich unglaublicher und absurder

Vorgang, denn nichts ist so deutlich zu sehen und gewissermaßen mit Händen zu greifen als die Verschiedenheiten der Menschen, sowohl der einzelnen Individuen wie der großen Völker- und Rassegruppen auf dieser Welt. Wie aber konnte ein so unwahrscheinlicher Satz wie die Behauptung der allgemeinen Gleichheit aufgestellt und verbreitet werden? Es ist wichtig und geistesgeschichtlich interessant, daß er in einem bestimmten Stadium und einer vorübergehenden Entwicklungsstufe der Naturwissenschaft seine entscheidende Unterstützung gefunden hat.

Denn gerade in jenen entscheidenden Anfangsjahrzehnten des vorigen Jahrhunderts hatten die Naturwissenschaften mit der fortschreitenden Analyse der physikalischen und chemischen Kräfte einen entscheidenden Erklärungsfaktor für die Entwicklung und Entfaltung der organischen Wesen entdeckt. Je tiefer und gründlicher die Kenntnis der Kräfte der Umwelt wurde, um so verständlicher schien auch Wesen und Entwicklung des Lebens zu werden. Und wenn wir uns fragen, wie es möglich gewesen ist, eine grundsätzliche Lehre der Gleichheit auszusprechen und aufrechtzuerhalten, so ist die Antwort der Hinweis auf die Lehre von der Bedeutung der Umwelt, die vor rund 100 Jahren von der Naturwissenschaft aus als Milieulehre und Milieutheorie in alle Bezirke geistigen Lebens eindrang.

Ein kurzes Beispiel soll das deutlich machen. Wenn zwei Menschen körperlich, geistig, charakterlich, begabungsmäßig ganz verschieden voneinander sind, dann schlägt das der These der Gleichheit offenbar ins Gesicht. Die Milieulehre jener Zeit, in der Naturwissenschaft entwickelt, in die Philosophie übernommen, versuchte nun aber zu erklären, wie diese Menschen zwar verschieden erscheinen und doch in ihrem innersten Wesenskern gleich sein können, so gleich, daß sie vor Gott und in allen tieferen menschlichen Dingen das gleiche Recht beanspruchen dürfen. Die Milieulehre sagt, alle die beobachteten Unterschiede sind nur Folgen der verschiedenen Umwelt, in der diese beiden Menschen aufgewachsen sind. Der eine wuchs auf dem Lande auf, der andere in der Stadt; der eine im Reichtum, der andere in Armut; der eine in einer Welt voll Kultur und Bildung, der andere ohne geistig formende Einflüsse — mit anderen Worten, die Verschiedenheit in der Entwicklung dieser beiden Menschen spricht nicht für einen echten Wesensunterschied, sondern ausschließlich für die Verschiedenheit des Milieus. Der Mensch an sich ist gleich und immer derselbe, in welchem Land, unter welchen Verhältnissen, unter welchen Einflüssen er auch lebt, nur die Lebensbedingungen eben sind verschieden, und diese eben führen dann zur

scheinbaren Unterschiedlichkeit, die in Wahrheit die innere wesentliche Gleichheit aller Menschen nicht stört, sondern nur überdeckt.

Bekanntlich ist diese Ansicht dann von der Anwendung auf die einzelnen Menschen innerhalb eines Volkes auch auf die großen Menschengruppen in der Welt übertragen worden, die die neuere Wissenschaft Rassen nennt. Auch die Rassen, sagt die Gleichheits- und Milieulehre, sind im Wesen gleich. Nur ihre Lebensbedingungen unterscheiden sich. Der Neger ist nur deshalb anders als der Europäer, weil das Klima in Afrika ein anderes ist als bei uns. Und aus diesem Milieuunterschied allein folgt die Reihe der äußerlich verschiedenen Merkmale zwischen beiden.

Das war, in Kürze angedeutet, der Beitrag der Milieulehre zur großen Gleichheitslehre des vorigen Jahrhunderts. Ziehen wir nun die Folgerung daraus für die Frage, von der wir ausgingen. Was bedeutet eine solche Gleichheitslehre, vom Milieu her begründet, für unsere Frage der Persönlichkeit? Die Antwort wird offenbar die Übertragung des Ideals der Gleichheit auch auf das Bild der Persönlichkeit sein. Denn wenn der Mensch schlechthin im Grunde überall derselbe ist, dann besteht nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar der Wunsch, ja die Pflicht, nun auch in seiner Entfaltung und Entwicklung zur vollen Persönlichkeit überall sein Grundwesen, d. h. das gleiche Gesicht und das gleiche Gepräge des Geistes zur Entfaltung zu bringen. Hier überträgt die Gleichheitslehre ihre theoretische Fiktion von der Gleichheit der Menschen an sich auf das Ideal- und Zielbild der Persönlichkeitsentwicklung. Und es mußte zwangsläufig in jenem Zeitalter das Bedürfnis entstehen, Persönlichkeit überall auf der Welt und an allen einzelnen Individuen in der gleichen Richtung und zur gleichen Kraft hin zu entwickeln. Das Gleichheitsideal also ist es, das hier als Erziehungsziel entsteht. Auch der vollendete Mensch soll im Grunde auf dieser Welt gleich sein — das ist die notwendige und letzte Folgerung aus dem Satz von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.

Bekanntlich hat man damit innerhalb und außerhalb der Völker durchaus ernst gemacht. Das Zeitalter der Demokratie mit gleichen Rechten, mit gleicher Bildung, möglichst auch mit gleicher Entlohnung, gleicher Mode, gleichem Kultur-, Literatur- und Kunstgeschmack hat nicht nur innerhalb der Völker nivelliert, sondern genau so für die Menschheitsentwicklung ein solches gleiches Ideal aufgestellt. Und das hat, wie Sie wissen, zu sehr konkreten Folgerungen geführt. Nicht nur im Politischen, wo Völkerbund und Internationale zur Erörterung standen, sondern auch und gerade im geistigen Leben. So bemühte man sich in großen Abteilungen und

Sektionen innerhalb des Völkerbundes um die Gleichmachung der Kulturgüter, um die Angleichung der inneren Werte der Völkerpersönlichkeiten; man versuchte, Geschichtsbücher internationaler Prägung zu schaffen, die in deutschen wie französischen Schulen Völkergeschichte im gleichen Sinne und in gleichem Geiste lehren sollten, und man erörterte, was wir doch nicht vergessen wollen, schließlich ganz ernsthaft den extremen Vorschlag einer internationalen Sprache als Grundlage solcher internationalen Kultur und diskutierte munter über die Abschaffung der Nationalsprachen, ohne sich einig zu werden, ob man an ihre Stelle das alte Kirchenlatein setzen oder als neue Kunstsprache etwa das Esperanto des Juden *Zamenhof* verbindlich machen sollte. Hier haben wir die Tendenz der Auslöschung der Individualität, wenn ich so sagen soll, der „Persönlichkeiten auf höherer Ebene" gewissermaßen zum Greifen deutlich vor uns. Das war die extreme Konsequenz des Gleichheitsgedankens in seiner Anwendung auf das Ideal der Persönlichkeitsentwicklung: Nivellierung und damit Zerstörung der Persönlichkeit überhaupt innerhalb der Völker wie innerhalb der Menschheit.

Bevor wir nun vom Standpunkt unserer modernen Betrachtungsweise den zerstörenden Charakter dieser Gedanken näher beleuchten, darf ich daran erinnern, wie sehr diese Entwicklung zur nivellierten Gleichheit hin schon im vorigen Jahrhundert selbst an verschiedenen Stellen Widerstand und leidenschaftlichen Protest ausgelöst hat. Es genügt hier, an einen der lautesten Rufer im Streit zu erinnern: an Friedrich *Nietzsche*, der den Protest gegen die Ertötung der Persönlichkeit und ihren Ersatz durch den gleichen genormten Modetypus ganz extrem und deshalb so unerhört aufwühlend ausgesprochen hat. Wenige seiner Gedanken, die gerade den Begriff der Gleichheit herausgreifen, mögen als Beispiel genannt sein: „Mit diesen Predigern der Gleichheit will ich nicht vermischt und verwechselt werden! Denn so redet mir die Gerechtigkeit: Die Menschen sind nicht gleich — und sie sollen es auch nicht werden!" Diesen Protest Zarathustras finden wir bei Nietzsche an unendlich vielen Stellen wieder: „Gleiches Recht für Alle — das ist die ausbündigste Ungerechtigkeit, denn dabei kommen die höchsten Menschen zu kurz!" oder: „Die Lehre von der Gleichheit: Es gibt gar kein giftigeres Gift, denn sie scheint von der Gerechtigkeit selbst gepredigt, während sie in Wahrheit das Ende der Gerechtigkeit ist. Dem Gleichen Gleiches, dem Ungleichen Ungleiches, das wäre die wahre Rede der Gerechtigkeit, und was daraus folgt: Ungleiches niemals gleich machen!"

Was hier aus Nietzsche spricht, ist Instinkt und Gefühl eines

Menschen, der aus der Kraft der eigenen Persönlichkeit und dem Bestreben, sie aufs höchste zu entwickeln, gegen den Tod der Persönlichkeit ankämpft, der in jeder Gleichmacherei liegt. Aber über diesen instinktiven Protest führt uns dann die weitere geistige Entwicklung des Jahrhunderts selbst und erst recht unserer Tage hinaus. So wie die Gleichheitslehre durch den Milieugedanken der Naturwissenschaft im entscheidenden Moment ihre Stütze erhält, so ist der Gedanke der Gleichheit durch den weiteren Fortschritt in der Naturwissenschaft auch wieder außer Kraft gesetzt und endlich nicht bloß in Gefühl und Instinkt, sondern auch in der exakten Erkenntnis der biologischen Wirklichkeit widerlegt worden. Hier müssen wir mit wenigen Worten von den Ergebnissen der modernen Biologie sprechen. Sie lehren uns, daß die Umwelt im Gegensatz zu der früheren Auffassung nicht mehr als die Hauptkraft, sondern nur als eine bescheidene Nebenkraft in der Entwicklung organischer Wesen erscheint. Nicht Wind und Wetter, Klima und äußere Einflüsse, sondern in allererster Linie die erblichen Anlagen sind es, die die lebenden Wesen bestimmen und gestalten. Das gilt für die Pflanze, gilt für das Tier und gilt genau so auch für den Menschen. Auch er erhält die Gestalt seines Leibes, die Farbe seiner Haut, seiner Haare und Augen nicht vom Zufall klimatischer Umwelt, sondern von den Erbanlagen, die er den Eltern verdankt. Und ebenso erhält er die Grundzüge seines Geistes, seines Charakters und seiner Seele nicht durch Schule, Bildung, Lehrer, Priester, nicht einmal durch die Erziehung im Elternhaus, sondern genau so wie die Grundzüge des Körpers durch die Erbanlagen, die im Augenblick seiner Zeugung zusammengetreten sind. Diese Tatsachen der modernen Biologie lassen uns nun auch die Persönlichkeit in einem ganz neuen Licht erscheinen. Sie schließen selbstverständlich nicht die Bedeutung der Umwelt in ihrer formenden und modelnden Kraft an dem vorgefundenen erblichen Wesen aus. Aber sie schränken die Bedeutung der Umwelt auf einen Bruchteil ihrer früheren Überschätzung ein. Und sie zeigen, daß von Gleichheit im früheren Sinne nicht mehr die Rede sein kann. Das war nur so lange möglich, als man die Umwelt in den Mittelpunkt der Betrachtung stellte, die für die Menschen in größerem oder kleinerem Umfang gleich ist oder doch durch weitere zivilisatorische Entwicklung gleichgemacht werden kann, so wie wir gleiche Schulsysteme und gleiche Bildungsstufen über die Erde hin einführen können. Statt dessen zeigt uns die Biologie eine grundsätzliche und mathematisch faßbare Ungleichheit aller Individuen an Körper und Geist, an Leib und Seele. Sie lehrt uns, daß in keinem Menschen genau die gleichen Erbanlagen

in gleicher Form zusammentreten wie in irgendeinem zweiten. Das gilt auch für die Geschwister, gilt für Eltern und Kinder, das gilt bis auf die eine Ausnahme der eineiigen Zwillinge bei allen lebendigen Wesen der Welt überhaupt. Im Lichte dieser biologischen Erkenntnisse ist jeder einzelne Mensch ein einmaliger Fall in den Kombinationsmöglichkeiten der Erbanlagen, über die die Familie, über die das Volk, über die die Menschheit im ganzen verfügt. Es gibt nicht einen Einzigen, der, so wie er vor uns steht, schon einmal verwirklicht worden wäre im großen Spiel der Zufallskombinationen der Erbanlagen, und es wird nie wieder einen solchen geben.

Diese nüchternen biologischen Tatsachen gewinnen nun natürlich für die Auffassung von der Persönlichkeit eine unendliche Bedeutung. Die Zeit vor uns sah die Möglichkeit der Gleichheit und deshalb in ihrer Verwirklichung ein Ideal und ein Ziel. Unsere Zeit erkennt die Unmöglichkeit jeder menschlichen Gleichheit und statt dessen die Tatsache der naturgegebenen Verschiedenheit aller einzelnen Menschen. Wenn ich meine Kinder nebeneinander stelle, dann sehe ich, daß sie bei allen verwandten und ähnlichen Zügen doch im Kern ihres Wesens und ihrer Persönlichkeit sich voneinander unterscheiden; und ich weiß heute, daß diese Unterschiede nicht Zufälle der Erziehungseinflüsse, sondern notwendiges Wesen des Lebens sind. Damit gewinnt aber nun auch die innere Einstellung zum Problem der Gleichheit oder Ungleichheit eine ganz andere Form. Es scheint mir nicht mehr ein ideales Ziel, diese Verschiedenheit auszuwischen und zu nivellieren, die die Natur selbst mit einem so ungeheuer großen und im einzelnen unbegreiflichen Mechanismus der Erbübertragung schafft. Vielmehr scheint mir jetzt plötzlich eine ganz besondere Würde, ein ungeheurer Wert in jedem einzelnen Individuum zu liegen, weil es so besonders geprägt ist, daß es wirklich als einmalig in der Geschichte der ganzen Menschheit gelten kann und muß. Es bekommt also plötzlich die Persönlichkeit, das Individuum, das Ich genau so wie das Du, einen neuen Wert, den es gestern in der Welt der Gleichheitslehre nicht hatte und nicht haben konnte. Und es ist kein Zufall, sondern Notwendigkeit, daß unser Zeitalter gleichzeitig in Forschung und Theorie die geschilderte Umstellung von der Gleichheits- zur Ungleichheitslehre vollzieht, während im selben Augenblick draußen im Leben selbst die starke Persönlichkeit und ihr Appell an das Gesunde, das Kräftige, an Selbstgefühl und Selbstbewußtsein herrscht. Denken wir, um den ganzen Unterschied deutlich zu sehen, an die Kritik Nietzsches zu seiner Zeit: Das vorige Jahrhundert sieht sein Idealbild in der genormten Gleichartigkeit, in den Guten, bei denen jeder jedem gleich

ist und niemand über die Masse hervorragt. Und an seine Stelle setzt sich ein neues Lebens- und Wertgefühl der Menschen und Völker. Heute sehen wir nicht mehr in der anonymen Masse, bei der einer dem anderen gleich ist, ein Ideal oder irgend etwas Wertvolles oder Schönes. Wir haben den Instinkt und das Gefühl für die ungeheure Bedeutung wiedergewonnen, die der Besonderheit jeder Persönlichkeit zukommt. Im menschlich-individuellen Sinne ebenso wie geschichtlich-politisch. Wir fordern unsere Jungen und Mädchen in der Erziehung nicht mehr auf, möglichst so zu werden wie der andere, sondern wir fordern sie auf, die besondere Art ihrer Persönlichkeit nun auch auszubilden und stolz darauf zu sein: So wie ich bin, so will ich sein, sieh du nun zu, daß du deine Art genau so entwickelst und entfaltest wie ich die meine — das ist heute die Haltung, mit der wir an diese Dinge herantreten, und sie zeigt sich deutlich beim Blick auf die Völker, die am weitesten vorgeschritten den Geist dieser neuen Zeit vertreten. Das deutsche Volk z. B. in der nationalsozialistischen Epoche seiner Geschichte weist heute eine Unzahl solcher starken, unbändigen Menschen auf, die manches Mal aus dem Überschwang ihrer Kraft aneinander geraten, bei denen der eine hierhin, der eine dorthin ziehen möchte, die aber alle den Stolz und das Selbstbewußtsein auf sich selbst gemeinsam haben. Und genau so ist es in den anderen Völkern, die heute von dieser großen Bewegung ergriffen sind. Sie alle gewinnen plötzlich statt des Ideals der gleichen Masse das Ideal der besonderen Persönlichkeit, und die geschichtlichen Ereignisse selbst beweisen die gewaltigen Kräfte, die durch diese Umstellung frei werden.

Zweierlei aber folgt nun aus dieser Überlegung für die oben gestellte Frage nach der Stellung von Persönlichkeit und Ordnung zueinander in unserer neuen Epoche:

Erstens die Tatsache, daß in unserer Zeit Persönlichkeit nicht weniger wert ist, als es gestern der Fall war, sondern vielmehr an Würde und Wert gewonnen hat. Zweitens aber erhebt sich damit die Frage nach den Schranken dieser Persönlichkeit, wenn anders wir überhaupt noch zu einer gemeinsamen Arbeit und gemeinsamer Leistung über das einzelne Ich hinaus fähig sein wollen. Es war ja derselbe Nietzsche, der völlig mit Recht und in unserem Sinne die Welt der Gleichheit so leidenschaftlich angegriffen hatte, der dann aber auf der anderen Seite in so manchem Satz eine Überspitzung der Werte des Individuums und der Persönlichkeit vornahm, die keine Grenzen und keine Schranken mehr kannte, so daß schließlich die starke Persönlichkeit in seinem Sinne aus jeder Gemeinschaft, jeder Zusammenarbeit und jeder Rücksichtnahme auf-

einander heraustrat. Die äußere Ordnung ist dort kein Problem, wo die Menschen innerlich farblos geworden und ganz auf ein gleiches Niveau herabgedrückte Nummern sind. Wo aber ein Volk sich bewußt Menschen erzieht, von denen jeder einzelne ein Kerl ist und sein will, jeder einzelne sich selbst und seine besonderen Kräfte in den Mittelpunkt seines Lebens stellt und sie zur Persönlichkeit in höchstem Maß entfaltet, ein solches Volk muß, wenn es nicht auseinanderbrechen und an der überschäumenden, ungebändigten Kraft zugrundegehen will, nun selbstverständlich auch äußere Schranken setzen, damit nicht aus der Wertschätzung der Persönlichkeit am Ende die Zerstörung der Gemeinschaft folgt. Und dieser Gedanke, scheint mir, ist wichtig und in der Welt außerhalb unserer Grenzen noch nicht genügend begriffen: Die starke Betonung der äußeren Ordnung, die gleichzeitig heute unsere Zeit charakterisiert, ist nicht Zufall und nicht Willkür, sondern gewissermaßen die Ergänzung zu dem starken Akzent, den wir auf die innere Freiheit der Persönlichkeit legen.

Vielleicht kommt in dieser Verbindung zweier Grundsätze eine besondere Anlage gerade der Menschengruppe zum Ausdruck, die in starkem Ausmaß Träger der europäischen Geistesgeschichte gewesen ist. Wir finden ja in den großen Rassen der Menschheit wertvolle Anlagen der verschiedenen Art in verschiedener Richtung entwickelt. Und es will immer mehr scheinen, als wenn zu den Eigenarten der nordischen Rasse gerade dieser merkwürdige Zusammenklang gehört, von dem hier die Rede ist: der unbändige Drang nach Freiheit im inneren Sinne der Entfaltung der Persönlichkeit und gleichzeitig das lebhafte Verständnis für die Notwendigkeit der Ordnung in den Beziehungen nach außen. Dieser Zusammenklang ist nicht überall selbstverständlich. Es gibt Menschen und es gab Revolutionen auf dieser Welt, in denen keine Spur von Ordnungsgefühl und Ordnungswille auftritt, Menschen und geschichtliche Vorgänge, in denen einfach die Zerstörung an sich als Wert empfunden wird. Diese Haltung ist für uns unmöglich. Das Wissen darum, daß über den einzelnen hinaus in der Gemeinsamkeit eine noch größere Leistung möglich ist, diese Gemeinschaft aber Schranken gegenüber dem einzelnen fordert, ist dem Menschen unserer Art gewissermaßen eingeboren und in ihm besonders stark entwickelt. Und es scheint wichtig zu erkennen, daß das Gefühl für die Notwendigkeit des Sicheinfügens in eine gemeinsame Ordnung offenbar nicht trotz, sondern gerade wegen des unbändig starken Freiheits- und Persönlichkeitsdranges so groß und so lebhaft ist — als Regulativ gewissermaßen, damit das Leben erhalten bleiben kann. So ent-

sprechen sich also die Werte der Freiheit und der Persönlichkeit im Innern und der Gebundenheit und der Ordnung nach außen; die Ordnung ohne den Appell an die Persönlichkeit wäre das, was ein böses Wort feindlicher Propaganda Jahre hindurch Kadavergehorsam genannt hat. Umgekehrt aber könnte die Freiheit der Persönlichkeit, zur Lehre erhoben, ohne die starke äußere Gebundenheit zu nichts anderem führen als zum Chaos, zur Atomisierung und Individualisierung der Menschheit und damit zu ihrer Auflösung schlechthin. In beiden Fällen ist das eine ohne das andere offenbar das Ende und der Tod jeder kulturellen und geschichtlichen Entwicklung.

Wie im Vorstehenden dieser Gedanke auf der Ebene des Einzelmenschen durchgeführt worden ist, so gilt er aber auch auf der Ebene der Völker. Sie, die man ja auch oft Individualitäten oder Persönlichkeiten der Geschichte genannt hat, sind ebenfalls in erster Linie bestimmt nicht von der Gesamtheit der Umwelteinflüsse, sondern von der rassischen und erblichen Art der Mehrzahl ihrer Volksangehörigen. Deshalb sind auch die Völker nicht gleich, auch nicht bei gleichen Umweltverhältnissen, sondern sind durch die rassische Substanz verschieden. Und genau wie wir die Verschiedenheit der Individuen bejaht haben, so bejahen wir die Verschiedenheit der Völker in ihrem inneren Wesen. Auch dem Volk und dem Volkstum verleiht die biologische Betrachtung einen neuen Wert und Inhalt, durch den Nationalbewußtsein und Nationalstolz gewissermaßen wissenschaftlich noch einmal begründet und anerkannt werden. Damit aber taucht im Prinzip auch hier noch einmal als Möglichkeit die gleiche Gefahr auf, die wir oben bei der Bejahung der Einzelpersönlichkeit erörtert haben: es wäre denkbar, daß ein völliges Aufgehen in der Selbstbejahung des eigenen und in der Ablehnung oder der Gleichgültigkeit gegenüber einem anderen Volk zur nationalistischen Abschließung des einen vom anderen, zum Ende jeder Zusammenarbeit und jeder gemeinsamen höheren Leistung führen würde. Auch im Verhältnis der Völker zueinander könnte die Anerkennung der Individualität zum extremen Individualismus und damit zum Nachteil für alle werden, wenn nicht die Besinnung auf die Notwendigkeit der Einfügung in eine größere Ordnung dieser Fehlentwicklung begegnete. Von der neuen Ordnung, die wir heute politisch in Europa anstreben, wird täglich viel gesprochen. Wichtig ist die Einsicht, daß sie auf dem Grundgebäude der Gedanken, die wir hier erörtert haben, das Nationalgefühl und die Nationalkultur des einzelnen Volkes genau so voraussetzt wie die Gebundenheit in der nationalen Gemeinschaft die Kraft freier Persönlichkeiten vor-

ausgesetzt hat, d. h. aber: die Ordnung, die wir zu errichten gedenken, damit nicht das eine Volk hierhin, das andere dorthin zerrt und jedes nur Beschränktes zu leisten vermag, tötet nicht das Eigenbewußtsein der Nationen, sondern setzt es geradezu voraus; sie beginnt und endet nicht mit der aschgrauen Gleichheit internationalisierter, d. h. völkisch vernichteter Kulturen, sondern wächst auf dem Boden stolzer, lebensstarker Nationalkulturen, die sie zu höheren Leistungen über sich hinaus verbindet und in freiwilliger Zusammenarbeit überhöht.

Mit diesem Gedankengang können wir unsere Betrachtung abschließen. Sie hat uns gezeigt, daß die drei großen Begriffe Persönlichkeit, Freiheit, Ordnung durchaus nicht im Gegensatz zueinander stehen müssen, sondern einander sinnvoll ergänzen und bereichern. Sie hat uns aber gleichzeitig die tiefe innere Umstellung deutlich gemacht, die sich gegenüber einem abgelaufenen Zeitalter heute vollzogen hat. Auch vor einem Menschenalter sprach man ja von der Notwendigkeit, Europa neu zu ordnen, und prägte bekanntlich für das angebliche Ideal dieser Bemühungen ein eigenes tönendes Wort. „Pan-Europa" aber war ein Kind des Gleichheitszeitalters, sein Ideal gründete sich auf die Lehre von der Gleichheit und bestand in der Verneinung der Unterschiede zwischen Menschen, Völkern und Kulturen, es lief auf die Nivellierung und graue Gleichmacherei des ganzen europäischen Lebens in Politik, Wirtschaft und Geistesleben hinaus, es sah in den Staatsgrenzen im Grunde genau so historische Rudimente einer überlebten Vergangenheit wie in den Sprachen und Kulturen der einzelnen Völker, die doch in Wahrheit deren köstlichsten Besitz ausmachen. Wenn wir heute von einer neuen Ordnung in Europa sprechen, dann geschieht das im Sinne eines neuen Lebensgefühls, das um die Ungleichheit weiß und die Besonderheit jeder Persönlichkeit im Einzelleben wie im Völkerleben der Geschichte bejaht und erhält. Deshalb wird unsere neue Ordnung, mag sie auch in den äußeren Dingen die Völker noch so stark zur Gemeinsamkeit zusammenführen, stets die Freiheit der Persönlichkeit pflegen und bewahren, damit sowohl das einzelne Volk wie der einzelne Mensch die Anlagen und Kräfte voll ausschöpft, die ihnen von der Natur verliehen sind. Und wir glauben zu dieser vollen Entfaltung nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht zu haben, damit aus jeder Möglichkeit, die die Erbanlagen schufen, das Höchste gemacht wird, was daraus zu machen ist. Darin liegt dann das eigene Glück genau so wie der Dienst an der Gemeinschaft, in die wir hineingestellt sind und die über unseren eigenen Möglichkeiten hinaus das menschliche und das völkische Leben zu höherer Würde führt.

Entwicklung zum europäischen Bewußtsein

Das Wort eines Finnen zur europäischen Einheit

Von Axel v. Gadolin

1. Europa: geographische und ethnische Daten

Mit viel größerem Recht als dem alten China die Bezeichnung „Reich der Mitte" zukam, könnte Europa der Ehrentitel „Erdteil der Mitte" verliehen werden. In der Tat liegt Europa in der Mitte der Landanhäufung der Erdkugel. Zwar wurde Europa auch die größte Halbinsel von Asien genannt, die Geologen haben uns aber aufgeklärt, daß das Kaspische Meer in vorgeschichtlicher Zeit sowohl mit dem Schwarzen Meer wie mit dem Eismeer verbunden gewesen ist. Die deutschen und die verbündeten Truppen kämpften eben in der sogenannten Ponto-Kaspischen Niederung nördlich des Kaukasusgebirges: die östliche Steppe wie das ganze Kaspische Meer liegt bekanntlich unter dem Meeresspiegel. Jenseits der Wolga breitet sich eine noch größere Niederung in der Richtung Nordsüd aus.

Wer aufmerksam die Landkarte Europas betrachtet, kann nicht umhin, sich über die eigenartigen, zahlreichen Meeresarme zu wundern. Es ist, als ob das Wasser überall seine Dienste anbietet. Das so zerrissene Land ist außerdem von vielen Flüssen durchzogen, die leicht miteinander durch Kanäle verbunden werden können. Europa ist somit ein beweglicher Kontinent zum Unterschied von dem gewissermaßen in seinen eigenen Landmassen erstarrenden Asien und dem noch unfertig anmutenden Afrika.

Bewegt war auch die Geschichte Europas. Wo die Wiege der menschlichen Kultur stand, wissen wir nicht mit Bestimmtheit. Daß aber Europa nach der Einwanderung der arischen Völker zum Zentrum der Weltgeschichte wurde, wissen wir. Wir haben gelernt, Asien als Mutterschoß der Völker zu betrachten: In der Tat führt eine in vielen Hinsichten verhängnisvolle Brücke von den vorderasiatischen Kulturen der Hamiten und Semiten zu uns. Den ersten Sieg des erwachenden Europa in der Gestalt des Hellenentums vertrat das hellenistische Reich *Alexanders des Großen*, den zweiten

das Weltreich Rom. Das Mittelmeer verlor erst im Mittelalter sein europäisches Gesicht, das es jetzt wiedergewinnen wird.

Wir nennen unseren Weltteil das Abendland. In der Tat soll „ereb", woher Europa abgeleitet worden ist, ein assyrisches Wort sein, das „Dunkel" bedeutet und sich wohl auf den Sonnenuntergang bezieht. Die Vereinigung der griechisch-mythologischen Jungfrau mit dem Zentralgott Zeus, der in der Gestalt eines Stieres sie nach Kreta gebracht hatte, könnte ja für die Zukunft unseres Weltteils symbolisch sein.

Von größerem Interesse ist jedoch die alte Atlantissage, die von einer hohen westlichen, später ins Meer versunkenen Kultur wissen will. Wir wissen, daß *Platon* über das Reich der Atlantiden, das Westeuropa vorgelagert gewesen sein soll, geschrieben hat. Der berühmte schwedische Forscher *O. Rudbeck* will in seinem 1679 ausgegebenen ersten Teil der Atlantica dieses Märchenland der Alten nach der skandinavischen Halbinsel verlegt wissen. Für „Atlantis" führt er den schwedischen Namen „Atland".

Seit uralten Zeiten hatte der nordische Name einen guten Klang. Die kulturfähigen Völker der südeuropäischen Halbinsel drangen von Norden ein. Sie hätten ja auch — wie die Phönizier nach Karthago — über das Mittelmeer kommen können. Schon in klassischen Zeiten war die Legende von den großen Leistungen der „Hyperboräer" („Obernordländer") verbreitet. Ziemlich einwandfrei schließt man auf Skandinavien. Die Schriftzeichen sollen die Griechen nach dieser Legende aus dem Norden bekommen haben: in der Tat dürfte die nordische Runenschrift uralt sein. Auch der Lichtgott Apollo soll aus dem Norden zu den europäischen Südvölkern gekommen sein. Spätere kulturtragende nordische Volksstämme vertraten vor allem die Goten, die Warjäger und die Normannen.

Die drei großen arischen *Sprachgruppen* unseres Weltteils waren die Romanen, die Germanen und die Slawen. Überflügelte Kulturvölker vertraten außerhalb jenes Rahmens die Griechen und die Kelten. Die bestehenden europäischen Staatsgründungen waren aber fast alle germanisch, obzwar das germanische Volkselement als leitende Schicht in vielen Ländern später romanisiert oder slawisiert wurde, so in Spanien, Frankreich, Italien, Rußland, um vier spätere Großmächte zu nennen. Die rein germanischen Staatsbildungen vertraten nur die deutschen und die skandinavischen, wobei die Dänenkrone eine Art von Vermittler ausmachte. Wie gefrorene Antike ragte das griechisch-byzantinische Kaisertum beinahe in die Neuzeit hinein. Es wurde vom kulturfeindlichen Konglomerat des

ehemaligen osmanischen Reiches gewaltsam abgelöst. Der Vormarsch des Islam hatte schon ehedem das lachende blaue Mittelmeer der antiken Zeit in eine öde See verwandelt. Das Mittelmeer war auf etliche Jahrhunderte aus der europäischen Kulturgemeinschaft ausgeschieden. Interessant ist die Staatstradition der Stephanskrone, errichtet durch das ugrische Volk der Ungarn. Ein zweites, der Sprache nach ugrisches Volk von staatsbildender Bedeutung in spätester Zeit sind die Finnen. Jedoch dürfte dieses Volk nicht nur infolge seiner 600jährigen staatlichen Zusammengehörigkeit mit Schweden rassisch stark germanisch durchsetzt sein.

2. *Die Reichsidee*

Reich ist ein überstaatliches Gebilde. Als Reiche des Altertums unseres europäischen Kulturkreises — zu dem, wie oben hervorgehoben worden ist, natürlich das ganze Mittelmeerbecken gehört — haben wir gelernt, Ägypten, Persien, die hellenistischen Großstaaten und Rom zu betrachten. Der europäische Reichsgedanke stammt zwar von Rom, hat aber Wurzeln in einem germanischen Gemeinschaftsempfinden. Als die Einheit des Römischen Reiches gebrochen war und seine weltliche Macht versagte, erwuchs die Idee der kirchlichen Weltherrschaft. Die Macht dieser Idee über die Gemüter kann mit Recht den Verfallserscheinungen jenes Zeitalters zugeschrieben werden. Wir, die wir trotz Kriegen und Zerstörungen der stetigen Entwicklung leben, können uns gar nicht vorstellen, was es heißt, den über Jahrhunderte fortgesetzten Rückgang der materiellen Entwicklung mitzuerleben. Die Städte schrumpften, die Wege und die Wasserleitungen verfielen, der Ackerbau gab immer weniger, der Verkehr wurde immer geringer, und die Kultur schwand hin. Die Kaiserstadt Rom bröckelte langsam, aber sicher ab. Es ist nicht wunderzunehmen, daß man sich von den unsicheren weltlichen Gütern abwandte und den himmlischen zustrebte. Immerhin rettete die römische Kirche über einige schwere Jahrhunderte die europäische Einheit.

Schließlich legten sich die Wellen der Völkerwanderungen, der innere Hader zwischen den vielen kleineren Germanenstaaten konnte es nicht verhindern, daß das deutsche Königstum sich erhob. Das Bedürfnis nach geregelten Verhältnissen wurde immer stärker, die Erinnerungen an das frühere Reich lebten weiter: so wurde die Kaiserkrönung von Karl möglich. Eine weltliche Organisation war wieder da, die stetige Rückentwicklung kam zum Stillstand, und eine organisatorische Schöpferfreude bemächtigte sich des neuen deutsch-römischen Reiches. Wir wissen aber, daß die Kirche keines-

wegs als Folge der neuen Reichsschöpfung auf ihren Imperialismus, der nicht nur seelischer Art war, verzichtete: sie wollte die Mutter und der stetige Lenker des weltlichen Reiches sein. Da sie außerdem in einem Aberglauben befangen war, der jedem Fortschritt hinderlich wurde, war der Konflikt Kaiser — Papst unvermeidlich. Anstatt eine Stütze für das Reich zu sein, wurde die Kirche sein Feind.

Das Reich aber kämpfte auf vielen Fronten. Das nach *Ludwig XI.* erstarkte und zentralisierte Frankreich wollte sich keineswegs einordnen lassen, zumal die germanische Oberschicht gänzlich romanisiert war. Gefährlicher für die zukünftige Einheit Europas war die Emanzipation Englands, wo Kelten, Angelsachsen, Dänen und romanisierte Normannen eine eigenartige Staatsbildung immerhin germanischen Gepräges zustande brachten. Wir wissen, daß *Richard Löwenherz* gezwungenerweise noch im 12. Jahrhundert dem Kaiser huldigte; unter *Heinrich VIII.* aber schied England auch aus der katholischen Christenheit aus. In Rußland wies nach dem ersten Sieg über die Tataren *Iwan III.* eine deutsche Königswürde zurück und legte, auf die byzantinischen Ansprüche seiner Frau sich stützend, den Grund für den späteren russischen Imperialismus. Von den skandinavischen Staaten war nur Dänemark zeitweise dem Reich untertan, der nationale König *Gustaf I. Wasa von Schweden* hatte eine solche Abhängigkeit Anfang des 16. Jahrhunderts zurückgewiesen; ein eigenartiges Verhältnis bestand nach dem Dreißigjährigen Kriege, indem Fürsten, wie der König von Schweden-Finnland, gleichzeitig für ihre deutschen Landesteile dem Reiche untergeordnet waren. Aus späteren Zeiten kennen wir die merkwürdige Kombination England-Hannover.

Die Zersplitterung und die Schwäche des deutsch-römischen Reiches, das sich von den Wunden des Dreißigjährigen Krieges nie erholte, ermöglichte eine Konkurrenz um die kontinentale Einheit. Sowohl das Frankreich *Napoleons I.* wie das Rußland *Peters, Katharinas* und *Alexanders I.* versuchten, die europäische Vormacht zu erringen. Die neuen Kaiserwürden ließen den Zweck durchblicken. Schon der Name des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war *Napoleon* dermaßen ein Dorn im Auge, daß er Kaiser Franz dazu zwang, den Titel eines deutsch-römischen Kaisers niederzulegen. So entstand bekanntlich Anfang des vorigen Jahrhunderts das Kaisertum Österreich. Dieser deutschen Staatsbildung, die in vielen Stücken eine wirkliche Raumwirtschaft vertrat, drohte indessen binnen kurzem die Slawisierungsgefahr. Bemerkenswert ist, daß das Kaiserreich *Peters des Großen* auch mit deutscher Hilfe

organisiert wurde. Dieses wurde durch die Namensgebung St. Petersburg an die neue russische Hauptstadt geradezu unterstrichen. Auch die Petersburg umgebenden Städte erhielten deutsche Namen: Schlüsselburg, Oranienbaum, Peterhof.

Gegen die Idee der kontinentalen Sammlung arbeitete bewußt England, das zum Schluß die Stellung eines europäischen Brückenkopfes eines nichteuropäischen Imperiums einnahm. England vertrat in Übersee nie Europa — wie man es fälschlich glaubte —, sondern immer nur das insulare England. Es ist bekannt, daß England mit Hilfe der zweitmächtigsten Nation des Kontinents jeweils die mächtigste bekämpfte. Das Kraftzentrum Preußens sollte zwar die deutsche Zerrissenheit vergrößern, aber nie weitere Machtmöglichkeiten besitzen. Zwei deutsche Kaiser — in Wien und in Berlin —, die einander befehdeten, muteten die Engländer anfangs sympathisch an: die spätere *Bismarcksche* Politik der Verständigung war ihnen unheimlich. Um der Gefahr einer neuen „heiligen" Allianz zwischen den Kontinentalmächten Preußen, Österreich und Rußland zu vermeiden, fing *Eduard VII.* sein russisches Spiel an. So wurde die Einkreisung des Zweiten Reiches erreicht, und so konnte Versailles — der Triumph englischer Staatskunst, wenn man es auch den Franzosen in die Schuhe schieben wollte — durchgeführt werden.

Ganz Europa war nun balkanisiert: von einer kontinentalen Sammlung konnte keine Rede mehr sein. Das Wellental gebar aber die nationalsozialistische Bewegung: mit Notwendigkeit mußte die Gesundung des deutschen Staatslebens zur Erneuerung des Reiches führen. Was beim Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation schief gewesen war, konnte die Achse Berlin—Rom geradebiegen. Das neue Gebäude konnte auf geschichtlichem Urgrund aufgeführt werden.

Die nationale Zerrissenheit unseres Weltteils hat sich indessen tief festgesetzt. Die theoretisch absolute Souveränität der kleinen und der kleinsten Völker, die Versailles schuf, hat Wunden hinterlassen, die nur schwer heilen. Dennoch wächst langsam, aber sicher, das europäische Bewußtsein heran: es steuert zwischen der Scylla der nationalen Zerrissenheit unseres Weltteils und der Charybdis der internationalen Volksfront, deren Waffenschmiede das bolschewistische Rußland war, hindurch.

Das neue Reich umfaßt nicht ganz Europa: Europa soll aber nur *ein* Reich bzw. *eine* Achse kennen. Mit der russischen Reichstradition asiatischen Gepräges soll ein für allemal aufgeräumt werden: das befreite Völkermeer Rußland wird ein Gebiet sein, dem all-

mählich eine vernünftige politische Ordnung unter Beachtung der europäischen Bedürfnisse gegeben werden kann. Frankreich als Organisator eines Reiches versagte: die versiegende Volkskraft mußte sich verhängnisvoll auswirken. Für das überseeische britische Imperium wiederum war Europa eine rein negative Aufgabe.

Das Reich wird nicht ganz Europa umfassen. Es wird aber sein fester Kern sein. Durch politische Konjunktur losgesprengte Stücke, die für kürzere oder längere Zeit ein eigenstaatliches Leben geführt haben mochten, werden in den Schoß des Reiches zurückkehren. Peripherische Länder mit eigenen Staatstraditionen werden Formen von intimer Zusammenarbeit mit dem Reiche finden. Wir denken hier an die Pyrenäische Halbinsel, Frankreich, die nordischen Staaten und vor allem die Bundesgenossen im Kreuzzuge gegen den Bolschewismus.

3. Europäische Raumwirtschaft

Die Hauptwaffe Englands war die Blockade. Diese Position Englands wurde durch die Jahrhunderte praktisch wie theoretisch aufs sorgfältigste vorbereitet. Mit tausend Fäden kommerzieller, finanzieller und kulturpolitischer Art wurden die einzelnen erschwächten europäischen Staaten an England gebunden. Nach Versailles sammelte schon Amerika hinter dem Rücken Englands diese Fäden. Für den Fall, daß das Spiel versagte, könnte das Versailles-Europa immer noch in dem Sumpf des Bolschewismus ertränkt werden, um eine europäische Sammlung, das Gespenst für England, ein für allemal zu verhindern.

Praktisch sicherte sich England die Seeherrschaft und das relative Rohwarenmonopol. Hierzu kam die Kapitalausfuhr als Mittel einer systematischen Investitionspolitik; d. h. England sicherte sich überall die Ausbeutungsrechte, und die englischen Geldspender verstanden es, diese Politik zu finanzieren. Allmählich kontrollierte England somit die Rohware, das Finanzkapital, das Geldwesen, die Tonnage und die Transportwege und konnte nun bestimmen, wo die Veredelung geschehen sollte, d. h. wo die Fabriken aufgeführt werden sollten. Als Standort wählte man England, allerdings unter Aufopferung des eigenen Bauernstandes, der keinen Platz mehr hatte. Die Fertigware konnte infolge der relativen Monopolsituation Englands als vorherrschendes Industrieland teuer genug verkauft werden, die Rohstoffe wiederum wurden unter Ausnutzung politischer Macht und kolonialer Erpressung willig zur Verfügung gestellt. So wurde England märchenhaft reich. Erst nach Versailles fing Amerika an, seinen Anteil dieses Produktionssystems zu bean-

sprochen. Dafür war aber die direkte Machtstellung Englands in Europa als Folge der Ausschaltung der ehemaligen Kontinentalmächte Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland stark gewachsen.

Dieses englische Wirtschaftsgefüge, das die Rentabilität der Produktivität vorzog, wurde auch philosophisch untermauert. Der Wert setzt sich bekanntlich aus Nützlichkeit und aus Knappheit zusammen. Das nützliche Wasser ist wertlos — außerhalb der Wüste —, weil genügend vorhanden ist. Es kann ein besseres finanzielles Geschäft sein, an wenige teuer zu verkaufen als an viele billig: Als bei einer Hungersnot in Madras die ostindische Kompagnie vor hundert Jahren zwei Schiffsladungen Reis erwartete, ließ man die eine Ladung absichtlich versenken, weil der Preis der übriggeblienen mehr als zweifach in die Höhe sprang. Die vermehrte Knappheit schuf hier den noch höheren Wert und ließ jene unproduktive Handlung zum besseren Geschäft werden. Dasselbe Verfahren kennen wir aus der amerikanischen Weizen- und der brasilianischen Kaffeepolitik. Im vollen Frieden hat man große Teile der Ernte verbrannt, um die europäischen Verkaufspreise hochzuhalten. Dies ist der Kern englisch-amerikanischer Wirtschaftspolitik, und deswegen konnten diese beiden reichsten Nationen der Welt die Armut ihrer eigenen niedrigeren Klassen nie abschaffen.

Daß der innere Kern des englisch-amerikanischen Wirtschaftssystems faul war, erkannte man wohl, wollte es aber im Interesse der Großverdiener nie offenbaren. So erfand man die Lehre von der internationalen Arbeitsteilung, die da besagte, daß eine Ware dort hergestellt werden soll, wo dieses am billigsten geschehen könnte. Soweit möglich, versuchte man sog. Monokulturen aufzubauen, d. h. die Produktionsbasis der verschiedenen außerenglischen Länder so einseitig wie möglich zu gestalten, damit die Abhängigkeit von der internationalen Arbeitsteilung größtmöglich würde. Man war also bestrebt, die Exporte aller Länder soweit wie möglich auszudehnen, damit die Importe entsprechend wüchsen. Neben die immer wachsende Blockadeempfindlichkeit dieser einseitigen Nationalwirtschaften, die ja die englische politische und finanzielle Machtstellung vermehrte, traten außerdem die wachsenden Einnahmen der englischen Tonnage als Folge der vermehrten Tonkilometerzahl. Denn jede Verbrauchsware bekam ja hierdurch sozusagen mehr und mehr Transportkilometer auf den Nacken, deren Frachteinnahmen England zugute kamen. Es ist ersichtlich, daß der englische Würgegriff fester wurde, je mehr seetransportierte Waren Verwendung fanden. Der Schwerpunkt jeder solchen in die Ferne

gelockten einseitigen Nationalwirtschaft wurde gleichsam außer Landes verlegt. So kam das internationale Wirtschaftsgefüge zum wachsenden Nutzen der englisch-amerikanischen Brieftasche zustande. Die einzelnen europäischen Kleinstaaten wetteiferten in der Ausdehnung ihrer Exportwirtschaft über jede vernünftige Grenze hinaus.

Nach der Festigung dieser Lage fing England an, die Exportpreise der vielen Lieferländer zu drücken. Man saß fest: Die große Kapazität des Produktionsapparates war auf die Ausfuhr nach England bzw. Amerika eingestellt und konnte ohne riesige Verluste nicht mehr umgestellt werden. Also mußten im Innern Exportprämien bezahlt werden. Dieses besagt, daß das reiche England die Waren des ärmeren Lieferstaates billiger bezog als die Bürger des Herstellungslandes. Man ging aber weiter: Die eigenen Exportpreise schraubte England in die Höhe und zwang — oft durch politisch-finanziellen Druck, aber immer in höflicher Form — die Käuferstaaten, ihre Einkäufe in England zu machen.

Diesem wirtschaftlichen Gangstertum im Frack soll nun die europäische Raumwirtschaft entgegentreten. Die Menschen aber haben sich an die englische Ordnung gewöhnt, die volkswirtschaftlichen Lehrsysteme waren darauf eingestellt, und das Umdenken macht Mühe. Demnach ist die richtige Einsicht wichtig; sie kann aber nur erreicht werden, wenn das englische System in allen seinen Konsequenzen klar durchschaut wird. Es ist deshalb grundlegend, wenn wir die Raumwirtschaft mit einer eingehenden Kritik an dem englischen Weltwirtschaftsgefüge beginnen, was oben versucht wurde.

Dem Prinzip der höchstmöglichen finanziellen Rentabilität stellt die Raumwirtschaft das Prinzip der Produktivität gegenüber. Es ist wichtiger, daß die gesamte Bevölkerung Waren erhält, als daß *wenige* Riesengewinne machen. Das Hinundherschleppen von Waren über die Weltmeere soll einem vernünftigen Austausch im näheren Raum weichen. Das englische System erleichterte der Umstand, daß Wassertransporte bequemer und trotz überhöhter Frachtsätze immer noch billiger waren als Überlandtransporte. Europa ist aber in der glücklichen Lage — und darauf wurde oben hingewiesen —, über zahlreiche Meeresarme und Wasserwege zu verfügen, die sich vorzüglich zu einem engen Netz für den Massenwarenverkehr zusammenknüpfen lassen. Diese Arbeit, mit der ja schon angefangen wurde, wird den Grundpfeiler der Großraumwirtschaft ausmachen. Ferner werden die verschiedenen Teile des europäisch-nordafrikanischen Großraumes durch spezielle, schon ge-

plante breitspurige Eisenbahnmagistrale für den Transport von bestimmten Massenwaren zusammengehalten. Ölleitungen von Rumänien und vom Kaukasus und Überlandleitungen für elektrische Kraft werden neben den gewöhnlichen Eisenbahnen, den Autobahnen und den sonstigen Wegen das Verkehrsnetz vollenden. Unerschöpflich sind schließlich die Möglichkeiten des Luftverkehrs.

Es wird sich herausstellen, daß die meisten Rohwaren im europäisch-nordafrikanischen Raum gewonnen werden können. Das Öl von Baku, von Rumänien und wahrscheinlich vom Irak, die Wasserkraft von Norwegen, den Alpen und dem Kaukasus, die Kohlenvorkommnisse von Mitteleuropa einschließlich der Ukraine werden das Kraftproblem gänzlich lösen. Und als Reserven dienen noch die zu erfindenden Methoden der Ausnützung der Winde, der Sonnenstrahlung und des Wellenganges, um von der Atomspaltung nicht zu sprechen. Über das Angebot an Materialien der Realkapitalbildung — Eisen, Kupfer, Nickel, Holz und Erdarten — klärt uns eine kurze Aufstellung auf. Der Krieg hat gezeigt, daß die Knappheit an Gummi überwunden werden kann; ein späteres Austauschverhältnis mit dem ostasiatischen Großraume wird uns hier über alle Schwierigkeiten hinweghelfen. Auch die Materialien für die Dauerverbrauchswaren — besonders Textilien — können beschafft werden. Die Schafzucht kann in vielen Staaten gefördert werden, Flachs liefert Osteuropa und Baumwolle Südeuropa, Ägypten und der Sudan. Zellstoff, Holzfiber und Papier sind zur Genüge vorhanden. Die jetzige auf die große Nachfrage der angelsächsischen Länder eingestellte diesbezügliche europäische Kapazität — unter der die nordische hervorragt — dürfte sogar ausreichen.

Das große Problem stellt die Ernährung dar. Die Neuordnung in Rußland, wo ein wahrhaft amerikanischer Kontinent zur Verfügung steht, dürfte binnen kurzem dieses Problem gänzlich lösen. Damit würde England bzw. seinem Nachfolger Amerika auf alle Zeit die Möglichkeit genommen, noch einmal die Blockade gegen Europa anzusetzen. Vom blockierenden wird Amerika selbst zum blockierten Weltteil.

Der Krieg nun hat schon Europa zu einer Notgemeinschaft zusammengeschmiedet. Die bisherigen organisatorischen Maßnahmen mußten aber unter Druck des sofortigen Kriegseinsatzes durchgeführt werden und konnten nicht zielbewußt koordiniert werden. Die liberal-demokratische Wirtschaft vieler europäischen Kleinstaaten war den Anforderungen der harten Kriegführung und den Schlägen der englischen Blockade nicht immer gewachsen. Hieraus eine negative Einstellung der europäischen Raumwirtschaft gegen-

über herleiten zu wollen, wäre aber gänzlich verkehrt. Auch die Preispolitik und ganz besonders die Finanzpolitik verschiedener Länder läßt viel zu wünschen übrig. Die Notwendigkeit, sich gegenseitig zu stützen, tritt mehr und mehr an den Tag. Die verschiedenen Arten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geldpolitik, der Preispolitik, des Austauschverhältnisses und der Clearingverträge, der Marktordnung und des Marktschutzes wie auch der Kartellpolitik stellen ebenso viele Spezialprobleme dar. Der europäische Binnenhandel — der gegenseitige Warenaustausch der an die europäische Raumwirtschaft angeschlossenen Staaten — wird sich vom europäischen Außenhandel — dem Austausch zwischen den Großräumen — scharf unterscheiden. Organe gemeinsamer Planung und Organe eigenstaatlicher Planung müssen ins Leben gerufen werden.

4. *Kulturpolitik*

Voraussetzung einer glücklichen europäischen Zukunft ist das europäische Gemeinschaftsgefühl. Die gegebene und beinahe übermütig akzeptierte Stellung Europas als kulturelles und wirtschaftliches Zentrum unseres Erdballes war nie so bedroht wie durch den angelsächsischen Verrat an der weißen Rasse. Der große überseeische englische Lebensraum ließ einen Hochmut ohne Grenzen erwachsen, der die Menschen in England und Amerika entarten ließ. In Deutschland hielt man — in einer gewissen germanischen Sentimentalität befangen, die den Engländer gar nicht belastet — bis zuletzt jene Einstellung nicht für möglich. In der Tat war der Neger dem Durchschnittsengländer hochwertiger oder auf jeden Fall nützlicher als der Deutsche; Bedenken gegen Verwendung schwarzer Truppen in Europa hegte man ebensowenig jetzt wie zur Zeit der Rheinlandbesetzung, wenn auch manchmal pro forma die Schuld den Franzosen in die Schuhe geschoben wurde. Während Deutschland sich jahrelang um eine wirkliche Verständigung mit England bemühte, benutzte England diese Bemühungen nur als Zeitgewinn. Mancherorts in Deutschland stoßen wir immer noch auf ein merkwürdiges Verständnis für englisches Wesen, von dem man sich oft ein unzutreffendes Idealbild macht. Noch deutlicher kann diese Beobachtung in den nordischen Ländern gemacht werden, wo die aktive englische Kulturpropaganda schon Jahrzehnte mit Eifer tätig war. Nur im alten kaiserlichen Rußland hegte man interessanterweise eine große Verachtung für alles Englische. Die englische „Krämersprache“ war in der guten Gesellschaft St. Petersburgs, die französisch, russisch und deutsch sprach, verbannt.

Diese Verachtung des englischen Wesens kann man auch in den

romanischen Ländern spüren. So läßt der spanische Verfasser *Ramon del Valle Inclán* den Marquis de Brandomin auf einer Fahrt nach Amerika ausrufen: „Die angelsächsische Rasse ist die verachtungswürdigste auf dem ganzen Erdball. Als ich dann und wann auf dem Schiffsdeck Zeuge ihres grotesken und naiven Faustkampfes sein mußte, lernte ich eine neue Art des Schamgefühls kennen: das zoologische Schamgefühl." Schärfer kann man sich wohl kaum ausdrücken. Die große Chance der Engländer schien die Möglichkeit zu sein, auf aufsteigende neue Kapitalschichten, besonders in den vielen europäischen Kleinstaaten, maßgebend einzuwirken. Ihre ganze Kulturpropaganda jenes naiven Gepräges, ihre „kolorierte" Presse und dergleichen waren darauf eingestellt. Jene Kreise entwickelten sich ja auch zu den Trägern der neuen Demokratie, deren Erstgeburt die Volksfront war, die ihren festen Ankergrund in London besaß.

Einen interessanten Abschnitt der englisch-demokratischen Propaganda machte die Geschichtsfälschung aus. Die Deutschen wurden zu Barbaren gestempelt, die „alten" Kulturnationen machten die Engländer und die Franzosen aus. Daß Germanen vor den eleganten Franzosen oft eine Art von Salonminderwertigkeitsgefühl hegen, ist bekannt; manchmal wirkte aber der lebhafte Franzose wiederum lächerlich, was jenem Gefühl entgegenwirkte. Unbekannter war in germanischen Ländern die maßlose Verachtung, die Italiener und Spanier vor dem „Mischvolk" der Franzosen aufbringen. Das römische Selbstbewußtsein, auch des einfachen Italieners — noch lange vor Mussolini —, ist sicherlich vielen Italienreisenden bekannt.

Es gilt aber nur weniger, die schlechten als die guten Seiten der europäischen Nationen zu entdecken und zu fördern. Manchmal sind jahrhundertelange historische Vorurteile vorhanden, die eine Zusammenarbeit in dieser oder in jener Ecke stark erschweren. Diese Vorurteile müssen beseitigt und ein neues Verständnis zwischen den europäischen Völkern muß herbeigeführt werden.

Es kommt aber innerhalb der europäischen Gemeinschaft nicht nur auf geschichtliche Kenntnisse und eine vorurteilslose Einschätzung der Brudervölker an, sondern ganz besonders auf die Entwicklung der Charaktere und der Moral. Viele Institutionen, die so ohne weiteres akzeptiert werden, sind reformbedürftig, Aberglaube, übertriebene Scheinheiligkeit und viele Hindernisse eines gesunden Lebens sind zu beseitigen. Der Opportunismus innerhalb der europäischen Kriegspolitik muß ernsteren Grundsätzen den Platz räumen. Die Führung im neuen Europa kann nicht Männern über-

tragen werden, die an dieser neuen Gemeinschaft gezweifelt haben, die die reichsbildende Kraft des deutschen Volkes nicht erkannt und die nur mit den jeweiligen Machthabern gingen. Denn auf dieser Ignoranz läßt sich nichts Beständiges aufbauen. Der Nationalsozialismus ist nicht nur eine neue Art der Machtergreifung einer besonders schlauen Gruppe Politiker, sondern eine Revolution der Gemüter und der Lebensordnung. Hierbei muß ganz besonders der in den demokratischen Ländern öfters vernachlässigten Jugend gedacht werden.

5. *Das rechtliche Zusammenleben*

Ein neues Völkerrecht ist im Entstehen. Dieses wird auf dem Boden der Wirklichkeit stehen und dem gesunden menschlichen Empfinden entsprechen. Es ist nicht „recht", daß dem organisationsunfähigen russischen Volke 40mal soviel Landfläche gehört wie dem organisationstüchtigen deutschen. Zwar geht eine Neuverteilung der östlichen Landmassen unseres Weltteiles gegen die geschichtliche Tradition dieses Gebietes, sie scheint aber von einem höheren Recht verlangt zu werden. Denn soll die Armut aus der europäischen Gemeinschaft gebannt werden können, muß das reiche russische Gebiet, germanisch bewirtschaftet, herangezogen werden.

Es gibt ferner Nationen, die eine neue Souveränität dazu benutzen würden, die Kriegsfackel wieder zu entfachen. Es gibt auch andere, die, vom Größenwahn betroffen, jeder vernünftigen Ordnung der europäischen Fragen widerstreben. Es muß ein Reich da sein, das sich solchem Treiben widersetzen kann, auch wenn dieses auf Kosten der absoluten Souveränität dieser Völker geht. Europäische Gemeinschaft heißt sowieso auf die absolute nationale Souveränität zu verzichten, das aber bedeutet letztlich völkische Selbsterziehung.

Aber nicht nur das Völkerrecht, sondern auch das Privatrecht und das Strafrecht müssen von neuem Geist erfüllt werden. Eine Sache ist nicht immer gut, nur weil sie eine Überlieferung hat. Das römische Recht mit seinen luftleeren Schablonen hat dem deutschen Volke unsagbaren Schaden verursacht. Letzten Endes stützt sich das unmenschliche formalkapitalistische System der angelsächsischen Weltverwaltung auf das entartete römische Recht. Der Führer hat ferner die Notwendigkeit einer Vereinfachung des rechtlichen Verfahrens betont: dieses Bedürfnis dürfte in allen europäischen Ländern vorhanden sein. Die rein formale Rechtsprechung muß einer Praxis weichen, die dem menschlichen Leben und seinen wirklichen Problemen nähersteht. Was *Victor Hugo* in „Les Misérables" schildert, trifft mehr oder weniger noch in den meisten europäischen

Staaten zu. Andererseits darf die Rechtsprechung nicht ihren objektiven Grund verlassen oder schwankend werden. Auch hier steht uns ein enormes Arbeitsfeld gemeinsamer Anstrengungen bevor.

Ganz besonders wirkt sich dieses sozialrechtlich aus. Die Armut ist in einer vernünftig geordneten europäischen Gemeinschaft durchaus nicht notwendig. Sogar unsere gegenwärtige Technik kann uns dieses gewährleisten. Es ist dieses, wie das meiste im Leben, ein Organisationsproblem. Eine gekünstelte, aus finanzieller Gewinnlust abgeleitete Warenknappheit darf ebensowenig vorkommen wie eine, die aus mangelhafter Organisation der Wirtschaft hervorgeht. Gleichzeitig muß jede Überbürokratisierung vermieden werden — der Krieg hat schon hier vieles auf seinem Gewissen. Der Germane wie der Europäer im allgemeinen ist kein Herdenmensch wie der Neger, sondern ein Individualist, der freiwillig sowohl aus Vernunfts- wie aus Gefühlsgründen mit seiner Umwelt zusammenarbeitet. Kulturelle Höchstleistungen hängen oft mit einem sogar überbetonten Individualismus zusammen; solange dieser sich nicht auf Kosten der Mitmenschen auswirkt, muß ihm Respekt gezollt werden.

Gefahr für Amerika

Von Carlos Pereyra

Carlos Pereyra, der hervorragende spanisch-mexikanische Historiker und Vorkämpfer des Hispanitätsgedankens, starb vor einigen Wochen in Madrid. Er entstammte einer angesehenen altspanischen Familie in Nordmexiko, einem jener Geschlechter, die in Grenzkampf und Kolonisation groß wurden. Das Vordringen der USA. gegen Mexiko und Iberoamerika erlebte Pereyra also gewissermaßen am eigenen Leibe, daher seine große Sachkenntnis, daher aber auch die leidenschaftliche Hingabe an seine Aufgabe. So ist seine Lebensarbeit ein einziger Kampf gegen die angelsächsische Diffamierung Spaniens und seiner kolonialen Leistungen gewesen. In einer großartigen Gesamtschau über Spaniens Kolonialwerk in Amerika verteidigt er die spanische Ehre gegen angloamerikanische Anmaßung. Wir bringen im folgenden einen seiner letzten Aufsätze, der in einem aktuellen Thema Pereyras Grundanschauungen zusammenfaßt.

„Die Gefahr für Amerika liegt in Amerika selbst." Dieser lapidare Satz, der von dem argentinischen Staatsmann *Alberdi* stammt, hat in unseren Tagen eine erhöhte Bedeutung. Damals — es war in der Mitte des vorigen Jahrhunderts — vertraten die Vereinigten Staaten noch bescheidene und nicht ausgesprochen imperialistische Ansprüche auf territoriale Ausdehnung: Sie erstrebten gewissermaßen geographische Ergänzungen. Heute dagegen richten sich ihre Ambitionen auf eine unbegrenzte politische und geistige

Beherrschung des gesamten amerikanischen Kontinents, den sie als Katapult gegen Europa und Asien zu benutzen trachten. In Ermangelung von Schiffen, Flugzeugen und Armeen, die ihnen 1939 erlaubt hätten, als Superkriegsmacht in den Streit der Alten Welt einzugreifen und die Hilfe zu bieten, die Großbritannien und die sterbende französische Volksfront jammernd erflehten, suchten die Vereinigten Staaten, offensichtlich in ihrem Stolz verletzt, einen Ersatz für das fehlende Kriegspotential in dem Entwurf von phantastischen Plänen. Sie kündigten den Bau von Flotten an, die allen Kombinationen überlegen sein sollten, die gewaltige Vermehrung ihrer Luftstreitkräfte, die ihre siegreichen Schwingen über alle Kontinente ausbreiten sollte, und die Schaffung von Armeen für alle möglichen Schlachtfelder. Die Milliarden von Dollars, über die nun der Kongreß abzustimmen begann, waren der Ausdruck, ja beinahe die Gewähr der gigantischen Projekte. Diese Entschlüsse wurden im Schatten einer Psychose gefaßt, im letzten Stundenviertel einer Präsidentschaft, die vor der Beendigung ihrer zweiten Periode stand in einem vereinigten Staatswesen, das niemals uneiniger war. Doch über den scheinbaren, den Wahlkampf kennzeichnenden politischen Meinungsverschiedenheiten herrschte eine gewisse Übereinstimmung sämtlicher Auffassungen. Mochte auch die Gaskonade der Flotten, Flugzeuge und Armeen auf die Hälfte und von der Hälfte auf ein Viertel reduziert werden, wenn einmal das Kriegsfieber vorüber war, so blieb doch immer noch die Möglichkeit, das Versprechen der Nichteinmischung in den europäischen Krieg einzuhalten. Auf jeden Fall aber wären dann die Vereinigten Staaten ausreichend gerüstet gewesen, die Dominien, Kolonien und Einflußzonen, die ihnen bei einer Liquidation des britischen Weltreiches zufallen könnten, in Besitz zu nehmen. Außerdem müßte eine solche gewaltige Rüstung ihre Vorherrschaft über den amerikanischen Kontinent unterstützen. eine Vorherrschaft, die bis dahin in keinem Verhältnis zu ihren Machtmitteln gestanden hatte.

Indessen standen den Vereinigten Staaten drei Machtmittel zur Verfügung, die sich bisher als stärker denn alle von ihnen organisierbaren See-, Luft- und Landstreitkräfte erwiesen haben. Ich will sie der Reihe nach aufführen:

Das erste ist der *Fetisch des Konstitutionalismus*,
das zweite der *Monroe-Mythos*,
das dritte der *Pan-Amerikanismus*.

Nicht einmal die unsichtbare Macht des Goldes hat eine so gewaltige Wirkung in den ibero-amerikanischen Ländern ausgeübt wie gerade diese drei Offenbarungen eines unüberwindlichen Einflusses.

Als die ibero-amerikanischen Länder ihre Unabhängigkeit erlangten, hatte die Union des Nordens einen Vorsprung von 30 Jahren. Dieser zeitliche Vorteil würde an sich nichts bedeutet haben, es gab jedoch einen anderen, tausendmal wichtigeren. Jene Völker traten gewissermaßen als Neubekehrte in den Verein der Nationen ein, und vom ersten Tage an hörten sie aus Europa nichts anderes, als daß die Vereinigten Staaten die Hoffnung der Menschheit seien, oder auch, daß dort im Westen, während in Europa der Gedanke der Menschheit in den letzten Zügen liege, eine neue Morgenröte sichtbar werde. Die Hispano-Amerikaner glaubten diesem Rufe und kehrten ihrer eigenen Geschichte den Rücken. Sie übernahmen dogmatisch die politische Verfassung eines Volkes mit ganz anderen Überlieferungen. Ja, sie sahen in ihr nicht einmal etwas Fremdes, sondern das von der europäischen Philosophie entworfene Muster einer Verfassung. Sie imitierten die Konstitution der Vereinigten Staaten, ohne doch ihr Wesen zu kennen. Das war nicht einmal so verwunderlich, denn so wie die einen in ihr das Mittel zur Verwirklichung einer wahren Volksregierung sahen, hielten andere sie wundervoll geeignet für ihre plutokratischen Interessen.

Ich will nicht behaupten, daß alle Mißgeschicke der ibero-amerikanischen Völker durch die Anbetung dieses Fetischs verursacht wurden; jedoch muß hier festgestellt werden, wieweit die Macht geht, die seitens der Vereinigten Staaten über das Prestige ihrer politischen Verfassung auf ganz Amerika ausgeübt wird.

Die allgemeine Kenntnis der Monroe-Doktrin ist noch vager als die der Verfassung. Ein Ergebnis dieser Ignoranz ist, was ich den Monroe-Mythos nenne, dieser einzigartige Fall von Geschichtsfälschung.

Als *Monroe* Präsident der Vereinigten Staaten war, trug seine Regierung große Sorge wegen des Vordringens Rußlands in Amerika; mit dem Ukas vom 4.—16. September 1821 beanspruchte der Zar das ausschließliche Recht über ein Land- und Seegebiet des nordwestlichen Amerika zwischen dem 71. und 51. Breitengrade. Demgegenüber vertraten die Vereinigten Staaten Besetzungs- und Erforschungsrechte, die ihnen seitens der spanischen Regierung 1819 im Zusammenhang mit der Territorialzession von Louisiana eingeräumt worden waren. Aber auch England machte den Vereinigten Staaten einen Teil der Nordwestküste streitig. Obwohl die Vereinigten Staaten in ihren Ansprüchen gegenüber Rußland von England unterstützt wurden, gab Präsident Monroe in seiner Botschaft vom 2. Dezember 1823 Erklärungen ab, die auch für England ungünstige Momente enthielten, denn Monroe widersetzte sich allen

von jedweder europäischen Macht unternommenen Kolonisationsunternehmen. Dieser Teil der historischen Botschaft verlor seine ganze Bedeutung, als im Jahre 1824 die Frage mit Rußland geregelt wurde. Der Streit mit England währte zwar länger, wurde aber ebenfalls beigelegt. Freilich war die Regierung in Washington noch in anderer Hinsicht beunruhigt. Sie befürchtete, daß die französische Intervention zur Restaurierung der absoluten Monarchie Ferdinands VII. in Spanien auch für die Neue Welt Folgen haben könnte. Man hielt es für möglich, daß die Mächte der Heiligen Allianz den Krieg auf die andere Seite des Ozeans tragen könnten, um sich der ehemaligen spanischen Kolonien zu bemächtigen, oder auch, daß England aus Opposition zu den Waffen greifen und aus dem Konflikt gewisse Vorteile ziehen könnte. Diese Gefahr war aber mehr hypothetisch als real, denn weder Frankreich noch Rußland noch Preußen noch Österreich würden damals Opfer gebracht haben, die spanische Herrschaft in Amerika wieder aufzurichten. Nichtsdestoweniger gab es einen Augenblick der Panik, als Präsident Monroe die Übergabe der Festung Cádiz erfuhr. Er hielt nunmehr die Sache der hispano-amerikanischen Unabhängigkeit für verloren. Weit davon entfernt jedoch, einen heroischen Entschluß zu fassen, suchte er für seine Botschaft, die zwei Wochen später dem Kongreß vorgelegt werden sollte, eine Formel, die von den Mächten nicht als aggressiv aufgefaßt werden könnte. Es sei noch bemerkt, daß Monroes Erklärungen völlig nutzlos waren, denn bereits am 9. Oktober 1823 hatte Frankreich an England die Versicherung gegeben, in Amerika nicht zu intervenieren.

Was jetzt blieb, waren Spitzfindigkeiten. Es war die Situation eingetreten, die Präsident *Jefferson* im Jahre 1808 gefürchtet hatte: England und Frankreich waren zu einem Einvernehmen hinsichtlich ihres Vorgehens in Ibero-Amerika gelangt. Dem wollte sich Jefferson mit allen Mitteln und aller Kraft widersetzen. Er nannte das, „jeden europäischen Einfluß von der Hemisphäre ausschließen". Allerdings war diese Hemisphäre ziemlich beschnitten, ohne Kopf und ohne Füße, denn im oberen Teil zählte Kanada nicht mit und im unteren damals noch ganz Südamerika. Es hat die Vereinigten Staaten auch keineswegs bekümmert, als die Engländer die Falklandinseln besetzten, sie betrachteten es auch keinen Augenblick lang als einen Überfall auf die Hemisphäre, als Engländer und Franzosen ihre fast zwanzigjährige bewaffnete Intervention am La Plata durchführten.

Die sentimentale und unhistorische Interpretation, die man im Laufe der Zeit der Botschaft Monroes gegeben hat, stellt diese

schmerzstillenden Erklärungen als eine Rettungstat von entscheidender Bedeutung für die jungen amerikanischen Staaten dar. Es heißt, daß sich ohne Monroes Spruch die Heilige Allianz in ein Abenteuer gestürzt hätte. Es heißt, daß damals nicht allein jene Länder von dem grausamen Schicksal, unter dem tyrannischen Joch des europäischen Absolutismus dahinzuwelken, befreit wurden, sondern daß seitdem auch das spanische Amerika durch das Wunder der Monroe-Doktrin lebensfähig geblieben sei. Und diese schützende Illusion ist so mächtig, daß sie sich erhalten hat trotz der oft plumpen und kategorischen Andeutungen der Vereinigten Staaten, daß Monroes Worte der Ausdruck einer nationalen und lediglich für die Vereinigten Staaten anwendbaren Politik gewesen seien. Tatsächlich gab es ja auch keinerlei Versprechen, keine Zusage, keinen Pakt: Man behielt sich seine ganze Freiheit vor. Manchmal begegnet man auch dem irrigen Glauben, die Aggressionen und Interventionen der Vereinigten Staaten bedeuteten eine Aufgabe der Monroe-Doktrin. Nach dieser harmlosen Auffassung übersehen angeblich die schlechten Regierungen der Vereinigten Staaten die Erhabenheit des historischen Augenblicks, in dem Monroe das Wunder der Errettung der freien Völker vollendete. Aber wenn sich einmal ein Löwen jagender Präsident wie der erste *Roosevelt* auf die Jagd nach ibero-amerikanischen Schafen begibt, taucht gleich darauf wieder ein großmütiger Präsident wie *Wilson* auf, der die Marschrichtung revidiert. Wilson machte eine neue Monroe-Doktrin. Immer wieder gibt es eine neue Monroe-Doktrin zur Verewigung der in der Wunderbotschaft begonnenen Tradition.

Der Schlüssel zu diesem ganzen System ist der Pan-Amerikanismus. Mit dem Pan-Amerikanismus beginnt die langsame Verwirklichung des moralischen Einflusses, den die Vereinigten Staaten auf den faszinierten Kontinent ausüben. Der Pan-Amerikanismus entstand im Gehirn von Mr. *James G. Blaine*, der Staatssekretär zuerst im Kabinett *Garfields* und später im Kabinett *Harrisons* war. Staatssekretär Blaine besaß eine große Sammlung von Napoleonbildnissen, einen großen Gehirnkasten und eine fixe Idee. Die fixe Idee bestand darin, in Amerika das zu unternehmen, was *Napoleon* in Europa mißlungen war.

Die erste pan-amerikanische Konferenz trat 1889 in Washington zusammen, um ein interkontinentales Schiedsgericht zu bilden, eine Zollunion zu schaffen und eine Eisenbahn von Chicago bis Patagonien zu bauen. Das Schiedsgericht kam nicht zustande. Es wurde auch keine Zollunion geschaffen und noch weniger eine Eisenbahn gebaut. Aber der Pan-Amerikanismus lebte dennoch mit seinen

brillanten Fiaskos weiter. In seiner Beständigkeit lag eine wunderbare Methode. Tatsächlich folgten der Tagung in Washington die in Mexiko (1901), in Rio de Janeiro (1906), in Buenos Aires (1910), in Santiago de Chile (1923), in Havanna (1929), in Montevideo (1933) und in Lima (1938). Indessen bilden diese Vollsitzungen nicht den ganzen Pan-Amerikanismus, denn es gibt noch juristische, ökonomische, hygienische, pädagogische Sondertagungen, so daß nur noch die theosophischen fehlen, die aber gewiß noch kommen werden.

Am wirkungsvollsten sind immer die Tagungen der Außenminister. Während auf den Plenarsitzungen viel gesprochen und wenig getan wird, werden die Außenminister, nachdem sie gefügig gemacht sind, unter die Walze gelegt. Auf der Tagung von Panama (1939) diktierten die Vereinigten Staaten den wichtigen Beschluß der 300-Meilen-Zone, was einen gigantischen Vorstoß der Fabel von der bedrohten Hemisphäre bedeutet. Und die Tagung von Havanna (1940) segnete die Anwendung der Monroe-Doktrin auf diejenigen europäischen Kolonien, deren Mutterländer besiegt wurden. Das heißt, alle diese Martiniques, Guayanas, Jamaicas, die nach dem Geiste Monroes nicht auf die europäischen Sieger übertragen werden können, sollen den Vereinigten Staaten zufallen auf Grund der Fiktion des pan-amerikanischen Mandats. Mit anderen Worten, es wurde bereits über die Nachfolge Frankreichs, Großbritanniens und Hollands in der westlichen Hemisphäre verfügt. Zwei graziöse Ausnahmen wurden gemacht, weil hier unbestrittene Rechtsforderungen vorlagen: Die Falklandinseln sollen Argentinien und Belize Guatemala gehören.

Roosevelt, Präsident eines uneinigen Volkes, maßt sich an, zur Welt im Namen eines geeinten Kontinents zu sprechen, einer Hemisphäre, deren Meridiane er nach Gutdünken versetzt. Wie einst Monroe, der eine kontinentale Bewegung für seine Politik ausnützte, mißbraucht Roosevelt den Kontinent für seine These von amerikanischer Tugend und jungfräulicher Welt gegen eine alte, korrumpierte, kriegslüsterne und freiheitfeindliche Welt.

Auf der Konferenz von Havanna (1929) rezitierte Präsident *Coolidge* die Verse des Bostoner Reimers und Predigers *Edward Everett Hale:*

Left blood and guilt and tyranny behind
Sailing still west the hidden shore to find,
For all mankind that unstained scroll unfurled,
Where God might write anew the story of the world.

Die Eroberer Amerikas lassen hinter sich eine Welt des Blutes, der Verbrechen und der Tyrannei und wenden sich einem geheimnisvollen Lande zu, wo das Blatt der Geschichte noch unbefleckt ist, damit Gott auf ihm eine neue Weltgeschichte schreibe. Die Verschen des Predigers *Edward Everett Hale* wurden mit Beifall, Tränen und Schluchzen aufgenommen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hatte es verstanden, ihnen die passende pathetische Betonung zu geben, denn er empfand das gleiche pan-amerikanische Schreckgefühl, das heute die Nerven Roosevelts im Angesicht des Totalitarismus schüttelt.

Alberdi hatte recht. Die Gefahr für Amerika liegt in Amerika selbst. Sie kann anschwellen und in einer Sintflut von Dummheit den ganzen Kontinent überschwemmen.

Kleine Beiträge

Westafrika als Rohstoffquelle

I

Vor nahezu dreitausend Jahren schon lieferten Eingeborene Guineas den Phöniziern Gold. Im Zeitalter der Entdeckungen blühte dann der portugiesische, niederländische, englische, französische und dänische Guineahandel mit Gold, Elfenbein, Gewürz und, last not least, Sklaven. Im 19. Jahrhundert wurde der Katalog westafrikanischer Produkte um Pflanzenöle, Zinn und Kupfer bereichert, nachdem die schwarze Menschenware allmählich hatte gestrichen werden müssen.

Im vorigen Weltkrieg, als den Angelsachsen noch die Hilfsquellen des pazifischen Raumes unbeschränkt zur Verfügung standen, waren die Lieferungen aus den westafrikanischen Kolonien von geringerer Bedeutung. Machte schon die wirtschaftliche und verkehrsmäßige Erschließung des Hinterlandes der afrikanischen Westküste zwischen den beiden Weltkriegen beachtliche Fortschritte, so wird jetzt unter dem Druck der Verluste an die Japaner die Ausbeutung der westafrikanischen Rohstoffgebiete mit allen Mitteln betrieben.

In mehreren Abkommen mit den Emigrantenregierungen hat sich die britische Regierung das Monopol auf die Lieferungen französischer und belgischer Besitzungen gesichert. Anfang des Jahres 1941 schloß England mit der belgischen Flüchtlingsregierung einen Vertrag über die Lieferungen der Kongokolonie. Nach dessen Bestimmungen übernimmt England die gesamte Goldproduktion des Kongo sowie erhebliche Mengen von Kupfer, Kokosnüssen, Palmöl und Zinn. Im Anschluß an diese Abmachung erließ der englandfreundliche Generalgouverneur von Belgisch-Kongo, *M. Ryckmans*, eine Verordnung, mit der er sämtliche zivilen Arbeitskräfte der Kolonie mobilisierte und für die Eingeborenen die Zwangsarbeit wieder einführte.

Kurz danach folgten ähnliche Verträge der britischen Regierung mit *de Gaulle* über Kamerun (Januar 1941) und Franz.-Äquatorialafrika (Mai 1941). Eng-

land kauft demnach die gesamte Produktion Kameruns an Kakao, Palmöl und Erdnüssen sowie einen Teil der Produktion an Kaffee und Bananen. Die Erzeugung Äquatorialafrikas an Palmöl, Palmkernen, Erdnüssen, Kaffee, Holz und jährlich 20 000 t Rohbaumwolle wird ebenfalls (über Pointe Noire) nach England verschifft.

So werden die fremden Kolonien ausgeschlachtet. Um auch die Hilfsquellen der eigenen Besitzungen auszuschöpfen, setzte *Churchill* Anfang Juni 1942 Lord *Swinton* als „Ministerresidenten im Kabinettsrang in Westafrika" ein. Lord Swinton, der vordem Kolonialminister (1931—1935), Luftfahrtminister (1935 bis 1938) und Vorsitzender der „Tin Producers Association" war, faßt zivile und militärische Verwaltung in einer Hand zusammen und sieht es als seine besondere Aufgabe an, die Produktion zu erhöhen und zu beschleunigen.

Diesem Zweck dient auch das „Kontrollamt für westafrikanische Produktion", das im Juli 1942 vom Versorgungsministerium aus dem Ende 1940 schon gegründeten „Westafrikanischen Kakaokontrollamt" gebildet wurde. Das neue westafrikanische Kontrollamt ist beauftragt, das gesamte Angebot aller agrarischen Erzeugnisse Westafrikas aufzukaufen, den Anbau zu planen und zu fördern, Lager- und Verladeeinrichtungen zu verbessern, weitere Erzvorkommen zu erforschen.

II

Bodenschätze

Die Phönizier wurden bereits vom *Gold* der Guineaküste, dem am längsten berühmten Metall und weitaus ältesten Handelsartikel Westafrikas, zu wagemutigen Seefahrten gereizt, wie Herodot berichtet. Sie tauschten es von den Schwarzen im „stillen Handel" ein.

Ihre Waren legten sie ans Ufer, gingen dann zurück an Bord und entfachten Rauch. Dadurch angelockt, erschienen die Wilden, legten Gold daneben und versteckten sich dann wieder im Busch. Genügte den phönizischen Seefahrern die Menge, so nahmen sie es mit sich. Andernfalls warteten sie auf eine Zulage.

Auch die Portugiesen tauschten das Gold anfangs noch im „stillen Handel". Dessen Schauplatz war die Goldküste, die heute nach der Union von Südafrika den zweiten Platz unter den afrikanischen Golderzeugern und den fünften unter denen des Empire innehat.

Die größte und älteste Produktionsgesellschaft ist die *Ashanti Gold Fields Corporation*, die seit ihrer Gründung 1897 aus der Mine bei Obuasi, der reichsten der Welt, 3 Mill. Unzen gewonnen hat und am Ende des Geschäftsjahres 1940/1941 noch über Minenvorräte von schätzungsweise 2,08 Mill. t verfügte[1]). Mehrere Minenunternehmen sind im *„Gold Coast Selection Trust"* zusammengefaßt, auf den sich die *„Anglo-American Corporation of South Africa"* einen maßgeblichen Einfluß gesichert hat, wie überhaupt amerikanisches Kapital neben den überwiegenden englisch-südafrikanischen Investitionen in den Goldunternehmen der Goldküste zur Geltung kommt.

---

[1]) Einige der bedeutendsten Unternehmen und ihre durchschnittliche Goldgewinnung:

Ashanti Gold Fields Corp. Ltd.	264 079	Unzen jährlich
Marlu Gold Mining Areas Ltd.	120 000	„ „
Ariston Gold Mining Ltd.	96 000	„ „
Bibiani Gold Fields Ltd.	76 800	„ „
Tarkwa and Abosso Mines Ltd.	74 400	„ „

Die bedeutendsten Goldfelder der Kolonie liegen bei Tarkwa, Prestea und Obuasi, sämtlich im Bereich der Eisenbahn Takoradi—Kumasi. Gold findet sich in dreierlei Arten von Lagerstätten

1. in Quarzgängen, aus denen im Laufe von 55 Jahren (bis 1937) 60 v. H. des Goldes der Kolonie mit etwa 5 Mill. Unzen Feingold gewonnen worden sind;

2. in Gürteln von Konglomeraten (in 55 Jahren: 36 v. H. mit 3 Mill. Unzen);

3. in alluvialen Vorkommen in Flußbetten, die mittels Baggern abgebaut werden. Diese Funde, die in der Gegenwart den anderen beiden an Ausbeute nachstehen, sind wohl am längsten bekannt und lieferten schon den Eingeborenen das gelbe Metall. 15 Mill. Unzen sollen bis 1880 daraus gewonnen worden sein[2]).

Die Goldgewinnung der Goldküste bewegte sich bis 1940/41 in aufsteigender Linie[3]). Seither ließ sie nach, um 1942 noch stärker eingeschränkt zu werden. Denn Gold muß jetzt als weniger kriegswichtig hinter Mangan zurücktreten. Die gewaltsam hochgetriebene Förderung von Manganerz verschlingt so viel Arbeitskräfte, daß für den Goldbergbau nicht mehr genügend zur Verfügung stehen.

Geringere Goldvorkommen befinden sich noch in Sierra Leone (1936: 38 804 Unzen), Nigeria (1936: 33 000 Unzen), Liberia (1936: 1629 Unzen), Franz.-Guinea (1936: 3045 t), seit 1935 in Kamerun (1936: 154 kg), ferner in Franz.-Äquatorialafrika (1936: 551 t).

In beträchtlichen Mengen wird Gold noch in Belgisch-Kongo, vor allem in der Zone von Kilo und Moto, nordwestlich des Albertsees gewonnen. 1895 zuerst entdeckt, ab 1905 ausgebeutet, stieg die Golderzeugung des Kongogebietes von 19 kg im ersten Jahr auf 15 967 kg im Jahre 1938, worin 14 160 kg Feingold enthalten sind. Zur Ausfuhr gelangten jedoch 1938 nur 13 505 kg. Insgesamt führte Belgisch-Kongo von 1904—1938 eine Menge von 152 625 kg Gold aus. Den Hauptteil daran haben die „Société des Mines d'Or de Kilo-Moto" und die „Compagnie Minière des Grands Lacs Africains"[4]).

Das Kongogold ist eigentlich kein westafrikanischer Rohstoff, da seine Fundstätten in Zentralafrika liegen. Aber ausgeführt wird es zu allermeist durch die Häfen der Westküste, voran Matadi.

Unter den Rohstoffen der britischen Gold Coast hat das Metall, das der Kolonie einst den Namen gab, seinen traditionellen ersten Platz an ein anderes, kriegswichtigeres, abtreten müssen: an *Mangan*, das zur Erzeugung von Stahl benötigt wird. 1915 entdeckte man die Vorkommen nicht weit von Takoradi. Der Abbau, der 1916 begonnen wurde, hatte bis 1935 bereits einen Export von 4 Mill. t im Werte von beinahe 7 Mill. £ ermöglicht. Die Goldküste ist mit ihren 550 000 t (1940) Jahresproduktion der drittgrößte Manganerzeuger der Welt. Der Hafen von Takoradi ist während des Krieges besser für die Manganverladung ausgebaut worden, da auch die USA. als Abnehmer stark in Erscheinung treten.

---

[2]) The Gold Coast Handbook, 1937, S. 64.

[3])

1929: 202 847 Unzen	1939: 782 000 Unzen
1932: 286 568 „	1940: 886 000 „
1936: 434 397 „	1941: 885 000 „
1938: 675 000 „	

Vgl. Herbert Frankel, Capital Investment in Africa, London 1938, S. 319; Martens/Karstedt, Afrikahandbuch, 1938. Frft. Ztg. vom 10. September 1942.

[4]) Vgl. Werner Gley, Belgisch-Kongo als Wirtschafts- und Verkehrsraum. 1942, S. 101—108.

Auch Belgisch-Kongo bringt Mangan hervor. Allerdings wurde dort die Ausfuhr von 28 040 t (1937) auf 2555 t (1939) verringert.

Ebenso eifrig wie hinter Mangan sind die Kriegsfabrikanten in England und den Vereinigten Staaten hinter *Zinn* her. Das finden sie reichlich in Nigeria und Kongo. Unter dem Zwang der Kriegslage wurde die Gewinnung in beiden Ländern 1942 auf zusammen rund 40 000 Langtonnen gesteigert[5]). 1902/03, als Nigeria noch von der *Royal Niger Company*, der letzten großen englischen Chartergesellschaft, verwaltet wurde, hatte diese eine Vermessungsabteilung ausgeschickt, die in der Provinz Bauchi, nördlich des mittleren Benueflusses, Zinn fand. Die Eingeborenen waren mit dem Schmelzen von Zinn schon lange vertraut.

Binnen drei Jahrzehnten wuchs die jährliche Ausbeute an Zinnkonzentraten von 458 t (1908) auf 15 035 t (1937) im Werte von 2,5 Mill. £.

1939 lag der größte Teil der Zinnproduktion in Händen von sechs Gesellschaften: *Bisiche Tin Co.*, *Ribbon Valley Tinfields*, *Jos Tin Area Ltd.*, *Kaduna Syndicate*, *London Nigeria Tin Mines* und *Associated Tin Mines of Nigeria*. Diese Unternehmen arbeiten heute weitgehend mit elektrisch betriebenen Maschinen an Stelle der knappen Arbeitskräfte. Den Strom dazu liefert, vorwiegend aus Wasserkraftwerken, die *Nigeria Electricity Supply Corporation*. Maschinen sind letztlich aus den Vereinigten Staaten im Pacht- und Leihverfahren geliefert worden[6]).

Die Ausbeute des Kongozinnes begann 1915. Sie betrug 1918 noch nicht mehr als 116 t, 1922—1930 lag sie um 1000 t, 1925/26 um 1500 t. Zur Ausfuhr kamen 1936 1980 t Zinn und 5725 t Zinnerz. Die Hauptabbaugebiete liegen in den Provinzen Costermansville und Stanleyville und werden von drei großen Unternehmen, den Géomines (Compagnie Géologique et Minière des Ingenieurs et des Industriels Belges), der Union Minière du Haut Katanga und der Sermikat (Société d'Exploitation et de Recherches Minières du Katanga) ausgebeutet[7]).

Als 1930 die Zinnpreise einen Tiefstand erreicht hatten, einigten sich die Erzeugerländer auf eine Beschränkung, wobei jedem Partner dieses Zinnkartells eine bestimmte Quote zugewiesen wurde. Belgisch-Kongo gehörte dem Zinnkartell seit 1934 an mit einer als „Lockquote" bezeichneten Menge von 6000 t für 1935 und 7000 t für 1936. Jedoch sprengte die wirkliche Gewinnung häufig die vertragliche Höchstgrenze.

Im Juli 1942 wurde das Zinnkartell, das 1938 neu begründet worden war, aufgelöst. Die Kriegsproduktion ist in keinen Kartellbindungen zu halten.

Kleinere Zinnvorkommen finden sich auch im nordwestlichen Kamerun, die seit 1935 abgebaut wurden (1936: 266 t Ausfuhr).

Das westafrikanische *Kupfer* wird gegenwärtig noch nicht ausgebeutet. In Gabun liegt ein Vorkommen nördlich des Kongoästuars an der Bahnlinie Pointe Noire—Brazzaville. Nach vorübergehendem Abbau wurde die Mine stillgelegt. Die belgischen Geldgeber, die daran beteiligt waren, wollten zunächst nur die Katangafunde ausbeuten und das Kupfer in Gabun als Reserve aufbewahren[8]).

---

[5]) 1940 Nigeria und Kongo zusammen: 22 600 t.
[6]) Metal Industries, London, Nr. 8, vom 21. Februar 1941.
[7]) Werner Gley, op. cit. S. 112—115, und Martens/Karstedt, Afrikahandbuch.
[8]) Karl Hänel, Das französische Kolonialreich, 1940, S. 170.

Die Kupferlager Angolas haben historische Bedeutung. Die Minen von Bembe (150 km südlich Matadi) werden schon 1603 in dem Bericht eines portugiesischen Kapitäns über das Königreich Kongo erwähnt. 1623 erbat ein portugiesischer Unternehmer von seinem König Subsidien zur Ausbeutung dieser Minen. Doch später gerieten sie in Vergessenheit. Mitte des 19. Jahrhunderts nahm sich für eine kurze Zeit eine englische Gesellschaft ihrer an. Von 1857 bis 1867 wurden 1095 t gefördert. 1932/33 kamen einige Tonnen Kupfererz von dort nach Japan zur Verladung.

Heute wird von Kupfervorkommen in verschiedenen Gegenden Angolas berichtet: bei Bembe weniger als 80 km von der Küste, ferner an der Bahn Luanda—Malange, an der Küste bei Novo Redondo, bei Benguela, bei Mossamedes und anderswo.

Das Kupfer, das gegenwärtig in einer Menge von 126 000 t jährlich an Großbritannien verkauft wird, stammt aus dem Herzen Mittelafrikas, aus dem bekannten Katangagebiet mit der Hauptstadt Elisabethville[8]). Um den Verbraucher zu erreichen, nehmen 55 v. H. der Erzeugung den Weg Elisabethville—Port Franqui (Eisenbahn), von dort weiter die Flüsse Kassai und Kongo hinunter zum Verschiffungshafen Matadi; 15 v. H. gehen über die Benguela-Bahn zu dem gleichnamigen portugiesischen Hafen, während die übrigen Kupferexporte auf der rhodesischen Bahn nach Beira (Portugiesisch-Ostafrika) befördert werden.

Die „*Benguela Railway Company*“, die von einem englischen Unternehmer, Sir Robert *Williams*, auf Grund einer portugiesischen Konzession von 1902 erbaut und 1931 in Betrieb genommen wurde, ist eine Tochtergesellschaft der Tanganyika Concessions und besitzt ihrerseits eine Anteilsminderheit in der größten belgischen Kupferminengesellschaft, der „Union Minière du Haut Katanga“.

Von vorläufig geringerer Bedeutung sind eine Reihe weiterer Erze in Westafrika. *Eisen*vorkommen weisen Franz.-Guinea, Sierra Leone und Angola auf. Die Funde bei Conakry, die auf 37 Milliarden geschätzt werden, warten seit ihrer Entdeckung auf Abbau. Arbeitermangel steht hier im Wege. Auch die Eisenerzlager in der benachbarten Sierra Leone ruhten noch lange, nachdem sie bekannt geworden waren, unausgebeutet. 1934 gelangten allerdings schon 229 465 t zur Ausfuhr über den Hafen Pepel und 1938 wurden 876 000 t gefördert. Die abbaufähigen Vorkommen von Eisenerzen in Angola werden auf 2 Mill. t geschätzt. Sie liegen vor allem in dem Bergland von Golungo, nahe der Malange-Eisenbahn, aber auch im Distrikt Mombassa. Durch Ausnutzung von Wasserkraft hofft man hier einmal eine bedeutende Eisenverhüttungsindustrie aufzubauen.

In Sierra Leone gewinnt man auch *Platin* (1936: 375 Unzen mit einem Ausfuhrwert von 3000—4000 £).

In der Goldküste gibt es noch drei reiche Vorkommen von *Bauxit* für die Aluminiumgewinnung, die jedoch (bis 1941) noch nicht abgebaut wurden.

Zu den westafrikanischen Bodenschätzen zählen noch Kohle, Blei, Chromerz, Asphalt und Diamanten. *Kohle* wird in Nigeria, 150 Meilen nördlich von Port Harcourt, abgebaut. Diese Gruben befriedigen nicht nur den Bedarf der Kolonie

---

[8]) In den drei Jahrzehnten seit Eröffnung des Bergbaus bis Ende 1939 hat Katanga 2 173 000 t Kupfer geliefert. 1911 waren es 1000 t; 1917: 27 460 t; 1930: 138 900 t; 1937: 184 237 t; vgl. Werner Gley, op. cit. S. 98.

(Eisenbahn), sondern erübrigen noch genug für die Ausfuhr, besonders nach der Goldküste[10]).

Auch Angola enthält Kohlenlager. *Blei* birgt Franz.-Äquatorialafrika[11]), *Chromerz* Togo[12]), *Asphalt* Angola.

Diamanten werden ebenfalls in Angola gewonnen, ferner in Belgisch-Kongo, Franz.-Äquatorialafrika (AEF.), Franz.-Westafrika (AOF.), der Goldküste und Sierra Leone[13]).

Die Diamanten Angolas fördert die Monopolgesellschaft „*Companhia de Diammantes de Angola*" (Diamang) mit Sitz in Lissabon, an der portugiesische, belgische, französische, amerikanische und englische Finanzgruppen beteiligt sind. Der Vertrieb der gesamten Ausbeute liegt in Händen des Weltverkaufssyndikats der „*Diamant Corporation, London*".

Von dem gleichen Diamantlager, das die Portugiesen abbauen, gewinnt jenseits der Grenze Belgisch-Kongos die Forminière (Société internationale Forestière et Minière du Congo), in der neben belgischem auch amerikanisches Kapital steckt.

III

Pflanzliche Produkte

Nach der Abschaffung des Sklavenhandels wurden Pflanzenöle, gleichsam als Ersatz, das bedeutendste Ausfuhrprodukt Westafrikas. Die Erzeugnisse der *Ölpalme*, das Palmöl und die Palmkerne, haben auch heute den ersten Platz unter den pflanzlichen Produkten der westafrikanischen Kolonien. Europa braucht sie zur Herstellung von Seifen, Kerzen und Speisefetten.

Der Bedarf an Palmöl war gerade zur rechten Zeit eingetreten, um den ausgehenden Sklavenhandel Anfang des vorigen Jahrhunderts abzulösen und die wirtschaftlichen Verbindungen mit Westafrika, also die Voraussetzungen der dortigen europäischen Kolonisation überhaupt, zu erhalten. Die Ursache bildete die industrielle Revolution, die Entstehung des technischen Zeitalters. Die Massen der Fabrikarbeiter benötigten Seife, die Straßen mehr Beleuchtung, die Maschinen Schmiere. Tierische Fette reichten nicht mehr aus, der Gebrauch von Gas und Elektrizität war noch nicht bekannt.

Dieser zunehmenden Nachfrage stand ein billiges Angebot gegenüber, da die Palmerzeugnisse von den Eingeborenen gesammelt, befördert und verladen werden.

Der Übergang vom Sklavenhandel zum Palmölgeschäft erhellt aus einigen Zahlen. 1775 importierte Liverpool, Englands Tor nach Westafrika damals wie heute, ganze 55 t Palmöl. Das Jahr der Abschaffung des Sklavenhandels, 1807,

---

[10]) 1936: 292 000 t gefördert.
[11]) 1941: 9 000 t Ausfuhr.
[12]) Bei Atakpame mit 500 000 t Vorrat.
[13]) *Diamantenproduktion:*

	1939	1940	
Angola	690 447	785 000	Karat
Belgisch-Kongo	8 344 765	10 900 000	Karat
AEF.	16 000	16 000	Karat
AOF.	56 314	75 000	Karat
Goldcoast	1 087 652	825 000	Karat
Sierra Leone	600 000	600 000	Karat

bezeichnet den Wendepunkt zum Aufstieg der Einfuhrzahlen. 1810 waren 1000 t, 1815: 2000 t, 1830: 10 000 t, um 1851: 30 000 t zu erreichen[14]).

Trotzdem war der finanzielle Gewinn bei diesem Geschäft nicht zu vergleichen mit dem hohen Ertrag des Menschenhandels. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erlitt der Palmölhandel zudem Preisstürze, da neue konkurrierende Erzeugnisse ihm große Teile des Marktes entrissen. Erdöl aus Amerika und Sojabohnen aus Asien verdrängten auf vielen Wirtschaftsgebieten das Palmöl aus Westafrika und drückten seine Preise. *Wilhelm Kemner*, Direktor der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft „*Victoria*", veröffentlicht in seinem Kamerunbuch eine bemerkenswerte Statistik, die den Preisverfall der Palmprodukte zeigt[15]). Danach kostete 1 t Palmöl im Durchschnitt:

1913:	660 RM.	1936:	340 RM.
1927:	680 „	1937:	200 „
1930:	400 „	1938:	160 „
1933:	175 „	1939:	140 „

Mit Palmkernen, die aus derselben Palmfrucht gewonnen werden, die auch das Öl spendet, und die besonders in Deutschland zur Herstellung von Margarine verwertet wurden, verhielt es sich ebenso. Hier sank der Preis von 460 RM. (1913) auf 100 (1939).

Guinea ist das ursprüngliche Verbreitungsland der Ölpalme, wie auch aus ihrem lateinischen Namen Elaeis guineensis ersichtlich. Sie wird in fast allen westafrikanischen Kolonien kultiviert: Franz.-Westafrika, Portugiesisch-Guinea, Sierra-Leone, Liberia, Goldküste, Togo, Nigeria, Kamerun, Franz.-Äquatorialafrika, Belgisch-Kongo, Angola. Während die Produktionsziffern für die Zeit zwischen 1927 und 1936 in den meisten Gebieten sich in ansteigender Linie bewegten (Kongo, Franz.-Äquatorialafrika, Kamerun, Nigeria, Togo) gingen sie in einigen zurück (Goldküste, Franz.-Westafrika).

Für Sierra Leone bilden die Ölpalmprodukte zwei Drittel der Gesamtausfuhr[16]), für Nigeria sind sie „das Rückgrat der nigerischen Wirtschaft" genannt worden[17]), für Kamerun ist die Ölpalme die „wichtigste Pflanze"[18]). In Kamerun sollen über 20 Millionen Ölpalmen stehen. In der Goldküste dagegen ist die Erzeugung von Palmöl von 20 134 t im Jahre 1884 über 1350 t 1924 auf 499 t im Jahre 1936 gesunken. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Kriegsanstrengung diese Tendenz wieder gewendet hat.

Tafelöl, Seifenfett und Schmieröl entnimmt man auch der *Erdnuß*, die einst von den Portugiesen aus Brasilien nach Westafrika verpflanzt worden war. Die geschichtlichen Ursachen ihres Anbaus und Verkaufs sind die gleichen wie bei der Ölpalme, doch war es vornehmlich der französische Bedarf an Ölen und Schmierfetten, der den Erdnußhandel in Schwung brachte. Im französischen Senegal und im englischen Gambia ist heute die Erdnuß so gut wie der einzige Ausfuhrartikel. Im Senegal erzeugen acht Fabriken rohes Erdnußöl.

---

[14]) Allan Mc Phee, The Economic Revolution in British West Africa, London 1926, S. 32.

[15]) Wilhelm Kemner, Kamerun, 2. Aufl., 1941, S. 198.

[16]) Palmkerne 1936: 84 578 t = 810 238 Pfund Sterling; 1938: 64 716 t.
Palmöl 1936: 1 223 t = 16 313 „ „ ; 1938: 1 083 t.

[17]) Palmkerne 1936: 386 145 t = 3 637 396 Pfund Sterling.
Palmöl 1936: 162 778 t = 2 078 839 „ „

[18]) Palmkerne 1936: 44 302 t = 35 339 000 Fr.
Palmöl 1936: 10 263 t = 15 182 000 „
Vgl. Martens/Karstedt, Afrikahandbuch.

Ihre Leistungsfähigkeit beträgt 150 000 kg täglich. Ende 1942 sollen sie eine jährliche Produktion von 100 000 t Rohöl erzielen können.

Erdnüsse exportieren ferner: Franz.-Westafrika, d. h. namentlich die Elfenbeinküste, Dahome, Franz.-Sudan, Franz.-Nigeria (30 % der Weltausfuhr), ferner Portugiesisch-Guinea (1936: 25 239 t), Nigeria (1936: 218 389 t), Kamerun (1936: 12 926 t).

Unter den Genußmitteln westafrikanischer Herkunft rangiert *Kakao* voran. Die Goldküste exportiert mehr Kakao als irgendein Land der Welt, 1938 waren es 261 563 t, die auf einer Gesamtanbaufläche von 400 000 ha erzeugt werden. Der Krieg und in seinem Gefolge der Schiffsraummangel nötigten jedoch auch hier zur Zwangsbewirtschaftung mit Abbauminderung und Preisregulierung. Die Kakaokultur in der Goldküste datiert von 1879. Damals hatte ein eingeborener Arbeiter mehrere Kakaobohnen von der Insel Sao Thomé herübergeschmuggelt, gegen das Verbot der Portugiesen, die ihre Pflanzungen eifersüchtig als Monopol hüteten. Die portugiesischen Inseln Sao Thomé und Principe, wo einst aus von Brasilien übergepflanzten Pflänzlingen die ersten Kakaopflanzungen angelegt worden waren, stehen noch heute im Zeichen dieser Kulturen[19]).

Weitere Anbaugebiete für Kakao befinden sich in der Elfenbeinküste, Liberia, Togo, Nigeria[20]), Kamerun, Franz.-Äquatorialafrika, Belgisch-Kongo. — Deutschlands Kakaobedarf wurde vor dem Kriege zu 90 v. H. aus Britisch-Westafrika gedeckt.

Die beiden anderen Genußmittel aus Westafrika sind *Kaffee* und *Bananen*. Kaffee züchten: die Elfenbeinküste, Liberia, Kamerun, Sao Thomé, Principe, Franz.-Äquatorialafrika, Kongo und Angola. Bananen liefern: Franz.-Westafrika, Sierra Leone, Kamerun, Spanisch-Guinea. Doch ist der Schiffsraummangel der Alliierten während des Krieges ein kaum zu überwindendes Hindernis für deren Lieferung. Mit englischer Selbstironie schrieb die „Times“ (21. Juli 1942): „Für diejenigen in der Heimat, deren Erinnerung an die Bananen dünn geworden ist, wird es ein schwacher Trost sein, zu wissen, daß die gesamte Bananenernte Kameruns immer noch von England aufgekauft und ins Meer geworfen wird aus Mangel an Schiffsraum ....“

Der internationale Vertrieb der Palmprodukte und des Kakaos liegt vorwiegend in Händen des britisch-holländischen *Unilever Konzerns*, dem Ölmühlen, Seifenfabriken usw. gehören, der die *United Africa Co. Ltd.*, ein großes Ex- und Importunternehmen in Britisch-Westafrika, kontrolliert und bis vor diesem Kriege auch am *Reichsverband der Deutschen Ölmühlen* mit 50 v. H. beteiligt war. Die Vormachtstellung von Unilever bewirkte beispielsweise, daß deutsche Firmen genötigt waren, die von ihnen erworbenen Ölsaaten an den Konzern zu verkaufen, der sie an die deutschen Verbraucher weiterverkaufte. Unilever kontrollierte auf diese Weise 90 v. H. des deutschen Ölsaatimports.

Ein heute immer kriegswichtiger werdendes Pflanzenprodukt Westafrikas ist *Kautschuk*, das Liberia, Nigeria, Kamerun[21]), Franz.-Äquatorialafrika[22]) und Belgisch-Kongo exportieren. Früher war Kautschuk auch der wichtigste Ausfuhrartikel Angolas[23]), die Erzeugung kam dort aber in den zwanziger Jahren zum Erliegen. Gegenwärtig ist Liberia das wichtigste Kautschukland West-

---

[19]) Ausfuhr 1935: 10 884 t.
[20]) Ausfuhr 1937/38: 96 000 t.
[21]) Ausfuhr 1937: rund 2000 t.
[22]) Ausfuhr 1936: 770 t.
[23]) 1912: 3036 t.

afrikas. Die Plantagen gehören der amerikanischen Firestone Corporation, die das Land zu einer Art Protektorat der USA. gemacht hat. Die Erzeugung ist in den letzten Jahren um ein Mehrfaches gestiegen: 1938 betrug sie noch 450 t, 1939 bereits 5415 t. Es ist geplant, sie auf jährlich 200 000 t zu treiben.

In Belgisch-Kongo war Kautschuk einst das Hauptprodukt: 1900 belief sich die Ausfuhrmenge auf durchschnittlich 3726 t. Im ersten Weltkrieg sank sie auf 2000 t herab; 1937 waren es noch 1029 t im Jahre. Die Gummierzeugung Ostasiens stellte damals alle anderen Erzeugerländer in den Schatten.

Der Kongokautschuk setzt sich aus einheimischem Wildkautschuk und Plantagenkautschuk zusammen, der von dem eingedickten Milchsaft des aus Südamerika übergepflanzten Baumes Hevca brasiliensis stammt[24]). Nicht nur der Baumsaft, auch das *Holz* nimmt einen bedeutenden Posten in der Exportstatistik Westafrikas ein. Es kommt aus Franz.-Westafrika (1936: 47 224 cbm), Goldküste (1936: 951 260 cft), Nigeria (1936: 6226 Mahagoniblöcke), Kamerun (1936: 29 994 t), Gabun (im Frieden 600 000—700 000 t Rundholz) und Kongo (1938: 55 007 t). Besonders wertvoll ist das Okouméholz aus Gabun, das zum weitaus größten Teil nach Hamburg, Bremen und Rotterdam verschifft und in Deutschland und Holland zur Herstellung u. a. von Zigarrenschachteln verwendet wurde. Nach London und Liverpool ging vor allem Mahagoni aus der Elfenbeinküste, Nigeria und Gabun.

Zu den Baumprodukten gehört schließlich noch die *Baumwolle*. In Franz.-Senegal ist ihr Anbau sehr alten Datums. Von Eingeborenen gesponnene Baumwollbänder dienten dort als Wechselgeld. 1938 begann die Kolonialregierung, die Baumwollindustrie neu zu beleben. Die englische Blockade nach dem Zusammenbruch des französischen Mutterlandes verlieh der einheimischen Baumwollindustrie erhöhte Bedeutung.

Westafrikanische Exportgebiete für Baumwolle sind: Franz.-Westafrika, Togo, Nigeria, Franz.-Äquatorialafrika, Kongo, Angola. Der Anbau Nigerias entstammt amerikanischen Saaten, die 1916 verteilt worden sind und 1936 bereits eine Ausfuhr von 11 000 t ermöglichten.

Der prozentuale Anteil Westafrikas an der deutschen Baumwolleinfuhr war gering: 1934 belief er sich mengen- und wertmäßig auf 1 v. H., im ersten Halbjahr 1935 wurden es 4 v. H. im Wert von nicht ganz 5 Mill. RM.

IV
Tierische Produkte

Eine der ältesten Waren, um derentwillen Europäer die Westküste Afrikas ansteuerten und die dem Landstrich zwischen Liberia und der Goldküste den Namen gab, ist *Elfenbein*. Heute wird es von Franz.-Äquatorialafrika[25]) und dem Belgischen Kongo[26]) exportiert. Im Kongogebiet nahm es Ende des vorigen Jahrhunderts, vor dem Aufkommen des Kautschuks, die Vormachtstellung in der gesamten Ausfuhr ein. 1890 entfielen vom Gesamtexport des Kongo 56 v. H. auf Elfenbein, 1914 machte es wertmäßig nur noch 13,4 v. H., 1917: 2,2 v. H.. 1920 wiederum 11,4 v. H. aus. 1938 war sein Anteil unter 1 v. H. gefallen.

Häute und *Felle* liefern: Franz.-Nigeria (AOF.), Nigeria und Angola: *lebendes Vieh:* Franz.-Westafrika, Franz.-Äquatorialafrika.

---

[24]) W. Gley, op. cit. S. 84—88.
[25]) 1936: 1,6 t.
[26]) 1936: 200 t.

V

Projekte

Nicht nur England und USA. sind im Begriff, die Rohstoffquellen Westafrikas, eigene sowie fremde, nach Kräften auszubeuten. Auch Frankreich verfolgte weitgehende Pläne, seinen westafrikanischen Besitz in großem Stile zu erschließen und wirtschaftlich nutzbar zu machen.

Da ist einmal die Transsaharabahn, jene Eisenbahn vom Mittelmeer zum Niger, deren nördliche Teilstrecke bis Kenadza seit Anfang 1942 in Betrieb ist. Dann der Ausbau des Hafens von Abidjean, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, zum größten französischen Hafen Westafrikas nächst Dakar. Dienen diese beiden Unternehmen dazu, besser an die Rohstoffquellen heranzukommen, so wird das große Projekt der Bewässerung des vom Nigerbogen umschlossenen Landes diese selbst erheblich vermehren. Eine besondere Behörde, das „*Office du Niger*", leitet die Arbeiten und wird später die Erzeugung der Bewässerungsgebiete verwalten. Der Nigerstrom soll zwischen Bamako, der Hauptstadt Franz.-Sudans, und Timbuktu nach dem Vorbild der Anlagen des Nilsystems reguliert werden. Die fruchtbaren Sinkstoffe, die der Fluß bei den Überschwemmungen nach den tropischen Regenfällen jedes Sommers über 3 Mill. ha Land ergießt, werden planmäßig durch Kanäle auf bestimmte Flächen geschwemmt und so als Dünger verwertet. Ein 800 m langer Staudamm steht schon. Ein Gebiet von 15 000 ha konnte auf die Art bereits gleichmäßig bewässert werden. In den nächsten zehn Jahren sollen weitere 150 000 ha, nach zwanzig Jahren 1 Mill. ha erschlossen werden. Zum Anbau sind in erster Linie Baumwolle und Reis vorgesehen.

Während England und die USA. die Rohstoffe Westafrikas zum Kriegführen brauchen, sollten sie für Frankreich mehr und mehr ein Mittel des Wiederaufbaues werden. Für beide Mächtegruppen hat erst der gegenwärtige Krieg mit den Verlusten der früher primären Hilfsquellen Westafrika wirtschaftlich unentbehrlich gemacht.

Helmut Rumpf

Kraftstoffe in der Politik

In der angelsächsischen Presse fanden sich vor zehn, zwanzig Jahren hier und dort ironische Bemerkungen über die „Erdölpolitik" als eine romantische Erfindung deutscher (und französischer) Schriftsteller. In der Tat gab es auch unter den englischen und vor allem den amerikanischen Ölfachleuten sehr viele, die auch im persönlichen Gespräch — nicht nur aus heuchlerischem cant — eine wirksame Beeinflussung der Erdölfirmen durch ihre Regierungen nicht für möglich hielten, es sei denn, daß tatsächlich Subventionen gezahlt würden. Wenn auch der Weltkrieg die große Bedeutung des Erdöles augenfällig bewiesen hatte, versinnbildlichte das Wort Öl dem einzelnen Angelsachsen zunächst immer nur Spekulation und Geschäft.

Nun ist in keinem Lande der Welt so viel verspekuliert worden, wie in Ölaktien gerade in USA. und England; erst in weitem Abstande folgte Frankreich, doch war die Pariser Börse mindestens für Europa maßgeblich geworden. In Paris spekulierte „in Öl" aber nicht der kleine Mann, sondern die Jobber und Broker vertraten mehr die Unternehmer, unter denen wiederum die Amerikaner und Engländer besonders häufig waren.

Bis zum Ende der zwanziger Jahre war die Ölsuche von den geologischen Erfahrungen und, man möchte fast sagen dem Instinkt einer gar nicht so großen Anzahl von Spezialisten abhängig. Nicht immer gab es deutliche Anzeichen an der Erdoberfläche (Ölausbisse, kleine Schlamm„vulkane" usw.) und klare geologische Strukturen: oft mußten Bohrungen fast auf gut Glück angesetzt werden. Derartige wild cat-Bohrungen kosteten meist schon mehrere Hunderttausend Goldmark, die nur in Ausnahmefällen überhaupt Erdöl, in noch weniger Fällen die Unkosten oder gar Gewinn brachten. Meines Wissens war es der berühmte englische Ölgeologe *Cunningham Craig*, der offen erklärt hatte, daß das meiste Geld aber gerade an solchen Bohrungen verdient würde, die nur sehr wenig Öl ergaben. Bei den ersten Ölspuren wird an die Aktienwerber gekabelt: daß der große Erfolg nunmehr *fast* greifbar sei: das Aktienkapital wird erhöht, neue Bohrmanöver werden vorbereitet.

Insbesondere die inzwischen entstandenen Ölkonzerne betrieben dieses Spiel mit Erfolg durch Tochtergesellschaften oder solche Unternehmungen, die leicht aufkaufbar waren. War ein wirklich lohnender Bohrerfolg zu verzeichnen, gewann der Konzern neue Stärkung; blieb der Erfolg auf die Dauer aus, wurde eine Pleite inszeniert, — an der das Publikum verlor. Auf diese Weise ist ein ungeheures Volksvermögen verloren worden, was um so leichter zu mobilisieren war, als kleine Aktien von einem Pfund Sterling oder fünf Dollars leicht auch an kleine Leute abgesetzt werden konnten. Psychologisch war das Feld gut vorbereitet, denn nichts schien leichteren Gewinn zu versprechen als die Ölaktie: morgen schon konnte ein „Springer" erbohrt sein, der für jeden Aktieninhaber ein kleines Vermögen bedeuten mochte. Die Fachpresse hat behauptet, daß in der Welt im Laufe weniger Jahrzehnte (1860 begann erst das erste Ölfieber in Pennsylvanien) etwa zehn Milliarden Dollar nutzlos verbohrt worden seien.

Einerseits durch geschickte Börsenmanöver, aber schließlich auch dank ständig wachsender Erfahrungen konnten einige Großkonzerne Erfolg an Erfolg reihen; immer neue Tochtergesellschaften wurden angegliedert, während die wenig aussichtsreichen Unternehmungen möglichst noch mit Gewinn abgestoßen wurden. Die großen Reingewinne gestatteten die Verpflichtung hervorragender Geologen, die meist bereits eine sehr große Anzahl von Feldern in vielen Ländern begutachtet hatten. Einige Konzerne besaßen Interessen in aller Welt und vermochten nunmehr eigene wissenschaftliche Forschungsinstitute einzurichten, um systematisch das Risiko der Bohrarbeiten zu vermindern.

Als die deutsche Wissenschaft die geophysikalische Bodenforschung auf eine gewisse Höhe gebracht hatte, so daß man mit Schweremessungen (mit der Drehwaage), elektrischen, magnetometrischen, seismischen u. a. Methoden unter günstigen Verhältnissen die Ölvorkommen in der Tiefe lokalisieren konnte, zögerten die Großkonzerne nicht, sich derartige Gutachten erstellen zu lassen. Mehrere ausländische Ölgruppen warben sogar deutsche Fachleute zu hohen Gehältern an und eröffneten eigene geophysikalische Schurfabteilungen.

Die Organisation des Transport- und Raffineriegeschäftes erhöhte oft noch die Wirtschaftskraft der Ölbohrfirmen. Bekannt ist das anfängliche Kesselwagen-, später das Rohrleitungsmonopol *Rockefellers*, das die Standard Oil Company unterbaute, die erst später in größerem Umfange ins Bohrgeschäft ging.

Die wenigen Ölriesen in der Welt vermochten zwar die zahllosen kleinen und mittleren Unternehmer nicht lahmzulegen, aber nach Kapital und Umsatz wurden sie in der Welt doch maßgeblich.

Wenn nun die Regierungen der Großmächte mit den Generaldirektoren der Großkonzerne Abmachungen trafen, um das Öl für die Politik dienstbar zu

machen, drang kaum etwas an die Öffentlichkeit. Nur die Politiker der durch derartige Abmachungen leidtragenden Länder schlossen aus vielerlei Anzeichen auf irgendwelche Einflüsse der Regierungen auf die Konzerne, wobei übrigens aus begreiflichen Gründen die Sowjets recht gern halfen. Hierin liegt auch die Erklärung, daß man *in* angelsächsischen Kreisen sich über eine „Ölpolitik" gar nicht den Kopf zerbrach; selbst der Kampf der Standard-Oil-Gesellschaften [1]) gegen die englische Regierungsgruppe Anglo Persian (Iranian) Oil Company und die englisch-holländische Royal Dutch-Shell nach dem Weltkriege wurde als rein geschäftlicher Kampf um Ölfelder angesehen.

Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß damals schon im Streit um die Konzessionen von Djambi auf Sumatra im Jahre 1922, ferner um die Anteile der Türkischen Petroleum-Gesellschaft (die später so mächtig gewordene Iraq Petroleum Company) usw. sowohl die englische als auch die amerikanische Regierung ein recht aktives Interesse genommen hatten. Daß bei den Abschlüssen der Pariser Vorortverträge die Gesellschaften sich hinter ihre Regierungen gesteckt hatten, um Vorrechte herauszuholen, braucht nicht weiter verwunderlich zu sein. aber späterhin war eine allgemeine Rivalität zwischen den Amerikanern und Briten entstanden, die schärfste Formen angenommen hatte, und unter diesen Spannungen wollten die Amerikaner ihre Ölbasis in Übersee verbreitern; damals waren es weniger militärstrategische Überlegungen als wirtschaftspolitische Angriffslust, die dadurch künstlich genährt wurde, daß man in kurzen Abständen neue Vorratsschätzungen aus Nordamerika veröffentlichte, nach denen die Ölvorräte nur noch zwanzig Jahre reichen würden (also heute die USA. trocken liegen würden). Für die Engländer bedeutete jedoch jeder Einbruch der Amerikaner vor allem in ihr „Glacis von Indien" wie Vorderasien und Südostasien nicht allein eine privatwirtschaftliche Maßnahme, sondern auch eine Handlung von bedingt militärischer Bedeutung. England brauchte zum Schutz seines in allen Erdteilen verteilten Kolonialreiches eine starke Flotte, deren Handlungsfreiheit nur durch eigene Kohlenstationen und in steigendem Maße durch eigene Ölbunker in eigenen Hafenorten gewährleistet werden konnte. Die Bunkerstationen mit Heizöl und Dieselkraftstoff im ganzen Indischen Ozean wurden nun gerade aus Vorderasien und Südostasien beliefert, wo große Raffinerien in der Nähe der Ölfelder entstanden waren.

Vorsorglich hatte die britische Regierung nicht zuletzt auf Betreiben *Winston Churchills* vor dem ersten Weltkriege die Kontrolle über die Anglo Persian (Iranian) Oil Company an sich gebracht, um wenigstens einen Großkonzern — der im Laufe der Jahre Ölgerechtsame, Raffinerien, Bunkerplätze und Transportunternehmer in der ganzen Welt sein Eigen nannte — vollständig zu eigener militärischer Verfügung zu wissen. Die zweite große englische Gruppe, die jedoch infolge ihres starken holländischen und französischen Kapitaleinschlages nicht unbedingt britisch orientiert werden konnte, nämlich die Royal Dutch-Shell, fühlte sich selbstherrlich als Staat im Staate und hat nachweislich auch solche Geschäfte getätigt, die der britischen Regierung gerade aus militärischen Gründen nicht genehm sein konnten. Immerhin ist es zwischen der Londoner Regierung und der RDS anderseits auch zu engen politisch-militärischen Abmachungen gekommen.

---

[1]) Bekanntlich ist die amerikanische Antitrust-Gesetzgebung mehrfach gegen die Standard Oil Company und ihre Tochtergesellschaften angewandt worden: de iure sind die einzelnen Standard-Oil-Gesellschaften (von California, Ohio, New Jersey, New York, Indiana) unabhängig geworden, obwohl sie zum Teil späterhin wieder fusionierten.

Auch in diesem Kriege ist anfänglich die RDS als britisches Instrument zu werten gewesen. Aber nun darf nicht übersehen werden, daß die RDS ein nicht zu unterschätzender Erdölerzeuger in den USA. war und noch ist, daß sich RDS-Aktien auch in amerikanischer Hand befanden, daß Fachleute und Archive aus dem Haag nach Curaçao (und Aruba), den beiden Inseln vor Venezuela, die riesige RDS-Raffinerien tragen, überführt wurden, daß aber Curaçao und Aruba heute unter amerikanischer Kontrolle liegen und schließlich, daß Neuyork Zufluchtstätte eines Teils der Londoner Büros wurde.

Wenn man die Tragödie des Pacht-Leih-Systems verfolgt und ferner die Forderung Amerikas auf Übereignung britischen Aktienbesitzes, und zwar zunächst des in den USA. arbeitenden englischen Kapitals zur Schuldendeckung an Amerika richtig einschätzt — und anderseits aus der Geschichte der Erdölwirtschaft das smarte Vorgehen der Standard-Oil-Direktoren gegen die englischen Ölkonzerne kennt, dann wird man heute die RDS nicht mehr als britisch-holländische Finanzgruppe, sondern als eine angelsächsische Gruppe unter stetig wachsendem amerikanischem Einfluß betrachten. Da die meisten Direktoren der RDS infolge ihrer jüdischen Rassezugehörigkeit weit mehr Sympathien für Amerika haben werden als für England, müssen wir gerade hier einen wirtschaftlichen Prozeß von höchster politischer Bedeutung erwarten, ohne natürlich das geheime Treiben im einzelnen verfolgen zu können.

Die Macht eines Ölkonzerns beruht auf seinen Ölfeldern, auf seinen Raffinerien, seinen Tankschiffen und seiner Absatzorganisation. Die Ölfelder der Royal-Dutch-Shell[2]) in Inselindien (hauptsächlich Borneo, Sumatra und Djava) mit ihren imposanten vollautomatischen Raffinerien sind heute in japanischer Hand. Die nach ihrer Größe und Leistung folgenden Raffinerien von Aruba und Curaçao sind wie erwähnt unter amerikanischer Herrschaft, da die Vereinigten Staaten von Amerika die militärische und wirtschaftliche Kontrolle über ganz Mittelamerika forderten und durch die Stützpunktübertragung (wenn auch nur auf 99 Jahre) sogar erhielten. Der diplomatische Kampf, den *MacKenna* 1922 um Westindien mit Washington so erfolgreich führte, ist durch die heutige Entwicklung gegenstandslos geworden. Die militärischen Einflüsse der Amerikaner in Venezuela, die die Regierung in Caracas nicht abwehren konnte, bedeuten auch, daß die Ölfelder der RDS in Venezuela, die zu ihren reichsten in der ganzen Welt gehörten, nie wieder englisch-holländisch werden. Da über die Absatzorganisation heute kein Wort verloren zu werden braucht, da ganz Ostasien und Europa kein Markt mehr für die RDS-Gesellschaften mit ihrem Muschelzeichen sind, wäre nur noch die Tankerflotte zu erwähnen, die einst 2,3 Millionen BRT. umfaßten; wie viele Shell-Tanker, die noch seetüchtig sind, für amerikanische Rechnung fahren, ist nicht bekannt (die gesamte britische Tankertonnage betrug 1939 nur 3,3 Mill. BRT., die der USA. nur 2,8 Mill. BRT.).

Was sich zwischen der amerikanischen Regierung und den amerikanischen Ölkonzernen einerseits und der britischen Regierung und allein schon der RDS anderseits abgespielt hat, verdient wohl durchaus die Einstufung unter den Begriff „Ölpolitik“ gerade auch im hochpolitischen Sinne.

---

[2]) In Venezuela produzierten die Shell-Gesellschaften vor diesem Kriege rund 11,5 Millionen Tonnen, in USA. fast 8 Millionen, in Inselindien 6,3, in Rumänien 1,5 Millionen Tonnen. Der IPC-Anteil (s. o.) im Irak erreichte etwa 1 Million und ist neben der ägyptischen Produktion, die übrigens heute auch fast eine Million erreichte, noch am ehesten britisch zu nennen. Trinidad (amerikanischer Stützpunkt auf der Insel!), Mexiko (Enteignung!) 1 Million Tonnen. und am Rande Argentinien mit 0,5 Millionen Tonnen sind unwesentlich.

Zahlreiche weitere Belege können nun auch für die französische „Ölpolitik“ gegeben werden, die noch sehr viel enger an die Regierungspolitik geknüpft war als etwa die englische. Frankreich ist ein ölarmes Land (Pechelbronn im Elsaß, das im Weltkrieg von den Deutschen modernisiert war, ferner die Ölschiefer von Autun, sehr wenig aussichtsreiche Felder in Marokko und Algerien war eigentlich alles, was nennenswert war: etwa 100 000 Tonnen gegen einen Friedensbedarf von 7 Millionen Tonnen). Hier mußte die Regierung um der Versorgung von Heer, Flotte und Luftflotte willen, zäh um eine Beteiligung an der IPC, an der Iraq Petroleum Company, mit den Engländern und Amerikanern kämpfen, um wenigstens 2,5—3 Millionen Tonnen herauszuholen. Mit der Mossulfrage (ab 1920) ging bereits das Ringen mit England um das vorderasiatische Öl in verstärktem Grade weiter, indem sogar die Ruhrbesetzung gewissermaßen für Pfandzwecke eine gewisse Rolle spielte. 23,75% Beteiligung am Aktienkapital der IPC und der Bau eines besonderen Ölstranges nach Tripolis im französisch-syrischen Mandatsgebiet bedeutete bereits einen „Sieg“ für Frankreich.

Neben diesen Kämpfen mehr wirtschaftspolitischer Natur spielen nun auch die technisch-wirtschaftlichen Überlegungen und ihre Auswirkungen eine bemerkenswerte politische Rolle.

Die ölarmen Großmächte, zu denen wir neben Frankreich, Deutschland, Italien und Japan auch das Mutterland England rechnen müssen, waren auf die Einfuhr von Übersee angewiesen, wenn wir von kleineren Lieferungen aus dem übrigen Europa und von den Ausweich- und Ersatzstoffen absehen, die noch zu erwähnen sein werden. Die Konzerne und Länder in den liefernden Überseeländern waren zwar gern bereit, Öl zu verkaufen, aber zur Erhöhung ihrer Gewinne möglichst im verarbeiteten Zustande. Die Trennung der Leichtöle von den schweren Ölen, den „getoppten“ oder Rückstandsölen in sog. topping plants, war rein technisch, schon mit Rücksicht auf die Verfrachtung, vertretbar. Aber wenn die großen Raffinerien in Inselindien, in Mittelamerika — wie übrigens auch in Rumänien — nur marktfertige Raffinate liefern wollten, so standen diese privatwirtschaftlichen (und auch zollpolitischen) Forderungen dem Interesse der Industriestaaten entgegen. Zunächst war gewiß für diesen Gegensatz maßgeblich, daß die Industrieländer durch Übernahme der Verarbeitung die Zwischenverdienste selbst einstecken wollten; aber eine andere Überlegung rief die Regierungen auf den Plan: die Lieferung von Fertigwaren, deren Transport und Lagerung, ließ vom militärischen Standpunkt aus schwerste Kritik zu. Die Folge war, daß auf irgendeine Weise, z. T. durch Subventionen, die Großkonzerne veranlaßt wurden, leistungsfähige Raffinerien in das Heimatland zu legen. Am ehesten war das Ziel bei dem regierungseigenen Konzern der Anglo Persian Oil Company (APOC später AIOC) zu erreichen, die zwar in Abadan im Schatt-el-Arab bereits eine große Raffinerie[3]) besaß. APOC baute bald nach dem Weltkriege in England zwei riesige Anlagen, die s. Z. auch zu den größten der Welt gehörten. Eine Anlage kam nach Llandarcy bei Swansea in Wales, die andere

[3]) Das mit den südpersischen Ölfeldern durch eine Rohrleitung verbundene Abadan dürfte heute die größte Erdölraffinerie der Welt sein; die Arbeit geschieht vollautomatisch, ohne daß das Öl in Luftberührung kommt; nur wenige Arbeiter genügen für den Betrieb. Nach Erschließung des neuen Ölfeldes von Gatsch-Seran wurde eine weitere Leitung verlegt. Abadan ist seit vielen Jahren durch sehr starke Abwehr und Fliegerstaffeln geschützt. Abadan soll im Jahre 14 Millionen Tonnen Öl verarbeiten können; neben topped oils werden auch viele Marktwaren geliefert.

nach Grangemouth am Firth of Forth in Schottland. An beiden Orten wurden bedeutende, auch unterirdische Vorratslager angelegt.

Späterhin bauten auch andere Großkonzerne Raffinerien in England, z. B. an die Themseufer bei London, bei Southampton, bei Manchester usw.

Mit noch größerer Energie ging Frankreich an den Bau von Raffinerien, die bei Marseille, Sète, Bordeaux, St. Nazaire, Brest, Le Havre usw., bzw. im Hinterland dieser Hafenorte entstanden und gleichfalls mit großen bombensicheren Tanklagern versehen wurden. Insbesondere die Aussicht auf Rohöl aus dem Irak beschleunigte vor etwa zehn Jahren den Bau einiger Raffinerien.

Die Industrieländer vermochten zwar auch durch zollpolitische Maßnahmen einen gewissen Einfluß auf die Konzerne auszuüben, aber keinen wirklichen Zwang zur Errichtung von Raffinerien; allerdings kam ihnen ab und zu die Wettbewerbslage vor allem zwischen den amerikanischen und englischen Weltgruppen entgegen.

In einer eigenartigen Lage befand sich Japan. Seit dem Weltkriege wurde der Krieg zwischen Amerika und Japan als unvermeidlich prophezeit. Aber Japan mußte den größten Teil seines Bedarfs an Öl gerade aus Amerika beziehen — und erhielt ihn auch, weil die liefernden Standard-Oil-Gesellschaften den ostasiatischen Markt soweit wie möglich abschöpfen wollten und auch der RDS-Gesellschaft Rising Sun of Japan keine Monopolgeschäfte gönnten.

Die Japaner hatten eine bescheidene Produktion von Erdöl im eigenen Lande und Gerechtsame im russischen Sachalin. Dem Aufbau einer nationalen Erdölindustrie waren also Grenzen gesetzt. Die führende japanische Ölgruppe Nippon Sekiju K. K. (Japan-Öl-AG.) legte aber in engster Verbindung mit der Regierung große Lager an und baute auch Raffinerien. Durch das große Erdbeben von 1923 wurden übrigens große Vorräte vernichtet, doch lernte man hieraus für die Zukunft im Hinblick auf die Anlage unterirdischer Tankanlagen.

Die japanischen Maßnahmen waren an sich typisch für ein ölarmes Land, so daß sie hier kurz angedeutet werden mögen.

1. Die geologische Erforschung des Heimatlandes wurde unter Einsatz geophysikalischer Methoden gefördert und ein Tiefbohrprogramm aufgestellt. Selbst auf Taiwan (Formosa) wurden 4000-m-Bohrungen niedergebracht.
2. Die chemische Forschung wurde im Hinblick auf die Verölung von Kohlen, pflanzlichen Stoffen einschl. Algen und Seegras sowie Fischen gefördert. Vor einigen Jahren wurde ein besonders hervorragendes Verfahren der Kohlenverölung von der Universität Kyoto angekündigt.
3. Die schmale Kohlebasis auf den Inseln wurde durch die Kohlenfelder der Mandschurei und Nordchinas erweitert. Deutsche und japanische Verfahren der Kohlenverölung wurden von einer ganzen Reihe von Gesellschaften in großen Anlagen angewandt, die an mehreren Orten entstanden. Die Erzeugung von Kohlenölen in Japan und auf dem mandschurisch-chinesischen Festlande war vor dem Kriege schon erheblich. Dazu kam die Schieferölerzeugung von Fuschun in Mandschu-ti-kuo, die durch Forschungsinstitute in ihren Methoden zu verbessern gesucht wird. Übrigens besitzt auch Mandschu-kuo eigene Kohlenforschungsinstitute.

Aus Kohlen und Ölschiefern werden Benzin, Dieselkraftstoffe und Schmieröle für Motoren aller Art hergestellt. Es gibt Anlagen, die nach dem Fischer-Tropsch-Verfahren der Gassynthese arbeiten; andere Anlagen hydrieren und schließlich wenden über zehn Werke die Tieftemperaturverkokung an (davon eine in Süd-Sachalin).

4. Wie bei uns, bestand Beimischungszwang für Kraftstoffe mit Spiritus, der sowohl im Mutterland als auch besonders auf Taiwan, wo unter tropischen Bedingungen zur Spiritusgewinnung geeignete Pflanzen üppig wachsen, gewonnen wurde.

   Nach der Besetzung Inselindiens dürfte der Spiritus wohl anderen Zwecken zugeführt werden, da nunmehr Überschuß an Erdölerzeugnissen in Japan herrscht.
5. Es wurde auch der Flüssiggasantrieb für Kraftwagen eingeführt.

Auf dem ostasiatischen Festlande ist eine bedeutende Motorisierung zu erwarten, zumal wenn das chinesische Straßennetz noch mehr verbessert wird. Im Laufe weniger Jahre wird der Bedarf an Kraftstoffen (und Heizöl) für Landfahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe auf See und auf den Flüssen derart gestiegen sein, daß die Erdölerzeugung Japans und Südostasiens im bisherigen Umfang nicht ausreichen wird. Über die Steigerungsmöglichkeiten der Förderung in Inselindien und die Aussichten in China, die an sich nicht schlecht zu sein scheinen, läßt sich noch kein zuverlässiges Urteil fällen. Wenn auch Steigerungen wahrscheinlich sind, so wird die japanische Regierung aus Sicherheitsgründen weiterhin darauf dringen, daß die Kohlenverölung beibehalten und sogar gesteigert wird. In dem so außerordentlich kohlereichen China kommt der zweckmäßigen Kohlenveredlung eine große wirtschaftliche Bedeutung gerade für die Zukunft zu. Die Sicherheit der Kalkulation bei Bau und Betrieb der Kohlebenzinanlagen gewährt von vornherein eine erhebliche Überlegenheit über die risikoreichen Erdölbohrungen.

Da für die gesamte „fernöstliche Wohlstandssphäre" eine autoritäre Raumplanung im Aufbau ist, werden Kraftstoffwirtschaft und Ölpolitik auf einer Linie liegen. Der ölpolitische Ausgleich braucht sich jedoch nur innerhalb der Länder des ostasiatischen Großwirtschaftsraumes zu vollziehen, denn dessen Selbstgenügsamkeit in bezug auf Kraftstoffe und Brennstoffe schließt auf diesem Sektor außenpolitische Reibungen vorläufig aus. Japans Lage, die vor diesem Kriege bei einem vollständigen und jahrelangen Lieferboykott aller amerikanischen und englischen Firmen sehr bedenklich hätte werden müssen, ist nunmehr recht erfreulich geworden.

Die Haltung der angelsächsischen Konzerne in Japan scheint zwar die Überzeugung vieler Ölwirtschaftler zu bestätigen, daß es zwar eine Ölpolitik der Regierungen gibt, aber keine Ölpolitik der Konzerne, die allein diesem Begriff Sinn geben würde. Hier in Ostasien spürt man noch die Nachwirkungen der heftigen Preiskämpfe der Royal Dutch-Shell gegen die amerikanischen Gruppen wie Standard Oil Company of New York, of California, ferner die Vacuum Oil und die Texas Oil, die vor einem Jahrzehnt auf allen indischen und ostasiatischen Märkten ausgetragen wurden. Wir wiesen auf die Rivalität der Amerikaner und der RDS bereits hin, aber seit 1937 zeichneten sich bereits Einwirkungen der Washingtoner Regierung auf die Lieferungen nach Japan ab, die mehr und mehr planvollen Tauschcharakter anzunehmen schienen.

Die ölpolitischen Vorgänge spielen sich im Grunde genommen insgeheim ab, was wir mit dem Vorherrschen einiger weniger Großkonzerne begründen können, deren Direktoren ihre Geheimverhandlungen mit den Regierungen der Öffentlichkeit kaum preisgeben werden. In den kapitalistischen Staaten muß eine patriotisch-ölpolitische Haltung der Konzerne — wenigstens in Friedenszeiten — erst durch die Regierungen durch Subventionen oder dergleichen erkauft werden. In den autoritär gelenkten Staaten können die Behörden ihren Einfluß auf die Öl-

gesellschaften unschwer zur Geltung bringen, wie es in Japan durchaus der Fall ist (übrigens in hohem Maße seit jeher der Fall war).

In der Sowjetunion deckte sich natürlich stets Politik und Geschäft. Als Baku in einem unabhängigen Aserbaidschan lag, verkündete zwar *Lenin* ein Elektrifizierungsprogramm, um der Ölnot auszuweichen. Sowie aber die Rote Armee eine gewisse Stärke erreicht hatte, war das Schicksal Bakus besiegelt. Das Erdöl von Baku (sowie von Grosny und Emba) wurde dringend im Lande für Heiz-, Kraft- und Beleuchtungszwecke benötigt (Masut für Bahnen und Flußschiffe, Benzin für Ottomotoren, Petroleum für die Bevölkerung). Nur zu bald wurden jedoch Notexporte organisiert, die Europa wegen ihrer Preiswürdigkeit gern aufnahm und die den Sowjets den Einkauf wichtiger Investitionsgüter ermöglichten. Inzwischen wurde die Ölsuche in allen Gebieten gefördert, die eine gewisse Wahrscheinlichkeit der Ölhöffigkeit boten. Im Dreieck Perm (Molotow) — Kasan — Orenburg wurde ein „zweites Baku" erwartet, das bisher auch steigende Erträge lieferte; ferner wurden in Mittelasien große Ölmengen erhofft. Baku konnte bisher jedoch nicht entthront werden: es liefert immer noch dreiviertel des Erdöls der Sowjetunion, das nun durch zwei Rohrleitungen nach Batum, ferner über Machatschkalé auf einer Leitung nach Rostow und der Ukraine, in überwiegendem Maße jedoch die Wolga aufwärts an Stalingrad vorbei geleitet wurde; von den Umschlagstellen an der Wolga wurde es in der Union verteilt. Die Küste des Kaspischen Meeres bei Gurjew ist so flach, daß man mit Tankern nicht anlegen und deshalb das Bakuöl nicht nach Orsk pumpen kann[4]). Mögen auch in der Sowjetunion große Vorräte lagern, der Russe ist aber kein guter Pfleger von Vorräten, die überdies auch sowieso einmal zu Ende gehen.

Die Bolschewisten waren zwar vorsichtig und haben in Charkow und wahrscheinlich auch in Sibirien die Kohlenverölung studiert, vermutlich auch in Kusnjetsk in Sibirien auf den dortigen großen Kohlenlagern in Gang gebracht.

Die großen Entfernungen zwischen Ural und den Industriestätten von Kusnjetsk (über 2000 km) sowie von den wohl nicht sehr bedeutenden Ölfeldern Mittelasiens (bei Andischan) verbieten eine Entlastung westlich des Urals, wenn das Bakuöl ausfällt.

Zusammenfassend läßt sich folgendes sagen: das umstrittene Südostasien mit seinen Ölreichtümern ist unter japanische Herrschaft gelangt; die mittelamerikanischen und südamerikanischen Felder liegen im Bereich der Machtmittel der USA. Noch zu lösen ist das Problem von Baku und Vorderasien (Irak, Iran, Arabien) — aber mit dessen Lösung wird im Zeitalter der Großwirtschaftsräume die Ölpolitik im alten Sinne uninteressant: man wird dann in der Tat nur von einer Erdölwirtschaft zu sprechen haben. *Karl Krüger*

---

[4]) Die bisherige Leitung ist mit einer Million Tonnen Leistung bereits durch Embaöl besetzt; man hätte aber leicht eine Parallelleitung verlegen können.

Spanien und Europa

Der spanische Staatschef *Franco* hat sich kürzlich erneut und mit Nachdruck zur Zugehörigkeit Spaniens zu Europa und zu der europäischen Mission Spaniens bekannt und die Stellung Spaniens in der Front der nationalen Revolutionen Deutschlands und Italiens gegen das liberal-demokratische und bolschewistische System bestimmt. Spaniens Beitrag ist vor allem sein Kampf gegen den Bolschewismus, den es durch die nationale Erhebung im eigenen Lande niedergerungen hat und dem es in diesem Kriege auf den Schlachtfeldern Rußlands entgegentritt. Der Wille des neuen Spaniens zu einer aktiven Außenpolitik und einer verantwortungsbewußten Teilnahme am europäischen Leben wird auch im 3. Programmpunkt der Falange zum Ausdruck gebracht: „Wir beanspruchen für Spanien einen hervorragenden Platz in Europa. Wir dulden weder die internationale Isolierung noch die ausländische Bevormundung." Diese neue Haltung Spaniens gegenüber Europa hat den spanischen Historiker Juan Beneyto *Pérez*, Professor an der Universität Salamanca, zur Abfassung seines soeben erschienenen Buches: „Spanien und das europäische Problem" veranlaßt, das über die bloße Fachwissenschaft hinaus Beachtung verdient[1]). Die folgenden Ausführungen sollen versuchen, einige Hauptlinien und Hauptergebnisse der Darstellung des Verfassers aufzuzeigen.

Professor Beneyto Pérez behandelt sein Thema nicht in einem Gesamtüberblick der spanisch-europäischen Beziehungen, sondern an einem Teilabschnitt des geschichtlichen Geschehens, der aber besonders geeignet ist, die spanisch-europäischen Zusammenhänge darzulegen. Er verfolgt die Geschichte der Kaiseridee, die in Europa im römischen, karolingischen, altdeutschen und spanisch-habsburgischen Imperium ihre höchste Verwirklichung gefunden hat, und fragt, welche Haltung Spanien zur imperialen Idee eingenommen, wie es auf die Bestrebungen der Universalherrschaft und Vormachtstellung reagiert und sein Verhältnis zu diesem wichtigen Problem der europäischen Geschichte bestimmt hat.

Im römischen Reich, mit dem eine europäische Geschichte beginnt, nahm Spanien eine hervorragende Stellung ein. Von Spanien ging der Kaiserkult aus, Spanien griff als erste Provinz in die römische Politik ein und schenkte Rom in *Trajan* und *Theodosius* bedeutende Kaiserpersönlichkeiten. Mit Trajan begann auch die Teilnahme der Spanier an der Eingliederung neuer Gebiete in das römische Reich. Spanier siedelten sich in Dazien, dem heutigen Rumänien, an und halfen die Ostflanke des Reiches gegen die Einbrüche barbarischer Völker sichern. Im Westgotenreiche trat als Bezeichnung für das Staatsoberhaupt an Stelle des Imperators der Rex, aber an die römische Kaiseridee erinnert die Beifügung von Flavius zum Herrschernamen, wodurch der Besitz der vollen Staatsautorität, wie man sie in Rom gekannt hatte, angedeutet werden soll. In der westgotischen Staatsidee tritt die römische Überlieferung stark hervor. Die

[1]) España y el problema de Europa. Contribución a la historia de la idea de Imperio. Madrid, Editora Nacional 1942. 378 S. 20 pts.

römischen Traditionen leben durch die Vermittlung von Byzanz auch im islamischen Spanien wieder auf. Die Idee eines Kaisers als des Königs über Könige begegnet uns unter den spanischen Muselmanen. *Abderramen III.* nannte sich Kaiser der Muslime.

Während sich Europa im Reiche *Karls d. Gr.* vereinigte und die Idee der Einheit des christlichen Abendlandes im Römischen Reiche Deutscher Nation erneuert wurde, kämpfte das christliche Spanien abgesondert vom europäischen Leben um die Rückgewinnung seines Heimatbodens von den Mauren, die das westgotische Reich vernichtet hatten. Es kümmerte sich nicht darum, daß es jenseits der Pyrenäen einen Kaiser gab, und spanische Könige legten sich selbst den Kaisertitel bei. Nur Katalonien hatte durch seine Verbindung mit der Provence gewisse Berührungen mit Burgund und dem Reiche. Die spanische Kaiseridee erhielt in der Kaiserkrönung *Alfons' VII.* von Leon-Kastilien ihre öffentlich-rechtliche Anerkennung. In dem Kaisertitel nahm das Königreich León, die westgotische Tradition erneuernd, die Idee von der Einheit der Iberischen Halbinsel wieder auf. Spanien wahrte die Freiheit vom Reich und die Selbständigkeit gegen die römische Kurie. Den Kampf gegen die Mauren faßten die Spanier als ihre alleinige Angelegenheit auf und protestierten gegen die Versuche des Papsttums, ihn zu einem allgemein europäischen, christlich-abendländischen Kreuzzug zu machen. In der spanischen Kaiseridee kam aber nicht so sehr die Abschließung von der europäischen Welt als die Behauptung eines eigenen Nationalbewußtseins zum Ausdruck.

Im ausgehenden Mittelalter trat der Anteil der spanischen Reiche an den gesamteuropäischen Angelegenheiten auf den Tagungen der Reformkonzilien hervor. In Konstanz wie in Basel verfochten die Vertreter Kastiliens erfolgreich ihren Vorrang vor den Gesandten Englands. Durch das Ansehen des Bußpredigers San Vicente *Ferrer* wirkte Spanien besonders an der Beendigung des großen Schismas und an dem Sieg der Konzilsidee mit. Eine engere Beziehung zum deutschen Kaisertum stellten Heiratsverbindungen zwischen spanischen und deutschen Herrscherhäusern her. Im Jahre 1219 heiratete König *Ferdinand III.* von Kastilien die Tochter Philipps von Schwaben, des staufischen Gegenkönigs gegen den Welfen *Otto IV.* Aus dieser Heirat leitete dann *Alfons X.* von Kastilien seine Erbansprüche auf das staufische Erbe ab und erstrebte selbst die deutsche Kaiserkrone. Damit griff zum ersten Male eine spanische Macht in die mitteleuropäischen Angelegenheiten ein. Aber der Kaisertraum Alfons' des Weisen wurde nicht zu einer politischen Wirklichkeit. Das Papsttum wandte sich gegen Alfons und setzte die Wahl *Rudolfs von Habsburg* zum deutschen König durch. Schließlich verzichtete Alfons im Jahre 1275 auf die deutsche Krone. Ihn bestimmten dazu vor allem die Rücksichten auf die Maurengefahr. Ehe die Reconquista nicht beendet und die Unterwerfung der nordafrikanischen Küste gesichert und damit Spanien im Rücken frei war, konnte es nicht an große europäische Unternehmungen denken. Aber die Kaiserpolitik Alfons' X. gab den Anlaß, daß Kastilien zum ersten Male mit Truppensendungen in die italienischen Kriege eingriff und damit die spanische Ausbreitung nach Italien einleitete. Gleichzeitig und im Gegensatz zu Alfons X. bereitete Aragon seine Intervention in Italien vor, indem der Sohn des Königs *Jakobs I.* von Aragon, der Infant *Peter*, sich mit Konstanze, der Tochter des Königs *Manfred von Sizilien*, eines Sohnes Kaiser *Friedrichs II.*, vermählte. Als König beanspruchte dann Peter III. von Aragon auf Grund dieser Heirat das staufische Erbe in Unteritalien. Dabei geriet er in den Kampf mit den französischen Anjous, die die römische Kurie gegen das staufische Machtstreben zur

Hilfe gerufen hatte. Durch die Sizilianische Vesper (1282) gewann Aragon die Herrschaft über Sizilien. Der Verf. erläutert dann an einzelnen Beispielen die Einstellung zum Kaisergedanken in der politischen Literatur Spaniens während des Spätmittelalters.

Mit *Alfons V.* von Aragon, der 1442 das Königreich Neapel eroberte und die Insel Sardinien und Korsika unterwarf, lebte der Traum Alfons' X., in Italien Fuß zu fassen, wieder auf. Alfons V. kämpfte für die aragonesische Herrschaft im westlichen Mittelmeer. Seine Pläne reichten darüber hinaus in den östlichen Mittelmeerraum hinein. Nach der Einnahme Konstantinopels durch die Türken (1453) bemühte er sich vergeblich um die Vereinigung der christlichen Fürsten des europäischen Abendlandes zur Wiedereroberung der Hauptstadt des byzantinischen Reiches. In den Jahren 1474—1516, der Regierungszeit der Katholischen Könige *Isabella von Kastilien* und *Ferdinand von Aragon*, vollzog sich ein entscheidender Wandel in der spanischen Geschichte. Aus der Vielheit einzelner unabhängiger Reiche ging die Entwicklung zur Einheit Spaniens. Zugleich begann, anknüpfend an die aragonesischen Überlieferungen, die imperialistische Politik dieses neuen Spaniens. König Ferdinand gewann in Italien das Königreich Neapel, das an eine Nebenlinie des aragonesischen Hauses gekommen war, und begründete mit der Beherrschung Italiens die europäische Vormachtstellung Spaniens. Durch die Heiratsverbindungen mit dem Hause Habsburg wurde das gegnerische Frankreich eingekreist. Spanien übernahm im Mittelmeer die Aufgabe der Kaiser, Christenheit und Kirche gegen die Türkengefahr zu verteidigen. Es ist darum nicht verwunderlich, wenn der Paleologe *Andreas*, der Neffe und Erbe des letzten byzantinischen Kaisers, den Katholischen Königen seine Thronansprüche auf das oströmische Reich übertrug. Aber die Verhältnisse erlaubten den spanischen Herrschern nicht, die byzantinische Kaiserkrone an ihr Haus zu bringen und sie dem europäischen Abendland zurückzugeben. Dafür beanspruchte der russische Großfürst *Iwan III.* durch seine Heirat mit der Paleologin Sophia das Erbe des byzantinischen Kaiserreiches, und Moskau wurde als das 3. Rom bezeichnet.

Nach dem Tode Ferdinands des Katholischen erbte die spanischen Reiche dessen Enkel *Karl V.* Was gab Spanien dem Kaisergedanken Karls V.? Welchen Anteil gewann es an der Regierung des Weltreiches Karls V.? Der Verfasser betont die Einflüsse der spanischen Überlieferungen und spanischen Schriftsteller auf das politische Denken des Kaisers. Spanier wirkten an der Gestaltung der Kaiseridee Karls V. mit. Der Bischof von Badajoz bezeichnete in seiner im Namen Karls V. gehaltenen Ansprache an die Cortes von Coruña Spanien als die „Grundlage, den Schutz und die Kraft aller anderen Reiche" des Kaisers. Spanien wurde zum Mittelpunkt des Weltreiches Karls V., dessen Sinn eine Ordnung Europas durch Sicherung eines allgemeinen und beständigen Friedens und durch die Abwehr der asiatischen Türken ist. Es lieh Karl V. die Kräfte, um die Einheit der europäischen Welt gegen die evangelische Glaubensspaltung und die französische Interessenpolitik zu verteidigen. Es fand sich in Übereinstimmung mit Karl V., weil dieser die Verteidigung der Christenheit als seine höchste Aufgabe erklärte. Karl V. diente in erster Linie der spanischen Tradition, die immer seine wichtigsten Handlungen bestimmte.

In dem nun folgenden Goldenen Jahrhundert (Siglo de Oro) gab sich Spanien mit unvergleichlicher Kraft der doppelten Unternehmung hin, die Neue Welt zu erobern und in der Alten Welt eine einheitliche Auffassung zu erhalten, gegen die sich alle auseinanderstrebenden Kräfte und Tendenzen Europas erhoben hatten. Ausschlaggebend waren hierbei die europäischen Kämpfe. „In

Europa sollte sich unser Schicksal und das Schicksal Amerikas entscheiden: wir verloren Amerika, als wir alle Hoffnung auf Europa verloren hatten" (S. 229). Unter *Philipp II.* ging die unmittelbare Verbindung mit dem Kaisertum wieder verloren, aber die imperiale Idee lebte in Spanien noch mehr als ein Jahrhundert weiter. Für das, was Spanien aus dem Erbe Karls V. verlor, wurde es durch die Angliederung Portugals entschädigt, wodurch ein politisches Vermächtnis der Katholischen Könige wieder auflebte und Erfüllung fand. Die große spanisch-portugiesische Monarchie, in der Portugal seine staatliche und völkische Besonderheit bewahrte, erweckte in Philipp II. die Idee eines überseeischen Imperiums, aber dieser Traum zerbrach an der Niederlage der großen Armada im Kampf gegen England. „Das Scheitern der Angliederung Portugals bedeutet viel mehr als der Verlust der deutschen Kaiserkrone den Zusammenbruch unserer Vormachtstellung" (S. 270). Spanien und Portugal verwirklichten in der Monarchie Philipps II. eine einheitliche Kampffront. Die Bedeutung der spanisch-portugiesischen Vereinigung von 1580—1640 für die europäische Politik näher aufzuzeigen, wäre, das sei hier angemerkt, gerade angesichts der gegenwärtigen spanisch-portugiesischen Annäherung, die zur Bildung eines „iberischen Blockes" hinstrebt, eine lohnende Aufgabe der geschichtlichen Forschung.

Die spanische Stellung zu Europa wird unter den habsburgischen Herrschern dadurch bestimmt, daß diese den Kaiser als Anwalt der Kirche und Schützer der Christenheit weiterhin unterstützen. „Philipp II. wurde zum Vorkämpfer des Katholizismus in Europa" (S. 276). Europa eine feste Ordnung im Geiste des überlieferten katholischen Christentums zu geben und den Frieden unter den christlichen Fürsten zu erhalten, erschien als die Sendung Spaniens in Europa. Spanien stellte seinen religiösen Glauben, seine militärische Kraft und sein amerikanisches Gold zum großen Teil in den Dienst Europas. Eine ausgedehnte politische Literatur des 16. und 17. Jahrhunderts suchte den Vorrang Spaniens vor anderen europäischen Mächten zu beweisen. Spanien ist z. B. nach den Argumenten von Jaime *Valdés* das „Haupt Europas" und der spanische König *Philipp III.* könne mit bestem Recht die Kaiserwürde beanspruchen.

Mit dem Westfälischen Frieden, der den Zusammenbruch Deutschlands wie Spaniens darstellt, hörte Spaniens hartnäckige Hingabe an die Verwirklichung der Kaiseridee auf. Spanien hatte seine Kräfte verausgabt und sich selbst, die Festigung seines eigenen politischen Daseins, vergessen. Es trennte sich seitdem immer mehr von Europa, dessen Einheit sich auflöste. Es behauptete aber trotz aller Ableugnungen seiner Regierungen seinen Lebenswillen, und in einzelnen hervorragenden Spaniern bekundete sich auch in den Jahrhunderten des Niedergangs der imperiale Gedanke. „Dieser Wille Spaniens, von seinen Machthabern abgestritten, ist das Schauspiel, das am stärksten bei einer genauen Betrachtung jener Jahrhunderte anzieht" (S. 362). Der Begriff „Westeuropa", der in der Mitte des 17. Jahrhunderts mit der französisch-englischen Entente gegen die Staaten des habsburgischen Herrscherhauses entsteht und Frankreich die kontinentale und England die maritime Vorherrschaft sicherte, hat die Auflösung Europas unterstützt. „Die Beseitigung dieses Begriffes wird künftig zu einer besseren Verständigung helfen. Über das Papier aller ‚Ententen' und gegen das im Westfälischen Frieden geschaffene Europa papierner Verträge muß der Sieg eines einzigen Gewissens gesichert werden: Die Haltung aus gleichem Fleisch und Blut mit kraftvollem Eifer in den Übungen der Waffen und der Wissenschaften. Gegenüber dem Europa, das sich durch *Ludwig XIV.* und den Utrechter Friedensverträgen gestaltete und zu vielfachen Erbteilungen führte, war das wirkliche Europa auf gemeinsamen Sitten, einheitlichen Obrigkeiten

und dauerhaften Beziehungen begründet" (S. 364). Spanien will sich nicht Parteiungen unterordnen, noch eine abgesonderte Partei sein. Es gibt sich vielmehr Europa hin, weil es in ihm die Einheit sieht, zu der es gehört. „Die Liebe zur Einheit, die Spanien ansieht, fordert ein einziges Europa und ein Europa, das von einem Ideal geleitet wird." Spanien hat sich aus schweren Gefahren befreit, nicht um sich zu isolieren, sondern um der Ordnung zu dienen, die die Welt wiederaufrichten soll. Es wird an dieser Aufgabe mitarbeiten, wie es in seiner Geschichte beigetragen hat, die Einheit und Größe Europas zu festigen. Auch wenn die Waffen sprechen, ist es das „Verdienst der Feder, unsterbliche Gedanken zu verbinden". Und der Verfasser schließt sein Buch mit den Worten: „Hier ist die Aufgabe, die in dieser furchtbaren Stunde den kulturellen Beziehungen der Völker Europas zukommt" (S. 368).

Spanien blickt auf Europa und zerstört damit jenes festhaftende und blendende, aber falsche Vorstellungen weckende und gehässige Schlagwort, daß Europa jenseits der Pyrenäen aufhöre. Aus dem Erleben der Gegenwart öffnet sich eine neue Schau der spanischen Geschichte, wie sie der Verfasser in einigen Perspektiven angedeutet hat und wie sie weiter auszubauen eine große Aufgabe der Geschichtsforschung ist. Über die wissenschaftliche Leistung hinaus ist das Buch von Juan Beneyto Pérez das Bekenntnis eines Spaniers zum Gedanken der europäischen Lebens- und Schicksalsgemeinschaft. *Richard Konetzke*

Köpfe der Weltpolitik

Mihai Antonescu

Zwei Männer geben dem Rumänien von heute das Gesicht: der Staatsführer, Marschall *Ion Antonescu*, und der Stellvertretende Ministerpräsident, Professor *Mihai Antonescu*, der engste und vertrauteste Mitarbeiter des „Conducators", des Staatsführers Rumäniens. Als der Marschall sich im Juni 1941 an die Spitze seiner Soldaten stellte, um sie selbst an der Seite der deutschen Wehrmacht in den „heiligen Krieg" gegen den bolschewistischen Weltfeind zu führen, legte er die Führung der „Heimatfront" und die Leitung sämtlicher Staatsgeschäfte in die Hände Prof. Mihai Antonescus als „Ministerpräsident ad interim", der ausdrücklich die Befugnis erhielt, alle Dekrete über Ernennungen selbst zu unterfertigen und zu erledigen.

In der Person des jungen Professors wurde die Frage der Stellvertretung des rumänischen Staatsführers in der Leitung der Regierungsgeschäfte leicht gelöst. Prof. Mihai Antonescu war bereits lange, bevor er als Stellvertretender Ministerpräsident, Vertreter des Marschalls und „zweiter Mann" in der politischen Führung Rumäniens in das volle Rampenlicht der politischen Weltöffentlichkeit eintrat, der erste Mitarbeiter des Conducators und genoß das volle Vertrauen Marschall Antonescus. Für Rumänien war Prof. Mihai Antonescu lange, bevor er offen in den Vordergrund trat, der „zweite Mann" und im „wörtlichsten Sinn der Erste Ministerpräsident des erneuerten Staates*). Er hat seit dem ersten Tage, da sich der damalige „General Antonescu" im Herbst 1940 entschloß, Rumänien vor dem drohenden Untergang zu

*) Zitat „Donauzeitung" 18. August 1941.

bewahren und die Macht zu übernehmen, den Kampf des Marschalls mitgekämpft. Schon als General Antonescu an die Macht kam und den Exkönig Carol II. zur Abdankung zwang, stand Mihai Antonescu still, von der Öffentlichkeit noch ungesehen, neben dem Marschall und leistete bereits Ministerarbeit, bevor das neue Kabinett gebildet wurde. In der ersten Regierung des Generals Antonescu im September 1940 wurde Prof. Mihai Antonescu Justizminister und übernahm die schwere Aufgabe, die Rechtsgrundlagen des neuen, totalitären rumänischen Staates zu schaffen und festzusetzen. Gleichzeitig mußte die geplante „Rumänisierung" des geistigen und wirtschaftlichen Lebens Rumäniens, das völlig verjudet war, Gestalt gewinnen und, um wirklich wirksam durchgeführt werden zu können, auch einen gesetzlichen Rahmen erhalten. In zahlreichen Gesetzen und Verordnungen wurde in den ersten Tagen und Wochen des neuen Regimes der Grund zum Neuaufbau des Staates und der Erneuerung der rumänischen Verwaltung gelegt, zu einem Großteil das Ergebnis persönlichster Eigenarbeit des jungen Justizministers, der damals schon neben seinem Ministerium als engster Mitarbeiter des Conducators auch im Ministerpräsidium arbeitete, wohin er nach den Ereignissen im Januar 1941 vollständig übersiedelte. Neben der Gesamtleitung der Staatsgeschäfte in Abwesenheit des rumänischen Staatsführers ist Prof. Mihai Antonescu seit dem 30. Juni 1941 auch mit dem Außenministerium und seit längerem bereits auch mit dem Propagandaministerium betraut. Als Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister vertrat er Rumänien auf dem Berliner Kongreß, wo er zum ersten Male mit dem *Führer* zusammentraf, den er im September 1942 nach Besprechungen im Feldquartier des Reichsaußenministers *von Ribbentrop* im Hauptquartier aufsuchte. Von der tiefen Verehrung und Bewunderung für den Führer Großdeutschlands, die Prof. Mihai Antonescu erfüllt, gibt seine Rede Ausdruck, die er an des Führers Geburtstag im Jahre 1941 im Bukarester Rundfunk hielt und die als Broschüre in Rumänisch unter dem Titel „Adolf Hitler. Ein Festtag des deutschen Volkes", in Deutsch „Zu Adolf Hitlers Geburtstag" erschien.

Prof. Mihai Antonescu kommt selbst nicht aus der Politik, sondern wie so viele führende Politiker Rumäniens in der Vergangenheit und in der Gegenwart von einem Universitäts-Lehrstuhl. Mit viel Fleiß, hervorragender Begabung und der für ihn so charakteristischen unermüdlichen Arbeitsenergie — es gibt oft Tage, in denen der Stellvertretende Ministerpräsident Rumäniens das Ministerpräsidium nicht verläßt, sondern Tag und Nacht arbeitet, nur wenige Stunden an seiner Arbeitsstätte schläft, um dann sofort wieder weiterzuarbeiten — hat sich Mihai Antonescu als Werkstudent selbst sein Studium mit Stundengeben und verschiedensten anderen Arbeiten verdient, bis er mit 22 Jahren Assistent für internationales Recht an der Bukarester Handelshochschule wurde und mit 28 Jahren an der Universität zum Doktor der Rechte promovierte. Als Abkömmling eines alten vornehmen Geschlechtes von kultureller und politischer Tradition am 18. November 1904 in der Gemeinde Nucet im Bezirke Arges in der gleichen Gegend, der auch der Marschall Antonescu sowie die bekannte rumänische Politikerfamilie *Bratianu* entstammt, als Sohn eines Richters geboren, verlor Mihai Antonescu bereits in früher Jugend Vater und Mutter und mußte sich als Waise seinen Weg bahnen. Er schildert es selbst als den schwersten Abschnitt seiner Entwicklung, wie er sich nach Beendigung der Schule entschloß, nach Bukarest zu gehen, wo er völlig allein stand und nur die eine Chance hatte, sich durch eisernen Fleiß einen Platz in der lockenden Welt der Wissenschaft zu erkämpfen, den er sich schließlich auch erobert hat. 1927 bereits

Assistent an der Handelshochschule in Bukarest, wurde er 1929 stellvertretender Professor an der Rechtsfakultät der Hauptstadt Rumäniens und 1930 nach der Habilitation und Teilnahme an einem Dozentenwettbewerb für öffentliches internationales Recht Dozent, 1932 Titularprofessor und schließlich 1936 Professor. Er hielt Vorlesungen an der juridischen Fakultät der Bukarester Universität, am Königlichen Institut für Verwaltungswissenschaft, an der Handels- und Industriehochschule und an der Höheren Kriegsschule in Bukarest. Er sah in seinem Lehrberuf nicht ein bloßes Übertragen beziehungsweise Vermitteln von trockenem Wissen, sondern, wie er selbst oft betonte, eine Berufung, eine Aufgabe als Führer der Jugend seines Volkes, der er immer sein und bleiben will, wenn er trotz seiner anderweitigen Arbeitsüberlastung heute noch an der Bukarester Universität liest.

Die wissenschaftliche Tätigkeit Prof. Mihai Antonescus bestand in der Abfassung von Lehrkursen, Büchern, Zeitschriftenartikeln, Vorträgen und Berichten im Rahmen der wissenschaftlichen Institute, denen er angehörte, und der internationalen Kongresse, an denen er teilnahm. Er beschränkte sich nicht auf sein besonderes Fachgebiet: Öffentliches internationales Recht, sondern arbeitete auch auf volkswirtschaftlichem, philosophischem, literarischem Gebiet, wo überall sein revolutionärer Geist neue Probleme gesehen und alten neue Lösungen gegeben hat. Sein Studium, seine Erkenntnisse, sein klarer Blick und seine Menschenkenntnis, seine erstaunliche Arbeitsenergie und große, auch für Rumänien, ein Volk mit vielen ausgezeichneten Rednern, hervorstechende Rednergabe halfen ihm auf seinem Wege in die Politik und in das Ministerpräsidium. Er erwarb sich auf Grund seiner Fähigkeiten, nicht vielleicht, weil er, wie so oft fälschlich angenommen wird, mit dem Marschall blutsverwandt oder gar dessen Bruder ist, seine heutige Stellung. Es besteht keinerlei verwandtschaftliche Bindung zwischen den beiden ersten Männern des Rumänien von heute, die rein zufällig den gleichen Namen führen. Sie stehen sich lediglich in ihrer geistigen und politischen Haltung so nahe, daß der Conducator keinen Augenblick zweifelte, wen er, als er an die Front ging und das Haus vorher bestellen wollte, mit seiner Stellvertretung betrauen sollte. Mihai Antonescu war der Mann, der wie der Marschall zu diesem Krieg und dem neuen Europa stand, der mit ihm die Entscheidung getroffen und Rumänien den Weg an der Seite des Führers und des nationalsozialistischen Deutschland festgelegt hatte. Mit politischem Weitblick sah er bereits 1936 in seinem Buch „Krise des Völkerbundes" den kommenden großen Aufstieg des Reiches und schrieb: „Frankreich wird sich entschließen müssen, ob es mit oder ohne Deutschland gehen will. Wenn England begreift, daß in den historischen Vorgängen, die sich vor unseren Augen abspielen, nicht nur die Geschichte Europas entschieden wird, sondern auch die des englischen Weltreiches, dann wird es sich den Anstrengungen Frankreichs und der anderen europäischen Staaten anschließen und mit zur Neuordnung des Kontinentes schreiten. Wenn es das nicht tut, dann wird Frankreich zu wählen haben, ob es mit England zusammen das Ende seiner Macht und seines europäischen Ansehens wagen oder ob es getrennt von England seinen eigenen Weg gehen will!" — „Kommt die europäische Zusammenarbeit nicht zustande", heißt es weiter, „dann wird Deutschland gewinnen. Seine Aktion wird sich in unbegrenztem Maße entfalten. Auf die Schwäche der anderen bauend, wird Deutschland einen entscheidenden Krieg führen, nach dessen Abschluß es eine pax germanica diktieren wird. Europa wird dann zu einem germanischen Kontinent ...". In einer Unterredung mit deutschen Schriftleitern im September 1941 sagte der rumänische Vizeminister dann: „Der Führer hat heute den Schritt

vom gesunden und schöpferischen Germanentum zum geistigen Oberhaupt der Zivilisation getan. Bis heute hat er durch Deutschland und für Deutschland gearbeitet; von nun an wirkt er für die ganze Welt und insbesondere für Europa. Ich frage mich, ob es heute noch Ideologen gibt, die über ihren Kampf für die Zivilisation gegen Deutschland sprechen, heute, da Deutschland und sein Führer ausschließlich für die Zivilisation Europas und die vom Kommunismus zu befreiende Welt streiten, indem sie das Schlangennest im Keim vernichten. Wer unter denjenigen, die demnächst dem Kommunismus zu Hilfe eilen werden, kann heute noch den Titel eines Verteidigers der Zivilisation beanspruchen?" „Der General" — Staatsführer Ion Antonescu —, erklärte Mihai Antonescu in einer anderen Unterredung im August 1941, „und wir alle sehen im Führer den Mann. der das neue Europa schaffen wird. Darum kann Adolf Hitler felsenfest auf uns bauen. Die Basis dieser Neuordnung wird der Nationalsozialismus sein. denn er ist das Ergebnis einer hundertjährigen gedanklichen und weltanschaulichen Entwicklung Europas."

Das Rumänien Marschall Antonescus hat sich in diese Entwicklung eingereiht und mit der Beteiligung am Krieg gegen die Sowjets seinen Eintritt in das neue Europa vollzogen. „Dieser Krieg", sagte Mihai Antonescu zu Beginn des „heiligen Krieges" Rumäniens am 22. Juni 1941, „ist ein Akt des rumänischen Eintrittes in das Leben der aktiven Kräfte Europas und in den Aufbau der zukünftigen Welt." Der stellvertretende Ministerpräsident Rumäniens, Professor Mihai Antonescu, blieb nicht bei seinen theoretischen Erkenntnissen stehen, sondern setzte sie auch in die Tat und hat entscheidend mit dazu beigetragen, daß Rumänien heute fest und endgültig an der Seite des Deutschen Reiches steht, so wie Rumäniens Soldaten an der Seite der deutschen Kameraden überall im Osten im Kampfe stehen. *Lothar Rossipaul*

Wissenschaftliche und politische Werke Prof. M. Antonescus

Wissenschaftliche Arbeiten:

„Das rumänische Agrarregime und die Frage der ungarischen Optanten". Rumänisch, Druckerei „Romania Noua" Theodor I. Voinea, Bukarest 1928.

„Die Friedensorganisation und der Völkerbund". Rumänisch, 1. Bd. Druckerei der Genieschulen, Bukarest 1929; 2. Bd. Druckerei „Munca Grafica". Bukarest 1932; 3. Bd. Druckerei „Munca Grafica", Bukarest 1932.

„Internationales Verwaltungsrecht". Rumänisch, 1925.

„Elemente des öffentlichen Internationalen Rechtes". Druckerei „Curierul Juridic". Bukarest 1930.

„La vie internationale de la Roumanie". Erschienen in der Sammlung „La vie juridique des peuples", Roumanie. Paris 1938.

„Essai de détermination méthodologique du droit administratif international." Extrait du Mélanges, Paul Negulescu. M. O. Imprimerie Nationale. Bukarest 1935.

„Respect des Engagements internationaux". La Sécurité collective. Institut de Coopération Intellectuelle. Société des Nations. Paris 1936.

„Le fondement de la Société des Nations et la crise de cet organisme". Extrait de la Revue Internationale Française du Droit des Gents, 1936, 2. Bd. Seite 217—253.

„Fremde juridische und Schiedsgerichtsentscheidungen in Rumänien". Rumänisch, Druckerei „Curierul Judiciar". Bukarest 1936.

„Die Krise des Völkerbunds". Rumänisch im Huldigungsband für G. Meitani. Bukarest 1936.

„Vorlesung über internationales Privatrecht". Rumänisch, gehalten an der Bukarester Rechtsfakultät, litographiert, 1937.
„Die Außenpolitik Rumäniens". Rumänisch, Bukarest 1937.
„Die Probleme des europäischen Friedens". Bukarest 1937.
„Qu'est-ce que la Revision des traités Internationaux". Auszug aus „Revista de Drept Poublic" Nr. 3, Juli—September 1937. Institut für graphische Künste „Marvan". Bukarest 1937.
„Was ist und was kann die Revision der internationalen Verträge sein". Rumänisch, Bukarest 1937.
„La Roumanie d'après guerre". Etudes Centro-Européennes. Prag 1937.
„La petite Entente et L'équilibre européen". Paris 1938.
„Erweiterte Vorlesung über öffentliches Internationales Recht". Rumänisch. Vorlesung für den Doktorandenkursus für Nationalökonomie der Bukarester Rechtsfakultät im Schuljahr 1938—1939. Litographierte Ausgabe 1939.
„L'enseignement universitaire des relations internationales". Auszug aus „Annales de la Faculté de Droit de Bucarest" Nr. 2 und 3, Juni—September 1939. Typographies Roumaines Réunies AG., Bukarest.
„Nationalité dans la Nouvelle Constitution Roumaine". Extrait du Bulletin 1939 de la Société de Legislation Comparée Roumaine Druckerei „Corierul Judiciar". Bukarest.
„La Rome antique et l'organisation internationale". Auszug aus der Huldigungsschrift für C. Stoicescu. Bukarest 1940.
„L'organisation internationale du point de vue juridique" (1919—1940). Auszug aus der Zeitschrift „Revista de Drept public" Jahrgang 15, Nr. 1—2, 1940 „Marvan". Bukarest.
„Im Dienste rumänischer Justiz. 4 Monate Tätigkeit am Justizministerium. Die Reform der rumänischen Justiz". Zentraldruckerei Bukarest 1941.
„Für Bessarabien und die Bukowina". Wegweiser für die Verwaltung der befreiten Gebiete. Rumänisch, Bukarest 1941.

Politische Schriften:

„Der Heilige Krieg", Rundfunkrede vom 22. Juni 1941. Rumänisch, Nationaldruckerei, M. O., Bukarest 1941.
„Rumäniens heiliger Krieg". 1941.
„Huldigung für die Helden des Befreiungskampfes". 27. Juni 1941. Rumänisch, Bukarest 1941.
„Der Tag des Sieges". Rundfunkansprache zur Feier des Einzuges der rumänischen und deutschen Truppen in den Hauptstädten der befreiten Provinzen. Rumänisch, 19. Juli 1941. Rundfunkansprache an die Verwundeten 21. Juli 1941. Gedruckt in der Staatsdruckerei. Bukarest 1941.
„Bessarabien rächt sich". Rumänisch, Staatsdruckerei, Bukarest 1941.
„Adolf Hitler. Ein Festtag des deutschen Volkes". Rundfunkrede im Bukarester Sender, 20. April 1941. Staatsdruckerei Bukarest 1941, in Rumänisch.
Dieselbe deutsch unter dem Titel „Zu Adolf Hitlers Geburtstag".
„Pro Germania". Rumänisch, Bukarest 1941.
„Pro Italia". Italienisch, Bukarest 1942.
„Für den Vaterboden". Rede gehalten in der Bukarester Rechtsfakultät anläßlich der Vollversammlung des Klerus und der Lehrerschaft am 19. März 1942. Rumänisch, Staatsdruckerei, Bukarest 1942.
„Warum wir kämpfen". Bukarest 1942.
„Perché lottiamo". Bukarest 1942.

Das Reich und Europa

Dieser Krieg ist, so deutete kürzlich der Präsident der Akademie von Italien, Exz. *Luigi Federzoni*, in einem Vortrag vor dem Faschistischen Kulturinstitut den tieferen Sinn des gegenwärtigen Ringens, „mehr als ein ideologischer Krieg geworden. Er ist nunmehr der Krieg der Kontinente. Nicht allein die politische und moralische Hegemonie Europas als der unerschöpflichen Mutter einer tausendjährigen Kultur, sondern das Leben selbst dieses Kontinentes ist unmittelbar bedroht ... Vom Osten und vom Westen drohen zwei furchtbare Gefahren: die der Unterdrückung jeder menschlichen Würde in einem bolschewistischen Kerker und die des Herabsinkens der europäischen Völker zu einer Kolonie der amerikanischen Plutokratie."

Das Reich und Europa stehen gerade am Beginn des neuen Jahres in einem überaus schweren Abwehrkampf, der uns erneut die ungeheure Gefahr zum Bewußtsein bringt, die Europa droht. Die Schwere und Härte dieser Kämpfe besonders an der Ostfront zeigen, daß es der geeinten Kraft des deutschen Volkes und seiner Verbündeten bedarf, um dieser Gefahr Herr zu werden. Die große Probe der Abwehr in diesem zweiten Winter ist nicht nur eine militärische, sondern ebensosehr eine Bewährungsprobe der an diesen Kämpfen beteiligten Völker. Die Völker Europas wissen: „Nicht Massen und Material werden", wie Reichsminister *Dr. Frick* in einer Rede auf dem großen Erinnerungstreffen in Lemgo anläßlich des 10. Jahrestages des Wahlsieges von Lippe erklärte, „die Entscheidung in diesem Kampf bringen, sondern siegen werden schließlich die härteren und stärkeren Herzen". Sie zweifeln nicht daran, daß der deutsche Soldat genau so wie im vorigen Winter auch in diesem Winter die große Probe bestehen wird. Denn er ist sich bewußt, daß diese Probe des totalen Einsatzes den Ausgang des Krieges und damit das Schicksal Europas für Jahrhunderte entscheidet. „Der Winter mag", so erklärte der *Führer* in seinem Neujahrsaufruf an das deutsche Volk, „schwer sein. Härter wie im vergangenen Jahr kann er uns nicht treffen. Nach ihm aber kommt die Stunde, da wir unter Zusammenfassung aller Kraft wieder antreten wollen, um der Freiheit und damit der Zukunft und dem Leben unseres Volkes zu nützen. Einmal wird dann in diesem Kampf eine Macht als erste stürzen. Daß dies nicht Deutschland ist, das wissen wir. Das deutsche Volk wird dieses Mal als letztes den Kampfplatz behaupten. Es wird dann endlich jener lange Friede kommen, den wir ersehnen zum großen Aufbau unserer Volksgemeinschaft und damit als einzig würdigen Dank für unsere toten Helden."

In der gleichen Botschaft legte der Führer noch einmal die Verantwortlichkeit der sogenannten Demokratien am Ausbruch dieses Krieges fest. „Ganz gleich, unter welchen Motiven sie diese Kriege aber angefangen haben, der innere Grund war stets der gleiche: Haß gegen ein starkes Deutsches Reich als Schutzmacht Mitteleuropas, Ablehnung der Lebensansprüche des deutschen und italienischen Volkes und nicht zuletzt ein allgemeines kapitalistisches Interesse am Krieg überhaupt." An dieser Feststellung wird auch der lahme Entschuldigungsversuch *Roosevelts* in seinem „Weißbuch" nichts mehr ändern. Das dokumentarische Material über Roosevelts Kriegsschuld ist so umfangreich, daß es sich erübrigt, an dieser Stelle näher darauf einzugehen. Es braucht nur auf die jüngste Kongreßrede Roosevelts verwiesen zu werden, die wiederum zur Genüge die Kriegsschuld und die imperialistischen Ziele der USA. bestätigt. Als Haupt-

urheberin dieses Krieges aber bezeichnete der Führer das internationale Judentum. Denn „das Bündnis zwischen den erzkapitalistischen Staaten des Westens oder gar von Amerika mit dem verlogenen sozialistischen Scheinregiment des Bolschewismus ist nur denkbar aus dem Grunde, weil die Führung in beiden Fällen in den Händen des internationalen Judentums liegt, auch wenn die nach außen hin sichtbaren Persönlichkeiten dem scheinbar widersprechen“.

In diesem Krieg wird es, wie der Führer in seinem Tagesbefehl an die Wehrmacht betonte, keine Kompromisse mehr geben. Deutschland ist entschlossen, diesen gewaltigsten Kampf der Weltgeschichte nur mit einem klaren Sieg zu beenden. „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß am Ende dieses Kampfes der nationalsozialistische Staat als ein unerschütterlicher und unzerstörbarer Block in Europa bestehen wird.“ Die uns befreundete Welt weiß heute bereits, daß das nationalsozialistische Deutschland durch den totalen Einsatz seiner Volkskraft zum Garanten für die Zukunft der jungen Völker Europas geworden ist.

Die absolute Siegeszuversicht findet auch in den Botschaften und Ansprachen, die anläßlich der Jahreswende an die mit Deutschland verbündeten Völker gerichtet wurden, ihren unmittelbaren Ausdruck, ebenso das werdende europäische Gemeinschaftsgefühl, das in den Schlachten an der Ostfront mehr und mehr erhärtet wird.

Wenn unsere Gegner heute noch in dem Wahn leben, daß die europäische Front durch die harten Winterschlachten im Osten irgendwie erschüttert werden könnte, so werden sie bereits in nicht allzu ferner Zeit erkennen, daß gerade der von den Völkern Europas gemeinsam geführte Kampf gegen die außereuropäischen und europafeindlichen Mächte — mag er auch noch so schwer sein — den Prozeß der europäischen Einigung nur noch verstärkt. Die wachsende europäische Solidarität läßt sich auch in dieser Berichtsperiode an einer Reihe von politischen Ereignissen und Vorkommnissen ablesen, die zum Teil von hochpolitischer Bedeutung sind. Hierher gehört in erster Linie der Besuch des rumänischen Staatsführers, des Marschalls *Antonescu*, im Führerhauptquartier. An den Besprechungen, die sich, wie es in der amtlichen Verlautbarung hieß, „auf alle Fragen des Kampfeinsatzes der beiden Völker und die entschlossene Fortführung des Krieges gegen die gemeinsamen Feinde bis zum totalen Sieg“ erstreckten und in denen die „volle Übereinstimmung der Auffassungen über die weitere Kriegführung auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet“ festgestellt wurde, nahmen von deutscher Seite der Reichsminister des Auswärtigen *von Ribbentrop*, von rumänischer Seite der Stellvertretende Ministerpräsident *Mihai Antonescu* teil. Ebenfalls stattete der bulgarische Kriegsminister, Generalleutnant *Michoff*, der sich auf einer längeren Besichtigungsreise in Deutschland befand, dem Führer einen Besuch ab. Ferner empfing der Führer in seinem Hauptquartier in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop und des Leiters der Parteikanzlei, Reichsleiter *Bormann*, den spanischen Parteiminister *José Louis de Arrese*, mit dem er eine längere Aussprache im Geiste der aufrichtigen Freundschaft zwischen Deutschland und Spanien hatte. Reichspressechef *Dr. Dietrich* empfing in Berlin den Vizesekretär der spanischen Falange für Presse und Propaganda, *Arias Salgado*, sowie führende spanische Journalisten, die im Zusammenhang mit dem Besuch des spanischen Parteiministers ebenfalls nach Deutschland gekommen waren. Kroatiens Mission in der neuen europäischen Gemeinschaft wurde anläßlich des Besuches des kroatischen Finanzministers *Dr. Kosak* in der Reichshauptstadt noch einmal unterstrichen.

Die schicksalhafte Verbundenheit der germanischen Völker und ganz Europas wurde in einer Rundfunkansprache an das norwegische Volk erneut von Minister *Fuglesang*, dem neuen Chef des Departements für Kultur und Volksaufklärung, zum Ausdruck gebracht. Der Minister wies darauf hin, daß auch Norwegens Leben und Dasein von dem Schicksal Europas abhänge, und betonte, daß eine Niederlage Europas Norwegens Bolschewisierung und Untergang bedeuten würde. In Gent bezeichnete der Leiter des Flämischen Nationalverbandes, *Dr. Elias*, der Nachfolger des kürzlich verstorbenen *Staf de Clerqc*, als Ziel seiner Bewegung, zu einem politischen Faktor zu werden, der im historischen Augenblick im Namen des flämischen Volkes auftreten könne. Die flämische Bewegung habe nie eine starre Ideologiepolitik geführt. Deshalb verfolge sie heute auch einen anderen Kurs als die Aktivisten im vorigen Krieg. Es gehe heute nicht mehr allein um Fragen des Volkstums, der Sprache usw., sondern um den Bestand Europas und des germanischen Reiches. Die Zeit der Kleinstaaterei sei endgültig vorbei. In Brüssel erklärte der Rexistenführer *Léon Degrelle*, der als Leutnant in der Freiwilligenlegion „Wallonie" im Osten kämpfte, daß das Glück des wallonischen Volkes künftig nicht mehr von dem des Reiches zu trennen sei. „Man soll wissen, daß wir bereit sind, in der großen germanischen Einheit, die morgen geschaffen wird, unseren Platz einzunehmen, daß wir das Erbe des Abendlandes mit Stolz und Edelmut erhalten wollen. Unser kleines Vaterland ist der Westen, unser großes Vaterland ist die germanische Gemeinschaft, für deren Schutz unsere Kameraden gefallen sind." Auch er wies darauf hin, daß jedes Volk sich seinen Platz in der Zukunft durch die Teilnahme an dem großen europäischen Freiheitskampf selbst erkämpfen müsse.

Während das Reich und Europa in diesem Krieg immer mehr zu einer unzertrennbaren Einheit zusammenwachsen, die in der positiven Zielsetzung der Politik und Kriegführung ihre Wurzeln hat, stellt die angelsächsisch-bolschewistische Mächtekoalition nur eine Einigkeit im Negativen dar. Sie ist sich lediglich einig in dem gemeinsamen Wunsch, den Gegner zu vernichten. Die Dreierpaktmächte dagegen bilden auf Grund der Gemeinsamkeit ihrer Lebensinteressen, ihrer günstigen geopolitischen Lage, ihrer positiven Kriegsziele und nicht zuletzt auch auf Grund der Ähnlichkeit und inneren Verwandtschaft ihrer politischen und weltanschaulichen Systeme eine wirkliche Kampfgemeinschaft, die den gegenwärtigen Krieg überdauern und zum Ausgangspunkt für eine spätere Friedensgemeinschaft werden wird. Die Gemeinsamkeit der Kriegsziele der Dreierpaktmächte und ihre Solidarität im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Schau der Zukunft zeigt sich am deutlichsten in den kürzlich in Berlin und Rom unterzeichneten Wirtschaftsverträgen zwischen Deutschland und Japan einerseits, Italien und Japan andererseits. „Diese Verträge, die die gleiche Geltungsdauer wie der Dreimächtepakt haben und diesen in wirtschaftlicher Hinsicht ergänzen, stellen", so hieß es in der offiziellen Mitteilung aus dem Führerhauptquartier, „eine kraftvolle weitere Ausgestaltung des Paktes der drei verbündeten Nationen dar. In konsequenter Fortsetzung der politischen Grundidee dieses Bündnisses der drei Großmächte auf längste Sicht wird nunmehr in umfassenden Verträgen eine großzügige Wirtschaftsplanung vorgenommen. Damit werden die Großwirtschaftsräume Europas und Ostasiens mit allen ihren Kräften für den totalen Krieg gegen unsere Feinde zum vollen Einsatz gebracht. Gleichzeitig wird mit diesen Verträgen für die Nachkriegszeit die Grundlage für die dauernde wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsgroßräumen gelegt." Der Abschluß dieser epochemachenden Verträge be-

deutet die totale Mobilisierung zweier Großräume. „Damit ist", wie Reichsaußenminister von Ribbentrop anläßlich der Vertragsunterzeichnung in einem Telegrammwechsel mit dem japanischen Außenminister *Tani* erklärte, „eine weitere Garantie für unseren Endsieg und die Grundlage für die Neugestaltung unserer beiderseitigen Wirtschaftsräume für die kommende Friedenszeit geschaffen."

Im Glauben an den Sieg der Dreierpaktmächte hat nun auch das China *Wangtschingweis* seine Position in diesem Weltkampf bezogen und den angelsächsischen Mächten den Krieg erklärt. Der Kriegseintritt Nationalchinas und der gleichzeitige Verzicht Japans auf seine Exterritorialrechte in China ist ein weiterer Beweis für die wachsende Solidarität der Völker Ostasiens im Kampf gegen den anglo-amerikanischen Imperialismus. Der Kampfblock Ostasien, gebildet durch die japanisch-chinesische Einheitsfront, und die Festung Europa stehen nunmehr im totalen Kriegseinsatz. „Nie stand — mit diesen Worten wies Reichsminister *Dr. Goebbels* in seiner Silvesteransprache an das deutsche Volk auf das gewaltige Kriegspotential der Dreierpaktmächte hin — eine so mächtige Koalition wie die unsere in einer derartigen Geschlossenheit im Kampf gegen die Weltunterdrücker. Wie in Ostasien, so sind in Europa die Kräfte der seelischen und materiellen Wiedergeburt der jungen Völker am Werke. Dieser Krieg wird enden mit der Neuordnung der Welt, nach der die gequälte Menschheit sich seit Jahrzehnten sehnt."

---

31. Dezember

Silvesteransprache Dr. Goebbels'.

1. Januar

Neujahrsaufruf des Führers — Rundfunkbotschaft des norwegischen Ministers Fuglesang.

6. Januar

Kongreßrede Roosevelts.

7. Januar

Vortrag des Präsidenten der Akademie von Italien, Federzoni, über die Stellung und die geistigen Aufgaben Italiens im gegenwärtigen Krieg vor dem Faschistischen Kulturinstitut.

8. Januar

Empfang des bulgarischen Kriegsministers Generalleutnant Michoff im Führerhauptquartier.

9. Januar

Kriegseintritt Nationalchinas.

10. Januar

Empfang des rumänischen Staatsführers Marschall Antonescu im Führerhauptquartier.

15. Januar

10. Jahrestag des Wahlsieges der NSDAP. in Lippe.

15.—19. Januar

Aufenthalt des kroatischen Finanzministers Dr. Vladimir Kosak in der Reichshauptstadt.

17. Januar

Rede des Leiters des Flämischen Nationalverbandes, Dr. Elias, in Gent — Rede des Rexistenführers Léon Degrelle in Brüssel.

19. Januar

Empfang des spanischen Parteiministers José Louis de Arrese im Führerhauptquartier.

20. Januar

Wirtschaftsabkommen Berlin-Rom-Tokio. F.

Bücher des Monats

Geschichte Rußlands

Karl Stählin, Geschichte Rußlands. 4 Bde (zwei Teile). Königsberg/Pr. 1939: Osteuropa-Verlag. 596 + 540 Seiten.

Ernst Seraphim, Führende Deutsche im Zarenreich. Berlin 1942: Junker und Dünnhaupt Verlag. 455 Seiten.

Ein Vergleich der Absichten, die den hier anzuzeigenden Werken zugrunde liegen, zeigt deutlich — fast überdeutlich — unsere Lage auf dem Gebiete der Ostforschung. *Stählin* ging bei der Abfassung seiner Gesamtdarstellung von den folgenden zwei Hauptfragen aus:

1. Wie ist das Zarenreich als europäische Großmacht entstanden?

2. Wie erklärt sich der vollständige Zusammenbruch? Die Beantwortung der ersten Frage machte eine sorgfältige Schilderung der russischen Außenpolitik und insbesondere der sogenannten „Sammlung" der „russischen" Gebiete notwendig. Ganz im Sinne der moskauzentrischen Geschichtsauffassung wird die Entwicklung der einzelnen Fürstentümer von der Kiewer Periode an geschildert, alle Geschichtsströme münden dann in die moskauische Geschichte ein. Moskau wird Rußland. Erfolge und Mißerfolge der zaristischen Außenpolitik erklären dann die Stellung Rußlands im europäischen Staatensystem. Für die Zeit seit Alexander II., die im 4. Band behandelt wird, entsteht so ein Bild des politischen Geschehens, das auf wohlabgewogenen Einzelurteilen und gründlichen Vergleichserwägungen beruht. Die zweite Frage, die das Thema des 4. Bandes weitgehend bestimmt, zwang zu stärkerer Berücksichtigung der Innenpolitik, insbesondere zur Behandlung der Bauernfrage und der revolutionären Bewegungen. Auch hier besticht Stählin durch seine sorgfältig abgestimmten Urteile. In Hinblick auf die angedeuteten Fragenkreise verdient das Werk also volle Anerkennung: verglichen mit der im Urteil oft unsicheren Vorstellung *Erdmann Hanischs* (Geschichte Rußlands, 2 Bde, Herder & Co., Freiburg 1940) besitzen wir im Stählin ein Geschichtswerk von dauerndem Wert.

Seraphims Buch sammelt die bisher so zerstreuten Nachrichten über die Rolle der Deutschen im Zarenreich und gibt in einer Fülle von Einzelabschnitten Kenntnis von der großen Bedeutung, die die Deutschen und Deutschstämmigen in der Geschichte des Zarenreichs seit dem 18. Jahrhundert gehabt haben. Seraphim bringt nicht nur Biographien bestimmter Persönlichkeiten, sondern versucht auch, das Schicksal der deutschen Führungs*schicht* (z. B. in der Verwaltung, am Zarenhofe, in der Armee, im kulturellen Leben) im Ablauf der russischen Geschichte zu begreifen. Stellt man sich zu dem umfangreichen Werke ein Personenregister zusammen, so erhält man ein für jede ostgeschichtliche Forschung unentbehrliches Namensverzeichnis.

Die beiden Werke, die hier anzuzeigen sind, verdienen somit unbedingt Anerkennung. Und doch genügen sie nicht.

Die Geschichte des Zarenreichs — und das ist gegen Stählin einzuwenden — kann nicht lediglich von den beiden Fragen her gesehen werden, die wir andeuteten. Stählin behandelt zwar auch kultur- und geistesgeschichtliche Fragen, geht aber auf die völkergeschichtlichen Probleme kaum ein. Die Anlehnung an die moskauzentrische Geschichtsauffassung hinderte den verstorbenen Berliner Historiker an der Weiterverfolgung der „ukrainischen" (reußischen), tatarischen, kaukasischen, finnländischen, weißruthenischen Geschichte, d. h. der Geschichte der nicht moskauischen Kulturbezirke und Völker nach ihrer Eingliederung in das Moskauer Reich. Das wirkt sich vor allem bei der Darstellung des 19. Jahrhunderts aus: die Mitteilungen über das Erwachen des Nationalbewußtseins bei den verschiedenen Völkern des Zarenreiches sind in jeder Hinsicht unzureichend. Die Überbetonung des außenpolitischen Faktors hatte schon im 18. Jahrhundert zu einer Verzeichnung geführt, die mit der Wertung *Peter des Großen* zusammenhängt. Peter bezeichnet gemäß einen Einschnitt in der europäischen Geschichte Rußlands, für die innere, insbesondere die soziale Geschichte des Zarenreiches kann jedoch von einer Epochenbildung keine Rede sein. Die sogenannte Europäisierung, militärisch und politisch-organisatorisch von deutschen, kulturell von ukrainischen Kräften getragen, blieb auf die Bereiche des staatlichen Lebens beschränkt. Bedingt war sie durch militärische Notwendigkeiten: der Kampf gegen Schweden machte die Mobilisierung aller für den Krieg wichtigen Kräfte unerläßlich. Das Schicksal der breiten Masse wurde jedoch nicht geändert. In sozialgeschichtlicher Hinsicht blieb das russische Mittelalter bis fast in die Gegenwart hinein bestehen.

Es ist fraglich, ob man überhaupt von einem russischen „Volke" sprechen kann. Im Sinne der Deutschen oder etwa der Schweden sind die Russen *nie* „Volk" gewesen. Deshalb ist auch eine russische *Volks*geschichte kaum möglich. Im Rahmen der Geschichte des Zarenreiches gibt es jedoch die Geschichte verschiedener Bevölkerungsgruppen russischer, ukrainischer, tatarischer usw. Zunge, die uns heute besonders interessieren. Das 19. Jahrhundert bringt die ersten Ansätze eines Nationalbewußtseins bei diesen Bevölkerungsgruppen, das sich teilweise mit dem Reichsbewußtsein der Führungsschicht verbindet, oft aber auch gegensätzlich entwickelt. Dies Wechselspiel zwischen dem Reichsbewußtsein der — stark deutsch bestimmten — Führungsschicht, den Gesellschaftsidealen der *intelligentsia* und dem — oft sehr dumpfen — Volksbewußtsein der anderssprachigen Bevölkerungsgruppen ist jedoch das eigentliche Thema der Verfallszeit des Zarenreiches. Die soziale Frage wirkt dabei stets als Katalysator für die politischen Vorgänge. *Diese* Problematik, die uns den Weg zur Deutung des modernen Problems „Rußland" eröffnet, wird jedoch bei Stählin nicht gesehen. Wir sind gewiß skeptisch gegenüber den zahlreichen Legenden, die z. B. in der ukrainischen Geschichtsschreibung bei der Darstellung des 19. und 20. Jahrhunderts eine Rolle spielen, *daß* es aber eine ukrainische Bevölkerungs- und vielleicht auch Nationalgeschichte in diesem Zeitabschnitt gibt, kann nicht bestritten werden. Daß *Iwan Kotlarewskyj* mit seiner Travestia der „Aeneis" nicht erwähnt wird, mag hingehen, weil dieser Dichtung *nicht* die epochemachende Bedeutung zufällt, die ihr einige ukrainische und deutsche Publizisten andichten. Daß aber *Schewtischenko* lediglich kurz im Zusammenhang der Schilderung oppositioneller Zirkel erwähnt wird, zeigt deutlich die Schwäche des vierbändigen Werkes von Stählin. Das Gesamtwerk leidet eben darunter, daß von Anfang an den rassen- und bevölkerungsgeschichtlichen Fragen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Daß sich diese Schwäche besonders deutlich bei der Schilderung des ersten Weltkriegs zeigen mußte, leuchtet ein. Das Schlußkapitel des 4. Bandes ist deshalb fast gänzlich unbrauchbar. Es ist geradezu typisch, daß Stählin als Schlußfrage die bekannte Frage russisch-orthodoxer Theologen widerholt: Wird in dem Konflikt des Glaubens und des Unglaubens der Glaube noch einmal siegreich sein? Damit erfahren der Bolschewismus und die letzten 25 Jahre der Geschichte „Rußlands"

eine Deutung, die gewiß einem russisch-zaristischen Religionsphilosophen gemäß wäre, bei einem deutschen Historiker jedoch überrascht. Der Bolschewismus ist eben nicht bloß „der russische Ausläufer unserer Aufklärung", sondern zugleich auch der Versuch einer nichteuropäischen Führungsschicht, die so verschiedenartigen Bevölkerungsgruppen des Landes, die die Zarenpolitik aus sozialen und z. T. auch nationalen Gründen nicht mehr zusammenhalten konnte, durch schroffste Disziplinierung zusammenzuklammern. Die Katastrophe des Bolschewismus wirft die Frage nach dem Eigenwert dieser Gruppen auf. Auf sie ist auch historisch eine Antwort zu geben.

Kürzer kann die Kritik Seraphim gegenüber sein. Sein Werk geht den Weg zur Synthese, bleibt aber doch vielfach im Material stecken. Erst durch die Einführung der von Seraphim mitgeteilten Tatsachen in eine innere Geschichte des Zarenreiches wird diese materialreiche Arbeit voll genützt werden können. Das 18. Jahrhundert wird mit Biographien von *Ostermann*, *Münnich*, *Biron*, *Graf Sievers* charakterisiert, daneben werden einige Militärs erwähnt. Nicht genannt sind die zahlreichen Deutschen, die in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts die kulturelle Erneuerung bestimmen. Erinnert sei nur an den Krieg der Petersburger Akademie der Wissenschaften oder an den Siebenbürger Sachsen, *J. E. Schwarz*, den bedeutenden Pädagogen, der in der Moskauer Loge „Eintracht" ein Mittel der inneren Reform Rußlands im rosenkreuzerischen Sinne sah. Stählin zeigt Bd. II, S. 733 ff. die große Bedeutung dieses Universitätslehrers auf, der im Bunde mit *Nowikow* das religiöse und bildungsmäßige Streben weiter Kreise zur Zeit *Katharinas II.* beeinflußte. Ausführlicher und inhaltsreicher ist dann bei Seraphim die Darstellung des 19. Jahrhunderts.

Während ein Personenverzeichnis die 2875 Seiten starke Darstellung Stählins erschließt, fehlt ein solches leider bei Seraphim. *H. J. Beyer*

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Aus der Reihe „Schriften zur Weltpolitik", herausgegeben von Prof. Dr. *F. A. Six*, liegen zwei neue Arbeiten vor, Band 2: „Die Stützpunktpolitik des Deutschen Reiches 1890 bis 1914". von *Otto-Ernst Schüddekopf*, und Band 5: „Japans Kampf gegen den USA.-Imperialismus. Ein Abriß der japanisch-us.-amerikanischen Beziehungen 1854—1942", von *Bruno Siemers*, beide im Verlag Junker und Dünnhaupt, die erste Berlin 1942, die zweite Berlin 1943.

Die Schrift von Schüddekopf wird durch ein Vorwort von Vizeadmiral *Aßmann* eingeführt. Sie klärt zunächst den Begriff Stützpunktpolitik und bespricht dann die Bedeutung der Stützpunktpolitik in der Staatsführung des Deutschen Reiches. Der zweite, dann eigentlich historische Abschnitt der Schrift zeigt das Scheitern der deutschen Stützpunktpolitik aus dem Mangel einer großen seestrategischen Planung und klaren politischen Zielsetzung.

Siemers gibt einen genauen historischen Überblick über die japanisch-amerikanischen Beziehungen von den Ursprüngen der amerikanischen Asienpolitik an. Die Schrift zitiert am Ende ein Wort des niederländischen Emigranten *van Kleffens:* „Wir müssen uns mit der unangenehmen Tatsache abfinden, daß wir es alle zu leicht genommen haben". Mit diesem Wort läßt sich die amerikanische Japanpolitik charakterisieren.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 51
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Erich Schafranek, Berlin W 15
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | z. Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany

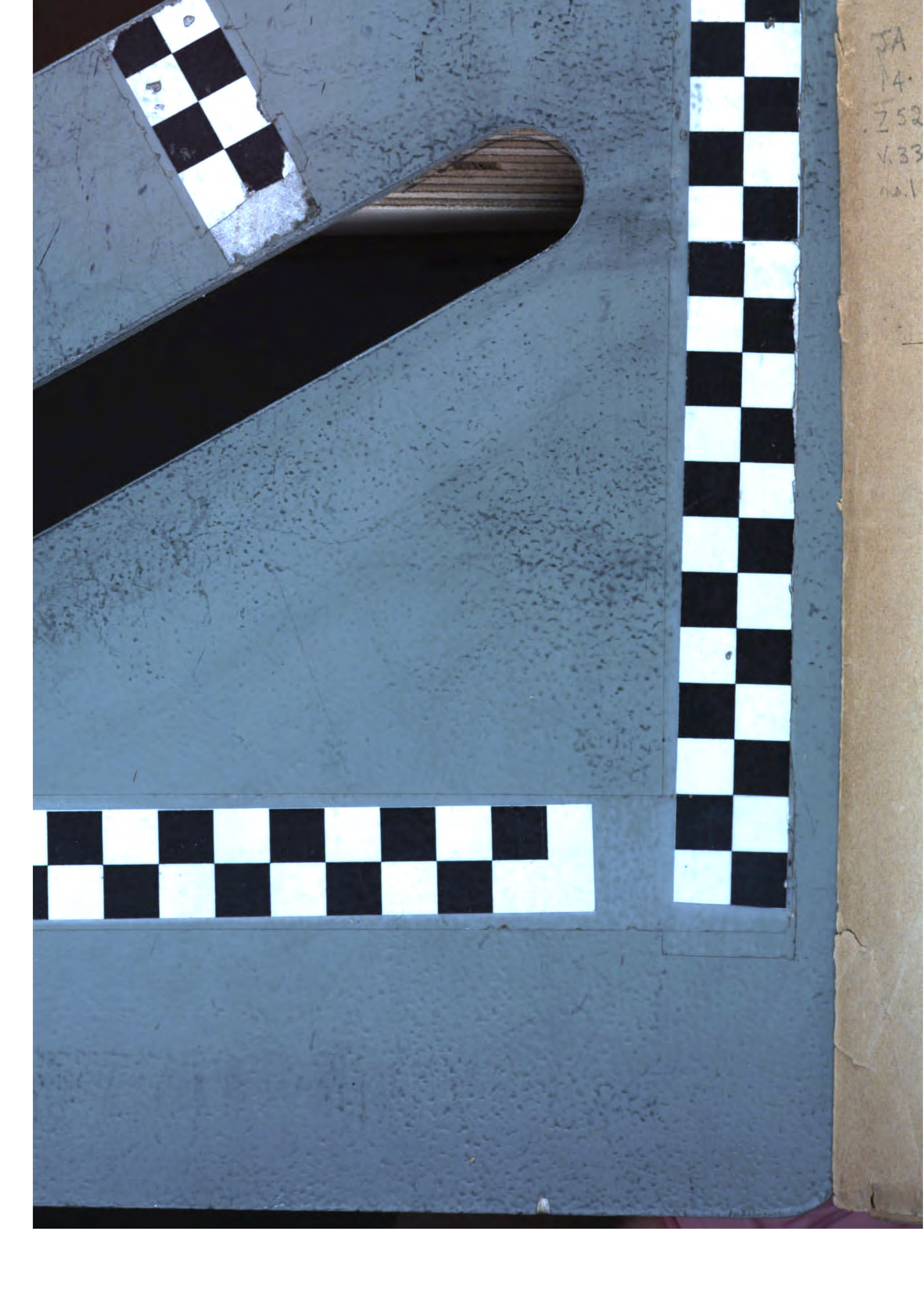











JA
4.
Z52
V.33
no.1

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W 8

33. BAND HEFT 1 Januar 1943

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES ... ES:

Dr. Johann Paul Hütter, Universität Straßbu...
Karl Haß, SS-Sturmbannführer, Berlin W 30, ... tr. 12
Fritz Stoehr, Volksdeutsche Mittelstelle, Berli... str. 2...
Ludwig Johannsen, Berlin
Erich Ehlers, SS-Sturmbannführer, Berlin W ...
Heinz Barth, Hauptkorrespondent für Spanie...
Prof. Dr. Friedrich Schönemann, Leiter der ... wissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2...

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

[illegible]

[illegible]



[illegible]

Dreiunddreißigster Band

BERLIN
EYMANNS VERLAG
1943

August Hopfer, Buchdruckerei, Burg b. M.
Printed in Germany

Verlags-Archiv 12254

Inhaltsverzeichnis zum dreiunddreißigsten Band

Köpfe der Weltpolitik

Bücher des Monats

Karten

[Es enthalten: Heft 1 die Seiten 1—76, H. 2 S. 77—140, H. 3 S. 141—212, H. 4/5 S. 213—288, H. 6/7 S. 289—360, H. 8/9 S. 361—424, H. 10/11 S. 425—492, H. 12 S. 493—544.]

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom
DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und MinR.Prof.Dr.W.Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15 · **Verlag:** Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · **Bezugspreis** für den Band 18,– RM,
Einzelheft 1,50 RM · **Erscheint:** Im Jahr ein Band zu 12 Heften

33. BAND | JANUAR 1943 | HEFT 1

Die Binnenkriege des europäischen Kontinents und der Einigungskrieg der Gegenwart*)

Von Franz Alfred Six

„Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln", schrieb einer der größten europäischen Denker vor einhundert Jahren, *Karl von Clausewitz*, in seinem Buch „Vom Kriege" und bestimmte mit diesen Worten die Spannung des politischen Handelns zwischen Völkern und Staaten in ihren äußersten Polen von der friedlichen Regelung der Beziehungen bis zur gewaltmäßigen Auseinandersetzung. „So sehen wir also", fährt Clausewitz in einem weniger bekannten Nachsatz fort, „daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit andern Mitteln. Was dem Krieg nun noch eigentümlich bleibt, bezieht sich bloß auf die eigentümliche Natur seiner Mittel. Daß die Richtungen und Absichten der Politik mit diesen Mitteln nicht in Widerspruch treten, das kann die Kriegskunst im allgemeinen und der Feldherr in jedem einzelnen Falle fordern, und dieser Anspruch ist wahrlich nicht gering; aber wie stark er auch in einzelnen Fällen auf die politischen Absichten zurückwirkt, so muß dies doch

*) Vortrag, gehalten am 6. November 1942 vor dem Ausländerkursus „Fragen der neuen Ordnung" im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut.

immer nur als eine Modifikation derselben gedacht werden; denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden." Clausewitz gibt damit dem größten Problem der Weltgeschichte jenen ethischen Gehalt, der die Kampfinstinkte des Nomadenstammes von dem Selbstbehauptungswillen des Kulturvolkes scheidet, aber auch die Entwicklung des Verhältnisses von Krieg und Politik in der europäischen Geschichte bekundet. Wann sollte es aber eine größere Notwendigkeit, eine höhere sittliche Pflicht geben, dieser Frage nachzugehen, als in der Gegenwart, die nicht den Kampf zweier Völker und Staaten oder die Auseinandersetzung von kontinental gebundenen Mächtegruppen, sondern das Lebensringen eines ganzen Kontinents als ihren Inhalt und ihr Gesetz sieht?

Der Lebensraum unserer Völker, unserer Kultur und unserer Geschichte heißt Europa. Er stellt nicht nur einen geographischen Begriff dar, sondern eine in Jahrhunderten gemeinsamer Selbstbehauptung, übergreifender schöpferischer Leistung und weltgeschichtlich erkämpftem Einheitsbewußtsein gewachsene Schicksalsgemeinschaft. Stets ist bei den großen Wendepunkten der Geschichte, den Grenzen der Epochen, die Frage nach dem Wert und der Größe der Überlieferung sowie dem Sinn der Zukunft gestellt worden. Deshalb haben wir auch heute nach der Größe, dem Wert und dem Sinn Europas und damit nach der Zukunft unseres Kontinents zu fragen. Es ist ein unumstrittenes Merkmal der gesamteuropäischen Entwicklung, daß sie sich seit Jahrhunderten in einer Kette von Entzweiungskriegen und einer fortlaufenden Folge von inneren Kontinentalkrisen befindet, die unter dem Namen der Binnenkriege des europäischen Kontinents zusammengefaßt werden können. Es ist aber trotz dieser kontinuierlichen politischen Spannungen und kämpferischen Auseinandersetzungen festzustellen, daß die kulturelle Leistungskraft Europas ungebrochen blieb und zu weltgeschichtlichen kulturellen und staatlichen Formbildungen vorwärtsstieß.

Der geschichtliche Augenblick verlangt die Besinnung auf uns selbst, gebietet die Erkenntnis der inneren Beweggründe der europäischen Gegensätze und zwingt zu Wegen ihrer Überwindung. Erst dieser geschichtliche Standort ermöglicht die wahre Bejahung der politischen Gegenwart.

I. Der Reichszerfall und die Wende der europäischen Ordnung

Die Geschichte Europas zeigt, daß der große Schnitt in der Lebensgemeinschaft der europäischen Völker, der Ausbruch der großen

Krisen innerhalb des europäischen Kontinents mit dem Zerfall des mittelalterlichen Reiches und seiner europäischen Ordnungsmacht eng verknüpft ist. Bis zum Untergang der mittelalterlichen Reichsidee, der um das Jahr 1200 einsetzt, ist das Gefühl der abendländischen Einheit unbestritten und in vielen Abwehrkämpfen gegen Mächte, die von außen gegen Europa vorstoßen, erprobt. Denn seit der Grundlegung Europas und des abendländischen Bewußtseins sind die großen Kontinentalkriege nicht nach innen, sondern nach außen geführt worden. Die großen Schlachten der europäischen Völker wurden daher zu den Denkmälern der Geschichte der europäischen Einheit: Die Abwehr der Hunnen um die Mitte des 5. Jahrhunderts, das Zurückwerfen der westmongolischen Awaren zwischen 791 und 822, die Verteidigung der iberischen Halbinsel gegen die vordringenden Araber seit dem Jahre 711, der Widerstand gegen die von neuem vordringenden asiatischen Reitervölker im 10. Jahrhundert, der Kampf gegen die nach Sizilien und Unteritalien vordringenden Sarazenen. Dieser gemeinsame Abwehrkampf, die gemeinsame Kulturschöpfung und der gemeinsame Reichsgedanke festigten die Idee der europäischen Einheit. Der Selbstbehauptung Europas folgte der europäische Ausgriff. Im Zeichen der abendländischen Einheit trugen die Kreuzzüge im östlichen Mittelmeer, die Wiedereroberung Unteritaliens und Siziliens sowie die Reconquista in Spanien dazu bei, die Verteidigung Europas in eine Erweiterung des abendländischen Lebensraumes umzuwandeln. Diese abendländische Einheit war mit dem Schicksal des Reiches auf das engste verbunden. Als die Reichsordnung zerfällt und damit die zentripetale Kraft der europäischen Mitte erlischt, wird eine Entwicklung eingeleitet, die neuen Formen zum Durchbruch verhilft: nämlich der Anfang und das Emporkommen des europäischen Staatensystems. Mit dem Aufkommen dieses Staatensystems erhalten aber die europäischen Kriege nicht mehr eine Wendung nach außen, sondern nach innen. Bis auf wenige geschichtliche Ausnahmen sind die europäischen Kriege der Folgezeit keine Verteidigungskriege des Kontinents, sondern europäische Binnenkriege. Diese Wendung zeigt sich am besten in der Betrachtung der inneren gesamtkontinentalen Entwicklung.

Der Zerfall des Reiches und damit der europäischen Ordnung hat, politisch gesehen, in Europa einen Hohlraum hinterlassen, der bis zur völligen Ausreifung eines europäischen Staatensystems durch das Streben nach Raumausdehnung und Vorherrschaft der neu aufkommenden Dynastien, Nationen und Staaten ausgefüllt wird. Es ist eine lange Zeit, die diese Entwicklung

für sich beansprucht. Über drei Jahrhunderte ringen die alte Reichidee und die junge Nationalstaatsidee um ihre Geltung. Mit der inneren Auflösung des Reiches aber wird die Idee der abendländischen Einheit tödlich getroffen. An die Stelle der in einer gesamteuropäischen Ordnung gebundenen Völker- und Staatenwelt tritt der Wettstreit der Gewalten, das Ringen um die Begründung einer Vormachtstellung dieses oder jenes Staates. Allseitig bricht der Drang zum autonomen politischen Handeln auf und schafft in der Entfaltung des Gedankens des Machtstaates die Reibungsflächen und Interessenüberschneidungen der Zukunft. Um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert hat sich die Festigung des staatlichen Unterbaues der europäischen Mächte vollzogen, drei Nationalstaaten haben sich im Westen Europas ausgebildet: Spanien, Frankreich und England. Im europäischen Raum stehen fortan eine Reihe aufstrebender Großmächte den Kleinstaaten gegenüber, ihr innerstes Anliegen ist aber die rücksichtslose Ausdehnung der eigenen Macht auf Kosten der fremden. Der in drei Jahrhunderten unaufhaltsam entwickelte Machtstaatsgedanke und Raumdrang zeigen im Italien des 15. Jahrhunderts zuerst ihre politischen Auswirkungen. Italien, aus der Nordsüdachse des Reiches herausgerissen, in seinen nationalstaatlichen Tendenzen und Kräften noch nicht genügend ausgereift, bildet das Zentralproblem der europäischen Politik. Der Kampf um Italien ist demnach Ausgangspunkt und historisches Vorbild der europäischen Machtkämpfe und Binnenkriege der Folgezeit. Italien hatte sich im Verlaufe des 15. Jahrhunderts in inneren Machtkämpfen selbst zerfleischt und liefert dem europäischen Staatensystem das historische Beispiel seiner eigenen Zukunft. Die Kämpfe um Italien wurden zur Schicksalswende Europas. Aus dem Konflikt um Italien entwickelt sich in zwangsläufiger Folge der Zerfall der europäischen Ordnung und das Zeitalter der europäischen Binnenkriege. Äußerlich führt die erste europäische Liga im Jahre 1495 die neuen Methoden der Politik herauf. Die europäischen Mächte vereinigen sich bei dem Kampf um ihre Interessensphären in wechselnden Kombinationen zu Mächtegruppen und Interessenverbänden. Weil die zwischenstaatlichen Beziehungen jung sind und die neuen diplomatischen Formen und Verfahrensweisen sich erst langsam entwickeln, wird der Krieg die natürliche Form des Kräfteausgleichs und der zwischenstaatlichen Politik. Nachdem erst einmal das Beispiel der Bündniskombinationen und der Kriegsallianzen gegeben ist, werden sie hinfort eine Begleiterscheinung aller auswärtigen Politik der Mächte. Es kann somit als Ergebnis der ersten großen Epoche der europäischen Geschichte fest-

gestellt werden, daß auf dem weit ausgedehnten Raum des europäischen Kontinents an die Stelle einer zentralistischen, führenden, ausgleichenden Ordnungsidee und eines abendländischen Gemeinschaftsbewußtseins die Vielheit einer dezentralistisch denkenden Staatenwelt getreten war. Das Zeitalter der europäischen Binnenkriege steigt herauf.

II. Der Kampf um die europäische Hegemonie und das Zeitalter der europäischen Binnenkriege

Für das Schicksal Europas ist von historisch entscheidender Bedeutung, daß die gemeinsamen geistig-kulturellen Grundlagen seine politische Einheit nicht zu unterstützen vermochten. Die Entwicklung des europäischen Staatensystems und die mit der Erweiterung des geographischen Weltbildes einsetzende überseeische Expansion wird nicht getragen von dem Willen eines in sich einigen Kontinents, sondern von dem Vormachtstreben der einzelnen Großmächte. So trennen die großen Vormachtkämpfe die Abschnitte der europäischen Geschichte, bilden die großen Kriege die Zäsuren in ihrem Verlauf und setzen die Schlachten die Höhe- und Wendepunkte der großen Entscheidungen. Die europäische Geschichte wird in der Zukunft bewegt durch die großen Konflikte der Mächte, die sich in der zeitlichen Folge erkennen lassen in den Dualismen Habsburg — Frankreich, Spanien — Frankreich, Österreich — Frankreich, England — Frankreich bis zur französischen Revolution, dann aber im 19. Jahrhundert in einer immer stärkeren Überschneidung zu gesamteuropäischen Konflikten anwachsen und im gewissen Sinne den Kampf aller gegen alle bedeuten.

1. Der Kampf des spanisch-habsburgischen Reiches gegen Frankreich

Nach den Kämpfen um Italien, die im 15. und 16. Jahrhundert ausgefochten wurden, wollte *Karl V.* noch einmal die Einheit der abendländischen Christenheit herstellen. Der alte Reichsgedanke war aber nicht mehr stark genug. Das Reich Karls V. wurde bereits zu einem habsburgisch-spanischen Vormachtstaat, dessen Zentralismus auf die europäischen Staaten übergriff. Dieser europäische Einheitsversuch Karls V. ist auf allen Gebieten zusammengebrochen. Er ist gescheitert neben innerpolitischen Gründen vor allem an der ungeheuren räumlichen Ausdehnung seines Imperiums, der peripheren Lage Spaniens, dem Widerstand der europäischen Staatenwelt und dem aufkommenden Gedanken eines kontinentalen Gleichgewichts. Mit der Abdankung des müde gewordenen Kaisers zerfiel sein Imperium in zwei Teile, die österreichische und die spanische Macht. Spanien, im Besitz von Italien und den Niederlanden

zweifellos die stärkste Macht Europas, setzt den aufgenommenen Kampf mit Frankreich fort. Die nun folgenden Gegensätze zwischen dem Reich und der spanischen Großmacht auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite bewegen das ganze 16. Jahrhundert und zerreißen den gesamten europäischen Kontinent. Während jedoch die Stellung des Reiches seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts immer schwächer wird, werden die Vormachtsbestrebungen der westlichen Nationalstaaten, vor allem Spaniens und Frankreichs, immer stärker. Das Ergebnis all dieser Hegemoniekämpfe ist eine Fülle von Kriegen, deren Betrachtung die Anwendung des Begriffs der europäischen Binnenkriege rechtfertigt.

2. *Der Dreißigjährige Krieg als europäische Binnenkrise*

Die Konflikte, die sich aus den Vormachtsbestrebungen ergeben, mehren sich und häufen sich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Charakteristisch für die Zeit nach 1559 ist die immer engere Verbindung der politischen Kämpfe mit den religiösen Auseinandersetzungen. Diese Spannungen führen zur größten Binnenkrise des europäischen Kontinents, dem Dreißigjährigen Krieg.

Die Auswirkungen der Reformation, die zunehmende Auflösung der Reichseinheit und die Tendenzen zur Großmachtbildung bereiten sie vor. Durch die Ausweitung des europäischen Staatensystems bilden sich neue Raumvorstellungen von West-, Mittel- und Osteuropa. Neben die Reichsmacht und die Welt der westlichen Nationalstaaten treten die nordischen Staaten, die östlichen und südöstlichen Völker. Staat auf Staat wird in das europäische Staatensystem und damit in den großen übergreifenden Konflikt des großen Krieges unmittelbar, mittelbar oder am Rande einbezogen. In der großen europäischen Binnenkrise des Dreißigjährigen Krieges wird der Krieg jedoch das letzte und entscheidende Mittel der kontinentalen Politik. Deutschland als das Herzland Europas ist das Kampffeld dieses Krieges. Die Versuche *Wallensteins* und *Gustav Adolfs* zu einheitlichen Regelungen innerhalb des Reiches scheitern an dem Widerspruch Spaniens und Frankreichs. Das Reich verblutet über dem spanisch-französischen Gegensatz. *Richelieus* Politik gelingt die Verlängerung des Krieges. Das Ende ist die völlige Zertrümmerung der alten Reichsordnung. Das europäische Staatensystem hat einen entscheidenden Sieg über das Reich davongetragen.

Der Westfälische Friede ist nicht, wie die engstirnigen Nationalgeschichten der europäischen Völker bislang gelehrt haben, ein deutsches, sondern auch ein europäisches Verhängnis. Beim Friedensschluß zeigt sich die furchtbare Auswirkung dieser ersten und

größten Binnenkrise auf den gesamten Kontinent. Die Zerfleischung Deutschlands als des europäischen Kerngebietes führt zu einer völligen Desorganisation Europas. Sie zeigt sich in folgenden Einzelergebnissen:

a) der Ausbildung eines Kleinstaatensystems in Deutschland, damit der Schwächung des Reiches als des natürlichen Kerngebietes Europas;
b) der Abschnürung des Reiches von den Seegebieten und Flußmündungen im Zeitalter der politisch und wirtschaftlich wirksam werdenden Kolonisationen in Übersee. Der natürliche Wirtschaftsraum Europas ist für die Zukunft zerschnitten, der Anlaß unzähliger neuer deutsch-kleinstaatlicher Lebenskämpfe gegeben, die deutsche Reichskraft von der überseeischen Kolonisationsleistung ausgeschlossen;
c) der Ausbildung ausgeprägter Kleinstaaten in ganz Europa, deren unnatürliche Volkstumsgliederung und Grenzsetzung den Grund für weitere historische Konflikte bilden;
d) dem Verlust des europäischen Einheitsbewußtseins durch die religionspolitischen Auseinandersetzungen und eroberungslustigen Raumkämpfe der Großmächte. Die höhere Idee einer europäischen Ordnung ist versunken. Auf der Grundlage des absolutistischen Staatsdenkens erkennt der souveräne Staat keine höheren Bindungen mehr an, er ist selbstgerecht geworden. Die Voraussetzungen einer allgemeinen nationalstaatlich begründeten Machtstaatspolitik sind errichtet und bestimmen die politische Zukunft Europas unabwendbar weiter in der Richtung der europäischen Binnenkriege.

3. Das Zeitalter der europäischen Dualismen seit dem Spanischen Erbfolgekrieg

Der Frieden von 1648 als erste europäische Charte legte damit die kontinentalen Beziehungen für weitere drei Jahrhunderte auf die Grundsätze der politischen Vormachtkämpfe ohne Rücksicht auf die übergreifende europäische Einheit fest. Zwar werden durch die Begründung des Völkerrechts und die Entwicklung der Diplomatie Rechts- und Verkehrsformen der zwischenstaatlichen Beziehungen verbindlichen Gesetzen unterworfen, doch vermögen sie nur Machtkämpfe und Kriege zu regeln, nicht aber zu verhindern. Da zudem das Vertragswerk von Münster und Osnabrück das europäische Staatensystem ausformt und vollendet, wird unter dem Zeichen der allgemeinen Expansion der europäischen Großmächte auf Übersee der Gedanke des europäischen Gleichgewichts auf den überseeischen

Besitz ausgedehnt. Eine neue Etappe der europäischen Binnenkriege ist damit eingeleitet, die auf dem Boden des Mutterkontinents die Kämpfe um den Besitz kolonialen Bodens zur Entscheidung bringt: Europa wird in der Zukunft nicht nur der Schauplatz europäischer, sondern auch überseeischer Interessenkämpfe.

Das unverkennbare Ergebnis des Westfälischen Friedens ist damit — wie schon dargestellt — ein desorganisiertes Europa. Zwar war das Reich in seiner äußeren Form noch erhalten, aber das Gesetz der europäischen Entwicklung war unaufhaltsam mit dem Vormachtstreben der europäischen Großmächte verbunden. Auf den Trümmern der Reichsmacht hoben sich nun in der Folgezeit die Großmächte aus der Reihe bisher gleichberechtigter Staaten heraus und bestimmten Schicksal und Zukunft des Kontinents. Frankreich hatte sich im Verband der europäischen Staaten den Platz der Vormacht erstritten, Spanien sank erschöpft zur Mittelmacht zurück, das Reich war in 350 Einzelstaaten zerfallen, Habsburg hatte sich der Türken und Preußen der Schweden zu erwehren, Rußland war in schwere Kämpfe verwickelt und England in innerpolitische Wirren verstrickt. Diese Lage benutzte nun Frankreich, um in einer weit ausgreifenden Machtpolitik alle Rücksichten auf die natürlichen Kräfte des Kontinents fallen zu lassen und eine neue Kette von Kriegen einzuleiten. Dem Dualismus Frankreich — Spanien folgte nun der Dualismus Frankreich — Österreich.

Der französische Kampf richtet sich gegen das Haus Habsburg, durch das sich Frankreich seit Karl V. immer wieder in der Gefahr der Umklammerung sieht. Die Einheit der deutschen und spanischen Politik ist die ständige Furcht, welche die französischen Staatsmänner beherrscht und die zum Kampfe Frankreichs gegen das Reich führt. Angesichts des ausgeprägt dynastischen Charakters der Politik im Zeitalter des Absolutismus sind die rein genealogischen Vorgänge ein wichtiges Attribut der europäischen Politik. Der Spanische Erbfolgekrieg, der aus einer solchen Frage entstanden war, führte wiederum die gesamten europäischen Mächte auf den Plan. Der französisch-habsburgische Konflikt entwickelte sich zum Problem der europäischen Hegemonie und schuf die große Allianz zwischen dem habsburgischen Kaiser, Holland und England. Der Krieg währte von 1701 bis 1713 und wird im Frieden von Utrecht beendet. Wiederum hatten eine halbe Generation die Schlachten auf europäischem Boden getobt und das Staatenbild Europas erneut umgeworfen. Umfassende Koalitionen waren gebildet, der Großteil der europäischen Mächte in das Ringen einbezogen und neue Machtverlagerungen eingeleitet. Jetzt war die Idee des europäischen Gleich-

gewichts als Sicherung gegen neue Kriege eingeschaltet worden und hatte in der neu erstandenen Großmacht England einen bewußten Verteidiger zum Schutze ihrer eigenen Kontinentalinteressen gefunden. Die Parole des Gleichgewichts wird zum Gesetz der auswärtigen Politik Englands und weist dieser die Rolle des europäischen Schiedsrichters zu. England achtete in der Zukunft sorgfältig darauf, den Aufstieg einer vorherrschenden europäischen Großmacht zu verhindern und die völlige Niederwerfung des Besiegten zu vermeiden. Nun zeigt sich historisch zum ersten Male die Absicht des Inselstaates, die europäische Auseinandersetzung zum eigenen Vorteil zu nutzen, in Zeiten des Krieges die überseeischen Vorteile zu mehren und auf Kosten des Kontinents seine Weltmachtstellung zu begründen. Was aber bringt die Gleichgewichtspolitik dem europäischen Kontinent? Wir schließen uns dem Urteil eines Zeitgenossen jener Tage, dem hannoveranischen Staatsmann *Justi*, an, wenn er sagt: „Gerade dem Gleichgewicht verdankt die Welt die ungeheuren Armeen und die Staatsschulden, also das schlimmste Übel der Zeit, gerade die Balancepolitik verleitet zu Kriegen um einer ganz unbegründeten Furcht willen, wie auch ein Volk nie das Gleichgewichtssystem als Richtlinie aufgestellt, sondern sich seiner bedient hat, um sich Bundesgenossen zu verschaffen und sein bebesonderes Interesse und seine Leidenschaften darunter zu verstecken."

Aus dem Fehlfrieden von 1648 hatten sich auch im Norden bereits nach wenigen Jahren politische Spannungen ergeben, die im nordischen Krieg zum Ausbruch gekommen waren. In diesem Kampf, der die Jahre 1654 bis 1660 umfaßte, waren Schweden, Polen, Dänemark, die Niederlande, Rußland, Habsburg, Brandenburg und Siebenbürgen verwickelt. Die Beweggründe lagen in dem Kampf um die Ostseeküste, das maritime Übergewicht in der Ostsee. Die europäische Situation wurde durch diese Gleichgewichtstheorie damit in der Weise bestimmt, daß die politische Belastung eines Schwergewichtsfeldes Europas dem anderen die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Kräfte gibt. Im Krieg liegen damit die politischen Entscheidungen Europas beschlossen.

4. *Die europäischen Koalitionskriege gegen Frankreich im Zeitalter der französischen Revolution und Napoleons*

Der Utrechter Vertrag von 1713 hatte diese Entwicklung der europäischen Politik bereits bestätigt. Frankreichs weiteres Vordringen war aufgehalten. Spanien hatte den Großteil seines außereuropäischen Kolonialbesitzes und damit den letzten Rückhalt seiner

europäischen Machtstellung verloren. Nur England hatte seine maritime Stellung befestigt und sich aus der gleichmäßigen Schwächung der europäischen Großmächte und der Herstellung des sogenannten europäischen Gleichgewichts zum Nutznießer der vorausgegangenen Kriege gemacht.

Die große Politik des 18. Jahrhunderts drängte auf diesen politischen und geistigen Grundlagen zu drei Entwicklungen: dem Hineinwachsen Österreichs in den Südosten, dem Aufstieg Preußens und dem Auftreten Rußlands im europäischen Staatensystem. Immer stärker sichtbar erhalten in diesem Zeitraum die politischen Bewegungen gesamteuropäischen Umfang, wird das Staatensystem vollständig in den Bannkreis der Spannungsfelder gezogen, Dualismen entwickeln sich zu allgemeinen Großmächtespannungen, zweiseitige Kriege entwickeln sich zu Koalitions- und Kontinentalkriegen, an den Verhandlungstischen der Kongresse und Friedenswerke sitzen die Vertreter nahezu aller europäischen Staaten.

Immer mehr tritt die enge Verflechtung aller europäischen Angelegenheiten zutage. Zu diesem neuen Zug der europäischen Geschichte, der unter dem Namen des Gleichgewichtsprinzips und der Konvenienzpolitik nur die verdeckte Vorherrschaft Englands vorbereitete, tritt ein weiteres Moment: die außereuropäische Interessenlage der europäischen Großmächte durch das Besitzstreben nach überseeischen Gebieten. Die europäischen Kämpfe wurden nicht mehr allein um der europäischen Interessen willen ausgefochten, sondern auch um der überseeischen willen. Je mehr sich im Zuge der weltpolitischen Entwicklung der Gedanke des europäischen Gleichgewichtes auf die überseeischen Räume ausweitete, desto stärker wurde der koloniale Besitz als Befestigung der kontinentalen Machtstellung angesehen. Die europäischen Hegemoniekämpfe verbinden sich mit der überseegeschichtlichen Entwicklung, auf den europäischen Schlachtfeldern fallen nun die Entscheidungen über die kolonialen Räume. Der Mutterkontinent wird bewußt der eigentliche Schauplatz der Überseekämpfe der Großmächte. Allen europäischen Mächten voraus liegt wiederum England, das sich auf Kosten der europäischen Interessenlagerung und Lebenskraft seine Weltstellung erringt. Die Vermischung des preußisch-österreichischen Kampfes um die Vormachtstellung in Mitteleuropa mit dem französisch-englischen Dualismus in Europa und Übersee zeigen dies deutlich. Der Siebenjährige Krieg in Europa ist begleitet von einem siebenjährigen Ringen in Nordamerika. An der Wiege der angelsächsischen Weltmacht steht so der Bruderkrieg der europäischen Völker und Staaten, auf den Schlachtfeldern des ältesten Konti-

nents werden mit dem Blute europäischer Soldaten Indien und Nordamerika erobert, „in einem blutigen Kriege" — wie Friedrich der Große sagte —, „der ganz Europa umzuwälzen drohte und in dem doch keine Macht mit Ausnahme Großbritannien ihr Gebiet um einen Fußbreit erweitert hat".

Der Siebenjährige Krieg, an dem zum ersten Male nahezu alle europäischen Mächte beteiligt waren, beschloß den englisch-französischen Gegensatz nicht, sondern führte ihn auf neuen geistigen Grundlagen weiter. Das große Geschehen der französischen Revolution findet die europäische Staatenwelt in einem Zustand allgemeiner Schwäche vor. Jahrzehnte unaufhörlichen Ringens der Großmächte an allen Fronten und Ländern haben Europa in eine allgemeine Erschöpfung versetzt. In diese stößt nun mit neuen geistigen Antrieben und inneren Kräften die französische Revolution und der Ausgriff des Korsen. Die nachfolgenden Kämpfe entfalten den französisch-englischen Gegensatz zu voller Kraft. Der Versuch, die Kräfte des Kontinents einheitlich zusammenzufassen und politisch gegen den alten Widersacher England einzusetzen, bringt England auf den Plan. Zu gefährlich ist für England der Versuch *Napoleons*, ein europäisches Imperium aufzurichten, er wird zum Erzfeind Britanniens. Die englische Politik ist dauernd bestrebt, neue Koalitionen und Allianzen gegen Napoleon zu schließen, der Korse wiederum muß in totaler Erfassung der Kräfte Europas einen gefährlichen Gegner nach dem andern niederwerfen. Schwankend zwischen dämonischem Machttrieb und dem klaren Willen, ein befriedetes Europa unter seiner Führung zu schaffen, sieht er in dem Koloß der französischen Macht nur einen Zustand, der ganz und gar im Interesse Europas liege, um England begegnen zu können. In den berühmten Schlittengesprächen, die Napoleon I. auf der Fahrt von Rußland nach Paris mit seinem Großstallmeister *Caulaincourt* führte, sind diese europäischen Gesichtspunkte seiner Politik im Kampfe gegen England erst vollkommen klar geworden. Napoleon wendet sich hier vor allem gegen England als den dauernden Schürer der Konflikte innerhalb des europäischen Staatensystems und als den Entzweier des europäischen Kontinents.

Die kontinentalen Pläne Napoleons mußten das Ende der englischen See- und Weltherrschaft bedeuten, aber auch der europäischen Machtpolitik Rußlands ein Ende setzen. An dem Bündnis der Seemacht Englands und der Landmacht Rußlands sowie dem Aufbruch neuer Ideen in Mitteleuropa ist Napoleon zerbrochen. Aus dem Kampf der europäischen Mächte schließlich gehen Eng-

land als der größte Nutznießer und Rußland als stärkste Kontinentalmacht hervor. Über ein Jahrhundert hatten die europäischen Binnenkriege wiederum getobt, als sich die europäischen Staaten in Wien zu einem neuen Kongreß zusammenfanden.

Dieser kurze Überblick der großen europäischen Machtkämpfe zeigt, daß vom Westfälischen Frieden bis zum Utrechter Frieden der Aufstieg der Großmachtpolitik immer weitere Kreise in Europa zog. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts nehmen die Auseinandersetzungen innerhalb des europäischen Staatensystems immer schärfere Formen an. Im Zeitalter der französischen Revolution und Napoleons I. wird der europäische Kontinent in einem dauernden Kriegszustand gehalten, der europäische Binnenkrieg wird total, da England immer neue Staaten gegen den napoleonischen Versuch der Vereinigung des europäischen Kontinents aufruft. Die englische Politik sucht durch Koalitionen und Allianzen dem gefährlichen wirtschaftspolitischen Machtmittel der Kontinentalsperre zu begegnen. Solange Napoleon I. regiert, wird dieser Kampf fortgesetzt. Die europäische Binnenkrise wird zu einer Dauerkrise innerhalb dieser Epoche. Kleine Machtverschiebungen bewegen das Gesamtsystem des Kontinents und erschüttern in immer schneller und kürzer werdenden Intervallen die letzten festgeglaubten Grundlagen einer europäischen Ordnung. Das Jahr 1815 bedeutet ebenso wie das Jahr 1648 nur eine Erschöpfungspause der europäischen Mächte.

Auf dem Hintergrund der europäischen Machtkämpfe und Binnenkriege zeichnen sich nun zum ersten Male weltumspannende Folgen ab. Seit dem Zeitalter der Entdeckungen war das Weltbild durch den Expansionsdrang der europäischen Völker erweitert und zu einem europazentrischen Weltbild gestaltet worden. Als nun aber die europäischen Machtkämpfe und Binnenkriege auch auf Übersee und die Kolonialgebiete verlagert werden, zeigen sich alsbald Emanzipationstendenzen in den fremden Kontinenten. Die weißen Siedler Amerikas nutzen die innere Zerrissenheit des Mutterkontinents und streben nach eigener Macht und Souveränität. Der Siebenjährige Krieg hat die Voraussetzungen der nordamerikanischen Selbständigkeitsbewegungen ebenso geschaffen wie die napoleonischen Kriege diejenigen der südamerikanischen. Die europäische Selbstzerfleischung wird Geburtsstunde und Geburtshelfer der neuen Mächte in Nord- und Südamerika. Neben den alten Mutterkontinent treten damit zum ersten Male Staatswesen gleicher Rasse mit gleichem Machtanspruch in die Welt.

5. Der Imperialismus der europäischen Großmächte im 19. Jahrhundert und ihr Niedergang

Der Wiener Kongreß hatte Europa nur eine Scheinordnung geschenkt. In einer Pentarchie der Großmächte waren die alten Interessengegensätze und Machttendenzen eingebettet, aber weder das Reich noch Italien fanden ihre innere Einheit und die ihnen gebührende politische Stellung in dem neuen Ordnungsbild. Europa stand zwangsläufig vor neuen Kämpfen. Der Gegensatz der Ideen der französischen Revolution zu den Tendenzen der Restauration gibt der Epoche weiterhin ihr Gesicht. Weder sind die Gedanken des Liberalismus und der parlamentarischen Demokratie überwunden, noch ist die Legitimität gesichert und gefestigt genug, ihre alleinige Herrschaft durchzusetzen. So wird die geistige und politische Lage des 19. Jahrhunderts durch drei Epochen politischer Kämpfe bestimmt:

a) die Selbständigkeitsbestrebungen der nicht zur staatlichen Souveränität gekommenen Völker;
b) die europäischen Verschiebungen durch die Befestigung Mitteleuropas seit der Errichtung des italienischen und deutschen Nationalstaates und
c) die erneuten Interessengegensätze der europäischen Großmächte im Zeichen des Zeitalters des Imperialismus.

Den Auftakt bildeten die Aufstände in Griechenland, Polen, Oberitalien und Ungarn. Sie leiten die europäischen Revolutionen von 1848 ein. Das Jahr 1848 war innerhalb der europäischen Revolutionen zugleich das Ausgangsjahr der deutschen und italienischen Konsolidierung. In beiden Fällen bedeutete sie eine Auseinandersetzung mit dem habsburgischen Österreich. Die Lösung der deutschen und italienischen Fragen konnte aber angesichts der europäischen Interessenverflechtungen nur als europäische Fragen gefunden werden. In *Bismarck* und *Cavour* erstanden die Gründer der letzten Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts. Während Italien seine nationale Einigung zwar gegen Österreich, aber unter der Abschirmung *Napoleons III.* vollzieht, muß die deutsche Einigung gegen beide erzwungen werden. So sind diese nationalen Lösungen in das europäische Geschehen eingeordnet.

Für die weiteren Linien der großen Politik Europas ist die Wirkung der deutschen und italienischen Staatsgründung von entscheidender Bedeutung. Mit ihnen war wieder ein starkes Mitteleuropa entstanden, wie es seit dem Zerfall der Reichsordnung im Spätmittelalter nicht mehr existiert hatte, und damit hatte der Kontinent zu einer sinnvollen Ordnung der Glieder seines Staaten-

systems zurückgefunden. Die erste tiefere Gegenwirkung strahlte von England aus. „Das Gleichgewicht ist völlig zerstört", klagte 1871 der spätere jüdische Premierminister *Disraeli*, „und das Land, das am meisten darunter leidet und die Wirkungen dieses großen Wandels verspürt, ist England." Diese neue Lage in Europa zu stabilisieren, war das große Bemühen Bismarcks, den ständigen circulus vitiosus zwischen Revolution und Restauration, Angriffskrieg und Revanche zu verhüten, war das große Ziel seiner auswärtigen Politik, das er auf den Kongressen von 1878 und 1885 zu erreichen strebte.

Denn unabweislich stand vor Europa die unaufhaltsame weltpolitische Entwicklung als Folge seiner ständigen Binnenkriege. Nachdem diese schon 1776 und 1810 zum Abfall zweier Kontinente geführt hatten, nahm die fortlaufende Selbstzerfleischung Europa seine führende Stellung, die Rolle des schlechthin entscheidenden Erdteils. Seit der nun einsetzenden Entwicklung eines Weltstaatensystems im 19. Jahrhundert muß es sich infolge seiner Uneinigkeit und mangelnden einheitlichen Machtpolitik nach außen zunehmend in die weltpolitischen Gesamtverhältnisse einordnen. Nun ist es aber gerade der Inhalt des Zeitalters des Imperialismus, daß die große Politik der europäischen Kabinette nicht bestimmt wird von einem Konsolidierungswillen und kontinentalen Ordnungswillen, sondern daß wiederum, wie im 18. Jahrhundert, überseeische Interessen die Kabinettspolitik beherrschen. Die europafremde Politik vor allem Englands und Rußlands steuert auf einen neuen Interessengegensatz weltpolitischen Ausmaßes zu, dessen Handlungsraum Europa sein wird. Mit einem prophetischen Wort sah der deutschvölkische Erneuerer *Paul de Lagarde* um die Jahrhundertwende die Entwicklung voraus: „Europa steht zwischen Amerika und Rußland, es ist die Lage dadurch verschlimmert, daß in Europa Frankreich ohne Verständnis für die eigene Zukunft Rußlands Geschäftsführer und Bundesgenosse geworden ist, daß England sich erst in zweiter Linie als europäische Macht fühlt und darum für die Politik Europas sich nicht sicher in Rechnung stellen läßt. Die längst sprichwörtliche Perfidie der englischen Politik liegt in der Natur der Dinge."

Seit der Jahrhundertwende drängte die europäische und weltpolitische Lage zu kriegerischen Spannungen, die dann zur Katastrophe des Weltkrieges führten. Die drei alliierten Großmächte, von denen England und Rußland durch ihre vorwiegend fremdkontinentalen Interessen ohnehin als europafremde Mächte anzusehen sind, leiten zur siegreichen Durchführung ihres unsicheren

Kampfes die Einmischung außereuropäischer Mächte in den Kampf ein und führen Massen fremdrassiger Truppen auf die europäischen Schlachtfelder. So wird das bis dahin größte Völkerringen der Weltgeschichte zugleich der größte und verlustreichste Binnenkrieg des europäischen Kontinents. Die Mittelmächte hatten 3 199 000 Tote und 7 049 000 Verwundete zu beklagen, die Alliierten 5 363 000 Tote und 13 640 000 Verwundete, das heißt: Die europäischen Völker verloren in *einem* Kriege 8 562 000 Menschen und 20 687 000 wurden schwer beschädigt. Frankreichs volkliche Kraft war ohne eigentliche Gewinne weiterhin geschwächt. England hatte wichtigste politische, militärische und wirtschaftliche Stellungen an die Vereinigten Staaten von Nordamerika abtreten müssen und wurde, weltpolitisch gesehen, in das Schlepptau der nordamerikanischen Politik genommen. Die eben zur Einheit gekommenen mitteleuropäischen Nationen wurden in ihrem völkischen Bestand beschnitten und durch den Zusammenbruch ihrer Lebensordnungen in schwere innere Revolutionen gestürzt. Im Osten erhob sich hinter dem schwachen Kranz osteuropäischer Nachfolgestaaten Rußland erneut als asiatische Großmacht und im Besitz einer revolutionär-nihilistischen Ideologie zum Kulturfeind des zivilisierten Europa. Die europäischen Verhältnisse wurden in Versailles desorganisiert. Bereits im Friedensvertrag lag der Keim zu schwersten neuen Konflikten. Verhängnisvoller gestalteten sich die Folgen dieses europäischen Binnenkrieges für Europa in der Welt: In jahrhundertelangem Ringen erworbene Machtpositionen der europäischen Mächte waren zum Einsturz gebracht, das Ansehen der europäischen Völker und ihre führende Stellung erschüttert — ein gefährlicher Präzedenzfall für die Zukunft wurde hinterlassen.

Diese Politik überkontinentaler Intervention in Europa war aber mit der Entfesselung des Weltkrieges nicht abgeschlossen, sondern setzte sich mit der Gründung eines Völkerbundes fort. Mit der Institution in Genf hatten für die Zukunft raumfremde Mächte und Staaten über europäische Schicksals- und Lebensfragen zu bestimmen. Die politische und geistige Selbständigkeit Europas war bedroht. Europa stand in seiner schwersten Krise.

III. Der europäische Einigungskrieg *)

Inmitten eines neuen europäischen und zweiten Weltkrieges ergibt sich die historische Berechtigung, das Zeitalter der neueren

*) Vgl. „Das Einheitsbewußtsein Europas" im Maiheft 1942 der gleichen Zeitschrift.

Geschichte Europas als dasjenige der europäischen Binnen- und Bürgerkriege zu bezeichnen.

Wir können sein Wesen und Charakter unter dieser Bezeichnung am besten zusammenfassen, weil seit dem Zerfall einer zentraleuropäischen Ordnung am Ausgang des Hochmittelalters alle Elemente des modernen europäischen Staatensystems zum Vormachtstreben und Hegemoniekampf gedrängt haben. Der moderne souveräne Machtstaat hat in zunehmendem Maße im Krieg die ihm eigenste Bewährung seiner Energien gesehen und mußte auf ihn als letztes Mittel seiner Politik stets zurückgreifen. Damit ist aber die europäische Selbstzerfleischung bereits als eine geistig und politisch unabänderliche Erscheinung in das europäische Staatensystem eingezogen und von den Völkern als geschichtlich auferlegtes Schicksal empfunden worden.

Angesichts der parallel mit der europäischen Entwicklung sich vollziehenden weltpolitischen Entwicklungstendenz sind nun aber die europäischen Macht- und Interessenkämpfe seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in immer stärkerem Maße den außereuropäischen Staatsgründungen und neuen überseeischen Machtlagerungen zugute gekommen. Diese neuen Machtgruppierungen, aus der Volkskraft, Kulturleistung und Staatsidee Europas geschaffen, mit großen Räumen ausgestattet, haben sich die europäische Technik und Zivilisation zu eigen gemacht, die Rolle des einstmals entscheidenden Erdteils zu dem eines gleichberechtigten Partners herabgedrückt und seit 1918 auch aktiv handelnd in der Rolle des Vormunds und Schiedsrichters in das europäische Geschehen eingegriffen.

Es ist unverkennbar, daß damit die europäischen Machtkämpfe und Binnenkriege Europa an den Rand einer kontinentalen und weltpolitischen Katastrophe gebracht haben: Weder vermag es angesichts des ansteigenden Geburtenüberschusses anderer Weltvölker und Weltrassen den ständigen Blutsverlust und die Schwächung seiner Volkskräfte leichtfertig auf sich zu nehmen, noch tatenlos dem weiteren Schwinden der ihm natürlich zustehenden kolonialen Ergänzungsräume und Lebensräume zuzusehen.

Angesichts des jetzigen, wiederum von europafremden Mächten ihm auferlegten Krieges, der von England und den USA. systematisch zum Weltkrieg ausgeweitet wurde, ist die Frage nach dem Sinn dieses Ringens, nach der geistigen Situation unserer Zeit und nach der Zukunft unseres Kontinents ein unabweisbares Gesamtanliegen Europas.

Der von uns gewählte Ausgangspunkt der Bedeutung des Krieges

in der Politik und die Erkenntnis des Charakters der europäischen Kriege als Bürgerkriege eines ethnisch, kulturell und wirtschaftlich eng verflochtenen Kontinents zwingt daher zu dem Schluß: Der europäische Krieg der Gegenwart muß — einem Wort des Führers des Großdeutschen Reiches folgend — der letzte der europäischen Binnen- und Bürgerkriege sein. Es muß ihm die Aufgabe des europäischen Einigungskrieges zufallen.

Was berechtigt uns zu dieser Folgerung? Sind — so ist die Frage weiterhin zu stellen — die psychologischen Voraussetzungen dafür vorhanden, das Zeitalter der europäischen Bürgerkriege im Bewußtsein aller zu überwinden? Haben wir die innere Berechtigung, den jetzigen Krieg als europäischen Einigungskrieg zu betrachten? Besteht — um ein Wort alter Terminologie zu gebrauchen — der Wille der als Sieger hervorgegangenen Achsenmächte zu einer wahrhaft besseren und endgültigen Ordnung des Kontinents?

Der Führer des Großdeutschen Reiches und der Duce des faschistischen Imperiums haben lange vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges vor den europäischen Folgen dieser Völkerkatastrophe gewarnt. Sie haben selbst nach überragenden Siegen im Bewußtsein der Verantwortung für die europäische Welt die Beendigung des Krieges vorgeschlagen. Nach der Unabwendbarkeit der Katastrophe sind die Kriege selbst der modernen Technik entsprechend unter völliger Schonung der Kulturgebiete im Westen, Norden und Südosten in humanster Weise geführt worden, sie waren nicht begleitet von den grauenvollen Verwüstungen früherer Zeiten. Die Kriegs- und Zivilverwaltungen in den besetzten Gebieten haben ihre notwendige Aufgabe ausschließlich in der Befriedung der Völker, in der Entgiftung der öffentlichen Meinung und in der wirtschaftlichen Einordnung in einen gesamteuropäischen Wirtschaftsraum gesehen. Sie haben den aufbaubereiten und verständigungswilligen Gruppen der Völker die Hand zur Mitarbeit und Neuordnung gereicht und die Selbstverwaltung weitgehendst verwirklicht.

Auf dieser Grundlage eines friedlichen Ausgleiches und der Anbahnung einer neuen europäischen Zusammenarbeit hat allerorten die Überzeugung Raum gewonnen, daß angesichts der von außen drohenden Gefahren die innere Verständigung das höhere Gebot sei. Nach der Zerschlagung der politischen Systeme der Kriegsregierungen und internationalen Cliquen der Berufspolitiker ist allenthalben das Feld freigeworden für bisher unterdrückte und zur Mitarbeit bereite Völker und Volksgruppen. Neue Männer gehen auf den neuen Bahnen des Volks- und Staatsdenkens, das

das europäische Weltbild von Grund auf umgestaltet, mit innerem Schwung an die Aufgabe heran, die Politik der europäischen Zusammenarbeit lebendig zu gestalten.

Dieser Vorgang der Gesinnungsänderung durch die Gewalt der Waffen ist nicht neu. Er ist ein geschichtliches Merkmal aller Einigungsbestrebungen der Völker- und Staatengeschichte und hat seine Vorbilder in der nationalen Einigung aller modernen Völker, Italiens ebenso wie Deutschlands. So ist auch der gegenwärtige Waffengang in der europäischen Völkerwelt ein Vorspiel der inneren Einigung, deren positive völkerpsychologische Nachwirkungen wir bei allen Nationen erkennen können und die durch die Zeit gestärkt und gefestigt werden. Dies bedeutet, daß das stärkste Element der europäischen Zusammenarbeit erwacht ist: das Bewußtsein der alle Völker umspannenden abendländisch-europäischen Kultureinheit.

In diesem Zeitpunkt der erst gewaltsamen Annäherung tritt das jeden Einigungsprozeß fördernde Element hinzu: der Druck von außen und die Notwendigkeit der gemeinsamen Abwehr. Hier ist es einmal der von England mit Unterstützung außereuropäischer Kraftfelder unternommene Versuch der Blockade des europäischen Kontinents und der Aushungerung von 480 Millionen Menschen, der den Lebenswillen der Einzelpersönlichkeit wie den Widerstand der Völker erweckt hat. Die historisch gleichartigen und brutalen Maßnahmen gegen Feinde, Neutrale und ehemalige Verbündete haben in wachsendem Maße dazu beigetragen, die geistige Abwehrfront des europäischen Kontinents zu stärken.

Der Markstein der neuen Gesinnung auf dem Wege des europäischen Kontinents ist aber der 22. Juni 1941 geworden: Die Kriegserklärung der Sowjetunion an Europa. Schon immer in der europäischen Geschichte war das halb europäische, halb asiatische Rußland und sein Expansionswille nach Westen als Bedrohung der europäischen Staaten- und Kulturwelt aufgefaßt worden. Nachdem sich aber im Bolschewismus alle Züge der russischen Massenballung, eines weltanschaulich ideologischen Fanatismus und einer potentiell zusammengefaßten Angriffspolitik zu einer modernen Ausprägung der russischen Gewalt- und Expansionspolitik zusammengezogen hatten, war der Abwehr- und Gemeinschaftswille schon vor dem Jahre 1939 gewachsen. Die Achse übernahm im Abwehrkampf gegen diese Bedrohung des Kontinents mit dem 22. Juni nicht nur die geistige und politische, sondern auch die militärische Führung. „Die Aufgabe der Front vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer ist nicht mehr der Schutz der einzelnen Länder, sondern die Sicherung

Europas und damit die Rettung aller." Mit diesen Worten hatte der Führer des Großdeutschen Reiches die europäische Mission dieses Kampfes verkündet. Der Zusammenschluß des gesamten Europa, der dieser Proklamation und der Sprache der Waffen folgte, die Vereinigung der Verbündeten der Achse, der Neutralen und selbst der ehemaligen Feinde, der Wille zur gemeinsamen Verteidigung sind nicht nur der Ausdruck einer Abwehr, sondern bereits die Folge des kontinentalen Zusammenlebens, des Bewußtseins der unbedingten Zusammengehörigkeit Europas.

Der Abwehrkampf gegen den Bolschewismus beendet das Zeitalter der europäischen Bürgerkriege; der Verteidigungskrieg gegen den östlichen Machtstaat ist die letzte Phase des europäischen Einigungskrieges. Die ehemals feindlichen Völker finden sich im gemeinsamen Kampf, sie wollen teilhaben an der Ehre des Waffenganges und der Rückgewinnung des östlichen Teiles Europas.

Dieser große und gemeinsame Kampf des Kontinents aber schafft eine neue kämpferische Gemeinschaft Europas. In den Legionen verbindet sich der Wille der Völker und Nationen im Kampf um eine bessere Zukunft und die Einheit Europas. Was aber kann eine Idee mehr heiligen und eine Gemeinschaft mehr beschwören als das um sie vergossene Blut?

Aus diesem Kampf ersteht der neue politische Mythos der Gegenwart, aus den Gräben und Schlachtfeldern des Ostens ein neuer Menschentypus: die Gestalt des Freiheitskämpfers Europas. Das gemeinsame Schicksal verleiht den Kämpfen die europäische Legitimität. „Wir alle", hat der Führer zum Heldengedenktag dieses Jahres ausgerufen, „empfinden in diesem Augenblick die Größe der Zeit, in der wir leben. Eine neue Welt wird gestaltet. Während im Fernen Osten das japanische Volk in gewaltigen Schlägen zur See, in der Luft und zu Lande die demokratisch-kapitalistischen Zwingburgen zerbricht, werden in Europa die Voraussetzungen geschaffen, diesem Kontinent seine wahre Unabhängigkeit zu geben. Denn es ist unerträglich, daß das Leben von Hunderten von Millionen Menschen von höchstem kulturellem Wert und emsigstem Fleiß für immer abhängig sein soll vom Wollen einer kleinen, wahrhaft verbrecherischen Gemeinschaft jüdisch-kapitalistischer Weltverschwörer und der von ihnen vergewaltigten öffentlichen Meinung einiger dadurch allein gegen Europa eingestellter Völker und Staaten. Es kann daher auch nur eine einzige Lösung geben, nämlich: diesen Kampf so lange zu führen, bis die Sicherheit eines dauernden Friedens gegeben ist, d. h. aber bis zur Vernichtung der Feinde dieses Friedens!"

IV. Zeittafel der europäischen Binnenkriege)*

1508

Gegner: Kaiser Maximilian I., Papst Julius II., Ferdinand von Arragon, Ludwig XII. von Frankreich (Liga von Cambrai) gegen Venedig.
Ziel: Beseitigung der Vormachtstellung Venedigs in Oberitalien.
Ergebnis: Umschwenken der Bündnispartner, nämlich

1511

Gegner: Julius II., Ferdinand von Arragon, Venedig (Heilige Liga) gegen Frankreich.
Ziel: Vernichtung der französischen Position in Italien.
Ergebnis: Niederlage Frankreichs, das aus Italien verdrängt wird.

1521—26

Gegner: Karl V. gegen Franz I. (1. Krieg).
Ziel: Vormachtstellung in Italien.
Ergebnis: Franz I. gefangen, verliert Burgund, Anrechte auf ital. und flandr. Gebiete (Madrid).

1526—29

Gegner: Frankreich, Venedig, Mailand, Florenz, Papst (Heilige Liga von Cognac) gegen Karl V. (2. Krieg).
Ziel: Beseitigung des Vorranges Karls V. in Italien und seiner Ansprüche auf Burgund.
Ergebnis: Erneute Niederlage Frankreichs. Vorläufiger Verzicht Karls V. auf burgundische Ansprüche (Damenfriede zu Cambrai).

1536—38

Gegner: Franz I. im Bunde mit Türkei gegen Karl V. (3. Krieg).
Ziel: Erwerb Mailands.
Ergebnis: Status quo, Kompromiß (Waffenstillstand zu Nizza).

1542—44

Gegner: Karl V. gegen Franz I. und Suleiman II. (4. Krieg).
Ziel: Verdrängung der Franzosen aus Italien.
Ergebnis: Der Kaiser behält Mailand (Crépi).

Achtzigjähriger Krieg
1568—1648

Gegner: Niederlande gegen Spanien.
Ziel: Politische und weltanschauliche Befreiung der Niederlande.
Ergebnis: Gründung der Republik der Niederlande 1621, Anerkennung durch die europäischen Mächte 1648. *Niederlande werden Großmacht* (Münster und Osnabrück).

Auseinandersetzungen zwischen Spanien und Frankreich
1595—1659

Gegner: Frankreich gegen Spanien (England und Niederlande treten zeitweise als Bundesgenossen auf).

---

*) Der bei den Ergebnissen in Klammern beigefügte Ort bezeichnet die Stätte des Friedensschlusses.

Ziel: Beseitigung der spanischen Vorherrschaft in Europa.
Ergebnis: *Frankreich* schaltet Spanien aus und *begründet seine europäische Vormachtstellung* (Pyrenäenfriede 1659).

1618—48

Gegner: Deutsche katholische gegen deutsche protestantische Territorien. Frankreich, Schweden, Spanien und Dänemark gegen das Reich (*Dreißigjähriger Krieg*).
Ziel: Festigung der Macht des Kaisers und der Stellung der katholischen Kirche. Die auswärtigen Partner treiben reine Machtpolitik und suchen sich auf deutschem Boden zu bereichern.
Ergebnis: Verarmung und *Schwächung des Reiches*, Vernichtung der Machtstellung des Kaisers. Die Reichsstände werden souverän. *Schweden und Frankreich sichern ihre Vormachtstellung* (Münster und Osnabrück).

Kampf um die Vormacht in Nordeuropa

1654—60

Gegner: Schweden (mit brandenburgischer Unterstützung) gegen Polen. Als Bundesgenossen Polens treten in den Krieg ein: der Kaiser, Rußland, Dänemark und die Niederlande. Brandenburg wechselt die Stellung.
Ziel: Schweden erstrebt Erhaltung seiner Großmachtposition im Ostseeraum.
Ergebnis: Erweiterung der Machtstellung Schwedens durch Gebietserwerbung (Roeskild 1658). Trotz weiteren weniger erfolgreichen Kämpfen bleibt schwedisches Übergewicht erhalten (Oliva 1660).

Die Niederlande im Kampf mit den europäischen Großmächten

1652—54

Gegner: Holland gegen England (1. Seekrieg).
Ziel: Beseitigung der Navigationsakte, die dem niederländischen Handel schwere Schäden brachte.
Ergebnis: *Sieg Englands, das erste Seemacht Europas wird.*

1664—67

Gegner: Holland gegen England (2. Seekrieg).
Ziel: Erhaltung der überseeischen Besitzungen, Bekämpfung der englischen Konkurrenz in Handel und Wirtschaft.
Ergebnis: Neu-Amsterdam (New York) geht verloren. Einschränkung der Navigationsakte (Breda).

1667/68

Gegner: Frankreich gegen Spanien (Franz. Raubkrieg).
Ziel: Erwerb der spanischen Niederlande und der Freigrafschaft Burgund.
Ergebnis: Unter Einwirkung der *Tripelallianz (England, Holland, Schweden)* nur Gewinn einiger Städte.

1672—78

Gegner: Frankreich im Bunde mit England, Schweden, Köln und Münster gegen Holland, Brandenburg und Spanien (Raubkrieg gegen Holland).
Ziel: Frankreich, durch das reiche protestantische Holland in seiner Entwicklung gehemmt, versucht dieses Land durch eine europäische Koalition zu vernichten.

Ergebnis: Holland behält alle Gebiete; Frankreich erweitert sich auf Kosten des Reiches und Spaniens (Nimwegen und St. Germain en Laye).
Wilhelm III. von Oranien wird 1681 König von England. Personalunion England-Holland.

1663—99

Gegner: Türkei gegen Österreich.
Ziel: Erhaltung und Erweiterung des türkischen Besitzes in Europa.
Ergebnis: Weite Südostgebiete von türkischer Herrschaft befreit und Österreich angegliedert. *Österreich-Ungarn wird europäische Großmacht* (Karlowitz).

1688—97

Gegner: Frankreich gegen Kaiser und bedeutendste Reichsfürsten, Spanien, Schweden, später Holland, England, Savoyen.
Ziel: Französische Gebietserweiterungen durch Länderraub (Pfalz und Rheinland).
Ergebnis: Frankreich erwirbt besetzte elsässische Gebiete und verliert die rechtsrheinischen Erwerbungen. *Erschütterung der französischen Vormachtstellung.* Mißerfolge zur See (La Hogue) führen dazu, daß Frankreich nur eine Seemacht zweiten Ranges hinter England bleibt (Ryswyk).

1701—14

Gegner: Frankreich, Bayern, Köln, Savoyen, Mantua gegen Kaiser und Reichsstände, England und Holland (Große Allianz der Seemächte). *(Spanischer Erbfolgekrieg.)*
Ziel: Sicherung der französischen Macht in Spanien.
Ergebnis: Philipp von Anjou (Thronprätendent Ludwig XIV.) erhält die spanische Krone. Gebietserweiterungen Österreichs (Niederlande, Mailand, Neapel, Sardinien), Hollands (Teile der spanischen Niederlande), Preußens (Neuenburg, Oberquartier Geldern) und Englands (Außereuropäischer Besitz Frankreichs und *Gibraltar*) (Utrecht 1713, Rastatt Baden 1714). *Vernichtung der französischen Vorherrschaft in Europa.*

1700—21

Gegner: Schweden (später im Bunde mit Türkei) gegen Rußland, Sachsen-Polen, Preußen (*Nordischer Krieg*).
Ziel: Rußland sucht schwedische Vormacht zu brechen und Seemacht zu werden.
Ergebnis: *Zusammenbruch der schwedischen Macht.* Große Gebietsverluste an Rußland (Livland, Estland, Ingermanland, Karelien). *Rußland wird europäische Großmacht* (Nystadt).

Dualismus Österreich-Preußen.

1740—42

Gegner: Preußen (Verbindung mit Frankreich, Sachsen und Bayern) gegen Österreich (*I. Schles. Krieg*).
Ziel: Erwerb von Teilen Schlesiens.
Ergebnis: Preußen gewinnt Schlesien und Glatz (Breslau).

1744—45

Gegner: Preußen (Frankreich) gegen Österreich und Sachsen (2. *Schles. Krieg*).
Ziel: Verteidigung der neuerworbenen Gebiete.
Ergebnis: Schlesien wird Preußen zuerkannt (Dresden).

1756—63

Gegner: Preußen (Engl. Unterstützung) gegen Österreich, Reichsfürsten, Frankreich und Rußland (*3. Schles. oder Siebenjähriger Krieg*).
Ziel: Erhaltung des Besitzes und Sprengung der Koalition gegen Preußen.
Ergebnis: *Preußen setzt sich durch und wird europäische Großmacht* (Hubertusburg).

1768

Gegner: Rußland gegen Türkei.
Ziel: Herrschaft im Schwarzen Meer.
Ergebnis: Rußland gewinnt die Mündungen des Don, Bug, Dnjepr, Meerenge von Kertsch, erwirkt Loslösung der Moldau, Walachei und der Krimtataren. Schutzrecht für christliche Untertanen in Türkei (Kütschük Kainardschi).

1778—79

Gegner: Österreich gegen Bayern (Preußen). (Bayer. Erbfolgekrieg.)
Ziel: Erwerb bayr. Gebiete.
Ergebnis: Innviertel zu Österreich, Ansbach-Bayreuth zu Preußen (Teschen).

1787—92

Gegner: Türkei gegen Rußland und Österreich.
Ziel: Abwehr und Gebietserhaltung.
Ergebnis: Österreich bekommt Eisernes Tor (Sistowa 1791), Rußland Gebiete am Schwarzen Meer bis Dnjestr (Jassy 1792).

1788—90

Gegner: Schweden gegen Rußland.
Ziel: Wiedergewinnung der Ostseeprovinzen und Finnlands.
Ergebnis: Status quo (Werelä).

1792—97

Gegner: Frankreich gegen Österreich, Preußen, später England, Holland u. a. m. (*1. Koalitionskrieg*).
Ziel: Verteidigung der „Errungenschaften der Revolution gegen Reaktion" (Schutz von „Thron und Altar").
Ergebnis: Preußische Gebiete auf linkem Rheinufer vorläufig französisch. Norddeutschland neutral. Entschädigung Preußens auf Kosten deutscher Länder geplant (Basel 1795, Friede mit Preußen). Österreich verliert Lombardei und Niederlande, erhält Venetien, erkennt Cisalpinische Republik und Abtretung des linken Rheinufers an (Campo Formio 1797, Friede mit Österreich).

1799—1802

Gegner: England, Österreich, Rußland, Türkei u. a. gegen Frankreich (2. *Koalitionskrieg*).
Ziel: Kampf gegen Vormachtstellung Frankreichs.

Ergebnis: Abtretungen des linken Rheinufers an Frankreich; dafür Entschädigung der deutschen Fürsten. Anerkennung neuer Republiken. Reichsdeputations-Hauptschluß (Lunéville 1801, Frieden mit dem Reich). Herausgabe aller von England gemachten Eroberungen an Frankreich (Amiens 1802, Frieden mit England).

1805

Gegner: England, Rußland, Österreich und Schweden gegen Frankreich und Spanien (*3. Koalitionskrieg*).
Ziel: Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes.
Ergebnis: Österreich verliert beträchtliche Gebiete an Italien und süddeutsche Staaten (Preßburg 1805, Friede mit Österreich, während England, Rußland, Schweden im Kriegezustand bleiben).

1806/07

Gegner: Preußen und Rußland gegen Frankreich.
Ziel: Beseitigung der französischen Macht in Deutschland.
Ergebnis: Preußen verliert seine Souveränität. Kompromiß Frankreichs mit Rußland (Tilsit 1807).

1808—14

Gegner: Frankreich gegen Spanien und Portugal.
Ziel: Ausbreitung des Kontinentalsystems. Unterdrückung von Aufständen.
Ergebnis: Besetzung des Landes, doch keine restlose Unterwerfung.

1809

Gegner: Frankreich gegen Österreich.
Ziel: Vernichtung des unter Österreichs Führung erwachenden deutschen Widerstandes.
Ergebnis: Niederlage Österreichs. Große Gebietsverluste (Schönbrunn).

1812

Gegner: Frankreich gegen Rußland.
Ziel: Unterwerfung des letzten bedeutenden kontinentalen Gegners.
Ergebnis: Zusammenbruch der Armee Napoleons.

1813/14

Gegner: Preußen, Österreich, Rußland, Schweden gegen Frankreich und Rheinbund (*Befreiungskrieg*).
Ziel: Befreiung von französischer Herrschaft.
Ergebnis: Beseitigung der französischen Hegemonie. Frankreich nimmt Grenzen von 1792 wieder an (Paris). Wiener Kongreß.

1815

Gegner: Staaten des Wiener Kongresses gegen den zurückgekehrten Napoleon.
Ziel: Endgültige Ausschaltung Frankreichs.
Ergebnis: Verschärfung der Bedingungen des 1. Pariser Friedens.

1821—29

Gegner: Griechen gegen Türkei.
Ziel: Nationale Befreiung.
Ergebnis: Unabhängigkeit Griechenlands nach Eingreifen Englands, Frankreichs und Rußlands.

1830/31

Gegner: Polen-Aufstand gegen Russen.
Ziel: Befreiung von russischer Herrschaft.
Ergebnis: Vollständige Unterwerfung Polens.

1848/49

Gegner: Oberitalien gegen Österreich (Aufstand).
Ziel: Nationale Befreiung.
Ergebnis: Niederwerfung des Aufstandes.

1848/49

Gegner: Ungarn gegen Österreich.
Ziel: Nationale Selbständigkeit.
Ergebnis: Sieg der Österreicher mit russischer Hilfe.

1848

Europäische Revolutionen.

1848—50

Gegner: Deutscher Bund, vor allem Preußen gegen Dänemark.
Ziel: Losreißung Schleswig-Holsteins von Union mit Dänemark.
Ergebnis: Dänischer Gesamtstaat garantiert (Londoner Protokoll 1852). Dänemark setzt sich durch.

1854—56

Gegner: Westmächte und Türkei gegen Rußland (*Krimkrieg*).
Ziel: Bekämpfung der russischen Expansionspolitik (untere Donau).
Ergebnis: Rußland verliert Gebiete und Machtstellung (Paris). Befreiung bzw. Konsolidierung der Balkanfürstentümer.

1859

Gegner: Frankreich und Sardinien gegen Österreich.
Ziel: Befreiung Italiens.
Ergebnis: Österreich verliert die Lombardei. Großer Prestigeverlust (Zürich).

1864

Gegner: Preußen und Österreich gegen Dänemark.
Ziel: Zurechtweisung Dänemarks wegen Verletzung der Verträge (Londoner Protokoll).
Ergebnis: Preußen und Österreich erwerben Schleswig-Holstein (Wien).

1866

Gegner: Preußen gegen Österreich, süd- und mitteldeutsche Staaten (*Deutscher Einigungskrieg*). Italien gegen Österreich.
Ziel: Lösung der deutschen Frage. Verdrängung Österreichs aus Oberitalien.
Ergebnis: Preußen übernimmt Führung des Norddeutschen Bundes. Neugestaltung Deutschlands ohne Österreich, das Rechte auf Schleswig-Holstein aufgeben muß und Venetien verliert (Nikolsburg, Prag, Wien).

1870/71

Gegner: Frankreich gegen Deutschland.
Ziel: Beseitigung der neuen europäischen Großmacht Preußen. Verhinderung des deutschen Zusammenschlusses. Stärkung des Ansehens der französischen Krone durch kriegerische Erfolge.

Ergebnis: Die Reichsgründung, Erwerb der Reichslande. Ende der französischen Vormachtstellung (Frankfurt).

1877/78

Gegner: Rußland und Balkanländer gegen Türkei.
Ziel: Befreiung der Balkanslaven.
Ergebnis: Türkei verliert ihre Balkanpositionen (San Stefano). Erweiterung der österreichischen und russischen Interessengebiete (Berliner Kongreß).

1911/12

Gegner: Italien gegen Türkei.
Ziel: Beseitigung der türkischen Mittelmeerposition (in Europa).
Ergebnis: Italien erwirbt türkische Gebiete in Nordafrika und die Inseln im Ägäischen Meer (Lausanne).

1912/13

Gegner: Balkanstaaten gegen Türkei (1. Balkankrieg).
Ziel: Vollständige Verdrängung der erschöpften Türkei von der Balkanhalbinsel.
Ergebnis: Türkei verliert weitere Gebiete an die Sieger, deren Uneinigkeit zum neuen Kriege führt (London).

1913

Gegner: Serbien, Griechenland, Rumänien, Türkei gegen Bulgarien (2. Balkankrieg).
Ziel: Gebietserweiterungen, Revision des Friedensvertrages von London.
Ergebnis: Unbefriedigende Grenzverschiebungen, die neue Unruhe verursachen (Bukarest, Konstantinopel, Athen).

Weltkrieg 1914—19

Gegner: England, Frankreich, Belgien, Italien, Rußland, Rumänien, Griechenland, Serbien, Portugal (Alliierte) gegen
Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei, Bulgarien (Mittelmächte).
Ziel: a) Der Alliierten:
Vernichtung des aufsteigenden Deutschlands, der deutschen Konkurrenz in Wirtschaft und Industrie. Austilgung der deutschen Militärmacht und Einführung des demokratisch-liberalistischen Staatsbürgerprinzips. Rache für 1870/71 (Frankreich). Befreiung der italienischen Minderheiten (Italien).
b) Der Mittelmächte:
Selbsterhaltung gegenüber Weltkoalition.
Ergebnis: Europäische Revolutionen, Sieg des Bolschewismus in Rußland, Sturz von Dynastien, unbefriedigender Friedensschluß als Ursache neuer Auseinandersetzungen, Aufteilung Europas in Sieger und Besiegte (Versailler Vertrag).

1918—20

Russischer Bürgerkrieg.

1920—21

Gegner: Polen gegen Rußland.
Ziel: Sicherung der polnischen Ostgrenze (Ukraine). Vorstoß gegen Ausbreitung des Bolschewismus.
Ergebnis: Polen, vom Bolschewismus gerettet, erwirbt im Osten weite Gebiete (Riga).

1939

Gegner: Deutschland gegen Polen. Kriegseintritt Englands und Frankreichs.
Ziel: Sicherung der deutschen Ostgrenze und Befreiung Danzigs.
Ergebnis: Befriedung des mitteleuropäischen Ostraumes.

1939/40

Gegner: Rußland gegen Finnland.
Ziel: Rußland sucht in Finnland eine neue Angriffsposition gegen Europa.
Ergebnis: Erwerb strategisch wichtiger Gebiete durch Rußland.

1940

Gegner: Deutschland gegen Frankreich und England. Kriegseintritt Italiens.
Ziel: Sicherung der deutschen Westgrenze und Befriedung Westeuropas.
Ergebnis: Sieg Deutschlands über Frankreich und Besetzung der Kanal- und Atlantikküste zur Abwehr Englands.

1941

Gegner: Deutschland-Italien gegen Jugoslawien und Griechenland.
Ziel: Bekämpfung einer englischen Front vom Südosten her.
Ergebnis: Niederwerfung Jugoslawiens und Griechenlands. Befriedung und Ordnung Südosteuropas.

Gegner: Deutschland und Europa gegen Sowjetrußland.
Ziel: Sicherung der ostmitteleuropäischen Grenzen und Besiegung der bolschewistischen Angriffsarmeen gegen Europa. Gewinnung des Ostraumes für den europäischen Kontinent.
Ergebnis: Gewinn großer Teile des Ostraumes für Europa.

1941/42

Erweiterung des europäischen Krieges zum Weltkrieg durch den Kriegseintritt Japans an die Seite der Achsenmächte und ihrer Verbündeten und der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf die Seite Englands.

Die amerikanische Wirtschaftsstruktur und der Krieg

Von Dr. Johann Paul Hütter

Auch in früheren Zeiten beanspruchte jeder Krieg einen großen Teil des Volkseinkommens. Die Verpflegung, Bekleidung und Bewaffnung des Militärs, die Beschaffung von Pferden, Fuhrwerken und Geschirr und vor allem der Festungsbau erforderten viel Geld. Sie konnten aber, mit Ausnahme von Waffen und Munition (damals ein kleinerer Posten) und von einigen Festungsbauspezialisten, vom friedensmäßigen Produktionsapparat bestritten werden. Auf dem Lande (bei der Marine lagen die Dinge anders) konnte jeder Fürst, dem waffentüchtige Untertanen und ein wohlgefüllter Schatz zu Gebote standen, sich militärische Geltung verschaffen.

Der heutige Krieg stellt an den Produktionsapparat noch höhere, vor allem aber *spezifische* Anforderungen. Eine gesunde Ernährungsgrundlage bleibt ebenso notwendig wie früher. Ferner aber muß der kriegführende Staat eine sehr hohe und vielseitige Produktionskapazität besitzen, die jedes einzelne der tausendfältigen Bedürfnisse der modernen Kriegführung befriedigen kann; dazu muß er über genügende Mengen aller nötigen Rohstoffe verfügen. Nur einige Großmächte können diesen Anforderungen gerecht werden; die meisten Staaten können höchstens Bruchstücke einer Kriegswirtschaft errichten, weshalb eine erfolgreiche Kriegführung ihnen nur in Anlehnung an eine der führenden Großmächte möglich ist. Es besteht kein Zweifel darüber, daß bei den Vereinigten Staaten die Voraussetzungen für eine selbständige militärische Geltung gegeben sind. In *welchem Maße* diese Voraussetzungen vorhanden sind und ausgenutzt werden, soll hier untersucht werden.

Die Ernährungsgrundlage ist, auf kurze Sicht gesehen, gesund. Ein Land, das auf einer Anbaufläche von 1,6 Millionen Quadratkilometer mehr Getreide, Fleisch, Molkereiprodukte und Obst erzeugt als irgendein anderes, und mehr Baumwolle als die ganze übrige Welt, kann nicht verhungern. Freilich verdeckt diese glänzende Erzeugungsbilanz einen Raubbau, der sich in wenigen Jahrzehnten in einer gefährlichen Verschlechterung und zum Teil Verödung des Bodens offenbaren wird. Bis jetzt konnten durch verbessertes Saatgut, verbesserte Bodenbearbeitung und verstärkte Düngung die Hektarerträge auf derselben — an europäischen Verhältnissen gemessen sehr niedrigen — Höhe wie vor fünfzig Jahren gehalten werden. Die ungünstigen Einkommens- und Besitzverhältnisse unter der Agrarbevölkerung stellen zwar ein äußerst schwerwiegendes soziales Problem dar, aber für die Kriegführung sind sie ziemlich belanglos. Die größten augenblicklichen Schwierigkeiten werden durch die Erdölknappheit und den Gummimangel hervorgerufen, die den Betrieb der Lastwagen und Traktoren, auf die der leistungsfähigste Teil der Landwirtschaft ganz eingestellt ist, sehr erschweren. Jedoch wird sich auch diese Störung als empfindlich, aber nicht unüberwindlich erweisen. Ist die weitere Aussicht auch düster, für die Dauer des Krieges ist die Ernährung des Landes gesichert; sogar die in den letzten Jahren stark zusammengeschrumpften Ausfuhrüberschüsse können durch intensivierten Raubbau und Rationierungsmaßnahmen gesteigert werden.

Auch die Rohstoffgrundlage der Industrie ist sehr breit. Im Jahre 1937 entfielen auf die Vereinigten Staaten 35 % der *Steinkohle*, 42 % des *Eisenerzes* und 62 % des *Erdöls*, die in der ganzen

Welt gefördert wurden, ferner 38 % der Weltproduktion von *Stahl.* Allerdings ist bei anderen Rohstoffen die Lage weniger günstig, so daß die USA zur Deckung ihres Bedarfs ganz oder teilweise auf Einfuhr angewiesen sind. In vielen Fällen, wie bei dem mexikanischen *Blei*, dem afrikanischen *Kupfer* und der argentinischen *Wolle*, kann die Zufuhr trotz Schiffsraumknappheit als gesichert gelten. Es wird nicht mehr aus dem Vollen geschöpft: der zivile Wollverbrauch mußte im ersten Vierteljahr 1942 auf 40 % des Vorjahres kontingentiert werden, und Blei ist für zivile Zwecke mit wenigen Ausnahmen überhaupt nicht vorhanden. Aber solche kriegsbedingte Mangelerscheinungen bedeuten noch keine Herabsetzung des Kriegspotentials. Anders sieht die Lage aus bei einigen kriegsnotwendigen Rohstoffen, deren Quellen sich in den Händen der Mächte des Dreierpaktes befinden. Hier seien drei von den wichtigsten kurz angeführt.

Nächst dem Eisen ist *Aluminium* für die Rüstungsindustrie das notwendigste Metall. Die Durchführung des Rüstungsprogramms würde eine Million Tonnen jährlich erfordern. Diese Menge soll im Jahre 1944 erzeugt werden; die bestehende, bereits voll ausgenutzte Produktionskapazität soll zu diesem Zwecke verfünffacht werden. Zudem müßte die Bauxitförderung eine entsprechende Steigerung erfahren. Denn in den Gruben Guayanas und der Vereinigten Staaten, die den Bedarf nicht nur der USA, sondern auch ihrer Alliierten decken müssen, wurden im Rekordjahr 1940 nur 1 778 000 t Bauxit mit einem Aluminiumgehalt von rd. 450 000 t gewonnen. Gewiß, die Produktion kann und wird gesteigert werden. Ob sie die geplante Höhe in der geplanten Frist erreicht, ist eine ganz andere Frage. Tatsächlich wurden im dritten Vierteljahr 1942 nur zwei Drittel der Aluminiumanforderungen der verarbeitenden Industrie befriedigt.

Mindestens ebenso problematisch ist die *Zinn*versorgung. Zwei Drittel der Zinnförderung der Welt (und, qualitativ gesehen, das beste Erz) befinden sich in Malayen, Java und Burma und sind den Alliierten für immer verlorengegangen. Den Vereinigten Staaten steht nur noch die Produktion Boliviens zur Verfügung, an der sie sich durch einen zwischen dem bolivianischen Staat und der staatlichen USA-Einkaufsgesellschaft „Metals Reserve Corporation" geschlossenen Vertrag den Löwenanteil gesichert haben. Die Zinnerzförderung Boliviens entsprach 1940 nur etwa 40 % des amerikanischen Bedarfs, so daß die Zinnknappheit schon äußerst akute Formen angenommen hat. Über ein Viertel aller Konservenfabriken sind im Februar 1942 geschlossen worden; Ende Mai folgten weitere.

Die bedenklichsten Mangelerscheinungen treten auf dem Gebiet der *Gummi*wirtschaft auf. 87 % der Weltproduktion befanden sich in den südostasiatischen Ländern, die der rasche Zugriff der japanischen Waffen den Alliierten entrissen hat. Die restlichen 13 % sind zur Hälfte unter britischer Kontrolle und natürlich der britischen Industrie vorbehalten. Um ihren ungeheuren Bedarf, der sich 1941 auf eine Million Tonnen belief, zu befriedigen, verfügen die Vereinigten Staaten über drei Quellen. Von den iberoamerikanischen Ländern können sie gewisse Mengen beziehen, gegenwärtig etwa 25 000 t und nach den günstigsten Schätzungen 1944 bis 90 000 t. Die Produktion von Regeneraten hatte 1941 eine Rekordhöhe erreicht und ein Viertel des Verbrauchs gedeckt. Sie kann kaum gesteigert werden, weil das Altmaterial fehlt: die im Juni dieses Jahres durchgeführte Altgummisammlung blieb um über 50 % hinter den Erwartungen zurück. Die Produktion von synthetischem Gummi steckt noch in den Kinderschuhen. Sie deckte im Jahre 1941 wenig mehr als 1 % des Bedarfs; zudem ist die Haltbarkeit des Produkts nicht wie in Deutschland größer, sondern geringer als die des Naturgummis. Da die Zufuhren seit dem Frühling 1942 so gut wie ganz aufgehört haben, werden die von der „Rubber Reserve Corporation" aufgekauften Vorräte bald erschöpft sein. Für zivile Zwecke werden seit Februar 1942 keine Automobilreifen mehr verkauft. Auch ohne Berücksichtigung des zivilen Bedarfs besteht ein Fehlbetrag, der von maßgeblicher amerikanischer Seite allein für das Jahr 1942 mit 400 000 t beziffert wird. Der im September 1942 ernannte Bevollmächtigte für das Gummiprogramm, Wm. Jeffers, hat prompt eine großzügige Lösung des Problems angekündigt: es werden unverzüglich Neuanlagen zur Produktion von Kunstgummi errichtet, die bis November 1943 ihren vollen Leistungsstand von 750 000 t erreichen sollen. Dergleichen Äußerungen sind jedoch nicht für bare Münze zu nehmen. Wir wissen, daß amerikanische Planziffern eher nach Maßgabe des Wünschenswerten als des Erreichbaren festgesetzt zu werden pflegen; wir wissen auch aus eigener Erfahrung, daß eine starke Kunstgummi-Industrie aufgebaut, aber niemals improvisiert werden kann. Bis sie auf vollen Touren läuft, müssen Jahre vergehen, in diesem Fall entscheidende Kriegsjahre.

Die Rüstungsproduktion erfordert nicht nur Rohstoffe, sondern auch, und zwar in erster Linie *Arbeitskräfte*. Das Programm Roosevelts verlangt Ende 1943 nicht weniger als 20 Millionen Rüstungsarbeiter, das sind fast dreimal so viele, wie 1918 in der Kriegsindustrie tätig waren. Gleichzeitig will er doppelt so viel Mann

unter die Fahnen rufen wie 1918; dadurch würden der Produktion 16,8 % aller Arbeitsfähigen entzogen gegen 11,4 % im Weltkrieg. Der zivile Sektor der Industrie kann selbst bei strengster Herabsetzung der Lebenshaltung höchstens ein Drittel seiner Arbeiter abgeben, das sind 10 Millionen. Von den 3,8 Millionen Arbeitslosen, mit denen das Land Roosevelts in den Krieg getreten ist, gelten 2 Millionen als nicht mehr einsatzfähig. Ob der Fehlbetrag in der Arbeitsbilanz voll gedeckt werden kann, bleibt abzuwarten.

Dennoch ist das Bild der Lage, das diese Zahlen geben, immer noch zu günstig. Die 9 Millionen, die zum Wehrdienst einberufen werden, sind durchwegs jüngere, gesunde Männer von überdurchschnittlicher Produktivkraft, wogegen die jetzt herangezogene Reserve des Arbeitsmarktes — langjährige Arbeitslose, Frauen und ältere Männer — unter dem Durchschnitt steht. Auch der von seinem angelernten Zivilberuf in die Rüstungsindustrie überführte Arbeiter leistet weniger. Es wird sich wieder zeigen, was 1917—1918 deutlich in Erscheinung getreten war: die kriegsbedingte Umschichtung der Arbeiterschaft hat trotz allen Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit einen erheblichen Rückgang der Leistung des einzelnen zur Folge.

Diese Schwierigkeiten sind zum Teil allen kriegführenden Ländern gemeinsam. Jedoch steht das Deutsche Reich in mehr als einer Hinsicht günstiger da. Die Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß konnte bei uns sechs Jahre vor Kriegsausbruch einsetzen und war am 3. September 1939 längst vollendet; sie wird drüben dadurch erschwert, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit durchschnittlich doppelt so lang war wie in Deutschland. Vor allem aber genießt das Reich den einmaligen Vorteil, den durch die Mobilmachung entstandenen Ausfall an Arbeitskräften durch die Heranziehung von Millionen von Ausländern, Kriegsgefangenen oder Zivilarbeitern, zu ergänzen.

*

Der Aufbau einer Kriegswirtschaft pflegt sich in zwei Stufen zu vollziehen. Zunächst wird neben der bestehenden zivilen Produktion eine zusätzliche Kriegsproduktion errichtet. Die Lösung dieser Aufgabe ist verhältnismäßig leicht. Sie geschieht meist in den dem Kriegsausbruch vorangehenden Jahren der politischen Spannung; nur ein kleiner Teil der Arbeitsfähigen steht unter den Waffen, und der Arbeits- und Kapitalmarkt verfügen gewöhnlich über unausgenutzte Reserven, deren Einsatz auch innerhalb der nicht gelenkten Wirtschaft erfolgen kann. Unter dem Stimulus der Nachfrage entstehen neue Betriebsanlagen, und viele bestehende Anlagen

stellen sich auf die Kriegsproduktion um, soweit sie es ohne allzu hohe Unkosten können. Solches war in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1915—1917 geschehen. Eine derartige Rüstungskonjunktur, die letzten Endes immer auf Kredit aufgebaut ist, birgt in sich die Gefahr der Inflation — eine Gefahr, der nur eine äußerst straffe Wirtschaftslenkung zu steuern imstande ist. Diese Gefahr tritt erst in Erscheinung, wenn die unausgenutzten Reserven erschöpft sind; dies geschieht aber um so schneller, als die Konjunktur der Rüstungsindustrie zusätzliche Kaufkraft unter die Verbraucherschaft ausstreut, wodurch die Nachfrage nach den Gütern des zivilen Bedarfs verstärkt und ihre Produktion angeregt wird. Zwischen der militärischen und der zivilen Nachfrage entsteht ein Wettbewerb um die unausgenutzte Produktionskraft, wodurch diese bald aufgesogen wird. Die zweckwidrige Steigerung der Erzeugung von zivilen Verbrauchsgütern ist die unausbleibliche Begleiterscheinung jeder nicht gelenkten Rüstungskonjunktur. Ansätze davon waren auch in Deutschland in den Vorkriegsjahren vorhanden; durch die energischen Maßnahmen der Reichsregierung wurden sie im Keime erstickt. Diesem Beispiel konnte die amerikanische Bundesregierung nicht folgen. Die ihr bis Ende 1941 zu Gebote stehenden Mittel der Wirtschaftslenkung: Kontrolle der Währung, teilweise Kontrolle des Außenhandels, Ausgaben der öffentlichen Hand und halbstaatliche Kredite, boten keine feste Handhabe zur Einschränkung des Verbrauchs. Wahrscheinlich war der Regierung Roosevelts die Zunahme des zivilen Konsums sogar erwünscht, weil sie auf die Stimmung des Volks günstig wirkte. Auf alle Fälle hat sie in erheblichem Maße mit dazu beigetragen, daß die Reserve von ausgenutzter Produktionskraft bereits im ersten Vierteljahr 1942 äußerst zusammengeschrumpft war; kennzeichnend dafür ist die Stahlproduktion, die seit dem Frühjahr keine bedeutende Leistungssteigerung mehr erzielen kann.

Die Rüstungskonjunktur 1940—1941 unterscheidet sich jedoch in einem wesentlichen Punkt von ihrer Vorgängerin der Jahre 1915 bis 1917. Als damals die britischen und französischen Aufträge kamen, schickte sich die amerikanische Industrie unverzüglich an, neue Rüstungswerke zu errichten, um die erwartete Konjunktur voll ausnutzen zu können; sie schuf damit das Werkzeug für eine maximale Kriegsproduktion, die dann 1917 und 1918 verhältnismäßig reibungslos in Gang gebracht werden konnte. Im jetzigen Krieg legte die Industrie, selbst als die britischen Aufträge im Herbst 1940 einen größeren Umfang annahmen, eine sehr vorsichtige Haltung an den Tag. Von den bitteren Erfahrungen der Krisenzeit hatte

sie eine tiefe Scheu behalten vor Neuinvestitionen, deren Amortisation nicht gesichert erschien. Da die Nachfrage nach Kriegsmaterial keine Gewähr für Beständigkeit bot, wurde sie wie eine vorübergehende Gewinnmöglichkeit ausgenutzt: nicht durch Schaffung neuer Werke, sondern durch intensivierten Betrieb der bestehenden Anlagen. Die Bundesregierung versuchte, dieser zurückhaltenden Tendenz mit Krediten und Steuererleichterungen für industrielle Neubauten entgegenzuwirken. Die staatliche „Defense Plants Corporation" finanzierte bis zum Herbst 1941 für rund $ 700 Mill. Fabrikneubauten. Im ganzen gesehen hielt sich die Erweiterung der Produktionskapazität in ganz unzureichenden Grenzen, ob man sie an der Entwicklung 1915—1917 oder an den noch viel höher gesteckten Zielen der Rooseveltschen Programme mißt.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1942 trägt ganz neue Züge. Da der Produktionsapparat bereits voll beansprucht war, konnte die gewaltige Steigerung der Aufrüstung, die der offene Kriegszustand erforderte, nur noch auf Kosten der zivilen Produktion erfolgen. Eine solche Aufgabe ist ungemein schwieriger als die Beschäftigung der vorhandenen Werke mit Rüstungsaufträgen oder die Investierung einer bisher unausgenutzten Kapital- und Arbeitsreserve in neuen Industrieanlagen. Um diese herbeizuführen, genügt es, die Nachfrage zu steigern, mit anderen Worten: Geld auszugeben. Die Umstellung von Menschen und Betrieben von der zivilen Produktion auf ganz andere Arbeiten läßt sich aber mit Geld allein nur in einem ganz unzureichenden Maße erreichen. Denn die Ausgaben des Staates tauchen an anderer Stelle als vermehrte Kaufkraft auf, und die Nachfrage nach zivilen Verbrauchsgütern wird dadurch belebt. Um trotz dieser verstärkten Nachfrage die zivile Produktion zu verringern, um die Produzenten zu veranlassen, auf die Erfüllung lohnender, aber nicht kriegswichtiger Aufträge zu verzichten, um Maschinen und ganze Betriebe, die mit Gewinn arbeiten könnten, stillzulegen und ihre Arbeitskräfte anderen Produktionszweigen und manchmal anderen Standorten zuzuführen, ist ein staatlicher Zwang notwendig. In klarer Erkenntnis dieser Notwendigkeit hat sich *Roosevelt* vom Kongreß die entsprechenden Vollmachten erteilen lassen: er darf Preise und Löhne festsetzen, über den Einsatz aller Arbeitskräfte und die Verteilung aller Rohstoffe verfügen. Bereits ist eine staatliche Reihe von Verordnungen erlassen worden, die mit der althergebrachten, angeblich leistungsfähigeren „freien" Wirtschaftsform gründlich aufgeräumt haben.

In der Planung scheint allerdings keine allzugroße Zielsicher-

heit zu herrschen. Die ursprüngliche Absicht der Regierung war, vor dem eigentlichen Kriegseintritt eine neue, starke Rüstungsindustrie aufzubauen. Wie bereits angeführt, war diese Absicht Ende 1941 nur sehr mangelhaft erfüllt, so daß man in Washington gern eine Frist von einigen Monaten sogenannter Neutralität eingehalten hätte, um das Versäumte in Ruhe nachzuholen. Die Initiative Japans und der Achsenmächte vereitelte diese Absicht. In seinen Januarbotschaften an den Kongreß verkündete Roosevelt den Übergang zur Kriegswirtschaft. Die Produktion von Material aller Art sollte gewaltig gesteigert werden, um Ende 1943 ihren Höhepunkt zu erreichen. Zu diesem Zweck genügte es nicht mehr, neben dem zivilen Produktionsapparat eine neue Kriegsindustrie zu errichten; sondern man müßte vor allem bestehende Betriebe von dem zivilen auf den Wehrbedarf umstellen. Mit anderen Worten, die Amerikaner sollten sich eine weitgehende Senkung ihrer Lebenshaltung gefallen lassen, um die Kriegsproduktion allmählich auf den erwünschten Stand zu bringen. Die Umstellung fällt um so schwerer, als die amerikanische Industrie in dem letzten Jahrzehnt immer stärker verbrauchsorientiert geworden ist, während die für die Aufrüstung notwendige Kapitalgüterproduktion tatsächlich zurückgegangen ist.

Dieses Programm setzte voraus, daß die USA ihren Volleinsatz bis 1943 oder 1944 verschieben konnten. Bald stellte sich aber heraus, daß man nicht solange warten durfte. Australien, Indien, Ägypten, Sowjetrußland benötigten sofortige Hilfe. Darum machte die wirtschaftliche Strategie im Frühling und Anfang des Sommers eine deutliche Schwenkung. Die verfügbaren Arbeitskräfte und Rohstoffe, deren Menge ja begrenzt ist, wurden nicht mehr dem Ausbau des Produktionsapparates durch Bau oder Umbau von Fabriken, sondern der unmittelbaren Erzeugung von Kriegsmaterial zugeteilt. Selbstverständlich wird jede auf diese Art erzielte augenblickliche Steigerung mit einem mehrfachen Ausfall im folgenden Jahre erkauft; doch die äußerste Gefährdung ihrer Verbündeten ließ den Vereinigten Staaten keine andere Wahl. Das ursprüngliche Programm, nach welchem 1942 das Werkzeug geschaffen werden sollte, mit dessen Hilfe die ungeheuren Mengen von Material 1943 und 1944 entstehen würden, war tatsächlich aufgegeben.

Gleichzeitig mußte das Programm eine noch weittragendere Revision erfahren. Als es aufgestellt wurde, rechneten seine Verfasser mit Zinn und Gummi aus Südostasien und mit einer durch Feindeinwirkung nur mäßig gestörten Rohstoffzufuhr zur See. Der japanische Siegeszug hat diese Rechnung auf den Kopf gestellt. Er-

hebliche Arbeitskräfte und Rohmaterialien müssen anderen Zweigen des Programms entzogen und auf den Bau von Kunstgummi-Fabriken umgeleitet werden. Um Zinn einzusparen, müssen neue Verfahren ausprobiert werden. Ebenso folgenschwer ist die gewaltige Steigerung der Schiffsversenkungen. Sie zwingt erstens dazu, den Bau von Werften und Schiffen als Ausgleich für den steigenden Tonnageausfall zu intensivieren; diese Intensivierung kann nur auf Kosten anderer Produktionszweige erfolgen. Zweitens lähmt sie die Rohstoffzufuhr und trifft dadurch das ganze Rüstungsprogramm an der Wurzel.

Doch die größte Sorge der amerikanischen Öffentlichkeit ist zur Zeit die *Inflation*. Die Regierung nimmt die Gefahr sehr ernst, wie die auf ihren Vorschlag erfolgte Annahme eines sog. Antiinflationsgesetzes durch den Kongreß im September und die Schaffung eines „Amtes für Wirtschaftsstabilisation" unter der Leitung des Bundesrichters *James F. Byrnes* zeigt. Im Grunde genommen ist das Problem einfach: die Regierung verwendet einen sehr hohen Anteil des Volkseinkommens für Kriegszwecke; im zweiten Vierteljahr 1942 waren es 31 %, und der Satz soll in den nächsten 12 Monaten auf mindestens 50 % gebracht werden. Dieser Teil der im Umlauf befindlichen Kaufkraft, den der Staat für seine Zwecke ausgeben will, muß den Verbrauchern, in deren Hände er immer wieder seinen Weg findet, durch Steuern oder Anleihen entzogen und den Staatskassen zugeführt werden. Gelingt dies nicht, dann ist der Staat gezwungen, den Fehlbetrag durch Schaffung zusätzlicher Kaufkraft zu decken; und darin besteht die Inflation, ganz gleich, welche Formen sie annimmt und durch welche Mittel der modernen Finanztechnik sie verdeckt wird. Zum Beispiel finden die Anleihen der Bundesregierung immer Abnehmer; wenn aber die Subskriptionen nicht aus Ersparnissen, sondern aus einer Erweiterung des Bankkredits kommen, dann wird die Inflation bloß verlagert, und alle ihre nachteiligen Folgen stellen sich ein, einerlei, in welchem Maße der Geldumlauf steigt. Daß der Fehlbetrag, welcher durch Inflation gedeckt werden muß, keine einmalige, sondern eine fortlaufende Erscheinung ist; daß er sogar dazu neigt, nicht nur eine steigende Summe, sondern einen steigenden Prozentsatz der Staatsausgaben zu bilden, weil die Einnahmen aus Steuern und Anleihen prozentual sinken, gehört ebenfalls zum Wesen dieser Schraube ohne Ende. Selbstverständlich kann man der Gefahr Herr werden, am besten indem man ihr vorbeugt. Aber der Wille einer Regierung dazu (bei welcher der Inflationen, die die Geschichte kennt, hätte er gefehlt?) genügt nicht; zumal alle Anzeichen darauf deuten, daß das Übel in

den Vereinigten Staaten bereits einen gefährlichen Anlauf genommen hat: die Zunahme des Geldumlaufs hatte im Herbst 1942 das Tempo von 4 % monatlich angenommen; die Bundesschuld — die im ersten Weltkrieg nie über 24 Milliarden gestiegen war — hatte am 30. Juni 1942 eine Höhe von 77 Milliarden erreicht; die Großhandelspreise sind bis zum 15. September 1942, dem Stichtag der Preisstopverordnung, um nicht weniger als 51 % über ihren schon bei Kriegsbeginn sehr hohen Stand gestiegen. Die „Canadian Bank of Commerce" hat sogar den Versuch unternommen, den Umfang der Inflation zu beziffern; nach dieser britischen Quelle übersteigt die Kaufkraft des amerikanischen Publikums das Warenangebot um volle 25 %.

Wir sehen den weiteren Maßnahmen Roosevelts zur Bekämpfung der Inflation mit demselben skeptischen Interesse entgegen, mit dem wir seinerzeit die Maßnahmen des New Deal zur Ankurbelung der Wirtschaft verfolgt haben. In Deutschland sind beide Aufgaben gemeistert worden; nicht etwa durch die Zauberei eines „financial wizard", wie man drüben gern sagt, sondern durch konsequente und, wenn nötig, rücksichtslose Anwendung des gesunden Menschenverstandes. An geistreichen Finanztechnikern leiden die Vereinigten Staaten ebensowenig Mangel wie das Deutschland der Inflationsjahre. Aber es geht viel schneller, von einer zentralen Planungsbehörde Richtlinien ausarbeiten zu lassen, als deren Durchführung zu bewirken; denn die Vereinigten Staaten besitzen keinen dazu geeigneten Verwaltungsapparat. In Deutschland ist ein solcher zur Durchführung des Vierjahresplans in langjähriger Kleinarbeit geschaffen und vervollkommnet worden; in Amerika hat der New Deal zwar viele zentrale Behörden ins Leben gerufen, aber — und hier liegt eine der Ursachen seines Mißerfolges — er hat nur in vereinzelten Fällen zu einer wirksamen Erfassung der Wirtschaft bis zum Einzelbetrieb geführt. Heute muß der Preiskommissar *Henderson* 95 000 neue Kontrollbeamte einsetzen und einarbeiten, damit der Preis- und Lohnstop kein toter Buchstabe bleibe. Die Bewirtschaftung der wichtigsten Rohstoffe hat sofort einen schwarzen Markt entstehen lassen, dessen Tätigkeit sich auf alle Gebiete des Wirtschaftslebens erstreckt. Man stelle sich schließlich die staatliche Lenkung des Arbeitseinsatzes vor in einem Lande, in dem die Arbeitslosen nicht einmal richtig gezählt worden sind, weil keine Arbeitsämter da sind.

Es ist ein oft durch Erfahrung bestätigtes Paradox, daß die Einhaltung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen die Moral eines Volkes auf eine schwerere Probe stellt als der Frontkampf mit seinen un-

gleich härteren Opfern. Beim Amerikaner ist der Sinn für soziale Disziplin besonders schwach entwickelt. Der amerikanische Gemeinschaftssinn geht nur so weit, wie der als primär betrachtete Eigennutz mit dem Gemeinnutz zusammenfällt, mit anderen Worten, solange der einzelne keine Opfer bringen muß. Dieser Individualismus ist in der Geschichte des Landes gerade auf wirtschaftlichem Gebiet fest verankert, und durch die Aufklärungsphilosophie, die Amerika noch nicht überwunden hat, weltanschaulich unterbaut. „Every man shift for himself and the devil take the hindmost" lautet der Grundsatz, den die Lehrbücher nur in verwässerter Form, das Leben dafür um so kräftiger vertritt. „Law enforcement", die Durchführung des Gesetzes, ist dort keine Selbstverständlichkeit wie bei uns, sondern oft eine Streitfrage der Lokalpolitik; und die ruhmlose Geschichte der Prohibition hat vor kaum zehn Jahren gezeigt, in welchem Maße der Ungehorsam des Publikums und die Käuflichkeit der Beamten ein Gesetz zu vereiteln vermochten. Der New Deal, der theoretisch gegen den „rugged individualism" Stellung nahm, hat keine Ansätze von wirtschaftlichem Gemeinschaftssinn entwickelt, sondern praktisch lediglich eine wilde Jagd nach Subventionen und Privilegien entfesselt. Natürlich wird der nicht zu unterschätzende Patriotismus der Amerikaner den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen Roosevelts eine gewisse moralische Autorität verleihen, die der Prohibition und dem New Deal fehlte; andererseits aber wird der Anreiz zur Übertretung des Gesetzes viel stärker sein. Daß selbst der Krieg hier keinen tiefen Wandel geschaffen hat, zeigte kürzlich die Haltung des Farmblocks, dessen Vertreter einmütig gegen den Preisstop Stellung nahmen, nicht weil sie dessen Notwendigkeit bezweifelt hätten, sondern weil er ihre Wähler um die erhofften Kriegsgewinne bringen würde. Ähnlich verhielten sich die Führer der organisierten Arbeiterschaft, die vom Präsidenten forderten, daß er die Einführung der Dienstverpflichtung wenigstens bis nach den Herbstwahlen aufschob.

*

Die amerikanische Wirtschaftskraft ist eine Tatsache; die unbegrenzte amerikanische Wirtschaftskraft gehört wie alle Riesen ins Reich der Fabel. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist unter der Regierung Roosevelts mit den Problemen des Friedens nicht fertig geworden; mit den schwereren Problemen des Krieges wird sie noch weniger fertig werden. Ihre bis 1940 stagnierende und hauptsächlich verbrauchsorientierte Industrie ist weder strukturmäßig noch organisatorisch auf den Krieg vorbereitet. Die

Schiffsversenkungen und die Siege Japans haben bei ihr einen Rohstoffmangel hervorgerufen, den Deutschland bei sich durch die Anstrengungen des Vierjahresplans bereits behoben hat. Es fehlt ihr an Arbeitskräften, und sie kann nicht, wie wir, ausländische Arbeiter heranziehen. Die Finanzen der Vereinigten Staaten, die bereits vor Kriegsausbruch einen kaum tragbaren jährlichen Fehlbetrag und eine sehr hohe Verschuldung aufwiesen, leiden schon unter den ersten Symptomen der Inflation. Alle diese Faktoren wirken sich auf die Kriegsproduktion aus, die im August nach eigenem Eingeständnis des Leiters des Kriegsproduktionsamtes *Donald M. Nelson* schon 14 % hinter den Planziffern zurückblieb. Da die wichtigsten Schlüsselindustrien, wie z. B. die Stahlindustrie, seit Monaten nur noch eine geringe Steigerung ihrer Erzeugung aufweisen, ist anzunehmen, daß die amerikanische Rüstungsproduktion zwar weiterhin eine ansehnliche Höhe erreichen, aber niemals an die phantastischen Zahlen, die Roosevelt genannt hat, heranreichen wird. Im übrigen wird dieser Krieg nicht, wie unsere Feinde in ihrer weltanschaulich bedingten Überschätzung des Wirtschaftlichen glauben, auf den Produktionsstätten, sondern auf den Schlachtfeldern entschieden. Die amerikanische Wirtschaftskraft ist der l e t z t e Mythus, an den sich die Siegeshoffnungen der Engländer klammern. Er wird sie genau so enttäuschen wie die Maginotlinie, die Hungerblockade, der russische Koloß und manches andere.

Iberische Verbundenheit

Von Karl Haß

Heute erkennt jedermann, daß der fast den ganzen Erdball umfassende Krieg nicht allein um Lebensräume und Rohstoffe geführt wird, wenn auch die Notwendigkeit der in künstlichen Staatsgebilden zusammengedrängten Völker, die in Versailles vorgenommene „Ordnung" mit Waffengewalt umstoßen zu müssen, wollten sie nicht durch die Unnachgiebigkeit der Sieger zugrunde gehen, mit einen Hauptgrund zur heutigen Auseinandersetzung bildet. Besonders seit dem Kriegseintritt der Sowjetunion wurde deutlich, daß der Kampf der Achsenmächte und ihrer Verbündeten nicht zuletzt auch über die moralische und geistige Erneuerung entscheidet. In den letzten Folgerungen geht es darum, ob die Welt nach diesem Ringen bolschewistisch — ob unter sowjetischem oder englisch-amerikanischen Vorzeichen, ist eine Frage von zweitrangiger Be-

deutung — oder antibolschewistisch sein wird. Diese gewaltige Bedeutung des zweiten Weltkrieges zwingt jedes Volk, auch wenn es sich nicht mit den Waffen aktiv an dem Kampf beteiligt, zu einer eindeutigen Stellungnahme, wobei es nur die beiden Möglichkeiten gibt: entweder für oder gegen eine Neugestaltung der Lebensformen. Eine Neutralität im herkömmlichen Sinne ist nicht mehr möglich, denn das hieße heute vor der Entwicklung die Augen schließen und die Verantwortung scheuen. Sicher gibt es noch zahlreiche Menschen und sogar ganze Völker, die durch die Taktik des „Abwartens" einer klaren Stellungnahme aus dem Weg zu gehen versuchen, aber nach der siegreichen Beendigung des Krieges wird auch ihr Platz in dem neuen Europa dem Beitrag entsprechen, den sie zu der Niederkämpfung der Gegner lieferten.

Der größte Teil der verantwortungsbewußten Führer der europäischen Staaten steht bereits aufrichtig und offen auf Seiten der jungen Völker und erkennt, daß auch das Schicksal ihres Landes entschieden wird: so wie das faschistische Italien vor dem 10. Juni 1940 seinen politisch-militärischen Zustand mit dem von ihm geprägten Ausdruck der „nonbelligeranza" und der „prebelligeranza" umschrieb, so bezeichnen heute verschiedene europäische Staaten ihre Haltung mit ähnlichen Wendungen und bringen dadurch zum Ausdruck, daß sie wohl „nicht-kriegführend", aber keineswegs „neutral" sind. Allmählich festigt sich das europäische Gemeinschaftsgefühl, nicht in dem Sinne des Paneuropa eines *Coudenhove-Kalergi*, sondern als ein freiwilliger Bund der europäischen Staaten, der die trotz aller regionaler Verschiedenheiten gemeinsame kontinentale Kultur und ihre Schöpfungen gegen innere und äußere Feinde verteidigt. Wie ein Magnet zieht dabei die Mitte unseres Kontinents, das Reich, die Randgebiete an, durchdringt sie mit neuer Energie und bildet mit ihnen einen Block, an dessen Geschlossenheit und Härte das Schwert der Feinde des Reiches und des Kontinents zerbricht. Bis zum höchsten Norden an der Grenze der menschlichen Lebensmöglichkeiten und bis zur äußersten Südwestspitze Europas, wo eine nur wenige Kilometer breite Wasserstraße Spanien von dem afrikanischen Erdteil trennt, wirkt diese Kraft und macht sich der Wille zur Einheit bemerkbar; in erneuerter Form ersteht das alte Reich der Mitte. Ja, selbst die Iberische Halbinsel, die sich in dem vergangenen Jahrhundert von Europa abwandte — wofür Staat und Volk schwer büßten —, hat den Anschluß an den Kontinent wiedergefunden, geistig, als Spanien nach drei blutigen Jahren Bürgerkrieges den internationalen Bolschewismus in seinem Machtbereich ausgerottet und zu den eigenen

Werten zurückgefunden hatte, und auch räumlich, seitdem deutsche Truppen an der spanisch-französischen Grenze stehen.

Über den einzelnen Staaten mit ihren Verschiedenheiten, die zu Mißverständnissen und Spannungen Anlaß geben können, steht die gesamteuropäische Einheit! Wie weit diese Erkenntnis Allgemeingut zu werden beginnt, zeigt nicht zuletzt die Entwicklung auf der Iberischen Halbinsel, wo sich das Portugal *Salazars* ebenso wie das falangistische Spanien ehrlich bemühen, einen geschlossenen iberischen Block zu bilden, um damit zur Festigung des neuen Europas beizutragen. Zweifellos bestehen zwischen beiden Nationen Unterschiede in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und Auffassung, aber die verantwortlichen Führer versuchen die Reibungsmöglichkeiten durch stärkeres Hervorheben der Gemeinsamkeiten zu überbrücken. Und diese liegen vor allem auf kulturellem und weltanschaulichem Gebiet. Seit mehr als 10 Jahren ist Portugal antibolschewistisch; es war gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund und lehnte die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zu Moskau kompromißlos ab. Und als der spanische Bürgerkrieg ausbrach, waren zahlreiche portugiesische Freiwillige bereit, für die Sache der nationalspanischen Erhebung ihr Leben einzusetzen. In diesen Jahren entstand die Grundlage für ein engeres Zusammengehen beider Länder mit dem Endziel der Schaffung einer „peninsularen Brüderlichkeit". Der portugiesische Ministerpräsident wußte, daß der spanische Nationalismus für Portugal eine Schranke gegen den iberischen Kommunismus darstellte, und deshalb ließ er sich selbst nicht durch englische Drohungen in seiner Politik beeinflussen. Diese feste Haltung ist um so mehr anzuerkennen, als das dem Ozean zugewandte Portugal seit dem 14. Jahrhundert mit dem bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges die Weltmeere beherrschenden England in einem engen Freundschaftsverhältnis steht. Allerdings war die englische Freundschaft niemals selbstlos, die Briten waren stets bestrebt, die europäische Gegenküste und vor allem die Mündung des Tejo nicht in die Hand einer kontinentalen Großmacht fallen zu lassen, die sich von hier aus gegen die Insel wenden könnte. Aber nach dem Sieg *Francos* über den Bolschewismus, der Spanien zu einer militärisch und politisch starken Macht und damit wieder zu einem Faktor in der europäischen Politik werden ließ, konnte auch Portugal sich mit seinem Nachbarn tiefer verständigen, als es mit einem schwachen Spanien möglich und ratsam gewesen wäre, und konnte mit einem spanischen Bündnis gewissermaßen ein Gegengewicht gegen die mit England eingegangenen Verpflichtungen bilden.

Im Frühjahr 1939 schlossen die beiden iberischen Mächte einen Nichtangriffspakt, der zwar noch einen rein defensiven Charakter trug, indem sich die Vertragschließenden verpflichteten, etwaige Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungswege zu lösen und das Staatsgebiet keiner dritten Macht zum Durchmarsch gegen das Gebiet des Partners zu überlassen, aber doch war hiermit die Grundlage geschaffen zu einer Verständigungspolitik und darüber hinaus zu einem besseren gegenseitigen Kennenlernen der beiden Völker, deren bisherige Ergebnisse die „iberische Gemeinschaft" nicht länger als Utopie, sondern als eine konkrete Tatsache erscheinen lassen.

Seit dem gleichen Jahre dient auch ein spanisch-portugiesisches Handelsabkommen dazu, über den verstärkten Warenaustausch hinaus die beiderseitigen Beziehungen zu bessern. Leider ergänzen sich die Märkte beider Länder nur schwer, und vor allem hat Spanien auch heute noch wirtschaftlich schwer unter den Folgen des Bürgerkrieges zu leiden, aber gerade wegen der Schwierigkeiten ist diesem Vertrag vom Dezember 1939 eine tiefere Bedeutung beizumessen als den üblichen zwischen zwei Ländern getroffenen Abkommen. Er ist ein Beweis für das zunehmende Verständnis und Verantwortungsgefühl für den Nachbarn.

Seit dem Ausbruch des Krieges 1939 wird diese Entwicklung noch beschleunigt. Ohne auf die traditionelle Freundschaft Portugals mit England Rücksicht zu nehmen, erschwert Großbritannien den Ausfuhrhandel der „befreundeten" Nation, und unternimmt es nichts, die in Portugal immer fühlbarer werdende britische Blockade zu beseitigen oder auch nur zu erleichtern.

Seit dem Überfall amerikanisch-englischer Streitkräfte auf die französischen Besitzungen an der nordafrikanischen Küste ist der Krieg unmittelbar vor die Tore der Pyrenäenhalbinsel getragen worden. Zwar beeilten sich *Roosevelt* und *Churchill*, der spanischen und der portugiesischen Regierung zu beteuern, daß die Aktion keine Gefahr für die Neutralität beider Länder bedeute, aber Franco und Salazar wissen ebensogut wie die übrigen Völker, welcher Wert den Worten dieser Kriegsausweiter beizulegen ist. Durch diese Tat werden die Lebensinteressen Portugals und Spaniens unmittelbar berührt, und niemand garantiert dafür, daß die angelsächsischen Seestreitkräfte nicht eines Tages aus strategischen Gründen und um angeblich von den Achsenmächten geplanten Überfällen zuvorzukommen, auch die Azoren, die Kapverdischen Inseln oder spanisches Gebiet am Mittelmeer besetzen. Die Pläne der Westmächte in dem Lebensraum unseres italienischen Verbündeten

sind bekannt, und wenn Roosevelt und Churchill zu ihrer Verwirklichung die Verletzung der Neutralität der iberischen Länder für notwendig halten, werden sie sich auch von diesem Schritt weder durch Abmachungen noch durch moralische Bedenken zurückschrecken lassen. Gerade dieser amerikanisch-englische Gewaltakt gegenüber dem französischen Kolonialreich wird dazu beitragen, das Solidaritätsgefühl der Spanier und Portugiesen weiter zu stärken, und wird gleichzeitig diese beiden Völker sich noch enger an das neue Europa anschließen lassen.

Nicht erst seit dem 8. November sind sich Spanien und Portugal der Gefahren bewußt, die ihnen gemeinsam von englisch-amerikanischer Seite drohen. Bereits im August 1940 wurde ein Zusatzprotokoll zu dem Vertrag vom Vorjahr unterzeichnet, das eine deutliche Sprache spricht und die Welt nicht in Zweifel läßt über die Antwort, die beide Länder auf eine Verletzung der Integrität der Halbinsel erteilen werden. In dem Zusatzabkommen versichern die Parteien, sich über die Mittel zur Wahrung der beiderseitigen Interessen verständigen zu wollen, falls Ereignisse eintreten oder zu erwarten sein sollten, die die territoriale Unverletzlichkeit beider Länder gefährden oder eine Bedrohung für die Sicherheit und Unabhängigkeit der vertragschließenden Parteien darstellen. Allerdings gilt diese Klausel nur für das Mutterland und nicht auch gleichzeitig für den Kolonialbesitz, aber bei seinem letzten Besuch auf den Azoren erklärte der portugiesische Staatschef *Carmona*: „Hier ist Portugal", womit er nochmals feststellte, daß diese Gebiete zum Mutterlande gehören, für sie also das Zusatzabkommen zum spanisch-portugiesischen Vertrag gilt.

Argwöhnisch beobachtet London diese Entwicklung zu einem engen politischen Zusammenschluß der iberischen Völker, der gleichzeitig eine fühlbare Lockerung des portugiesischen Abhängigkeitsverhältnisses von England bedeutet. Noch respektiert London die Neutralität Madrids und Lissabons und versucht vergeblich, die Regierungen durch politischen und wirtschaftlichen Druck oder auf dem Umweg über die Presse oder kulturelle Kundgebungen — so wurde u. a. 1941 Salazar von der Universität Oxford zum Dr. h. c. des Zivilrechts ernannt — in ihrer Stellungnahme zu beeinflussen. Auch heute gilt für Portugal das vor acht Jahren von Salazar ausgesprochene Wort, daß England sich nicht darüber wundern könne, wenn Portugals Auffassungen von den Problemen der Halbinsel strenger seien als seine eigenen (Salazar am 23. September 1936).

So zwingt allein schon die gemeinsame von außen drohende Gefahr, die Bedrohung des spanischen und portugiesischen Mutter-

landes und Kolonialbesitzes durch den angelsächsischen Imperialismus, die iberischen Völker zu gemeinsamem Vorgehen. Aber wie jedes politische und militärische Bündnis nur dann von Dauer sein und inneren Wert besitzen kann, wenn die in den Verträgen festgelegten Ziele auch das gegenseitige volle Verständnis der Völker der vertragschließenden Regierungen finden, so wird auch dem spanisch-portugiesischen Bündnis eine solide Grundlage errichtet durch das Unterstreichen der geistigen und weltanschaulichen Gemeinsamkeiten, die beide Länder verbinden. Den Anstoß hierzu gab, worauf oben bereits hingewiesen wurde, die unerbittliche Gegnerschaft gegen den internationalen Bolschewismus. Aber nicht allein dieses Ziel mit negativen Vorzeichen führt die beiden Nationen zusammen, sondern vor allem auch positive Ziele, wie sie u. a. die Förderung des beiden gemeinsamen christlichen Glaubens darstellt. Die iberischen Völker sind tief religiös veranlagt und räumen in ihrem Staats- und Volksleben der katholischen Kirche und Lehre den Platz ein, der nach ihrer Auffassung notwendig ist, um die Einheit der Nation zu gewährleisten. In dem weltweiten Kampf gegen die bolschewistische Irrlehre und die demoplutokratische Weltanschauung, in dem die iberischen Länder klar Stellung bezogen haben: politisch neutral oder besser „nicht-kriegführend" und geistig-weltanschaulich auf Seiten der Achsenmächte, spielt der gemeinsame Glaube zur Untermauerung der iberischen Einheit eine nicht zu unterschätzende Rolle. In dem Kampf gegen Moskau sieht man nicht zuletzt auch eine Auseinandersetzung zwischen der abendländisch-christlichen Welt und dem atheistischen Osten. Da der kontinentale Sieg des Reiches auch als Sieg der christlich-europäischen Staatsidee beurteilt wird, sind die besonders in Spanien gehörten Äußerungen über den „europäischen Kreuzzug" gegen die Sowjetunion — die Angehörigen der im Osten eingesetzten „Blauen Division" sind danach moderne Kreuzfahrer und Bannerträger des Christentums — keine leeren Worte und inhaltlose Symbole, sondern entsprechen der allgemeinen Auffassung, die zweifellos dazu beiträgt, die innere Macht des gleichgestimmten Nachbarn weiter zu fördern. So läßt es sich auch erklären, daß Spanien und Portugal ihre gemeinsame Aufgabe darin sehen, nach der Beendigung des Krieges am geistigen Neubau des Kontinents entscheidend mitzuwirken: „Wir müssen die Zukunft unserer gemeinsamen Zivilisation grüßen, denn der morgige Tag gehört uns", erklärte der portugiesische Propagandachef *A. Ferro* bei einem Besuch in Madrid im Juli 1942. „Die Reserven Europas liegen in dem heiligen Raum der Iberischen Halbinsel." Heute befinden sich beide Länder in dem

Zustand der Ausgeglichenheit und Ordnung; und das veranlaßt sie, sich verpflichtet zu fühlen, aus der gemeinsamen Außenpolitik, die der Halbinsel den Frieden zu erhalten vermochte, „die intellektuellen Konsequenzen zu ziehen" (Diario da Manha vom 6. Juli 1942). Die Hervorhebung der Spanien und Portugal nach dem Krieg bevorstehenden Aufgaben wird teilweise so ernst und wichtig genommen, daß sie selbst als göttliche Mission betrachtet wird. Danach sind die iberischen Völker moralisch verpflichtet, zusammen den christlich-katholischen Geist zu festigen, der als universelles Band der Menschheit über die heutige Krise hinweghilft und sie zu einer neuen Gemeinschaft vereint (España 24. September 1942).

Mögen sich diese Auffassungen über die geistige Neuordnung Europas auch von anderen mehr oder weniger unterscheiden — über die neue Gestalt und geistige Formung des werdenden Europa entwickelt jedes Volk entsprechend seinem Wesen eigene Vorstellungen, so auch über das Band, das alle Mitglieder der europäischen Gemeinschaft zu einigen vermag —, so müssen sie doch besonders von dem Gesichtspunkt der iberischen Verbundenheit betrachtet werden. In dem gleichen Sinne sind die Worte auszulegen, wonach das spanische und das portugiesische Volk als „moralische Reserve der Welt" eine gemeinsame Sendung haben, die sich in vielleicht nicht mehr fernen Tagen erfüllen werde: „Die peninsulare Freundschaft, verwirrt durch alte und verjährte Vorurteile, wird in einer Welt weiter Perspektiven vor einem Europa proklamiert, das sich anstrengt, ein schwankendes Gleichgewicht herzustellen. Portugal und Spanien kommen sich näher und verstehen sich durch die natürliche Macht der Umstände. Während der Krieg die Nationen aufreibt, die alle ihre Kräfte und Werte, geistige und materielle, in den Kampf hineinwerfen, verteidigen sich Portugal und Spanien gegen die schwere Tragödie. So bilden sie die stärkste moralische Energiequelle für die Stunde, in der sie für die Wiederaufrichtung des Friedens benötigt wird" (Diario de Lisboa).

Enger noch als durch den gemeinsamen Glauben und das durch ihn entwickelte und geförderte iberische Sendungsbewußtsein sind die beiden Völker durch das gleiche Blut verbunden. In jedem Jahr weist der von Spanien am 12. Oktober — dem Tag der Entdeckung Amerikas — gefeierte „Tag der Rasse" die Welt darauf hin, daß die Iberische Halbinsel die Brücke ist, die Europa mit dem amerikanischen Kontinent verbindet, auf dem zahlreiche Blutsbrüder leben. So wie Spanien den Gedanken der Hispanität in seinen früheren amerikanischen Kolonien pflegt und dort das Bewußtsein wachhält, daß sie durch eine gemeinsame Kultur mit dem spanischen Mutter-

land verbunden sind, hat auch Portugal ähnliche geistige Bindungen nach Übersee. Bewußt werden seit einigen Jahren die kulturellen Beziehungen zwischen Portugal und Brasilien gefördert. Die sich ergänzenden, vornehmlich auf kulturellem und erst in zweiter Hinsicht auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet liegenden lateinamerikanischen Interessen der iberischen Staaten sind ein weiterer Punkt der Annäherung. Diese Friedensarbeit Spaniens und Portugals wurde jäh unterbrochen, seitdem Brasilien den bekannten Erpressungsmethoden der USA. nachgeben mußte und auf der Seite der „Alliierten" in den Krieg getrieben wurde. Aber nach dem Sieg der jungen Völker werden sie sich mit neuer Energie ihren Aufgaben zuwenden und Mittler zwischen Europa und Lateinamerika sein. Hierzu werden sie in dem geeint und gestärkt aus diesem Kampf herausgehenden Kontinent einen festen Rückhalt haben und selbst als „iberische Gemeinschaft" den ihnen zukommenden Platz einnehmen, den sie sich durch die Haltung während dieses Krieges erwerben.

Kleine Beiträge

Nach dem Tode Staf de Clercqs

Am 23. Oktober d. J. wurden die Flamenfreunde und die an der Entwicklung der politischen Lage im niederländischen Raum interessierten Kreise Deutschlands durch die unerwartete Rundfunkmeldung über den Tod *Staf de Clercqs* überrascht. Staf de Clercq war der Leiter des national flämisch ausgerichteten *„Vlaamsch Nationaal Verbond"* (V.N.V.). Der bekannte flämische Politiker hat eine Operation, welche im Verlauf einer kurzen, aber heftigen Krankheit notwendig geworden war, in der Klinik des Dr. Martens zu Gent nicht überlebt. In den nächstfolgenden Tagen, als auch in der Presse Näheres über den jähen Tod, über die Persönlichkeit Staf de Clercqs und dessen Nachfolger erschien, wurden einem wieder sämtliche Probleme Flanderns wach in Erinnerung gerufen.

Die tiefe Tragik im Schicksal Flanderns ist bekannt. Dadurch, daß Flandern jahrhundertelang in seinem niederdeutschen Volkstum und in seinem politischen Willen unterdrückt war, hat sich mit der Zeit eine gewisse Unpolitizität, eine Abkehr vom Willen, auf die jeweiligen politischen Strömungen und gestaltenden Ereignisse zu wirken, herausgebildet. Burgundische, habsburgische, spanische, französische und schließlich welsch orientierte belgische Unterdrückungspolitik haben es fertiggebracht, Flandern einer jeglichen großen Führerpersönlichkeit zu berauben. Es fanden sich keine würdigen Nachfolger, welche die Rolle eines *Pieter de Koninck*, eines *Jan Breydel*, eines *Jacob* oder *Philipp van Artevelde* oder eines *Grafen Egmont* einzunehmen vermocht hätten. Wenn keine Führergestalt mehr auftrat, welcher es gelingen sollte, dem eigenen flämischen Volks-

willen zum Recht zu verhelfen, so hauptsächlich deshalb, weil sich die Flamen mit der Zeit sehr uneinig wurden. Noch in jüngster Zeit kann man sagen, wo vier Flamen miteinander leben, herrschen vier verschiedene politische Auffassungen, die sich teilweis hart bekämpfen. Mußte es unter diesen Umständen nicht ein leichtes für den welschen Vormarsch sein, Stück für Stück nach Norden erobernd vorzugehen, so zum Beispiel Brüssel — eine reingermanische Stadt — stark zu verwelschen? Wenn trotzdem die germanisch-romanische Sprachgrenze im Laufe des letzten Jahrtausends sich im großen und ganzen nicht veränderte, so nur deshalb, weil eben flämisch-germanisches Volkstum doch kräftiger als die angreifende Kultur war.

In ihrem Unvermögen, große politische Ziele hart und bewußt zu verfolgen oder durchzuführen, flüchteten sich die Flamen in die Welt der Kunst. Die flämischen Namen, welche internationalen Ruf besitzen, sind nicht solche von Politikern, sondern von Malern und Dichtern. Der flämischen Volksseele liegt nun einmal diese Freude an sinnesfroher Schönheit, an glänzender, beglückender Farbigkeit. Nicht die Werke von großen Wirtschafts- oder Sozialpolitikern drangen von Flandern aus ins Ausland, sondern die Gemälde eines *Rubens*, eines *Memling*, der Gebr. *van Eyck* trugen unter der goldenen Fahne der Kunst den Namen Flandern in die größten abendländischen Museen und Gemäldegalerien.

Jedoch seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, infolge der noch sehr wachen Erinnerung an die Zeit des Zusammenlebens mit Holland von 1815—1830 und infolge der übertriebenen Assimilationspolitik des belgischen Systems fand auch in Flandern ein völkisches Erwachen statt, welches bald so starke Ausmaße annahm, daß die belgische Regierung stückweise nachgeben mußte. Auch da war es noch weniger das Werk eines großen, bewußten Volksführers, als vielmehr die starke Kraftäußerung des gesunden germanischen Volksbewußtseins der Flamen. Im Umstand, daß die flämische Bewegung bis zum Weltkrieg von den Flamen selbst nur als eine innerbelgische Angelegenheit betrachtet wurde, welche niemals internationalen Charakter, d. h. staatenbildende und umwälzende Form annehmen sollte, sehen wir noch eine Schwäche dieser Bewegung. Wir glauben nämlich, daß eine Volksbewegung sich nicht mit Sprachenkampf oder kulturellem Kampf im allgemeinen begnügen kann, sie ist vielmehr erst lebensfähig und daseinsberechtigt, wenn sie Bestrebungen auslöst, welche auch Vorschläge für die politische Zukunft enthalten, d. h. wenn sie politisch wird.

Dies geschah in Flandern zum erstenmal im Weltkrieg, als der berühmte „*Rat von Flandern*" am 22. Dezember 1917 die Selbständigkeit Flanderns proklamierte. Wie tragisch hatte sich doch dieses Unpolitischsein noch gerade bei Weltkriegsbeginn geäußert, als verschiedene Flamen, die heute zu den überzeugten Freunden Deutschlands gehören, freiwillig zum belgischen Heeresdienst gegen Deutschland einrückten. Ihnen ist es bald nachher klar geworden, daß ein freier Mann nicht nur kulturell denken darf, sondern daß er den Volkstumskampf auf höchstpolitischer Ebene führen muß, wenn er nicht von Beginn an am Erfolg zweifeln soll.

Es muß noch bemerkt werden, daß die flämische Bewegung bis zum Weltkrieg zweierlei Feinde hatte, welche sich allerdings meistens als ein und dieselben entpuppten: die höhere Geistlichkeit einerseits, und die Plutokratie in den Städten andererseits. Der höhere Klerus (es gibt in Flandern fast keine Protestanten), welcher ganz französisch-probelgisch eingestellt war, hing viel mehr am katholischen Frankreich als am kalvinistischen Holland. Die sozial höher-

gestellten Schichten in den Städten hingegen waren welsch eingestellt, weil französisches Auftreten nun einmal als vornehm galt, während flämische Sprache und Sitte gut für die Bauern, Knechte und Mägde waren.

So tragisch der Ausgang des Weltkrieges gerade für die flämische Freiheitsbewegung war — nahezu 30 Aktivisten wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen der bekannte flämische Märtyrer Dr. *August Borms*, Tausende von Jahren Zuchthaus wurden auferlegt —, so war aber doch durch den engen Kontakt mit dem befreundeten und befreienden Deutschland der Stein ins Rollen geraten. Zum ersten Male hatten die Flamen nahe Fühlung mit einer anderen, ihnen historisch näherliegenden Vorstellungswelt genommen.

Nach dem ersten Weltkrieg trug die Tätigkeit der Aktivisten von 1914 bis 1918 ihre Früchte. Trotz aller Verfolgungen gewann die flämische Bewegung bis 1932 an Boden, wenn es auch nach außen hin den Anschein hatte, als hätten sich die Flamen, großpolitisch gesehen, mit dem Bestand des belgischen Staates abgefunden. Es war die Zeit der „*Frontpartij*", welcher unter anderen *Staf de Clercq, Joris van Severen, Ward Hermans, Voß* angehörten. Doch in der leidenschaftlichen Zeit während des Weltkrieges und nachher konnte sich eine zahlenmäßig so starke völkische Minderheit, wenn sie dynamischen Schwung haben wollte, nicht mit rein kulturellen Forderungen begnügen. Hier müssen wir den Grund für die nun schwindende Kraft der flämischen Bewegung suchen, wenn auch im Jahre 1928 infolge besonderer Umstände noch ein großer Wahlsieg errungen wurde. Und in der Tat, um das Jahr 1932 hatte auch die Todesstunde der Frontpartei geschlagen. An ihre Stelle traten die „*Dinaso-Bewegung*" von *Joris van Severen* (Verbond van Dietsche National-Solidaristen) und der „*Vlaamsch Nationaal Verbond*" unter der Führung von *Staf de Clercq*; Parteien, welche beide nicht mehr rein innerbelgische und kulturelle Belange vertraten, sondern welche größere, staatensprengende, außenpolitische Ziele verfolgten.

Staf de Clercq wurde am 16. September 1884 in Everbeeke im Hennegau an der flämisch-französischen Sprachgrenze geboren. Von Kind auf hat er den Zwiespalt, welcher den Flamen durch die Verwelschungspolitik des früheren belgischen Staates auferlegt wurde, erlebt. Everbeeke ist eine flämische Gemeinde im Hennegau, welcher in seiner Gesamtheit als französisches Sprachgebiet betrachtet wird. Wenn ein Mensch in seiner frühen Jugend erfährt, wie hart es ist, in der Volksschule eine andere als die Muttersprache gebrauchen oder aus Gründen des wirtschaftlichen Fortkommens französisch anstatt flämisch sprechen zu müssen, der erfüllt schon viele Vorbedingungen, um ein guter Volkstumskämpfer zu werden. Nach der Volks- und Mittelschule besuchte Staf de Clercq das Lehrerseminar „Bonne Esperance" zu Edingen. So widmete er sich zunächst dem Lehrerberuf. Lehrer können in kulturellem Kampf, vor allem in einem Sprachenkampf, eine beträchtliche Rolle einnehmen, wenn sie selbst auf gesundem, sicherem, volksverbundenem Boden stehen. Erleben sie doch von ganz nahe, wie eine fremde Kultur schon dem unmündigen Kinde die andere Sprache und untrennbar davon auch ein anderes historisch bedingtes Weltbild einzuimpfen versucht. Die Liebe zu seinem Volkstum, sein Heimatstolz ließen Staf de Clercq schon damals, wenige Jahre vor dem Weltkrieg, gegen dieses System sich auflehnen. Er forderte seine Berufskollegen auf, die Pflege der flämischen Muttersprache zu fördern. Später wurde er Lehrer in Heikruis im Payottenlande. Im Kampf gegen die Überfremdung Flanderns gründete er von dort aus das flämische Kampfblatt „De Taalgrens" (Die Sprachgrenze). In seinen Kundgebungen und Vorträgen, wo er engen Kontakt mit allen Kreisen

der Bevölkerung gewann, setzte er sich später auch für die Verflamung der Universität Gent ein. Den Weltkrieg machte er als Sanitäter mit; — er zog sich eine schwere Gasvergiftung zu. Auch da schuf er sich die Möglichkeit, den schon einmal begonnenen Volkstumskampf weiterzuführen. Er gab die kleine Frontzeitschrift „Der Payott und die Sprachgrenze" heraus. Im November 1919 wurde er in Kester im Payottenlande zum Abgeordneten in die belgische Kammer gewählt. Er gehörte der schon erwähnten Frontpartei an. Nachdem die Zahl seiner Anhänger immer größer geworden war und um der drohenden Gefahr der Zersplitterung der flämischen Bewegung zu begegnen, gründete er 1933 den „Vlaamsch Nationaal Verbond". 1931 hatte Joris van Severen die „Dinaso-Bewegung" gegründet.

Es war die Zeit, als nach der berühmten Antwerpener Bormswahl und nach der Befreiung von Dr. August Borms aus dem Kerker die Frontpartei sich in verschiedene Gruppen aufteilte. Die in dieser kritischen Zeit entstehenden Gruppen bewiesen den tiefgehenden Umbruch in der Haltung und Ausrichtung des flämischen Nationalismus. Hauptgrund zu dieser Zersplitterung war das Aufkommen des autoritären Gedankens und des Führerprinzips im Europa der Nachkriegszeit. Und dennoch kann dieses Auseinanderfallen der politischen Kräfte in Flandern als ein Beweis dafür aufgefaßt werden, daß die flämische Bewegung noch nicht reif war, und daß Parteipolitik sich bei den Flamen eher durchsetzte als eine einigende Nationalbewegung. Es handelt sich da allerdings um einen Grundfehler, von dem alle germanischen Völker betroffen sind, wenn er auch bei den Flamen ungewöhnlich stark ausgeprägt ist. Jetzt fehlte eben ein großer, schöpferisch begabter, die ganze flämische Bewegung mitreißender Volksführer. Aus der Frontpartei entwickelten sich zwei große Parteien, anstatt daß ein einheitlicher Block den Kampf für die Flamenrechte weiterführte. In der Wallonei gründete etwas später, 1936, *Degrelle* seine Rex-Bewegung, die auch in Flandern Zweigstellen und Gruppen unterhielt. In der nachfolgenden Zeit sollen sich noch mehrere Absplitterungen und Verwirrungen ereignen, welche alle dazu beitrugen, die Hoffnungen der Belgizisten auf baldigen Zusammenbruch der flämischen Bewegung zu stärken. Wie schon angedeutet, ging ein neuer Zug durch diese drei neugegründeten Bewegungen: Sie waren alle drei antiparlamentarisch und antidemokratisch ausgerichtet und bildeten so schon eine Vorstufe zum Führerprinzip. Die Dinaso-Bewegung gründete sogar schon damals ihre Dinaso-Militie als Kampfverband.

Die Wahlen von 1932 brachten einen Stimmenrückgang für die Frontpartei und damit für die flämische Bewegung. Doch schon im Jahre 1936, bei den nächsten Wahlen, kam wieder ein einheitlicher nationaler Block unter der Leitung von Staf de Clercq zustande. Die Zahl der Abgeordnetensitze stieg schlagartig von 8 auf 16, die der Senatssitze von 1 auf 9. Staf de Clercq, welcher für seine Bewegung die Zeitung „de Schelde" (Antwerpen) von der Frontpartei übernommen hatte, gab diese seit 1937 in neuem Gewand und unter dem Namen „Volk en Staat" heraus. Zwei Versuche zu taktischem Zusammengehen mit der wallonischen Rex-Bewegung einerseits und der „Katholieke Vlaamsche Volkspartei" andererseits scheiterten infolge der grundsätzlichen inneren Gegensätze.

Am 10. Mai 1940 wurde Staf de Clercq verhaftet, dann aber wieder freigelassen, während Joris van Severen bekanntlich verschleppt und in Abbeville von fanatischen französischen Militärs als „Boche du Nord" erschossen wurde. Nach dem Westfeldzug befand sich nun die flämische Bewegung vor einer ganz neuen Lage. Die deutsche Wehrmacht hat in überwältigendem Schwung das belgische System, welches das flämische Volk solange unterdrückte, hinweggefegt,

als sie siegreich über die flandrischen Schlachtfelder brauste. Damit sind wir bei der heutigen Lage Flanderns angelangt. Der flämische Kampf ist 100 Jahre alt. Ausgehend vom Kampf um die kulturellen Rechte des flämischen Volkes, stellte er seit 1917 größere, politische Forderungen; er bedurfte aber der Hilfe Deutschlands, damit sein Erzfeind, der belgische Staat französischer Prägung, zusammengestürzt wurde. Der Kampf Flanderns fand 1940 seine höchste Erfüllung.

Staf de Clercq schuf als Kampforganisation seiner Partei die „Zwarte Brigade" (Schwarze Brigade), deren Führung ihm direkt unterstellt war. Zur deutschen Militärverwaltung unterhielt er gute Beziehungen. Am 10. Mai 1941, also genau ein Jahr nach Beginn des Westfeldzuges, gelangte eine Vereinbarung zwischen V.N.V., der Dinaso-Bewegung und dem flämischen Teil der Rex-Bewegung zum Abschluß, wonach V.N.V. unter Staf de Clercq die große Sammelbewegung für diese drei den Krieg überstehenden Parteien wurde. Auch alle früheren Gruppen gingen im V.N.V. auf, welcher nun das Prädikat *Nationalsozialistische Bewegung Flanderns* für sich in Anspruch nahm. Aus dem seit etwa 1930 bestehenden allgemeinen flämisch-nationalen Jugendverband wurde die „*Nationalsozialistische Jugend Flanderns*" (N.S.J.V.) gegründet, wie auch der flämisch-nationale Frauenverband und die Fabrikwacht geschaffen wurden. Als Ziel dieser Einheitsbewegung verkündet Staf de Clercq die Erziehung und das Aufgehen Flanderns im Nationalsozialismus. Staf de Clercq hat aus dem Anspruch, die einzige nationalsozialistische Bewegung Flanderns zu führen, die Konsequenzen gezogen und seine Organisation in die Werbung von flämischen freiwilligen Ostfrontkämpfern von O.T.- und NSKK.-Männern und von Arbeitskräften eingeschaltet. Diese Arbeitskräfte setzen sich im Reich oder auch noch in Flandern selbst für den deutschen Sieg ein. Es mag dahingestellt sein, ob ein Volk auf diese Weise, d. h. auf rein parteipolitischem Wege und durch Dekrete den Weg zum Nationalsozialismus finden kann. Flandern fehlte eine Zeit der großen Not und der wirtschaftlichen Unterdrückung, wie Deutschland sie nach dem Weltkriege erlebte, welche Zeit ja gerade das deutsche Volk reif zum völkischen Erwachen und zu seiner Sammlung unter der Führung Adolf Hitlers machte.

In seinen Reden bekundete Staf de Clercq stets sein Vertrauen zu Deutschland und dem Führer, den er als den Führer aller Germanen anerkennt. Nachdem also Staf de Clercq von Haus aus dem Großdietschen Gedanken, der Vereinigung Flanderns mit Holland huldigte, um dann wiederum, wohl aus taktischen Gründen, nur die Autonomie Flanderns innerhalb Belgiens zu verlangen, bekennt er sich jetzt nach dem Zusammenbruch Belgiens zum großgermanischen Gedanken. Allerdings ist dieses „Groß-Germanien" ein Begriff, dem man heutzutage verschiedene Auslegungen geben kann. Damit streifen wir das Problem der Zukunft Flanderns und gelangen so auf den Kern der heutigen Spannungen in diesem Lande. Während die „Deutsch-Vlämische Arbeitsgemeinschaft" (De Vlag), ein aus einer studentischen Arbeitsgemeinschaft hervorgegangener zwischenvölkischer Verband unter der Führung von Dr. *Jef van de Wiele*, sich bedingungslos für das totale Zusammengehen mit dem Reich einsetzt, sind es Kreise des V.N.V., welche Bedenken gegen eine zu enge Anlehnung aufwerfen. Auch Staf de Clercq konnte die Gemüter nicht beruhigen und sammeln. Es ist nicht leicht verständlich, wieso germanische Nationalsozialisten gerade in dem heutigen gewaltigen Kampf gegen den Bolschewismus eher das Trennende als das Verbindende in den Vordergrund stellen.

Sehr schnell schon mit der Nachricht vom Tode des bekannten flämischen Politikers wurde die Ernennung von Dr. *Elias* zu seinem Nachfolger bekanntgegeben. Man glaubt, daß der im Osten gefallene *Raimond Tollenaere*, ein

von sämtlichen Kreisen sehr geschätzter Mitarbeiter Staf de Clercqs, ursprünglich zum Nachfolger in der Leitung des Vlaamsch National Verbond vorgesehen war. Tollenaere hat im Frühjahr 1942 sein Leben für eine glücklichere Zukunft Flanderns und für den groß-germanischen Gedanken geopfert. Der ehrenvolle Nachruf, den ihm ganz Flandern widmete, beweist, welche Achtung Tollenaere in Flandern genoß. Vielleicht wäre er der kommende Mann in Flandern gewesen. Dr. Elias, welcher erklärte, die unterbrochene Arbeit im Geiste von Staf de Clercq weiterzuführen, ist einer der ältesten Mitkämpfer Staf de Clercqs. Zuletzt war er als Gauleiter der V.N.V. in Ostflandern tätig. Er wurde am 12. Juni 1902 in Machelen bei Brüssel geboren. Er studierte Philosophie, Geschichte und Jura an den Universitäten Löwen, Gent, Paris, Rom und Bonn. Nachdem er als Lehrer in Gent und Brügge tätig war, ließ er sich 1931 als Rechtsanwalt in Gent nieder. 1932 wurde er als Abgeordneter der flämischen Nationalisten in das belgische Parlament gewählt. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit Wirtschafts- und Finanzfragen seiner Heimat. 1941 wurde er von der deutschen Militärverwaltung zum Stadtoberhaupt von Gent ernannt. *Fritz Stoehr*

Die wirtschaftliche Bedeutung Französisch-Nordafrikas

Die nordwestafrikanischen Gebiete, die durch die jüngsten Ereignisse in den Brennpunkt der weltpolitischen Entwicklung gerückt sind, werden in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung meist unterschätzt. Allerdings sind diese französischen Besitzungen nicht mit den britischen Dominien oder Kolonien zu vergleichen, zumal sie auch keineswegs so entwickelt sind, wie es möglich wäre. Doch handelt es sich um landwirtschaftlich und bergbaulich reiche Gebiete, die zweifellos den wichtigsten Teil des französischen Kolonialreichs darstellten.

Nordwestafrika ist eine *geographische* Einheit. „Dschesira al Maghreb", d. h. Insel des Westens, nennen es die Araber, eine sehr bildhafte Bezeichnung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese ganze Landschaft wirklich wie eine Insel rings vom Atlantik, vom Mittelmeer und von der Sahara umgeben ist. Sie wird durchzogen von den 2300 km langen Gebirgsketten des Atlas, deren höchste Erhebung 4700 m beträgt. *Politisch* stand das ganze Gebiet, die schmale spanische Zone in Marokko ausgenommen, seit längerer Zeit einheitlich unter französischer Hoheit. Die älteste nordafrikanische Besitzung Frankreichs ist *Algerien*. Seine Erwerbung begann 1830, doch dauerte es Jahrzehnte, ehe das Land völlig unterworfen war. Algerien ist die einzige französische überseeische Besitzung, die eine im Vergleich zur eingeborenen Bevölkerung erhebliche Zahl französischer Kolonisten aufweist; die Franzosen machen hier 11 v. H. der Gesamtbevölkerung aus. Dies ist der Grund dafür, daß Frankreich Algerien in verwaltungsmäßiger Beziehung nicht mehr als Kolonie behandelte. Die drei algerischen Departements (Algier, Oran und Constantine) sind vielmehr dem Mutterlande gleichgestellt und werden vom französischen Innenministerium verwaltet. *Tunesien* wurde 1881 erobert, was zu einem schweren Konflikt mit Italien führte, da damals bereits eine große Zahl Italiener dort ansässig war und Frankreich vorher Italien gegenüber mehrfach erklärt hatte, keine Absichten auf Tunesien zu haben. Frankreich schloß damals mit dem Bei von Tunis einen Protektoratsvertrag ab, durch den dieser zwar den Bestand seiner Dynastie sicherte, aber eine außerordentliche Beschränkung seiner Machtbefugnisse in Kauf nehmen

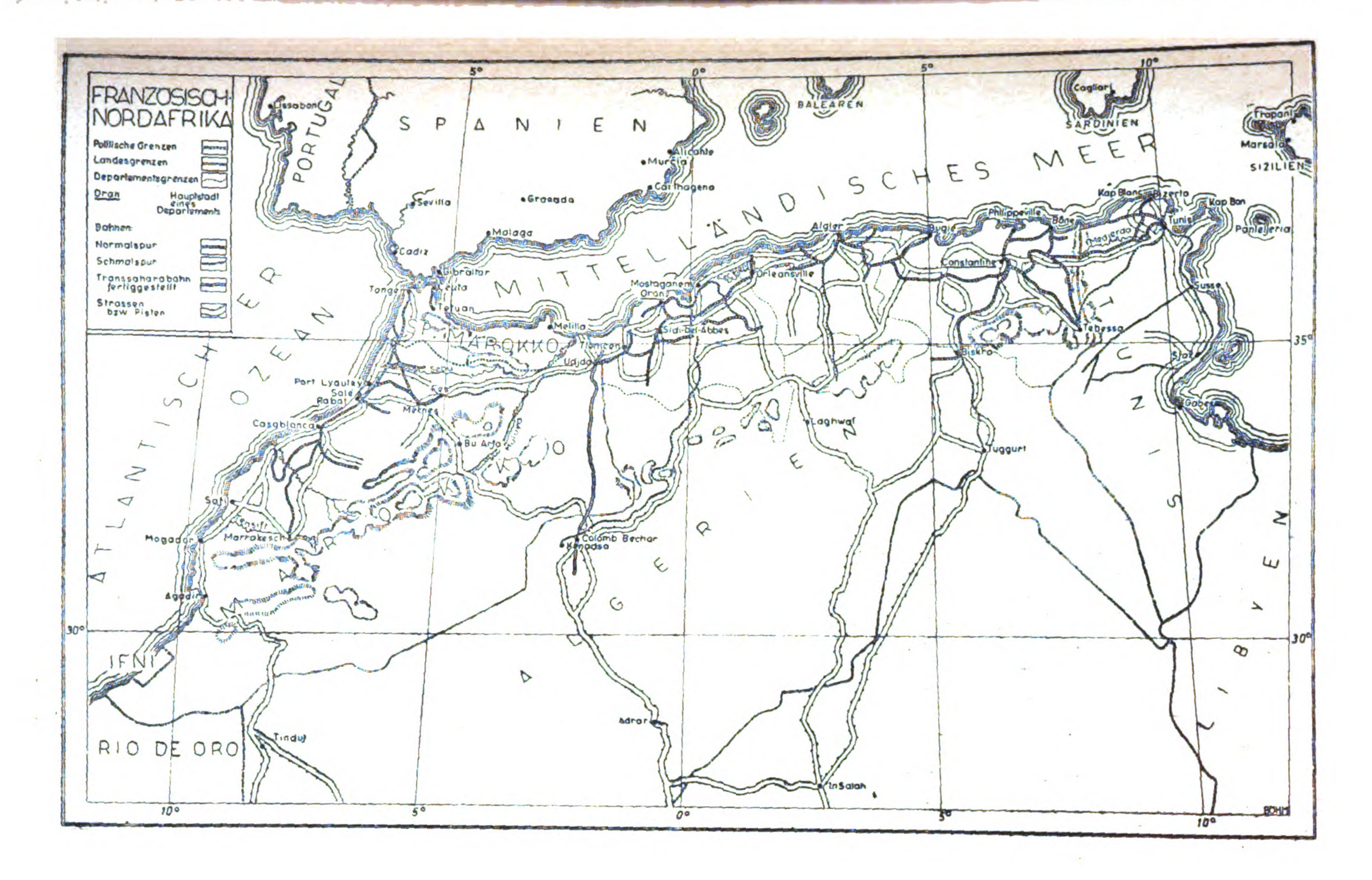
mußte. Auch Marokko ist ein Protektorat. Der Vertrag mit dem Scherifen kam 1912 zustande, nachdem Frankreich sich 1904 durch eine Vereinbarung mit Großbritannien unter Verletzung der deutschen und spanischen Rechte Marokko hatte zusprechen lassen und seit 1907 mit der militärischen Infiltration begonnen hatte, wobei es zweimal (1905/06 und 1911) zu einer schweren internationalen Spannung gekommen war. In den Verträgen von 1911 und 1912 wurden die deutschen Ansprüche anderweitig abgefunden und die spanischen stark begrenzt. Die völlige Eroberung Marokkos konnte aber, durch den Weltkrieg und ständige Aufstände unterbrochen, erst 1934 zum Abschluß gebracht werden.

Französisch-Nordafrika umfaßt insgesamt ein *Gebiet* von 764 000 qkm (davon: Marokko 399 000 qkm, Algerien 210 000 qkm, Tunesien 156 000 qkm), es hat also etwa den Umfang des Großdeutschen Reiches in seiner jetzigen Ausdehnung ohne das Generalgouvernement. Die sogenannten Südterritorien Algeriens, das ist der ganze nördliche Teil der französischen Sahara (rd. 2 Mill. qkm äußerst dünn bewohnter Gebiete), sind hierbei außer acht gelassen. Die *Bevölkerung* in ganz Nordafrika betrug nach der letzten französischen Zählung von 1936 15,5 Mill. (davon: Algerien 6,6 Mill., Marokko 6,3 Mill., Tunesien 2,6 Mill.). *Franzosen* von Geburt waren nach diesen französischen Angaben insgesamt 958 000, davon 726 000 in Algerien, 154 000 in Marokko und 78 000 in Tunesien. Außerdem zählt die französische Statistik noch rd. 140 000 naturalisierte Eingeborene als Franzosen. Aber auch ohne diese dürften die französischen Zahlen die wahren Verhältnisse nicht richtig wiedergeben, da sie z. B. die nordafrikanischen Juden, denen 1871 durch das Gesetz Crémieux' die französische Staatsangehörigkeit verliehen wurde, mit einbegreifen. Ferner waren fast 300 000 andere Europäer (einschließlich einer geringen Zahl Amerikaner) in Nordafrika ansässig, wovon jedoch allein auf die *Italiener* 131 000 (davon 94 000 in Tunesien) und auf die *Spanier* fast 120 000 (davon 92 000 in Algerien und 23 000 in der französischen Marokkozone) entfielen. Seit 1936 und besonders seit dem deutsch-französischen Waffenstillstand hat sich die Zahl der Franzosen und Ausländer in Nordafrika durch Zuwanderung aus Frankreich stark erhöht, nach privaten Schätzungen um einige 100 000, unter denen das jüdische Element wiederum stark vertreten sein dürfte. Die *eingeborene* Bevölkerung ist teils berberischen, teils arabischen Ursprungs. Die Zahl der Juden (nach dem Glaubensbekenntnis) wird mit rd. 200 000 angegeben. Ferner sind Sudanneger, deren Vorfahren als Sklaven ins Land gekommen sind, vorhanden, die auf 200 000 geschätzt werden. Die *Bevölkerungsdichte* beträgt in Französisch-Nordafrika im Durchschnitt 20 Einwohner je Quadratkilometer, sie ist aber in Algerien mit 35 Einwohnern je Quadratkilometer gut doppelt so hoch wie in Tunesien (17) und Marokko (16). Städte mit über 100 000 Einwohnern waren nach der Zählung von 1936: in Tunesien der Regierungssitz Tunis mit 220 000, in Algerien der Regierungssitz Algier mit 264 000, Oran mit 201 000, Constantine mit 114 000, und in Marokko, für das bereits Zahlen aus dem Jahre 1941 vorliegen, Casablanca mit 454 000, Marrakesch mit 189 000, Fes mit 179 000, der Regierungssitz Rabat mit 122 000 und Mekines mit 114 000.

Die *Landwirtschaft* Französisch-Nordafrikas deckte bisher nicht nur den Bedarf der einheimischen Bevölkerung an Nahrungsmitteln, sondern erbrachte darüber hinaus ständig nennenswerte Überschüsse, die ausgeführt wurden. Ein Zuschußbedarf, der durch Einfuhr gedeckt werden mußte, bestand nur an Zucker, Kaffee, Tee und Molkereiprodukten, die vor allem von der französischen Bevölkerung verbraucht wurden, sowie an Reis. Zwischen den drei nordafrikanischen Ländern fand auch ein interner Austausch von Nahrungsmitteln statt,

vor allem bezogen Algerien und Tunesien stets gewisse Mengen von Getreide, Kartoffeln und Gemüse aus Marokko; sie hatten aber im ganzen auch an diesen Waren Ausfuhrüberschüsse aufzuweisen. Bedeutende regelmäßige Ausfuhrüberschüsse erzielten die nordafrikanischen Länder vor allem an *Getreide* (besonders Weizen und Gerste) — ausgenommen Reis, der aus Übersee eingeführt werden mußte —, ferner an *Gemüse* und *Hülsenfrüchten, Oliven* und *Olivenöl, Wein, Südfrüchten* (besonders Apfelsinen und Datteln) und *Vieh* sowie kleinere Mengen an *Eiern, Leinsaat, Tabak* und *Fisch*. Der *Viehbestand* betrug 1937 in ganz Nordafrika 2,0 Mill. Pferde, Maultiere und Esel, 3,4 Mill. Rinder, 15,4 Mill Schafe, 8,5 Mill. Ziegen sowie 140 000 Schweine und 330 000 Kamele, wovon der weitaus größte Teil auf Marokko entfiel. An land- und forstwirtschaftlichen Rohstoffen wurden vor allem *Felle* und *Häute, Wolle, Kork, Halfagras* und *Seegras* ausgeführt, während Holz aus dem Ausland bezogen werden mußte, da alle drei Gebiete sehr waldarm sind. Die Ausfuhr Französisch-Nordafrikas an Nahrungsmitteln ging vor allem in das Mutterland und stellte besonders bei *Getreide, Gemüse, Südfrüchten, Olivenöl* und *Wein* einen beträchtlichen Teil der Einfuhr Frankreichs an diesen Waren dar. Eigenartigerweise handelte es sich hierbei zum Teil um Erzeugnisse, an denen Frankreich selbst bei normalem Ernteausfall gar keinen Mangel hatte. Der nordafrikanische Weizen war zwar in Frankreich in qualitativer Hinsicht willkommen, weil es größtenteils Hartweizen war, und der nordafrikanische Wein diente zum Verschnitt der französischen Weine. Normalerweise herrschte aber in Frankreich an diesen beiden Haupterzeugnissen Überfluß, der ein ständiges Problem für die französische Agrarpolitik bildete. Frankreich nahm die nordafrikanischen Ausfuhrüberschüsse an Weizen und Wein nur auf, um die dortigen Landwirte nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Diese unglückliche Stützungspolitik führte aber nur dazu, daß der Anbau von Weizen und Wein in Nordafrika ständig weiter ausgedehnt wurde, sehr zum Schaden der Landwirtschaft im Mutterlande. Andererseits mußte aber Frankreich viele landwirtschaftliche Produkte, für die in den nordafrikanischen Besitzungen sehr gute Erzeugungsbedingungen gegeben waren, wie z. B. Ölsaaten, Flachs, Hanf, Tabak und sogar Baumwolle und Wolle, aus entfernten überseeischen Gebieten einführen. Es bestand also überhaupt keine vernünftige Arbeitsteilung zwischen der französischen und der nordafrikanischen Landwirtschaft, eine Folge des Fehlens jeglicher Anbauplanung in diesen Gebieten. Erst in den letzten Jahren hat man begonnen, den Anbau von Gemüse, Tabak, Ölsaaten und Baumwolle in Nordafrika stärker zu fördern.

Französisch-Nordafrika besitzt wertvolle *Bodenschätze*. Die Förderung von *Eisenerzen* betrug 1937 3,3 Mill. t, wovon 2,4 Mill. t auf Algerien, der Rest auf Tunesien entfielen. Französisch-Marokko ist dagegen arm an Eisenerzen, die großen Eisenerzlager befinden sich alle in der spanischen Zone. Bei den algerischen und tunesischen Eisenerzen handelt es sich um Hämatit mit einem Eisengehalt von etwa 51 v. H. Das eisenerzreiche Frankreich hatte für die nordafrikanischen Erze keine Verwendung. Die Ausfuhr nach Frankreich war daher minimal. Der größte Teil der Eisenerze (über 70 v. H.) ging vor dem Krieg nach Großbritannien. Für die britische Hüttenindustrie waren die nordafrikanischen Erze deshalb besonders geeignet, weil sie sich wegen ihres geringen Phosphorgehalts besonders gut für das in England vielfach angewandte Bessemerverfahren eignen. Auch Deutschland bezog in den letzten Jahren vor dem Kriege in wachsendem Umfang algerische Eisenerze. Kleinere Mengen gingen ferner nach Belgien, Holland und Italien. An Nichteisenerzen kommen vor allem


FRANZÖSISCH-NORDAFRIKA
Politische Grenzen
Landesgrenzen
Departementsgrenzen
Oran Hauptstadt eines Departements
Bahnen:
Normalspur
Schmalspur
Transsaharabahn fertiggestellt
Strassen bzw. Pisten
PORTUGAL
Lissabon
SPANIEN
Sevilla
Cadiz
Granada
Malaga
Gibraltar
Murcia
Alicante
Carthagena
BALEAREN
SARDINIEN
Cagliari
SIZILIEN
Trapani
Marsala
Pantelleria
MITTELLÄNDISCHES MEER
ATLANTISCHER OZEAN
MAROKKO
Tanger
Ceuta
Tetuan
Melilla
Port Lyautey
Sale
Rabat
Fes
Meknes
Casablanca
Bu Arfa
Safi
Mogador
Marrakesch
Agadir
IFNI
RIO DE ORO
Tinduf
ALGERIEN
Oran
Mostaganem
Sidi-bel-Abbes
Tlemcen
Udjda
Orleansville
Algier
Bugie
Constantine
Philippeville
Bône
Tebessa
Biskra
Tuggurt
Laghwat
Colomb Bechar
Kenadsa
Adrar
In Salah
TUNIS
Kap Blanc
Bizerta
Tunis
Kap Bon
Susse
Sfax
Gabes
LIBYEN
BÖHM

Blei und *Zink* vor. 1938 betrug der Metallgehalt der Bleierzförderung 23 000 t, davon 18 000 t in Tunesien und 5000 t in Algerien. Der Zinkgehalt der geförderten Erze betrug im selben Jahre 5200 t, davon 4600 t in Algerien und 600 t in Tunesien. Die Lager an diesen Metallen erschöpfen sich aber allmählich. Ferner werden in Marokko *Kobalt*, etwas *Molybdän* und *Mangan*, in Algerien *Antimon* und etwas *Eisenpyrit* gewonnen. Sehr bedeutend ist die Förderung von *Phosphaten*. Sie belief sich 1938 auf 4,1 Mill. t, davon entfielen auf Tunesien 2,0 Mill. t, auf Marokko 1,5 Mill. t und auf Algerien 0,6 Mill. t. Abnehmer waren neben Frankreich fast alle europäischen Länder. Nennenswerte Kohlenvorkommen sind dagegen in Nordafrika bisher nicht bekannt. Kleine Mengen wurden in Marokko gefördert. Neuerdings wurde der Abbau der Lager bei Kenadsa in Südalgerien in Angriff genommen, nachdem diese durch die Fertigstellung der ersten Teilstrecke der Transsaharabahn eine Eisenbahnverbindung erhalten hatten. Nach Erdöl wurde in den letzten beiden Jahrzehnten überall in Nordafrika eifrig geforscht, doch wurden ergiebige Quellen anscheinend nirgendwo gefunden. Kohle und Mineralöle müssen daher eingeführt werden. 1938 betrug die Einfuhr Nordafrikas an Kohle rd. 1 Mill. t, an Mineralölen rd. 600 000 t. Einen gewissen Ausgleich für diesen Mangel an Energieträgern bieten die reichlich vorhandenen Wasserkräfte, die jedoch erst zum kleinen Teil genutzt sind. Die Errichtung weiterer Stauanlagen sowohl für die Gewinnung elektrischen Stroms wie für die Bewässerungssysteme war eins der wichtigsten Bauvorhaben der letzten Jahre.

Verarbeitende Industrie ist in Nordafrika nur wenig vorhanden. Abgesehen von den tunesischen Bleierzen, die zum größten Teil an Ort und Stelle verhüttet werden, werden die in Nordafrika geförderten Erze fast alle in unverarbeitetem Zustande ausgeführt. Neben dem Baugewerbe und der Industrie der Steine und Erden spielen nur das Textil- und Bekleidungsgewerbe und die Nahrungsmittelindustrie eine gewisse Rolle. Gerade in den letzten zwei Jahren hat aber die Industrialisierung Nordafrikas durch den Bevölkerungszustrom und zum Teil auch durch unmittelbare Verlegung von Betrieben aus dem Mutterlande vor allem in der Nahrungsmittel-, der Textil- und der Baustoffindustrie Fortschritte gemacht.

Das *Verkehrswesen* Französisch-Nordafrikas ist relativ gut entwickelt. Die Länge der *Eisenbahnen* beträgt rd. 9000 km; darunter befinden sich aber auch Schmalspurstrecken. Die Franzosen haben besonderen Wert auf den Ausbau einer großen Querverbindung von Casablanca über Fes, Udjda, Sidi-Bel-Abbes, Algier und Constantine nach Tunis gelegt, die eine Länge von rd. 2500 km hat. Die Herstellung dieser Verbindung erfolgte vor allem aus militärischen Gründen. Sie sollte je nach der seestrategischen Lage den Transport von Eingeborenentruppen sowohl aus Nordafrika über den Atlantik wie auch von solchen aus Westafrika über das Mittelmeer nach Frankreich gewährleisten. 1941 wurde schließlich mit dem Bau der Transsaharabahn von Südalgerien aus begonnen, die man in vier bis fünf Jahren fertigzustellen hoffte. Das *Straßennetz* ist im allgemeinen in gutem Zustande. 1937 waren rd. 15 000 km feste Straßen vorhanden. Die Motorisierung ist relativ weit fortgeschritten. Der Bestand an Kraftwagen aller Art betrug 1937 über 200 000. Ganz Nordafrika verfügt über keine guten natürlichen *Häfen*, obwohl die Küste sehr buchtenreich ist. Die Häfen sind daher meist künstlich angelegt und erfordern einen ständigen großen Kostenaufwand, um für die Schiffahrt brauchbar erhalten zu werden. Der gesamte Seegüterumschlag Französisch-Nordafrikas (Auslands- und Küstenverkehr) betrug 1937 rd. 18 Mill. t. Die wichtigsten Häfen waren: in Tunesien Sfax (Um-

schlag 1,3 Mill. t) und Tunis (0,9 Mill. t), in Algerien Algier (3,7 Mill. t), Oran (2,6 Mill. t), Bone (2,4 Mill. t), in Marokko Casablanca (2,2 Mill. t); hier hat in den letzten Jahren ferner Port-Lyautey größere Bedeutung gewonnen.

Der *Außenhandel* Französisch-Nordafrikas betrug 1938 in der Einfuhr 5,5 Mrd. Frs und in der Ausfuhr 6,1 Mrd. Frs. Davon entfiel der größte, nämlich zwei Drittel der Einfuhr und vier Fünftel der Ausfuhr, auf Algerien; der Handel Marokkos war noch etwas geringer als der Tunesiens. Unter den Bezugs- und Absatzländern stand Frankreich bei weitem an erster Stelle. Es hatte sich diesen Platz vor allem durch eine entsprechende Handelspolitik gesichert. 1938 nahm das Mutterland etwa drei Viertel der nordafrikanischen Ausfuhr auf und lieferte rund zwei Drittel der Einfuhr. Die nächstwichtigsten Handelspartner waren Mitteleuropa (Großdeutschland einschließlich Holland und Belgien), die Länder des Mittelmeerraums (vor allem Italien und Rumänien) und Großbritannien, das aber nur als Abnehmer größere Bedeutung hatte. Von den überseeischen Ländern spielten nur die Vereinigten Staaten, Japan und China, Britisch- und Niederländisch-Indien (als Lieferant von Reis vor allem), Venezuela und Niederländisch-Westindien (Mineralöle) und Brasilien (Kaffee) eine Rolle. Nordafrika hat auch nach dem Waffenstillstand noch große Bedeutung für die Versorgung Frankreichs mit Nahrungsmitteln (vor allem Getreide, Gemüse, Obst, Wein, Olivenöl, Fleisch, Eier, Fisch) und Rohstoffen (besonders Phosphate, Nichteisenmetalle. Tabak) gehabt. *Ludwig Johannsen*

Freimaurer als Leiter der USA.-Politik

In einer für Freimaurer bestimmten Schrift „Die nordamerikanische Freimaurerei"[1]) wurde von Freimaurerseite die historisch und politisch bedeutsame Rolle der amerikanischen Freimaurerorganisationen und ihrer Mitglieder herausgestellt. Es wurde nicht nur nachgewiesen, daß die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung in den Freimaurerlogen einen ihrer Ausgangspunkte hatte, daß die geistigen, politischen und militärischen Führer der Unabhängigkeitsbewegung Freimaurer waren, daß die Mehrzahl der Unterzeichner der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung der Loge angehörte, daß die Verfassung der USA. freimaurerische Grundsätze und Forderungen in weitgehendem Umfange verwirklicht habe, sondern auch betont, daß seit Bestehen der USA. durch die Freimaurerei eine große Anzahl der politischen Führer gestellt wurde. Dieser freimaurerische Anteil an der politischen Führung der Staaten lag erheblich über dem Anteil, welcher der Freimaurerei nach ihrer zahlenmäßigen Stärke im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zugekommen war.

Neben diesen historischen Ausführungen wurden in der Schrift zugleich auch Forderungen für die Gegenwart aufgestellt, in denen der politische Führungsanspruch der USA.-Freimaurerei eindeutig ausgesprochen wurde. Während den amerikanischen Freimaurern in ihrer Gesamtheit die Aufgabe zugewiesen wurde, über die Einhaltung der freimaurerisch bestimmten politischen und sozialen Ordnung in den USA. zu wachen, wurde an die im politischen Leben tätigen Logen-

[1]) Eugen Lennhoff, „Die nordamerikanische Freimaurerei", Basel 1930.

brüder die Forderung gerichtet, als „Führerschaft innerhalb und außerhalb der Tempel"[1]) tätig zu sein und sich für die weitere Ausbreitung und Durchsetzung freimaurerischen Wollens in der gesamten Welt zu verwenden. Jeder einzelne Freimaurer, insbesondere aber die „große Zahl dieser Brüder an führenden Stellen"[1]) müsse von der „historischen Sendung der Freimaurerei"[1]) durchdrungen sein und nach Kräften dazu beitragen, daß der freimaurerische Geist „in die Welt hinaus wirksam gemacht"[1]) werde.

Indem diese Schrift für die Gegenwart den politischen Führungsanspruch der amerikanischen Freimaurerei proklamierte, wies sie zugleich eindeutig auf die Notwendigkeit hin, bei einer Bearbeitung der US.-amerikanischen Geschichte und bei einer Betrachtung der gegenwärtigen Politik der USA. die etwa bestehende Logenzugehörigkeit der politischen Führer in Rechnung zu stellen.

Die beste Möglichkeit, diese freimaurerischen Einflüsse und personellen Verflechtungen festzustellen und festzuhalten, ist im Studium des freimaurerischen Akten-, Buch- und Zeitschriftenmaterials gegeben. Solches Material ist jedoch, dem Charakter der Freimaurerei entsprechend, nur in ganz geringem Umfange der nichtfreimaurerischen Forschung zugänglich. Soweit schon auf Grund solchen Materials von nichtfreimaurerischer Seite Angaben zu dieser Frage gebracht wurden, so weisen sie z. T. erhebliche Mängel auf, die meist ihren Grund in der Lückenhaftigkeit des zur Verfügung stehenden Quellenmaterials haben.

Wenn im folgenden nunmehr eine Zusammenstellung amerikanischer Freimaurer veröffentlicht wird, welche als Präsidenten, Vizepräsidenten, Minister und stellvertretende Minister seit Gründung der Vereinigten Staaten bis zur Gegenwart die Leiter der politischen Geschicke der USA. waren bzw. sind, so muß ihr vorausgeschickt werden, daß für *alle* in der Zusammenstellung genannten Persönlichkeiten der Nachweis ihrer Logenzugehörigkeit auf Grund zumeist amerikanischer freimaurerischer Bekundungen in Büchern und Zeitschriften vorliegt. Auf die Angabe der Quellen mußte im Rahmen dieses Aufsatzes verzichtet werden. Sie zu veröffentlichen wird vielleicht Aufgabe einer späteren Gesamtzusammenstellung sein, in welcher auch die der Freimaurerei angehörenden Gouverneure, Senatoren, Mitglieder des Repräsentantenhauses und die sonst in Erscheinung getretenen politischen Persönlichkeiten genannt werden.

An Hand des bisher ausgewerteten Materials wurden die im folgenden genannten nordamerikanischen Politiker als Freimaurer festgestellt:

Präsidentschaft George Washington — 1789—1797

Präsident: *George Washington*
Secretary of State: *Edmund Randolph* (1794—1797)
Secretary of the Treasury: *Alexander Hamilton* (1787—1795). *Oliver Wolcott* (1795—1797)
Secretary of War: *Henry Knox* (1789—1795)
Attorney General: *Edmund Randolph* (1789—1794)
Postmaster General: *Joseph Habersham* (1795—1797)

Präsidentschaft John Adams — 1797—1801

Secretary of State: *John Marshall* (1800—1801)
Secretary of the Treasury: *Oliver Wolcott* (1797—1800)
Postmaster General: *Joseph Habersham* (1797—1801)

Präsidentschaft Thomas Jefferson — 1801—1809[*])

Privatsekr. d. Präs.: *Meriwether Lewis* (1801—1803)
Vizepräsident: *Aaron Burr* (1801—1804), *George Clinton* (1805—1809)
Secretary of State: *James Madison* (1801—1809)
Secretary of War: *Henry Dearborn* (1801—1809)
Attorney General: *Caesar A. Rodney* (1807—1809)
Postmaster General: *Joseph Habersham* (1801)

Präsidentschaft James Madison — 1809—1817

Präsident: *James Madison*
Vizepräsident: *George Clinton* (1809—1812), *Elbridge Gerry* (1813—1814)
Secretary of State: *James Monroe* (1811—1817)
Secretary of War: *James Monroe* (1814—1815)
Attorney General: *Caesar A. Rodney* (1809—1811), *William Pinckney* (1811—1814)
Postmaster General: *Return Jonathan Meigs* jr. (1814—1817)

Präsidentschaft James Monroe — 1817—1825

Präsident: *James Monroe*
Vizepräsident: *Daniel D. Tompkins* (1817—1825)
Postmaster General: *Return Jonathan Meigs* jr. (1814—1817)

Präsidentschaft John Quincy Adams — 1825—1829

Secretary of State: *Henry Clay* (1825—1829)

Präsidentschaft Andrew Jackson — 1829—1837

Präsident: *Andrew Jackson*
Secretary of State: *Edward Livingston* (1831—1833), *Louis McLane* (1833—1834)
Secretary of the Treasury: *Louis McLane* (1831—1833)
Secretary of War: *Lewis Cass* (1831—1836)

Präsidentschaft Martin van Buren — 1837—1841

Vizepräsident: *Richard Johnson* (1837—1841)
Secretary of War: *Joel Poinsett* (1837—1841)
Attorney General: *Felix Grundy* (1838—1839)

Präsidentschaft William Henry Harrison — 1841

Attorney General: *John J. Crittenden* (1841)

Präsidentschaft John Tyler — 1841—1845

Secretary of the Treasury: *George M. Bibb* (1844—1845)
Attorney General: *John J. Crittenden* (1841)

Präsidentschaft James Polk — 1845—1849

Präsident: *James Polk*
Vizepräsident: *George Dallas* (1845—1849)
Secretary of State: *James Buchanan* (1845—1849)

---

[*]) Präsident *Jefferson* war wahrscheinlich ebenfalls Freimaurer. „The New Age" schreibt: „While there is no record of his Lodge membership, many references to him as a Mason are found in contemporary writings". (Nr. 4, 1938, S. 244.)

Präsidentschaft Zachary Taylor — 1849—1850

Postmaster General: *Jacob Collamer* (1849—1850)

Präsidentschaft Millard Fillmore — 1850—1853

Attorney General: *John J. Crittenden* (1850—1853)

Präsidentschaft Franklin Pierce —1853—1857

Vizepräsident: *William Rufus King* (1853—1857)
Attorney General: *Caleb Cushing* (1853—1857)

Präsidentschaft James Buchanan — 1857—1861

Präsident: *James Buchanan*
Vizepräsident: *John Cabell Breckinridge* (1857—1861)
Secretary of State: *Lewis Cass* (1857—1860)
Secretary of the Treasury: *Howell Cobb* (1857—1860)
Secretary of War: *John B. Floyd* (1857—1861)

Präsidentschaft Abraham Lincoln — 1861—1865

Vizepräsident: *Andrew Johnson* (1865)
Secretary of War: *Simon Cameron* (1861—1862)
Secretary of the Interior: *Caleb B. Smith* (1861—1863)

Präsidentschaft Andrew Johnson — 1865—1869

Präsident: *Andrew Johnson*

Präsidentschaft Ulysses S. Grant — 1869—1877

Vizepräsident: *Schuyler Colfax* (1869—1873)
Secretary of War: *John A. Rawlins* (1869), *Alphonso Taft* (1876—1877)
Attorney General: *Alphonso Taft* (1876—1877)
Secretary of the Interior: *Zachariah Chandler* (1875—1877)

Präsidentschaft Rutherford Hayes — 1877—1881

Secretary of the Navy: *Richard W. Thompson* (1877—1881)
Secretary of the Interior: *Karl Schurz* (1877—1881)

Präsidentschaft James Garfield — 1881

Präsident: *James Garfield*
Postmaster General: *Thomas L. James* (1881)
Secretary of the Interior: *Samuel Kirkwood* (1881)

Präsidentschaft Chester A. Arthur — 1881—1885

Secretary of the Interior: *Samuel Kirkwood* (1881—1882), *Henry M. Teller* (1882—1885)
Postmaster General: *Thomas L. James* (1881)

Präsidentschaft Grover Cleveland — 1885—1889

Assist. Postmaster Gen.: *Adlai Stevenson*

Präsidentschaft Benjamin Harrison — 1889—1893

Postmaster General: *John Wanamaker* (1889—1893)
Secretary of the Navy: *Benjamin F. Tracy* (1889—1893)

Präsidentschaft Grover Cleveland — 1893—1897

Vizepräsident: *Adlai E. Stevenson*

Präsidentschaft William MacKinley — 1897—1901

Präsident: *William MacKinley*
Vizepräsident: *A. Garret Hobart* (1897—1899), *Theodore Roosevelt* (1901)
Secretary of War: *Russel A. Alger* (1897—1899)
Secretary of the Interior: *Cornelius Bliss* (1897—1899)

Präsidentschaft Theodore Roosevelt — 1901—1909

Präsident: *Theodore Roosevelt*
Vizepräsident: *Charles W. Fairbanks* (1905—1909)
Secretary of War: *William Howard Taft* (1904—1908)

Präsidentschaft William Howard Taft — 1909—1913

Präsident: *William Howard Taft*

Präsidentschaft Woodrow Wilson — 1913—1921[3])

Vizepräsident: *Thomas Marshall* (1913—1921)
Secretary of State: *William Bryan* (1913—1915), *Bainbridge Colby* (1920 bis 1921)
Assist. Secretary of State: *John E. Osborne* (1913—1917)
Secretary of the Treasury: *William Gibbs McAdoo* (1913—1918), *Carter Glass* (1919—1920)
1. ass. Postmaster Gen.: *Daniel C. Roper* (1913—1916)
2. ass. Postmaster Gen.: *Ebert Keiser Burlew* (1914—1921)
3. ass. Postmaster Gen.: *Alexander M. Dockery*
Assist. Secretary of the Navy: *Franklin Delano Roosevelt*
Secretary of Agriculture: *Edwin T. Meredith* (1920—1921)

Präsidentschaft Warren G. Harding — 1921—1923

Präsident: *Warren G. Harding*
Secretary of the Treasury: Andrew W. Mellon (1921—1923)
Attorney General: *Harry M. Daugherty* (1921—1923)
Postmaster General: *Harry S. New* (1923), *Will H. Hays* (1921—1922), *Hubert D. Work* (1922)
Assist. Postmaster Gen.: *Hubert D. Work* (1921—1922)
3. ass. Postmaster Gen.: *Ebert Keiser Burlew* (bis 1923)
Secretary of the Interior: *Hubert D. Work* (1923)
Secretary of the Navy: *Edwin Denby* (1921—1923)
Secretary of Agric.: *Henry C. Wallace* (1921—1923)
Secretary of Labor: *James J. Davis* (1921—1923)

Präsidentschaft Calvin Coolidge — 1923—1929[4])

Secretary of State: *Frank B. Kellogg* (1925—1929)
Secretary of the Treasury: *Andrew W. Mellon* (1923—1929)

---

[3]) Präsident *Wilson* war nach den bisher zu treffenden Feststellungen *nicht* Freimaurer. (The New Age, 1916, S. 498; The Builder, 1919, S. 199.) Ob er Mitglied des „Odd Fellow-Ordens" war, konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Wichtig ist jedoch, daß er sich der Sympathie der Freimaurerei erfreute. Der im Juni 1917 in Paris zusammengetretene Freimaurerkongreß sandte ihm ein Begrüßungstelegramm, in welchem er Wilson zu seinem Werk beglückwünschte (Kongreßbericht S. 46).

[4]) Präsident *Coolidge* gehörte zwar der Freimaurerei nicht an, doch stand er ihr nach freimaurerischem Zeugnis sehr nahe (vgl. Eugen Lennhoff, „Die nordamerikanische Freimaurerei", Basel 1930, S. 49).

Assist. Secretary of War: *F. Trubee Davison* (1926—1929)
Attorney General: *Harry M. Daugherty* (1923—1924)
Postmaster General: *Harry S. New* (1923—1929)
Assist. Postmaster Gen.: *John H. Bartlett*
Secretary of the Navy: *Edwin Denby* (1923—1924)
Secretary of the Interior: *Hubert D. Work* (1923—1928)
Secretary of Agriculture: *Howard M. Gore* (1924—1929), *William M. Jardine* (1925—1929)
Assist. Secretary of Commerce: *George Edward Akerson*
Secretary of Labor: *James J. Davis* (1923—1929)

Präsidentschaft Herbert Hoover — 1929—1933

Sekr. d. Präsidenten: *George Akerson, Walter H. Newton*
Secretary of the Treasury: *Andrew W. Mellon* (1929—1932)
Secretary of War: *James W. Good* (1929)
Assist. Secretary of War: *F. Trubee Davison*
Assist. Secretary of Navy: *David S. Ingalls, Ernest L. Jahncke*
Assist. Secretary of the Interior: *Joseph M. Dixon*
Secretary of Agriculture: *Arthur Hyde* (1929—1933)
Secretary of Labor: *James J. Davis* (1929—1930), *William N. Doak* (1930 bis 1933)

Präsidentschaft Franklin Delano Roosevelt — 1933

Präsident: *Franklin Delano Roosevelt*
Vizepräsident: *Henry A. Wallace* (seit 1941)
Secretary of War: *George H. Dern* (1933—1936), *Harry H. Woodring* (1936—1938)
Assist. Secretary of War: *Harry H. Woodring* (bis 1936), *Louis A. Johnson* (1939)
Attorney General: *Homer S. Cummings* (1933—1939), *Robert H. Jackson* (seit 1939)
Assist. Attorney General: *Robert H. Jackson* (1936—1938)
Postmaster General: *James A. Farley* (1933 bis)
Assist. Postmaster General: *William W. Howes*
Secretary of the Navy: *Claude A. Swanson* (1933—1938), *Frank. Knox* (1939 bis)
Assist. Secretary of the Interior: *Theodore A. Walters* (1937—1938), *Ebert Keiser Burlew* (1939)
Secretary of Agriculture: *Henry A. Wallace* (1933—1940)
Secretary of Commerce: *Daniel C. Roper* (1933 bis)

Die vorstehende Zusammenstellung zeigt eindeutig auf, welche großen politischen Einflußmöglichkeiten die amerikanischen Freimaurer seit Gründung der USA. hatten, und daß dieser Einfluß in einem steten Zunehmen begriffen ist. In den höchsten Stellen des politischen Lebens der USA. saßen und sitzen Freimaurer, die ohne Zweifel eine ihren freimaurerischen Grundsätzen entsprechende Politik treiben und damit die Forderungen erfüllen, welche in der eingangs erwähnten freimaurerischen Schrift gestellt wurden. *Erich Ehlers*

Köpfe der Weltpolitik

Der Caudillo

Madrid, Ende Dezember 1942

Die Aufgabe, in den knappen Strichen eines Zeitschriftenartikels ein Bild zu entwerfen, das in der Vorstellung der europäischen Mitte die Person des spanischen Staatschefs deutlich werden läßt, ist gewiß nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Wohl sind die Konturen des Soldaten und Politikers *Franco* heute weit über die Grenzen der iberischen Halbinsel hinaus der Welt vertraut. Wohl sind die Daten dieser einzigartigen Laufbahn ohne Mühe aus jedem Nachschlagewerk abzulesen. Doch ist es gewiß kein Zufall, daß wir noch immer auf die Biographie warten müssen, die sich nicht mit der Aufzählung von Geschehnissen begnügt, sondern zu den psychologischen Tiefen und der menschlichen Besonderheit des Mannes vorstößt, der seit sechs Jahren im Rampenlicht der Verantwortung steht und dennoch selbst der Mehrheit des eigenen Volkes ein vielfach verschlüsseltes Rätsel geblieben ist. Zwei Umstände sollen für diese merkwürdige Erscheinung verantwortlich gemacht werden: die Herkunft Francos aus jener Zone der galicischen Verschlossenheit, die in mancher Hinsicht die Antithese der expansiven spanischen Mitte und des andalusischen Südens ist; daneben aber — zweitens — endlich auch die Atmosphäre einer respektgebietenden Distanz, die hier von jeher das Verhältnis zwischen Volk und Führung gekennzeichnet hat. Diejenigen, die Spanien mit den Voraussetzungen der Länder des romanisch-mediterranen Kulturkreises zu messen versuchen, haben wenig von jener iberischen Kargheit begriffen, die niemals den zündenden Kontakt zwischen Balkon und Masse, niemals die Wucht der forensischen Beredsamkeit, niemals auch das Wesen der Volkstribunen zugelassen hat.

Es ist eine der Erkenntnisse, die uns *Ortega* aufzeichnete, daß die spanische Art kaum jemals das überschäumende Menschentum renaissancehafter Vollnaturen verstehen wird; die höhere menschliche Qualität wird für eine solche Betrachtung stets diejenige sein, die sich in der Beschränkung bewährt. Zu allen Zeiten hat der Stoizismus eines Landes, das Seneca zu seinen Söhnen zählt, sich auch auf dem politischen Feld ausgewirkt. Es sind nicht allein die Taten, die hier die Größe eines Mannes ausmachen. Mehr noch wirkt auf dieses Volk die Haltung, in der sie vollbracht werden. Man mag aus dem Begriff der Haltung schon ablesen können, daß die Passivität in einem solchen Bereich ein wesentlicher Faktor jeder Aktion sein muß. Die Kunst des Abwartens und Ausreifenlassens ist nirgends notwendiger als in Spanien, wo die Schwankungen des Geschehens schärfer und ungleichmäßiger auftreten als anderswo. Denn da die Halbinsel unter dem Gesetz der harten Kontraste steht und sich nur zögernd einer organischen Entwicklung zu folgen entschließt, muß es die erste Pflicht der Führung sein, nicht jeder Kurve der Ereignisse willenlos nachzugeben, sondern eine allgemeinere und größere Linie im Auge zu behalten, die sich allzu leicht

unter einer unübersichtlichen Fülle der Detailfragen zu verbergen sucht. Hier liegt nun eines der unbestreitbaren Verdienste Francos, dem es wie wenigen gegeben ist, dem Gang des Geschehens mit beharrlicher Geduld zu folgen. Es hat in den Jahren, die seit der Machtergreifung vergangen sind, nicht an besorgten Kritikern gefehlt, die in der zähen Stetigkeit seines Vorgehens ein Zögern zu erblicken meinten. Sie sind bisher noch immer zur rechten Stunde in die Wirklichkeit zurückgerufen worden. Niemand wird bestreiten können, daß bis jetzt noch alle Wechselfälle der spanischen Entwicklung am Ende zu einer neuen Stärkung der Position des Staatschefs geführt haben.

Wenige Tage, nachdem er das fünfzigste Lebensjahr vollendete, hat Franco vor kurzem eine Rede an sein Volk gehalten, die ihn auf der Höhe seines staatsmännischen Erfolges zeigte. Drei Jahre des Bürgerkrieges, drei Jahre der Arbeit in einem prekären, von manchen Gefahren umlauerten Frieden fügen sich zu gleichen Teilen zu der politischen und militärischen Leistung zusammen, die seit jenem 1. Oktober 1936 vollbracht wurde, da er sich an die Spitze des nationalen Spanien berufen ließ. Die Verschmelzung von Soldatentum und Politik, Kennzeichen dieser revolutionären Gegenwart, hat schon im Spanien des 19. Jahrhunderts an manchen Beispielen ihren Ausdruck gefunden. In einem Land, wo die pädagogische Erfassung der Massen bis in die Gegenwart hinein mangelhaft blieb, mußte die Erziehungsarbeit bei der Truppe noch immer in nicht geringem Maße die Schulbildung ersetzen. Damit war dem Offizierkorps von jeher die Möglichkeit gegeben, auf die Mannschaft nicht nur in militärischer, sondern auch in allgemeiner Beziehung einzuwirken. Das patriarchalisch-familiäre Verhältnis zwischen Offizier und Mann, das *Calderón* im „Richter von Zalamea" schildert, mag hierfür als Illustration gelten. So läßt sich leicht der Grund erkennen, warum das Heer in der Vergangenheit so oft über sein eigentliches Aufgabengebiet hinausgriff und zu einem Faktor der Innenpolitik wurde. Es durfte sich lange Zeit nicht mit Unrecht als die einzig stabile Größe in einem Raum fühlen, in dem alle politischen Kräfte dauernden Kursschwankungen unterworfen blieben. Wo der Offizier nicht nur militärischer Spezialist, sondern auch Former eines unvorbereitet in die Kasernen strömenden Menschenmaterials ist, verwischen sich von selbst die Grenzen zwischen dem soldatischen und dem zivilen Sektor. Es ist durchaus kein Zufall, daß hier alle Ansätze zur Schaffung einer starken Autorität, von den Generälen des 19. Jahrhunderts über die Diktatur *Primo de Riveras* bis zu Franco, Versuche von Militärs sein mußten. Doch ist freilich ein tiefgreifender Unterschied zwischen jenen von der Gunst des Hofes getragenen Soldaten, denen damals die Macht zufiel, und dem Heute. Nicht weniger weit ist auch die Distanz, die den Diktator, der an *Alfons XIII.* scheiterte, von Franco trennt. Denn es geht hier diesmal nicht mehr um einen Einbruch des Militärischen in die Politik, sondern um die absolute und harmonische Verschmelzung beider Begriffe.

Nur der wird den Schöpfer des neuen Staates richtig verstehen können, der einmal am Übergang der Landschaft vom Kontinental-Kastilischen zum Atlantisch-Galicischen den Reichtum der spanischen Kontraste erlebte. Da wir aus den durchglühten Steintälern der iberischen Mitte der grünen Anmut des Hügellandes an der nordwestlichen Küste entgegenfuhren, kam eine Erde auf uns zu, die in die feuchtschweren Farben einer immerwährenden Fruchtbarkeit getaucht ist. In Galicien ist es nicht das Land, das seine Ströme dem Meer entgegenschickt, sondern das Meer, das im Angriff steht und mit den Rias tiefe Wasserarme in die Flanken des Landes stößt. Was die See an Gaben spendet, was der Sturm zerschlägt, ist das Gesetz, nach dem sich alles ausrichtet. Der Haltung des

Menschen, die an solchen von einer aggressiven Natur umtobten Küste wohnen, kann das Element der Verteidigung nicht fremd sein. So hat sich der Nordwesten Spaniens von jeher vor den saugenden Kräften des Atlantik in die Defensive seiner Beharrungskraft zurückgezogen. Kastilien — das ist der ewige Zwang zur Antithese, Galicien — das ist der ewige Versuch der Synthese. Wir halten es für vielsagend, daß hier gerade ein Mann, der dem Bereich der Synthese entstammt, der Verwirklicher des Revolutionären werden mußte. In keinem anderen Land droht so unmittelbar wie in Spanien die Gefahr, die unruhig flutenden äußerlichen Kontraste mit dynamischen Vorgängen zu verwechseln. Daß die Revolution keine Summe mechanischer Reibungen, sondern das Ergebnis einer ruhigen und stetigen inneren Entwicklung ist, läßt sich aus der iberischen Perspektive schon deshalb schwer erkennen, weil sie von den dekonzentrierenden Strömungen des Geophysischen belastet ist. So ist es denn alles andere als ein zufälliges Zusammentreffen, daß Franco nicht aus der Region der kastilischen Dramatik, sondern aus der galicischen Ausgewogenheit kam. Denn dem spanischen Nordwesten ist jener in einem schweren Boden wurzelnde Sinn für Systematik und Wirklichkeit verliehen, der anderen Zonen der Halbinsel mangelt. Hier, wo die Erde vom wolkennassen Atem des Atlantik angehaucht ist, sind die Menschen zäher, schweigsamer und weniger expansiv als auf der übrigen Halbinsel. Ihnen wird es nie geschehen, daß sie Tat und Absicht, Wunsch und Ziel verwechseln. Wir glauben, daß diese atlantische Komponente im Wesen Francos das Maß verbürgt, das seinen politischen Weg bisher begleitet hat.

Man wird leicht erraten, daß so geartete regionale Besonderheiten einer gewissen Zeit bedürfen, ehe sie überall im Land verstanden und akzeptiert sind. Hier aber hat nun die zweite Komponente des Francoschen Wesens die Brücke geschlagen: das Militärische, das ebenso entschieden aus der mediterran-afrikanischen Richtung kommt, wie sich das Politische aus dem Atlantischen herleitet. Es hätte wohl nahegelegen, daß Francisco, Paulino, Hermenegildo, Teodulo Franco, der Sohn des Schiffszahlmeisters und Enkel des Generalintendanten der spanischen Flotte, die Marinelaufbahn ergriff, die bereits eine Familientradition war. Es fällt uns nicht schwer, uns den heranwachsenden Knaben, zweites Kind in einer fünfköpfigen Kinderschar, auf den Kais jenes heimatlichen Kriegshafens El Ferol vorzustellen, das heute den offiziellen Titel „del Caudillo" führt. Dort mag er einst gestanden haben, als die Überlebenden der Kolonialkatastrophe von Cuba in ein entmutigtes Spanien zurückkehrten. Man kann nur erraten, welche Wirkungen die Berichte jener tapferen Seeleute, die bei Santiago ihre Fahne gegen eine erdrückende Übermacht tapfer verteidigten, auf das Empfinden des Jungen hatten, dem das Meer die Erfüllung aller Zukunftspläne verhieß. Fast vier Jahrzehnte später wird er als Führer einer nationalen Erhebung auf den Trümmern des befreiten Alcazar von Toledo stehen und bald darauf auch als Chef eines neuen Staates auf dem Trümmerfeld eines unter unsäglichen Opfern befreiten Spaniens. Welches Land, welches Volk: immer muß es die tiefsten Tiefen durchschreiten, um gerade aus ihnen den Schwung für die schöne und große Geste zu schöpfen. Immer muß es gerade die dunkelste Stunde der Geschichte sein, in der der Blitz der glanzvollen, männlichen Tat am hellsten aufleuchtet: so war es gegen *Napoleon* 1808, so in Cuba 1898, so im Alcazar 1936. Man sieht, daß hier die politische und nationale Aktion niemals das soldatische Antriebsmoment entbehren kann. Die Erhebung der Falange bedurfte der Ergänzung durch den Geist des marokkanischen Feldlagers, um zu siegen. Er wurde getragen von jener Generation junger Offiziere, die bald nach der Jahrhundertwende an den Küsten des afrikanischen Nordwestens und in den rauhen Bergen

des Rifs einen Kampf der Befreiung begannen, der, oft von einem schwachen Madrider Regime behindert oder verzögert, erst lange nach dem Weltkriege zu Ende gehen sollte. Afrika lockte den Betätigungsdrang einer Jugend, die unter dem Eindruck des Zerfalls der letzten Trümmer eines einst glänzenden Weltreiches herangewachsen war. In der Schar jener, die dort ihre menschliche und soldatische Persönlichkeit formten, fiel Franco schon früh den aufmerksamen Beobachtern auf. *Lyautey* hat in den Jahren, da Spanien und Frankreich gegen *Abd el Krim* zusammenarbeiteten, die Besonderheit des rasch an die Spitze drängenden Offiziers mit dem scharfen Auge des Afrikaners erkannt. Einst, in den frühen Kindheitstagen, war das Meer die erste Hoffnung gewesen; dann, in den Jahren der werdenden männlichen Reife, wurde Marokko das entscheidende Erlebnis; endlich, auf der Höhe der Entwicklung, ist Spanien, das sich in der Person des Staatschefs symbolisiert, die letzte Erfüllung geworden.

Man kann dieses fünfzigjährige Leben nicht überschauen, ohne des Wechselspiels von Niedergang und Wiederaufstieg zu gedenken, das ein halbes Jahrhundert der spanischen Geschichte umschließt. Heute ist die Macht, die Iberien aus den letzten Besitzrechten der neuen Welt verdrängte, im Gegenstoß bis in die Sichtweite der spanischen Küsten gelangt. Aus dem Amerika von Cuba ist das von Oran und Casablanca geworden. Damit haben die Kriegsereignisse einen Raum gestreift, an dessen Küsten der Aufstieg des neuen Spanien und seines Führers begann. So sind es manche Gründe, die die autoritäre Spitze des Staates heute zu einer Haltung der wachsamen Bereitschaft veranlassen. Man wird die Drohung, die der südwestlichen Flanke des Kontinents näher gerückt ist, nicht nur als eine territoriale und militärische Gefährdung anzusehen haben; es sind die Fundamente des heutigen Spanien selbst, die durch die Ereignisse in Marokko der Erschütterung ausgesetzt wurden. Niemand vermag das deutlicher zu empfinden als der Mann, der schon vor zwei Jahrzehnten als junger Major die prophetischen Worte niederschrieb, daß der Geist der afrikanischen Garnisonen zu dem des gesamten Heeres und damit der Nation werden würde.

Freilich sind die Äußerungen, die einen Einblick in sein Inneres erlauben, immer selten geblieben. Manchmal hat in den Jahren, die Franco an der Spitze Spaniens steht, auch hier das Mitteilungsbedürfnis der südlichen Menge nach einem farbenbunteren, die Phantasie der Gemeinschaft entzündenden Kontakt verlangt. Doch war die wortkarge Zone, die den Staatschef umgibt, niemals in jähem, temperamentvollem Ansturm zu durchbrechen. Er sprach nicht eher, als es die Aktion erforderte. Wenn man die vergangenen Jahre überblickt, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß die Umwelt das relativ Wenige, was sie vom Wesen Francos weiß, nicht aus seinem Munde, sondern aus seinen Handlungen erfahren hat. Nur diejenigen, die Spanien nicht kennen, werden in diesem Anflug von Kargheit einen Mangel erblicken; wir dagegen glauben, daß nur auf dem Wege einer solchen verschlossenen Selbstdisziplin die Kontinuierlichkeit zu erreichen ist, die nirgends bitterer fehlt als im iberischen Raum. Wohl mag eine lebensprühende und Vitalität ausstrahlende Gestalt wie der ältere Primo de Rivera für kurze Zeit das Volk in seinen Bann ziehen; bald aber schon wird ein so geartetetes expansives Wesen Angriffsflächen bieten, die schonungslos genutzt zu werden pflegen. Franco ist das Gegenteil von alledem. Er ist seit vielen Generationen die erste politische Erscheinung in Spanien, deren Ansehen sich mit den Jahren nicht vermindert, sondern gefestigt hat. Könige, Diktatoren, Kirchenfürsten, Generäle — alle waren sie dem zerstörenden Wirken der Zeit ausgesetzt, keinem blieb in diesem Land der individualistischen Kritik der Augenblick erspart, in dem Wollen und Leistung der öffentlichen Anzweiflung verfielen.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß sich solche Strömungen nicht gegen den Chef des neuen Staates vorwagen. Franco hat in diesen Bereich der ewig schwankenden menschlichen Werte ein Element der stetigen Beharrlichkeit getragen, das ebenso neu wie überraschend ist. Später erst haben viele, die sein Schweigen anfangs mißverstanden, erkennen gelernt, daß hier ein ausgeprägtes, unauffälliges, doch darum um so wirksameres persönliches System im Aufbau begriffen war. Hier manifestierte sich der Wille einer autoritären Führung in behutsamen, wohldosierten, doch darum nicht weniger klaren und präzisen Formen. Manche, die glauben mochten, daß man diesen äußerlich anspruchslos auftretenden, niemals aggressiv wirkenden Willen beeinflussen und leiten könnte, haben sich plötzlich einer unübersteiglichen Schranke, einer unmißverständlich gezogenen Grenze gegenüber gesehen. So war es im Bürgerkriege, wo die beharrliche und zähe Meinung des Feldherrn den Widerstreit der militärischen Ansichten entschied. So ist es auch in den anschließenden Friedensjahren gewesen, die jeden Tag Tausende von Gerüchten, Krisen und politischen Kombinationen erfanden und am Ende doch zeigten, daß alles nur Spreu war vor dem einen entscheidenden Willen. Unbeirrbar ist Franco dem vorgezeichneten Weg gefolgt, an dessen Ende der fertige Bau eines straff geordneten, dem Geist der europäischen Revolution entsprechenden und doch seine Eigenart bewahrenden Spanien stehen soll. Manche Gefahren und Hindernisse haben diese Entwicklung umgeben. Auf wirtschaftlichem und innenpolitischem Gebiet mangelte es nicht an Fallstricken, die von den inneren und äußeren Feinden des Regimes ausgelegt waren. Auch die Zeitumstände schienen, da ringsum die Welt in Flammen aufging, nicht eben dem Prozeß einer Normalisierung geneigt zu sein. Trotzdem hat sich Spanien, wenn auch langsam und zögernd, erholt und begann im vierten Jahr nach dem Ende seines Bürgerkrieges ein Bild zu bieten, das sich unverkennbar von dem dunklen Ernst der kämpfenden Länder unterscheidet. Auch dies war nicht zuletzt der vorsichtigen Politik des Staatschefs zu verdanken, der überlegt und behutsam durch die Klippen steuerte. Aber seine Vorsicht ist stets mit Energie gepaart gewesen; er hat sie in der internen Auseinandersetzung bewährt, wo sich das Feld immer mehr von ehrgeizigen Kämpfern lichtete, um schließlich ihn allein als unumschränkten Beherrscher der Situation zurückzulassen.

Es fehlt auch nicht an Zeichen, daß außenpolitisch die gleiche Entschlußfreudigkeit vorhanden sein wird, wo immer es die Umstände erfordern. Zu wiederholten Malen hat er bestätigt, daß er nicht nur an der antibolschewistischen Linie festhält, sondern von dem Ende des demokratisch-liberalen Systems überzeugt ist. Ihm scheint die Welt an einer Zeitenwende angekommen, die nur noch die Entscheidung zwischen der bolschewistischen Weltrevolution und den nationalen und sozialen Revolutionen Europas zuläßt. Hier ist die Stellung Francos, des ersten abendländischen Feldherrn gegen die rote Flut, längst gewählt. Die Straße, die er beschreitet, mag in manchen Einzelheiten von derjenigen der anderen kontinentalen Bewegungen abweichen. Auf geistigem, religiösem und traditionalistischem Gebiet kündigen sich eigenständige Entwicklungen an, deren Vorhandensein man im Interesse der reichen Buntheit der abendländischen Palette — Unterpfand der geistigen Herrschaft Europas — nur begrüßen kann. Man wird aus der Tatsache, daß solche Tendenzen gerade in neuester Zeit immer entschiedener betont wurden, die Stabilisierung des von ihm geschaffenen Systems ableiten können; schon zeigt sich, daß die Kräfte gewachsen sind, da sich Spanien auf eigenen, seiner Art gemäßen Gleisen zu bewegen beginnt. Ein weiteres Mal wird man hierin die systematische Beständigkeit er-

blicken können, mit der Franco Stein zu Stein an seinem Gebäude fügt. Viele, die den Schweigsamen unterschätzten, haben ihr Urteil revidieren müssen.

Wir glauben, daß das historische Urteil nicht nur den militärischen Strategen und den politischen Taktiker, sondern auch den Schöpfer einer revolutionären Form zu würdigen wissen wird. Gerade seit der demokratischen Landung in Nordafrika ist es noch klarer geworden, daß er neben der nationalen auch eine europäische Verantwortung als Wächter über jenen südwestlichen Eckpfeiler des Kontinents trägt, der als einziger nicht unter dem direkten Waffenschutz der Achse steht. Wohl ist es nicht die Gewohnheit des spanischen Staatschefs, den Bereich seiner inneren Vorgänge freigebig den Blicken der Umwelt zu öffnen. Doch fällt es nicht schwer, sich in die Gedanken des Mannes zu versetzen, die nach jener geliebten und erkämpften afrikanischen Erde hinübergehen, die seinem Herzen neben der des heimatlichen Nordwestens am nächsten ist. Das Gefühl einer allgemeineren, dem Geist der Zeit gegenüber empfundenen Verantwortung, die die Grenzen der nationalen Aufgabe sprengt, hat oft schon aus dem Caudillo gesprochen. Das Vertrauen des Mannes in den Sieg des Kontinents mag in diesen Wochen, da er in das sechste Lebensjahrzehnt eingetreten ist, durch das Vertrauen des Kontinents in den Mann erwidert werden. *Heinz Barth*

Das Reich und Europa

Mit dem Kriegseintritt Japans vor einem Jahr, der durch den überraschenden Angriff auf Pearl Harbour ausgelöst wurde, und mit der nur wenige Tage später erfolgten deutschen und italienischen Erklärung des Kriegszustandes mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat dieser Krieg, der bis dahin auf den europäisch-afrikanischen Raum begrenzt war, sich zu einem Weltkrieg gewandelt. Aus dem europäischen Krieg ist ein Krieg der Kontinente geworden. Im Endergebnis wird dieser Krieg daher auch die Keimzelle einer neuen Weltordnung sein, wie sie bereits im Dreimächtepakt Form und Gestalt gewonnen hat.

Ziehen wir am ersten Jahrestag des gemeinsamen Kampfes der Dreierpaktmächte gegen die USA. und England die Kriegsbilanz, so können wir mit berechtigtem Stolz feststellen, daß ein Jahr gewaltiger Siege sowohl in Europa als auch in Ostasien hinter uns liegt. Japan hat ein großes Imperium erobert und durch die strategische Abschirmung dieses gewaltigen Raumes die Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Ordnung in Ostasien geschaffen, deren Fundamente bereits durch eine Reihe von staatsrechtlichen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen gelegt wurden. Japans Vormachtstellung in diesem Raum ist unumstritten. Der anglo-amerikanische Einfluß ist endgültig ausgeschaltet. „Im Laufe dieses ersten Kriegsjahres sind", so erklärte der japanische Ministerpräsident *Tojo* im Rahmen eines Presse-Interviews mit deutschen und italienischen Korrespondenten zum 1. Jahrestag des deutsch-japanisch-italienischen Abkommens vom 11. Dezember 1941, „sämtliche anglo-amerikanischen Stützpunkte in Ostasien in japanische Hände gefallen. Großostasien hat damit im großen und ganzen seine eigentliche Gestalt zurückgewonnen. Japan hat eine Lage geschaffen, die den vollen Sieg sicherstellt. Von dieser Stellung aus kann es den Krieg, auch wenn er lange dauert, bis zum Endsieg durchkämpfen." „In Europa haben", wie Reichsaußenminister *von Ribbentrop* aus Anlaß des Jahrestages des

gemeinsamen Kampfes gegen die USA. und England in einer Rundfunkansprache an die Völker der verbündeten Nationen u. a. ausführte, „Deutschland und Italien und ihre Verbündeten die Sowjetunion in harten und siegreichen Kämpfen weiter zurückgeschlagen, den Kontinent gegen jeden Angriff gesichert und neue starke Positionen für die weitere Kriegführung bezogen. Zur See haben die Achsenmächte der englischen und amerikanischen Schiffahrt auf allen Meeren ungeheure Verluste zugefügt, so daß die Transportlage der Feinde sich immer katastrophaler gestaltet. Demgegenüber sind die Erfolge unserer Feinde mehr als bescheiden: Bombenangriffe auf die Zivilbevölkerung, ein taktischer Teilerfolg in Afrika sowie eine gefahrlose Landung in den afrikanischen Kolonien Frankreichs, die durch den Treuebruch französischer Offiziere wehrlos geworden waren. Auf keinem Kriegsschauplatz haben also unsere Feinde einen Erfolg erringen können, der die Siege der Dreierpaktmächte irgendwie in Gefahr brächte."

Auch der Versuch der angelsächsischen Mächte, von Nordafrika aus die Festung Europa anzugreifen, um endlich die von *Stalin* so oft geforderte und ihm ebenso oft versprochene „zweite Front" zu errichten, ist kläglich gescheitert. Der Führer hat diesen Versuch mit einer Reihe von Sicherungsmaßnahmen beantwortet, in denen sich die unerhörte Dynamik unserer Kriegführung widerspiegelt. Der Besetzung der französischen Mittelmeerküste und Korsikas durch deutsche und italienische Truppen, der Landung starker Achsenstreitkräfte in Tunis folgte die Inbesitznahme des südfranzösischen Kriegshafens Toulon, des letzten schwachen Punktes an der europäischen Mittelmeerfront, der nun plötzlich zum Angelpunkt der südeuropäischen Verteidigung geworden ist. Die Demobilisierung der unsicheren Kontingente der französischen Wehrmacht stellt einen weiteren Beitrag zur Festigung der Sicherheit Europas dar. Alle diese Maßnahmen richten sich nicht, wie der *Führer* in seinem Brief an Marschall *Pétain* feststellte, gegen Frankreich oder den französischen Soldaten als solchen, sondern gegen jene französischen Kreise, die infolge der angelsächsischen Verhetzung den Weg des Verrats und des Wortbruches begehen und auch in Zukunft jede deutsch-französische Zusammenarbeit verhindern und darüber hinaus im Süden ein Einfallstor für Einbrüche außerkontinentaler Mächte schaffen wollen. Der Führer betonte vielmehr ausdrücklich, daß das deutsche Volk keinen Haß gegen das französische Volk habe. Wohl sei er als sein Führer und Vertreter entschlossen, „unter keinen Umständen durch die Duldung von Manipulationen jener Elemente, die diesen entsetzlichen Krieg verursachten, Deutschland und darüber hinaus ganz Europa einem Chaos auszuliefern". Er versicherte aber zugleich, daß dieser ihm aufgezwungene Schritt nicht im geringsten seinen Willen zur Zusammenarbeit mit Frankreich schmälere, sondern wahrscheinlich erst die Voraussetzung für die praktische Verwirklichung schaffe. Er bot Marschall Pétain sogar seine Unterstützung beim Neuaufbau einer französischen Wehrmacht an, „deren Offiziere wenigstens dem eigenen Staatsoberhaupt gegenüber gehorsam sind und damit die Gewähr bieten für den Abschluß irgendwelcher zwischenstaatlichen Abmachungen und Verträge". Von seiten Frankreichs aber wird, wie es am Schluß des Führerbriefes heißt, nichts anderes erwartet als „Einsicht in das Wesen des gemeinsamen Schicksals Europas und Loyalität". In seinem Antwortschreiben an den Führer bekannte sich der französische Staatschef zu einer „Politik gegenseitiger vertrauensvoller Beziehungen". Die französische Regierung werde ihrerseits, so erklärte Marschall Pétain, in aller Loyalität eine Politik verfolgen, die es ihr gestatte, die Zukunft des Landes in einem reorganisierten Europa zu sichern. Auch Ministerpräsident *Laval* ver-

sicherte, nachdem er der französischen Presse im Hôtel de la Paix in Vichy den Text des Briefes Marschall Pétains an den Führer verlesen hatte, daß er bereit sei, alle Mittel einzusetzen, um zu seinem Ziel zu gelangen, und daß ihn nichts auf diesem Wege aufhalten werde. Ein anglo-amerikanischer Sieg würde Frankreich dem Kommunismus ausliefern. Das Schicksal Frankreichs sei daher an den Sieg Deutschlands gebunden. Alle Franzosen müßten diesen Sieg erhoffen, der allein Frankreich vor der großen Gefahr retten könne. Wenn Frankreich im gegenwärtigen Augenblick schwer bezahlen müsse, so deshalb, weil es eine uneinheitliche Politik betrieben habe. Mit dieser Politik müsse jetzt ein Ende gemacht werden. Nur eine klare und offene Stellungnahme gegenüber Deutschland sei möglich. Wenige Tage später empfing der Führer in seinem Hauptquartier in Gegenwart des italienischen Außenministers Graf *Ciano*, des Reichsmarschalls *Hermann Göring* und des Reichsaußenministers von Ribbentrop den französischen Regierungschef zu einer längeren Unterredung über die aktuellen Probleme Frankreichs. Die Verantwortung für den endlichen Beginn der deutsch-französischen Zusammenarbeit liegt jetzt allein in den Händen der französischen Regierung. Frankreich mag sich nun entscheiden, ob es sich endlich den Notwendigkeiten der europäischen Abwehrfront fügen oder weiterhin sein attentistisches Doppelspiel treiben will. Damit ist Frankreich noch einmal eine letzte Chance gegeben. So oder so wird es in das gemeinsame Schicksal Europas eintreten müssen bzw. einbezogen werden.

Auch die Versuche der angelsächsischen Mächte, durch ständig sich wiederholende Luftangriffe auf italienische Städte und durch einen großangelegten Agitationsfeldzug die Widerstandskraft des italienischen Volkes zu brechen, werden sich als politische Fehlspekulationen erweisen. Alle diese Versuche, den Duce vom Volk zu trennen und Italien aus dem Bündnis der Achse herauszubrechen, beruhen auf einer falschen Einschätzung des italienischen Volkes und seiner Mentalität. Der Duce hat mit seiner großen Rede vor dem Gesetzgebenden Ausschuß der faschistischen Kammer, in der er einen umfassenden politischen und militärischen Rechenschaftsbericht über die Ereignisse der letzten 18 Monate gab, den angelsächsischen Spekulanten, die in dem Wahn leben, Italien durch Drohungen, wie sie vor allem *Churchill* in einer Rundfunkrede ausstieß, die sich in ihrem Hauptteil gegen Italien und *Mussolini* persönlich richtete, zu einem Separatfrieden zwingen zu können, die ihnen gebührende Antwort erteilt. Mussolini unterstrich noch einmal die unerschütterliche Entschlossenheit und Siegeszuversicht des italienischen Volkes in diesem Krieg, der nunmehr wirklich zu einem Krieg zweier Welten geworden sei. Für das italienische Volk gebe es nur eine einzige Aufgabe, die heiße: kämpfen, und zwar kämpfen Schulter an Schulter mit den Verbündeten, kämpfen zusammen mit Deutschland. Die Kameradschaft zwischen Italien und Deutschland werde jeden Tag tiefer. Sie werde geradezu zu einem gemeinsamen Leben in dem Maße, wie das gegenseitige Verständnis zunehme. Es gebe auf beiden Seiten der Achsenmächte keinerlei Unterschiede. Der Feind wolle, wenn er vom Kampf gegen den Faschismus spreche, alle die Bewegungen der jungen Völker treffen. Niemand dürfe sich Illusionen darüber machen, daß ein Sieg unserer Feinde eine Pax Britannia, ein tausendfaches Versailles bedeuten würde. England wolle aus der ganzen Welt ein Indien machen. England wolle, daß die ganze Welt für England arbeite, es wolle eine Welt der Versklavung, die täglich dem Briten seine fünf Mahlzeiten sicherstelle. „Wir aber müssen kämpfen", so rief der Duce zum Schluß aus, „für die Lebenden, weil wir für die Zukunft kämpfen, und für die Toten, damit die Opfer unserer Toten nicht umsonst waren. Die Toten befehlen

uns, bis zum Endsieg zu kämpfen. Wir gehorchen!" Im Geiste des entschlossenen Willens der Achsenmächte, alle Kräfte zur Erringung des Endsieges einzusetzen, fanden auch die Besprechungen im Führerhauptquartier zwischen dem Führer und dem italienischen Außenminister Graf Ciano und dem Chef des italienischen Generalstabes, Marschall *Cavallero*, in Gegenwart des Reichsmarschalls Hermann Göring, des Reichsaußenministers von Ribbentrop und des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall *Keitel*, über alle Fragen der gemeinsamen Kriegführung Deutschlands und Italiens statt.

Hatten England und Amerika ursprünglich geglaubt, daß die neugeschaffene Lage an der Mittelmeerfront ebenfalls die Haltung der iberischen Länder gegenüber dem neuen Europa irgendwie beeinflussen könnte, so sind sie inzwischen in die Wirklichkeit zurückgerufen worden. Der spanische Staatschef, General *Franco*, legte in einer Rede vor dem Nationalrat der Falange wiederum ein offenes Bekenntnis zur europäischen Erneuerungsbewegung ab und erteilte sowohl der liberalen Welt als auch dem Bolschewismus eine kompromißlose Absage. Der Appell Francos an die Solidarität Europas gipfelte in der Feststellung: „Wir gehören zu keiner anderen Welt als der europäischen, auch wenn wir eigene politische Züge und besondere geistige Reserven haben." Er forderte alle Spanier auf, die alten liberalen Vorurteile fallen zu lassen und den Blick auf Europa und die großen Ereignisse zu richten. „Alle Ereignisse, die sich gegenwärtig in der Welt abspielen, zeigen uns, daß wir am Ende einer alten Epoche und am Beginn einer neuen stehen. Die liberalistische Welt stürzte zusammen, sie ist das Opfer ihrer eigenen Fehler geworden. Mit ihr geht der Kapitalismus zugrunde und die Zeit, die Millionen von Arbeitslosen den Stempel aufdrückte. Die marxistische Lehre scheiterte bei den Massen, weil sie sich auf ein niemals zu verwirklichendes Versprechen auf Gerechtigkeit stützte. Auch die liberalistische Welt ist überholt, und der revolutionäre Prozeß in seinen verschiedenen Schattierungen setzte an ihrer Stelle ein. Ein neues Gebäude hat sich der Scheinheiligkeit und der Falschheit der alten Systeme gegenüber gebildet, und die Jugend marschiert im Bewußtsein ihrer historischen Kraft nach einem neuen Gipfel." Diese offenen Worte des Caudillo bringen, wie die spanische Zeitung „Arriba" in einem Kommentar zur Rede schrieb, klar zum Ausdruck, daß die Stellung Spaniens heute mit der Verteidigung Europas zusammenfällt. Auch der portugiesische Staatspräsident General *Carmona* betonte anläßlich der Eröffnung der dritten Sitzungsperiode der portugiesischen Nationalversammlung in einer Botschaft an das Parlament, in der er abermals den Neutralitätswillen Portugals unterstrich, daß das Land den künftigen Ereignissen mit Ruhe entgegensehen könne. Die gesamte politische, wirtschaftliche und soziale Erneuerungsarbeit gehe ungehindert weiter. Die Entschlossenheit Spaniens und Portugals, die Iberische Halbinsel unter allen Umständen aus den Kriegsereignissen herauszuhalten, die durch das Afrikaunternehmen der angelsächsischen Mächte bedenklich nähergerückt sind, spiegelt sich ebenfalls in den spanisch-portugiesischen Besprechungen wider, die in Lissabon zwischen dem spanischen Außenminister Grafen *Jordana* und dem portugiesischen Ministerpräsidenten und Außenminister *Salazar* stattfanden. In den Reden, die von Außenminister Jordana und Ministerpräsident Salazar während eines Empfanges im Palast des Königsschlosses von Sintra gehalten wurden, wurde die Entschlossenheit Spaniens und Portugals zum Ausdruck gebracht, gemeinsam einen iberischen Block zu bilden. Dieser Block hat nach den Ausführungen Jordanas die Aufgabe, die gemeinsamen Interessen der beiden iberischen Nationen in einheitlicher Weise zu vertreten und zu verteidigen. Mit diesem Block sei, so führte Jordana aus, ein

neues Gebilde innerhalb der internationalen Politik geschaffen worden, dessen oberstes Ziel es sei, den Frieden zu erhalten und die kulturellen Werte einer langen Geschichte zu bewahren. Der iberische Block werde keinen fremden Interessen dienen, aber seine Schaffung sei auch nicht als egoistisch zu bezeichnen. Spanien und Portugal werden gemeinsam für diejenigen Ideale kämpfen, für die sich die Kämpfer im spanischen Freiheitskampf einsetzten. Die antikommunistische Haltung der beiden Länder sei damals wie heute die gleiche, und innerhalb des iberischen Blockes werde die Jugend der beiden Länder Gelegenheit finden, für ihre Ideale zu kämpfen. Über die Hintergründe und Tendenzen des Paktes Madrid-Lissabon schrieb der ungarische „Pester Lloyd": Die europabewußten Völker, die bereits in Reih und Glied zum Kampf gegen den Bolschewismus angetreten seien, müßten die Kundgebung Portugals und Spaniens gegen die kommunistische Gefahr mit Genugtuung begrüßen. Die Kundgebung von Lissabon führe eine deutliche Sprache: Wer sich mit dem Bolschewismus verbünde und mit ihm siegen wolle oder zu siegen hoffe, vernichte sich selbst. Der iberische Block stehe auf europäischem Boden. Die heute unverletzbar erscheinende Solidarität Spaniens und Portugals verleihe den Besprechungen in Lissabon eine vom gesamteuropäischen Standpunkt historische Bedeutung. Die Angelsachsen täten recht daran, den einmaligen Wert der ihnen gewordenen Mahnung nicht zu unterschätzen.

Mit der Stellung der nordischen Länder im neuen Europa befaßte sich der bekannte finnische Publizist *Bertel Gripenberg* in dem schwedischsprachigen Wochenblatt „Svensk Botten". Gripenberg stellte fest, daß der Norden nicht in der Isoliertheit, sondern nur in der Verbundenheit mit dem übrigen Europa existieren könne, da ihm als Schild gegen die vom Osten und Nordosten drohenden Gefahren im neuen Europa eine wichtige Rolle zukomme. Die Einheit des Nordens sei nur im Verbande mit Deutschland und dem antibolschewistischen Europa denkbar. Der Norden dürfe keine Brücke zur Sowjetunion sein, sondern müsse eine Mauer gegen den Osten bilden, und Norwegen müsse daher auch weiterhin bis zur Erreichung dieses Zieles eine deutsche Bastion gegen die Atlantikmächte bleiben, während Finnland im engen Bündnis mit den übrigen antibolschewistischen Staaten als unerschütterlicher Vorposten einer äußersten Flanke der europäischen Ostfront stehe.

Das werdende europäische Gemeinschaftsbewußtsein, das durch den gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus mehr und mehr gefestigt und gestärkt wird, klingt auch aus den Worten, die der finnische Staatspräsident *Ryti* aus Anlaß des 25. Jahrestages der finnischen Selbständigkeit über den Rundfunk an das finnische Volk richtete. Ryti unterstrich vor allem die europäische Mission Finnlands in dieser gewaltigen Auseinandersetzung zwischen Europa und dem Osten. Denn Finnland stehe als äußerster Vorposten des Westens auf der Wacht gegen die bolschewistische Gefahr aus dem Osten. Den angelsächsischen Plänen gegenüber, der Sowjetunion für die Nachkriegszeit eine bestimmende Rolle in Europa zuzuweisen, stellte Ryti fest: Die Sowjetunion besitze keinerlei Voraussetzungen, die Verantwortung oder auch nur Mitverantwortung für das Schicksal Europas und der abendländischen Kultur zu übernehmen. Diese Verantwortung könnten nur die tatsächlichen Kulturländer Europas tragen, von denen ein jedes große, seinen Voraussetzungen entsprechende Verdienste an der Schaffung und Weiterentwicklung der europäischen Kultur habe. Die Einmischung Sowjetrußlands in diese Angelegenheiten würde den Untergang Europas und seiner Kultur bedeuten. In seinen weiteren Ausführungen betonte der finnische Staatspräsident, daß die Sowjetunion nur im Landkriege von gewaltiger Aus-

dehnung geschlagen werden könne, und der einzige Staat in der ganzen Welt, der in einem solchen Kriege der Sowjetunion überlegen sei, sei Deutschland. Wenn Deutschland schwach und schutzlos dagestanden hätte, wären die Kampfwagen und Flugzeuge der UdSSR. zu Zehntausenden bereits an der Westküste Europas angelangt.

Auch der stellvertretende Ministerpräsident Rumäniens, *Mihail Antonescu*, erklärte in einem Interview mit einem Vertreter von Europa-Preß, in dem er sich über die Einmischungspolitik der Westmächte in Europa äußerte, daß nur die Einheit ganz Europas sich dem Eindringen des Bolschewismus aus dem Osten wirksam entgegenstellen könne. Wer sich der Behandlung der Aufgaben Europas im Kräftespiel der Welt entgegensetze oder sich mit den Feinden der europäischen Zivilisation verbünde, der wolle die Bolschewisierung unseres Kontinents, Chaos und Anarchie, der wolle die Verhinderung der europäischen Mission. Kein europäisches Volk könne auf die ehrenvolle Mission, die ihm im Bewußtsein der Rolle des alten Kontinents zustehe, verzichten. Ähnliche Erklärungen gaben der kroatische Staatsführer *Ante Pavelitsch* und der slowakische Ministerpräsident und Außenminister *Dr. Tuka* ab, die ebenfalls mit Entschiedenheit die ständigen Einmischungsversuche *Roosevelts* in europäische Verhältnisse zurückwiesen.

Die Völker Europas stehen heute in einem Kampf, der über das Schicksal der abendländischen Kultur und Zivilisation entscheiden wird. Es geht in diesem Kriege um Sein oder Nichtsein. „Vor einer solchen Frage gibt es", wie Reichsminister *Dr. Goebbels* kürzlich erklärte, „kein Ausweichen; hier muß man sich bekennen und aus seinem Bekenntnis auch die entsprechenden Folgerungen ziehen. Die bürgerlich-liberale Welt ist endgültig dahin, Europa hat nicht mehr zu wählen zwischen ihr und uns, sondern nur noch zwischen unserem Sieg und dem Bolschewismus. Eine andere Alternative ist nicht gestellt. Wir sehen über den Krisen und Belastungen der Gegenwart, die vor allem durch den Krieg bedingt sind, die Vision einer neuen, sinnvollen europäischen Ordnung emporsteigen. Wir fühlen diese bedroht einerseits durch England und Nordamerika, denen sie nicht in ihre imperialen Vorstellungen hineinpaßt, und andererseits durch den Bolschewismus, der sie an sich und aus ideologischem und rassischem Gegensatz vernichten will. Bei beiden Faktoren steht das internationale Judentum in doppelter Gestalt im Hintergrund, sprungbereit, sich zum Nutznießer dieser oder jener Lösung aufzuschwingen. Unsere Konstruktion dagegen führt über die unbestrittenen Härten der Gegenwart zu einem realen Ausweg aus dem allgemeinen europäischen Dilemma. So schwer der Kampf sein mag, er muß und wird bis zu seinem siegreichen Ende fortgesetzt werden."

---

26. November

Besetzung Toulons — Brief des Führers an Marschall Pétain.

27. November

Botschaft des portugiesischen Staatspräsidenten Carmona an das Parlament anläßlich der Eröffnung der 3. Sitzungsperiode der portugiesischen Nationalversammlung.

2. Dezember

Rede des Duce vor dem Gesetzgebenden Ausschuß der faschistischen Kammer.

5. Dezember

25. Jahrestag der finnischen Selbständigkeit. Rede des Staatspräsidenten Ryti.

6. Dezember

Reichsminister Dr. Goebbels über „Die Vision eines neuen Europa“ im „Reich“.

7. Dezember

Jahrestag des japanischen Kriegseintritts.

8. Dezember

Rede des spanischen Staatschefs Franco vor dem Nationalrat der Falange.

11. Dezember

Jahrestag des gemeinsamen Kampfes der Dreierpaktmächte gegen die USA. und England.

14. Dezember

Antwortschreiben Marschall Pétains an den Führer.

15. Dezember

Interview des kroatischen Staatsführers Ante Pavelitsch mit einem Vertreter von Europa-Preß über die Politik Roosevelts.

16. Dezember

Interview des slowakischen Ministerpräsidenten und Außenministers Dr. Tuka mit einem Vertreter von Europa-Preß über die amerikanische Einmischung in europäische Verhältnisse.

18.—19. Dezember

Der Führer empfing im Hauptquartier den italienischen Außenminister Graf Ciano und den Chef des italienischen Generalstabes, Marschall Cavallero.

18.—21. Dezember

Staatsbesuch des spanischen Außenministers General Jordana in Lissabon. Ergebnis: Bildung eines iberischen Blocks.

19. Dezember

Der Führer empfing im Hauptquartier in Gegenwart des italienischen Außenministers Graf Ciano, des Reichsmarschalls Hermann Göring und des Reichsaußenministers von Ribbentrop den französischen Regierungschef Pierre Laval zu einer längeren Unterredung über die aktuellen Probleme Frankreichs.

22. Dezember

Interview des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rumäniens, Mihail Antonescu, mit einem Vertreter von Europa-Preß über die Einmischungspolitik der Westmächte in Europa. *F.*

Bücher des Monats

Amerika im Buch

Wrede, Franz-Otto, Schmelztiegel Amerika. Mit 2 Landkarten. Berlin 1941. Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. (Schriftenreihe der NSDAP.)

Auf 136 Seiten gibt Wrede mehr eine Geschichte der Bevölkerung der USA. als eine umfassende Deutung des „Schmelztiegels“. Im großen und ganzen läßt er dieser Geschichte Gerechtigkeit widerfahren. Er bemüht sich dabei, den europäischen Gedanken gerecht zu werden, die an dem Ausbau eines Amerikanertums mitgewirkt haben. Dabei geht er gelegentlich etwas zu weit. Es stimmt z. B. nicht, daß in Amerika Formen der politischen Verwaltung (S. 41) aus England „ohne Veränderung“ übernommen wurden; das meiste sogar ist irgend-

wie vereinfacht und angepaßt, amerikanisiert worden. In meinem zweibändigen Amerikawerk habe ich das übrigens schon verschiedentlich nachgewiesen. Bei der Erörterung der allgemeinen Menschenrechte (S. 47) ist die eigene nordamerikanische Entwicklung nicht genügend in Betracht gezogen worden. John Lockes Verfassungsentwurf (S. 40 f.) von 1669 hat in den Vereinigten Staaten keinerlei Geschichte gemacht! Wenn wir übrigens alles Große in den USA. als englisch erklären, was den Tatsachen durchaus nicht entspricht, arbeiten wir der „angelsächsischen" Kulturpropaganda wunderschön in die Hände.

Die außenpolitische Verständigung zwischen Amerika und England wird S. 60 viel zu früh angesetzt. Auch der Einfluß französischen Geistes in Amerika (S. 65) wird übertrieben, wie später (S. 67) der von Kants „Ideen". Emerson hat doch einen recht neuenglischen Kant vertreten! Bei Besprechung der Behandlung von Japanern in Amerika (S. 96 f.) läßt sich der Verfasser den Beginn eines Rassenkrieges im Westen der Union entgehen. Gerade weil Wrede die amerikanische Geschichte so klar und klug verfolgt, ist S. 101 verwunderlich, daß er den Amerikaner von 1914 „einzig" durch eine Ideologie zusammengehalten sein läßt. Nein, seine Geschichte, die Entwicklung der Nation (Bürgerkrieg!) erklärt das festere Band. Einwanderergesetze sind lange vor 1922 bzw. 1924 (S. 111 f.) erlassen worden. Die Bezeichnung „westliche Hemisphäre" hat weder Präsident Roosevelt noch auch Dr. Colin Roß erstmalig geprägt, sie ist in Amerika schon lange in Gebrauch.

Alles in allem ist trotz solcher kleineren Einwände Wredes Arbeit als ein ernster Beitrag zu einer besseren Erfassung Amerikas und seines eigentümlichen Amerikanertums zu begrüßen. Er schreibt gut und klar.

Berber, Friedrich, Der Mythos der Monroe-Doktrin (Probleme amerikanischer Außenpolitik, Heft 6). 24 S. Essener Verlagsanstalt 1942.

Das ist ein besonders glücklicher Wurf. „Die Monroe-Doktrin hat sich als eine im Interesse der USA. erfundene Legende erwiesen" (S. 24). Man wundert sich, daß der Monroe-Doktrin von europäischer Seite nicht längst schon mit solchem Rüstzeug zu Leibe gegangen ist. Gerade auch im deutschen Schrifttum, zuletzt bei *Carl Schmitt,* hat man in jene „Doktrin" des einseitigen Selbstinteresses viel zuviel hineingeheimnist. Berber zieht aus der nordamerikanischen Praxis gegenüber Ibero-Amerika und Europa seine Schlüsse, nur hätte er noch mehr Belege bringen sollen, was seinem Versuch noch mehr wissenschaftliches Gewicht gegeben hätte. Nur *Bismarcks* Äußerung über die Monroe-Doktrin (S. 18) möchte ich bezweifeln. Ist *Wolf von Schierbrand* wirklich Autorität? Berbers Heft verdient allgemeine Beachtung.

Cecchi, Emilio, Bitteres Amerika. (America Amara.) Mit 24 Abbildungen auf Kunstdrucktafeln, übersetzt von A. Graf Alegiani. Gerhard Stalling Verlagsbuchhandlung. Oldenburg (Oldb.) 1942.

Cecchi hatte sich bereits einen Ruf als Verfasser geistvoller Essays geschaffen, ehe er seinen größten Erfolg mit dieser seiner Amerikaschrift errang. Er ist inzwischen zum Mitglied der Königlichen Akademie in Italien erwählt worden.

Unter den zahllosen europäischen Amerikaberichten, die ich im Laufe einiger Jahrzehnte lesen mußte, gehört der von Cecchi mit in die vorderste Reihe, was Einfühlungsvermögen, psychologische Durchdringung und Ernst der Darstellung betrifft. Dem wird durch die Tatsache kein Abbruch getan, daß sich neben tieferschürfenden Betrachtungen und Essays auch Abschnitte von Feuilletoncharakter finden oder Beschreibungen von Personen und Sachen, die, leicht vergänglich, schon längst wieder vergessen sind. Das hat Amerika nun einmal an sich. Er steht ebenso weit entfernt von der billigen Verallgemeinerung wie von der großartig allgemein klingen sollenden Thesenhaftigkeit.

Das Buch verrät auch, daß der Verfasser nicht nur nach Eindrücken und Beobachtungen urteilt, so treffend sie oft geraten, sondern auch Amerikas letzte Geschichte, Schrifttum und Kunst, soziales und politisches Leben gründlich kennt.

Er hat ein besonders scharfes Auge für politische Dinge und Zusammenhänge, wie es auch seine Studien über Mexiko bezeugen. Abschnitte, wie über Intellektuelle und Dilettanten z. B., enthalten seine Beiträge zur geistigen Auseinandersetzung zwischen Amerika und Europa.

Daß ein „bitteres Amerika" nicht allen Leistungen der Yankees gerecht wird, liegt auf der Hand. Cecchi hat eben auch nur „sein" Amerika entdeckt. Andererseits entwaffnet auch seine schärfste Kritik durch Mangel an Pose und an Arroganz. Alles in allem ist viel an dem Buch zu genießen und mindestens so viel daraus zu lernen.

Groß, Herbert, Amerikas Wirtschaft. Deutscher Verlag, Berlin 1942. (Weltpolitische Bücherei. Herausgegeben von G. Leibbrandt und E. Zechlin.)

Auf 268 Seiten gibt hier Dr. Groß, dessen ausgezeichnete Artikel im „Reich" über die nordamerikanischen Wirtschaftsentwicklungen noch in bester Erinnerung stehen, eine kritische Zusammenfassung aller seiner Beobachtungen und Studien bei einer fast zehnjährigen Tätigkeit als Wirtschafts-Schriftleiter in New York. Die Zeit seiner Darstellung reicht bis etwa Ende 1941.

Der Verfasser bespricht die alte Ordnung und die Wandlungen in Landwirtschaft, Industrie und Kapitalismus. Die Rolle des New Deal wird gründlich erörtert, dann die Aufrüstung und schließlich Amerikas Kampf für die alte Weltordnung gekennzeichnet. „Sah es zunächst so aus, als wenn durch den „New Deal" eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung, ein neuer Geist geboren werden solle, mit neuen Führern, neuen Ideen und einem neuen Lebensgefühl, so erscheint heute diese Zeitspanne als eine Reihe verlorener Jahre, in denen entscheidende Reformen ausblieben und die Träger der alten kapitalistischen Ordnung zunächst siegreich hervorgingen" (S. 7). Aufschlußreich ist auch alles, was über den Staatsapparat in Washington gesagt wird, über die „Managerial Revolution" und die amerikanische Wirtschaft nach dem Kriege. Außenpolitisch am ergebnisreichsten ist das Kapitel „Amerikas Kampf für die alte Weltordnung" mit seinem „Pacht-Leih-Imperialismus".

Groß' Buch füllt eine seit Jahren bestehende Lücke in der deutschen Amerikaliteratur ebenso willkommen wie bedeutend aus.

Quo vadis — Amerika? Der politische und wirtschaftliche Standort der Vereinigten Staaten. Herausgegeben von Dipl.-Ing. *Leo F. Hausleiter.* Bearbeitet von Max Drews.

Diese Sammlung von Beiträgen verschiedener Mitarbeiter wie Dr. *Giselher Wirsing,* Prof. Dr. *C. Brinkmann,* Dr. *Max Biel,* Prof. Dr. *O. Donner,* Oberst *Rudolf Ritter von Xylander,* Admiral z. V. *Prengel,* Prof. Dr. *F. Schönemann,* Generalmajor a. D. Prof. Dr. *K. Haushofer,* Prof. Dr. *A. Haushofer* u. a. „untersucht (in den Worten des Herausgebers) nach wissenschaftlichen Methoden auf der Grundlage nüchterner Tatsachen den politischen Willen und die Wirtschaftskraft der USA. In Verbindung damit werden die geschichtlichen Kräfte des Landes, sein Mythos, analysiert. Aus den einzelnen Beiträgen, die erstmalig im Laufe des Jahres 1940 in der wirtschaftspolitischen Wochenschrift „Wirtschaftsdienst" veröffentlicht wurden, ergibt sich ein Profil der wirklichen Machtmittel der USA. mit einem Ausblick auf die Leistungsfähigkeit in der nahen Zukunft. Will man die Einsatzfähigkeit der USA. für weltpolitische Entscheidungen prüfen, so muß man von diesen Tatsachenunterlagen ausgehen.

Die Schrift hat den Standort der USA. etwa vom Januar 1941 zuverlässig dargestellt und sich damit um die ernsthafte Amerikaforschung ein Verdienst erworben.

Seibert, Theodor, Das amerikanische Rätsel. Die Kriegspolitik der USA. in der Ära Roosevelt. Zentralverlag der NSDAP. Franz Eher Nachf. Berlin 1941.

Die kleine Schrift von 64 Seiten ist aus einer Aufsatzreihe im „Völkischen Beobachter" entwickelt worden und behandelt in 10 Abschnitten die Entwicklungsstufen der amerikanischen „Neutralität" und Kriegsausweitungspolitik.

Besonders ausgewertet wird das American White Paper von *Joseph Alsop* und *Robert Kintner*, New York 1940. An neuen Quellen wird ein im deutschen Weißbuch Nr. 3 noch nicht enthaltener Geheimbericht des Botschafters Graf *Potocki* vom 7. März 1939 (S. 35 ff.) veröffentlicht.

Schadewald, Hans, Was will Roosevelt? Völkischer Verlag G. m. b. H., Düsseldorf 1941.

Drei Hauptteile behandeln: Von Wilson bis Roosevelt. Arsenal der Demokratien. Das amerikanische Weltherrschaftsziel. Längst bekannte Tatsachen werden noch einmal zusammengestellt. Lebendige Anschaulichkeit und Gründlichkeit fehlen in gleicher Weise. Weder Anmerkungen noch knallige Bilder (auch Seiberts „Amerikanisches Rätsel" hat solche) können die Schrift vor der Kurzlebigkeit retten.

Leers, Johann von, Prof. Dr., Kräfte hinter Roosevelt. Theodor Fritsch Verlag. Berlin-Steglitz 1941.

Das geschichtliche Wachsen des Judentums und seines Einflusses auf die USA. wird geschildert. Die Quellen werden nicht immer kritisch behandelt, auch fehlen Wiederholungen nicht. Das Literaturverzeichnis bringt eine reiche Zahl brauchbarer Unterlagen zur Geschichte des Judentums in Amerika.

Friedrich Schönemann

Der maßlose Kontinent. Roosevelts Kampf um die Weltherrschaft. Von *Giselher Wirsing*. Verlag Eugen Diederichs, Jena. 473 S.

Der Titel des Buches, der etwas überrascht, enthält bereits das Thema. Dieses ist die Entwicklung des Weltherrschaftsanspruchs der Vereinigten Staaten von Amerika. Im Mittelpunkt steht dabei die Ära Franklin D. Roosevelt. Nachdem das Eingreifen Amerikas in den ersten Weltkrieg nur episodischen Charakter hatte, ist das jetzige Eingreifen ein planmäßiges und gewolltes auf Grund eines grundsätzlichen Programms. Und der Träger und Vollstrecker dieses Programms ist Franklin D. Roosevelt, in der Rolle eines Papstes der Gegenreformation. Die Welt steht am Ende des Britischen Zeitalters. Und die Vereinigten Staaten sind gewillt und entschlossen, das Erbe des British Empire anzutreten. Das ist die Grundthese des Buches.

Der größte Teil ist darum auch Roosevelt und seiner Politik gewidmet. Trotzdem holt Wirsing weiter aus und legt bereits in der Wirtschaft und Politik der Vereinigten Staaten seit der Jahrhundertwende die Kräfte bloß, die auf die heutige Politik hinführen. Roosevelt selbst hat mit seinem New Deal Schiffbruch erlitten. Es war der Fehlschlag seiner ganzen Politik und, getrieben von seinen jüdischen Hintermännern, hat er seitdem auf den Krieg hingearbeitet und ihn vorbereitet. Dieser Gedanke wird von Wirsing gründlich und überzeugend belegt und nachgewiesen. Es kommt dem Verfasser dabei eine sehr genaue Kenntnis der Personen und Hintergründe der heutigen amerikanischen Politik zugute, außerdem ein wacher, journalistischer Blick und eine fesselnde Darstellung. Trotzdem ist das Buch mehr als eine kühn hingeworfene journalistische Skizze. Es ist eine ausgezeichnete Darstellung der heutigen Vereinigten Staaten und der Männer und Triebkräfte, die deren Politik bestimmen. Man merkt, daß Wirsing das Thema gründlich studiert hat. Er hat auch als erster die Fülle des neuerdings erschienenen Materials, das z. B. in dem Buch von Lundberg über die „60 Familien", den Büchern des Ehepaares Beard, in den amtlichen Untersuchungsberichten, den Zeitschriften und den Tageszeitungen vorliegt, auszuwerten versucht. Etwas, was bis heute von keiner Seite aus planmäßig in Angriff genommen worden ist. Auf diese Weise ist ein Werk entstanden, das journalistischen Schwung, wissenschaftliche Gründlichkeit und politischen Blick miteinander verbindet. Es mag für den Tag geschrieben sein. Aber es ist im rechten Augenblick gekommen. Das ist die Kunst in der Politik und der politischen Publizistik. Unter diesem Gesichtspunkt ist es das beste Buch über das heutige politische Amerika, das wir besitzen. *Dr. Wilhelm Ziegler*

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

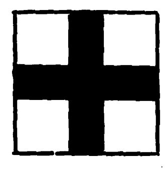
Reese, Werner, Die Niederlande und das Deutsche Reich. Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts. Herausgegeben von Prof. F. A. Six. Abtlg. Geschichte Bd. 4/I. Berlin 1941.

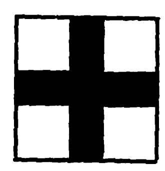
Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut hat mit den Forschungen Werner Reeses das Werk eines Historikers herausgebracht, der als eine der stärksten Begabungen unter der jungen deutschen Historikergeneration anzusehen war. Aber wie die deutsche Geschichtswissenschaft schon mehrfach um den Verlust gerade ihrer tüchtigsten und verheißungsvollsten jungen Kräfte durch den Krieg hat trauern müssen, so ist auch Werner Reese 1941, kurz vor Erscheinen seines Buches, ein Opfer seines Kriegseinsatzes in Belgien geworden. Sein Buch ist so für uns zum Vermächtnis geworden, zum Vermächtnis nicht nur des streng methodisch und exakt arbeitenden Wissenschaftlers, der in mühevoller Kleinarbeit um die Lösung des gestellten Problems rang und überall dabei neue Quellen erschloß und neue Wege wies, sondern zum Vermächtnis vor allem eines heiß empfindenden deutschen Menschen, dem die geschichtliche Untersuchung zwanglos zur politischen Fragestellung wurde und der von seinem ersten historischen Versuch als Abiturient bis zu seiner Habilitationsschrift inmitten all seiner mühsamen und sorgfältigen Einzelstudien nie den Mittelpunkt seines Forschens aus dem Auge verlor: das deutsche Volk und die Erkenntnis seiner Lebensgrundlagen. So ist Reeses Arbeit wie kaum eine andere ein Musterbeispiel für politische Geschichtsschreibung, und mit gutem Recht hat seine Fragestellung: Die Niederlande und das Deutsche Reich das Stichwort gegeben für den Aufbau der Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts in der Abteilung Geschichte.

Reeses Untersuchungen umschließen die Aufhellung jenes für die Entwicklung unserer deutschen Westgrenze so unheilvollen und früher nie im Zusammenhang untersuchten Vorgangs, in dem die Niederrheinlande, einst politisch dem Deutschen Reich verbunden und in ihrer kulturellen Gestaltungskraft das ganze Niederdeutschland bis weit in den Osten hinein befruchtend, ja entscheidend an der deutschen mittelalterlichen Ostsiedlung beteiligt, sich schließlich im Laufe der Zeit doch zur staatlichen Selbständigkeit entwickelten und sich in dem Bewußtsein einer besonderen Einheit der „niederen Lande" zusammenfanden. Reese geht den ungeheuer feinen und mannigfaltigen Verästelungen dieses historischen Entwicklungsprozesses nach und zeigt, wie die einst so lebendige Verbindung der Niederrheinlande mit dem Reich zur Zeit der großen Sachsenkaiser und ersten Salier, die vor allem in einem königstreuen Staatskirchentum und in einem politisch fruchtbaren Reichsgedanken verankert war, allmählich aufgelockert wird zunächst durch den Einbruch der gregorianischen Ideen während des Investiturstreites und dann vor allem durch die immer stärkere Herausbildung territorialstaatlichen Denkens und Fühlens, dem das seit der späten Stauferzeit hinsinkende Reich keine reale Macht und keine werbende ideelle Kraft mehr entgegensetzen konnte. So bewirkte selbst die Abwehr gegen das seit der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert immer stärker andrängende Romanentum in den niederrheinischen Grenzlanden nicht so sehr ein inniges Verbundenheitsgefühl mit dem deutschen Gesamtstaat, als das Bewußtsein einer engeren Schicksalsgemeinschaft jener von Frankreich bedrohten „niederen Lande", und auch die verzweifelt gegen Frankreich um ihr germanisches Volkstum ringenden Flamen standen einsam und ohne inneren Rückhalt an einem Reich, das bei einer starken Führung vielleicht zu der blutsmäßigen und kulturellen Verbindung mit Flandern auch die politische Einheit hätte fügen können.

Bis zu diesem Zeitpunkt hat Reese selbst darstellend das von ihm gestellte Problem behandeln können und für einen zweiten Band, der bis ins 17. Jahrhundert führen sollte, bereits das wesentliche Quellenmaterial zusammengetragen. Doch dürfen wir hoffen, daß sein Werk kein Bruchstück bleibt: die Arbeit wird im 2. und 3. Bande gemäß Reeses Gesamtplan bis in die Gegenwart fortgeführt werden.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 51
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Erich Schafranek, Berlin W 15
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | z. Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany





Veröffentlichungen

des

Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

Band 1: Die angelsächsische Neue Welt und Europa. Von Karl Heinz Pfeffer. 1941.

Band 2: Deutscher Aufstand gegen den Westen. Von Kurt Hancke. 2. Aufl. 1942, 174 S.

Band 3: USA. und Weltpolitik. Gesammelte Vorträge von F. Schönemann u. a. 1940, 113 S.

Band 4: Die Bedeutung des Völkerbundsgedankens für die englische Außenpolitik 1914—1919. Von I. Westphalen. 1942, 240 S.

Band 5: Die Grenzen des Reiches.
Teil I: Die deutsche Südostgrenze. Von Leo Gruenberg. 1941, 199 S.
Teil II—IV: Die deutsche Nordgrenze, Die Westgrenze, Die Nordostgrenze befinden sich in Vorbereitung.

Band 6: Der Westfälische Friede von 1648. Deutsche Textausgabe der Friedensverträge von Münster und Osnabrück. Herausgegeben von F. A. Six. 3. Aufl. 1942, 117 S.

Band 7: Beiträge zur Entstehungsgeschichte des europäischen Liberalismus. Von Kurt Hancke. 1942, 173 S.

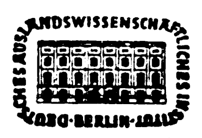
Band 8: Das Reich und Japan. Gesammelte Vorträge.

Band 9: Bismarck und Südosteuropa. Von Franz Ronneberger. 1941, 138 S.

Band 10: Autoritäre Staatsgestaltung in der französischen Demokratie. Von Hans Ulrich Reiche. 1941, 100 S.

Band 11: Probleme des europäischen Großwirtschaftsraumes. Gesammelte Vorträge. 1942, 154 S.

Band 12: Deutschland—Italien und Europa. Gesammelte Vorträge von Albert Prinzing u. a.



Die Großen Publikationen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

A. Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

I. Abteilung: Reich und Europa
II. Abteilung: Europa und das Weltstaatensystem
III. Abteilung: Länderkunde

Die Repräsentativreihe des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

B. Dokumentationen

I. Dokumente der Weltpolitik
II. Dokumente d. deutschen Politik
III. Dokumente zur Länderkunde

Die Quellen zur Erkenntnis der Reichs-, Europa- und Weltpolitik

C. Handbücher

I. Handbücher zur Auslandskunde
Eine umfassende Darstellung der Lebensgrundlagen der Weltstaaten

II. Handbuch der Politik
Das Grundlagenwerk der politischen Wissenschaften

III. Wörterbuch der Außenpolitik
Das Nachschlagewerk zur außenpolitischen Terminologie

D. Europa-Bibliographie

Das politische Schrifttum zur europäischen Länderkunde

E. Studien zur Auslandskunde

Die Vierteljahreshefte zur Wissenschaft der Auslandskunde

1. Afrika
2. Ostasien
3. Vorderasien
4. Osteuropa
5. Südost-Forschungen

F. Sprachenkundliche Lehr- und Wörterbücher

Die Grundlagen für die sprachliche Ausbildung, insbesondere in den orientalischen Sprachen

G. Jahrbuch der Weltpolitik

Der Jahresbericht der deutschen Auslandswissenschaften

H. Zeitschrift für Politik

Die führende Monatsschrift zur Problematik der Europa- und Weltpolitik

Verlangen Sie über die vorstehenden Publikationen Auskünfte und einen ausführlichen Teilprospekt von der Forschungs- und Publik[illegible]ung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, [illegible]lottenstr. 96

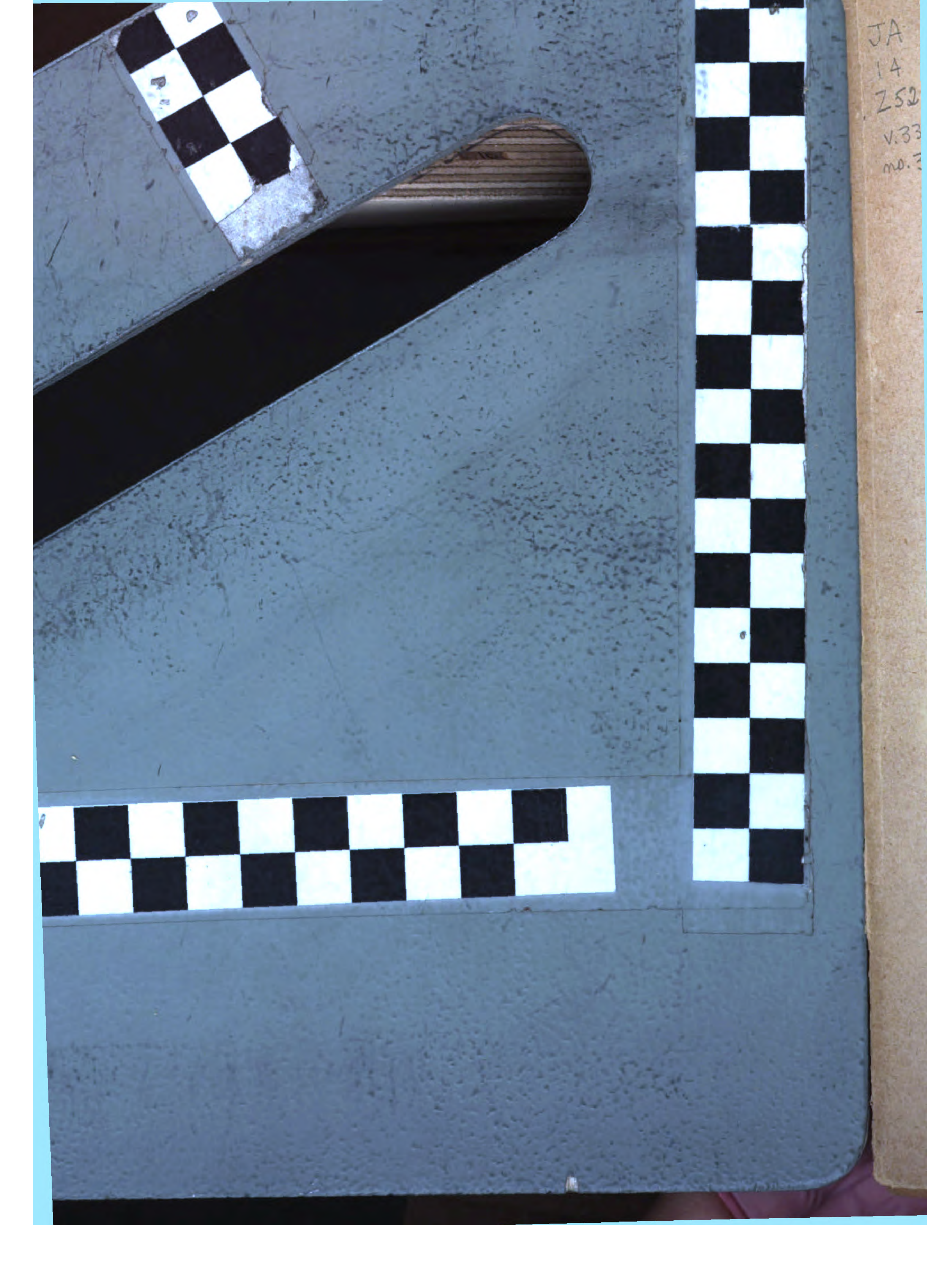











JA
14
Z52
v.33
no.3

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W 8

33. BAND HEFT 3 MÄRZ 1943

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Reg.-Rat a. D. Dr. Anton Reithinger, Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung der I.G. Farben, Berlin NW 7, Unter den Linden 78

Dipl.-Pol. Egon Vorauer, Berlin-Wilmersdorf, Schoelerpark 12a

Dr. Rudolf Levin, Berlin-Wilmersdorf, Emser Straße 13

Prof. Dr. Gerhard Pernitzsch, Leiter der Abteilung für Chinesische Sprachen und Landeskunde im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Franz Ronneberger, Wien I., Parlament

Dr. Hans-Joachim Beyer, Prag, Universität



ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom
DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und MinR.Prof.Dr.W.Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis für den Band 18,- RM,
Einzelheft 1,50 RM · Erscheint: Im Jahr ein Band zu 12 Heften

33. BAND | MÄRZ 1943 | HEFT 3

Die europäische Wirtschaftskraft bei planvoller Zusammenarbeit*)

Von Anton Reithinger

Das Weltbild des europäischen Menschen hat im Verlauf unserer Generation mehrere entscheidende Wandlungen durchgemacht — damit natürlich auch unsere Vorstellung von der geistigen und materiellen Bedeutung Europas in der Welt und der Zukunft des europäischen Schicksals in ihr.

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren zwei Drittel der bewohnten Erdoberfläche und ihrer Bevölkerung im unmittelbaren oder im Dominial- und Kolonialbesitz und der Rest in mehr oder minder großer wirtschaftlicher und finanzieller Abhängigkeit von Europa. Unter europäischer Führung war während des vorangegangenen Jahrhunderts die Weltagrarerzeugung verfünffacht, die Weltindustrieproduktion um schätzungsweise das Zwanzigfache und der Welthandel um mehr als das Fünfzigfache gesteigert worden. Die Folge dieser Entwicklung war eine beträchtliche Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes in Europa wie in der übrigen Welt, und man kann als Ergebnis dieser Entwicklung festhalten, daß das durchschnittliche Realeinkommen und die Lebenshaltung der euro-

*) Vortrag, gehalten am 13. November 1942 vor dem Ausländerkursus des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts über „Fragen der neuen Ordnung".

päischen Arbeiterschaft in dieser Periode um mehr als das Fünffache zugenommen haben. Unter Führung Großbritanniens sowie der großen Kontinentalmächte Frankreich, Deutschland, Österreich und Rußland bildete Europa um die Jahrhundertwende tatsächlich den geistigen und materiellen Mittelpunkt der Welt. Zu *Bismarcks* Zeiten sprach man vom „Konzert der europäischen Mächte" und meinte damit die Weltpolitik schlechthin. Das gleiche gilt für die Wirtschaft: Europas Wirtschaftspolitik war gleichbedeutend mit Weltwirtschaftspolitik.

Unter der Decke der materiellen Wohlstandsvermehrung fand jedoch in dieser Periode — und zwar mitbedingt durch Veränderungen des biologischen Spannungszustandes — eine ständig zunehmende Aufladung der nationalen und sozialen Spannungen der europäischen Völker statt, die zu zahlreichen äußeren und inneren Zusammenstößen führte und sich schließlich in der allgemeinen Explosion des ersten Weltkriegs 1914—1918 entlud. Dieser Krieg hat Europa nicht nur über 10 Millionen Tote und die astronomische Ziffer von fast 1000 Milliarden Reichsmark Kriegsschulden, sondern darüber hinaus den Totalverlust seiner bisherigen wirtschaftlichen und kulturellen Vormachtstellung in der Welt gekostet. Das Weltbild der Nachkriegsgeneration ist daher geistig und materiell ein völlig verändertes gegenüber dem Weltbild der Vorkriegsgeneration. Ein verarmtes, kleinräumiges und durch eine Vielzahl neuer Grenzen aufgesplittertes Europa steht von jetzt ab den während des Krieges zu voller Stärke herangewachsenen außereuropäischen Großräumen gegenüber — insbesondere Nordamerika und Ostasien — und gerät besonders wirtschaftlich in immer drückendere Abhängigkeit von diesen neuen politischen und wirtschaftlichen Kraftzentren. Ob Sie die über Europa hereinbrechende Flut amerikanischer Dollaranleihen oder den Siegeszug neuer technischer Produktionsmethoden aus Amerika oder billigster Massenartikel aus Japan oder den Import von amerikanischer Musik nehmen, es ist gleicherweise der Ausdruck der völlig veränderten Situation.

Lediglich Großbritannien konnte sich in dieser Periode durch weitgehende Loslösung vom kontinentaleuropäischen Schicksal und durch Konzentration auf sein Überseereich, d. h. dadurch, daß es selbst immer mehr zu einer außereuropäischen Macht wurde — dieser Entwicklung entziehen. Mit Großbritannien verlagerten auch bedeutende Randgebiete unseres Erdteils ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen nach Übersee. So war die wirtschaftliche und damit auch die politische und kulturelle Verflechtung der Skandinavischen Halbinsel mit Großbritannien und Amerika bis zum

Ausbruch dieses Krieges bedeutend enger als mit dem europäischen Kontinent; Holland und Belgien intensivierten ihre Wirtschaftsbeziehungen zu ihren asiatischen und afrikanischen Kolonialreichen, die Iberische Halbinsel zu Ibero-Amerika, und auch Griechenland stellte seine Existenz mehr auf die Handels- und Schiffahrtsbeziehungen mit Übersee ein als auf die Produktionskraft seines Staatsgebiets und den Verkehr mit den Nachbarländern. Diese Entwicklung griff sogar auf die alten Kerngebiete Europas über. Im Westen war die politische Idee des „französischen Reiches über See" unter Einbezug des afrikanischen Kolonialreichs im Vordringen, die wirtschaftlich mindestens zu einer starken Vernachlässigung der französischen Landwirtschaft geführt hat. Und auch im Osten bei den Randstaaten, bei Polen und selbst bei den südosteuropäischen Ländern war es nur eine Frage der Zeit, wann das Vordringen des russischen Einflusses die engen Verbindungen mit der europäischen Mitte lockern würde. Verdeckt durch den äußeren Anschein eines langsam wiederkehrenden Wohlstands, machte die politische und wirtschaftliche Desintegration unseres Erdteils unaufhaltsame Fortschritte. Europa, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch der politische und wirtschaftliche Mittelpunkt der Welt gewesen war, stand ernsthaft vor der Gefahr, in wenigen Jahrzehnten zu einem bloßen geographischen Begriff herabzusinken.

Es ist klar, daß in diesem Zustand zwischen zwei Weltkriegen die tatsächliche Wirtschaftskraft Europas nicht voll zur Entfaltung kommen konnte. Die statistisch feststellbaren Wirtschaftsfaktoren der Zeit vor dem Ausbruch dieses Krieges geben daher auch keinen Aufschluß darüber, wie groß diese Kräfte in Wirklichkeit sind oder sein könnten. Das gilt schon für die meßbaren Größenordnungen der Rohstoffvorkommen, der Agrarproduktion, der industriellen Erzeugungskapazitäten und des finanziellen Potentials, die je nach dem Entwicklungszustand und dem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis von Übersee in den einzelnen europäischen Ländern ganz verschieden sind. Um wieviel mehr trifft es zu für die organisatorischen Voraussetzungen, die völlig andere sind je nachdem, ob die wirtschaftlichen Kräfte in einem System kleinräumiger Abschließung und gegenseitigen Konkurrenzkampfes zersplittert und gehemmt sind, oder ob sie unter der Zielsetzung gemeinschaftlicher Zusammenarbeit planmäßig entwickelt und potenziert werden. Die tatsächliche Wirtschaftskraft Europas ist nicht nur von den effektiv vorhandenen materiellen Wirtschaftsfaktoren abhängig, sondern mindestens ebensosehr von dem Wirtschaftssystem und dem politischen Willen der europäischen Völker zur gegenseitigen Zusam-

menarbeit. Das Europa von gestern war eine politische und wirtschaftliche Realität allerersten Ranges, das Europa von heute ist noch vorwiegend eine militärische Tatsache und eine politische Idee. Wie groß die Wirtschaftskräfte des Europa von morgen sein werden, hängt von der Durchschlagskraft dieser Idee, der Organisationskunst und der politischen Einsicht ab, mit der sie in die Wirklichkeit übergeführt wird.

Ich mußte diesen Rückblick vorausschicken, um den grundsätzlichen Standpunkt darzulegen, von dem aus das Problem der Mobilisierung der europäischen Wirtschaftskraft anzusehen ist. Bei meinen weiteren Ausführungen muß ich mich der statistischen Größenordnungen der Vergangenheit bedienen. Aber man darf sie nicht wie Mathematiker als gleichbleibende Summen toter Einzelziffern betrachten, bei denen 2×2 immer $= 4$ ist, sondern muß sie wie Unternehmer als organisierbare lebendige Kräfte ansehen, bei denen je nach der Zweckmäßigkeit der Organisation und der Geschicklichkeit des Organisators $2 \times 2 = 6$ oder 8, aber auch $= 0$ sein kann. Das positive oder negative Ergebnis hängt dabei nicht nur vom richtigen wirtschaftlichen Einsatz ab, sondern ebensosehr von den politischen Voraussetzungen. Wie weitgespannt hier die Möglichkeiten sind, dafür möchte ich anschließend einige Beweise geben:

Unser europäischer Kontinent ohne den russischen Raum ist mit rund $4^1/_2$ Mill. qkm der kleinste von allen Großräumen der Erde und erreicht beispielsweise nur etwa den vierten Teil der Ausdehnung des riesigen nordamerikanischen Raums, den siebenten Teil des afrikanischen Erdteils und sogar nur knapp die Hälfte Australiens mit seinen kaum 10 Mill. Einwohnern. Aber er ist auch heute noch unbestritten das am dichtesten bevölkerte und wirtschaftlich am stärksten intensivierte Gebiet der Welt. Europa ist vor allem reich an Menschen, reicher als jeder andere Großraum der Erde. Was das bedeutet, wird uns gerade jetzt im Kriege wieder besonders klar vor Augen geführt. Mit einer Gesamtbevölkerung von rund 325 Mill. — einschließlich des besetzten russischen Raums von über 400 Mill. Menschen — steht es an der Spitze aller Großräume der Erde und übertrifft mit seinem Bevölkerungsreichtum sogar die großen asiatischen Sammelbecken der Menschheit, China und Indien — von Amerika, Afrika oder Australien gar nicht zu reden. Von dieser Gesamtbevölkerung von 400 Mill. Menschen sind schätzungsweise 275 Mill. im arbeitsfähigen Alter und etwa 50 bis 55 Mill. in der gewerblichen Produktion beschäftigt. Was diese Millionenmassen an materieller Wirtschaftskraft bedeuten, werden wir gleich

sehen. Sämtliche Ziffern beziehen sich nur auf den europäischen Kontinent unter Ausschluß der britischen Inseln.

Wie ich vorher schon sagte, verfügt Europa nicht über so riesige und wegen des Mangels an menschlicher Arbeitskraft weitgehend unausgenützte Großräume wie etwa Amerika, Afrika oder Australien. Dafür umfaßt es aber die agrarisch und industriell höchstentwickelten Gebiete der Erde. Der europäische Raum erzeugt auf einem Bruchteil der Landfläche, die beispielsweise dem nordamerikanischen Kontinent zur Verfügung steht, beträchtlich größere Mengen an allen wichtigen Nahrungsgrundstoffen, wie Getreide, Fleisch, Nahrungsfetten, Zucker und Kartoffeln, und zum Teil ein Mehrfaches an den hochwertigen agrarischen und viehwirtschaftlichen Veredlungsprodukten als der gesamte nordamerikanische Raum. Im Fünfjahresdurchschnitt betrugen die Ernten Kontinentaleuropas einschl. der besetzten russischen Gebiete gegenüber dem nordamerikanischen Kontinent bei Getreide 150 Mill. gegen 115 Mill. t, bei Fleisch $11^1/_2$ gegen 8 Mill. t, bei Nahrungsfetten 4 gegen $3^1/_2$ Mill. t, bei Zucker $7^1/_2$ Mill. gegen knapp 2 Mill. t und bei Kartoffeln sogar 157 gegen 12 Mill. t. Man kann dagegen einwenden, daß der nordamerikanische Großraum dafür auf anderen Gebieten der land- und forstwirtschaftlichen Produktion, wie bei Baumwolle, Holz oder Tabak, einen beträchtlichen Vorsprung vor der europäischen Produktion hat. Das ist richtig; dafür ist jedoch der europäische Kontinent in ebenso hohem Maße in der Produktion von anderen Textilfasern, wie Flachs, Hanf und Seide, bei Wein, Obst und Südfrüchten und allen hochwertigen Veredlungsprodukten der Land- und Gartenwirtschaft überlegen. Diese Tatsache kommt auch bei einem Vergleich der beiderseitigen Viehbestände klar zum Ausdruck. Der normale Viehbesatz des europäischen Festlandes einschl. der besetzten russischen Gebiete war bei Pferden mit 30 gegen 15 Mill., bei Rindvieh mit 155 gegen 77 Mill. und bei Schweinen mit rund 90 gegen 60 Mill. wesentlich größer als der des gesamten nordamerikanischen Kontinents und etwa ebenso groß wie der aller Großräume des angloamerikanischen Interessenbereichs — Vereinigte Staaten, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und das unbesetzte Rußland zusammengenommen.

Diese gewaltigen Produktions- und Bestandsziffern auf dem Agrarsektor zeigen, daß die landläufigen Vorstellungen, die von dem Glauben an die unerschöpflichen Raum- und Produktionsreserven der überseeischen Großmächte und der Kleinräumigkeit und Produktionsbegrenzung des europäischen Festlandes beeinflußt sind, schon vor diesem Kriege nicht den objektiven Tatsachen ent-

sprachen. Es sind die Vorstellungen einer Generation, deren Weltbild durch die Entwicklung der Zeit nach 1920 geprägt worden ist und die Europa als Ganzes — als eine wirtschaftliche Einheit — nicht mehr zu sehen gewohnt ist. Diese Vorstellungen sind insbesondere dann überholt, wenn wir den besetzten russischen Raum in unsere Betrachtungen mit einbeziehen, wie ich dies bei den eben genannten statistischen Größenordnungen getan habe.

Nun steht dieser großen Agrarproduktion Europas allerdings auch eine wesentlich größere Verbraucherschicht gegenüber als in den überseeischen Großräumen. Dies hat zur Folge, daß Europa trotz seiner hoch intensivierten Agrarwirtschaft einen Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln hat, während die außereuropäischen Großräume bei wesentlich geringerer Agrarerzeugung z. T. bedeutende Agrarüberschußgebiete sind. Europa ohne England hatte unter normalen Friedensverhältnissen einen Zuschußbedarf von $4^1/_2$ Mill. t Brotgetreide, rund $^3/_4$ Mill. t Nahrungsfetten, $^1/_2$ Mill. t Zucker und rund 10 Mill. t Futtergetreide und Kraftfuttermitteln. Die einzige wirkliche Lücke ist aber nur der Zuschußbedarf an pflanzlichen Fettstoffen und an Futtermitteln, deren Vorhandensein wiederum die Voraussetzung für eine ausreichende Versorgung mit tierischen Fettstoffen und viehwirtschaftlichen Produkten ist. Bei allen übrigen Nahrungsstoffen ist der Einfuhrbedarf im Verhältnis zur Erzeugung unbedeutend und übersteigt in der Regel nicht einige Prozent der Inlandsproduktion.

Die Vorkriegsziffern der Erzeugungs- und Verbrauchsstruktur auf dem Nahrungsmittelsektor geben jedoch nur Anhaltspunkte für die Beurteilung der tatsächlichen Erzeugungsmöglichkeiten unseres Erdteils, weil — wie ich bereits eingangs ausgeführt habe — zahlreiche europäische Länder infolge ihrer engen wirtschaftlichen Bindungen an ihre kolonialen Agrarüberschußgebiete oder wegen ihrer ungünstigen Konkurrenzlage zu den billigeren überseeischen Agrarerzeugern ihre potentiellen Produktionsmöglichkeiten nur in sehr begrenztem Umfange tatsächlich ausgenützt haben. Dies gilt besonders für Frankreich und den ganzen Osten und Südosten Europas. Von der gesamten europäischen Ackerfläche stehen nur etwa ein Fünftel in intensiver Bewirtschaftung mit einem Ernteertrag von 20 bis 30 dz Getreide je ha — das sind Deutschland und die kleinen nord- und westeuropäischen Länder —. Etwa die Hälfte aller europäischen Ackerflächen ist ungenügend und mit stark rückständigen agrartechnischen Methoden bewirtschaftet und erbringt trotz z. T. günstigen klimatischen Voraussetzungen nur einen Ertrag zwischen 10 und 15 dz je ha — das sind Frankreich und alle ost- und südost-

europäischen Länder. Ein weiteres Fünftel, in erster Linie die Länder der Iberischen Halbinsel, erreichen mit unter 10 dz je ha noch nicht einmal ein Drittel der durchschnittlichen Flächenerträge, die in den hochintensivierten Ländern Europas erzielt werden.

Man muß sich unseren europäischen Raum im ganzen gesehen überhaupt noch als einen vorwiegend agrarischen Raum vorstellen, mit einem verhältnismäßig schmalen großindustriellen Kern, breiten gewerblichen Mittelschichten und einem fast rein agrarischen Randgürtel, in dem von 400 Mill. Menschen über 200 Mill. von der Landwirtschaft leben bzw. in der Landwirtschaft erwerbstätig sind. In dem größten Teil dieses Agrargürtels, insbesondere im Osten und Südosten, aber auch im Westen und Südwesten, hat sich bis heute eine völlig veraltete Besitz- und Betriebsstruktur erhalten, deren Beseitigung die Voraussetzung für eine rationellere Bewirtschaftung wäre. In fast einem Drittel der europäischen Landflächen im Osten und Südosten ist noch nicht einmal der eiserne Pflug allgemein üblich, geschweige denn die landwirtschaftliche Maschine. Für über die Hälfte des europäischen Bodens ist die künstliche Düngung praktisch noch unbekannt. Während der Düngemittelaufwand in den hochintensivierten mittel- und nordwesteuropäischen Ländern — in Deutschland, Belgien und Holland — zwischen 50 und 100 kg je ha erreicht, beträgt er in West- und Südwesteuropa noch nicht einmal 10 bis 20 kg und sinkt im gesamten Osten und Südosten Europas unter 1 kg, d. h. praktisch auf Null, ab. Kaum ein Sechstel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Europas wird heute nach modernen, agrarwirtschaftlichen Methoden gedüngt und bewirtschaftet.

Man darf es der Phantasie überlassen, welche Ernten unser Erdteil erzielen könnte, wenn seine gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche nach den Erkenntnissen der modernen Agrarwirtschaft und Technik bewirtschaftet würde. Bestimmt wäre dann Europa nicht ein Zuschußgebiet, sondern eines der reichsten Überschußgebiete der Welt an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und brauchte — besonders unter Miteinbeziehung des besetzten südrussischen Raums — sich auch keinerlei Sorgen mehr über die Schließung seiner Fett- und Eiweißlücke zu machen. Das Problem ist in erster Linie, wie das Beispiel Dänemarks zeigt, ein landwirtschaftliches Erziehungs- und Bildungsproblem, in zweiter Linie ein soziales Problem der Lösung der ländlichen Übervölkerung im gesamten Osten und in engstem Zusammenhang damit in dritter Hinsicht ein politisch-organisatorisches, nämlich der entschlossenen Inangriffnahme der besonders im Südosten dringend notwendigen Flurbereinigung. Die mehr betriebswirtschaftlichen Probleme der Düngung, Maschinenverwendung

usw. schließen sich daran von selber an. Diese Aufgaben sind nicht von heute auf morgen und besonders nicht während des Krieges zu lösen. Aber sie werden im Laufe der nächsten Jahrzehnte in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit der einzelnen europäischen Länder in Angriff genommen werden müssen. Immerhin glaube ich, daß Ihnen die angeführten Größenordnungen ein Bild davon vermittelt haben, wie groß die tatsächliche Produktion Europas auf dem landwirtschaftlichen Sektor bereits heute ist und wieviel größer seine potentielle Produktionskraft bei planmäßiger Zusammenarbeit in Zukunft sein könnte.

Etwas anders gelagert sind die Verhältnisse bei den bergbaulichen und sonstigen Rohstoffvorkommen. Europa ist zwar keineswegs so rohstoffarm und überseeabhängig, wie man in der Periode des unbeschränkten weltwirtschaftlichen Güterverkehrs lange Zeit angenommen hatte. Die mit der hemmungslosen Entwicklung der europäischen Industriewirtschaft im vergangenen Jahrhundert Hand in Hand gegangene Erschließung der kolonialen Rohstoffquellen der ganzen Welt hat den größten Teil der europäischen Verarbeitungsindustrie von der Zufuhr außereuropäischer Rohstoffe abhängig gemacht. Diese Abhängigkeit war mindestens wirtschaftlich so lange unbedenklich, als die europäischen Industriestaaten unter englischer Führung die politische und finanzielle Kontrolle der Weltrohstoffquellen in der Hand behielten. Mit der zunehmenden Loslösung der überseeischen Rohstoffgebiete aus der europäischen Kontrolle und ihrer eigenen politischen Emanzipation und Industrialisierung unter nordamerikanischer oder japanischer Führung ist jedoch das Rohstoffproblem nicht nur für Europa, sondern in noch viel größerem Ausmaß für Großbritannien ein Problem allerersten Ranges geworden. Ich darf hier einmal für einen Augenblick die jetzige Kriegssituation überspringen und einen Blick in die Nachkriegszukunft wagen. Wie dieser Krieg auch enden mag, so wird Großbritannien sich auf dem Gebiet der industriellen Rohstoffversorgung — selbst wenn man eine stärkere Erschließung des afrikanischen Erdteils unterstellt — in einer viel drückenderen Abhängigkeit von Amerika oder von Japan oder von beiden zugleich befinden als Europa jemals in der Vorkriegszeit von England.

Das europäische Festland hat zunächst die Sicherheit, daß es mindestens in den Basisrohstoffen der modernen Technik, in Kohle, Eisen und Leichtmetallen, völlig unabhängig ist. Die Kohlevorräte Europas sind mit rund 500 Mrd. t, die Eisenvorkommen mit über 6 Mrd. t die zweitgrößten der Welt nach dem amerikanischen Kontinent. Die hochwertigen Bauxitvorkommen sind in einer Größen-

ordnung zwischen $^1/_2$ und 1 Mrd. t höher als bis vor kurzem die bekannten Vorkommen der übrigen Erde. Auch bei den Hauptgrundstoffen der Bauwirtschaft — Holz und Zement — und den wichtigsten Rohstoffen der Chemie — Steinsalz, Kali, Schwefelkiesen und Quecksilber — ist Europa Überschußproduzent. Unter Einbezug der besetzten russischen Gebiete kann es bei einer Anzahl weiterer wichtiger Rohstoffe, wie bei einigen Stahlveredlern, bei Zellstoff, Flachs und Hanf, Selbstversorger werden. Dagegen ist Europa ausgesprochen arm an Buntmetallen sowie an einigen Stahlveredlern, an Baumwolle, Wolle, Häuten, Mineralöl, Kautschuk und Phosphaten. Bei Mineralöl, Kautschuk, Textilfasern und Häuten kann der lebenswichtige Bedarf zwar durch zusätzliche synthetische Erzeugung sichergestellt werden. Trotzdem bleibt jedoch, gemessen an den Bedürfnissen einer normalen Friedenswirtschaft, besonders bei Mineralöl und Kautschuk eine starke Abhängigkeit von Übersee. Immerhin hat auch hier der Zwang des Krieges, der reine Rentabilitätsüberlegungen ausschaltet, dazu geführt, daß eine Reihe von früher brachliegenden Rohstoffvorkommen insbesondere in den europäischen Randgebieten — in Südosteuropa, Skandinavien und auf der Iberischen Halbinsel — erschlossen werden, die im ganzen gesehen eine nicht unbeträchtliche Stärkung der europäischen Wirtschaftskraft bedeuten und sich auch unter den veränderten Gesichtspunkten einer späteren Friedenswirtschaft erhalten werden. Man muß sich aber bewußt bleiben, daß auf dem Rohstoffgebiet die Möglichkeiten Europas begrenzt sind und daß unser Wirtschaftsraum hier einer stärkeren Ergänzung durch den Austausch mit den übrigen Großräumen der Erde bedarf.

Dagegen sind ähnlich wie auf dem landwirtschaftlichen Sektor auf dem Gebiet der gewerblichen und industriellen Produktion sowohl die vorhandenen Wirtschaftskräfte wie die möglichen Zukunftsaussichten besonders groß. In Europa stellen, auch wenn man die hochentwickelte Industrie Großbritanniens unberücksichtigt läßt, die in Bergbau und Industrie beschäftigten Personen mit rund 50 Millionen die Leistung der installierten Kraftmaschinen mit rund 75 Millionen PS und der industrielle Produktionswert von rund 125 Mrd. Mark — alles Friedensziffern der letzten Vorkriegsjahre — eine gewaltige effektive und noch mehr potentielle Produktionskraft dar. Der gesamte nordamerikanische Raum kommt — gleichfalls nach den letzten Friedensziffern — mit nur 20 Millionen in Bergbau und Industrie beschäftigten Personen noch nicht einmal auf die Hälfte der europäischen Ziffer und erreicht mit einem industriellen Produktionswert von gleichfalls etwa 125 Mrd. Mark un-

gefähr das gleiche Produktionsvolumen. Die Tatsache, daß Europa in den letzten Jahren vor Ausbruch dieses Krieges mit dem zweieinhalbfachen Einsatz von menschlicher Arbeitskraft nur etwa das gleiche Produktionsvolumen wie Nordamerika geleistet hat, ist nicht nur eine Folge der günstigeren Energie- und Rohstoffvoraussetzungen Amerikas, sondern in ebenso hohem Maße auch der Kleinräumigkeit und Zersplitterung der politischen und wirtschaftlichen Vorkriegsstruktur Europas. Es wäre eine müßige Spekulation, wenn man ausrechnen wollte, um wieviel das industrielle Produktionspotential Europas bei planmäßiger Abstimmung und Zusammenarbeit aller bisher durch Zollschranken und andere Wirtschaftshemmnisse voneinander abgeschlossenen und miteinander konkurrierenden Teilräume gesteigert werden könnte, weil es sich hier nicht nur um materielle Rechengrößen, sondern ebenso um organisatorische Voraussetzungen, nationalpolitische Imponderabilien und kulturelle Werte allerersten Ranges handelt, die man bei solchen Überlegungen keinesfalls außer acht lassen darf, wenn man praktische Ergebnisse erreichen will. Sicher aber ist, daß die politischen und organisatorischen Voraussetzungen erst geschaffen werden müssen, um auch im europäischen Wirtschaftsraum die Vorteile einer großräumigen Produktions- und Absatzwirtschaft zu erreichen, die in den überseeischen Großräumen eine Selbstverständlichkeit sind — es sei denn, Europa will freiwillig auf das materielle und geistige Erbe seiner bisherigen Entwicklung verzichten. In dieser Hinsicht ist die reiche europäische Geschichte allerdings ein großer Hemmschuh, den Kontinente ohne diese Vergangenheit, wie Amerika oder Australien, kaum kennen. Wir sehen heute zwar überall den Versuch, durch zwischenstaatliche Verhandlungen der Staatsregierungen sowie der Wirtschaftsorganisationen Methoden zu finden, um unter Wahrung der staatlichen und völkischen Besonderheiten die Voraussetzungen für eine großräumige Anpassung der einzelnen europäischen Volkswirtschaften zu schaffen. Aber naturgemäß müssen diese Versuche im Kriege auf die Bereinigung der dringendsten Notwendigkeiten beschränkt bleiben.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß seit dem Ende des letzten Weltkriegs eine starke wirtschaftliche Desintegration, insbesondere der an der Peripherie unseres Erdteils gelegenen Länder, eingetreten ist. Der Einbau dieser Gebiete in eine großräumige Europawirtschaft muß deshalb naturgemäß auf besondere Schwierigkeiten stoßen. Selbst eine Neuordnung unter dem Zwang des Krieges und der Blockade kann an diesen strukturellen Verschiedenheiten der einzelnen europäischen Teilräume

nicht vorübergehen, die sich nur allmählich und unter harten wirtschaftlichen Umstellungskrisen wieder ausgleichen lassen. Die raumwirtschaftliche Verflechtung Europas, die wir aus dem politischen und wirtschaftlichen System der Vergangenheit übernommen haben, war den Notwendigkeiten und dem Ziel einer eigenständigen europäischen Großraumwirtschaft genau entgegengesetzt. Die politischen und weltwirtschaftlichen Kräfte des Kapitalismus, der besonders seit dem Ende des letzten Weltkrieges von einem außereuropäischen Kraftzentrum aus auf unseren Kontinent einwirkte, haben eine zentrifugale Entwicklung der einzelnen Teilräume Europas, d. h. eine nach außen gerichtete Verflechtung seiner einzelnen Teilräume mit den Überseegebieten begünstigt. Die europäische Neuordnung muß umgekehrt eine zentripetale Entwicklung, d. h. also eine verstärkte Wirtschaftsverflechtung der europäischen Länder untereinander erstreben. Das bedeutet für die gesamte Wirtschaftspolitik im europäischen Großraum und für die Wirtschaftspolitik seiner einzelnen Teilräume etwas ganz Verschiedenes. Die besten Vorbedingungen für eine europäische Großraumwirtschaft bringen die zentraleuropäische Mitte und der südosteuropäische Raum mit, deren gesamte wirtschaftliche Tätigkeit bereits bisher am stärksten auf Europa eingestellt war. Ganz anders liegen die Verhältnisse im nordeuropäischen Raum, dessen Wirtschaftsverflechtung mit Großbritannien und Amerika vor dem Kriege wesentlich enger war als mit dem europäischen Festland. Nicht nur die Hälfte der Handelsumsätze der skandinavischen Länder konzentrierte sich auf England und Übersee, sondern aus dem Wirtschaftsverkehr mit diesen Räumen zog Nordeuropa auch finanziell die Aktivüberschüsse für die Deckung seiner Passivsalden im Handel mit dem europäischen Festland. Der Einbau Nordeuropas in einen einheitlichen europäischen Großwirtschaftsraum bringt daher für diesen Teilraum grundlegende Strukturveränderungen und eine Zeit krisenhafter Umstellungsschwierigkeiten mit sich. Noch komplizierter liegt die Situation für den westeuropäischen Teilraum, dessen außenwirtschaftliche Verflechtung bis zu diesem Krieg gleichfalls etwa zur Hälfte auf die außereuropäischen Kolonialräume abgestellt war. Da Westeuropa überdies im Handelsverkehr mit allen Ländern passiv war und die Deckung seiner Einfuhrüberschüsse aus den Einnahmen der in den überseeischen Kolonialräumen angelegten Kapitalien finanzierte, die heute zum großen Teil als verloren gelten müssen, so ist die Umstellung dieses Teilraumes auf eine kontinentale Europawirtschaft nach dem Fortfall der wichtigsten Grundlagen seines bisherigen Wirtschaftssystems besonders schwierig.

Es würde zu weit führen, auf diese Verhältnisse, die für jeden europäischen Teilraum auf produktionswirtschaftlichem wie auf finanziellem Gebiet verschieden liegen, im einzelnen einzugehen. Ich darf mich hier mit dem Hinweis begnügen, daß eine gesunde Neuordnung an diesen Verhältnissen selbstverständlich nicht vorübergehen kann und sie sowohl aus sachlichen wie aus politischen Gründen berücksichtigen muß. Immerhin dürften die wenigen Größenordnungen, die ich genannt habe, eindeutig zeigen, daß auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen wie der industriellen Produktion und — in einem allerdings enger begrenzten Rahmen auch der Rohstofferzeugung — die potentielle Wirtschaftskraft Europas und damit auch der soziale Wohlstand in einer großräumigen Zusammenarbeit wesentlich größer sein könnte als die im Rahmen der kleinräumigen Zersplitterung bisher tatsächlich erreichte. Was für das Gebiet der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion zutrifft, gilt selbstverständlich auch für das Gebiet des Außenhandels und der Finanzwirtschaft, die ja nur die Spiegelbilder der Produktions- und Verbrauchswirtschaft sind. Die Tatsache, daß der deutsche Außenhandel in der Kriegszeit allein innerhalb des europäischen Raumes heute größer ist als vor dem Kriege mit der ganzen Welt, ist der beste Beweis dafür.

Eines aber wollen wir klar aus den wenigen Größenordnungen, die ich hier angeführt habe, im Gedächtnis behalten. Der weitaus größte Reichtum Europas ist sein Menschenreichtum. Andere Erdteile mögen mehr fruchtbares Land und auch größere natürliche Rohstoffvorkommen besitzen, in Europa liegt als Erbgut der Leistungen von Jahrhunderten die biologische Kraft und der geistige Rohstoff einer unvorstellbaren Summe von Kenntnissen, technischen Arbeitserfahrungen und schöpferischer Energie, die, wenn sie nicht in kleinräumigen Konkurrenzkämpfen zersplittert, sondern in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit planmäßig weiterentwickelt werden, ausreichen, um die Sonderstellung Europas in der Welt auch für die Zukunft zu halten bzw. wiederzugewinnen, soweit sie im letzten Weltkrieg verlorengegangen ist. Die Intelligenz und Arbeitskraft von 400 Mill. europäischen Menschen sind unser wichtigster Rohstoff und unser stärkstes Wirtschaftspotential und die richtige Menschenökonomie daher unser weitaus bedeutendstes Wirtschaftsproblem. Da dieser Rohstoff „Mensch“ in Europa nicht in amorphen Massen vorkommt, sondern in jahrhundertealten nationalen Gemeinschaften gegliedert ist, ist vor allem die politische Führung dieser Gemeinschaften das Kardinalproblem des neuen Europa und der planmäßigen Entwicklung seiner potentiellen Wirt-

schaftskraft. Ich glaube, man wird mit mir einig sein, wenn ich mich zu der Auffassung bekenne, daß diese Entwicklung nicht durch Gewalt, sondern nur durch die Überzeugungskraft neuer Ideen erreicht werden kann. Die militärische Macht ist die notwendige Voraussetzung und der äußere Garant für eine ungestörte friedliche Weiterentwicklung; die Entwicklung selbst muß aber von innen heraus durch die lebendige Kraft der geistigen Idee vorwärtsgetrieben und endgültig gesichert werden. Ich persönlich bin überzeugt davon, daß diese Neuordnung dauerhaft nur auf der Grundlage aufgebaut werden kann, die sich im letzten Jahrhundert als die stärkste geschichtsbildende Kraft erwiesen hat, nämlich der völkischen Entfaltung an Stelle kapitalmäßiger Bindungen und finanzieller Abhängigkeiten. Sie könnte mit dem Ziel aufgebaut werden, das dem Grundgefühl unseres Jahrhunderts entspricht, nämlich der Übertragung des sozialen Gedankens aus dem internen Leben auf das künftige Zusammenleben der europäischen Völker. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Früchte einer so verstandenen großräumigen Zusammenarbeit letzten Endes dem gemeinsamen materiellen und kulturellen Wohlstand aller Völker in Europa zugute kommen werden.

Nord- und Südaserbeidschan

Bemerkungen zur politischen und völkischen Entwicklung

Von Egon Vorauer

Die ältesten schriftlichen Quellen zu der politischen und völkischen Entwicklung von Nord- und Südaserbeidschan gehen bis in das 8. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung zurück. Diese Berichte können uns aber keinen erschöpfenden Aufschluß über die Geschichte Aserbeidschans geben. Erstens lassen die Unvollständigkeit und Anonymität der überlieferten Quellen und dann auch die Art ihrer Entstehung eine systematische und chronologische Beschreibung der jeweiligen staatlichen und völkischen Zugehörigkeit des Landes nur in beschränktem Maße zu. Ein großer Teil der schriftlichen Überlieferungen stammt nämlich nicht von zünftigen Historikern und Geographen, sondern von Berichterstattern, die Land und Leute nur soweit schildern, als damit persönliche und staatliche Interessen ihrer Auftraggeber verbunden waren. In den Berichten an diese begnügten sie sich also beispielsweise, die günstigsten Handelswege, die Aufnahmefähigkeit von Verbrauchsgütern, die von

ihnen eingezogenen Steuern und allenfalls noch die gegenseitigen Beziehungen der Kleinstaaten und Landesteile untereinander mitzuteilen. Selbst von diesen Quellen sind uns aber nur Bruchstücke erhalten; ein großer Teil davon gelangte überhaupt nur in umgeschriebenen Kopien und Kompilationen an uns. Verstärkt wird diese Unvollständigkeit an historischem Material über Aserbeidschan noch durch die Vielsprachigkeit der vorhandenen Texte. Die assyrischen, chaldäischen und altiranischen Keilinschriften, deren Sprachen bisher noch nicht hinreichend erforscht sind, enthalten über Aserbeidschan noch sehr viele ungeklärte Stellen. Die Heranziehung der vorhandenen altgriechischen, römischen und byzantinischen Handschriften, zusammen mit den Überlieferungen der Texte in den noch lebenden Sprachen, wie die armenischen, georgischen und mohammedanischen Quellen in Urschrift, oder zumindest der Urtext, setzen unwahrscheinlich viel Sprachkenntnisse voraus, die selbst vom Philologen nicht beigebracht werden können.

Aus der Verwendung von Übersetzungen stellen sich aber zahlreiche Mißverständnisse ein, die das an sich schon unklare geschichtliche Bild noch mehr verdunkeln. Eine vollständige, ernstzunehmende Geschichte Aserbeidschans ist bisher noch nicht geschrieben worden, wenn auch namhafte deutsche, französische, englische, russische und andere Philologen, Historiker und Forschungsreisende Fragmente über einzelne Epochen veröffentlicht haben. Der größte Teil der neuen Aufzeichnungen wurde aber doch in arabisch, persisch und z. T. auch türkisch verfaßt. Sie waren einschließlich bis zum 19. Jahrhundert nur sehr schwer zugänglich und noch nicht übersetzt. Für die europäische Forschung hat die Kulturbewegung im modernen Türkentum des 19. und 20. Jahrhunderts hier die Tore weiter geöffnet.

Nord- und Südaserbeidschan bilden geographisch keine zwingende Einheit. Der *Norden* ist ähnlich gegliedert wie alle Alpenlandschaften Südkaukasiens, nur daß hier im Osten die Steppe schon überwiegt. Der Kamm und die Bergketten des Ostkaukasus, sowie die Ausläufer des Kleinen Kaukasus geben mit den Terrassen des Karabagh das orographische Gepräge ab. Die Flüsse Kura (Cyrus) und Aras (Araxes) wirken eher trennend als verbindend; letzterer bildet die heutige Staatsgrenze.

Der *Süden* gehört zum größten Teil bereits einem anderen Gebirgssystem an, da sich der kleinasiatische Taurus in den Faltengebirgen Irans fortsetzt. Nur das Elbursgebirge des heutigen Talysch könnte zum System des Kaukasus gezählt werden.

Klimatisch gehört Nord- und Südaserbeidschan dem strengkontinentalen Klimabereich an, ebenso vertritt es aber auch den Charakter von rauhem Steppenklima und subtropischem Klima (Lenkoran-Enseli).

Auch *politisch* ist Aserbeidschan in der Vergangenheit nur insofern eine Einheit, als der Nord- und Südteil zu verschiedenen Zeiträumen demselben

Staate untertan bzw. als Provinz eingegliedert war. Nach 1815[1]) gehörten diese beiden Gebiete nach wechselvollem Schicksal wieder zwei verschiedenen Staaten an: Nordaserbeidschan dem zaristischen Rußland bzw. seinem Nachfolger, der Sowjetunion und Südaserbeidschan Iran (bis 1935 Persien genannt).

Aserbeidschan hat in den letzten zweitausend Jahren bis zum Beginn des internationalen Ölkrieges kaum entscheidend in die große Politik Eurasiens eingegriffen und ist selbst nur vorübergehend Schauplatz schicksalhafter politischer Ereignisse gewesen. Wohl gab es aber als kaukasisches Glacis die Stätte erbitterter Abwehrkämpfe gegen die Einfälle vom Norden ab. Es scheinen sich auch schon frühzeitig entlang der Flußläufe Cyrus (Kura) und Araxes (Aras) bedeutende Handelswege vom Schwarzen zum Kaspischen Meer und von da seewärts weiter bis Indien gezogen zu haben. Zur Zeit der höchsten Machtausgreifung des Römischen Reiches führte eine bedeutende Römerstraße den Araxes entlang bis zum Kaspischen Meer[2]).

Erst die Erfindung des Verbrennungsmotors und das Auftreten Deterdings haben Aserbeidschan durch die Ölquellen und Öltrusts von Baku näher in das Blickfeld des allgemeinen Weltinteresses gestellt.

Staatlich selbständig und unabhängig war Aserbeidschan kaum zwei Jahre[3]), wenn man von dem ins Dunkel gehüllten alten Königreich Albania sowie der Herrschaft der Schirwan-Schahs im Norden und den ungeklärten staatlichen Verhältnissen von Atropatene im Süden absieht. Nie aber war Nord und Süd als unabhängiger Staat vereinigt.

Diese Faktoren der mangelnden Einheit haben jedoch nicht das völkische und zum größten Teil auch sprachliche Band, das Nord- und Südaserbeidschan heute verbindet, störend beeinflussen können.

Das mehr oder minder geschlossene aserbeidschanische Volkstumsgebiet bildet mit seinen politisch bedingten dialektischen Abstufungen gegen Süden die bestimmende Formkraft des neuzeitlichen Gesamtcharakters der Landschaft Aserbeidschan.

Hier knüpft sich die Frage nach stammhafter Herkunft und dem Zeitpunkt der Zuwanderung der heutigen Aserbeidschaner an.

Vergegenwärtigt man sich die politische Lage, wie sie sich vor dem nachweislich ersten Auftreten der Turkvölker und dem voranliegenden Jahrtausend im iranisch-kaukasischen Raum zeigte, so sieht man vor sich die gewaltige Schau der indogermanischen und indoarischen Völkerwanderung und Landnahme. Durch mächtige Wellen drangen die Indogermanen etwa seit dem dritten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung zunächst in das Mittelmeergebiet

---

[1]) Friede von Gulistan 12. Oktober 1813.

[2]) Vgl. J. Marquart, Skizzen zur historischen Topographie und Geschichte von Kaukasien.

[3]) Vom 28. Mai 1918 bis 27. April 1920.

ein: als Hellenen nach Griechenland, als Italiker nach Italien und als Iranier in den Nahen Orient. Ungefähr zur selben Zeit zogen auch die Indoarier über die Südukraine, dann sich gabelnd entweder durch das Uralsche Tor am Nordkaspisee vorbei oder über den Kaukasus, Aserbeidschan und den Iran in ihre neuen Wohnsitze am Indus, wobei sie zahlreiche Volkssplitter und Sippenverbände in diesen Ländern zurückließen. Das Iranische Hochland und Südaserbeidschan waren dabei aber nicht nur Aufnahmegebiet, sondern aus ihnen strömten später die Rückwanderer teils um die Südufer des Kaspisees über Kleinasien oder den Kaukasus, teils um den Aralsee zur Wolga. Die Pforten des Kaukasus — „Alanentor" (Dariel-Paß)[4]) und die Kaspischen Tore von Derbend und Beschparmak — sowie die Glacisländer im Süden — Georgien, Armenien und Aserbeidschan — waren also die großen Durchzugsstraßen hinüber und herüber. Vielleicht ist das mit ein Grund, warum gerade hier im Südosten des kaukasischen Isthmus kein selbständiges Staatswesen dauernd Fuß fassen konnte und Aserbeidschan wenig bleibenden Anteil an der kulturellen Blüte der antiken Großreiche hatte.

Aus unserer heutigen wissenschaftlich fundierten Schau kann diese gewaltige indogermanische Landnahme „weder als eine schmarotzerhafte Ausbeute durch einen einzelnen, noch als regellos zerflatternder Reiterausfall von Nomaden" betrachtet werden[5]). Nordisches Menschentum ist hier als ordnende und kulturschaffende Macht in Erscheinung getreten[6]).

Um 900 vor unserer Zeitrechnung lassen sich in Südaserbeidschan und im Gebiet des Urmiasees die ersten Perser nordisch-iranischer Herkunft nachweisen[7]). Sie rückten dann von hier aus weiter nach Süden und Südosten vor, „einer medischen Völkerwelle nordischer Herkunft folgend[8])".

Aus den assyrischen und chaldäischen Schriftdenkmälern erfahren wir eine Reihe von geschichtlichen Bruchstücken, die auch auf Aserbeidschan Bezug nehmen. Um dieselbe Zeit nämlich, als die Einfälle der Kimmerier und Skythen den ganzen Vorderen Orient erschütterten, tauchte auch zum erstenmal urkundlich belegt zwischen 717/710 vor unserer Zeitrechnung ein iranischer Name in den politischen Beziehungen zwischen dem Königreich Assur der Assyrer und dem Kleinkönigreich Urartu (Ararat) der Chaldäer, welches sich vollständig an die südlichen Teile Aserbeidschans anschmiegte, auf: *Bagadatti*, der Beherrscher des altarmenischen Gebirgslandes Mildisch. Seine Konspirationen mit den Heerführern des angrenzenden Mediens (Südaserbeidschan) brachten auch dieses in den Gegensatz zu Assyrien. Südaserbeidschan wurde damit Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen. Der neue Ansturm der Kimmerier und 637 vor unserer Zeitrechnung auch der Skythen, der sich über die süd-

[4]) Kreuzpaß.
[5]) Vgl. W. Wüst, Indogermanisches Bekenntnis.
[6]) Nähere Ausführungen darüber muß ich mir in diesem Rahmen ersparen.
[7]) Vgl. Herodot VII, 62 und H. F. K. Günther, Rassenkunde Europas.
[8]) Vgl. Günther, daselbst.

kaukasischen Glacisländer und das Königreich Urartu hinweg vorläufig noch an den Grenzen des mächtigen Assyrierreiches brach, brachte eine weitere scharfe Beobachtung der Vorgänge im Norden mit sich, und so finden wir auch in dieser Zeit in assyrischen Schriften Nachrichten, die sich auf Aserbeidschan beziehen.

Während die Kimmerier durch das Alanentor, das Tal des Aragwi (in Georgien) und der Kuraebene gezogen waren, kamen die Skythen über Derbend. Sie sollen sogar in der Ebene zwischen Kura und Araxes einen Staat gegründet haben[9]). Jedenfalls erhielten sie ständig Zuzug aus dem Norden, verwüsteten 28 Jahre hindurch ganz Vorderasien[10]) und zogen sogar gegen Ägypten. Aserbeidschan hielten sie sicherlich viel länger in ihrem Besitz, und besonders werden sie nach ihrem endgültigen Rückzug Reste ihres Volkes zurückgelassen haben, wie überhaupt Nordaserbeidschan auch Auffangbecken zahlreicher Flüchtlinge aus den angrenzenden Ländern war.

Im 7. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung drangen weitere iranische Elemente in Südaserbeidschan ein. Dieser Prozeß nahm ebenso wie die Einwanderung der Kurden nach Norden um dieselbe Zeit mehrere Jahrhunderte in Anspruch.

Politisch handelnd traten die Iranier erst unter der Führung der Meder und Perser für uns sichtbar in Erscheinung. Im Mederreich wurde Südaserbeidschan bis zum Araxes zum erstenmal in ein staatliches Großraumgebilde unter nordischer Führung einbezogen.

Aserbeidschan im Verbande des Medisch-Persischen Großreiches

Die assyrischen und iranischen Keilinschriften sagen äußerst wenig über die Entstehung des medischen Großreiches aus; es ist nur überliefert, daß „Meder und Sagartier einen Kyaxares für den Ahnherrn ihres königlichen Hauses (Hystaspiden) hielten[11])".

Die Meder mußten sich ihr Großreich Schritt für Schritt erkämpfen und hatten besonders gegen die Skythen einen sehr schweren Stand. Wie so oft in der Geschichte, standen sich auch hier Gleichrassige mit scheinbar erschütternder Notwendigkeit gegenüber, so wie im Dämmer der Frühgeschichte die vedischen Indoarier gegen die Iranier und später Perser gegen die Griechen und Parther gegen die Römer.

Die Kämpfe entbrannten am heftigsten im Stammland Medien, welches damals noch ungeteilt von den Provinzen Persis und Susiana im Süden bis zum Araxes im Norden reichte und Kadusien wahrscheinlich einschloß[12]). Der end-

---

[9]) Vgl. J. Prašek, Geschichte der Meder und Perser.
[10]) Herodot I, 103.
[11]) Vgl. Prašek, dasselbe.
[12]) Vgl. Herodot III, 97.

gültige Sieg *Kyaxares* verwandelte Medien in eine arische Großmacht, deren Ruf sogar fern bis zu den Griechen drang[13]).

Damit wird eine politische Entwicklung eingeleitet, die später durch den ersten Großkönig der Perser, dem Achämeniden *Kyros II.*, vollendet wurde: die Ausdehnung der arischen Macht zur alleinigen Nachfolgerin der asiatischen Universalmonarchie. Die enge Stammes- und Sprachverwandtschaft der Meder und Perser hat im Abendland dazu beigetragen, daß die folgende Herrschaft der Perser lediglich als Personenwechsel betrachtet wurde und noch 100 Jahre später bezeichneten die Griechen das Reich der Achämeniden als das Reich der Meder[14]).

Kyros I., der Vorfahre *Kyros II. des Großen* (559—529 vor unserer Zeitrechnung), saß um 640 noch in Nordmedien südöstlich des Urmiasees — d. i. nach unserer heutigen Begriffsbestimmung Südaserbeidschan — und erst der spätere Machtaufstieg der Achämeniden ging von der Provinz Persis aus.

Der Antritt des medischen Erbes durch die Perserkönige lenkte zwangsläufig die Machtpolitik auf die Eroberung Vorderasiens, das später mit weit geringerem Erfolg die jeweiligen Beherrscher Irans wiederholten: die Arsaciden, die Sassaniden, die Bujiden, die Seldschuken, die Ilchane, Timur und schließlich für kurze Fristen (1508/34 und 1623/38) die Sefeviden. Gleichzeitig begann aber Kyros II. eine Sicherheitspolitik gegen einen drohenden Flankenstoß vom Norden, die mit der Eroberung der südkaukasischen Glacisländer eingeleitet wurde. Auch dies blieb nun bis auf unsere Gegenwart die traditionelle Politik der Herrscher Irans. Erst durch das Erstarken des Osmanischen Reiches im Westen und des Zaristischen im Norden mußte diese Tradition der Gewalt weichen.

Mit dem Überschreiten des Araxes und des Cyrus wurde auch das heutige Nordaserbeidschan dem Machtbereich der nordischen Perserherrschaft einverleibt (vgl. Tafel 1).

Den eroberten Provinzen und Staaten gewährte Kyros II. ein gewisses Maß an Selbständigkeit, und in Aserbeidschan (Medien) stützte er seine Herrscherrechte geschickt auf seine Ehe mit der königlichen Tochter *Amytis*.

Unter Kyros II. dem Großen begann im 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung gleichzeitig eine mächtige geistige und religiöse Bewegung in Iran, an der auch die Außenprovinz Aserbeidschan einigen Anteil hatte. Ja es scheint fast, als ob die Gegend „Airyana vaeja" der Avesta, in der Zarathustra zum erstenmal predigend aufgetreten ist, Südaserbeidschan sei[15]). In dem geographisch-ethno-

---

[13]) Aechilos 765.
[14]) Vgl. Strabo XI, Herodot III usf.
[15]) Vgl. F. Spiegel, Eran, das Land zwischen Indus und Tigris.

graphischen Lexikon „Ethik“ des *Stephanos von Byzanz*[16]) wird z. B. die Ansicht vertreten, daß das „Airyana vaeja“ noch weiter im Norden, neben Kadusien, zu suchen sei und dieselbe Landschaft bezeichne, die später Arran[17]) genannt wurde. Es verdient allerdings Beachtung, daß in diesen Gebieten der iranische Mazdaiglaube — d. i. der Glaube an Gott Ahura Mazda und seinen altiranischen Propheten Spitma Zarathustra — von altersher einen festen Halt besaß. Besonders aber tritt die Bedeutung Aserbeidschans (Mediens) für den Feuerkultus hervor[18]), wie denn auch der bekannte Arabische Schriftsteller *Tabari* (gestorben 923 unserer Zeitrechnung) uns die Notiz hinterlassen hat[19]), daß der Feuerkultus in Atropatene (Nordmedien) — d. i. Südaserbeidschan — seinen Ursprung hatte und in dieser Provinz auch die meisten Feuertempel zu finden seien[20]). Die Verehrung des Feuers lag der alten iranischen Religion sehr am Herzen, und dies hat dann eher zu- als abgenommen[21]).

In Baku besteht heute noch im Vorort Surachany ein altes Feuerheiligtum[22]). In Indien ist bei den heutigen Mazdaianhängern (Parsen) noch die Überlieferung im Gedächtnis, daß sich an abgelegenen Felswänden des Kleinen und Großen Kaukasus Inschriften und bildliche Darstellungen erhalten hätten, die auf das Wirken Zarathustras in Aserbeidschan Bezug nehmen[23]).

Unter dem späteren *Dareios I.* dem Großen (522—486 vor unserer Zeitrechnung), der zweiten bedeutenden arischen Führerpersönlichkeit Großpersiens, nimmt der Mazdaiismus staatlichen Charakter an. Er ist das „arische Gesetz“, nach dem der Perser leben und handeln soll. Kein Volk des alten Orients hat soviel bäuerliche Gesinnung gezeigt wie das persische. Mit Kyros dem Großen und Dareios dem Großen — der sich selbst einen „Perser, Sohn eines Persers, einen Arier, von arischem Samen“, nannte[24]) — tritt uns noch klar sichtbar indogermanisches Erbe entgegen[25]).

---

[16]) Seine Lebzeit wird zwischen dem 3. u. 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung angenommen.

[17]) Arran ist im Mittelalter das Land zwischen Araxes und Kura bis Tiflis.

[18]) F. Spiegel, Eran .... w. o.

[19]) Nach Abu Aly Muhammed el Balamys persischer Übersetzung.

[20]) Vgl. K. Erdmann, Das iranische Feuerheiligtum.

[21]) Vgl. F. Spiegel, Eranische Altertumskunde III.

[22]) Vgl. „Festschrift der Firma Nobel in Baku zum 25jährigen Jubiläum 1904“ — K. Erdmann w. o. hält dagegen den Feuertempel für ein neueres Bauwerk aus dem 17. oder 18. Jahrhundert.

[23]) Vgl. Wesendonk, Das Weltbild der Iraner.

[24]) Vgl. Wüst, w. o. — NRa. § 2.

[25]) Ausführliche Erläuterungen und Belege lassen sich in diesem Rahmen nicht bringen.

Dareios entfaltete in den Nordprovinzen des Reiches, insbesondere in Aserbeidschan, dieselbe zielbewußte Energie wie in allen übrigen Ländern. Zur inneren Sicherung des Reiches schlug er aber einen anderen Weg als Kyros ein. Die Nachkommen der arischen Persuäer wurden zum Herrenvolk erhoben, mit ihnen zahlreiche Schlüsselstellungen im Staate besetzt und zu einer strengen Oligarchie zusammengefaßt. Durch königliche Schenkung wurden sie in den Provinzen des Reiches mit Grundbesitz ausgestattet und ebenso wie die iranischen Fürsten an das königliche Haus gekettet. Am Hofe der Satrapen spielten nun die Perser eine wichtige Rolle, während die besiegten Stämme und Völker in den Hintergrund traten. So kam es, daß bald in allen Satrapien des Reiches Fürsten iranischen oder halb-iranischen Ursprungs über eine fremde Urbevölkerung herrschten. Auch in den südkaukasischen Gebieten machte sich diese Politik bemerkbar: die Herrscher und die Oberschicht waren persischen Stammes[26]), und diese „iranische Erbfolge" riß erst mit dem Einbruch des Islams ab[27]).

Aber der staatsmännische Blick Dareios hatte gleichzeitig klar erkannt, daß den unterworfenen Völkern eine gerechte Behandlung zuteil werden und sie in ihrer Eigenart geschützt werden mußten. Dies ist auch der Grund zu der großen Verwaltungsreform. Zwar bestand schon unter Kyros eine lose Reichseinteilung in 23 Satrapien (Gaue), aber die neue 20teilige des Dareios ging weniger von historischen und völkischen als von praktisch-politischen Erwägungen aus.

Die nördlichen Teile Nordaserbeidschans dürften mit Kadusien zur XI. Satrapie gehört haben, während das übrige Nordaserbeidschan zur XVIII. gehörte. Südaserbeidschan dagegen zählte als ein Teil Mediens zur X. Satrapie.

Die beiden großen Herrschergestalten Kyros und Dareios hoben sich über ihre Zeit hinweg, die Zeit, in der das alte geistige Erbe schon eine starke Fremdüberlagerung erlitt. Hier ist auch die Antwort auf die Frage zu suchen, wieso Glanz und Blüte dieses weltanschaulich scheinbar so homogenen Großreiches nur knapp 200 Jahre dauerte. Die geistesgeschichtlichen Ursachen sind bereits in Medien gegen Ausgang des 8. Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung erkennbar, wo beispielsweise der arische Dejokes nach orientalischer Sitte „nur noch durch Boten mit seinen Untertanen verkehrte". Kyros erhielt nach seinem Einzug in Babylon von der dortigen Priesterschaft des Gottes Marduk den altorientalischen Titel „König des Alls", „König der vier Weltgegenden[28])", ein Titel, der seit über 1000 Jahren (Hammurabi 1792—1750 vor unserer Zeit-

---

[26]) M. von Tseretheli hält nur die Herrscher, nicht aber die Oberschicht für zumindest iranisch. — Vgl. auch denselben, „Rassen- und Kulturprobleme des Kaukasus".

[27]) Über die Abstammung der Schirwan-Schahs haben wir wenig Unterlagen.

[28]) Vgl. H. Weißenbach, Die Keilinschriften der Achämeniden.

rechnung) nicht mehr vergeben wurde. Er selbst mied allerdings diesen Titel, aber die Fremdüberlagerung lief doch daneben einher und verschlang sich mit der altpersischen Tradition, und man ist geneigt, bei Dareios bereits die Frage zu stellen, ob denn nicht schon im neuen Reichsaufbau sich der Übergang vom arischen Königtum zur orientalischen Despotie vollzog[29]). Xerxes (485—465) und seine Nachfolger wurden davon zu Boden gedrückt und der unverfälschte indogermanische Geist endgültig zu Fall gebracht.

Mit dem Untergang der achämenidischen Dynastie (330 vor unserer Zeitrechnung) brach die moralische Kraft Irans unter der Flut von Genußsucht und verweichlichtem Schmarotzertum zusammen. Zwar erstand später unter den Sassaniden (226 bis etwa 643 unserer Zeitrechnung) noch einmal Persien und seine Provinzen im neuen Glanz, aber es war bereits der Prunk einer orientalischen Despotie, in denen die Träger nur dem Blute nach iranisch waren. Damit war auch der weltgeschichtlich entscheidende Übergang aufgebrochen und die ererbte Eigenart preisgegeben, etwa so, wie es ungefähr ein Jahrtausend später die türkischen Sultane und dann die Mongolenchane machten. Geistesgeschichtlich ist dies jedoch ein Prozeß, der den gesamten iranisch-kaukasischen Raum — jahrhundertelang ein Raum arischer Gestaltung und arischen Kulturgepräges — zur Islamisierung reifen ließ. Gleichzeitig kam es in der weiteren Folge zur Rassenmischung und damit auch zur Entfremdung mit den angestammten Sitten. Die nicht zu vermeidende Vergeudung altadeligen iranischen Blutes im fernen Reichsdienst, die immer stärkere Abkehr von den bäuerlichen Grundlagen[30]) und die unaufhörlichen blutigen Kriege brachten es so weit, daß mit dem Siegesmarsch des Islams die nachstoßenden Turkvölker in ihrem sieghaften und unverbildeten Ungestüm kaum ernsthaften Widerstand bei den ermatteten Völkern fanden.

Und wieder mit dem Blick auf Aserbeidschan verfehlte diese innere Entwicklung des Medisch-Persischen Großreiches nicht seine Wirkung auf die Außenprovinzen. Da die politische und vor allem die geistige Ausrichtung dieser Länder mehr oder minder in den völkischen und dynastischen Bindungen zum Herrscherhause ruhten, so leitete das Janusgesicht von Susa und Persepolis[31]) draußen die allgemeine Verwirrung um so nachhaltiger ein. Wohl war Aserbeidschan mit am weitesten der unmittelbaren Einwirkung der Reichspolitik entzogen und wurde von dem orientalischen Hauch nicht sofort berührt, aber dann, als die Wendung vollzogen war, ging es um so energischer seinen eigenen Weg, und der konnte hier in diesem

[29]) Vgl. H. H. Schaeder, Das Persische Weltreich.
[30]) U. a. auch die zunehmende Verstädterung.
[31]) Die politische bzw. religiöse Hauptstadt des Perserreiches.


SKYTHEN
Dnjepr
Bug
Dnjestr
KGR. SKYTHIEN
Don
ASOW MEER
SKYTHEN
Wolga
Ural
Emba
BALKASCH SEE
Donau
KRIM
KAUKASUS
SCHWARZES MEER
BOSPORUS
KASPISCHES MEER
ARAL SEE
DAHER
Syrdarja
FERGHANA
CHORASMIEN
THRAKIEN
LYDIEN
PHRYGIEN
KAPPADOKIEN
KARIEN
LYKIEN
KILIKIEN
URARTU
ARMENIEN
ATROPATENE
KADUSIEN
Amudarja
SOGDIANA
SAKEN
HYRKANIEN
MARCIANA
PARTHIEN
BAKTRIEN
KRETA
ZYPERN
MITTELLÄNDISCHES MEER
PHÖNIKIEN
SYRIEN
PALÄSTINA
ASSYRIEN
Euphrat
Tigris
MEDIEN
SALZWÜSTE
IRAN
AREIA
Helmend
SUSIANA
ELAM
PERSIS
KARMANIEN
DRANGIANA
ARACHOSIEN
BABYLONIEN
ÄGYPTEN
ROTES MEER
ARABIEN
PERSISCHER GOLF
SALZWÜSTE
GEDROSIEN
JNDIEN
ARABISCHES MEER

politischen Wetterwinkel nur die Loslösung von den ursprünglichen Bindungen bedeuten.

Selbständigkeitsbestrebungen in Nord- und Südaserbeidschan

Seit dem Zusammenbruch des Achämenidenreiches stützt sich unser historisches Wissen um die politische und völkische Gestaltung Aserbeidschans bis zum Einbruch der islamitischen Geistesrevolution abwechselnd fast nur auf die eingangs erwähnten griechischen, römischen und byzantinischen Quellen.

Die Griechen erhielten die ersten Nachrichten von Aserbeidschan mit der Eröffnung der Handelswege nach ihren Schwarzmeerkolonien am Phasis (Rion), am Cyrus (Kura) und am Araxes (Aras) bis zum Kaspischen Meer. Später drangen die Griechen vom kleinasiatischen Ufer ihrer Mittelmeerkolonien tiefer in das Innere Irans ein. Sie folgten auch hier den alten Handelswegen und gründeten an diesen ihre Niederlassungen. Südkaukasien blieb allerdings noch außerhalb ihres Gesichtskreises, und die spärlichen Nachrichten über die sich dort befindlichen Länder bezogen sie immer noch aus zweiter Hand. Die Kolonisten selbst hatten zu Literatur und Wissenschaft keine Beziehungen, und so kann es auch nicht verwundern, daß bis zum 4. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung keine Augenzeugenberichte aus diesem Raum von griechischer Seite vorlagen. Anschließend an den Feldzug *Alexanders* d. Gr. aber begann eine Massenbewegung der Griechen nach Osten. Mit der Gründung des Griechisch-Mazedonischen Reiches auf iranischem Boden, der damit folgenden allgemeinen Verbreitung der griechischen Sprache und dem Einzug von Handel und hellenischer Kultur begann auch bald die Förderung der wissenschaftlichen Kenntnisse über den Osten. So wurden auch die Randgebiete, wie Aserbeidschan, in ihre geographischen und ethnographischen Beschreibungen einbezogen. Darin liegt in erster Linie die Bedeutung der griechischen und später der römischen und byzantinischen Quellen für Aserbeidschan, das selbst keine eigene Literatur hinterließ.

Die einzelnen Phasen der politischen Entwicklung Nord- und Südaserbeidschans sind nach diesem und dem überhaupt bis heute vorliegenden Quellenmaterial gerade in der nun folgenden Periode sehr ungenau zu verfolgen. Es kann aber als sicher angenommen werden, daß unter dem letzten Achämeniden Nordmedien — d. i. also Südaserbeidschan — unter der Führung Atropates sich der schwindenden Reichsgewalt geschickt entzog und selbständig wurde. Jedenfalls war Medien zu Beginn der Herrschaft des Griechisch-Mazedonischen Reiches um 330 vor unserer Zeitrechnung in zwei

Teile geschieden, und zwar in ein Großmedien mit der Hauptstadt Ekbatana (heute Hamadan), dem ehemaligen Königssitz des Medisch-Persischen Reiches, und in das atropatenische Medien, oder einfach Atropatene, mit dem Wintersitz Gandschak[32]). Der Name der Sommerresidenz ist in den Quellen ausgefallen[33]).

Die Grenzen von Atropatene — das unserem heutigen Südaserbeidschan entspricht — haben im Laufe der Zeit naturgemäß mehrfach geschwankt. Die größte Ausdehnung hatte es zur Zeit seines mächtigen Fürsten und Königs *Artabazanes*[34]) um 220 vor unserer Zeitrechnung, der Großmedien, Atropatene, Nord- und Ostarmenien und das ganze Schwarzmeergebiet um den Phasis (Rion) innehatte[35]). Lange Zeit hindurch scheint auch Kadusien (z. T. das heutige Talysch) im Osten und Sakasene (in der Kuraebene) im Norden und vor dem Jahre 94 vor unserer Zeitrechnung — dem wahrscheinlichen Beginn des albanischen Königtums — auch Albanien (Albania) im Nordosten untertan gewesen zu sein.

Atropates, der erste Herrscher des vom Gesamtreich losgelösten Atropatene, wurde von Alexander dem Großen in seiner Herrschaft belassen, da dieser mit der Unterwerfung Irans noch zu sehr beschäftigt war[36]). Im übrigen war das Verhalten Alexanders gegenüber den Satrapen fein berechnend. Wo kein Widerstand geleistet wurde, bestätigte er die Satrapen medischer und persischer Abstammung. Großmedien fiel so ohne Schwertstreich. Die persischen Einrichtungen blieben insgesamt unberührt, und bald war das gesamte Erbe der Achämeniden durch das diplomatische Geschick Alexanders und seine kriegerische Gewalt mit dem Griechisch-Mazedonischen Reich vereinigt. Perser und Meder, sogar Prinzen des alten königlichen Hauses wurden in seine Umgebung gezogen; er selbst vermählte sich mit einer Tochter Dareios. Auch Atropatene war in seinem Gefolge vertreten. Atropates hatte es durch kluge und zurückhaltende Politik verstanden, an Alexander eine Stütze seiner Selbständigkeit zu finden. Er kam der Politik des Mazedoniers, die eine Zusammenfassung und Verschmelzung Irans und Mazedoniens zum Ziel hatte, dadurch entgegen, daß er eine große Anzahl von Töchtern

---

[32]) Armenisch Ganzak. Nicht zu verwechseln mit dem Gandscha (Kirowobad) in Nord-Aserbeidschan. Vgl. Hübschmann: Arm. Gram. 33. Gandschak dagegen befand sich in der Nähe des heutigen Takht-i-Suleiman.

[33]) Vgl. Strabo XI, 13, 3; ferner Marquart: Eranschah nach der Geographie des Moses Xoranaci. — In arabischer Zeit war es Ardebil.

[34]) Abstammungsmäßig scheint A. kein Meder gewesen zu sein. — Vgl. dazu A. Gutschmid, Geschichte Irans.

[35]) Vgl. Polybios V, 55 und Gutschmid w. o.

[36]) Vgl. Morgan, Mission scientifique au Caucase.

seines Landes für die befohlenen 10000 Ehen[36a]) zwischen mazedonischen Soldaten und medischen und persischen Frauen zur Verfügung stellte. Auch während der nach dem Tode Alexanders d. Gr. im Jahre 323 vor unserer Zeitrechnung beginnenden Kämpfe der Satrapen mit dem eingesetzten Reichsverweser um Macht und Unabhängigkeit bewahrte Atropatene seine Stellung. Selbst der aus dem Kampfe um das Erbe Alexanders im Jahre 316 vor unserer Zeitrechnung siegreich hervorgegangene Satrap Großphrygiens, *Antigonos*, ließ Atropatene unangetastet. In den weiteren Diadochenkämpfen wurde er getötet[37]) und das Reich geteilt. Der ehemalige Satrap von Babylon, *Seleukos*, erhielt den früheren achämenidischen Teil zugesprochen, während der Rest des Griechisch-Mazedonischen Reiches aufgeteilt wurde[38]).

Die politsche Lage von Atropatene wurde von dieser neuen Entwicklung nur insofern berührt, als es unter die Botmäßigkeit der Seleuciden kam und sich bald Nachkommen des Herrscherhauses mit diesen verschwägerten[39]). Daher blieb das Verhältnis zu den Seluiciden lange Zeit freundschaftlich. Erst die allzu offenen Selbständigkeitsgelüste und die Konspiration des mächtigen Fürsten *Artobazanes*, der sich inzwischen auch mit dem atropatenischen Herrscherhaus verschwägert hatte[40]), unterbrachen um 220 vor unserer Zeitrechnung die guten Beziehungen. König Artabazanes, der bereits über ein riesiges Gebiet herrschte, trieb *Molon*, den Statthalter Großmediens, zu einem Aufstand gegen die Oberhoheit der Seleuciden mit dem Ziel der Vereinigung Großmediens mit seinem Königreich. Obgleich der Seleucide Antiochus der Große (223 bis 187) um diese Zeit schon schwer mit dem 248 abgefallenen Fürstenhaus der Arsaciden (Parther) zu kämpfen hatte, traf er sofort scharfe Gegenmaßnahmen[41]), tötete Molon und übernahm später (215) selbst vorübergehend die unmittelbare Führung in diesen Gebieten. In der folgenden Zeit hatten die Seleuciden heftige Kämpfe mit den vom Osten bereits bis Großmedien vorgerückten Parther um die Vorherrschaft zu bestehen.

Im 2. und insbesondere im 1. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung entwickelte sich unterdessen im Westen Rom zum Weltreich. Sein Einfluß griff hinüber nach Vorderasien und in die Macht-

---

[36a]) Vgl. Gehl, Geschichte der Antike.
[37]) Schlacht bei Ipsos 301 vor unserer Zeitrechnung.
[38]) Vgl. Plutarch, Detr. 30 und Bouché Leclercq, Histoire des Séleucides.
[39]) Vgl. Strabo XI, 31, 1.
[40]) Vgl. Strabo XI, 31, 1.
[41]) Polyb 5, 55.

sphäre der Seleuciden[42]). 190 wurde *Antiochus* in der Schlacht von Magnesia (Kleinasien) geschlagen, und dieses Ereignis brachte auch eine Umwälzung im kaukasisch-iranischen Raum mit sich. Armenien, jetzt unter römischem Einfluß, wurde geteilt[43]), Atropatene erhielt seine ursprüngliche Gestalt mit eigenem Königtum, mit Ausnahme von Kadusien, zurück, blieb aber ebenso wie Großmedien unter dem Einfluß der Seleuciden. Rom hatte sich damit als dritte konkurrierende Macht neben den Seleuciden und Parthern festgesetzt. Die künftige Politik war bis zum Verfall der seleucidischen Macht ein abwechselndes Kräftespiel dieser drei. Großmedien, Atropatene und Armenien waren der Rücken, auf dem die Auseinandersetzungen ausgetragen wurden.

Um 161 vor unserer Zeitrechnung schwang sich der Statthalter Großmediens *Timarchus* von Milet mit römischer Unterstützung zum König auf. Der Seleucide *Demetrius* (162—150) schlug aber schnell zu und rettete Großmedien und Atropatene vor dem Zugriff der Parther bzw. vor *Artaxias* von Armenien, deren Bündnis mit Timarchus zu spät kam.

Zu Beginn des 2. Jahrhunderts hatten sich das abgefallene Baktrien und Parthien noch die Waage gehalten, so daß die Seleuciden in Iran und Vorderasien das Übergewicht hatten. Um die Mitte des 2. Jahrhunderts aber begann der parthische Zug der Eroberungen Raum zu gewinnen[44]). Unter dem Parther *Mithridates I.* (174—138), einem der bedeutendsten der Arsaciden, wurde Großmedien eine Provinz des Partherreiches. Auch die Könige von Atropatene wurden Vasallen (156) und sicherten ihre Stellung durch Heiraten mit arsacidischen Prinzessinnen[45]). Unter *Mithridates II.* dem Großen (124—89) entwickelten sich abermals bedeutende Kämpfe um Großarmenien, an denen sich der König von Atropatene als Vasall der Parther beteiligte. 70 „Talgaue" mußten von Armenien abgetreten werden und wurden zum größten Teil mit Atropatene vereinigt. Mithridates setzte gleichzeitig *Tigranes II.*, den späteren Großen, zum König von Armenien ein, und zu derselben Zeit dürfte auch Albanien — d. i. der größte Teil des heutigen Nordaserbeidschan — sein

[42]) In dieser Zeit entstehen auch die meisten römischen Berichte über Aserbeidschan.

[43]) Teilung in Großarmenien unter Artaxias und in Kleinarmenien.

[44]) Pompejus Trogus bzw. Justinius ist die Hauptquelle der arsacidischen Eroberungen.

[45]) Vgl. Saint Martin: Fragment d'une histoire arsacide. — Orosius V, 5 setzt demgegenüber die Eroberungen zwischen 150 und 140 an.

erstes selbständiges Königtum erhalten haben[46]). In den Jahren 86—73 vor unserer Zeitrechnung eroberte Tigranes II., eine Schwächeperiode der Parther ausnützend, alle abgetretenen Gebiete wieder zurück und gliederte sich sogar Teile des ursprünglichen Atropatene an. Erst der Römer *Marcus Antonius* gewann später diese für Atropatene wieder zurück (33 vor unserer Zeitrechnung). Auch Albanien, bestehend aus Daghestan, Schirwan und Kachetien, wurde ein Vasallenstaat Tigranes d. Gr.

Die gesamte albanische Geschichte bis zu dem Sassaniden Schapur II. ist ebenso wie die Armeniens von 323—190 in tiefes Dunkel gehüllt. Erst durch das Römische Reich ist Albanien überhaupt in den Gesichtskreis der antiken Welt gekommen. Im Laufe des 1. und 2. Jahrhunderts unserer Zeitrechnung sahen sich die römischen Schriftsteller durch das weite Ausgreifen der römischen Macht veranlaßt, auf die Ereignisse im südkaukasischen Raum hinzuweisen. Die innere Entwicklung des albanischen Königtums blieb uns aber weiter verborgen.

Nach dem erfolgreichen dritten Mithridatischen Krieg (74—64) Roms wurden das starke Pontusreich und Großarmenien durch die Feldherrnkunst des Konsuls *Lucullus* und *Pompejus Gnäus* vollständig geschlagen, bzw. sie waren in römische Abhängigkeit gekommen. Im weiteren Feldzug des Pompejus wurde mit Albanien, Iberien und Kolchis der gesamte südkaukasische Raum unter die Botmäßigkeit der Römer gebracht. Diese hatten damit eine Stellung gewonnen, die besonders nach der politischen Neuordnung des kaukasisch-vorderasiatischen Raumes durch Pompejus in den Jahren 64—62 in der weiteren Folge zu einer Auseinandersetzung mit den Parthern führen mußte. Schon 36 vor unserer Zeitrechnung mußte Marcus Antonius, der ehemalige Mitkonsul Cäsars, jetzt der Vertreter Roms im Osten, gegen König *Artavasdes* von Atropatene zu Felde ziehen, da dieser gemeinsam mit dem gleichnamigen König *Artavasdes III.* von Armenien wieder unter den Einfluß der Parther geraten war. Die kriegerischen und politischen Ereignisse überstürzten sich jetzt. Atropatene stand für kurze Zeit im Brennpunkt einer weltpolitischen Auseinandersetzung. König Artavasdes von Atropatene schloß mit Antonius ein Bündnis, und sein Gebiet wurde auf armenische Kosten erweitert. Seine Tochter wurde mit dem unehelichen Sohn des Antonius mit der ägyptischen Königin *Kleopatra*, *Alexander*, verlobt. Alexander — von Antonius mit dem Blick auf Alexander d. Gr. so genannt — sollte außer Großmedien, Atropatene und Armenien noch „alles Land zwischen Euphrat und Indus" erhalten und den

---

[46]) Vgl. Marquart, Eranschah. Der armenische Kompilator Moses von Xorene II, 8 setzt den ersten albanischen König in die Zeit zwischen 143 bis 127 vor unserer Zeitrechnung.

Parthern den Titel König der Könige abnehmen. Kaiser *Octavianus Augustus* griff aber rechtzeitig in diese Pläne ein und die Schlacht von Actium (31 vor unserer Zeitrechnung) änderte in der weiteren Folge vollständig die Lage.

In Atropatene und Armenien nahmen die Wirren ihren Fortgang. Die Herrscher lösten sich ständig ab und waren je nach der Lage Lehnsfürsten der Römer oder Parther. Es ist auch nicht klar zu entscheiden, wann das atropatenische Königtum sein Ende gefunden hat[47]). Um 9 unserer Zeitrechnung wurde jedenfalls der Arsacide *Atrabanus III.* (9—41 unserer Zeitrechnung), der vorher König von Medien war, Großkönig der Parther. Es ist aus den vorhandenen Quellen nicht zu ersehen, ob er König des atropatenischen Mediens oder Großmediens war, es ist auch möglich, daß in der letzten Zeit der politischen Wirren um Atropatene dieses für kurze Zeit an Medien angeschlossen wurde, wie es später unter dem Großkönig Vologeses I. (51—77) endgültig geschah. Der letzte König von Atropatene könnte *Pacorus* (51—72), ein Bruder des *Vologeses I.*, gewesen sein. Er wurde von diesem selbst eingesetzt. Der Alaneneinfall über das „Alan-Tor" des Kaukasus im Jahre 72, der auch das Königreich Albanien heimsuchte, machte der Herrschaft Pacorus ein Ende.

Man will allerdings daraus, daß der römische Kaiser *Marc Aurel* und sein Adoptivsohn und Heerführer *Lucius Verus* seit dem Jahre 176 unserer Zeitrechnung neben dem Titel „Particus Maximus" auch den Titel „Medicus" führten, schließen, daß Atropatene zu dieser Zeit noch bestanden haben könnte[48]). Diese Tatsache würde bestenfalls die Existenz Mediens insgesamt (Großmedien und Atropatene) beweisen. Tatsächlich dürfte also Atropatene nach 72, oder aber schon früher um die Jahrhundertwende an das Partherreich bzw. der Provinz Großmedien angeschlossen worden und unter dem Namen „Medien" schlechthin in die Geschichte eingegangen sein.

Zu den albanischen Königen pflegten die römischen Kaiser nach dem albanischen Feldzug *Neros* gute Beziehungen und schlossen Bündnisse gegen die Parther. Unter Kaiser *Trajan* erlangte das Römische Reich seine größte Ausdehnung. Armenien und die Kaukasusländer waren untertan. Albanien hatte einen Vasallenkönig.

Rückblickend ist somit festzustellen, daß Nord- und Südaserbeidschan in ihren Selbständigkeitsbestrebungen getrennte Wege gingen. Während Südaserbeidschan (Atropatene) zur Zeit Trajans seine Selbständigkeitsperiode bereits hinter sich hatte, war die Lage in

---

[47]) Schneiderwirth: „Die Parther" und Gutschmid w. o. vertreten gegenüber von Spiegel die Ansicht, daß mit der Vertreibung des atropatenischen Königs Ariobarzanes die Dynastie um 3 unserer Zeitrechnung ihr Ende gefunden habe.

[48]) Vgl. Gutschmid w. o.

Nordaserbeidschan (Albanien) für die dortigen Herrscher noch günstiger.

Im Jahre 226 unserer Zeitrechnung erfolgte der Dynastienwechsel im Iran. An Stelle der Assaciden traten die aus der Persis stammenden Sassaniden. Unter ihnen erlangte Iran eine Machtfülle wie zur Zeit der Achämeniden. Der alte Glaube des Propheten Zarathustra kam wieder zu seinem früheren Glanze und blühte wie vielleicht nie zuvor. Fast alle Herrscher des Sassanidenhauses waren seine eifrigen Verfechter. Wohl lebte der Mazdaismus, der in der mazedonisch-griechischen Herrschaftsperiode und z. T. auch unter den Seleuciden schwer gelitten hatte [48a]), unter der toleranten Herrschaft der Parther weiter, aber die Sassaniden betrieben eine ausgesprochene Missionstätigkeit. So konnte sich in Nord- und Südaserbeidschan der alte Glaube wieder festigen, der später in einem besonders von Armenien ausgehenden schweren Kampf mit dem Christentum verwickelt wurde.

Der neue persische Machtaufstieg zwang die Römer schon zu Beginn des 3. Jahrhunderts ihre Vorstöße und Ziele im Osten einzuschränken. Nord- und besonders Südaserbeidschan traten damit aus dem Gesichtskreis ihrer eigenen Berichterstattung und die römischen Quellen des 3.—5. Jahrhunderts beschränken sich auf Wiederholungen ihrer Vorgänger.

Die Sassaniden richteten gleich zu Beginn ihrer Herrschaft eine straffe, zentralistische Reichsverwaltung ein. Das Vasallenkönigtum wurde, soweit die Macht dazu reichte, abgeschafft und wieder Satrapen eingesetzt. Im Gegensatz zu Armenien und den südkaukasischen Ländern, wo der Widerstand noch andauerte, wurde Medien (damit auch Atropatene) im Jahre 727 wieder eine Satrapie. In Albanien konnte das Vasallenkönigtum erst viel später abgeschafft werden.

Der Zerfall des Römischen Reiches beim Tode *Theodosius d. Gr.* im Jahre 395 unserer Zeitrechnung in eine westliche und östliche Hälfte brachte für das oströmische Reich bald eine Wandlung mit sich, die auch für den kaukasischen Raum von Bedeutung wurde.

Die oströmischen Kaiser setzten von Byzanz aus die Tradition der Ostpolitik Roms fort und versuchten, direkte Beziehungen mit China und Indien anzuknüpfen. Mit dem Angriff auf die beiden alten Schlüsselstellungen Mesopotamien und Armenien gelangte nun auch Nord- und Südaserbeidschan wieder in die diplomatische und militärische Einflußsphäre der beiden rivalisierenden Mächte: des Byzantinischen- und des Sassanidenreiches. In der Zeit vom 5.—7. Jahrhundert finden wir daher zahlreiche Hinweise auf Nord- und Südaserbeidschan in den byzantinischen Quellen. Zum politischen Programm in bezug auf Nordaserbeidschan gehörten — wie wir weiter hören — die kirchlichen Fragen und vor allem Besitz und Durchgangsrecht der bedeutenden Kaukasusübergänge von

---

[48a]) Vgl. „Grundriß d. iranischen Philologie“, Bd. 2.

Dariel (Alan-Tor) und Derbend, an denen beide Mächte stark interessiert waren, da die Einfälle fremder Völker von Norden beide gleich bedrohten.

Die diesbezüglichen diplomatischen Verhandlungen sind zur Beurteilung der Rolle Nordaserbeidschans besonders interessant. Die Verbreitung des Christentums in Aserbeidschan gibt Byzanz Anlaß, sich in die inneren Angelegenheiten des Sassanidenreiches zu mischen.

Nord- und Südaserbeidschan gelangte somit durch das Erstarken der byzantinischen Macht wieder in den Brennpunkt der politischen und militärischen Auseinandersetzungen und konnte ebensowenig wie zur Zeit der Aktivität des Weströmischen Reiches einer Konsolidierung der Verhältnisse entgegensehen. Besonders durch die Erfindung des albanischen Alphabets im 5. Jahrhundert — die dem armenischen Priester *Mesrop* zugeschrieben wird — erhielt Albanien einen von christlicher Seite beeinflußten geistigen Auftrieb, der zu einer weiteren Verschärfung der inneren Lage führte[49]. Im Schatten des mächtigen Hunnenreiches[50]) im Norden des Kaukasus, wo *Attila* 445 zur Macht gekommen war, die Chazaren unterjochte und gegen Byzanz zog, gelang es dem persischen Großkönig *Peroz* (459—484) Albanien, das bisher seine Selbständigkeit bewahrt hatte, zu besetzen. Er entthronte dort seinen Neffen, König *Vace*. Damit kann das albanische Königtum als beendet angesehen werden (460—462). Nord- und Südaserbeidschan befanden sich nun beide unter der Herrschaft der Sassaniden.

Der spätere Sassanidenkönig *Chosrau I. Nuschirwan* (552—579), der ebenso wie sein Vater *Kobad* eine Reihe von Befestigungen in den kaukasischen Glacisländern anlegte und u. a. auch das Tor bei Derbend ausbaute, bestätigte eine Reihe von kaukasischen Fürsten in ihrer Herrschaft und verlieh ihnen den Titel Schah. Solche Fürsten waren der Alanschah, der Tabaseranschah und vor allem der Schirwanschah[51]). Die Schirwanschahs dehnten bald ihre Macht über ihre engen Grenzen nach Daghestan und Scheki aus und können so als die Nachfolger der albanischen Könige angesehen werden. Kluge Politik und Zurückhaltung bzw. sofortige Unterwerfung vor der jeweils überlegenen Großmacht sicherten ihnen eine lange Herrschaft; erst im 16. Jahrhundert verschwanden sie endgültig. Eingesetzt von dem Sassanidenkönig Nuschirwan unterwarfen sie sich später den arabischen, seldschukischen und mongolischen Eroberern. Dazwischen beugten sie sich vorübergehend elastisch dem mächtigen georgischen

---

[49]) Vgl. Marquart, Eranschah.

[50]) Im 5. Jahrhundert gab es im Mughangebiet sogar ein hunnisches Fürstentum und 575 werden südlich der Kura von Chosrau I. zwangsweise hunnische Sabiren angesiedelt, vgl. WZKM. XII.

[51]) Vgl. D'Ohsson, Des Peuples du Caucase, Note XVII.

Geschlecht der Pagatriden und den Choresmschahs. Selbst Timur kamen sie unterwürfig entgegen und suchten bei seinen Nachfolgern Schutz gegen die übrigen Angreifer Nordaserbeidschans. Nur den Chazaren leisteten sie erbitterten Widerstand, konnten aber trotzdem eine vorübergehende Besetzung ihres Gebietes nicht verhindern. In diesen langen Kämpfen wurde das Volk der Albaner zum größten Teil vollständig aufgerieben. Ende des 6. Jahrhunderts, zur Zeit des Kalifen *Omar*, unter den Omajaden, besonders in den Jahren *729—730*, überfluteten die Chazaren auch große Teile Südaserbeidschans. Zwar wurden sie immer wieder verjagt, doch blieben schon um diese Zeit zahlreiche Volkssplitter zurück. Nach dem Zusammenbruch des Chazarenreiches fanden sich auch wieder zahlreiche Flüchtlinge in Nord- und Südaserbeidschan ein, die zu großen Teilen den „Turkstämmen" angehörten.

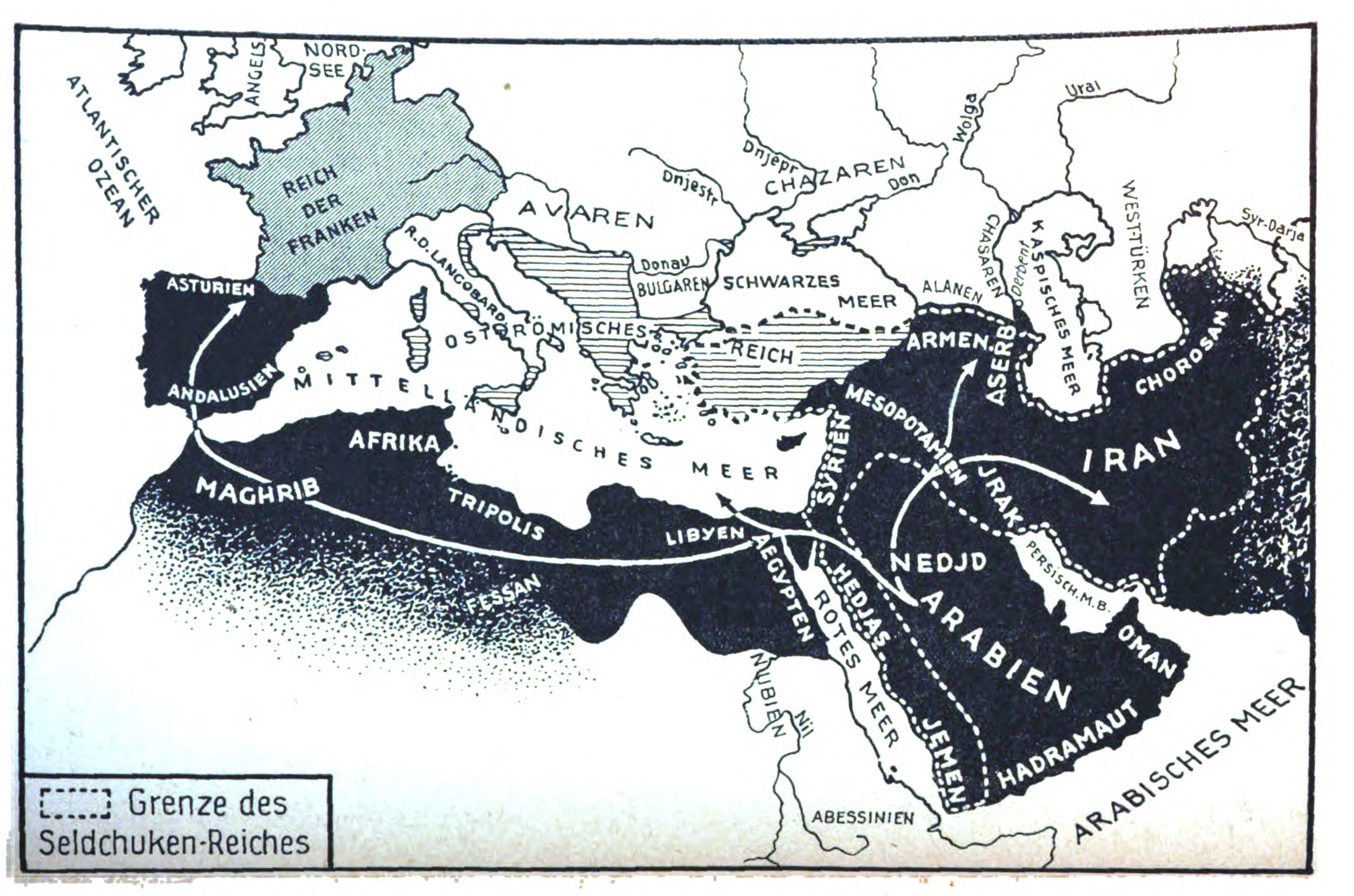
In diese Periode fallen somit die ersten zahlenmäßig größeren Einwanderungen von türkischen Volksteilen aus dem Norden nach Aserbeidschan, die in der weiteren Folge von ihren Stammesangehörigen ständigen Zuzug erhalten. Es besteht kein Zweifel, daß dieses Türkentum verschiedener stammesmäßiger Schattierungen einen beträchtlichen Anteil an der Neubesiedlung der Durchzugsgebiete besaß.

Hier ist der historische Rückblick auf Aserbeidschan an einer Wende angelangt, die gleichzeitig eine der wichtigsten Übergangsperioden der Weltgeschichte darstellt.

Der Volkwerdungsprozeß in Nord- und Südaserbeidschan

Der explosive Machtausgriff des Islams, der im 7. Jahrhundert als neue Religion auftrat, aber gleichzeitig auch eine neue totale „diesseitige" Weltanschauung predigte, zerbrach mit einem Schlage endgültig die von alters her hinaufreichenden Bindungen an Kontinentaleuropa. Das alte indogermanische Erbe, das die beiden Achämeniden Kyros und Dareios vielleicht noch bewußt, Alexander d. Gr. sicherlich unbewußt, zur Vereinigung des iranisch-griechischen Raumes beschwingte, wurde verschüttet. Der Raum aber, den griechischer, iranischer und altrömischer Gestaltungswille in jahrhundertelangen Kämpfen zu einer Einheit bis zum Indischen Ozean zusammenfügen wollte, zerbrach nun politisch und kulturell scharf in Ost und West: Orient und Okzident. Bis in die heutige Zeit sind die Begriffe Morgen- und Abendland bestimmend und rückwirkend für unsere populäre und wissenschaftliche Schau in die Antike.

In den folgenden Jahrhunderten — ungefähr vom Beginn des 9. bis zum Beginn des 12. Jahrhunderts — wurde die völkische


ATLANTISCHER OZEAN
ANGELS
NORD-SEE
REICH DER FRANKEN
ASTURIEN
ANDALUSIEN
R. D. LANGOBARD.
AVAREN
Dnjestr
Dnjepr
CHAZAREN
Don
Wolga
Ural
WEST-TÜRKEN
Syr-Darja
CHASAREN
Derbent
KASPISCHES MEER
Donau
BULGAREN
SCHWARZES MEER
ALANEN
OSTRÖMISCHES REICH
ARMEN.
ASERB.
CHOROSAN
MITTELLÄNDISCHES MEER
AFRIKA
MAGHRIB
TRIPOLIS
FESSAN
LIBYEN
AEGYPTEN
SYRIEN
MESOPOTAMIEN
JRAK
IRAN
NEDJD
PERSISCH. M. B.
ARABIEN
OMAN
HEDJAS
ROTES MEER
NUBIEN
Nil
JEMEN
HADRAMAUT
ARABISCHES MEER
ABESSINIEN
Grenze des Seldchuken-Reiches

Tafel 2

Struktur Eurasiens in seinem Grundcharakter größtenteils geformt oder konnte schon als vollendet angesehen werden[52]).

In Aserbeidschan ist der geistige Boden für diesen Wandel bereits in dem Jahrhundert vor der Umwälzung durch die Vielfalt der politischen Zentrifugalkräfte geebnet worden. Die zum Christentum bekehrten Bewohner wurden durch ihren Katholicos (Landesbischof) ebenso zu politischen Zwecken gegen die mazdaischen Landesherren mißbraucht, wie sich im großen Rahmen die rivalisierenden Mächte Byzanz und Ktesiphon[53]) ihrer mächtigen Religionsgemeinschaften bedienten. Die Patriarchen von Albanien, Iberien und Armenien fanden abwechselnd Rückhalt bei den byzantinischen Kaisern oder Duldung durch die Perserkönige. Die innere Spaltung der christlichen Kirche in Orthodoxe und Nestorianer, die sich untereinander meist heftig bekämpften, und gegenüber der geschlossenen Gruppe der mazdaischen Staatsreligion einen schweren Stand hatten, trug ihrerseits viel zur Verwirrung der politischen Fäden bei.

In dieses Kräftespiel stieß nun der arabisch-islamitische Siegeszug, der — durch die persische Niederlage von Ninive im Jahre 672 im Kampf gegen den alten Rivalen Byzanz — jetzt auch in den Kaukasusländern militärisch freie Bahn erhielt.

Die Bedeutung des Arabereinbruchs im allgemeinen lag jedoch nicht in der militärischen Unterjochung, sondern in der sprunghaften Verbreitung des Islams. Wie die Bienen den Blütensamen, brachten die Araberschwärme die neue Lehre in alle Teile ihres schnellwachsenden Reiches. Über das Religiöse hinaus bedeutete der Islam eine neue soziale Ordnung. Der Übertritt wurde durch Steuerfreiheit und sofortigen Anteil an der Jahresdotation gelohnt, die jeder Gläubige je nach Maß seiner Kriegsdienstleistung erhielt. Das Volk trat daher massenhaft über, und unter dem Einfluß alteinheimischer Vorstellungen entwickelte sich in Iran, insbesondere in Aserbeidschan die Schia, die „Partei des Kalifen Ali", der als allein berechtigter Nachfolger des Propheten angesehen wurde.

Gleichzeitig mit der Islamisierung Irans erfolgte aber auch die erste Berührung mit den Türken. Arabische Heere drangen 666 in Turkestan ein, und da der Islam keinen Unterschied in Sprache und Rasse macht, faßte er auch dort schnell Fuß. Diese Verbindung des Türkentums mit dem Islam war der Ausgangspunkt umwälzender völkischer Veränderungen im iranisch-kaukasischen Raum. Zunächst waren es nur türkische Sklaven aus Turkestan — Mameluken genannt — die an den persischen und arabischen Fürstenhöfen Eingang

[52]) Vgl. Marquart, Osteuropäische und Ostasiatische Streifzüge.
[53]) Hauptstadt des Sassanidenreiches.

fanden. Der Abasside *El Manßur* (754—775) war der erste Kalif, der einen Türken in seine Dienste nahm[54]). Ebenso taten es dann in weit verstärktem Maße seine Nachfolger. Besonders als sich diese zum größten Teil aus Mittelasien stammenden Mameluken als verläßlich und militärisch tüchtig erwiesen, wurde es nicht allein am Kalifenhofe und bei staatlichen Würdenträgern, sondern auch in privaten Kreisen üblich, türkische Sklaven zu halten.

Je weiter sich die arabische Herrschaft ausgedehnt hatte, desto schwächer war aber das arabische Element in den einzelnen Territorialregierungen geworden. Persische Beamte hatten wieder hohe Stellungen erlangt, und nach dem Sturz der Omajaden (750 unserer Zeitrechnung) war infolge der Schwäche des Kalifen in Iran die oberste Leitung des Staates auf die persischen Wezire übergegangen. Unterdessen waren die türkischen Sklaven am Hofe des Kalifen schon zu stattlicher Zahl herangewachsen. Einzelne unter ihnen hatten sogar Sonderrechte und nach Annahme des Islams Ämter und Würden im Reiche erhalten[55]).

Die Kalifen zogen ihre türkische Sklavengarde dann zum persönlichen Schutz heran. Unter den Abassiden (750—945) bekamen diese Leibgarden bald den Charakter von „Prätorianern" und sowohl der Kalif als auch die Wezire gerieten nach und nach ganz unter deren Einfluß. Auch die türkischen Würdenträger nahmen so überhand, daß bereits *Harun ar Raschids* Sohn sich ganz der „Prätor-Regierung" unterwarf und er etwa in die Rolle der Merowingerkönige zur Zeit der Hausmeier gedrängt wurde. Dies begünstigte natürlich die Selbständigkeitsgelüste einzelner Statthalter und auf diese Weise wuchsen im Lande mehr oder weniger unabhängige Sonderstaaten empor.

In Aserbeidschan mußte der Kalif mit seiner Mamelukengarde, die zu einem regelrechten türkischen Söldnerheer geworden war, die Sekte der *Churremiten* bekämpfen. Diese hatten seit 808 von Südaserbeidschan Besitz ergriffen und leisteten unter ihrem Führer Babek fast 30 Jahre hindurch heftigen Widerstand. Mamelukenheere überschwemmten im Auftrag des Kalifen schließlich das Land und lange Zeit lastete die Herrschaft der ungezügelten Sklavengarden auf der einheimischen Bevölkerung. Ebenso wie in vielen anderen Provinzen wurden auch hier Türken wichtige Staatsämter in der Statthalterei, besonders die Polizeigewalt, übertragen, auch die höchsten militärischen Posten wurden mit ihnen besetzt, und nicht selten war die allgemeine Folge die Bildung von eigenen Statthalterdynastien. Die Mamelukendynastien haben jedenfalls ihren Ursprung in dieser Entwicklung. Die einheimischen Geschlechter setzten diesem

[54]) Vgl. Karabacek, Erstes urkundliches Auftreten von Türken.

[55]) Daher erscheinen in den arabischen Chroniken schon frühzeitig türkische Namen.

Einbruch in die alten Rechte und der damit beginnenden Umvolkung Widerstand entgegen. In Aserbeidschan konnten von 889—929 wieder vorübergehend die persischen *Sadschiten* Fuß fassen, mußten aber bald wieder weichen[56]).

So setzte sich das türkische Element in ganz Vorderasien und vor allem in Aserbeidschan langsam auf „kaltem Wege" durch. Die türkischen Würdenträger und Ortsgewaltigen zogen immer mehr Stammesgenossen als Beamte und Schutztruppen nach.

Die Quellen, die über diese neue Völkerwanderung Genaueres aussagen könnten, nämlich die türkischen Orchoninschriften und die chinesischen, arabischen und persischen Aufzeichnungen, sind diesbezüglich noch zu wenig ausgewertet worden. Es läßt sich daher nicht viel über die stammesmäßige Herkunft mitteilen. Als sicher kann lediglich angenommen werden, daß die im 8. bis 10. Jahrhundert vom *Süden* nach Nord- und Südaserbeidschan eingedrungenen fremden Volksteile hauptsächlich einer Stammesgruppe der Westtürken Mittelasiens angehörten. Die ersten Ankömmlinge vom *Norden* kamen aus dem Gebiet der Chazaren und Chorezmier. Nach der Gründung des warägischen Kiewer Staates, der in der Folge einen großen Druck auf das Chazarenreich ausübte, strömten abermals zahlreiche Flüchtlinge in Nordaserbeidschan ein. Auch nach dem dritten Feldzug der Normannen, der sich unter ihrem großen Eroberer *Sviatoslav* um 965 zur Westküste des Kaspischen Meeres gegen das Chazarenreich richtete — der erste und zweite Zug hatte sie nach Nordaserbeidschan (Schirwan) und der Kura entlang in deren blühende Hauptstadt Bardaa, wo sie über ein Jahr verweilten, geführt[57]) —, stellten sich wieder Volksteile der Chazaren unter den Schutz des islamitischen Reiches und ließen sich auf der Halbinsel Apscheron nieder[58]).

Durch das ständige Eindringen dieser türkischen Elemente in die Provinzen des Reiches und deren staatliche Einrichtungen wurde der vollständige Übergang der Macht an die Türken herbeigeführt. Persönliche Erfolge erst kleinerer Stammeshäupter wie *Seldschuk*[59]) und *Osman*, die ihre Macht durch größere Eroberungen erweiterten, verschafften dem Türkentum an Stelle des arabischen Kalifenreiches die führende Stellung in Vorderasien. Seldschuk, der Häuptling einer Nomadenhorde aus einem Stamme der Oghuzen[60]), erschien zuerst im Jahre 956 am Syr Darja und nahm mit seinen Gefolgsleuten den Islam an[61]). Zwei Enkel Seldschuks[62]) drangen weiter nach Westen vor und unterwarfen Iran mit Mesopotamien[63]).

---

[56]) Vgl. Grundriß der iranischen Philologie, Band 2.

[57]) Vgl. Strinnholm, Wikingerzüge.

[58]) Vgl. W. Barthold, Geschichte der Türken Mittelasiens.

[59]) Eigentlich Sü baschi, d. h. „Heerführer".

[60]) Vgl. Barthold w. o.

[61]) Die Oghuzen sind ein westtürkisches Volk Mittelasiens, dasselbe, dem auch der bekannte arabische Philosoph Farabi angehörte.

[62]) Toghrulbeg und Tschakerbeg.

[63]) Alle Nachkommen bezeichneten sich nicht nur als Oghuzen oder Turkmenen, sondern auch als Abkömmlinge aus dem Geschlecht der Qynyq, vgl. „Diwan" I, 56.

Die Seldschuken nannten sich jetzt Sultane des Islams (Großsultane) und drückten damit die höchste weltliche Würde aller islamitischen Länder aus. Seit dieser Zeit begann man den Titel Sultan nur mehr auf hohe und unabhängige Herrscher anzuwenden. Den Vasallen- und Provinzfürsten wurde der Titel Malik (König) oder Schah beigelegt. Der Kalif von Bagdad war nur mehr das Oberhaupt der Religion.

Unter *Alp Arslan* (1063—1072) und *Melikschah* (1072—1092) erreichte das Seldschukenreich seinen Höhepunkt. Südaserbeidschan kam vollständig in seinen Besitz und Nordaserbeidschan wurde von Vasallenherrschern regiert.

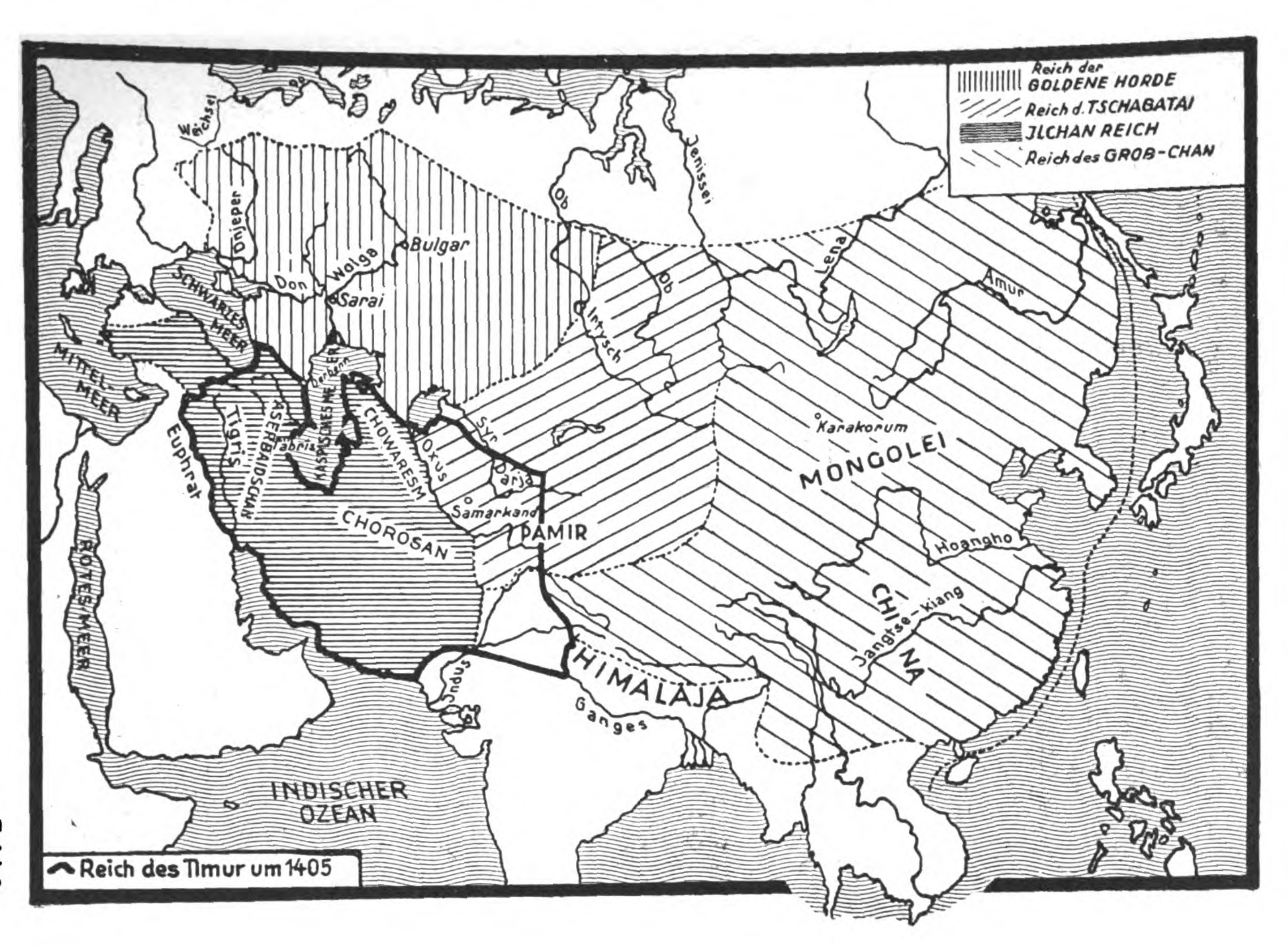
Als Sultane des Islams mußten die Seldschuken nicht nur im Innern für die Verbreitung des Glaubens, sondern auch nach außen für den Sieg des Islams über die ungläubige Welt streiten. Das christliche Byzanz, sowie Armenien und Georgien, die alten Rivalen Irans, waren somit das Ziel ihrer weiteren Feldzüge. Wieder waren Nord- und Südaserbeidschan Auf- und Durchmarschgebiet. Die Byzantiner wurden schwer geschlagen, einer ihrer Kaiser sogar gefangengenommen. Zum erstenmal drang der Islam auch in Kleinasien ein, wo ein seldschukisches Türkenreich gegründet wurde. Die Seldschuken legten der Turkisierung Kleinasiens und der nordwestlichen Gebiete Irans im Gegensatz zu Ostiran größte Bedeutung bei, und so wurden Aserbeidschan und Anatolien der Sprache nach allmählich türkisch. Zum großen Teil trugen die vielen Ehen dazu bei, die in dieser Zeitperiode zwischen Persern und den türkischen Oghuzen geschlossen wurden, so daß neben der Sprachwandlung auch gleichzeitig eine Vermischung des Blutes eintrat. Besonders in Südaserbeidschan ließen sich diese Vorgänge beobachten[64]).

Es ist bemerkenswert, daß gerade in Iran im Vergleich zu anderen Ländern sich das türkische Sprachgebiet schneller ausdehnte. Es sind Fälle bekanntgeworden, wo in Dörfern nur kurze Zeit Perser und Türken zusammenlebten und schon sehr bald das Türkische die allgemeine Umgangssprache wurde[65]). Es sei hier gleichzeitig vermerkt, daß heute in Iran etwa ein Drittel der Bewohner die osttürkische Sprache, das Tschagatei, als Umgangssprache sprechen. während sie sich für die Schriftsprache fast ausnahmslos des Persischen bedienen.

Unter dem letzten Seldschuken *Sandschar* (1118—1157), der sich nur mehr um den Osten seines Reiches kümmerte und sich auch größtenteils dort aufhielt, setzte sich im Westen der Einfluß der Atabege[66]) durch. Diese waren meist ehemalige Mameluken oder deren Nachkommen und begründeten eigene Dynastien[67]). Nord-

---

[64]) Vgl. Mirchond I und „Diwan".
[65]) So z. B. in der Umgebung von Hamadan, vgl. N. Ivanov „Geogr. Journal" Febr. 1926.
[66]) Entspricht etwa den Condottieri.
[67]) Vgl. Grundr. d. Iran. Phil., Bd. 2.


Reich der GOLDENE HORDE
Reich d. TSCHABATAI
JLCHAN REICH
Reich des GROß-CHAN
Amur
Hoangho
Jangtse-Kiang
CHINA
MONGOLEI
Karakorum
Lena
Jenissei
Ob
Irtysch
PAMIR
HIMALAJA
Ganges
Indus
INDISCHER OZEAN
Syr Darja
Samarkand
Oxus
CHOWARESM
CHOROSAN
KASPISCHES MEER
ASERBAIDSCHAN
Tigris
Euphrat
ROTES MEER
MITTEL-MEER
SCHWARZES MEER
Bulgar
Wolga
Sarai
Don
Dnjeper
Reich des Timur um 1405

Tafel 3

aserbeidschan — mit Ausnahme von Schirwan und Daghestan, die in georgische Abhängigkeit geraten waren — kam unter die Herrschaft des Atabeg *Eldigez*, und Gandscha (heute Korowobad) wurde zur Hauptstadt gemacht. Erst 1161 gelang es dem georgischen König *Georg III.*[68]) auch diese einzunehmen. Der Sohn *Eldigez* begründete in Südaserbeidschan die *Pehlevaniden*dynastie (1136—1225), die eine Zeitlang ihren Machtbereich im Süden bis Isfahan ausdehnen konnte.

Es ist klar, daß damit das türkische Element ständigen Auftrieb erhielt, wenn auch das Erstarken des christlichen Königtums von Georgien in Nordaserbeidschan zeitweise dagegen stand. Nach dem Untergang der Seldschukendynastie im Jahre 1157 ging ihre Herrschaft in Iran auf die Chorezmeschahs über, die sofort in Südaserbeidschan und später auch in Nordaserbeidschan ihren Einfluß geltend machten. Auch mit ihnen dürften abermals türkische Volksteile eingedrungen sein.

Die weiteren bekanntgewordenen Nachrichten über die Verbreitung des Türkischen in Aserbeidschan gehören fast alle erst der nachmongolischen Zeit an. Völkischen Zuwachs erhielt Aserbeidschan sicherlich aber noch aus dem Norden über den Kaukasus Ende des 9. und zu Beginn des 10. Jahrhunderts von Volkssplittern der Petschenegen, dann im 11. Jahrhundert der Uzen und schließlich im 12. Jahrhundert der Kiptschak, alles westtürkische Völker aus Mittelasien.

Die zweite Phase des völkischen und sprachlichen Umwandlungsprozesses in Nord- und Südaserbeidschan leitete der große mongolische Einfall Tschingis Chans und seiner Heerführer *Dschebe* und *Subotai* ein. Erstens brachte er eine neue türkische Welle mit sich[69]), und dann wollte es die Ironie des Schicksals, daß die Türken — die Feinde der Mongolen — die wahren Erben des mongolischen Großreiches wurden. Während sich die von Tschingis Chan stammenden Sippen untereinander in schweren Kämpfen aufrieben, vollzog sich bald eine immer stärkere Türkisierung ihres Reiches. Das mongolische Ilchanreich (1220—1350) im Iran (vgl. Tafel 3) erhielt ebenso wie das mongolische Teilreich Tschagatai eine seßhafte türkische Oberschicht. Die persische Bevölkerung bediente sich, soweit sie von dieser Herrenschicht politisch und materiell abhängig war und nicht schon türkisiert worden war, ihrer Sprache.

Nach Timurs Tod (um 1405) begann schließlich die letzte Periode der völkischen und sprachlichen Entwicklung Aserbeidschans. Ebenso wie in der seldschukischen und mongolischen Zeit blühte auch in Timurs Reich (ca. 1369—1447) (vgl. Tafel 3) die persische Kultur,

---

[68]) Vgl. J. Morgan w. o.
[69]) Vgl. Barthold w. o.


Komorn
Ungarn
Dnjestr
Don
Wolga
Manytsch
Chanat der
Krim
Kuban
Terek
KASPISCHES MEER
DAGHESTAN
Donau
SCHWARZES MEER
Konstantinopel
Tiflis
GURDSCHISTAN
SCHIRWAN
Baku
RUMELIEN
Karabagh
Arax
ARMENIEN
Van See
Urmia See
Täbris
ASERBAIDSCHAN
Ardebil
ANATOLIEN
Sengan
Mosul
MESOPOTAMIEN
Tigris
LORISTAN
Hamadan
Euphrat
Bagdad
Damaskus
Disful
PERS. GOLF
Cairo
ÄGYPTEN
ARABIEN

Tafel 4

wie es überhaupt eine auffallende Tatsache ist, daß die türkischen und mongolischen Eroberer persische Sitten und Gebräuche annahmen und in den meisten Fällen sogar schon in der zweiten Generation zu hervorragenden Förderern der persischen Kunst und Wissenschaft wurden[70]).

Dieser Vorgang, wonach die Türken stets geistig und kulturell dem Persischen unterlagen, dabei aber ihre eigene Sprache beibehielten, ja, sie sogar auf die unterjochten Perser übertrugen, kennzeichnet im allgemeinen die ganze letzte Periode der Entwicklung Aserbeidschans, vor allem Südaserbeidschans.

Besonders unter den nachfolgenden Sefeviden (1478—1722), die ihre Herrschaft auf sieben türkische Stämme stützten, wurde eine Glanzperiode der neueren persischen Geschichte eingeleitet. Nord- und Südaserbeidschan gehörte bereits um 1502 ihrem Machtbereich an, und damit kam die persische Kultur mit dem türkisch-aserbeidschanischen Idiom erneut in immer engere Beziehung. Mit den Sefeviden, die ihr Geschlecht von Nachkommen des Kalifen Ali ableiteten, ging auch eine mächtige religiöse Bewegung von Südaserbeidschan aus. In Ardebil fand sich ein Grab eines Märtyrers und Nachfolgers von Ali, und dieser Ort wurde somit Mittelpunkt der schiitischen Verehrung. Die sieben „sefevidischen" Turkstämme trugen als Kennzeichen ihres Glaubens eine rote Kappe auf ihrem Turban und wurden danach Kisilbasche (Rotkopf) genannt. Dieser Ausdruck bekam in der Folgezeit geradezu die Bedeutung „Perser[71])". Die Verschwägerung der Sefeviden mit dem Häuptling des turkmenischen[71a]) Stammes der Ak-kojunlu (weißer Hammel) brachte von diesem und dem Stamm der Kara-kojunlu (schwarzer Hammel) ständig „Blutzufuhr".

Das aserbeidschanische Volkstum konnte sich in dieser Zeit endlich konsolidieren, und der Volkwerdungsprozeß seine heutige Prägung erfahren.

In dem Zeitraum von 1578—1606 gelang es dem Osmanischen Reich (zur Zeit seiner größten Machtausdehnung, vgl. Tafel 4) im Westen politischen Einfluß auf Aserbeidschan zu erlangen. Die völkische und sprachliche Struktur Aserbeidschans erlitt dabei jedoch keine wesentliche Verschiebung.

Vom 16. Jahrhundert an begann Kaukasien Schauplatz der drei rivalisierenden Großmächte Persien, Osmanisches Reich und Zaristisches Rußland zu werden. Von 1607—1722 hielt Persien Nord-

---

70) Vgl. F. Rosen, Zeitschr. d. D. Morg. Ges., Bd. 76.
71) Vgl. Grundr. d. Iran. Phil., Bd. 2.
71a) Neuere Bezeichnung für Oghuzen.

und Süda
die Einhe
herrschaf
nächst in
mariatisch
Krieg der
Friedens
beiden M
bei dem
bei Persie
Südaserb
heute dar
Die m
19. und
im Norde

77) Vg

Das G

Jede
rus. die i
schichtsbil
Bestimmu
steht ein
turen ein
werden.
Diese Ge
man verm
weit sich
im Staat
scheinbar
fernt! W
Zweckme
Theorie
Mächte i
dem Bod
Daß die
weisen, c
keiten a

und Südaserbeidschan noch fest in seiner Hand. Dann aber wurde die Einheit des persischen Staates durch die Kämpfe um die Vorherrschaft in Kaukasien derartig geschwächt, daß Aserbeidschan zunächst in einzelne Kleinchanate zerfiel. Im 19. Jahrhundert trug das zaristische Rußland den Sieg davon. Nach zwanzigjährigem Einzelkrieg der Chanate fiel Nordaserbeidschan 1806 an den Zaren. Im Friedensvertrag von Gulistan am 12. Oktober 1813 zwischen den beiden Mächten wurde der endgültige Verbleib Nordaserbeidschans bei dem zaristischen Rußland bestätigt, während Südaserbeidschan bei Persien verblieb. Als Sprach- und Volkstumsgebiet ist Nord- und Südaserbeidschan aber jene Geschlossenheit geblieben, wie sie sich heute darstellt.

Die moderne Kulturbewegung des osmanischen Türkentums des 19. und 20. Jahrhunderts hat dem Aserbeidschanertum, besonders im Norden, neue geistige Impulse[72]) zu verleihen vermocht.

[72]) Vgl. G. v. Mende, Der nationale Kampf der Rußlandtürken.

Kleine Beiträge

Das Geschichtsbild und die außenpolitische Willensbildung

Jede außenpolitische Willensbildung geht von einer bestimmten Zielsetzung aus, die ihren Ursprung in der Geschichte hat. Nicht nur das allgemeine Geschichtsbild ist hierfür maßgebend, sondern der Glaube an eine schicksalhafte Bestimmung allen geschichtlichen Lebens. Im gegenwärtigen Deutschland entsteht ein neuer germanischer Geschichtsmythos. Zugleich beginnen die Konturen eines neuen deutschen und europäischen Geschichtsbildes sichtbar zu werden. Wir können von dem werdenden germanischen Geschichtsbild sprechen. Diese Gedanken scheinen zunächst nur theoretische Konstruktionen zu zeigen, man vermutet keinerlei Beziehungen zur praktischen Außenpolitik. Wie himmelweit sieht man die nach politischen Lagen und Situationen sich richtende und um Staats- und Wirtschaftsinteressen ringende außenpolitische Praxis von der scheinbar reinen Theorie des Geschichtsbildes und des Geschichtsmythos entfernt! Wenn man als ausgesprochener Rationalist, Utilitarist, als ausgeprägter Zweckmensch an dieses Problem herantritt, scheint diese Entfernung zwischen Theorie und Praxis unmittelbar einleuchtend. Je weiter man die ideellen Mächte ins Dunkel zurückschiebt, desto sicherer fühlt man sich. Man steht auf dem Boden realer Tatsachen und ist gegen alle müßigen Spekulationen gefeit. Daß diese realen Tatsachen aber auf eine geschichtliche Vergangenheit zurückweisen, daß sie „geworden" sind, daß sie „verwirklicht" wurden von Persönlichkeiten als geschichtlichen Ideenträgern, dies vermag der geriebene Utilitarist

nicht zu erkennen. Wie aber jede politische Tatsache und jedes wirtschaftliche Faktum nur geschichtlich verstanden werden können, so ist es auch bei der politischen Zielsetzung. Auch jede außenpolitische Willensbildung läßt sich nur von der geschichtlichen Perspektive her erfassen. Man kann noch weiter gehen und sagen, das geschichtliche Bild, das wir von Rassen, Völkern oder Personen haben, bestimmt die außenpolitische Richtung. Wenn die Machtverhältnisse abgewogen werden, mischt sich auch bei der strengsten Beschränkung der Betrachtung auf die Gegenwart unweigerlich das geschichtliche Bild mit ein, das wir von der bestimmten Rasse, dem bestimmten Volke oder der bestimmten Persönlichkeit besitzen. Denn wo verlaufen die genauen Grenzlinien zwischen Geschichte, Gegenwart und Zukunft? Es ist eine unteilbare Dreiheit. Auch wenn die geographische oder soziologische Struktur eines Landes erforscht wird, muß ohne weiteres auf die geschichtlichen Verhältnisse eingegangen werden; zumindest muß man sie am Rande streifen. Das Geschichtsbild bestimmt das politische und damit das außenpolitische Bild.

Hier wird die ungeheure Verantwortung der gesamten Geisteswissenschaften, insbesondere der Geschichtsschreibung von den Völkern und Rassen deutlich. Es zeigt sich hier die unmittelbare politische Verflechtung aller Geisteswissenschaften. Wird ein Geschichtsbild verzeichnet oder unter schiefen und vorurteilsreichen Perspektiven dargestellt, so ergibt sich daraus mit notwendiger Folge eine unrichtige politische Betrachtung. Dieses verzeichnete außenpolitische Bild erweckt falsche Vorstellungen von den Machtpositionen im politisch-diplomatischen Kräftespiel, die zu gefährlichen Fehlschätzungen und Handlungen in der praktischen Außenpolitik führen können. Ist ein Land historisch nicht genügend erforscht, so steht man ihm unsicher gegenüber, da man seine Machtpositionen und Machtquellen nicht kennt. Wenn auch noch so viele Kenner das Land bereisen, deren Notizen und Berichte über ihre Erfahrungen und Eindrücke für die Außenpolitik sehr bedeutsam sind, so muß doch immer darauf hingewiesen werden, daß diese Erfahrungen normalerweise auf bestimmte Gegenden beschränkt bleiben. Das Ganze, das Eigentümliche, das Wesen eines Volkes offenbart sich nur in der Geschichte. Deshalb ist die Historie eine ausgesprochen politische Wissenschaft.

Dies wäre zunächst nur die eine Seite der Betrachtung: das Geschichtsbild gestaltet die Erkenntnis von den außenpolitischen Verhältnissen und Machtsystemen der Gegenwart. Wie steht es nun aber weiter mit den Formkräften des Geschichtsbildes für die außenpolitische „Willensbildung"? Auch hier würde man zunächst den Einfluß des Geschichtsbildes verhältnismäßig gering anschlagen. Wie sollten historische Verhältnisse und Personen, die weit in der Vergangenheit zurückliegen, einen Einfluß auf die außenpolitische Zielsetzung und Willensbildung der Gegenwart ausüben? Dies erscheint auf den ersten Augenblick absurd. Und trotzdem bestehen solche Zusammenhänge und üben einen fast eisernen lebensgesetzlichen Zwang aus.

Dietrich Schäfer klagte einmal darüber, daß wir Deutschen kein klares Geschichtsbild in festen und sicheren Konturen besäßen und deshalb in unseren politischen Zielsetzungen leicht schwanken würden. Nach Schäfers Ansicht fehlte dem deutschen Geschichtsbewußtsein eine feste und unverrückbare Grundlage.

Dem deutschen Volke fehlte der absolute Glaube an die eigene Geschichte, hier als die untrennbare Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verstanden. Es fehlte der unbedingte Glaube an die Schicksalsnotwendigkeit der Volksgeschichte durch alle Krisen hindurch. Es fehlte der Glaube an eine



ewige Aufgabe unseres Volkes. Dieses germanisch-deutsche Bewußtsein einer geschichtlichen Aufgabe für das Reich und Europa war seit dem Hochmittelalter den großen Deutschen nie verlorengegangen, es fehlte aber die Gesamtüberzeugung bei allen Volksschichten. In der Bewegung ist dieses Bewußtsein wieder erstanden. Mit der Stärkung der Volkskraft wuchs auch erneut das Geschichtsbewußtsein. Langsam gewinnt das deutsche Volk den Stolz auf die Größe seiner Geschichte zurück. Mit dieser historischen Besinnung weitet sich der außenpolitische Blick. Es nimmt deshalb nicht wunder, wenn heute die mittelalterliche Reichsgeschichte besonderes Interesse findet und man die großgermanischen Staaten- und Reichsbildungen genauer studiert. Wenn sich für den deutschen Menschen die Brunnen der Geschichte wieder öffnen, wird er seine große Gegenwartsaufgabe immer mehr erkennen. Selbstbesinnung ist nur über die Geschichte möglich. Wenn der Deutsche diese unverrückbare Einsicht in seine geschichtliche Aufgabe gewonnen hat, wird er sich mit Härte und Trotz allen außenpolitischen Zielsetzungen und Planungen feindlicher Mächte verschließen. Wie Vergangenheit und Gegenwart, so steht ihm auch dann das Ziel der Zukunft unbeirrbar vor Augen. Aus dem Geschichtsmythos und aus dem Geschichtsbild strahlen ungeheuer starke zukunftsträchtige Kräfte in die außenpolitischen Verhältnisse und Situationen. Ein seiner Geschichte gewisses Volk verzagt nie. Der Glaube an die Geschichte überwindet die schwersten Krisen.

Man erkennt wohl zur Genüge, daß Geschichtsmythos und Geschichtsbild keine theoretischen „Auffassungen", verantwortungslose und beliebige „Meinungen" sind, sondern schöpferische geschichtliche Kräfte; denn die Vorstellung von der Zukunft bestimmt weitgehend die seelische Situation eines Volkes. Dies beweisen alle geschichtlichen Beispiele von Zukunftslehren (Eschatologien, Paradieseslehren usw.). Diesem Problem der historischen Zukunftslehren muß eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Einheit des Geschichtsbildes wird eine Einheit der außenpolitischen Willensbildung ermöglichen. Als Beispiele hierfür seien Frankreich, England und Rußland genannt. Auch der gewiegteste französische Diplomat und Staatsmann war dem französischen Geschichtsbild gegenüber verpflichtet. Er konnte sich von ihm nicht losreißen. Die außenpolitische Willensbildung Frankreichs war an bestimmte außenpolitische Testamente gekettet. Wir mögen dies heute bedauern, müssen es aber notwendigerweise als historische Tatsache festhalten. Wie sehr das englische Geschichtsbild und die englische außenpolitische Willensbildung von der Idee des europäischen Gleichgewichts bestimmt wurde, ist allgemein bekannt. Wie eng die Verflechtungen zwischen Geschichtsbild und außenpolitischer Willensbildung in Rußland in der Vorstellung von Moskau als dem dritten Rom sich gestalten, ist neuerdings eingehend dargelegt worden. Es ließen sich noch viele historische Beispiele in reicher Fülle anführen, die aber den Rahmen dieser Skizze sprengen würden.

Es erhebt sich nun eine weitere Frage: Wie entstehen Gefährdungen des eigenständigen Geschichtsmythos oder Geschichtsbildes? Das Problem der Fremdüberlagerung soll hier nur genannt, nicht erörtert werden. Die Hauptgefahr liegt in einer falschen historischen Perspektive, in schiefen geschichtlichen Vergleichen, vor allem aber in der geschichtswidrigen Auffassung vom gesetzlichen Phasenablauf der Kulturen. Hier schleicht sich unbewußt der spätrömische Dekadenzgedanke in die Geschichtsbetrachtung ein. Ein Beispiel: bei dem augenblicklichen großen Kampf im Osten spricht man von einem deutschen Wall gegen die Bolschewisten, der mit dem Limes zu vergleichen wäre. Das Bild des Limes beschwört zunächst die historische Vorstellung von dem

vergeblichen Defensivkampf der Römer gegen die Germanen, dann aber auch indirekt die kulturphilosophische Theorie Oswald Spenglers von der notwendigen Verfallszeit der abendländischen Kultur. Abgesehen von der unmöglichen rassengeschichtlichen Voraussetzung dieses Vergleichs wird der haarsträubende historische Unsinn sofort klar, wenn man das Verhältnis Rußlands zu Japan und überhaupt Ostasien betrachtet. Bei diesen historischen Vergleichsversuchen hat man, abgesehen von den zeitgeschichtlichen Abständen, immer das peinliche Gefühl, daß Unvergleichbares miteinander verglichen wird. Rassen und Völker sind schließlich eigenständig, sie können nicht zwanghaft in eine gesetzlich ablaufende Kulturenfolge hineingepreßt werden.

Die politische Gefahr dieser Geschichtsauffassung ist aber nicht mit solchen wissenschaftstheoretischen Einwänden beseitigt, sondern sie liegt in der Bedrohung unseres geschichtlichen Bildes von der Zukunft. Wie kann ein Deutscher bei dieser negativen Zukunftszeichnung noch aufrecht und froh „für" die „Zukunft" unseres Volkes arbeiten? Bei dieser negativen Geschichtssicht beginnt das politische Interesse zu erlahmen und sich in zahlreichen und belanglosen Meinungsstreitereien zu zerfasern. Es gewöhnt sich jeder daran, das innenpolitische wie außenpolitische Geschehen fatalistisch eben hinzunehmen, ohne aktiv daran teilzunehmen und vor allem mitzuarbeiten. Dies ist der Krebsschaden des Bürgertums der vergangenen Zeit gewesen. Es war zu kraftlos für ein festes Zukunftsbild, während Sozialdemokratie und Kommunismus sozusagen „patentierte" und „gesetzliche" Zukunftsbilder hatten. Auch hier erkennt man: politische Aktivität entzündet sich nur an einer klaren Überzeugung einer zukünftigen geschichtlichen Bestimmung. Ist diese Überzeugung nicht vorhanden, erlahmt die Entschlossenheit zum Handeln. Politischer Einsatz ist nur mit einem festen Ziel möglich. Politische Ziele können nur von der Geschichte her aufgestellt, erkannt und verstanden werden. Das Geschichtsbild beeinflußt somit unmittelbar die politische Willensbildung, insbesondere die außenpolitische Willensbildung.

Der Geschichtsmythos bedeutet Unendliches für das Volksethos in außenpolitischen Krisenzeiten. Man wird dem Führer in späteren Jahrhunderten einst besonders dafür dankbar sein, daß er gegenüber der fatalistischen Geschichtsstimmung nach dem Weltkriege die deutsche und die europäische Geschichte wieder für eine freie und klare Zukunft geöffnet hat. Wenn *Oswald Spengler* den Untergang des Abendlandes voraussagen wollte, so werden spätere Jahrhunderte dagegen im Führer den Retter des Abendlandes und Erneuerer Europas sehen, der zugleich die morsche westeuropäische Zivilisation zerschlug. Gerade diese aus weltgeschichtlicher Perspektive gewonnene Zukunftssicht des Führers beweist, wie außenpolitische Willensbildung und Geschichtsbild ursächlich zusammenhängen. Das Geschichtsbild hat eine geschichtsformende Kraft. Das Geschichtsbild ist eine Macht in der Außenpolitik. *Rudolf Levin*

Die Kriegsleistung des Volksdeutschtums

Auf dem Wege zu einem politischen deutschen Volksbegriff, der Reichs- und Volksdeutschtum in gleicher Weise umfaßt, bedeuten die Prüfungen und Opfer dieses Krieges einen entscheidenden Markstein. Die Bluts-, Sprach- und Kulturgemeinschaft aller Deutschen umschließt die wesentlichen objektiven Merkmale des deutschen politischen Volksbegriffes. Wirksam werden aber diese

Kräfte erst im subjektiven Bekenntnis jedes einzelnen zu dieser Gemeinschaft als gegenständliche politische Ordnung. Die deutschen Volksgruppen Südosteuropas haben im letzten halben Jahrhundert eine ungleich tiefgreifendere revolutionäre Entwicklung durchgemacht als das Reichsdeutschtum. Diese Entwicklung ist heute noch nicht abgeschlossen, doch läßt sich die zukünftige Gestalt bereits ahnen. Im vollen Bewußtsein, den im einzelnen recht komplizierten Verhältnissen nicht ganz gerecht zu werden, erscheint uns als vorherrschendes Kriterium der gegenwärtigen Situation der Übergang von der Organisationsarbeit der Volksgruppenführung zur Vereinung aller Volksgruppenangehörigen in einer einheitlichen und gemeinsamen Aufgabe des Gesamtdeutschtums. Der Blutsgemeinschaft tritt somit die Arbeits- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen zur Seite. Erst in dem aktiven Bekenntnis erfährt der politische deutsche Volksbegriff seine reale und konkrete Ausprägung. Man mag die geistigen und weltanschaulichen Bindungen so hoch wie irgend möglich veranschlagen, wenn aber in einer Zeit der größten Kraftanstrengung des Deutschen Reichs sich das Volksdeutschtum allein auf die Erhaltung und Pflege der geistigen und sittlichen Werte beschränken würde, hätte es seine Bewährungsprobe im politischen Sinne nicht bestanden. Man wird einwenden, daß der Volkstumskampf in Vergangenheit und Gegenwart diese Bewährungsprobe ohnedies in sich schließt. Zugegeben, daß mancher Reichsdeutsche, der sein Lebtag am warmen Ofen seiner binnendeutschen Heimat gesessen hat und sich der Bedeutung seines Deutschtums kaum jemals bewußt geworden ist, in politischer Hinsicht weit hinter dem Durchschnittsvolksdeutschen steht, der fast Tag für Tag den Versuchungen, durch Umvolkung materielle Vorteile zu ernten, widerstehen muß. Der eigentliche Volkstumskampf ist aber dennoch immer nur die Angelegenheit einer kleinen Führungsgruppe der Aktivisten gewesen, die oftmals, von ihren eigenen Volksgenossen verlassen oder gar verraten, die ganze Verantwortung auf ihre Schultern nahm. Sie ist etwa vergleichbar den Nationalsozialisten in der Kampfzeit, aber hier wie dort war es das Ziel, am Ende alle positiven Kräfte des Volkes für die Idee zu gewinnen und den letzten Mann zur Mitarbeit am Ganzen heranzuziehen. Welcher unendlichen Mühe und Arbeit an Erziehung und Schulung hat es bedurft, um die Masse des deutschen Reichsvolkes nach der Machtergreifung zu einer echten Gemeinschaft zusammenzuschließen. Wo andere Mittel versagten, konnte der Staat mit seinem Zwangsapparat eingreifen. Gerade dies ist aber den Volksgruppenführungen versagt. Sie sind in jedem einzelnen Fall auf die freiwillige Mitarbeit und Einsatzbereitschaft angewiesen.

Die Totalität des Kriegsgeschehens als gesamteuropäischer Einsatz und die Erkämpfung der europäischen Führung durch das Reich haben es nun mit sich gebracht, daß für die deutschen Volksgruppen die praktischen Möglichkeiten bestehen, sich an diesem Kampf an der Front und in der Heimat in gleicher Weise wie das Reichsvolk zu beteiligen. Jetzt erst kann von einem Gesamteinsatz des ganzen deutschen Volkes für eine gemeinsame Sache gesprochen werden. Die Idee der politischen Gemeinschaft des deutschen Volkes erfährt hierdurch erstmalig ihre praktische Verwirklichung. Jeder einzelne, ob er nun der Hoheit des Deutschen Reiches oder der eines anderen Staates untersteht, ist aufgerufen und verpflichtet, seinen Beitrag im Kampf für den Sieg zu leisten. Die Organisationen der Volksgruppen haben dafür gesorgt, daß auch dem letzten deutschen Volksgenossen diese Schicksalsverbundenheit vor Augen geführt wird, und daß keiner mehr außerhalb der politischen Gemeinschaft der Deutschen stehen kann, wenn er sich in sprachlicher und kultureller Hinsicht zum Deutschtum bekennt und deutschen Blutes ist.

Es muß wohl an dieser Stelle einmal darauf hingewiesen werden, daß der europäische Freiheitskrieg der Gegenwart zum erstenmal in der deutschen Geschichte den Einsatz des gesamten europäischen Deutschtums unter einem Willen und für ein Ziel verwirklicht. Nicht wenige der großen europäischen Entscheidungen der Vergangenheit sind im Kampf Deutscher gegen Deutsche erzwungen worden, und auch im ersten Weltkrieg kämpfte noch ein Teil des Deutschtums gezwungenermaßen auf seiten der Feinde, abgesehen davon, daß das Deutsche Volk im Reich und in der österreichisch-ungarischen Monarchie jeweils verschiedene staatspolitische Ziele mit dem Kriegseinsatz verband. Heute sind Volks- und Staatspolitik eins. Am Ende dieser Entwicklung wird die in der nationalsozialistischen Weltanschauung geeinte politische Gemeinschaft des deutschen Gesamtvolkes stehen. Dies bedeutet, daß dann auch die letzten Gefahren beseitigt sind, die einen Zerfall dieser politischen Gemeinschaft bewirken könnten. Wir sehen diese Gefahren im wesentlichen in einem vertikalen und in einem horizontalen Moment. Das erste hat der Führer der deutschen Volksgruppe in Rumänien, *Andreas Schmidt*, in einer Rundfunkansprache vom 23. Oktober 1940 in wenigen treffenden Worten gekennzeichnet: „In der Zeit des Partikularismus, als im Reich die einzelnen Provinzen selbständige Machtgebilde waren, glaubten auch viele Volksgruppen ein eigenständiges Leben führen und als selbständiges Volk gelten zu können. Da das Mutterland im Kampf um die eigene Volkwerdung stand, konnte es nicht im entsprechenden Maße die Fürsorge für die verstreuten Volksgenossen übernehmen." Ebenso wie es politisch keinen österreichischen Menschen gegeben hat und gibt, können wir — dies folgt aus den Worten des Volksgruppenführers — keinen Siebenbürger Sachsen, keinen Banater Schwaben, kein ungarländisches Deutschtum in politischer Hinsicht bei aller Wahrung stammlicher und landschaftlicher Eigenart anerkennen. Im politischen Bereich existiert nur ein einziges deutsches Volk, für das die nationalsozialistische Lebenshaltung und Lebensform bindend ist. Während der erste Weltkrieg für das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen die Bedeutung eines gewaltigen Weckrufes hatte und jene Kräfte mobilisierte, die im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte die Sammlung und Organisierung der Volksgruppen ermöglichte, vollendet sich im gegenwärtigen Weltkrieg der Bau der politischen deutschen Volksgemeinschaft. Auf die rechtlichen Folgerungen, die sich aus der inzwischen geschaffenen und der zukünftigen Lage ergeben, sei an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen, da sich auf diesem Gebiet gleichfalls eine so grundlegende Wandlung anbahnt, daß eine nebensächliche Behandlung der Frage nicht zur Klärung, sondern höchstens zur Verwirrung beitragen würde. Eines können wir jedoch jetzt schon feststellen: daß die Grenzen zwischen dem Reichs- und dem Volksdeutschtum immer undeutlicher werden, da die politische Volksverfassung hier wie dort den gleichen Formen der nationalsozialistischen Gliederung folgt.

Ungleich schwieriger als die Überwindung des regionalen und stammlichen Sonderbewußtseins in seiner geschichtlich gewordenen Ausprägung erscheint jedoch der Ausgleich dessen, was wir als horizontales Moment bezeichneten. Hier stoßen wir vorwiegend auf psychologische Vorgänge, die einer exakten Beschreibung schwer zugänglich sind. Am deutlichsten läßt sich das Phänomen vielleicht am ungarländischen Deutschtum (aus dem Trianon-Ungarn) erkennen. Es geht, um es mit einem Wort zu sagen, um die Erweckung des Deutschen Reichsbewußtseins. Als die Siedler des 17. und 18. Jahrhunderts in die von den Türken verwüsteten Landstriche des Donaubeckens strömten und unter schwierigsten Bedingungen mit der Urbarmachung der heutigen fruchtbaren Gebiete begannen, war es allein die verwaltungsmäßige Fürsorge der Monarchie, die ihre Sonder-

stellung gegenüber dem Fremdvolkstum begründete. Was diesen Siedlern fehlte, war ein politisches Reichsbewußtsein. Sie konnten es aus der Heimat nicht mitbringen, da das Reich selbst darniederlag und die Habsburgermonarchie ihre größere deutsche Aufgabe um diese Zeit erst langsam zu begreifen begann. Mit dem Erstarken der ungarischen Reichshälfte und insbesondere durch die Anziehungskraft der ungarischen Reichsidee gingen auch die wenigen vorhandenen Ansätze des deutschen Reichsbewußtseins verloren. So kam es, daß zum Ende des 19. Jahrhunderts, in dem das deutsche Heimatvolk sein neues Reich gründete, das Volksdeutschtum zu diesem Reich keine innere Bindung besaß. Das Streben der deutschen Volksführer ging zunächst dahin, die Masse der volksdeutschen Bauern vor der drohenden Entvolklichung zurückzureißen und wenigstens wieder ein kulturelles Zusammengehörigkeitsbewußtsein zu erwecken. Dies vollzog sich gerade in jenen Jahren, da das Reichsvolk nach dem ersten Weltkriege seine endgültige politische Formung im Nationalsozialismus erkämpfte. Mit wenigen Ausnahmen blieb diese geistige und politische Auseinandersetzung dem Volksdeutschtum unbekannt. Es wurde vielmehr erst nach der Machtergreifung und der Schaffung des Dritten Reichs mit deren Ergebnissen bekannt. In wenigen Jahren mußte nun jene Entwicklung nachgeholt werden, für die das Reichsvolk Jahrzehnte gebraucht hatte. Hier stehen wir heute und glauben, daß der Kriegseinsatz auch die Lösung dieses Problems mit sich bringen wird. Denn der junge volksdeutsche Soldat, der in den Reihen der Waffen-ᛋᛋ mit den reichsdeutschen Kameraden zusammen am Feind steht, wächst fast unmerklich in die politische Gemeinschaft aller Deutschen hinein und verliert damit jene gewisse politische Unmündigkeit, die ihm bislang noch anhing.

In diesem Rahmen wollen und müssen wir die Kriegsleistungen der deutschen Volksgruppen betrachten und werten. So bedeutsam der materielle Beitrag im einzelnen ist, so wird er doch bei weitem übertroffen durch den Gewinn an politischer Reife, der mit dem Gesamteinsatz in Front und Heimat verbunden ist.

Zuvor ein Wort über die organisatorische Arbeit der Volksgruppenführungen.

Je nach dem Verhältnis der einzelnen Volksgruppen zum Staatsvolk und seiner Staatsidee konnte die organisatorische Gliederung mehr oder weniger übereinstimmend mit den Organisationsformen des Reichsdeutschtums in der nationalsozialistischen Bewegung erfolgen. Besonders weit fortgeschritten ist der Prozeß der Angliederung an das Reichsdeutschtum in Rumänien, Kroatien und der Slowakei. Wie *Arnold Weingärtner**) hervorhebt, bedeutet die Angleichung in den Organisationen im wesentlichen eine Angleichung an den Geist des nationalsozialistischen Reiches. Er hält diesen Prozeß für noch nicht abgeschlossen und stellt die Aufgabe, auf dem friedlichen Weg der Durchdringung die einzelnen Volksgruppen bis in ihre letzten Lebensäußerungen mit dem neuen Geist zu erfüllen. Eine besondere Rolle spielt naturgemäß die Stellung der Schule, denn nur dort, wo die Volksgruppe selbst die Möglichkeit hat, bei der Erziehung der Jugend das entscheidende Wort mitzureden, werden die äußeren Organisationsformen auch ihren nationalsozialistischen Inhalt empfangen können. Immerhin ist auf organisatorischem Gebiet in wenigen Jahren der sichtbarste Fortschritt erzielt worden. Wer heute eine Volksgruppenführung besucht und das Organisationsschema betrachtet, findet, wenn auch bisweilen mit anderen Bezeichnungen, die wichtigsten Gliederungen vor, wie er sie aus dem Leben der NSDAP. aus dem Reich gewöhnt ist. Insbesondere, was den Berufssektor anlangt, sind weit-

*) Arnold Weingärtner, „Die deutschen Volksgruppen im Umbau", in der Zeitschrift „Nation und Staat", November 1942.

gehend Parallelen vorhanden, aber auch in Presse und Propaganda, im Fürsorgewesen, Jugenderziehung werden die Grundsätze der NSDAP. beachtet.

Man kann gewiß bereits heute feststellen, daß in irgendeiner Form jeder Volksdeutsche organisatorisch erfaßt ist und seinen bestimmten Platz in der Gliederung der Volksgemeinschaft besitzt.

Bereits im ersten Kriegsjahr meldeten sich aus allen Volksgruppen freiwillig zahlreiche junge Männer für den Dienst in der deutschen Wehrmacht bzw. in der Waffen-SS, unter ihnen vor allem Studenten, die bereits im Reich lebten oder eigens zu diesem Zweck nach Deutschland kamen. Gemessen jedoch an der Gesamtheit der Kriegsdienstfähigen handelte es sich bei diesen ersten Kontingenten nur um Sonderfälle, dies um so mehr, als bestimmte Absprachen zwischen dem Reich und den Südoststaaten hinsichtlich des Kriegseinsatzes der Volksgruppen noch nicht bestanden. So bedeutete vor allem im Carol-Rumänien der Waffendienst in der deutschen Wehrmacht für jeden einzelnen Volksgruppenangehörigen ein ganz besonderes Opfer. Mit der Zeit jedoch fanden die Probleme des Fronteinsatzes des Volksdeutschtums eine gewisse zwischenstaatliche Regelung. Den entscheidenden Anstoß dazu gab der Ostfeldzug. Mit dem Deutschen Reich standen vom Anfang an gerade jene drei südosteuropäischen Staaten im Kampf gegen den Bolschewismus, die die größten deutschen Volksgruppen beherbergen. Für die volksdeutschen Männer erhob sich nunmehr erst recht die persönliche und politische Frage, wo sie ihren Kriegseinsatz leisten sollten. Wer könnte es nicht jedem einzelnen von ihnen nachfühlen, daß er am liebsten in der vergötterten deutschen Wehrmacht gedient hätte. Fühlte er sich doch dort nicht nur als Kamerad unter Kameraden, sondern vor allem eingeschlossen in die deutsche Blut- und Kampfgemeinschaft als stärkstem ethischen Rückhalt. Wiederum folgten viele der Stimme ihres Herzens. Aber auf der anderen Seite durfte eine solche Entwicklung nicht zu weit greifen, da die fremden Staatsführungen doch auch in ihren Mobilisierungsmaßnahmen mit dem Volksdeutschtum rechneten. So hat sich dann insbesondere die deutsche Volksgruppenführung in Rumänien im vergangenen Jahr mit ihrem gesamten Propagandaapparat dafür eingesetzt, daß die waffenfähigen Volksdeutschen sich der rumänischen Wehrmacht stellen. Im Bewußtsein der gemeinsamen Pflichterfüllung hat das Volksdeutschtum nach dieser Weisung gehandelt. Beispielgebend gingen die Mitglieder der Volksgruppenführung mit dem Volksgruppenführer an der Spitze voran. Am Pruth, vor Odessa, in der Krim und jenseits des Don, überall wo rumänische Truppen im Kampf stehen, finden wir in ihren Reihen unsere volksdeutschen Kameraden, die oft über die militärischen Leistungen hinaus noch wertvolle Dolmetscher-Verbindungsdienste zu den deutschen Einheiten leisten. Im ganzen stehen somit 30 000 Volksdeutsche an der Front. Darüber hinaus ist die deutsche Volksgruppe unermüdlich an der Heimatfront tätig. 10 000 Volksdeutsche sind in den Rüstungsbetrieben mobilisiert, etwa 4000 Jugendliche im Landdienst eingesetzt, 30 000 stehen im Heimatdienst und sind jederzeit bereit, wo Hilfe notwendig ist, einzugreifen. Das gleiche wie von Rumänien gilt vom Dienst der deutschen Volksgruppenangehörigen Ungarns in der Honved und der deutschen Volksgruppenangehörigen in der slowakischen Wehrmacht. Voran in Ungarn, aber auch in anderen Staaten wurde im zwischenstaatlichen Einverständnis gleichzeitig einigen zehntausend waffenfähigen Volksdeutschen die Möglichkeit gegeben, in die Reihen der Waffen-SS zu treten. Die wehrfähigen Volksdeutschen des serbischen Banats haben eine eigene SS-Division „Prinz Eugen“ aufgestellt. Besondere Verhältnisse gelten für die deutsche Volksgruppe in Kroatien. Hier erforderte der Abwehrkampf des kroatischen Volkes und der deutschen

Volksgruppe gegen kommunistische Wegelagerer und Banditen eine sofortige Selbsthilfe mit der Waffe. Die deutsche Einsatzstaffel (ES.), im vergangenen Jahr aufgestellt, blickt bereits auf ein Jahr harter und entsagungsvoller Kämpfe in allen Teilen des Unabhängigen Staates Kroatien zurück. An der Seite der kroatischen und deutschen Wehrmacht eingesetzt, hat die ES. mehrfach dazu beigetragen, daß die deutschen Siedlungsgebiete Slawoniens und Syrmiens von nachhaltigen Störungen durch das Banditenwesen frei gehalten werden konnten. Während es heute noch nicht an der Zeit ist, über Einzelheiten des militärischen Einsatzes der deutschen Volksgruppen und insbesondere über die im Kampf erlittenen Verluste zu berichten, so sollen doch wenigstens als Beispiel für andere hier die Verluste der Volksgruppe in Kroatien für die Zeit vom 1. Februar bis zum 10. September 1942 genannt werden. In der ES. sind gefallen 4 Führer, 45 Männer, verwundet 1 Führer, 1 Unterführer, 46 Männer. In den deutschen Truppen der kroatischen Landwehr sind gefallen 15 Männer, verwundet 8, vermißt 1 Mann. Die deutsche Mannschaft im Ortsschutz verlor 40 Männer und einen Verwundeten. Diese Übersicht zeigt zugleich, daß das Volksdeutschtum in Kroatien auch in der kroatischen Wehrmacht seinen Mann gestanden hat und daß es in einer oft schwierigen und aussichtslosen Lage Haus und Hof gegen die Banditen im rasch organisierten Ortsschutz verteidigte.

Wer heute in ein volksdeutsches Dorf kommt, wird auf den ersten Blick feststellen müssen, daß die wehrfähige Mannschaft 100% im Felde steht. Die Arbeit zu Hause wird verrichtet von der Frau, den Kindern und Greisen. Trotz dieser erheblichen Einbußen an Arbeitskraft haben die deutschen Volksgruppen sich beispielhaft an die Spitze der Erzeugungsschlacht in Südosteuropa gestellt. Wenn Reichsmarschall *Göring* in seiner Rede zum deutschen Erntefest dem deutschen Bauern den Dank des Volkes für seine Leistung zum Ausdruck brachte, so können die volksdeutschen Bauern im Südosten mit Recht diesen Dank auch auf sich beziehen. Die Volksgruppenführungen haben nicht nur mit Aufrufen ihre Bauern zu erhöhtem Einsatz aufgefordert, sondern sind mit organisatorischen Maßnahmen überall dort eingesprungen, wo Lücken waren und wo sich die Arbeit besonders stark häufte. So hat die deutsche Volksgruppenführung in Rumänien alle Schüler und Schülerinnen von 15 bis 18 Jahren verpflichtet, zwei Monate lang Erntedienst zu leisten, die DJ. (Deutsche Jugend) führte diese Erntehilfelager im ganzen Lande durch. Das deutsche Frauenwerk hat für jede Frau bis zum 50. Lebensjahr die Verpflichtung ausgesprochen, für 14 Tage zum Dienst an der Heimatfront anzutreten, sofern sie nicht selbst eine Bauernwirtschaft betreibt, ihr Mann nicht eingerückt ist und sie nicht kleine Kinder zu betreuen hat. So haben die deutschen Bauern Südosteuropas im abgelaufenen Jahr getreu ihrer Verpflichtung, die sie einst schon als Siedler übernahmen, als sie unfruchtbares Land urbar machten, wiederum ihrer fremdvölkischen Umgebung zum Vorbild an der gemeinsamen Aufgabe der Ernährungsfreiheit des deutschen Volkes und Europas mitzuhelfen. Nur anbei sei erwähnt, daß Feldbestellung und Ernteeinbringung oft im Wege des gerade vom Südostdeutschtum besonders entwickelten und gepflegten Nachbarschaftswesens durchgeführt wurden. Auch das Genossenschaftswesen erfreut sich in den deutschen Volksgruppen Südosteuropas eines beachtlichen Hochstandes. Wie keine andere ist diese Wirtschaftsform für die Bedürfnisse der Volksgruppen geeignet und in Notzeiten eine geradezu unentbehrliche Hilfe für den einzelnen.

Wie sehr die Volksgruppenführungen jedoch auch in anderer Hinsicht bemüht sind, die Verbindung zwischen Front und Heimat zu pflegen und den Frontsoldaten mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß er sich in allen Lagen auf die

Hilfe der Heimat verlassen kann, geht aus zahlreichen neu geschaffenen Einrichtungen hervor, über die uns besonders aufschlußreich die deutsche Volksgruppenführung in Rumänien unterrichtet. In einer kleinen Broschüre „Der Frontsoldat" hat diese Volksgruppenführung für den Soldaten an der Front ein vorbildliches Mittel geschaffen, ihn in seiner Kampfbereitschaft und in seinem Mut zu bestärken. Die Broschüre enthält eingangs eine Schilderung all dessen, was die Volksgruppe in der Heimat getan hat und tut, um für jeden einzelnen die Kriegsanstrengungen zu erleichtern bzw. die Gemeinschaftsleistung zu stärken. (Der größte Teil der Broschüre ist dann praktischen Winken gewidmet sowie ernster und leichter Unterhaltung.) Aus der Zusammenstellung der Volksgruppenführung geht hervor, daß von den Erträgnissen des WHW. in erster Linie die sogenannte Soldatenhilfe eingerichtet wurde. Aus dieser Soldatenhilfe sollen die Hinterbliebenen der Gefallenen unterstützt werden, und zwar weit über das hinaus, was an staatlichen Mitteln zur Verfügung gestellt wird. Im Rahmen dieser Soldatenhilfe sind bisher rund 20 000 Volksgenossen betreut worden. Daneben laufen unabhängig die Unterstützungen der NSV. der Volksgruppe, das Hilfswerk Mutter und Kind, die Erntekindergärten usw. Als besonderen Ausdruck des Dankes, den die Heimat ihren kämpfenden Söhnen abzutragen bemüht ist, hat der Volksgruppenführer *Andreas Schmidt* außerdem noch das Hilfswerk „Kriegspatenschaften und Adoptionen" ins Leben gerufen. Diese neue Einrichtung soll Kriegspatenschaften, Pflegestellen, Adoptionen, Vormundschaften und einmalige Ausbildungs- und Ausstattungsbeihilfen errichten und vermitteln. Andere Volksgruppenführungen haben in ähnlicher Weise für die Hinterbliebenen der Gefallenen gesorgt und Einrichtungen ins Leben gerufen, deren Tätigkeiten sich in den nächsten Jahren auswirken werden. In einer Rundfunkansprache im Rahmen der volksdeutschen Sendung in Budapest hat der Propagandaleiter der deutschen Volksgruppe in Ungarn die Bedeutung aller dieser Anstrengungen in folgende Worte zusammengefaßt: „In unserer Volksgruppe wurden Kräfte geweckt, die sie selbst zu jeder Leistung und zum Ertragen der größten Opfer befähigen. Die Heimat wird zunehmend soldatischer. Es ist oft ergreifend zu hören und zu erleben, wie Väter und Mütter, Männer und Frauen, die ein Opfer des Krieges zu beklagen haben, es in würdiger und stolzer Trauer tun. Und wie oft begegnet man Eltern, die stolz sind auf ihren Jungen, weil er sich tapfer geschlagen hat und dafür eine ungarische Auszeichnung oder das Eiserne Kreuz erhielt. Einige Angaben mögen die Anstrengungen der Heimat veranschaulichen: Im Gebiet Buchenland, das zu den ärmsten und vielleicht schwierigsten Gebieten zählt, wurden 22 282 Arbeitsstunden für den wirtschaftlichen Kriegshilfsdienst geleistet. Im Gebiet Mitte 12 068 Arbeitsstunden, in Siebenbürgen in den Monaten Juni und Juli 84 919 Arbeitsstunden. Im Gebiet Westungarn 25 610 Arbeitsstunden, wovon die Ortsgruppe Ödenburg 12 425 Stunden Arbeitseinsatz leistete." Außerdem berichtete der Propagandaleiter von 400 Erntekindergärten, die im ganzen Land verteilt sind, ebenso wie von der Woll- und Wintersachensammlung des Jahres 1942. Die deutsche Volksgruppe in der Slowakei veranstaltete für die Front eine Büchersammlung, die deutsche Volksgruppe in Ungarn nahm im vergangenen Jahr 8500 Jungen und Mädel der luftgefährdeten Gebiete von Hamburg und Westfalen für mehrere Wochen auf. Ganz erstaunliche Ergebnisse haben die WHW.-Sammlungen der Volksgruppen in den letzten Jahren zu verzeichnen. Allenthalben steigerten sich die Leistungen von einem Jahr zum anderen um 60—80%. So ergab das WHW. der deutschen Volksgruppe in Rumänien 1941/42 den Betrag von 124 421 040 Lei, was eine Steigerung um 62% gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Das WHW. in

Ungarn brachte 700 000 Pengö mit einer Steigerung von 50% gegenüber dem Vorjahre. Das WHW. in der Slowakei mit 4,1 Millionen Ks sogar eine Steigerung um 82%. Bei der Eröffnung des 3. WHW. der deutschen Volksgruppe in der Slowakei 1942/43 war der Staatspräsident Dr. Tiso persönlich anwesend. Die deutsche Volksgruppe in Kroatien führte im vergangenen Winter zum erstenmal ein Winterhilfswerk durch.

Aus allen diesen Zahlen spricht ein unendlicher Fleiß und eine so überwältigende Opferbereitschaft, wie man sie von einer rein bäuerlichen Bevölkerung erfahrungsgemäß mit ihrem geringen Bargeldvermögen kaum jemals hätte erwarten können. Nur der, der seit Jahren die Entwicklung der deutschen Volksgruppen aufmerksam beobachtet, kann ermessen, welche unglaubliche Entwicklung sich hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt. Was waren die deutschen Volksgruppen vor 8 oder 10 Jahren und was sind sie heute? Gemeinsame Not und gemeinsames Opfer haben in den letzten Jahren mehr vollbracht an seelischem und politischem Gewinn als Jahrzehnte eines friedlichen und satten Lebens. Von der Front zur Heimat spannt sich der Bogen der völkischen Gesamtleistung, der hier noch die tiefere Bedeutung einer festen und unzerreißbaren Verbindung mit dem Reichsvolk gewinnt, ein Vorgang von geschichtlicher und zukunftweisender Bedeutung. *Franz Ronneberger*

„Von Versailles bis München" in chinesischer Beleuchtung

Im Verlag der Commercial Press (dies ist die englische Wiedergabe des chinesischen Firmennamens Scháng-wu-yín-schu-gwan), einer der größten, modern organisierten chinesischen Verlags- und Druckereiunternehmungen, erscheint seit dem Jahre 1903 eine Halbmonatsschrift unter dem Namen „Dúng-fang-dsá-dschï" (Eastern Miscellany), bis 1937 (Besetzung Schanghais durch die Japaner) in Schanghai, später in Hongkong (jetziger Erscheinungsort unbekannt). Diese Zeitschrift gehört (oder gehörte) zu den angesehensten ihrer Art in China, übrigens war *Li Scheng-wu*, der künftige Botschafter Wang Ching-wei's in Berlin, jahrelang ihr Hauptschriftleiter. Eastern Miscellany verdiente ihren Ruf vollkommen, die Zeitschrift hat ein hohes geistiges Niveau und bietet viel, Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft, Finanzen, Geschichte, Technik, Soziologie, Geisteswissenschaften usw. usw., dazu eine Anzahl Illustrationen und ein gutes Feuilleton. Außenpolitisch bemühte sie sich möglichst neutral zu sein, zeigte aber, zum mindesten in den letzten Jahren, eine unverkennbare Hinneigung zu den „Demokratien" und ein gewisses Wohlwollen für Sowjetrußland. Dem Nationalsozialismus und Faschismus stand sie ablehnend gegenüber, Deutschland fiel schon 1936 in Ungnade, als es mit Japan den Antikominternpakt schloß. Diese antideutsche Haltung verstärkte sich nach Ausbruch des Konflikts mit Japan im Sommer 1937, obwohl das Reich in diesem Konflikt neutral blieb, und Italien erging es nicht besser, da es ja auch dem Antikominternpakt beigetreten war.

In ihrer Ausgabe vom 1. März 1939 bringt die Dúng-fang-dsá-dschï einen Beitrag ihres Londoner Korrespondenten Lo Bau-tsö, datiert vom 7. Dezember 1938, also zehn Wochen nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens, und etwa 1½ Jahre seit Ausbruch des japanisch-chinesischen Konflikts. Der lange Artikel — 20 große, ziemlich eng bedruckte Seiten — ist in glänzendem Stil geschrieben; da er für chinesische Leser bestimmt ist, die mit europäischer Politik weniger vertraut sind, bringt er viel Einzelheiten, die uns Europäern natürlich genau bekannt sind. Unter dem Titel „Von Versailles bis München" gibt *Lo* einen Überblick über die Entwicklung der Dinge in Europa in den zwanzig

Jahren von Ende 1918 bis 1938; er ist sichtlich bestrebt, dabei möglichst objektiv zu sein, und man muß ihm zubilligen, daß er die Tatsachen nicht fälscht, nicht lügt, auch nicht schimpft. Aber andererseits ist nicht zu verkennen, daß der Berichterstatter alles sehr durch die englische Brille sieht, vor allem fällt auch wiederholt eine starke Animosität gegen die Führer des deutschen und italienischen Volkes auf, die ihm, dem Demokraten, als „Diktatoren“ höchst unsympathisch sind. Trotz dieser Voreingenommenheit dürfte eine Besprechung des Aufsatzes für den deutschen Leser doch von Interesse sein, eben weil der Autor als Chinese die Dinge doch von einem anderen Standpunkt sieht, und ferner auch, weil man sagen kann, daß damals zum mindesten das gebildete chinesische Publikum in seiner großen Mehrheit seine Auffassungen teilte.

Einleitend bezeichnet der Autor die Jahre 1935 bis 1938 als die Zeit des zweiten Weltkriegs, wobei man unter „Krieg“ nicht nur den Kampf mit der Waffe verstehen dürfe. Die Stadien dieses Krieges sind für ihn die Besetzung Abessiniens durch Italien, die Remilitarisierung des Rheinlands, der spanische Bürgerkrieg und die Angliederung Österreichs und des Sudetenlandes. München war der Friedensschluß dieses Krieges; alle Beteiligten behaupteten, Sieger zu sein, tatsächlich war es Deutschland, in England und Frankreich kam es bald zur Ernüchterung, beide merkten, daß sie einen zu hohen Preis für den Frieden gezahlt hatten. Der chinesische Journalist sieht die Ursachen, die zu diesem paradoxen Ergebnis geführt haben, in der geschichtlichen Entwicklung der letzten zwanzig Jahre, die er ausführlich darlegt. Er beginnt mit einem wehmütigen Nekrolog auf die Weimarer Republik, die ihm als „Demokratie“ sympathisch war, und ist objektiv genug, den Wortbruch *Wilsons* und die rachsüchtige Haltung *Clemenceaus* sowie die zur Ruhrbesetzung führende erpresserische Nachkriegspolitik Frankreichs (und Belgiens) zu verurteilen. Kennzeichnend ist, daß gegen England bzw. *Lloyd George* kein Vorwurf erhoben wird, obwohl England in Versailles keine bessere Rolle spielte als seine Bundesgenossen, auch Wilson wird nur ganz nebenher erwähnt und als weltfremder Professor bezeichnet. Locarno hätte ein Wendepunkt werden können, aber es kam nicht zur allgemeinen Abrüstung, und Frankreichs intransigente Haltung sowie die Weltwirtschaftskrise ebneten Hitler den Weg zur Macht. *Hitler* habe aber nicht nur Rüstungsgleichheit verlangt, sondern die Wiedererrichtung des „agressiven“ Deutschland der Zeit vor 1914 betrieben, er war entschlossen, den Vertrag von Versailles zu zerreißen und den von Locarno nicht zu respektieren. Zu dieser Politik brauchte er Bundesgenossen, als solche kamen nur Italien und Japan in Frage. Der Autor behandelt nun die Entstehung der Achse Berlin-Rom und des Antikominternpaktes, letzterer wird als ein Täuschungsmanöver hingestellt, der — zunächst nur zwischen dem Reich und Japan — geschlossene Pakt hätte in Wahrheit sich nicht gegen die UdSSR, sondern gegen die Demokratien gerichtet. Die zögernde, unentschlossene Haltung der beiden Westmächte wird gerügt, die Achse ist dem Autor im Innersten zuwider, er nennt sie friedensfeindlich, agressiv, dem Völkerrecht feindlich, der Faschismus, worunter der Nationalsozialismus inbegriffen ist, stehe gegen Demokratie und Sozialismus.

Aber, tröstet sich Herr Lo, nach dem *Gesetz des Gleichgewichts(!)* tritt der Kombination Deutschland, Italien, Japan sofort der Block England, Frankreich, USA, China und Sowjetrußland gegenüber, ähnlich wie vor 1914 die Tripelentente dem Dreibund. Schon England, Frankreich und die UdSSR wären ihren Gegnern überlegen, ihr gemeinsames Auftreten würde vielleicht auch ohne Blutvergießen Ruhe, Ordnung und Recht in Europa wahren. Diese Stelle ist geradezu erschütternd; für den Autor ist die „balance of power“ ein Naturgesetz, gegen das man nicht ungestraft verstößt, und ganz selbstverständlich ist die von England geführte Staatengruppe die Hüterin von Frieden und Völkerrecht. Wie steht es nun mit der Haltung der eben genannten Staaten? Frankreich, auch das der Volksfrontregierung, war geneigt, Deutschland entgegenzukommen, sah aber nach wie vor im Reich den Erbfeind. England als Stammland der Demokratie liebt den Faschismus nicht, aber als hochkapitalistisches Land ebenso-

wenig den Bolschewismus. Wie es in Ostasien aus Furcht vor der Emanzipation Chinas Japan freie Hand ließ, ließ es aus Furcht vor dem Kommunismus den Aufstieg Deutschlands zu, doch hielt es die Sowjets für weniger gefährlich, der Dreierpakt gefährdete die balance of power, und es entstand für England die Frage, ob es mit Sowjetrußland zusammengehen solle.

Chamberlain ging seinen eigenen, gefährlichen Weg. Er näherte sich weder Dreierpakt gefährdete die Balance of Power, und es entstand für England die bundes und wollte auch von der kollektiven Sicherheit nichts wissen, sondern aufrüsten, zugleich aber sich mit Deutschland und Italien verständigen. Er blieb also beim Anschluß Österreichs ruhig, verhielt sich passiv, als Frankreich und die Sowjets die Tschechoslowakei garantierten und als die Sowjetunion bei England, Frankreich, den USA und der Tschechei eine internationale Konferenz gegen die „Agressoren“ anregte. Später fand er ernstere Töne gegen Deutschland, ohne sich aber zu einem Eingreifen in Europa zu verpflichten. Er sah drei Möglichkeiten vor sich: 1. England rüstet auf, hält sich aber von allen Verwicklungen auf dem Kontinent fern. 2. England rüstet auf, schließt mit Frankreich eine Entente und löst Italien von der Achse. 3. England rüstet auf, bringt einen Viererbund mit Frankreich, Deutschland und Italien zustande, schaltet Rußland aus und begünstigt eventuell sogar die Verstärkung der deutschen Stellung im Osten, die schließlich zum deutsch-russischen Zusammenstoß führen muß. Man sieht, der Autor legt größten Wert auf die englische Aufrüstung, im übrigen ist er der Meinung, daß Chamberlain den dritten Weg eingeschlagen habe, und bespricht dann die Vorgänge bis zum Münchener Abkommen, ohne viel neues zu bieten. Der nun folgende Abschnitt trägt die Überschrift: „Die Sieger, die Besiegten und die Ausgeschlossenen von München.“ Jeder der vier Teilnehmer fühlte sich als Sieger, aber das ist offenbar unmöglich. Tatsächlich ging es in München um die Vorherrschaft in Europa. Italien gewann nichts und verlor nichts, es nahm nur an den Münchener Verhandlungen teil. Komplizierter liegt die Frage für England. Chamberlain persönlich gewann viel, in allen vier Ländern galt er bei der großen Menge als Friedensengel, er schob die Auseinandersetzung innerhalb der kapitalistischen Mächte hinaus und kam dem erträumten Viererbund näher. Der Staat England aber gab die kollektive Sicherheit, den Völkerbund und den Grundsatz der Balance of Power preis, überließ Deutschland die Vormachtstellung in Europa und legte dadurch den Grund zu viel ernsteren Konflikten mit dem Reich. Im ganzen gesehen verlor England nicht viel, gewann aber auch nichts. Unbestrittener Sieger war Hitler. Die Besetzung des Sudetenlandes bedeutete für Deutschland ein Plus von 30 Divisionen, für seine Gegner ein ebenso großes Minus. Die Unabhängigkeit der Tschechei war dahin, die gewaltige Festung im Herzen Europas gefallen, das Donautal kam wirtschaftlich unter deutschen Einfluß, und darüber hinaus noch der Balkan und die Türkei, wie alsbald die Reise des Reichsministers Funk bewies. Sieht man von den außereuropäischen Besitzungen ab, so gewann Deutschland alles wieder, was es im Weltkrieg verloren hatte (ist Herrn Lo wirklich nicht bekannt, was 1919 das Reich im Osten und Westen hatte aufgeben müssen?), ja, es bekam manches, was es im vorigen Krieg nicht erreicht hatte. Hitlers Prestige stieg gewaltig. Ende September 1938 hatte Deutschland eine entschlossene Haltung angenommen, aber das deutsche Volk, das indes nichts zu sagen hat (!), fürchtete eine neue Niederlage, und die demokratischen Parteien meinten, ihre Zeit käme nun bald. Nach Abschluß des Münchener Abkommens aber änderte sich das Bild gänzlich, der leicht errungene Sieg verscheuchte alle Kriegsgegnerschaft, das deutsche Volk betete den Kriegsgott wieder an, und Hitler war populärer denn je. Dies alles war kein Glück für Deutschland und noch viel weniger für Europa, aber niemand kann leugnen, daß Hitler einen großen Erfolg für sich buchen konnte. Ein Kommentar zu diesen grotesken Ausführungen erübrigt sich.

Frankreich war der große Verlierer, es verlor seine Stellung in Ost- und Mitteleuropa und sank zur Macht zweiter Ordnung herab. Sowjetrußland wurde, wie der Autor bedauernd feststellt, von den vier Mächten einstweilen aus dem

europäischen System ausgeschlossen, obwohl es für Krieg und Frieden in Europa wie in Ostasien doch von größter Bedeutung ist. Stalin selbst hätte nicht gut nach München kommen, wohl aber einen Vertreter schicken können.

Der Autor schildert dann die europäische Lage unmittelbar nach München, und zwar ziemlich pessimistisch. Bemerkenswerterweise sagt er offen, England habe sofort mit der Aufrüstung begonnen und die Tschechoslowakei nur geopfert, um Zeit zu gewinnen, während in Frankreich die Stimmung niedergeschlagen gewesen sei, wie nach dem preußisch(!)-französischen Krieg 1870/71. Immerhin hätten die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich verbessert, die zwischen dem Reich und England aber verschlechtert, während umgekehrt Italiens Beziehungen zu England leidlich, zu Frankreich aber sehr schlecht waren. Im ganzen blieb die Lage gespannt, und der Autor hält es für wahrscheinlich, daß späterhin England und Frankreich ihre Hände dem zur Zeit (in München) verstoßenen Freund wieder entgegenstrecken werden, hat doch selbst Polen sich der Sowjetunion genähert! Eine für Demokratie und Freiheit kämpfende Front England, Frankreich und Sowjetrußland aber würde auch ohne die Teilnahme der Vereinigten Staaten siegreich sein.

Im Schlußabschnitt kommt Lo auf die Bedeutung der politischen Entwicklung in Europa nach München (bis Anfang Dezember 1938) für den fernöstlichen Konflikt zu sprechen. Nach seiner Meinung kommt der europäische Krieg sicherlich, ist er da, so bieten sich China manche Möglichkeiten. „Wir Chinesen hassen Deutschland und Italien nicht, aber die beiden sind nun einmal die Bundesgenossen unseres Feindes Japan.“ Kommt es zum europäischen Kriege, dann sind die Feinde der drei Mächte Deutschland, Italien und Japan unsere Freunde und umgekehrt. Vorher dürfen wir allerdings nicht zu viel von England und den USA erwarten, denn die Industrie dieser Länder liefert an Japan so viel Kriegsmaterial, wie dies bezahlen kann, das ist nun einmal so im kapitalistischen System. Im Parlament hat Chamberlain gesagt, nach Beendigung des japanisch-chinesischen Konflikts werde China zum Wiederaufbau viel Kapital brauchen, das England, nicht aber Japan liefern könne. Das ist rein kapitalistisch gedacht, doch hat Chamberlain später seine Haltung mehr der amerikanischen angeglichen (d. h. gegen Japan Stellung genommen). Der Autor bedauert, daß durch München der europäische Krieg vertagt und Sowjetrußland zurückgedrängt ist und empfiehlt ein Zusammengehen Chinas mit der UdSSR, die das einzige Land seien, das China gegenüber keine selbstsüchtigen Absichten hege. Hierüber aber wird gerade *Chiang Kai-shek* auch heute noch erheblich anderer Meinung sein. Bekanntlich hat er früher jahrelang gegen die chinesischen Kommunisten gekämpft, und auch jetzt sind die Beziehungen zwischen ihm und den chinesischen Kommunisten alles andere als herzlich, und ob die Freundschaft Tschungkingchinas zu *Stalin* groß ist, ist auch zweifelhaft. Gewiß, das bolschewistische System habe seine Nachteile(!), aber China hätte doch viel mit der UdSSR gemeinsam, in beiden Ländern seien die sozialen Revolutionen noch nicht beendet, außerdem hätte *Sun Yat-sen* gelehrt, China müsse mit den Nationen zusammengehen, die es als gleichberechtigten Staat behandelten, und das tue nur Rußland, die anderen Staaten, auch Deutschland, aber nicht. Diese Bemerkung ist erstaunlich; es muß Herrn Lo doch bekannt sein, daß der deutsch-chinesische Vertrag vom 21. Mai 1921 auf dem Fuß voller Gleichberechtigung der beiden Länder geschlossen ist, seither genießt Deutschland nicht mehr das Recht der Exterritorialität, und hat keine Pachtgebiete und Konzessionen mehr in China. Wie dem auch sei, schließt der Artikel, die russische Hilfe wird kommen, wenn China sich darum bemüht, einstweilen hat München China klar den Weg gezeigt, den es gehen müsse.

Es fällt auf, daß der Berichterstatter, der sein Thema doch weit genug faßt, die Haltung der Vereinigten Staaten zum Münchener Abkommen mit keinem Worte erwähnt. Die Kriegshetze *Roosevelts* muß ihm, dem in London lebenden Journalisten, aus den englischen Zeitungen bekannt geworden sein, aber es schien ihm wohl besser, Amerika, das in China große Sympathien hat, aus *dem*

Spiel zu lassen, es wird nur hin und wieder als möglicher Feind Deutschlands, Italiens und Japans genannt. Im übrigen ist der hier besprochene Aufsatz ein neuer Beweis dafür, wie stark auch Angehörige solcher Nationen, die unparteiisch denken könnten und sollten, unter den Einfluß der angelsächsischen (hier der englischen) Propagandathesen standen und stehen. England hat immer recht, allenfalls ist es allzu friedfertig, die Gegner Englands aber werden ohne weiteres verdammt. Trotzdem Herr Lo selbst den Vertrag von Versailles verurteilt, kommt er nicht auf den Gedanken — oder äußert ihn doch nicht —, daß das starre Festhalten gerade auch Englands am Status quo von 1918 notwendig zu katastrophalen Folgen führen mußte. *M. G. Pernitzsch*

Köpfe der Weltpolitik

Léon Degrelle

Es ist nicht der Zweck der Veröffentlichung des folgenden Zwiegespräches zwischen Léon Degrelle und unserem Mitarbeiter, für Léon Degrelle zu plädieren. Degrelle muß nach seiner Vergangenheit, seinem gegenwärtigen Einsatz und seinen zukünftigen Taten beurteilt werden. Letztlich ist nur die Geschichte das Gesicht des Politikers.

Wohl aber geht es hier darum, Degrelles Persönlichkeit und sein Streben, die nach seiner großen und für seine Bewegung entscheidenden Brüsseler Rede am 17. Januar dieses Jahres unser Interesse und unsere Beachtung verdienen, mit seinen eigenen Worten deutlich zu machen und unserem Verständnis näherzubringen.

Degrelle ist Frontsoldat, hat sich durch Tapferkeit vor dem Feind mehrfach ausgezeichnet und wurde eben wegen seines persönlich schneidigen Einsatzes im Rahmen der wallonischen Legion zum Leutnant befördert. So hat Degrelle durch seinen Dienst an der Idee und Wirklichkeit Europa das Recht erworben, Gehör für sich zu erwarten.

Sollten aber die Vorbehalte mancher Kreise seines Volkes doch richtig sein, so kann doch festgestellt werden, daß der nunmehr mit seinem grundsätzlichen Stellungswechsel beschrittene Weg so sehr in der dynamischen Richtung unserer eigenen Bewegung liegt, daß es für Degrelle kein Zurück mehr gibt und daß ein Abgehen von dem freiwillig gewählten Weg ideell wie praktisch nicht mehr möglich ist.

Weil Degrelle die Verpflichtung des gemeinsamen Kampfes auf sich genommen und sich in ihm bewährt hat, soll er im folgenden Gespräch Gelegenheit haben, seine Auffassung darzulegen.

* * *

Ich: Herr Degrelle, man rühmt Ihr gradezu klassisch-romanisches Temperament, wo stammen Sie eigentlich her?

Degrelle: Ich bin in Bouillon in der belgischen Provinz Luxemburg am 15. Juni 1906 geboren. Ich bin der Älteste in einer Familie mit 7 Kindern. In der Familie Degrelle haben wir durchschnittlich seit vier Jahrhunderten 8 Kinder in der Familie. Und ich selbst bin auch Vater von 4 Kindern. Mein Vater war viele Jahre lang ständig Abgeordneter. Die Familie meiner Mutter stammt aus Grevenmacher an der Mosel.

Ich: Das ist allerdings sehr interessant. Man kann also bei Ihnen weniger von einem romanisch-französischen Temperament sprechen, als von einem moselfränkischen, das ja auch leicht, impulsiv und schäumend ist. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß ich so Ihr neues politisches Bekenntnis zum Germanentum erst richtig begreife. Man wirft Ihnen ja vor, wie Sie wissen, Ihr neuer politischer Weg beruhe auf einer dilettantischen Geschichtskonstruktion. Haben Sie sich mit Geschichte studienmäßig befaßt?

Degrelle: Ich habe eine humanistische Vorbildung gehabt und bin dann zur Universität Löwen gegangen, wo ich fünf Jahre Rechtswissenschaft, ein Jahr Staats- und Sozialwissenschaft und ein Jahr Kunst und Archäologie studiert habe.

Ich: Wie sind Sie denn zur Politik gekommen?

Degrelle: Schon in meinem zweiten Studienjahr habe ich eine Halbmonatsschrift „L'Avant-Garde" lanciert. Ich veröffentlichte meine ersten Werke, insbesondere über die flämische Frage, in denen ich die Rechte des flämischen Volkes auf ein stärkeres menschliches Aufblühen verteidigte. Einige Zeit später (1929) bewegte mich die schreckliche Gewaltherrschaft des kommunistischen Ministers *Callés* in Mexiko, wo sich das Volk gegen die kommunistische Tyrannei erhob, so sehr, daß ich nach Mexiko fuhr und dort einen Winter lang mitten unter den Aufständischen blieb. Ich fuhr im Schiffsraum des deutschen Dampfers „Rio Panuco" aus Hamburg nach Vera Cruz, wo ich mir falsche Pässe anfertigte. Ich nannte mich ein Jahr lang Paul Nanson und besuchte unter diesem Namen die Vereinigten Staaten, die Antillen und Kanada. Übrigens bin ich später noch in Asien und Afrika gewesen.

Ich: Und wie wirkte sich Ihre Reise nach Übersee politisch aus? Oder war es nur reine Abenteurerlust, die Sie zu dieser Reise getrieben hat?

Degrelle: Nein. Nach meiner Rückkehr begann ich eine große öffentliche Aktion gegen den Marxismus und gegen die Plutokraten, die in Belgien wegen der Herrschaft der großen Banken über die Parteien und Staat die „politico-financiairs" genannt werden.

Ich: Sie wissen, daß Ihnen Ihre Gegner nicht nur vorwerfen, Sie seien ein politischer Abenteurer, sondern Sie könnten niemals ein Volksführer werden, weil Sie keinen Kontakt mit den arbeitenden Massen hätten.

Degrelle: Als ich mit meinen politischen Aktionen begann, hatte ich kein Geld, um Versammlungssäle zu bezahlen. Aus System ging ich deshalb jeden Abend in die marxistischen Volkshäuser, wo die Aussprachabende stattfanden. So fuhr ich mit einer III.-Kl.-Abonnementskarte der Eisenbahn durch ganz Belgien. Zweimal wurde ich im Laufe dieser Versammlungen verletzt, aber es gelang mir so, 80mal zu einem sehr großen marxistischen Zuhörerkreis zu sprechen, und ich kam mit Tausenden von Arbeitern ins Gespräch. Dies war die Grundlage meiner Kämpfe. Meine ganze Propaganda wird immer und vor allem sich an die Arbeiter und Bauern wenden und die größten Erfolge habe ich in den Arbeiterzentren, besonders in Charleroi, Verviers und Lüttich gehabt, wo ich mit nur 500 Stimmen hinter den Sozialisten zurückblieb und mit einem Schlag drei Abgeordnetensitze in diesem großen roten Becken erhielt.

Ich: Was war denn genauer das Ziel, das Programm Ihrer politischen Aktionen? Wollten Sie nur Abgeordnetensitze erobern?

Degrelle: Bis 1936 habe ich mich von Wahlkämpfen zurückgehalten. Mein Kampf war damals außerparlamentarisch.

Ich wollte: 1. den Frieden im Sprachenkampf verwirklichen, indem das flämische Volk die totale Gleichberechtigung erhalten sollte;

Ich wollte: 2. den sozialen Frieden verwirklichen, durch eine mächtige Politik sozialer Gerechtigkeit. Seit Beginn meines Kampfes verkündete ich die soziale Revolution. In allen Punkten ähnlich der nationalsozialistischen in Deutschland.

Ich wollte: 3. die Diktatur des Geldes brechen. Ich führte eine Kampagne von unaussprechlicher Härte gegen die Plutokraten. Ich denunzierte einen nach dem anderen, alle jene Haifische des Regimes. Diesen Kampf nannte man in Belgien „le combat contre les pourris" (den Kampf gegen die Fäulnis). Er wurde mit einer fantastischen Durchschlagskraft geführt. Ich hatte unzählige Prozesse, in denen man fast 3 000 000 Francs Schadenersatzforderungen gegen mich stellte. Die Öffentlichkeit folgte mit Leidenschaft diesen Vorgängen.

Ich wollte: 4. die Parteien auskehren und einen starken verantwortlichen und autoritären Staat schaffen.

Ich wollte: 5. Belgien eine von Frankreich unabhängige Außenpolitik geben. Ich kämpfte wild gegen die französisch-belgischen Militärakkords und habe erheblich zu ihrer Beseitigung beigetragen.

Ich wollte: 6. dem Land einen Sinn für seine Größe auf allen Gebieten schenken.

Ich: Und wie war bei diesem Programm Ihre Stellung zur politisierenden Kirche?

Degrelle: Seit Beginn führte Rex seinen Kampf mit der politisierenden Kirche, die vor allen Dingen in Belgien eine enorme politische Macht ausübte und die sich darüber hinaus in die großen politisch-finanziellen Skandale hineingemischt hatte. Ich enthüllte diese Machenschaften und wurde Ziel der Verfolgungen und Verurteilungen der hohen Geistlichkeit seit 1935.

Ich: Aber zeigt nicht der Name Ihrer Bewegung schon an, daß Sie eine politisch-katholische Zielsetzung verfolgen, denn der Name „Rex" soll doch offenbar die Sendung des Christ-Königs proklamieren.

Degrelle: Nein. Ich habe mir zu Beginn in Löwen ein kleines Verlagshaus gekauft, das den Namen „Rex" führte, daher kommt der Name „Rex". Der Name ist also nicht von mir erfunden oder geschaffen worden. Es war ein lateinisches Wort, das von dem Verlagshaus gewählt war, um sich sowohl den flämischen wie französischen Ausgaben anzupassen. Durch einen außerordentlichen Zufall wurde dieser Name also ein politischer Begriff. Da der Verlag sich „Rex" nannte, und zahlreiche Broschüren mit sehr großen Auflagen veröffentlichte, nannte ich, als ich mein Kampfblatt schuf, dieses auch „Rex". Nach einem Jahr schon sprach man in zunehmendem Maße von „Rexisten" und dieser neue Begriff wurde ein Bestandteil des politischen Vokabulars.

Ich: Haben Sie denn mit dieser schriftlichen Propaganda Erfolg gehabt? Ist man auf Ihre Veröffentlichungen sofort eingegangen?

Degrelle: Ich hatte mir Gruppen von freiwilligen Verkäufern zusammengestellt, die sonntags zu Fuß durch alle Städte liefen und mit den Fahrrädern über die Dörfer fuhren und riesige Mengen kleiner Kampfbroschüren verkauften. Von Samstag bis Montag war die Öffentlichkeit geradezu von den Verkäufern der Halbmonatszeitschrift Rex überfallen. Die Auflage dieser Broschüren überschritt 1939 schon 230 000 Exemplare.

Ich: Und wie viele Menschen haben Sie neben dieser Propaganda mit der Feder durch die Propaganda mit dem Wort erfaßt?

Degrelle: Ich habe damals in drei Jahren in 1500 Versammlungen gesprochen.

Ich: Ich darf noch einmal auf Ihr Verhältnis zum politischen Katholizismus zurückkommen. In Ihrem damaligen Kampf gegen Van Zeeland haben Sie doch

dem Druck der politischen Kirche nachgegeben, so daß sich für die gesamte Öffentlichkeit das Bild ergab, daß Ihre Bewegung ja doch in engem Zusammenhang mit der katholischen Aktion stehen müsse.

Degrelle: Um Ihnen dies zu erklären, muß ich etwas ausholen: Im Jahre 1936 sah ich, daß der direkte Angriff notwendig wurde, und begann deshalb meinen Kampf auf dem Terrain der Wahlen. Dies wurde ein epischer Kampf. Ohne Geld, ohne Unterstützung durchraste ich das ganze Land und hielt 8, 10 und mehr Versammlungen an einem Tage ab. Ich schuf die Tageszeitung „Le Pays Réel", für die ich damals fast allein die Beiträge schrieb, zwei Monate lang jede Nacht zwei Stunden. Aber am 24. Mai 1936 wurde der große Sieg errungen: 280 000 Stimmen, von diesen mehr als 100 000 bei den Flamen, 33 Abgeordnete und Senatoren. Zwei Wochen später war eine neue Wahl, der Sieg wurde noch größer: 300 000 Stimmen. Ich war damals erst 29 Jahre alt. Während des Jahres 1936 führte ich zwei große Feldzüge. Zum ersten eröffnete Rex den grundsätzlichen Kampf gegen den Kommunismus. Damals tobte der Krieg in Spanien, wo auch Rexisten fochten. Auch ich selbst ging an die Front nach Madrid. Und damals waren die Revolten in Frankreich unter dem Juden Blum. Rex führte Hunderte von antikommunistischen Versammlungen in allen Arbeitergegenden durch. Es war eine große Massenaktion. Zum zweiten brach der Krieg der Demokratien gegen Rex aus. Rex hatte seine Sympathien für die totalen Regime gezeigt. Rexisten waren an der spanischen Front, Rex kämpfte für *Franco.* Rex ließ die französisch-belgischen Militärakkords springen. Rex verkündete damals, daß es den antimarxistischen Ring Spanien—Italien—Deutschland mit Belgien erweitern wolle. Die Demokratien, die den Krieg wollten, wußten, daß wenn Rex gewinnen würde, ihre stärkste Kriegsbastion gegen Deutschland verloren wäre. Für die Kriegswilligen, die Marxisten, Plutokraten, die Juden, war deshalb die Vernichtung von Rex in Belgien notwendig. So begann seit dem Oktober 1936 eine große Kampagne gegen Rex. Die ganze Presse von drei Parteien nahmen den Kampf auf. Die Presse von Paris und der Rundfunk in Paris ergänzten diese Manöver.

Dann kamen die Wahlen mit *Van Zeeland.* Der Wahlfeldzug Van Zeelands war der Höhepunkt der großen Kampagne, die gegen Rex entfesselt wurde. Van Zeeland war der große Mann der englischen Propaganda, der Freund *Roosevelts* und des Juden *Blum,* die er auch offiziell besuchte. Einige zehntausend Millionen wurden im Kampf gegen Rex ausgegeben. Rex wurde mit einer unerhörten Propaganda überschwemmt. Die Kirche verurteilte Rex und verbot sogar, weiße Stimmzettel abzugeben. Der Kardinal gab die Weisung, für Van Zeeland zu stimmen, der sogar von den Kommunisten als Kandidat angenommen war. Van Zeeland gewann bei den Wahlen am 11. April 1937. Nichts destotrotz erhielt ich dieselbe Stimmenzahl wie 1936. Die Demokratien jubelten vor Freude. Die Zeitungen in Paris veröffentlichten Überschriften von sieben Zeilen: „Das Kreuz hat über das Hakenkreuz gesiegt." Aber schon bald danach begann ich den Kampf aufs neue und nach großen und heftigen Anstrengungen wurde Van Zeeland im Oktober 1937 gestürzt und davongejagt.

Ich: Haben Sie dann aber später nicht wieder zu den Westmächten hin tendiert?

Degrelle: Von 1938 bis 1940 galt der ganze Kampf von Rex den Kriegsbemühungen der Demokratien. Rex kämpfte mit übermenschlicher Energie gegen die kriegswütige Propaganda des Auslandes. Aber die Marxisten, die Freimaurer, die Juden waren in Belgien Herr der Presse, des Rundfunks, des Kinos und sie machten das Volk verrückt. Der Kampf gegen den Krieg wurde äußerst

schwierig. Dennoch hielt sich Rex gut und verteidigte den Frieden Schritt auf Schritt. Am 10. Mai 1940 kam ihr dies teuer zu stehen, denn alle ihre Leiter wurden insgesamt ins Gefängnis geworfen.

Ich: Wurden Sie nicht auch von Franzosen verschleppt? Ich kann mich doch entsinnen, daß Sie damals von uns allen tot geglaubt wurden.

Degrelle: Ja, ich mußte mit einem schrecklichen Kalvarium in Frankreich Bekanntschaft machen. Ich wurde geschlagen, auf den Hinrichtungsplatz geführt, in schrecklicher Weise gequält und mußte 2600 km barfuß laufen. Ich wurde durch 19 verschiedene Gefängnisse geschleppt. Erst fünf Wochen nach Beendigung des Krieges mit Frankreich wurde ich befreit.

Ich: Nach 1940 muß sich doch für Sie auch im Innern der Bewegung eine vollkommen andere Lage ergeben haben. Haben Sie sich nicht damals nur auf die Wallonie beschränkt?

Degrelle: Die Rexisten flämischer Sprache arbeiten auf meinen Befehl in der flämischen Einheitsbewegung.

Ich: Und wie begannen Sie den neuen Kampf der Bewegung in der Wallonie?

Degrelle: Nach meiner Rückkehr aus dem Gefängnis habe ich alle meine Anhänger in den solidarischen und brüderlichen Kampf an der Seite des nationalsozialistischen Reiches geführt. Seit damals haben Hunderte von Militanten der Rexbewegung öffentliche Aufgaben im französischen Sprachgebiete Belgiens übernommen. Zahlreiche Märtyrer sind seitdem unter den Kugeln kommunistischer Terroristen gefallen.

Ich: Aber man erzählte doch, daß es verhältnismäßig wenig geeignete Rexisten für öffentliche Aufgaben in der Wallonie gäbe?

Degrelle: Ja, auf der anderen Seite nämlich hat die Rexistenbewegung möglichst auch ihr ganzes Blut dem nationalsozialistischen Deutschland zur Verfügung stellen wollen. Mit Beginn des germanisch-sowjetischen Krieges schuf ich die „Legion Wallonie“ und es gelang mir selbst im Juli 1941 in ihren Reihen einzurücken. Die Legion setzt sich aus Rexisten zusammen und hat sich heldenmütig geschlagen, 400 Tage lang in vorderster Linie in den Jahren 1941 und 1942. Sie hat sehr viel Schweres zu bestehen gehabt, aber auch großen Ruhm geerntet.

Ich: Wieweit haben Sie selbst am Fronteinsatz teilgenommen, Herr Degrelle?

Degrelle: Ich bin während des ganzen schrecklichen Winterfeldzuges 1941/42 einfacher MG.-Schütze gewesen und habe alle die Kämpfe dieser harten Monate genau so mitgemacht, wie irgendein anderer Soldat. Ich war 1941/42 am Donez, wo ich verwundet wurde. Ich weigerte mich, in die Heimat zurücktransportiert zu werden. Im März 1942 habe ich dort auch das EK. II erhalten. In der Schlacht bei Charkow wurde mir das EK. I verliehen. Dann machte ich noch die Offensive am Don, Manitsch, Kuban und die große Schlacht an der Straße von Maikop nach Tuapse mit, wo ich das Sturmabzeichen erhielt und zum zweitenmal verwundet wurde.

Ich: Und nun sind Sie also auf Urlaub und haben am 17. Januar d. J. Ihre große und aufsehenerregende Rede in Brüssel gehalten, in der Sie fast visionär Ihre Zukunftspläne proklamierten. Können Sie mir die wichtigsten Gedanken Ihrer Rede noch einmal darstellen?

Degrelle: Die Nähe des Todes hat in zwei Jahren die Kleinheit niedergeschlagen, die unser Leben so erniedrigt. Jeden Tag setzt man sein Leben aufs Spiel. Diesem Risiko trotzt man nur, wenn die Leidenschaft des Ideals stärker ist als Stolz, Begierde oder Furcht. Der Tod ist für uns eine Läuterung gewesen. Wir sind alle in Gefahr, aber wir sind auch im höheren Sinne glücklich. Wir haben endlich Tausende von Männern gewonnen, die die Überwindung der

Furcht stark gemacht hat. Wir sind noch nicht viele, aber wir sind Menschen mit Schlagkraft, die nichts hat aufhalten können und wir sind eine Schar, die in allem einen Block darstellt: einen Gedanken, einen Willen, eine Disziplin. Unsere Toten sind die gleichen. Unsere Soldaten sind auch die gleichen. Die Zukunft wird uns auch als gleiche finden. Einig im Sieg werden wir sein, wie wir seit zwei Jahren im Kampf, im Ruhm und im Leiden einig sind. Wir haben uns langsam als Söhne derselben Rasse wiedergefunden, verbunden durch die gemeinsame Vergangenheit, durch die gemeinsame prunkende Vergangenheit, mit ihrem großen Überfluß an Macht und Größe. Hundert Jahre fremder Propaganda haben unser Volk von seinem Lebensquell abgeschnitten. Tausend Jahre haben wir Wallonen wie die Flamen gegen den französischen Einfall gekämpft, um schließlich in die Sackgasse von 1830 zu geraten. Wir stellten eine mächtige Rasse dar, die in zwei Wellen von Elbe und Rhein hierher kam, drei Jahrhunderte vor Christus. Wir sind eine germanische Rasse von unbestreitbarer Reinheit. Wann hat uns Rom etwa lateinisches Blut zugeführt, wann hat uns Paris etwa französische Kolonisten geschickt. Flandern, ein französisches Lehen, hatte seit dem hohen Mittelalter den wiederholten Versuchen der Durchdringung wiederstanden. Die Wallonie, ein Lehen des Reiches, durch das Fürstentum Lüttich, das bis nach Charleroi, Dinant, Thuin und Bouillon reichte, hat mit ebenso wilder Energie Wache gehalten. Zwar hatte sie die Sprache von Rom und die Kultur durch den Kanal von Koblenz, Trier und Köln erhalten, aber sie hatte ihr Blut in Takt gehalten. Ihre Sprache, ein lateinischer und nichtfranzösischer Dialekt, hatte sich durch zahlreiche germanische Worte bereichert. Tausend Jahre lang standen Lüttich und mit ihm der wesentliche Teil der Wallonie hinter den glorreichen Fürstbischöfen, vereint mit dem Reich.

Der Reichsadler war von Jahrhundert zu Jahrhundert das Symbol des Stolzes und der Treue unserer Reichsstädte. Die Kaiser stiegen in Lüttich immer mit neuer Freude ab. Die Besuche der Kaiser waren so zahlreich, daß ein eindrückliches Zeremonial für Jahrhunderte den Ablauf dieser großen Feste regelte. Niemals hat die Sprachenfrage im Laufe der Jahrhunderte einen ernsthaften Zwischenfall in unserem politischen Leben dargestellt. In tausend Jahren brach kein einziger Krieg zwischen Flamen und Wallonen aus. Warum können die Zeiten, die unser Volk im 16. Jahrhundert im Schutze des Reiches erlebte, nicht wiederkommen, in der gleichen Würde wie in der Vergangenheit, aber darüber hinaus mit den ungeheuren Möglichkeiten, die das sprühende Leben den modernen Völkern bietet? Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß das Aufgehen in eine höhere Ordnung möglich ist. Was gestern militärisch möglich war, wird es mit viel mehr Berechtigung morgen auf politischem Gebiet sein. Man muß wissen, daß wir in der großen germanischen Einheit, die sich morgen schaffen wird, bereit sind, unseren Platz einzunehmen, besorgt, das Erbe des Okzidentes zu bewahren, mit Stolz, mit Adel, aber auch besorgt, groß zu sehen und ein großes Leben zu leben. Kann man sich vorstellen, daß wir, die wir inmitten der mächtigsten Armee der Welt gelebt haben, die wir zu Fuß Räume durchquert haben, zwanzigmal so groß wie Belgien, daß wir morgen wieder kleine bürgerliche Pantoffelhelden werden und uns jeden Augenblick an einem Grenzpfosten die Nase einrennen wollen? Unser kleines Vaterland ist der Okzident, aber unser großes Vaterland ist die germanische Gemeinschaft, in deren Mitte unsere Kameraden gefallen sind. Die glorreichen Uniformen, die wir tragen, werden wir niemals vergessen. Ein deutscher Soldat ist für uns immer Kamerad und Bruder. Wir sind von seinem Blut. Unsere Toten sind zwischen den Seinigen gefallen. Die Gegenwart hat den Anschluß an die große Vergangenheit

gefunden. Wir gehen der Zukunft mit Glauben und Vertrauen entgegen. Die Zeit der engen Partikularismen ist tot. Die Kraft, die ganz besonders Europa eint, wird der siegreiche germanische Block sein. In diesem Block wird niemand verlangen, wir sollen auf unseren Patriotismus verzichten. Für uns heißt Patriot sein, treu sein der Größe von zehn Jahrhunderten, heißt Millionen braver Menschen ernähren und glücklich machen, die zu lange durch skrupellose Ausbeuterhorden getäuscht wurden, heißt in unserem Volk die Bedingungen für ein großes Wiedererstarken der Herzen und einer hohen Wiedergeburt des Geistes zu schaffen.

Wir stehen zu Hitler, weil der Sieg Hitlers die Erlösung unseres Volkes bedeuten wird. Wir stehen zu Hitler, weil wir an die nationalsozialistische Revolution glauben, weil wir glauben, daß diese Revolution hunderte Millionen Menschen einem besseren Schicksal entgegenführen und die soziale Gerechtigkeit aufrichten wird.

Aus der Brüsseler Rede Léon Degrelles

● *Das größere Vaterland*

Unser kleines Vaterland ist der Westen, aber unser großes Vaterland ist die germanische Gemeinschaft, in welcher unsere Kameraden gestorben sind. Wir werden niemals mehr die glorreiche Uniform, die wir tragen, vergessen. Ein deutscher Soldat ist für uns für ewig ein Kamerad und Bruder. Wir sind von seiner Rasse, wir sind von dem tausendjährigen Ruhm erfüllt wie er. Unsere Toten sind mit den Seinen zusammen gefallen. Die Gegenwart hat sich mit der großen Vergangenheit vereint. Mit Glauben und Vertrauen treten wir in die Zukunft. Im Herzen des wiedererstandenen Reiches werden wir würdig in unserem westlichen Abschnitt arbeiten.

Deutschland wird in der Zukunft reichste Möglichkeiten haben. Es kann mit Leichtigkeit auf Dinge verzichten, von denen wir noch glauben, das Monopol zu besitzen. Es wird morgen die Kohlengruben und Stahlwerke des Donez haben, die hundertmal bedeutender sind als unsere Gruben und Metallfabriken. Dasselbe gilt für den Flachs, den Zucker und die Pferde. Ebenso für die Häfen des Westens: das Reich wird nur zu wählen haben.

Wir haben die Wahl, in törichter Weise die fantastischen Chancen, die sich unserer Kühnheit bieten, zurückzuweisen oder mit uns mit dem Hunger der starken Völker auf die Beute zu stürzen, die uns geboten wird.

Ohne diese Anteilnahme an dem germanischen Aufblühen wird nichts möglich sein: Der Frank wird zusammenbrechen. Die Arbeiterklasse wird in ein immer fürchterlicheres Elend versinken.

Wenn wir uns freiwillig in die germanische Gemeinschaft als aufblühender Westen einfügen, versetzen wir unser Volk in absolut außergewöhnliche Lebensbedingungen der Wiederaufrichtung. Unsere Häfen, unsere Industrie und unser Handel treten ein in die machtvollste Vereinigung der Erde, in der uns unsere bevorzugte geographische Lage sicherlich die erstaunlichsten Erfolge bringen wird. Unser Geld ist für immer stabilisiert. Unsere alten Städte sind den weitgehendsten geistigen Wechselbeziehungen und dem Interesse von unzähligen Verehrern ihrer Schönheit erschlossen. Unsere so rechtschaffene und gesunde Arbeiterklasse, die durch den Krieg so hart betroffen wurde, genießt jetzt schon die wunderbaren Sozialreformen, die durch das nationalsozialistische Deutschland bis jetzt schon verwirklicht wurden und die es besonders nach dem Siege verwirklichen wird. Unser ganzes Volk hat wie die ganze germanische Gemeinschaft, die

ungeheure wunderbare Expansionszone zu ihrer Verfügung, die durch die Schwerter der Armee des Reiches von Rußland abgetrennt wurde und mit einer Hingabe, vor der sich die ganze Geschichte verneigen wird, mit dem Leben tausender junger Deutscher bezahlt wurde, die nicht nur ihr Volk, sondern ganz Europa gerettet haben.

Fester Glauben an des Führers Genie

Die Zeit der engherzigen Partikularismen ist tot. Ein weites, klar abgezeichnetes, mächtiges Europa entsteht. Die Kraft, die vor allem dieses geeinigte Europa beseelen wird, wird der germanische Siegerblock sein. In diesem Block wird niemand von uns verlangen, auf unseren Patriotismus zu verzichten, sondern im Gegenteil, ihn großzuziehen.

Wir sind es nicht gewohnt, nach leichten Lösungen zu greifen. Abwarten, bis alles geregelt wäre, bis das Los der Waffen entschieden wäre, schiene uns eine hassenswerte und unerträgliche Berechnung. Wir stehen an der Seite Hitlers, weil der Sieg Hitlers die Erlösung unseres Volkes mit sich bringen wird. Wir sind mit Hitler, weil wir an die nationalsozialistische Revolution glauben und weil diese Revolution hunderte Millionen von Menschen zu einem besseren Los verhelfen und die soziale Gerechtigkeit errichten wird. Wir sind mit Hitler, weil wir an sein Genie glauben und daß aus diesem Genie schließlich das hervorgehen wird, was die zersplitterten Bemühungen von zwanzig Völkern Europas während einem Jahrtausend noch nicht hatten verwirklichen können. Schon allein die Betrachtung seines Lebens und seines Kampfes wird uns die seelische Kraft geben zu kämpfen, selbst unter den schwierigsten Umständen. Wir, seine Soldaten, wissen, mit welchem Geist und welcher Weisheit sich das Werk des allgemeinen Heils erfüllt. Es gibt keinen Soldaten, der aus dem Osten zurückkommt und nicht blind an den Sieg glaubt.

Geschichte für tausend Jahre

Die Demokratien verhandeln, ihre Propaganda richtet sich nach dem Wind, der Führer schweigt, er geht vor, wenn er es beschlossen hat, er wartet, wenn es noch nicht die Stunde ist, er organisiert, baut auf, ohne Abschweifung, ohne eine Geste der Ungeduld. Alles geschieht zu seiner Stunde. Geschichte wird gemacht für tausend Jahre. Das ist der Mühe wert, alles mit Sorgfalt zu tun. Die Ungeduldigen werden Zeit haben, ihre Nerven abzubrauchen. Hitler wird länger aushalten als sie. Und sein Volk mit ihm; denn zehn Jahre gemeinsamen Kampfes haben es ihm gleich gemacht. Deutschland wird kämpfen, solange es sein muß; aber es wird gewinnen. Und wir werden, wenn es sein muß, unser Leben bis zum Letzten geben, damit es gewinne, denn sein Fundament ist gesund und das Glück unseres Volkes hängt von nun an von dem seinen ab.

Hitler kann auf unsere Leben zählen, auf die blinde Treue unserer Frontsoldaten und unserer politischen Soldaten. Wo er will und wie er will, werden wir uns für ihn schlagen, mit einer bedingungslosen und unbegrenzten Hingabe unserer Kräfte. Dank ihm sind wir sicher, daß Europa gerettet wird und unser zu den Quellen seines Genies zurückgekehrtes Volk sich mächtig und glücklich wieder erheben wird.

Wir werden leben! Wir werden schaffen! Wir werden unserem Volk ein Glück schmieden, das unserem Leben zur Ehre gereichen wird.

Kameraden, Heil dem Führer! Und auf Wiedersehen beim Sieg!

Das Reich und Europa

Der Kampf um Europas Freiheit und Zukunft ist jetzt in sein entscheidendes Stadium eingetreten. Das Reich und Europa stehen im schärfsten Abwehrkampf dieses Krieges. Für ganz Europa ist nunmehr die Stunde der Bewährung angebrochen. Seit den Tagen von Stalingrad wissen die Völker Europas, daß nur die deutsche Wehrmacht imstande ist, der bolschewistischen Gefahr wirksam entgegenzutreten. Seit diesen Tagen aber auch wächst bei ihnen die Erkenntnis, daß ohne die nationalsozialistische Erneuerung des Reiches Europa längst dem Bolschewismus zum Opfer gefallen wäre.

Denn — mit diesen Worten führte der *Führer* in seiner Proklamation zum 10. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung der Welt noch einmal den tieferen Sinn und das Ziel dieses gigantischen Ringens zweier Revolutionen vor Augen — „was wäre aus dem deutschen Volk und aus Europa geworden, wenn am 22. Juni 1941 nicht in letzter Minute die neue deutsche Wehrmacht ihren Schild vor den Kontinent gehalten hätte? Wer will glauben, daß die lächerlichen Garantien oder ebenso belanglosen papierenen Erklärungen angelsächsischer Staatsmänner die Welt gerettet hätten vor dem Überfall durch eine Macht, die, wie es heute amerikanische Korrespondenten ruhig aussprechen, seit 20 Jahren nur ein Ziel hatte, so wie einst zur Zeit der Völkerwanderung oder der Mongolenstürme Europa zu überfallen, seine Kultur zu vernichten, vor allem aber, seine Menschen auszurotten, um Sklavenarbeiter für die sibirischen Tundren zu gewinnen? Welcher Staat hätte außer Deutschland dieser Gefahr entgegenzutreten vermocht? Wenn sich seit dem Jahre 1941 der größte Teil Europas um Deutschland im Kampf gegen die Gefahren des Ostens schart, dann kann dies nur geschehen, weil dieses Deutschland im Jahre 1933 die politischen, moralischen und materiellen Voraussetzungen erhielt zur Führung eines Kampfes, der heute das Schicksal der Welt entscheidet. So wie damals im Innern nur zwei Möglichkeiten bestanden: entweder der Sieg der nationalsozialistischen Revolution und damit ein planmäßiger sozialer Aufbau des Reiches oder der bolschewistische Umsturz und damit die Zerstörung und Versklavung aller, so gibt es auch heute nur diese beiden Alternativen: entweder es siegen Deutschland, die deutsche Wehrmacht und die mit uns verbündeten Länder und damit Europa, oder es bricht von Osten her die innerasiatisch-bolschewistische Welle über den ältesten Kulturkontinent herein, genau so zerstörend und vernichtend, wie dies in Rußland selbst schon der Fall war. Nur weltabgewandte Phantasten können dem jüdischen Geflunker ernstlich glauben, daß irgendeine britische oder amerikanische papierene Erklärung einer solchen Völkerkatastrophe Einhalt zu gebieten vermöchte."

Auch Reichsmarschall *Göring* sprach in seinem Appell an die Wehrmacht ebenso wie Reichsminister *Dr. Goebbels* in seiner Rede anläßlich der Führerproklamation von der wahrhaft europäischen Mission des Nationalsozialismus, der gerade in seinem Kampf gegen die bolschewistische Drohung seine weltgeschichtliche Rechtfertigung sieht. „Heute", so führte der Reichsmarschall u. a. aus, „steht nun Deutschland für ganz Europa auf äußerster Wacht. Und ob nun in diesem Europa Bundesgenossen, Freunde, neutrale oder feindlich gesinnte Staaten sind, im Innersten müssen sie erkennen und es wissen, daß, wenn dieses Deutschland zusammenbrechen würde, der Bolschewist ja nicht aus innerer Hochachtung etwa vor der schwedischen oder schweizerischen oder sonst einer Neutralität stehenbleiben würde. Der Bolschewismus würde im gleichen Augenblick

Europa bis zur letzten Spitze durchrasen. Später einmal werden diese Staaten das aussprechen, was sie heute innerlich wissen. Europa ist für den Bolschewismus ein Sprungbrett und für die Sowjetunion ein Anhängsel, aber beides erst dann, wenn es kein deutsches Volk und keine deutsche Wehrmacht mehr gibt. Solange Volk und Wehrmacht stehen, ist Europa der Felsen, an dem sich die bolschewistische Blutwelle brechen wird."

Das nationalsozialistische Deutschland ist somit zur stärksten Schutzmacht des europäischen Kontinents geworden. Die Völker Europas erkennen angesichts der drohenden bolschewistischen Gefahr mehr und mehr, daß die nationalsozialistische Revolution nicht nur ein Markstein in der Geschichte Deutschlands, sondern ganz Europas und der Welt ist. Diese Erkenntnis spiegelt sich in den zahlreichen Botschaften, Kundgebungen und Äußerungen anläßlich des 10. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung wider. So umriß z. B. die italienische Zeitung „Messaggero" den Sinn des 10. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung mit folgenden Worten: Der Nationalsozialismus Adolf Hitlers habe Deutschland zum unüberwindlichen natürlichen Bollwerk Europas gegen den Bolschewismus gemacht. Es sei dies der höchste Verdiensttitel, den Europa an diesem kampfreichen Jahrestag der deutschen Wiedergeburt aussprechen könne. Der kroatische Staatsführer *Ante Pavelitsch* bezeichnete in der „Deutschen Zeitung in Kroatien" das Datum des 30. Januar nicht nur als einen Wendepunkt im politischen Leben des deutschen Volkes, sondern ganz Europas. Es sei nicht nur der Anfang einer neuen Epoche für Deutschland, sondern auch für die übrigen europäischen Völker, ja für die ganze Welt. Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhaus *Andreas Nagy v. Tasnedy* stellte im „Pester Lloyd" fest, daß durch die nationalsozialistische Machtergreifung in Europa eine Epoche eingeleitet worden sei, die in ihrer Geschichte wie in ihrer schicksalsentscheidenden Bedeutung einmalig in der Geschichte dastehe. Über die Bedeutung des 30. Januar für Europa sprach ebenfalls der rumänische stellvertretende Ministerpräsident *Mihai Antonescu* vor der Rumänisch-Deutschen Gesellschaft in Bukarest. Antonescu erklärte u. a., das Deutsche Reich habe in den vergangenen zehn Jahren eine Hochburg der Ordnung und einer gesunden sozialen Gemeinschaft dargestellt und damit gleichzeitig eine Zitadelle der Ordnung und der Stärke im Herzen Europas gegen den Kommunismus gebildet. „Heute, wo man weiß, daß der Osten sich zum Sturm auf Europa gerüstet hatte, kann man ermessen, was es bedeutet, daß das Reich die Ausbreitung der Gefahren und des Bolschewismus verhindert und als Schildträger Europas die Flut abgewehrt hat, die ganz Europa überschwemmt hätte ... Im Bewußtsein, einer europäischen Mission zu dienen, im Bewußtsein aber auch, daß wir selbst unter der bolschewistischen Knute und dem sowjetischen Unterdrückungswillen zu leiden hätten, verteidigen wir unseren Boden, unser Gut und Leben, unsere Familien und unseren Glauben. Wir sind stolz, in diesem Schicksalskampf unseren Beitrag leisten zu können." Diese Beispiele zeigen mit aller Deutlichkeit, daß gerade die Erkenntnis der ungeheuren Gefahr, die Europa aus dem Osten droht, den Prozeß der europäischen Einigung nur noch verstärkt. Aber nicht nur Europa, sondern auch Ostasien hat die weltpolitische Bedeutung der nationalsozialistischen Revolution klar erkannt. So heißt es z. B. in der Botschaft, die der Vizepräsident des Informationsamtes der japanischen Regierung, *Okumura,* zum 30. Januar über den japanischen Rundfunk an das deutsche Volk richtete, u. a.: „Diese zehn Jahre seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus bedeuten einen Wendepunkt, mit dem sich kein anderes Ereignis in der ganzen Menschheitsgeschichte vergleichen läßt ... Dieser Weltkrieg, der den Orient und den Okzident verbindet, wird die alte anglo-ame-

rikanische Weltordnung stürzen und sie mit der Wurzel ausrotten. Dieser Weltkrieg ist wahrhaft ein weltgeschichtlicher Wendepunkt, der eine sittliche Neuordnung der Welt herbeiführen wird ... Im Rückblick auf die zehn Jahre seit der nationalsozialistischen Machtübernahme wird offenbar, daß der Kampf der zehn Jahre den unzerstörbaren Grundstein gelegt hat für den Schicksalskampf zur Errichtung einer Weltordnung zum ewigen Ruhm der Menschheit." In dieser Botschaft wird klar zum Ausdruck gebracht, daß das neue Deutschland nicht nur der Führer Europas, sondern ein gewaltiger Machtfaktor für den Aufbau einer neuen Weltordnung ist.

Außer diesen Stimmen zum Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung lassen sich noch eine ganze Reihe von Äußerungen europäischer Staatsmänner anführen, die ebenfalls auf die wachsende Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker gegenüber dem Bolschewismus hinweisen. Auf einer falangistischen Großkundgebung in Sevilla erklärte der spanische Parteiminister *Arrese,* daß die Falangisten heute mehr denn je mithelfen müßten, Spanien und die Welt vor der drohenden Gefahr zu retten und aus Europa eine Festung gegen den Bolschewismus zu machen. Von der Erfüllung dieser Aufgabe hänge die Zukunft Spaniens ab; denn diejenigen, die glaubten, daß ein bolschewistischer Sieg nicht den Zusammenbruch ganz Europas bedeuten würde, irrten sich. Wenn der Damm, der jetzt den Bolschewismus aufhalte, nicht standhalten könnte, würde kein einziges Volk des Kontinents von der bolschewistischen Welle verschont bleiben. Die Blaue Division sei keine galante Geste gegenüber einer befreundeten Nation und noch viel weniger die Bezahlung vergossenen Blutes, sondern Spaniens fester Entschluß, bis zum Endsieg gegen die bolschewistische Gefahr zu kämpfen. Es genüge nicht, nur rein äußerlich eine verteidigende Haltung einzunehmen, sondern es sei notwendig, Europas Einheit, Kultur und Zivilisation zu retten. Spaniens Mission sei es, Europa den gemeinsamen Feind aufzuzeigen und es in seiner Ganzheit zu einem neuen Kreuzzug zu drängen. Anläßlich des Empfanges einer parlamentarischen Abordnung, die die Antwort des Sobranje auf die königliche Thronrede vom 28. Oktober 1942 überreichte, betonte König *Boris* erneut die Solidarität Bulgariens gegenüber den Achsenmächten. Wenn heute die Zukunft der Welt geschmiedet werde, so führte er u. a. aus, dann müsse das bulgarische Volk sich allen Erfordernissen und Schwierigkeiten anpassen, die die Welt ihm auferlege. Einig, geschlossen und im Namen seiner nationalen Interessen werde Bulgarien alle Opfer und Einschränkungen in voller Bereitschaft auf sich nehmen. Selbst in Frankreich wächst allmählich die Erkenntnis, daß nur Deutschland die Kraft besitzt, Europa vor dem Bolschewismus zu retten. So schrieb der französische Schriftsteller und Dichter *Alphonse de Chateaubriand* kürzlich in der Zeitschrift „La Gerbe" den bezeichnenden Satz: „Berlin oder Moskau, das ist die Frage für Frankreich und ganz Europa." Den unbedingten Siegeswillen der Achse unterstrich *Mussolini* noch einmal in einer grundsätzlichen Rede anläßlich des 20jährigen Bestehens der faschistischen Miliz. In ihr erteilte der Duce vor allem dem „wahnsinnigen, verbrecherischen und marktschreierischen Dilemma von Casablanca", wie er die Zusammenkunft *Churchills* und *Roosevelts* in der westafrikanischen Stadt nannte, die einzig richtige Antwort. „An diesem 20. Jahrestag", so rief er aus, „antworten wir auf das unsinnige, verbrecherische und agitatorische Dilemma von Casablanca, daß wir nie nachgeben werden, solange wir eine Waffe in unserer Hand halten können."

In diesem Kampf gegen die bolschewistisch-plutokratische Weltverschwörung haben sich die Völker Europas unter der zielsicheren Führung Deutschlands zu einer eisernen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschlossen. Sie haben die Ge-

fahr erkannt, die ganz Europa droht. Das Gebot der Stunde für Europa lautet heute: Mobilisierung aller Widerstandskräfte. Deutschland ist bereits angesichts der ungeheuren Gefahr aus dem Osten zur totalen Kriegführung übergegangen. Denn nur der totale Krieg, d. h. die Mobilisierung aller materiellen und moralischen Kräfte ist das einzige Mittel, um dieser Gefahr Herr zu werden. Aus diesem Grunde hat Deutschland eine Reihe von Maßnahmen zur totalen Mobilisierung der nationalen Kraft ergriffen. Norwegen ist dem Beispiel des Reiches gefolgt. Auf einer deutsch-norwegischen Kundgebung in Oslo, die im Zeichen des totalen Krieges stand, verkündete Ministerpräsident *Quisling* ein neues Gesetz über die Einführung der nationalen Dienstpflicht für alle Männer und Frauen. Damit ist auch in Norwegen die Mobilisierung aller Arbeitskräfte eingeleitet. Quisling wies in seiner Rede darauf hin, daß der Bolschewismus und die internationale jüdische Weltverschwörung eine so totale Bedrohung des Lebens der europäischen Völker seien, daß Europa niemals einer ähnlichen Krise ausgesetzt gewesen sei. Angesichts dieser gefahrvollen Entwicklung sei eines notwendig: die Solidarität des europäischen Kontinents. Alle nationalbewußten Norweger müßten sich deshalb „mit den Interessen der europäischen und germanischen Lebensgemeinschaft vereinigen".

In diesem Zusammenhang verdienen noch zwei Ereignisse festgehalten zu werden, die ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Konzentration der Kräfte betrachtet werden müssen: die Umbildung der italienischen Regierung durch den Duce und die Wiederwahl des finnischen Staatspräsidenten *Ryti*. Die italienische Regierungsumbildung stellt einen führungstechnischen Akt dar, der bei früheren Gelegenheiten als Wechsel der Wache bezeichnet wurde, und bedeutet eine Zusammenfassung aller Kräfte unter der Führung des Duce. Die Wiederwahl Rytis zum Staatspräsidenten Finnlands ist ein eindrucksvoller Beweis finnischer Geschlossenheit, zugleich aber auch eine machtvolle Kundgebung finnischen Freiheitswillens und ein Bekenntnis zum Abwehrkampf des finnischen Volkes gegen die bolschewistische Bedrohung.

Die Völker des neuen Europa stehen heute geschlossener denn je in gemeinsamer Abwehrfront gegen die bolschewistisch-plutokratische Weltverschwörung. Das Ziel der Sowjetunion in diesem Kriege ist die Bolschewisierung des europäischen Kontinents. Auch der angelsächsische Krieg gegen Deutschland erweist sich mehr und mehr als ein Kampf für die Bolschewisierung Europas. England und Amerika sind als Schrittmacher des Bolschewismus zu Verrätern an Europa geworden. Auch sie werden fallen müssen, wenn Europa leben will. Das Reich und Europa sind entschlossen, diesen Kampf solange zu führen, „bis als klares Ergebnis ein neuer 30. Januar kommt, nämlich: Der unzweideutige Sieg!"

---

27. Januar

Verordnung über die Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung — Ansprache des bulgarischen Königs anläßlich des Empfanges einer parlamentarischen Abordnung, die die Antwort des Sobranje auf die königliche Thronrede vom 28. Oktober 1942 überreichte.

29. Januar

Rede des stellvertretenden rumänischen Ministerpräsidenten *Mihai Antonescu* vor der Rumänisch-Deutschen Gesellschaft in Bukarest über die Bedeutung des 30. Januar für Europa.

30. Januar

10. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung — Proklamation des Führers — Sportpalastkundgebung mit Reichsminister *Dr. Goebbels* — Appell des Reichsmarschalls *Göring* an die Wehrmacht.

1. Februar

Ansprache des Duce zum 20. Jahrestag der faschistischen Miliz.

5. Februar

Umbildung der italienischen Regierung.

9. Februar

Rede des spanischen Parteiministers *Arrese* auf einer falangistischen Großkundgebung in Sevilla.

15. Februar

Wiederwahl des bisherigen finnischen Staatspräsidenten *Risto Ryti.*

22. Februar

Gesetz über die Einführung der nationalen Dienstpflicht in Norwegen. — Rede *Quislings* auf einer deutsch-norwegischen Kundgebung in Oslo.

F.

Bücher des Monats

Schriften über Südosteuropa

Petre Ercută, Die Genesis des modernen Kapitalismus in Rumänien. Felix Meiner Verlag, Leipzig. 118 S.

Der Verfasser wendet die von Sombart entwickelten wirtschaftspolitischen und soziologischen Kategorien auf die Verhältnisse in Rumänien an und erreicht eine straff gegliederte und streng systematische Darstellung des modernen Kapitalismus Rumäniens in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Die Arbeit zeichnet sich durch tendenzlose und nüchterne Beweisführung aus und vermag somit ein um so eindringlicheres Bild von der Zwangsläufigkeit zu vermitteln, mit der die Überfremdung der ursprünglich rumänischen Wirtschaftsformen durch den Westen einsetzte und die Voraussetzungen für die Verwestlichung des gesamten öffentlichen Lebens schuf. Klar ist die Rolle des Judentums gekennzeichnet. Die Verarbeitung von bisher in der deutschen Wirtschaftsliteratur über Rumänien nicht beachteten Quellen macht die Schrift auch für den Wirtschaftler wichtig und wertvoll. Eine besonders übersichtliche Anordnung des Stoffes gewährleistet ein rasches und sorgfältiges Studium.

Wir begrüßen in dieser Arbeit eines jungen Rumänen den Ernst und die Bereitschaft, an die entscheidenden Probleme der rumänischen Zukunft heranzugehen, wie sie sich aus der Gesamtentwicklung des 19. Jahrhunderts ergeben.

* * *

Desider Zentay: „Ungarn im Spiegel der Statistik.“ Budapest 1941, Verleger Dr. A. Göllner. 117 S.

Das Heft gehört in die Reihe der seit 1940 im Auftrage des ungarischen Staates von verschiedenen Gesellschaften und Hochschulen herausgebrachten deutschsprachigen Propagandaliteratur zur Unterstützung der ungarischen territorialen Forderungen. Es werden im wesentlichen viele Zahlen aus dem Vorkriegs- und dem Trianon-Ungarn gegenübergestellt, korrigiert durch die Länder-

erwerbungen von 1938 und 1939. Im ersten Teil kommen die allgemeinen bevölkerungspolitischen Gesichtspunkte, im zweiten Teil die wirtschaftspolitischen zu Wort. Während die ungarischen Statistiken vom bevölkerungspolitischen Standpunkt bekanntlich umstritten sind, bieten die Angaben auf wirtschaftlichem Gebiet wertvolle Anhaltspunkte.

* * *

Richard Busch-Zantner, Bulgarien. Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig. 245 S.

In dem Reigen der während der letzten Jahre vom Goldmann-Verlag herausgebrachten Darstellungen über südosteuropäische Volks- und Staatsgeschichten hat bislang ein Buch über Bulgarien gefehlt. Busch-Zantner hat sich die schwierige Aufgabe, die geschichtliche Entwicklung Bulgariens zu zeichnen, dadurch erleichtert, daß er sich auf die Hauptprobleme beschränkt und im wesentlichen an die bekannte deutsch-, französisch- und englischsprachige Literatur hält. Auf diese Weise wurde eine leicht lesbare und übersichtliche Darstellung vom Werden des bulgarischen Volkes, von seinen beiden großen mittelalterlichen Staatsgründungen, den Freiheitskämpfen des 19. Jahrhunderts sowie der ersten Jahrzehnte des kleinbulgarischen Staates unter Alexander von Battenberg und König Ferdinand, sodann des Zusammenbruchs im Weltkrieg, der mazedonischen Frage und des beginnenden Wiederaufbaues erreicht. Das letzte Kapitel widmet der Verfasser der bulgarischen Wirtschaft, die er mit wenigen einführenden Worten charakterisiert. Die neueste Entwicklung, die zum großbulgarischen Staate führt, konnte jedoch nicht mehr berücksichtigt werden.

* * *

Dr. Franz Thierfelder, Der Balkan als kulturpolitisches Kraftfeld. Herbert Stubenrauch Verlagsbuchhandlung, Berlin. 109 Seiten.

Thierfelder macht in der Broschüre den Versuch, in die Fülle des kulturpolitischen Geschehens in Südosteuropa ein gewisses System hineinzutragen. Es geht dabei im wesentlichen um den kulturpolitischen Sektor der europäischen Großmächte mit ihren machtpolitischen Ansprüchen. Der Gefahr, diesen kulturpolitischen Sektor zu überhöhen, kann sich Thierfelder naturgemäß nicht ganz entziehen. Vor allem aber muß man sich wohl hüten, diese Probleme zu schematisieren. Schon bei der Abgrenzung des Balkan-Begriffes sieht sich Thierfelder zu Formeln veranlaßt, die nicht ganz ohne Bedenken aufgenommen werden können. Er unterscheidet die eigentlichen Balkanvölker von solchen Völkern, die er „dem Balkan zugewandert“ bezeichnet (Ungarn und Türken). Das mag in kultureller Hinsicht zu begründen sein, in wirtschaftlicher und politischer scheint diese Begriffsbildung weniger empfehlenswert. In einem kurzen geschichtlichen Abriß versucht Thierfelder, die kulturpolitischen Gegebenheiten der Balkanvölker darzustellen, wobei einige allgemeine Meinungen, Schlußfolgerungen und Verwischungen wohl nicht ganz zu vermeiden waren. In den folgenden Kapiteln wird dann die französische, englische, italienische und deutsche Kulturpolitik mit ihren Auswirkungen grundsätzlich und im einzelnen behandelt. Das hier zusammengetragene Material macht die Schrift wichtig sowohl für den Südostwissenschaftler als auch für die Allgemeinheit. Die Sprache der Tatsachen ist so überzeugend, daß sich die Schlußfolgerungen des Autors über die Mittlerstellung der deutschen Kultur ganz von selbst ergeben.

* * *

Politische Schriften zur Landes- und Volksforschung, Band 9—11. *Egon Lendl*, Das Deutschtum in der Ilowa-Senke. *Hermann Haller*, Syrmien und sein Deutschtum. *Wilhelm Sattler*, Die slawonische Drauniederung als deutsche Volksinsellandschaft. Verlag von S. Hirzel, Leipzig.

Eine der großen Wandlungen im Bewußtsein des deutschen Volkes hat sich nach dem Weltkriege in der politischen Wertung des Volksdeutschtums vollzogen.

Die Anregungen dazu brachte einmal des Erlebnis der deutschen Frontsoldaten, die überall im Osten und Südosten Europas auf lebensstarke deutsche Siedlungen stießen und mit eigenen Augen die weite Verzweigung des deutschen Volksbodens wahrnahmen, und sodann das Schicksal des durch die Friedensdiktate vom Deutschen Reich losgelösten Grenzdeutschtums. Gehörte vor dem Weltkrieg die Erforschung des „Auslandsdeutschtums", wie es damals noch hieß, zu einem der vernachlässigsten Zweige der deutschen Wissenschaft, mit der sich fast nur das Volksdeutschtum, und hier vor allem die Siebenbürger Sachsen und die Baltendeutschen, beschäftigten, so trat nun eine entscheidende Wendung ein. Sie kam fast ausschließlich aus den Reihen der Jugend, des wissenschaftlichen Nachwuchses, und sie war eindeutig weltanschaulich und politisch bestimmt. Die Deutschtumsforschung sollte diesen jungen Wissenschaftlern nicht Selbstzweck sein, sondern sie stand für sie unmittelbar im Dienste der großdeutschen politischen Idee, des Lebenskampfes unseres Volkes auf allen Fronten. Kaum einer dieser Männer ist über sein Fachstudium zur Deutschtumsforschung gekommen. Sie alle standen zuerst im aktiven volksdeutschen Einsatz, ihre Namen sind in den deutschen Volksgruppen schon lange vor ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bekannt. Die meisten sind aus der Volkstumsarbeit der deutschen Studentenschaft herausgewachsen.

Die Erforschung der Lebensfragen der deutschen Volksgruppe ist eine Aufgabe, die fast über alle wissenschaftliche Fachrichtungen hinausgreift. Der Geograph, der Historiker, der Jurist, der Volkswirt, der Mediziner und der Biologe, alle haben sie ihre Beiträge zu leisten. Ein Gesamtwerk kann bei dieser Verzweigung nur dann entstehen, wenn alle diese Einzelbestrebungen von Menschen angewandt werden, die von den gleichen weltanschaulichen und politischen Voraussetzungen ausgehen. Dieser einmalige und ideale Fall ist bei der jungen deutschen Volksforschung gegeben. Die Männer, deren Arbeiten hier vor uns liegen, gehören zum großen Kreis aller jener Kameraden, die, ohne sich persönlich kennen zu müssen oder jemals unmittelbar miteinander gearbeitet zu haben, doch aus der gleichen praktischen Volkstumsarbeit hervorgegangen sind und daher auch in ihrer Forschung übereinstimmende Ausgangs- und Zielpunkte aufweisen. Ihre Arbeiten beziehen sich bezeichnenderweise auf ein Deutschtumsgebiet, das bisher von der Volksforschung arg vernachlässigt worden ist, weil es dort offenbar keine billigen Erfolge zu holen gab. Die zum heutigen unabhängigen Staat Kroatien gehörenden Teile Slawoniens und Syrmiens mit ihrem Streudeutschtum waren volkspolitisch im ehemaligen Jugoslawien besonders gefährdet, was aus der Darstellung Sattlers über die Umvolkungsverluste besonders deutlich hervorgeht. Wenn die deutsche Volksgruppe in Kroatien heute einen überraschenden Aufstieg genommen hat, nachdem die Fesseln der Belgrader Herrschaft abgeworfen sind, so sind die drei Arbeiten mit einer Anzahl weiterer Abhandlungen, die in der gleichen Reihe erschienen sind, ein unerläßliches Rüstzeug für die sorgfältige Weiterführung der Organisationsarbeit.

Egon Lendl hat in seiner Darstellung den Hauptwert auf die Herausarbeitung der besonders komplizierten Verhältnisse des Deutschtumsgebietes an der Ilowa, eines kleinen Zuflusses des Savesystems im Grenzraum zwischen christlich-abendländischem und türkisch-mohammedanischem Einfluß, gelegt. Nach einer allgemein landeskundlichen Beschreibung arbeitet der Verfasser das Bevölkerungsbild in seiner ganzen Buntheit plastisch heraus, streift dann kurz die Siedlungs-, Wirtschafts- und Verwaltungseinrichtungen, und wendet sich dann der deutschen Siedlung im einzelnen zu. Den gleichen Aufbau weisen auch die beiden anderen Arbeiten auf, von denen die Sattlersche die umfangreichste und mit einem hervorragenden und instruktiven Kartenmaterial versehene ist (131 S.). Alle drei Verfasser stellen zunächst den deutschen Siedlungsvorgang in seinem historischen Ablauf dar und lassen dann eine Beschreibung des heutigen Siedlungsbildes nach Zahl, Größe und räumlicher Verteilung folgen. Lendl und Haller legen besonderes Gewicht auf die Beschreibung der deutschen Kulturlandschaft im Sinne eines übergeordneten Begriffs. Dagegen geht *Sattler* nach einer kurzen Darstellung der deutschen Landschaft auf seinen besten und

wichtigsten Teil, der sorgfältigen Untersuchung der Struktur der deutschen Volksgruppe in Form einer kritischen Auseinandersetzung mit den Volkszählungen und den erfaßbaren gegenüber den vermutlichen Verhältnissen ein. Er gibt uns damit Einblick in die außerordentlichen Schwierigkeiten, die dem exakten Wissenschaftler bei seinen Bemühungen, eine wirklich sorgfältige Bestandsaufnahme des Deutschtums zu geben, erwachsen. In einem besonderen Kapitel über die kulturelle Lage der Deutschen behandelt er auch die wichtigen kirchlichen Fragen sowie die völkischen Organisationen. Man möge hieraus ersehen, daß er die politischen Erkenntnisse am stärksten in seinen wissenschaftlichen Untersuchungen verwertet.

Auf die Einzelheiten der Methoden und Ergebnisse einzugehen, ist hier nicht der Ort. Um es noch einmal herauszuheben, die drei Arbeiten gehören zu den besten und geschlossensten volkswissenschaftlichen Darstellungen unserer jungen Generation. Im Sinne einer volkspolitischen Gesamtschau wäre es wünschenswert, wenn sich nun auch Mediziner, Biologen und Volkswirte daran machten, ihre fachwissenschaftlichen Beiträge zu den gleichen Themen zu geben. Die drei jungen Geographen können zu den schönsten Hoffnungen der deutschen Volkswissenschaft berechtigen. *Hermann Haller* hat jedoch der Heldentod aus dem Kreis seiner Kameraden hinweggerafft. Sein Andenken wird von allen, die ihn kannten, in treuester Erinnerung gehalten werden. Sein letzter Einsatz soll uns für die Weiterarbeit Mahnung und Ansporn sein.

Franz Ronneberger

* * *

Georg Farkas: „Gábor Bethlen." (Pannonia-Bücher Nr. 3.) Budapest: Pannonia Verlag 1940. 38 S.

Ein neuer Mythos? In Ungarn ist die Neigung, am Bau eines Mythos mitzuwirken, bei zahlreichen Schriftstellern weit verbreitet. Der langjährige Kultusminister und bekannte Historiker Bálint Hóman hat sich mit Recht gegen die Versuche gewandt, König Stephan I. für diese oder jene zeitgenössische Idee in Anspruch zu nehmen — auch gegen die bei Deutschen verbreitete Auffassung, „in dem Begründer der Suprematie der ungarischen Rasse im Donauraum den Gründer eines vielsprachigen Minderheitenstaates zu entdecken". Gleichwohl gibt es einen Mythos Stephans I., des Heiligen Stephansreiches, der Heiligen Stephanskrone. Zwecks Vertiefung der ungarisch-polnischen Beziehungen erschien 1935 eine gemeinsame Veröffentlichung der Ungarischen und der Polnischen Akademie der Wissenschaften über Stephan Báthory — in französischer Sprache, obwohl das Deutsche bei beiden Völkern weit bekannter ist. Von madjarischer Seite wirkten damals A. Áldásy, Ubul Kállay, Emerich Lukinich, Vencel Biró, Emil Haraszti, Louis Szádeczky, Adrian v. Divéky und D. Csánki mit an der wissenschaftlichen Unterbauung dieses Stephan-Báthory-Mythos. Nur in den Ansätzen entwickelte sich der Edmund-Ironside-Mythos, ihm kam deshalb u. a. auch keine überragende Bedeutung zu, weil der madjarische Nationalheld Kossuth in der angelsächsischen Welt stets größte Sympathie genossen hat. Jetzt ein Gábor-Bethlen-Mythos?

Wären wir im deutschen Volksraum noch in der Zeit des konfessionell bestimmten oder beeinflußten Geschichtsbewußtseins, so müßte dieser Mythos einen gewissen Erfolg bei uns haben. Einer Welt, die in Wallenstein oder Gustav Adolf zunächst den Vorkämpfer der eigenen Konfessionspartei sah, muß auch *Gábor Bethlen*, der mit verschiedenen deutschen Kurfürsten zusammen arbeitende protestantische Fürst von Siebenbürgen, etwas bedeuten. Für uns stellt sich die ganze Frage anders. Wir sehen gewiß in der Reformation ein bedeutendes Ereignis unserer Volksgeschichte, wer ihre Auswirkungen z. B. im Osten studiert, wird nicht so leicht sich verführen lassen, ihre historische Kraft zu unterschätzen. Die Parteibildungen des 16. und 17. Jahrhunderts sind jedoch keine Wertmaßstäbe für uns, wir bewerten Gustav Adolf ganz unbefangen nach den Quellen seiner Politik und ihren Auswirkungen, den düster-verkrampften *Wallenstein* nach seinen böhmischen Bindungen und tatsächlichen Leistungen, Gábor Bethlen nach seiner realen Bedeutung für die gesamtdeutsche Volksgeschichte. Daß ein Teil

der älteren siebenbürgisch-sächsischen Literatur ihn verherrlichte, ist genau so belanglos wie die Tatsache, daß das habsburgisch beeinflußte Schrifttum ihn als *Turcarum creatura* verabscheute — entscheidend sind allein die geschichtlichen Tatsachen. Prüfen wir sie!

Nach G. Farkas verfolgte Gábor Bethlen Pläne zur Schaffung eines starken und einigen Deutschlands. „Er erkannte, daß in der ungarischen Politik nur eine einzige Orientierung richtig und beständig sein könne: die Schaffung eines starken Deutschlands und die Pflege der Freundschaft mit ihm" (S. 6). Er habe sich nur deshalb auf die Türken gestützt, weil das politisch zerrissene deutsche Volk zu schwach war. Wenn der böhmische Aufstand 1618 gelungen wäre, wäre jedoch Deutschland zum Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit erwacht, „dann würde Ungarn von dem Druck der Habsburger befreit sein und auf das starke christliche Deutschland gestützt auch die Türken aus dem Gebiete des historischen Ungarns verdrängen können" (S. 16). Anfangs sei Bethlen zwar von den Türken abhängig gewesen, später sei es jedoch fast umgekehrt gewesen. Hätte Bethlen sich durchsetzen können, so wäre schon damals die europäische Ordnung hergestellt worden, um die heute Deutschland, Italien und Ungarn kämpfen (S. 37 f.). Und nun die Tatsachen.

Es ist zweifellos richtig, daß Bethlen immer wieder versucht hat, sich der Türken zu bedienen. Er wollte nicht vom Sultan abhängig bleiben. Sein Ziel war die Bildung eines ungarischen Staates, der sowohl das habsburgische als auch das türkische Ungarn sowie Siebenbürgen umfaßte, dazu möglichst noch Mähren, Böhmen und Schlesien. *Matthias Corvinus* war ihm Vorbild! Diese machtpolitische Zielsetzung schließt nicht aus, daß Bethlen auch für die deutsche Geschichte ein Gewinn war: Ranke hat mit Recht darauf hingewiesen, daß sein Widerstand es 1621 den am Weißen Berg geschlagenen Protestanten ermöglichte, sich wieder zu organisieren. Wer — wie der Rezensent — in dem vollständigen Siege der Katholischen Partei 1620/21 ein Unglück für Deutschland sehen würde, muß zugeben, daß der Fürst von Siebenbürgen damals die deutsche Geschichte günstig beeinflußt hat. War dieser heillose Einfluß im deutschen Sinne beabsichtigt? Gewiß nicht, er war eine Nebenwirkung des Bethlenschen Kampfes um einen großen unabhängigen Staat Ungarn, eines Kampfes, den der Siebenbürger mit Energie, politisch-militärischem Geschick und diplomatischem Weitblick führte. Seine Leistungen als Feldherr sind beachtlich, nicht zu vergessen ist dabei allerdings, daß er seine Schlachten weitgehend mit deutschen Landsknechten schlug.

Gibt es Quellen für den behaupteten Deutschland-Plan? In einem Gespräch mit dem schwedischen Gesandten *Straßburg* hat Bethlen die Lage des „bedrängten Germanien" richtig geschildert. Zieht er daraus die von Farkas entwickelten Folgerungen? Nein! Er verbündete sich mit Gustav Adolf — um das alte antihabsburgische Ziel eines *ungarischen Ostmitteleuropa* zu verwirklichen. Gleichzeitig bereitete er eine Teilung Polens vor, wie sich aus den Gesprächen mit G. Straßburg ergibt. Von dem Gedanken, sich auf ein geeinigtes Deutschland zu stützen, wissen die Quellen *nichts*, sieht man von vagen Andeutungen ab, denen man den konkreten Plan eines türkisch geführten Europa gegenüberstellen kann, den Gábor Bethlen vor seinem zweiten Feldzug dem Sultan vortragen ließ.

Volksgeschichtlich gesehen ist für uns auch Bethlens Verhalten dem siebenbürgischen Deutschtum gegenüber wichtig. Mit Recht hat *Szekfü* ihn den ersten Absolutisten im Südosten genannt. Als Absolutist hat er die Rechte der sächsischen Städte nicht unwesentlich geschmälert. In Ungarn beugte er sich — allerdings mißmutig — den Ständen, die ihn zu einer Politik gegen das deutsche Bürgertum und seine deutschen Landsknechte zwangen. Diese Stände hatten sich schon vor Bethlen daran gewöhnt, auf jedem Landtag einen Beschluß gegen das deutsche Bürgertum zu fassen, unter dem siebenbürgischen Fürsten setzten sie diese Praxis fort. Wenn auch die entscheidenden deutschfeindlichen Beschlüsse erst einige Jahrzehnte später gefaßt wurden, so muß doch die Zeit Gábor Bethlens als ungünstig für die deutschen Städte bezeichnet werden, obwohl sie diesem ebenso abenteuerlichen wie bedeutsamen Fürsten treuer waren als die madjari-

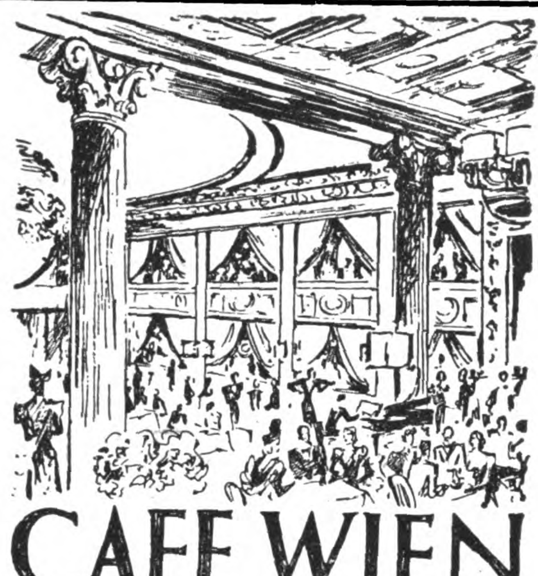
schen Stände, deren Beziehungen zu den Habsburgern ja stets zweideutig blieben. Bekannt ist, daß Bethlen 1625 dem madjarischen Adel den Weg in die sächsischen Städte öffnen wollte, dem einmütigen Protest der Siebenbürger Sachsen gelang es, ihn zur Aufgabe seines Gesetzes zu bewegen. Immerhin zeigt dieser Vorfall, den der Schäßburger Stadtschreiber *Georg Kraus* (Fontes rerum Austriacarum. Script. III u. IV) beschrieben hat, daß auch vom Siebenbürger Deutschtum her gesehen kein Anlaß besteht, einen neuen Mythos „Gábor Bethlen" zu entwickeln.

H. J. Beyer

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

In den „Schriften zur Weltpolitik", herausgegeben von Prof. Dr. *F. A. Six*, erscheint als Heft 6 (Junker & Dünnhaupt, Berlin 1943) die Arbeit von *Reinhard Hüber*: „Die Bagdadbahn". Die Arbeit ist ausgestattet mit einer Karte, einem umfassenden Schrifttumsverzeichnis und einer genauen Zeittafel von 1830 bis 1941. Sie selbst ist nicht chronologisch, sondern systematisch angelegt, behandelt zunächst die Eisenbahngeschichte der Osmanischen Türkei insgesamt, dann den Bau der Anatolischen Eisenbahnen und der Bagdadbahn, danach die „Gegenspieler": die Engländer, die Russen und die Franzosen. Das vorletzte Kapitel: „Wirtschaftspolitik oder „Drang nach Osten"?" und das Schlußwort bringen eine vorsichtige und gerechte Wertung: „Mochte man der deutschen Politik im allgemeinen viele Unklarheiten mit Recht vorwerfen, so war speziell die Orientpolitik ohne verwirrende Kreuz- und Querzüge. In diesem Sektor hätte daher eine Verständigung gefunden werden können, wenn sie von der anderen Seite gewollt — oder von uns erzwungen worden wäre." Der Band ordnet die exakte Schilderung der Bahngeschichte in die geopolitischen Tatsachen und die weltpolitische Entwicklung ein.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 51
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Erich Schafranek, Berlin W 15
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | z. Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany





FRITZ ROLLENHAGEN NACHF. G.M.B.H.
BERLIN W.
FRN



Fahnen
Ausschmückungen
Funk
Berlin-Schöneberg
Kolonnenstr. 8-9 Tel. 71 78 96, 71 74 17



Handbücher

des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

I. Handbücher zur Auslandskunde

Die Handbücher zur Auslandskunde sind umfangreiche Nachschlagewerke, die Daten und Fakten über alle Lebensbereiche der Weltstaaten zusammenstellen. Mit ihrer Planung und Durchführung ist ein Unternehmen eingeleitet worden, das erstmalig einen Gesamtüberblick über die verfassungsmäßigen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Grundlagen der Staaten der Erde vermittelt.

Demnächst erscheint das

Handbuch des Großdeutschen Reiches

Es gibt eine umfassende Darstellung aller Lebensbereiche des deutschen Volkes.

Folgende Bände sind in Vorbereitung:

Handbuch „Italien“
Handbuch „Spanien“
Handbuch „Südosteuropa“
Handbuch „Großbritannien“
Handbuch „Vereinigte Staaten von Amerika“
Handbuch „Iberoamerika“
Handbuch „Afrika“
Handbuch „Vorderer Orient“
Handbuch „China“
Handbuch „Japan“
Handbuch „Indien“

Ferner sind in Vorbereitung:

II. Handbuch der Politik

Das Grundlagenwerk der politischen Wissenschaften.

III. Handwörterbuch der Außenpolitik

Das Nachschlagewerk zur außenpolitischen Terminologie.

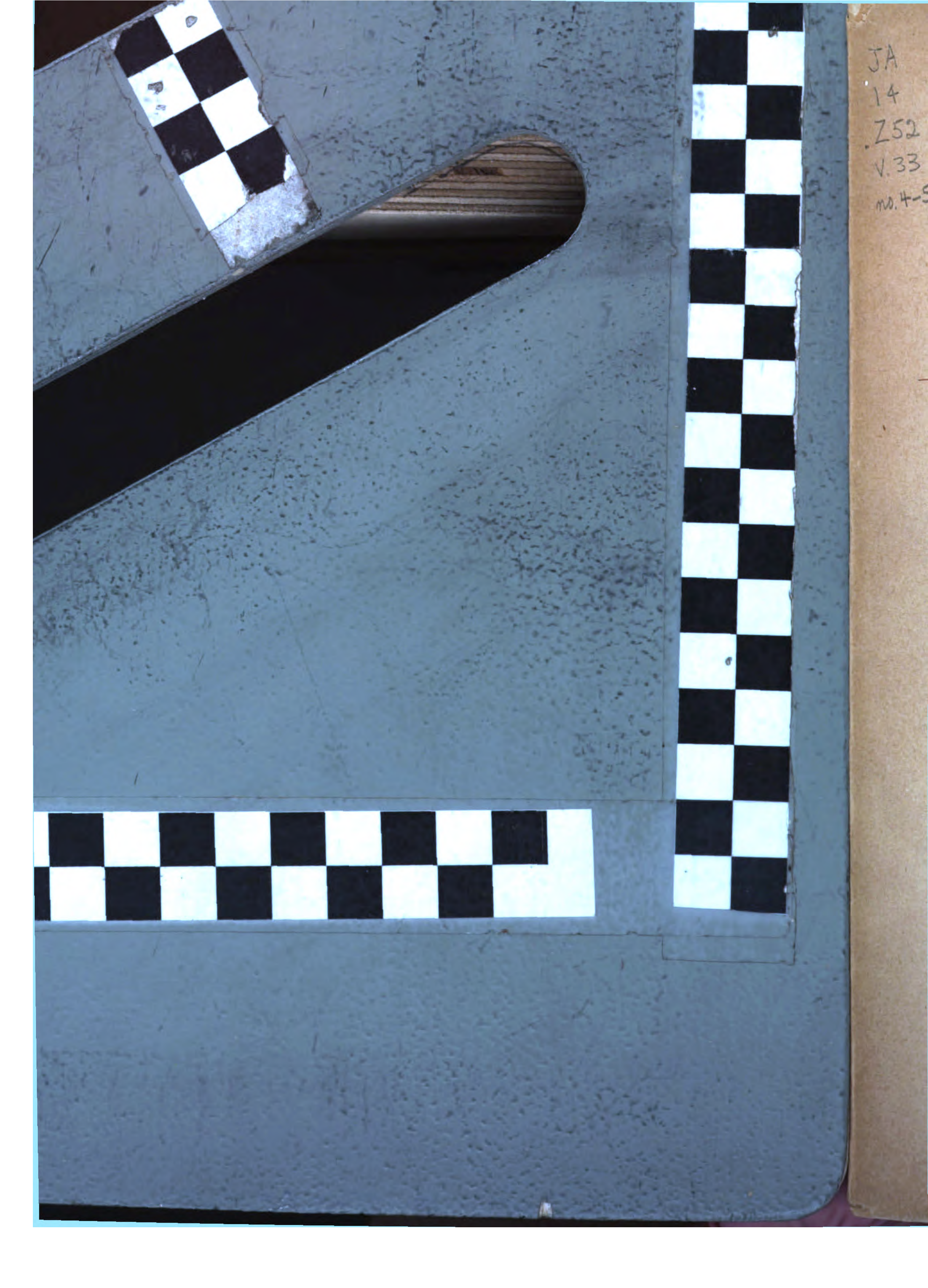












ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



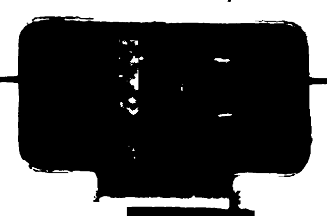
CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

33. BAND HEFT 4/5 APRIL/MAI 1943

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Hans H. Bielstein, z. Z. bei der Wehrmacht
Dr. Heinz Büchsenschütz, Berlin-Charlottenburg 9, Bundesallee 24, z. Z. bei der Wehrmacht
Prof. Dr. Wilhelm G. Grewe, Abt. „Rechtsgrundlagen der Außenpolitik" des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6
Dr. Sepp Knott, Abt. „Außenwirtschaftskunde" des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6
Hans Fehlinger, Luxemburg, Dahlienstr. 11
Prof. T. M. Kivimäki, finnischer Gesandter in Berlin
Prof. Dr. Walter Björkman, Leiter der Abt. „Arabien" des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6



ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom
DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und MinR.Prof.Dr.W.Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis: das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. zweimonatlich

33. BAND | APRIL/MAI 1943 | HEFT 4/5

Das Europabild des 20. Jahrhunderts*)

Von Franz Alfred Six

Wir sprechen von Europa als einer Einheit. Die Einheit, ob geographisch, rassisch-völkisch oder geschichtlich aufgefaßt, ist aber von den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, wenn sie einen klaren, umfassenden und allgemein gültigen Begriff suchten, oft in Frage gestellt worden. Der schulmäßige Erdteilbegriff wurde unter dem Tatbestand der fließenden Grenzen im Süden und Osten aufgelöst, der Rassen-Völkerbegriff in seiner Bindung an das allumfassende nordische Bluterbe in Zweifel gestellt, dem Abendlandbegriff die Homogenität des kontinentalen Geschehens bestritten. Besteht nun angesichts dieser widersprechenden Analysen und sich gegenüberstehenden Thesen keine Grundlage, von der aus ein Zusammenklang aller Elemente und eine Übereinstimmung jeglicher Merkmale zu finden ist? Die Entscheidung über diese Frage liegt in der unbestreitbaren Existenz des politischen Bewußtseins der inneren Einheit Europas selbst.

Das politische Bewußtsein ist stets die Äußerung des Vorhandenseins einer geschichtlichen Kontinuität[1]). Es ist daher festzustellen,

*) Vortrag, gehalten am 3. März 1943 zum Abschluß der Vortragsreihe des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts „Europa und die Welt".

[1]) F. A. Six: Das Einheitsbewußtsein Europas. Zeitschrift für Politik 1942. S. 285 ff.

daß, wenn die europäische Einheit fragwürdig geworden ist, das Bewußtsein der Kontinuität der europäischen Geschichte durch Jahrhunderte verschüttet und der Sinn der europäischen Geschichte über Epochen hinweg verdunkelt wurde. Es ist aber ein geschichtliches Gesetz, daß politische Bewegungen, geistige Umwälzungen und weltanschauliche Revolutionen stets das geschichtliche Bewußtsein erneut zum Erwachen bringen. In dem Vorgang eines solchen geschichtlichen Umsturzes der geistigen Besinnung und des weltanschaulichen Umbruches, dem Rückgriff auf Altes und dem Vorstoß zu Neuem befindet sich die europäische Gegenwart. Aus ihm entsteht die unleugbare und lebendige Erscheinung, daß verschüttete, überlagerte und verdunkelte geschichtliche Geschehnisse und geistige Traditionen in unserer Zeit politisch wieder wirksam werden. Dieser Vorgang des Wiedererwachens eines europäischen Kontinentalbewußtseins fragt nach den Gründen, Formen und Folgen der geschichtlichen Verdunkelung und geistigen Überlagerung der europäischen Einheit. Das Bewußtsein des Europäischen an sich liegt eingebettet im politischen Denken und hat seinen Ausdruck erhalten in dem Europabild. Das Europabild ist in dieser Zeit der Verdunkelung eines europäischen Geschichtsbewußtseins nun aber nicht geprägt von der Gesamtheit und Ganzheit des Kontinents, sondern von den einzelnen epochenmäßig in Führung liegenden Mächten. Es ist demnach Ausdruck der politischen und geistigen Vorherrschaft der Westmächte in Europa und als solches Mittel nationaler Führungsansprüche.

Das Europabild Frankreichs

Betrachten wir zuerst das Europabild Frankreichs. Das französische Europabild läßt sich historisch vom Zerfall des kontinentaleuropäischen Bewußtseins im Spätmittelalter herleiten. Es ist von der Grundlage aus westlich bestimmt, sowohl von der geographischen als auch der geistigen Seite her[2]). Geographisch, weil Frankreich als Randstaat Europas die Probleme dieser Lage im Westen des Kontinents vor sich sah, geistig, weil es auf eine bereits machtvoll in Erscheinung getretene zentraleuropäische Ordnung gefolgt ist. Aus diesem Grund geht das Europabild Frankreichs stets von der Abweisung der deutschen Ordnungsideen, der Abwendung vom deutschen Wesen schlechthin aus. Es hat zu diesem Zweck einen Gegensatz des deutschen zum lateinischen Menschen konstruiert und einen allgemein-europäischen Verdacht gegen das sogenannte dynamische Element im Deutschen erhoben, das stets gärend, immer in

[2]) F. A. Six: Reich und Westen. Berlin 1940.

Bewegung, die Ausgeglichenheit des traditionellen, kontinentalen Geistes störe[3]). In dieser Rangordnung ist Frankreich zur Verkörperung des schlechthin europäischen Geistes, der europäischen Form und des europäischen Symbols erhoben worden. Dieser aus der Zeit der französischen Klassik in Europa stammende politische Führungs- und Vorherrschaftsanspruch gründete sich auf seine kulturelle Vormachtstellung in der Sprache, der Wissenschaft und dem Geschmack seit dem 17. Jahrhundert. Die französische Klassik mit der Durchsetzung des Französischen als Weltsprache, der Verdrängung des Lateins als Sprache der Wissenschaft und der Allgemeingültigkeit als Diplomatensprache führte zu einer einhelligen französischen Einheit von Machtpolitik und Kulturpolitik. Die Klassik wird aber damit in Frankreich zu einem politischen Instrument, zu einem Machtmittel für die Aufrichtung der geistigen Führung ebenso wie der politischen Vorherrschaft in Europa. Seit der französischen Klassik atmen alle politischen Ideologien Frankreichs den Geist des politischen Führungsanspruches auf Grund der höheren geistigen Ausformung. Alle sogenannten positiven Europapläne Frankreichs, ob sie den Namen *Sullys*, *St. Pierres*, *Napoleons* oder *Briands* tragen, sind Ausdruck dieses Grunderbes. Auch die Ablösung des alten durch das revolutionäre Frankreich setzt nur ein anderes Vorzeichen vor seinen geistigen und politischen Vorherrschaftsanspruch. An die Stelle der Worte Klassik, Latinität und Clarté treten die Parolen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, bis sie sich im System der dritten Republik eng verbinden und in ihrem europäischen Anspruch wieder decken[4]).

Dieser geistige Ausgangspunkt bildet die Grundlage für das französisch-westliche Europabild. Unter diesem Anspruch hat Frankreich versucht, die alte kontinentale Ordnung durch seine Vorherrschaft zu ersetzen und nach der Errichtung seiner politischen und militärischen Hegemonie das französische Europabild atlantisch zu erweitern. Diese langsam sich ausweitende Doppelstellung Frankreichs als kontinentale und atlantische Macht brachte zunehmende Gefahren für die Zukunft des gesamten Erdteils. Ständig war Frankreich in Versuchung, seine kontinentale Stellung, die es mit eigener Kraft nicht mehr zu halten und zu sichern vermochte, durch die Hinzuziehung nichteuropäischer Rassenteile zu stützen. Wie später England seine außereuropäischen Gebietsteile und Macht-

[3]) Engelmayer: Die Deutschlandideologie der Franzosen. Berlin 1936. S. 59.
[4]) Fritz Neubert: Die französische Klassik in Europa. Stuttgart und Berlin 1941. S. 202.

räume, mußte Frankreich sein afrikanisches Kolonialreich zur politischen Unterbauung seiner europäischen Stellung einsetzen[5]).

So hat sich erwiesen, daß alle europäischen Formeln und Programme Frankreichs stets eine im politischen Denken seiner Nation verankerte Ideologie der verschleierten Vorherrschaft war, einer Vorherrschaft, die es aus eigener blutlicher, politischer und geistiger Substanz nicht mehr auszufüllen vermochte. Es hat sich ferner seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine zunehmende innere Schwäche des französischen Anspruches und damit auch seiner europäischen Forderungen gezeigt. Diese Schwäche hatte einmal seine Gründe in dem Mangel eines echten, historisch begründeten Europabewußtseins Frankreichs, zum anderen in dem immer stärker sich offenbarenden Unvermögen, die europäische Aufgabe einer Lösung zuzuführen. Die Geschichte hatte Frankreich den Beweis geliefert, daß es biologisch, geistig, politisch und auch militärisch nicht mehr in der Lage war, seine europäische Vorherrschaft schöpferisch ausüben zu können. Im Augenblick der Erkenntnis dieser biologischen und geistigen Ohnmacht setzte es vor seine Führungsansprüche das Wort Sicherheit und vor seine Herrschaft die These der internationalen Organisation. Seit 1918 sollte die Ordnung und Regelung der europäischen Angelegenheiten auf der Basis des Völkerbundes erfolgen. Frankreich selbst beabsichtigte, sich dabei auf die geistige Führung des Kontinents zu beschränken. Nach Jahrhunderten eigener Inhalte und Behauptung ging das französische Europabild damit praktisch zur pazifistischen paneuropäischen Ideologie über. Es zeigte sich jedoch in kürzester Frist, daß die Verbindung des Europabildes mit der Völkerbundsvorstellung einen inneren Widerspruch darstellte und geistig bereits das Aufgeben einer eigenständigen, europäischen Ordnung und Zukunft bedeutete. Von hier aus werden die politischen Thesen und Ziele einer allgemeinen Beruhigung Europas, einer „tranquillité générale", einer „repos de l'Europe", verständlich. Frankreich fühlt kein Verlangen mehr nach Neuerung und Umwälzung, das Wagnis des Einsatzes seiner eigenen Herrschaft erscheint ihm zu groß. Diese wachsende politische Ermüdung bildet den Grund für den Anschluß an die englische Gleichgewichtspolitik. Wie England aus den Notwendigkeiten der Sicherung seiner überseeischen Macht und seines europäischen Monopolkapitalismus muß Frankreich zur Bewahrung seines politischen Bestandes den bestehenden Zustand zu erhalten

[5]) Ernst Wilhelm Eschmann: Die beiden Europa. In „Das XX. Jahrhundert". Jg. 1, 1939/40. S. 8.

trachten. Die Ideologie Frankreichs mündete seit 1933 in die jetzt zu betrachtende europäische Ideologie Englands[6]).

Das englische Europabild

Ebenso wie dem französischen muß auch der Betrachtung des englischen Europabildes die Feststellung vorangehen, daß es geographisch und geistig vom Westen des Kontinents bestimmt ist; geographisch, weil die englische Insel bis zum Anbruch der neueren Zeit im eigentlichen Sinne des Wortes am Rande Europas lag, geistig, weil England als politische Macht an dem europäischen Schicksal des Mittelalters nahezu keinen Anteil hatte. Es ist die atlantische Epoche des europäischen Kontinents, welche ihm seine historische Stellung in Europa und in der Welt verliehen hat. Das Bewußtwerden der Insellage Englands bildet daher die alleinige Voraussetzung des englischen Europabegriffs. Nationale Machterstarkung in der insularen Abgeschiedenheit und ozeanische Lebensraumausweitung im Ziele der imperialen Politik geben seinem Europabild die historischen Linien. Drei Züge sind es, die hier festzuhalten sind[7]):

1. die wachsende Europafremdheit der englischen Insel hinsichtlich der gesamten geistigen Vorgänge auf dem Kontinent,
2. die Einsetzung des kontinentalen Machtspiels als politische Rückendeckung seiner atlantischen Expansion und
3. die wirtschaftliche Ausbeutung Europas großen Stils im Zeichen des englischen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts.

Die Formel des politischen Gleichgewichts als historisches Gesetz der englischen Staatsräson ist daher im tiefsten Sinne als Ergebnis seiner eigenen geistigen und politischen Entwicklung anzusehen. Denn Gleichgewicht bedeutet England für die Zukunft nicht nur Balancierung der politischen Mächte, sondern Beharrung der geistigen Kräfte im Sinne der Humanität des 18. Jahrhunderts und unbedingte Ruheerhaltung zum Zwecke des englischen Monopolkapitalismus. Jede politische, geistige oder wirtschaftliche Bewegung

---

[6]) a) Schriftstücke zum Europa-Memorandum der französischen Regierung. (Briand.) Hrsg. vom Auswärtigen Amt. Berlin 1930.
b) Francis Delaisi: Les Deux Europes. Paris 1929.
c) Edouard Herriot: Europe. Paris 1930.
d) Bertrand de Jouvenel: Vers les Etats Unis d'Europe. Paris 1930.

[7]) a) Paul Meißner: England und Europa. Breslau 1941.
b) Karl Heinz Pfeffer: England, Vormacht der bürgerlichen Welt. Hamburg 1940.

des Kontinents wird als Störung des fest ausgeprägten, englisch bestimmten Europabildes empfunden. Dieses englische Europabild formt die These der zergliederten Vielheit an Stelle der mächtigen Einheit aus. In diesem nach dem Gesetz der Vielheit gegliederten Europa steht aber England die Rolle des Schiedsrichters zu. Sie gibt England das politische Recht der Einmischung auf dem Kontinent und die ideologische Verpflichtung zur Bewahrung der Völker vor der Tyrannei und zum Schutz der kleinen Nationen[8]).

Diese Erkenntnis zeigt, daß im Kern des englischen Europabildes die Pax Britannica errichtet ist: im Geistigen auf die Inhalte des Christentums, des Friedens und der Zivilisation abgestellt, im Politischen auf die Durchsetzung dieser Inhalte als englische Mission in Europa begründet und im Wirtschaftlichen durch den englischen Kapitalismus in der Welt erweitert. So sind die Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichtes, die Förderung aller Nationalitätsgruppen, die Verhinderung rassischer und völkischer Zusammenschlüsse ebenso Programm der Pax Britannica wie Inhalt des englischen Europabildes.

Indem nun aber England dieses System der Pax Britannica im Zeitpunkt des Zusammenbruches seiner Weltmachtposition weiterhin mit den Zielen und Inhalten seines Europabildes zusammenpressen will, erweist sich in geschichtlich einmaliger Deutlichkeit das kontinentalfeindliche Europabild Englands. Diese Politik Englands hat Europa im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nicht nur den Verlust großer imperialer Räume und die Aufhebung seiner Welthegemonie, sondern gegenwärtig auch die Opfer an den amerikanischen Imperialismus und den mittelasiatischen Bolschewismus gekostet. England und Frankreich haben zur Sicherung ihrer eigenen Machtstellung das echte Bewußtsein der europäischen Zusammengehörigkeit verloren.

Ein russisches Europabild?

Es wäre zum Schlusse noch zu überlegen, ob neben den westlichen Europabildern Frankreichs und Englands ein östliches, d. h. ein konstruktives, russisches Europabild aufgestellt und entwickelt wurde. Diese Frage kann mit Recht gestellt werden, umfaßte doch das russische Reich und auch der heutige bolschewistische Staat nicht nur ein gewaltiges Gebiet des europäischen Kontinents, sondern es birgt auch einen großen Teil europäischer Sprach- und Kulturstämme, die Hauptmasse der Slawen in sich. Die fehlende geographische Ab-

[8]) Paul Meißner, a. a. O. S. 23.

grenzung des europäischen Ostens gegen die weitläufigen Steppen und Tundren Asiens sowie der Charakter Rußlands als eines rassischen und volkstumsmäßigen Übergangsgebietes von Europa nach Asien haben eine konstante Machtkonzentration ebenso wie eine eindeutige Bindung an den europäischen Kontinent verhindert.

Es gab für Rußland drei Möglichkeiten der Entfaltung eines Raumbewußtseins: die Anlehnung an das europäische Raumbewußtsein, dann die Anlehnung an das asiatische Raumbewußtsein und endlich die Entwicklung einer eigenen Raumvorstellung, die zwischen Asien und Europa liegt. Das Russentum hat alle diese Möglichkeiten versucht, ohne sich grundsätzlich zu entscheiden. Die Anlehnung an die europäische Raumvorstellung hatte Voraussetzungen in der steten europäischen Blutzufuhr, die Rußland seit der Berufung der Waräger in regelmäßigen Perioden erhielt. Die Reformen *Peters des Großen* versuchten zum ersten Male, Rußland durch einen revolutionären Prozeß dem kulturellen und zivilisatorischen Niveau Europas anzugleichen, indem er die russische Tradition radikal brach. *Tschaadajew,* der von der Überlegenheit Europas überzeugt ist, versucht noch den Unterschied auszugleichen, indem er an die innere Kraft des Russentums und ihre bevorstehende Entfaltung glaubt. Für die späteren „Westler" aber bedeutet Europa bereits der „utopische Traum von einer vollendeten Lebensordnung"[9]). Die Anlehnung an die asiatische Raumvorstellung hatte wesentliche Voraussetzungen in der jahrhundertelangen Tatarenherrschaft, der Entwicklung der russischen aus der byzantinischen Kirche und dem dauernden Austausch slawischer und asiatischer Blutsubstanzen. Der moderne Ideologe dieses russischen Asiatismus ist *Tolstoi,* der in seinem Gotteserlebnis und in den Argumenten, mit denen er zu einer Ablehnung der europäischen Kultur kommt, durchaus im asiatischen Gefühl wurzelt. Die russische Politik war von jeher stärker nach Asien ausgerichtet, als man gemeinhin in Europa wußte. Die Ausdehnung Moskowiens nach Norden, Nordosten, Südosten und Süden führte mit anhaltendem, breitem Druck in asiatische Siedlungsgebiete hinein. Der Drang nach dem Westen dagegen wurde oft unterbrochen. Der politische Ideologe der russischen Ausdehnung nach Asien wurde Fürst *Uchtomski,* der die Herrschaft des Russentums über Asien forderte und hierfür auch die Bereitschaft der asiatischen Völker erwartete, deren

[9]) Nikolai Berdiajew: Sinn und Schicksal des russischen Kommunismus. Ein Beitrag zur Psychologie und Soziologie des russischen Kommunismus. Luzern 1937. S. 36.

seelische Eigenschaften er mit denen der Russen kongruent fand[10]). In der russischen Emigration hat sich dann um die eurasische Bewegung ein Kreis gebildet, der eine Raumvorstellung entwickelt hat, die Europa und Asien umspannt, ihren Mittelpunkt aber mehr und mehr nach dem Osten verlagert. Das turanische Element im Russentum wird von den Eurasiern besonders betont[11]). *Nikolai Berdiajew*, ein zeitgenössischer russischer Philosoph der Emigration, bestimmt ebenfalls als die Heimat des Russentums den Orient: „Rußland ist christianisierter Osten“ [12]), er behauptet, daß trotz aller Entlehnungen der „Stil des russischen Kommunismus“ nicht auf westeuropäischem Boden gewachsen ist[13]).

Obwohl daher in der Geschichte Europas ungeheure Ströme seines Blutes nach dem Osten abgegeben worden sind, und obwohl europäische Gestaltungskraft und kontinentales Denken zur Grundlegung und Befestigung des russischen Machtgefüges beigetragen haben, konnte doch die doppelgesichtige, zweikontinentale Entwicklung dieses Raumes nicht aufgehalten werden. Vielmehr hat sich die gesamte Machtverlagerung des Ostraumes im Zeitalter der westeuropäischen Vorherrschaft gegen den eigenen Kontinent gekehrt und ihn seit Jahrhunderten als östliche Gefahr bedroht. So wurde das Schicksal Europas bis zum 18. Jahrhundert einmal ausschließlich von der germanisch-romanischen Völkerfamilie bestimmt, zum andern blieb ein integrierender Bestandteil seines Rassen- und Völkergefüges, die Slawen, von den großen gemeinsamen Vorgängen West- und Mitteleuropas, den Kreuzzügen und Überseewanderungen, den Stilschöpfungen der Romanik und Gotik, den geistigen Umwälzungen der Renaissance ebenso wie der Reformation unberührt. Dieser geschichtliche Ausschluß des Ostens Europas hatte aber die Entwicklung einer politischen, geistigen, religiösen und auch wirtschaftlichen Struktur zur Folge, die sich durch den späten Eintritt Rußlands in das europäische Staatensystem nicht mehr der Gesamteuropas angleichen konnte. Rußland hatte keine eigene Europavorstellung und entwickelte demgemäß

[10]) Fürst Esper Uchtomski: Die Ereignisse in China, über die Verhältnisse des Westens und Rußlands zum Osten. 1900.

[11]) a) Charles Bourgeois: L'héritage de Gengis-Khan.
b) Georges Chklaver: La doctrine eurasienne.
c) Politica: Russia in resurrection. A summary of the views and the aims of a new party in Russia, by an english Europasian. London 1928.
d) W. K. Stählin: Rußland und Europa, in „Historische Zeitschrift“, Bd. 132, Heft 2, S. 197/246.

[12]) Nikolai Berdiajew, a. a. O. S. 9.

[13]) Dgl., a. a. O. S. 18.

auch kein eigenständiges positives Europabild. Wo sich die Möglichkeit eines historischen Ansatzes wie bei der Politik der Solidarität der Throne eines *Alexander I.* oder *Nikolaus I.* ergeben hatte, ist sie durch den Widerspruch der panslawistischen oder eurasischen Bewegung Rußlands unterbunden worden. Die Slawophilen, und im Anschluß an *Danilewski* der Panslawismus, entwickelten schließlich einen eigenständigen spezifisch russischen Raumbegriff. *Wladimir Solovjeff*, ein Vertreter des ethischen Panslawismus, stellte Rußland zwischen die asiatische und europäische Tradition, die beide der Erlösung durch Rußland bedürfen.

Es ist nun entscheidend, daß Rußland in seiner Gesamtheit sich nie für einen bestimmten Raumbegriff entscheiden konnte. *Tschaadajew*, der erste Geschichtsphilosoph des Russentums, erkannte die völlige Desorientiertheit des russischen Raumbewußtseins, als er feststellte: „... wir gehören weder zum Westen noch zum Osten, und uns fehlen die Überlieferungen des einen und des anderen"[14]). An anderer Stelle kennzeichnet er diese Zwischensituation Rußlands treffend: Rußland stütze sich „mit dem einen Ellbogen auf China, mit dem anderen auf Deutschland"[15]). *Dostojewski* hat dieser Zwitterstellung Rußlands zwischen Europa und Asien deutlich Ausdruck gegeben, als er sagte: „Sie ist eine Notwendigkeit, weil Rußland nicht nur in Europa liegt, sondern auch in Asien, weil der Russe nicht nur Europäer, sondern auch Asiate ist, weil in Asien vielleicht mehr unsere Hoffnungen liegen als in Europa. Und das ist noch nicht alles: In unserem zukünftigen Schicksal wird gerade Asien unser Ausweg sein." Dieses Schicksal aber wurde Wirklichkeit, als unter dem Einfluß der deutschen Waffen im ersten Weltkrieg der europäische Osten aufgebrochen und das bolschewistische Rußland sich zur Wendung nach Asien entschloß. Auf diesen Voraussetzungen seiner asiatischen Machtgrundlagen erfolgte seine jahrzehntelange Bedrohung Europas. Damit hat aber der Bolschewismus die europafeindliche Politik des Zarentums nicht nur fortgesetzt, sondern vertieft. Für ein politisches Europabild blieb kein geistiger Raum offen.

Ein deutsches Europabild?

Die vorstehende Darlegung der historischen Gründe, Formen und Folgen des Absinkens des europäischen Bewußtseins hat gezeigt,

---

[14]) I. Tschaadajew: Philosophische Briefe 1829—1831, in: Östliches Christentum I., S. 5.

[15]) I. Tschaadajew, a. a. O., S. 13.

daß das europäische Denken in Europabildern Ausdruck erhielt, welche die Sonderentwicklungen und Sonderinteressen einzelner Völker mit den allgemeinen Notwendigkeiten Europas gleichsetzten. Aus diesen Gründen ist ihnen ein umfassendes gemeineuropäisches Bewußtsein nicht entsprungen, sie blieben politische Ideologie staatlicher Individualitäten.

Dieser Gegensatz der politischen Ideologien Frankreichs, Englands und Rußlands zu der unbestreitbaren Wirklichkeit umfassender europäischer Gemeinsamkeiten führt die Frage weiter nach der Rolle Deutschlands und Zentraleuropas in der europäischen Geschichte. Es ist eine kennzeichnende Feststellung, daß in Deutschland ein Europabild im Sinne einer politisch einsetzbaren Ideologie nie entwickelt wurde, vielmehr Staatsmänner und geistige Persönlichkeiten im Sinne des Wortes *Bismarcks* die Spiegelfechterei mit dem Europäertum stets abgelehnt haben. Dagegen stand das eigene völkische Bewußtsein Deutschlands stets in so enger Verbindung mit seiner europäischen Verantwortung, daß sich bei ihm Spaltungen zwischen nationalem und europäischem Bewußtsein nicht ergeben konnten. Deutschland ist damit das einzige Volk Europas, in dem das eigene völkische Bewußtsein mit dem europäischen Bewußtsein geschichtlich in Einheit entwickelt worden ist. Das deutsche Geschichtsbewußtsein mündet unmittelbar in das europäische Geschichtsbewußtsein ein.

Zum Nachweis der Einheit des deutschen und europäischen Geschichtsbewußtseins müssen die Strukturen der deutschen und europäischen Geschichte zum Vergleich gebracht werden. Dieser Vergleich soll gleichzeitig dazu dienen, die großen Linien einer echten und schicksalsmäßig verwobenen Kontinuität der Geschichte des europäischen Kontinents zu erweisen. Diese sind in folgenden Abschnitten zu erkennen:

1. Der vor- und frühgeschichtlichen Leistung des Indogermanentums und Germanentums,
2. der früh- und hochmittelalterlichen Leistung der germanischen Stämme und des Reiches,
3. dem Aufstieg der germanisch-romanischen Völkerfamilie zur Welthegemonie Europas,
4. dem Zerfall Europas als Folge seiner zentralkontinentalen Ohnmacht und ständigen Binnenkriege,
5. der deutschen und europäischen Wiederbesinnung auf seine kontinentale und weltpolitische Aufgabe.

Die Indogermanisierung und Germanisierung Europas

Der europäische Kontinent ist innerhalb der weltgeschichtlichen Zusammenhänge als junger Kontinent anzusehen. Geschützt durch seine Lage am Rande der kontinentalen Landmassen Asiens, Afrikas und Amerikas, natürlich geschlossen durch die Umgürtung dreier Meere, blieb er unberührt von den großen weltgeschichtlichen Wanderungsbewegungen und dem Einbruch fremder Rassen. Damit hat sich Europa eine ursprüngliche und nahezu gleichartige Ausbildung seines Rassekernes gesichert. Den großen Zug seiner Rasseneinheit hat der Kontinent aber durch den zweimaligen Aufbruch seines Nordens, die indogermanische und großgermanische Ausbreitung erhalten; dieser Aufbruch prägte nicht nur den europäischen Rassetypus und bereitete seine Völkerschichtung vor, sondern legte auch in den ersten, aber entscheidendsten Ansätzen seine gesamte geschichtliche Struktur zugrunde. Mit diesen beiden großen geschichtlichen Landnahmen und Machtbegründungen ist das erste Beispiel einer historischen Aufgliederung des kontinentalen Gefüges gegeben worden. Sie nahmen ihren Ausgangspunkt im Norden, verdichteten sich in der Mitte und strahlten konzentrisch nach allen Teilen Europas aus[16]).

Die großgermanische Ausbreitung, mißverständlich auch germanische Völkerwanderung genannt, hat die historische Bedeutung, auf der genannten Breite der kontinentalen Lagerung, vom Norden bis zum Süden und vom Osten bis zum Westen, Staatengründungen hinterlassen und damit Europa von innen her aufgegliedert zu haben. Die vorgefundene Einheit der Mittelmeerordnung des Imperium Romanum wird nicht sinnlos zerstört, sondern in ihren indogermanischen Traditionen übernommen. Insbesondere ist es die fränkische Staatsgründung[17]), die, geschult an römischer Militärkraft und römischem Staatswillen, europäische Wirkung gewinnt, die Einigung der germanischen Stämme vollzieht und die Schöpfung des Reiches veranlaßt. Dieses germanische Reich aber ist die erste binnenkontinentale Machtschöpfung, an der kein europäisches Volk und keine europäische Nationalgeschichte vorbeigehen kann. Ihm kommt die

[16]) F. A. Six: Der Reichsgedanke und das germanische Bewußtsein. (Erscheint demnächst.)

[17]) Karl Lamprecht: Deutsche Geschichte. 4. Auflage. Berlin 1909, Bd. 2, S. 11 ff.: „Karl Martell ward zum Führer der geeinten fränkischen, occidentalen Christenheit. Er siegte auf den baumreichen Ebenen Cenons, zwischen Tours und Poitiers (Oktober 732) ... Es war ein Sieg, den die Kirche sofort als weltgeschichtliches Ereignis begriff; nicht mit Unrecht bezeichnet Isidor Karls Scharen als Europenses.“

Bedeutung zu, daß nicht nur die ersten Auswirkungen der indogermanischen Bewegungen, die griechische Kunst und die römische Staatsidee, durch die germanische Volkskraft in die Kontinuität der europäischen Geschichte eingingen, sondern daß mit der Einigung der germanischen Stämme zum deutschen Volk die Geburt des historischen Europa ausgesprochen ist[18]).

In der Zeit zwischen 900 und 1200 wird das Reich Gestalter und Beherrscher des europäischen Kontinents. Es ist seine Mitte und das Rückgrat gegen alle von außen in seinen Kern stoßenden Angriffe der Hunnen, der Awaren, der Slawen und der Araber. Vor allem die dauernde Aufgabe der Abwehr der Slawen im Osten, die Epoche der Kämpfe von *Heinrich I.* bis *Friedrich II.* schließt die Völker und Staaten in dem gemeinsamen Gedanken des christlichen Abendlandes zusammen. Es ist die große geschichtliche Leistung des mittelalterlichen Reiches, die völlige Überflutung des Kontinents durch die asiatischen Steppenvölker und das Slawentum aufgehalten und die um das Jahr 800 bereits bis Holstein und Brandenburg vorwärtsgetriebene Völkergrenze bis weit in die Ursprungsgebiete des Slawentums an den Quellen des Pripet zurückverlegt zu haben. Aus dieser kriegerischen wie rücksiedelnden Tätigkeit im Osten erwächst über der Reichsgesinnung eine gemeinsame abendländische Gesinnung. Es prägt sich eine gemeinsame Lebensform und ein einheitlicher Lebensstil in Europa aus, der sich deutlich von dem ungegliederten Osten und vom Orient absetzt. Die europäische Mitte rückt stetig nach Osten[19]). Durch diese bewaffnete Rücksiedelung, die Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter, wie sie *Karl Hampe* treffend genannt hat[20]), wird Mitteleuropa erst wahrhaft für den europäischen Kontinent gewonnen. Die Leistungen des Deutschritterordens und der Hanse erweitern den Machtzuwachs des Abendlandes dann auch auf Osteuropa. Es muß wieder geschichtliche Klarheit darüber bestehen, daß die gegenwärtige Vorstellung von Europa durch den Kampf der Deutschen im Mittelalter bestimmt wird, daß ohne Aufhaltung der slawischen Westbewegung und die germanische Rücksiedelung die gesamte Geschichte Europas eine andere Wendung genommen hätte.

Es ist damit zusammenzufassen: In drei Jahrhunderten höchster

---

[18]) F. A. Six: Das Reich und die Grundlegung Europas, in „Jahrbuch der Weltpolitik 1942", S. 13 ff.

[19]) Vgl. Karl Richard Ganzer: Das Reich als europäische Ordnungsmacht. Hamburg 1941.

[20]) Karl Hampe: Der Zug nach dem Osten, die kolonisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter. (ANuG. 731.) Leipzig 1921.

raumpolitischer, staatlicher und stilsetzender Gestaltungskraft hat das Reich das erste Beispiel einer geschichtlichen Ordnung des Kontinents hinterlassen. Drei Leistungen sind es, die diesen Vorgang bezeugen:

1. Die weitgehende Erschließung des Kontinents nach Westen, Osten, Norden und Süden,
2. die Errichtung eines allgemein-europäischen Ordnungssystems,
3. die Gestaltung einer verbindlichen Lebensform und eines einheitlichen Stiles.

Die europäische Völkergemeinschaft und die Voraussetzungen ihrer Welthegemonie

In solcher Leistung war die Reichsidee die erste europäische Ordnungsidee. Sie wirkte über den Zerfall der kaiserlichen Macht des Mittelalters noch über drei Jahrhunderte raumpolitisch, machtpolitisch und kulturpolitisch, am stärksten jedoch bevölkerungspolitisch im europäischen Geschehen nach. Denn nochmals muß betont und in Hinsicht auf die kommende Entwicklung hervorgehoben werden, daß in der großgermanischen Ausbreitung der letzte Anstoß zur Ausreifung der europäischen Völkerwelt liegt. Im Schirm und Schutz des Reiches sind dann nicht nur alle fremden Rasseneinbrüche in das junge Europa abgewehrt, sondern auch die Voraussetzungen zur ungeheuren Bevölkerungsverdichtung Europas der Folgezeit geschaffen worden, die seine jetzt anbrechende Ausbreitung erst ermöglicht haben und heute nur noch mit derjenigen Ostasiens und Hinterindiens verglichen werden können. Diese Bevölkerungsverdichtung stand nun aber keineswegs unter dem Zeichen einer rassenmäßigen Standardisierung oder völkischen Einebnung, sie folgte vielmehr unter der weitreichenden Ordnung des Reiches historischen Ansätzen und prägte sich in rassetypisch einheitlichen, aber viel-gegliederten völkischen und nationalen Individualitäten aus. Sie ist für die Struktur, das Wesen und die Zukunft des Kontinents von entscheidender Bedeutung gewesen, weil sie ihm nicht nur sein spannungsreiches, sondern auch sein vielgestaltiges Gesicht gibt.

So zeigt sich, daß die europäische Herrschaft des Reiches zugleich eine einmalige und großartige Vorbereitung des Kontinents auf seine weltpolitische Aufgabe gewesen ist. Der europäische Ausgriff auf Übersee und die Entstehung der neuen Welt zeigt noch einmal die letzte Gemeinsamkeit des mittelalterlichen Europa, den christlichen Missionsgedanken und den bevölkerungspolitisch vor-

bereiteten europäischen Ausbreitungswillen, der sich jedoch vom Osten nach den überseeischen Gebieten wendet. Der Antrieb zur europäischen Ausbreitung über die Erde liegt also nicht in dem soeben entstehenden europäischen Staatensystem, sondern in dem noch vorhandenen europäischen Gemeinschaftsbewußtsein begründet. Die neuen atlantischen und pazifischen Siedlungsgebiete sind von der Lebenskraft, dem Gestaltungswillen und der Kulturleistung aller europäischen Völker befruchtet worden. Das neue Welt- und Geschichtsbild wird von dem Herrschaftsbewußtsein aller europäischen Völker getragen. Es ist daher ein europazentrisches Weltbild zu nennen[21]).

Europäisches Staatensystem und europäische Binnenkriege

Im Gegensatz zu dieser welthegemoniell sich ausbreitenden Völkerkraft folgt in Europa eine Schwächung, der machtvollen Ordnung des Reiches folgt der Verband des europäischen Staatensystems. Dieses neue Staatensystem Europas hat aber vom Ursprung her keine zentrale Mitte, kein regelndes Führungsprinzip zu entwickeln vermocht, vielmehr wurde es Ausgangspunkt und Anlaß der Entzweiung und Zerfleischung des ganzen Kontinents. Die zentrifugalen Kräfte in Europa werden gestärkt, die im Reich ruhende zentripetale Macht aufgelöst und damit der historisch ausgeprägte europäische Kernraum zerplittert. Die Randstaaten steigen auf.

Damit tritt an die Stelle der in einer gesamteuropäischen Ordnung gebundenen Völker- und Staatenwelt der Wettstreit der einzelnen Gewalten und der Kampf um die Vormachtstellung der verschiedenen Mächte. Das Aufkommen der Machtstaatsidee, das autonome politische Denken und der Verlust des europäischen Gemeinschaftsgefühls sind die Vorzeichen dieser Entwicklung. Während sich unter dem Zeichen des Reiches die geballte und einheitliche Kraft Europas nach außen gewandt und die großen Abwehrkriege das kontinentale Einheitsbewußtsein fest begründet hatten, führt das europäische Staatensystem die europäischen Hegemoniekämpfe und großen Binnenkriege herauf und schwächt von Jahrhundert zu Jahrhundert die eigene Kraft. Nicht mehr die gemeinsamen Verteidigungskriege und ausgreifenden Ordnungsetzungen prägen die großen Epochen, sondern die Vormachtkämpfe, Koalitionen und Binnenkriege. Seit dem 15. Jahrhundert wird die europäische Ge-

---

[21]) Vgl. a) Erich Brandenburg: Europa und die Welt, Hamburg 1937.
b) Walter Vogel: Die Entstehung des modernen Weltstaatensystems. Berlin 1929.

schichte in immer schneller sich folgenden Intervallen bewegt durch die Konflikte der großen Mächte, durch die Dualismen Habsburg-Frankreich, Spanien-Frankreich, Österreich-Frankreich, England-Frankreich, die dann im 19. Jahrhundert zu einem Kampf aller gegen alle entarten. Es gibt keine Berechnungen und Überlegungen, wieviel Blut Europa diese fortgesetzten Kriege gekostet haben, wieviel Möglichkeiten an menschlicher und politischer Leistungs- und Gestaltungskraft sie aufzehrten, in welchem Maße sie die Konzentration auf gemeinsame und weltpolitische Aufgaben vorwegnahmen. Eines aber steht unbestreitbar fest, daß hier ein junger Kontinent von einer inneren Krise zur anderen schritt, daß er ein zwiespältiges Schicksal ertragen mußte, auf der einen Seite den Weg einer völligen inneren Selbstzerfleischung gehen und auf der anderen die Verantwortung für seine planetarische Herrschaft tragen zu müssen[22]).

Der Verlust der Welthegemonie

Aus diesem europäischen Verhängnis haben allein die Randstaaten den weltpolitischen Nutzen gezogen. Während sie aber noch im Rausch ihrer alleinigen Macht befangen waren und die europäischen Machtkämpfe zielbewußt zur Erweiterung und Befestigung ihrer überseeischen Gebiete einsetzten, wurde das kontinentale Schicksal des Zwiespaltes zum weltpolitischen Schicksal Europas. Der Wettstreit der verschiedenen europäischen Staaten in der überseeischen Kolonisation und die europäischen Großmachtskämpfe übertragen die europäischen Konflikte auf die fremden Kontinente. Die Kraft des europäischen Angriffes wird dadurch wesentlich geschwächt. Das Überlegenheitsbewußtsein des Europäers kann sich den fremden Rassen und Völkern gegenüber nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie ehedem durchsetzen. Die jungen Tochtervölker der neuen Welt benutzen die europäische Schwäche und großen Kontinentalkrisen zum Abfall und zur Errichtung eigener Machträume. Der Lossagung Nordamerikas im Jahre 1776 folgt der Abfall Südamerikas 1820. Nach knapp 300 Jahren europäischer Herrschaft wurde die Erschließung des größten Tochterkontinents ein Opfer der europäischen Zerrissenheit und kontinentalen Ohnmacht.

Das europäische Chaos des 19. Jahrhunderts hatte jedoch weit größere Folgen für den Mutterkontinent. Ohne Aussicht auf Arbeit und Brot, getrieben von der politischen Starrheit der euro-

---

[22]) F. A. Six: Die Binnenkriege des europäischen Kontinents und der Einigungskrieg der Gegenwart, in „Zeitschrift für Politik", 1943, S. 1 ff.

päischen politischen Systeme, wanderten Millionen bester europäischer Menschen von Europa nach Übersee aus. 1821—1830 sind es durchschnittlich 34 000 Menschen, 1840—1850 jährlich rund 250 000, 1881—1890 mehr als 7 000 000, 1891—1900 jährlich steigend 648 000 bis 537 000, 1880—1913 insgesamt 26 000 000, 1911 bis 1913 jährlich 1 300 000. Das bedeutete, daß in einem Jahrhundert rund 36 000 000 Europäer nach Übersee auswanderten, die europäische Volkskraft damit nach dem Bevölkerungsstand von 1800 zu einem Sechstel und nach dem Bevölkerungsstand von 1900 zu rund einem Zehntel schwächten[23]). Die Epoche der ständigen Kontinentalkrisen und der fortlaufenden Binnenkriege hatten den Glauben an die Lebenskraft des europäischen Kontinents so gemindert, daß die europäischen Menschenmassen zur Flucht aus dem Kontinent schritten. Das europäische Gemeinschaftsbewußtsein war in seinen tieferen Quellen erschüttert.

Damit ist aber festzustellen, daß das sogenannte Zeitalter des europäischen Staatensystems nicht nur jede zentrale europäische Ordnung untergraben und Europa in einer Kette von Bürgerkriegen aufgelöst, sondern auch die blutliche Substanz des Kontinents entscheidend geschwächt hat; denn mit dem Verlust seiner Rolle als schlechthin entscheidender Erdteil und der Entwicklung eines Weltstaatensystems hat sich Europa in zunehmendem Maße in die Gesamtverhältnisse einzuordnen. Die Massenauswanderungen des 19. Jahrhunderts haben infolgedessen, von der höheren Warte der Weltgeschichte aus gesehen, die Bedeutung, daß Europa inmitten der Vorbereitung neuer weltpolitischer Machtkämpfe Millionen europäischer Menschen besten Blutes an seinen zukünftigen Rivalen abgab.

Auf Übersee war mit den USA. eine neue Großmacht emporgestiegen. Seit der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert drängte sie in immer größerem Maße nach eigenem Lebensraum. Ihr weltpolitischer Ausgriff trifft mit der größten europäischen Kontinentalkrise in der Zeit von 1914 bis 1918 zusammen. Der Verlust jeglichen europäischen Bewußtseins und die völlige europäische Ohnmacht führten zur interkontinentalen Intervention in Europa. Zum ersten Male in der Geschichte des Kontinents mischten sich außereuropäische Mächte in die europäische Auseinandersetzung ein,

---

[23]) a) Francis Delaisi, a. a. O., S. 60 ff.
b) Siehe hierzu weiter die deutschen Auswanderungszahlen bei Erich Keyser: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands. Leipzig 1941. Carl von Loesch schätzt die Auswanderer aus Europa auf insgesamt 45 bis 50 Millionen.

zum ersten Male wurden fremdrassige Truppen in großem Stile durch europäische Staaten auf die europäischen Schlachtfelder geführt. Mit diesem Vorgang waren aber nicht nur die in jahrhundertelangen Kämpfen gewonnenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Positionen in der Welt zum Einsturz gebracht, das Ansehen der europäischen Völker tiefgehend erschüttert, sondern es war auch ein gefährlicher Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen. Unter das Schicksalsdokument des ältesten europäischen Volkes setzten Nachfolgestaaten der gesamten Welt ihre Unterschrift, im Völkerbund wurde eine außereuropäische Aufsicht über Europa errichtet, raumfremde Mächte und überseeische Kleinstaaten hatten über europäische Schicksals- und Lebensfragen zu entscheiden. Damit war jedoch das europäische Gemeinschaftsbewußtsein endgültig untergegangen. An die Stelle einer europäischen Solidarität war der Verrat europäischer Völker an Europa selbst getreten. Die fortlaufende Intervention außereuropäischer Mächte und die finanzielle und politische Abhängigkeit von den USA. bedrohten bereits die Selbständigkeit Europas.

Die europäische Wiederbesinnung

Angesichts dieser Lage des europäischen Kontinents ist nun erneut die Frage nach dem Sinn der großen Politik der europäischen Mächte zu stellen. Das Opfer dieser Entwicklung war stets Mitteleuropa und das deutsche Volk gewesen, die Nutznießer dieser Lage die europäischen Randstaaten. Am Ende dieses Zeitalters des europäischen Staatensystems stand aber nicht der Sieg der europäischen Randstaaten, sondern der außereuropäischen Nachfolgemächte. Es hat Europa nach innen den völligen Zusammenbruch seines europäischen Gemeinschaftsbewußtseins gekostet und nach außen den Verlust einer in 400 Jahren errungenen Führung der Welt eingebracht. Mit dem Griff der fremdkontinentalen Mächte nach Europa war es aber von außen und innen zugleich bedroht und stand nach dem Weltkrieg in seiner schwersten geschichtlichen Krise.

In dieser Lage gewinnt der Aufstieg des Deutschen Reiches seit 1933 nicht nur europäische, sondern weltpolitische Bedeutung. Unter solchem Gesichtspunkt ist der Nationalsozialismus nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Revolution. Aus der größten Kontinentalkrise des Weltkrieges geboren, vereinigt er sich politisch mit der Revolution des Faschismus und schließt im Bündnis der Achse den Prozeß der Wiedererrichtung eines politisch und weltanschaulich einheitlichen Mitteleuropa ab. Mit der Wiedererstarkung der europäischen Mitte wurde der europäische Kontinent in

seine natürliche historische Lage gebracht. So sind denn auch die nationalsozialistische und faschistische Revolution nichts anderes als der Wille zur Erneuerung des europäischen Menschentums, zur Wiedergewinnung eines europäischen Gemeinschaftsbewußtseins und eines von der Mitte her ausgehenden Schutzes des europäischen Kontinents [24]).

Denn wie im Zeichen der einstmaligen mittelalterlichen Ordnung befindet sich der europäische Kontinent im Kampf gegen den Osten und in der großen gemeinsamen Aufgabe der Erschließung Osteuropas. Wie im Zeichen der mittelalterlichen Kämpfe im Osten das Reich zu einzigartiger Größe emporstieg, so wird aus dem gegenwärtigen Krieg die Achse als neue Führungsmacht Europas erstehen. Wie im Zeichen der mittelalterlichen Ordnung die germanischen und romanischen Völker zur Blüte kamen, sollen in der Gegenwart die slawischen Völker in den Kontinent und in seine gemeinsame Leistung eingeordnet werden. Wie im Zeichen der mittelalterlichen Ordnung aus diesen Kämpfen eine europäische Einheit erwachsen ist, sollen in der Gegenwart die Grundlagen einer neuen Ordnung und Gemeinschaft geschaffen werden. Europa will aus einer halben zu einer ganzen Einheit werden. Mit diesen Traditionen ist das deutsche Geschichtsbewußtsein der Kern des europäischen Geschichtsbewußtseins. Es hat an die Stelle einer fatalistischen Untergangsstimmung des Abendlandes den Glauben an eine neue europäische Zukunft gesetzt und dem Kontinent die großen Ziele seiner Leistung aufgezeigt. Dieses deutsch-europäische Geschichtsbewußtsein ist heute die große außenpolitische Formungskraft eines neuen, von Europa mitbestimmten Weltbildes [25]).

So steht Europa heute in der Stunde seiner geschichtlichen Bewährung, im Osten gegen den ewigen Ansturm der Steppe, im Westen gegen den Aufstand der abgefallenen Kolonie. In diesen schweren Kampf sind Deutschland und Italien in dem Bewußtsein ihrer europäischen Mission eingetreten. Sie wissen, daß dieser Kontinent im Kampf geboren, im Kampf ausgeprägt und im Kampf lebensfähig ist. Es ist ein junger Kontinent, ein Kontinent der Weltoffenheit, eine Kontinent der ewigen Erneuerung, ein Kontinent der rassischen Unberührtheit, damit ein Kontinent der Zukunft. Deshalb kann auch dem Kampf der Gegenwart nur ein Sinn gegeben werden: der Sinn der uralten und doch ewig verjüngenden Erneuerung Europas. Diese ständige Erneuerung seiner Geschichte

---

[24]) Vgl. F. A. Six: Das Reich und Europa. Berlin 1943.

[25]) Rudolf Levin: Das Geschichtsbild und die außenpolitische Willensbildung, in „Zeitschrift für Politik", 1943, S. 181 ff.

hat sich aber in der Gegenwart Zeichen und Führung gegeben in der Revolution des Nationalsozialismus und Faschismus. Nationalsozialismus und Faschismus sind daher eine europäische Revolution, die Revolution des 20. Jahrhunderts. Hinter ihrem Kampf gegen den erneuten Ansturm des Ostens und die abgefallene Verflachung des Westens steht die geschichtliche Erneuerung. Darum ist der europäische Krieg der Gegenwart ein Kampf der Erneuerung, ein Kampf der ewig-geschichtlichen Revolution und als solcher ein Kampf um die europäische Einheit. Die Einheit ist aber stets nur zu gewinnen durch den Kampf. Europas Einheit steht also heute dort, wo seine Völker kämpfen. Da aber allein die Einheit der kämpfenden Völker die geschichtliche Einheit des Kontinents verbürgt, ist der Krieg nicht mehr die Angelegenheit eines, sondern die Verpflichtung aller Völker. Das Blutopfer der europäischen Völker ist der Wille zur Erhaltung ihres Lebens und ihrer Größe. Aus ihm kann allein der neue Mythos einer europäischen Einheit und einer europäischen Zukunft entstehen.

Der Sinn des Kampfes liegt heute für Europa nur noch zwischen zwei Entscheidungen: Erneuerung oder Untergang. Ein Sieg des Bolschewismus würde Europa zu einem Teil der mittelasiatischen Steppe machen, ein Sieg des Angloamerikanertums zu einem atlantischen Stützpunkt und einer Kolonie Amerikas. Allein der Sieg der europäischen Mächte kann Europas Selbständigkeit und weltgeschichtliche Größe erhalten. Darum aber führt der Sinn der europäischen Geschichte Europa zum Sieg.

England in Irland

Von Hans H. Bielstein

Über die Hungersnot des Jahres 1602 in Irland schrieb der Sekretär jenes britischen Statthalters *Mountjoy*, der durch seine Soldaten überall die Ernte hatte vernichten, das Vieh abschlachten und die Häuser hatte niederbrennen lassen: „Kein Schauspiel war häufiger in den Straßengräben zu sehen als die Mengen von Toten, deren Mund noch grün war von Nesseln, Ampfer und anderem Unkraut, das sie abgerupft hatten, um ihren Hunger zu stillen."

Über die Ernährungsschwierigkeiten des Volksstaates Eire im Jahre 1942 schrieb der Berichterstatter der „Daily Mail" in einer Reihe von Aufsätzen, die sämtlich — offenbar auf Geheiß der englischen Regierung — in großer Aufmachung erschienen, er habe

Bauern gesprochen, die seit sechs Wochen kein Brot mehr bekommen, er habe Mühlen gesehen, die seit acht Wochen und mehr kein Korn mehr zu mahlen erhalten hätten, und es lasse sich nicht verbergen, daß Irland gerade an jenen Nahrungsmitteln, die wie Brot, Mehl und Tee für die ärmere Bevölkerung unentbehrlich seien, empfindlichen Mangel leide. „Irland hungert!", so stellte die „Daily Mail" fest, und auch für den weniger geschulten Leser war eine gewisse Schadenfreude unschwer zu erkennen. War es doch erst wenige Monate her, daß die englische Presse den immer wiederholten Versuch der Regierung, die Neutralitätspolitik des irischen Ministerpräsidenten *De Valera* zugunsten Englands zu beeinflussen, durch wütende Angriffe unterstützt hatte. Im Januar 1942 zum Beispiel hatte der „Sunday Express" De Valera einfach als „verrückt" bezeichnet, und im März hatte die „Empire Review" in drohendem Ton verkündet, die irische Frage werde allmählich zu einem internationalen Problem. De Valera müsse damit rechnen, eines Tages einen Sturm zu entfesseln, mit dem er trotz all seiner politischen Erfahrungen nicht mehr fertig werden könne.

War nun auch nicht wie im Jahre 1602 der Hungersnot die Vernichtung der irischen Ernährungsgrundlagen durch die marodierende britische Besatzungstruppe vorausgegangen — hiervor wenigstens hat bisher die endlich erkämpfte Unabhängigkeit das Land Eire schützen können —, so liegt doch eine nicht weniger schwere Schuld bei England, über die noch im folgenden näher zu sprechen sein wird. Heute wie damals aber wurden die irischen Schwierigkeiten ausgelöst durch den Versuch der Iren, den englischen Wünschen gegenüber einen eigenen politischen Willen zu bewahren.

Das Beispiel der Hungersnot vom Jahre 1602 war willkürlich gewählt. Ein ähnliches Beispiel hätte sich mühelos in nahezu jedem anderen Abschnitt der irischen Geschichte finden lassen. Für jene Ereignisse aber, die sich jüngst in dem nördlichen, noch unmittelbar der englischen Krone unterstehenden Teil Irlands zutrugen — Hinrichtung des neunzehnjährigen irischen Nationalisten Thomas *Williams* durch den Strang, Massenverhaftungen, Hausdurchsuchungen und Verfolgungen aller Art gegen die nationalgesinnten Iren — läßt sich überhaupt kein einzelnes Beispiel aus der irischen Geschichte herausgreifen, vielmehr müßte man die ganze irische Geschichte als Beispiel zitieren, denn sie ist in Wahrheit nichts anderes als eine einzige Kette von Quälereien und Drangsalierungen der Iren durch die Engländer.

Soviel sich auch sonst seit Beginn der englisch-irischen Auseinandersetzung in der Welt geändert haben mag — erinnert sei

nur gleichsam am Rande an die Proklamierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, von dem die Engländer so gern sprechen und um dessentwillen sie, wenn man ihnen glauben will, eigentlich nur alle Kriege führen —, so sehr sind sich doch die Methoden der Engländer in der Unterdrückung des kleinen Volkes der Iren gleichgeblieben. Trat wirklich einmal eine Änderung ein, so war sie nur scheinbar und im übrigen bestimmt durch Gesichtspunkte politischer Zweckmäßigkeit.

Irland war und ist die hohe Schule der britischen Unterdrückungspolitik. Jene Staaten, die wie Syrien oder Iran erst am Anfang ihrer politischen Erfahrungen mit England stehen, können mühelos an der irischen Geschichte die verschiedenen Stufen der Unterwerfung ablesen, die ihnen selbst bevorstünden, würde nicht in naher Zukunft der Sieg der deutschen Waffen den britischen Unterdrückungsmethoden ein für allemal ein Ende setzen. Das irische Beispiel ist deshalb so ganz besonders lehrreich, weil hier die Unterdrückungsmethoden der Engländer in einer Vielfalt und Abwandlungsfähigkeit zu erkennen sind wie kaum sonstwo in der Welt. In diesem Sinne haben auch die weiter zurückliegenden Abschnitte der irischen Geschichte unmittelbare Bedeutung für die Gegenwart. Ob man das Jahr 1942 nimmt oder das Jahr 1602 oder noch einen früheren Zeitpunkt: es ist stets derselbe politische Wille und dieselbe Methodik in seiner Durchführung zu erkennen.

I

Wollte man eine ausführliche Geschichte der irischen Unterdrückung durch England schreiben, so würde naturgemäß die Darstellung der einfachsten und primitivsten Form der Unterdrückung, *der Unterwerfung durch Waffengewalt,* den breitesten Raum einnehmen, denn sie wurde beinahe ununterbrochen seit nunmehr mehr als siebenhundert Jahren angewandt. Doch müßten wir es nicht mit Engländern zu tun haben, hätte sich nicht auch ein Rechtsgrund — mochte er auch noch so fadenscheinig sein — für die Anwendung der Waffengewalt finden lassen. Der erste englische König, der einen solchen Rechtsgrund schuf, war der anglo-normannische König *Heinrich II.* Zwar wußten die irischen Stammesfürsten, die ihm 1175 den Lehnseid schwuren, bestimmt nicht, was sie damit taten, denn sie kannten nur das irische Recht und nicht das englische, auch waren es bei weitem nicht alle Stammesfürsten, die bei dieser „freiwilligen Anerkennung“ vertreten waren, doch konnte sich Heinrich II. nun den Titel „König von Irland“ beilegen, und der Rechtstitel für alle späteren Generationen englischer Könige war da.

Jene Eroberer, die zur Zeit Heinrichs II. in Irland eingedrungen waren, hatten eine hohe bodenständige Kultur vorgefunden, die bereits eine nach Jahrhunderten zählende Tradition aufweisen konnte. Sie zeigten sich auf die Dauer dieser irischen Kulturwelt nicht gewachsen, gingen im Irentum auf und verschmolzen mit ihm, so daß am Ende des 15. Jahrhunderts Irland trotz aller Blutsbeimischungen von der englischen Insel her so irisch war wie je zuvor — mit Ausnahme einer kleinen englischen Mark in der Nähe der Stadt Dublin, „Einpfählung" — englisch „Pale" — genannt. Diese „Einpfählung" stak tatsächlich wie ein Pfahl im irischen Volkskörper, sie wurde, nachdem sie in England schon fast in Vergessenheit geraten war, der Brückenkopf, von dem aus die Unterwerfung der ganzen Insel eingeleitet wurde, und der Vergleich zu ähnlichen Vorgängen in anderen Teilen der Welt liegt nahe.

Der englische König, der sich als erster wieder auf die „Pale" besann, war *Heinrich VII*. Er entsandte seinen Statthalter *Poynings*, um mit strenger Hand Ordnung zu schaffen, und stellte durch eine Reihe von Erlassen, die als „Poynings' Law" (1495) in die Geschichte eingegangen sind, eine enge Verbindung zwischen jenem Gebiet und der englischen Krone her, zugleich aber erhob er auch, fußend auf den „Rechten" Heinrichs II., Anspruch auf die Herrschaft über ganz Irland. Seinem Nachfolger Heinrich VIII. blieb es vorbehalten, diese Ansprüche in die Wirklichkeit umzusetzen, unter ihm begannen auch die ersten unheilvollen, später so oft wiederholten Versuche, dem katholischen Irland die anglikanische Form des Glaubens aufzuzwingen. 1541 setzte er vor dem Parlament in Dublin seine Ernennung zum König von Irland durch. Die irische Geschichtsschreibung berichtet von ihm, daß er sich „nur" zu gelegentlichen Ausbrüchen von Grausamkeit habe hinreißen lassen. Bei den Erfahrungen, die die Iren sonst mit ihren englischen Herrschern haben machen müssen, bedeutet ein solches mildes Urteil schon viel.

Was vielleicht Heinrich VIII. in puncto Grausamkeit versäumt hatte, holten seine Nachfolger mehr als reichlich nach. Beispiellose Unterdrückungen riefen den irischen Aufstand von 1641 hervor. Der Aufstand war eigentlich schon längst durch gütliches Übereinkommen beigelegt, als Oliver *Cromwell* sich aufmachte, Irland zu „strafen". Wenig mehr als die Hälfte der irischen Bevölkerung überlebte diese „Befriedungsaktion", alles übrige — Männer, Frauen, Kinder, ohne Unterschied — war erschlagen, verbrannt, gemartert, geschändet oder in die englischen Kolonien deportiert. Über Irland herrschte eine Art Kirchhofsruhe, bis als natürliche Folge der unmenschlichen Methoden der Engländer, die den Iren

einfach keine Möglichkeit zum Leben ließen, so daß diesen der Tod als Rebell im Kampf oder selbst am Galgen bei weitem vorziehenswert erscheinen mußte, der nächste Aufstand losbrach, der dann wieder in einem Meer von Blut erstickt wurde.

Selbst in unserem doch angeblich so fortschrittlichen Jahrhundert sind die Engländer nicht von ihren bewährten „Befriedungsmethoden" abgegangen. Die Grausamkeit, mit der sie den Dubliner Osteraufstand von 1916 niederschlugen, stellte erst eigentlich die einheitliche Front der Iren gegen England her, die bis dahin zu Zehntausenden freiwillig am Krieg auf seiten Englands teilgenommen hatten. Die Grausamkeiten jener englischen Söldner, die in den Jahren 1919 bis 1921 den irischen Freiheitswillen zu brechen suchten, ließen durchaus den Vergleich mit den „Eisernen Dragonern" Cromwells zu. Nicht umsonst belegte der irische Volksmund die aus altgedienten Kolonialsoldaten und allen möglichen Abenteurern zusammengesetzte Spezialtruppe wegen ihrer schwarzen Mützen und gelbbraunen Röcke mit dem Namen der in gleicher Farbe gezeichneten „Black-and-Tan"-Hunde. Als „Black-and-Tan-War" ist dieser Unterdrückungskrieg in die Geschichte eingegangen. Er endete mit dem Siege des jungen „Irischen Freistaates", aus dem dann 1937 der Volksstaat Eire wurde. Um so schwerer lastet seither die Hand Englands auf dem nördlichen Teil der Grünen Insel, auf „Ulster-Irland", dem das Geschenk der Freiheit bisher noch nicht zuteil wurde, und wieder sind Englands Befriedungsmittel wie immer Hinrichtungen, Verhaftungen, Ausweisungen und Verfolgungen aller Art.

II

Eine schon sehr früh neben der Unterwerfung mit Feuer und Schwert durchgeführte Methode der Engländer zur Vernichtung des Irentums war die *systematische Vertreibung der Iren* von der angestammten Scholle *und* die *Ansiedlung von Engländern* an ihrer Stelle. Es ist dies die für Irland eigentlich typische Methode geworden. Namenloses Elend ist aus ihr erwachsen. Ihre Auswirkungen reichen bis in die jüngste Zeit — auch das noch immer der Lösung harrende Ulster-Problem ist geradewegs auf sie zurückzuführen — und werden auch noch in Zukunft die irische Entwicklung belasten.

Schon Heinrich II. nahm für sich das Recht in Anspruch, irisches Land nach Gutdünken zu beschlagnahmen und unter seine Gefolgsleute zu verteilen, doch nahmen diese Konfiskationen weder unter ihm noch unter seinen nächsten Nachfolgern größeren Umfang an. Erst um die Mitte des 16. Jahrhunderts begannen die Engländer

damit, alles Land solcher irischen Stammesfürsten, die sich an einem Aufstand beteiligt hatten oder auch nur in entsprechendem Verdacht standen, einschließlich des Landes aller ihrer Anhänger und Untertanen, gleichgültig, ob diese an dem „Vergehen" ihres Fürsten beteiligt waren oder nicht, zu enteignen, die ansässigen Iren zu vertreiben und das also gewonnene Land zur Besiedlung durch Engländer freizugeben.

1548 wurden zum erstenmal ganze geschlossene Bezirke auf solche Weise enteignet. In den Jahren von 1569 bis 1571 verabschiedete das Parlament in Dublin, das eigentlich nur die gesetzliche Vertretung der englischen Siedler in der „Pale" darstellte, das aber seit „Poynings' Law" den Anspruch auf Geltung für ganz Irland erhob, mehrere Gesetze, in denen die Einziehung größerer Ländereien der Provinz Ulster bestätigt wurde, — auch ohne daß die betreffenden Stammesfürsten sich eines besonderen Vergehens schuldig gemacht hätten. 1585 beschlagnahmte das gleiche Parlament etwa 400 000 Hektar in der Provinz Munster, die dem Earl of Desmond und 140 seiner Anhänger gehört hatten. Da sich nicht genug englische Siedler fanden, diese riesigen Flächen zu füllen, wurde 1586 eine große Werbeaktion in England durchgeführt. Wagemutige Finanzmänner wurden aufgefordert, sich als „Unternehmer" („Undertakers") mit der Neubesiedlung des irischen Bodens zu befassen. Die Güter wurden zu billigsten Preisen — 5 bis 8 Penny den Hektar — ausgeboten. Wer ein Gut von 5000 Hektar übernahm, mußte sich verpflichten, 86 englische Familien anzusiedeln und diesen für die ersten fünf Jahre die Pacht zu erlassen. Trotz dieser vorteilhaften Bedingungen blieb der „Plantation" genannten Umsiedlungsaktion der Engländer im 16. Jahrhundert ein rechter Erfolg versagt. Der Widerstand der Iren setzte sich immer wieder durch, und der Zustrom der Engländer blieb zu schwach.

Wesentlich erfolgreicher für die Engländer verliefen die „Plantations" des 17. Jahrhunderts. Im Jahre 1608 begann eine großzügige Neuaufteilung des gesamten damals bebauten Gebietes der Provinz Ulster, das auf ungefähr 300 000 Hektar geschätzt wurde. Nur 286 irische Landbesitzer wurden bei dieser Neuaufteilung berücksichtigt, alle übrigen mußten bis zum 1. Mai des folgenden Jahres mit ihrer fahrenden Habe ihre angestammte Scholle verlassen und sich „in welchen Teil des Reiches sie wollten" begeben. Auf dem konfiszierten Land wurden nach und nach 20 000 protestantische Engländer und 10 000 presbyterianische Schotten angesiedelt. Ungefähr um die gleiche Zeit erfand König *Jakob I.* eine

besondere „rechtliche“ Methode, das noch den Iren verbliebene Land an sich zu bringen. Er sandte sog. „Discoverers“ — „Entdecker“ — aus mit dem Auftrag, festzustellen, welche Besitztitel der irischen Landbesitzer nach englischem Recht als ungültig angesehen werden könnten. Da naturgemäß der irische Landbesitz nach irischem Recht in den Familien vererbt war und nicht nach englischem, hatten die „Entdecker“ leichte Arbeit: der größere Teil der Provinz Leinster wurde auf solche Weise von den Iren „gereinigt“ und an englische Unternehmer vergeben.

1635 begann der englische Statthalter *Strafford* mit der Enteignung allen irischen Landbesitzes in der Provinz Connaught unter der Begründung, die Besitztitel seien zur Zeit der Königin Elisabeth nicht ordnungsgemäß registriert worden. Nach der gleichen Methode wurde das Gebiet von Clare und ein großer Teil von Tipperary enteignet. Nur der mangelnde Zustrom englischer Siedler verhinderte, daß alle ansässigen Iren von Haus und Hof vertrieben wurden. Diese Massenaustreibungen in vorher nicht gekanntem Ausmaße vorzunehmen, blieb Oliver Cromwell vorbehalten. Nach der blutigen Niederschlagung des irischen Aufstandes, der 1641 begonnen hatte, zu dessen „Bestrafung“ Cromwell aber erst 1649 nach Irland kam, wurde das ganze irische Land als verfallen angesehen. Nicht weniger als 3 Millionen Hektar wurden zu Cromwells Zeit enteignet und entweder an Cromwells Soldaten oder an englische Unternehmer verteilt. Alle irischen Landbesitzer mußten bis zum 1. Mai 1654 ihr Land verlassen haben und in unfruchtbare, bisher kaum bebaute Landstriche der Provinz Connaught und Clare ausgewandert sein. Wurden sie nach diesem Stichtag noch auf ihrem angestammten Besitz angetroffen, so hatte jedermann das Recht, sie zu töten. Nur die irischen Landarbeiter durften bleiben, weil man ihrer Arbeit bedurfte. Der Zweck des Ganzen, die Bastardisierung des irischen Volkes, war klar. Tatsächlich haben diese Maßnahmen zu einer ungeheuren Verelendung des irischen Volkes geführt. Viele Landbesitzer zogen es an Stelle der Auswanderung in die ihnen zugewiesenen Elendsgebiete vor, sich auf ihrer heimatlichen Scholle in Busch und Sumpf versteckt zu halten und an den Eindringlingen blutige Rache zu üben, Hunderttausende aber gingen zugrunde. Nachdem nochmals unter *Wilhelm III.* etwa 400 000 Hektar enteignet worden waren, gehörte den Iren um 1700 noch kaum ein Zehntel ihres eigenen Landes, und dieser Anteil bestand aus dem unfruchtbarsten und kärglichsten Boden. Zur gleichen Zeit aber betrug der irische Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung Irlands trotz aller englischen Zuwanderung noch immer sieben Achtel!

Trotz der beispiellosen Verelendung, trotz der Auswanderung von Hunderttausenden von Iren, trotz der Hungersnöte, die sich unvermeidlich aus der englischen Landpolitik ergeben mußten, erlagen aber die Iren dem englischen Ansturm nicht. Auf ein Lebensniveau herabgedrückt, das wenig über dem von Tieren lag, behielten sie doch den Willen zur Freiheit. Hielt auch England mit grausamer Strenge seine Hand über der unglücklichen Insel, so verleidete doch der immer wieder aufflackernde Widerstand der Iren vielen Engländern den Aufenthalt auf der Grünen Insel. Viele zogen es vor, ihr Land zu verpachten und von dem Ertrag in England ein geruhsameres Leben zu führen. Da es an Siedlern mangelte, mußte man zwangsläufig auf die Iren zurückgreifen, um das Land zu bestellen. Sie arbeiteten nun als Pächter auf dem Lande, das Eigentum ihrer Väter gewesen war. Zwischen ihnen und dem Besitzer, dem „Landlord", stand der Zwischenpächter, der auch von der Pacht gut leben wollte. So vegetierte der irische Pächter in unvorstellbarer Armut, aber er lebte wenigstens, dies eine hatten ihm die Engländer nicht nehmen können.

Als die Hungersnot der Jahre 1845 bis 1847 wieder größte Not über die stark vermehrte irische Bevölkerung brachte, als um diese Zeit etwa 800 000 Iren Hungers starben und 1 200 000 auswanderten, als kaum ein Pächter noch in der Lage war, die Pacht an den „Landlord" zu bezahlen, da sahen die Engländer wieder einmal ihre Stunde gekommen. Mit einer Grausamkeit, die eigentlich schon über menschliches Begreifen geht, jagten die Landlords alle irischen Pächter, die irgendwie mit ihrer Pacht im Rückstande waren, aus ihren Hütten in die Wildnis der unfruchtbaren Landstriche an der Westküste. In der Regel wurden ihre armseligen Häuser eingerissen oder verbrannt, da sich herausgestellt hatte, daß viele heimlich zurückgekommen waren. Die Einfuhr billigen Getreides aus Übersee ließ den Landlords die Bebauung des irischen Bodens mit Korn nicht mehr so wichtig erscheinen. Die Weidewirtschaft versprach jetzt größeren Gewinn, und dafür brauchte man bei weitem nicht mehr so viele irische Pächter. In kurzer Zeit wurden mehr als 50 000 Pächter von ihren Pachtstellen auf solche Weise vertrieben und dem Elend überantwortet.

Mochten auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Verhältnisse nicht zuletzt dank des einmütigen Widerstandes der Iren etwas erträglicher werden, so schuf doch erst das Landgesetz von 1903 grundlegende Abhilfe. In jenem Jahr stellte England den irischen Pächtern die Summe zur Verfügung, die notwendig war, um das Land, das ihnen zwar von Rechts wegen gehörte, das sie aber als Pächter

der englischen Landlords bebauten, von diesen zurückzukaufen. Die geliehene Summe sollten sie in $68^1/_2$ Jahresraten einschließlich der Zinsen zurückzahlen: der englische Staat wollte auch jetzt noch einmal mit dem Boden, der von soviel unschuldig vergossenem Blut getränkt war, ein gutes Geschäft machen. Die Pachtschulden der irischen Bauern wurden vom Irischen Freistaat im Jahre 1923 kurzerhand um ein Viertel gesenkt, auch übernahm der Irische Staat nunmehr selber an Stelle der Bauern die Haftung für die noch ausstehenden Summen gegenüber England. Als aber 1932 Eamon de Valera an die Macht gelangte, war eine seiner ersten Amtshandlungen, diese Jahreszahlungen an England, die sog. „Annuitäten", einzustellen. Wer sich das, was vorher gesagt wurde, vergegenwärtigt, wird nach der Rechtmäßigkeit seines Handelns nicht mehr fragen. Er versteht nun wohl auch die in Europa einzig dastehende Tatsache, daß die Bevölkerung Irlands seit Mitte des 19. Jahrhunderts nicht zu-, sondern ständig abgenommen hat. Sie betrug vor der großen Hungersnot über 8 Millionen, heute aber einschließlich Nordirlands nur etwa 4,2 Millionen. Von den „Plantations" im Inneren Irlands ist wenig geblieben. Die Bevölkerung von Eire ist einheitlich irisch. In Ulster-Irland wurden die „Plantations" von Anfang an geschlossener angesetzt und haben, wenngleich auch hier das nationalirische Element stark ist, die Stürme der Zeit besser überdauert. Die Zerreißung Irlands in zwei staatlich getrennte Teile ist auf diese Tatsache zurückzuführen. Sie hat es England möglich gemacht, Irland auch heute wieder für seine machtpolitischen Zwecke zu mißbrauchen.

III

Die Iren nennen jene Bewohner der Grünen Insel, die ihre Herkunft in Irland von den „Plantations" ableiten, gern die „Planters". Es ist verständlich, daß die Gefühle der Nationaliren gegenüber den „Planters" durch die Erinnerung an das geschichtliche Unrecht der „Plantations" — und diese Erinnerung ist sehr lebendig bei den Iren — stark belastet ist. Zu diesem historischen Gegensatz kommt noch ein anderer: der der Religion. Zu den Methoden, die England zur Unterdrückung der Iren anwandte, gehörte von Anfang an auch *der Mißbrauch der Religion.* Viele, ja die meisten der englischen Greuel in Irland geschahen unter mißbräuchlicher Anrufung des Namens Gottes, Fragen des Glaubens mußten herhalten, um die Machtgelüste der englischen Herrscher, ihre Gier nach irischem Boden zu rechtfertigen.

Es liegt eine tiefe Bedeutung darin, daß der einzige englische

Papst, den die Geschichte kennt, *Hadrian IV.*, nichts Eiligeres zu tun hatte, als Irland der englischen Krone zu unterstellen. Die Rechtsgültigkeit seiner Bulle „Laudabiliter" vom Jahre 1155 ist mehr als fragwürdig, aber für Heinrich II. genügte sie, um daraus den Anspruch auf die geistliche Oberherrschaft über Irland abzuleiten, und aus den „Rechten" Heinrichs II. folgten wieder die Rechte der späteren englischen Herrscher. Die ersten anglonormannischen Eroberer, die nach Irland kamen, wurden von der irischen Geistlichkeit, die ja die Engländer noch nicht kannte, freudig als Christen begrüßt — als erwünschtes Gegengewicht gegen die irischen Stammesfürsten, die „nur dem Namen nach Christen, in Wahrheit aber Heiden" waren. Die Engländer ließen es nicht daran fehlen, diese günstige Gelegenheit zur Stärkung ihres Einflusses, die sich hier bot, kräftig auszunutzen.

Heinrich VIII. unterwarf Irland der anglikanischen Kirche, im Namen des Glaubens konfiszierte er mit ganz wenigen Ausnahmen die reichen irischen Klöster und verbesserte dadurch nicht unerheblich seine Finanzlage. Die „Plantations" erfolgten, um Platz zu machen für protestantische Siedler, da die Iren von ihrem katholischen Glauben nicht lassen wollten. Denn da ihnen die Eindringlinge, die von England kamen, verhaßt waren, mußte ihnen auch der Glaube der Eindringlinge, den diese ihnen aufzwingen wollten, verhaßt sein. Zwischen einem Engländer und einem Protestanten konnte es für den Iren keine Trennung geben, politisches und religiöses Bekenntnis wurden eins. Im Namen des Glaubens kamen die Scharen Cromwells nach Irland, im Namen des Glaubens verübten sie die unmenschlichsten Greuel und quälten das unglückliche Land in unvorstellbarem Maße. Cromwell selbst aber feierte seinen „Sieg" über Irland im englischen Parlament mit den Worten: „Und nun laßt mich fragen, wer dieses große Werk vollbrachte? Es war nicht unsere eigene Macht, es war der Geist Gottes... Der Herr hat sie in unsere Hand gegeben." Der Glauben war bis in das 19. Jahrhundert hinein der Prüfstein, an dem sich schied, ob ein Ire von allen Staatsämtern ausgeschlossen, keinen Zugang zur akademischen Laufbahn, kein Wahlrecht haben und selbst in der Höhe des Besitzes, den er innehatte, bestimmten Beschränkungen unterworfen, oder ob er ein freier Mann sein sollte. Auf dem Umweg über die Religion herrschte England über Irland, denn es war ein nur aus der historischen Entwicklung heraus zu verstehender Erfahrungsgrundsatz geworden: wer am katholischen Glauben festhielt, war kein Freund Englands.

Es sind nun immer wieder in der irischen Vergangenheit sowohl

von protestantischer wie auch katholischer, in besonderem Maße aber von protestantischer Seite ausgehende Versuche festzustellen, über die religiösen Fragen hinweg zu einer Einigung zum gemeinsamen Vorteil Irlands zu kommen. Um die Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges zum Beispiel entstand in Irland die sog. „Freiwilligenbewegung“, über die im folgenden noch mehr gesagt werden wird. Der Schwerpunkt dieser Bewegung, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts für eine nur allzu kurze Spanne den irischen Traum von der Freiheit verwirklichte, lag, obwohl ihr auch viele Katholiken angehörten, bei den Protestanten. Irland war auf dem besten Wege, sich über die religiösen Fragen hinweg zu einigen, als England dieser ihm höchst unerwünschten und gefährlichen Entwicklung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln ein Ende setzte. Die unmittelbar danach zu großer Bedeutung herangewachsene Bewegung der „Vereinigten Iren“ unter Führung des Protestanten Wolf *Tone* umfaßte gleichfalls Protestanten und Katholiken. Ihr Schwerpunkt lag ebenso wie der der „Freiwilligen“ bei den Protestanten, ebenso wie jene Bewegung erstrebte sie die Gleichberechtigung der Katholiken. Diese gefährliche Bewegung bekämpfte die englische Regierung vornehmlich durch Spitzel, die es ihr ermöglichten, jeweils in entscheidenden Momenten rechtzeitig zuzupacken. Zugleich aber förderte sie die religiösen Gegensätze, die auf dem besten Wege waren zu vernarben, förderte zum Beispiel den Zusammenschluß antiirischer Protestanten in den sog. Orangelogen, die als stärkstes Gegengewicht gegen den Gedanken des Zusammenschlusses aller Iren in einem ungeteilten freien Irland bald eine unheilvolle Tätigkeit entfalteten. Der Vorwurf, ein Orangemann zu sein, ist einer der schlimmsten, der vom nationalirischen Standpunkt aus überhaupt erhoben werden kann. Einer der größten Vorkämpfer der irischen Sache, *Parnell*, war Protestant. Auch er kämpfte für Protestanten und Katholiken gemeinsam. Der junge Staat Eire selbst hat durch die im Jahre 1938 erfolgte Wahl des Dichters und Gelehrten Douglas *Hyde*, eines Protestanten, zum Staatspräsidenten von Eire zu erkennen gegeben, daß dort die Notwendigkeit, vor der Schicksalsfrage der Nation die Frage des religiösen Bekenntnisses hintenanzustellen und den historischen Zwist zu vergessen, klar erkannt ist. Aber England hat kein Interesse an der Bereinigung dieses Gegensatzes. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges waren die nordirischen Protestanten nahe daran, gegen den Plan eines gemeinsamen irischen Staates mit der Waffe in der Hand Widerstand zu leisten, und als England nach den blutigen Kämpfen der Jahre 1919 bis 1921 endlich bereit war, die irische Frage fried-

lich zu lösen, war es in der angenehmen Lage, darauf hinweisen zu können, daß die Ulsteriren selbst eine Vereinigung mit dem damaligen Freistaat nicht wünschten.

IV

Die Engländer pflegen, wenn die Sprache auf das Thema Irland kommt, gern darauf hinzuweisen, daß es in der Geschichte der angloirischen Beziehungen durchaus auch Abschnitte gegeben habe, da man versucht habe, sich gütlich mit den Iren zu einigen, doch seien alle Einigungsversuche schließlich an der Starrköpfigkeit der Iren gescheitert. Tatsächlich hat auch die *Verständigungspolitik* eine wichtige Rolle in der englisch-irischen Auseinandersetzung gespielt, nur kam sie leider nie aus ehrlichem Herzen und wirklicher Verständigungsbereitschaft, sondern verdankte ihre Existenz immer Überlegungen rein zweckmäßiger Art. Gewisse politische Entwicklungen ließen es vielleicht zu einem bestimmten Zeitpunkt angebracht erscheinen, in der irischen Frage etwas kürzer zu treten und sogar ein paar Zugeständnisse zu machen. Aber der Lord, der seine Unterschrift unter das Zugeständnis setzte, überlegte schon während des Unterschreibens, wie er es bei nächster Gelegenheit wieder rückgängig machen könnte, während der irische Partner vertrauensselig an eine endliche grundsätzliche Sinnesänderung seines Zwingherrn glaubte. Für die letzten Jahre des vergangenen (19.) Jahrhunderts verkündete zum Beispiel die englische Politik ganz offen den Leitsatz für die Behandlung der irischen Frage: „Kill Homerule by kindness" — das heißt: „Töte das immer stärker werdende irische Verlangen nach Selbstverwaltung durch Freundlichkeit, — durch Entgegenkommen auf weniger gefährlichen anderen Gebieten." So ist die englische Verständigungspolitik vielleicht gerade als die gefährlichste, weil unsauberste Methode bei der Unterdrückung des Irentums anzusehen.

Die Zeiten englischer Zugeständnisse fielen immer zusammen mit den Zeiten englischer Schwierigkeiten. Der englische König *Karl I.* stellte den Iren seine berühmten 51 „Gnadenerlässe" („Graces") in Aussicht, als nur ein freiwilliger Beitrag der Iren Besserung der mißlichen Staatsfinanzen verhieß, England machte Zugeständnisse zur Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, England machte Zugeständnisse um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, als der Druck der öffentlichen Meinung Amerikas, in dem das irische Element damals eine sehr starke Rolle spielte, übermächtig wurde, und England machte Zugeständnisse nach Ausbruch des Weltkrieges, um sich der irischen Unterstützung zu versichern. Durch die 1625

versprochenen „Gnadenerlässe“ sollten die schlimmsten der zur Niederhaltung und Verelendung der Iren erlassenen „Strafgesetze“ gemildert werden, 1783 sprach England in der „Renunciation Act“ zum erstenmal in der Geschichte den offiziellen Verzicht auf seine Machtansprüche über Irland aus, 1903 ermöglichte das „Landrückkaufsgesetz“ eine Regelung der brennenden irischen Landfrage, und 1914 versprach England dem irischen Volke endlich die so lange vorenthaltene Selbstverwaltung — die „Homerule“ —, allerdings erst für die Zeit nach dem Kriege.

Obwohl die Iren in Erwartung der ihnen versprochenen „Gnadenerlässe“ die vereinbarten Jahreszahlungen pünktlich leisteten, wurden die Gnadenerlässe nie durchgeführt. Statt dessen erfanden die Engländer immer neue Methoden, um die Weiterzahlung der einst freiwillig versprochenen Beiträge zu erreichen, verstärkten ihren Druck auf Irland immer mehr, erfanden immer neue Quälereien, bis schließlich im Aufstand von 1641 das unglückliche Land wieder einmal zur Selbsthilfe schritt. Die „Befriedungsaktion“ Oliver Cromwells bedeutete den letzten würdigen Abschluß dieses traurigen Kapitels englischer „Verständigungspolitik“. Auf die „Renunciation Act“ von 1783 folgte 1800 die „Union“, die Irland enger an England kettete als je zuvor. Auf das „Landrückkaufsgesetz“ von 1903 folgten die Zins- und Rückzahlungsforderungen der Engländer für $68^{1}/_{2}$ Jahre. Auf das Homerule-Versprechen von 1914 folgte die Weigerung Englands am Ende des Weltkrieges, dieses Versprechen einzulösen, folgte der blutige „Black-and-Tan“-Krieg von 1919 bis 1921, — die jüngsten Drangsalierungen Nordirlands nicht zu vergessen.

V

Die Art und Weise, wie es den Engländern gelungen ist, die Zugeständnisse des Jahres 1783 genau in ihr Gegenteil zu verkehren, muß geradezu als ein Schulbeispiel für das wahre Wesen der englischen „Verständigungs“-Methode gewertet werden. Die Mittel, deren sie sich zur Erreichung ihres Zieles bedienten — Lüge, Bestechung, Bespitzelung, Verrat —, gehören alle zu der einen großen *Methode des Betruges*, die die Engländer auch in anderen Fällen mit größtem Erfolge angewendet haben. Auch hier ist ein Rückblick auf die irische Geschichte von unmittelbarer politischer Gegenwartsbedeutung.

Die Abneigung der Engländer, ihre Kriege mit eigenen Truppen zu führen, war schon immer sehr groß. Als 1775 der amerikanische Unabhängigkeitskrieg begann, besannen sich die Engländer plötzlich auf 4000 Mann irischer Truppen, auf deren Mithilfe sie an-

scheinend nicht verzichten konnten. Gehorsam verfügte das Parlament in Dublin die Entsendung dieser Truppen nach Amerika. Aber Irland war nun fast ohne militärischen Schutz für den Fall einer fremden Invasion. Amerikanische Schiffe dehnten ihre Tätigkeit bis in die Nähe der irischen Küste aus und störten die Schiffahrt. Da entstand der Gedanke einer eigenen irischen Freiwilligenorganisation zum Schutze Irlands. Die ersten Freiwilligenkompanien wurden in Belfast aufgestellt, im Mai 1779 standen bereits 4000 Mann unter Waffen, Ende 1779 42 000 Mann, Ende 1780 100 000 Mann. Die Freiwilligenverbände bestanden ursprünglich ausschließlich aus Protestanten, erst später wurden auch die Katholiken zugelassen, aber ihr politisches Programm wandte sich wie gegen alle englischen Gesetze, die die gesunde Entwicklung Irlands überhaupt beeinträchtigten, so auch gegen die „Strafgesetze", die besonders gegen die irischen Katholiken erlassen worden waren. Es gelang der Freiwilligenbewegung, alle ihre Forderungen durchzusetzen und sogar 1783 die „Renunciation Act" zu erzwingen, in der England, von der „Poynings' Law" angefangen, auf seine „historischen Rechte" auf Irland verzichtete. Das Parlament in Dublin sollte in Zukunft allein und unabhängig von England in allen irischen Fragen entscheiden.

Nun war dieses Parlament, das, wie schon vorher dargelegt, ja eigentlich nur berechtigt war, die Interessen der englischen Siedler in der „Pale" zu vertreten, alles andere, nur keine Vertretung des irischen Volkes. Von seinen 300 Abgeordneten wurden nur 72 wirklich gewählt, und auch diese nur von den wohlhabenden und zum überwiegenden Teil protestantischen Wahlberechtigten. Alle übrigen Abgeordneten wurden ernannt, oder richtiger: ihre Sitze an den Meistbietenden verkauft. Hatte ein Landlord einen besonders großen Besitz, so konnte er auch entsprechend viele Sitze im Parlament besetzen. So gehörten zu einem Landbesitz 16, zu einem anderen 14, zu einem anderen 9 Sitze, usw. Die also zu einem Parlamentssitz gekommenen „Volksvertreter" mußten nun ihrerseits danach trachten, die verauslagten „Unkosten" mit Zins und Zinseszins wieder hereinzubekommen. Es war infolgedessen das Bestechungsunwesen im Dubliner Parlament zu einer außerordentlichen Vollkommenheit herangereift. Wenn also die Engländer mit der „Renunciation Act" die Macht in Irland in die Hände des Dubliner Parlamentes gelegt hatten, so waren sie damit nicht das geringste Risiko eingegangen: sie kannten ihr Parlament, sie wußten, daß es nur eine Frage von Pfründen, Renten, Pensionen und besonderen Schenkungen war, um mit diesem Parlament alle eng-

lischen Wünsche Gesetzeskraft erlangen zu lassen. Der gefährlichen irischen Freiwilligenbewegung aber war durch die „großzügige" Gewährung aller ihrer Wünsche die eigentliche Kraft genommen. Irland war ja nun — wenigstens dem Namen nach — frei!

Das Parlament in Dublin erfüllte seine „Pflichten" dann genau so, wie es die Engländer erwartet hatten. Nicht umsonst sind die Engländer so überzeugte Anhänger des parlamentarischen Systems. Sie bestachen nicht mehr Abgeordnete, als unbedingt nötig war, um die erforderliche Mehrheit jeweils sicherzustellen, diese Abgeordneten dann aber kräftig. Im Jahre 1790 flossen in die Taschen von 111 Abgeordneten nicht weniger als 1 600 000 Pfund an Bestechungsgeldern, eine für damalige Zeiten ungeheure Summe. Sie wurde wie so vieles andere dem irischen Volk aufgebürdet. Das Dubliner Parlament verfügte 1796 die Wiederaufhebung der eben erst von der Freiwilligenbewegung erzwungenen „Habeas-Corpus-Act" — es konnte also wieder in Irland nach Belieben verhaftet werden, ohne daß es eines besonderen Rechtsgrundes bedurfte —, und es beschloß 1800 die völlige Vereinigung Irlands mit England in der sog. „Union". Dann löste es sich selbst auf. Die Herbeiführung dieses letzten Beschlusses hat die Engländer — praktisch natürlich auch wieder das irische Volk — noch einmal viel Geld gekostet. Nicht daß die „Union" selbst den Herren Volksvertretern viel Sorgen gemacht hätte. Aber in Zukunft würde es kein eigenes irisches Parlament mehr geben, sondern Irland würde nur eine bestimmte Zahl von Vertretern in das Londoner Parlament entsenden. Das konnten natürlich nicht mehr 300 sein, eine Anzahl von Parlamentssitzen mußte wegfallen. Niemand verzichtet gern auf eine so einträgliche Pfründe, und so blieb den Engländern nichts anderes übrig, als die Lords, denen man Parlamentssitze streichen wollte, entsprechend zu entschädigen. Die durchschnittliche Entschädigung für einen Parlamentssitz betrug 15 000 Pfund, doch wurden auch wesentlich höhere Summen bezahlt. Es sind Entschädigungsgelder von 23 000, 45 000 und 52 000 Pfund für einen einzigen Parlamentssitz überliefert. Erst dann war der Erfolg der Abstimmung gesichert. Mit 158 zu 115 Stimmen nahm das Parlament den entscheidenden Beschluß an, — die sparsamen Engländer hatten es ja, wie oben erwähnt, nicht für notwendig befunden, alle Abgeordneten zu bestechen, und die gesamten „Unkosten" beliefen sich nur auf 1 500 000 Pfund. Hinfort konnten sich die englischen Politiker wie die englischen Geschichtsschreiber darauf berufen, daß ja das irische Volk selbst durch seine gesetzliche Volksvertretung den freiwilligen Verzicht auf die Freiheit ausgesprochen habe.

Hätte das Dubliner Parlament sehr bald nach 1783, dem Jahre der „Renunciation Act", die „Union" beschlossen, so wäre es vermutlich zu einem sehr gefährlichen Aufstand gekommen, dessen die Engländer bei der damaligen politischen Lage kaum Herr geworden wären. Es galt also zunächst, die Lage in Irland erst einmal für das geplante Vorhaben „reif" zu machen und vor allem der lästigen Freiwilligenbewegung weiteren Abbruch zu tun. Bald gelang es den Engländern durch Anwendung entsprechend hoher Bestechungsgelder, Einfluß auf den Delegiertenausschuß der „Freiwilligen" zu bekommen. Hatten bisher die „Freiwilligen" stets die Forderung nach völliger Gleichberechtigung „ihrer katholischen Mitbürger" erhoben, so fiel diese Forderung plötzlich fort. Die gerade erst hergestellte, von England so sehr gefürchtete protestantisch-katholische Einheitsfront mußte dadurch stark beeinträchtigt werden. Sodann förderte England nach Kräften alle protestantischen Kampfbünde, vor allem die schon erwähnten Orangelogen in Nordirland, die es offen als ihr Programm verkündeten, die Katholiken aus ganz Nordirland zu vertreiben. Es kam zu richtigen Schlachten zwischen den Anhängern der beiden Bekenntnisse. Das war das, was England brauchte: Irland schwächte sich selbst. Die Entsendung des in Irland wegen seiner Milde und Gerechtigkeitsliebe außerordentlich beliebten Earl of *Fitzwilliam* als Statthalter nach Irland (1794) mußte den Eindruck erwecken, als habe sich England zu einer Politik der Versöhnung gegenüber Irland entschlossen. Die Gefahr, daß sich die noch immer gut bewaffneten Iren zu guter Letzt doch noch gemeinsam gegen den Erbfeind erhöben, wurde dadurch wesentlich herabgemindert. Im Gegenteil mußte sich die Stellung Englands als des unparteiischen Außenstehenden, der am ehesten eine Bereinigung der inneririschen Gegensätze herbeiführen konnte, nur festigen. Wenn die Beauftragten des Statthalters beiden streitenden Parteien nahelegten, die Waffen auszuliefern, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, so schien die Befolgung dieser Aufforderung im unmittelbaren Interesse Irlands zu liegen. Es mag sein, daß der Earl of Fitzwilliam ehrlich an der Lösung der irischen Frage im Sinne einer wirklichen Verständigung arbeitete, aber er war auch nur Werkzeug. Als er den ihm von London zugedachten Auftrag erfüllt hatte, wurde er abberufen (März 1795) und durch einen Statthalter ersetzt, dessen Person den Engländern die Gewähr für die Durchführung der alten erprobten Methoden bot. Die Enttäuschung der Iren war groß, sie führte in der Folge zum Aufstand von 1798. Aber England brauchte diesen Aufstand nun nicht mehr zu fürchten, es hatte genügend

vorgesorgt. In der kurzen Zeit der Statthalterschaft Fitzwilliams hatte es aber auch noch eine Waffenhilfe für den Krieg gegen Frankreich in Stärke von 20 000 Mann und eine große finanzielle Unterstützung als freiwilliges Geschenk von den Iren zu erhalten verstanden.

Nach der Abberufung Fitzwilliams regierte England wieder mit den alten Mitteln. In Ulster verkündete der General *Lake* das Kriegsrecht und entwaffnete die „Freiwilligen" in größtem Umfange. Dafür, daß der den englischen Nachstellungen entgangene Rest der „Freiwilligen" nicht mehr gefährlich werden konnte, sorgten die englischen Spitzel. Die Bewegung der „Vereinigten Iren" geführt von dem Protestanten Wolf Tone, war allmählich an die Stelle der „Freiwilligen" getreten. Als diese Bewegung geheime Verhandlungen mit Frankreich über eine etwaige Waffenhilfe für Irland führte, war einer der Verhandlungspartner der Londoner Rechtsanwalt *Cockayne*, — in Wahrheit der Geheimagent des englischen Premierministers Pitt. In der unmittelbaren Umgebung Wolf Tones, vertraut mit den geheimsten Angelegenheiten der Bewegung, befand sich der Rechtsanwalt Leonard *MacNally.* Erst nach seinem Tode stellte es sich heraus, daß er die englische Regierung über alle Vorgänge bei den „Vereinigten Iren" genauestens auf dem laufenden gehalten hatte. Als die „Vereinigten Iren" für den 23. Mai 1798 den Beginn des Aufstandes beschlossen, wußte die englische Regierung das so rechtzeitig vorher, daß sie bereits im März 1798 mit den Verhaftungen der maßgeblichen Führer beginnen konnte. Wo der Aufstand doch noch losbrach, wurde er durch das sehr verstärkte englische Militär schnell niedergeschlagen. Tone selbst endete durch Selbstmord im Gefängnis. Das Ziel, Irland für die Vereinigung mit England „reif" zu machen, war voll und ganz erreicht. Als der berühmte Beschluß des „irischen" Parlaments über die „Union" bekanntgegeben wurde, herrschte in Irland wieder einmal wie so oft in seiner Geschichte die Ruhe des Kirchhofes.

Wie alle anderen Mittel der Unterdrückung, so ist auch die Methode des Betruges noch oft vor und nach den oben geschilderten Ereignissen von den Engländern angewendet worden. Unter den vielen mehr oder weniger geglückten Versuchen, führende Männer der irischen Freiheitsbewegung durch Verleumdung unmöglich zu machen, hat in neuerer Zeit der Fall *Parnell* viel Aufsehen erregt. In diesem Fall wurde die „Times" selbst bemüht, um durch den Abdruck gefälschter Briefe das Ansehen dieses hervorragenden Freiheitskämpfers zu untergraben (1888). War es auch in diesem Fall einwandfrei möglich, die Fälschung zu beweisen, endete auch

dieses Mal der vorgeschobene Fälscher durch Selbstmord, so war doch einem ähnlichen Vorstoß zu einem späteren Zeitpunkt mehr Erfolg beschieden. Was menschliche Niedertracht überhaupt auszudenken fähig ist, das ist von England bei seinem Kampf gegen den irischen Freiheitswillen immer wieder eingesetzt worden. Aber mit allem, was in dieser Hinsicht bisher aufgezählt oder auch nur angedeutet wurde, ist doch die Betrachtung der englischen Unterdrückungsmethoden noch nicht erschöpft.

VI

Es gab einmal eine Zeit in der irischen Geschichte, da die englischen Eroberer der hohen Kultur, die sie auf der Grünen Insel vorfanden, erlagen und selbst im Irentum aufgingen. Im Statut von Kilkenny (1367) wurde, um diese England höchst unerwünschte Entwicklung zu wenden, den englischen Siedlern bei Gefängnisstrafe und Verlust all ihres Besitzes die Nachahmung irischer Sitten und der Gebrauch der irischen Sprache aufs strengste verboten.

Im letzten Abschnitt des irischen Freiheitskampfes bedurfte es aber erst der Gründung einer besonderen Organisation, der „Gälischen Liga" (1893), um das Verständnis für das schon fast völlig in Vergessenheit geratene irische Kulturgut unter der irischen Bevölkerung wieder zu wecken und die irische Sprache, die nur noch von der verarmten Bevölkerung entlegener Landstriche an der Westküste gesprochen wurde, wieder zu einer lebendigen Sprache zu machen. Die sehr erfolgreiche Arbeit der „Gälischen Liga" wurde von dem jungen Irischen Freistaat selbst mit größter Energie weitergeführt. Heute ist Irisch Schulfach und wird wieder in ganz Irland verstanden. Niemand kann Beamter werden, ohne sich zuvor einer Prüfung in der irischen Sprache unterzogen zu haben, und die 1937 erfolgte Umbenennung des Irischen Freistaates in Eire kennzeichnet sinnbildhaft die Besinnung auf die eigenen Quellen.

Tatsächlich sind also die Iren in den entscheidenden Abschnitt ihres Kampfes um die Freiheit als Volk ohne eigene Sprache und eigene Kultur eingetreten. Die englische Methode der *Vernichtung der bodenständigen Kultur und der sozialen Verelendung* hatte zu einem vollen Erfolg geführt. Die Mittel, deren sich die Engländer hierbei bedienten, waren in erster Linie die „Austreibungen", die „Strafgesetze" und die Maßnahmen zur Unterdrückung aller gesunden Wirtschaftsentwicklung in Irland.

Die „Austreibungen" wurden bereits weiter oben ausführlich behandelt. Die „Strafgesetze" richteten sich dem Namen nach gegen

die Katholiken, in Wahrheit aber gegen das nationale Irentum. Sie wurden in ihrer vollen Schärfe als Instrument der sozialen Unterdrückung gegen Ende des 17. Jahrhunderts eingesetzt, als mit Wilhelm III. der Protestantismus in England endgültig gesiegt hatte. Auch vorher gab es schon „Strafgesetze", doch waren sie im allgemeinen nur vorübergehend in Kraft, wurden auch nicht immer bis zu ihrer letzten unerbittlichen Konsequenz durchgeführt. Die 1695, 1697 und 1704 vom Dubliner Parlament erlassenen Gesetze dagegen übertrafen an unbarmherziger Folgerichtigkeit alles bisher Dagewesene. Nach diesen Gesetzen durfte ein Katholik, das heißt also ein nationalgesinnter Ire, keinerlei Unterricht, weder in der Schule noch zu Hause, erteilen, er durfte sein Kind auch nicht im Ausland erziehen lassen, er durfte nicht im Rechtswesen tätig sein, er hatte keinerlei Wahlrecht, er durfte weder in der Militär- noch in der Zivilverwaltung ein Amt bekleiden, er mußte alle Waffen abliefern und durfte auch nicht im Waffenhandwerk arbeiten. Er durfte kein Land kaufen und auch nicht länger als auf 31 Jahre pachten, vor allem aber durfte er kein Land erben. Er durfte kein Pferd im Werte von mehr als 5 Pfund besitzen, und er mußte jedes Pferd, das er im Stall hatte, hergeben, wenn ein Protestant ihm 5 Pfund dafür bot. Wurde der Sohn eines Katholiken Protestant, so wurde sofort alles Land seines Vaters sein Eigentum, der Vater selbst wurde Pächter. Blieben alle Söhne eines Katholiken wieder Katholiken, so wurde das Land ihres Vaters zu gleichen Teilen an sie gegeben: die Bildung lebensunfähiger Zwergbetriebe war die notwendige Folge. Nie vielleicht waren Bestimmungen sorgfältiger ausgeklügelt, um ein Volk in das soziale Elend zu zwingen.

Die „Strafgesetze" blieben mit wenigen Ausnahmen bis 1829 in Kraft. In der ganzen Zeit waren die Iren praktisch von allen geistigen Berufen ausgeschlossen. Die wenigen irischen Bauern aber, die die „Austreibungen" überstanden, wurden durch diese „Strafgesetze" endgültig zu immerwährendem Elend verdammt. Wo aber die Iren nun zum Ausgleich sich in verstärktem Maße dem Handel zuwandten oder gar versuchten, eine eigene Industrie in Irland aufzubauen, da sorgten die Engländer alsbald mit drakonischen Maßnahmen dafür, daß es nicht zur Bildung eines wenn auch noch so bescheidenen irischen Wohlstandes kam. Die englische „Navigationsakte" in der Fassung von 1663 verbot alle Ausfuhr von Irland nach den britischen Kolonien. 1666 wurde die Ausfuhr von Vieh auch nach England verboten. In ihrer Not begannen die Iren eine eigene Wollindustrie aufzubauen, für die die natürlichen Voraussetzungen im Lande sehr günstig waren. Diese neue Industrie blühte schnell

auf: sie wurde noch schneller durch die alsbald von den Engländern verhängten Ausfuhrverbote und Sonderzölle ruiniert. Bei diesen ihren Maßnahmen konnten die Engländer nicht mehr zwischen Protestanten und Katholiken unterscheiden: sie mußten ganz Irland treffen. Die Tatsache, daß sich mehr als einmal Protestanten und Katholiken gemeinsam gegen die englische Zwingherrschaft erhoben, ist zum größten Teil auf diese von Haß und Neid diktierten Maßnahmen zurückzuführen.

Wann immer in der Folgezeit ein Erwerbszweig in Irland einen gewissen Aufschwung nahm, waren die Engländer sofort mit Strafzöllen und Ausfuhrverboten bei der Hand, — ob es sich nun um den Handel mit Malz oder Bier, mit Baumwolle oder Seide, mit Pulver oder Eisenwaren handelte. Das zu Beginn des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges verhängte Ausfuhrverbot für alle Lebensmittel beendete praktisch die letzten Handelsmöglichkeiten und traf die irische Landwirtschaft vernichtend.

Mit großer Mühe hat zunächst die Regierung *Cosgrave* (1921 bis 1932) und danach die Regierung De Valera (seit 1932) versucht, das Versäumte nachzuholen und Irland eine eigene Industrie zu geben. Wenn aber auch sehr viel in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht wurde, so lassen sich doch die Sünden mehrerer Jahrhunderte nicht in zwei Jahrzehnten wieder gutmachen. Noch immer ist Irland bei vielen Fertigwaren und Industrieprodukten auf ausländische Zufuhren angewiesen.

VII

Die irische Regierung hat nun nicht nur mit dem Neuaufbau einer bodenständigen Industrie beginnen, unzähligen, in menschenunwürdigen Wohnungen hausenden Iren neue Wohnstätten bauen, neues Siedlungsland zuweisen müssen, — sie hat auch die landwirtschaftliche Struktur Irlands von Grund auf ändern müssen. Denn wie es das Streben der Engländer war, auf wirtschaftlichem Gebiet jegliche eigene Entwicklung Irlands zu verhindern, so war es auch ihr Bemühen im landwirtschaftlichen Sektor, keinerlei ernährungsmäßige Autarkie zuzulassen, denn nur so blieb ihnen die Möglichkeit zur Anwendung ihrer letzten und furchtbarsten Kampfmethode, die sie auch gegen Deutschland wie im Weltkrieg so in dem gegenwärtigen Krieg wieder anzuwenden gedachten, — der *Methode des Hungers.* Irland, ein reines Agrarland mit einer viel zu geringen Bevölkerung, ist auch heute, nach all den umfangreichen Reformarbeiten der Regierungen Cosgrave und De Valera, nicht in der Lage, sich völlig aus eigener Scholle zu ernähren. Noch 1941 wurde

die Gesamternte an Brotgetreide auf nur 290 000 Tonnen geschätzt bei einem Bedarf von 380 000 Tonnen.

Als Irland noch über eine blühende, ausgeglichene Landwirtschaft verfügte, vernichteten die Söldnerscharen Englands die Ernte auf den Feldern und führten künstliche Hungersnöte herbei. Als die Iren nach dem Willen Englands aus freien Bauern zu einem Volk von Häuslern, Knechten und Tagelöhnern geworden waren, da reichte das, was sie mit ihrer Hände Arbeit verdienten, nach Abzug der Steuern und Pachtgelder meist nur für die kärglichste Nahrung, deren Hauptbestandteil die Kartoffel war. War die Kartoffelernte schlecht, so hungerte Irland. Wurden die Kartoffeln von einer Krankheit befallen — wie es in den Jahren 1845 bis 1847 geschah —, fiel die Kartoffelernte ganz aus, so mußten unzählige Iren Hungers sterben. Zur gleichen Zeit aber — und dies wird ewig ein Schandfleck in der Geschichte der Menschheit bleiben — nahmen viele Schiffsladungen guten irischen Weizens ihren Weg nach England. Die Iren waren zu arm, um das Korn bezahlen zu können, die englischen Großgrundbesitzer aber dachten nicht daran, auch nur auf einen Teil ihrer Einkünfte aus ihren irischen Besitzungen zu verzichten. Als dann die billige amerikanische Getreideeinfuhr die Weidewirtschaft rentabler erscheinen ließ, stellten die Landlords einfach ohne Rücksicht auf ihre Pächter, von denen nun wieder ungezählte ihre Pachtstellen verlassen mußten, den Betrieb auf ihren Besitzungen um. Die Ernährungsgrundlage Irlands verschlechterte sich in entscheidendem Maße, die Möglichkeiten zur Selbstversorgung wurden immer geringer. Unter den Nachwirkungen dieser Umstellung auf Weidewirtschaft leidet Irland noch heute.

Dies alles muß man ständig vor Augen haben, um zu verstehen, daß im Ausland, vor allem in Amerika, heute etwa 20 Millionen Iren wohnen, auf der Grünen Insel selbst aber wenig mehr als 4 Millionen, und daß die Einwohnerzahl Irlands seit der großen Hungersnot von 1845 sich um die Hälfte vermindert hat. Aber damals frohlockte man ganz offen in England: es schien, daß das irische Problem sich von selbst löste.

Als 1932 die Regierung De Valera einen England nicht genehmen Kurs einschlug, glaubten die Engländer nur wie in alter Zeit die Zölle zu erhöhen und Irland vom Handel mit England ausschließen zu brauchen, um es ihren Wünschen gefügig zu machen. Sie haben sich jedoch über die Wirksamkeit dieser Methode ebenso getäuscht wie sie sich in ihren Erwartungen über den Blockadekrieg gegen Deutschland verrechnet haben. Das kleine Irland ging eher gestärkt als geschwächt aus dem Wirtschaftskrieg hervor. Im jetzigen

Krieg hat England sein stärkstes Geschütz, den Hunger, gegen Irland aufgefahren, wobei allerdings schwer zu sagen ist, ob es wirklich, wenn es wollte, angesichts seiner ständig wachsenden Schiffsraumnot mehr liefern könnte. Auf jeden Fall aber versucht die englische Propaganda, die irischen Nahrungssorgen mit der bisherigen Neutralitätspolitik des Ministerpräsidenten De Valera in Verbindung zu bringen, — auf jeden Fall bewegen sich Englands Gedanken noch immer in den Bahnen der alten bewährten Methoden. Das zeigt auch deutlich das Beispiel Nordirlands, das sich noch immer die gleiche Behandlung gefallen lassen muß, die einst ganz Irland zuteil wurde, — das es beispielsweise dulden muß, als Übungsplatz für schwarze amerikanische Truppen benutzt zu werden, die England auf seiner eigenen Insel nicht haben will. England wird, solange es die Macht dazu hat, trotz aller schönen Reden vom Selbstbestimmungsrecht der Völker fortfahren, die Völker zu quälen und zu unterdrücken, und nur eines wird seinen Unterdrückungsmethoden endlich ein Ziel setzen: der Sieg der deutschen Waffen.

Das neue Spanien als weltpolitischer Faktor

Von Heinz Büchsenschütz

Wer Spanien im ersten Drittel und dann wieder gegen Ende des Jahres 1942 besuchte, konnte aus vielen Einzelheiten, die aber in ihrer Gesamtheit ein sehr bemerkenswertes Bild ergaben, die Schlußfolgerung ziehen, daß dieses Land im vierten Jahr nach Beendigung seines Bürgerkrieges eine gute Etappe auf dem Wege der Neuordnung erfolgreich zurückgelegt hat. Wirtschaft und Politik sind in unserem Zeitalter eine so untrennbare Bindung eingegangen, daß es wohl eine Berechtigung gibt, bei derlei äußerlichen Beobachtungen in der Summe auch ein politisches Ergebnis zu suchen und zu sehen, das in diesem Fall ein um so größeres Gewicht bekommt, wenn es in das richtige Verhältnis zur Ausgangsstellung von 1939 gesetzt wird. Damals waren Spaniens materielle Vorräte aufgebraucht, seine Felder verwüstet, viele Städte ganz oder teilweise zerstört, Tausende und aber Tausende seiner Bewohner brot- und obdachlos. Kaum war der Regierung *Franco* Zeit geblieben, ihre Kräfte nach dem errungenen militärischen Sieg zu sammeln und zu neuem, nun nur noch verantwortungsvollerem Einsatz am Wiederaufbau vorzubereiten, als erst auf dem europäischen Kontinent und dann in der ganzen Welt die Fanale eines Kampfes auf-

leuchteten, der eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte einleitet. Und doch konnte Franco in einer großen Rede am Jahrestag der nationalen Erhebung, also schon im Hochsommer, eine Bilanz für 1942 ziehen, die sich allenthalben im Lande bestätigte: „Wir haben ... die Finanzen geordnet und die Einnahmen waren zufriedenstellend. Auch Eisenbahnverkehr und Transport normalisierten sich immer mehr, nachdem die kommunistischen und anderen ausländischen Saboteure ausgerottet waren. Die Leistungen im Schiffbau waren bedeutend. Die spanischen Land-, See und Luftstreitkräfte wurden reorganisiert. Die Lager sind mit Waffen und Munition gefüllt und die Produktion ist sehr zufriedenstellend. In der Landwirtschaft haben wir unbegrenzte Möglichkeiten." Diese wenigen Worte umreißen ein weites Gebiet von Problemen und Schwierigkeiten. Was es bedeutet, sie meistern zu müssen und dabei der Nation in der großen internationalen Politik noch die Stellung wieder zu erringen, die ihr auf Grund von historischer Leistung und Tradition zukommt, ist vielleicht noch am ehesten zu ermessen, wenn der Blick Geographie und Geschichte, Gegenwart und Vergangenheit zugleich zu fassen sich bemüht.

Das spanische Land schillert in vielen Farben: vom matten Braun und Grau der oft am Horizont in leichten Dunst gehüllten Pyrenäen über die pointierte, ja stechende Klarheit Kastiliens bis zu den saftigen und satten Tönen Andalusiens bietet es wie auf der Palette eines Malers alle nur möglichen Abstufungen dar. Dem Ausländer tritt es aber auch mit verschiedenen Gesichtern entgegen, je nachdem, wo er ihm zuerst begegnet. Querliegende Gebirgszüge haben die Iberische Halbinsel in verschiedene Schichten und Teile zerlegt, was selbstverständlich nicht ohne Rückwirkung auf Wesen und Handlungen der Menschen bleibt. Zwei Meere, Mittelmeer und Atlantik, bespülen die spanischen Küsten, aber im Zeitalter der Entdeckungen sind die Interessen der Spanier mit plötzlicher Gewalt und für lange Zeit mehr, als ihnen dienlich war, vom Mittelmeer abgewandt worden. Es ist gut, was sich dem Mitteleuropäer schon an der Pforte von Irun als Erkenntnis aufdrängt: Spanien ist keineswegs nur ein Mittelmeerstaat, sondern ein Land mit einem Volk, das sich der Weite des Atlantik ebenfalls verbunden fühlt und seine welthistorisch unzweifelhaft größte und erhabenste Aufgabe Jahrhunderte hindurch jenseits des Atlantik gesucht, gefunden und vor allem auch gelöst hat. So ist Spanien zu einem der europäischen Pfeiler einer Brücke geworden, die in Südamerika endet, und ähnlich, wie sich vor mehr als tausend Jahren auf iberischem Boden Morgenland und Abendland vermischt und unvergängliche

Spuren dieses in der Geschichte unseres Kontinents einzigartigen Vorgangs hinterlassen haben, ist dann auf dieser Brücke über den Atlantischen Ozean hinweg Generation um Generation ein ununterbrochener Strom der Elemente europäischer Zivilisation eben gerade in typisch hispanischer Form zu der neuentdeckten Welt hinübergegangen, dort dauerhafte Fundamente legend und ewige Spuren hinterlassend. Das Phänomen Spanien erschöpft sich für uns keineswegs in der Identität von geographischem und historischem Begriff. Die Vielzahl seiner Bestandteile macht es daher aber so schwer, eine umfassende oder vielleicht auch nur eine allgemeingültige Definition für Spanien zu geben. Nur, wenn man sich über die historisch bedingten Verschiedenheiten des spanischen Volkscharakters klar ist, wird einem die große Leistung offenbar, die aus all diesen Elementen eine Einheit und schließlich auf der durch nichts dazu vorherbestimmten kargen Hochfläche von Kastilien eine Hauptstadt schuf, die das Zentrum aller Kräfte dieser Nation geworden ist. Zuweilen wird aus dieser Tatsache der Schluß gezogen, Spanien sei trotz seiner ausgedehnten Küsten und der großen überseeischen Taten im Grunde doch eine typisch kontinentale Nation. Dies heißt, die Dinge wohl auf eine etwas zu einfache Formel bringen. Gerade die Mischung von kontinentalem und außerkontinentalem Streben macht die Struktur dieses Staates im europäischen Südwesten und den so schwer in Worten auszudrückenden Reiz aus, der etwa auf den Besucher aus Mitteleuropa ausgeübt wird. Vergangenheit und Gegenwart, Tradition und Zukunft sind in Spanien eine Verbindung eingegangen, die in gleichem Maße und vor allem in dieser besonderen Form anderwärts kaum möglich wäre. Das Gefühl für die politisch-historische Tradition ist im neuen Spanien ungemein ausgeprägt und weit verbreitet. Andererseits ist aber vielen, und zwar vornehmlich den Besten der jetzt aktiven Generation bewußt, daß es wirklich eines ganz neuen Anfangs bedurfte, um vieles, was in den Jahrzehnten eines unaufhaltbar anmutenden Abstiegs zum stummen Zeugen einstiger Größe geworden war, wieder mit frischem Leben zu erfüllen, ohne dabei zugleich etwa in den immer von vornherein aussichtslosen Versuch eines Rückwärtsdrehens am Rade der Geschichte zu verfallen. Dem Besucher Spaniens, der das Land vom Norden nach Süden durchquert und immer wieder auf die real greifbaren Spuren jener Daten trifft, die er einst in der Schulstunde gelernt hat, möchte es vielleicht zuweilen erscheinen, als ob ein solches Unterfangen nach den schweren Jahren des Bürgerkrieges und angesichts der sich für die gesamte Menschheit anbahnenden Umwälzungen verfrüht wäre. Dies wäre jedoch ein

Trugschluß. Denn ein neues Spanien kann in der Tat allein mit Hilfe der Fundamente aufgebaut werden, die ihm von der Natur und von seinem historisch bedingten Schicksal gegeben sind. Sie müssen in Zukunft eben ein Staatsgebäude tragen, daß, ähnlich manchem der zahlreichen Schlösser dieses Landes, insbesondere in seinem Innern den Forderungen des neuen Zeitalters angepaßt werden muß, damit auch sein bewußt und selbstverständlich gleichgebliebenes Äußere die Kräfte der gewandelten Welt nicht abstößt, sondern gerade im Hinblick auf die so reiche und oft gemeinsame Tradition immer von neuem anzieht.

Als vor einigen Monaten der 450. Wiederkehr der Entdeckung Amerikas durch *Christoph Columbus* gedacht wurde, waren die Blicke der Welt einmal mehr auf Spanien gerichtet, von dem einst die Fahrt ausgegangen war, an deren Ende nicht allein das Finden eines neuen Erdteils stand, sondern die darüber hinaus Geschicke und Geschichte der Menschheit auf die Bahnen lenkte, denen sie auf wesentlichen Strecken für alle Zukunft wird folgen müssen. Man mag alle späteren geographischen Entdeckungen noch so hoch einschätzen und werten müssen, kaum eine hat jemals wieder so weitreichende Konsequenzen gehabt, wie die des genuesischen Seemannes in spanischen Diensten. Wir können hier von den mancherlei wissenschaftlichen Erörterungen, die sich an seine Figur und seine Taten geknüpft haben, absehen, da in unserem Zusammenhang wesentlich die Tatsache ist, daß Christoph Columbus Jahr um Jahr Not und Spott um seiner Idee willen auf sich genommen hatte, bis schließlich die einzigartige historisch-kulturelle Konstellation in Spanien eingetreten war, wo sich die Genugtuung *Isabellas* und *Ferdinands* über den Sieg über die letzten Mauren mit dem Gelöbnis verband, nun das Glaubensgut der eigenen Nation noch mehr Menschen dieser Erde zu bringen. Daß sich dazu die Sehnsucht nach den Schätzen des Orients und Indiens gesellte, die die Araber den Europäern immer mehr vorenthielten, ist lediglich ein weiteres Merkmal, das aus der Zeit selbst zu erklären ist, in der sich lauter neue Elemente menschlichen Denkens und Trachtens sowohl auf ideellem wie auf materiellem Gebiet mit Macht ihren Weg an die Oberfläche des Geschehens bahnten. Für Spanien aber bedeutete dies den grundsätzlichen Wandel seiner historischen Struktur, von dem wir bereits gesprochen haben und der die spanischen Menschen sich in wachsendem Maße der Weite des Atlantik verbunden fühlen ließ. Dieser Teil der spanischen Tradition — und wir kennzeichneten ihn als einen der wichtigsten — hat der Regierung des neuen Spanien den Anlaß etwa zur Gründung des Rates der Hispanität

gegeben. Sehr zum Unwillen der politisch, wirtschaftlich, geistig und seelisch entgegengesetzt orientierten imperialistischen angloamerikanischen Mächte kann er sich auf eine Überlieferung berufen, deren einzelne Faktoren eben gerade auch der neuen spanischen Staatsauffassung wieder zugrunde liegen. Dies erscheint uns überhaupt als eine der vornehmsten Aufgaben dieser Nation, und man erkennt deutlich, warum die angelsächsischen Mächte in diesem Lande eine neue Ordnung als störend empfinden. Die Hispanität, in deren Zeichen wir auch die Neuschaffung der Cortes sehen wollen, umschließt wesentliche Faktoren des spanischen Denkens politischer und kulturell-ideologischer Art. Es ist ihr besonderer Vorzug, nicht ein Instrument des Imperialismus zu sein, zu dem sie von anglo-amerikanischer Seite gern gestempelt werden möchte. Von autorisierter spanischer Seite ist dagegen beispielsweise der Satz gefallen, daß Spanien in Amerika weder territoriale Wünsche noch fremde Interessen zu verteidigen habe, und die Hispanität lebe aus sich selbst heraus. Zudem liegt die Verschiedenartigkeit des Geistes von Hispanität und Angelsachsentum seit den Tagen *Philipps II.* und der englischen *Elisabeth* offen vor uns. *Drake* und *Raleigh* kaperten mit dem Segen der englischen Königin die spanischen Silberflotten. Westindische Besitzungen Spaniens wurden erst gebrandschatzt und dann geraubt, während der unheilvolle Erbfolgekrieg zu Beginn des 18. Jahrhunderts einmal den Griff nach Gibraltar und zum anderen die Kontrolle des spanischen Kolonialhandels durch die britische Flotte ermöglichte. Das Zusammenspiel Englands mit den Vereinigten Staaten von Amerika jedoch funktionierte zum erstenmal am Ende des vorigen Jahrhunderts, als England den Vermittler zwischen Madrid und Washington markierte und dabei den Nordamerikanern genau das zuschob, was sie von dem einst blühenden Weltreich Spanien noch haben wollten. In der Marokkokrise war es wieder England, das Spanien zwischen sich und Frankreich manövrierte, dabei das eine um seine Ansprüche brachte, das andere von der Meerenge fernhielt und doch den Zorn beider von sich ablenkte.

Dieser letztgenannte Faden im internationalen Kräftespiel muß noch eine Weile weitergesponnen werden. Im Gegensatz zu einer landläufigen Meinung sieht nämlich Spanien interessanterweise die Hispanität keineswegs auf die Pflege der geistigen Beziehungen zu Ibero-Amerika begrenzt, sondern es dehnt ihren Geltungsbereich, der sich weder rassenmäßig noch geopolitisch strikt umreißen läßt, ebenfalls auf einen Teil der islamischen Welt Nordafrikas aus. Unter allen europäischen Mächten, die an Afrika interessiert sind

oder dort Kolonialbesitz haben, nimmt Spanien, wie schon selbst ein nur flüchtiger Blick auf die Landkarte lehrt, eine besondere Stellung ein. Der Charakter der Pyrenäen-Halbinsel als Brücke zwischen den beiden Erdteilen Europa und Afrika ist etwas so Einmaliges, daß die Auswirkungen auf die davon unmittelbar betroffenen Regionen diesseits und jenseits einer Meerenge von nur 14 km Breite überhaupt nicht unterschätzt, geschweige denn übersehen werden können. Hier hat in der Tat ein steter Austausch stattgefunden. Die Geschichte verzeichnet ein beinahe unablässiges Hinüber- und Herüberwirken, ein Wandern von Menschen und Kulturen, für das die verhältnismäßig lange Herrschaftsperiode des über Nordafrika vorgerückten Islams auf spanischem Boden das zeitlich nächstliegende und an seinen steinernen Zeugen ebenso unvergänglich einprägsamste Beispiel ist wie die seit dem Zeitalter der großen Isabella erfolgte Umkehr in ihrer gleichfalls bis auf uns gekommenen Fixierung spanischer Substanz auf nordafrikanischem Gebiet. Es bedarf daher kaum einer Erläuterung, welches die von der Natur gegebene Tendenz für das spanische Kolonialdenken ist. Wir sind uns darüber klar geworden, daß sich um die Wende zum 16. Jahrhundert mit der Entdeckung Amerikas ein Vorgang abspielte, der in der Folgezeit Spaniens Blick vom Mittelmeer, aber auch von seinem afrikanischen Gegenüber ablenkte. Denn selbst die größte Entdeckermacht dieser Erde mußte sich zu einem bestimmten Zeitpunkt für das eine oder das andere entscheiden, wenn sie mit voller Kraft ans Werk gehen wollte. Trotzdem ist das Bewußtsein für koloniale Tradition in Afrika bei den Spaniern niemals ganz abgerissen. Der Wille zum neuen Anfang, dem wir auf Schritt und Tritt begegnet sind, umfaßt auch die afrikanischen Besitzungen, zumal niemand vergessen sollte, welche Rolle gerade Nordafrika für die Bewegung Francos gespielt hat, der von einem Hügel bei Ceuta aus den Übergang seiner Truppen nach Spanien befehligte und der von einer Reihe bedeutender Mitarbeiter umgeben ist, die ihre Laufbahn gleichfalls zu einem großen Teil im Spanischen Marokko durchmessen haben. All dieser Tatsachen und auch der Erinnerung, daß es ein marokkanisches Problem im politischen Sinn dieses Wortes erst wieder seit der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gibt, ist sich das neue Spanien wohl bewußt. Es übersieht auch nicht, daß es wiederum England war, das alle Etappen dieses territorialen Rivalitätskampfes mit größter Aufmerksamkeit verfolgte und stets bestrebt war, seine imperialistischen Ziele, d. h. in diesem Falle insbesondere die Sicherstellung des Seeweges nach Indien, durch entsprechende Manöver zu erreichen. Der Nieder-

---

gang der spanischen Macht hatte naturgemäß auch die kolonialen und Protektoratsgebiete mit erfaßt, so daß es schon in den zwanziger Jahren des vollen Einsatzes der seinerzeit stärksten spanischen Persönlichkeit, des Diktators *Primo de Rivera*, bedurfte, um überhaupt den Kampf gegen Aufständische in Marokko durchzuhalten und mit gutem Resultat abzuschließen. Wenn nun vor nicht allzu langer Zeit in einer spanischen Zeitschrift zu lesen war, daß Spanien Afrika niemals unbeachtet lassen werde, so dokumentiert sich dies an mancherlei Ereignissen, die zu gleicher Zeit aus den afrikanischen Besitzungen und Einflußzonen Spaniens gemeldet wurden.

Wir wollen uns kurz daran erinnern, daß diese Besitzungen erstens das Protektorat Spanisch-Marokko mit etwa 28 000 Quadratkilometer und etwa 800 000 Einwohner umfassen, zweitens das Gebiet West-Sahara mit etwa 285 000 Quadratkilometer und 50 000 Einwohnern, wozu noch die Exklave Ifni mit 1360 Quadratkilometer und 25 000 Einwohnern kommt, und drittens Spanisch-Guinea mit den Inseln Fernando Po und Annobom, insgesamt 27 000 Quadratkilometer und 167 000 Einwohner. Interessant ist, wie Spanien selbst diese Gebiete heute bewertet. In der Zeitschrift „Africa" wurde darüber in drei, unseren Aufzählungen entsprechenden Punkten einmal folgendes gesagt: Marokko bilde in bezug auf die Iberische Halbinsel selbst eine Art Schutzdecke und bedeute, von diesen schützenden Aufgaben einmal abgesehen, darüber hinaus für Spanien sogar einen Imperativ der Sicherheit. Auf die gleiche Weise stelle das westliche Atlantikafrika gewissermaßen eine kontinentale Grenze der Kanarischen Inseln und so etwas wie einen zwangsläufigen Übergangsweg der lebenswichtigen Verkehrslinien der Zukunft durch Afrika mit der Ausrichtung auf Amerika dar. (Wir sehen, wie sich hier in besonders augenfälliger Weise die beiden großen Strömungen der spanischen Überseetradition kreuzen.) Spanisch-Guinea hingegen wird — und dies zeigt auch schon seine Verwaltungsform als reine Kolonie an, während in allen anderen Fällen gewisse Abwandlungen anderer Verwaltungsarten angewandt werden — vorderhand vor allem als Versorgungskolonie betrachtet, weil es eine gewisse Anzahl von in Spanien benötigten exotischen Produkten liefert, „wenn auch immer in begrenzten Mengen". Sachkundige Leute wenden indessen von all diesen westafrikanischen Gebieten aus ihre Blicke mehr und mehr in die Zukunft. In dem erwähnten Heft der Zeitschrift „Africa" wurden noch ein paar Bemerkungen gemacht, die durchaus Beachtung verdienen: „Diese westlichen Gebiete Afrikas scheinen allerdings einer kommenden Zeit vorbehalten zu sein."

Denn über sie führe der kürzeste Seeweg, wenn man von Senegal aus den Atlantischen Ozean überquere, und schließlich sei das die Strecke, die für den Verkehr mit Handelsflugzeugen nach Südamerika in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen werde. „In dieser Hinsicht fehlt es sicher auch nicht an einem Plan für einen spanischen Flugverkehr. Denn man darf nicht vergessen, daß drüben in Mittel- und Südamerika 100 Millionen Menschen leben, die sprechen und beten wie wir."

Jeder afrikanische Besitz einer europäischen Macht hat seine besondere Problematik. Sie war, wie erwähnt, für Spanien seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts dadurch gegeben, daß der überall auftretende englische Imperialismus eben auch bei der Mächtegruppierung in Nordafrika stets nach der alles beherrschenden These der möglichst totalen Sicherheit des Weges nach Indien verfuhr. Innerhalb des Komplexes der Marokkofragen bildete zusätzlich seit 1912 noch die Tangerfrage ein Kapitel. Sie ist erst in diesem Kriege ihrem natürlichen Ende nicht mehr entgangen, weil das Statut dieser einst Internationalen Zone, deren weiße Bevölkerung der überwiegenden Mehrheit nach immer spanisch war, vorgesehen hatte, daß im Falle eines Krieges, in den eine oder mehrere der sogenannten Verwaltungsmächte verwickelt werden sollten, die übrigbleibenden Staaten den Schutz der Zone allein zu übernehmen hätten. Da im Juni 1940 dies nur noch auf das ohnehin meistinteressierte Spanien zutraf, handelte es den Bestimmungen des Statuts gemäß, als es Tanger militärisch besetzte. Am 4. November des gleichen Jahres schaffte es dieses Statut überhaupt ab und vollzog die Einverleibung Tangers in Spanisch-Marokko. Der Prozeß der gesteigerten Aktivität auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, den Spanien jetzt durchmacht, hat sich auf seine afrikanischen Besitzungen übertragen. Die spanische Verwaltung hat allerwärts nach neuen Methoden gesucht und ist nunmehr bestrebt, vor allem die Einheimischen Dienste leisten zu lassen, die dem Gemeinwohl entsprechen. Dem Einzug des Kalifen *Muley Hassan* in Tanger im März 1941 folgte im Jahre 1942 eine weitere den neuen Verhältnissen angepaßte Änderung des Verwaltungssystems in der spanischen Marokkozone. Muley Hassan, der früher nur äußerst selten seine Residenz in Tetuan zu verlassen pflegte, stattete Ende Mai des vergangenen Jahres dem Staatschef Franco in Madrid einen mit großem Zeremoniell umgebenen Besuch ab. In Barcelona wurde ein marokkanisches Wirtschaftsinstitut eröffnet und damit bekundet, in welcher Weise das mittelmeerische Spanien an Nordafrika interessiert ist.

Überall regt sich das neue Spanien, nachdem die Nation aus der Lethargie erwacht ist. Es ist sich seiner Aufgaben bewußt und kennt seine Rolle innerhalb der europäischen Völkerfamilie. Dies gibt auch die Erklärung dafür ab, warum dieselben äußeren Feinde Spaniens, die das Feuer des Bürgerkrieges immer wieder schürten, nun den Übergang vom Gestern zum Morgen verhindern wollen und glauben, auf dem Boden des neuen Spanien immer noch ein Betätigungsfeld für ihre durchsichtige politische Agitation zu haben. So wie sie seit Jahrhunderten die Souveränität dieser Nation mißachteten, versuchen sie jetzt um jeden Preis, den spanischen Wiederaufstieg zu verhindern. Das britische Navycert ist das Mittel zum Zweck des Druckes auf die spanische Volkswirtschaft, während die Propaganda sich mit verschieden gefärbten politischen Parolen an all die verschiedenen Schichten des spanischen Volkes wendet, um ihm gleich im Anfang das Fundament jener Plattform wieder zu zerstören, auf der sich nun alle zu gemeinsamem Wirken am gemeinsamen Wohle von Staat und Nation gefunden haben. Unerschrocken schreiten die Spanier aber auf ihrem Wege fort und sind sich dabei ihrer doppelten Bindung sowohl an den heimischen Kontinent wie an die überseeische Welt voll bewußt. Für das eine zeugt die aktive Teilnahme mit der Blauen Division am Kampf gegen den Bolschewismus und für das andere die Besinnung auf die hispanische Tradition. Nach Jahrzehnten innerer Krisen und äußeren Niedergangs eröffnet seine Vitalität diesem Volk jetzt wieder den Weg zum Aufstieg und den Zugang zur Teilnahme am allgemeinen internationalen machtpolitischen Geschehen. Am Neuaufbau Europas hat doch das nationale Spanien mit seinem Blut schon längst ein Anrecht erworben. Der spanische Kriegsopferführer, General *Milan Astray*, hat einmal die Verluste allein der Armeen Francos im Bürgerkrieg bei dem Kampf gegen den Bolschewismus auf 70 000 Tote und etwa 335 000 Verwundete beziffert. Und heute kämpft die Blaue Division Seite an Seite mit der deutschen Wehrmacht auf den Schlachtfeldern des Ostens abermals gegen den Bolschewismus. In mehreren seiner großen Reden hat General Franco auf die Zusammenhänge zwischen dem spanischen Befreiungskrieg und dem europäischen Kreuzzug gegen den Bolschewismus hingewiesen, indem er erklärte, daß ohne den siegreichen Ausgang des nationalspanischen Kampfes heute keine spanischen Freiwilligen in den weiten Ebenen der Sowjetunion stehen würden. Die Armee ist überhaupt der Stolz der spanischen Nation, und in bestimmten Ländern tut man gut daran, die darauf bezüglichen Worte des spanischen Staatschefs immer sehr genau zu lesen und zu erwägen — wie es überhaupt

nützlich ist, sich von der Entschlossenheit des Spaniens der Gegenwart ein klares Bild zu machen. Bei der Eröffnungssitzung des Dritten Nationalrates der Falange Anfang Dezember 1942 hat General Franco betont, daß sich niemand darüber wundern dürfe, wenn sich Spanien nach der Überwindung der ersten Etappe seiner Schwierigkeiten nach dem Bürgerkrieg durch gar nichts von dem großen Ziel seiner falangistischen Bewegung abbringen lasse. „Von dieser Bewegung hingen Spaniens Glück und die Erhaltung seiner ewigen Werte ab, deren Vernichtung unweigerlich Knechtschaft und Chaos nach sich ziehen würde. Auf diesem Wege sind wir unerbittlich. Wir verlangen zur Herstellung der nationalen Einheit, die Spaniens Zukunft garantieren soll, das Opfer jedes einzelnen. Es mag Einfältige geben, die nicht mit Spanien sind. Was wir aber auf keinen Fall zulassen, ist, daß irgend jemand gegen Spanien ist." Die junge spanische Generation, die sich in der falangistischen Bewegung gefunden hat, fühlt sich als Glied einer neuen Zeit, in der die Mentalität früherer Epochen nichts mehr gilt. Die spanische Staatsführung weiß, daß man heute in seinem Denken und Fühlen nicht mehr auf die politischen Ideen des 19. Jahrhunderts zurückgreifen kann, und daß diese aus mannigfaltigen Gründen in jeder Hinsicht abgelehnt werden müssen. Franco hat wieder und wieder alle Spanier aufgefordert, die alten „liberalen Vorurteile fallen zu lassen und den Blick auf die gegenwärtigen Ereignisse von Europa auszurichten". Diese Gedankengänge zeigen, was wir an mehreren Stellen betonten und auch erläutert zu haben glauben, daß sich Spanien keiner anderen Welt als der europäischen verbunden fühlt, wenn es auch, wie es bei der Vielfalt des europäischen Charakterbildes nur zu natürlich ist, eigene politische Züge und besondere geistige Merkmale sein Eigen nennt. Die Ereignisse jedoch, die sich jetzt in der Welt abspielen, bedeuten auch für Spanien, daß eine Epoche zu Ende gegangen ist und eine neue anhebt. In diesem Augenblick bekennt sich Spanien zu seiner Mission und dokumentiert damit seine Stellung als machtpolitischer Faktor. Dies ist von entscheidender Bedeutung in einem Augenblick, da sich seit der Landung der Briten und Amerikaner in den nordafrikanischen Gebieten Frankreichs und dem Treffen Roosevelts mit Churchill in Casablanca die Geschehnisse dieses Krieges auch wieder mehr als je zuvor in den vergangenen drei Jahren in den westlichen Mittelmeerbereich und den sich daran anschließenden atlantischen Raum Südwesteuropas verlagert haben. Alle, die etwa geglaubt hatten, daß diese neue Lage die politische Vorstellungswelt Spaniens zu beeinflussen imstande wäre, sind enttäuscht worden. Die innere

und äußere Linie der nationalspanischen Politik ist seit langem festgelegt und wird konsequent weiter verfolgt. Das neue Spanien ist auf der ganzen Linie im Vormarsch und hat sich in allen Zweigen seines nationalen Lebens auf seine große Geschichte und die wertvollsten Bestandteile seiner Überlieferung besonnen. Der neue spanische Staat hat der Hispanität ihren alten geistigen Gehalt wiedergegeben und damit in der internationalen Sphäre jene Mission übernommen, die ihm historisch zugeschrieben ist. In dem Kranz der europäischen Nationen nimmt dieses Volk am südwestlichen Ausläufer unseres Kontinents einen besonderen Platz ein, der ihm automatisch die Rolle zuweist, über deren Wert es selbst nicht mehr die geringsten Zweifel hat. Für die Zukunft sieht es sich als ein Mitglied des neuen Europa und als Mittler zu den Völkern jenseits des Südatlantik. Damit aber scheint, wenn wir unsere Beobachtungen mit einem Blick von Irun über Madrid nach Sevilla, Tanger und schließlich nach Ibero-Amerika noch einmal zusammenfassen, das Kennzeichen für das neue Spanien als weltpolitischem Faktor der Gegenwart gegeben.

Kleine Beiträge

Von den „Alliierten und Assoziierten Mächten“ zu den „Vereinigten Nationen“

Die Koalition der feindlichen Mächte, die Deutschland im ersten Weltkrieg 1914—1918 gegenüberstand, trat unter dem Namen „Die alliierten und assoziierten Mächte“ auf. Sowohl im Waffenstillstandsvertrag vom 1. November 1918 wie im Versailler Vertrag und in den diplomatischen Aktenstücken der Pariser Friedenskonferenz stand diese Formel. Die „alliierten“ Mächte waren England, Frankreich, Rußland, Japan, Italien und die kleineren europäischen Staaten. Als „assoziierte Macht“ bezeichneten sich vor allem die Vereinigten Staaten. Die Wahl dieses Ausdrucks war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Traditionen der amerikanischen Außenpolitik, wie sie auf das politische Testament George Washingtons zurückgingen, verstrickende Bündnisse, „entangling alliances“, verboten. Natürlich war den Worten George Washingtons nicht dadurch Genüge getan, daß ein tatsächlich und rechtlich bestehendes Allianzverhältnis als ein Verhältnis der „Assoziation“ bezeichnet wurde. Die Vereinigten Staaten waren zwar den vertraglichen Abmachungen der übrigen Alliierten, die den Abschluß eines Sonderfriedens untersagten, nicht beigetreten, im übrigen aber unterschied sich ihre Beziehung zu den Alliierten rechtlich und tatsächlich in keiner Weise von einem echten Bündnis. Demgegenüber war die Bezeichnung der Vereinigten Staaten als „assoziierter Macht“ nichts

anderes als ein von Wilson aus agitatorischen Gründen geschickt erfundenes Schlagwort.

Im gegenwärtigen Kriege haben sich die Gegner Deutschlands zunächst wiederum als „Assoziierte" bezeichnet. Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten erfand Roosevelt — und er ist auf diese Erfindung nicht wenig stolz — den auf der gegnerischen Seite heute üblichen neuen Namen: die „Vereinigten Nationen" — „the United Nations". Die Formel vermeidet wieder die für konservative amerikanische Ohren anstößige Bezeichnung „Alliierte", vor allem aber klingt sie an die „Vereinigten Staaten" an und erlaubt dem amerikanischen Ehrgeiz sich einzubilden, die neue Koalition könne die Keimzelle einer größeren, nach amerikanischen Ideen gestalteten föderativen Weltorganisation darstellen. Ein Irrtum wäre es jedoch, anzunehmen, daß die „Vereinigten Nationen" rechtlich oder tatsächlich eine engere, festere und besser organisierte Gemeinschaft wären als die „alliierten und assoziierten Mächte" von 1914—1918.

Die „Alliierten und Assoziierten Mächte"

Die feindliche Mächtekoalition des ersten Weltkrieges beruhte auf einem ziemlich lückenhaften System von Bündnisverträgen. Großbritannien und Frankreich waren bei Ausbruch des Krieges nur durch die „Entente cordiale", das heißt eine höchstens moralische Beistandsverpflichtung, verbunden. Durch das Abkommen vom 5. September 1914 verpflichteten sie sich gegenseitig und im Verhältnis zu Rußland, keinen Sonderfrieden mit den Mittelmächten abzuschließen. Diesem Abkommen traten später auch Japan und Italien bei. Im Falle Italiens kam der Londoner Geheimvertrag vom 26. April 1915 hinzu, dessen territoriale Versprechungen bei Friedensschluß dann gebrochen worden sind. Im Falle der Vereinigten Staaten kam ein schriftlicher Vertrag zur Unterbauung und genaueren juristischen Festlegung des Bündnisverhältnisses überhaupt nicht zustande. Bei einem Teil der kleineren Staaten lagen die deutlich eine Allianz begründenden rechtlichen Beziehungen offen zutage, wie zum Beispiel bei Belgien, Serbien, Rumänien. Bei anderen, besonders jenen mittel- und südamerikanischen Staaten, die nur die diplomatischen Beziehungen zu den Mittelmächten abgebrochen hatten, waren die Bindungen lockerer. Festzuhalten ist im ganzen — so heißt es in einer soeben erschienenen interessanten Veröffentlichung von Kurt Egon Freiherrn von Türcke („Die Alliierten und assoziierten Hauptmächte". Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Bd. I. Verlag Junker & Dünnhaupt, Berlin 1942) —, „daß die fünf Großmächte nicht allein die Allianz bildeten, sondern daß ihr auch eine Reihe von kleineren Staaten angehörte, und zwar, wie die mit ihnen abgeschlossenen Verträge zeigen, rechtlich in völliger Gleichheit mit den Großmächten". Die Rechtsgleichheit der kleineren Staaten blieb allerdings praktisch eine ziemlich bedeutungslose Farce. Die fünf sogenannten „Hauptmächte" („puissances principales", „principal powers") genossen „sowohl während des Krieges als auch während der vorbereitenden Friedenskonferenz, den Waffenstillstandsverhandlungen und den Friedensverhandlungen eine bevorzugte Stellung insofern, als sie teils überhaupt die Haltung der Alliierten und Assoziierten ohne Befragen anderer Mächte festlegten, teils diese auf Grund des vorhandenen politischen Übergewichts veranlaßten, eine bestimmte Haltung einzunehmen". Das ganze Bündnissystem der gegnerischen Koalition blieb von vornherein auf die Dauer des Krieges beschränkt. „Das Kriegsbündnis der alliierten und assoziierten Mächte hat mit dem Kriegsende seinen Zweck erreicht und damit aufgehört zu bestehen."

Organisatorisch und in der Technik der Führung erlangte der Zusammenschluß der Alliierten erst in der letzten Phase des Krieges eine Form, die den dringendsten Notwendigkeiten der Einheitlichkeit und Koordinierung der Strategie und Kriegspolitik einigermaßen zu genügen vermochte. Einzelne militärische Aktionen wie zum Beispiel die Sommeschlacht vom Juli 1916 wurden von den alliierten Oberbefehlshabern gemeinschaftlich vorbereitet, im übrigen aber arbeiteten die leitenden militärischen Stellen der einzelnen Länder in den ersten Kriegsjahren ziemlich selbständig. Die leitenden Staatsmänner kamen nur selten zusammen, wie etwa am 19. Juni 1915 in Boulogne, am 27. und 28. März 1916 nach der ersten deutschen Verdun-Offensive oder am 15. und 16. November 1916 in Paris. Den Anstoß zu einer engeren Zusammenarbeit gab — nach mehreren ergebnislosen Anläufen — erst die italienische Niederlage bei Caporetto im Oktober 1917. Sie hatte die Vereinbarung von Rapallo vom 7. November 1917 zur Folge, durch die der Oberste Kriegsrat („Conseil Supérieur de la guerre“, „Supreme War Council“) geschaffen wurde. Er bestand aus den Ministerpräsidenten und je einem Regierungsmitglied der an der Westfront kämpfenden Großmächte. Die örtliche Zuständigkeit des Rates beschränkte sich zunächst auf die Westfront, wurde aber nach dem bald folgenden Beitritt der Vereinigten Staaten zu den Beschlüssen von Rapallo auch auf weitere Fronten erstreckt. Rußland war, solange es noch zum Kreise der Alliierten gehörte, durch einen offiziellen Beobachter vertreten. Jede im Rate vertretene Macht entsandte einen militärischen Berater als Sachverständigen. Zusammen mit einem ständigen Komitee in Versailles blieben diese militärischen Berater auch in der Zeit vereint, in der der Rat nicht tagte. Der Oberste Kriegsrat war in erster Linie eine politische, keine militärische Körperschaft, seine Aufgabe war die Beaufsichtigung der allgemeinen Kriegführung und die Koordinierung der erforderlichen Regierungsmaßnahmen: „Die obersten Heeresleitungen blieben allein ihren eigenen Regierungen verantwortlich, jedoch sollte die oberste Kriegführung in der Hand des Rates liegen, der unter der hohen Autorität der Regierungen den Einsatz und das Vorgehen der einzelnen Heere bewirkte.“

Durch den Obersten Kriegsrat wurden die bestehenden interalliierten Einrichtungen reorganisiert und unter einheitliche Leitung gebracht sowie neue Organe gegründet. Dem Rate unterstellt und reorganisiert wurden zum Beispiel das am 10. August 1917 geschaffene Alliierte Blockade-Komitee (A. B. C.), der Interalliierte Schiffahrtsrat („Interalliied Naval Council“), der Interalliierte Munitionsrat („Interalliied Munitions Council“), der Interalliierte Kriegswirtschafts- und -finanzrat („Interalliied Council on war purchases and finances“), neugegründet wurde — am 3. Dezember 1917 — der Alliierte Seetransportrat („Alliied Maritime Transport Council“). Ein einheitlicher militärischer Oberbefehl war auch durch den Obersten Kriegsrat noch nicht begründet. Am 2. März 1918 schuf der Rat ein Exekutivkomitee unter dem Vorsitz von Foch, das aus vier ständigen militärischen Vertretern der Hauptmächte zusammengesetzt war. Die darin liegenden Ansätze zur Schaffung des einheitlichen militärischen Oberbefehls wurden auf der Londoner Tagung des Rates vom 14. März 1918 wieder rückgängig gemacht. Erst die deutschen Erfolge in Flandern im Frühjahr 1918 brachten in dieser Frage die Entscheidung, die in den Abkommen von Doullens (26. März), Beauvais (3. April) und Abbéville (2. Mai) präzisiert wurde und die in ihrem Kern lautete: „Der General Foch ist von der britischen, französischen und amerikanischen Regierung beauftragt, die Aktionen der alliierten Armeen an der Westfront zu koordinieren.“

Die „Vereinigten Nationen"

Auch das Bündnissystem der „Vereinigten Nationen" ruht auf einer ziemlich lückenhaften Vertragsgrundlage. Zwar ist am 2. Januar 1942 von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion, der chinesischen Tschungking-Regierung, der niederländisch-indischen Regierung und „einundzwanzig weiteren achsenfeindlichen Nationen" eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet worden, durch die sich jede unterzeichnende Regierung verpflichtete, erstens ihre gesamten militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen gegen die Mitglieder des Dreierpaktes und diejenigen seiner Anhänger einzusetzen, mit denen sie sich im Kriege befindet, zweitens, mit den anderen unterzeichnenden Nationen zusammenzuwirken und keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden mit den Feinden abzuschließen. Daß es sich bei dieser Erklärung jedoch nur um eine sehr unbestimmte Rahmenabmachung handelte, die alle konkreten Fragen ungeregelt ließ, liegt auf der Hand. Auch die gleichzeitig abgegebene Zustimmungserklärung zur Atlantic Charter änderte daran wenig. Die britische Regierung hielt es daher für geraten, das im Juli 1941 errichtete System der Bündnisverträge mit der Sowjetunion (des britisch-sowjetischen Vertrags vom 12. Juli und der von den Emigrantenregierungen in London unterzeichneten tschechisch-sowjetischen und polnisch-sowjetischen Verträge) auszubauen und weiter zu konkretisieren. Das geschah durch den am 26. Mai 1942 durch Molotow und Eden in London unterzeichneten neuen britisch-sowjetischen Bündnisvertrag. Während sich die übrigen Abmachungen der „Vereinigten Nationen" auf die Dauer des Krieges beschränken, enthielt dieser Vertrag darüber hinaus das Programm einer künftigen Friedensordnung mit über das Kriegsende fortdauernden gegenseitigen Bündnisverpflichtungen. Indessen ist gerade dieser Vertrag, der deutlicher und konkreter als alle vorhergehenden geworden ist, eine zweiseitige Abmachung Großbritanniens und der Sowjetunion geblieben. Molotow hat in Washington, wie man weiß, nur ein Leih- und Pachtabkommen von beschränkter Bedeutung unterzeichnen können; was aber die übrigen Alliierten anlangt, so standen einige von ihnen, wie zum Beispiel besonders die polnischen Emigranten, dem neuen Abkommen mit unverhohlenem und wahrscheinlich begründetem Mißtrauen gegenüber.

Daß auch bei den „Vereinigten Nationen" wieder zwischen „Hauptmächten" und Verbündeten zweiter Ordnung unterschieden wird, ist offenkundig. Die Abgrenzung des Kreises der Hauptmächte ist jedoch nicht so klar wie im ersten Weltkrieg. Erklärungen, die zu Beginn der neuen Kriegsphase im Dezember 1941 und Januar 1942 ausgegeben worden sind, hoben neben den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion noch Tschungking-China und Niederländisch-Indien hervor; alle anderen mußten sich mit der Sammelbezeichnung „einundzwanzig weitere achsenfeindliche Nationen" begnügen. Die besondere Hervorhebung Niederländisch-Indiens ist inzwischen infolge des Kriegsverlaufs im Fernen Osten notgedrungen aufgegeben worden. Auf die grundsätzlichen Entscheidungen der Kriegspolitik der Vereinigten Nationen hat jedoch auch Tschungking-China unverkennbar nur geringen Einfluß; man muß sich aber sogar fragen, ob eigentlich die Sowjetunion den einer „Hauptmacht" entsprechenden Einfluß auf diese Politik auszuüben vermag. Die anglo-amerikanischen Mächte haben immer wieder Entscheidungen getroffen, ohne die vorherige Zustimmung Moskaus einzuholen — mag es sich dabei um die Frage der zweiten Front, des nordafrikanischen Unternehmens oder auch nur der „Bestrafung der Kriegsverbrecher" gehandelt haben. Stalins Weigerung, der Einladung nach Casablanca oder einem weiter östlich gelegenen Konferenzort Folge zu leisten,

beleuchtet die letzte Phase der Beziehungen zwischen den Sowjets und den Anglo-Amerikanern. Man hat bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß sich die Sowjets schon im Hinblick auf ihren Neutralitätspakt mit Japan Zurückhaltung bei der Zusammenarbeit auferlegen müssen.

Mit diesen Unklarheiten in der Gewichtsverteilung der Führung der „Vereinigten Nationen“ dürfte es vor allem zusammenhängen, daß die Bildung eines obersten Rates, eines allgemeinen übergeordneten Führungs- und Koordinationsorgans, bisher nicht möglich war. Die pazifischen Kriegsräte in Washington und London sind nur winzige Ansätze in dieser Richtung. Diese Ausschüsse, die sich aus Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Tschungking-Chinas, Australiens und Neuseelands sowie der niederländisch-indischen und philippinischen Exilregierungen zusammensetzen, sind nicht nur räumlich auf den pazifischen Kriegsschauplatz, sondern auch sachlich auf mehr oder minder unmaßgebliche Beratungsfunktionen innerhalb ihres politischen und strategischen Aufgabenkreises beschränkt. Die Doppelung der Gremien muß dabei notwendig alles andere als koordinierend wirken. Ein kombinierter Generalstab ist nur dem von Roosevelt geleiteten Rat in Washington beigegeben.

Neben diesen beiden politisch-strategischen Räten besteht eine interalliierte Kriegswirtschafts- und Rüstungsorganisation, die sich bisher wesentlich auf britisch-amerikanischer Zusammenarbeit aufbaut. Es handelt sich vor allem um das im Juni dieses Jahres in Washington gegründete Kriegsproduktionsamt (Combined Production and Resources Board, CPRB.), das von Donald Nelson und dem englischen Produktionsminister Lyttelton geleitet wird, um das Rohstoffamt (Combined Raw Materials Board), das Schiffsraum-Verteilungsamt (Combined Shipping Assignment Board, geleitet von Admiral Land und Sir Arthur Salter), das Munitions-Verteilungsamt (Combined Munitions Assignment Board, geleitet von Hopkins und — nach dem Ausscheiden Lord Beaverbrooks — Generalleutnant McReady) und das Ernährungsamt (Combined Food Board). Eine klare Unterordnung aller dieser Ausschüsse unter ein leitendes Organ — wie sie im ersten Weltkrieg schließlich dem Obersten Rat gegenüber verwirklicht wurde — fehlt bisher.

Daß man es zu einem gemeinsamen militärischen Oberkommando der „Vereinigten Nationen“ *nicht* gebracht hat, ist auf der Seite unserer Gegner immer wieder Gegenstand heftiger Kritik. Über regionale Kommando-Vereinheitlichungen, wie sie in der Person MacArthurs für den Südwest-Pazifik und in der Person Eisenhowers für Französisch-Nordafrika vorgenommen wurden, ist man nicht hinausgekommen. Ob die Kommandogewalt Eisenhowers, der bisher zugleich „Oberkommandierender aller amerikanischen Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz“ war, — in dieser Funktion aber nunmehr durch Generalleutnant Frank Andrews abgelöst worden ist —, auch auf diesen ausgedehnt werden sollte, war zeitweilig nicht klar zu übersehen. Es hat nunmehr den Anschein, als solle hierfür ein besonderer Oberbefehlshaber bestellt werden. Auf jeden Fall steht fest, daß an ein interalliiertes Oberkommando unter Einbeziehung der Sowjets nicht zu denken ist. Die Verbindung zur bolschewistischen Armee ist nur auf dem regulären diplomatischen Wege über die Botschafter und Militärattachés herzustellen.

Der Zusammenschluß der „Vereinigten Nationen“ weist mithin in seiner Verfassung, Organisation und Leitung Mängel auf, die ihn im Vergleich zu den „Alliierten und Assoziierten Mächten“ der letzten Phase des ersten Weltkrieges keineswegs als eine engere und intensivere, sondern im Gegenteil als eine weniger feste und geschlossene Verbindung der feindlichen Mächte erscheinen lassen.

Wilhelm G. Grewe

Soldat und Frontzeitung als Vermittler europäischen Wesens

Als der erste Weltkrieg uns mit einer großen Anzahl von Gegnern überraschte, erwachte überall in Deutschland der Drang, über sie, ihr Land und ihre Leute, wie über die Staatenwelt vor Kriegsausbruch etwas Näheres zu erfahren. Es zeigte sich jedoch, daß das Volk der Dichter und Denker als das unpolitische Volk in Europa nicht einmal über entsprechende Handbücher verfügte, durch die man sich hätte unterrichten können. Man mußte zu den Werken eines Ausländers, nämlich *Kjelléns* greifen, um einigermaßen Bescheid über die Macht- und Landesverhältnisse jenseits der eigenen Grenzpfähle zu erhalten. In der Nachkriegszeit, besonders seit dem Jahre 1933, hat sich unser Kirchturmhorizont infolge der im ersten Weltkrieg gesammelten Erfahrungen und der bitteren Enttäuschung, die dem sogenannten „Friedensvertrag" von Versailles folgte, um die Einsicht geweitet, daß man auch in entferntere Zonen geistig tiefer eindringen müsse. Die Buchauslagen im Jahre 1938 lieferten z. B. den überzeugenden Beweis für unsere Umstellung. Vor dem Beschauer war eine Hochflut von Schriften politischen und landeskundlichen Inhalts ausgebreitet. Man konnte dieses Interesse für die außerdeutsche Welt, das zum mindesten die Buchverleger hegten, mit einem trockenen und einem nassen Auge betrachten — manchesmal hätte weniger mehr bedeutet. Ohne darauf näher einzugehen, sei hier nur soviel gesagt, daß im Reich vor Beginn des neuen uns aufgezwungenen Krieges der Boden für die Kenntnis fremder Länder und Völker wenigstens auf dem Gebiete des Schrifttums gut vorbereitet war. Die seit der Machtübernahme in einem gewissen Teil des Auslands propagierten Thesen von der geistigen Autarkie und der selbstgefälligen Selbstgenügsamkeit des deutschen Volkes haben die Wirklichkeit gegen sich und sind leicht ad adsurdum zu führen. Die Anzahl der Bücher, die bei uns über England und Frankreich erschienen sind — um nur zwei Länder herauszugreifen — übersteigt wohl bei weitem das, was in England und Frankreich über Deutschland verlegt wurde. Der Vorwurf, sich vor der Art des anderen verschlossen zu haben, kann das deutsche Schrifttum nicht treffen und fällt auf die Urheber selbst zurück. Dazu kommt die Aufgeschlossenheit eines Teils des deutschen Volkes fremdem Wesen gegenüber noch vom ersten Weltkrieg her, der viele unserer Soldaten in andere Länder geführt hatte. Aus eigener Anschauung hatten sie damals ein gutes Stück der vielfältigen europäischen Struktur kennengelernt. Mit einem tieferen Wissen waren sie nach Hause gekommen und konnten ihr Teil dazu beitragen, das Verständnis für das von ihnen Gesehene und Erlebte zu fördern. Lebhaft unterstützt wurde die Eigeninitiative des einzelnen Mannes während des ersten Weltkriegs durch die Feldzeitungen, die es ab 1916 für alle Armeen, Armeekorps, Spezialtruppen, mitunter auch für kleinere Einheiten, an allen Fronten gab. Als deutsche Truppen der Türkei in ihrem Kampf gegen England zu Hilfe kamen, erschienen beispielsweise „*Der Bosporus*" in Konstantinopel und „*Yilderim*" in Damaskus. Zur selben Zeit, als unsere Feinde die Giftpfeile ihrer Propaganda gegen uns abschossen, veröffentlichten die Feldzeitungen Artikel, in denen mit großer Liebe und Sorgfalt auf fremde Wesens-

art und Kultur eingegangen wurde. Viele kleine Einzelzüge im europäischen Gesamtbild wurden herausgehoben und einer breiten Leserschicht allgemein verständlich nahe gebracht. So wurde unter anderem über französische und flandrische Städte, über kurländisches Bauerntum, lettische Märchen, Volkslieder der Bulgaren und Serben geschrieben. Niemand kann behaupten, daß solche Themen von irgendwelchen Zweckmäßigkeitserwägungen politischer oder militärischer Art diktiert worden wären. Das bunte Mosaik des kulturellen Lebens in verschiedenen Teilen Europas, das da zusammengetragen wurde, läßt sich nicht teleologisch begründen. Gründlich und objektiv war die fremde Kulturwelt betrachtet und die Ausbeute den Soldaten in die Gräben und Stollen der Front nachgereicht worden. Das darf man nicht vergessen, wenn von den Mitteln die Rede ist, mit denen eine Staatsführung ihr Volk über andere Völker aufklärt.

Der heutige Kampf des deutschen Volkes um seine Zukunft hat wiederum Millionen seiner Soldaten in fremde Länder geführt. Wie zu den Zeiten des ersten Weltkriegs sehen sie sich in unbekannte Räume versetzt und gezwungen, sich mit einer ihnen fremden Umgebung auseinanderzusetzen. Sie prüfen wie damals das Fremde, das sie mit eigenen Augen sehen, lassen es gelten oder lehnen es gefühlsmäßig, weil nicht ihrer Art entsprechend, für sich ab. Mit wachen Sinnen stehen sie inmitten der neuen Umgebung, in die sie die Pflicht gestellt hat, und nehmen das rings um sie Vorgehende begreifend auf. Mancher von ihnen ist in Polen, Frankreich, Südosteuropa und in der Sowjetunion dabei gewesen. Ihre Erfahrungen reichen von Lemberg bis Bordeaux und von Athen bis Rostow. Sie haben in jungen Jahren einen Anschauungsunterricht über fremde Länder und Völker erhalten, wie er in friedlichen Zeiten nur ganz wenigen Menschen zuteil werden konnte. Der deutsche Soldat als der erste Vorkämpfer für ein neu geordnetes Europa bringt so viel von dem geistigen Rüstzeug mit, das dem notwendigen Sichverstehen und Zusammenarbeiten der Nationen Europas nützlich ist. Wie während des ersten Weltkrieges die Feldzeitungen, so treten ihm heute die mit Beginn des Polenfeldzuges entstandenen neuen Frontzeitungen, die die alte Tradition fortsetzen, in der Frage der Beurteilung der europäischen Wesensart helfend und stützend zur Seite. Eigentlich haben die Frontzeitungen als Instrumente der militärischen Führung für die Truppenbetreuung zu sorgen, indem sie die geistige Verbindung Front—Heimat mit schaffen helfen, von der Front für die Front berichten, Mitteilungen an die Truppe geben, die sich mit dem befassen, was der Soldat oder die Soldatenfrau wissen muß, und allen Soldaten gemeinsam Zeiterlebnis und Weltgeschehen vermitteln. Wenn sie, deren Standorte sich heute über den ganzen inneren Gürtel Europas erstrecken — mit Außenposten in Nordafrika, auf Sizilien und Kreta —, bald nach Beginn des Krieges dazu übergingen, ihre Spalten politischen, geschichtlichen, wirtschaftlichen, geographischen, ethnographischen und volkstumskundlichen Abhandlungen zu öffnen, so tendieren die Motive hierfür in gleicher Richtung wie bei den Feldzeitungen des Weltkrieges: selbstlose Aufklärungsarbeit im guten europäischen Sinne zu leisten.

Der Bereich, den die Frontzeitung nahe führt, ist äußerst weit gefaßt. Man denke nur an unseren Verbündeten Japan. Dazu ist zu bemerken, daß auch im ersten Weltkrieg sehr ferne Länder in die Betrachtung mit einbezogen worden sind, und heute die an der Peripherie des Interesses und der Aktualität liegenden Gebiete nicht mit derselben Intensität behandelt werden können wie die näher liegenden. In erster Linie gilt es doch dem Soldaten das Gebiet zu zeigen, in das ihn das Kriegsgeschehen geführt hat. Dieser Aufgabe unterziehen sich

die Frontzeitungen auf die verschiedenste Art. Was darüber zu sagen ist, geographischer Aufbau, Geschichte und Wirtschaft, das Gemeinschaftsleben in seinen verschiedenen Äußerungen, Kultur in Städten und Dörfern, Nahrung und Kleidung (Trachten), Arbeit und Feste, Sitten und Brauchtum im Rhythmus der Jahreszeiten und an den Wendepunkten des menschlichen Lebens, Volkssprache, Sage und Lied findet sich als Einzelbeitrag oder periodisch wiederkehrend. Dieselbe starke Beachtung und womöglich eine noch liebevollere Behandlung der Einzelzüge lassen unsere Frontzeitungen den verbündeten und befreundeten Mächten angedeihen. Aber auch der neutralen Staaten wird gedacht und, last not least, der Gegner nicht vergessen. Der wertvolle geo- und kulturpolitische Beitrag, den die Frontzeitungen leisten, findet in der Vielfalt und Gestaltung des Stoffes wie in der territorialen Ausdehnung des zu behandelnden Bereichs seinen äußeren sichtbaren Ausdruck. Abhandlungen über finnische Heldenepen, skandinavische Dichtung, italienische Städte, Land und Leute am Atlantik, dänisches Weihnachtsbrauchtum, Kretas Wirtschaftsstruktur, Kaukasiens Völker, Japans Tennotum usw. erschienen in den einzelnen Zeitungen in einer relativ kurzen Zeitspanne. Bevorzugt wird die realistische Darstellung. Die Frontzeitungen sprechen so, wie Soldaten zu Soldaten, einfach und klar, frei von Schönfärberei, weder phrasenhaft noch akademisch. Wenden sie sich doch an einen Leserkreis, der den verschiedensten Berufsschichten angehört und nur das Soldatentum gemeinsam hat. Dieser Grundzug, nämlich die Einfachheit und Klarheit des Inhalts und des Ausdrucks, wird den ganz unterschiedlich gelagerten Lesebedürfnissen gerecht. Als Ausgangsbasis für die Schilderung von Land und Leuten ist er wie geschaffen, ein echtes, unverfälschtes Bild zu vermitteln. Schwärmerischer Romantik ebenso abhold wie der Absicht, das Bild der Fremde zu trüben, kommt es zu Darstellungen, die in ihrer Knappheit — die Frontzeitungen verfügen ja nicht über unbeschränkten Raum — vorbildlich sind.

Es fällt auf, wie viele solcher Darstellungen sich mit Skandinavien befassen, das uns in mancher Hinsicht verwandt ist. Die Herbheit des Nordens, das Stolze, Klare und Gerade des nordischen Wesens hat die Frontpresse für sich gewonnen. Dabei tragen die in Norwegen, Finnland und Dänemark erscheinenden Zeitungen den Besonderheiten dieser Länder durchaus Rechnung. Der „*Lappland-Kurier*", die Zeitung für den deutschen Soldaten in Finnland, läßt sich z. B. die Pflege der deutsch-finnischen Waffenbrüderschaft besonders angelegen sein, indem er auch Kurznachrichten aus dem verbündeten Finnland bringt, wie den finnischen Heeresbericht oder Meldungen ganz lokalen Charakters, etwa die Einführung eines neuen Lesebuches für die Schulen in Ostkarelien. Finnland widmet er in jeder Ausgabe eine ganze Seite, in der daneben regelmäßig Beiträge über Finnland und Karelien erscheinen, eine deutsch-finnisch-schwedische Sprachenecke für die Sprachfreunde zu finden ist und Übersetzungen von Romanen mit der modernen finnischen Unterhaltungsliteratur bekannt machen. Bisher erschienen in Fortsetzungen: „Die Eisenbahn", eine finnische Erzählung aus vergangenen Tagen von *Juhani Aho*, „Zweimal Adam, einmal Eva", ein heiterer Roman von *Yrjö Soini*, der Kriminalroman „Warum haben sie Frau Kroll ermordet?" von *Mika Waltari*. Durch die Anregung zu solchen Übersetzungen wirkt die Frontzeitung in doppeltem Sinne befruchtend. Einmal wird die neuzeitliche Literatur eines mit uns verbündeten Volkes dem Soldaten nahe gebracht, zum anderen in der Heimat das Interesse für finnische Erzählungen geweckt. Die „*Wacht im Norden*", die Soldatenzeitung für das langgestreckte norwegische Küstengebiet, beschäftigt sich vorzüglich mit norwegischer Dichtung und Kunst. Von ihr wurden im Jahre 1942 in wenigen

Monaten *Lars Hansen*, *Edvard Munch*, *Henrik Ibsen*, *Björnstjerne Björnson*, *Jonas Lie* und *Kielland* herausgestellt. Mit Aufsätzen wie „Streiflichter zur skandinavischen Literatur“ oder „Dänische Dichtung vor 100 Jahren“ gibt sie Querschnitte durch bestimmte Zeitepochen. Die *„Kopenhagener Soldatenzeitschrift“*, das Blatt der deutschen Truppen in Dänemark, dagegen läßt in der Form von Reportagen mehr das Bild des modernen Dänemark erstehen. Ihre Aufsätze haben dadurch etwas Aufgelockertes und gewinnen an äußerer Wirkung. Dies geht schon aus den Überschriften hervor: „Herbst in Kopenhagen“, „So erlebt die dänische Familie Weihnachten“, „Dänischer Sommer“, „Kopenhagen — Rhythmus einer Stadt“, „Dänisches Silber hat Weltruf“, „Auf dänischen Fischmärkten“. Außerdem bringt die „Kopenhagener Soldatenzeitschrift“ Originalbeiträge nordischer Autoren. Unter anderen schrieben für sie Svend Fleuron (Dänemark), Gunnar Gunnarson (Island), Knut Hamsun (Norwegen) und Prof. Olivecrona (Schweden): ein schönes Beispiel für das Niveau der Frontzeitung und ihren Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit. Überdies beschränken sich die Berichte über den Norden nicht allein auf die im skandinavischen Raum erscheinenden Zeitungen. Selbst im Südosten Europas findet die nordische Welt ihren Widerhall, wie es denn überhaupt zum Wesen der Frontzeitung gehört, sich nicht auf das Land, in dem sie erscheint, zu spezialisieren, sondern das Feld ihrer Betrachtungen möglichst weit zu stecken.

Zahlreich sind auch die Schilderungen über den Westen und Südosten, mag es sich nun um das Gesicht der Bretagne oder um das Tal des Apollon handeln. Tritt gar, wie im Falle Südfrankreich und Nordafrika, ein neues politisches oder militärisches Ereignis von bedeutender Tragweite ein, so bringen die Frontzeitungen nicht nur sofort die neuesten Nachrichten darüber, sondern klären ebenso schnell und zuverlässig den deutschen Soldaten über den im Brennpunkt des Weltgeschehens stehenden Raum auf. Die deutschen Truppen, die in das bisher unbesetzte Frankreich einzogen, wurden von den Abhandlungen über die „Azurblaue Küste“ am Mittelmeer und die mittelalterlichen Städte und Burgen in Südfrankreich begleitet. Die geschichtlichen und geographischen Kenntnisse über Nordafrika, vorzüglich Tunis, erweiterten Aufsätze, die unmittelbar dem politisch-militärischen Geschehen folgten, wie „Schlüsselstellung Biserta“ und ähnliche. Im Südosten wird neben dem heutigen Leben die große Vergangenheit dieses Raumes lebendig. Griechentum, Hellenismus, Byzanz — welche Fülle von Möglichkeiten, das begeisterungsfähige deutsche Herz höher schlagen zu lassen! Hier können die Frontzeitungen aus einem unversiegbaren Born schöpfen, ohne dabei zu archäologisch zu werden.

Im Osten ist es das Völkergemisch des Sowjetstaates, dem die Zeitungen am meisten Beachtung schenken. Die Bewohner des Kaukasusgebiets, die Kosaken der Ukraine und der unteren Wolga geben Stoff für ethnographische wie geschichtliche Betrachtungen oder veranlassen zu farbigen, spannenden Reportagen über Sitten und Gebräuche dieser Völker. Eine nicht unwesentliche Rolle spielen auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes wie seine geographische Beschaffenheit.

In ganz besonderem Maße lassen es sich die Frontzeitungen angelegen sein, das Verständnis für Italiens Land und Psyche zu fördern. Der andere Lebensrhythmus des Italieners, erwachsen aus der mediterranen Beschaffenheit seines Klimas und seiner anthropologischen Eigenheiten, findet hier eine kluge Beurteilung. Die *„Oase“*, das Blatt der deutschen Truppen in Nordafrika, wartet in jüngster Zeit sogar mit einer Beilage „Italienspiegel“ auf. Mit einem reichbebilderten Aufsatz über italienische Städte, die unvergleichlichen Zeugen ita-

lienischer Kultur und Schönheit, wurde der Spiegel zum erstenmal herausgegeben.

Neben den Aufsätzen, Abhandlungen, Beiträgen und Reportagen tragen nicht wenig zum Verständnis der fremden Art auch die kleinen Sprachführer bei, die z. T. mit Aussprache- und Betonungsregeln ausgestattet sind. Wenn sie auch nur für den Gebrauch des Soldaten bestimmt sind, so regen sie doch dazu an, mit dem fremden Wort ein Stückchen fremdes Wesen zu begreifen. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Frontzeitungen auch die kleinen, aber feinen Nuancen der Wesensverschiedenheiten nahe bringen, die sich im Humor und Witz der Nationen offenbaren. So finden sich z. B. Witze und Zeichnungen aus der italienischen Zeitschrift „*Marc Aurelio*" in fast allen Frontzeitungen, und dänischer Humor in Wort und Bild geht in die „Kopenhagener Soldatenzeitschrift" reichlich ein.

Das klare, gute Bild Europas kann ebenso erst erreicht werden durch die Kenntnis von den tieferen Schichten des europäischen Wesens. Zu zeigen, daß der deutsche Soldat und seine Frontzeitung wesentlich zur dieser Kenntnis beitragen, war der Sinn dieser Zeilen. *Sepp Knott*

Nordamerikanische Kulturpropaganda in Iberoamerika

Schon vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges hat sich die Regierung der USA. stärker als je zuvor für Kulturpropaganda in den iberoamerikanischen Republiken eingesetzt, wobei insbesondere darauf Bedacht genommen wurde, die akademische Jugend dieser Länder mit dem Gedankengut der Nordamerikaner vertraut zu machen und sie zugunsten deren geistiger Einstellung zu beeinflussen. Aber erst seit 1941 hat diese Arbeit einen starken Auftrieb bekommen und wurden für sie bedeutende Geldmittel aufgewendet.

Auf nordamerikanische Anregung hin wurde auf der zu Buenos Aires im Dezember 1936 abgehaltenen „Interamerikanischen Konferenz für die Erhaltung des Friedens" ein Übereinkommen zur Pflege der interamerikanischen Kulturbeziehungen von den USA. und den zwanzig iberoamerikanischen Republiken unterzeichnet. Dem Übereinkommen gemäß entsendet jeder der ihm beigetretenen iberoamerikanischen Staaten je einen Austauschprofessor und zwei Lehrer an höheren Schulen oder graduierte Studierende nach den USA., die wieder einen Austauschprofessor und zwei Studierende oder Lehrer nach jedem dieser Länder entsenden.

Die nordamerikanische Bundesregierung hat durch das Unterrichtsministerium Anweisungen für die praktische Durchführung des Übereinkommens herausgegeben, ebenso Schriften zur Aufklärung der interessierten Personenkreise und Formulare zur Anmeldung der beabsichtigten Beteiligung. Die Schriften und Formulare wurden an die Hochschulen, wissenschaftlichen Anstalten und höheren technischen Unterrichtsanstalten ausgegeben. Zur Anmeldung für den Austausch berechtigt sind Professoren, Lehrer und Studierende der klassischen Wissenschaften, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften, der Medizin und Pharmazie, der Technik und der Zeitungswissenschaft. Auf Grund der Anmeldungen hat das Unterrichtsministerium in jedem Jahr eine Auswahl der nach den einzelnen iberoamerikanischen Ländern tauschweise zu entsendenden Professoren und Studierenden getroffen, worauf

Listen der für den Austausch vorgesehenen Personen jeder der beteiligten iberoamerikanischen Regierungen unterbreitet wurden.

Studierende und Lehrer haben über die von ihnen beabsichtigten Studien, Untersuchungen und gegebenenfalls Vorlesungen nähere Angaben zu machen und Empfehlungen von berufenen Personen beizubringen, die den Wert solcher Studien usw. und die Befähigung der Bewerber bekunden. Die Bewerber haben sich auch über einwandfreies sittliches Verhalten auszuweisen. Sie müssen in Wort und Schrift die Sprache des Landes beherrschen, in dem sie einen Austauschplatz einnehmen wollen, und müssen mindestens fünf Jahre Hochschulstudium nachweisen. Die obere Altersgrenze ist 35 Jahre.

Austauschprofessoren müssen imstande sein, in der betreffenden Landessprache Vorlesungen zu halten, doch können Bewerber um Austauschprofessuren für Brasilien berücksichtigt werden, wenn sie Vorlesungen in spanischer oder französischer Sprache (statt in portugiesischer) zu halten in der Lage sind. In Bezug auf wissenschaftliche Lehrmeinungen ist bei der Auswahl von Professoren größte Weitherzigkeit zu wahren. Die Austauschprofessoren müssen den Rang von Professoren an einer Universität, einem „College“ oder einer höheren technischen Unterrichtsanstalt innehaben, und sie müssen auf ihrem Gebiet wissenschaftliche Arbeit geleistet haben. Ihren Bewerbungen haben sie Listen ihrer Veröffentlichungen beizugeben. Außer mit wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeiten können sich Austauschprofessoren auch in anderer Weise betätigen, um ein besseres gegenseitiges Verstehen zwischen den beteiligten Nationen zu fördern. Diese Bestimmung gibt die Möglichkeit, in weiterem oder engerem Bereich politische Propaganda zu betreiben. Die Dauer einer Gastprofessur soll gewöhnlich zwei Jahre nicht überschreiten.

Den iberoamerikanischen Staaten ist es überlassen, die Auswahl von Austauschprofessoren und Studenten, die sie nach den USA. entsenden, gemäß den von ihnen festzusetzenden Bedingungen zu treffen. Der erstmalige Austausch fand statt, wenn ein iberoamerikanischer Staat, der dem Übereinkommen beigetreten ist, die erforderlichen Vorbereitungen getroffen hatte.

Die USA.-Regierung legt in jedem Jahr jeder anderen an dem Übereinkommen beteiligten Regierung eine Liste von fünf Studierenden und Lehrern vor, von welcher die andere Regierung nach ihrem Ermessen zwei Personen auswählt. Auswahllisten von Austauschprofessoren werden den Regierungen der iberoamerikanischen Staaten jeweils am Jahresanfang übermittelt.

Die Kosten des Austausches der Studierenden und Lehrer werden gemeinsam von den beteiligten Regierungen getragen. Die Regierung des Gastlandes bestreitet die Kosten des Studiums und der damit verbundenen wissenschaftlichen und technischen Erhebungen sowie die Kosten von Wohnung und Verpflegung, die Regierung des entsendenden Landes trägt die Reisekosten und sonstige Spesen. Die Kosten des Professorenaustausches werden ganz von der Regierung des entsendenden Landes getragen.

Mit besonderem Eifer ist die nordamerikanische Kulturpropaganda seit 1941 in Brasilien und Argentinien betrieben worden. Neben Austauschprofessoren und Studenten wurden häufig Vortragende zur Behandlung bestimmter Themata entsendet, und in einigen der größeren Städte sind allamerikanische Bibliotheken eingerichtet worden, in denen neben Büchern und Zeitschriften in der Landessprache solche in englischer Sprache reichlich vertreten sind. Auch damit soll die Vereinheitlichung der Kultur der westlichen Hemisphäre gefördert und dazu beigetragen werden, den Unterschied zwischen der iberoamerikanischen und der nordamerikanischen Geisteseinstellung aufzuheben.

Großenteils der Kulturpropaganda unter der ausländischen akademischen Jugend dienen auch die *hispano-amerikanischen* oder *spanischen Institute*, die an zahlreichen nordamerikanischen Universitäten bestehen. Das bekannteste und einflußreichste davon ist das Instituto de las Españas an der Columbia-Universität in der Stadt New York, das stets einige hundert Studierende aus iberoamerikanischen Ländern hat. Das Institut gibt eine Vierteljahresschrift heraus, die „Revista Hispanica Moderna".

Eine Neuschöpfung, die eine wichtige Rolle auf dem Gebiet der nordamerikanischen Kulturbeziehungen zum Ausland und besonders zu Iberoamerika spielt, sind die vor einigen Jahren als private Einrichtungen geschaffenen Internationalen Studentenhäuser in New York, Chicago und Berkeley (Kalifornien), die Studierende und Lehrer zu längerem oder kürzerem Aufenthalt aufnehmen. Sie sind bestrebt, ihre Gäste für die nordamerikanische Geisteseinstellung zu gewinnen und die Verbindung mit ihnen auch dann nicht abreißen zu lassen, wenn sie die Heime oder selbst das Land verlassen. Diesem Zweck dient ein organisierter Briefwechsel der früheren Gäste mit dem Heim sowohl wie ehemaliger Heimgäste untereinander. Der Briefwechsel wird zum Teil in der Zeitschrift „International Quarterly" veröffentlicht.

Seit der Beteiligung der USA. am Krieg ist die nordamerikanische Kulturpropaganda in Iberoamerika in hohem Maße politisch eingestellt und offen gegen Deutschland gerichtet, dem nun jede Art eigener kultureller Werbung in Mittel- und Südamerika unmöglich gemacht ist. *H. Fehlinger*

Köpfe der Weltpolitik

Risto Ryti

I

In den Ländern, in denen der politische Einfluß nicht in denselben Familien vererbt wird, werden von dem Politiker als Voraussetzung für den Erfolg seiner Tätigkeit bestimmte geistige Eigenschaften gefordert. Zwar kann man leicht feststellen, daß in gewissen Ländern unter geeigneten Verhältnissen und bei Mangel an vollwertigen Politikern ein jeder in leitende Stellungen gelangen kann, aber zu gewissen Zeitpunkten muß sich jedes Volk um echte Persönlichkeiten gruppieren. Von diesen Persönlichkeiten wird viel erwartet und ihre Verantwortung ist ungeheuer groß. Die Eigenschaften eines Politikers in eine bestimmte Rangordnung zu bringen, ist kaum möglich, denn die Entstehung der Persönlichkeit ist so individuell, daß in den meisten Fällen der Mangel einer bestimmten Begabung durch die Entwicklung einer anderen geistigen Eigenschaft aufgewogen wird. Man sollte jedoch annehmen, daß zu den Merkmalen eines großen Staatsmannes unbedingt die Fähigkeit des Voraussehens gehört, die Fähigkeit, durch die Kraft der schaffenden Phantasie die zukünftigen Verhältnisse in seinen Gesichtskreis zu ziehen und somit die allseitigen Einwirkungen der Entscheidungen des gegenwärtigen Augenblickes für die Zukunft zu begreifen; ohne diese Fähigkeit, die viel Intuition erfordert, bleibt die Tätigkeit des Staatsmannes eine ziellose Beschäftigung mit kleinen politischen Tagesfragen. — Neben der politischen Voraussicht steht unter den staatsmännischen Eigen-

schaften vor allem der Wille zur Durchführung. Er ist die notwendige Ergänzung. Ohne ihn blieben die Programme nur auf dem Papier und das Bild von der Zukunft wäre nur ein Luftschloß. Erst der Wille des Durchführenden bringt den Plan zur Verwirklichung. Viele geniale Köpfe haben sich mit politischen Zukunftsfragen beschäftigt und im Verlauf der Geschichte viele Pläne zur Ordnung der Verhältnisse gemacht, deren Ausführlichkeit und Logik den Leser oft in Erstaunen gesetzt haben. Aber diesen Genies hat es an dem nötigen Willen zur Durchführung gefehlt und darum konnten ihre Pläne nicht zur Wirklichkeit werden. Nur diejenigen Männer, zu deren Eigenschaften sowohl die Fähigkeit des Voraussehens als auch der Wille zur Durchführung gehören, haben sich zu vollwertigen historischen Staatsmännern entwickelt.

Aber noch bevor diese Eigenschaften auf das endgültige Ergebnis einwirken, werden von dem Staatsmann manche andere vorzügliche Eigenschaften gefordert. Er muß die Fähigkeit besitzen, die Menge mitzureißen, muß die Kunst verstehen, die Zeichen der Zeit zu deuten und jedem einzelnen Volksgenossen seinen Platz beim Kampf zur Erreichung des Ziels anzuweisen. Bedingungen für den Erfolg sind logisches Denken, innere Überzeugung von der Berechtigung der durchzuführenden Sache, die Erweckung vaterländischen Geistes und ein vertrauenerweckendes äußeres Auftreten. Außerdem kann man als Voraussetzung des Erfolges ansehen, daß der Staatsmann jederzeit seine ganze Persönlichkeit für die Sache einsetzen muß, und nicht nur das, sondern auch sein Vorleben muß damit in Einklang stehen, und das ist nicht möglich, wenn der Lebensgang nicht einwandfrei gewesen ist, wenn der Staatsmann nicht jederzeit sozusagen stillschweigend auf seine eigene Tätigkeit als für jeden Volksgenossen vorbildlich hinweisen kann. Er muß als Mensch hohe Anforderungen erfüllen.

II

In Finnland ist es oft der Fall, daß ein Jüngling erst dann, wenn er Student wird, also kurz vor Erreichung seines 20. Lebensjahres, seine erste flüchtige Bekanntschaft mit dem Gemeinwesen macht. Erst von da ab beginnt seine ideelle Entwicklung, die den Grund für seine künftige Tätigkeit legt. In dieser Hinsicht haben die Studentenverbindungen eine wichtige erzieherische Aufgabe. In ihrem Kreise vollzieht sich die Erziehung des Charakters durch Einführung und Besprechung, durch den Kampf zwischen verschiedenen Ideenrichtungen und durch die hierdurch entstandenen Diskussionen; und gleichzeitig mit ihrer Volljährigkeit klärt sich in den Studenten allmählich die politische Überzeugung.

Als der jetzige Präsident der Republik Finnland im Jahre 1906 Student wurde, vollzog sich gerade im Lande eine große innere Umwälzung. Der Kampf um die Rechte Finnlands, der u. a. unter Führung von *P. E. Svinhufvud* geführt wurde, hatte wegen der russischen revolutionären Bewegung und der von Rußland in dem russisch-japanischen Kriege erlittenen Niederlage zu bemerkenswertem Erfolg geführt. Die Selbstverwaltung Finnlands, die durch die russische Unterdrückung beinahe vernichtet worden wäre, konnte wenigstens vorläufig gerettet und sogar insofern erweitert werden, als an Stelle der früheren Standesvertretung, in der Adel, Geistlichkeit, Bürger- und Bauerntum je einen eigenen Stand bildeten, eine durch allgemeines und gleiches Wahlrecht gewählte Volksvertretung erreicht wurde.

Die Sicherung des so erlangten Sieges war eine der ersten staatlichen Aufgaben des erwachenden Volkes und vor allem der akademischen Jugend, die

mit der ganzen nationalen Begeisterung gegen die russische Unterdrückung mitgekämpft hatte. Aber das, was erreicht war, genügte noch nicht: eine Erweiterung der Selbstverwaltung mußte angestrebt werden. In einigen Kreisen regte sich schon der Gedanke an völlige Unabhängigkeit des Landes. Der hohe Bildungsstand des finnischen Volkes und die unerschütterlichen Prinzipien seiner Volksgenossen waren die Schutzmauer Finnlands gegen die panslawistischen Expansionsgelüste gewesen. Die Bildung des Volkes mußte gehoben und seine sittliche Haltung aufrechterhalten werden.

In den Landbesitzverhältnissen Finnlands bestand als Erbe der vorausgegangenen Zeit ein schwerer Mißstand: eine 100 000köpfige Menge von Pächtern hatte sich gebildet. Ihr Auskommen war schlecht und ihre Stellung gegenüber den Grundbesitzern ziemlich schutzlos. Die Besserung der Lebensbedingungen dieses Volksteils und die Festigung seiner Stellung gehörten zu den sozialen Neuerungsbestrebungen, die zwangsläufig die akademische Jugend mit sich rissen. Wenn man diese „torppari" genannten Landpächter zu selbständigen Kleinbauern machen konnte, wäre die Festigkeit des Staates bedeutend vermehrt. Die Stellung der ackerbautreibenden Bevölkerung erforderte auch sonst Verbesserungen, denn die Anbaumethoden waren noch rückständig, die Benutzung von Maschinen gering, und die Bildungsverhältnisse auf dem Lande waren trotz der eifrigen Volksbildungsbestrebungen während der vorausgegangenen Jahrzehnte noch bedeutend hinter denen der Wohnzentren zurückgeblieben.

Dem vom Lande stammenden Studenten *Risto Ryti* waren diese Mißstände aus eigener Erfahrung bekannt, und er schloß sich an die Kreise an, die, auf dem festen Boden der Verfassung stehend, sich die Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse zum Ziel gesetzt hatten.

Aber seine Augen öffneten sich auch bald für andere Mängel im Staat. — Die Industrialisierung hatte erst während der letzten Vierteljahrhundertperiode im Lande festen Fuß gefaßt, und in Finnland war dies, ebenso wie in anderen Ländern, mit Mißständen verbunden. Hauptsächlich zeigten sich diese Mißstände in den Arbeiterkreisen. Den führenden Persönlichkeiten in der Industrie fehlte auch anfangs der soziale Sinn vollständig. Sie hatten nur wirtschaftliche Gesichtspunkte im Auge und verfügten auch keineswegs immer über genügende Kapitalien zur befriedigenden Regelung der Arbeiterverhältnisse. Zu allem diesem kam noch der Umstand hinzu, daß die ererbten Ländereien, in deren Schutz die Industrie in Finnland entstand, in den Händen der schwedisch Sprechenden waren, während die Arbeiterschaft zum überwiegenden Teil finnisch sprach; somit bestand zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch eine sprachliche Kluft, die oft ein unüberwindliches Hindernis für ein gegenseitiges Verstehen bildete. Die nationalgesinnten Studenten, Ryti mit einbegriffen, sahen die Gefahr, daß die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse eine falsche Richtung einschlug und daß sich zwischen Arbeitern und Arbeitgebern kein Grund zu einträglicher Zusammenarbeit finden ließ. Ryti gehörte zu denjenigen, die forderten, daß der Staat als Arbeitgeber durch Verbesserung der Arbeiterverhältnisse den anderen zum Vorbild dienen sollte. Wenn man auch die Arbeitnehmer in diese Neuerungsmaßnahmen einbeziehen konnte, würde doch sicherlich das Vorbild des Staates mit der Zeit wirken.

III

Zur Gestaltung des Schicksals Finnlands gehörte es, daß die gesunde soziale Entwicklung lange genug dauerte. Die in Rußland als Folge des Welt-

kriegs ausgebrochene revolutionäre Bewegung verbreitete sich auch nach Finnland. Sie traf hier ein Volk, in dessen Verhältnissen große Mißstände bestanden und das selbst in sozialer Hinsicht unentwickelt war. Den russischen revolutionären Truppenverbänden schlossen sich auch unzufriedene Elemente des eigenen Volkes an, die mit einem Schlage das alte System zerstören und an dessen Stelle irgend etwas noch völlig ungeklärtes Neues setzen wollten.

Zu jener Zeit, d. h. in den Jahren 1917—1918, war Risto Ryti als Rechtsanwalt in Helsinki tätig. In dieser Eigenschaft geriet er in die erste eigentliche Kampfhandlung des finnischen Freiheitskrieges. Am 6. November 1917 überfiel ein russischer Soldatentrupp den Herrenhof Mommila, wo Ryti mit seiner Gattin bei dem Besitzer, dem bekannten Donator *Cordelin*, als Gast weilte. In dem entstehenden Kampf gelang es den Russen, den Besitzer gefangenzunehmen, den sie dann in der Nähe des Gutes ermordeten. Aber Ryti und seine Gattin wurden wie durch ein Wunder gerettet.

Als Ryti eigentlich erst nach Beendigung des Freiheitskampfes aktiv mit an der Politik teilnahm, hatte er jene Erfahrung von den furchtbaren Folgen der Zügellosigkeit hinter sich. Außerdem hatte der völlig unbegründete Überfall der russischen Soldaten seine Entschlossenheit in bezug auf die Selbständigmachung des Landes gefestigt: völlige Unabhängigkeit sollte für alle Zeiten die sicherste Bürgschaft dafür sein, daß die russische Tyrannei das finnische Volk nicht vernichten konnte. Darum gehörte es zu den wichtigsten Aufgaben des seine Freiheit erlangenden Volkes, für die Bewahrung der Selbständigkeit, für den Schutz des Lebens und des Eigentums der Volksgenossen sowie für die Aufrechterhaltung des Rechts und der staatlichen Ordnung zu sorgen. Um dies zu erreichen, war es das Wichtigste, eine den geographischen Forderungen Finnlands entsprechende Wehrmacht zu unterhalten und den Verteidigungswillen als ihre Triebfeder zu entwickeln. Da die Unabhängigkeit durch die Blutopfer des Bürgerkrieges erlangt worden war, mußte größere Aufmerksamkeit als früher auf die Gesundung der staatlichen Gesellschaft gerichtet werden. Maßnahmen für eine Besserung der Arbeiterverhältnisse und die Herbeiführung einer Verständigung, die durch den Bürgerkrieg unterbrochen worden waren, mußten nun um so dringlicher wieder aufgenommen werden, denn innerlich zerrissen und ohne Einigkeit mußte das finnische Volk beim ersten Sturm zugrunde gehen.

Zu der Verwirklichung dieser Grundsätze hatte Risto Ryti bereits in den ersten Jahren der Selbständigkeitszeit gewisse Möglichkeiten, denn trotz seiner jungen Jahre war dieser begabte Jurist bei den ersten Wahlen des selbständigen Finnland im Jahr 1919 Mitglied des Reichstags geworden und darnach 1921 Finanzminister und zum zweiten Mal im folgenden Jahr, so daß er dieses wichtige Amt bis 1924 innehatte. Das politische Leben war zu dieser Zeit in Finnland noch ziemlich unentwickelt. Das zeigte sich in manchem Herumtasten und einer darauf zurückzuführenden Planlosigkeit. Aber trotzdem machte die Entwicklung auch auf politischem Gebiet Fortschritte. Risto Ryti verließ jedoch bald die eigentliche politische Tätigkeit und trat in den Dienst des Wirtschaftslebens seines Landes ein, und zwar auf den zentralsten Posten. Im Jahre 1924, erst 34 Jahre alt, übernahm er das verantwortungsvolle Amt eines Leiters der Staatsbank. Dabei verfolgte er, allerdings nur nebenbei, die ganze Zeit aus nächster Nähe die Entwicklung des staatlichen Lebens und wirkte als geschätzter Ratgeber bei manchen weittragenden Entscheidungen mit.

IV

Das folgende Mal wurde Risto Ryti an dem für das Dasein seines Volkes entscheidendsten Zeitpunkt in das politische Leben hineingezogen. Als nach dem Einfall der Bolschewisten am 30. November 1939 für den Posten des führenden Politikers, des Ministerpräsidenten, ein Mann nötig war, der über genügend hervorragende staatsmännische Eigenschaften und dazu über ein ungewöhnliches Maß an Entschlußkraft und Optimismus verfügte, war es klar, daß Risto Ryti die Verantwortung übernehmen mußte. Es handelte sich um das Schicksal des Volkes. Das begriff man überall in der Welt, wo man mit Spannung den Todeskampf eines kleinen Volkes verfolgte. Das empfand auch jeder einzelne Finne, und in diesem ungeheuren geistigen Druck fand sich das finnische Volk zusammen: es wurde zu einer untrennbaren Einheit zusammengeschmiedet. Die sozialen und staatlichen Neuerungsmaßnahmen, die während der Selbständigkeit des Landes eine Einigung erstrebten, wie auch die erfolgreiche Arbeit für die Hebung des Wirtschaftslebens des Landes hatten Früchte getragen. Die Wunden des Bürgerkrieges waren vernarbt, über die soziale Kluft waren genügend Brücken geschlagen, unter dem Druck des Krieges verschwand die Kluft vollends. Das Volk kämpfte einmütig, fest entschlossen, entweder an seinem Platz zu fallen oder einen erträglichen Frieden zu erringen.

Unter solchen Umständen war es die Aufgabe des ersten Politikers des Landes, die Kriegsanstrengungen der für den Krieg in keiner Weise vorbereiteten Heimatfront zu leiten. Außerdem mußte er die Verantwortung für die auswärtige Politik übernehmen und die Entwicklung der Lage an der eigenen Front und in Europa mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Da Finnland keine Möglichkeiten für einen endgültigen Sieg hatte und die Kräfte fortwährend abnahmen, mußte der Ministerpräsident entscheiden können, wann der richtige Zeitpunkt gekommen war, um sich vom Kriege loszulösen. Und es gelang Ryti, der sich als großer Staatsmann erwies, dieses schwierige Problem zu lösen. Der Friede von Moskau wurde am 13. März 1940 geschlossen, in einer Stunde, die die spätere Entwicklung der Lage und die daraus gewonnenen Erfahrungen als die allergünstigste erwiesen hat. Der Friedensschluß von Moskau wird unter den gegenseitigen Friedensschlüssen aller Völker in der Welt als eine große staatsmännische Leistung in der Geschichte bestehen bleiben.

Die auf den Krieg folgende Zeit erforderte alle die staatsmännischen Eigenschaften, auf die ich vorher hingewiesen habe. Man mußte fortwährend und unerschütterlich gegen die immer größer werdenden Forderungen der Sowjetunion Widerstand leisten, denn das geringste Zeichen von Schwäche hätte den Anfang vom Ende bedeutet; dabei war das Volk praktisch ohne jede Verteidigungsmöglichkeit. Es mußten die tückischen Versuche desselben Staates zur Eroberung Finnlands von innen her vereitelt werden. Zu gleicher Zeit mußte man gegen die immer größer werdenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ankämpfen, die in einem an Rohstoffen armen Land durch den Abbruch der überseeischen Verbindungen hervorgerufen wurden. Man mußte gegen eine geistige Erschlaffung kämpfen, die von dem bitteren Krieg und von dem noch bittreren Frieden verursacht wurde. Die größte Schwierigkeit lag jedoch auf anderem Gebiet. Die Bevölkerung des an die Sowjetunion abgetretenen Gebiets war mit einer in der Geschichte noch nicht dagewesenen Einmütigkeit in das restliche Finnland hinübergekommen und sie war ohne jede Lebensmöglichkeit. Diese karelischen Flüchtlinge mußten untergebracht werden, ihnen mußten Arbeitsmöglichkeiten beschafft werden, dem ackerbautreibenden Hauptbestand-

teil der Bevölkerung mußte schnell Grund und Boden zur Verfügung gestellt werden. In einem vom Kriege verarmten Lande mußten Mittel zur Entschädigung des verlorenen Eigentums gefunden und eine gewaltige Wiederaufbauarbeit mußte in Angriff genommen werden unter Verhältnissen, über denen fortdauernd die Gefahr eines neuen Angriffs von seiten der Sowjetunion schwebte.

Auch bei diesen Schwierigkeiten zeigten sich die großen staatsmännischen Eigenschaften Risto Rytis: seine Fähigkeit, vorauszusehen, ohne sich jedoch zum Bau von Luftschlössern verleiten zu lassen, sondern die ganze Zeit die realen Verwirklichungsmöglichkeiten im Auge zu behalten, sein unerschütterlicher Wille, sein Volk durch alle Schwierigkeiten hindurch zu führen, sein fester Glaube an den endgültigen Sieg der Gerechtigkeit, seine persönliche Selbstlosigkeit, die seinen Worten ein besonders überzeugendes Gepräge verleihen, seine Fähigkeit, seine Nerven in jeder Situation zu beherrschen, Aufgaben zu verteilen, dem Volke den Weg zu zeigen, den es einschlagen muß, und darüber hinaus die ihm innewohnende Fähigkeit, mit den Aufgaben zu wachsen. — Diese staatsmännischen Eigenschaften hat das finnische Volk zu schätzen gewußt. Als *Kyösti Kallio* krankheitshalber sein Amt als Präsident der Republik Ende 1940 niederlegen mußte, wurde Risto Ryti einstimmig zu seinem Nachfolger gewählt, und als die Amtsperiode des Präsidenten im Februar 1943 abgelaufen war, wurde er fast mit der gleichen Einmütigkeit wiedergewählt.

Ohne ein Politiker in des Wortes eigentlicher Bedeutung zu sein, ist der Präsident der Republik Finnland mit seinen Aufgaben zu einem Staatsmann von Format gewachsen, dem es in seinem Leben vergönnt war, vieles von dem zu verwirklichen, was ihm in jugendlicher Begeisterung als unerreichbares Luftschloß vorgeschwebt hatte. Risto Ryti hat sich nicht nur in Finnland als überragender Staatsmann gezeigt. Die Aufmerksamkeit, die seiner Tätigkeit und seinen Worten in Europa und überall in der Welt gewidmet wird, beweist, daß hinter den Taten und Worten eine europäische Persönlichkeit steht.

Kiwimäki

Das Reich und Europa

In seiner Proklamation zur Gründungsfeier der NSDAP. in München hat der *Führer* noch einmal auf die weltgeschichtliche Bedeutung der nationalsozialistischen Revolution hingewiesen. Wiederum stellte er die entscheidende Frage, welches Schicksal das deutsche Volk und darüber hinaus ganz Europa betroffen hätte, wenn am 24. Februar 1920 „nicht die Thesen der nationalsozialistischen Revolution verkündet worden wären, die das deutsche Volk erfaßten und zu jener Kraft führten, die heute befähigt ist, der jüdischen Weltgefahr nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern sie am Ende zu zerschmettern". Damit hat der Führer zugleich die schicksalhafte Bedeutung des gegenwärtigen Krieges umrissen.

Es geht in diesem Krieg um die Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen, die ihrem ganzen Wesen nach unvereinbar sind. Eine dieser Weltanschauungen muß weichen und mit ihr die Mächte, die sie vertreten. Daß dies nicht Deutschland sein wird, hat der Führer in seiner Proklamation nochmals

ausdrücklich betont. „Denn wie groß auch die Koalition unserer Feinde sein mag, sie ist als Macht geringer als die Kraft des Bündnisses der Völker, die sich der bolschewistisch-plutokratischen Vernichtung entgegenwerfen ... Wir werden die Macht der jüdischen Weltkoalition zerbrechen und zerschlagen, und die um ihre Freiheit, das Leben und um das tägliche Brot ringende Menschheit wird sich in diesem Kampf den endgültigen Sieg erkämpfen."

Die unerschütterliche Kampfgemeinschaft und Siegeszuversicht der im Dreierpakt vereinten Nationen wurde in den amtlichen Verlautbarungen über die eingehenden Besprechungen des Führers mit dem *Duce*, ferner über seine Unterredungen mit *König Boris* von Bulgarien, dem rumänischen Staatsführer Marschall *Antonescu* und dem ungarischen Reichsverweser *Nikolaus von Horthy* erneut unterstrichen. Auch der Italienbesuch des ungarischen Ministerpräsidenten *von Kallay* muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Alle diese Begegnungen dienten einmal der weiteren Kriegführung selbst, dann aber auch der politischen Zielsetzung, der neuen Ordnung in Europa. Sie sind Marksteine auf dem Wege der Erringung des Sieges und damit der Sicherung der Zukunft Europas.

Die Tatsache, daß es in Europa immer noch einige Reservate gibt, in denen das Wesen und die Gefahr des Bolschewismus im Osten und der anglo-amerikanischen Plutokratie im Westen noch nicht klar erkannt sind, hindert Deutschland und seine Verbündeten nicht, ihre gesamten geistig-seelischen und materiellen Kräfte für den Kampf um Europa einzusetzen. „Wir werden in unlösbar treuer Gemeinschaft mit unseren Bundesgenossen", so heißt es in der Proklamation des Führers weiter, „eine Mobilisierung der seelischen und materiellen Werte Europas durchführen, wie dies unser Kontinent in seiner mehrtausendjährigen Geschichte bisher noch nie erlebte. Sie ist aber auch notwendig, um ganz Europa jenes völkische Eigenleben zu sichern, das die Grundlage nicht nur unserer großen gemeinsamen Kultur, sondern auch der materiellen Existenz dieses Kontinents gewesen ist."

In Europa wächst allmählich die Erkenntnis, daß nur die deutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten in der Lage sind, die Bolschewisierung des Kontinents zu verhindern. Die meisten Völker beginnen zu begreifen, daß nicht das Atlantikgeschwätz der anglo-amerikanischen Mächte, sondern einzig und allein die blutige Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus auf den Schlachtfeldern des Ostens das Schicksal Europas entscheidet. Auch in der diesmaligen Berichtsperiode liegen wiederum eine ganze Reihe von Äußerungen europäischer Staatsmänner und Politiker vor, die auf die schicksalhafte Bedeutung dieses wahrhaft europäischen Freiheitskampfes hinweisen.

In einer Ansprache beim Antritt seiner neuen Amtsperiode unterstrich der finnische Staatspräsident *Ryti* noch einmal vor der Weltöffentlichkeit die feste Entschlossenheit des finnischen Volkes, den Kampf gegen den Bolschewismus bis zum siegreichen Ende fortzusetzen. Aus den Worten Rytis geht klar hervor, daß Finnland nicht daran denkt, ein zweites Mal das Opfer des bolschewistischen Imperialismus zu werden. Dieselbe Kampfentschlossenheit spiegelt sich auch in den zahlreichen Pressekommentaren zum dritten Jahrestag des Moskauer Zwangsfriedens wider, der den finnisch-sowjetischen Winterkrieg 1939/40 abschloß. So heißt es z. B. in „Uusi Suomi", das finnische Volk wünsche nicht noch einmal einen solchen 13. März zu erleben.

Auch der rumänische Staatsführer Marschall Antonescu erklärte in einem Interview mit dem rumänischen Schriftsteller *Bratescu-Voinescht*, das in der

„Poranca Vremii“ veröffentlicht wurde, daß sein unerschütterlicher Glaube an den Endsieg ihn ansporne, den Kampf bis zur restlosen Zerschlagung und Vernichtung des Judäa-Bolschewismus zu führen. Im Rahmen der Feierlichkeiten, die aus Anlaß des 25. Jahrestages der Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien in Kischinew stattfanden, unterstrich Marschall Antonescu erneut die „Mission des rumänischen Volkes an den Toren Europas“. Bessarabien sei der Boden, auf dem die Donaumündungen, der Balkan, die Meerengen und der Raum bis zur Adria vor dem jahrhundertealten russischen Expansionswillen verteidigt wurden. Niemand, so hob der Marschall hervor, könne Rumänien einer Aggression beschuldigen. Rumäniens Krieg sei ein heiliger Krieg der Verteidigung seines eigenen Bodens. Damit tue das rumänische Volk seine Pflicht nicht nur sich selbst gegenüber, sondern auch gegenüber dem ganzen Kontinent. Hätte Rumänien in diesem Krieg nicht so gehandelt, dann hätte es nicht nur seine eigene Existenz aufs Spiel gesetzt, sondern auch die Existenz ganz Europas. Der stellvertretende Ministerpräsident *Mihai Antonescu* betonte in seiner Ansprache, daß in schwierigen Situationen das deutsche Volk immer ein Stützpfeiler des Schicksals auch der dakoromanischen Länder gewesen sei. Umgekehrt sei auch die Geschichte Rumäniens eine Geschichte der Verteidigung nicht nur des eigenen Volkes und seines Bodens, sondern der europäischen Zivilisation. Rumänien sei immer die erste Schanze Europas in der Abwehr der Stürme gewesen, die bis heute den Bosporus und die Adria erreichen wollten.

Der ungarische Ministerpräsident *von Kallay* sprach in Budapest vor Fabrikindustriellen über Ungarns Kampfziel im gegenwärtigen Krieg. Er betonte u. a., der gegenwärtige Krieg werde für die Rettung der Welt und des ungarischen Bollwerks der Kultur und Zivilisation vor dem Bolschewismus geführt. Das Problem der ganzen Welt und Ungarns sei jetzt dasselbe: die Beseitigung der Bolschewistengefahr.

Der slowakische Staatspräsident Dr. *Tiso* verlas anläßlich des vierten Jahrestages der Gründung des selbständigen slowakischen Staates im Anschluß an eine Großkundgebung und Militärparade einen Armeebefehl, in dem es u. a. heißt: Die slowakische Armee nehme ihren Platz in der Reihe der kämpfenden Völker Europas ein, um zu beweisen, daß sich das slowakische Volk in gleicher Weise für den Schutz Europas gegen die bolschewistische Gefahr verantwortlich fühle wie die übrigen kämpfenden Völker Europas. Die Selbständigkeit dieses Volkes bedeute nicht allein den Anspruch auf die Anerkennung seiner Gleichberechtigung, sondern sie bringe auch dementsprechende Pflichten. Die Teilnahme der slowakischen Armee in diesem Krieg sei die stürmische Stimme des Volkes, mit der es in die Welt hinausrufe: „Das slowakische Volk stellt, indem es das Leben seiner Söhne opfert, seine nationale und staatliche Selbständigkeit über alles.“

In Kroatien wurde im ganzen Lande eine Aufklärungsaktion über den Bolschewismus und den Sinn des europäischen Freiheitskampfes durchgeführt. Der Hauptdirektor der Propaganda, *Mathias Kovačić*, erklärte in einer Rundfunkrede, daß das kroatische Volk innen- und außenpolitisch einen vollkommen klaren Weg beschritten habe. Nach dem Verrat der Engländer und US-Amerikaner durch die Preisgabe Europas an den Bolschewismus könne es keinen Kroaten mehr geben, der auch nur die geringsten Sympathiegefühle für die Anglo-Amerikaner haben könnte. Der Sieg sei sicher, aber es sei nicht gleichgültig, wie er errungen würde. Das hänge von der großen Kraftanstrengung aller europäischen Völker ab. Kein Volk könne als ein Volk von Ehre angesehen und als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Völkergemeinschaft betrachtet werden,

das nicht einen vollen Anteil an der Kampfeslast habe. Im Zeichen der europäischen Schicksalsverbundenheit standen auch die Kundgebungen anläßlich des zweiten Jahrestages der Unabhängigkeit Kroatiens. Der kroatische Außenminister Dr. *Lorkovic* erklärte in einer Rundfunkansprache am Vorabend des kroatischen Staatsfeiertages, daß das kroatische Volk mit festem Glauben an die ungebrochene Lebenskraft des unabhängigen Staates Kroatien und mit starker Zuversicht an den Sieg der Großmächte des Dreierpaktes, der ein Sieg der besseren Menschheit, der höheren Kultur, der Lebensnotwendigkeiten und des geschichtlichen Rechtes sein werde, ins dritte Jahr seiner nationalen und staatlichen Unabhängigkeit schreite. Auch der *Poglavnik* unterstrich in einem Interview mit einem Vertreter der Agentur Stefani noch einmal den Willen Kroatiens, seinen Beitrag zum Kampf für ein neues und glückliches Europa zu leisten. Kroatien werde zu diesem Zweck seine ganze bewaffnete Macht an der Seite seiner großen Verbündeten einsetzen.

Auf einer Großkundgebung, die aus Anlaß des zweiten Jahrestages des Simowitsch-Putsches in Anwesenheit des serbischen Ministerpräsidenten und anderer Regierungsmitglieder in Belgrad stattfand, brandmarkte der Belgrader Oberbürgermeister und Chef des serbischen Sicherheitswesens, *Jowanowitsch*, den Putsch vom 27. März 1941 als ein Werk Londons und Moskaus. Er betonte, dieser Krieg werde nicht früher enden, bis das Gemeinschaftsbewußtsein aller europäischen Völker so stark sei, daß es weder von der jüdisch-kommunistischen Gefahr noch von einem jüdisch-plutokratischen Bündnis entzweit werden könne. Ebenfalls rechnete der serbische Ministerpräsident *Neditsch* in einer Rundfunkansprache mit den Putschisten des 27. März 1941 ab, die den zwei Tage vorher erfolgten Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt zunichte gemacht hatten und dadurch Serbien in den Krieg hineinrissen. Der Ministerpräsident schloß seine anklagenden Ausführungen mit einem eindringlichen Appell an das serbische Volk: Das serbische Volk müsse, um seinen Platz in Europa zu retten, heroisch die Folgen des Krieges tragen und jene unterstützen, die ihr Leben für die Verteidigung Europas vor dem roten Gespenst opfern. Zum zweiten Jahrestag des jugoslawischen Kriegsabenteuers erklärte der bekannte serbische Politiker Dr. *Spalajkowitsch* in einer Rundfunkansprache: Für Europa gebe es heute nur entweder einen Sieg Deutschlands oder den Untergang Europas durch den Bolschewismus. Ein Sieg Englands würde nur den Sieg des Bolschewismus bedeuten. So wie sich die europäischen Völker vom unheilbaren Egoismus Englands überzeugt hätten, seien sie vom Glauben an das tiefe menschliche Ideal des Nationalsozialismus überzeugt worden, der ihnen die Garantie biete, daß heute das gesamte deutsche Volk den totalen Krieg für die Verwirklichung einer neuen Ordnung in Europa führe, um künftige Kriege zwischen den europäischen Völkern auszuschließen.

Der bulgarische Kriegsminister *Michoff* erklärte in einer Rede, Bulgarien stehe an der Seite seiner großen Verbündeten, der Achsenmächte, und nur ihr Ziel könne die Zukunft Bulgariens sicherstellen. Auf dem Balkan sei Bulgarien ein Eckpfeiler der neuen Ordnung. Der Kampfgeist der Verbündeten Bulgariens sei ein einziger Beweis von Tapferkeit und Aufopferungsbereitschaft, und dieser Kampfgeist sei die Vorbedingung für den Endsieg. In diesem großen Kampfe erfülle auch die bulgarische Armee eine wichtige Aufgabe, indem sie Wacht im Südosten Europas halte. Damit ist die Rolle Bulgariens im gegenwärtigen Krieg klar umrissen. Bulgarien trägt die Verantwortung für die Ruhe und Sicherheit in Südosteuropa. Die Haltung Bulgariens ist, wie der bulgarische Ministerpräsident *Filoff* in einem Interview mit dem Mailänder „Corriere della Sera" fest-

stellte, eindeutig antibolschewistisch. Ministerpräsident Filoff hob darüber hinaus in einer Ansprache, mit der er im Namen des Königs die vierte ordentliche Session des 25. Sobranje schloß, die Leistungen der Verbündeten Bulgariens hervor, die unter unmenschlichen Anstrengungen und mit einem unvergleichlichen Heldenmut das neue Europa und die jungen Völker, zu denen auch Bulgarien zähle, verteidigten. Die schicksalhafte Verbundenheit Bulgariens mit dem europäischen Freiheitskampf spiegelt sich ebenfalls in dem Telegrammwechsel zwischen König Boris und dem Führer einerseits und dem bulgarischen Ministerpräsidenten Filoff und Reichsaußenminister *von Ribbentrop* andererseits aus Anlaß des Jahrestages des Beitritts Bulgariens zum Dreimächtepakt wider.

Auch der spanische Staatschef *Franco* wies anläßlich der Eröffnungssitzung der Cortes erneut in einer Rede auf die ungeheure Gefahr hin, die der Bolschewismus für Europa bedeutet. Die Hauptsache auch für Spanien sei und bleibe die furchtbare Bedrohung durch den Bolschewismus. Nicht in der Kraft der sowjetischen Heere liege die Hauptgefahr, sondern in der Losung von der Weltrevolution. Die sowjetischen Heere brauchten gar nicht erst die Grenzen der anderen Nationen zu überschreiten, um Unheil und Tod zu bringen. „Auch diejenigen Völker", so erklärte wenige Wochen später der spanische Außenminister General *Graf Jordana* in einer großen politischen Rede auf der Columbus-Feier in Barcelona, „die räumlich von der Sowjetunion weit entfernt sind, sollen nicht glauben, daß der Bolschewismus sie verschonen wird. Der Bolschewismus kennt keinen Unterschied der Nationen und macht vor keiner Landesgrenze halt." Den mit dem Bolschewismus verbündeten Mächten rief er zu: „Auch Nationen, die weit von den UdSSR. entfernt liegen und die die Schuld an der Verlängerung des Krieges tragen, sollen sich nicht in Sicherheit vor dem Bolschewismus wiegen."

Ein klares Bekenntnis zu den Grundsätzen der europäischen Neuordnung legte wiederum der Leiter der Niederländischen Nationalsozialistischen Bewegung ab. Auf einer Tagung der Bewegung in Roermond erklärte *Mussert*: „Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis die Zahl unserer Freiwilligen im Osten immer größer geworden ist. Ich habe 1940 erklärt: Wir waren nach dem Willen einer geflohenen Regierung Feinde, jetzt werden wir Bundesgenossen und Freunde auf Leben und Tod sein." Über die europäische Schicksalsgemeinschaft sprach ebenfalls der Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Reichsminister Dr. *Seyß-Inquart*, in Leuwarden auf einer Kundgebung, die im Zeichen des niederländischen Arbeitsdienstes stand. Seyß-Inquart betonte, daß auch die Niederlande als Teil Europas in diesen Kampf hineingestellt seien. Alle Europäer müßten erkennen, daß sie eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die sie auf Sein oder Nichtsein zu verteidigen hätten. Durch die zuchtvolle Ordnung und die Sammlung der Kräfte würden die wichtigsten Grundlagen für den Aufbau einer besseren europäischen Zukunft geschaffen.

Auch der Leiter des Flämischen Nationalverbandes, Dr. *Elias*, bekannte sich erneut zur europäischen Solidarität. In einer Rede, in der er die Beweggründe und die Grundlagen seiner Politik darlegte, sagte er u. a.: Aus diesem Kriege werde ein neuer Begriff entstehen: an die Stelle der Souveränität der europäischen Völker trete der Begriff ihrer Solidarität. Es sei logisch und natürlich, daß die germanischen Völker sich dabei fester an ihren Kristallisationspunkt anschlössen, an Deutschland, das Haupt des germanischen Reiches. Das flämische Volk wolle in militärischer Hinsicht nicht länger ein Brückenkopf in Europa gegen Deutschland sein. Es wolle keine Rückkehr zur Neutralitätspolitik, die zur Ohnmacht verurteile, zu einer Gleichgewichtspolitik, die in den

Krieg führe. Es wolle in wirtschaftlicher Hinsicht nichts von einer Freiheit wissen, die dazu verurteile, in Armut zu leben und zu sterben.

Dieses als Folge des gemeinsamen Schicksalskampfes gegen den Bolschewismus sich allmählich herausbildende kontinentale Einheitsbewußtsein bei den Völkern Europas ist die Voraussetzung für eine grundlegende Neugestaltung des europäischen Kontinents. Denn die Achsenmächte sind in diesen Krieg nicht mit einem bloßen Machtwillen, sondern von vornherein mit einem Ordnungswillen eingetreten. Sie haben wiederholt als Kriegsziel die Neuordnung ihrer Räume proklamiert. Während die angelsächsischen Mächte den europäischen Völkern nur die Garantie der Bolschewisierung geben können, garantieren die Achsenmächte den Völkern ihrer Räume „ein gesichertes Dasein in einer Atmosphäre der Gerechtigkeit und der Zusammenarbeit". Dieses Kriegsziel wurde von Deutschland und Italien anläßlich des Besuches des Reichsaußenministers von Ribbentrop in Rom noch einmal feierlich bekräftigt. Die programmatischen Schlußsätze der amtlichen Mitteilung dieser deutsch-italienischen Begegnung, die nicht nur eine Antwort auf Casablanca, sondern auch einen Appell an Europa darstellt, haben folgenden Wortlaut: „Der Duce und der Reichsaußenminister betonen erneut die Entschlossenheit der beiden Länder, den Krieg mit aller erforderlichen Kraft bis zur völligen Vernichtung der feindlichen Streitkräfte und bis zur endgültigen Beseitigung der tödlichen Gefahr einer Bolschewisierung Europas zu führen. Sie stellten noch einmal nachdrücklichst den entschlossenen Willen Deutschlands und Italiens fest, nach Erringung des Endsieges in Europa eine Neuordnung zu errichten. Diese wird allen europäischen Völkern ein gesichertes Dasein in einer Atmosphäre der Gerechtigkeit und der Zusammenarbeit bieten. Frei von allen jüdischen und plutokratischen Einflüssen soll den europäischen Völkern die Möglichkeit zu produktiver Arbeit und sozialer Gerechtigkeit innerhalb der gesicherten Grenzen des großeuropäischen Raumes garantiert werden." „Über das Wesen dieser kommenden Zeit aber werden", wie der Führer in seiner Rede zum Heldengedenktag erklärte, „nicht jene Menschen bestimmen, die den Wert des vergangenen Friedens nicht erkannten und in ihrer geistigen Verblendung zum Kriege hetzten und damit ihre eigenen Völker dem Ruin entgegenführten, sondern nur jene Staatsmänner, die es schon vor diesem Kriege verstanden haben, selbst bei bescheidenen irdischen Reichtümern für ihre Völker trotzdem ein hohes Maß sozialer und kultureller Leistungen zu erzielen. Es wird daher die Zukunft der wahren Kulturvölker weder jüdisch-bolschewistisch noch jüdisch-kapitalistisch sein, sondern sie wird im Dienste der nationalen Interessen überall immer mehr der wahren Volksgemeinschaft als höchstes Ideal zustreben."

24. Februar

Proklamation des Führers zur Gründungsfeier der NSDAP. in München — Rede des ungarischen Ministerpräsidenten *von Kallay* vor einem Industriellenverband in Budapest über den Kampf gegen den Bolschewismus.

24.—28. Februar

Deutsch-italienische Begegnung in Rom — Besprechungen zwischen dem Duce und Reichsaußenminister *von Ribbentrop.*

1. März

Reichstagsrede des finnischen Staatspräsidenten *Ryti* beim Antritt seiner neuen Amtsperiode — Zweiter Jahrestag des Beitritts Bulgariens zum Dreimächtepakt.

4. März

Interview Marschall *Antonescus* mit dem rumänischen Schriftsteller *Bratescu-Voinescht* — Interview des bulgarischen Ministerpräsidenten und Außenministers *Filoff* mit einem Vertreter des Mailänder „Corriere della Sera".

5. März

Neubildung der finnischen Regierung.

6. März

Rede des Leiters der Niederländischen Nationalsozialistischen Bewegung, *Mussert*, in Roermond.

9. März

Rede des bulgarischen Kriegsministers *Michoff*.

13. März

Dritter Jahrestag des Moskauer Zwangsfriedens, der den finnisch-sowjetischen Winterkrieg 1939/40 abschloß.

14. März

Vierter Jahrestag der Gründung des selbständigen slowakischen Staates — Armeebefehl des slowakischen Staatspräsidenten Dr. *Tiso* — Rede des Leiters des Flämischen Nationalverbandes, Dr. *Elias*, in Brüssel über die Beweggründe und die Grundlagen der von ihm verfolgten Politik.

17. März

Eröffnungssitzung der Cortes — Rede des spanischen Staatschefs.

21. März

Rede des Führers zum Heldengedenktag.

25. März

Rundfunkansprache des serbischen Ministerpräsidenten *Neditsch* anläßlich des zweiten Jahrestages des Beitritts Jugolawiens zum Dreimächtepakt.

27. März

25. Jahrestag der Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien — Ansprache *Marschall Antonescus* und des stellvertretenden Ministerpräsidenten *Mihai Antonescu* — Zweiter Jahrestag des Simowitsch-Putsches — Rede des Belgrader Oberbürgermeisters und Chefs des serbischen Sicherheitswesens *Jowanowitsch*.

28. März

Rede des bulgarischen Ministerpräsidenten *Filoff* aus Anlaß der Beendigung der vierten ordentlichen Session des 25. Sobranje.

31. März

König Boris von Bulgarien im Führerhauptquartier.

1.—3. April

Italienbesuch des ungarischen Ministerpräsidenten *von Kallay*.

6. April

Zweiter Jahrestag des jugoslawischen Kriegsabenteuers — Rundfunkrede des serbischen Politikers Dr. *Spalajkowitsch* — Kundgebung des niederländischen Arbeitsdienstes in Leuwarden mit einer Ansprache des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete, Dr. *Seyß-Inquart*.



7.—10. April

Der Duce im Führerhauptquartier.

9. April

Rundfunkansprache des kroatischen Außenministers Dr. *Lorkovic* am Vorabend des kroatischen Staatsfeiertages.

10. April

Zweiter Jahrestag der Unabhängigkeit Kroatiens — Interview des *Poglavnik* mit einem Vertreter der Agentur Stefani.

12.—13. April

Marschall Antonescu im Führerhauptquartier.

16. April

Rede des spanischen Außenministers *Jordana* auf der Columbus-Feier in Barcelona.

16.—17. April

Der ungarische Reichsverweser *Nikolaus von Horthy* im Führerhauptquartier. *F.*

Bücher des Monats

Juliette de Groodt-Adant, Geschichte des französischen Einflusses in Syrien (Histoire de l'influence française en Syrien). Frankreichs Kampf um dieses Kolonialgebiet — England sein perfider Gegenspieler. XX, 268 S. 3. K. Verlag C. C. Hendeß G. m. b. H., Köslin. 1941.

Daß mitten im Kriege in Deutschland ein umfangreiches Buch über Syrien erscheint, fällt auf und macht einen auf den Inhalt gespannt. Erst recht, wenn man den Untertitel liest: England sein perfider Gegenspieler, und auf dem Umschlag: nach den Aufzeichnungen eines französischen Stabsoffiziers. Das geringe Interesse, das bisher in Deutschland für Syrien bestand, ist eigentlich erstaunlich. Syrien spielte bei seiner strategisch bedeutsamen Lage nahe dem Schnittpunkt der Hauptkraftlinien im vorderen Orient nicht erst jetzt im Kriege in den Berechnungen unserer Gegner eine große Rolle, und besonders aus dem englischen System ist es nicht wegzudenken. Trotzdem sind an selbständigen Schriften über Syrien in den letzten Jahren in Deutschland nur zwei erschienen:

Christoph Schultz-Esteves, Syriens Freiheitskampf, erschien 1939 im Verlag Goldmann in Leipzig in der Sammlung Weltgeschehen. Hier ist die syrische Entwicklung seit dem Weltkrieg in Kürze auf 142 Seiten geschildert bis zur Katastrophenstimmung Anfang 1939, und im ganzen ergibt sich auch ein zutreffendes Bild vom Freiheitsstreben der Syrer, zumal der Verfasser das Land aus eigener Anschauung kennt und für die arabischen nationalen Stoffmengen Sympathie hat. Desto weniger gefallen ihm die Türken, deren Landschaftspolitik er bis zum September 1938 verfolgt, also nicht bis zur endgültigen Einverleibung des Sandschaks in die Türkei. Obwohl der Verfasser ehrlich bestrebt ist, die Entwicklung vom Standpunkt der Araber aus zu sehen, so ist seine Darstellung doch nicht recht befriedigend, zumal er offenbar nicht genügend Arabisch kann, um die einheimischen Quellen, besonders die Zeitungen, gebührend auszuwerten. Das beweisen schon manche Fehlschreibungen arabischer Namen wie *Dâdj ad-Din al-Hassani; Subhi Bey Beckerat; Djemil Bey, Mardam Bey; Reis el Chehab; Zirkassier* und *Tscherkessen*, die der Kenner aber leicht richtigstellen kann. Im ganzen beurteilte der Verfasser die Lage richtig, und er kam daher schon damals zu dem Schluß, daß eine Lösung der syrischen Frage nicht im französischen, sondern im englischen Sinne ausfallen werde.

Paul Richard, Frankreich in Syrien, erschien 1940 im Verlag Junker & Dünnhaupt, Berlin, als 14. Heft der Reihe Frankreich gegen die Zivilisation und erfüllt alle berechtigten Wünsche, soweit das bei dem vorgesehenen engen Rahmen von 60 Seiten ging. Auch hier liegt natürlich das Hauptgewicht auf die Nachkriegszeit, aber es ist ein kurzer Rückblick auf die Anfänge des arabischen nationalen Strebens vor dem Weltkrieg gegeben, der für das Verständnis des Ganzen auch nicht zu entbehren ist. Hier wie dort ist das Wichtige sorgsam ausgewählt, und so ergibt sich ein Bild, das auch in den Einzelheiten zuverlässig ist. Ohne etwas in seine Quellen hineinzulegen, erhält der Verfasser aus den bloßen Tatsachen eine schwere Anklage gegen Frankreichs Art, das syrische Mandat zu verwalten, und gleichzeitig wird das Streben der Araber, seine Stärke wie seine Schwäche, gerecht geschildert, soweit es auf Grund der uns bekannten arabischen Quellen möglich ist. Nur hätte man gewünscht, daß die Darstellung doppelt so umfangreich hätte sein dürfen.

Und nun das neueste Syrienbuch: der französische Stabsoffizier, auf dessen Aufzeichnungen es zurückgeht, ist der Oberstleutnant *Victor Müller*, der in Algier geboren, aber vermutlich deutscher Abstammung war und an den Kämpfen in Syrien seit 1919 teilnahm. Er erhielt dann die Aufgabe, die syrischen Beduinen zu befrieden und hatte auch guten Erfolg dabei, ohne Blut zu vergießen, nur durch seine Gerechtigkeit und Sachkenntnis. Aber mit den französischen Zivilbehörden bekam er Streit, und aus dieser Stimmung heraus schrieb er ein Buch über die syrischen Beduinen. 1932—1934 arbeitete er dann in Straßburg für eine deutsch-französische Verständigung. Kaum wieder in Syrien, gab es neue Konflikte wegen der Behandlung der Araber, und 1938 fiel er einem Anschlag zum Opfer, über den bezeichnenderweise keine militärische Untersuchung eingeleitet wurde.

Seine Aufzeichnungen wurden von der Verfasserin für ihr Buch benutzt. Über sie heißt es in der Einleitung, daß sie von Geburt Belgierin ist, in Oxford Sanskrit studierte und wissenschaftliche und schöngeistige Werke veröffentlichte. Ihre Beziehungen zu Syrien datieren seit 1929, sie weilte im Auftrag einer internationalen Kommission für Hygiene und Prophylaxe bei den syrischen Beduinen und sah dort selbst, wie wenig Frankreich in den zehn Jahren Mandat getan hatte, um die Lage zu bessern. Sie richtete dann eine Art Gesundheitsdienst mit europäischen Ärzten ein.

Ihr Syrienbuch „will ein zuverlässiger aufrichtiger Führer durch die dortige bisherige Politik Frankreichs sein und enthält daher Dinge, die überhaupt nicht oder wenigstens nicht so unverhüllt in Frankreichs Öffentlichkeit ausgesprochen waren". Es ist auch nicht in Frankreich gedruckt worden, aber das Manuskript kam auf eine nicht näher angegebene Weise in die Hände des Verlegers, und dieser veranlaßte dann nicht nur die Übersetzung ins Deutsche (durch *Kurt Zühlke* in Köslin), sondern überarbeitete auch das Ganze, nahm Kürzungen vor, setzte die Anmerkungen (leider) in den Text und steuerte das Vorwort bei. Also ein etwas ungewöhnliches Verfahren an einem ungewöhnlichen Buch, und das Ergebnis ist denn auch nicht recht befriedigend.

Besonders sorglos sind die Eigennamen behandelt, es heißt darüber S. XI: „Für die Schreibung der Orts-, Personen- usw. Namen, insbesondere der wenig bekannten, kann schon deshalb nicht eingestanden werden, weil es keine einheitliche Schreibung für sie gibt, weder in dem Manuskript selbst, noch auch sonst in den einschlägigen Werken, soweit sie überhaupt darin zu finden sind. Sie sind aber untereinander und mit der Schreibung in den beigefügten Kartenskizzen in Übereinstimmung gebracht." Dies hat nun zu Fehlschreibungen wie *Mandros, Tapra-Kale, Liddell Hast, Hochem, Djevid, Ulan Kischle, Koniak, Demtyol, Moawio, Assyr* geführt, z. T. sind es bloße Schreib- und Druckfehler, z. T. aber recht irreführende Entstellungen, die wiederholt vorkommen und nur mit Mühe zu berichtigen sind. Wie leicht hätte dies Chaos durch eine Anfrage bei einem Sachverständigen vermieden werden können. Aber (S. X) „als ein

---

wissenschaftliches Werk im deutschen Sinne darf und will dieses Buch nicht betrachtet werden. Sein Wert liegt für uns gerade darin, den Franzosen zu Franzosen über eine auch uns jetzt wieder stark interessierende Frage lebhaft und teilweise leidenschaftlich sprechen zu hören und in seine persönliche, subjektive Stellungnahme zu ihr ungeschminkt Einblick zu gewinnen."

Ja, leidenschaftlich ist das Buch geschrieben, so sehr, daß es anscheinend weder ein Inhaltsverzeichnis noch geordnete Kapitelüberschriften oder gar Indizes nötig hatte. Das muß man sich selbst zusammensuchen und findet dann, daß der erste Teil auf 88 Seiten eine Art Rückblick auf die französische Politik in Syrien bis zum Ende des Weltkrieges bringt, der übrigens vom Verleger um 40 Seiten gekürzt wurde und nun erst mit der französischen Revolution einsetzt, und daß der zweite Teil, der wohl bis zum Schluß reichen soll, die Entwicklung bis zum Abkommen von Ankara am 20. Oktober 1921 schildert, ausführlich, aber doch nicht gleichmäßig und vollständig.

Im ersten Teil ist die Erschütterung der französischen Vorzugsstellung im Nahen Osten durch Napoleons Politik richtig herausgearbeitet, ebenso der Gegensatz zwischen Frankreich und England schon für 1802 belegt, erst recht natürlich für 1860 bei den Libanonunruhen. Besonders einseitig sind natürlich die Ausführungen über die deutsche Orientpolitik *Bismarcks* und Kaiser *Wilhelms II.*, daher sucht der Verleger durch eine Anmerkung S. 11 wenigstens das Gröbste zu berichtigen. Gern glauben wir der Verfasserin, daß die von den Franzosen im Weltkrieg aufgestellten armenischen Abteilungen ganz wesentlich zu einer Stimmung gegen Frankreich beitragen (19), oder daß auch die jüdischen Unternehmungen in Palästina echt französischen Geist atmeten (27). Wir verstehen, daß der französische Anteil am Aufstand in der Wüste (55) und beim Einzug in Jerusalem (69) liebevoll ausgemalt wird, dafür aber der Anteil der „scherifischen Banden" immer wieder als völlig unzureichend geschildert wird (71, 77). Daß ihr *Faisal* und erst recht *Lawrence* unsympathisch sind, war zu erwarten und paßt durchaus zur sonstigen französischen Nachkriegsliteratur über Syrien. Mit einem angeblichen Ausspruch *Sir Mark Sykes'* wird die damalige englische Syrienpolitik gekennzeichnet: „Wir werden den Franzosen Syrien und den Syrern Frankreich verekeln" (80).

Der zweite Teil über die Nachkriegsentwicklung ist der Hauptteil, diese Zeit wurde ja vom Verfasser der Aufzeichnungen an Ort und Stelle miterlebt. Man spürt an vielen Stellen noch deutlich seinen frischen Zorn über die Fehler der französischen Politik in Syrien und über den bösen Willen, ja die offene Feindschaft der englischen Vertreter. Wenn man freilich ein klares Bild über den Verlauf im einzelnen gewinnen will, so ist einem das hier nicht leicht gemacht, sondern da bleibt nach wie vor der Bericht von *Gontaut Biron*, Comment la France s'est installée en Syrie vorzuziehen. Dieser ist nur S. 140 genannt, dürfte aber auch sonst benutzt sein.

Besonders empört war der Verfasser offenbar über die Räumung Kilikiens durch die Franzosen und überhaupt über die französische Politik gegenüber der Türkei. So schildert er die Räumung von Marʿasch als eine Katastrophe, bei der besonders zahlreiche Armenier im Schnee umkamen (185). Diese Zeit ist für ihn die undurchsichtigste, verwirrteste und peinlichste Periode der französischen Aktion in der Levante (204), die französische Haltung gegenüber Sèvres sei wunderlich, aus halben Maßnahmen zusammengesetzt (207), und er wird nicht müde aufzuzählen, was alles die Franzosen hätten tun müssen (209 f.). Als Grund erkennt er, daß die Truppen in der Levante nichts über die Kombination und Machenschaften von Paris und London erfuhren (214), und voller Entrüstung meint er vom Ankara-Abkommen vom 20. Oktober 1921, niemals habe eine geschlagene und zur Übergabe genötigte Armee eine derartige Kapitulation unterzeichnet (253). Er sieht es so, daß Frankreich mit jener verschwommenen Formel „Mandat" abgespeist wurde, ohne Klarheit bezüglich der Rechte und Pflichten der Regierten und der Regierenden (261). Die ganze französische Politik in Syrien ist ihm ein Zaudern, Herumtasten und Schwanken

(261) und die Syrienarmee eine Eiterbeule am Körper der französischen Armee (266). Man könne dem Ausland gegenüber nichts verbergen, eine gründliche Desinfektion sei nötig, denn „es gilt, einer neuen Welt, einem neuen Europa das Leben zu retten" (266). Wahrlich ein ungewöhnlicher Weg, um zu diesem Schluß zu gelangen, dem wir natürlich voll zustimmen. *W. Björkman*

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Nach längeren Vorbereitungen ist das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut jetzt in der Lage, die früheren *„Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen"* fortzusetzen und damit auch auf dem Gebiete der Veröffentlichungen den Auftrag zur Fortsetzung dieser Bismarckschen Gründung zu erfüllen. Die neuen *„Studien zur Auslandskunde"* wollen die Überlieferung der „Mitteilungen", die sich durch ihre wissenschaftliche Tiefe in der ganzen Welt einen Namen gemacht hatten, fortsetzen und nur streng wissenschaftliche Arbeiten von Rang veröffentlichen. Entsprechend den breiteren Aufgaben des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts gehen sie aber wesentlich über das Arbeitsgebiet der „Mitteilungen" hinaus: Sie behandeln nicht nur die Länder Asiens und Afrikas und sollen nicht nur sprachwissenschaftliche Abhandlungen, sondern Arbeiten aus dem ganzen Bereich der Auslandskunde bringen. Außerdem erscheinen sie in kürzeren Abständen.

Als erste, von jetzt an laufend erscheinende Schrift der „Studien zur Auslandskunde" liegt die Veröffentlichung „Afrika" in der ersten Lieferung des ersten Bandes vor, die von Professor Dr. *Diedrich Westermann*, dem Direktor der Abteilung Afrika des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, herausgegeben wird (Junker & Dünnhaupt, Berlin 1942). Diese erste Lieferung wird eingeleitet durch einen grundsätzlichen Aufsatz des Herausgebers: „Aufgaben der kolonialen Sprachforschung". Hier heißt es: „Wie in der Vergangenheit die „Mitteilungen", so sollen in der Zukunft die „Studien" dem Studium der afrikanischen Sprachen und in enger Verbindung damit der Erforschung des Volkstums der Eingeborenen dienen, in wissenschaftlicher Haltung, die aber nie vergessen darf, daß sie der kolonialen Sache zu dienen hat ... Schon die „Mitteilungen" haben auch ausländische Gelehrte zu Worte kommen lassen, und die „Studien" werden dies in gleicher Weise tun, denn auch im Blick auf Sprachen- und Volkstumsforschung bleibt Afrika eine europäische Aufgabe."

Das erste Heft von „Afrika" behandelt ein ostafrikanisches Problem: „Wesenszüge der politischen Struktur der Kavirondo-Bantu", und ein westafrikanisches: „Adangme-Texte".

Bemerkung der Schriftleitung:

Hiermit möchten wir unsere Leser davon unterrichten, daß die „Zeitschrift für Politik" in der nächsten Zeit zweimonatlich erscheinen wird. Das nächste Heft erscheint im Juni als Doppelheft Juni/Juli.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 51
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Erich Schafranek, Berlin W 15
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | z. Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany

SCHRIFTEN ZUR WELTPOLITIK

Herausgegeben
von
PROF. F. A. SIX
Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut

Bereits erschienen:

Band 2: **Die Stützpunktpolitik des Deutschen Reiches 1890—1914.** Von Otto-Ernst Schüddekopf. 1941.

Band 3: **Der Suezkanal einst und heute.** Von Reinhard Hüber. 1941.

Band 4: **Die Stützpunktpolitik der USA.** Von Wulf Siewert. 1942.

Band 5: **Die japanisch-amerikanischen Beziehungen.** Von Kurt Siemers. 1942.

Band 6: **Die Bagdadbahn.** Von Reinhard Hüber. 1942.

In Vorbereitung:

Das moderne Weltstaatensystem und seine Entwicklung. Von F. A. Six.

Die europäische Ordnung und die Ozeane. Von Egmont Zechlin.

Westafrika. Von Helmut Rumpf.

Die Azoren, Kapverden und Kanaren. Von Otto Quelle.

Die verkehrsstrategische Bedeutung des nördlichen Eismeers. Von Arkadi Swetschin.

Der Vordere Orient in seiner politischen Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart. Von Hans-Heinrich Schaeder.

Der Pazifik und sein Umkreis. Von Josef März.

Das Schwarze Meer in der raumpolitischen Auseinandersetzung der Geschichte. Von Franz Boncourt.

Hinterindien und der Archipel. Von Karl Helbig.

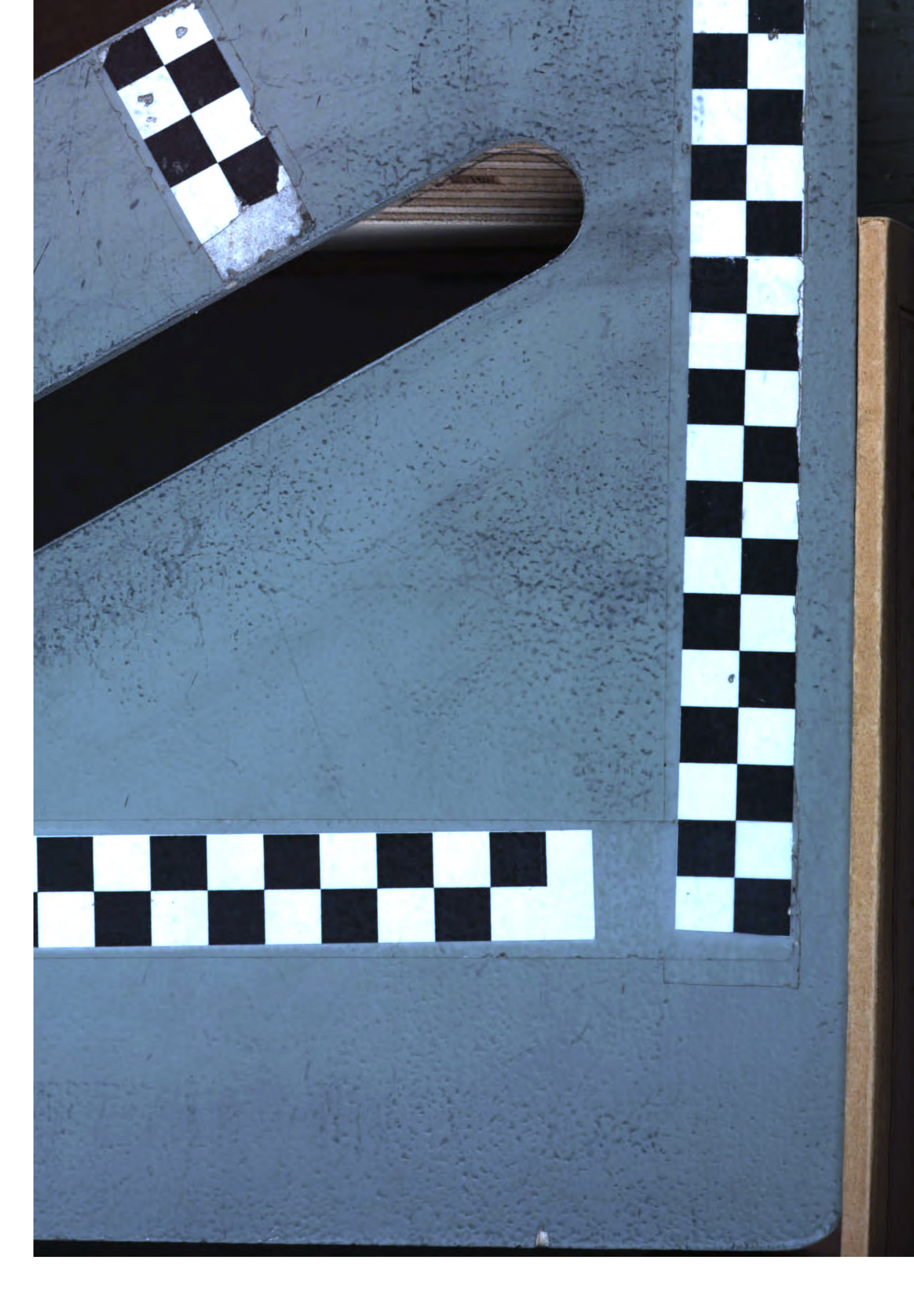
Die wirtschaftlichen Grundlagen der Weltpolitik. Von Bruno Kiesewetter.

Der Griff der USA. nach Kanada. Von Heinz Lehmann.

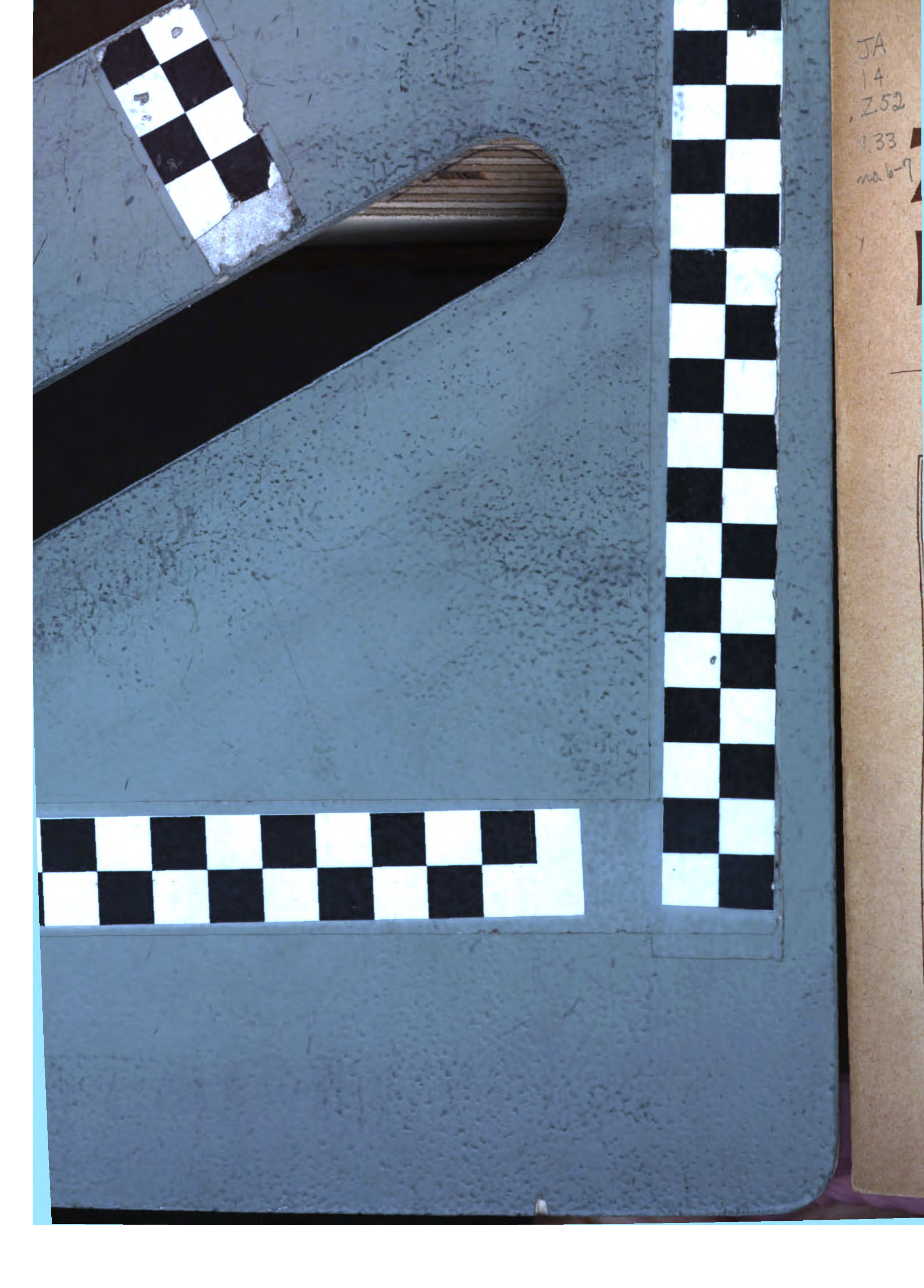











JA
14
.Z52
v.33
no.6-7

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



Franz Kupferschmidt
Zur Geographie der Großräume

Hans Leuenberger
Das Gesicht Westchinas

Heinz Büchsenschütz
Portugal als Element der Politik der Gegenwart

★

Kleine Beiträge

Aufbau und Einsatz des Heeres der Vereinigten Staaten von Amerika im ersten Weltkrieg. Von Karl Döring

Sowjetische Luftpolitik gegen Europa. Von Hans Rosenberg

Köpfe der Weltpolitik

William Temple, Erzbischof von Canterbury

Bücher des Monats

Neue Literatur über Böhmen und Mähren
Zur schwedischen Ostpolitik
Neue Bücher zu Bismarcks Außenpolitik

CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

33. BAND HEFT 6/7 JUNI/JULI 1943

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. Franz Kupferschmidt, Kustos am Dt. Institut f. Länderkunde, Leipzig S 3, Bayrische Str. 157, II

Hans Leuenberger, Berlin W 15, Kurfürstendamm 26a

Dr. Heinz Büchsenschütz, Berlin-Charlottenburg 9, Bundesallee 24, z. Z. bei der Wehrmacht

Karl Döring, Chemnitz, Ludendorffstr. 43

Dipl.-Kaufmann Hans Rosenberg, Berlin NW 87, Agricolastr. 33

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Leiter der Abteilung „Großbritannien" des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Hans-Joachim Beyer, Prag, Universität

Arno Hillen-Ziegfeld, Berlin W 8, Kronenstr. 56

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom
DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und MinR. Prof. Dr. W. Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis: das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. zweimonatlich

33. BAND | JUNI/JULI 1943 | HEFT 6/7

Zur Geographie der Großräume

Ein Beitrag zur politisch-geographischen Strukturanalyse

Von Franz Kupferschmidt

Die Änderung der Raumverhältnisse ist nach *Ratzel* ein wichtiges Symptom der Völker- und Menschheitsentwicklung. Im ewigen Werden und Vergehen der politischen Raumgebilde äußert sich der elementare Drang junger, kräftiger, lebenswilliger Völker nach Erweiterung ihres Lebensraumes und das Absinken und der Untergang abgelebter Organismen. Ungleiches Bevölkerungswachstum, unterschiedliche Verbreitung der zum Leben notwendigen Güter, Machtwille der Jungen, Ermatten der Volkskraft der Älteren, um nur einige zu nennen, sind die Ursachen, aus denen heraus neue Raumorganismen wachsen, junge Völker ihren Lebensbereich ausweiten und neue Grenzen ziehen. In schweren Kämpfen drängt auch gegenwärtig ein neues geographisches Weltbild zum Licht. In den russischen Steppen, in Nordafrika, am Kap der Guten Hoffnung, an der Mündung des St.-Lorenz-Stromes, in der Karaibischen See, im Stillen Ozean ringen politische und wirtschaftliche Systeme um die Entscheidung. Eine neue Ordnung ist im Werden. Wie auch immer das gigantische Ringen der Kontinente ausgehen mag, eine Rückkehr zu den alten Formen ist nicht möglich, aus dem Chaos kristallisiert sich bereits jetzt der Kern der künftigen Gestaltung, *Großräume*

eigener Prägung wollen sich bilden. Es ist selbstverständlich, daß die Miterlebenden leidenschaftlich an den Ereignissen Anteil nehmen, sei es handelnd, sei es lenkend und planend, sei es dadurch, daß sie das Werdende begrifflich zu fassen versuchen. So ist man auch von wissenschaftlicher Seite her an die Klärung des Begriffes „Großraum" herangegangen, um den praktisch-politisch Handelnden die Fundamente des Aufbaues zu liefern. Besonders sind es die Vertreter der Wirtschaftswissenschaften, in erster Linie *Werner Daitz*, die die wirtschaftliche Komponente des Großraumproblems herausarbeiten. Aber die politischen und wirtschaftlichen Fragen umfassen nur Teile des Problems. In gleicher Bedeutung stehen daneben die historischen und völkischen Fragen, ebenso wie die nach den Oberflächenformen, den Klimabedingungen — kurz, nach den natürlichen Voraussetzungen für eine Großraumbildung. Die Zusammenschau aller dieser Fragen ist Aufgabe der Geographen. So haben denn auch Geographen in der Diskussion das Wort ergriffen. Es seien hier nur genannt *Ludwig Mecking* und *Erich Obst*[1]).

Das Wort „Großraum" an sich besagt noch nichts über seinen Gehalt. Es kennzeichnet eigentlich nur die flächenhafte Ausdehnung eines Raumgebildes, das irgendwelche vom Bewußtsein oder Gefühl des Betrachters natürlich oder ideell gesetzte Grenzen überschreitet. Solche Großraumorganismen hat es zu allen Zeiten der Menschheitsentwicklung gegeben, und sie sind auch immer als *übergeordnet* erkannt worden. Mit dieser Wertung ist aber bereits ein zweites Merkmal des Begriffes „Großraum" gegeben. Zur *Größe*, die stets in Beziehung steht zum jeweiligen geographischen Horizont, gesellt sich die *Macht*. Denn die Großraumgebilde führen kein Sonderdasein für sich, sondern beherrschen die irdische Raumverteilung und beeinflussen in mehr oder minder starkem Maße auch die Geschicke der neben ihnen bestehenden sonstigen Raumindividuen. Zu diesen beiden Grundmerkmalen, Raum und Macht, treten sodann andere, die die einzelnen Großraumbildungen wesenhaft voneinander unterscheiden lassen. Ohne die Vielfalt der Erscheinungen restlos in ein enges System einfangen zu wollen, ergeben sich doch in der Hauptsache vier vorherrschende Typen von Großraumgebilden im Verlaufe der Völkergeschichte: *Großherr-*

[1]) *Rudolf Reinhard* nimmt in einem noch nicht veröffentlichten Aufsatz dazu Stellung, und *Heinrich Schmitthenner* behandelt in einer unter der Presse befindlichen umfassenden Überschau die Großraumbildungen der Erde in einem vertikalen Schnitt vom Altertum bis zur Gegenwart. Beide gewährten mir liebenswürdigerweise Einblick in ihre Arbeiten, und ich möchte ihnen auch an dieser Stelle danken für manche Anregungen, die in folgenden Ausführungen anklingen.

schaften oder *Großreiche, Imperien, Groß- oder Weltmächte kolonialer Prägung* und *Großräume einer neuen Art*, die gegenwärtig in der Gestaltung begriffen sind und für die ein völlig ihr Wesen treffender Name noch nicht gefunden ist.

Machtstreben und Erobererdrang führten hervorragende Einzelne über die Grenzen ihres eigenen Volksraumes hinaus und ließen *Großreiche* entstehen durch Übermachtung und Vergewaltigung der Nachbarstaaten. Findet eine solche Großherrschaft nicht ihren Halt in natürlichen, rassischen oder kulturlich-ideellen Voraussetzungen und Gemeinsamkeiten, so vergeht sie mit ihrem Gründer. Beispiele dafür bietet die Geschichte in großer Zahl: das *Alexanderreich*, die Reiche der germanischen Völkerwanderungszeit, die mongolischen Reiche eines *Attila, Dschingis-Chan, Timur Leng*, in gewissem Sinne auch die Reichsschöpfung *Napoleons*.

Ursprünglich Häuptling einer Abenteurerschar, eroberte z. B. *Temudschin*, der Dschingis-Chan, der „Großmächtige Herrscher", die gesamte Mongolei. Von seinem zentral gelegenen Hauptort Karakorum aus unterwarf er die Nachbarstämme, überstieg die Große Mauer und nahm Peking. Dann wendete er sich nach Südwesten und Westen und drang bis zum Persischen Golf und bis in das Innere des Europäischen Rußland und zur Dnjestrmündung vor. Seine Herrschaft reichte vom Schwarzen Meer bis zum Gelben Meer und schnitt einen Gürtel von durchschnittlich 2000 km Breite aus Asien heraus, ein Gebiet von vielleicht der doppelten Größe Europas. Würde eine solche Großherrschaft sich nur gründen auf persönlichen Machtwillen und Vergewaltigung der Nachbarräume, so würde ihre Betrachtung ein politisches oder historisches, aber kein Problem der politischen Geographie sein. Aber bewußt oder instinktmäßig folgt das Werden solcher Machtgebilde geographischen Leitlinien. Das Mongolenreich ist das Reich der Steppe und Wüste. Unabsehbar dehnt sich die Ebene. Randgebirge werden umgangen oder an Übergängen durchstoßen, bis sich eine dem Kern- und Ausgangsraum konforme Landschaft wieder vor dem Eroberer breitet. Ähnliche Klimazüge im Gesamtreich, ähnliche Kulturlage der Bewohner der Binnengebiete sind weitere Gemeinsamkeiten. Die mit diesen Gemeinsamkeiten nicht harmonierenden Reichsteile der Peripherie stoßen sich bald ab. Die Großherrschaft aber lebt, solange der Lebenswille des Herrschervolkes sich in führenden Persönlichkeiten manifestieren kann. Die äußere Form der Ausdehnung des Gebietes wechselt, der Kern aber bleibt, im Mongolenreich über *Tamerlan* (Timur Leng) bis zu den heutigen Schrumpfstaaten der Inneren und Äußeren Mongolei.

Ein weiteres Beispiel für eine Großherrschaft, die auf dem Willen eines Einzelnen beruht, sei aus der Gegenwart angeführt: *das arabische Reich Ibn Sauds.* Wenn Saud-Arabien auch nicht zu den ganz großen Raumgebilden gehört, so reicht es doch seinem Umfange von rund 2 Mill. qkm nach an das Gebiet heran, das Deutschland gegenwärtig verwaltungsmäßig oder militärisch beherrscht. Aus der Verbannung, von Koweit aus, bemächtigt sich durch Handstreich der 22jährige Ibn Saud im Jahre 1902 der Hauptstadt des Fürstentums Nedschd, seines väterlichen Erbes. In wechselvollen Kämpfen gelingt es ihm, nicht bloß Nedschd, sondern auch das Königreich Hedschas mit den heiligen Städten Mekka und Medina in seine Hand zu bekommen und in Dschidda das Rote Meer zu erreichen. Ostwärts öffnet er mit der Eroberung von El Chasa das Fenster zum Iranischen Golf, südwärts verbreitert er seine Küstenbasis am Roten Meer bis Jemen. Was Ibn Saud bisher erreicht hat, ist allerdings Fragment. Rein gebietsmäßig betrachtet, besitzt er nur den vage abgegrenzten Kernraum einer Großlandschaft, die von den Ketten des Taurus und der West- und Südiranischen Randgebirge bis an das Mittelmeer und Rote Meer und darüber hinaus bis zu den Ausläufern des Atlas reicht. Ihre Komponenten sind nicht nur konform hinsichtlich des Oberflächenbaues, der morphologischen Züge, des Klimas und der Vegetation, sondern auch in anthropogeographischer Beziehung durch eine im großen gleichförmige Kulturlage und das Rassenbild der Bevölkerung. Hindernd treten aber einer innigen politischen Verklammerung des Gebietes entgegen einmal die Verkehrsfeindlichkeit der Wüste und zum anderen die tiefen völkischen Gegensätze der einzelnen Bevölkerungselemente, insbesondere auch die urewige Feindschaft zwischen den seßhaften Ackerbauern und den schweifenden Weidenomaden. Aber die moderne Technik hat die Wüste überwunden, und Ibn Saud stellte bei seinen Kriegszügen Flugzeug und Kraftwagen bereits weitgehend in seinen Dienst. Die völkischen Gegensätze finden ihre höhere Synthese im gemeinsamen Bekenntnis zum Islam. Hier setzt auch der gereinigte Glaube des *Wahabiten* Ibn Saud ein, über die konfessionellen Spaltungen hinweg ein gemeinsames religiöses Weltbild und Kultleben zu schaffen. Den Weidenomadismus als schärfsten Widersacher staatlicher Bindung versucht er umzuwandeln in ein bodenverwurzeltes Bauerntum, indem er in seinen Ichwan, diesen Oasensiedlungen auf religiöser Grundlage, die Nomaden seßhaft macht. Über alles aber setzt er die Idee des Großarabischen Reiches, das seinen Mittelpunkt in den heiligen Städten hat. Ob es ihm selbst noch gelingen wird, den Traum zu verwirklichen, die Fesseln, die Natur, Volk und die technisch noch über-

legenen Fremdbesitzer der peripherischen Teile ihm anlegen, zu sprengen, wissen wir nicht. Für unsere Betrachtung aber gibt seine Staatsschöpfung ein Beispiel, wie sich aus einer Großherrschaft, die sich auf persönlichem Machtwillen aufbaut, ein Imperium entwickeln kann.

Ehe wir auf diese zweite Form politischer Raumballung eingehen, zunächst ein Wort über die vorhin erwähnten geographischen Leitlinien. Es ist eine bekannte Tatsache, daß bestimmte Erdgebiete zur Bildung von Großräumen von vornherein prädisponiert erscheinen, d. h., daß ihnen gewissermaßen eine politische Potenz innewohnt, die sich bei Vorhandensein entsprechend begabter politischer Willensträger umsetzt in staatliche Organisation. Staatsbildung, Entwicklung einer Hochkultur und völkische Landnahme brauchen dabei keineswegs identisch zu sein, wie ein Blick auf die Karte der Landschaftsgürtel der Erde von *Passarge* zeigt. Wir bemerken da etwa, daß Landschaften größter Kulturfeindlichkeit, wie der altweltliche Trockengebietsgürtel oder das Nadelwaldgebiet der nordischen Mittelgürtel, durchaus Raum bieten für die Entwicklung politischer Großräume. Wir können weiter feststellen, daß politische Großformen Landschaftstypen der verschiedensten Ausprägung in sich einschließen, wie die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland. Aus dem Vorhandensein einer bestimmten natürlichen Landschaftsform, die sich im wesentlichen aus geographischer Lage und Klima ergibt, kann man daher an sich noch keine Anhaltspunkte gewinnen für die Beurteilung ihrer politischen Potenz. Etwas weiter führt uns eine Betrachtung der morphologischen Großformen. Als Vorzugsgebiete großstaatlicher Bildung erscheinen hier sogleich die sich weit hindehnenden Niedergebiete, wobei trennende Binnengebirge überschritten oder vorerst umgangen werden. Den wesentlichsten Einfluß auf die Bildung politischer Großformen hat aber die an sich ganz äußerlich und zufällig scheinende Verteilung der Wasser- und Landmassen. Tief dringen die Ozeane in die zerlappten Kontinente ein, und der Drang zum ungehinderten Zugang zur See und zur Beherrschung der Randländer von Binnenmeeren oder — mit Erweiterung des geographischen Horizonts und bei universalistischem Herrschaftsstreben — das Verlangen nach Erwerbung der ozeanischen Gegengestade sind wohl die wichtigsten Impulse für Großraumbildungen geworden. Voraussetzung zur Beherrschung des Gesamtraumes ist allerdings neben der völligen Herrschaft über die Verbindungswege ein Gefälle der machtpolitischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Entwicklungsstufen oder der Siedlungsdichte vom Kernraum zu den Außenländern, wobei die einzelnen Komponenten

mehr oder weniger stark überwiegen können. Es wird sich mit der Zeit ein Ausgleich einstellen und eine politische, wirtschaftliche oder völkische Großlandschaft einheitlicher Prägung entwickeln, die je nach der Lebenskraft des herrschenden Volkes und der Intensität der Durchdringung von längerem oder kürzerem Bestande ist.

Wir haben damit Grundlagen zur Kennzeichnung der weiteren Formen von Großraumbildungen gewonnen. Beruhte das Dasein einer Großherrschaft im wesentlichen auf dem Machtwillen eines Einzelnen, war also in erster Linie politisch-historische Erscheinung, so konnte doch schon festgestellt werden, daß ihr Bestand erst dann gewährleistet war, sobald natürliche Gegebenheiten ihre Verankerung in Boden und Raum ermöglichten. Umfaßt nun ein Erobererreich eine auf die oben gekennzeichneten Voraussetzungen gegründete Großlandschaft, verklammert es diese durch Beherrschung aller Verbindungswege und gelingt es ihr vor allem, eine Reichsidee zu schaffen, also die Idee einer ethischen Sendung zu entwickeln, so kann man von einem *Imperium* sprechen. Raum, Herrschaft, Reichsidee müssen sich demnach im Imperium zu einer Einheit verbinden. Das klassische Beispiel für die Entwicklung derartiger Gebilde bietet der europäische Mittelmeerraum. Das Mittelmeer erhält seinen einheitlichen Grundzug weniger durch die Gestaltung der randlichen Oberflächenformen — im Westen, Norden und Nordosten wird es eingeschlossen durch die altweltlichen Faltengebirgszüge, im Südosten erstreckt es sich in die tafelförmige Schollenregion Libyen-Syriens hinein — als durch die überall verbreiteten Senken und besonders durch die Natur des Meeres selbst hinsichtlich seiner Gestaltung und seiner Hydrographie. Die Einheitlichkeit des Gebietes wird aber vor allem betont durch Klima und Vegetation. Eine weitere wesentliche Bedeutung für die politischen Entwicklungstendenzen kommt der Lage des Mittelmeergebietes zu als Brücke zwischen 3 Erdteilen und als Verbindung der Lebensräume der kulturfähigsten Rassen der alten Welt. Die Geschichte des Mittelmeerraumes ist die Geschichte der Auseinandersetzung der Teilgebiete, die sich aus der im einzelnen mannigfaltigen Gliederung ergeben.

Als erstes Imperium im Mittelmeerraum, das im helleren Lichte der geschichtlichen Überlieferung steht, tritt uns das *Perserreich* entgegen. Auf der Höhe seiner Macht um 500 v. d. Z. reichte es von der Großen Syrte bis in den Pandschab im Osten, von der Donaumündung und dem Kaukasus bis zum Irangolf — ein Gebiet von rund 6 Mill. qkm oder fast einem Drittel der damals bekannten Welt. In breiter Front aus den hoch kultivierten Oasengebieten Vorderasiens vorbrechend, umklammerte es das östliche Mittelmeer

als Binnenmeer. Es umfaßte die südostmediterrane Schollenregion und die Westausläufer der binnenasiatischen Gebirgsketten, blieb also im wesentlichen Kontinentalmacht und vermochte deshalb nicht auf die Dauer die Ägäis zu überwinden. Ein vorbildlich entwickeltes Nachrichten- und Verkehrswesen verband die einzelnen Reichsteile, so daß der Bestand des Reiches über Jahrhunderte hinweg gesichert blieb, zumal auch die Idee des Imperiums weiterlebte und in Alexander dem Großen einen glänzenden Vollender fand. Der Wechsel in der Herrschaft hatte insofern noch eine besondere Bedeutung, als mit dem seefahrenden und händlerisch eingestellten griechisch-mazedonischen Herrenvolk eine steigende Entwicklung des Handels nach dem Südosten einsetzte, der seinerseits wieder nach dem politischen Zerfall des Alexanderreichs neben der Herrenkultur des Hellenismus die Klammer für den ostmediterranen Lebenskreis wurde.

Zur politischen Einheit wuchs der Gesamtmittelmeerraum erstmalig im *Römerreich* zusammen. Der Ausgangspunkt war die Schlüsselstellung in der Mitte des Mittelmeeres, wo sich Afrika und Europa auf 120 km nahekommen. Nachdem die Römer die Apenninenhalbinsel romanisiert hatten, war das Sprungbrett nach Westen und Osten gegeben, und im ersten Jahrhundert v. d. Z. war es ihnen gelungen, das Mittelmeergebiet von den Säulen des Herkules bis zum Zweistromland unter ihre Herrschaft zu bringen, gleichzeitig aber auch meridional die Gebirgsketten zu sprengen und in das Schollenhinterland Europas und Afrikas vorzudringen. Die halbtausendjährige „pax romana" erwies sich infolge der vollendeten Verbindung von Großlandschaft mit ihren Vorländern, Herrschaft und Zivilisation als eine so fruchtbringende Idee, daß sie als zu erstrebendes Ideal über die Jahrtausende hinweg bis in unsere Tage wirksam ist.

Werfen wir einen Blick auf die geographische Struktur des Römischen Reiches, so können wir entsprechend der morphologischen Gliederung des Mittelmeerraumes einen westlichen Teil, der von tertiären Faltengebirgsketten umrandet ist, und einen östlich-südöstlichen der afrikanisch-vorderasiatischen Schollenregion unterscheiden. Dem Klima nach sind rein mediterran nur die Küstenstreifen des Westens und Nordens. Die Hinterländer und der Südosten sind sowohl der Oberflächenform nach als auch klimatisch anders geartet, bilden jedoch keine so großen Gegensätze zum Kernraum, scheiden sich insbesondere nicht so schroff und übergangslos ab, daß sie von einem lebenskräftigen und machtwilligen Volk nicht überwunden werden könnten. In den Zeiten der aufsteigenden Im-

periumsbildung wurde auch das ganze Gebiet durch Bindungen anthropogeographischer Art zur Einheit zusammengefügt. Nicht bloß die militärische Besitznahme und eine kluge Systematik der Verwaltungspraxis schufen die Einheitlichkeit, sondern durch das Ansetzen von Ackerbaukolonien in den neuerworbenen Ländern, durch eine allmähliche Angleichung der Lebens- und Kulturformen, die sich auch in der Landschaft ausprägten, z. B. in der Anlage und im Ausbau der Siedlungen, besonders der Städte, im Hausbau, im Wirtschaftssystem u. a., wurde eine Ausbildung des spezifisch „Römischen" erreicht. Weiter kam dazu das ausgedehnte, technisch vollendete Straßennetz mit außerordentlich schneller Nachrichtenübermittlung und die lateinische Amts- und Verkehrssprache, die eine Verfestigung des Reichsgedankens bewirkten.

Den einzelnen Ursachen des Verfalls des Staatsgebildes können wir hier nicht nachgehen, sie liegen u. a. in dem Nachlassen der politischen Willenskraft des Staatsvolkes, das wiederum seine Gründe in der rassischen Substanzverschlechterung hat, in der Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Einfluß des Semitentums, der Sittenlosigkeit der führenden Schichten, im Eindringen des Christentums, vor allem aber in der durch die absolute Regierungsform der Spätzeit bewirkten völligen Rechtsunsicherheit und dem Untergang jeglichen Ordnungsprinzips. Die Idee des Imperiums lebte, doch wechselte sie ihre Träger. Im Zerfall der politischen Organisation traten nun die geographischen Tatsachen, die der Einheitlichkeit des Raumes entgegenwirken, als Spaltkeime in Erscheinung: die Grenze zwischen West- und Ostsenke des Mittelmeeres von der Großen Syrthe zur Adria-Ostküste und Save und die Spannung zwischen mediterranem Küstengebiet und den peripherischen Außenländern. Vom 3. Jahrhundert an etwa werden die zentrifugalen Kräfte wirksam, der Westen wird der Tätigkeitsraum der germanischen Völker, ohne daß diese jedoch der Idee des römischen Reiches, die erhalten bleibt, vorerst einen neuen Inhalt geben. Der politische Schwerpunkt aber wandert ostwärts, wo er in Konstantinopel ein neues Kraftzentrum bildet. Bis zur Kaiserkrönung *Karls des Großen* bleibt der Gedanke der römischen Einheit gewahrt, und die byzantinische Reichshälfte hat bis zu ihrem Untergang im 15. Jahrhundert nicht aufgehört, sich als Traditionsträger des Gesamtimperiums zu fühlen. Mit dem Arabersturm des 7. Jahrhunderts wird in der Osthälfte eine weitere geopolitische Trennungslinie wirksam, indem die anatolische Halbinsel von ihm unberührt bleibt und nur die Wüstensteppenregion von den Taurusketten bis zum Atlas hin sich als selbständiges Glied von Ostrom abspaltet.

Aber noch einmal wird die dynamische Kraft des Ostmittelmeerraumes Grundlage einer einheitlichen Imperiumsbildung, als das *Osmanische Reich* im 16. und 17. Jahrhundert seine Grenzen an den Karpaten und am Atlas absteckte und so gewissermaßen in seinem mediterranen Teil Nachfolger des persischen, alexandrinischen und byzantinischen Reiches wurde. Das Bindeglied zwischen Ost- und Westmittelmeer aber, Italien, blieb außerhalb des türkischen Machtbereiches. Dies und ebenso die Ausgliederung des Nordwestens in ein neues Imperium hatte seine Gründe in der politischen Entwicklung des Abendlandes, deren Kern die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation ist.

Vom geographischen Standpunkt aus kann man drei Entwicklungstendenzen des *mittelalterlichen deutschen Kaiserreiches* unterscheiden. Einmal wirkt sich in seiner Geschichte der traditionelle Zug von der Peripherie der damaligen Kulturwelt zum Zentrum aus, also das Hinübergreifen über die durch ihren Bau auch bei weniger entwickelter Technik leicht durchschreitbaren Alpen nach dem Mittelmeer. Es ist der Weg, den die Verpflichtung zur Wahrung der römischen Imperiumsüberlieferung vorschreibt. Da das Kaisertum, nicht als staatliche Organisation, sondern als universales Prinzip vom gesamten Abendland anerkannt war, so mußte es immer wieder versuchen, den gesamten Achsenraum von der Nord- und Ostsee bis zum Ionischen Meer unter seine Hoheit zu bringen, weil nur dadurch das politische Übergewicht sowohl über das ebenfalls die Weltherrschaft erstrebende Papsttum wie über die Eigenstaatlichkeit der übrigen abendländischen Völker gewährleistet war. Eine zweite Entwicklungstendenz zielte ostwärts in die Steppenländer des Ostens und Südostens, einem Macht-, Siedlungs- und Kulturgefälle folgend, dem schon die Ostgermanen der Völkerwanderungszeit nachgegeben hatten. Eine dritte Bewegungsrichtung endlich tritt im späteren Mittelalter auf, die sich nord- und westwärts nach dem Atlantik, zuerst nach den Randseen, schließlich nach dem Ozean selbst wandte. Neben diesen drei nach außen weisenden geopolitischen Spannungstendenzen wurde für die geschichtliche Entwicklung des Reiches als der Einheit Widerstand leistende Kraft noch das Streben der Einzelteile nach Eigenstaatlichkeit bedeutsam. Dieser Drang zum Separatismus wurde nachhaltig befördert, wenn er nicht überhaupt darin begründet liegt, durch die Kammerung des deutschen Bodens infolge der sich durchdringenden Streichrichtungen seiner Gebirge, der Gliederung der diluvialen Landschaft durch Wälder, Seen, Sümpfe und die Richtung der Flußläufe, trennende Momente, die erst eine entwickelte Verkehrstechnik und

eine intensive Bodenbewirtschaftung zu überwinden vermochten. Ende des 12. Jahrhunderts, unter dem Staufer *Heinrich VI.*, sehen wir für eine kurze Zeit die auflösenden Tendenzen aufgehoben und die natürliche Schwerpunktslage des Reiches in ganzer Kraft wirksam werden. Das Reich ist in dieser Zeit nicht nur Symbol für die Einheit des Christentums und des Abendlandes, sondern füllt auch dieses Symbol mit aller Machtfülle aus. Von den nördlichen Küsten und England bis zu den afrikanischen und vorderasiatischen Gegengestaden dehnt es seinen Einflußbereich aus, im einzelnen abgestuft gemäß den staatsrechtlichen Anschauungen der Zeit, im ganzen aber ein imperialer Großraum reinster Prägung. Und doch lag darin eine Überspannung. Weder die Machtmittel des Staates noch die Volkskraft, die allein den imperialen Ideen Bestand verleihen kann, reichten aus, diesen Zustand zu erhalten. Nicht nur, daß die Gegenwirkung des universal gerichteten Papsttums, das den Schwerpunkt des Mittelmeerraumes beherrschte, die mediterrane Südflanke zum Abbrechen brachte, auch im Norden, Westen und Osten und im Inneren selbst gewannen die auseinandertreibenden Kräfte die Oberhand. Die völkische Landnahme des Ostens verbreiterte zwar die kontinentale Basis nördlich der Alpen, aber der hier sich entspinnende Kampf um den völkischen Lebens- und Nahrungsraum ließ den Glanz des imperialen Gedankens verblassen, zumal auch durch die Erweiterung des geographischen Horizontes das Mittelmeer allmählich seines zentralen Gewichtes verlustig ging. Diese Verlagerung der Blickrichtung vom Mittelmeer weg nach den Außengebieten, vor allem nach dem Atlantik, wurde dann bewußter und zwingender, als die Türken die Pforten zum Indischen Ozean durch die Eroberung des Ost-Mittelmeerrandes schlossen. Nun gewannen die westeuropäischen Staaten, die Anrainer des Atlantischen Ozeans waren, das Übergewicht im Abendland, und das Symbol eines alles beherrschenden kontinentalen Kaisertums als Traditionsträger der römischen Imperiumsidee ging unter, nicht aber der Reichsgedanke selbst, der als Sehnsucht lange Jahrhunderte hindurch die Herzen der besten Deutschen erfüllte, sich in verschiedenen Formen zu verwirklichen suchte und im gegenwärtigen Ringen durch Blut und Eisen zu neuer Gestaltung drängt.

In diesem Zusammenhang sei, ehe wir auf die dritte Form von Großraumgebilden, die imperialistische Großmacht, eingehen, ein Wort gesagt über einen europäischen Großraum, der zwar wesentlich wirtschaftlich bestimmt war, aber durch seinen Einfluß auch politisch bedeutsam wurde, *die Deutsche Hanse.* Nicht im Gegensatz zum Reich, sondern sich stolz zur Kaisertreue bekennend, sprengten

doch die hansischen Kaufleute den Rahmen der staatlichen Organisation und schufen sich einen Wirkungsraum, der von Island bis zum Schwarzen Meer, von den Lofoten bis zur Donau reichte. Es war kein festgefügter Wirtschaftsverband, und die Zahl der Städte, die Mitglieder der Hanse waren, wechselte beständig, aber Wirtschaftsform und Wirtschaftsgesinnung waren einheitlich im Gesamtraum von Brügge bis hin nach Nowgorod am Ilmensee. Nicht nur ist es ihrem Wirken zuzuschreiben, daß die Nordsee ein deutsches Binnenmeer wurde, sie gliederte auch die Ostsee dem deutschen Wirtschafts- und Kulturbereich ein. Während der Deutsche Ritterorden den Ostraum weitete und sicherte, organisierte die Hanse den Warenaustausch, indem sie die Agrarüberschüsse des Südostens nach den Küstengebieten leitete und den Umschlag der Güter zwischen Ost und West, Nord und Süd regelte. Die Wirtschaft war streng auf Bedarfsdeckung eingestellt und eine planvolle Lenkung der Produktion innerhalb des Wirtschaftsraumes wies jedem Beruf, jeder Zunft ein bestimmtes Arbeitsfeld zu. Ehrbare Gesinnung und gerechter Preis sicherten jedem das Seine. Die Forschungen von *Fritz Rörig* und *Werner Daitz* haben überzeugend dargetan, wie aus dieser „inneren Freiheit und Selbstverantwortung in der natürlichen äußeren Gebundenheit“ die hohe nordische Kultur und die Blüte des Mittelalters erwuchsen. Geographisch gesehen, umfaßte der hansische, der erste kontinentale Großwirtschaftsraum das diluviale Tiefebenengebiet nördlich der mitteleuropäischen Mittelgebirgsschwelle bis zum Wasserscheidengebiet zwischen Finnischem Meerbusen und Schwarzem Meer, Nord- und Ostsee als Binnenseen umrandend. Verklammert wurde er durch die großen Verkehrsadern entlang der Mittelgebirgsschwelle von Südost nach Nordwest und durch die Straßen, die die Gebirgsdurchgänge und die nordsüdlich gerichteten Flußläufe benutzten, um aus dem Mittelmeerraum und dem französischen und süddeutschen Wirtschaftsgebiet nach dem Norden zu gelangen; weiterhin durch die alte Straße von der Lübecker Bucht durch die Westfälische Pforte nach dem Westen und endlich durch die Seeverbindungen auf Nord- und Ostsee. In ihrer Blütezeit beherrschte die Hanse nicht nur die wirtschaftlichen Funktionen ihres Wirkungsraumes, sondern beeinflußte auch aufs stärkste die politischen Geschicke der nordischen Länder, indem sie nicht selten Fürsten ein- und absetzte und sich an kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligte. Ihre Herrschaft zerfiel, als das geographische Weltbild sich ozeanwärts ausrichtete. Mit ihm zugleich wandelte sich die Wirtschaftsgesinnung — das Zeitalter des Welthandels und der liberalistischen Denkformen zog herauf.

Während wir es bei dem hanseatischen Großraum mit einem Gebilde zu tun haben, das sich zwar auf den Fernhandel gründet und durch ihn seine innere wirtschaftliche und in gewissem Sinne auch politische Verknüpfung erfuhr — aber auf einen Handel, der das persönliche Gewinnstreben zurückstellte hinter das allgemeine Beste und der durch Lenkung der Produktion echter Bedarfsdeckung diente —, geht die Entstehung der neuzeitlichen Kolonialmächte, aus denen sich die *Weltmächte des modernen Kapitalismus* entwickelten, auf einen Handelsbrauch zurück, der rein materialistisch auf möglichst großen persönlichen Gewinn gerichtet ist. Objekte sind am Anfang nicht lebensnotwendige Güter, sondern Luxus- und Genußmittel, deren Bedarf oft überhaupt erst geweckt werden muß. Je weiter eine Ware hergeholt wurde und je größer ihr Seltenheitswert war, um so höher war zwar das Risiko, aber auch der Gewinn. Als das leidenschaftliche Suchen nach dem Seeweg nach Indien Europa am Beginn der Neuzeit gepackt hatte, sehen wir alle atlantikwärts gewendeten Völker Europas in einen Wettlauf eintreten nach den begehrten Schätzen des Ostens in dem egoistischen Streben, deren Vertrieb zu monopolisieren. Die Entdeckung von Land am atlantischen Gegengestade Europas durch die Spanier ließ die Portugiesen, Holländer, Franzosen und Engländer nicht ruhen, auch ihrerseits sich eine Etappe auf dem vermuteten Ostweg nach Indien entlang der ganzen amerikanischen Atlantikküste zu sichern. Ebenso verlangte die Fahrt der Portugiesen von Westen her um das Kap der Guten Hoffnung, der auch die übrigen Ozeanvölker folgten, die Anlage von Stützpunkten an der afrikanischen West- und Ostküste. Der Erwerb von Stützpunkten hatte zur Folge das Streben nach der möglichst unbehinderten Beherrschung des Weges dahin, also die Schaffung einer starken Kriegsflotte, und dies wieder hatte zur Voraussetzung eine hinreichende politische und wirtschaftliche Macht des Mutterlandes. Schutz, Ausbeutung und Weiterentwicklung des Gebietsstandes in verschiedenen Erdteilen, sei er nun punktförmig oder flächenhaft, ziehen den Besitzer in alle Angelegenheiten hinein, die sein weltweites Gebiet berühren, so daß die gesamte politische Organisation aufs äußerste krisenempfindlich wird, andererseits aber wieder der Einfluß des beherrschenden Volkes globale Dimensionen annehmen kann. Als Kennzeichen der kolonialen Großraumbildungen ergeben sich aus alledem: geographisch: Streubesitz in verschiedenen Klimazonen und mit mannigfaltigster morphologischer und landschaftlicher Formung, mit einer Bevölkerung der unterschiedlichsten Rasse-, Volks- und Kulturzugehörigkeit; wirtschaftlich: organisatorischer Zusammen-

schluß von Gebieten verschiedenartigster Wirtschaftsstruktur, in der Frühzeit auf der Grundlage ausbeutenden Handels zugunsten des Stammlandes; politisch: als Triebfeder zum Aufbau die Gewinnung von Machtsphären um der Macht willen — also imperialistischer Machtwille aus Geltungsbedürfnis, nicht imperialer Gestaltungswille mit der inneren Verpflichtung für die höchste Wohlfahrt der Beherrschten — und Schaffung globalen Einflusses. Als reinster Typ eines solchen Großraumes tritt uns bis zum zweiten Weltkrieg das Britische Reich entgegen. Da dessen Entwicklung und Struktur als bekannt vorausgesetzt werden können, soll hier eine knappe Analyse *des französischen Kolonialreiches* gegeben werden. Denn an diesem können wir, da es in seiner alten Form der Vergangenheit angehört, die ganze Problematik derartiger Gebilde vom Anfang bis zum Ende ablesen.

Frankreichs außenpolitische Tendenzen orientieren sich an zwei geographischen Gegebenheiten: einmal an dem wurzelhaften Zusammenhang mit Kontinentaleuropa durch die flandrische Ebene, die Offensivdurchlässe der Schichtstufenlandschaft seines Ostens und den Zug des Rhein-Rhône-Grabens, zum andern an seiner Lage zu zwei Meeren, nach Süden zum Mittelmeer, nach Westen zum Atlantik. Beide Strebungen, die kontinentale und die ozeanische, stehen sich aber polar gegenüber, so daß ein Verfolgen der einen stets ein Aufgeben oder zumindest Nachlassen der anderen zur Folge hat. Zweimal in seiner Geschichte wandte Frankreich sein Gesicht meerwärts und machte den Versuch, in großem Stil seinem ozeanischen Drang nachzugeben und ein Kolonialreich aufzubauen, beide Male ist es an der polaren Spannung seiner geopolitischen Struktur gescheitert. Die Normannen- und Kreuzzüge des Mittelalters begründeten für Frankreich die mediterrane Tradition (Tunis, Ägypten, Vorderasien). Seit Beginn des 16. Jahrhunderts sind Franzosen an den Abenteurer- und Korsarenfahrten der Entdeckungszeit über den Ozean und bereits früher entlang der afrikanischen Küste beteiligt. *Verrazzano* entdeckte in französischen Diensten 1524 die Mündung des Hudson, *Cartier* befährt den St.-Lorenz-Golf und kommt bis zum späteren Quebec und Montreal. Auch in Süd- und Mittelamerika beteiligen sich Franzosen an dem Suchen nach Durchlässen zu den erträumten Goldländern. Erst seit dem 17. Jahrhundert wird dann die Kolonisation aufgenommen, die in Nordamerika von Acadien, dem heutigen Neubraunschweig, ausgeht und sich von hier landwärts in das Gebiet zwischen Hudsonbucht und kanadische Seen vorschiebt. In der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts gelingt dann die Entdeckung des Übergangs nach

dem Mississippi, die Besitznahme des Strombeckens und Louisianas, womit die Verbindung zwischen dem Golf von Mexiko und Kanada hergestellt und zugleich die Umklammerung des englischen Küstengebietes vollzogen wird. In Westindien und im nördlichen Südamerika hat sich Frankreich in die Lücken zwischen den portugiesischen und spanischen Besitzungen eingeschoben. Aus den wechselvollen Kämpfen der rivalisierenden europäischen Mächte ergab sich für Frankreich schließlich der Besitz einiger Inseln und Landstücke, darunter von West-Haiti und von Cayenne. Auf dem Wege nach Indien entlang der afrikanischen Küste gehörten in Westafrika nur einige wenige Stützpunkte und Faktoreien, darunter das aus kurbrandenburgischem Besitz stammende Arguin, zum ersten Kolonialreich. St. Louis am Senegal und Gorée sind die wichtigsten und zugleich die Keimzellen für das spätere französische Westafrika des zweiten Reiches. Bedeutungsvoller sind die Erwerbungen im Indischen Ozean: die Stützpunkte auf Madagaskar, die den Anspruch Frankreichs auf diese Insel auch über den Zusammenbruch des ersten Reiches hinüberretteten, die Inseln Réunion und Mauritius und schließlich die Besitzungen an der Ostküste Indiens um Pondichéry und Chandernagor, die sich im Laufe des 18. Jahrhunderts auch flächenhaft in das Innere hinein entwickelten. In Mittelamerika und im Indischen Ozean bemerken wir sonach Ansätze zu Landringbildung und Binnenseestrebungen. Die Kriege in Europa als Folge seiner gleichzeitig verfolgten hegemonialen Ansprüche auf dem Kontinent beraubten Frankreich fast seines gesamten Kolonialbesitzes. Die Ursachen dafür liegen auf der Hand.

Der Zusammenschluß eines so weitmaschig verteilten Streubesitzes zu einem harmonischen Organismus setzt im wesentlichen dreierlei voraus: 1. eine meerbeherrschende Kriegsflotte, 2. eine Umwandlung der Kolonien in Mutterboden durch Kolonisation — was aber naturgemäß wieder die Verselbständigung dieser Kolonien fördert — und 3. eine planvoll gelenkte Wirtschaft, die die Kolonien zu einem Ergänzungsglied der heimischen Wirtschaft macht. Ansätze, diesen Voraussetzungen gerecht zu werden, sind von Frankreich besonders unter *Richelieu* und *Colbert* gemacht worden. Aber die politische Schwäche des Mutterlandes ließ das Schwert stumpf werden, und der Kolonistenstrom floß zu spärlich, obwohl, nebenbei bemerkt, die Volkskraft der französischen Siedler in Nordamerika z. B. sehr beachtlich ist, hat sich doch der französische Bevölkerungsteil in Nordamerika innerhalb 175 Jahren ohne Blutzufluß vom Mutterland her unter Aufrechterhaltung seines Volkstums fast um das 65fache seines ursprünglichen Bestandes vermehrt. Die

wirtschaftliche Entwicklung stand auf zu schmaler Grundlage, litt unter dem ausbeutenden System des Handels und beschränkte sich im wesentlichen auf Erzeugung wertvoller Kolonialprodukte für die Einfuhr nach dem Mutterland. Schließlich bemächtigte sich des Heimatvolkes selbst Kolonialmüdigkeit, so daß der wagende Impuls vom Mutterland her fehlte. Trotzdem aber schlief in Frankreich nach dem Verlust des 1. Reiches der Drang nach Kolonien nicht ein. Auch *Napoleon* dachte an Kolonien, wie seine Ägyptenexpedition und andere Maßnahmen zeigten. Als die europäischen Mächte im Pariser Frieden seine Politik liquidierten, gaben sie Frankreich kleine Reste des Kolonialbesitzes in Amerika, Afrika und Indien zurück, die zu Ansatzpunkten der Entwicklung des 2. Kolonialreiches wurden.

Aber zögernd nur und in steter Rücksichtnahme auf England begann Frankreich den Neuaufbau. Zuerst wurde von der verbliebenen Insel Réunion aus der Versuch gemacht, Madagaskar zu erwerben. Es gelang aber zunächst nur, einige kleinere Inseln zu gewinnen, Madagaskar selbst fiel erst gegen Ende des Jahrhunderts Frankreich zu. Die Besitzungen im westlichen Indienmeer wurden das Sprungbrett nach Indien selbst. Allerdings an der Erweiterung der schmalen ostindischen Basis wurde Frankreich gehindert und auf Hinterindien abgedrängt. Die Konsolidierung dieses Besitzes gelang aber auch erst in den 80er Jahren. Auch Versuche, in Australien und Neuseeland Fuß zu fassen, mußten aufgegeben und auf Südseeinseln verlagert werden. In Amerika verhinderten die Vereinigten Staaten jede weitere Ausdehnung auf beiden Kontinenten; ein Versuch, in Mexiko Einfluß zu gewinnen, endete mit dem Tode des habsburgischen Erzherzogs *Maximilian*. Eine wirklich großräumige Kolonialbildung ergab sich aus der afrikanischen Politik Frankreichs. Immerhin hat es von 1830 an mehr als 50 Jahre gedauert, bis von den punktförmigen Ansätzen an der algerischen Küste aus das riesige Hinterland von Algerien und Tunis erobert waren. Seit 1821 wurden die kümmerlichen Kolonialüberreste in Westafrika vorerst tastend, dann planmäßig flächenhaft verbreitert. Die Stoßrichtungen zielen zuerst nach dem oberen Niger mit Timbuktu von Norden und Süden her und schließlich ostwärts zum Tschadsee, den man auch vom Kongo her erreicht, und zum Nil. All das vollzieht sich aber erst im Zeichen des bei allen europäischen Nationen in den 70er Jahren ausbrechenden Kolonialfiebers und in stetem Wettbewerb mit den anderen Kolonialvölkern. Der französische Plan zielt auf die kontinentale Verknüpfung des Atlantik mit dem Roten Meer. Bei Faschoda ist dieser Traum ausgeträumt. Ein Ersatz dafür wird der französischen Expansionspolitik mit der

Handlungsfreiheit in Marokko gewährt, dessen Eingliederung sich im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts vollzieht. Allerdings ist der Preis dafür die Zerschlagung des Zusammenhanges des mittelafrikanischen mit dem nordafrikanischen Besitz durch die Deutschland gewährten „Entenschnäbel" zum Kongo-Ubangi. Der Weltkrieg beseitigte diese Sperre und gab Frankreich noch dazu die Mandate über die größten Teile der von ihm eng umklammerten deutschen Kolonien Togo und Kamerun, so daß nunmehr das französische Afrika einen imponierenden Block vom Mittelmeer bis zum Kongo mit einer Fläche von mehr als 10 Mill. qkm und 40 Mill. Einwohnern, das ist ein Drittel der Fläche und fast ein Viertel der Bewohner Afrikas, bildete. Das gesamte französische Kolonialreich umfaßte ein Gebiet von $12^1/_2$ Mill. qkm mit 70 Mill. Einwohnern. In ihm lebten 2,3 Mill. Franzosen, davon allein im kontinentalen Afrika $1^1/_4$ Mill., die sich aber im wesentlichen unter Vermeidung der siedlungsleeren Wüsten- und Urwaldgebiete im mediterranen und atlantischen Küstenbereiche finden. Bei einer Beurteilung des 2. Kolonialreiches ergeben sich im Grunde dieselben Probleme, denen wir bereits im 1. begegneten: weitgestreuter Besitz in allen Klimabereichen mit mannigfaltigster Landschaftsgestaltung und heterogenster Rasse-, Volks-, Kultur- und Wirtschaftsstruktur. Ein bedeutsamer Unterschied ist allerdings gegenüber dem ersten Reich festzustellen. Während hier flächenhafte Ausdehnungen in Nordamerika und Indien aus Mangel an Kolonisten und wegen der politischen Schwäche des Mutterlandes auf die Dauer scheiterten, besteht das 2. Kolonialreich auf der Höhe seiner Macht nach dem ersten Weltkrieg neben dem Inselbesitz aus drei großen in sich zusammenhängenden Landkomplexen: in Afrika, Hinterindien und Vorderasien. Es könnte danach scheinen, als ob damit der Schritt über den reinen aneignenden Imperialismus hinaus zum gestaltenden Imperiumsgedanken gemacht worden wäre. Aber dazu fehlte die wichtigste Voraussetzung: die imperiale Idee und der feste Wille zum Imperium bei allen Gliedern, der nur durch ein kräftiges Volkstum erzeugt werden kann. Denn so stark sich der Einfluß französischer Lebenshaltung und Lebensauffassung auf die untergebenen Völker zivilisatorisch auswirkte, so war er doch nicht tief genug ethisch verwurzelt, um die völkische Eigenständigkeit der Teilgebiete zugunsten einer höheren Einheit überwinden zu können. Es fehlte ferner nicht nur die Voraussetzung des völlig geschlossenen Gebietszusammenhanges innerhalb des Gesamtreiches, auch die einzelnen Glieder, auch die großflächigen, waren nicht geographische Individuen, sondern nach ihrer Abgrenzung willkürliche Gebilde, die

ihre Form weltpolitischen Konstellationen, vor allem der Rücksichtnahme auf englische Ansprüche, verdankten. Verkehrsmedien zwischen den Einzelteilen und dem Mutterland bildeten im wesentlichen der Ozean, den man nicht beherrschte, und der Luftraum, der seine verbindenden Funktionen aber nur dann erfüllen kann, wenn die Herrschaft über ihn, d. h. über den zugehörigen Boden unbestritten ist. Eine Stärkung des Reichszusammenhaltes würde sich vielleicht dadurch ergeben haben, daß die Glieder in sich organisch entwickelt worden wären. Aber auch das ist weder politisch, noch kolonisatorisch, noch wirtschaftlich, noch verkehrsmäßig, noch kulturell in ausreichendem Maße der Fall gewesen. Politisch gesehen war das französische Reich eine streng zentralistisch aufgebaute Organisation, die vom Mittelpunkt Paris her ihre Weisungen empfing. Abgesehen von Algerien als Nebenland, sind kaum Ansätze zu autonomer Entwicklung der Reichsteile oder zu ihrer ausreichenden Beteiligung an der Lenkung der Gesamtgeschicke vorhanden. Ein solches System hat natürlich den Vorteil engster verwaltungsmäßiger Verklammerung, ist aber nur haltbar, wenn die Wehrkraft der Glieder so ausgestaltet wird, daß diese im Notfall für sich selbst stehen können. Frankreich hat aber ihre Wehrhaftmachung nur insofern entwickelt, als diese zur Stärkung seiner kontinentalen Position beitrug. Eine Kräftigung des Reichszusammenhalts durch systematische Kolonisierung ist ebenfalls nicht erreicht worden, da Frankreich selbst Einwandererland geworden war und seine Volkskraft erst recht nicht ausreichte, ein Kolonialfranzosentum aus eigenem Blut in nennenswertem Umfang zu schaffen. Wirtschaftlich sind die Kolonien für Frankreich im wesentlichen Lieferanten von Genuß- und Luxusmitteln geworden. Lebensnotwendige Wirtschaftskolonien im eigentlichen Sinne, die Agrarprodukte und Bodenschätze zur Deckung fehlenden mutterländischen Bedarfes zu liefern imstande waren, besaß es nicht, hatte es bei seiner im ganzen ausgeglichenen Struktur auch nicht nötig. Ja, die Einfuhr von Getreide z. B. aus den Mittelmeerkolonien hatte sogar zur Folge, daß sie die Änderung der heimischen sozialen Struktur, die in der infolge der Unrentabilität der französischen Landwirtschaft immer steigenden Landflucht zum Ausdruck kam, beschleunigte. Auch als Absatzgebiete für die Industrieerzeugnisse des Mutterlandes spielten die Kolonien nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle. Im ganzen betrug trotz scharfer Schutzzollmaßnahmen der Anteil der Kolonien an der Einfuhr des Mutterlandes knapp den vierten, der an der Ausfuhr noch nicht den dritten Teil. Auch die Verkehrsklammern, die die einzelnen Teile untereinander und mit dem Mutterland ver-

binden, waren ebensowenig entwickelt worden, wie die Verkehrserschließung der Teile in sich zu schwach war. Gewiß kann bei Betrachtung einzelner Gebiete Frankreich auf beachtliche Leistungen seiner Kolonialpolitik hinweisen, wie etwa die Stadtplanung in Marokko oder die kolonisatorische Erschließung Algeriens und Tunesiens, die aber auch wieder zu einem guten Teil getragen war von fremdvölkischen Elementen, die naturalisiert wurden — im großen gesehen war die Entwicklung zum Reich nicht geglückt. Die Kolonien waren für Frankreich nicht lebensnotwendig, sondern im wesentlichen Ausdruck des Anspruches des französischen Volkes auf Geltung kraft seiner alten Kultur und seiner Geschichte. Aus diesem Grunde ist das französische Reich nicht als echter Großraum, sondern als imperialistische Großmacht anzusehen ebenso wie das britische.

Unter den Großraumgebilden der Gegenwart mögen wegen ihrer besonderen Struktur noch zwei kurz gestreift werden: *die Vereinigten Staaten von Amerika* und die *Sowjetunion.* Das kontinentale Kernland der Vereinigten Staaten umfaßt rund 8 Mill. qkm und kommt damit reichlich dreiviertel der Fläche Europas gleich. Seinem morphologischen Aufbau nach gliedert es sich im großen in drei meridional gerichtete Landschaftsstreifen: den atlantischen Osten bis zum Gebirgsabschluß der Appalachen, das weite Tieflandsbecken des Mississippi-Missouri-Ohio und den pazifischen Westen mit den ausgedehnte Hochflächen einschließenden Ketten des Felsengebirges. Beide Gebirgsschranken bieten an sich keine unüberwindlichen Hindernisse für ihre Durchschreitung. Als die neue Welt für Europa entdeckt wurde, bewohnten diesen Raum etwa 1 bis 3 Mill. Indianer, deren wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung sehr gering war. Die Entbindung der in diesem praktisch also fast volksleeren riesigen Gebiet vorhandenen Energien und deren Wandlung in politische und wirtschaftliche Kraft wurde zur gesamteuropäischen Aufgabe. Solange die staatliche Abhängigkeit des Gebietes von europäischen Kolonialmächten bestand, also etwa bis 1790, war im wesentlichen nur der Ostküstensaum bis zu den Appalachen besiedelt, so daß sich noch der weitaus größte Teil des Raumes der Erfüllung darbot. Mit der Verselbständigung begann dann der Vorstoß nach dem Westen, der, erst langsam, dann steigend, schließlich in den letzten Jahrzehnten versiegend, einen gigantischen Völkerstrom über den Atlantik brachte. In einem reichlichen Jahrhundert sind fast 40 Mill. Menschen in die Vereinigten Staaten eingewandert; von 5 Mill. im Jahre 1800 stieg die Bewohnerzahl auf 131 Mill. im Jahre 1941. Was gab Europa ab? Es sind — zum mindesten bis zu Ende des 19. Jahrhunderts — in der Hauptsache zwei Typen see-

lischer Grundhaltung, die ihre Heimat verließen: einmal Revolutionäre und Doktrinäre, die sich der europäischen Ordnung in politischer, religiöser, wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht nicht einfügen wollten oder konnten, zum anderen solche, denen die Raumenge Europas keinen Platz für den Aufbau einer Existenz bot, die aber so persönlichkeitsbewußt waren, daß sie sich nicht mit einem Pariadasein abfinden wollten, sondern in der Weite des neuen Landes die Möglichkeit für ein eigenständiges Dasein suchten. So entstanden zwei wesentliche Charakterzüge des amerikanischen Menschen: wagemutiger, freiheitsliebender Pioniergeist und ein unermüdlicher nüchterner Fleiß, der sich auf das nur im Nützlichen liegende Streben beschränkt. Die scheinbar unerschöpflich quellende Bodenfruchtbarkeit und die verschwenderische Fülle von Bodenschätzen, die beide mit Hilfe einer aufs höchste gesteigerten Technik nutzbar gemacht wurden, schufen in Verbindung mit den gekennzeichneten Charaktereigenschaften die Vorstellung vom „eigenen Land Gottes" und den Glauben an eine Sendung, die der Amerikaner zu erfüllen hätte. Die ohne Rücksicht auf den eigenen Bedarf vorwärtsgetriebene Ausbeutung des Bodens, die nicht zum Wohlstand des Bearbeiters und damit zur Verwurzelung führte, sondern sich in Kapital umsetzte, ließ nach Absatzmärkten Ausschau halten und nach Anlagemöglichkeiten für das sich im Überfluß ansammelnde Geldkapital. So bemerken wir auf der einen Seite durchaus die Möglichkeit, bei planvoller Lenkung den amerikanischen Nordkontinent in sich autark zu machen, zumal wenn man die subtropischen und tropischen Gebiete Mittel- und Südamerikas hinzurechnet als koloniale Ergänzungsräume. In Verbindung mit der oben gekennzeichneten Sendungsidee könnte also der kontinentale Raum in einen echten Großraum mit imperialer Prägung gewandelt werden, der in sich ruht und auch ethisch zu rechtfertigen ist. Auf der anderen Seite sehen wir aber ein über die naturgegebenen Grenzen hinausgreifendes Streben nach Weltherrschaft. Dieses Streben hatte nach Erfüllung des kontinentalen Raumes gegen Ende des 19. Jahrhunderts zuerst vorwiegend den Charakter eines Wirtschaftsimperialismus. Dieser führte nur in Mittelamerika und auf der Inselwelt des amerikanischen Mittelmeeres und des Stillen Ozeans zu politischer Machterweiterung, die sich im wesentlichen in der Schaffung von Stützpunkten zur Sicherung der Handelswege manifestierte. Nach dem Weltkrieg aber und vor allem unter der Präsidentschaft *Delano Roosevelts* bemerken wir eine Wandlung, die die immer stärker werdende Ausrichtung der Stützpunktpolitik von der wirtschaftspolitischen auf die machtpolitische Seite hin zeigt. In Süd-

amerika, in Afrika, im Nahen Osten, in Australien, überall auf der Welt, soweit sie den Vereinigten Staaten zugänglich ist, stehen heute amerikanische Soldaten und kennzeichnen die maßlosen Ansprüche, die auf eine totale Weltbeherrschung zielen. Das gegenwärtige Machtgebilde der Vereinigten Staaten zeigt demnach die polare Spannung zweier Strukturtypen. Der kontinentale Kernraum, ausgestattet mit einer Fülle natürlicher Reichtümer, die einer ein Mehrfaches der heutigen betragenden Bevölkerungszahl einen hohen Lebensstandard gewährleisten können, trägt die Merkzeichen der Entwicklung zu einem in sich ausgewogenen Imperium. Die Unausgeglichenheit der sozialen, wirtschaftlichen, völkischen und kulturellen Struktur zeigt aber, daß noch ein weiter Weg planvollen Ausgleichs und zielbewußten Aufbaus zurückzulegen wäre, ehe man von einer völligen inneren Konsolidierung und damit einer echten Großraumbildung sprechen kann. Dieses im Inneren noch unfertige Gebilde wird aber andererseits durch ein nach Osten und Westen über die Ozeane auf die Gegengestade übergreifendes Machtstreben zerdehnt, das nicht nur alle Merkmale der ozeanbestimmten Machttendenzen der alten imperialistischen Kolonialgroßmächte trägt und damit deren ganze Problematik aufweist, sondern diese sogar noch übersteigert und Einfluß auf alle Erdstaaten beansprucht. An dieser Übersteigerung, die die eigene innere Kraft und die Größe der Gegenwirkungen verkennt, und an dem strukturellen Zwiespalt wird sich das Geschick der Vereinigten Staaten erfüllen.

Ebenso wie der Kernraum der Vereinigten Staaten trägt auch die Sowjetunion kontinentales Gepräge. Doch welche Unterschiede in der Struktur! Bei den Vereinigten Staaten ging die Staatenbildung von der Küste aus und schritt nach dem Inneren fort, bis sie den Gegenrand des Kontinents und damit ein zweites offenes Fenster zum freien Ozean erreicht hatte. Das Gesetz des Gegengestades verleitete sie dann zu imperialistischer Machtausweitung über das Atlantische und Stille Meer. Rußlands Ausgangsstellung lag dagegen mitten im Kontinent, im lichten Waldgebiet zwischen Ilmensee und Bug—Dnjestr. Nach Westen hin war ihm die Ausdehnung versperrt durch das kulturell höher stehende, festgefügte westeuropäische Staatensystem. So blieb ihm nur der Weg ostwärts in konformen Raum und südwärts in die Steppe. Keine Gebirgsschranke setzte ihm Grenzen. Im Rücken Kultureuropas und Ostasiens entwickelte sich das Staatswesen als „Gefangener seines Raumes“ zwischen Arktischem Meer und Trockengürtel, politisch und kolonisierend ausgreifend, bis das Schwarze Meer, die Ostsee und der Stille Ozean erreicht waren, dieser bezeichnenderweise zu-

erst bereits Mitte des 17. Jahrhunderts, da hier dem Machtgefälle kein politischer oder kultureller Widerstand entgegentrat, so daß die Raumgesetze in voller Stärke wirksam wurden. Ähnlich wie bei den Vereinigten Staaten drängte auch in Rußland nicht Raumenge eines übervölkerten Verbraucherzentrums zur Ausdehnung, sondern Raumweite bot sich Menschen dar, deren Charakter durch die Eroberung der Steppe einen starken Hang zur Beweglichkeit erhalten hatte — sind doch auch heute noch, abgesehen von den Kriegsereignissen, Millionen von Menschen in der Sowjetunion in steter (oder vielmehr unsteter) Bewegung, so daß Umsiedlungen größten Ausmaßes, wie sie die bolschewistische Wirtschaftspolitik mit sich brachte, nicht das Grundgefüge des Volkskörpers erschüttern. Kennzeichnend für den Ausbau des russischen Großraumgebildes sind vor allem zwei Probleme geworden, einmal die Frage nach der Entwicklung aus eignem Raum und Volkstum heraus oder durch Übernahme fremdbürtiger Einflüsse, und zum anderen die Nutzbarmachung des Raumes für Besiedlung und Wirtschaft. Der sowjetische Staat vor seinem Eintreten in das gegenwärtige Ringen war ein Gebilde eigner Prägung. Als staatlicher Organismus repräsentierte er die typisch russische Abwandlung ins Despotisch-zentralistische einer Idee, die in der breiten Masse des Volkes den orthodox-christlichen Glauben verdrängt und den Fanatismus einer Sendung angenommen hatte. Insofern hat der sowjetische Staat imperiales Gepräge. Wirtschaftlich war der Raum, abgesehen von dem Fehlen kolonialer Produkte, das aber bei dem niedrigen Lebensstandard und der Bedürfnislosigkeit des Volkes nicht als untragbar empfunden wurde, in sich befriedigt. Um der imperialistischen Ziele der jüdisch-bolschewistischen Weltrevolution willen sollte aber eine Entwicklung, zu der das Abendland Jahrhunderte gebraucht hatte und die gleichzeitig mit dem Wachsen der Bedürfnisse eine Steigerung der Technik und umgekehrt bewirkte, von einer Generation bewältigt werden. Wie ein Knabe eine Knospe aufblättert, um sofort die voll erblühte Rose zu sehen, so schuf man nicht in allmählichem Fortschreiten eine boden- und volksständige Technik, sondern übernahm unmittelbar den unter ganz anderen Wachstumsgesetzen gewordenen Amerikanismus. Mögen dabei auch im einzelnen Leistungen gezeitigt worden sein, die, da sie als sorgsam gehütetes Geheimnis im Dienste einer ungeheuren Aufrüstung erfolgten, uns erst jetzt bekannt geworden sind und uns oft mit Erstaunen erfüllen, so ist das ganze System, weil unorganisch, doch im Inneren brüchig und nicht zur Dauerleistung fähig. Außerdem hat die mit untauglichen Mitteln unternommene Technisierung eine für uns unvor-

stellbare Verelendung gerade der Massen gebracht. Von einer auf höchster Nutzung zum Besten des Volkes beruhenden Synthese Raum — Volk ist daher die Sowjetunion weiter entfernt als je zuvor. Ein weiteres Problem des sowjetischen Großraumes ist das der Grenzen. Auch heute noch ist die Sowjetunion grenzenlos, d. h. sie hat noch keinen genügend breiten Zugang zum immer offenen Meer. Diese unausgewogene Abgrenzung läßt den politischen Raum als unfertig erscheinen und führt zu einer Unstabilität der äußeren Politik, die neben seiner aggressiven politischen Ideologie die Sowjetunion zur steten Drohung für ihre Nachbarn werden läßt, zumal geographische Leitlinien, die die Richtung nach dem Atlantischen Ozean, dem Persischen Golf und dem Gelben Meer weisen, vorhanden sind. Da jedoch die geographische Leitlinie nicht nur nach einer Richtung hin wirksam wird, sondern ebenso in die entgegengesetzte, so wandelt sich das geographische Problem in ein politisches, d. h. der umstrittene Raum wird sich dem Volke fügen, das die stärksten ideellen und politischen Energien zu entwickeln imstande ist.

Überblicken wir das Ergebnis unserer bisherigen Betrachtungen, so ist festzustellen, daß trotz aller Mannigfaltigkeit im einzelnen sich die staatlichen Großräume in wenige Strukturtypen zusammenfassen lassen. Kontinentale Ausdehnungsmöglichkeit fördert die Entwicklung von Gebilden imperialer, ozeanische diejenige imperialistischer Prägung. Aber auch bei diesen letzten herrscht die Tendenz, durch wirtschaftliche, kulturelle oder politische Verklammerung des Streubesitzes zu Imperien fortzuschreiten, wenn die Entwicklung nicht gehemmt wird durch die Konkurrenz anderer Gebilde oder durch innere Schwäche der aufbauenden Macht. Allmählich wird ein innerer und äußerer Gleichgewichtszustand des Großraumes eintreten. Dieses Reifestadium trägt aber den Keim zu Neubildungen in sich. Wird die Gleichgewichtslage gestört, so ist der Weg zu neuem Werden frei. Die Gründe für eine Gleichgewichtsverlagerung können mannigfacher Art sein, wie Fehler in der Struktur durch Überdehnung der biologischen, wirtschaftlichen, politischen oder ideellen Kraft, Umsturzversuche von außen durch Ansprüche von Völkern, deren Lebensnotwendigkeiten unter den herrschenden Zuständen leiden u. a. In einem solchen Umbildungsprozeß größten Ausmaßes, der die Raumverteilung der gesamten Erde auf neue Grundlagen zu stellen unternimmt, befinden wir uns gegenwärtig. Der Gleichgewichtszustand, den die kolonialen Großmächte vor dem ersten Weltkrieg anstrebten, konnte so lange nicht erreicht werden, als wachsende Völker, wie Deutschland, Italien und Japan, nicht ihre volle Bedürfnisbefriedigung im System fanden. Der Versuch, die

ganze Welt als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet aufzubauen, in dem einzelnen Teilen gesonderte Funktionen als Rohstoff- und Nahrungslieferanten einerseits und als Verbraucher- und Verarbeitergebiete andererseits zugewiesen wurden, scheiterte nicht nur daran, daß völlige Willkür in der Erzeugung herrschte, sondern auch daran, daß kein freier Austausch zwischen den einzelnen Funktionsträgern möglich war, da tatsächlich infolge der mit diesem System verbundenen kapitalistischen Wirtschaftsauffassung fast das gesamte Rohstoff- und Nahrungsmittelgebiet und die Verbindungen zu den großen Verbraucherzentren in den Händen der großen Kapitalbesitzer, d. h. Großbritanniens oder von ihm abhängiger Trabanten war. Daß gerade Deutschland gegen die herrschende „Ordnung" ankämpfte, erklärt sich daraus, daß seine soziale und wirtschaftliche Struktur durch das Weltwirtschaftssystem am empfindlichsten bedroht wurde: hochentwickelte Industrie, die Rohstoff- und Absatzgebiete benötigte, stärkste Bevölkerungsballung bei wachsender Volkszahl, schmale Nahrungsmittelgrundlage, die ein kulturfähiges Leben nicht ohne Zufluß von außen ermöglichte, kontinentale Lage mit von England kontrollierten Ausgängen zum offenen Meer, die freien Austausch hinderten. Deutschland mußte im ersten Weltkrieg scheitern, da das Kernproblem nicht erkannt war. Es wollte seine Handlungsfreiheit erringen, nicht um sich aus der weltwirtschaftlichen Verflechtung zu lösen, sondern um als Glied des Systems und gleichberechtigter Partner neben Großbritannien Anteil an den überseeischen Rohstoff- und Absatzmärkten zu erlangen, da es selbst in kapitalistisch-imperialistische Gedankengänge verstrickt war. Trotz des deutschen Mißerfolgs hatte der Weltkrieg aber die ganze Problematik des weltpolitischen Systems offenkundig werden lassen, besonders da die ihn abschließenden Friedensdiktate eine Übersteigerung in der Richtung einer tatsächlichen Weltbeherrschung durch die ozeanischen Mächte festlegen wollten. So bahnten sich allmählich Ausgliederungen aus dem System an, die sich zuerst vor allem auf die wirtschaftlichen Belange bezogen. Da aber die Wirtschaft nur Funktion der Politik ist, so ist eine wirtschaftliche eng mit einer politischen Neuordnung verbunden.

Betrachten wir zunächst einige Voraussetzungen. Geographische Gründe, die verschiedenartige natürliche Ausstattung der Erde mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die unterschiedliche Begabung der Völker, sie nutzbar zu machen, deren biologische Potenz, historische und soziale Impulse, alles wirkt zusammen, daß die Verteilung der Bevölkerung über die Erde sehr ungleichmäßig ist. Neben äußerst dicht besiedelten Gebieten, wie Mitteleuropa, Ost-

asien, dem Niltal, dem mittelöstlichen Nordamerika, stehen weite, fast völlig menschenleere in Afrika, Asien und Südamerika. Die Gebiete großer Menschenballungen treffen nun keineswegs zusammen mit den Gebieten höchster Ertragsfähigkeit. Ohne auf Einzelheiten hier näher eingehen zu können, seien dafür tabellarisch einige wenige Beispiele, auf die Erdteile bezogen, gebracht.

Welterzeugung in Mill. t — *(Bedarfsdeckung in %)*

	Weizen	Roggen	Eisen	Kohle	Baumwolle
Europa	90,9 *(83,3)*	45,7 *(97,7)*	114,8 *(95)*	926,9 *(105)*	0,9 *(50)*
Afrika	3,8 *(90)*	— —	6,8 *(850)*	17,6 *(95)*	0,6 —
Asien	38,5 *(97,7)*	0,4 *(100)*	8,9 *(94)*	106,4 *(103)*	1,6 *(92)*
Nord- und Mittelamerika .	35,6 *(120)*	1,7 *(106,2)*	32,0 *(130)*	362,6 *(80)*	2,7 *(157)*
Australien	4,4 *(344,6)*	— —	— —	18,8 *(104)*	— *(33)*
Südamerika ...	12 *(106)*	0,3 *(100)*	2,0 —	3,9 *(44)*	612 *(243)*

Die Spannung zwischen Gebieten großen Verbrauches und solchen überschüssiger Erzeugung vermochte das Weltwirtschaftssystem nicht zu beseitigen, zumal sie noch dadurch verschärft wurde, daß nicht auf Bedarfsdeckung hin erzeugt wurde, sondern man bestrebt war, unter Ausnutzung günstiger natürlicher Gegebenheiten und unter Anwendung technisch aufs höchste vervollkommneter Methoden höchstmögliche Erträgnisse auszubringen und so alle Folgen kapitalistischer Krisenempfindlichkeit auf sich nahm. Die Lösung liegt in der Zusammenfassung geographisch aufeinander abgestimmter Räume zu Wirtschaftsgroßräumen. Das bedeutet, daß der neu zu gestaltende Großraum der in ihm lebenden Völkerfamilie Nahrungs- und Rohstofffreiheit sichern muß, damit sie, vor allem in Zeiten der Not, aus dem Raum heraus zu leben und sich zu verteidigen imstande ist. Da kein Kontinent alle Bedürfnisse einer hoch entwickelten Verbraucherschaft befriedigt, so muß der Großraum über Ergänzungsräume verfügen, die durch alle Klimabreiten hindurch sich ausdehnen und durch leicht zu verteidigende

Verkehrswege mit ihm verbunden sind. Innerhalb des Großraumes muß durch planvolle Lenkung eine genaue Abstimmung der Teilgebiete hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Funktionen für den Gesamtbereich erfolgen. Grundsätzlich steht die Gesamtwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Deckung des eigenen Bedarfes, was nicht ausschließt, daß dem Großraum fehlende Güter von anderen Großräumen durch Austausch gegen überschüssige Erzeugnisse hereingebracht werden. Planung und Lenkung setzen aber das Vorhandensein einer vorherrschenden politischen Macht voraus, die die Ordnung im Innern und die Verantwortung für den Schutz nach außen übernimmt. Insofern erhält der Großordnungsraum souveräne Züge und kommt den imperialen Gebilden nahe. Der wesentliche Unterschied gegen das Imperium ergibt sich aber aus der Tatsache, daß die einzelnen Gliedvölker ihre politische und kulturelle Freiheit behalten und sich nur in den die Belange des Gesamtraumes betreffenden außenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen dem Gemeinnutz beugen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier auf Einzelheiten einzugehen. Deutlich heben sich aber für die Neuordnung der Welt bereits jetzt einige Räume ab, die auf dem Wege zu *Großordnungsräumen* sind.

Für den *nordamerikanischen Raum* haben wir bereits darauf verwiesen. Allerdings bedeutet das für die Vereinigten Staaten einen Verzicht auf imperialistische Ausweitung ihrer Macht über die Ozeane hinweg und die Lösung der inneren Probleme. Ob neben dem germanisch bestimmten Nordraum sich ein ibero-amerikanischer Südraum der gemäßigten Breite entwickeln kann, etwa unter Führung der ABC-Staaten, ist ein Problem, dessen Lösung nicht zuletzt durch den Ausgang des gegenwärtigen Krieges erwartet werden kann. Klar zeichnen sich dagegen wieder die Umrisse eines *großostasiatischen Ordnungsraumes* unter japanischer Führung ab. Zunächst freilich ist es ein mehr mediterranes Gebilde, das nur einen verhältnismäßig schmalen Kontinentalsockel besitzt. Dessen Verbreiterung ist das Kampfziel der Japaner gegen Tschungking-China. Staatsrechtliche Ordnung und wirtschaftliche Planung sind in diesem Raum trotz des Krieges bereits weit fortgeschritten, und die zielbewußte Arbeit der Japaner hat beachtliche Erfolge gezeitigt. Die Abmachungen mit den europäischen Achsenmächten umreißen darüber hinaus auch schon Grundlinien für einen politischen und wirtschaftlichen Verkehr der einzelnen Großordnungsräume untereinander. *Der europäische Großordnungsraum* kristallisiert sich um die meridionale Achse des dicht bevölkerten industrialisierten Mitteleuropa. Seine Nahrungsfreiheit wird ihm durch die Beherrschung

der Ostländer gesichert, die ebenso Platz geben für die Aufnahme seines Bevölkerungsüberschusses. Der subtropische Ergänzungsraum des europäischen Mittelmeeres und die tropichen Gebiete Afrikas, die ein unabdingbarer Bestandteil des europäischen Großraumes sind, machen ihn unabhängig von überseeischer Zufuhr. Der Kriegsausgang wird über die Abgrenzung und die Organisationsform im einzelnen entscheiden, aber die Aufgabe ist gestellt und ihre Lösung vorbereitet. Für ozeanische Kolonialreiche vom Typus des britischen wird in dem neuen Weltsystem der Großordnungsräume kein Platz mehr sein. Wie das Schicksal Großbritanniens sich gestalten wird, braucht uns in diesem Zusammenhange nicht zu kümmern. Ob es in den Vereinigten Staaten aufgeht, als Teilreich weiter existiert oder ob es sich auf seine Stellung als atlantischer Vorposten Europas besinnt, ist für die großen Fragen der Weltumgestaltung bereits jetzt ohne grundsätzliche Bedeutung.

Man hat das Wort geprägt: Raum ist Schicksal. Faßt man seinen Sinn nicht so auf, daß ein Volk, das Geschick und Geschichte in einen Raum hineinwachsen ließ, duldend die natürlichen Voraussetzungen seines Lebens, die im Raum und seiner Ausstattung gegeben sind, hinnehmen und sich ihnen anpassen muß, sondern in aktivem Sinne, daß der Raum gewissermaßen die Rohform ist, an der das Volk sich zu bewähren hat, so gilt das Wort im besonderen für den deutschen Raum und das deutsche Volk. Als Herz Europas bedingt das deutsche Schicksal zugleich das europäische. Ein mächtiges lebensvolles Deutschland ist die Voraussetzung für ein starkes eigenständiges Europa. Wenn wir versucht haben, vom geographischen Standpunkt her den Strukturlinien großräumiger Machtgebilde nachzuspüren, so haben wir damit gleichzeitig über die wissenschaftliche Begriffsbestimmung hinaus versucht, Klarheit über die tiefere Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes zu gewinnen. Das deutsche Volk ist, wie schon so oft in der Geschichte, wieder einmal Vorkämpfer für eine neue Idee. Es gilt, eine neue Ordnung aufzurichten, die Europa sichert gegen die Überfremdung von Westen und ganz besonders von Osten her, die Europa in sich befriedet, die eine „Pax Europeana“ schafft unter dem starken Schutz des „Ewigen Reiches der Deutschen“.

Das Gesicht Westchinas

Von Hans Leuenberger

Kanton hat der außerchinesischen Welt das menschliche Antlitz Chinas geliefert, Peking das historische, architektonische Gesicht und die Jangtseschiffahrt die einseitige Vorstellung von Innerchina. Der größte Teil der Auslandchinesen stammt aus Kanton und der übrigen Südküste, weshalb der Weltreisende sich ein Bild vom Chinesen aus Singapur, Batavia, Manila und San Franzisko mitnahm, das dem Kantonesen entspricht. Die Tempelstadt in Peking und eine Schiffsreise zu den Jangtseschluchten ergänzten dies Bild zu einer Vorstellung, die nur noch schwer aus den Schulbüchern zu entfernen ist.

Inzwischen lebte eine sonderbare Welt ihr abgeschiedenes Dasein weiter: das unendliche Gebirgsmeer von Westchina, eine der phantastischsten Stufenlandschaften der Welt, die vom Südchinesischen Meer bis zu den Siebentausendern von Chinesisch-Tibet ansteigt. Ponys und Tragstühle sind fast die einzigen Verkehrsmittel. Nur wenige Flüsse erlauben die Fahrt ins Innere, die neuerdings auf einem weitmaschigen Straßennetz zusätzliche Verkehrswege einschlägt.

Westchina ist das Rückzugsgebiet der Meau, der Urbevölkerung Chinas, deren hochstehende kämpferische Staatengebilde mit den Chinesen bis in die jüngste Zeit hinein in erbittertem Ringen lagen. Aber noch ein anderes uraltes Volk, das ursprünglich aus dem Gebiet des heutigen Schantung in den Süden gelangt war, hat hier einen Hort gefunden. Im Gegensatz zu den Meau jedoch haben sich diese Hakka weitgehend vermischt und es sogar verstanden, einen wichtigen Teil der führenden Oberschicht zu bilden. Westchina ist außer der schon als innerasiatisches Übergangsgebiet geltenden Provinz Kansu auch der Unterschlupf für den Islam geworden, der von Norden und von Hinterindien her Eingang gefunden hatte. Der fast zwanzig Jahre dauernde Krieg zwischen den Mohammedanern Westjünnans und den kaiserlichen Truppen dezimierte die Einwohnerzahl dieser Provinz auf die Hälfte. Als sich die erste große mohammedanische Armee im Jahr 1872 in Tali ergab, wurden etwa dreißigtausend Mohammedaner ermordet. Der Kaiser in Peking erhielt von seinen Heerführern als Beweis ihres Sieges einige Körbe

voll Ohren, die den führenden Muslim abgeschnitten worden waren...

Die zwei südlichsten Provinzen, Kwangtung und Kwangsi, sowie die nördlichste noch zu Innerchina zählende Provinz Setschuan, waren während langer Zeiten Vizekönigreiche, die sich zu eigenwilligen Gebilden entwickelten. Die Gouverneure der Republik und die Militärgewalten folgten der despotischen Tradition ihrer königlichen Vorgänger. Diese Führer widersetzten sich auch Tschiangkaischeks Absichten. Erst während der Auseinandersetzung mit Japan gelang ihm eine gewisse Einflußnahme. Doch bleibt er bis heute weitgehend von seinen Provinzgewaltigen abhängig, die sich auch nicht scheuen, ihm mit einem Übertritt ins Nankinglager zu drohen, wenn er mit seinem Machtanspruch zu weit gehen will.

Westchina läßt sich in vier charakteristische Zonen gliedern. Die südlichste Zone umschließt fast ganz die Provinzen Kwangsi und Kwangtung. Darauf folgen im Nordwesten Kweitschou und Jünnan. Die dritte Zone deckt sich mit dem „Becken von Setschuan" und die vierte mit Sikang (Chinesisch-Tibet) und Tschinghai, dem früheren Gebiet „Kuku Nor".

Kwangsi und Kwangtung

Die versunkene in Inseln aufgelöste Bergwelt längs der nördlichsten Küste von Tongking setzt sich in Kwangsi als eine Welt von „Inseln" auf dem Festland fort. Wie riesige Zuckerhüte stehen abrupte Kalkkegel in der Ebene. Nur etwa ein Zehntel der Oberfläche von Kwangsi und Kwangtung ist bebaut, vorwiegend mit Reis. Die Bauern dieser Zone verstehen sich nur auf „nassen Ackerbau", also auf Reis. Die Hänge bleiben unbebaut, wenn nicht gar die Erde in Körben zu Tal geschafft wird. Im allgemeinen sind überall dort zwei Ernten möglich, wo künstlich bewässert werden kann. Sonst erlauben die auf den Sommermonsun konzentrierten Niederschläge nur eine Ernte. Die beiden Provinzen, deren Küstengebiet zur tropischen Zone gerechnet werden muß, weisen nur drei Jahreszeiten auf. Einem langen heißfeuchten Sommer von Mitte April bis Mitte Oktober folgt bis Mitte Februar ein relativ trockener, frischer Winter und hierauf eine kaltfeuchte Übergangszeit. Kanton, die Hauptstadt der Provinz Kwangtung, liegt auf derselben Breite wie Kalkutta, Rio de Janeiro oder Havanna. Man wird aber in den ganzen Tropen keine so lebhafte, arbeitsame Stadt wie Kanton finden. Die Rikscha-Kulis ziehen ihre Zweiräder allerdings hier nur halb so rasch wie ihre Kollegen in Peking. Die sommerliche, feuchte Hitze ermöglicht der armen Bevölkerung, ihre Kleidungs-

stücke in die vielen Pfandleihanstalten zu tragen. Im Winter hocken sie dann fröstelnd in den winkligen Gassen herum, weil sie die Mittel zur Wiedereinlösung ihrer Habe nicht mehr aufbringen.

Obwohl die von uns betrachtete Region zu den reichsten Gebieten Chinas zählt, lebt der größte Teil ihrer Bevölkerung am Rande eines noch lebenswerten Daseins. Der Quadratkilometer beackerten Bodens trägt eine Bevölkerungszahl von 1300 Personen. Die von Jahr zu Jahr stark schwankenden Niederschläge zwingen die Bauern immer wieder zu rascher Umstellung, so daß der Landmann des südlichsten China als der wendigste gilt. Steht das Wasser in den Reisfeldern hoch, so zieht er sofort viel mehr Enten, die sich vom Kleingetier im Wasser nähren. Fallen die Regenmengen geringer aus, so stellt er sich auf Zuckerrohr um. Außerdem werden eine Unmenge von Gemüsen gezogen, außer Tabak und Tee auf den Höhen von Nordkwangtung. Die schönsten Mandarinen Chinas, aber auch Bananen und Ingwer werden in den heißeren Landstrichen erzeugt. Tungöl, das trocknende Öl einer Wolfsmilchart (Aleurites), bringt seit einigen Jahrzehnten ständig steigende Erträge, und Maulbeerplantagen bilden die Grundlage für die hier weitverbreitete Seidenzucht. Es gibt kaum ein Gebiet Chinas, das wie Kwangtung auch die allerletzten Abfälle als Dünger verwendet. Um den Dung voll zu nutzen, wird er möglichst um die Wurzeln der Pflanzen herum gestreut. Die Abfälle der Seidenkokons werden in die vielen Kanäle geworfen, wo sie als Fischnahrung Verwertung finden. Die unverdaulichen Bestandteile gelangen in den Schlamm, der als zusätzliches Düngemittel laufend ausgehoben wird ... Fachleute haben berechnet, daß die Chinesen je Million Erwachsener rund 1000 Kilo Phosphor und 2000 Kilo Pottasche im Tag an den Boden zurückgeben. Kwangtung und Kwangsi überzeugen schon den oberflächlichen Beobachter von der Richtigkeit dieser Behauptung. Da der bebaubare Boden bis in die letzte Ecke beackert wird und die Hänge nur harte immergrüne Sträucher tragen, entsteht kein Futter für auch noch so anspruchslose Arbeitstiere. So bleibt als Transportmittel nur der Träger und bestenfalls das große Einrad. Im Gegensatz zu den durch Autostraßen erschlossenen Landstrichen konnten die Träger dieser Gebiete ihre Löhne stark in die Höhe treiben. So mußte kurz vor dem Chinakrieg für eine Tagesleistung von 30 Kilo auf 20 km etwa eine Reichsmark bezahlt werden.

Der Verfasser war nicht wenig erstaunt, nach seiner Einfahrt aus Indochina nach Kwangsi auf eine gute Autostraße zu stoßen, die durch einige weitere tausend Kilometer solcher Straßen ergänzt wird.

Kwangsi war schon vor Jahren die mit Straßen am besten ausgerüstete Provinz Chinas. Die Mittel zu dieser konstruktiven Tat hatte sich ein ehemaliger Provinzgeneral auf einem Feldzug nach Kanton in den dortigen Banken einfach geholt. Es ist nicht zu verwundern, daß ihn die Kantonesen trotzdem einen Banditen nannten — auch noch, als er mit den verbleibenden Mitteln in Wutschou eine Universität baute und vorschlug, diese Grenzstadt von Kwangsi zur Hauptstadt zu erheben. Kanton hütete sich aber, die schöne Straße, die von der indochinesischen Grenze bis Wutschou führt, längs des Si-kiang an die Küste weiterzubauen. Dafür entstand aber eine durchgehende Straße durch ganz Kwangsi hinein nach Hunan mit Straßenanschluß bis nach Schanghai. Auch ein Straßenzweig in Nordsüdrichtung verband bald die Küste mit dem noch nicht lange zur Hauptstadt erkorenen Kweilin und der Hauptstadt von Kweitschou, Kweijang, und Tschungking. Diese Straße diente schon als Nachschubweg für Tschungking, bevor die „Burmastraße" erbaut war.

Kwangtung vorgelagert ist Hainan, eine 300 km lange und 200 km breite bis auf 2000 m Höhe ansteigende Tropeninsel, die ein zweites Ceylon werden könnte. Die zwei Millionen Einwohner bauen tropische Produkte, wie Zuckerrohr, Kaffee, Kautschuk, Kopra und Ingwer an. Dichte Wälder und mineralische Bodenschätze stellen nach richtiger Nutzung weitere Einnahmen in Aussicht.

Die fünfzig Millionen Bewohner der beiden Provinzen, die zwei Dritteln der Oberfläche Großdeutschlands gleichkommen, gehören zu den politisch aktivsten Chinesen. Von hier aus ging auch die große Revolution, die das letzte Kaiserhaus stürzte. Kwangsi verfügte schon über ein gut ausgebildetes eigenes Militär, als in den übrigen Provinzen noch Wirrnis herrschte. Der Verfasser stieß in Abständen von etwa fünfzig Kilometern längs aller Straßen dieser Provinz auf militärische Posten, die gegen die Banditen eingesetzt waren. Im Jahr 1937 konnte er daher anläßlich einer Kreuz- und Querfahrt durch ganz China nur in dieser Provinz Reisesicherheit finden. Kwangsi scheint in diesem Chinakrieg eine Sonderrolle zu spielen. Diese Provinz führt ein Eigenleben und untersteht nur ganz bedingt der Tschungkinger Regie. Bis auf eine zeitweilige Besetzung der früheren Hauptstadt von Kwangsi, Nanning, wurde dies Territorium von den Japanern kaum angetastet.

Kweitschou und Jünnan

Der riesigen Hochfläche von Tibet, die durch viele hohe Gebirgszüge überragt wird, entspricht im Südosten eine Art Vorterrasse,

die sich aus dem durchschnittlich 1800 m hohen Plateau von Jünnan und dem um 600 m niedrigeren Kweitschou zusammensetzt. Der Vergleich mit der mexikanischen Stufenlandschaft drängt sich auf. Die Chinesen nennen den westlichen Teil dieses „Balkons der Welt" „Jünnan" oder „Land südlich der Wolken". Gemeint sind die Nebel und Wolken, die im Winter über Setschuan im Norden hängen, während die Sonne in Jünnan durch die kristallklare Luft auf die vorwiegend kahlen erodierten Gebirge und die Kanten der ungezählten bis 600 m tiefen Schluchten brennt. Jünnan und Kweitschou, vor allem das Miao-ling-Gebirge ist Hauptwohngebiet der Ureinwohner, der Meau. Die Meau scheinen ein den Thai-Sprachen verwandtes Idiom zu sprechen und werden von den Thai in Thailand als „illiterate Thai" bezeichnet. Sie sind gute Ackerbauer und pflanzen Bergreis, Mohn und Baumwolle im Hackbau und gelegentlich im Pflugbau. Der Verfasser traf sie oft des Abends, ihren leichten Holzpflug auf dem Rücken, wenn sie in ihre Dörfer wanderten, scheue gutmütige Menschen, mit oft feingeschnittenen Gesichtern, schmalen leicht gebogenen Nasen und kaum geschlitzten Augen. Viele dieser Gesichter empfinden wir geradezu als „europäisch". Mehr noch finden wir diesen Ausdruck bei den Lahu und Lolo, tibetoburmesischen Stämmen, die den nordwestlichen Teil Jünnans bewohnen, der zum Teil schon der tibetischen Landschaft angehört.

Die Bezeichnung „Hochebene" ist eigentlich für den Balkon vor Tibet nicht ganz richtig. Es handelt sich ähnlich wie im Becken von Setschuan, nur auf viel höherer Lage als dort, um eine zerrissene Bergwelt. Sie wird dadurch zur Ebene, daß man innerhalb eines Hochgebirgsrahmens ein Gebiet ausschneidet, das über weite Flächen übereinstimmende Gipfelhöhen aufweist. Dazwischen liegen einige alte Seensenkungen wie die Ebenen von Tali und Kunming. Wie im Lößgebiet sind hier Erdbeben relativ häufig und stark. Das Klima wird eher durch die Seehöhe als durch die Breite bestimmt. Der Schnee fällt selten auf den Ebenen und schmilzt sofort wieder — selbst in Kunming auf 1900 m. Die mittlere Minimaltemperatur von Kunming beträgt im Winter plus 4° C.

Im Osten von Kweitschou sind die Voraussetzungen für intensive Landwirtschaft am ehesten gegeben. Reis ist die Hauptkultur des Sommers. In den Bergen oben ersetzen ihn Weizen, Hafer und Hirse als Trockenkultur. Im Oktober findet die einzige Reisernte statt. Mohn, Weizen und Ölpflanzen sind auch Winterkulturen. Laut chinesischen Angaben war noch vor zwanzig Jahren die Hälfte des bepflanzten Bodens mit Mohn für Opiumgewinnung bepflanzt. Im

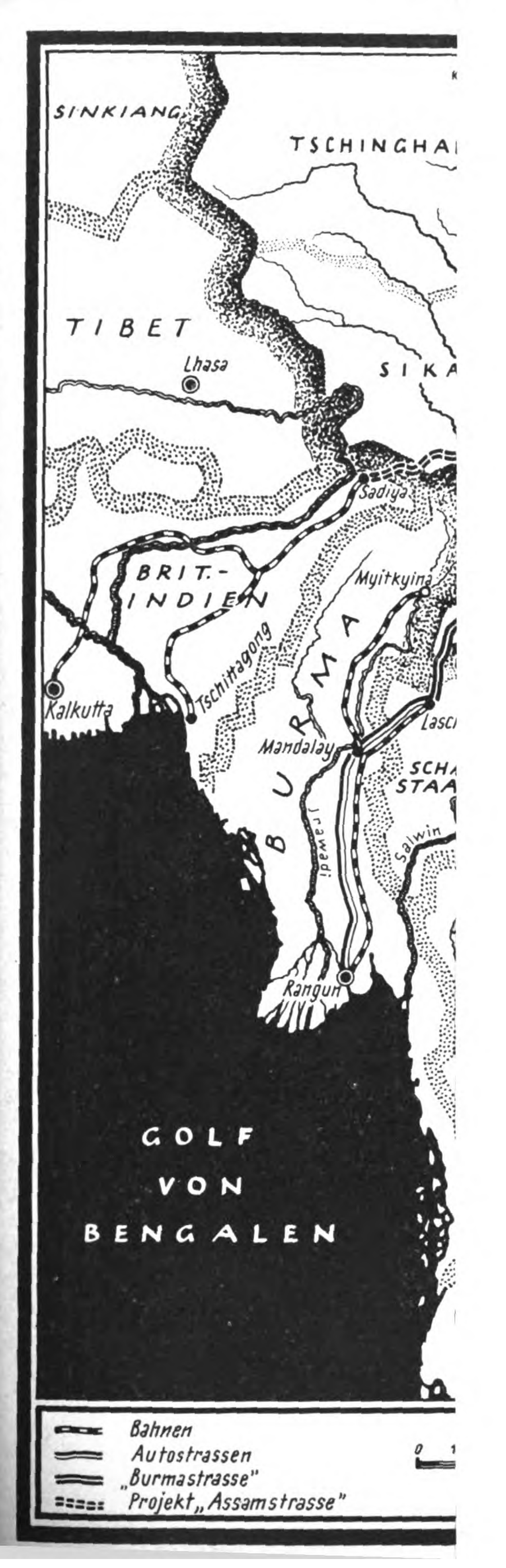
Zuge der Bewegung zur Hebung der Volksmoral wurde das Opiumrauchen bekämpft, dem beispielsweise noch neun Zehntel der Männer und die Hälfte der Frauen von Kunming verfallen waren. Opium stellt bei geringstem Gewicht einen Höchstwert dar und lohnt selbst dort den Mohnbau, wo die Produkte tagelang auf Pfaden herbeigeschafft werden müssen, während normale Kulturen die Transportkosten nicht mehr ertragen. Die Gouverneure der Provinzen verboten einerseits, um das „Gesicht zu wahren", den Mohnanbau — und besteuerten gleichzeitig diejenigen Ackerflächen doppelt, auf denen kein Mohn gebaut wurde ...

Das Hochplateau bringt außer prachtvollen Gemüsen schöne Früchte, wie Pfirsiche, Birnen, Zitronen, Apelsinen, Nüsse und Kastanien hervor. Viel häufiger als im übrigen China sind Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine und Geflügel. Charakteristisch für Jünnan ist das robuste Jünnanpony, das neben Maultieren als Lasttier dient. Wenn wir die Einwohnerzahl auf die bebaubare Fläche berechnen, gelten Jünnan und Kweitschou als die dichtest bevölkerten Provinzen Chinas — so dünn die Menschen auf die Gesamtfläche auch verteilt sind.

Da durch den Druck der Mongolen und Turkvölker die Chinesen fast immer nach Süden auswichen, gleichzeitig dem Süddrang der Menschen folgend, die südlich der großen asiatischen Bergketten leben, landeten die Wanderer zuletzt meist in Jünnan, wo sie sich in dem zerrissenen Gelände vor Vernichtung retten konnten. Es wundert uns nicht, daß gerade Jünnan es war, das die Menschenwellen weiter nach der hinterindischen Halbinsel hinunter sandte, vor allem die Thaivölker, die den Chinesen auswichen und zuletzt im heutigen Thailand eine Bleibe fanden.

Man erwähnt in Tschungking gerne die mineralischen Reserven von Jünnan und Kweitschou. Kohle findet sich überall ein wenig verteilt, doch in schlechter Qualität und kleinen Mengen. Schon wertvoller sind die edleren Metalle. Fast alle Kupfermünzen Chinas stammen seit Jahrtausenden aus Jünnan. Und schon unter der Mingdynastie wurden die Zinnoberminen von Dong Schun-Hsien in Kweitschou ausgebeutet. Mongtse und Tengjueh in Jünnan produzieren etwa ein Zwanzigstel der Welterzeugung an Zinn. Dazu kommen andere Edelmetalle, wie Wolfram, Zink, Silber, Blei, Gold und Antimon.

Die Fläche des hier betrachteten Gebietes kommt etwa der Großdeutschlands gleich bei einer Bevölkerung von fast dreißig Millionen. Wenn man an die wenigen Verkehrsadern und die fehlenden schiffbaren Flüsse dieses großen Gebietes denkt, schätzt man seine in-


SINKIANG
TIBET
Lhasa
Sadiya
BRIT.-INDIEN
Myitkyina
BURMA
Kalkutta
Tschittagong
Mandalay
Irawadi
Salwin
Rangun
GOLF VON BENGALEN
Bahnen
Autostrassen
„Burmastrasse"
Projekt „Assamstrasse"

dustriellen Möglichkeiten vorderhand nicht zu hoch ein. Im Augenblick ist für Tschungking der Hochwaldbestand von Kweitschou wichtiger, der die Holzkohle für die Gasgeneratoren der Lastwagen abgeben muß, die immer weniger auf Benzinzufuhr rechnen können. Nur die billigen Arbeitskräfte ermöglichen die Holzkohlenversorgung, die schon in Friedenszeiten mit dem Benzin wetteifern konnte.

Erst die „Birmastraße" rückte Jünnan eine Zeitlang ins Rampenlicht. Diese Provinz blieb auch jetzt das, was sie vorher war: Durchgangsland. Schon *Marco Polo* folgte ungefähr dem heutigen Verlauf der „Birmastraße" auf seinem Weg an den Hof in Peking. Er schlug damit eine Route ein, den die Gesandten Indiens und Hinterindiens von jeher gewählt hatten. Die „Birmastraße" hätte in Friedenszeiten eine weite Bresche nach dem Westen geschlagen, durch die der Menschenüberschuß Jünnans nach Birma hinuntergeströmt wäre. Die Tatsache, daß Japan den Birmanen ihre Eigenstaatlichkeit sichert, rettet dies Volk vor dieser Menschenwelle, die wohl für das birmanische Volk in absehbarer Zeit die Vermischung oder auch den direkten Untergang bedeutet hätte. Diese Perspektive des Chinakrieges wird deshalb allzusehr übersehen, weil die Burmesen als Staatsvolk für den Durchschnittseuropäer kein Begriff sind.

Das „Rote Becken"

Die östliche Hälfte der volkreichsten Provinz Chinas, Setschuan, wurde von *Richthofen* „Rotes Becken" genannt. Dies riesige Senkungsgebiet erscheint nur aus hoher Schau als Becken, weil es von sehr hohen Bergketten umgeben ist, einerseits den jungen hier südwärts abbiegenden Ausläufern des Himalaya und im Osten durch die Fortsetzung des Richthofengebirges, des Tsingling-Schan, einer alten Gebirgsmasse, die auch im Süden vorlagert. Mitten in diesem Becken, in dem die beiden Städte Tschungking und Tschöngtu (die Hauptstadt von Setschuan) liegen, dehnt sich eine künstlich bewässerte Fläche von hundert zu vierzig Kilometer Ausdehnung aus, das Herzstück von Setschuan. Fast vier Millionen Menschen leben heute in diesem weiten Garten, der über 3000 km von der Jangtsemündung entfernt nur 500 m über Meer liegt. Von hier aus erblickt man die steil ansteigende Wand der tibetischen Randgebirge, in deren vorderster Reihe sich der höchste Berg Chinas, der 7500 m hohe Minya Gongkar in der Form des Matterhorns erhebt.

Mit Ausnahme der Ebene von Tschöngtu finden sich einigermaßen ebene Flächen nur noch auf den gewellten Bergrücken, die als Kalkhöcker meist die roten und gelben Sandsteinschichten überragen. Der weiche, zum Teil lehmige Sandstein ist in unendlicher

Vielfalt zerfurcht und zerrissen von den Flüssen, die den Randgebirgen entspringen. Vier dieser Flüsse haben auch der Provinz die Bezeichnung Setschuan oder „Vierstromland“ gegeben.

Das ganze rote Becken ist in Terrassen aufgeteilt, die der Bauer in Jahrtausenden schuf. Während im übrigen China Hänge von über zwanzig Grad Steigung meist unbebaut bleiben, steigt der Bauer mit seinen bewässerten Stufen an Hängen bis 30 Grad zum Gipfel hinauf, läßt aber wenig Hänge unter fünfundvierzig Grad unbebaut, ja pflastert nóch schmale Erdbänder von fünfzig Meter Breite an sechzig Grad steile Hänge. Im ganzen Becken werden zwei Ernten eingebracht, ja vielerorts sogar drei. Reis ist die Sommerkultur. Im April und Mai sät man den Reis in Beeten aus und verpflanzt die Setzlinge nach den ersten Regenfällen Anfang Juni, um im September zu ernten. Kurz darauf wird der Boden für die Wintersaat zubereitet, die meist auf Weizen ausgeht. Als weitere Sommerfrüchte werden Mais, Zuckerrohr, Tabak, Leguminosen aller Art, Kartoffeln und Bataten und viele Gemüse angepflanzt. Hirse und Kaoliang bedecken viele der Trockenhänge. Tee wird im Gewicht von etwa zwanzigtausend Tonnen jährlich von Jatschou und Kuanhsien aus nach Osttibet ausgeführt, von wo er den Weg bis ins innerste Tibet findet.

Das rote Becken gehört nicht gerade zu den mineralisch reichen Gebieten Chinas, obwohl sich Kohle und Eisen überall verteilt in kleineren Mengen findet. Die Kohlenvorkommen liegen meist zu tief. Man baut vorwiegend einzelne an Flüssen liegende synklinale Schichten im Galeriensystem ab. Muß die Kohle durch Träger transportiert werden, so erhöht sich ihr an und für sich niedriger Gestehungspreis von drei Mark die Tonne für jeden Tragkilometer um zehn Pfennig, so daß sich der Preis in einer Distanz von dreißig Kilometer verdoppelt hat. Das hauptsächliche mineralische Erzeugnis von Setschuan ist Salz, das schon vor zweitausend Jahren gewonnen wurde und heute die Produktion von 300 000 Tonnen erreicht. Der Überschuß wird auf alten Pfaden durch Träger nach Kweitschou, Jünnan, Schensi und Hupe verbracht, neuerdings im Krieg auch bis nach Kwangsi hinunter. Die Salinen liegen in zehn bis tausend Meter Tiefe und werden durch primitivste Schöpfmethoden ausgebeutet, wobei die schweren Brenngase in den Schichten unterhalb der Salzschicht in Bambushülsen hochgeschöpft als Brennmaterial unter den Verdampfungskesseln Verwendung finden. Rückschlüsse auf Erdöl haben kaum Resultate gezeitigt.

Verkehrstechnisch ist das rote Becken durch den Jangtse erschlossen worden. Boote von etwa 60 bis 80 Tonnen können

Tschungking erreichen. Die Seitenflüsse von Setschuan jedoch eignen sich nur schlecht für die Schiffahrt, die vorwiegend mit Fellbooten betrieben wird. Eine gute Autostraße, die der Verfasser von Schanghai bis Tschungking, Tschöngtu und anschließend über den Tsingling-Schan bis Kalgan und Peking befuhr, durchquert die ganze Provinz Setschuan. Sie wurde als durchgehende Ader erst im Frühjahr 1937 fertig. Ein Seitenzweig verbindet Tschöngtu mit der Hauptstadt von Chinesisch-Tibet, Kangting (dem ehemaligen Tatsienlu). Geographisch gesehen ist Tschungking heute mit Chinesisch-Turkestan und der Sowjetunion, mit der Inneren Mongolei und Peking, mit Schanghai und Nanking, mit Pakhoi (am Südchinesischen Meer), mit Indochina, über Kunming (über die Birmastraße) mit Birma und mit Chinesisch-Tibet (Sikang) durch Autostraßen verbunden. Die Strecke Nanking—Tschöngtu ist in wenigen Tagen zu durchmessen. An Eisenbahnen wurde zumindest das Trassee der Fortsetzung der Jünnanbahn ab Kunming über Tschungking nach Tschöngtu ausgeführt. Die Arbeiten sollen eingestellt worden sein, weil ohne den Flußweg das schwere Schienen- und Rollmaterial nicht mehr herbeigeschafft werden konnte.

Sikang und Tschinghai (Kuku Nor)

Durch die Verlagerung des Sitzes *Tschiangkaischeks* nach Setschuan hinauf rückte natürlich Sikang, Chinesisch-Tibet, stärker in den Bereich der Erschließung. Aus Sicherheitsgründen wurden Flugzeugmontagehallen in Kangting, hinter den ersten Höhenzügen von Sikang, errichtet. Schon im Jahre 1933 hatte Kangting seine erste Elektrozentrale erhalten.

Die chinesische Zentralregierung übte kaum je effektive Gewalt weiter als bis ins Gebiet des Oberlaufs des Jangtse aus, also etwa bis nach Batang (Baanfu); dies aber auch nur längs der Karawanenroute. Die roten Lamas von Sikang ließen sich nicht unterwerfen. Es gelang kaum je einem Weißen, von Setschuan aus durch Sikang Lhasa zu erreichen. Alle chinesischen militärischen Expeditionen nach Osttibet hinein scheiterten. Erst jetzt gelingt es Tschungking langsam, durch den Vortrieb von Verkehrswegen einzudringen — aber auch nur sehr langsam. Denn dort im Osten erhebt sich die wildeste Gebirgswelt der Erde. Die großen Ströme Hinterindiens und Ostasiens laufen da oben auf einer Gesamtdistanz von 600 km in tiefen Schluchten parallel zueinander, um sich in ihren Mündungen auf eine Küstenlänge von fast 10 000 km zu verteilen! Die Chinesen nennen die Gebirge von Sikang als Ganzes „Tatsueh Schan" oder „Große schneebedeckte Berge". Die Pässe, die darüber hin-

wegführen, übersteigen mehrere Male viertausend Meter. Als die „Birmastraße“ durch die Japaner abgeschnitten wurde, kam das Projekt einer „Assamstraße“ zur Sprache. 3000 km sollte ihre Länge zwischen Tschungking und Sadiya im oberen Brahmaputratal messen! Angesichts der Pässe und bis tausend Meter tief abfallenden Schluchten und angesichts des Längenvergleichs mit dem im Krieg erbauten Teilstück der Birmastraße, das schon in der Luftlinie nur ein Drittel der Assamstraße betrüge, kommt man zum Schluß, daß hier eine Arbeit von über sechs Jahren Dauer vorläge, die durch einen kurzen Vorstoß der Japaner über den Patkoipaß nach Oberassam hinüber wertlos gemacht würde.

Tschinghai, das seinen Namen vom „Blauen See“ (Kuku Nor oder Tsching hai) ableitet, ist nach Sinkiang (Chinesisch-Turkestan) die zweitgrößte Provinz Chinas, ungefähr so groß wie Großdeutschland, bei kaum zwei Millionen Einwohnern. Seine zum Teil mohammedanische Bevölkerung ist den Chinesen und den Sowjets nicht gut gesinnt. Noch kurz vor Ausbruch des Chinakrieges fanden heftige Kämpfe zwischen den chinesischen Kommunisten und den Mohammedanern aus den Truppen der Hauptstadt Sining statt. Ironie der Geschichte will es, daß diese Kommunisten, die heutigen Verbündeten Tschiangkaischeks, damals vom Marschall in das entfernte Tschinghai hinaufgetrieben worden waren.

*

Das beschriebene Westchina liegt mit Ausnahme der über tausend Kilometer langen Küstenlinie und des Hinterlandes von Kwangtung sowie der Westecke von Jünnan im Machtbereich Tschungkings. Dazu kommen noch die drei Provinzen Kansu, Schensi und Hunan. In Honan, Hupe, Kiangsi und Fukien, die nächste Reihe von Provinzen, teilen sich Nanking und Tschungking schon, während die restlichen Provinzen, also fast ganz Nordostchina mit seinen reichen Niederungen, Nanking untersteht. Westchina bildet geographisch das Gegenstück zum östlichen China. Hier ein Gebirgsland, dort eine Ebene; hier Tropen und Subtropen, dort kontinentales gemäßigtes Klima. Hier chinesisches „Kolonialland“, dort uralte Heimat der Chinesen. Und hier scheindemokratische Finanzdespotie und Chauvinismus, Anlehnung an Bolschewismus und Amerikanismus und dort echter Nationalismus, echte Sozialrevolution in Zusammenarbeit mit der alten Ordnungsmacht Japan.

Portugal als Element der Politik der Gegenwart

Von Heinz Büchsenschütz

Jede spätere Betrachtung der Ereignisse und Umwälzungen, die durch diesen größten aller Kriege der Weltgeschichte hervorgerufen werden, wird nicht umhin können, darin Portugal als ein Phänomen zu werten und ihm eine dementsprechende Behandlung zuteil werden zu lassen. Von der breiten internationalen Öffentlichkeit zuweilen weniger beachtet als angemessen gewesen wäre, hat sich am südwestlichen Rande unseres Kontinents im vergangenen Jahrzehnt ganz allmählich und mit einer wahrhaft erstaunlichen Geräuschlosigkeit eine Entwicklung vollzogen, deren allgemeine und fast mit Händen greifbare Resultate jetzt immer häufiger Staunen oder Erstaunen und — je nach Gemütsart oder Absichten des Urteilenden —, Bewunderung oder auch Mißfallen erregen. Unter der Präsidentschaft des Generals *Carmona* und der Regierung des Ministerpräsidenten *Salazar* hat sich der „Neue Staat" geformt, in dem auch während dieses gewaltigen Sturmes einer Zeitenwende das staatlich-politische und das wirtschaftliche Geschehen ruhig und konsequent nach jenen Grundsätzen verlaufen, die Portugal aus einem unaufhaltsam erscheinenden Verfall nicht nur lösten, sondern darüber hinaus neuen Aufstieg bescherten. Als Frucht seiner inneren Erstarkung konnte Portugal schon in den vergangenen Jahren, insbesondere auch in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges zunehmend eine Verselbständigung seiner Außenpolitik ernten. Sie sichert ihm jetzt als neutrale Macht eine Stellung von besonderer Art und macht es zu einem Element der gegenwärtigen Politik, dessen Regierung sich der daraus folgernden Aufgaben durchaus bewußt ist. Wenn heute der Besucher Lissabons auch im vierten Kriegsjahr eine Atmosphäre verzeichnet, die ihm trotz aller zwangsläufigen Internationalität und aller Besonderheiten dieses letzten, allen zugänglichen Platzes mit dem Blick durch das offene Fenster in die Welt niemals das Gefühl verlieren läßt, eben auf nationalem portugiesischem Boden zu weilen, so ist dies das wohl hervorstechendste Ergebnis historischer Vorgänge, die man sich zur Erklärung seiner eigenen Beobachtungen und als Grundlage für ein endgültiges Urteil mit Nutzen und notwendigerweise stets vor Augen halten muß.

Kaum sechzehn Jahre sogenannter parlamentarischer Demokratie, die dem Sturz des Königs *Manuel* am 16. Oktober 1910 gefolgt waren, hatten Portugal rund zwanzig Revolutionen, sechs Staatspräsidenten und an die vierzig Regierungen mit Hunderten von verschiedenen Ministern beschert, die schließlich das Achtmillionenvolk und einen der wertvollsten Kolonialbesitze an den Rand des Ruins gebracht hatten. Neuwahlen pflegten allemal nur den alten Zustand fortzuführen, und so kam es im Mai 1926 zu dem nationalen, vom Militär geleiteten Aufstand, der auf einigen Umwegen dann den heutigen Präsidenten Carmona an die Spitze des Staates führte. Allein, auch dieser von allen Gutgesinnten als Chef anerkannte General hätte wohl kaum vermocht, auf lange Sicht Ordnung zu schaffen, wenn er nicht in Salazar, bis dahin Professor der Finanzwissenschaft an der weltberühmten Universität Coimbra, den Mann gefunden hätte, der fähig war, die völlig zerrütteten Finanzen wieder dahin zu bringen, daß sie das Fundament für einen wirklichen und neuen Ordnungsstaat abgeben konnten. Salazar, der jetzt die Mitte der Fünfzig erreicht hat, hatte im Jahre 1926 ein ihm zugefallenes Abgeordnetenmandat gleich am ersten Sitzungstag des Parlaments wieder niedergelegt, weil er nach seiner eigenen Äußerung innerhalb weniger Stunden erkannt hatte, daß jede ernsthafte und nutzbringende Arbeit in dieser Versammlung ausgeschlossen war. Zur Zeit des sogenannten Triumvirats im frühesten Stadium der nationalen Erhebung war er sechs Tage lang Finanzminister, verzichtete indessen auch auf dieses Amt wieder, weil ihm bei nur beschränkten Vollmachten eine fruchtbare Tätigkeit im Dienste der Nation nicht möglich erschien. 1928 hatte sich Portugal wegen einer Anleihe an die Liga in Genf gewandt, die aber eine unumschränkte Kontrolle der portugiesischen Finanzgebarung zur Grundbedingung jeder Hilfe machte. Da berief Präsident Carmona am 27. April 1928 den Professor Oliveira Salazar abermals auf den Posten des Finanzministers und nahm von ihm folgende Bedingungen an: alleinige Vollmachten in seinem eigentlichen Wirkungsbereich; kein anderes Ministerium oder irgendeine sonstige Einrichtung des öffentlichen Lebens dürfen ohne die Kontrolle und die Bewilligung des Finanzministers ihren Haushalt aufstellen und Ausgaben machen. Es ist gewiß ein stolzes Resultat der danach einsetzenden Bemühungen, wenn Salazar vierzehn Jahre später in seiner berühmten, noch öfter zu zitierenden Rede vom 25. Juni 1942 feststellen konnte, daß der portugiesische Escudo eine der stabilsten Währungen der ganzen Welt sei.

Salazar, der mit der ausgesprochen kühlen und scharf sezieren-

den Sachlichkeit des Finanzwissenschaftlers den Weitblick und die Leidenschaft des Politikers, und zwar desjenigen vom romanischen Typ reinster Prägung, verbindet und auf die Staats- und Finanzgeschäfte auch stets die ordnende wissenschaftliche Methodik anwendet, hatte sich bei seiner Amtsübernahme neben einer beträchtlichen Schuldenlast der fast unwahrscheinlich klingenden Tatsache gegenübergesehen, daß in den letzten Jahren des parlamentarischen Regimes ein Haushaltsplan überhaupt nicht mehr aufgestellt worden war. In der klaren Erkenntnis, daß sich eine wahrhafte Reorganisation nur auf dem Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen aufbauen konnte, stellte Salazar noch für 1928 ein Budget auf, das sogar einen geringen Überschuß vorsah und auch erzielte. Außer einer radikalen Streichung aller für das nationale Bedürfnis nebensächlichen Ausgaben betrieb er die Einführung eines neuen Zollsystems, das zugleich einen Schutz für Portugals Industrie und einen ansehnlichen Einnahmeposten für den Staat darstellte. Hier muß bemerkt werden, daß es im übrigen Europa viel zu wenig bekannt ist, auf welch' beachtenswerter Höhe die Leistungen der portugiesischen Wirtschaft, die fast alle wesentlichen Industrien umfaßt, nunmehr stehen. Die schwebende Schuld aber, die 1927 mehr als zwei Milliarden Escudos betragen hatte, war bis zum 30. Juni 1934 beseitigt.

Wer gleich uns gegen Ende des Jahres 1942 nach Portugal kam, der konnte allerwärts die äußeren Folgen dieses einzigartigen wirtschaftlichen Gesundungsprozesses beobachten. Das portugiesische Territorium hat sich mit einem Netz vorzüglicher Straßen bedeckt, die früher übrigens meist nur auf den Karten vorhanden gewesen sein sollen, so daß man, wie uns von Portugiesen selbst berichtet wurde, für eine Strecke von vielleicht 100 Kilometer gut und gern einen ganzen Tag brauchen konnte. Die Eisenbahnen wurden reorganisiert, so daß sie trotz kriegsbedingter Schwierigkeiten einwandfrei funktionieren; überall grüßen uns neue, im Schmucke buntfarbiger Kacheln blinkende Bahnhöfe. Die Häfen wurden vergrößert und vertieft, neue Kais erleichterten und beschleunigten das Laden. Krankenhäuser, öffentliche Gebäude aller Art, Hunderte von Schulen wurden errichtet, denen sich neue Wohnviertel namentlich für die Arbeiter zur Seite stellen. Kultivierungen großen Ausmaßes steigerten den Eintrag des Bodens in einem Grade, der Salazar vor wenigen Monaten zu dem Satze berechtigte, daß die Scholle nun bis fast auf den Zentimeter ausgenutzt sei, ebenso die Gärten, Waldlichtungen, die Gräben und Hügel, ja „an manchen Orten scheint das Erdreich geradezu verschiedene Stockwerke zu haben". Die

Neuausrüstung von Heer und Marine war nur die selbstverständliche Ergänzung und Sicherung eines Programms, das nicht auf die Gegenwart allein, sondern auf eine weite und bessere Zukunft dieses Staates zugeschnitten ist. Die weltpolitische Bedeutung alles dessen aber lag von vornherein in der Einbeziehung des Kolonialreiches, für das bereits im April 1930 noch vor anderen wichtigen verfassungsrechtlichen Maßnahmen der sogenannte „Acto Colonial" erlassen wurde. Er bereitete eine vollständige Neuordnung der kolonialen Verwaltung und Wirtschaft vor. Von da an wurde das Kolonialreich Portugals in Afrika Gegenstand zielstrebiger Durchdringung und nach Salazars Willen die große Schule des neuen portugiesischen Nationalismus. Die Portugiesen waren im 14. und 15. Jahrhundert die ersten, die durch ihre Seefahrten den Schleier von dem bis dahin im Dunkeln liegenden Weltbild zu heben begannen, und es darf niemals vergessen werden, daß die Seeverbindung zwischen Europa und Indien durch die Portugiesen hergestellt worden ist. Auf diese historischen Leistungen beruft sich Salazar mit den Worten: „Unser Ruhm liegt auf dem Gebiet der Entdeckung, Bevölkerung und Zivilisierung neuer Landstriche, die heute mit dem Mutterland eine nationale Ganzheit bilden. Wir sind Söhne dieser Vergangenheit, und es ist nicht nur Ehrfurcht vor dem klaren Willen unserer Väter, sondern auch ein tiefes Bewußtsein von den Diensten, die wir Europa und der Welt geleistet haben, wenn wir bekunden, daß wir heute und allezeit sein wollen, was wir immer waren: ein freies, unabhängiges und ein Kolonialreich."

So folgen wir hier den Spuren einer Neugestaltung in allen Bereichen des nationalen Lebens Portugals, die erkennen lassen, daß schon am Beginn dieser Entwicklung der Einfluß Salazars weit über die Funktionen des Finanzministers hinausgewachsen war, und daß er sehr schnell die Rolle des Reorganisators der Finanzen mit der des führenden Staatsmannes verknüpfte. Seine, beinahe möchte man sagen, philosophisch abwägende Betrachtungsweise hat ihn mehr und mehr dazu geführt, alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens in richtigem und ihnen gemäßem Zusammenhang real zu werten. Er hat von vornherein erkannt, daß der Wiederherstellung der Ordnung im Staatshaushalt der materielle Wiederaufbau des gesamten Wirtschaftssystems folgen mußte, der darauf seinerseits die Grundlage für den Umbau des alten gescheiterten Staates zum „Estado Novo" korporativen Charakters abgeben konnte. Denn „der politische Liberalismus des 19. Jahrhunderts hat uns den Staatsbürger beschert, ein von Familie, Stand, Beruf, Kulturmilieu, Zunft losgelöstes Individuum, und hat ihm das Recht gegeben, bei freier

Ausübung der Wahl in das Staatswesen einzugreifen. Hier also sah man deshalb die Quelle der Souveränität des Volkes. Sieht man genauer zu, so haben wir es hier mit einer Abstraktion zu tun — einem irrigen oder unzureichenden Begriff —, und der sicherste Weg, zu dem Stützpunkt zu gelangen, den wir suchen, wird der der natürlichen und dem Einzelleben notwendigen Gruppen sein, die in Wirklichkeit das politische Gemeinwesen bilden." Nachdem einige krisenhafte Erscheinungen endgültig vorüber waren, namentlich im Jahre 1931, in dem eine von außen — vermutlich sogar vom damaligen demokratisch-bolschewistischen spanischen Ministerpräsidenten *Azana* — begünstigte Teilrevolte des Militärs niedergeschlagen werden mußte, konnten diese Prinzipien Salazars fortschreitend praktische Gestalt annehmen und noch in jenem gleichen Jahr zur Gründung der „Nationalen Union", der bis auf den heutigen Tag maßgebenden politischen Organisation des Landes, führen. Es war daher nur mehr eine formale Anerkennung der Tatsachen, als Salazar unter Beibehaltung seiner sonstigen Funktionen am 6. Juli 1932 als Ministerpräsident an die Spitze der portugiesischen Regierung trat. Sein Reformwerk erreichte bald darauf ein weiteres Ziel mit der Verfassung vom Februar 1933, die dann am 19. März durch Volksabstimmung angenommen wurde. Hauptmerkmale waren die Aufhebung des parlamentarisch-demokratischen Systems und der Versuch, gerade den unheilvollen politischen Eigenschaften der Portugiesen entgegenzuwirken. Um ihren „krankhaften Individualismus" zu bekämpfen, wurden das Selbstbestimmungsrecht und die Mitarbeit am Staate nicht dem einzelnen, sondern der Familie anvertraut, so daß nur das Familienoberhaupt, gleichgültig ob Mann oder Frau, das Wahlrecht zu den Volksvertretungen hat. Gemäß dieser Verfassung gliedert sich die Staatsgewalt in drei Gruppen, die aus dem Präsidenten mit den Ministern des Staatsrates, der Nationalversammlung und der Korporativen Kammer bestehen. Die Nationalversammlung setzt sich aus 90 Mitgliedern zusammen. Ihre Aufgabe hat lediglich beratenden Charakter. Entscheidungen kann sie nicht fällen, denn dieses ist Sache der Regierung, in der wiederum allein der Ministerpräsident zu bestimmen hat. Auch die Korporative Kammer, der Ausdruck des portugiesischen Korporativismus, wie er im „Statut der Nationalen Arbeit" von 1933 niedergelegt ist, hat beratenden Charakter. Sie setzt sich aus 23 Sektionen von je etwa 100 Mitgliedern zusammen und ist gewissermaßen das Spiegelbild des portugiesischen Volkes in allen seinen Ständen und Berufen. Auf diese Weise soll nach Salazar das Wirtschaftsleben ein Element der politischen Organisation des Staates sein und der

Zerfall der Gemeinschaft nach Interessen und Ständen durch gegenseitige Zu- und Einordnung aller irgendwie wirtschaftlichen Tätigkeiten verhindert werden, das heißt, daß der Korporativismus das Entstehen eines Gemeinschaftssinns immer von neuem fördern und das nationale Leben entsprechend den Bedürfnissen aller organisieren soll. Von diesem Standpunkt aus „ist die Überlegenheit des nationalen Interesses, dem sich die Interessen des einzelnen unterzuordnen haben, vollkommen gerechtfertigt und zureichender, aber dafür auch einzig rechtmäßiger Grund der einzelnen Begrenzungen, Pflichten, Einschränkungen, die der Allgemeinheit in der Ausübung ihrer Freiheiten erwachsen... Während es so aussieht, als sei der Mensch unfreier, ist die Möglichkeit der Entfaltung seiner Persönlichkeit größer. Denn im Schoße der Familie, der Berufsgemeinschaft, der Fürsorge- und Kulturverbände gibt es weite Tätigkeitsfelder, die der Staat freiläßt, indem er nicht über die Ausübung seiner eigentlichen Befugnisse hinausgeht und nur die Einschränkung macht, daß nicht dem Interesse der Volksgemeinschaft zuwider gehandelt wird." So streng nun alles durchgeführt wurde, was der Beseitigung von schweren Schäden diente, so vorsichtig hat sich die Einführung der Formen des Neuen Staates vollzogen. Ja, es ist dabei sogar mit Absicht Zeit verschwendet worden, um desto mehr an Wirksamkeit und Stabilität zu gewinnen. Diese indessen werden immer noch vergrößert und gestützt durch die heranwachsende junge Generation, die in der „*Mocidade Portuguesa*" nach den Ideen des Neuen Staates gebildet wird und damit auch den natürlichen Nachwuchs für die „*Portugiesische Legion*", das Kampfinstrument gegen alles Zersetzende, insonderheit gegen den Bolschewismus, liefert. Auf einem der vielen felsigen Hügel Lissabons erhebt sich in blendendem Weiß das Gebäude der Nationalversammlung. Mit seinen einfachen Linien ist es der steinerne Ausdruck der klaren, inneren Ordnung dieses Staates. Die mächtige Freitreppe hebt es aus dem Getriebe der Hauptstadt heraus und läßt es ein Symbol jener ruhigen Abgeklärtheit und des weiten Blickes werden, mit denen Portugal in dieser bewegten Zeit regiert wird.

Wer die gegenwärtige Rolle Portugals richtig einschätzen will, muß sich immer wieder vor Augen halten, daß sich in diesem Staat während der vergangenen anderthalb Jahrzehnte eine entscheidende Umorientierung vollzogen hat und doch von der alten Tradition alles bewahrt wird, was gut daran war. Es ist eines der augenfälligsten Merkmale der Menschheitsgeschichte, daß die Generationen zwar vergehen, aber eine jede ihre lebenden Spuren in ihren Nach-

kommen hinterläßt, die bleibenden jedoch in ihren Taten und in jenen Monumenten aus Stein und Marmor, mit denen sie sich allemal schon selbst sozusagen ihre Mahnmale zu setzen pflegen. Kaum etwas bewundert die Nachwelt von jeher so sehr wie das auf sie überkommende Monument, und daher soll auch keiner jemals glauben, daß die kleineren Völker nicht gerade auf diesem Gebiet — und geschehe es unter Opfern, die dann und wann die eigene Existenz zu gefährden scheinen — Leistungen vollbringen, die sie ebenbürtig an die Seite der großen stellen. Dies dünkt uns im übrigen eines der hervorragendsten Wesenskennzeichen unserer europäischen Kultur zu sein, in deren Dienst sich alle Nationen unseres Kontinents bemühten, stets das Beste zu geben. Und in den Portugiesen begegnen wir einem Volk, das sich in seinen größten Jahrhunderten für das Ganze nahezu erschöpfte und jetzt, nachdem ein tiefes Tal endlich durchschritten ist, im Gedenken an seine ruhmreiche Vergangenheit und mit dem Blick auf seine großen Monumente, mögen sie Belém, Mafra, Alcobaça, Batalha oder sonstwie heißen, den neuen ihm gewiesenen Weg beschreitet. Für den Mitteleuropäer liegt Portugal räumlich weit entfernt, und gerade seine geographische Position zusammen mit seiner politischen mögen nicht zuletzt mit der Anlaß dafür gewesen sein, daß man gern zu dem Glauben neigte, dieses Land sei vom Kriege unberührt geblieben. Diese Ansicht bedarf einer gründlichen Korrektur. Denn die Regierung Salazar hat sich seit Jahr und Tag wieder und wieder der Notwendigkeit gegenübergesehen, alles für die Bewahrung des in mehr als einem Jahrzehnt angestrengtester Arbeit Errungenen zu tun, und nun namentlich auch die Außenpolitik auf dieses nationale Ziel auszurichten. Salazar selbst hat in seiner großen Rede vom 25. Juni 1942, die alle Welt aufhorchen und sich mit den ernsten Worten des Denkers und Staatsmanns am Tejo beschäftigen ließ, Situation und Politik seines Landes eindeutig umrissen: „Die Regierung war der Meinung, daß das nationale Interesse unter den gegenwärtigen Umständen gut durch die Neutralität verteidigt war, und dies um so mehr, als es möglich war, sie ohne Beeinträchtigung des englischen Bündnisses aufrechtzuerhalten, — eine ernsthafte und würdige Neutralität, die allein, da sie der Ethik der Institutionen entsprach, einige Wahrscheinlichkeit für sich hatte, respektiert zu werden und ihre Früchte zu bringen."

Hier ist für die Wertung Portugals als Element der aktuellen Politik ein neues und, wie uns scheint, entscheidendes Stichwort gegeben: der Vertrag mit England, die älteste Allianz Europas. Portugal war im Jahre 1143 als selbständiges Königreich in die euro-

päische Geschichte eingetreten und bereits 1147 leisteten britische (und übrigens auch deutsche) Kreuzfahrer Unterstützung bei der Eroberung des bis dahin noch von den Mauren gehaltenen Lissabon. Bald nach 1300 wird das erste portugiesisch-britische Handelsabkommen verzeichnet, nach dem — man bemerke die schon damals vorhandene Tendenz — portugiesische Waren nicht auf spanischen Schiffen transportiert werden sollten. Etwa fünfzig Jahre später sicherten sich dann Portugal und England gegenseitig Schutz von Handel und Schiffahrt zu, und als sich Portugal 1385 endgültig von Spanien löste, war schon ein Bündnis in Kraft, das Portugal bei diesem Kampf englische Truppenhilfe verschaffte. Durch die Heirat *Johanns* von Portugal (1385—1433) mit *Philippa* aus dem englischen Königshaus Lancaster war Portugal bis 1578 immer an England gebunden, denn so lange regierten die Nachkommen dieser beiden. Für kurze Zeit gewann dann Spanien die Oberhand, aber dessen machtpolitischer Verfall setzte nach dem Tode *Philipps II.* so schnell ein, daß Portugal sich bereits 1640 wieder und endgültig verselbständigen konnte und abermals zwanzig Jahre später erneut einen Vertrag mit England schloß, den die Heirat *Karls II.* mit *Katharina* von Portugal in der damals üblichen Weise besiegelte. War schon die Mitgift dieser Prinzessin — nämlich verschiedene Kolonialbesitzungen, darunter vor allem Bombay — Ausdruck des auch mit Portugal vorgegangenen Wandels gewesen, so leitete der im Jahre 1703 geschlossene sogenannte Methuen-Vertrag die Periode ein, in der Portugal wirtschaftlich und politisch an England gebunden und weitgehend von ihm abhängig war. So wurde das Land unter anderem in die napoleonischen Kriege hineingezogen, und es mußte 1899 den Geheimvertrag von Windsor unterzeichnen, den vorläufigen Abschluß dieses ältesten europäischen Allianz-Systems. So gesehen war es weiter kein Zufall, daß der damalige portugiesische Botschafter am Hofe von St. James, der *Marquis de Soveral*, von *Eduard VII.* in seinen intimsten Kreis einbezogen und Portugal von England in den ersten Weltkrieg mit hineingezwungen wurde. Seine für diesen Ernstfall überhaupt nicht vorbereiteten Truppen aber wurden von den Engländern im Frühjahr 1918 in den vordersten Linien eingesetzt und damit zur völligen Vernichtung verurteilt. Dafür durften sie später noch den Hohn der Briten über „ihre Feigheit und die Unfähigkeit ihrer Führung" einstecken. Ein schwaches und willenloses Portugal war den Engländern für ihre Zwecke also gerade recht. Nach einem solchen Rückblick erübrigt sich jeder langatmige Kommentar zu dem oben zitierten Satz des Ministerpräsidenten Salazar, mit dem auch außen-

politisch der volle Umfang des Wandels dokumentiert ist, den Portugal als Faktor politischen Geschehens durchgemacht hat. Schon während der von interessierter Seite bewußt in die Länge gezogenen Londoner Nichteinmischungsverhandlungen zur Zeit des spanischen Bürgerkrieges vermochte Portugal eine Stellung einzunehmen, die zwar nicht etwa auf eine Lösung des Bundes mit England zielte, wohl aber mit Erfolg versuchte, diese politische Gegebenheit genau wie jetzt wieder mit den Erfordernissen einer eigenen, nur von nationalen Interessen geleiteten und im übrigen typisch iberischen Haltung zu verknüpfen. Das neue Portugal hat bei allem Streben nach einem seiner Würde entsprechenden außenpolitischen Kurs, der sich neuerdings so sinnfällig gelegentlich des Besuches des spanischen Außenministers *Jordana* in Erwiderung des Sevillaner Treffens mit Salazar vom vorigen Frühjahr und in dem Instrument des Iberischen Blocks dokumentierte, stets die jeweilige Grenze seiner Möglichkeiten erkannt. Auch die portugiesische Presse hat von jeher betont, daß man zwar die Allianz mit England als ein gegebenes und hauptsächliches Element der auswärtigen Politik betrachte, daß sie aber andererseits nicht den Verzicht auf freundschaftliche Beziehungen zu anderen Nationen in sich schließe.

In Anbetracht dieser Voraussetzung konnte Salazar seinen Landsleuten mit Fug und Recht sagen, daß die Situation des Neutralen weder bequem noch wirtschaftlich ist: „Bequem oder unbequem, egoistisch oder nicht, die Neutralität ist nicht vorteilhaft, sofern sie nicht dem nationalen Interesse, und zwar dem höchsten dient, wenn mehrere nebeneinander bestehen. Diese Idee schließt eine andere ein, diejenige, daß die Neutralität einer ständigen Revision unterliegt und daß man deswegen niemals sagen kann, sie sei definitiv. Sie hängt mehr von den Ereignissen als von den Vorsätzen ab." Der portugiesische Regierungschef, der gewohnt ist, die Dinge von einer hohen Warte zu beobachten und dann seine Schlußfolgerungen zu ziehen, dürfte dabei an mancherlei Erfahrungen gedacht haben, die er in den zurückliegenden Jahren mit den atlantischen und transatlantischen Mächten gesammelt hat. Lissabon ist keineswegs nur ein eigentümlicher Schnittpunkt anglo-amerikanischer Reiserouten geworden, sondern erregt auch mancherlei andere Interessen. Dafür haben ebenso die aggressiven Äußerungen bestimmter nordamerikanischer Politiker gezeugt, wie die seit Kriegsbeginn kaum mehr zählbaren Versuche, Portugal unter Druck zu setzen. Für die internationale Öffentlichkeit liegt das Verfahren nicht immer ganz so offen zutage, wie dies bei Spanien der Fall ist. Daher ist es auch in unserem Zusammenhang nötig, einige Vorgänge zu registrieren

und zu deuten. Die Methoden der Blockade von See her werden in schwankender, aber auf die Dauer doch das portugiesische Wirtschaftsleben schädigender Weise angewandt. Die von Portugal wieder und wieder bekundete Haltung eines neutralen Landes hat die Vereinigten Staaten durchaus nicht gehindert, portugiesische Firmen auf die berüchtigten Schwarzen Listen zur Knebelung des Wirtschaftslebens im iberischen Raum diesseits und jenseits des Atlantik zu setzen. England hingegen bedient sich seines Systems der sogenannten Navicerts, um, mehr oder weniger getarnt, ebenso sehr Handelsspionage zu treiben wie politische Beeinflussungsversuche zu unternehmen. Ein besonders auffälliges Bemühen größeren Stils in dieser Art war u. a. im Dezember 1941 zu bemerken gewesen. Zu einem Zeitpunkt, wo das englische Tonnageproblem ohnehin längst in eine akute Krise geraten war, sollte in London plötzlich die Absicht bestanden haben, monatlich 30 000 t Kohle nach Portugal zu schicken. Damit nicht genug, wollte sich Großbritannien auf Grund seiner „alten Freundschaft" zu Lissabon bei den Vereinigten Staaten von Amerika noch dafür einsetzen, daß die dort zuständigen Behörden die Ausfuhr von Kupfer nach Portugal trotz des großen eigenen nordamerikanischen Bedarfes genehmigen sollten. Die Hintergedanken bei derlei unerwartet auftauchenden Ankündigungen liegen indessen stets um so klarer zutage, als doch auch die Vereinigten Staaten von Amerika bestimmte Atlantikbesitzungen Portugals zweifelsohne in ihr imperialistisches Programm einbezogen haben. Schon vor fast zwei Jahren hatte im Anschluß an eine der Kaminreden des Präsidenten *Roosevelt* der portugiesische Gesandte in Washington vorstellig werden müssen und dem Unterstaatssekretär *Sumner Welles* erklärt, daß die portugiesischen Inselarchipele im Atlantik historischer Besitz seines Landes seien, und Portugal die Einmischung in die Zukunft dieser Gebiete nicht hinnehmen könne. Diese Ausführungen waren präzise und klar und ihnen entsprechen in der Praxis die in wechselnden Zeitabständen durchgeführten Entsendungen von Truppenkontingenten in die portugiesischen Kolonien. Denn auch diese sind übrigens, wie mancherlei Anzeichen beweisen, Punkte eines gewissen angelsächsischen Afrikaprogramms. Was indessen bereits die verschiedenen Reisen des Präsidenten Carmona deutlich unterstrichen haben, gilt sicherlich nicht nur für die Gegenwart, sondern ebenfalls für die Zukunft: es ist nicht möglich, einerseits von Portugal und andererseits von seinen Kolonien zu sprechen. Der heutige portugiesische Staat kennt nur seinen Grundgesetzen gemäß das portugiesische Imperium.

Trotz eines Wirbels von Störmeldungen und Zwecknachrichten bleibt die Lissaboner Regierung immer bemüht, auch in den kolonialen, also vornehmlich in den afrikanischen Fragen ihren allgemeinen politischen, d. h. neutralen und auf gute Nachbarschaft zielenden Grundsätzen Geltung zu verschaffen. In der Zeit, da der Kolonialminister *Machado* seine unlängst abgeschlossene Inspektionsreise durch die afrikanischen Besitzungen Portugals unternahm und dabei auch der Hauptstadt der Südafrikanischen Union einen Besuch abstattete, veröffentlichte die maßgebliche Lissaboner Zeitung „Seculo" einen Aufsatz mit dem auffälligen Titel „Gute Nachbarschaft". Das Blatt wies darauf hin, daß die portugiesischen und die südafrikanischen Interessen in jenen geographischen Breiten eng miteinander verbunden seien, und gab der Hoffnung einer weiteren Intensivierung des ohnehin recht regen Dienstaustausches im besten Einvernehmen zwischen den Nachbarn Ausdruck, zwischen der Südafrikanischen Union und Mozambique. Insonderheit in der unmittelbaren Umgebung dieser Kolonie, die von einem bestimmten Zeitpunkt an mehr und mehr in den Mittelpunkt der südostafrikanischen Ereignisse gerückt ist, sind im Verlauf des Krieges Veränderungen vor sich gegangen, die Lissabon mit größter Aufmerksamkeit registriert hat. Daß dies der Fall ist, braucht nirgends Verwunderung zu erregen, wenn man bedenkt, daß einer portugiesischen Pressefeststellung zufolge das Mutterland in den beiden Kolonien Angola und Mozambique zwei seiner besten Kunden hat. Darüber hinaus ist allmählich ein System in Gang gekommen, daß den Austausch der Kolonialprodukte zwischen diesen beiden Kolonien außerordentlich fördert. Abgesehen beispielsweise von den Schwierigkeiten, die sich etwa aus der von den Engländern vorgenommenen Briefzensur rein wirtschaftlich ergeben, steht das politische Moment jedoch auch hier wieder weit im Vordergrund. Die Südafrikanische Union war sofort kriegführende Partei geworden, obwohl es mancherlei Momente gegeben hatte, die vorher vom portugiesischen Nachbarn dieses Mitgliedes des britischen Empires anders hätten gewertet werden können. Immerhin war der Simonstown-Vertrag zwischen Großbritannien und der Union von 1921 bekannt gewesen, wonach die Union Simonstown als Flottenbasis an Großbritannien abgetreten und gleichzeitig dessen Verteidigung durch eigene Streitkräfte garantiert hatte. An und für sich wäre dies kein Grund für eine Kriegsbeteiligung Südafrikas gewesen. Indessen ergab sich sehr bald, daß sich *Smuts* England gegenüber dazu verpflichtet hatte, und es gelang ihm tatsächlich, den Eintritt der Südafrikanischen Union in den Krieg

gegen den Antrag des damaligen Premierministers *Hertzog* mit der knappen Mehrheit von 13 Stimmen im Parlament durchzusetzen. Kaum hatte Smuts mit Hilfe des britischen Generalgouverneurs die Macht völlig in die Hand bekommen, als er mit Schlagworten an die Öffentlichkeit trat, die nun schon ganz Afrika umfassen. Mit Vorbedacht hat er 1940 eine Änderung des Soldateneides durchgesetzt, nach der die Südafrikaner künftig nicht nur für die Union, sondern für ganz Afrika kämpfen, — ein Schritt mehr auf dem Wege zur panafrikanischen Idee. Innerhalb dieses eindeutigen Gedankensystems, das „die Südafrikanische Union an die Spitze der Vereinigten Staaten von Afrika" stellen soll, ist es Ende Dezember 1942 zu dem höchst verdächtigen Smuts-Plan gekommen. Ihm zufolge sollen isolierte Kolonien zwecks wirksamerer und wirtschaftlicherer Verwaltung zu größeren Einheiten zusammengeschmolzen und ihre allgemeine und gemeinsame Politik von einer beratenden Körperschaft bestimmt werden, in der das Mutterland und alle anderen Staaten, die an dem betreffenden Raum interessiert sind, vertreten ein sollen. Nach Smuts eigenen Worten öffnet sich hier den USA. der Weg zur Mitherrschaft in Afrika, zumal doch Südafrika bereits im Jahre 1941 „mehr unter dem Einfluß Amerikas als unter dem irgendeines anderen Landes" stand. Es ist hier nicht der Raum, in eine nähere Erörterung der unbestreitbaren Tatsache einzutreten, daß sich in Südafrika jetzt bereits die Kraftlinien des englischen und des nordamerikanischen Imperialismus zu kreuzen und gewisse Gegensätze etwa in derselben Art aufeinanderzuprallen beginnen, wie dies in Nordafrika der Fall ist. Wohl aber muß bei einer Behandlung der portugiesischen Situation der Gegenwart verzeichnet werden, daß das nordamerikanische Magazin „Collier's" im Dezember des vergangenen Jahres die schleunige Besetzung der portugiesischen Kolonie Mozambique gefordert hat, da Lourenço Marquez unter den gegenwärtigen Umständen einer der wichtigsten Häfen sei. Das Bild, das sich der portugiesischen Regierung darbietet, wenn sie auf ihre Umgebung in Südafrika blickt, wird dann durch die Beobachtung abgerundet, daß auch die Nordamerikaner den Verräter Smuts in ihr Spiel mit einbeziehen möchten und es in manchen Augenblicken den Anschein hat, als ob dieser eines Tages noch Neigung verspüren würde, der südafrikanische Darlan zu werden. Als Kolonialminister Machado um die Januarmitte dieses Jahres nach Lissabon zurückkehrte, wurde in politischen Kreisen darauf hingewiesen, daß die Geschichte von dieser Reise eines Tages als von einem der außerordentlichsten Ereignisse in dieser für das nationale Leben Portugals schwierigen Zeit sprechen werde. Das

Ziel, das den portugiesischen Staatsmännern vor Augen schwebt, ist dem obenerwähnten Artikel zufolge eine gute Nachbarschaft. Denn Garantien aus alten Verträgen schwanken oft im Sturm der Zeiten und Ereignisse, und zwar um so mehr, wenn der Garant selbst nach allen Seiten Anlehnung suchen muß und sein eigenes Besitztum dahinschwinden sieht. Daher geht Portugal in Afrika neue Wege, die es entsprechend seiner allgemeinen politischen Haltung eben im besten Einvernehmen zu seinen Mitinteressenten suchen möchte. Daß ihm dies keineswegs immer leicht gemacht wird, hat es, um ein anderes Beispiel herauszugreifen, von den Nordamerikanern erfahren müssen, als diese glaubten, zu den kriegsbedingten Schwierigkeiten Portugals noch ein Weiteres beitragen zu müssen, indem sie auf der amerikanischen Seite den Pfeiler jener Brücke, die Tradition und Kultur zwischen Portugal und Brasilien über den Atlantik gespannt hatten, und die man die lusitanische zu nennen pflegte, ins Wanken, wenn nicht politisch sogar zum Einsturz brachten.

Der Kreis der Probleme, vor denen Portugal steht, weitet sich indessen zu universalem Ausmaß. Niemals kann die portugiesische Regierung die Augen vor einer solchen Erkenntnis verschließen, wenn sie die Stellung beziehen will, die einer um die allgemeine Zivilisation und Kultur so verdienten Nation zukommt. Die Wertung der politischen Entschlüsse einer neutralen Macht wird stets davon abhängen, ob sie bis zu einem erträglichen Grade den durch die nationalen Notwendigkeiten bedingten Egoismus zu überschreiten vermag. Selten scheint uns dies so eindeutig erwiesen wie in dem Fall Portugal, dessen Ministerpräsident in der nun bereits mehrfach herangezogenen Rede vom 25. Juni 1942 der internationalen Öffentlichkeit zu erkennen gegeben hat, wie tief er und seine Nation sich von den gegenwärtigen Ereignissen berührt fühlen und wie klar ihnen die letzten Zusammenhänge sind. Salazar sagte dazu: „Es gibt in diesem Konflikt universale Probleme, die die ganze Menschheit angehen und wiederum andere Probleme, die im wesentlichen nur einige Länder betreffen.... Was die Probleme universaler Art anbetrifft, haben wir ein klares Bekenntnis unserer Doktrin abgelegt. Schon vor dem Kriege haben wir Partei ergriffen, hinsichtlich der anderen Probleme wäre es nicht korrekt, dies jetzt zu tun.“ In welcher Richtung Portugal bezüglich der Probleme universalen Charakters Partei ergriffen hat, braucht kaum mehr erläutert zu werden. Ein Staatswesen, dessen Fundamente Ordnung, Arbeit und sozialer Ausgleich sind, wird seiner geistigen Haltung nach und in seinen politischen Aktionen stets auf der Seite jener zu suchen sein, die gegen die aus der östlichen Steppe heranbrausende

Flut der Zerstörung all dessen kämpfen, was wir mit europäischer Kultur bezeichnen möchten. Wenn wir Geschichte und Wirkung des tragenden Bündnisses der portugiesischen Politik, desjenigen mit England also, eingehend untersucht und analysiert haben, so begreifen wir nunmehr, welchen weiteren Problemen die portugiesische Staatsführung sich gegenübersieht, wenn sie die anderen Bündnisse ihres englischen Allianzpartners verzeichnet. Aber auch hier erhebt sich der Staatsmann und Denker am Tejo wieder über den Rahmen und das Blickfeld seiner eigenen Nation, wenn er zu dem Thema der Verwirrung der Geister ausführt: „Ich beziehe mich besonders auf die nicht abzuleugnende Verwirrung der Geister, die durch die anglo-russische Allianz hervorgerufen wurde und auf die schmerzliche Beunruhigung, die sich allerorts selbst im Schoße der sogenannten Vereinigten Nationen angesichts der Solidarität bemerkbar macht, die die englische und die amerikanische Demokratie der sowjetischen Regierung entgegenbringen. Wir würden nichts gewinnen, wenn wir die Augen vor dem vielleicht beängstigendsten Problem unserer Zeit schließen würden...." Stärker als je zuvor in den vergangenen zwei Jahren sind jetzt im westeuropäischen Bereich die Ausstrahlungen des Krieges wieder spürbar. Die anglo-amerikanische Nordafrikaaktion hat dort eine Phase eingeleitet, an deren Fortgang die iberischen Staaten sowohl wegen ihrer eigenen Position als auch mit Rücksicht auf ihre afrikanischen Territorien aufs lebhafteste interessiert sind. Trotzdem fühlt jedoch jeder Portugiese vor allem, daß seine Heimat in Europa liegt, dem seine Vorfahren so viel gegeben haben. Man wird sich jetzt mehr als früher der Tatsache bewußt, daß Europas Schicksal seine Wirkungen bis an den äußersten südwestlichen Rand des Kontinents schickt, und die Perspektiven sind plötzlich auch da leicht mit der Hand zu greifen, wo sonst der Blick dazu neigte, lieber weit am Horizont in die Ferne zu schweifen. Gewiß, der Atlantik ist das eigentliche Schicksal dieses Volkes gewesen. Ihm ist sein Gesicht von Natur aus völlig zugewandt und seiner Erforschung, dem Suchen neuer Routen nach neuen Ländern, verdankt es seinen größten historischen Aufstieg. Niemals aber vermag sich eine Nation aus ihren strukturellen Bindungen zu lösen, und so ist zu verstehen, warum der portugiesische Regierungschef einmal alles getan hat, um seinem Vaterland die ihm zukommende Stellung innerhalb der allgemeinen Politik wieder zu verschaffen und warum er in diesen entscheidungsschweren Monaten die Aufmerksamkeit der Portugiesen wieder und wieder gerade auf „das beängstigendste Problem unserer Zeit", den Bolschewismus, lenkt. Weiterhin bestätigen ihm alle Erfahrungen,

daß „die Demokratie und der Liberalismus sich im letzten Jahrhundert erschöpften und dies aus zwei Gründen, die den Tod oder die Ablösung der politischen und wirtschaftlichen Regime erklären. Erstens verloren sie ihren ideologischen Gehalt, d. h. es bestand kein Zusammenhang mehr zwischen den Prinzipien und den Gefühlen der Menschen, denen sie zu dienen vorgaben. Zweitens entsprachen sie nicht den Notwendigkeiten der neuen Zeit.“ In einer Zeitenwende, an der es heißt, von Anbeginn die richtige Stellung zu beziehen, wenn eine Nation nicht für alle Zukunft Schaden nehmen soll, von dem sie sich nach menschlichem Ermessen kaum ein zweites Mal erholen würde, verhelfen nur solch klare Erkenntnisse zu richtigen Entschlüssen. „Die Epoche, in der wir leben, und die der universale Konflikt noch schärfer kennzeichnet, wird unter dem dreifachen Zeichen der *Autorität*, der *Arbeit* und der *sozialen Fürsorge* stehen. Es kann verschiedene Arten und Verfahren geben, und sie werden sicher möglich werden entsprechend der Verschiedenartigkeit der Bedingungen. Aber überall, wo wir sagen können, daß wir auf zivilisierter und christlicher Erde stehen, werden die Einrichtungen eine in die Augen fallende Ähnlichkeit aufweisen und auf gleichen moralischen Grundsätzen beruhen.“ Diese Worte Salazars umreißen noch einmal abschließend mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit Sinn und Ziel auch der gegenwärtigen Aufgaben Portugals, deren Bewältigung allein ihm die Bedeutung sichern wird, die ihm auf Grund von Tradition und nationaler Kraft als eines der Elemente des politischen Geschehens im 20. Jahrhundert zukommt.

Kleine Beiträge

Aufbau und Einsatz des Heeres der Vereinigten Staaten von Amerika im ersten Weltkrieg

I

Die Entscheidung des zweiten Weltkrieges fällt im Feldzug gegen den Bolschewismus. Gelingt es uns Deutschen, unseren Lebensraum zu erweitern und ihn, gestützt auf eine sich ständig erneuernde biologische Basis, politisch und wirtschaftlich zu durchdringen und militärisch zu sichern, kann keine Macht der Erde auf Jahrhunderte hinaus den Lebenskern des erneuerten Europa zerstören. Wenn den Briten der letzte Festlanddegen aus der Hand geschlagen ist, hat selbst eine Union der englischsprachigen Staaten — die Festigkeit dieser Union wird sich erst noch beweisen müssen — keine Aussicht mehr, unseren Lebenskern

zu zerstören. Frankreich, der wichtigste Festlandsdegen der Angloamerikaner im ersten Weltkrieg, ist 1940 zerbrochen. Damit hat sich die militärische Lage im Vergleich mit dem ersten Weltkrieg grundlegend geändert. Das Ergebnis von 1918 ist zu einem großen Teil schon korrigiert.

Diese Erkenntnis darf nicht übersehen werden, wenn man versucht, die Einsatzmöglichkeiten für ein großes, im Entstehen begriffenes us-amerikanisches Heer durchzudenken. Vor allem muß man sich vor voreiligen Parallelen zwischen den beiden Kriegen hüten. Im Jahre 1918 genügte die us-amerikanische Streitkraft, den Alliierten den Sieg zu schenken, weil der Gegner nach vier Kriegsjahren erschöpft war. Wenn die Us-Amerikaner ihren Erfolg 25 Jahre später gegen einen viel stärkeren Gegner wiederholen wollen, müssen sie von vornherein viel größere Lasten in der Führung des Kampfes übernehmen, auf einigen Kriegsschauplätzen sogar die alleinige Last tragen.

Dennoch verdient die militärische Leistung Us-Amerikas im ersten Weltkrieg unsere Aufmerksamkeit. Sie ist im deutschen Schrifttum noch nicht zusammenfassend dargestellt worden. Besonders der Heeresaufbau ist verhältnismäßig unbekannt geblieben. Deshalb seien einige Daten angeführt, die die Heeresvergrößerung bis zu einer Stärke von fast *4 Millionen Mann*, von denen bis zum Waffenstillstand etwa *2 Millionen Mann* nach Frankreich transportiert wurden, kennzeichnen.

II

Die Vereinigten Staaten sind in j e d e n Krieg ihrer Geschichte unvorbereitet eingetreten. Sie sahen sich noch Anfang 1917 nicht zu einer starken Rüstungspolitik gezwungen, obwohl die Kämpfe von 1916 an der mexikanischen Grenze die Mängel der bisherigen Wehrverfassung aufgezeigt hatten. Als am 6. April 1917 der Krieg an die „kaiserliche deutsche Regierung" erklärt wurde, genügte ihre kleine Streitkraft von Berufssoldaten und Freiwilligen bei weitem nicht für eine aktive Anteilnahme am europäischen Krieg. Die USA. konnten im ersten Kriegsjahr kein Expeditionsheer einsetzen und mußten sich zunächst, wie schon vor 1917, auf die finanzielle Unterstützung der Alliierten und auf die Sendung von Kriegsmaterial beschränken.

Alliierte Missionen, wie die des französischen Marschalls *Joffre*, drängten auf eine sofortige Hilfeleistung. Auf Grund der Erfahrungen des us-amerikanischen Bürgerkrieges (1861—1865) und der Aushebungen in England von 1914—1917 entschloß man sich zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Von den 18- bis 45jährigen der männlichen Bevölkerung von 54 Millionen konnte jedoch nur ein kleiner Teil nach und nach einberufen werden, weil Unterbringungsmöglichkeiten, Ausrüstungsgegenstände und vor allem Ausbilder fehlten. Jedoch muß festgestellt werden, daß sich die Jugend der USA. der Einberufung williger unterzog, als man auf Grund der us-amerikanischen Tradition annehmen konnte.

Bei Kriegseintritt betrug die Stärke der *„Regulären Armee"*, die sich aus Berufssoldaten zusammensetzte, knapp 130 000 Mann mit nicht einmal 6000 Offizieren. Die *„Nationalgarde"*, die aus Freiwilligen bestand, hatte eine Stärke von etwas über 65 000 Mann. Diese kleine Streitmacht von knapp 200 000 Mann bildete zugleich den Grundstock für den neuen Heeresteil, die *„Nationalarmee"*, in der über ¾ der 4 Millionen Soldaten dienten. In den eineinhalb Jahren von der Einführung der Wehrpflicht bis zum Waffenstillstand gelang es, die Gesamtheeresstärke zu verzwanzigfachen.

Für das Viermillionenheer (zu dem noch etwa 800 000 Angehörige der Marine traten) brauchte man 200 000 Offiziere, die zur Hälfte in besonderen Ausbildungslagern, in den „Officers' Training Camps", herangebildet wurden. Diese

Stärke des Offizierskorps bei Kriegsende, die der Gesamtstärke des Heeres bei Kriegseintritt entsprach, konnte nur dadurch erreicht werden, daß Hunderte von französischen und britischen Offizieren als erfahrene Instrukteure tätig waren.

Für die neuaufzustellenden Divisionen errichtete man 1917 in USA. 32 große Ausbildungslager, die im Durchschnitt eine Fassungskraft von 40 000 Mann hatten. Die 16 Zeltlager für die Nationalgarde nannte man *Camps* und die 16 Barackenlager für die vornehmlich aus Wehrpflichtigen bestehende neue „Nationalarmee" *Cantonments.* Trotz des umfangreichen Aufwandes dauerte die Aufstellung der Divisionen viele Monate. Die Ausbildung mußte in der französischen Etappe fortgesetzt werden, ehe die Einheiten kampfmäßig gegliedert werden konnten.

Von den nach Frankreich transportierten 2 Millionen Mann, aus denen die *„American Expeditionary Forces"* (A. E. F.) unter dem Oberkommandierenden General *Pershing* bestanden, nahmen etwa 1,4 Millionen Mann an den Kämpfen teil. Etwa 600 000 Mann fanden nur in der Etappe als Nachschubtruppen („Services of Supply") Verwendung. Nach Frankreich wurden 42 geschlossene Divisionen (zu je 27 000 Mann und fast 1000 Offizieren) transportiert, von denen 29 Divisionen an der Kampffront eingesetzt wurden. Die 42 Divisionen zählten fast 1,2 Millionen Mann. Der Rest von 800 000 Mann setzte sich aus Kriegs- und Armeetruppen, Spezialeinheiten, Ersatzeinheiten und vor allem aus Nachschubtruppen zusammen.

Die Hauptschwierigkeit bei der Aufstellung einer us-amerikanischen Armee in Frankreich war der Transport. Ein großer Teil der 104 beschlagnahmten und reparierten Schiffe der deutschen Handelsmarine wurde dazu benutzt, über 500 000 Us-Amerikaner nach Europa zu transportieren. Allein die „Vaterland", umbenannt in „Leviathan", beförderte fast 100 000 Mann. Unter der Wucht der deutschen Frühjahrsangriffe 1918 sahen sich die Briten gezwungen, den Us-Amerikanern für zusätzliche Transporte Schiffsraum zur Verfügung zu stellen. Auf britischen Schiffen wurden insgesamt 1 Million Us-Amerikaner transportiert, so daß nur $^1/_4$ der 2 Millionen Mann auf us-amerikanischen Schiffen befördert wurde. Die Verschiffungsziffern erreichten im Juli 1918 durch die Verwendung der britischen Schiffe mit 300 000 Mann ihren Höhepunkt. In den sechs Monaten vom Mai bis Oktober 1918 wurden 33 Divisionen transportiert. Wir Deutsche dürfen die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß keiner der Truppentransporter auf dem Wege nach Europa versenkt wurde. Die Angriffswaffe der U-Boote war damals noch nicht genügend entwickelt, und die Luftwaffe spielte noch keine Rolle in der Seekriegführung.

Infolge der Transporte aus Us-Amerika erhielten die Alliierten ein zahlenmäßiges Übergewicht an der Westfront, das sich schließlich auch zu einer Überlegenheit an Kampfkraft entwickelte. Über den wichtigen Punkt der *Heeresversorgung* sei folgendes gesagt:

Die us-amerikanischen Soldaten wurden gut bekleidet, sehr gut verpflegt und ärztlich betreut. Die Bewaffnung mit Gewehren und Maschinenwaffen aller Art reichte nur für die Expeditionstruppen aus, nicht für die Ausbildungseinheiten in der Heimat. Erst zu Kriegsende erreichte die Produktion an leichten Waffen und an Munition einen so hohen Stand, daß die Bewaffnung eines großen Truppenkontingents sichergestellt war. In der Produktion von schweren Waffen, besonders von Artilleriegeschützen, wirkte sich der Organisationswirrwarr des Kriegsdepartments im ersten Kriegsjahr sehr nachteilig aus. Indem jedoch die Us-Amerikaner den Briten und Franzosen Rohmaterial und Halbfertigprodukte lieferten, konnten die A. E. F. mit britischen und französischen Geschützen und der dazugehörigen Munition ausgestattet werden. Außer aus wenigen Klein-

geschützen und Eisenbahngeschützen wurde kein Schuß us-amerikanischer Munition aus Geschützen us-amerikanischer Produktion an der Front verschossen. Kein us-amerikanischer Tank und kein us-amerikanisches Kampfflugzeug (nur einige Beobachtungsmaschinen) wurden eingesetzt. Alle Tanks und Kampfflugzeuge, die die Us-Amerikaner verwendeten, waren britischen und französischen Ursprungs.

Im Verlauf des Weltkrieges wurden 7 Millionen Tonnen Kriegsmaterial von USA. nach Frankreich für die A. E. F. verschifft. 10 Millionen Tonnen Kriegsmaterial konnten in europäischen Ländern gekauft und damit Transatlantikschiffsraum eingespart werden. Ebenso wie die Organisation ist auch die Versorgung des Expeditionsheeres also weitgehend an dem militärischen Gerüst der Verbündeten aufgerichtet worden.

Die Produktion von Kriegsmaterial in USA. wäre erst im Jahre 1919 in vollen Gang gekommen. Dann hätte allerdings die us-amerikanische Industrie den Hauptteil der wirtschaftlichen Kriegführung auf alliierter Seite getragen.

III

Mit den angeführten Daten kann man wohl den Umfang der organisatorischen Leistungen grob umreißen, aber noch nicht die Kampfkraft des us-amerikanischen Expeditionsheeres beurteilen. Wieweit sind die Us-Amerikaner damals zum Einsatz gekommen, und welche militärischen Erfolge haben sie errungen?

In den Jahren 1917 und 1918 hielten die Verbündeten der Us-Amerikaner, besonders die Franzosen, die Stellung. Die A. E. F. konnten transportiert werden und sich viele Monate lang in gesichertem Raum auf ihren Einsatz vorbereiten. Es mangelte den Us-Amerikanern an der notwendigsten eigenen Artillerie, an Flugzeugen, Transportmitteln usw. Die Briten und Franzosen konnten aushelfen und damit erreichen, daß Infanterieeinheiten, die nur ihre persönlichen Ausrüstungsgegenstände bei sich hatten, bevorzugt verschifft wurden. Dadurch wurde der Mannschaftsbestand der Alliierten überraschend erhöht.

In der französischen Etappe wurden die Us-Amerikaner ausgebildet und kampfmäßig gegliedert, also mitten im europäischen Kontinent. Pershing, der schon am 28. Mai 1917 die Staaten verlassen hatte, bereitete den Einsatz seiner Truppen unter den günstigsten Bedingungen vor. Ihm standen gute Häfen und ein dichtes Eisenbahn- und Straßennetz zur Verfügung. Aber erst im August 1918, also fast 1½ Jahre nach dem Kriegseintritt und drei Monate vor dem Kriegsende, waren die Us-Amerikaner in der Lage, ihre Truppen zu einer selbständigen Armee zusammenzufassen.

Nachdem zu Beginn des Jahres 1918 die ersten kleineren Einheiten im Frontdienst verwendet worden waren und im Mai 1918 die 1. Division bei Cantigny und im Juni die 2. Division im Belleauwald sich bewährt hatten, wurde erstmalig im September ein größerer us-amerikanischer Verband eingesetzt. In der Operation gegen den Bogen von *St. Mihiel* stießen 12 us-amerikanische Divisionen mit 4 französischen Divisionen in eine Räumungsbewegung von 8 deutschen Divisionen hinein. Nur in einer Schlacht, der *Argonnenschlacht* vom 20. September bis 11. November, kämpften die Us-Amerikaner selbständig mit einer Armee von 500 000 Mann gegen einen an Zahl unterlegenen und in jahrelangen Kämpfen erschöpften Gegner.

Der gut ausgelesene us-amerikanische Infanterist, der „doughboy", bewies in jedem Gefecht vorbildlichen Angriffsgeist und körperliche sowie moralische Robustheit. Wie der Verlauf der Argonnenschlacht bewies, sind jedoch die Us-Amerikaner zu einer hochentwickelten taktischen Führung nicht gekommen. Bei Gegenstößen, Schwerpunktbildungen und dem Zusammenwirken von Infanterie

und Artillerie zeigte sich ihre mangelnde Ausbildung. Bei Angriffen verloren sie schnell ihre Gliederung. Die Zahl von 50 000 Gefallenen (neben 230 000 Verwundeten und 70 000 an Krankheit Verstorbenen) ist im Vergleich zu den Verlusten der anderen Nationen gering, im Verhältnis zur Dauer der Kämpfe und der zum Einsatz geführten Truppenzahl jedoch hoch.

IV

Die us-amerikanische Kriegsmaschine kam langsam ins Laufen. Erst 1918 gelang es der Regierung, eine staatliche Kontrolle nach europäischem Vorbild durchzuführen. Nach dem Krieg fiel die mühsam aufgebaute Zentralisierung der Kriegswirtschaft unter dem jüdischen Produktionsdirektor *Baruch* und die Einheitlichkeit der Verwaltung im Kriegsdepartment, die nach vielen Experimenten der Generalstabschef General *March* unter dem Kriegssekretär *Baker* durchsetzte, wieder auseinander. Obwohl die Geschichte der Armee des Generals *Pershing* und seines Stabschefs General *Harbord* wenig im Bewußtsein des Durchschnittsamerikaners verwurzelt ist, hat der Weltkrieg den Stolz der Neuen Welt gegenüber der in sich selbst zerrissenen Alten Welt sehr verstärkt. USA. erwies sich als eine Willenseinheit und entwickelte eine militärische Potenz, die nicht nur Dilettanten, sondern auch die deutsche Kriegsleitung überraschte.

Andererseits wiegen die 47 Tage der Argonnenschlacht wenig im Vergleich mit den Waffentaten der Deutschen oder Franzosen. Das Schwert der Neuen Welt hat keinen „Volkskrieg“ um das Lebensdasein zu führen gehabt. Bei einer Fortdauer des Krieges hätten die Us-Amerikaner bis zur Mitte des Jahres 1919 etwa 80 Divisionen in Frankreich gehabt. Ihren unverbrauchten Massen wäre allmählich die Hauptlast bei einer alliierten Offensive zugefallen. Wegen des frühzeitigen Waffenstillstandes kann jedoch nicht beurteilt werden, wie die Kampfmoral nach langen und harten Kämpfen gewesen wäre und wie sich die höhere Führung bewährt hätte.

Zweifellos können die Us-Amerikaner heute ihre Weltkriegserfahrungen in der Heeresorganisation, bei der Ausbildung und beim Aufbau ihrer Rüstungsindustrie verwerten. Bei einer langen Kriegsdauer wird die Produktion keine entscheidend negative Rolle spielen, auch nicht die Ausbildung und Gliederung in der Heimat. Sobald man allerdings die Tranportfrage eines Expeditionsheeres untersucht oder die Möglichkeiten eines operativen Ansatzpunktes für ein Eindringen in den europäischen Kernraum, die Kampfkraft der Bundesgenossen und die Aufsplitterung der Kampfgebiete über den gesamten Erdball in Erwägung zieht, kommt man zu Ergebnissen, die nicht mit den Weltkriegsverhältnissen verglichen werden können. Der Ausbau der deutschen U-Boot-Waffe zu einem viel wirksameren Angriffsinstrument, die neuartige und operative Bedeutung der Luftwaffe, und vor allem die Härte und die Ueberlegenheit der deutschen Führung haben die Grundsätze und Voraussetzungen der englisch-amerikanischen Seekriegführung entwertet.

Karl Döring

[Eine größere Arbeit des Verf. erscheint demnächst unter dem Titel „Der Aufbau des Heeres der Vereinigten Staaten von Nordamerika im Weltkrieg“ im Rahmen der Schriften zur Länderkunde Nordamerikas des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts.]

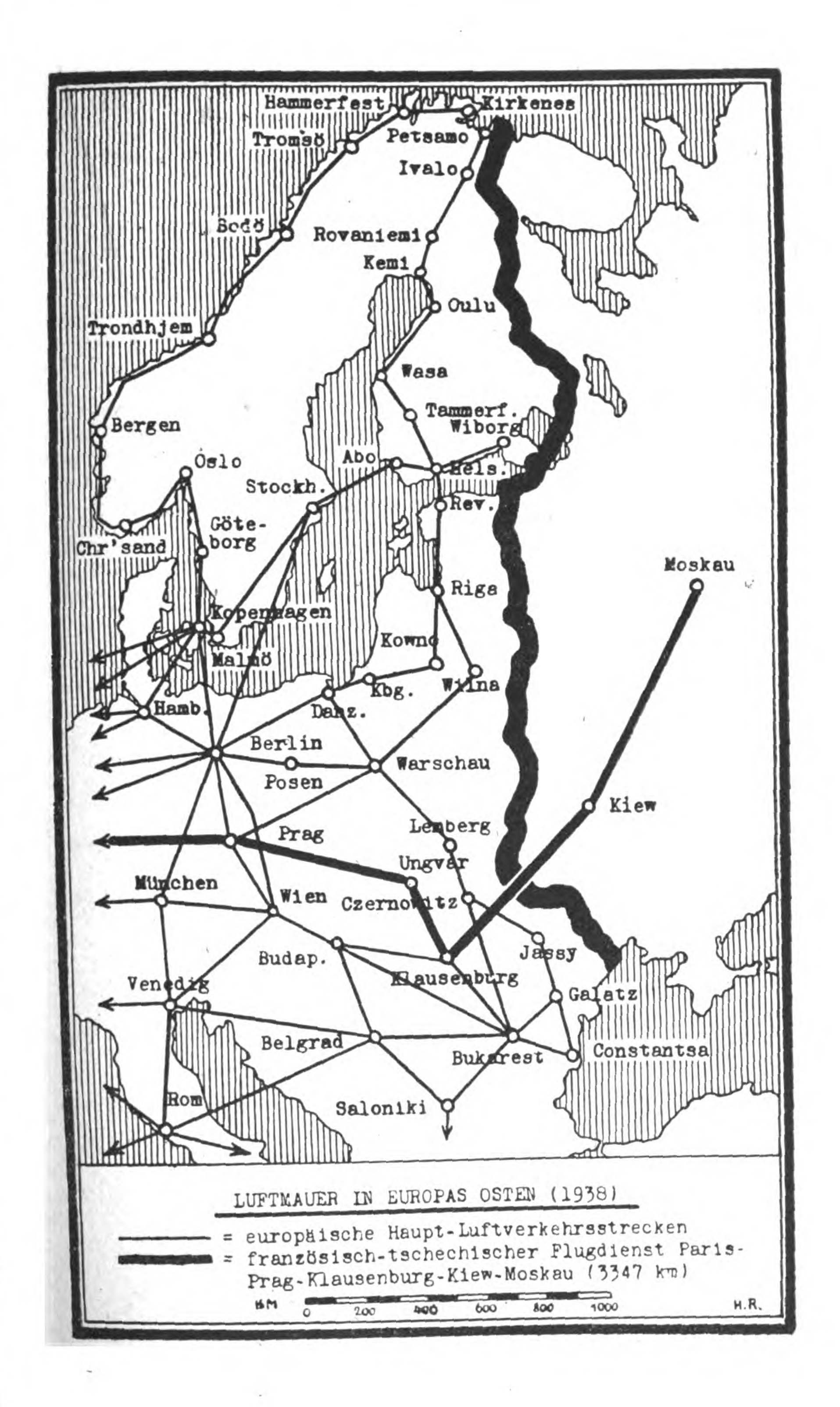
Sowjetische Luftpolitik gegen Europa

Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Ringens im Osten

Der durch die großdeutsche Wehrmacht und ihre Verbündeten vereitelte Versuch des Bolschewismus, den alten kulturtragenden Kontinent Europa zu überrennen und ihn zu einem Anhängsel und einer Arbeitskolonie Bolschewistisch-Mittelasiens zu degradieren, wurde in Moskau auch im luftpolitischen Bereich mit der gleichen — aber erfolglosen — Zielstrebigkeit vorbereitet wie die Aufrüstung der gewaltigsten Militärmaschinerie der Weltgeschichte. Daß sich von den europäischen Kontinentalstaaten nur jene zu Partnern dieses sowjetischen luftpolitischen Invasionsversuches hergaben, die im Banne von Versailles ihren Daseinssinn in der Niederhaltung Deutschlands sahen, verwundert heute ebensowenig wie die Tatsache, daß sich nunmehr seit Jahren allein das europafremde England um einen luftpolitischen Kontakt mit den Sowjets bemüht; der klassische britische Verrat an Europa erfährt also auch hier im Bereiche der Luftpolitik seine deutliche Dokumentation.

Gegenüber der Reihe ausgeprägter luftpolitischer Machttypen, wie sie die Zeitspanne etwa von 1919 bis 1939 entwickelte (britischer weltwirtschaftlicher Imperialismus, französischer Militärimperialismus und USA.-Panamerikanismus gegen deutsche wirtschaftsfriedliche Zusammenarbeit ohne machtpolitische Stützpunkte), nahm das sowjetische luftpolitische System in Tendenz und Verfahrensweise eine Sonderstellung ein. Wie jeder Wirtschaftsweg dienten auch die Verkehrsluftstraßen über die sowjetischen Staatsgrenzen hinaus als Kanäle zum Export nicht nur von Wirtschaftsgütern, sondern in wenigstens gleichem Maße auch von bolschewistischen Ideologien, so daß es höchster Achtsamkeit seitens der Luftverkehrspartner vor der Gefahr einer bolschewistischen Infektion bedurfte. Die luftpolitische Zurückhaltung bei fast allen Anrainern der Sowjetunion und die Tatsache, daß Sowjetrußland für eine Anzahl von Jahren überhaupt gänzlich vom Weltluftverkehr isoliert war, belegen es deutlich, daß die Gefahren einer Zusammenarbeit mit den Sowjets erkannt wurden.

Die geographische Situation einerseits und die politische Konstellation in in der Nach-Weltkriegszeit bei der Sowjetunion und Kontinentaleuropa (Zwischenreich von Weimar, Frankreichs Machtanspruch, Kleine Entente usw.) andererseits brachten es mit sich, daß die erste Luftbrücke aus der Sowjetunion nach Europa hinein von Moskau über die Randstaaten nach Berlin verlief, von den damaligen deutschen Machthabenden bestenfalls guten Glaubens in ihrer Gefährlichkeit nicht erkannt; ihr schloß sich wechselnd in Königsberg, Kauen, Riga oder Welikije Luki — dessen Name in den schweren Kämpfen des Winters 1942/43 auftauchen sollte — eine Abzweigung nach Leningrad an; betriebsführend war die zu 50 % in deutschen Händen befindliche „Deutsch-Russische Luftverkehrsgesellschaft" (DERULUFT). Die Folgejahre nach 1933 mußten naturgemäß eine Änderung bringen: Im Frühjahr 1937 löste sich die DERULUFT auf, im Herbst 1937 kam der Deutschland-Sowjetunion-Flugdienst, dem eine politische oder gar eine wirtschaftliche Grundlage nunmehr vollkommen fehlte, offiziell zur Einstellung.


Hammerfest
Kirkenes
Tromsö
Petsamo
Ivalo
Bodö
Rovaniemi
Kemi
Oulu
Trondhjem
Wasa
Tammerf.
Wiborg
Bergen
Oslo
Abo
Hels.
Stockh.
Rev.
Chr'sand
Göte-
borg
Moskau
Riga
Kopenhagen
Kowno
Malmö
Kbg.
Wilna
Hamb.
Danz.
Berlin
Warschau
Posen
Kiew
Lemberg
Prag
Ungvar
München
Wien
Czernowitz
Jassy
Budap.
Klausenburg
Venedig
Galatz
Belgrad
Constantsa
Bukarest
Rom
Saloniki
LUFTMAUER IN EUROPAS OSTEN (1938)
= europäische Haupt-Luftverkehrsstrecken
= französisch-tschechischer Flugdienst Paris-Prag-Klausenburg-Kiew-Moskau (3347 km)
KM 0 200 400 600 800 1000
H.R.

In der Weltluftpolitik zweifellos ein nicht zu übersehender Faktor, so erstreckten sich die endlosen flachen Weiten Europäisch- und Asiatisch-Sowjetrußlands hinter jener unsichtbaren, aber höchst fühlbaren „Luftmauer“ von gut dreieinhalbtausend Kilometer Länge, die sich nunmehr von der Fischerhalbinsel hoch im Norden bis zur Nordwestküste des Schwarzen Meeres erstreckte. Aber die europäischen Freunde der Bolschewisten gingen demonstrativ an die Schaffung eines Ersatzluftweges von Innereuropa nach Moskau, nahezu im gleichen Augenblick, als Deutschland sich luftpolitisch von den Sowjets distanzierte; sie benutzten hierzu das „bolschewistische Sprungbrett gegen Europa“, die damalige Tschechoslowakei. Seit April 1937 erscheint in den internationalen Flugplänen ein tschechisch-sowjetischer Luftdienst von Prag über Ungvar und Kiew nach Moskau, der in Prag unmittelbaren französischen Luftanschluß nach Paris (Paris—Moskau 3347 km) hatte; weil das damalige Polen die Überfliegung seines Hoheitsgebietes im Abschnitt Ungvar—Kiew nicht freigeben wollte, mußte Rumänien — zu jener Zeit noch ganz im Fahrwasser der Pariser Politik — einspringen und eine Umlegung des Abschnitts Ungvar—Kiew über Klausenburg bewilligen. Allwöchentlich dreimal überflogen nunmehr die tschechischen und sowjetischen Flugzeuge den Grenzstrom Dnjestr, schlüpften durch die einzige, winzige Lücke in der Luftmauer in Europas Osten, die ihre Existenz allein dem Mangel an gesamteuropäischer Solidarität bei einigen wenigen Staaten Europas verdankte.

An dieser Stelle ist ein kurzer Blick auf die außereuropäischen Grenzen der Sowjetunion zu werfen, soweit der Zeitraum vor 1939 zur Rede steht: Die seitens Moskaus durchaus unfreiwillig geduldete Luftmauer beschränkte sich keineswegs auf Europa; die im ersten Jahrzehnt der Nach-Weltkriegszeit recht rege Luftverbindung von Teheran über den Kaukasus und Rostow nach Moskau, die das von Junkers aufgebaute Luftverkehrsnetz Persiens über die Luftstraße Moskau—Berlin an Europa anschloß, kam als Folge der veränderten Einstellung Persiens zur Sowjetunion zum Erliegen. Entsprechendes gilt von der in jenen Jahren bestehenden Flugstrecke von der Hauptstadt Afghanistans nach der zur Sowjetunion gehörenden Republik Usbekistan (Kabul—Samarkand—Taschkent). Die Schaffung des selbständigen Mandschukuo im Fernen Osten durch Japan im Jahre 1932 setzte der Überfliegung der Mandschurei durch die Sowjets im Zuge ihres Groß-Luftpostweges Moskau—Wladiwostok ein Ende, der Schlußabschnitt Tschita—Wladiwostok mußte unter Inkaufnahme eines bedeutenden Umweges bis Chabarowsk auf das Nordufer des Amurstromes verlegt werden. Mit der unrühmlichen Ausnahme jenes einzigen Durchbruchs durch die europäisch-sowjetische Luftmauer (Paris—Prag—Klausenburg—Moskau) konnte also die an Bodenfläche, an Bevölkerungszahl und an wirtschaftlichen Gütern überreiche Sowjetunion um die Jahre 1937/38 herum als einziger Großstaat der Erde nicht eine einzige Luftverbindung mit einem Nachbarstaat aufweisen, — die luftpolitische Isolation, begründet in der Gefährlichkeit einer Zusammenarbeit mit den Bolschewisten selbst im Bereich der Luftfahrt, war nahezu vollkommen.

Mit etwa diesem luftpolitischen Status trat die Sowjetunion in die Zeitspanne nach 1939, dem Jahre des Beginns des Großen Weltkrieges, ein. Noch vorher (1938) war es zur Inbetriebnahme eines schwedisch-sowjetischen Flugdienstes Stockholm—Riga—Welikije Luki—Moskau gekommen, welcher — schon im Sommer 1937 in vereinzelten Versuchsflügen vorbereitet — im Norden Großdeutschland, umgehend ähnliche Dienste leisten sollte wie die Luftstraße Prag—Ungvar—Klausenburg—Kiew—Moskau im europäischen Südosten. Dieser schwedische luftpolitische Schritt stand in engstem Zusammenhang mit der poli-



tischen Gesamthaltung Schwedens überhaupt. Betriebsführend waren die staatliche sowjetische Luftverkehrsgesellschaft „Aeroflot“ und die schwedische „A. B. Aerotransport“; zum Einsatz kamen von bolschewistischer Seite Douglas-DC-3-Maschinen amerikanischer und ANT-35-Maschinen sowjetischer Konstruktion, die Schweden flogen mit Junkers-Ju-52-Flugzeugen deutscher Herkunft. In Stockholm waren so günstige, durch die Briten betriebene („British Airways“) Luftanschlüsse nach Westeuropa, daß die Luftreise Moskau—Stockholm—Kopenhagen—Amsterdam—London an einem Tage zurückgelegt werden konnte, ein nicht zu übersehendes Sinnbild des Einvernehmens zwischen Moskau und London schon in jenen Tagen. Insbesonders im Zeitraum von September 1939 bis April/Mai 1940 (Besetzung Dänemarks, Hollands, Belgiens) trat der ausgesprochen politische Charakter jener Luftverbindung Moskau—London klar zutage; nach dem April/Mai 1940 versuchten die Briten den Abschnitt Stockholm—Kopenhagen—Amsterdam—London durch gelegentliche, nachts heimlich durchgeführte Kurierflüge Stockholm—Schottland—London (der „fliegende Teppich“ genannt) zu ersetzen; doch blieb diesem Versuch infolge der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens und der deutschen Beherrschung des dänisch-norwegischen See- und Luftraums die Regelmäßigkeit versagt.

Das Jahr 1940 war bestimmt durch die Wiederinbetriebnahme einer Luftverbindung zwischen Berlin und Moskau als Folge der vom Führer im Frühherbst 1939 weitsichtig geschlossenen Verträge zwischen Großdeutschland und der Sowjetunion. Zwischen dem 21. Januar 1940 und dem 22. Juni 1941 flogen die deutschen („Lufthansa") und sowjetischen („Aeroflot") Verkehrsflugzeuge über die Luftstraße Berlin—Königsberg—Bialystok—Minsk—Moskau, das Herannahen des im Sommer 1941 einsetzenden Entscheidungskampfes gegen die Bolschewisten nur scheinbar verdeckend. Die veränderte Streckenführung gegenüber dem Zeitraum 1922—1937 (über die baltischen Staaten) war begründet in den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen vom Frühherbst 1939. Ganz im Sinne der bolschewistischen Forderungen auf Einflußnahme im europäischen Südosten richtete die „Aeroflot' am 23. März 1940 einen Flugdienst Moskau—Kiew—Cherson—Burgas—Sofia (2245 km) ein, dessen Streckenführung durch die Umgehung rumänischen Hoheitsgebietes (Cherson—Burgas direkt über das Schwarze Meer) bemerkenswert war. Die Erfolge der großdeutschen Wehrmacht im Jahre 1941 bereiteten diesem Flugdienst dasselbe Schicksal wie den sowjetischen luftpolitischen Vorstößen ins Baltikum und in die geraubten finnischen Gebiete (finnisch-sowjetischer Winterkrieg 1939/40), wo Luftverbindungen Moskau—Reval, Moskau—Wilna—Kauen und Moskau—Leningrad—Wiborg die ehemals estnischen, litauischen und finnischen Gebiete der „roten Durchdringung" noch besser erschließen sollten. Die Luftstraße Moskau—Welikije Luki—Riga—Stockholm hatte nach diesem bolschewistischen Vorstoß ins Baltikum von 4 Stützpunkten nur noch einen schwedischen (Stockholm) aufzuweisen; bezeichnenderweise beantragten die Sowjets bei Schweden die Anlegung eines weiteren luftpolitischen Stützpunktes für die Moskau-Stockholm-Strecke in Visby auf der großen schwedischen Ostseeinsel Gotland, diesen Wunsch begründend mit den „unsicheren meteorologischen Verhältnissen im Streckenabschnitt Riga—Stockholm". Die endliche Liquidierung dieses Luftweges Moskau—Stockholm(—London) durch die Befreiung der ehedem baltischen Staaten durch die großdeutsche Wehrmacht verhinderte diesen bolschewistischen Vorstoß in den Ostseeraum.

Der Zeitraum 1941—1943 mit dem Beginn des großen entscheidenden Ringens im Osten, mit der Errichtung des lebendigen gewaltigen Walles tief im ehedem bolschewistischen Raum vom Eismeer über den Finnischen Meerbusen bis zum Asowschen Meer und den Ausläufern des Kaukasus, mit dem Kriegseintritt auch der Vereinigten Staaten von Nordamerika und mit der immer stärker hervortretenden Bildung eines gemeinsamen Schicksalsgroßraumes „Kontinental-Europa" brachte die endgültige Verdrängung bolschewistischen luftpolitischen Einflusses aus Europa für alle Zeiten, die Errichtung eines unüberwindlichen Dammes gegen jegliches antieuropäisches Wollen der Sowjets auch auf luftpolitischem Gebiet. Gerade durch diese Hinausdrängung der Sowjetunion (und auch Englands) aus Europa wurde das Problem einer möglichst schnellen und sicheren Verkehrsverbindung zwischen Moskau und London, bedingt durch die ständig steigende enge politische und ideologische Bindung zwischen Bolschewismus und Plutokratie, immer brennender. Vor den verschlossenen Toren Europas stehend, in der Luftlinie kaum 2700 km von der Themse entfernt und doch durch das unüberwindliche Hindernis des großdeutsch-europäischen Lebensraumes getrennt, mußten die Sowjets auf einen mühsamen Luftumweg sinnen, um die persönliche Verbindung zu den Briten nicht abreißen lassen zu müssen. Aber — ganz im Sinne des bolschewistisch-britischen Verhältnisses, der sowjetischen Ansprüche gegenüber dem wankenden

Empire: Ministerpräsident *Churchill* persönlich mußte als erster den neuen mühereichen Umweg zwischen Themse und Moskwa zurücklegen! Fast 11 000 km, von London in weitem Bogen die Biskaya umfliegend, bei Nacht und Nebel nahezu in der Substratosphäre hängend, über die Länge des Mittelmeers, über den Norden der Arabischen Wüste nach Bagdad, dann nach Teheran im von Bolschewisten und Briten gemeinsam vergewaltigten Iran, über das Kaspische Meer nach Kuibyschew und von dort endlich (von Osten her, aus eigentlich genau entgegengesetzter Richtung, anfliegend) nach Moskau, — konnte es ein eindeutigeres Sinnbild für den Hinauswurf der Feinde Europas vom Kontinent geben? Jedoch auch dieser Luftumweg vermochte durchaus nicht die Hilfestellung irgendwie zu verstärken oder deutlicher werden zu lassen, welche London voll banger Sorge immer wieder von seinem bolschewistisch-mittelasiatischen Verbündeten in Moskau erwartete, ebensowenig wie die bei gelegentlichen Kurierflügen erkundete zweite Luftnotstrecke, die „Eismeer-Route" von Moskau über Archangelsk und Murmansk und die meteorologisch ungünstige Weite des Eismeers und der nördlichen Nordsee nach einem schottischen Hafenplatz und von dort nach London. Die gesamte militärische Entwicklung bis in den Frühsommer 1943 hinein — ob Ostfront, ob Afrika, ob Atlantikwall — vermochte an diesem Zustand nicht nur nichts zu ändern, sondern sie verstärkte auch in diesem Bereich die unangreifbare Stellung der europäischen Ordnungsmächte und machte die kläglichen Nöte der Bolschewisten und Briten noch offenbarer.

Die enge Verbrüderung jedoch nicht nur zwischen Moskau und London, sondern auch zwischen Moskau und New York gibt heute den rechten Blickpunkt für einen luftpolitischen Vorstoß der Bolschewisten in ihren eigenen asiatischen Großraum hinein in Richtung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Am 1. Februar 1941, 5 Monate vor dem Kriegseintritt der Sowjets und 11 Monate vor demjenigen der USA., eröffnete die „Aeroflot" einen für Fluggäste, Post und Fracht freigegebenen Luftdienst von Moskau über Archangelsk—Ust—Kara—Igarka—Chatanga—Koschewnikow—Tiksie—Ambartschikbucht nach Kap Schmidt und Anadyr (Anadyr-Bucht an der Bering-Straße zwischen Asien und Nordamerika); für die 8144 km lange Strecke gab der Flugplan 9 Reisetage an; den Pionierflug hatte im März 1940 mit einer viermotorigen Maschine der Pilot Wodopjanow durchgeführt. Die geringe Entfernung zwischen der sowjetischen Anadyr-Bucht und Nome, der westlichsten bedeutenden Stadt Alaskas und dem Endpunkt des ausgedehnten USA.-Luftstreckennetzes der „Pan American Airways" (Nome—Fairbanks—Juneau—Seattle—Fargo—Chicago—New York), mußte für den luftpolitischen Beobachter schon der Jahre 1940/41 eine sinnbildliche Brücke zwischen dem bolschewistischen und dem usa-luftpolitischen Wollen bedeuten. Die Entwicklung der Jahre 1941—1943 machte aus dem Sinnbild eine Realität der großen Politik, die enge Bindung zwischen Moskau und New York erfuhr eine Untermauerung durch einen Luftweg über annähernd jene Route, welcher zwar keinen regelmäßigen Planverkehr aufzuweisen hat, jedoch für den Materialnachschub aus den USA. nach der Sowjetunion — namentlich an Flugzeugen — nicht ohne Bedeutung ist und auch schon manchen mehr oder weniger wichtigen politischen Fluggast gesehen hat; so kehrte z. B. *Wendell Willkie*, der großsprecherische scheinbare Gegenspieler *Roosevelts*, nach seinem Besuch in Moskau auf dieser Route — an Bord eines USA.-Bombers — nach Nordamerika zurück.

Um neben den Briten und den Yankees auch die dritten „großen" Verbündeten der Bolschewisten zu nennen, die Tschungking-Chinesen, wird erwähnt, daß auch die Bemühungen um eine Luftverbindung zwischen Moskau und

Tschungking zeitweise recht rege waren. Im Jahre 1941 kamen Meldungen über die Gründung einer sowjetisch-tschungkingchinesischen Luftverkehrsgesellschaft „Hamiata“ nach Europa; sie sollte im Anschluß an einen Flugdienst von Moskau Alma-Ata (Kirgisien), betrieben durch die „Aeroflot“, den Abschnitt von Alma-Ata nach Hami (Ost-Turkestan, nahe der Südwestgrenze der Äußeren Mongolei) durchführen, während der Rest von Hami nach Tschungking der ehemals deutsch-chinesischen Luftverkehrsgesellschaft „Eurasia“ übergeben werden sollte. Die Organisationsnöte der Bolschewisten und die weltbekannten Materialnöte der Tschungking-Chinesen lassen allerdings nicht einmal vermuten, daß auch nur Kurierflüge zustande gekommen sind.

Ob Moskau—London, ob Moskau—New York, ob Moskau—Tschungking, — im letzten richteten und richten sich alle luftpolitischen Anstrengungen der Bolschewisten gegen Kontinentaleuropa und seine führenden Ordnungsmächte. Alle Bemühungen um diese drei politischen Luftwege sind nur Endglied in der langen Kette luftpolitischer Angriffe Moskaus gegen jenen Erdteil, der ihm nun für immer verschlossen ist: die „Festung Europa“. *Hans Rosenberg*

Köpfe der Weltpolitik

William Temple, Erzbischof von Canterbury

In York, der nordenglischen Stadt der Soldaten und Schokoladefabriken, der vielen Kneipen und des gotischen Münsters, des wichtigen Bahnhofs und des einen der beiden englischen Erzbischöfe, wurde im Jahre 1930 ein eigenartiges Gewand zum Waschen in eine Wäscherei gebracht, das die Wäscherin auf der Rechnung nur als „Glockenzelt“ bezeichnen konnte. Es war in Wahrheit ein geistliches Kleid, dessen mächtige Glocke sich über den Leib des Erzbischofs wölben sollte.

Der damalige Erzbischof von York mit seiner massiven Gestalt und seinem rundwangigen Kindergesicht ist am 2. Februar 1942 von König *Georg VI.* zum Erzbischof von Canterbury, also zum höchsten Würdenträger der englischen Staatskirche, zum „Primas von All England und Metropolitan“, bestimmt und am 23. April 1942 durch das Domkapitel in der Kathedrale zu Canterbury als 69. Erzbischof inthronisiert worden. Seitdem erhebt er seine Stimme als Oberhaupt der englischen Anglikaner und als mindestens geistlicher Führer der anglikanischen Kirchen außerhalb Englands (in Wales, Schottland, Irland, den britischen Dominien und USA.) zu allen Fragen der britischen Innen- und Außenpolitik. Sein Vorgänger, Erzbischof *Lang*, ist in den Ruhestand getreten und spricht nur noch gelegentlich von seinem Sitz im Oberhause aus. Obwohl auch der heutige Lord Lang eine beachtliche Tätigkeit entwickelte und noch im Frühjahr 1939 im Zeichen der englischen Garantiepolitik in Südosteuropa auf der Jacht des Kanonenkönigs Morgan eine Erholungs- und Besuchsreise ins Schwarze Meer und östliche Mittelmeer zu den Patriarchen der dortigen orthodoxen Kirchen unternahm, war er doch müde geworden. Seit *William Temple* im erzbischöflichen Palast von Canterbury regiert, entfaltet die anglikanische Kirche eine unendlich stärkere Tätigkeit. Man hat dem neuen Erzbischof schon

vorgeworfen, er solle sich um kirchliche, nicht aber um weltliche Fragen kümmern. Die Antwort lautete sehr deutlich, daß die Kirche den Auftrag habe, alle weltlichen Bereiche zu durchdringen. So bleibt der Erzbischof nicht auf geistlichem Felde, sondern er beschäftigt sich mit der Frage der Kriegsverbrecher und des Beveridgeplanes, mit englischer Bodenreform, den britischen Beziehungen zu USA., dem britischen Banksystem und den Arbeiterlöhnen. So sendet er Telegramme an *Stalin* und den Oberrabbiner der englischen Juden, spricht bei Jahresversammlungen und Festessen.

Bei seinen zahllosen Äußerungen fällt ein Leitmotiv immer wieder auf, das zum ersten Male in der Zeit vor 1929 aufklang, als er noch nicht Erzbischof von York, sondern nur Bischof von Manchester war. Der damalige Bischof von Manchester wurde durch den Radikalismus seiner sozialen Forderungen bekannt. Er ist dieser Linie bis heute treu geblieben. Er war einmal Mitglied der Arbeiterpartei und spricht heute schärfer, programmatischer, überlegter als die in der Regierung *Churchill* gebundenen Parteiführer *Attlee, Bevin, Morrison* oder *Alexander.* Er verlangt Brechung des kapitalistischen Bodenmonopols, Brechung der Zinsknechtschaft, Gesinnungswandel durch Überwindung des kapitalistischen „Profitmotivs", Herrschaft des gerechten Preises. Er bespricht Einzelheiten des Finanzsystems oder der Landesplanung oder der Reklametechnik, aber in allen Einzelheiten läßt er sein Gesamtprogramm sichtbar werden, das im Grunde auf einen christlichen Kommunismus unter Einsatz der modernen Technik zielt.

Wie *Stafford Cripps,* neben dem William Temple öfter auf Rednertribünen erscheint, ist der Erzbischof von Canterbury nicht durch sein Herkommen zu einem Anwalt der sozial Unterdrückten bestimmt gewesen. Die Familie Temple ist eine der „Guten Familien" Englands, ohne daß sie zur eigentlichen Aristokratie gehört. Aus einem Zweig der Familie kam Lord *Palmerston,* auch andere Temples spielten eine Rolle in der englischen Geschichte. William Temple selbst wurde 1881 als Sohn eines Erzbischofs von Canterbury geboren. Sein Lebensweg gleicht dem anderer Söhne vornehmer englischer Häuser, wie es sich für das Leben eines Sohnes des ersten britischen Kirchenfürsten geziemt. Er besuchte die Internatsschule Rugby, studierte im Balliol College in Oxford und erhielt als „Fellow" von Queen's College einen Forschungsauftrag. 1909 empfing er die geistlichen Weihen und war von 1910 bis 1921 Hauskaplan des Erzbischofs von Canterbury. Während dieser Zeit war er zunächst bis 1914 Leiter der Internatsschule Repton, dann übernahm er die Pfarrstelle in der vornehmen Gemeinde S. James's, Piccadilly, in London. 1919 wurde er Kanonikus an der Westminsterabtei und 1921 Bischof von Manchester. Von 1915 bis 1921 war er Hausgeistlicher Georgs V.

Aber trotz dem Umgang mit der Society und dem Hof, mit Erzbischöfen und adligen Schulkameraden, trotz der Luft von Oxford, Piccadilly und Canterbury siegte der Geist der Industriestadt Manchester in William Temple. Er ist bereit, die Welt, in der er aufgewachsen ist, von Grund auf zu ändern. Man kann diesen Willen zur Änderung nicht nur als wendige politische Taktik verstehen. Er hängt mit der theologischen Haltung des Erzbischofs zusammen. Ohne daß er scharfer Eiferer dieser theologischen Richtung wäre, steht sein Denken doch dem Anglokatholizismus nahe. Der Anglokatholizismus ist die moderne Fortsetzung der Oxfordbewegung, die sich nach 1833 gegen die Verflachung der anglikanischen Kirche wehrte und die gelegentlich nicht ganz richtig als „hochkirchliche" Partei bezeichnet wird. Einzelne Führer des Anglokatholizismus, vor allem Kardinal *Newman,* sind im Laufe des 19. Jahrhunderts

zum römischen Katholizismus übergetreten. Die Masse der Parteigänger aber ist in der anglikanischen Staatskirche geblieben. Heute gehört ein sehr großer Teil der anglikanischen Pfarrer zum Anglokatholizismus.

Das Wesentliche am Anglokatholizismus ist nicht die gottesdienstliche Form, die man sich gewöhnlich bei dem Namen „Hochkirche" vorstellt und die völlig unprotestantisch das Hauptgewicht auf das priesterliche Sakrament legt, sondern die theologische Grundhaltung. Nach ihr ist die Kirche nicht die Zusammenfassung der Gläubigen, sondern eine objektive, sakramentale Heilsanstalt. Sie muß an ihrer Linie unverrückt und ohne Rücksicht auf subjektive Forderungen festhalten. Im Unterschied zum allgemeinen, breiten Anglikanismus steht der Anglokatholizismus auch der engen Bindung der englischen Kirche an den englischen Staat durchaus skeptisch gegenüber. Die Kirche soll sich nicht vom Staat führen lassen, sondern ihn ihrerseits bestimmen. In diesem Sinne erhebt der Erzbischof von Canterbury den Anspruch, vom Bischofsstuhl Augustins aus dem englischen Staat und der englischen Wirtschaft Vorhaltungen zu machen. Er sagt am 14. November 1942: „Es ist meine persönliche Überzeugung, daß die Kirche als solche sich für die Frage der Trennung vom Staat weder so noch so interessieren sollte. Wir haben unseren göttlichen Auftrag. Laßt uns an die Arbeit gehen und ihn erfüllen. Wenn sich dann der Staat aus diesem oder einem anderen Grunde von uns trennen will, laßt es geschehen."

Gerade wo die englische Volksordnung durch innere Ermüdung und äußeren Machtverlust in ihren Grundfesten wankt, versucht der Erzbischof außerhalb des ererbten Gebäudes in der Kirche eine feste Grundlage zu errichten. Der Anglokatholizismus ist die einzige weltanschauliche Bewegung in England, die überhaupt etwas Eigenes zur Zukunft zu sagen hat. Deshalb, nicht nur wegen seiner größeren Jugendlichkeit und Energie, gewinnt William Temple das Ohr der Öffentlichkeit mehr als sein Vorgänger, besonders weil er den anglokatholischen Standpunkt maßvoll vertritt. In einem Lande, das den Untergang des Liberalismus am eigenen Leibe spürt, dessen konservative Partei die Reaktion vertritt oder programmlos und wirr in den Tag hineinlebt, dessen Arbeiterpartei geistig bankerott ist, sucht man nach einer in sich klaren geistigen Haltung, die allein der revolutionären Weltanschauung des Gegners entgegengeworfen werden kann. Dabei erweisen sich billige Sektierereien bald als brüchig. Der Anglokatholizismus aber bietet eine geschlossene, christlichkatholische Weltanschauung, die nur die äußere Anerkennung des römischen Papstes verweigert, deshalb nationale Empfindlichkeiten nicht verletzt. Der Erzbischof von Canterbury versucht, England und seinen Krieg auf diese Weltanschauung festzulegen. Er hat dabei bei dem Bankerott aller anderen geistigen Positionen durchaus beachtliche Erfolge und stellt deshalb eine politische Macht dar, die nicht zu unterschätzen ist.

Es ist seine Überzeugung, daß sein Ziel sich mit den bisherigen britischen Weltinteressen, soweit sie bestehen bleiben können, deckt. In diesem Sinne fordert er, daß einem besiegten Deutschland Buße und Vergeltung auferlegt werde. Zur Durchführung dieser Vergeltung mahnt er die Engländer, sie müßten zwei Generationen lang unter Waffen bleiben, um während der zwanzigjährigen Friedenskonferenz für Ordnung zu sorgen. Gerade weil es nicht wieder ein Friede der Rache, wohl aber der vergeltenden Gerechtigkeit werden müsse, solle man sich lange Zeit nehmen. Er verkündet in seiner Osterbotschaft, daß die Sache Englands zugleich die Sache Gottes sei. Die Antrittspredigt bei der Einführung in Canterbury geht sofort auf außenpolitisches Gebiet, weil nach der Meinung des neuen Erzbischofs ein deutscher Sieg ein Ende jener Welt-

kirchenbewegung bedeuten müsse, die wesentlich durch die Anglikaner bestimmt wurde und den Zielen der englischen Politik gemäß war. Als christlicher Sozialpolitiker fühlt sich der Erzbischof verpflichtet, Pläne für ein internationales Ruhrsyndikat aufzustellen, die dem deutschen Volk die Verfügung über seine Kohle und sein Eisen nehmen sollen. Weil der Erzbischof die bestehende englische Sozialordnung nicht überschätzt, kann er betonen, daß der Bolschewismus an sich „nicht unchristlich" sei und das Bündnis mit Moskau moralisch zu rechtfertigen versuchen. Umgekehrt hat er sich ja auch das Recht vorbehalten, die Linie der Kirche unabhängig von staatlichen Bedürfnissen zu verfolgen, und kann deshalb offen erklären, der bolschewistische Atheismus stelle ein schweres Problem dar. Seine geistige Position deckt sich genau mit der englischen Haltung: Bereitschaft zur Zahlung eines sehr hohen Preises an die Bolschewisten, solange man sie braucht, aber vorsorgliche Anmeldung eigener Forderungen für die Zeit, wenn die Bolschewisten ihren Dienst geleistet haben werden. Theologisch sieht diese Haltung so aus: Die Gottesgeißel des Bolschewismus soll die Völker Europas reif machen, damit dann unter der Führung der Anglikaner die Weltkirche Jesu Christi bereite Herzen findet. Politisch hieße diese Lösung: England überläßt Europa den Bolschewisten zur Zerstörung der ererbten Ordnungen, um dann nach der späteren Verdrängung des Bolschewismus ein echtes Kolonialgebiet ohne volkseigene Eliten und ohne eigenen Geschichtswillen gewinnen zu können. Nur so erklärt sich die für uns sonst unverständliche Tatsache, daß ausgerechnet die Kirche in England das Sowjetbündnis fördert.

Erzbischof Lang begnügte sich damit, nach der überlieferten Übung der anglikanischen Hierarchie sich als hohen Staatsbeamten zu betrachten und seine Kirche im Einklang von Thron und Altar parallel zu den Erfordernissen der englischen Politik zu führen. Er hielt sich an die alte anglikanische Regel, nach der die Kirche von England eben nur „das englische Volk, geistlich gesehen" ist. Erzbischof Temple dagegen weiß, daß England ohne eine weltanschauliche Begründung seiner Politik den neuen Bewegungen des 20. Jahrhunderts unterlegen sein muß. Es genügt also nicht mehr ein bloßes Mitziehen. Unter ihm macht die anglikanische Kirche den Versuch, in Führung zu gehen und einem geistig bankerotten Volke eine schlagkräftige Weltanschauung zu geben. Der Anglokatholizismus ist eine weltpolitische Position, und William Temple ist sein Führer.

Karl Heinz Pfeffer

Bücher des Monats

Neue Literatur über Böhmen und Mähren

Gustav Fochler-Hauke, Deutscher Volksboden und Deutsches Volkstum in der Tschechoslowakei. Heidelberg, K. Vowinckel, 1937. 325 S.

Anton Altrichter, Heimatbuch der Iglauer Volksinsel. Ein Stück deutscher Erde und seiner Geschicke. Brünn, Rudolf M. Rohrer als Drucker. 275 S. und 32 Abbildungen.

Hermann Aubin, Geschichtliche Kräfte im Sudetenraum. Leipzig, Koehler & Amelang, 1941. 170 S.

Emanuel Moravec, Das Ende der Benesch-Republik. Die tschechoslowakische Krise 1938. Prag, Orbis Verlag. 402 S.

V. Krychtálek, Der Kreml und Benesch. Enthüllungen eines tschechischen Journalisten. Prag, Orbis Verlag. 144 S.

Walter Jacobi, Golem. Geißel der Tschechen ..... Prag, Orbis Verlag. 111 S.

Mit gutem Grund sei an die Spitze dieses Kurzberichtes das bereits 1937 erschienene Buch des Geographen Fochler-Hauke gestellt. Als Sudetendeutscher hat der Verfasser es seiner Zeit geschrieben, um für die kommende Auseinandersetzung alles bereit zu wissen. Sein Buch war gewiß nicht das erste, auch nicht das erste eines Geographen (Hassingers klassische Darstellung war ihm zeitlich vorausgegangen): es war jedoch das erste Werk eines Fachmannes und eines Sudetendeutschen, das aus weltweiten Perspektiven geboren war. Fochler-Hauke hatte in Ostasien, insbesondere in Mandschukuo gearbeitet, hatte zahlreichen geopolitischen Fragen nichteuropäischer Räume seine Aufmerksamkeit gewidmet und dann die Kraft gefunden, der Heimat ein Buch zu widmen, das auch heute noch nicht seinen Wert verloren hat, obwohl sich die Verhältnisse völlig gewandelt haben. Wer es heute zur Hand nimmt, wird über zahlreiche Volkstumsprobleme des Sudetengaus, Böhmens, Mährens, der Slowakei oder der Karpatenukraine Auskunft erhalten — aus dem Munde eines umfassend volkswissenschaftlich geschulten Geographen, der seit jeher seinen Mann stellte — ob als Hochschullehrer oder als Forschungsreisender, als Planar der Deutschen Akademie oder schließlich als Soldat im Osten, wo ihn eine bolschewistische Kugel schwer verwundete.

Die Darstellung *Aubins*, der ja durch seinen Geburtsort und seine Studien dem Sudetenraum gleichfalls tief verbunden ist, beruht auf mehreren Aufsätzen, die bereits an anderer Stelle veröffentlicht wurden. Zum Abdruck gelangten: die umfassende geschichtliche Studie über die gegenseitigen Beziehungen der Deutschen und Tschechen, eine kleine Monographie über die Sudetendeutschen, eine Abhandlung über das historische Verhältnis von Schlesien, Böhmen und Mähren, sowie ein Abriß der schlesischen Siedlungsgeschichte beiderseits der Sudeten. In wissenschaftlicher Hinsicht liegt das Schwergewicht bei dem vierten Beitrag: hier wird die schlesische Stammeseinheit beiderseits der Sudeten eindringlich vor Augen geführt.

Im heutigen Böhmen und Mähren kommt der Iglauer Volksinsel eine besondere Bedeutung zu. *Altrichter*, der Altmeister unter den Heimatforschern, entwirft in historischen Bildern ein umfassendes Bild dieses volksdeutschen Gebietes. Ein Schrifttumsverzeichnis (Auswahl) ergänzt das auch in wissenschaftlicher Hinsicht wertvolle Volksbuch. In bibliographischer Hinsicht sei der Fachinteressent ergänzend auf die Zusammenstellung von *H. Kocal* im „Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung“, IV, 2 sowie auf die Festgabe „Anton Altrichter, des Iglauer Volkstumforschers Leben und Schaffen“ (Iglau 1942), die die Arbeiten dieses Fachkenners und Volksführers aufzählt, aufmerksam gemacht.

Beiträge zur Tschechenkunde sind in jeweils verschiedener Art die Bücher von Moravec, Krychtálek und Jacobi. Die Enthüllungen *Krychtáleks* heißen im tschechischen Original „Bolševici, Beneš a my“, sie sind für die Psychologie der Politik von Benesch und Beran recht aufschlußreich. Der Verfasser konnte in Moskau und Bukarest allerlei Bemühungen beobachten, die die Politik der früheren Tschechoslowakei charakterisieren, überdies weiß er die Zustände in Moskau und Prag nach 1933 interessant zu schildern. Aufschlußreicher ist in vieler Hinsicht die umfassende Darstellung des jetzigen Ministers *Moravec.* Als Oberst im ehemaligen tschechoslowakischen Generalstab hatte M. Gelegenheit genug, die wirklichen Machtverhältnisse in Mitteleuropa zu studieren, vor allem seit dem Anschluß Deutsch-Österreichs. Die auch in deutscher Übersetzung vorliegende Darstellung der Krise von 1938 gibt keine politische oder militärische Reportage, Moravec verbindet vielmehr die Reflexion über die Gründe der tatsächlichen Entwicklung mit Berichten über die einzelnen Ereignisse sowie Erinnerungen an die eigene Stellungnahme zu ihnen. Bemerkenswert sind vor

allem die Hinweise auf das Verhalten der Franzosen und Engländer in den kritischen Augenblicken. Der Verlauf der Krise wird mit innerer Anteilnahme Zug um Zug verfolgt, die Abschnitte, die diese Vorgänge schildern, sind darstellungsmäßig am eindrucksvollsten.

Von ganz anderer Art ist die Broschüre *Jacobis*. Sie schildert das „geheime" Tschechentum, zeigt auf Grund freimaurerischer Akten Zusammenhänge auf, die zumeist bis dahin unbekannt waren. Besonders aufmerksam werden die freimaurerisch-jüdischen Verbindungen in der Maffia, im Sokol und in anderen Zweigen der tschechischen Widerstandsbewegung vor 1918, sowie ihr Nachwirken in der Masaryk-Republik verfolgt. Jacobi belegt seine Darstellung durch Dokumente. Hat das Buch von Moravec als Erinnerungswerk, als Beitrag zu einer Autobiographie und als politisches Bekenntnis Bedeutung, so rückt die Broschüre von Jacobi, die in Böhmen und Mähren ungeheueres Aufsehen erregt hat, fast in die Reihe streng historischer Untersuchungen. Jedenfalls kann kein Historiker, der die tschechische Entwicklung von 1914 bis 1938 studieren will, an dieser inhaltsreichen Untersuchung vorübergehen. Namen wie *J. Kapras, Fr. Sís, Ugo Dadone, Dr. Rašín, Prof. Dr. B. Němec, Dr. E. Svoboda, Dr. J. Scheiner, Dr. Př. Šámal, Josef Sv. Machar, Ing. J. Dvořáček* und viele andere kommen in eine neue, sehr bemerkenswerte Beleuchtung. Die — für die Tschechen letzten Endes schädliche — Rolle der Freimaurer wird an Hand vieler Dokumente geklärt, vor allem hinsichtlich der kritischen Monate 1918/19. Für den Historiker ist außerdem das Kapitel über den Sokol sehr wichtig — es lehrt den Wissenschaftler zu seiner Beschämung, wie sehr doch die Forschung bei der Erhellung des Phänomens — „Panslawismus" — in die Irre „gegeistert" ist, d. h. bei rein oder überwiegend geistesgeschichtlichen Analysen vom Wege der Erkenntnis abkam. Ohne eine genaue Untersuchung der führenden *Personen*kreise wird man die panslawistischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts nie befriedigend klären können. Dabei fällt dem stark freimaurerisch und jüdisch durchsetzten tschechischen Sokol eine große Bedeutung zu. Jacobi hat auf einige Zusammenhänge hier aufmerksam gemacht, die von der Forschung verfolgt werden sollten. *H. J. Beyer*

Zur schwedischen Ostpolitik

Stig Backman, Från Rawicz till Fraustädt. Studier i det stora nordiska krigets diplomati 1704—1706. Lund: C. W. G. Gleerup 1940, 446 S.

Auf diese schwedische Abhandlung über eine wichtige Phase des Nordischen Krieges kann man nur mit großer Freude und Achtung hinweisen: selten werden an den europäischen Hochschulen Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht, die so gründlich vorbereitet und überlegt durchgeführt sind wie diese. Studien in den Reichsarchiven von Stockholm und Kopenhagen, im Preußischen Geheimen Staatsarchiv sowie in Archiven in Dresden, Hannover, Wolfenbüttel und Krakau legten den Grund für eine Untersuchung, die sich die Aufhellung eines wichtigen Abschnitts der Politik *Karls XII.* zur Aufgabe stellte. *Harald Hjärne* hat bekanntlich den Herbst 1703 als Abschluß einer entscheidenden Epoche in der schwedischen Politik bezeichnet: durch die Eroberung von Thorn konnte der siegreiche Pfälzer davon ausgehen, daß der bisherige Hauptgegner erledigt sei. Von Rawitsch aus hält Karl XII. Sachsen und Polen in Schach, die Verbindungswege zwischen beiden werden sorgfältig kontrolliert und die notwendigen Maßnahmen getroffen, um politisch und militärisch Herr der Lage zu bleiben. Die Zeit zwischen Rawitsch und Fraustädt war — abgesehen von dem diplomatischen Ränkespiel fast aller europäischen Kabinette — erfüllt von dem Ringen um die Lösung des polnischen Problems und der Vorbereitung des großen osteuropäischen Krieges.

Bemerkenswert sind bei Backman vor allem die genauen Nachweise über die schwedische Preußenpolitik. Während Karl XII. im polnischen Raum im

Kampf mit den Russen lag und endlich seinen Kandidaten als König von Polen durchsetzte, ging es ihm letzten Endes stets um Rußland. Bereits in der Interimsinstruktion vom 3. 12. 1704 ist von einer in Aussicht zu nehmenden schwedisch-preußischen Allianz die Rede, das darauffolgende Jahr verdichtet die Pläne Karls XII. noch. Sein Ziel ist eine enge Zusammenarbeit mit Preußen, um möglichst rasch gegen Moskau entscheidend antreten zu können.

Zu einer derartigen Allianz ist es nicht gekommen, so daß der Krieg im Osten erst 1707 begann, während er nach Backman bereits 1705 hätte ausbrechen sollen. Friedrich I. sieht sich als preußischer König an Verträge gebunden, die nicht ohne weiteres zerrissen werden können. Er verhandelt zwar mit dem Schwedenkönig, vermeidet jedoch eine Festlegung. Im Grunde führt die Verschiedenheit der Zielsetzung zum Scheitern der Verhandlungen: Schweden wünscht eine Zerstückelung Rußlands und ist geneigt, Polen zu stärken, wenn sich dessen König in die Stockholmer Gesamtpolitik einfügt; Preußen ist jedoch umgekehrt nicht daran interessiert, daß sich an seiner östlichen Grenze ein gefährlicher Gegner konsolidiert. Verglichen mit der karolinischen Kriegspolitik entbehrt die Diplomatie *Friedrichs I.* gewiß der Größe, immerhin muß man einräumen, daß der Hauptratgeber des preußischen Königs, Freiherr *von Ilgen*, als Hauptmarschlinie verfolgte, eine machtpolitische Zusammenfassung Polens, Litauens und der Ukraine zu verhindern. Unter ausdrücklichem Hinweis auf die Erfahrungen des Deutschen Ordens, dessen Tradition Preußen seit der Krönung Friedrichs fortführte, wird auf die Gefährdung des eigenen Staates hingewiesen, die durch eine derartige Konsolidierung Polens erfolgen könne. Karl war durchaus geneigt, dem preußischen Hof in der polnischen Frage entgegenzukommen; da er jedoch letzten Endes nicht eine Teilung Polens, sondern eine Zerstückelung Rußlands erstrebte, war eine Einigung nicht endgültig möglich.

Backman macht wahrscheinlich, daß *Karl XII.* ähnlich wie *Gustav Adolf* eine Protektor-Idee hatte: wollte sein großer Vorgänger den gesamtpolitischen Einsatz eines corporis evangelicorum in Deutschland lenken, so ging es ihm darum, in Polen den Protektor zu spielen. *Stanislaus Leszczyński* sollte als toleranter König von Polen die inneren Gegensätze ausgleichen und eine Konsolidierung des Staates herbeiführen, an der Karl vor allem im Hinblick auf den moskowitischen Feind lag. Sein eigentlicher Gegner war der kulturlose moskowitische Osten. Das Unverständnis der europäischen Kabinette und gewisse — schwer zu verstehende — politisch-militärische Aktionen des feurigen Schwedenkönigs verhinderten jedoch einen Erfolg in dieser Ostpolitik.

Verwiesen sei endlich auf einen Aufsatz, den Backman 1937 in der Zeitschrift „Jomsburg" („Karl XII. und das Schicksal Osteuropas") veröffentlichte.

H. J. Beyer

Neue Bücher zu Bismarcks Außenpolitik

1. *Wilhelm Schüßler*, „Deutschland zwischen Rußland und England" (Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands). Koehler und Amelang-Verlag, Leipzig 1942.
2. *Maximilian von Hagen*, „Bismarck und England". Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1941.
3. *Erich Schmidt*, „Bismarcks Kampf mit dem politischen Katholizismus, Teil I: Pius IX. und die Zeit der Rüstung 1848—1870" (Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands). Hanseatische Verlags-Anstalt, Hamburg 1942.
4. *Ernst Gagliardi*, „Bismarcks Entlassung", II. Teil: „Der Ausgang". Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1941.

5. *Emil Wächter*, „Der Prestigegedanke in der deutschen Politik von 1890 bis 1914“ (Berner Untersuchung zur allgemeinen Geschichte, herausgegeben von Werner Näff, Heft 11). Verlag H. R. Sauerländer & Co., Aarau 1941.
6. *Bernhard Schwerdfeger*, „Der Kampf um den Lebensraum“ (70 Jahre deutschen Ringens 1870—1940). Rütten & Loening-Verlag, Potsdam 1942.

Im Mittelpunkt jeder Bismarckdeutung wird immer wieder Bismarcks Sturz stehen, der mit seinen folgenschweren Konsequenzen die Peripetie des Kaiserreiches darstellt. In Bismarcks Sturz bricht sich die Entwicklung des zweiten Reiches, von hier aus läßt sich der folgende, verhängnisvolle Ablauf der Dinge, dem die seinem Werk nicht gewachsenen Nachfolger nicht entgegenwirken konnten, fast logisch zwingend ableiten und weiterverfolgen.

So kommt der minutiösen Darstellung des Sturzes Bismarcks durch *Gagliardi*, deren zweiter Band nunmehr erschien, besondere Bedeutung zu. Aus einer Überfülle bearbeiteter Quellen ergibt sich ein abschließendes und im Tatsächlichen wohl vollgültiges Bild der Ereignisse, deren letzte menschliche Gründe sich immer wieder einer Aktendarstellung entziehen werden.

Im Mittelpunkt des ganzen Fragenkomplexes, soweit er die Folgen des Bismarckschen Sturzes betrifft, steht naturgemäß die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, dessen Nichtverlängerung einen zwar nicht gewollten, aber tatsächlich erreichten neuen Kurs angab oder besser — erzwang. Hier wird die verhängnisvolle Bedeutung von *Holstein* deutlich. Daneben bringt Gagliardi auch eine Übersicht über die innen- und außenpolitischen Stimmen zum Sturze Bismarcks, aus deren Vielzahl das ganze Gewicht der Persönlichkeit und seines Einflusses in der europäischen Politik erschütternd und packend sichtbar wird. Es ist nicht anzunehmen, daß über Gagliardi hinaus rein materialmäßig noch Wesentliches zur Vor- und Nachgeschichte des Sturzes Bismarcks und zum Sturze selbst ergänzt werden kann.

Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages erzwang, wie bereits gesagt, eine neue europäische Lage und brachte in sich fast überstürzenden Ereignissen eine verhängnisvolle Isolierung des Reiches, die zu vermeiden Bismarck bei allen Schwierigkeiten des Spieles zwischen Rußland, England und Frankreich immer wieder gelungen war.

Um dieses Verhängnis des Reiches geht es *Wilhelm Schüßler* in seinen in den Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands erschienenen drei Aufsätzen.

Grundsätzlich ging es Bismarck, der im besten Sinne durchaus friedliebend war, um die Möglichkeit, mit Rußland und England gleichzeitig verbunden zu bleiben und eine einseitige Option zu vermeiden, selbst, als begründete Aussicht für ein gutes deutsch-englisches Verhältnis bestand. Es war immer sein Bestreben, das Reich in die angenehme Lage zu bringen, daß es von allen europäischen Partnern, außer Frankreich, benötigt würde und somit selbst die Situation entscheidend beeinflussen konnte.

Es ist das dunkle Verhängnis der deutschen Geschichte und ein entscheidender Vorwurf gegen die damaligen Machthaber, daß Bismarck *nach* Erreichen seiner angestrebten weitgehenden deutsch-englischen Klärung, aber *vor* der letzten und fruchtbaren Verständigung gestürzt wurde, und daß in unseliger Verkennung der Tatsachen die neuen Männer in eine Lage gerieten, die das schwer Erreichte, aber noch Gefährdete zerschlug. Auch hier wieder wird das Bild der Persönlichkeit Holsteins lebendig, der zwar proenglisch, gleichzeitig aber auch England gegenüber in seltenem Ausmaß mißtrauisch war. Die Vielgestaltigkeit der Bismarckschen Politik wurde mit seinem Sturz abgeschnitten.

Von einem anderen Ausgangspunkt geht *Maximilian von Hagen* an die Untersuchung des deutsch-englischen Verhältnisses zur Bismarck-Zeit heran. In seiner Sammlung interessanter Beiträge zu diesem Problem findet auch Bismarcks kolonialpolitischer Kampf gegen England und sein Kampf mit der englischen Politik der *Kaiserin Friedrich* seine Darstellung. Maximilian von Hagen ist skeptischer als Schüßler und sieht letztlich ein Scheitern Bismarcks gegenüber England und

daher eine „Zwangslage“ in seiner Politik zwischen England und Rußland. Uns ist allerdings *von Bülow,* mit dessen Zitierung das Werk schließt, ein sehr schlechter Kronzeuge für eine „über Bismarcks Ziele hinausgehende Politik“, denn schließlich ist Bülow entscheidend in den Zusammenbruch der deutschen Außenpolitik mitverwickelt; er ist mitgescheitert, so daß das von Maximilian von Hagen gebrachte Nachwort zumindest heute antiquiert ist: niemand will zurück zu Bismarck — ganz abgesehen davon, daß es in der Geschichte kein Zurück gibt —, aber noch weniger zurück zu Bülow oder gar zu Holstein. Insofern hat Schüßler zweifellos recht, wenn er feststellt, daß die Nachfolger Bismarcks sich allerdings als unfähig erwiesen haben, das Erbe Bismarcks zu verwalten und seine Arbeit fortzusetzen.

Ganz so leicht darf man sich die Kritik der Nachbismarckzeit allerdings auch nicht machen wie *Emil Wächter* in seiner außerordentlich oberflächlichen Untersuchung über den Prestigegedanken in der deutschen Politik von 1870 bis 1940. Die Wächtersche Gegenüberstellung von Prestige- und Realpolitik, wobei die Ehre einer Nation, ja jeder politische Wille schlechthin zur Prestigepolitik gerechnet wird, ist absurd. Im übrigen sieht der Verfasser Bismarck recht einseitig, wenn er glaubt, daß Bismarck etwa nicht „*wollte*“, d. h. keinen politischen Tatwillen hatte, oder die Ehre für nichts achtete. Eine auch nur oberflächliche Kenntnis der Bismarckreden würde den Verfasser eines Besseren belehren.

Nach Wächter ist Prestigepolitik immer „Machtpolitik über den Rahmen des Zweckmäßigen“ hinaus und durch den politischen Willen ihres Trägers bestimmt, wobei der Begriff „politischer Wille“ gleichsam einen Tadel enthält. Wörtlich heißt es darin: „Prestigepolitik erstrebt, weil sie maßlos *ist,* eine höchstmögliche Steigerung der Machtfülle“. Nach des Verfassers Ansicht hat der mit der Französischen Revolution erwachende Nationalgedanke — bis dahin fehlte die lobenswerte öffentliche Meinung — in verhängnisvoller Weise Gefühlsmomente in die Politik gebracht. Was sagt nun aber der Verfasser zur Stellung Bismarcks der preußischen Monarchie gegenüber, in der nicht nur Zweckmäßigkeitserwägungen, sondern gerade auch Gefühlswerte Bismarcks Stellung eindeutig bestimmten?

Aber weiter: alle Kolonialpolitik ist nach des Verfassers Willen schlechthin Prestigepolitik, wobei es wieder für Bismarck spricht, daß „es also in erster Linie die *äußeren* Umstände waren, die Bismarck zur Prestigepolitik *trieben,* nicht sein Wille“. So wird der politische Wille an sich beim Verfasser zum „bösen Willen“, wobei eine geradezu krankhafte Angst vor jedem politischen „Konflikt“ sichtbar wird.

Wohin der Verfasser zielt, geht etwa bei der Behandlung der Samoafrage aus folgender Formulierung hervor: „Dazu auch das Auffahren groben Geschützes, das in England höchst unangenehm empfunden wurde, weil man dort gewöhnt war, in ruhiger, sachlicher und geschäftsmäßiger Weise zu verhandeln.“ Zur wilhelminischen Flottenpolitik stellt der Verfasser als politischer Weltrichter fest: „er ging vom Machtgedanken aus, und zwar Macht im Verhältnis zur englischen Übermacht; ihn bestimmte also von Anfang an der Prestigegedanke. Und das andere: er *wollte* diese Flotte bauen. Der *Wille* stand als treibende Kraft am Anfang des deutschen Flottenbaues.“ Das ist zweifellos nichts Neues und dürfte der gesamten wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit schon lange bekannt sein, daß man ohne Willen eine Flotte nicht aufbauen kann und daß ohne ihn jede Politik unmöglich ist.

Ebenso hätte der Verfasser ein Nachgeben gegenüber Elsaß-Lothringen begrüßt, das ebenfalls eine reine „Prestigefrage“ darstellt, um Frankreich zu versöhnen.

In der Schlußbetrachtung erteilt der Verfasser dann der deutschen nachbismarckschen Zeit und Politik eine absolut schlechte Zensur. Leider ist es ihm entgangen, daß Großmachtpolitik nicht vom grünen Tisch aus gemacht wird. Mit Wissenschaft hat dies gar nichts mehr zu tun: der Verfasser ist als Ideologe zum Verständnis einer echten politischen Entscheidung ungeeignet!

Die Trennung von Prestige- und Realpolitik ist begrifflich, aber mehr noch praktisch-politisch absurd und erweist sich in diesem Werk als eine völlig unfruchtbare Fiktion.

Bernhard Schwerdfeger, der ja durch seine eingehenden Untersuchungen zur Vor- und Nachgeschichte des Weltkriegs bekannt ist, gibt in seiner Darstellung des deutschen Kampfes um den Lebensraum einen großflächigen Überblick über die letzten 70 Jahre der deutschen Politik. Es ist selbstverständlich, daß aus der genauen Kenntnis des Verfassers die Darstellung etwa der Bedeutung der belgischen Neutralität besonders gelungen und in sich wirklich abgerundet ist. Ausgehend von der Bismarckzeit gelangt der Verfasser über eine Wertung der Bismarckschen Nachfahren, die, ohne es selbst zu gewahren, von der Politik der freien Hand in die irreparable Isolierung des Reiches gelangten, bis zum Kriegsausbruch und weiter über Versailles und die Nachkriegszeit bis zur Machtübernahme und den Beginn des neuen Ringens um den deutschen Lebensraum.

Bismarcks Kampf gegen den politischen Katholizismus ist ein über die tatsächliche Kampflage hinausgehendes Ereignis von grundsätzlicher Bedeutung: sehr richtig sieht *Erich Schmidt*, der Verfasser der Darstellung des Bismarckschen Kampfes mit dem politischen Katholizismus, deren erster Band in den Schriften des Reichsinstituts bereits vorliegt, die Auseinandersetzung in einem größeren ideengeschichtlichen Zusammenhang. Genau so wie die Polenfrage, von der aus der Kulturkampf sich ja entwickelte, ihr innerpolitisches und außenpolitisches Gesicht hatte, war auch der Kampf des politischen Katholizismus innen- und außenpolitisch ausgerichtet und bestimmt.

In dieser vielfach zerrissenen Frontstellung ist es geradezu packend zu sehen, wie Bismarck auch in dieser brennenden Situation niemals das übergeordnete Ziel, nämlich die Einigung Deutschlands, aus dem Auge verliert. Das Unfehlbarkeitsdogma riß dann zum letztenmal innerhalb des Katholizismus die Geister auf: zum letzten Male protestiert der deutsche Geist im Katholizismus selbst gegen die Vergewaltigung von Rom her.

Erich Schmidt stützt sich auf eine Fülle von Material und insbesondere auch auf die Botschafterberichte der verschiedenen beteiligten Staaten, wobei es verblüffend ist zu sehen und zu erkennen, wie die Entscheidung gegen Bismarck und gegen seine Polenpolitik nur den größeren Gegensatz gegen Deutschland überhaupt verdeckt. Die heute überwundene Mainlinie war von hier aus gesehen nur der folgerichtige Versuch, den auf dem großen politischen Kampffeld einmal verlorenen Kampf im Gegensatz Preußen — Süddeutschland zu verewigen. Diese umfassende Darstellung muß nach Erscheinen des zweiten Bandes eingehend besprochen werden. *Wolff Heinrichsdorff*

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

In der Reihe „Veröffentlichungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts“ sind 2 neue Bände erschienen, in denen die Vorträge zweier 1942 im Institut veranstalteter Vortragsreihen veröffentlicht werden:

Deutschland, Italien und das neue Europa.
Das Reich und Japan.
Beide im Junker-&-Dünnhaupt-Verlag, Berlin 1943.

Die Mitarbeiter und Vorträge des ersten Bandes sind:

Prof. Leo Bruhns, Deutschland—Italien in ihrer Bedeutung für die künstlerische Kultur Europas;
Prof. Hans Engel, Der Beitrag Deutschlands und Italiens zur europäischen Musik;
Geheimrat Prof. Karl Brandi, Dante und Europa;
Dr. Ernst Wilhelm Eschmann, Der deutsche und italienische Staatsgedanke;
Prof. Friedrich Baethgen, Das Reich und Italien;

Prof. Franco Valsecchi, Die deutsch-italienischen Beziehungen im Zeitalter des Risorgimento;
Prof. Albert Prinzing, Faschismus und Nationalsozialismus;

die des zweiten Bandes:

Prof. Wilhelm Gundert, Fremdvölkisches Kulturgut und Eigenleistung in Deutschland und Japan;
Prof. Otto Kümmel, Wege zum Verständnis der japanischen Kunst;
Prof. Martin Ramming, Geschichtlicher Rückblick auf die deutsch-japanischen Beziehungen der älteren Zeit;
Major Otto Mossdorf, Der soldatische Charakter des deutschen und des japanischen Volkes;
Dr. Walter Donat, Der deutsche und der japanische Reichsgedanke;
Prof. Clemens Scharschmidt, Japans Wirtschaft und die „Neue Struktur";
Prof. Horst Hammitzsch, Die völkische Wiederbesinnung im Schrifttum des 18. und 19. Jahrhunderts in Deutschland und Japan;
Fürst Albrecht Urach, Die Neuordnungsprobleme Japans und Deutschlands.

Beide Bände dienen im wesentlichen demselben Ziel: der Förderung des Verständnisses zwischen den befreundeten Mächten.

Prof. Prinzing, der das Vorwort zu dem Italienband verfaßt hat, schreibt darin, daß die Vortragsreihe „den ersten Versuch einer europäischen Betrachtung des deutsch-italienischen Verhältnisses" darstellt. Immer wieder ist von den weltanschaulichen Gegnern der Achsenmächte die Frage aufgeworfen worden: Ist nicht die Achse nur ein machtpolitisches Zweckbündnis zweier Mächte, während ihre geistigen Begegnungen immer nur unter dem Aspekt des kulturellen Kampfes stehen können? Diese Frage konnte jedoch nur von jemandem gestellt werden, der in der Ideologie des 19. Jahrhunderts befangen war, die die Entwicklung zum Nationalstaat über jede andere Linie stellte. Auf einer neuen geistigen Ebene aber bietet sich eine ganz andere Fragestellung. Die Völker können nicht im engen Doktrinarismus ganze Epochen ihrer Geschichte streichen. Sie sind aufgerufen zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Werte. In dieser neuen Schau entdecken sie „den Urgrund beider Ideen, der nicht dieselben, aber weitgehend gemeinsame Züge trägt, der, insofern er jenseits aller historischen Beigaben zutiefst römisch und zutiefst germanisch ist, im besten Sinne jenes Ganze darstellt, das mit dem Begriff des Europäischen umrissen werden kann."

Die besonderen Ziele der Japanvorträge erklärt Dr. Donat in seiner Einführung zu diesem Band. Die historischen Beziehungen der beiden Staaten Deutschland und Japan sind bis auf die politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte bedeutungslos. Ebenso steht es mit den Kenntnissen, die die beiden Völker bisher voneinander hatten. Es gilt nun, die für jeden Kenner erstaunlich gleichlaufende Entwicklung Deutschlands und Japans aufzuzeigen. So haben sich Kultur und Reichsgedanke sehr ähnlich entwickelt, da in beiden Ländern eine einfach und ursprünglich organisierte Völkerschaft die kulturellen Formen und Staatsbegriffe einer weit höher und differenzierter durchgeformten Macht übernimmt. „Germanische Völkerschaften eignen sich mit den von ihnen eroberten Gebieten Schrift und Kulturerbe der Antike an, zugleich mit der übernationalen Erlösungslehre des Christentums. Das japanische Volk verfällt dem glänzenden Vorbild der chinesischen Hochkultur der Tangzeit und führt mit ihr die buddhistische Glaubenslehre in Japan ein. Auf beiden Seiten währt die Auseinandersetzung mit dem Fremdgut durch viele Jahrhunderte." — Neben anderen wichtigen Merkmalen im Leben der beiden Völker, die Analogien aufweisen, soll hier nur noch auf die entscheidende Rolle hingewiesen werden, die in beiden Staaten Soldatentum und Soldatengeist gespielt haben.

Erst mit Hilfe dieser Erkenntnisse ist es möglich, sich die Völker auch innerlich nahezubringen.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 51
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Erich Schafranek, Berlin W 15
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | z. Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 . Printed in Germany



Jahrbuch der Weltpolitik 1943

Herausgegeben
von
Prof. Dr. F. A. Six
Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

Aus dem Inhalt:

I. Europa und die Welt

Die Weltpolitik im Jahre 1942 - Die europäischen Völker in der Welt - Autarkie, Kontinentalwirtschaft, Weltwirtschaft - Das Schicksal der Neutralität im europäischen Kriege

II. Die Staaten der Erde im Jahre 1942

1. Europa:

Großdeutschland - Böhmen und Mähren - Das Generalgouvernement - Dänemark - Island - Norwegen - Schweden - Finnland . Die besetzten Ostgebiete - Die Sowjetunion - Die Slowakei - Ungarn - Rumänien - Serbien - Kroatien - Bulgarien - Griechenland - Die Schweiz - Italien - Spanien - Portugal - Frankreich - Die besetzten belgischen Gebiete - Die Niederlande - Großbritannien - Eire

2. Der Nahe und Mittlere Osten:

Die Türkei - Syrien und Libanon - Palästina und Transjordanien - Ägypten - Saudisch-Arabien - Irak - Iran - Afghanistan - Indien

3. Ostasien und der Pazifik:

Japan - Mandschukuo - China - Birma - Indochina - Thailand - Inselindien - Portugiesisch-Timor - Die Philippinen - Australien - Neuseeland

4. Amerika:

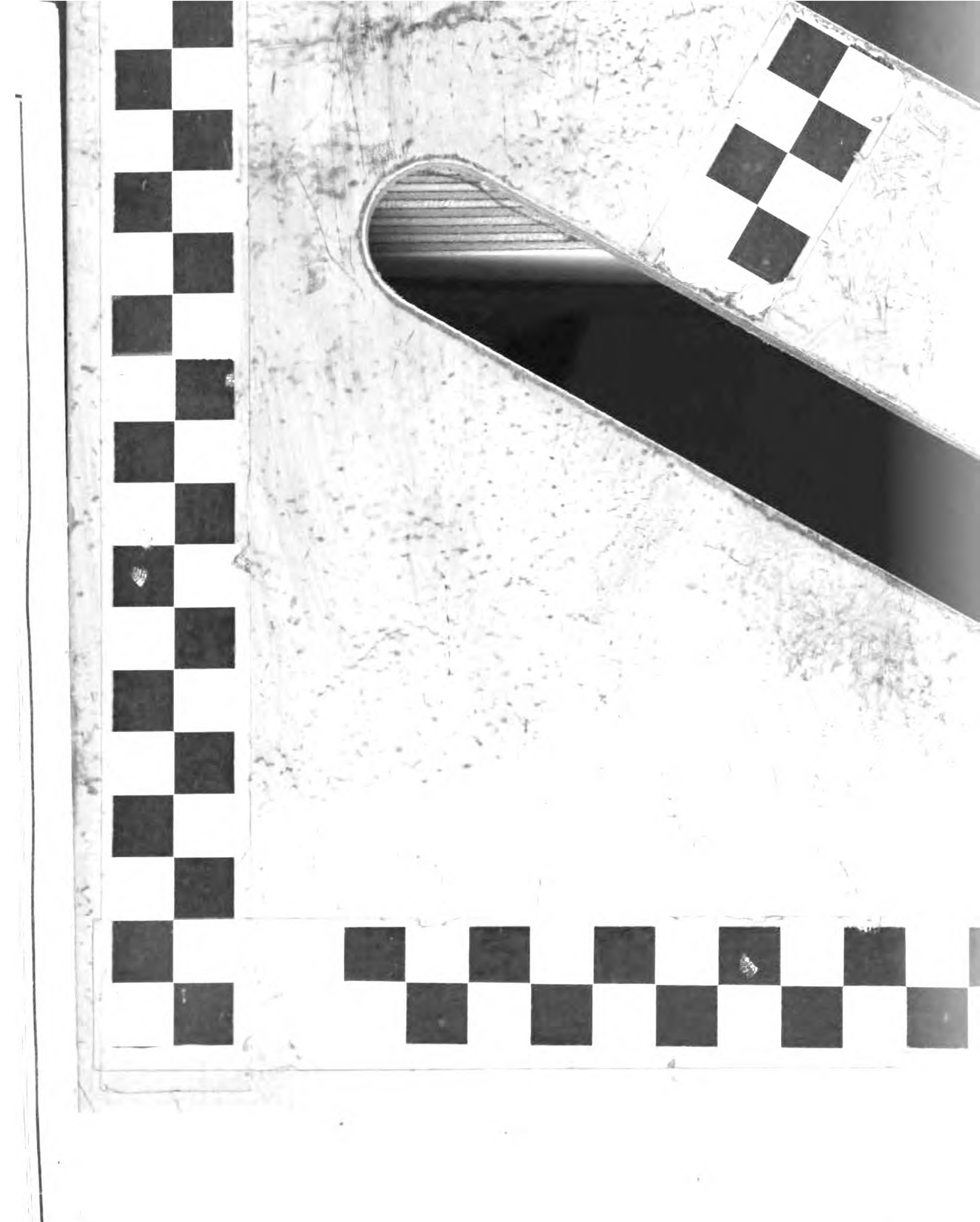
Kanada - USA - Mexiko und Mittelamerika - Kolumbien - Venezuela - Brasilien - Ekuador - Peru - Bolivien - Paraguay - Uruguay - Argentinien - Chile

5. Afrika:

Afrika als weltpolitisches Problem - Südafrika - Die portugiesischen Besitzungen - Belgisch-Kongo - Die britischen Besitzungen - Italienisch-Afrika - Die französischen Gebiete in Afrika - Liberia

III. Die deutschen Auslandswissenschaften im Berichtsjahr

Die deutsche Südostforschung - Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1942 - Die Leistungen der deutschen Auslandswissenschaften im Jahre 1942 - Bibliographie zur Volks- und Landeskunde der fremden Staaten

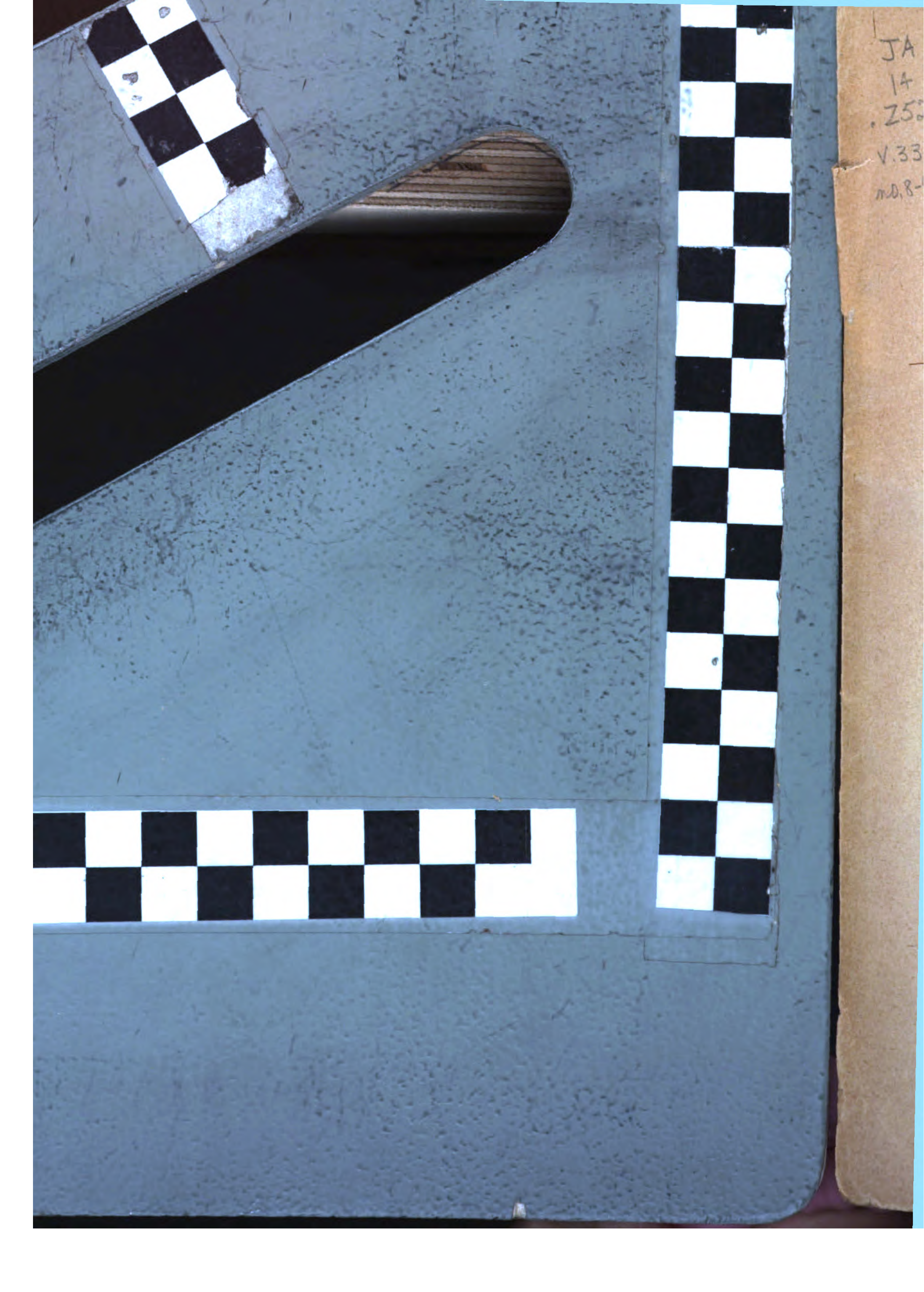











JA
14
.Z5
V.33
no.8-

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

33. BAND HEFT 8/9 AUGUST / SEPTEMBER 1943

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Leopold Gutterer, Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Berlin W 8, Wilhelmplatz 8/9

Prof. Dr. Wolfgang Siebert, Direktor des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Berlin, Berlin W 8, Behrenstraße 41

Karl Lindemann, Staatsrat, Präsident des Norddeutschen Lloyds, Bremen

Dr. iur. Sergius Maiwald, Berlin C 2, Georgenkirchstraße 26

Prof. Walter Trittel, Direktor der Abteilung „Südostasien" des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin NW 40, Alt Moabit 111

Dr. Paul Ruprecht, Dresden A 16, Krenkelstraße 25

Dr. Ernst Klingmüller, Berlin W 35, Mansteinstraße 15

Dr. Carl Heinz Hunsche, Referatsleiter im Auswärtigen Amt, Berlin W 30, Motzstraße 59

Prof. Dr. Ludwig Alsdorf, Direktor der Abteilung „Indien" des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin-Lichterfelde-West, Margaretenstraße 19a

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom

DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und MinR.Prof.Dr.W.Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15 · **Verlag:** Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · **Bezugspreis:** das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. zweimonatlich

33. BAND — AUGUST/SEPTEMBER 1943 — HEFT 8/9

Europa arbeitet für den Sieg

Rede des Staatssekretärs im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda *Leopold Gutterer* bei der Eröffnungskundgebung der Woche „Europäische Arbeiter in Hamburg arbeiten für den Sieg" am 16. Juni 1943

Sie alle, die Sie soeben miterlebt haben, wie die Vertreter von 17 Nationen Europas ein geschlossenes Bekenntnis zu Kampf und Arbeit um die Freiheit unserer Völker ablegten, müssen in diesen Augenblicken eindringlich empfunden haben:

Was sich hier vor unsern Augen abspielte, war die Demonstration einer Völkerkameradschaft, wie sie vor zehn oder zwanzig Jahren wohl kein einziger von uns jemals für möglich gehalten hätte.

Die moderne Technik, die Erfindung der Dampfmaschine und des Explosionsmotors haben das beschauliche Zeitalter der Postkutsche mit brutaler Rücksichtslosigkeit beseitigt und die Menschen näher aneinandergerückt. Es reichen die Stunden eines Tages, um auf den Autobahnen das Kernstück unseres Kontinentes zu durchbrausen, es dauert nur ein paar Stunden, um mit einem modernen Verkehrsflugzeug von Oslo nach Rom oder von London nach Istanbul zu reisen.

Telefon, Telegraf und Radio vereinen die Menschen unseres Planeten zu jeder Sekunde.

Raffinierteste Maschinen erzeugen Güter, die allen Wohlstand, Befriedigung und oft Teilnahme am Luxus ermöglichen, wie es vor einigen Jahrzehnten von keinem ernst zu nehmenden Menschen für möglich gehalten wurde.

Doch die politische Erkenntnis hat nicht Schritt gehalten mit dem genialen Höhenflug menschlichen Geistes, wie er in den Wunderwerken des modernen Zeitalters sich manifestiert hat. Es ist die Philosophie einer überalterten Weltanschauung, die häufig heute noch das nationale und zwischenstaatliche Leben der Nationen und Kontinente bestimmt.

Die Erde ist groß genug, erst recht heute, wo sie durch den modernen Verkehr völlig erschlossen werden kann, um allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Doch ist die Menschheit nicht die Summe der Individuen, deren jedes für sich bestehen könnte, sie ist das System von Völkerfamilien, die blutsmäßig, geographisch und durch das historische Schicksal geformt, entstanden und gewachsen sind.

Diese Völker sind heute aufeinander angewiesen, sie ergänzen sich wirtschaftlich und können sich in den Leistungen und Werten ihrer Kultur so unendlich viel gegenseitig schenken. Doch menschlicher Unverstand, krasser Egoismus und rassisch bedingter Haß lassen die Völker nicht zur Ruhe, d. h. zu friedlichem Aufbau kommen. Statt sich zu ergänzen, zerfleischen sie sich, statt die Räume zu erschließen und nutzbar zu machen, kapseln sie sich gegenseitig ab, um ja das alte System der reichen und der besitzlosen Völker nicht erschüttern zu lassen.

Wie töricht ist es, zu glauben, man könnte im 20. Jahrhundert den jahrhundertealten Imperialismus kapitalistischer Prägung ein für allemal durchsetzen, wie grauenvoll gefährlich ist es, mit der Idee des internationalen Kommunismus die völkischen Blutwerte aufzulösen und einem nivellierenden Völkermischmasch zu huldigen.

Beide Falschlehren zehren am Bestand der Nationen, beide enden sie zwangsläufig und erbarmungslos im Völkertod, entweder verschmachten die Schaffenden in der auszehrenden Fronarbeit im Dienste des Kapitals oder die Kulturwerte schöpfenden Persönlichkeiten werden liquidiert durch den Genickschuß jüdisch-bolschewistischer Politruks. Beide Exponenten haben sich vereinigt, angloamerikanischer Wirtschaftsimperialismus und sowjetisch-asiatischer Bolschewismus, um das alte Kulturland Europa, die Wiege der menschlichen Kultur zu überwinden. Beide verbindet in infernalischem Zerstörungswahn der Jude.

Es geht um Existenz und Leben, um Freiheit und Brot, Europa steht in der entscheidendsten und schwersten Stunde.

Sie muß gemeistert werden!

In den jüngst vergangenen Jahren hat sich dieser Prozeß entwickelt, in schmerzhaften Wehen hat sich das Bewußtsein, im größeren Europa die vom Schicksal gestellten Aufgaben meistern zu müssen, gebildet. Der europäische Mensch hat eine wahrhaft revolutionäre Wandlung erfahren, die sich gerade auch in dieser Stunde während der Reden der Delegationsführer des Kongresses der europäischen Arbeit in Hamburg erneut stärkstens bekundet hat.

Wer wollte behaupten, daß eine solche Wirkung nur in der Form und Organisation liegen könnte? Nein, an die Stelle eines zerfetzten, ausgebeuteten, uneinigen, zerrissenen und gefährdeten Europa tritt ein Europa, das einig sein und, zum erstenmal mehr und mehr geschlossen sich seine Rechte auf Leben, Freiheit und Brot erkämpfen will.

Die natürlichste Pflicht jedes Volkes ist die Erhaltung und Entfaltung seines Lebens, seiner Menschen und seiner Kräfte. Die bereits aufgezeigte Entwicklung der letzten Jahre hat dahin geführt, daß die europäischen Völker diese grundlegende Sicherung ihres Daseins nur noch gemeinsam vornehmen können. In einem Augenblick, da von Osten her die rote Flut des Bolschewismus den gesamten Kontinent zu überschwemmen drohte und im Westen der Imperialismus der Amerikaner den Versuch unternimmt, von dem Verräter England unterstützt, unseren Erdteil seiner Weltherrschaftsabsicht zu unterwerfen, kann es für Europa, wenn es nicht untergehen will, nur eine einzige Parole geben. Sie lautet: Gemeinsame Abwehr der gemeinsamen Feinde und gemeinsame Vertretung der gemeinsamen Interessen!

Daß diese Tatsache über die Existenz und den Fortbestand aller Nationen Europas entscheidet, ist eine Erkenntnis, die sich immer mehr gegen alle Schwierigkeiten und Mißverständnisse auf dem ganzen Kontinent durchsetzt. Sie ist es auch, die eine riesenhafte Zahl europäischer Arbeitskräfte veranlaßt hat, nach Deutschland zu gehen, in Deutschland zu arbeiten und tätig zu sein, weil sie wissen, daß mit dem Reich, dem Herzen und Kernland unseres Erdteils, auch die Zukunft ihres eigenen Volkes und ihrer eigenen Kinder steht und fällt. Nicht politischer Zwang, wie unsere Feinde behaupten, hat Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen Europas zu uns gebracht, sondern ihre eigene Überlegung und ihre eigene Einsicht. Sie waren der starke Motor, der diese Millionen in Bewegung gesetzt und zu uns geführt hat. Wenn die Engländer nun behaupten,

daß Sie, meine europäischen Schicksalsgenossen, sich nur durch den Druck tyrannischer Diktatur zu uns begeben haben, und daß Sie bei uns auf Ihren Arbeitsplätzen nur durch das deutsche Bajonett überhaupt zu halten waren, so ist das eine ebenso dumme wie freche Beleidigung des gesunden europäischen Menschenverstandes. Sie sind zu uns gekommen, das wissen wir, und das wissen am besten Sie selbst, weil Sie klar erkannt haben, daß die Selbstbehauptung Ihres eigenen Lebens heute identisch ist mit dem Sieg des Deutschen Reiches.

Wo immer Sie in unseren Rüstungswerken oder in unserer Landwirtschaft sich Tag für Tag einsetzen, da ist jedem von Ihnen bewußt, daß er mit jedem Flugzeug, an dessen Fertigstellung er mithilft, zugleich eine Maschine schafft, die sich in Kürze auch gegen die Feinde seines eigenen Volkes in den Kampf stürzen wird, und daß er bei jedem Stück Tuch, an dessen Entstehung er mitwirkt, zur Einkleidung eines Soldaten beiträgt, der vor den Toren des Festlandes Europa einen Gegner zurückschlägt, dessen Vernichtungswille die friedlichen Dörfer und Städte jedes europäischen Landes bedroht. Wer heute in Deutschland arbeitet, arbeitet für Europa, während deutsche Männer an den Fronten den Blutzoll mit ihrem Kampfeinsatz leisten. Und wer jetzt von Ihnen Hand in Hand mit deutschen Arbeitern und Bauern täglich die beste Arbeitsleistung vollbringt, die er aus sich herauszuholen vermag, der verschafft dadurch der eigenen Heimat die Freiheit und das Brot der Zukunft, der schützt damit die europäische Kultur vor jüdischer Zersetzung, der vollbringt eine Kulturtat.

Die Eingliederung einer so großen Zahl ausländischer Kräfte in den Arbeitsprozeß des Reiches brachte uns neben der zusätzlichen Arbeitskraft auch eine Fülle von Aufgaben, die mit der Erfassung und Betreuung dieser Millionen zusammenhängen. Wir standen hier, wie so oft in der Geschichte des nationalsozialistischen Staates, vor völlig neuartigen Problemen, die in diesem Ausmaß noch niemals dagewesen waren. Es ist unseren verantwortlichen Männern aber gelungen, auch hier mit mutigem Aktivismus vorbildliche Lösungen zu erzielen.

Gerade in der ersten Zeit stellt das Einleben in den Arbeitsprozeß des Reiches an die ausländischen Kräfte ganz besonders hohe Anforderungen. Diese Schwierigkeiten betreffen nicht nur die technische Einarbeitung, sondern sie sind vor allen Dingen auch psychologischer Art. Wir wissen unsere europäischen Arbeitskameraden gemeinsam mit uns der Auffassung, daß gerade diese psychologischen Fragen nur durch gründliche Hilfe des Gastlandes und damit der

deutschen Führung überwunden und in eine Sphäre fruchtbarer Gemeinschaftsleistungen überführt werden können.

So wurde eine Reihe von umfangreichen Maßnahmen in die Wege geleitet, die der körperlichen, geistigen und seelischen Betreuung dienen.

Das erste Mittel, den ausländischen Arbeitern die Fremdheit der Umgebung erträglich zu machen, ist zunächst die Unterbringung in großen, sauberen, bequemen und hygienischen Gemeinschaftslagern, in denen Arbeiter derselben Nationen zusammengefaßt werden. Diese Gemeinschaftsunterbringung stellt ein Stück Heimat dar, wie sie bei der Einzelunterbringung nie vorhanden sein könnte. In solchen Einheitsunterkünften können die völkischen Eigenschaften und die kulturellen Gewohnheiten besonders gepflegt werden. Die Erfahrung zeigte, daß diese Gemeinschaftsunterkünfte geeignet sind, auch viele individuelle Möglichkeiten zu erschließen. Das Zusammenwohnen nach Nationalitäten wurde von uns also nicht eingerichtet, um irgendeine Absonderung zu erzielen, sondern es bildet nach unserer Auffassung die erste Voraussetzung einer psychologischen Erleichterung der Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse. Sie selbst, meine ausländischen Arbeiter, sollen sich eine Wohnstätte gestalten, und Sie selbst haben, wie wir mit Freude sehen, schon Ihr Möglichstes getan, um in Verbindung mit unsern deutschen Stellen diese großen Lager, die man oft geradezu mit einer eigenen Stadt vergleichen kann, sauber, bequem und hygienisch einwandfrei zu halten.

In diesen großen Lagern besteht dann auch die Möglichkeit, eine Gemeinschaftsverpflegung auszugeben, die den Eigenarten der Heimatkost Rechnung trägt und teilweise nach der Heimatsitte ausgerichtet ist. Es ist für das geistige Wohlbefinden ebenso wichtig wie für die körperliche Gesundheit, daß die Mahlzeiten im Lager möglichst auf den Geschmack und die nationalen Eigenheiten der Ernährung abgestimmt sind. Die verabreichte Verpflegung wird überall von Lagerärzten überwacht. Der ausländische Arbeiter erhält die gleichen Verpflegungssätze wie der deutsche Arbeiter, wobei nach Art und Umfang des Einsatzes auch hier die Zulagen gestaffelt werden. Darüber hinaus ist neuerdings vielfach die zollfreie Einfuhr einheimischer Nahrungsmittel ermöglicht worden.

Auch arbeitsrechtlich wird der ausländische Arbeiter im Sinne absoluter deutscher Gerechtigkeit behandelt. Durch Sozialversicherungsabkommen mit den Heimatländern, Transferierung von Renten, Familienfürsorge, fachliche Höherentwicklung, Umschulung, Ausbildung von Jugendlichen und von Spezialarbeitern wurde auch

arbeitsrechtlich jene Basis geschaffen, die dem sozialistischen Programm des Reiches entspricht und eine selbstverständliche Grundlage des gegenseitigen Vertrauens bildet. Für die Arbeitsfreude ist es wesentlich, daß der Arbeiter seine Familie und seine arbeitsrechtliche Lage voll gesichert weiß. Besondere Verbindungsstellen in den einzelnen Ländern zur Betreuung der Familien und zur Vermittlung zwischen Heimat und Arbeitsort sind schon vielfach vorhanden und werden fortlaufend durch neue ergänzt. Wie der deutsche Arbeiter erhält auch der Ausländer einen längeren bezahlten Urlaub, den er nach eigenem Ermessen gestalten kann. Soweit er verheiratet ist, kann er zweimal im Jahre Heimaturlaub bekommen. Auch die in Deutschland übliche Trennungsentschädigung wird an Ausländer ausgezahlt.

Mit besonderem Nachdruck wird von uns dafür gesorgt, daß neben der materiellen auch die geistige Verbindung zwischen unseren ausländischen Arbeitskräften und ihrem Heimatland nicht abreißt. Der Fremdsprachendienst in Berlin stellt zu diesem Zweck Wochenzeitungen in den einzelnen Landessprachen her, die unter Mitwirkung der ausländischen Arbeitergruppen herausgegeben werden und über alle wissenswerten Ereignisse in ihrem Heimatland und die wichtigsten Vorgänge in der Welt unterrichten. Überall in den Lagern finden Sie bereits fremdsprachige Büchereien vor, die neben einem guten Unterhaltungsstoff reichlich Gelegenheit zur Fortbildung der beruflichen und sonstigen Interessen bieten. In größerem Maße wurde neuerdings auch die Vorführung von Filmen und der Einsatz des deutschen Rundfunks entwickelt. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich natürlich die Varieté- und Künstlertruppen, die wir aus den Heimatländern heranholen und in den Lagern einsetzen. Dieses Veranstaltungswesen hat in den letzten Monaten einen erheblichen Ausbau erlebt.

Die Gesundheitsfürsorge ist durch deutsche und ausländische Betriebs- und Lagerärzte sichergestellt; wo es nötig erscheint, ist Krankenhausbehandlung vorgesehen. Der Gesundheitsstand weist teilweise Rekorde auf, z. B. verzeichnen die Ostarbeiter einen Krankenstand von nur zwischen 1 und 3 v. H., in der Hauptsache handelt es sich dabei um Erkältungskrankheiten, die auf die klimatischen Veränderungen zurückzuführen sind. Seuchenverhütung wird durch entsprechende Maßnahmen mit deutscher Gründlichkeit betrieben.

Harte Arbeit verlangt in den Pausen Entspannung und Auflockerung. Was der ausländische Arbeiter in der Heimat auf diesem Gebiet in seinem Familien- und Bekanntenkreis findet, soll

ihm bei uns durch großzügige Einrichtungen der Freizeitgestaltung ersetzt werden. Konzerte, Laienspiele und zahlreiche ähnliche Veranstaltungen stehen im Dienste dieser Absicht. Eine besonders große und beliebte Rolle spielt der Sport und im Sommer die Wanderung. In neuester Zeit sind in den Städten gemütlich eingerichtete Freizeitheime für die einzelnen Nationen geschaffen worden, die zu behaglichem Verweilen einladen. So wird in steigendem Maße alles aufgewandt, um dem fremden Arbeiter in Deutschland neben seiner Tagesarbeit in jeder Weise Heimat, Familie und frühere Gepflogenheit auf angenehme Art zu ersetzen: Getreu dem deutschen Grundsatz, daß jede Arbeit ihres Lohnes und ihrer Anerkennung wert ist.

Ein wichtiges Erfordernis wird in der Aufgabe gesehen, den ausländischen Arbeitern die Erfüllung ihrer religiösen Bedürfnisse zu ermöglichen. Die religiöse Betreuung der einzelnen Nationen in den Lagern wird durch landeseigene Priester durchgeführt. Durch Schaffung neuer Möglichkeiten der seelsorgerischen Betreuung in den Lagern sollen für den ausländischen Arbeiter wünschenswerte Erweiterungen auch der religiösen Seite seiner individuellen Lebensgestaltung erfolgen.

In Erfüllung eines naheliegenden und vielfach geäußerten Wunsches der fremden Arbeitskräfte, haben wir damit begonnen, sie mit Deutschland näher bekannt zu machen; bildet doch ein wirkliches Sichkennenlernen die Voraussetzung für das gegenseitige Verständnis zwischen ihnen und unseren deutschen Volksgenossen, mit denen sie täglich in gemeinsamer Arbeit stehen. So wird von uns dafür gesorgt, daß die Gastarbeiter ein richtiges Bild vom nationalsozialistischen Deutschland erhalten. Ich erinnere hier nur an den überall eingerichteten Führungsdienst, der die Arbeitskräfte in geeigneter Gruppenzusammenfassung mit der jeweiligen Umgebung bekannt macht und die natürlichen und kulturellen Werte des Reiches dem Verständnis des Gastarbeiters erschließt.

Im großen Umfang wird durch besondere Kurse die Kenntnis der deutschen Sprache vermittelt. Diese Kurse dienen nicht nur der täglichen Verständigung, sondern bieten die Möglichkeit, mit den geistigen Elementen des deutschen Volkstums, seinem Wissen und seinem Ausdruck vertraut zu werden. Besondere Sprachführer wurden in Verbindung mit der Deutschen Akademie zu diesem Zweck bereits hergestellt. In diesen Zusammenhang gehört auch die Übersetzung besten deutschen unterhaltenden Schrifttums, das in erzählender Form oft eine eindringlichere und bessere Einführung in das deutsche Leben vermittelt, als das mit anderen Mitteln möglich

wäre. Es kann nicht die Aufgabe dieser kulturellen Betreuung des ausländischen Arbeiters sein, ihn in irgendeiner Form zu assimilieren, das heißt einzuschmelzen. Das liegt weder im Interesse der Arbeiter noch ihrer Ursprungsländer und ebensowenig im Interesse des Reiches; denn der Ausländer-Arbeitseinsatz ist kriegsbefristet. Wohl aber soll der Arbeiter, der in deutschen Werken arbeitet, die Möglichkeit haben, sich über sein Gastland, das nationalsozialistische Deutsche Reich, jederzeit soweit zu unterrichten, als ihm das selbst wünschenswert erscheint.

So werden durch den Arbeitseinsatz zahlreiche Brücken europäischer Völkerverständigung gebaut, Brücken der persönlichen Kameradschaft zum deutschen Volk und der ausländischen Arbeitskräfte untereinander. Erst später wird es sich einmal zeigen, wie sehr das alles die europäische Völkergemeinschaft weiter entwickelt und befestigt hat. Man hat früher, besonders in Genf, sehr viel von Völkerverständigung geredet, aber praktisch sehr wenig dafür getan. Sie beschränkte sich auf müßige Gespräche von Politikern einer Gesellschaftsordnung, die längst brüchig und zum Untergang verurteilt war. Heute stehen wir in neuer Zeit auf neuem Fundament. An die Stelle der Spiegelfechterei von Genf ist eine gesunde Wirklichkeit getreten. Zu gemeinsamer Arbeit und zu gemeinsamem Kampf reichen sich die Arbeiter und Soldaten aus ganz Europa auf den Arbeitsplätzen und an den Fronten die Hände. Ich glaube, daß wir darin einen sehr konstruktiven und zukunftsvollen Beitrag für die glückliche Gestaltung unseres europäischen Lebens nach dem Kriege erblicken können, einen Beitrag, der tausendmal mehr wiegt als die phrasenreichen Nachkriegspläne der anderen Seite.

Auch in dieser Stunde, da wir hier in Hamburg versammelt sind, um unsere Entschlossenheit zum Kampf für den Sieg Europas erneut zu bekunden, gehen unsere Gedanken hinaus an die Front zu den Soldaten unserer Völker, die in den Reihen der deutschen Wehrmacht, der verbündeten Heere und der Freiwilligenverbände ihr Leben für den Sieg einsetzen, für den die europäische Heimat mit ihrer Arbeitskraft schafft. Von allen Völkern, deren Delegationen in diesem Saale versammelt sind, haben tapfere Männer im Kampf gegen den Bolschewismus an der Ostfront ihr Leben geopfert. Sie haben damit mehr für Europa und uns alle getan, als wir jemals leisten können. Ihr heldisches Vorbild soll uns allen täglich vor Augen schweben und uns stark erhalten zu höchstem Einsatz unserer persönlichen Kräfte für das große Ziel, um das unsere Völker ringen. Aus ihrem Opfer und aus dem Schaffen

unserer Hände soll und wird das neue Europa hervorgehen, das uns allen bessere Lebensbedingungen und Sicherung unseres Daseins bringt.

Im Dienste dieses großen Gedankens sind die Millionen ausländischer Arbeitskräfte zu uns gekommen, die sich heute im Reich befinden. Es ist der Wille des nationalsozialistischen Staates, für die europäischen Arbeitskräfte, die in Deutschland tätig sind, in einer Weise zu sorgen, die der sozialistischen Grundlage des deutschen Volksstaates von heute enspricht. Die deutsche Staatsführung ist bestrebt, soweit es die Erfordernisse und die Einschränkungen des totalen Krieges überhaupt ermöglichen, den ausländischen Arbeitern gute und erfreuliche Lebensverhältnisse zu bieten und ihre Betreuung laufend weiter zu entwickeln und auszubauen.

Wir sind heute hier versammelt im Zeichen der Mobilmachung aller Kräfte des Kontinentes. Wenn unsere Soldaten die militärische Macht unserer Völker zeigen, dann zeigt diese Kundgebung die Kraft ihrer Arbeit. In beiden sehen wir die Sicherheit des Lebens der europäischen Völkergemeinschaft, der wir mit Stolz angehören. Geeint und zu gemeinsamer Leistung verschworen, ist Europa unüberwindbar. In diesem Glauben heben wir ebenso hart wie entschlossen die Fahnen unserer Völker hoch:

Mit ihnen sind die besten Kräfte Europas und mit ihnen ist der Sieg!

Europäisches Arbeitsrecht in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Von Wolfgang Siebert

I

Die Frage, ob es gegenwärtig ein europäisches Arbeitsrecht gibt und ob es in Zukunft ein solches geben kann, legt einen Blick in die Vergangenheit nahe:

1. Zweifellos gab es gemeinsame Rechtsgrundsätze des Arbeitslebens, die in den eigentlichen Kernstaaten Europas galten. Überall, wo die Tradition des römischen Rechts wirkte, fügte sich das Arbeitsrecht in das allgemeine System der Obligationen ein und zeigte dessen typische Merkmale, so daß sich schon hieraus verwandte Züge ergaben, ohne daß es einer überstaatlichen Normenordnung bedurfte. Wichtiger für die praktische Gestaltung des Arbeitsrechts

waren aber die politisch-weltanschaulichen Gemeinsamkeiten, die sich besonders auch auf die gesellschaftliche Einordnung der Arbeit bezogen.

Die Auffassung vom Wesen und der gemeinschaftsmäßigen Bedeutung der Arbeit muß naturgemäß Gefüge und Inhalt des Arbeitsrechts entscheidend bestimmen. Das Europa des 19. Jahrhunderts — nur dieses interessiert hier — sah die Arbeit als der Einzelperson zugehörige, ihrem Interesse dienende körperliche oder geistige Kraftentfaltung des Menschen an. Das allgemein anerkannte Grundrecht der Gewerbefreiheit baute auf dem umfassenderen Grundrecht der freien Arbeit auf. Jeder äußere, vor allem auch jeder staatliche Eingriff in die individuelle Freiheit der Arbeit erschien als eine Beeinträchtigung der freien Persönlichkeit.

Das Individuum konnte sich (theoretisch) frei entschließen, ob und wie es arbeiten wollte, und konnte über seine Arbeit ähnlich wie über eine Sache frei verfügen. Die Verfügung vollzog sich vor allem im Tausch von Arbeit gegen Lohn, wobei in der Regel abhängige, fremdbestimmte Arbeit geleistet wurde. Das so begründete Arbeitsverhältnis wurde also als schuldrechtliches Austauschverhältnis begriffen.

Die Industrialisierung Europas förderte nicht die Anschauung, daß das Arbeitsverhältnis als Verhältnis gemeinschaftlicher — wenn auch nicht notwendig gleichartiger — Arbeit überpersönliche Werte enthält. Im Gegenteil: die Industrie hat zunächst mehr Gemeinschaftsbindungen zerstört als geschaffen, und ihre anfängliche geistige Grundlage war ebenfalls der Gedanke von der Freiheit zum persönlichen Gewinn durch ungebundenen Gütertausch, als dessen Anwendungsfall auch das Arbeitsverhältnis angesehen wurde.

Im Arbeitsvertrag müssen wir das allgemeine Arbeitsverfassungsprinzip der europäischen Staaten des 19. Jahrhunderts erkennen. Darüber erhebt sich dann das öffentliche Arbeitsrecht als die jeweilige Summe der staatlichen Normen, die die Vertragsfreiheit beschränken. Daß eine solche Beschränkung prinzipwidrig war und deshalb als „Intervention“ empfunden wurde, versteht sich von selbst. So erklärt sich die zunächst überraschende Tatsache, daß z. B. staatliche Schutzvorschriften zugunsten der Arbeiter von diesen selbst bekämpft worden sind und daß andererseits der Staat bisweilen erst auf private Anregungen hin solche Vorschriften erließ. Eine langwierige Entwicklung war erforderlich, bis der staatliche Arbeitsschutz zum festen Bestandteil der Arbeitsverfassungen aller europäischen Kernstaaten wurde. Für eine weitergehende Sorge für die Arbeiter durch die Sozialversicherung war

Deutschland ein zunächst alleinstehendes Vorbild. Für eine staatliche Einwirkung auf die Lohnhöhe, die ebenfalls zum Arbeitsschutz im weitesten Sinne zu rechnen ist, finden sich in der damaligen Zeit noch keine Beispiele.

Das kollektive Arbeitsrecht steht nur scheinbar zu diesem individualistischen Arbeitsrecht im Widerspruch. In Wahrheit ist es seine logische Fortentwicklung: An die Stelle des Individuums tritt die Masse der Individuen, an Stelle des Einzelarbeitsvertrages der Kollektivvertrag der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände (Koalitionen). Das Individuum in Masse blieb überall als Herr der Arbeit der Träger der Arbeitsverfassung. Seine Verfügungsfreiheit über die Arbeit zeigt sich besonders an der Zuständigkeit der Koalitionen für die Vereinbarung des Lohnes und an ihren wichtigsten Kampfmitteln, Streik und Aussperrung.

Demgemäß verändert sich auch nicht die Stellung des Staates in der Arbeitsverfassung. Ein typisch interventionistisches Mittel ist es daher, wenn der Abschluß von Kollektivverträgen durch staatliche Schlichtungsstellen gefördert wird oder wenn die gesetzliche Möglichkeit zur Allgemeinverbindlicherklärung solcher Verträge geschaffen wird, was in vielen Staaten geschehen ist. Damit ist anerkannt, daß der Staat nur von außen her und ausnahmsweise in das grundsätzlich staatsfreie Arbeitsleben eingreifen kann. Erst „Zwangsschlichtungen“ und „Zwangsverträge“ in Notzeiten künden das Ende der kollektiven Arbeitsverfassungen an. Form und Wesen der Sache beginnen hier einander zu widersprechen.

2. Über diese allgemeinen Gemeinsamkeiten der europäischen Arbeitsverfassungen hinaus war man, besonders nach dem ersten Weltkriege, bestrebt, auch den Inhalt der innerstaatlichen Arbeitsrechtsnormen im einzelnen möglichst weit in Übereinstimmung zu bringen. Hierfür wurde im Rahmen des Völkerbundes das Internationale Arbeitsamt in Genf gegründet. Die Einrichtung war daher auch (persönlich wie gedanklich) mit dem Versailler System eng verknüpft. Die Mitgliedschaft im Völkerbund war Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Internationalen Arbeitsamt.

Die alte Idee von der europäischen Staaten- und Kulturgemeinschaft war durch die Einbeziehung außereuropäischer Mächte in den Völkerbund und die Aufteilung der europäischen Mächte in Sieger- und Barbarenstaaten verworfen worden. Die Praxis erwies bald, daß auch das Internationale Arbeitsamt nur der Hegemonie der Siegerstaaten in Europa dienen sollte. Wenn man sich fragt, warum gerade das Arbeitsrecht zum Gegenstand überstaatlicher Normierungsversuche gemacht wurde, so wird bei näherem Zusehen deut-

lich, daß hier noch einmal Kapital und Arbeit einen internationalen Kampfplatz suchten. Jeder beteiligte Staat schickte zwar außer einem Vertreter der Arbeitnehmer und einem der Arbeitgeber auch zwei Regierungsvertreter zur Internationalen Arbeitskonferenz, dem beschließenden Organ; es ergab sich aber bald, daß sich die Vertreter über ihre Nationalität hinweg zu Interessenparteien zusammenfanden. Beispielsweise nahmen die Vertreter der Arbeitgeber aller Staaten geschlossen keinen Anteil an den Beratungen zur Frage der 40-Stunden-Arbeitswoche. Es spiegelte sich also an diesem internationalen Ort die innere Arbeitsverfassung der Staaten mit der Gegenüberstellung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden und Staat getreulich wider, und bezeichnenderweise wurde auch die Geschäftsordnung der Konferenz von dieser Parteiung bestimmt. Weiter entsprach es den innerstaatlichen Verfassungen, daß die Verhandlungsweise dieser übernationalen Parteien parlamentarisch war. Gewöhnlich wurden nach vorbereitenden Beratungen in Unterausschüssen der Konferenz Empfehlungen an die Staaten oder Entwürfe für internationale Übereinkommen herausgebracht[1]).

Was die sachlichen Ergebnisse der Arbeit der Konferenz anbelangt, so schwebten sie häufig in der Luft, da insbesondere eine große Zahl von Entwürfen für Übereinkommen niemals oder nur bedingt von den Staaten ratifiziert worden ist. Wenn sich also die Konferenz nach langwierigen Verhandlungen einig geworden war, so besagte das noch nichts Entscheidendes für die praktische innerstaatliche Verwirklichung, zumal die Vertreter der Staaten nicht gebunden waren, in ihrem Lande den gleichen Standpunkt wie auf der Konferenz einzunehmen, auf der sie auch nicht verantwortlich für ihr Land sprachen. Die wirklichen Erfolge der Konferenz für eine Vereinheitlichung und Verbesserung des Arbeitsrechts waren daher gering und hörten fast ganz auf, als die Staaten in der Weltwirtschaftskrise ihre eigenen Wege zu gehen begannen. Schon damals endete in Wahrheit das Internationale Arbeitsamt, nicht erst mit der förmlichen Auflösung im Jahre 1940. — Die sachliche Geringfügigkeit der Erfolge hat aber die Völkerbundmächte niemals davon abgehalten, das Internationale Arbeitsamt als eine wichtige Quelle des internationalen Fortschritts auszugeben.

II

Für das gegenwärtige europäische Arbeitsrecht gewinnen wir aus der Vergangenheit zunächst die Erkenntnis, daß es nur im Ein-

[1]) Vgl. auch *Siebert*, Aus der Praxis des Genfer Internationalen Arbeitsamts, diese Ztschr. 1942 S. 657 ff.

klang mit den weltanschaulich-politischen Grundkräften der führenden europäischen Staaten stehen kann. An die Stelle der Siegerstaaten des Völkerbundes ist das die Neuordnung Europas einleitende und führende Bündnis der „Achsenstaaten" getreten.

1. Die Auffassung vom Wesen und Wert der Arbeit hat sich grundlegend geändert. Deutschland und Italien haben die gemeinschaftserhaltende Funktion der Arbeit erkannt. Jeder Staatsbürger muß im eigentlichen Sinne des Wortes Arbeiter sein. Die Arbeit ist ein Gut, das ihm nicht als Individuum frei verfügbar, sondern als Mitglied der Gemeinschaft im Staate notwendig zugehört. Besonders in Deutschland sind die Werte Arbeit und Gemeinschaftspersönlichkeit miteinander überzeugend verbunden worden.

Für das eigentliche Arbeitsrecht bedeutet das zunächst eine gewaltige Steigerung seiner Wichtigkeit. Es bedeutet aber darüber hinaus eine innere Wandlung: aus dem schuldrechtlichen Austauschvertrag über das freie Gut Arbeit wird ein die Stellung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft bestimmender Einordnungsvertrag. In den durch solche Einordnung begründeten arbeitsrechtlichen Beziehungen kommt dem Staat und der Persönlichkeit eine ganz andere Bedeutung zu als bisher. Aufschlußreich ist auch, daß die auf den Tauschvorgang hinweisenden Begriffe des Arbeitgebers und Arbeitnehmers veralten und durch Bezeichnungen ersetzt werden, die Führung und Gefolgschaft andeuten.

In den neuen staatlichen Arbeitsverfassungen erscheinen daher alle Verfassungsträger als Gemeinschaftsorgane und andererseits alle dem Arbeitsleben zugeordneten Organe der im Staate zusammengefaßten Gemeinschaft als Träger der Arbeitsverfassung. An der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses wirken also grundsätzlich außer dem Unternehmer und dem Arbeiter als den Trägern der staatsbürgerlichen Selbstgestaltung die politische Bewegung und die zuständigen Verwaltungsorgane des Staates mit. Die Hoheitsträger nehmen nicht mehr eine lediglich interventionistische Stellung ein. Das verbietet die unmittelbare staatspolitische Bedeutung der Arbeit. — Koalitionen in der Art international ausgerichteter gemeinschaftsspaltender Interessenvertretungen haben in den Arbeitsverfassungen der autoritären Staaten keinen Platz.

2. An den Brennpunkten des Arbeitslebens erkennen wir, wieweit diese Entwicklung zur modernen Arbeitsverfassung in den einzelnen Staaten gediehen ist. Solche Brennpunkte sind der Arbeitseinsatz, die Lohnbildung, der Arbeitsschutz, die Sozialversicherung und die betriebliche Sozialpolitik.

a) Unter Arbeitseinsatz verstehen wir alle Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Begründung und den Bestand der von staatlichen Gesichtspunkten aus notwendigen Arbeitsverhältnisse zu sichern. Die Mittel des Arbeitseinsatzes können natürlich wechseln. Räumlich-wirtschaftliche Enge und Krieg können den Arbeitseinsatz zur Lebensfrage des Staates machen, so daß er mit den einschneidendsten Maßnahmen und den äußersten Energien der politischen Bewegung und staatlichen Verwaltung durchgeführt wird. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Feststellung, daß der Arbeitseinsatz unmittelbare Gemeinschaftsaufgabe ist und daß deshalb für ihn arbeitsverfassungsmäßig der Staat in erster Linie zuständig und verantwortlich ist, auch insoweit sich der Arbeitseinsatz durch die Träger der Selbstverwaltung vollzieht.

Das Tun und das Unterlassen, das der Arbeitseinsatz fordert, finden wir heute in vielen europäischen Staaten gesetzlich verankert. Die schärfste Form, die zur Begründung eines bestimmten Arbeitsverhältnisses führt, ist die zivile Dienstpflicht. Sie besteht jetzt fast überall, selbst in so bürgerlichen Staaten wie Schweden und der Schweiz, nicht zuletzt deshalb, weil sie im Kriege neben der militärischen Dienstpflicht als etwas Selbstverständliches erscheint. Daneben gilt als Unterlassensgebot das Streikverbot, oft weitergreifend als die Dienstpflichtbestimmungen, für alle Arten der Arbeitsverhältnisse. Der autoritäre Staat, der mit den Koalitionen als Träger der Arbeitsverfassung auch ihre typischen Kampfmittel, Streik und Aussperrung, beseitigt, muß für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten nun aber auch staatliche Einrichtungen schaffen. Der Umfang, in dem bei der Schlichtung Interessenvertreter der Koalitionen beteiligt werden, zeigt daher, inwieweit der Staat noch der kollektiven Arbeitsverfassung verhaftet ist. — Feinere Maßnahmen des Arbeitseinsatzes wie Arbeitsplatzwechselbeschränkungen finden sich z. B. in Deutschland und Italien; für Deutschland mag als feinste und weitest tragende Form des Arbeitseinsatzes die Berufsnachwuchslenkung erwähnt werden[2]).

b) Die Lohnbildung ist wegen der arbeitslenkenden Funktion des Lohnes auch für den Arbeitseinsatz von größter Bedeutung, läßt sich aber wegen der weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Funktionen des Lohnes als ein verhältnismäßig selbständiger Bereich begreifen. Den staatspolitisch gerechtfertigten Lohn kann

---

[2]) Hierzu neuestens der Entwurf eines Gesetzes über die Berufserziehung der deutschen Jugend, aufgestellt vom Jugendrechtsausschuß der Akademie für Deutsches Recht, 1942, bes. § 7 und Begründung S. 69 ff.

nur der Staat bestimmen. Soweit es aber um den Lohn geht, der der persönlichen Leistung des Arbeiters in der Volksgemeinschaft voll gerecht wird, ist auch eine grundsätzliche Zuständigkeit der staatsbürgerlichen Eigengestaltung gegeben. In der Frage des Zusammenwirkens von Staat und Eigengestaltung in diesem Punkte tritt uns eine der schwierigsten, aber auch fruchtbarsten Aufgaben der modernen Arbeitsverfassungen entgegen.

In der kollektiven Arbeitsverfassung lag die Lohnbildung in der Hand der Koalitionen, die den persönlichen Leistungsgedanken vernachlässigten und bei den Lohnverhandlungen zumeist nur Klasseninteressen verfolgten. Letzteres ist kaum noch in einem europäischen Staate möglich. Die meisten Staaten bedienen sich aber heute noch — direkt oder indirekt durch Einschaltung der Koalitionsvertreter — der Koalitionen zur Lohnfindung. Wo die Kraft zur verantwortlichen staatlichen Lohngestaltung noch nicht genügend entwickelt ist, überläßt der Staat den Berufsverbänden die Initiative zur Lohnregelung und beschränkt sich auf die gesetzliche Möglichkeit zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, wie es z. B. in der Schweiz der Fall ist. Anderenorts beschränkt man sich vielfach auf die Festsetzung von Mindestlöhnen, so z. B. in Frankreich. Am weitesten vorgeschritten sind Staaten wie Deutschland, Italien und Portugal, wo die Verantwortung für die tariflichen Lohnbestimmungen in erster Linie beim Staate liegt, jedenfalls für eine feste Begrenzung der Löhne nach unten und oben.

c) Der Arbeitsschutz ist das älteste Gebiet der staatlichen Betätigung im Arbeitsleben. In Erkenntnis seiner volksbiologischen und wirtschaftspolitischen Bedeutung überwinden hier die Staaten immer mehr die interventionistischen Anschauungen. Dabei macht auch der Sachbereich des Arbeitsschutzrechts eine Wandlung durch; um die Kernregeln des Gefahrenschutzes und des Arbeitszeitschutzes gruppieren sich nunmehr die weiteren Gebiete des allgemeinen Gesundheitsschutzes — dazu gehört auch das Urlaubsrecht — und des Lohn- (Lohnpfändungs-) schutzes.

d) Die Sozialversicherung ist eigentlich nur eine Ergänzung des Arbeitsschutzes im weiten Sinne über das Arbeitsverhältnis hinaus. Die Einrichtung beweist entsprechend dem Umfange der staatlichen Hilfe die Bereitschaft der Staaten, den gemeinnützigen Wert der Arbeit anzuerkennen und demgemäß dem Arbeiter in Not und im Alter als Gemeinschaftsglied zu helfen. Deutschlands Tat fand allgemeinere Nachfolge erst, als das individualistische Arbeitsrecht seinem Ende entgegenging.

Heute ist die Sozialversicherung überall als staatliche Aufgabe

anerkannt. Das drückt sich vor allem in einer Verbesserung ihrer Leistungen aus. Wenn Deutschland die in Vorbereitung befindliche Altersversorgung durchführt, wird es auf diesem Gebiete wieder einen beispielgebenden Schritt tun.

e) Die Mobilisierung des Arbeitslebens erfolgt nicht nur durch eine erhöhte staatliche Tätigkeit, sondern auch durch eine gesteigerte eigenverantwortliche Gestaltung. Ihr Wirkungsbereich ist vor allem die betriebliche Sozialpolitik. Ihre Aufgabe ist es, die staatliche Sozialpolitik zu ergänzen und den besonderen arbeitsrechtlichen Verhältnissen der Betriebe gerecht zu werden. Sie ist der beste Beweis dafür, daß die neueren Arbeitsverfassungen nicht persönlichkeitsfeindliche Zwangsordnungen mit prinzipiell staatlicher Zuständigkeit, sondern echte Gemeinschaftsverfassungen sind. Die bedeutendsten Erfolge hat hier zweifellos Deutschland aufzuweisen. Beachtenswert ist dabei besonders auch das Zusammenwirken von Partei (Deutscher Arbeitsfront) und den Kräften der Selbstgestaltung. Die anderen europäischen Staaten — an der Spitze Italien — folgen. Überall wächst die Erkenntnis, daß die Entfaltung der unternehmerischen Initiative in der betrieblichen Sozialpolitik zu einer im wahren Sinne sozialistischen Arbeitsordnung gehört.

3. Die staatlichen Zuständigkeiten in den Arbeitsordnungen finden ihren äußeren Niederschlag im Wachsen der Arbeitsverwaltung, was nach Beseitigung der Koalitionen zu einer umfassenden staatlichen Arbeitsverwaltung führt. In allen europäischen Staaten finden wir Arbeitsämter, Gewerbeaufsichtsämter, besondere Arbeitsgerichte und sonstige Behörden, die die staatlichen Belange im Arbeitsleben wahrnehmen. Eine Frage der eigentümlichen Lage und Entwicklung des Staates ist es, inwieweit dabei von der allgemeinen Verwaltung abgetrennte Sonderverwaltungen entstehen. Die Dinge sind während des Krieges, der täglich die Verwaltungen vor neue Aufgaben stellt, noch überall im Fluß.

Hervorgehoben sei, daß die Einrichtungen der Arbeitsverfassungen um so einfacher werden, je klarer sich die grundsätzlichen Funktionsbereiche und die jeweiligen Einzelaufgaben der Träger der Arbeitsverfassungen voneinander abgrenzen lassen. Der jeweilige Stand der Verwaltungsorganisation ist also eine Frage der Reife der Arbeitsverfassungen. Deutschland und Italien haben in dieser Hinsicht einen großen Vorsprung[3]). Ein Land wie Frankreich, das noch weitgehend mit Vergangenem belastet ist, konnte in seiner neuen Charte du Travail deshalb nur ein ziemlich verwickeltes Gebilde schaffen, dessen Ingangsetzung auf erhebliche Widerstände stößt.

---

[3]) *Siebert*, Die Entwicklung der deutschen Arbeitsverwaltung, 1943.

4. Bei dieser revolutionären Entwicklung der staatlichen Arbeitsverfassungen, die vom Kriege gewaltig vorangetrieben wird, findet sich im Augenblick noch keine Zeit für die Schaffung eines überstaatlichen arbeitsrechtlichen Normensystems. Dennoch geschehen Taten, die geeignet sind, die Einheit des europäischen Arbeitsrechts weit mehr zu fördern, als es je in der Macht des Genfer Kongresses gestanden hat:

Deutschland hat unter dem Zwange des Krieges eine Arbeiterbewegung im wahrsten Sinne des Wortes von außerordentlichem Umfange veranlaßt. Die Reichtümer der Staaten — Arbeitskräfte und Rohstoffe — werden für den europäischen Krieg mobilisiert. Im Zusammenhang damit wird der gesamte europäische Raum, die „Festung Europa", einer planenden Bewirtschaftung unterstellt.

Der europäische Arbeitseinsatz, der sich auf Grund von Staatsverträgen vollzieht, kann reibungslos nur erfolgen, wenn die Arbeitsbedingungen der Gastarbeiter unter Berücksichtigung ihres heimischen Lebensstandes den Arbeitsbedingungen des Gastvolkes angeglichen werden. Dadurch wird aber das europäische Sozialgefälle verändert; denn die Gastarbeiter bringen auch bisweilen die sozialen Vorzüge ihrer Heimatstaaten in die Gastländer mit und verbreiten die Kenntnis von den Vorzügen der Gastländer in ihrer Heimat, wenn sie dorthin zurückgekehrt sind — und der volks- und staatspolitisch ausgerichtete Arbeitseinsatz fordert ihre einstige Rückkehr. Das führt zu einer ständigen Vergleichung der sozialen Einrichtungen und des materiellen Arbeitsrechts der europäischen Staaten, die häufig der Anlaß für Angleichungen und Verbesserungen ist. Vor allem die Gebiete des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung werden davon betroffen. Aber auch der Lohnstand eines Staates kann durch die europäische Wirtschaftsplanung erheblich beeinflußt werden.

Im Gegensatz zu den Genfer Bestrebungen und Ergebnissen ist diese Entwicklung zu einem europäischen Arbeitsrecht von ganz anderen Voraussetzungen getragen:

1. Sie beruht nicht auf parlamentarischen Verhandlungen überstaatlicher Parteien klassenkämpferischer Herkunft, sondern auf den Vereinbarungen und dem freiwilligen Zusammenschluß autoritärer Staaten.

2. Sie hat nicht ein abstraktes, möglichst weltgültiges Normengefüge, sondern eine europäische Sozialordnung zum Ziel, die die wirtschaftspolitische Stellung und die volklichen Besonderheiten der Gliedstaaten angemessen berücksichtigt.

III

Das zukünftige europäische Arbeitsrecht wird die Züge des gegenwärtigen Arbeitsrechts in reinerer Ausprägung tragen. Der Krieg wird die Entwicklung beschleunigen, obwohl er naturgemäß Zeichen in das Bild des Arbeitsrechts prägt, die aus den Notwendigkeiten des Augenblicks entstanden und daher nicht von Bestand sind.

Am wichtigsten ist die Weiterentwicklung der staatlichen Arbeitsverfassungen. Ihr Ziel muß sein, die Arbeitskraft der Staaten zur höchsten Wirkung zu bringen und damit zugleich eine gesicherte Rechtsstellung der schaffenden Persönlichkeit zu begründen. Die Arbeitskraft der viertel Milliarde erwerbstätiger Menschen ist das wertvollste Gut des neuen Europa, und erst mit ihrer vollen Entfaltung durch eine moralische und rechtliche allgemeine Arbeitspflicht wird auch das Recht auf Arbeit verwirklicht werden können. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn überall die letzten Anzeichen einer klassenkämpferischen Politik im Arbeitsleben beseitigt werden und statt dessen die Kräfte der Staatsführung darin eine klare und verantwortliche Stellung beziehen. Das setzt aber voraus, daß in den Staaten das parlamentarisch-demokratische System überwunden wird. Die führenden Mächte des neuen Europa werden hierfür weiter beispielgebend sein, und der Aufbau ihrer Arbeitsverfassungen wird vielfach als Vorbild gelten, nicht für eine mechanische Nachahmung, sondern zur schöpferischen Nachgestaltung für die besonderen staatlichen Verhältnisse aus gleichem Geiste.

In diesen Verfassungsgrundsätzen ist der wichtigste Teil des neuen europäischen Arbeitsrechts zu erblicken. Ein überstaatliches Normensystem ist nur insoweit erforderlich, als es die Bedürfnisse des europäischen Arbeitseinsatzes erfordern. Das wird allerdings in größerem Umfange der Fall sein, als wir es nach dem Bilde der Vergangenheit vermuten. Es ist nötig, hier gründlich umzudenken. Entscheidend wird aber sein, daß die einzelnen Staaten ihr Arbeitsrecht nach den besonderen staatspolitischen und biologischen Verhältnissen aus europäischer Verantwortung selbst gestalten.

Die Vereinigten Staaten als Rivalen der britischen Handelsschiffahrt

Von Karl Lindemann

In der Nähe des New Yorker Hafens, abseits von den Liegeplätzen der Ozeandampfer, hat sich still und wenig beachtet ein altes, großes Segelschiff, der „Benjamin F. Packard", zur Ruhe gesetzt. Von ihm wird eine denkwürdige Geschichte erzählt. Sie führt uns zurück in die Zeit der hölzernen Rümpfe und weißen Segel, in die 40er und 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Damals gab es auf den Meeren keine stolzere Flagge als die der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Unter ihr fuhr fast die Hälfte der gesamten damaligen Schiffstonnage. Die Kunst der amerikanischen Schiffbauer war weit berühmt. Sie bauten die schnellsten Segler. Sie schufen den Typ des Klipperschiffes mit schlankem Rumpf und einem Maximum an Segelfläche. In 16 Tagen überquerten die Amerikaner in dieser glorreichen Klipperzeit den Atlantik. Überall, selbst in Indien und China, drangen sie in den englischen Handel ein. Mit einer Jahreserzeugung von 583 000 Tonnen wurde in Amerika der Höhepunkt des Schiffbaus im 19. Jahrhundert erreicht.

Mit größter Begeisterung hingen die Nordamerikaner am Meer und an der Seefahrt. Die Städte an der atlantischen und pazifischen Küste waren ausgesprochene Seestädte. Von ihren Einwohnern sagte man scherzhaft, daß sie Seetang in den Haaren hätten.

Der Segler, der anfangs erwähnt wurde, ist das letzte noch überlebende große Klipperschiff jener Zeit. Auf der Höhe seines Ruhmes hat er eine Wettfahrt mit dem englischen Segler „Bangalore" von den Häfen der Ostküste nach San Franzisco ausgetragen. Es war ein harter Kampf. Beide Schiffe ließen sich nicht aus den Augen. Bald hatte dieses, bald jenes einen Vorsprung. Endlich gelang es dem Amerikaner, den Wettbewerber abzuschütteln. Mehrere Tage vor der „Bangalore" erreichte er Kap Horn. Hier aber wurde das Schiff von schwerem Wetter erfaßt. Es verlor zwei Masten und fast alle Segel. Während es sich nach einem Nothafen umsah, passierte der Engländer langsam, aber sicher die gefährliche Ecke. Das geschlagene Schiff hat sich von seiner Niederlage nicht wieder erholt. Es wurde zur Beförderung chinesischer Arbeiter nach den Fischfabriken in

Alaska bestimmt und erhielt den Beinamen des Höllenschiffes. Sein richtiger Name ist darüber fast in Vergessenheit geraten.

Gleichzeitig aber begann der Glanz der großen amerikanischen Segelschiffszeit überhaupt zu verblassen. Der Erfindung der zweifachen Expansionsmaschine mußten die schlanken Rümpfe, die hohen Masten mit Himmelssegeln und Mondsegeln weichen. Als den Dampfern durch die Eröffnung des Panama-Kanals der verkürzte Seeweg nach der amerikanischen Westküste erschlossen wurde, verloren auch die langen, gefahrbringenden Segelschiffsreisen um das Kap Horn herum ihren Sinn. Aus der Atlantikfahrt waren die Klipper schon vorher dadurch vertrieben worden, daß die Engländer die Cunard-Linie als Kampfmaßnahme gegen die Amerikaner subventionierten.

In der Tat, England hatte das Rennen gegen die amerikanischen Klipper gründlich gewonnen. War den Vereinigten Staaten in der Segelschiffszeit ihr Holzreichtum zugute gekommen, so gehörte das jetzt beginnende Zeitalter des Eisen- und Stahlschiffes dem höher industrialisierten England. Sicher aber hat diese damalige Rivalität den Engländern erstmals die Augen darüber geöffnet, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr lediglich als rebellische Kronkolonie, als entlaufene Tochter betrachtet werden konnte. War dieses junge Land nicht ein einziger natürlicher Hafen mit langgedehnten Meeresküsten am Atlantischen und Pazifischen Ozean und am Golf? Besaß es nicht zwingende geographische Voraussetzungen dafür, die große Bedrohung der englischen Seeherrschaft zu werden?

Der Herrschaftsanspruch der Engländer zur See beruhte freilich auf ganz anderen Traditionen und Fundamenten als die kurze Vormachtstellung, zu der die Amerikaner sich aufgeschwungen hatten. Er reicht bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts zurück. Damals vollzog England durch den Bau einer großen Kriegsflotte den sichtbaren Wandel gegenüber seiner bisherigen Politik, die gerade im englisch-hansischen Seekrieg eine schwere Niederlage erlitten hatte. Die Kraft der neuen Flotte wuchs schnell und unaufhaltsam. Unter *Elisabeth* gelang die Niederwerfung Spaniens als der damaligen Großmacht des Ozeans, und von da an überkam die Engländer die Gewißheit von der Sicherheit ihrer Insel, die *Shakespeare* später ein „Kleinod" genannt hat, „in die Silbersee gefaßt, die ihm den Dienst von einer Mauer leistet".

Seit *Cromwell*, dem großen Imperialisten des republikanischen Englands, erfolgte dann schrittweise die Zurückdrängung der Holländer, die sich trotz ihrer schmalen Heimatbasis den überwiegenden Anteil am Frachtgeschäft der Welt gesichert hatten, und deren Flagge auch in den amerikanischen Gewässern mit Neu-Amsterdam

als Stützpunkt führend war. In zwei Seekriegen wurde dieser damals gefährlichste Rivale niedergeworfen. Aus Neu-Amsterdam wurde New York.

Im weiteren Gang der Geschichte kämpfte England darum, die Mündung des Rheins als die mögliche Operationsbasis für einen Angriff auf das Inselreich auszuschalten. Das starke Frankreich wurde vom Rheindelta ferngehalten, das nun ungefährlich gewordene Holland dort bestätigt.

Nachdem die Franzosen im Siebenjährigen Krieg noch Kanada an England verloren hatten, das damals unter *William Pitt* mit *Friedrich dem Großen* Seite an Seite kämpfte, brachte der amerikanische Unabhängigkeitskrieg den ersten großen Rückschlag. England verlor 13 Kolonien, die nun als Vereinigte Staaten von Amerika souverän wurden. Es wäre damals schlecht um England bestellt gewesen, wenn es seine Seemacht nicht besessen hätte. Nur durch sie gelang es, den Stoß aufzufangen, Kanada und Indien für die Krone zu erhalten und in Europa die Stellung als erste Großmacht zur See zu behaupten.

Gerade jetzt nach dem Verlust des amerikanischen Koloniallandes entfalteten die Engländer noch einmal alle Energie und Macht auf dem Meere. Die von *Nelson* gewonnene Seeschlacht vor Trafalgar, in der die französisch-spanischen Flotten fast ihre gesamten Einheiten verloren, krönte diese Anstrengungen und leitete den Zusammenbruch des napoleonischen Imperiums ein. Als das Schicksal *Napoleons* vollendet war, lag den Engländern praktisch der ganze europäische Kolonialbesitz zu Füßen. Das Weltschiffahrtsgeschäft wurde eine Art englisches Monopol. Auf dieser in der napoleonischen Zeit gelegten Grundlage ruhte und entwickelte sich die britische Kriegs- und Handelsflotte bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges. Im vorigen Jahrhundert hat nur die amerikanische Rivalität diese Ruhe zu stören vermocht. Wenn es auch nicht die englische Kriegsflotte war, die zeitweilig überflügelt wurde, so war und ist doch den Engländern die führende Stellung ihrer Handelsflotte gleich wichtig. England braucht beide, Kriegsflotte und Handelsflotte, zur Aufrechterhaltung und zum Schutz der Verbindungen zwischen den weit in der Welt verstreuten Teilen seines Reiches, zur Versorgung der Insel mit lebenswichtigen Zufuhren.

Alle Besorgnisse, daß die Amerikaner den Schwung und die Kraft, die sie in der Klipperzeit zur See entwickelt hatten, auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegen die Engländer ausspielen würden, erwiesen sich jedoch als grundlos. In Amerika war das Zeitalter der Eisenbahn angebrochen, das Zeitalter der Erschließung und

Industrialisierung des Binnenlandes mit seinen damals wirklich noch unbegrenzten Möglichkeiten. Amerika entwickelte sich vom Meere weg. Die Seeleute verließen die Schiffe. Sie konnten im inneren Land mehr verdienen und ungefährlicher leben. Man hat das den Zug nach dem Westen genannt. Diesem Zuge folgte auch das Kapital und suchte sich lohnendere Investitionsmöglichkeiten, als sie die Seeschiffahrt bot. So stand das amerikanische Volk in der ganzen Zeit zwischen dem amerikanischen Bürgerkrieg und dem ersten Weltkrieg der Frage seiner nationalen Schiffahrt interesselos gegenüber. Als Ausnahme könnte man hier höchstens den groß angelegten, rein kapitalistisch aufgezogenen und schließlich am deutschen Widerstand gescheiterten Versuch des alten John Pierpont *Morgan* erwähnen, der sein an den amerikanischen Eisenbahnen verdientes Geld in der Seeschiffahrt arbeiten lassen und zu diesem Zweck einen großen Teil des nordatlantischen Passagegeschäftes in seiner Hand vereinigen wollte. Im übrigen war aber die Handelsflotte der USA von ihrer beherrschenden Stellung zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Die seefahrenden ausländischen Nationen taten natürlich alles, um den Amerikanern den Mangel einer eigenen Flotte so wenig wie möglich fühlbar zu machen. Sie bedienten den amerikanischen Handel billig und gut. Schließlich predigten die Amerikaner selbst den Grundsatz: „Laßt die Nationen den amerikanischen Handelsverkehr über See ausführen, die es am billigsten machen." Nur noch 10 % des gesamten amerikanischen Überseehandels vollzog sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter amerikanischer Flagge. Die Engländer konnten, wenn auch mit manchem besorgten Blick auf das emporblühende Deutsche Reich, wieder mit voller Überzeugung sagen: „Britannia rules the waves."

Der Stillstand, zu dem die Schiffahrtsrivalität zwischen England und den Vereinigten Staaten um die Jahrhundertwende gekommen war, trug aber schon den Keim zu neuer Bewegung in sich. Denn diese Rivalität, von der heute so viel gesprochen wird, ist letzten Endes doch eine naturbedingte und daher auf die Dauer nicht aufhaltbare. Einmal mußte das Innere des Landes erschlossen, das Eisenbahnnetz fertiggestellt, der Außenhandel in weiterem mächtigem Wachstum begriffen sein. Dann würden die Amerikaner durch ihre wunderbar meerbeherrschende Lage, die sie so gut wie England, so gut wie einst Athen und Karthago innehaben, zwangsläufig zur See zurückgeführt werden. Der Zeitpunkt, in dem diese Erkenntnis in USA aufzukommen begann, war das spannungsreiche Jahrzehnt vor dem Weltkrieg. Es war, nach der englischen Seite hin betrachtet, zugleich der Zeitpunkt des geringsten von den Engländern zu er-

wartenden Widerstandes. Denn auf dieser Seite des Ozeans begann sich schon die große europäische Auseinandersetzung mit drohender Wahrscheinlichkeit abzuzeichnen. Der Abschluß der Entente Cordiale, die Marokkokrisen, der Tripoliskrieg, die beiden Balkankriege und vor allem die englisch-russische Verständigung im Jahre 1907 waren Vorboten der kommenden Ereignisse. Im Fall des Krieges aber bedurfte England einer ungeheuren Unterstützung gerade der Überseemächte. Der Krieg frißt Schiffe. Einer Wiedererstarkung der Seemacht des befreundeten Amerikas konnte England unter solchen Vorzeichen schwerlich entgegentreten.

So erlaubten die Staaten jetzt das, was sie bisher zum vermeintlichen Schutz ihres Schiffbaus mit größter Konsequenz verhindert hatten: die Einfuhr im Ausland gebauter, noch nicht über fünf Jahre alter Schiffe. Sie erlaubten auch die Einfuhr von Schiffbaumaterial ohne die bisherigen erschwerenden Klauseln, sie gestatteten den Rückkauf ins Ausland verkaufter amerikanischer Schiffe und hatten damit gerade noch rechtzeitig die Haupthemmnisse beseitigt, die dem Aufbau einer größeren Handelsflotte entgegengestanden hatten. In der kurzen noch verbleibenden Zeit konnten sich diese Maßnahmen aber nicht mehr auswirken. Als der Krieg ausbrach, verfügte die hochseefähige Handelsflotte der Vereinigten Staaten nur über 3 Mill. BRT. Sie war damit kleiner als diejenige amerikanische Tonnage, die auf den großen Seen fuhr. Unter den Welthandelsflotten nahm sie zwar den dritten Platz ein, befand sich aber in fast hoffnungslosem Abstand von den 19 Mill. BRT der Engländer und blieb auch weit hinter Deutschland zurück, das damals über $5^1/_2$ Mill. BRT verfügte.

Nichts hätte den Amerikanern ihre bisherigen Versäumnisse klarer machen können als die Ereignisse zu Beginn des Krieges. Schlagartig verschwand der größte Teil der fremden Schiffe, deren sich der amerikanische Überseehandel zu 90 % bedient hatte, aus dem Verkehr, um in der Heimat Kriegsdienste zu leisten. Die Folge für den amerikanischen Handel war verheerend. In den Häfen stauten sich die Güter. Die Rekordernte des Jahres 1914 konnte größtenteils nicht mehr verladen werden. Die Frachtraten und Schiffspreise stiegen sprunghaft in die Höhe. Unter dem Zwang dieser Verhältnisse erinnerte man sich in den Staaten des Geistes, der in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das Sternenbanner zur führenden Flagge gemacht hatte, unter der sich der eigene nationale Handel zu 60, 70, teilweise sogar zu über 90 % vollzog. Die Gelegenheit, den seit Ende der Klipperzeit von England eroberten Vorsprung aufzuholen, schien einmalig zu sein. Wehrpolitische Er-

wägungen kamen hinzu. Und nicht nur der Blick auf die englische, sondern auch derjenige auf die rapide wachsende japanische Handelsflotte zwang zu Entschlüssen und Leistungen. Als jetzt Präsident *Wilson* erklärte, daß es lächerlich sein würde, den Panama-Kanal gebaut zu haben, ohne sich auch die Schiffe zu verschaffen, die man hindurchschicken kann, fand er enthusiastischen Widerhall.

Der Wille war also da, und zwar in überwältigender Weise. Aber auf welcher Grundlage sollte man aufbauen? In dem unaufhörlichen Abstieg der Vorkriegsperiode hatte die amerikanische Schiffahrt nur in der Küstenfahrt noch einen Rückhalt gehabt. Nur hier im Gebiet der 5000 Seemeilen langen Küsten, die seit der Eröffnung des Panama-Kanals zusammenhängend befahren werden können, gab es noch eine Schiffahrtstradition, gab es einen Stamm bewährter Seeleute, gab es Erfahrungen und gab es noch eine Basis für die amerikanische Schiffbauindustrie.

Daß unter solchen Verhältnissen nicht von heute auf morgen eine Bautätigkeit großen Stils aufgenommen werden konnte, liegt auf der Hand. Aber schon in den Jahren 1915 und 1916 war der Ausbau der amerikanischen Handelsflotte in einem stürmischen Tempo begriffen und gipfelte schließlich in einer für die damaligen Verhältnisse riesenhaften Produktion von Serienbauten. Bauherr war der Shipping Board, den der amerikanische Staat im Jahre 1916 zur zentralen Leitung von Schiffbau und Schiffahrt ins Leben gerufen hatte. Hierbei machte man von vornherein einen Fehler. Aus der Sorge heraus, daß die eigentlichen Fachleute, die einer solchen Aufgabe gewachsen gewesen wären, Interessenten seien, schloß man sie von der Leitung des Shipping Board aus und holte sie erst, als man begann, sich festzufahren. Die Schiffahrt ist ein schwieriges Geschäft, eines der schwierigsten, das es überhaupt gibt. Sie läßt nicht mit sich spielen. So nötig es sein mag, sie im Krieg vom Staat aus zu lenken, so muß hierbei doch die ganz persönliche fachmännische Erfahrung mitwirken, die durch praktische internationale Tätigkeit erworben ist.

Die Staatshandelsflotte, über die der Shipping Board verfügte, war bald die größte Flotte, die je unter einer Leitung vereinigt war. Da die Mehrzahl der während des Krieges in Auftrag gegebenen Schiffe erst nach dem Waffenstillstand zur Ablieferung kam, wurde ihr höchster Stand erst 1922 mit 14 Mill. BRT erreicht. Damit befand man sich endlich in greifbarer Nähe der englischen Handelsflotte, die mit 18 Mill. BRT aus dem Kriege hervorgegangen war. Schon 1920 hatten immerhin wieder 43% des amerikanischen Außenhandels unter eigener Flagge befördert werden können, und da Deutschland als Schiffahrtsrivale nicht mehr in Frage zu kommen

---

schien, konnte man die neu erstandene Flotte systematisch gegen die englischen Positionen ansetzen.

Noch schneller aber, als die amerikanische Flotte gewachsen war, hatte die große Konjunktur des Krieges sich verlaufen. In Europa brachen Wirtschaft, Währung und Kaufkraft als Folge des Versailler Diktates zusammen. Auf den überseeischen Märkten wurde es von Jahr zu Jahr stiller, und der Shipping Board sah sich bald in ruinöse Ratenkämpfe verwickelt. Die Amerikaner haben diesmal nicht wieder die Segel gestrichen wie im vorigen Jahrhundert beim Aufkommen des Eisenschiffes. Sie haben versucht, die Situation durch eine so rücksichtslose protektionistische Schiffahrtspolitik zu meistern, wie sie in der bisherigen Schiffahrtsgeschichte noch niemals dagewesen war. Die 41 Überseelinien, die der Shipping Board gleich nach dem Waffenstillstand eingerichtet hatte, wurden auf 410 Linien ausgebaut. Selbst nach solchen Ländern richtete man einen regelmäßigen Verkehr ein, mit denen nennenswerte eigene Handelsbeziehungen überhaupt nicht bestanden. Alle Verluste übernahm der Staat. Er verkaufte ganze Liniendienste mit den dazugehörigen Schiffen für einen Spottpreis an die privaten Reeder, er gewährte ihnen darüber hinaus enorme Betriebssubventionen, versuchte dann eine indirekte Subventionierung durch die berüchtigten, viel mißbrauchten Postkontrakte und verfocht seinen Gleichberechtigungsanspruch zur See unter dem Motto: „Koste es, was es wolle!“

Das Resultat dieses gewalttätigen Experimentes ist bekannt. Es wuchs sich zu einem Rückschlag von geradezu groteskem Umfang aus. Die Amerikaner besaßen bald die größten Schiffsfriedhöfe der Welt. Sie wurden die größten Lieferanten von Abwracktonnage. Unzählige Dampfer verrosteten auf den stillen Liegeplätzen im Hudson- oder im Potomacfluß. Die neue amerikanische Flotte war eben doch nur treibhausartig hochgezüchtet. Sie steckte voll technischer Fehler, war langsam, unwirtschaftlich, zudem noch ungenügend ausgerüstet und mit wenig ausgebildeten, schlecht bezahlten Mannschaften besetzt. Gerächt hat sich aber auch das System der schrankenlosen Subventionierung, auf dem diese amerikanische Überseeschiffahrt gegründet war. Die seemännischen Gewerkschaften betrachteten die Reeder als günstige Erpressungsobjekte, weil man ja wußte, daß hinter ihnen die Subvention des Staates stand. Ein dauernder Unruheherd war vor allem die pazifische Küste. Hier hat die Gewerkschaft allein in den Jahren 1934 bis 1936 561 verschiedene Streiks angezettelt, darunter im Oktober 1936 einen der größten Streiks, die es in Amerika überhaupt gegeben hat. Er dauerte 98 Tage, umfaßte rund 40 000 Seeleute und erstreckte sich auf 300 Schiffe. Bei

solchen chaotischen Arbeitsverhältnissen können alle noch so protektionistischen Schiffahrtsgesetze nicht verhindern, daß der Leistungsgrad und die Konkurrenzfähigkeit der Flotte herabgesetzt werden.

Der Shipping Board, der seine Aufgabe trotz der eingesetzten Milliardenbeträge nicht gemeistert hatte, wurde 1933 als selbständige Organisation aufgelöst. Rein zahlenmäßig blieben die Vereinigten Staaten noch das zweitgrößte Schiffahrtsland der Welt, hatten aber doch gegenüber ihrem eigenen Stand von 1922 mehr als 5 Mill. BRT eingebüßt. Der überwiegende Teil ihrer Schiffe war in die monopolistisch geschützte Küstenschiffahrt oder in den Nachbarverkehr zurückgekehrt. Die im transatlantischen und transpazifischen Überseeverkehr verbliebene Flotte war nicht größer als die eines kleinen Landes wie Dänemark und lag in ihrem Altersaufbau weit hinter England, weit hinter dem schon totgeglaubten Deutschland, weit hinter Japan, ja auch hinter allen anderen schiffahrttreibenden Ländern mit alleiniger Ausnahme von Griechenland, dessen Tonnage noch stärker veraltet war.

Die Amerikaner sind vielleicht die letzten, die sich auf die Weltwirtschaftskrise, auf die latente Störung des internationalen Handels und des nun einmal zur Schiffahrt gehörenden komplizierten finanziellen Systems berufen dürfen. Das Grundübel lag ja bei ihnen selbst, indem sie gleichzeitig Kriegsschulden eintreiben und ihren Schuldnern die Absatzmärkte wegnehmen wollten, auf denen das Geld zur Schuldenzahlung verdient werden mußte. Im übrigen hat aber gerade auch England den langjährigen Niedergang des Weltfrachtenmarktes in voller Schwere zu spüren bekommen. Die englische Schiffahrt blieb trotzdem im Kern intakt. Die Grundlage einer in Jahrzehnten geschaffenen, eingespielten und eingefahrenen Organisation hatte sich gegenüber dem stürmischen Vorstoß der Amerikaner bewährt. Noch einmal hatte England die gefährliche Klippe langsamer, aber sicherer als der Rivale umschifft.

Über eines aber konnte auch der Fehlschlag, den die Amerikaner erlitten hatten, nicht mehr hinwegtäuschen: die Zeit ihrer schiffahrtspolitischen Passivität, wie wir sie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und noch darüber hinaus erlebt haben, würde nicht wiederkehren. Die Amerikaner waren, wenn auch mit wenig tauglichen Mitteln, offensiv geworden. Sie hatten Haare gelassen, aber Erfahrungen gesammelt. Ihr schiffahrtspolitisches Ziel blieb unverändert. Das ist auch der Grund dafür, daß sich in der Zeit zwischen den Kriegen das englisch-amerikanische Verhältnis so uneinheitlich und widerspruchsvoll entwickelt hat. Es war ein Verhältnis ohne Gegenseitigkeit geworden. Der amerikanische Führungsanspruch

trat immer klarer zutage. Je mehr sich inzwischen die Engländer einer neuen europäischen Krise verschrieben, um so wahrscheinlicher wurde es, daß sie der Entwicklung der Dinge auf der anderen Seite des Ozeans nichts mehr entgegenzusetzen hatten.

Die Weltgeschichte vergibt selten eine Chance zweimal unter den gleichen Voraussetzungen. Den Amerikanern schien aber diese Gunst zuteil zu werden, als England im Jahre 1939 dem deutschen Volk und damit dem europäischen Kontinent wiederum den Krieg erklärte. Es gab bei Ausbruch dieses zweiten Weltkrieges nur zwei Länder, deren Handelsschiffstonnage gegenüber dem Jahr 1914 zurückgegangen war, nämlich Deutschland und England. Rein zahlenmäßig stand die englische Flotte immer noch konkurrenzlos da. Aber was bedeutet schon eine im Frieden großartige Zahl für den Krieg? War schon im ersten Krieg für England die Lösung des Frachtraumproblemes ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten undenkbar, so war diesmal die Situation noch ungleich gefährlicher. Die Engländer hatten zwar noch in letzter Stunde die Aufstellung ihrer berühmten Schattenflotte in Angriff genommen, indem sie ihre Reeder durch Gesetz verpflichteten, keine Tonnage mehr zu verschrotten oder ins Ausland zu verkaufen, ohne sie vorher dem Staat angeboten zu haben. Sie hatten ferner gleich bei Kriegsausbruch einen gewissen Zuwachs durch Beschlagnahme, Ankauf oder Charterung ausländischer Tonnage zu verzeichnen. Aber dies war eine einmalige Quelle. Was konnte sie schon bedeuten gegenüber den Schiffsverlusten, die jetzt bevorstanden? Man hat von vornherein damit rechnen müssen, daß diese Verluste weit bedeutender sein würden als in den Jahren 1914 bis 1918, und wirklich dauerte es nur kurze Zeit, bis im großen Marmorsaal von Lloyds in der Londoner City die Glocke der „Lutine", die seit Generationen angeschlagen wurde, wenn irgendwo auf der Welt ein Schiff untergegangen war, schweigen mußte, weil die Verluste sich überstürzten.

Hinzu kamen die indirekten Tonnageverluste, die eine viel größere Rolle spielen, als man sich das im allgemeinen vorstellt. Der militärische Schiffsbedarf erstreckt sich auf einen sehr großen Teil der Handelsflotte. Die verbleibende Tonnage wird durch die Überfüllung der Häfen, die Umlegung der Handelswege, das Fahren im Geleit, durch sonstige Verlängerungen der Reise- und Reparaturzeiten in ihrer vollen Ausnutzung behindert. Auch die Neubaufrage war für England in diesem Krieg von Anfang an mehr als problematisch. Die englischen Werften hatten in den letzten 20 Jahren vor dem Krieg eine Art Dauerkrise durchgemacht. Hier mußte erst einmal ein scharfer Rationalisierungsprozeß vorgenommen werden. Die

guten und modernen Werften müssen in erster Linie Kriegsschiffe bauen, und wo der Wiederaufbau alten stillgelegten Werftgeländes gelang, wurde dieses vor allem zur Vornahme von Reparaturen und immer neuen Reparaturen gebraucht. Es konnte also gar nicht ausbleiben, daß mit wachsender Schiffsnot auch diesmal wieder der große Hilferuf über den Atlantik geschickt werden mußte.

Jenseits des Atlantik war man auffälligerweise auf diese Situation schon vorbereitet. Ebenso wie vor 1914 hatte man sich geraume Zeit vor Kriegsausbruch zu neuen Taten aufgerafft und Konsequenzen aus der Erkenntnis gezogen, daß man mit veralteter, dauernd reparaturreifer Tonnage keine Kriegstransporte durchführen kann. Im März 1935 hatte Präsident *Roosevelt* in seiner Botschaft an den Kongreß ausgeführt, daß das amerikanische Volk in der Schiffahrt würdig vertreten sein wolle, daß es *amerikanische* Schiffe wünsche, und daß die Regierung dem Volke schuldig sei, für eine dem Nationalstolz und den nationalen Notwendigkeiten entsprechende Handelsmarine zu sorgen. Auf Grund der Merchant Marine Act 1936 war die United States Maritime Commission errichtet worden. Alle früheren Rechte und Pflichten des Shipping Board waren auf sie übergegangen. Das alte Ziel, das alle bisherigen Merchant Marine Acts nicht erreicht hatten, die Schaffung einer großen und vor allem konkurrenzfähigen Handelsflotte, die einen „erheblichen Teil" des eigenen seewärtigen Außenhandels durchzuführen vermag, wurde noch einmal klar herausgestellt, wobei man sicher nicht nur an eine friedliche Eroberung der Weltmärkte gedacht hat. Neue Subsidien wurden für die Baupolitik der Regierung bereitgestellt. Die Möglichkeit der Standardisierung, der massenweisen Serienherstellung von Seeschiffen wurde eingehend überprüft.

Sehenden Auges rief also England den Rivalen zu einer Hilfeleistung auf, die nach allen Erfahrungen des ersten Krieges folgerichtig zum zweiten großen systematischen Angriff der Amerikaner auf die britische Hegemonie zur See führen mußte. Es war den Engländern, nachdem sie sich gegen Europa entschieden und einen Krieg erklärt hatten, den sie aus eigener Kraft nicht führen konnten, keine andere Wahl geblieben. Sicher haben sie aber, um noch einmal mit Shakespeare zu sprechen, „mit einem heiteren, einem nassen Auge" den Rivalen als Bundesgenossen an ihre Seite treten sehen.

Der Kriegsausbruch brachte zunächst die große Stunde der Neutralen. In einem Augenblick, da drei der stärksten Welthandelspartner mit zusammen fast einem Drittel der ganzen Welthandelsflotte, nämlich Deutschland, England und Frankreich, miteinander in Krieg gerieten, winkte der unbeteiligten Schiffahrt ein riesiges Geschäft.

Der Präsident des norwegischen Schiffsreederverbandes gab damals die Parole aus: „Wir müssen fahren!". Sie wurde in allen nicht in den Krieg verwickelten Ländern aufgenommen.

Kaum kamen die Banngutlisten der deutschen und britischen Regierung heraus, schickten auch die Reeder der Vereinigten Staaten ihre großen Schiffe nach Europa, um dort am Geschäfte teilzunehmen. Aber bereits nach kaum zwei Monaten holte die offizielle Schiffahrtspolitik der USA zu einem großen, zunächst oft mißverstandenen Schlage aus. Es wurde das Pittmansche Neutralitätsgesetz erlassen, das den amerikanischen Schiffen die Fahrt in die vom Kriege betroffenen Zonen verbot. Das bedeutete nach amtlichen Kommentaren die Sperrung der gesamten nordeuropäischen Gewässer bis zur Bucht von Biskaya, ausschließlich der nordspanischen Häfen, und im Norden bis zu einem Punkt unterhalb von Bergen. Gesperrt waren also alle französischen, britischen, holländischen, belgischen, deutschen und dänischen Nordseehäfen, die ganze Ostsee und außerdem auch die Häfen an der afrikanischen Westküste bis zu den Kanarischen Inseln. Bei den amerikanischen Reedern zeigten sich sehr sorgenvolle Mienen. Der Umweg des Flaggenwechsels, den Roosevelt als legal zu erklären versucht hatte, erwies sich praktisch nicht als gangbar, so daß tatsächlich die gute Hälfte der ganzen amerikanischen Überseeflotte zeitweise arbeitslos war.

Die große Wandlung brachte das Jahr 1941, und zwar noch vor dem offiziellen Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg. Zwischen den USA und England kam ein Schiffahrtspakt zustande, der offiziell als eines der bedeutendsten Ereignisse in der Schiffahrtsgeschichte gefeiert wurde. Danach sollte Amerika in großem Umfange Schiffe an England verkaufen. Damit England sich mit diesen und seinen eigenen Schiffen möglichst auf die Nordatlantikroute als dem wichtigsten und kürzesten Versorgungsweg konzentrieren konnte, sollten britische Dienste, vor allem die Pazifikdienste, gegen die von den amerikanischen Linien im Atlantik befahrenen Routen ausgetauscht werden. Hinzu kam ein britisch-amerikanischer Frachtenstop und ein Hafenvertrag zum Zwecke der betrieblichen Gleichschaltung der beiderseitigen Hafenbetriebe.

Diesem Schiffahrtspakt folgte noch im gleichen Jahr das Lend-and-Lease-Gesetz, das Leih- und Pachtgesetz, auf Grund dessen die Staaten Schiffe und Waren auf Kredit zur Verfügung stellten, während sie bislang auf Grund der im Weltkrieg gemachten Erfahrungen den Grundsatz „cash and carry" befolgt hatten.

Für die amerikanischen Reeder ergaben sich hieraus ganz außergewöhnliche Möglichkeiten. Zunächst konnten sie auf Grund des

Schiffahrtspaktes die unglückseligen Reste ihrer Weltkriegsflotte zu denkbar hohen Preisen an die Engländer verkaufen. Man ließ tatsächlich die Engländer für diese völlig überalterte Tonnage Kriegskonjunkturpreise zahlen, die ungefähr beim Zehnfachen des normalen Friedenspreises lagen. Durch diese Barverkäufe und durch die weitere Zurverfügungstellung von Schiffen auf Kredit wechselten in anderthalb Jahren etwa 2 Mill. BRT vom Sternenbanner zum Union Jack über, und es war der Plan Roosevelts, mindestens noch eine weitere Million BRT an England abzugeben. Die erzielten Erlöse fanden selbstverständlich für Neubauten Verwendung, so daß hier ein bedeutender Schritt zur Modernisierung der amerikanischen Flotte getan war.

Eine weitere große Möglichkeit bot der sog. Austausch der Liniendienste. Da sich die Amerikaner auf Grund der Sperrzonenverordnung aus dem Nordatlantik ohnehin schon herausgehalten hatten, und da sie andererseits nicht daran dachten, ihre vorteilhaften Atlantikliniendienste auf der Südroute nach Lissabon aufzugeben, bestand dieser Austausch praktisch darin, daß die Amerikaner unter gründlichster Ausnutzung der ihnen gebotenen Chance viele alte Standardrouten der britischen Schiffahrt übernahmen. Ziemlich resigniert berichtete in England die „Daily Mail“, daß sich die amerikanischen Reeder weigerten, den Engländern Schiffe zur Verfügung zu stellen, solange diese fortfuhren, außerhalb der unmittelbaren Kriegszonen eigene Linien in Konkurrenz mit den Staaten zu unterhalten. Im September 1941 mußte die britische Regierung sogar die formelle Erklärung abgeben, daß sie die Leih- und Pachtlieferungen nicht dazu benutzen würde, um dem amerikanischen Export und der amerikanischen Flagge auf dritten Märkten Konkurrenz zu machen.

Mit anderen Worten: England wurde beschränkt auf die gefahrenreiche Fahrt von der Insel nach USA und Kanada sowie auf die Fahrt ums Kap nach Indien. In den bisherigen britischen Diensten von Nordamerika und Kanada aus nach Australien und Neuseeland, auf dem ureigensten britischen Feld der Indienfahrt, in der Fahrt nach beiden südamerikanischen Küsten, nach Südafrika, nach dem Fernen Osten und der Südsee setzten sich die amerikanischen Reedereien fest und machten glänzende Geschäfte dabei.

Was man anfangs des Krieges durch das Neutralitätsgesetz versäumt hatte, versuchte man also beschleunigt nachzuholen. Und tatsächlich war Eile geboten. Der im Dezember 1941 eintretende offizielle Kriegszustand zwischen Amerika und den Achsenmächten gab der Situation sofort wieder ein anderes Bild.

Der Kriegsschauplatz im Pazifik wurde für die Vereinigten Staa-

ten so wichtig wie für die Engländer das atlantische Schlachtfeld. Die Amerikaner mußten nun gleichzeitig für den Aufmarsch und den Nachschub ihrer Kriegsflotte im östlichen oder südlichen Pazifik sorgen, sie mußten ihrem Kontinent weiterhin die nötigen Rohstoffe, Lebensmittel und Rüstungsmaterialien zuführen, und überdies sollten sie den Engländern und der Sowjet-Union mit großen Hilfstransporten zur Seite stehen. So war die schon im ersten Weltkrieg gegebene, aber nach seiner Beendigung nicht klug genutzte Chance doch nicht unter den gleichen Voraussetzungen wie damals zurückgekehrt. Diesmal galt es, einen Mehrfrontenkrieg zu bewältigen, in welchem die Transportkraft des Landes über die militärische Leistungsfähigkeit entschied. Allein die an sich harmlose Aktion gegen Island machte etwa 30 Schiffe mit 150 000 BRT erforderlich; für die Landung in Nordafrika sind, wie ein militärischer Mitarbeiter der „Times" mitgeteilt hat, mindestens 2 Mill. BRT an Schiffsraum nötig gewesen.

Die amerikanische Kriegsmarine requirierte gleich bei Beginn des Kriegszustandes einen Teil der Handelsschiffstonnage. Alle Schiffsabgaben an England wurden jetzt eingestellt, geliehene Tanker wieder abgerufen, und auch eine Anzahl der Standardschiffe, die man England zugesagt und zu einem kleinen Teil bereits geliefert hatte, wurde zurückgezogen. Diese Entlastung war noch nicht genügend. So erfreulich die voraufgegangene Abgabe von 2 Mill. Tonnen an England unter den alten amerikanischen Schiffsveteranen aus dem ersten Kriege aufgeräumt hatte, so war doch die nötige Tonnagedecke schon wieder zu kurz geworden.

Man mußte sich notgedrungen mit dem Wiederabbau in der überseeischen Frachtfahrt befreunden und manchen Dienst wieder aufgeben, den man gerade den Engländern weggenommen hatte. Auf Indien konzentrierte man sich weiter, so stark man nur konnte, und auch in den südamerikanischen Häfen versuchte man, die neugewonnenen Positionen zu halten, weil man nach dem Verlust der asiatischen Rohstoffgebiete in Südamerika nicht nur Absatzinteressen hatte, sondern auch Erze, Kautschuk, Öle und Fette von dort benötigte. Im übrigen war der Rückzug unverkennbar. Auch er gehört zu dem Rhythmus von Wellenberg und Wellental, in dem sich das amerikanische Vordringen zur See bisher bewegt hat. Diesmal aber wiegen sich die Amerikaner in der Hoffnung, schon von der nächsten Woge ganz emporgetragen zu werden. Sie denken hierbei an ihr in der Schiffahrtswelt so viel erörtertes großes Neubauprogramm, das auf neu entstandenen Werften in der Abwicklung begriffen ist. Seit 1936 haben, wie ich schon sagte, die Amerikaner dieses Pro-

gramm geplant, 1941, im Jahre ihres Kriegseintrittes, ist es in größerem Umfang mit einer Produktion von 900000 BRT angelaufen. Für 1942 ist die Jahresproduktion bereits mit 5½ Mill. angegeben worden, und für das Jahr 1943 wird drüben eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr prophezeit. Das Gesamtprogramm soll in der Erweiterung, die Admiral *Land* als Vorsitzender der United States Maritime Commission kürzlich bekanntgegeben hat, 4403 Schiffe mit zusammen 30 Mill. BRT umfassen. Durchweg handelt es sich hierbei um Serienschiffe. Fast alle Schiffsteile werden in Fabriken außerhalb der Werft hergestellt und dann in möglichst gleichzeitigem Zustrom zur Montage vereinigt.

Es ist selbstverständlich, daß man die Zahlen und Nachrichten über dieses Neubauprogramm mit Vorsicht aufnehmen muß. Unverkennbar sprechen hier starke propagandistische Absichten mit. Es wäre aber ein Grundfehler, die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Kriegswirtschaft auf dem Gebiet des Schiffsbaus zu unterschätzen. Das Potential dieses Landes an Arbeitskraft, Maschinen und Rohstoffen ist trotz des Mangels an Facharbeitern und trotz vieler Sorgen um die überseeischen Zufuhren gewaltig. An der Fähigkeit der Amerikaner, in rapidem Tempo Fabriken und Werften einzurichten und Schiffe zusammenzusetzen, ist noch vom Weltkrieg her kein Zweifel erlaubt.

In dieser Neubautätigkeit liegt, das kann man wohl ohne Übertreibung sagen, auch der Schwerpunkt des zweiten systematischen amerikanischen Angriffes auf die von den Engländern verteidigte Spitzenposition in der Weltschiffahrt. Das Neubauverhältnis zwischen Amerika und England dürfte jetzt ungefähr 5:1 für die Amerikaner stehen. Daß sich hieraus für die amerikanische Flotte ein Vorsprung ergibt, der kaum wieder einzuholen ist, geben die britischen Werftsachverständigen offen zu. Das Verhältnis muß sich im Gegenteil noch weiter zuungunsten der Engländer verschieben, da diese ja vorwiegend in den direkten Kriegszonen fahren und daher den Verlusten durch den U-Boot-Krieg stärker ausgesetzt sind als die Amerikaner. Das ist eine Feststellung, die drüben in USA mit aller Seelenruhe getroffen wird.

Je mehr Schiffe nun die amerikanischen Werften verlassen, um so besser kann sich die Schiffahrt der Staaten wieder in den „ausgetauschten" britischen Liniendiensten festsetzen und den Rücktausch vermeiden, den England nach der Wiederfreigabe der Sperrzonen erwartet und auch wohl verlangt hat. Es lag inzwischen ja klar auf der Hand, welchen Plan Washington mit der Sperrzonenverordnung verfolgt hatte. Es wollte die Engländer zwingen, die Gefahrzonen

allein zu decken, ihre ganze Flotte dort zu konzentrieren und ausgediente amerikanische Schiffe hinzuzukaufen, die zunächst mit Geld, dann aber mit Industriebeteiligungen, territorialen Stützpunkten, Zollbegünstigungen und mit der Hergabe von Hoheitsrechten bezahlt werden mußten. Es wollte unterdessen die Dienste und Märkte übernehmen, die England seit den napoleonischen Kriegen behauptet hatte und jetzt selber nicht mehr mit Schiffsraum versorgen konnte. Man muß immerhin feststellen, daß die Amerikaner ihre Methode seit dem ersten Weltkrieg sehr verfeinert haben und daß sie damit doch auch ein gutes Stück vorangekommen sind. In Südamerika und Südafrika haben sie sich jedenfalls auf den ersten Platz gesetzt, und auch von Australien, Neuseeland und Indien kann man sagen, daß sie schiffahrtspolitisch heute mehr zu USA als zu England gehören.

Daß dieser Umschwung nach außen hin noch nicht allzu kraß in Erscheinung tritt, ist auf den alliierten Schiffahrtspool zurückzuführen, der auf der Grundlage des schon erwähnten Schiffahrtspaktes gebildet worden ist. Dieser Pool umfaßt nicht nur die amerikanischen und englischen, sondern auch die Schiffahrtsdienste der übrigen alliierten Länder, die im wesentlichen aus den Flotten der Exilregierungen von Norwegen, Griechenland, Jugoslawien, Polen usw. bestehen. Die Federführung dieses alliierten Pools besitzen selbstverständlich die Vereinigten Staaten. Admiral Land, der Leiter der United States Maritime Commission, ist gleichzeitig Leiter des Pools und bestimmt den Gesamteinsatz der vorhandenen Tonnage im Atlantik, im Pazifik und auf den sonstigen Routen.

Was die Engländer eines Tages aus diesem Pool an Diensten und an Schiffen wieder herausbekommen, ist für sie unübersehbar geworden. Man hat daher in England einen vorbeugenden Plan entwickelt, der eine künstliche Aufteilung der nach dem Krieg noch vorhandenen alliierten Tonnage vorsieht, und zwar je nach Stellung und Bedeutung der einzelnen Nationen in der Vergangenheit. Wer also vor dem Krieg die meisten Schiffe hatte, soll sie auch in Zukunft wieder haben. Man darf annehmen, daß man in Amerika keine Minute des Nachdenkens an diesen Plan verschwenden wird. Wenn man den Gedanken einer derartigen künstlichen Tonnageaufteilung überhaupt weiterverfolgt, so würden die USA wahrscheinlich verlangen, daß die Aufteilung nach den Leistungen erfolgt, die die einzelnen alliierten Nationen in diesem Krieg für die Lösung des Transportproblemes gebracht haben.

Derartige Meinungsverschiedenheiten pflegen sich nach dem Naturrecht des Stärkeren von selbst zu erledigen. Man braucht hierzu wie zu diesem ganzen Streit hinter den Kulissen des Kriegsgeschehens

gar keine konkrete Stellung zu nehmen. Wir betrachten ja auch die auf jeden Fall sich vollziehende Wandlung des Weltbildes unter ganz anderen Gesichtspunkten und Voraussetzungen wie die angloamerikanischen Rivalen. Aber einer Auffassung, die oft und gerade in England vertreten wird, muß doch entgegengetreten werden, der Auffassung nämlich, daß sich nach dem Krieg der Wettbewerb der überprotegierten amerikanischen Schiffahrt als ebenso unwirksam erweisen müsse wie in der letzten Nachkriegszeit. Gewiß, mit technischen Rekordzahlen ist es nicht getan. Es gibt aber hier einige Tatsachen, an denen man nicht vorübersehen kann. Sie hängen zusammen mit den Erfahrungen, die die Staaten in der Periode ihrer schiffahrtspolitischen Aktivität nach dem letzten Kriege gesammelt haben.

Erstens setzen die Amerikaner diesmal alles daran, die jetzt für Kriegszwecke gebauten Schiffe auch nach dem Gesichtspunkt ihrer Verwendungsfähigkeit in der Nachkriegszeit auszurichten. Sie haben ihre Schiffbauerfolge bisher nur mit dem auf bestimmte Modelle festgelegten Typ des Notfrachters erzielt. Diesen Notfrachter suchen sie aber laufend zu verbessern. Sie haben ihn vom Typ C 1—C 4 über den Seeottertyp zum Liberty-Schiff entwickelt und sind jetzt zum noch besser durchkonstruierten, mit stärkeren Maschinen ausgerüsteten Victory-Schiff übergegangen. Man kann nicht sagen, daß das Victory-Schiff ein gutes Schiff ist, es wird sich aber sicher nützlicher machen als die Schnellbauten, die man im ersten Weltkrieg fabriziert hat.

Zweitens hat man in Washington erkannt, daß das Subventionssystem in dem früheren Ausmaß der Handelsschiffahrt mehr geschadet als genützt hat. Man wird angesichts der überhöhten amerikanischen Bau- und Betriebskosten auch in Zukunft Subventionen nicht vermeiden können, aber man wird sie nicht wieder so gestalten, daß der Reeder auch dann noch verdient, wenn er mit leeren Schiffen fährt.

Drittens steht dieses Mal hinter der amerikanischen Handelsschiffahrt ein ausgeprägterer wirtschaftlicher Expansionswille als in der letzten Nachkriegszeit. Von des Isolationsgedankens Blässe ist man wahrhaftig nicht mehr angekränkelt. Man wird vor allem der durch die Handelspolitik *Hulls* außerordentlich gestützten Industrie Ausfuhrmöglichkeiten schaffen müssen, und man wird mehr denn je an der Forderung festhalten, den so erweiterten Handel nicht mehr durch die englische, sondern durch die eigene Flotte kontrollieren zu lassen.

Vor 300 Schiffahrtsmännern hat kürzlich der Präsident der New

Yorker Handelskammer gesagt: „Wir werden aus diesem Krieg mit der größten Handelsflotte der Geschichte hervorgehen. Wir wollen sie als die größte für alle Zeiten erhalten.“ Admiral Land hat das etwas vorsichtiger und realer ausgedrückt. Er wünscht, daß die Beförderung von mindestens 50 % des seewärtigen Außenhandels der USA auf amerikanischen Schiffen durchgeführt wird. Zur Verwirklichung dieses halbautarkischen Planes würde immerhin eine hochseefähige Flotte von etwa 20 Mill. BRT nötig sein, eine größere also, als England sie bei Ausbruch dieses Krieges besessen hat.

England seinerseits wünscht, wie die bekannte Finanzzeitung „Economist“ schrieb, alle Warenmengen unter eigener Flagge zu transportieren, die zwischen den Ländern innerhalb des Imperiums ausgetauscht werden, sowie 50 % des Warenaustausches zwischen dem Imperium und den Ländern außerhalb desselben. Ein verständlicher Wunsch für ein Land, das auf Grund des Pacht- und Leihsystems in eine ungeheuerliche Verschuldung geraten ist und sich aus ihr — wenn überhaupt — nur durch ein Höchstmaß an Ausfuhr und an Schiffahrtsleistung als unsichtbarer Ausfuhr lösen könnte. Resigniert muß aber der „Economist“ erklären, daß das Kriegsende die britische Handelsflotte in einem betrüblichen Zustand finden werde. Es sei zu befürchten, daß die Gesamttonnage dann auf die Hälfte des Vorkriegsbestandes gesunken und die Mehrzahl der überlebenden Schiffe veraltet und verbraucht sein werde. Das Tonnageverhältnis zwischen England und Amerika könne dann gegenüber dem Verhältnis, wie es bei Ausbruch des Krieges bestand, in sein Gegenteil verkehrt sein. Der „Economist“ dürfte kaum zu schwarz sehen. Die Gefahren, mit denen die Schiffahrtspolitik der Amerikaner in erster Linie zu rechnen hat, kommen nicht mehr von England. Sie kommen von denjenigen Schlachtfeldern dieses Krieges, die zu den entscheidendsten gehören, von den Ozeanen, auf denen bis Ende März 1943 der gesamte anglo-amerikanische Vorkriegsbestand an Handelsschiffen, nämlich rund 30 Mill. BRT, versenkt worden ist. Sie kommen insbesondere von dem seit jeher gefürchteten Japan, das systematisch bemüht gewesen ist, seine Handelsflotte zu modernisieren und auszubauen, das das Erbe der Engländer in den chinesischen Häfen angetreten hat, das die wichtigsten ostasiatischen Positionen beherrscht, und das bisher allen amerikanischen Streitkräften überlegen gewesen ist.

Gefahren können aber auch von den Ländern kommen, die an den Kriegshandlungen nicht unmittelbar beteiligt sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß als Folge des ersten Weltkrieges ein starkes Anwachsen der jungen Schiffahrtswettbewerber in den neutralen

Ländern zu verzeichnen war, denen die Gewinne zum Neubau von Handelsschiffen in den Schoß gefallen waren. Man soll die Parallele zwischen den Kriegen und Nachkriegszeiten gewiß nicht überspitzen. Es ist aber sicher, daß jeder Krieg in jedem Land die Nationalisierung der Wirtschaft vorantreibt. Man denke nur einmal an die südamerikanischen Staaten. Die Exporte stauen sich in ihren Häfen, die deutschen und die englischen Schiffe fehlen, und die amerikanischen Dienste haben sich trotz aller Schiffahrtspropaganda noch als unzureichend erwiesen. Ist es also ein Wunder, daß ein Land wie Argentinien sich eine eigene staatliche Handelsflotte aufbaut? Sie umfaßt heute erst 27 Schiffe, und der Mangel an Werften, Maschinen und Technikern ist zu groß, um eine schnelle Vergrößerung erwarten zu lassen. Wenn aber alle die Länder, die sich bisher zum größten Teil auf ausländische Schiffahrtsdienste gestützt haben, solche Nationalisierungsbestrebungen auch nur zu einem Teil verwirklichen, so kommt doch schon eine nicht unbeträchtliche Verlagerung des Schiffahrtsgeschäftes zustande.

Deutschland kann all diesen Ereignissen gegenüber eine abwartende Haltung einnehmen und ist sich seiner künftigen Rolle bewußt. Wir müssen erst siegen — und man darf wohl sagen, daß zu diesem Sieg auch die deutsche Schiffahrt einen Beitrag von geradezu entscheidendem Ausmaß vollbringt. Dies im einzelnen zu würdigen, muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben.

Die Weltwirtschaft hat sich uns früher nur insoweit als Einheit dargestellt, als sie durch die Wirtschaftshegemonie der Briten zusammengehalten war. Der nordamerikanische Gleichberechtigungsanspruch hat diese Hegemonie seit dem Ende des ersten Weltkrieges mehr und mehr entwurzelt. Das System der freien Weltwirtschaft befindet sich seitdem in der Auflösung. Es ist von autarkischen Gedanken abgelöst worden. Man bezog, wie ein deutscher Wirtschaftswissenschaftler das kürzlich ausgedrückt hat, eine wirtschaftliche Igelstellung. Aus einer Summe solcher Igelstellungen kann niemals eine neue Weltwirtschaft erstehen. Wir müssen und dürfen daher von der Zeit nach diesem Krieg erhoffen, daß die Völker zu größeren Lebensgemeinschaften zusammengeführt und die Volkswirtschaften zu einsichtsvoller Ergänzung untereinander gelenkt werden. Technik und Verkehr, die ja gerade im Kriege neue drängende Energien erzeugen, werden diese Entwicklung beschleunigen. Für Europa hatte schon Friedrich *List* die Politik des Großraumes vorausgesagt. Nur hat er angenommen, daß diese europäische Konföderation von England gestiftet werden würde, ja geradezu gestiftet werden müsse, um einer amerikanischen Hegemonie zuvorzukommen.

England hat das nicht getan. Wir sehen es als seinen geschichtlichen Fehler an, daß es sich abermals in eine künstliche Gegnerschaft gegen den europäischen Kontinent verbissen hat, statt seinem einzigen natürlichen Rivalen Amerika durch eine konstruktive deutsch-englische Verständigung zu begegnen. Dies wäre noch einmal eine Möglichkeit gewesen, dem Gegner auf der großen Wettfahrt den Wind aus den Segeln zu nehmen. Statt dessen ist sich Amerika gerade durch Englands europäische Kriege seiner eigenen Möglichkeiten zur See wieder voll bewußt geworden. Erst diese Kriege haben den Rivalitätsprozeß nach allen Unterbrechungen, die er immer wieder erfahren hatte, seinem Höhepunkt zugeführt. Heute ist dieser Höhepunkt vermutlich schon überschritten. Nach dem Verlust eines großen Teiles seiner Auslandsanlagen, Exportmärkte und Schiffahrtsdienste, nach der Dezimierung seiner Handelsflotte, nach der Bindung des Pfundes an den Dollar sehen wir England als Schuldnerland größten Umfanges in die Hände der Macht gleiten, die ihm einst untertan war. Besonders wird das auch der Fall sein in der Luftfahrt.

Für die europäische Schiffahrt müssen wir nach dem Kriege zunächst die Zusammenarbeit mit der großasiatischen Schiffahrt erhoffen. Auf Zusammenarbeit ist die Weltschiffahrt nun einmal angewiesen. Man kann hier nichts einseitig erzwingen, auch in Amerika nicht. Schon bei früheren Gelegenheiten ist betont worden, daß gegenseitige Vereinbarungen über Neubauten, Subventionen, Frachten und Passageraten immer nötig bleiben werden. Auch im Verhältnis von Großräumen zueinander können und müssen die Schiffahrtsbeziehungen geordnet und richtig gegliedert sein.

Eine hemmungslose Nationalisierung der Schiffahrt wird abgelehnt. Sonst verschwindet mehr und mehr der gesunde Wettbewerb, der nirgends entbehrt werden kann, wo die Spreu vom Weizen geschieden werden soll. Aber *gesund* muß eben dieser Wettbewerb sein, nicht angekränkelt von übersteigerten protektionistischen Ideen, nicht grundsätzlich und systematisch über jedes Erfordernis der eigenen Handelspolitik hinausgreifend.

Im übrigen muß man erwarten, daß es nach dem Krieg, wenn die erste Knappheit an Tramptonnage überwunden ist, wieder sehr darauf ankommen wird, wer die besten und konkurrenzfähigsten Schiffe baut. Deutschland wird jedenfalls dem amerikanischen Gesetz der Masse und Serie wie auf allen Gebieten des Lebens so auch in der Schiffahrt das Gesetz der höchsten Qualität gegenüberstellen. Dies Gesetz hat noch niemals versagt. Es wird uns wie nach dem ersten Weltkrieg und hoffentlich weit darüber hinaus wieder auf die Meere führen, die nach einem Wort Friedrich *Lists* für alle Völker die Wiege ihrer Freiheit sind.

Kleine Beiträge

Das Prisenrecht als geistiger Grundpfeiler der englischen See- und Handelsherrschaft

Die englische See- und Handelsherrschaft, die die politische und wirtschaftliche Struktur der Welt in den letzten 150 Jahren bestimmt hatte, ist nicht nur Ausdruck und Werk der englischen Flottenmacht und der britischen Monopolstellung im Welthandel, sondern beruht ebensosehr auf der Allgemeingeltung und Anerkennung eines weitgehend nach englischen Grundanschauungen, Wertvorstellungen und Begriffen geprägten Völker-, insbesondere Seekriegsrechts und seiner inneren Wesensverwandtschaft und Übereinstimmung mit den gleichlaufenden innerstaatlichen Vorstellungen des liberalen Konstitutionalismus. Man würde eine wichtige, ja entscheidende Waffe Englands zur Behauptung seiner Schlüsselstellung im Seehandel gänzlich übersehen, wenn man sich nicht dieser — geistigen — Tatsachen und Zusammenhänge bewußt ist. Nur auf der Grundlage allgemein anerkannter Völkerrechtsgrundsätze und -begriffe war es denkbar und möglich, daß England seine, nach der Niederwerfung des napoleonischen Frankreich errungene Vormachtstellung zur See und im Welthandel fast ein ganzes Jahrhundert hindurch unbeeinträchtigt und mit einem Mindestmaß an Kraftaufwand, insbesondere ohne seine Flottenmacht im wesentlichen einsetzen zu müssen, aufrechterhalten und zur wirtschaftlich reichsten Nation der Welt werden konnte. Die englischen Völkerrechtsjuristen und Theoretiker der Seestrategie haben die Bedeutung einer allgemein respektierten völkerrechtlichen Ordnung, namentlich eines — auf den privaten Handel bezogenen — Seekriegsrechts für die Existenz und Bewährung der englischen See- und Handelsherrschaft von jeher erkannt. Vor allem hat *George F. S. Bowles* wiederholt darauf hingewiesen, daß sich in der Verbindung von „Macht und Gesetz" die eigentliche Stärke und der wirkliche Charakter der Seekriegführung offenbart: „Wirkliche Seeherrschaft kann nicht mit reiner Gewalt allein erzwungen werden," so stellt er fest, „es muß vielmehr, um sie vollständig zu machen, eine Rechtsordnung hinzutreten. Stärke allein, auch wenn sie noch so gewaltig ist, kann die See in irgendeinem praktischen Sinn nicht beherrschen, dazu bedarf es unbedingt auch des Gesetzes als Rechtsordner[1])."

So ist das bisherige Seekriegsrecht bis in die Einzelheiten hinein ein vorzüglicher Ausdruck der Wesensart, insbesondere der ganz auf die See und den Handel bezogenen — merkantilen — Grundanschauungen und Wertungen der englischen Nation. Es gehört zu den wichtigsten Lebenstatsachen, daß derjenige, der die wahre Macht besitzt, auch die Begriffe, die Terminologie und die Redeweise allgemein zu bestimmen vermag. — Caesar dominus et supra grammaticum. „Es ist ein Ausdruck echter, politischer Macht, wenn ein großes Volk die Redeweise und sogar die Denkweise anderer Völker, das Vokabularium, die Terminologie und die Begriffe von sich aus bestimmt", stellte *Carl Schmitt*

---

[1]) George F. S. Bowles, Die Stärke Englands, deutsche Übersetzung, 1938, S. 82 f., 141.

bereits in einem 1932 gehaltenen Vortrag[2]) in bezug auf das völkerrechtliche Begriffsmonopol der angelsächsischen Nationen fest.

Im Mittelpunkt des bisherigen Seekriegsrechts steht das Prisenrecht. Es umfaßt die Befugnis der Kriegführenden, vom Augenblick des Kriegsbeginns an durch ihre Kriegs- und Kaperschiffe feindliche und neutrale Handelsfahrzeuge auf allen Weltmeeren, wo immer sie dort auch angetroffen werden, anzuhalten und auf das Mitführen bestimmter Güter hin zu durchsuchen. Es setzt damit zwei wichtige Grundelemente voraus: Einmal die (abstrakte) Vorstellung vom Meer als einer neutralen, unpolitischen, d. h. nicht-staatlichen Ebene, die sowohl den Schauplatz des Seekrieges als auch zugleich den eines angeblich freien und friedlichen neutralen Handelsverkehrs bildet. Der englische Prisenrichter *Evans* drückte diesen Gedanken anläßlich des „Miramichi"-Falles[3]) unter Anlehnung an ein entsprechendes Zitat in dem Lehrbuch des amerikanischen Völkerrechtlers *Wheaton* „Elements of International Law"[4]) mit folgenden Worten aus: „The sea is res omnium, the common field of war as well as of commerce." Damit wird der schon für Friedenszeiten geltende Grundsatz bestätigt, daß das Meer eine ausschließlich dem privaten Handelsverkehr vorbehaltene und damit staatsfreie Fläche sei. So weist *Stier-Somlo* als einer der wenigen Völkerrechtler, die schon frühzeitig den wirklichen, merkantilen Kern des bisherigen Seekriegs-, insbesondere Prisenrechts erkannten, im gleichen Sinne auf die eigentliche Bedeutung und „die Verfeinerung des Begriffes der Meeresfreiheit" hin, „die nicht das bloße Befahren der Wasserfläche, sondern den ungehemmten Handel und die Möglichkeit der Benutzung der an den Wasserstraßen liegenden Punkte, Häfen und deren Einrichtungen zu Zwecken des Handels und der Schiffahrt betrifft[5])."

Wenn das Visitationsrecht auch formal allen Kriegführenden gemeinsam zustand, so mußte es doch faktisch demjenigen zugutekommen, der über die stärkste Flotten- und Handelsmacht verfügte, und der vor allem die Waffen und Methoden, die der Seekrieg erforderte, am besten zu handhaben verstand. Alle diese Voraussetzungen aber trafen gerade für den mit dem Element des Meeres und dem See- und Handelskrieg wesenshaft verbundenen Engländer zu. Dies bedeutet, daß die Waffe des Anhaltungs- und Durchsuchungsrechts gerade der besonderen Wesensart, historischen Herkunft und Veranlagung des Engländers entsprach. So bildete das Visitationsrecht die stärkste Waffe, die England zur Ausübung seiner Kontrolle über den gesamten Handel und die maritimen Verbindungswege besaß. Es ist daher kein Wunder, wenn dieses Recht als Grundpfeiler des bisherigen Prisenrechts überhaupt gerade von der anglo-amerikanischen Prisenrechtsprechung entwickelt und verteidigt worden ist. Das „Maria"-Urteil[6]) des berühmten englischen Prisenrichters Lord *Stowell* und der „Nereide"-Spruch[7]) des amerikanischen Richters *Marshall*, beide zu Beginn des 19. Jahrhunderts gefällt, stellen die für die Ausübung dieses Rechts entscheidenden Präzedenzfälle dar. Es wird hier bereits als „anerkannter Bestand-

[2]) Carl Schmitt, Die Vereinigten Staaten von Amerika und die völkerrechtlichen Formen des modernen Imperialismus, Vortrag vom 20. 2. 1932, veröffentlicht in „Positionen und Begriffe", Hamburg 1940, S. 162 f.

[3]) Vgl. hierzu Grau, Der Miramichi-Fall, in Strupp, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. II.

[4]) 8. Auflage (herausgeg. v. Dana), London 1866.

[5]) Stier-Somlo, Die Freiheit der Meere und das Völkerrecht, 1917, S. 59.

[6]) The „Maria" 1 Rob. 340.

[7]) The „Nereide" 9 Cranch 388.

teil des geltenden Völkerrechts" bezeichnet. Den Kriegführenden — so argumentiert man — steht das Recht zu, feindliches Eigentum auf hoher See zu beschlagnahmen und Konterbande wegzunehmen. Dieses Recht können sie aber nur verwirklichen, wenn sie die Möglichkeit haben, Schiffe und Ladungen auf See daraufhin zu untersuchen, ob die Voraussetzungen für eine Beschlagnahme vorliegen. Wem das Völkerrecht eine Befugnis gewähre, dem gebe es auch die Handhabe zu dessen Verwirklichung. So wird das Visitationsrecht als eine notwendige Folge des legitimen Wegnahmerechts der Kriegführenden angesehen: „It has been truly denominated a right growing out of and ancillary to the greater right of capture."

Vor allem ist es begreiflich, daß auch im Falle von Meinungsverschiedenheiten, namentlich zwischen Kriegführenden und Neutralen, über die Anwendung und Auslegung bestimmter seekriegsrechtlicher Grundsätze und Begriffe die faktische Überlegenheit zur See letzten Endes den Ausschlag geben mußte, es sei denn, daß eine geschlossene Front der Neutralen bestand, die, wie dies die Beispiele der ersten und zweiten bewaffneten Neutralität beweisen, eine Respektierung der eigenen, neutralen seekriegsrechtlichen Anschauungen und Belange auch gegenüber der englischen Seekriegspraxis durchzusetzen verstand. Insofern konnte von einem echten, auf der Freiheit und Unabhängigkeit souveräner Staaten und ihrer eigenen Anschauungen beruhenden Völkerrecht — wenn überhaupt — nur so lange die Rede sein, als genügend starke Neutrale vorhanden waren, die die Durchsetzung und Anerkennung ihrer eigenen völkerrechtlichen Vorstellungen, namentlich im wirtschaftlichen Bereich, gegenüber dem von England im Seehandel und im Seekriegsrecht erhobenen Totalitätsanspruch zu erzwingen vermochten.

„Das Haupthindernis, das sich ihm (dem Grundsatz der Abschneidung des feindlichen Seehandels) entgegenstellt, ist das Geschäftsinteresse des neutralen Handels", stellt im Jahre 1933 der junge deutsche Völkerrechtsjurist *Peter Albert Martini* fest[8]). „Die einzigen wirklichen Verbündeten hat die Meeresfreiheit in den neutralen Kaufleuten (!), die ihren Handel weiterführen wollen und deshalb auf allzu große Eingriffe in das Privateigentum bremsend wirken werden. Aber auch diese werden nicht in allen Fällen ihre zuverlässigsten Bundesgenossen sein; es kann sehr wohl vorkommen, daß für große Gruppen unter ihnen die Unsicherheit und die daraus entspringende Risikoprämie oder, wie im Weltkrieg, die Bevorzugung des einen Kriegführenden das bessere Geschäft ist."

So erfahren seit Beginn des 19. Jahrhunderts auch die völkerrechtlichen Grundsätze und Begriffe der absolutistisch-kontinentalen Staatengemeinschaft des 17. und 18. Jahrhunderts, denen noch die — nichtliberale — Vorstellung von einer Totalität des Staates, also einer auch die Wirtschaftssphäre einschließenden Staatlichkeit, immanent war, eine überraschend schnelle Umprägung und innere Bedeutungswandlung, entsprechend den sich jetzt allgemein durchsetzenden merkantilen Grundvorstellungen, namentlich dem liberalen Kardinalgrundsatz der Staats-Freiheit des See-Handels. Dem absolutistischen

---

[8]) P. A. Martini, Marine-Rundschau 1933, S. 268; vgl. auch von demselben Verfasser: „Reformvorschläge zum Seekriegsrecht", Berlin 1934 (Deutsche Rechtsfragen, Heft 39). Auch hier hat Martini einfach und anschaulich ausgesprochen, daß das Völkerrecht nur durch wirkliche und starke Neutrale garantiert werden kann und — wie dies namentlich der erste Weltkrieg gezeigt hat — ein Völkerrecht ohne starke Neutrale wertlos ist.

Staat war noch die Unterscheidung zwischen (staatlicher) Neutralität und (privatem) Handel und die damit verbundene Vorstellung, daß eine Belieferung der Kriegführenden durch neutrale Einzelpersonen völkerrechtlich gestattet sei, fremd gewesen. Hier galt vielmehr jede Unterstützungshandlung durch neutrale Untertanen als verboten und in Bezug auf den neutralen Staat selbst als völkerrechtswidrig. Daher sahen eine Reihe von Landesgesetzen neutraler Staaten ein striktes Verbot der Belieferung von Kriegführenden durch die neutralen Untertanen vor. Jede Übertretung dieser Gesetze war unter schwere Strafe gestellt. Dieses Verbot ist auch Bestandteil zahlreicher zwischenstaatlicher Vereinbarungen geworden. So kennt noch das 17. Jahrhundert eine Reihe von völkerrechtlichen Verträgen, in denen sich die Staaten gegenseitig verpflichten, ihren Untertanen zu verbieten, dem Gegner ihres Vertragspartners Konterbande zu liefern. In einem Vertrag zwischen England und den Niederlanden von 1654 heißt es, daß die Untertanen bei Verstoß gegen diese Gesetze wegen „Hochverrats" bestraft werden würden. Bestimmend war in allen diesen Maßnahmen — und auf diese Feststellung kommt es besonders an — der Gedanke, daß jede Fahrt eines neutralen Schiffes in der Absicht, einem Kriegführenden, sei es durch Belieferung mit Gütern, sei es in sonstiger Weise Unterstützung zu leisten, eine Neutralitätsverletzung begründe, ohne daß — im Gegensatz zum späteren Prisenrecht — zwischen dem Charakter der Ladung und der Bestimmung des Schiffes unterschieden wurde. Das heißt, es wurde die der Unterstützung des Feindes dienende Fahrt als Ganzes, als ein in sich geschlossenes Unternehmen gewertet. Schiff und Ladung waren in einem solchen Fall der Wegnahme durch den betroffenen Kriegführenden verfallen.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts beginnt sich nunmehr die neue — liberale —, scheinbar gemäßigte Form des Seekriegsrechts durchzusetzen und die vorhandenen, überlieferten Begriffe nach den sich damit gleichzeitig ankündigenden merkantilen Grundvorstellungen umzuprägen. Dies läßt erkennen, daß auch in diesem Bereich neue geschichtliche Kräfte — maritimen Charakters — auf den Plan getreten sind und ihren Anspruch anmelden. Es beginnt nunmehr die für die spätere Entwicklung des Prisenrechts und seine klassische Ausprägung entscheidende Aufspaltung des bisher einheitlichen Gedankens der Schiffahrt als Dienst, als Unternehmen, in die beiden Begriffe von Schiff und Ladung. Dieser Vorgang, dessen weittragende Bedeutung kaum erkannt, geschweige denn gewürdigt worden ist, stellt in der Tat den Wendepunkt in der Entwicklung des Seekriegsrechts zum liberalen Prisenrecht dar. Dies bedeutete auch eine Durchsetzung der englischen Vorstellung vom Meer als eines Gebietes, das jeder staatlichen Wirtschaftsbetätigung unter allen Umständen verschlossen ist sowie eine allgemeine Anerkennung des Anhaltungs- und Durchsuchungsrechts als der wichtigsten und wirksamsten englischen Waffe, den gesamten Handel auch in Kriegszeiten zu kontrollieren und an sich zu reißen. Parallel damit geht — und dies ist ebenso entscheidend — die konstitutionelle Verankerung des liberalen Postulats der Staatsfreiheit des Handels in den einzelnen Staaten selbst. Erst diese Aufspaltung des ursprünglich totalen staatlichen Macht- und Aktionsbereiches, namentlich in den europäischen Kontinentalstaaten, in eine private und eine im übrigen nichtprivate = staatliche Sphäre schuf die Grundlage für einen allgemeinen internationalen Handelsverkehr privaten Charakters und gab damit dem Visitationsrecht, das sich nunmehr auf die gesamte Handelsschiffahrt, d. h. auf alle Wirtschaftsgüter befördernden Schiffe (!) erstreckte, seine volle Wirkungs- und Schlagkraft.

Das zweite entscheidende Grundelement des Prisenrechts ist eine private

Handelsschiffahrt, das heißt eine auf Gewinn gerichtete Wirtschaftstätigkeit durch Einzelpersonen zur See. Daher ist die Normalsituation, die das Prisenrecht — wie jedes andere Normen- und Gesetzessystem voraussetzt — der freihändlerische Weltzustand zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit der ihm eigentümlichen Ausgrenzung der (privaten) Wirtschaftssphäre aus dem staatlichen Machtbereich. So ist dem bisherigen Seekriegsrecht wie dem Völkerrecht überhaupt die für den liberalen Staat charakteristische Unterscheidung zwischen privater und staatlicher Sphäre immanent. Gerade die Pariser Seerechtsdeklaration von 1856, die man als „Magna Charta des Seekriegsrechts“ bezeichnet hat, und der man bis in den heutigen Krieg hinein bei Freund und Feind noch absoluten Charakter beilegte, trägt in allen ihren Bestimmungen einen deutlich liberalen Charakter und ist darüber hinaus durch eine besonders weitgehende Toleranz zugunsten des privaten Handels in Kriegszeiten gekennzeichnet. Sie brachte vor allem die Anerkennung der lange Zeit umstrittenen Grundsätze des Seebeuterechts, daß feindliche Ladungen auf neutralen Handelsschiffen und neutrale Güter auf feindlichen Fahrzeugen einer Wegnahme durch die Kriegführenden nicht unterliegen sollen, das heißt der Regeln frei Schiff — frei Gut, unfrei Schiff — frei Gut. Gerade diese Konvention aber ist ein vorzüglicher Beweis für die Relativität der prisenrechtlichen Normen, insbesondere ihrer Bedingtheit durch die jeweilige politische und wirtschaftliche Situation des englischen Reiches. Denn angesichts der damals unbestrittenen englischen Vormachtsstellung zur See und im Welthandel mußte ein Seekrieg gegen England undenkbar sein. Andererseits mußte dieses in seiner Eigenschaft als neutrale Partei im Falle eines Krieges anderer Mächte ein begreifliches Interesse an einer weitgehenden Toleranz zugunsten des neutralen Handels haben. Zwar hat es auch in England, namentlich in Kreisen, die den Gedanken der Seemacht an die erste Stelle setzten, an heftigen Bedenken und Warnrufen gegen die Anerkennung dieser Grundsätze nicht gefehlt — *Disraeli* bezeichnete die Annahme der Deklaration als „eine Tat nationalen Selbstmordes“ —, doch setzten sich auch hier die Anschauungen des freihändlerisch orientierten, handeltreibenden Bürgertums, namentlich der Manchesterkreise um Cobden durch.

„Der Abschluß der Pariser Seerechtsdeklaration“, schreibt der deutsche Völkerrechtler *Jerusalem*[9]) schon während des ersten Weltkrieges als einer der wenigen, die die Relativität der Pariser Seerechtsdeklaration erkannten, „fiel in jene Zeit, wo sich in England eine rückläufige Bewegung gegen den Merkantilismus des 18. Jahrhunderts geltend machte, wo man den Freihandel proklamierte und auf Handelskriege verzichtete, wie der Verlauf des Krimkrieges gezeigt hatte. England war seit den Kriegen gegen Napoleon die unbestrittene Herrin der Meere. Es beherrschte den Welthandel und brauchte Konkurrenten weder aus dem Felde zu schlagen, noch zukünftige zu fürchten. Wie die Liberalen die Forderung aufstellten, den kostspieligen Kolonialbesitz aufzugeben, so konnte sich England, mochten auch im Lande sich Widerstände regen, als Herrin der Meere und ihres Handels, auch zu Einschränkungen im Prisenrecht verstehen, da niemand die Wiedererneuerung des Merkantilismus und die Notwendigkeit eines neuen Wirtschaftskrieges erwarten konnte. Als dann doch wieder ein merkantilistisches Zeitalter anbrach, da war die Pariser Seerechtsdeklaration insoweit dem Untergang verfallen, als sie den Handelskriegen, die England aufs neue zu führen hatte, im Wege stand.“

---

[9]) Franz W. Jerusalem, Kriegsrecht und Kodifikation, Zeitschrift für Völkerrecht, Bd. II, Erg.-Heft 1, Breslau 1918, S. 80.

So tragen alle bisherigen völkerrechtlichen Grundvorstellungen, namentlich die prisenrechtlichen Normen und Begriffe einen eindeutig liberalen Charakter. Wenn auch formal nur Staaten als Subjekte des Völkerrechts erscheinen, so ist doch faktisch, genau so wie im liberalen Staat selbst, der Einzelne, und zwar vor allem der handeltreibende Kaufmann Ziel und Mittelpunkt der rechtlichen Gestaltung. Wie im Staatsinnern, im Verhältnis zu den einzelnen Staatsangehörigen, so wird das staatliche Verhalten und die staatliche Aktivität auch nach außen — in bezug auf die übrigen Staaten — den Grundanschauungen des liberalen Bürgertums, insbesondere der Kaufmannschaft entsprechend, bestimmt und normativ festgelegt. Diesem Ziel dient das völkerrechtliche Normensystem, in dessen Mittelpunkt die weitgehend von den angelsächsischen Prisengerichten aufgestellten und entwickelten Prisenrechtsnormen stehen. Nur Staaten können daher völkerrechtlich relevante Akte vornehmen, insbesondere eine Neutralitätsverletzung begehen. So ist weder der Konterbandehandel noch der Blockadebruch durch Einzelpersonen neutralitätswidrig. Der einzelne damit befaßte Kaufmann setzt sich zwar dem vollen Risiko und Wagnis des Seekrieges aus; aber ein solches Verhalten stellt kein völkerrechtliches Delikt dar, sondern bleibt ein, wenn auch besonders riskantes, dafür aber um so lohnenderes Handelsgeschäft. Die Chancen sind auf beiden Seiten, beim Kriegführenden wie beim Neutralen, gleich verteilt. Diese stehen — vom Standpunkt des Engländers aus gesehen — in einem fairen Kampf, einem fair play sportlichen Charakters. „Catch them when you can", gibt Lord *Palmerstone* einem fremden Gesandten, der sich wegen des Konterbandehandels der Engländer bei ihm beschwert, zur Antwort. Dies entspricht auch der — übereinstimmenden — Auffassung der bisherigen Völkerrechtslehre: „It cannot be too emphatically declared that it is the unquestionable right of the Neutral to carry on a general trade with the belligerents", betonte der englische Kronjurist *Phillimore*[10]).

Gerade aus der Tatsache, daß es jedem Neutralen freisteht, Konterbandehandel zu treiben, suchte die angelsächsische Völkerrechtsdoktrin die Rechtfertigung für die Ausübung des Anhaltungs- und Durchsuchungsrechts herzuleiten. Verzichtet der neutrale Staat — so argumentiert man — darauf, die Kontrolle über die Schiffe seiner Angehörigen auszuüben, so müsse eben den Kriegführenden das Recht zustehen, im Interesse ihrer Kriegführung, selbst den neutralen Konterbandehandel zu bekämpfen. Dieses Recht würde jedoch auf dem Papier stehen, wenn der Kriegführende nicht zugleich die rechtliche Handhabe hätte, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, ob ein neutrales Schiff Konterbande befördere oder nicht. Die Grundlage hierfür aber bietet das Anhaltungs- und Durchsuchungsrecht. Mögen jedoch auch die rechtlichen Chancen — wie die angelsächsische Völkerrechtslehre weiterhin argumentiert — gleich verteilt sein, die faktischen sind es nicht. Denn der Sieg in diesem im völkerrechtlichen Niemandsland ausgetragenen Kampfe aller gegen alle muß letzten Endes immer dem Stärkeren zufallen. Dies ist aber der, der über die stärkste See- und Handelsmacht verfügt, dem die Kampfstätte — das Meer — das ureigene Lebenselement bedeutet, und der vor allem die spezifischen Mittel und Methoden, die dieser Kampf verlangt, am besten zu gebrauchen versteht. So zeigt sich auch in diesem speziellen Bereich des Konterbanderechts, wie sehr die Begriffe und Vorstellungen des klassischen Prisenrechts, wie des bisherigen

[10]) Robert Phillimore, Commentaries upon International Law, 3. Aufl., London 1879/89, Bd. III, S. 411.

Völker- und Seekriegsrechts überhaupt, bis in die Einzelheiten hinein, vorzüglich mit der besonderen Wesensart, Denkweise und Vorstellungswelt des Engländers harmonierten. — Die gleichen Erwägungen treffen auch für die übrigen prisenrechtlichen Institute des Blockade- und vor allem des Seebeuterechts zu. Dies läßt zugleich erkennen, welche ungeheure Bedeutung und Wirkungskraft geistigen Begriffen zur Behauptung politischer Positionen zukommt. Denn obwohl England schon seit über 50 Jahren eine zunehmende Machteinbuße zur See erfahren mußte, konnte sich doch sein — geistiges — seekriegsrechtliches System bis in den heutigen Krieg hinein behaupten. So wird noch heute oftmals den klassischen Prisenrechtsnormen und -begriffen, insbesondere der Pariser Seerechtsdeklaration bei Freund und Feind absoluter Charakter beigelegt. Dies zeigt klar, wie fest eine politische Ordnung gerade durch Rechtsbegriffe und -vorstellungen verankert werden kann, und wie sehr der heutige Kampf auch eine geistige Auseinandersetzung großen Ausmaßes ist.

Sergius Maiwald

Die Karen

Als im März 1943 der Chef der birmanischen Zivilverwaltung Dr. *U Ba Maung* in Japan weilte, um dort das Wiedererstehen eines unabhängigen Staates Birma mit der japanischen Regierung zu besprechen, sagte der japanische Ministerpräsident in einer Rede, in der er die Schaffung eines Staates Birma versprach, daß dieser alle Gebiete mit birmanischer Bevölkerung umfassen würde, wobei ausdrücklich als nicht hierzugehörig die Schanstaaten und das Gebiet der Karen bezeichnet wurden.

Es wurde demnach eine politische Sonderregelung für diese beiden Gebiete, die Teile des Staates Birma schon vor der Besetzung durch die Engländer gewesen waren, vorgesehen. Wenn auch im Augenblick noch nicht abzusehen ist, welche konkreten Formen die staatliche Organisation dieser beiden Gebiete annehmen wird, so wird jedenfalls ihrer völkischen Eigenart Rechnung getragen werden. Dadurch gewinnen diese Völker auch für weitere Kreise ein politisches Interesse. Über die Schan war bereits in dieser Zeitschrift (32. Band, Heft 10) berichtet worden.

Die vorliegende Darstellung soll nun Klarheit über das Volk der Karen bringen, von dessen Existenz wohl die meisten durch die Erwähnung der oben angeführten Rede des japanischen Premiers zum ersten Male etwas gehört haben.

Was zunächst das Verbreitungsgebiet der Karen anbetrifft, so liegt es ungefähr zwischen dem 10. und 21. Grad nördlicher Breite und dem 94. und 100. Grad östlicher Länge. Geschlossen bewohnen die Karen jedoch nur einen sehr kleinen Teil dieses Gebietes, nämlich den Toungoodistrikt und das Karennigebiet, während sie in dem ganzen übrigen Teil zusammen mit Birmanen, Schan, Thai und Mon siedeln. Man unterscheidet bei den Karen drei größere Gruppen, die untereinander gewisse Unterschiede in Sitten und Sprache aufweisen. Es sind dies:

1. die Sgaw überall im Irawaddidelta von Prome südwärts und von der Arrahanküste ostwärts bis Thailand und südwärts bis zum äußersten Zipfel Birmas.

2. Die Pwo, die unterteilt sind in Pwokaren und Taungthu (ihre eigene Bezeichnung ist Pao), befinden sich ebenfalls längs der ganzen Seeküste Birmas,

und zwar sollen die Pwokaren nie mehr als 100 km landeinwärts wohnen, während der Raum der Taungthu sich von Thaton nordwärts in die Schanstaaten bis über Taungyi hinaus erstreckt.

3. Die Bwe schließlich wohnen in der Nähe von Toungoo und im Karennigebiet. Angehörige der Pwo und Bwe finden sich auch in Thailand, wo sie in einer ungefähren Stärke von 60000 in Westthailand längs der Grenze zu finden sind, wobei die Pwo im Norden in der Gegend von Mae hong son, die Bwe südlich bis ins Maeklonggebiet hinein sitzen.

Unter dieser Dreiteilung finden weitere Unterteilungen statt, so daß sich eine verwirrende Fülle von Namen ergibt. So werden allein für das Karennigebiet, das nur etwa $^1/_{20}$ der im ganzen auf etwa 1,2 Millionen geschätzten Gesamtzahl der Karen umfaßt, in der englischen offiziellen Aufstellung darüber folgende 9 Stämme aufgeführt: Karenni, Karennet, Karenbyu, Zayein, Sinsin, Bre, Mano, Yinbaw und Padaung.

Geographisch ist das Gebiet der Karen sehr verschiedenartig. Während das geschlossene Gebiet von Toungoo und Karenni Hochland mit fruchtbaren Hochebenen, aber auch reichlichem Hügelland ist, sind die Strecken längs der Küste weites offenes Land mit teilweise periodischen Überschwemmungsgebieten.

Entsprechend den geographischen Gegebenheiten ist auch die Wirtschaftsform der Karenstämme verschieden. Wohl sind sie alle in der Hauptsache Bauern, und der Reisanbau herrscht überall vor, aber während wir in den bergigen Bezirken Birmas wie auch Thailands sie noch als echte Hackbauern vorfinden, die mit dem Grabstock auf den eingeäscherten Weideparzellen den Klebreis pflanzen und die Rodungen ständig wechseln, sind sie in den Ebenen zum Pflugbau auf Überschwemmungsfeldern wie ihre Nachbarn, die Birmanen und Thai, übergegangen. Daneben ziehen sie andere Feldfrüchte wie Bohnen, Yams, Süßkartoffeln, verschiedene Pfefferarten. An Früchten finden sich Kürbisse, Apfelsinen, Bananen u. a. Zu erwähnen ist auch die Kultur der zur Betelbereitung nötigen Betelpflanze sowie der Arekapalme. Auch Baumwolle wird angebaut. Stocklack wird gesammelt und entweder zur Herstellung eines roten Farbstoffes verwandt oder verkauft. Auch Viehzucht findet man in einigen Gegenden, wo Tragochsen gezüchtet werden, mit denen sie sich als Frachtfahrer einen bescheidenen Verdienst verschaffen. Auch als Elefantentreiber werden sie verwendet, wozu sie besondere Eignung mitbringen sollen. Handwerksmäßig stellen sie die einfachen Geräte, die sie brauchen, und ihre Schmucksachen her. Auch wird Tuch auf sehr einfachem Webstuhl gewoben. Zu erwähnen ist ferner ihre Vorliebe für jede Art von Jagd und Fischfang. Doch sind dies alles gewissermaßen Ausnahmen, da als wahre Beschäftigung der Ackerbau gilt, und erst in neuester Zeit beginnen sie, durch bessere Erziehung dazu befähigt, auch andere Berufe zu ergreifen.

Rassenmäßig zählen die Karen zu den indochinesischen Völkern. Während sie aber den körperlichen Eigenschaften nach dem tibetobirmanischen Stamm näherstehen sollen, weist ihre Sprache mehr nach dem östlichen, dem siamochinesischen Stamm hin. Jedenfalls gehören sie zur Rassengruppe der Mongoliden mit nur geringen Unterscheidungen gegenüber den anderen Vertretern derselben wie Birmanen, Schan, Thai oder auch Mon. Als Besonderheiten finden wir das häufige Vorkommen einer gebogenen Nase mit schmalem Nasenrücken, die geringe Ausbildung der Mongolenfalte sowie eine sehr helle Hautfarbe.

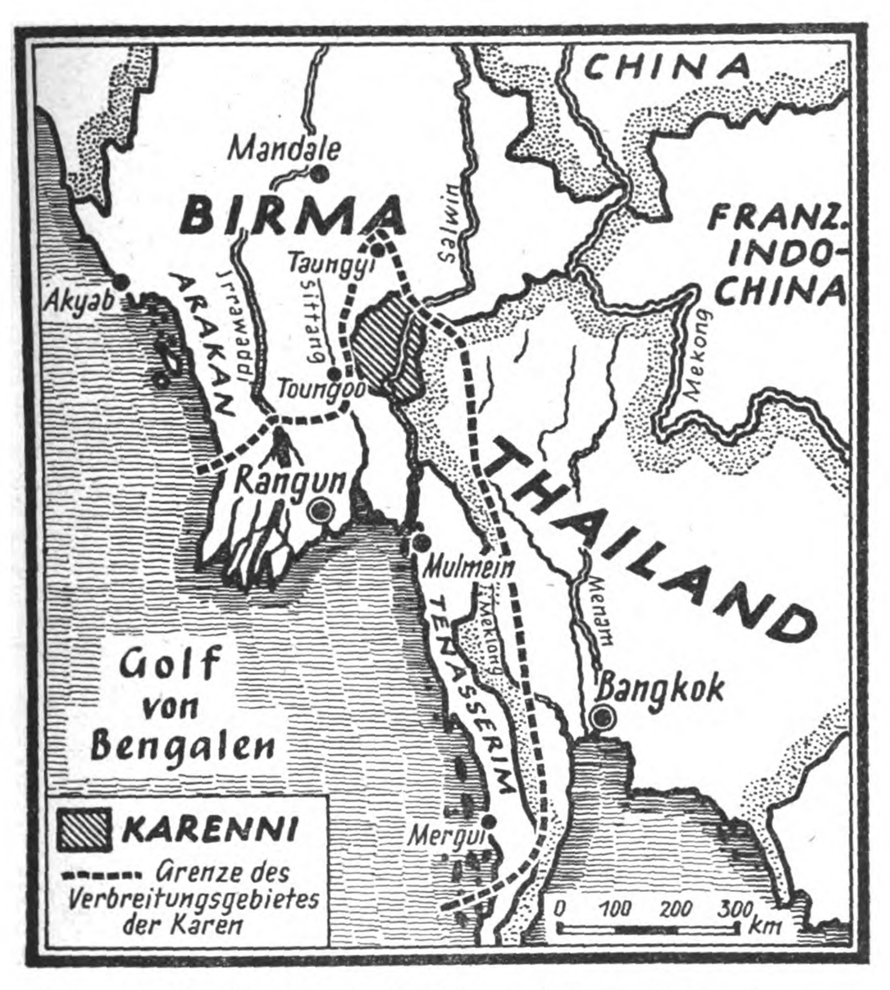
Die Tracht besteht bei den Männern aus kurzen Hosen, die durch Gürtel gehalten werden, dazu offene ärmellose Jacke oder eine über die Schulter geworfene Decke. Um die Haare wird eine Art Handtuch gewickelt. Frauen

tragen kurze Knieröcke, dazu ein über die Schulter geworfenes schmales Tuch, das in der Taille durch einen weißen Gürtel festgehalten wird.

Der Name Karen selbst — Karieng der Thai — ist birmanischen Ursprungs. Sie selbst nennen sich Pgha K'Nyau oder auch Yangtale oder Yintale. Ihre Sprache wird entweder als eine besondere Gruppe der siamochinesischen Sprachen, nämlich die sinitische, aufgeführt oder aber als zu den Thaisprachen gehörig angesehen. Sie besitzt erst seit einem Jahrhundert eine Schrift, die 1832 von *Dr. Wade* unter Verwendung des birmanischen Alphabets für sie geschaffen wurde.

Der Religion nach sind die Karen in der überwiegenden Masse Animisten. Der sonst in Hinterindien so verbreitete Hinayanabuddhismus hat nur sehr wenig bei ihnen Eingang gefunden. Dagegen kam der Verbreitung des Christentums eine bei den Karen weit verbreitete Überlieferung, die stark an alttestamentarische Legenden erinnert und eine Art Messiasverheißung eines „weißen Mannes" enthält, weitgehendst entgegen. Und so haben mit Erfolg sowohl protestantische wie katholische Missionen unter den Karen, vor allem in Karenni, wirken können. Von ihnen gingen dann auch die ersten Bestrebungen einer kulturellen Hebung der Karen aus, vor allem durch Errichtung von Schulen. Wenngleich die Karen bereitwilligst von der Gelegenheit zu lernen Gebrauch gemacht haben, bleibt auf diesem Gebiet noch viel zu tun.

Was die Geschichte der Karen anbetrifft, so existieren schriftliche Aufzeichnungen weder bei ihnen, die ja vor 1832 überhaupt keine Schrift kannten, noch bei den umwohnenden Völkern, Birmanen, Thai oder früher Chinesen, die uns über ihr Herkunftsland und über ihre ältere Geschichte Auskunft geben könnten. Wir sind also auf die mündlichen Überlieferungen, Sagen und Legenden angewiesen, von denen die Karen natürlich eine ganze Anzahl besitzen. In einer derselben, die eine Art Wandersage darstellt, wird nun von einem Fluß gesprochen, an den die Karen nach Aufbruch aus einem Lande der Ebene gekommen wären. Der Name dieses Flusses, Hti Seh Meh Ywa, wird als „Fluß des laufenden Sandes" oder „Fluß der sandführenden Wasser" gedeutet. Hierunter glaubt man den Huangho zu erkennen und schließt auf das Gebiet seines Oberlaufs, d. h. also das Kokonorgebiet, jetzige Tjinghai-Provinz Chinas, als des Ursprungslandes der Karen. Von hier wären die drei großen Wanderwellen der Chinesen nach Südosten, der Tibetaner nach Westen und der späteren hinterindischen Völker, unter ihnen auch der Karen, nach Süden abgewandert. Man nimmt also eine ähnliche Wanderung wie die der Thaivölker durch Szechuan und Yünnan an, wobei die zeitliche Aufeinanderfolge sie noch vor den Thai ankommen läßt. Dafür, daß sie einmal in Yünnan gesiedelt haben, glaubt man einen Beweis gefunden zu haben. Die chinesische Geschichte berichtet nämlich, daß ein General *Chukoliang* im Jahre 230 der Zeitrechnung von einem in Yünnan lebenden Barbarenstamm nach dessen Besiegung als Tribut die Lieferung einer Anzahl von Metalltrommeln gefordert habe, die dort hoch geschätzt gewesen wären. Nun werden noch heutzutage gerade bei den Karen Metalltrommeln als wertvoller Familienbesitz betrachtet, und es wird manchem Exemplar derselben ein hohes Alter nachgesagt. Hieraus schließt man dann, daß der erwähnte Barbarenstamm die Karen gewesen seien. Von Yünnan aus soll der Weiterverlauf ihrer vielleicht durch den Druck von Thaivölkern hervorgerufenen Wanderung sie abwärts der Flüsse Mekong oder Salwin zunächst in das Gebiet der Schanstaaten und dann weitergedrängt durch die nachwandernden Schan in ihr jetziges Siedlungsgebiet gebracht haben. Aber alles dieses ist reine Wahrscheinlichkeitsannahme. Wir wissen hierüber ebensowenig etwas



Genaues wie über ihre staatliche Entwicklung. Auch hier können wir nur aus dem Mangel irgendeiner geschichtlichen Erwähnung annehmen, daß es nirgendwo zu einem größeren staatlichen Zusammenschluß der Karen gekommen ist, und daß sie über das Stadium von Stammesgemeinschaften nie hinausgekommen sind. So sind ja auch die heutzutage bestehenden 4 Karenstaaten nicht viel anderes als Häuptlingsschaften. Diese 4 Staaten Bawlake, Kantarawadi, Kyebyogi und Nawng Palai bilden mit einem Gesamtflächeninhalt von 12 500 qkm das autonome Karennigebiet. Der Name Karenni ist birmanischer Provenienz und bedeutet rote Karen; eine Bezeichnung, die von der Farbe der Hose hergeleitet ist. Die 4 Staaten, deren größter über 7000 qkm und deren kleinster nur über 70 qkm umfaßt, sind voneinander unabhängig. Ihre Oberhäupter (chiefs) waren unter britischer Herrschaft auf die Beratung durch einen englischen Assistent Superintendent in Loikaw angewiesen, der seinerseits vom Superintendent of the Southern Shanstates ressortierte.

Daß unter den geschilderten Verhältnissen eine Regelung der Karenfrage außerhalb des neuen Staates Birma nicht einfach sein wird, liegt auf der Hand. Denn im Gegensatz zu den Schanstaaten, die, von den kleinen Exklaven der Khamti im Nordwesten Birmas abgesehen, ein räumlich geschlossenes und auch administrativ schon zusammengefaßtes Gebiet einheitlicher Prägung darstellen, fehlt es bei den Karen fast völlig an diesen Voraussetzungen. Über die Pläne der Japaner in dieser Hinsicht ist bisher nichts bekannt geworden. Sollte man, nach dem Muster europäischer Umsiedlungen während dieses Krieges, an etwas Ähnliches auch für die Karen denken, so käme wohl in der Hauptsache als Raum für eine Zusammenlegung die Provinz Tenasserim, also die südlichste Küstenstrecke am Golf von Bengalen mit Anschluß an das Toungoo- und Karennigebiet in Frage, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß auch in Tenasserim die Karen noch nicht 50 % der Bevölkerung ausmachen. Gegen eine Umsiedlung in das geschlossene Karengebiet des Karenni- und Toungoodistriktes aber spricht die mangelnde Größe. Ebenso ist die Frage nach der Form eines solchen Staates zu lösen. Es wäre etwas völlig Neues zu schaffen, da die Ansätze zu einer Selbständigkeit, wie sie in Karenni vorhanden sind, keine genügende Grundlage bilden würden. Ferner spricht die geringe Bevölkerungszahl gegen Schaffung eines unabhängigen Gebietes. So bleiben als wahrscheinliche Alternativen unter Wahrung einer kulturellen Autonomie ein staatlicher Anschluß an Thailand, unter Einbeziehung der ja im anliegenden Grenzgebiet Thailands siedelnden Karen, oder eine japanische Schutzherrschaft. Welche dieser Lösungen gewählt wird, das wird voraussichtlich die weitere Entwicklung des unabhängigen Staates Birma zeigen. *Walter Trittel*

Die Negerfrage in den USA.

Die Negerfrage ist in den USA. nicht nur das schwierigste innenpolitische Problem des Landes, sondern läßt bis jetzt auch jede Aussicht auf eine befriedigende Lösung vermissen. Sie verursacht dadurch jedem klugen amerikanischen Politiker soviel Kopfzerbrechen, daß er nur ungern darüber spricht, zumal er sich sagen muß, daß die Staatsführung seines Landes durch ihren um die Sklavenbefreiung geführten Bürgerkrieg die Negerfrage erst zu einer schweren Sorge für das gesamte Volk gemacht hat. Bis dahin lebte der Neger nämlich ausschließlich in den Südstaaten, zwar als unfreier, aber doch unentbehrlicher Helfer bei der schweren Arbeit auf den dortigen Baumwollpflanzungen sowie auf Reis- und Tabakfeldern. Die Gleichberechtigung, die die Neger im Bürgerkrieg vor dem Gesetz mit den weißen Amerikanern erlangt haben, bezahlen sie mit einer früher nie gekannten Schärfe des Gegensatzes zu ihnen, dessen Überbrückung um so nötiger wird, je mehr sich die Zahl der Neger in den USA. vermehrt. Zurückzuführen ist das darauf, daß die Neger mit der Aufhebung der Sklaverei auch in den Nordstaaten festen Fuß gefaßt haben und hier nicht nur wie in den Südstaaten bei der weißen Bevölkerung auf einen Rassengegensatz, sondern auch auf eine für sie stark fühlbare Abneigung und Verachtung stoßen.

Daß dies Schwierigkeiten für die Staatsführung mit sich bringen muß, geht daraus hervor, daß die Zahl der Neger in den USA. sich auf rund 13 Mill., also ungefähr den zehnten Teil ihrer Gesamtbevölkerung beläuft und daß sie sich

ebenso schnell vermehren wie die Weißen. Vor der Aufhebung der Sklaverei gab es in den USA. 4,4 Mill. Schwarze, 1870 waren es 4,9 Mill., 1880 6,6 Mill., 1890 7,5 und 1900 8,8 Mill. Heute ist ihre Zahl bereits größer als die Bevölkerung Kanadas, gegen die sie sich in absehbarer Zeit verdoppelt haben wird. Der bei weitem größte Teil der amerikanischen Neger lebt in den Südstaaten, weil ihnen deren Klima mehr zusagt als das der Nordstaaten. Aus diesem Grunde wird sich an dieser die Negerfrage komplizierenden Verteilung kaum viel ändern lassen. Daß trotzdem der Gegensatz zwischen Schwarz und Weiß zu einem höchst gefährlichen Problem für das ganze Land geworden ist, ist darauf zurückzuführen, daß der Norden dem Neger die unglückliche Stellung gegeben hat, die er heute einnimmt, und daß sie ohne die Mitwirkung der Südstaaten nicht zu ändern ist. Auf diese kann man aber wieder kaum rechnen, weil man um der Parteipolitik willen dem befreiten Neger das gleiche Wahlrecht wie dem Weißen eingeräumt und ihm damit im Süden die Möglichkeit gegeben hat, einen ihm nicht zukommenden Einfluß auf die Staatsführung zu nehmen.

Das ist aber bei weiterer Zunahme der schwarzen Bevölkerung insofern zu befürchten, als die kulturellen Fortschritte, die man von ihr als Folge ihrer Befreiung erwartet hat, nicht nur ausgeblieben sind, sondern eher das Gegenteil davon eingetreten ist. Die Folge der ganzen Entwicklung ist, daß die Schicht der verkommenen, der Unsittlichkeit und dem Verbrechen verfallenen Schwarzen zahlenmäßig ständig zugenommen hat. Auf der anderen Seite hat der amerikanische Neger allerdings große kulturelle Fortschritte gemacht. Sie kamen bei Beginn des ersten Weltkrieges darin zum Ausdruck, daß die Schwarzen über rund 450 eigene Zeitungen und 4 Magazine verfügten und rund 350 von ihnen verfaßte Bücher aufzuweisen hatten. Die Hälfte der Negerkinder hatte damals bereits regelmäßigen Schulunterricht durch rund 30 000 schwarze, auf eigenen Lehrerseminaren vorgebildete Lehrer. Es gab mehr als tausend schwarze Ärzte und Hunderte von Rechtsanwälten. Die Kirchengebäude der Neger hatten damals einen Wert von 25 Mill. und ihre Schulgebäude einen Wert von 10 Mill. Dollar. Ihr Hausbesitz umfaßte 150 000 Häuser. Nach einer Darstellung des „American Mercury" verfügen die Neger heute in den USA. über 51 Banken, große Anteile an Ölfeldern und über mehr als eine Million Farmen, von denen ihnen um die Jahrhundertwende nur 130 000 gehörten.

Obwohl an der Richtigkeit dieser Zahlen nicht zu zweifeln ist, geben sie doch ein falsches Bild von der Lage, wenn man sie nicht in Beziehung zur Gesamtzahl der in den USA. lebenden Schwarzen bringt. In diesem Falle wird nämlich klar, daß z. B. ein Besitz von 51 Banken für eine Bevölkerung von 13 Millionen Menschen außerordentlich gering ist, zumal es sich dabei wahrscheinlich mehr um kleinere Genossenschafts- als um Großbanken handeln wird. Daraus aber ist zu schließen, daß entweder die Zahl der Kapitalbesitzer unter den Negern recht klein ist oder daß diese den Unternehmungen ihrer eigenen Bevölkerungskreise nur geringes Vertrauen entgegenbringen. Das Erstgenannte trifft zu, denn die bei weitem überwiegende Masse der Schwarzen ist, wenn sich unter ihnen auch manche bedeutenden Köpfe von durchaus selbständigem Denken befinden, Proletariat, und zwar zum Teil schlimmster Sorte. Von dieser Masse heben sich die meisten Vertreter der akademischen Berufe nur bei Anlegung eines bescheidenen Maßstabes vorteilhaft ab, weil der Neger zwar äußerlich gelehrig ist, aber der geistigen Selbständigkeit ermangelt und daher nur ausnahmsweise zu schöpferischer Arbeit fähig ist.

Sein Heil liegt daher nicht darin, daß er auf den Gebieten der Geisteswissenschaften mit der weißen Rasse zu wetteifern sucht, sondern darin, daß er sich handwerklichen Tätigkeiten widmet. Daß der Neger darin etwas leisten

kann, besonders wenn er dabei von der festen Hand eines Weißen geführt wird, hat er als Sklave auf den großen Farmen des Südens bewiesen, auf denen er nicht nur Feld-, sondern auch vielerlei Handwerksarbeit hat tun müssen. Er war daher damals mehr als heute ein nützliches Mitglied der Gesellschaft und im übrigen aller Sorgen enthoben, denn sein Herr gab ihm wie gesagt alles, was er brauchte, und schützte ihn, wie man wertvollen Besitz schützt. Seine Befreier aber haben nun von ihm verlangt, daß er ohne jede Vorbereitung rund 2000 Jahre europäischer Kulturentwicklung hat überspringen sollen, und ihm damit Unmögliches zugemutet. Um sich dessen bewußt zu werden, braucht man sich nur klarzumachen, daß die Neger Amerikas nur Nachahmer einer Entwicklung sein können, mit der sie geschichtlich nicht zusammenhängen und deren geistige Teilhaber sie auch nicht sind. Je besser es ihnen also gelingt, so zu sein wie die anderen, desto mehr werden sie ungleich dem, was sie selber sind.

Das ist die eigentliche Ursache der unbefriedigenden Zustände auf diesem Gebiet. Ihre Beseitigung ist nicht dadurch zu erreichen, daß man eine Antwort auf die Frage sucht, ob die schwarze Rasse fähig ist, sich zu den Höhen der europäischen Kultur zu entwickeln, sondern nur dadurch, daß man feststellt, ob und wie der mit der Sklavenbefreiung begangene Fehler wieder gutzumachen ist. Wie bereits gesagt, ist dazu nicht nur ein Zusammenwirken der Nord- und der Südstaaten, sondern auch ein Ausgleich der mit der Sklavenbefreiung an die Neger gestellten widerspruchsvollen Forderungen nötig. Es läßt sich zwar nicht bestreiten, daß die Weißen der USA. mit viel gutem Willen an die Lösung dieser Aufgabe herangegangen sind, jedoch bisher nicht viel erreicht haben, weil die Schwierigkeiten zu groß sind. Hauptsächlich sind sie darin begründet, daß der Neger nicht nur, wie bereits erwähnt, aus klimatischen Gründen, sondern auch deshalb, weil er sich im Kampf ums Dasein dem energischeren Bewohner der Nordstaaten weniger gewachsen fühlt als dem der Südstaaten, zum weitaus größten Teil hier lebt und sich hier stärker vermehrt als dort. Dadurch aber ist in Verbindung mit der Einräumung des Wahlrechts an die Neger die Negerfrage für den Süden zu einem politischen Problem geworden. Daher stehen heute der Norden wie der Süden der USA. gleichmäßig, wenn auch aus verschiedenen Gründen, im Abwehrkampf gegen den Neger, der wieder unter dem ihn mit Minderwertigkeitsgefühlen erfüllenden Zwiespalt, in den ihn sein Streben nach der Kultur und Zivilisation des Westens bringt, leidet und deshalb auch seinerseits dem Weißen feindlich gegenübersteht.

Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß der Nordstaatler im Neger wie zur Zeit des Bürgerkrieges noch heute einen Träger der Menschheitsrechte sieht, denn dieses Zugeständnis wird wieder dadurch aufgehoben, daß dort dem Neger mehr als deutlich gezeigt wird, daß man zwar „an den abstrakten Neger glaubt, aber die Ausdünstung des konkreten Negers verabscheut". Von einer sozialen Vermischung mit ihm ist daher im Norden keine Rede, wenn auch ab und zu eine Ausnahme davon gemacht wird. Das kann aber um so weniger an dem Gegensatz zwischen Schwarz und Weiß etwas ändern, als der Begriff des Negers denkbar weit gefaßt wird. Ein Weißer, in dessen Adern auch nur ein Tropfen Negerblut fließt, wird nämlich zu den Schwarzen gerechnet und ist von aller Gemeinschaft mit den Weißen ausgeschlossen. Während man sich im Norden jedoch scheut, eine schwarze Amme ins Haus zu nehmen, tut man dies im Süden unbedenklich, wie man aus der Zeit der Negersklaverei gewöhnt ist, schwarze Dienstboten um sich zu sehen und die eigenen Kinder mit deren Kindern spielen und aufwachsen zu lassen. Aus jener Zeit hegt jedoch der Südstaatler noch heute gegenüber dem Neger die Gefühle des Sklavenhalters, allerdings nicht in dem mit diesem Worte gewöhnlich verbundenen

üblen, sondern in dem Sinn, daß sich der Neger ihm sklavisch unterzuordnen hat und keinen eigenen Willen haben darf. Der Süden erkennt daher weder in der Theorie, wie es der Norden tut, noch in der Praxis dem Neger Gleichberechtigung zu. Es darf dort z. B. kein Neger in einem Speisesaal eines für Weiße bestimmten Hotels an einem Tisch Platz nehmen, wenn er allein ist, er darf es aber im Gegensatz zum Norden mit weißen Kindern zusammen tun, wenn aus dem Zusammensein hervorgeht, daß er sie als Dienstbote begleitet.

Daß diese Verhältnisse die Beziehungen zwischen der weißen und schwarzen Bevölkerung nicht gerade günstig beeinflussen, läßt sich denken, zumal sogar verfassungswidrige Versuche gemacht worden sind, die Sklaverei mit Hilfe der Rechtsprechung wiederherzustellen. Dazu sind Neger für kleine Vergehen zu hohen Geldstrafen verurteilt und zu deren Abarbeitung weißen Farmern unter Abschluß sie versklavender Verträge überlassen worden.

Noch mehr als durch solche auf sozialem Gebiet liegende Vorkommnisse ist der Gegensatz zwischen den Negern und weißen Bewohnern der Südstaaten durch die jenen eingeräumte politische Gleichberechtigung verschärft worden. Um der Gefahr, daß der Süden einer Negermajorität ausgeliefert werden könnte, vorzubeugen, ging man zu einer Fälschung der Wahlergebnisse über. Die Fälscher wurden jedoch immer wieder ihrer gesetzlichen Strafe entzogen, weil die gesamte Öffentlichkeit hinter ihnen stand. Da man sich aber der gegen dieses Vorgehen zu erhebenden Bedenken immer mehr bewußt wurde, so suchte man nach einem gesetzlichen Wege zu einer politischen Schwächung der Neger. Man fand ihn in dem Wortlaut der Bundesverfassung, die nur vorschreibt, daß niemand seiner Hautfarbe wegen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfe. Den Einzelstaaten war es damit überlassen, alle weiteren Voraussetzungen für die Ausübung des Wahlrechtes zu bestimmen. Von dieser Möglichkeit haben sie ausgiebigen Gebrauch gemacht, indem sie z. T. vorgeschrieben haben, daß nur diejenigen wählen dürfen, die imstande sind, die Verfassung zu lesen und zu verstehen. Die dafür eingeführte Prüfung bietet zwar eine weitere Möglichkeit, die Neger politisch zu benachteiligen, im Hinblick auf die Fortschritte der Schwarzen im Schulwesen jedoch nur für eine beschränkte Zeit. Andere Staaten des Südens haben deshalb die Ausübung des Wahlrechts an einen bestimmten Besitz geknüpft und damit den politischen Einfluß der Schwarzen gemindert. Dazu hat auch noch der Doktrinarismus der Republikaner in den Nordstaaten insofern beigetragen, als die von ihnen ausgegangene Anerkennung der Gleichberechtigung der Neger den Süden gegen sie geeinigt hat. Hier hält nämlich fast die gesamte weiße Bevölkerung im Gegensatz zu den republikanischen Negern zur Demokratischen Partei. Durch diese Geschlossenheit des Südens ist die politische Schwächung der Neger so weit erreicht, daß der Gegensatz zwischen ihnen und der weißen Bevölkerung heute kaum noch politischer, sondern nur sozialer Natur ist, wenn der nördliche Doktrinarismus die dazu beschrittenen Wege nicht als verfassungswidrig erklären läßt und dadurch einen neuen Kampf zwischen Nord- und Südstaaten heraufbeschwört. Anzunehmen ist dies allerdings nach den mit der Sklavenbefreiung gemachten Erfahrungen kaum.

Nachdem wir bisher die Negerfrage und deren Lösungsmöglichkeiten in den USA. vom Standpunkt der weißen Bevölkerung aus betrachtet haben, müssen wir sie nun auch von dem der Schwarzen untersuchen, da auch sie dabei ein entscheidendes Wort mitzureden haben. Auch sie haben ihre Zionisten, die den Schwarzen wieder nach Afrika zurückführen und dadurch die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen wollen. Diese Absicht muß jedoch allein an den Bedürfnissen der Südstaaten scheitern, da sie ohne die Arbeitskraft der

Schwarzen auf ihren verschiedenen Pflanzungen wirtschaftlich ruiniert wären. Andere haben wieder vorgeschlagen, ein oder zwei Staaten der USA. zu Negerreservationen nach dem Muster der für die Indianer geschaffenen zu machen. Die Ausführung dieses Planes hat selbstverständlich daran scheitern müssen, daß kein Staat bereit ist, sich dafür herzugeben.

Bei der Unmöglichkeit, die Negerfrage durch eine Trennung der Schwarzen von den Weißen zu lösen, bleiben dafür unter Beibehaltung ihres bisherigen Zusammenwohnens nur zwei Wege übrig, die auch von ihren geistigen Führern beschritten worden sind. Der eine ist darauf gerichtet, die Negerbevölkerung der USA. von oben nach unten zu reformieren, und der andere darauf, sie von unten nach oben neu aufzubauen. Jenes wollen die Leute, die da glauben, daß der Neger sich eine eigene Kultur schaffen könne, die ihm den Anspruch darauf gibt, neben der weißen als gleichberechtigte Rasse leben zu können. Sie sind der Ansicht, daß ihnen dazu eher einige aus ihrer Mitte hervorgegangene Genies als eine Hebung der breiten Massen verhelfen werde. Die anderen stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt, weil sie ihrer Rasse die Fähigkeit zu kulturellen Wunderleistungen nicht zutrauen, und wollen deshalb auf eine langsame und stetige Hebung der Masse hinarbeiten. Wenn sich die Führung der Neger darauf konzentriert und sie zu technischer Arbeit als Facharbeiter, Handwerker und Landwirt schult, wofür sie ein durchaus brauchbares Material darstellen, dann bietet dieser Weg die besseren Aussichten auf Erfolg. Nicht Renommierleistungen einzelner, sondern gute Durchschnittsleistungen der schwarzen Gesamtbevölkerung sind das beste Mittel, um sie mit ihrer Zwitterstellung auszusöhnen und mit der Zeit ein erträgliches Verhältnis zu den weißen Amerikanern zu schaffen.

Die klugen Bewohner der Nord- wie der Südstaaten sind bereit, diese Bestrebungen zu fördern, weil sie glauben, daß ein für die Gesamtwirtschaft nützlicher Neger der beste Beitrag zur Erreichung dieses Ziels ist. Solange er sich mit der jetzigen Einschränkung seines Stimmrechts abfindet, wird der Südstaatler mit einem auf dieser Grundlage geschlossenen Frieden einverstanden sein. Solange ihn der Schwarze aber, wie es vorläufig der Fall ist, nur als vorübergehend ansieht, wird jede mit ihm erreichte Verständigung nur ein Waffenstillstand sein. Dem gefühlsmäßigen Doktrinarismus der Nordstaaten setzt der Südstaatler also eine auf langjährigen Erfahrungen im Verkehr mit Negern beruhende Verstandespolitik gegenüber, indem er verlangt, daß der Schwarze in seinen politischen Rechten und in den ihm zugänglichen Berufen dauernd beschränkt bleibt. Das aber würde bedeuten, daß dem Schwarzen nur eine Mittelstellung zwischen seiner früheren Unfreiheit und der Freiheit des Weißen eingeräumt wird. So berechtigt dies sein mag, so ist es doch ausgeschlossen, daß der Neger darauf eingeht, denn damit würde er sich mit einer Verschlechterung seiner ihm von der Verfassung eingeräumten Rechte einverstanden erklären.

Bei dieser Sachlage erscheint die Negerfrage als eine hoffnungslos verfahrene Angelegenheit. Daran kann wahrscheinlich auch die auf Erreichung der Gleichberechtigung der Neger mit den Weißen gerichtete Arbeit der NAACP. nichts ändern. Diese mit vollem Namen National Association for the Advancement of the Coloured People heißende Organisation glaubt zwar, den gegenwärtigen Krieg für die Durchsetzung jener Forderung ausnutzen zu können, und hat auch schon manche Zugeständnisse in dieser Richtung erzielt, doch berühren sie nicht die eigentliche Ursache des Gegensatzes zwischen den weißen und schwarzen Amerikanern und versprechen daher nicht dessen Milderung. Es kommt nämlich nicht darauf an, daß den Negern, deren Arbeitskraft für den Krieg dringend gebraucht wird, verantwortliche Stellungen in der Kriegswirt-

schaft überlassen werden, wie es bis jetzt nur geschehen ist, sondern darauf, daß die Forderungen erfüllt werden, die sie ihrer Gleichberechtigung mit den Weißen näherbringen, wie z. B. die Aufhebung der das Wahlrecht der Neger beeinträchtigenden Bestimmungen, ihre Zulassung zu den Offizierslaufbahnen und zu öffentlichen Ämtern. Die Wünsche der Neger lassen sich mit wenigen Worten nach Äußerungen des Präsidenten der NAACP., White, dahin kennzeichnen, daß sie von Roosevelt als Gegenstück zur Atlantik-Charta eine Pazifik-Charta verlangen, in der den schwarzen, gelben und braunen Völkern der Welt auch die vier Freiheiten zugebilligt werden, die in jener Erklärung den anderen Völkern versprochen worden sind. Wenn der amerikanische Präsident auch diese Zusicherung noch nicht abgegeben hat, so hat er doch den Negern seines Landes bereits weitgehende Zugeständnisse gemacht, nachdem die Negerführer erklärt haben, daß sie in der jetzigen Zeit nicht mehr zu bitten brauchten, sondern *fordern* könnten. Was zu geschehen habe, müsse im Verlauf des Krieges erreicht werden, denn nach seinem Ende seien sie wieder der Reaktion ausgeliefert.

Wenn die NAACP. auch mit dieser Haltung für die Neger manchen Vorteil errungen hat, so ist dadurch doch, was bei der geschilderten Sachlage keiner Begründung bedarf, die zwischen Weißen und Schwarzen in den USA. bestehende Spannung *nicht* gemildert oder das Negerproblem seiner Lösung auch nur im geringsten nähergerückt worden. Es ist vielmehr noch immer das heißeste, von niemanden gern angefaßte Eisen der Innenpolitik der USA., das mit der zahlenmäßigen Zunahme der Schwarzen trotz der von ihnen erreichten geistigen und wirtschaftlichen Fortschritte immer heißer zu werden verspricht, weil sie *nicht* Besitzer, sondern nur Nachahmer der Zivilisation der Weißen sind.

Paul Ruprecht

Hadj Emin el-Huseini

Großmufti von Jerusalem

Es ist nicht zuletzt ein Verdienst des Mufti, wenn es gelungen ist, die alte islamische Tradition für die moderne volksbewußte nationalarabische Bewegung fruchtbar zu machen und kraft seiner Autorität und Bildung zum geistigen Rüstzeug für den nationalen Kampf der Araber beizutragen.

In der Zeit, da die Araber sich erstmals ihres Volkstums bewußt wurden, wuchs Emin el-Huseini, der 1895 als Sohn einer der angesehensten Familien Palästinas in Jerusalem das Licht der Welt erblickte, heran. Als Stammvater wird *Hashim*, der Urgroßvater *Mohammeds*, angeführt, von dem das in Arabien weit bekannte Geschlecht der *Banu Hashim* abstammt. Seine sprachlichen, literarischen und juristischen Studien, die er bereits in Jerusalem begonnen hatte, setzte er später an der Azhar Moschee in Kairo fort. Der Militärdienst führte ihn u. a. auf die Kriegsschule in Konstantinopel. Im Weltkrieg kämpfte er als türkischer Artillerieoffizier gegen die Alliierten.

Nach dem Zusammenbruch kehrte er nach Jerusalem zurück. Eine kurze Zeitlang arbeitete er in der englischen Verwaltung. Als aber bald darauf die Engländer Anstalten trafen, die letzten Endes auf eine Einlösung des von *Balfour* abgegebenen Versprechens (Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina) hinausliefen, kämpfte Emin el-Huseini, der sich mit einer Pilgerfahrt nach Mekka den Titel Hadj erworben hatte, auf seiten der arabischen Nationalisten, die sich vornehmlich aus den Anhängern der Geheimgesellschaften

zusammensetzten, gegen eine weitere Verjudung des Landes. Es kam damals schon verschiedentlich zu Unruhen, für die England u. a. auch den Mufti verantwortlich machte. Bereits im Juli 1920 protestierte er gegen das englische Mandat über Palästina. Er mußte ein erstes Mal aus Palästina fliehen und wurde von einem Militärgericht in Abwesenheit zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Im Sommer 1920 wurde der Jude Sir *Herbert Samuel* zum Oberkommissar von Palästina ernannt. Seine Hauptaufgabe war die Einführung einer friedensmäßigen Zivilverwaltung. Durch Konzessionen auf dem Sektor der Verwaltung suchte Sir Herbert Samuel die nationalen Araber für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Eine Amnestie ermöglichte dem Mufti die Rückkehr. Durch Dekret vom 20. Dezember 1920 wurde ein Supreme Muslim Sheria Council ins Leben gerufen, dessen Vorsitz der Mufti führte. Aus einer von der britischen Verwaltung am 9. Januar 1922 veranstalteten Wahl ging der Mufti als Chef der palästinensischen Gelehrten und der Kommission für religiöse Stiftungen hervor. Damit hatte er die höchsten in Palästina zu vergebenden Ämter inne.

Der Mufti mußte in seinem Kampf sich nach drei Seiten hin behaupten und durchsetzen:

Innenpolitisch gegenüber den von England unterstützten arabischen Führern, geführt vor allem von der Familie der *Nashashibi*, die seit Generationen bereits Rivalen der Huseini gewesen waren.

Außenpolitisch gegenüber Großbritannien und den von ihm unterstützten Juden und

in der gesamtarabischen Welt zugunsten eines künftigen großarabischen Reiches, einer Idee, die sich aus dem Solidaritätsgefühl der Araber in der Palästinafrage mehr und mehr entwickelt hatte.

Zunächst galt es, die Stellung innenpolitisch zu festigen. Bereits *Storrs*, der langjährige Gouverneur von Jerusalem, hatte auf einen Nashashibi als den für England geeignetsten Kandidaten in der Führung der öffentlichen Meinung und gegebenenfalls auch der Regierung hingewiesen. Durch geschicktes Ausspielen beider Gruppen gegeneinander hat die britische Politik — zum Teil mit Erfolg — versucht, eine Einheitsfront unmöglich zu machen. So war es im arabischen Lager zwar im Sommer 1927 im Hinblick auf den bevorstehenden palästinensisch-arabischen Kongreß zu einer Einigung gekommen, nachdem aber noch kurz zuvor bei den Wahlkämpfen im Januar und auch später wieder die Divergenzen unüberbrückbar schienen. Um eventuellen Meinungsschwankungen vorzubeugen, versuchte der Mufti, bei einer neuen Statutenregelung im Frühjahr 1929 die Festsetzung seiner Ämter auf Lebenszeit durchzusetzen, drang aber damit bei den englischen Behörden nicht durch. Immerhin wurde aber für eine Neuwahl ein einstimmiger Beschluß gefordert.

Als der Mufti 1930 zu Verhandlungen in London weilte, versuchten seine Gegner, alle gleichgesinnten Araber in einer Partei zusammenzuschließen. Die Munizipalwahlen (November 1934) ließen erneut den Riß im arabischen Lager sichtbar werden. Erst bei dem allmählich immer weiter um sich greifenden Freiheitskampf, der aus den Unruhen des Jahres 1936 erwächst, kommt es zu einer aber wieder nur vorübergehenden Verständigung. Das neuerliche Vorgehen Englands gegen den Mufti im Herbst 1937, sein Asyl in der Omar Moschee in Jerusalem und seine Flucht nach Syrien machen ihn aber trotz des offiziellen Verlustes seiner Ämter zum Vorkämpfer der arabischen Belange.

Er ist damit nicht nur örtlich, sondern auch politisch dem kleinen Parteihader entwachsen. Die Ermordung seines bedeutendsten politischen Gegners *Fakri Nashashibi* im Dezember 1940 ist parteipolitisch kaum mehr von Be-

deutung, sondern höchstens symptomatisch, da der Mufti schon damals nicht mehr allein als Führer der palästinensischen Araber seinen Kampf führte.

Wie auch in der parteipolitischen Entwicklung der anderen Länder des Nahen Ostens unterscheiden sich der Mufti und seine Gegner nicht so sehr durch das Endziel, welches sie erstreben, denn dies ist bei allen die Unabhängigkeit ihres Landes, als vielmehr durch den Weg, auf dem sie dieses Ziel zu erreichen hoffen. Die einen glauben, dies durch Erfüllung der englischen Wünsche schließlich von London zugestanden zu erhalten, während die andere Gruppe zunächst die nationale Souveränität zugestanden haben will, um dann als gleichberechtigt mit England über die Modalitäten zu verhandeln.

Zwar ist es in den zwanziger Jahren, welche für den Mufti zunächst vornehmlich mit innenpolitischen Kämpfen angefüllt waren, mehrfach zu Aussöhnungen mit Großbritannien gekommen, die indessen doch nur den Charakter eines Waffenstillstandes hatten. Der eigentliche Kampf gegen England setzte ein, als durch die nicht nachlassende Einwanderung von Juden das jüdische Problem, verbunden mit der beginnenden Wirtschaftskrise, zum Lebensproblem für die Araber wurde. 1928 beginnt der Mufti mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen. So sammelt er Geld in Palästina und in den übrigen arabischen Ländern zum Ankauf von Ländereien für Araber.

Die Zwischenfälle an der Klagemauer (15.—17. August 1929) lösen lang anhaltende schwere Unruhen aus, die auch die englische Polizei für lange Zeit in Anspruch nehmen. Wohl nicht zu Unrecht wird dem Mufti ein großer Teil der Verantwortung daran zuerkannt, wenngleich in den offiziellen Berichten nichts Belastendes gegen ihn vorgebracht werden kann. Immerhin hatten diese Unruhen zur Folge, daß die Engländer sich nunmehr ernsthaft mit dem Palästinaproblem zu beschäftigen begannen und eine Konferenz nach London einberiefen. Zum Führer der arabischen Delegation schien der Mufti prädestiniert. Er sah aber mit Rücksicht auf seine innenpolitisch noch immer nicht völlig gefestigte Stellung davon ab, wenngleich er trotz alledem der führende Kopf der Delegation blieb. In einer größer angelegten Rede über die Versprechungen *McMahons* an Husein und die Araber legte er die geschichtlichen Ursachen des Palästinakonfliktes dar. Dieses Thema des gebrochenen englischen Versprechens sollte von nun an nicht mehr aus der Diskussion verschwinden und bildet bis heute eines der Hauptargumente der Araber in ihrem Kampf.

Die englische Regierung versprach, die Frage zu studieren, und versuchte im übrigen, durch Fragen über die Regierungsform das Problem zu verwässern. Die folgenden Jahre sind angefüllt mit einem immer heftigeren Kampf der Araber gegen die weitere jüdische Einwanderung und für das absolute Verbot des Landverkaufs an Juden. In einem großen Fetwa (religiöses Rechtsgutachten) stellt der Mufti die Unrechtmäßigkeit der jüdischen Forderungen dar. Er organisiert einen Kongreß der muslimischen Ulamas, um diesen politischen Forderungen durch die traditionellen religiösen Formen einen größeren Nachdruck zu verleihen.

Großbritannien suchte einer Klärung des Problems auch weiterhin auszuweichen und führte wiederum als ersten Punkt bei neuen Verhandlungen die Schaffung eines mit legislativen Vollmachten ausgestatteten Rates an. Von einer Kommission, die zur näheren Erörterung des Vorschlages des Oberkommissars im Herbst 1935 nach London reist, hielt sich der Mufti fern. Ebenso wie die früheren Besprechungen endete auch diese ergebnislos.

Da England auch weiterhin untätig blieb, nahmen die Unruhen einen immer größeren Umfang an, die im Sommer 1936 dann in einen Generalstreik mündeten. Diese im ganzen geschlossene Front gegen England ist nicht zuletzt

das Werk des Mufti. Man geht wohl nicht fehl, hinter der — übrigens erfolgreichen — Vermittlungsaktion der arabischen Könige im Oktober 1936 zur Beilegung des Streikes eine englische Initiative zu vermuten.

Großbritannien schien einzulenken, indem es unter Führung von Lord *Peel* eine Untersuchungskommission nach Palästina entsandte, die im November 1936 in Palästina eintraf. Die Kommission, die zunächst von den Arabern boykottiert wurde, kam mit den Arbeiten besser voran, nachdem der Mufti vor ihr seine Aussagen im Januar 1937 gemacht hatte. Die vorübergehende Entspannung verwandelte sich aber sofort wieder in ihr Gegenteil, als der Teilungsplan der Kommission bekannt wurde.

Es ist bezeichnend für England, daß es den daraufhin einsetzenden größeren Unruhen, bei denen am 26. September der Polizeichef *Andrews* ermordet wurde, durch eine Entsetzung des Mufti von seinen Ämtern begegnete. Der Oberste Arabische Rat wurde am 30. September aufgelöst. Um der drohenden Verhaftung zu entgehen, suchte der Mufti seine Zuflucht in der Omar Moschee, bis er am 14. Oktober nach Syrien entweichen konnte. Vielleicht war dies eine Lösung, welche auch den Engländern nicht unlieb war, da sie auf diese Art den gefährlichsten Gegner außer Landes wußten und andererseits der Notwendigkeit enthoben waren, Hand an ihn zu legen, was sie wegen des Echos in der arabischen Welt im Grunde doch gescheut hätten.

Trotz aller örtlichen Hindernisse aber führt der Mufti seinen Kampf von seinem Asyl in Djounieh (Libanon) weiter. Anfang Oktober wird in Damaskus ein neues arabisches Komitee zur Fortsetzung des Kampfes gebildet.

Weder die Erörterungen beim Völkerbund noch eine Abänderung des Teilungsplanes durch eine im Frühjahr 1938 nach Palästina entsandte neue Kommission unter Führung von *Woodhead* konnten die Widerstände auf arabischer Seite beseitigen. Großbritannien entschloß sich daher Ende 1938, eine „round table conference" nach London einzuberufen, die für Januar 1939 festgesetzt wurde. Einladungen ergingen an alle Führer der arabischen Welt. Wenn auch der Mufti nicht direkt hinzugezogen wurde, so stand er doch mit den leitenden arabischen Staatsmännern in ständiger Verbindung.

Zwar versuchten seine alten Gegner von der Nashashibi-Partei wiederum, einen Block gegen ihn zusammenzubringen, dafür aber hatte der Mufti andererseits den Triumph, daß sich auch zahlreiche Christen für ihn erklärten. Im Verlauf der Konferenz hatten die Engländer eine im ganzen geschlossene arabische Front gegen sich. Da keine von beiden Parteien in wesentlichen Punkten nachgeben wollte, endete auch diese Konferenz ebenso ohne Ergebnis wie jene, welche im Anschluß daran im April in Kairo abgehalten wurde.

Im Herbst 1939 gelang es Emin el-Huseini, nach Bagdad zu fliehen und dort mit nationalen Kreisen des Irak persönlich Fühlung aufzunehmen.

Die Londoner Konferenz hatte wohl zum erstenmal in der Nachkriegszeit eine Geschlossenheit der arabischen Welt gezeigt. Auf diesen Voraussetzungen nunmehr weiterbauend kämpfte der Mufti im Exil nicht mehr allein für seine engere Heimat, die Palästinafrage war zum Kriterium der arabisch-englischen Beziehungen und der arabischen Frage überhaupt geworden.

So mündet dieser Kampf des Mufti also im gemeinsamen großen Kampf der Araber um ihren Raum. In langjährigen Bemühungen hat der Mufti mitgeholfen an der Wirkung eines arabischen Solidaritätsbewußtseins, das er zunächst im Hinblick auf die Palästinafrage immer wieder zu entfachen gewußt hat. Als ein solches Mittel ist zunächst der palästinensisch-arabische Kongreß anzusehen, der mit seinen wiederholten Tagungen besonders am Ende der zwanziger Jahre eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte. Das Eintreten des

Mufti für die Schaffung einer islamisch-arabischen Zentralgewalt — verkörpert in dem Haschemitenkönig *Husein* — ist dafür bezeichnend, ebenso wie seine Geldsammlungen in anderen arabischen Ländern für palästinensische Flüchtlinge. Für den 6.—16. Dezember 1931 berief er einen islamischen Kongreß nach Jerusalem, auf dem neben allgemeinen muslimischen Fragen vor allem die Gründung einer islamischen Universität in Jerusalem erörtert wurde. Gegen zahlreiche Widerstände, nicht zuletzt seitens seiner innenpolitischen Gegner, die eine Art Gegenkongreß unter dem Namen Konferenz der palästinensisch-islamischen Nation abgehalten hatten, gelang es ihm, die Gründung der Aqsa Universität in Jerusalem durchzusetzen, die ähnlich wie die Azhar in Kairo den Namen der bekanntesten Jerusalemer Moschee, in der übrigens König Husein beigesetzt ist, trägt. Der Friede von Taif (20. Mai 1934), der dem Krieg zwischen *Ibn Saud* und *Imam Yahya* ein Ende setzte, ging übrigens auf eine Vermittlungsaktion des Mufti zurück, der auch schon früher im Rahmen kleiner Streitigkeiten unter Syrern in Kairo als Schiedsrichter aufgetreten war.

Auf den Mufti und seinen Kampf in Palästina und später im Exil ist es vor allem zurückzuführen, daß in London die Palästinafrage als eine panarabische Angelegenheit behandelt wurde. Sein Aufenthalt im Libanon führte ihn geradezu zwangsweise mit führenden syrischen Politikern zusammen und erleichterte einen Verkehr mit irakischen Persönlichkeiten.

Als im Mai 1941 das irakische Volk unter Führung des damaligen Ministerpräsidenten *Gailani* sich gegen die Engländer erhob, konnte es auf die volle Unterstützung des Mufti rechnen. Er erließ u. a. ein langes Fetwa über die Rechtmäßigkeit dieses Krieges gegen England. Später überschritt er gemeinsam mit den Mitgliedern der irakischen Regierung die iranische Grenze, als es offenbar wurde, daß ein weiterer Widerstand gegen die englische Übermacht zwecklos war. Aber auch in der iranischen Hauptstadt waren die Araber vor den britischen Nachstellungen nicht sicher. Anfang August war der Mufti spurlos aus Teheran verschwunden. Einige Gerüchte behaupten, er sei nach Kabul entkommen, andere wiederum, er halte sich in der Teheraner Gesandtschaft Japans verborgen. Am 27. Oktober traf der Mufti wohlbehalten im Flugzeug in Italien ein und fuhr Anfang November nach der Reichshauptstadt weiter. Bei seinen Aufenthalten in Berlin und in Rom wurde er u. a. auch vom *Führer* (8. Dezember) und vom *Duce* empfangen. *Ernst Klingmüller*

Köpfe der Weltpolitik

Am 22. August 1943 jährt sich der Eintritt Brasiliens in den Krieg, Osvaldo Aranhas Werk.

Osvaldo Aranha

In Alegrete, einem brasilianischen Städtchen im äußersten Süden, nahe jener Dreiländerecke, da Argentinien, Uruguay und Brasilien zusammenstoßen, lebte in den zwanziger Jahren ein komischer Kauz. Eine stattliche „Fazenda“ nannte er sein eigen. Ohne Geschwister und Familie lebte er einsam dahin und wollte nichts zu tun haben mit den vielen Schmugglern und Viehhändlern, die dieses Grenzgebiet durchzogen. Er hatte sein Leben dem Heiland verschrieben.

Auch seine Rinderherden, sein Hof und seine Ländereien sollten, wenn er einmal stürbe, Jesu Christo gehören.

Kaum war er tot, war Eigentümer seiner „Fazenda" der Präfekt von Alegrete — — *Osvaldo Aranha.*

In Alegrete ist Aranha auch geboren, und zwar am 15. Februar 1894 als Sohn von Euclydes Egydio de Souza Aranha und der Luisa geb. Freitas Valle. 17 Kinder waren sie zu Hause, eine selbst für brasilianische Verhältnisse sehr stattliche Zahl. Von 1908—1911 besuchte er die Militärakademie in Rio de Janeiro, von 1912—1914 war er auf der Ecóle des Hautes Études Sociales in Paris, um sich dann bis 1916 auf der Rechtsfakultät von Rio besonders der Rednerkunst zu widmen. Bis 1923 lebte er in seinem Heimatstaat Rio Grande do Sul als Rechtsanwalt, bis er seine besonderen Fähigkeiten auf dem Gebiet der Anzettelung von Verschwörungen entdeckte. Von 1923 bis 1930, d. h. bis zur siegreichen Revolution, die mit *Vargas* auch ihn zur Macht führte, soll er nicht weniger als fünf Revolutionen „gefingert" haben. In Feuergefechten verschiedentlich verwundet, ist er so recht der Typ eines südamerikanischen Abenteurers, eines Gaucho im Frack.

„Aranha" heißt im Portugiesischen „Spinne", und überall dort, wo andere Monogramme oder Krönchen anbringen, hat Aranha eine blaue Spinne eingestickt. Spinnenhaft ist auch seine Art. Gleich ihr webt er seine hauchdünnen Fäden, verbindet sie zu dichten Netzen und belauert seine Umwelt, bis der Augenblick gekommen ist, da sich sein Opfer in den ausgelegten Fäden fängt.

So bereitete Aranha auch die Oktoberrevolution von 1930 vor, in der sich der Südstaat Rio Grande do Sul, der Mittelstaat Minas Geraes und der Nordoststaat Rio Grande do Norte gegen den mächtigen Kaffeestaat São Paulo wendeten und in einem geschickten Feldzug den Sieg erlangten. Nach seiner Zeit als Präfekt von Alegrete war er 1927 Staatsdeputierter, 1928 Bundesdeputierter und 1929 Staatssekretär für Rio Grande do Sul geworden. In der Revolution von 1930 wird er als die eigentliche Seele bezeichnet. Seine Aufgabe bestand darin, über die Bundeshauptstadt und den feindlichen Kaffeestaat hinweg die Verbindung zwischen den Oberhäuptern der drei Revolutionsstaaten im Süden und im Norden zu halten. Von Aranha stammt auch das verabredete Losungswort „O que é que há?" („Was ist los?"), das am Morgen der Revolution in aller Offenheit nach Rio de Janeiro telegraphiert wurde und, da man es nicht verstand, von den Organen der Feindpartei dorthin weitergegeben wurde, wo man darauf wartete. Der amtierende Bundespräsident *Washington Luiz* wurde abgesetzt und an Stelle des für die nächste Amtsperiode (1930—1934) bereits gewählten Kandidaten *Dr. Julio Prestes* hielt Getulio Vargas mit seinen Freunden Einzug in Rio de Janeiro.

Aranha wurde für seine Verdienste mit dem Posten des Justizministers belohnt. Doch lange hielt es ihn nicht bei der Juristerei. Das Finanzministerium erschien ihm ertragreicher, und so wechselte er dahin über (1931). Geld war von jeher seine große Leidenschaft, Geld und das Spiel. Als einem, der im Gauchostaat mit seinen Rinderherden und seinen Pferdekoppeln zur Welt gekommen war, steckte ihm die Vorliebe für Pferde schon im Blute. Zu der Vorliebe für Pferderennen, bei denen Aranha oft unwahrscheinlich hohe Summen verspielte, tritt die Leidenschaft für Roulette. Turf und Roulette brachten mehr als einmal schon den verwegenen Spieler an den Rand wirtschaftlichen Ruins. Es wird von zigtausenden von Milreis gemunkelt, über die während seiner Amtszeit als Präfekt und Staatssekretär nicht abgerechnet werden konnte. Mehr als einmal fielen in diesem Zusammenhang die Worte Unterschlagung und Ver-

untreuung. Es würde sicher manches Licht in dieses jetzt sorgsam behütete Dunkel fallen, wenn es möglich wäre, eine Zusammenstellung der von Aranha verspielten, geliehenen und nicht zurückgezahlten Gelder zu erhalten.

Als Finanzminister bewies Aranha keine glückliche Hand. Der Goldmilreis sank zusehends; die Kaffeeüberproduktion lastete auf dem wirtschaftlichen Leben. Die auf Aranha zurückgehende Maßnahme der Vernichtung von 3 Millionen Tonnen Kaffee (die ausgereicht hätten, die ganze Welt 2 Jahre hindurch mit Kaffee zu versorgen) erwies sich als Fehlschlag. Um Aranha wurde es sichtlich still. Und als im Jahre 1934 durch die Wahl von Vargas zum verfassungsmäßigen Bundespräsidenten wieder geordnete Verhältnisse eintraten, mußte Aranha gehen. Finanzminister wurde ein anderer. Er selbst wurde als Botschafter nach Washington abgeschoben. Leicht wurde dem ehrgeizigen Spieler die Kaltstellung nicht.

Es war ein Hagel, der in die feinen Spinnweben seiner Netze tiefe Löcher riß ...

Doch unablässig spann Aranha, die Spinne, von neuem seine Fäden und jetzt an weit wichtigerer Stelle. Von dem Augenblick an, da Aranha 1934 in Nordamerika eintraf und nur 2 englische Worte, „wonderful" und „Washington", mit schlechtem portugiesischem Akzent sprach, bis zum Jahre 1937, da Aranha ungerufen und wider den Willen von Vargas nach Brasilien zurückkehrte, um statt der Bestrafung die Ernennung zum Außenminister zu erhalten, sind nur 3 Jahre verflossen. Doch gerade diese kurze Zeit beweist, wie sorgsam die „Spinne" wieder ihre Netze instand gesetzt hatte.

Seit seiner Rückkehr aus USA ist Osvaldo Aranha der von *Roosevelt* protegierte Gegenspieler von Vargas. Vargas versuchte nach dem Staatsstreich vom 10. 11. 1937 auf autoritärer Grundlage die Begründung des „Estado Novo". Unabhängig vom ausländischen Kapital, dessen Schuldenzahlung er aufkündigte, und frei von Klassenkampf, Parteihader und regionaler Zersplitterung sollten nach dem Vorbild europäischer Erneuerungsbewegungen die nationalen Kräfte des Landes zu einem starken und fortschrittlichen Staate zusammengefaßt werden. Aranha wurde in diesem brasilianischen Schachspiel Roosevelts geschickter Gegenzug. Im Verein mit dem verschlagenen USA-Botschafter in Rio de Janeiro, *Jefferson Caffery*, hielt Aranha Vargas dauernd in Schach und legte um ihn seine Netze, die ihn immer mehr zwangen, von seinem ursprünglichen Kurs abzugehen und in die von USA bereit gehaltene „panamerikanische Solidarität" einzumünden.

Der Ausbruch des europäischen Krieges im September 1939 förderte Aranhas Spiel außerordentlich. Europa war beschäftigt. USA hatte freies Spiel. Aber trotzdem, trotz aller Beschlüsse, die auf den panamerikanischen Konferenzen in Panama und Havanna gefaßt worden waren, hielt Vargas in Übereinstimmung mit dem wirklichen Volkswillen eine absolut neutrale Haltung ein. „Es ist notwendig", so sagte Vargas in einer Rede am 29. 6. 1940, „in Gleichmut die Erfordernisse der Wirklichkeit zu betrachten und die Leidenschaften zu fliehen, wenn wir die Zukunft des Vaterlandes sichern wollen; denn diejenigen nutzen dem Vaterland nicht, die danach trachten, es in den Brand der internationalen Konflikte zu stoßen. Es gibt heute keinerlei Motive, seien sie moralischer oder materieller Natur, die zur Parteinahme für irgendeines der im Kampf befindlichen Völker uns Veranlassung geben könnten. Was uns dient, ist die Einhaltung strikter Neutralität, aktiver und wachsamer Neutralität in der Verteidigung Brasiliens[1])."

---

[1]) Hunsche, „Getulio Dornelles Vargas" in Zeitschrift f. Politik, 1941, S. 509.

Die gewaltigen Siege der Achsenmächte auf den europäischen Schlachtfeldern stärkten die Stellung von Vargas ungemein. Doch mit dem japanischen Schlag gegen Pearl Harbour, der den Krieg auch auf den Pazifischen Ozean und Ostasien ausdehnte, hatte Aranhas Stunde wieder geschlagen. Die im Januar 1942 einberufene panamerikanische Konferenz von Rio de Janeiro, zu deren ständigem Präsidenten Aranha gewählt wurde[2]), wurde zum persönlichen Triumph Aranhas und seiner amerikafreundlichen Politik. Die Rollen hatten gewechselt. Aranha triumphierte über Vargas. Der schwere Kraftwagenunfall, dem Vargas in der Bundeshauptstadt kurz darauf, am 1. 5. 1942, zum Opfer fiel, wurde von der internationalen Presse mehr als einmal als Aranhas Anschlag auf Vargas' zögernde Haltung ausgelegt. In den langen Wochen, die der Präsident im Streckverband zubringen mußte, hieß es wiederholt, Vargas sei amtsmüde und gedenke, zugunsten Aranhas zurückzutreten. Doch wie schon einmal im November 1937, so tauchte Vargas auch um die Mitte des Jahres 1942 wieder aus der geglaubten Versenkung empor, stellte sich unerwartet an die Spitze der Kriegspartei und hielt sich auf diese Weise noch einmal im Sattel. Aranha war wieder einmal überspielt!

Die Hauptschwierigkeit bei der Vorbereitung der Kriegserklärung, die Brasilien an die Seite der Vereinigten Staaten brachte, bestand in der Überwindung der großen Bedenken der Militärs, d. h. der Schicht, durch deren Hilfe sich Vargas bisher am Ruder hatte halten können. Aranha als Spieler versuchte, die Militärs durch folgende Erwägung zu gewinnen: Siegen die USA in diesem Krieg, so hat Brasilien „nicht auf das falsche Pferd gesetzt" und kann mit berechtigten Ansprüchen vor USA hintreten; gewinnt Europa den Krieg, so hat sich Brasilien mit us-amerikanischer Hilfe eine schlagkräftige Wehrmacht aufgebaut und die brasilianische Wirtschaft in Gang gebracht, Dinge, die es als kapitalarmes Land aus eigenen Stücken niemals hätte verwirklichen können; mit dieser Wehrmacht und den dazugehörenden Stützpunkten, Flugplätzen usw. sowie durch die mobilisierte Wirtschaft wäre dann — im Falle eines europäischen Sieges — Brasilien endlich in die Lage versetzt, sich seine wirkliche Unabhängigkeit gegenüber USA zu ertrotzen[3]).

Wie problematisch auch diese Überlegungen in jeder Hinsicht sein mögen, sie haben genügt, zusammen mit dem „rollenden" Dollar Aranhas Kriegspolitik im Solde der USA zum Siege zu führen[4]). Zwar ist es ihm bisher nicht gelungen, auf seinen verschlungenen Pfaden zur letzten Krönung seiner abenteuerlichen Laufbahn zu gelangen. Noch hält Vargas den Präsidentensessel inne.

Doch unentwegt und im Verborgenen webt die Spinne Aranha an ihren Netzen weiter ... *C. H. Hunsche*

---

[2]) Vgl. Jahrbuch der Weltpolitik 1943, S. 872 ff.

[3]) Jahrbuch der Weltpolitik 1943, S. 880.

[4]) Am ersten Jahrestag der Rio-Konferenz ernannte die amerikanische Universität Rochester Osvaldo Aranha wegen seiner Verdienste für die panamerikanische Solidarität zum „Dr. honoris causa".

Bücher des Monats

Indien im Feuer

Walter Dreesen: Indien im Feuer. Bericht einer Reise. Hamburg: Broschek & Co. 1942. 342 S. 8°. Mit Zeichnungen des Verfassers.

In der kaum übersehbaren Literatur von Nichtindern über Indien kann man drei Arten von Büchern unterscheiden: zwischen den wissenschaftlichen Veröffentlichungen der Fachleute aller Gebiete und den Reiseberichten und Erinnerungen nur zu oft recht unberufener Touristen und Laien stehen als drittes Früchte ernsthafterer Studienreisen, die mit journalistischer Schilderung der Reize des alten und ewig jungen Wunderlandes eine mehr oder minder tiefschürfende Darlegung und Erörterung seiner vielfältigen Probleme zu verbinden suchen. Stellt sich dabei eine erprobte Feder in den Dienst einer geschulten Beobachtungsgabe und sind die befragten indischen Gewährsleute (deren dankbare Hilfsbereitschaft für jeden an ihrer Heimat ernsthaft Interessierten groß zu sein pflegt) gut gewesen, so ist das Ergebnis ein auch vom Standpunkt des Fachmanns begrüßenswerter Beitrag zur Unterrichtung weiterer Kreise über eines der interessantesten und weltpolitisch bedeutsamsten Länder der Erde.

Das Buch von *Walter Dreesen* wird man gern zu den besten Beispielen dieser letzten Art von Indienbüchern rechnen. Es ist sehr flott geschrieben, ohne salopp zu werden, tritt Indien nüchtern, aber mit echter Sympathie entgegen und bemüht sich mit einem bei Laien nicht häufigen, auch vor den vertrackten Sanskritwörtern nicht zurückschreckenden Ernst um die klassischen Grundlagen der hinduistischen Kultur. Dem klugen Rat eines indischen Freundes verdankt der Verfasser einen etwas ungewöhnlichen Reiseplan: er hat sich zunächst für einen vollen Monat in Trivandrum, der Hauptstadt des fortschrittlichen Fürstenstaates Travancore in Südindien, niedergelassen, um an einer Stelle Indien in Ruhe auf sich wirken zu lassen und etwas unter die Oberfläche zu gelangen, bevor er dann eine Reise durch die wichtigsten Städte des Nordens unternahm. Das Buch zerfällt dementsprechend in zwei ziemlich gleich große Teile: „Südliche Reise, Begegnungen und Erlebnisse im Alltag Indiens“ und „Nördliche Reise, Einsicht in Indiens Probleme und Ziele“. Ich stehe nicht an, den ersten Teil für den wertvolleren zu erklären. Mit einer vorzüglichen, farbenreichen und eindringenden Schilderung eines von Touristen fast nie besuchten Teiles von Indien, der landschaftlich zu den schönsten, kulturell zu den interessantesten Gebieten des Subkontinents gehört, liefert Dreesen sozusagen seinen Originalbeitrag zur Indienkunde. Im zweiten Teil dagegen ist die Reiseschilderung wenig mehr als ein dünner Faden zur Aufreihung von Exkursen über alle Probleme der indischen Gegenwart und alle Perioden der indischen Geschichte. Hier ist vielleicht etwas zu viel in den beschränkten Raum zu pressen versucht, und so ist manches doch etwas flüchtig und dürftiger und skizzenhafter geraten, als es dem Gegenstand angemessen wäre; auch sind bei einer im ganzen erfreulichen politischen Einstellung doch manche Linien des Bildes schief geworden.

So ist etwa S. 201 ff. das Verhältnis von Satyagraha, Non-Co-operation und Civil Diobedience durchaus verkehrt dargestellt, und die eigentliche Erklärung des zentral wichtigen Begriffes Satyagraha fehlt. Wahrscheinlich eine Folge fast ausschließlich hinduistischer Gewährsleute des Verfassers ist es, daß der Islam gar zu schlecht wegkommt. Die Auffassung der islamischen Eroberungen als eine Ausbreitung des Glaubens mit Feuer und Schwert ist abwegig und längst überholt; auch in Indien war die islamische Herrschaft nicht einfach sinnloses Hindumorden und brutale Unterdrückung. Selbst die wirklich recht unerfreulichen Delhi-Sultane kann man nicht einfach so abtun, wie Dreesen es tut; einem Akbar wird er bei weitem nicht gerecht; daß Jahangir „zu den alten Feuer-und-

Schwert-Methoden zurückkehrte", ist barer Unsinn, und auch *Aurangzeb* (konsequent, aber falsch -zep geschrieben) war keineswegs einfach ein finsterer Wüterich.

Leider ist auch sonst im einzelnen nicht alles stichhaltig. Die Vollzugsräte der Provinzen bestehen nicht nur aus englischen Beamten. Die 13 (?) Millionen Toten von 1919 fielen nicht dem Hunger, sondern der Grippe-Epidemie zum Opfer. Daß im Gegensatz zu den Beamten der Handelskompanie die Vertreter der Krone sich wenig Mühe gaben, eine indische Sprache zu lernen, daß die zugereiste Beamtenschaft ohne sorgfältige Ausbildung im Hindustani ins Land gekommen sei, ist eine kühne Behauptung. S. 327 wird die Schlacht von Plassey zu einer von Patna. Allahabad als Industriestadt (S. 232) dürfte auf Verwechslung mit Ahmedabad beruhen. Jutefelder bei Madura sind erstaunlich. S. 269 werden Kutb-ud-Din Aibak und Ala-ud-Din Khalji verwechselt und so das berühmte Kutb Minar (das aber gar nicht nach Kutb-ud-Din so heißt) ein Jahrhundert zu spät angesetzt; für Shahanpannah ist dabei Jahanpanah zu lesen, und dies ist nicht der Name einer Stadt, sondern der Befestigungen, die Alt-Delhi mit Al-ud-Dins Stadt Siri verbanden. Das Reich Akbars reichte nicht entfernt bis Golkonda. *Humayun* verunglückte nicht zwei Jahre, sondern sechs Monate nach seinem Einzug in Delhi. Daß die Sikhs keine Kaste kennen, ist leider nur graue Theorie; die starke Idealisierung der Sikhs ist immerhin erfreulicher als die umgekehrte Verzeichnung der Mohammedaner. Daß Sanskrit- wie Hindi-Wörter und -Namen nur zu oft mit dem falschen Geschlecht erscheinen (der statt die Dhoti, Sari, Jumna, Mahanadi; das statt der Dharma; die statt das Ramayana) ist den Indologen etwas Gewohntes, ohne daß er darum einzusehen vermöchte, warum so leicht richtigzustellende Dinge falsch gemacht werden. Dundhu Pat statt *Pant*, Lord Cannings statt *Canning*, Murbarak statt *Mubarak*, Muntaz statt *Mumtaz* u. a. m. mag man übersehen, aber daß selbst *Gandhis* Name teils so, teils falsch Ghandi geschrieben wird, geht zu weit. Man mag englisch Punjab, deutsch Pandschab oder Pandjab oder vermittelnd Panjab schreiben, aber Pundjab ist auf alle Fälle falsch und irreführend. Und wer eine Erklärung wie die von Guru („Lehrer, Meister") = gur „Finsternis" + ru „Zerstörung" wiedergibt, muß dem deutschen Leser mindestens dazu bemerken, daß es sich natürlich um eine echt altindische „Etymologie" handelt, die mit der wirklichen (guru = lat. gravis, griech. barys) nichts zu tun hat.

Die vorstehende, leicht zu verlängernde Liste zeigt, daß für so allseitige und umfassende Äußerungen über alle Gebiete der Indienkunde Tagebuchnotizen einer Reise von wenigen Monaten doch nicht immer ausreichen und daß irgendwelche selbst gute indische Gewährsleute ebensolchen Irrtümern ausgesetzt sind wie es entsprechende deutsche Gewährsleute in ihren Auskünften über deutsche Verhältnisse an Inder höchstwahrscheinlich auch sein würden. Wenn aber überhaupt eine so lange Liste von Beanstandungen hier gegeben wurde, so geschah es in der Absicht, einem im ganzen so ernst gemeinten und erfreulichen Buche die Ehre des strengen Maßstabes zu erweisen. Als fesselnder und reichhaltiger Bericht über das Indien der Zeit unmittelbar vor Kriegsausbruch kann Dreesens Werk trotz allem warm empfohlen werden. Einen ungewöhnlich reizvollen Schmuck geben ihm die vorzüglichen Zeichnungen des Verfassers, die man oft gesehenen Photographien gern vorzieht.

H. Manzooruddin Ahmad: Indien ohne Wunder. Leipzig: Wilhelm Goldmann Verlag. 1942. 282 S. 8°. Mit 62 Bildern nach Contax-Aufnahmen des Verfassers.

„Das Indien der Wunder und der Zauberer, der Märchenprinzen, der Paläste und der Harems ist keine Erfindung sensationsbedürftiger Literaten. Es ist vorhanden und wird noch lange Zeit vorhanden sein, wunderbarer, aber auch furchtbarer, als es sich die kühnste Phantasie Europas träumen läßt. Es ist verständlich, daß diese Welt der Fürsten und Fakire immer wieder das Interesse und die Neugierde der Europäer gereizt hat. Ich will es ihnen beileibe nicht zum Vorwurf machen. Es ist nur bedauerlich, daß sie auf diese Weise an der wunder-

barsten Seite des indischen Lebens, an dem Alltag der vierhundert Millionen Inder, blind vorübergegangen sind. ...... Sollte nicht der Alltag dieser vierhundert Millionen Menschen, die nahezu den fünften Teil der Menschheit ausmachen, aufschlußreicher sein als das Dasein der wenigen Fürsten und ihres Widerspiels, der indischen Fakire? ...... Das andere Indien, das Indien des Alltags, der Arbeit und des Kampfes der vierhundert Millionen, soll hier geschildert werden. ...... Deshalb will ich versuchen, als einer unter diesen Millionen das Leben und Erleben meiner Landsleute zu schildern ...... Aus diesem Grunde habe ich darauf verzichtet, irgendeine Tatsache zu erfinden. Ich erzähle nur, was ich hundert- oder tausendmal gesehen und erlebt habe und was ich jeden Tag wieder sehen und erleben könnte, und mache nur mir und dem Leser die Arbeit etwas leichter, indem ich von einem namentlich bestimmten Menschen, von einer bestimmten Familie, von einer Stadt oder einem der fünfhunderttausend indischen Dörfer spreche."

Diese Säţe aus der Einleitung zu Ahmads Buch erläutern das im Titel ausgesprochene Programm, das jeder wirkliche Freund Indiens aufs wärmste begrüßen wird. Seine Durchführung ist freilich nicht einfach. Sie seţt einen Inder voraus, der seiner Heimat nicht fremd geworden, sondern mit ihr verwachsen geblieben ist und dennoch sich genügend in den Blickwinkel eines Europäers verseţen kann, um als für diesen interessant und wichtig gerade das zu erfassen, was dem Inder als alltäglich und gewöhnlich das Alleruninteressanteste sein muß. Bei Ahmad treffen beide Vorausseţungen zu. Seit langen Jahren in Deutschland ansässig, hat er noch 1938 seine Heimat wieder eingehend und mit kritisch scharfem Blick bereist und beweist überall die intime Vertrautheit mit den Dingen, die nun einmal nur der Inder selbst haben kann; troţdem steht er anderseits in so erstaunlichem Maße „objektiv" *über* den Dingen, daß seine Schilderungen, seine besonnenen, keineswegs unkritischen Urteile sich oft fast wie die eines Deutschen lesen.

Die „namentlich bestimmten Menschen", von denen Ahmad spricht, sind zwei Freunde, Söhne einer mohammedanischen und einer hinduistischen Mittelstandsfamilie Delhis, die wir von den Spielen der Kindheit und dem ersten Schulweg bis zu den Berufssorgen und politischen Kämpfen des Mannesalters begleiten. Reizvolle Schilderungen von Sitte und Brauch, Familienleben und -festen verbinden sich dabei mit einer sozusagen eingekleideten Darstellung der politischen, wirtschaftlichen und religiösen Probleme, die vom Standpunkt des indischen Nationalisten, doch mit wohltuender Sachlichkeit und Vornehmheit dargeboten werden. Daß die Schilderung des mohammedanischen Milieus von Delhi, dem der Verfasser selbst entstammt, besonders gelungen und authentisch ist, versteht sich von selbst. Unvermeidlich wird die belehrende Absicht der Erzählung zuweilen etwas stark fühlbar, doch verwahrt sich Ahmed in der Einleitung ja ausdrücklich dagegen, etwa einen Roman schreiben zu wollen. Man darf ihm bestätigen, daß sein Versuch im ganzen wohl gelungen ist, und wünscht seinem Buch alle die zu Lesern, deren Interesse an Indien mehr ist als sensationslüsternes Bestaunen seiner „Wunder".

Die Absichten des Textes unterstüţt in idealer Weise das hervorragende, vom Verfasser selbst aufgenommene Bildmaterial. Auch hier tritt uns statt der Tempel, Moscheen und Paläste, der Fürsten, Elefanten und Fakire der indische Alltag mit seinen Bräuchen und Sitten, Problemen und Nöten entgegen — eine Bildersammlung, wie sie in dieser Weise kaum irgendwo sonst zu finden sein dürfte.

Ludwig Alsdorf

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Prof. Dr. Walter Schätzel, Das Reich und das Memelland. Das politische und völkerrechtliche Schicksal des deutschen Memellandes bis zu seiner Heimkehr. Junker & Dünnhaupt Verlag, 1943.

Das Werk erscheint um seiner wissenschaftlichen Bedeutung willen in den „Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts“.

Der Hauptteil behandelt in einem umfänglichen geschichtlichen Überblick alle das Memelland betreffenden Ereignisse, seitdem dies ins Licht der Geschichte getreten ist, bis zur Heimkehr ins Reich 1939. Ein Anhangkapitel ist betitelt „Litauens Ausgang“ und reicht bis zur Jetztzeit.

Wie bereits im Untertitel angegeben, legt der Text neben der Erörterung der geschichtlichen Situation besonderen Wert auf die völkerrechtlichen Fragen dieses erst durch den Versailler Vertrag strittig gewordenen deutschen Landesteils. Da im Völkerrecht das Recht der „Ersitzung“ allgemein anerkannt wird, ist schon aus diesem Grunde der deutsche Rechtstitel auf das Memelland ganz einwandfrei, da er sich „auf eine rund 700jährige deutsche Besitzzeit und auf 500 Jahre unveränderte Grenze stützen kann“. Aber auch mit der immer wiederholten litauischen Behauptung, die von französischen und auch neutralen Schriftstellern aufgegriffen worden ist, daß das Memelland vor dieser eben genannten Zeit den Litauern widerrechtlich geraubt worden sei, rechnet Schätzel in dieser Darstellung ab. Er betrachtet insbesondere zwei Punkte, die dieser Behauptung zugrunde liegen, kritisch: 1. Hat das Land einmal unter litauischer Staatshoheit gestanden, und 2. War die Urbevölkerung litauischer Abstammung? Die erste Frage wird aus Daten und Dokumenten dahin beantwortet, daß ein litauischer Staat zu der Zeit, als der Deutsche Orden auch das Memelland besiedelte und ihm Staatsform verlieh, noch gar nicht bestand. Er entstand erst in der Folgezeit, als „Folgeerscheinung des Eindringens der deutschen Kultur“. Im übrigen war „der Gebietserwerb des Deutschen Ritterordens nach der Auffassung seiner Zeit voll gerechtfertigt“, da er beruhte „auf dem Rechtstitel völkerrechtlicher Okkupation, die auch nach heute geltender Auffassung überall dort zulässig ist, wo eingeborene Stämme in ihrer Entwicklung es noch nicht bis zur eigenen Staatlichkeit gebracht haben“. Seit dieser Zeit haben Litauer und Deutsche in friedlicher Nachbarschaft unter zweimaliger Anerkennung (1422 und 1466) ihrer Grenzen gelebt.

Die zweite Frage nach der Bevölkerung wird im 2. Kapitel ausführlich behandelt. Nach dem letzten Stand der Wissenschaft ist es ganz ungewiß, daß die ursprüngliche Bevölkerung baltischen Ursprungs gewesen ist. Viel eher scheinen dort finnische Stämme gewesen zu sein, die erst allmählich von den aus weißrussischen Gebieten abgewanderten baltischen Völkern verdrängt worden sind. Ins Memelgebiet sind jedoch damals keine litauischen, sondern lettische Stämme gedrungen, nämlich die Lettokuren. Es bestehen also auch von dieser Seite her keinerlei rechtliche Ansprüche der Litauer auf das Memelland.

Die weiteren Kapitel des Buches behandeln die Schicksale des Memellandes in Versailles, die Zeit des Kondominiums, in der die Entente das Gebiet selbst verwaltet hat, um es, wenn möglich, Polen anzugliedern, und endlich, als Reaktion auf diese Absichten der Entente, den litauischen Handstreich im Januar 1923 und die Memelkonvention 1924. Die Abschnittüberschriften „Ringen im Rahmen der Normen 1925—1931“, „Kampf 1932—1935“, „Waffenstillstand 1935—1939“, „Heimkehr“, kennzeichnen den weiteren Fortgang der Darstellung.

Der zweite, kürzere Teil des Buchs enthält die Veröffentlichungen aller in Frage kommenden Urkunden seit 1918 bis 1941, ein Verzeichnis der zur Eingliederung des Memellandes vom Großdeutschen Reich ergangenen Verordnungen, eine Literaturzusammenstellung nach Sachgebieten und Karten.

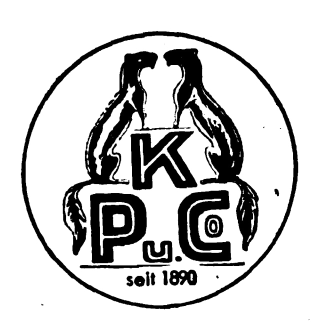
Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 51
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Erich Schafranek, Berlin W 15
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | z. Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany

Die Fremdsprachen-Verlag-GmbH. hat es sich zur Aufgabe gestellt, deutsche Art und deutsche Kultur der europäischen Öffentlichkeit näher zu bringen. Zu diesem Zweck hat sie ein Verlagsprogramm von 34 fremdsprachlichen Publikationen entwickelt. Diese Zeitungen und Zeitschriften gehen teils in die neutralen und in die von Deutschland besetzten Länder, teils dienen sie zur Aufklärung und Information für die in Deutschland arbeitenden ausländischen Arbeitskräfte.



FREMDSPRACHEN-VERLAG
GMBH.
BERLIN-CHARLOTTENBURG

Feine Maßarbeit - Konservierung
Reparaturen



K. Pankow & Co.

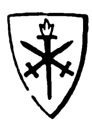
Feine Pelze

BERLIN C 2
Leipziger Straße 75 (am Dönhoffplatz)
Ruf 16 74 51

Das junge dichterische Schaffen

wird vom Verlag in den »LITERARISCHEN WERKEN« im gleichen Maße gefördert wie die Erinnerungsbücher an deutsche Tat und Leistung

v. Hase & Koehler Leipzig



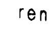
BÜCHER DEUTSCHER KULTUR

Das Leben der Menschen unserer Zeit ist nicht ohne eine Fülle von geistigen und kulturellen Schöpfungen denkbar, die wir Männern des deutschen Volkes verdanken. Um Leben und Leistungen der Großen dem eigenen Volke näher zu bringen, wurde diese neuartige Form von Lebensbildern geschaffen.

160 Seiten Text, 8 Seiten Bilder
Gebunden RM 1.65
Bezug nur durch die Buchhandlungen



WILHELM-LIMPERT-VERLAG
BERLIN SW 68



SOEBEN ERSCHIEN

Gotthard Jäschke



DIE TÜRKEI

in den Jahren 1935 bis 1941

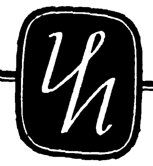
Geschichtskalender
mit Personen- und Sachregister

X, 194 Seiten. Groß-8°. Broschiert RM 9,—

Sammlung orientalistischer Arbeiten
Heft 13

Alle Geschichtsforschung beruht auf sorgfältiger Festlegung der tatsächlichen Geschehnisse. Hier findet der Leser das für die Türkei in den Jahren 1935 bis 1941. Deshalb ist dieser Geschichtskalender unentbehrlich für jeden, der die jüngste Geschichte verstehen will.

Otto Harrassowitz / Leipzig



Schöngeistiges Schrifttum

Kriegsbücher

Erlebnisberichte

Jugendbücher

Geschichtliche Werke

Zu beziehen durch den Buchhandel

VERLAG
DIE HEIMBÜCHEREI
JOHN JAHR
Berlin W 35

Kunst aus deutschem Geist

Eine Schriftenreihe zur deutschen Kultur

herausgegeben von

DR. HANS WÜHR

VERLAG UNESMA
CHARLOTTENBURG 2

Kleine Nordland-Bücherei

BAND 1—15

BD.		RM
1	Sörensen, Die Stimme der Ahnen	1.20
2	Holzner, Das Gesetz Gottes	1.20
3	Pastenaci, Die großen germanischen Führer	1.20
4	Holscher, Feinde des Volkes	1.20
5	Engelkes, Der Kornett des Königs	1.20
6	Holzner, Priestermacht	1.20
7	Walz, Reiterei im Morgenrot, Doppelband	1.80
8	Dhünen, Uta von Naumburg	1.20
9	Holzner, Ewige Front	1.20
10	Ziegler, Soldatenglaube, Soldatenehre	1.20
11	Sörensen, Freund Hein	1.20
12	Eggers, Von der Freiheit des Kriegers, Doppelband	1.80
13	Dickmann, Tapferkeit wirkt Wunder	1.20
14	Renesse, Arbeit und Waffe	1.20
15	Wie die Pflicht es befahl (Worte unserer Kriegsdichter)	1.20



NORDLAND-VERLAG G.M.B.H.
BERLIN SW 11, SAARLANDSTRASSE 66

Jahrbuch der Weltpolitik 1943

Herausgegeben
von

Prof. Dr. F. A. Six
Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

Aus dem Inhalt:

I. Europa und die Welt

Die Weltpolitik im Jahre 1942 - Die europäischen Völker in der Welt - Autarkie, Kontinentalwirtschaft, Weltwirtschaft - Das Schicksal der Neutralität im europäischen Kriege

II. Die Staaten der Erde im Jahre 1942

1. Europa:

Großdeutschland - Böhmen und Mähren - Das Generalgouvernement - Dänemark - Island - Norwegen - Schweden - Finnland . Die besetzten Ostgebiete - Die Sowjetunion - Die Slowakei - Ungarn - Rumänien - Serbien - Kroatien - Bulgarien - Griechenland - Die Schweiz - Italien - Spanien - Portugal - Frankreich - Die besetzten belgischen Gebiete - Die Niederlande - Großbritannien - Eire

2. Der Nahe und Mittlere Osten:

Die Türkei - Syrien und Libanon - Palästina und Transjordanien - Ägypten - Saudisch-Arabien - Irak - Iran - Afghanistan - Indien

3. Ostasien und der Pazifik:

Japan - Mandschukuo - China - Birma - Indochina - Thailand - Inselindien - Portugiesisch-Timor - Die Philippinen - Australien - Neuseeland

4. Amerika:

Kanada - USA - Mexiko und Mittelamerika - Kolumbien - Venezuela - B[illegible]n - Ekuador - Peru - Bolivien - Paraguay - Uruguay - Argentinien - Chile

5. Afrika:

Afrika als weltpolitisches Problem - Südafrika - Die portugiesischen Besitzungen - Belgisch-Kongo - Die britischen Besitzungen - Italienisch-Afrika - Die französischen Gebiete in Afrika - Liberia

III. Die deutschen Auslandswissenschaften im Berichtsjahr

Die deutsche Südostforschung - Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1942 - Die Leistungen der deutschen Auslandswissenschaften im Jahre 1942 - Bibliographie zur Volks- und Landeskunde der fremden Staaten



Die

Großen Publikationen

des

Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

A. Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

I. Abteilung: Reich und Europa

II. Abteilung: Europa und das Weltstaatensystem

III. Abteilung: Länderkunde

Die Repräsentativreihe des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

B. Dokumentationen

I. Dokumente der Weltpolitik

II. Dokumente d. deutschen Politik

III. Dokumente zur Länderkunde

Die Quellen zur Erkenntnis der Reichs-, Europa- und Weltpolitik

C. Handbücher

I. Handbücher zur Auslandskunde
Eine umfassende Darstellung der Leber[illegible]rundlagen der Weltstaaten

II. [illegible]dbuch der Politik
Das Grundlagenwerk der politischen Wissenschaften

III. Wörterbuch der Außenpolitik
Das Nachschlagewerk zur außenpolitischen Terminologie

D. Europa-Bibliographie

Das politische Schrifttum zur europäischen Länderkunde

E. Studien zur Auslandskunde

Die Vierteljahreshefte zur Wissenschaft der Auslandskunde

1. Afrika
2. Ostasien
3. Vorderasien
4. Osteuropa
5. Südost-Forschungen

F. Sprachenkundliche Lehr- und Wörterbücher

Die Grundlagen für die sprachliche Ausbildung, insbesondere in den orientalischen Sprachen

G. Jahrbuch der Weltpolitik

Der Jahresbericht der deutschen Auslandswissenschaften

H. Zeitschrift für Politik

Die führende Monatsschrift zur Problematik der Europa- und Weltpolitik

Verlangen Sie über die vorstehenden Publikationen Auskünfte und einen ausführlichen Teilprospekt von der Forschungs- und Publikationsabteilung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin SW 68, Charlottenstr. 96

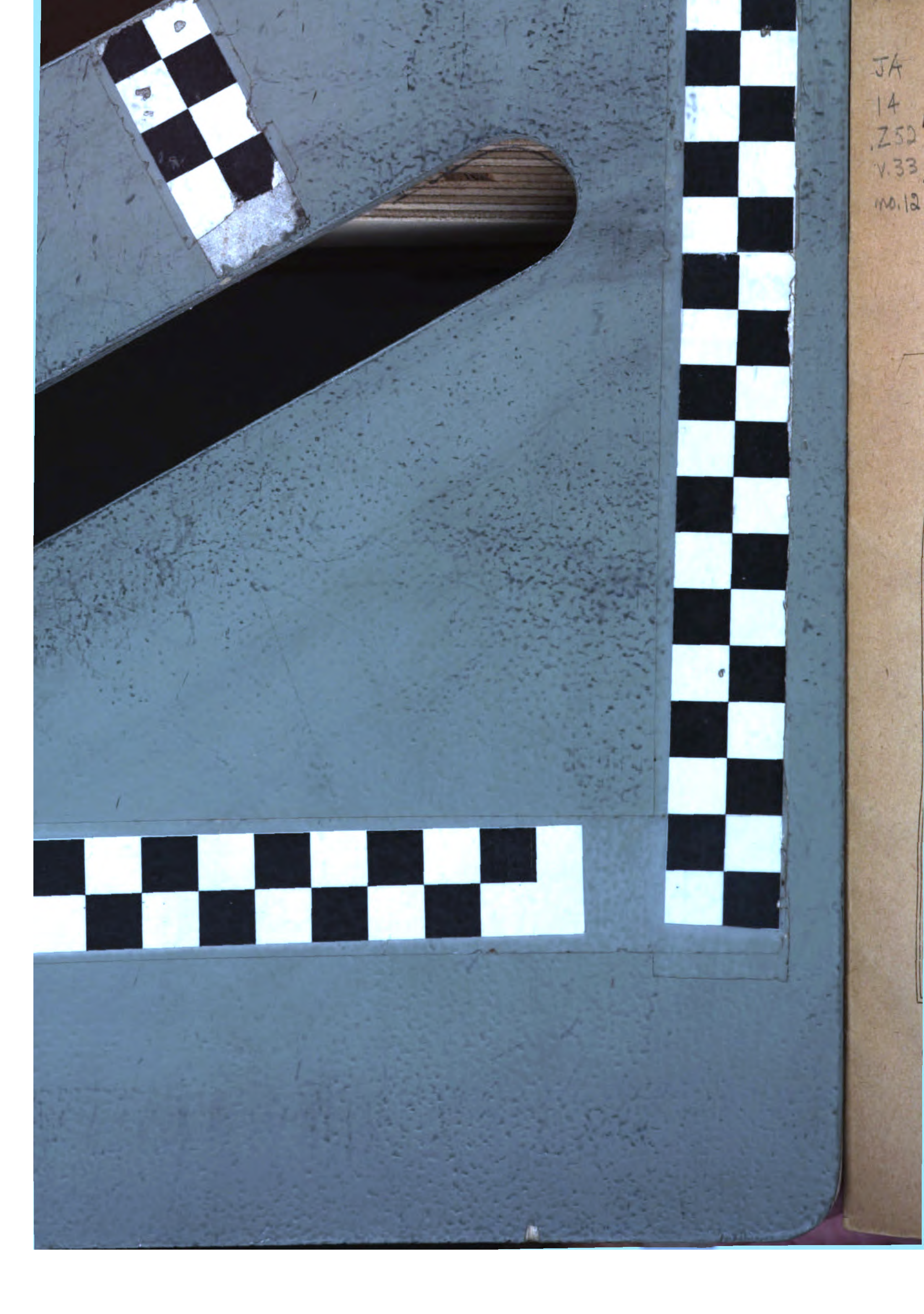











JA
14
.Z52
v.33
no.12

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

33. BAND HEFT 12 DEZEMBER 1943

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Ernesto Gimenez Caballero, Nationalrat, Stadtsekretär von Madrid

Dr. Hans Kaiser, Göttingen, Mühlenstraße 4

Gesandter Prof. Dr. F. A. Six, Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

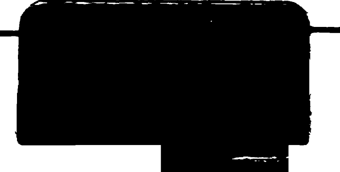
Prof. Dr. Walter Donat, außerpl. Professor an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät, Abt. Japan, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Staatssekretär Viktor Leemans, Brüssel

Prof. Dr. Friedrich Schönemann, Direktor der Abteilung „Vereinigte Staaten von Amerika" des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Prof. Dr. Diedrich Westermann, Direktor der Abteilung „Afrika" des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Prof. Dr. Hans-Joachim Beyer, Prag, Universität



ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom
DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und Ministerialrat Professor Dr. W. Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis: das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. zweimonatlich

33. BAND — DEZEMBER 1943 — HEFT 12

Europa ist ewige Wiedergeburt

Von Ernesto Gimenez Caballero

Diese Erklärung wurde von Herrn Nationalrat Caballero auf der Schlußtagung des Ausländerkursus des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts in Weimar am 3. Dezember 1943 abgegeben.

Wir, Spanier der Gegenwart, meinen, daß der Kampf für die Verteidigung Europas in diesem kritischen Augenblick notwendig dazu führen muß, daß in der Seele aller Europäer ein uneinnehmbares Bollwerk ersteht, ein unwiderstehliches Ideal, eine triumphale Überzeugung, die alle die verzweifelten Angriffe der feindlichen und antieuropäischen Kontinente zuschanden werden läßt.

Und diese Überzeugung, dieses Gedankenbollwerk muß folgendes sein: *Europa ist weder alt noch jung.* (Es war es nicht und wird es niemals sein.) Denn Europa ist *unsterblich.* Europa ist stets wiederkehrende Renaissance. Es ist unvergängliches Wiederauferstehen.

Wir glauben, daß die militärische und heroische Anspannung aller erlauchten Geister Europas, aller seiner Forscher, Gelehrten, Dichter und Naturwissenschaftler darauf ausgerichtet sein müßte, der Welt anschaulich zu zeigen, daß diese Behauptung richtig und den Tatsachen entsprechend ist.

Es sei uns gestattet, einen ideellen Grundriß für diesen Riesenbau aufzuzeichnen:

A. Verteidigung.

1. Als falsch zurückgewiesen werden muß die überlieferte Auffassung, Europa sei eine Tochter des Orients. (Der Mythos von Agenor; Mesopotamien, das Paradies auf Erden; Indien, die Wiege des Menschengeschlechts; der zivilisatorische Vorrang Ägyptens, Chinas, Phöniziens usw.)
2. Als falsch bekämpft werden muß die Behauptung, Europa beginne erst mit dem antiken Griechenland und nicht schon in vorgeschichtlicher Zeit mit den Anfängen des Menschengeschlechts auf der Erde.
3. Ad absurdum zu führen ist die Spenglersche Vegetationsthese von der Vielzahl gleichstarker Kulturen, die zum Beispiel die Kultur des Abendlandes neben die aztekische oder pharaonische stellt. Zu Staub werden muß die These, daß das Abendland, also Europa, sich in Dekadenz befinde. Denn niemand ist besiegt, bis er sich selbst für besiegt hält, und Europa wird sich nie geschlagen geben!
4. Unerschrocken muß man auf der Wahrheit beharren, daß, wenn Amerika etwas ist, dann nur insoweit, als es ein Ableger Europas ist, eine Projektion Europas in der Quantität, aber nicht in der Qualität. Ebenso ist es mit Rußland.

B. Angriff.

1. Man muß zeigen, daß die Idee „Europa“ unter verschiedenen Namen im Verlauf der Vorgeschichte und Geschichte immer bedeutete: Maß, Beschränkung, Harmonie, aktive Einheit, schöpferische Aufwärtsentwicklung der Menschen, Mystik des Lebens.
2. Man muß zeigen, daß diese europäische Idee seit der Altsteinzeit existierte auf einem noch nicht genau abzugrenzenden, aber mehr oder weniger dem entsprechenden Gebiet, das Europa immer gewesen ist.
3. Man muß zeigen, daß der Grundzug dieser „konstanten Idee“, dieses „permanenten Gesetzes“, unter vorübergehenden Schwächen, zeitweisen schweren Krisen und furchtbaren Erschöpfungszuständen zu leiden hatte, was wir historisch „Mittelalter“ oder Übergangszeiten nennen würden und was die Vorbereitungszeiten neuer Renaissancen sind. Europa hat nicht mehr als zwei Phasen, Zeitalter oder historische Zyklen: Mittelalter und Renaissance, Tod und Auferstehung, Winter und Frühling.

4. Die Fruchtbarkeit Europas ist unerschöpflich wie Vaterschaft und Zeugungskraft des kosmischen Don Juan. Ein männlicher, kein weiblicher Zug geht durch das Europäische; es ist Befruchtungsfähigkeit, imperiale Kraft.
5. Man muß zeigen, daß seit vorgeschichtlicher Zeit dieser vitale, europäische Genius die außereuropäischen Kulturen befruchtete, welche, die augenblickliche Schwäche des Erzeugers ausnutzend, in Form von Invasionen und Verwüstungen auf Europa zurückwirken; aber daß gerade dieser Ansporn der Gefahr Europa immer reagieren, sich erheben, aus sich selbst heraus wieder neu erstehen ließ, wie den Vogel Phönix aus der Asche.

   Notwendige Voraussetzung für jede Renaissance Europas ist der ihm drohende Tod, die tragische Krise, der Ansporn der Lebensgefahr.
6. Deshalb ist Europa weder alt noch jung, sondern schwach oder stark. Und sein Geheimnis ist das, was wir auf spanisch nennen: „Kraft schöpfen aus der Schwäche", ein heroisches Geheimnis.
7. Unter den augenblicklichen Umständen befindet sich Europa in einer fruchtbaren Krise, wie 1918, in der napoleonischen Zeit, zu Zeiten Karls V., von Navas de Tolosa, oder unter Karl Martell, im Kampf gegen Karthago, in den Perserkriegen der Griechen oder den Kämpfen prähistorischer, europäischer Rassen gegen Invasionen aus Asien oder Afrika. Und diese Krise wird überwunden werden, vielleicht durch ein neues, unvermeidliches Mittelalter.

   Ein anderes Kennzeichen Europas ist die Ablösung der Kämpfer im Tragen des heiligen und ewigen Feuers. Die Kämpfer wechseln, das Feuer bleibt.
8. Die Furcht vor dem Russischen und dem Amerikanischen muß ausgelöscht werden dadurch, daß man zeigt, daß beide romantische, maßlose und auf die Dauer unfruchtbare Erscheinungen sind. Vieles stammt aus Europa, ist aber entartet, ins Barbarische vergröbert:

   Die soziale Idee Rußlands ist europäisch. Rußland hat weiter nichts getan, als dieser Idee das europäische Maß zu nehmen, indem es die Quantität steigerte und die europäische Idee der Arbeitermasse ins Unendliche „asiatisierte".

   Die kapitalistische Idee Amerikas ist europäisch. Amerika hat weiter nichts getan, als dieser Idee das europäische Maß zu nehmen, indem es alle Grenzen der Quantität auslöschte

und den europäischen Sinn für die Initiative des einzelnen „taylorisierte".

9. Die ewigen Waffen gegen Orient und Okzident sind in Europa immer geistig.

   Das, was in der Rom-Idee — zuletzt durch den Duce verkörpert — seinen Ausdruck fand, wird nie vergehen. Gerade gegenüber dem asiatischen Mystizismus des Bolschewisten wird, wenn er von neuem in Europa einbricht, Rom von neuem einen anderen Mystizismus erschaffen: den der echten Heiligkeit; den Heiligen, der noch über dem Helden steht. Dies ist eine spezifische Waffe Europas in allen seinen Mittelaltern.

   Ebenso wird der germanische Rassismus nicht vergehen. Dieser Rassismus würde in einer neuen mittelalterlichen Ausdrucksform von großer kämpferischer Wirksamkeit die dynastische Mystik verkörpern: nicht die Wiederherstellung der alten, sondern die Errichtung neuer monarchischer und aristokratischer Herrschaftsformen.

10. Alle europäischen Gedanken und Denker, die von diesem Geist des Kampfes und der Verteidigung erfüllt sind, müssen herangezogen werden.

   Mazzini zum Beispiel sagte, Europa sei „das Ferment der Welt". Ebenso dachte auch unser *Donoso Cortés.*

   Burckhardt, der große Renaissanceforscher, sah Europa als „alte und neue Quelle des Lebens", als „geistig und vielfältig".

   Die Griechen sahen in Europa den Kosmos, das ist die „vollkommene Ordnung", mit dem platonischen und heldischen Symbol „Marathon" gegenüber dem Orient.

   Leibniz sah es als „ewigen Kampf gegen die Barbaren",
   Himly als „das harmonischste Werk der Schöpfung".

   Viktor Hugo sah Europa eines Tages geeint, ohne Russen und Engländer.

   Wir Spanier sehen es als den einzigen Sitz des ewigen und weltbeherrschenden Katholizismus;

   Hitler als eine und dieselbe Lebensauffassung, die in Griechenland, in Rom, auf den Katalaunischen Feldern und im Spanien der Reconquista in Erscheinung tritt, wie unter Karl V., Napoleon und heute unter seiner titanischen und typisch europäischen Führung.

„The Third World War"?

Englands Europapolitik im Konflikt der Jahrhunderte

Von Hans Kaiser

„Der Faktor, der die militärische Situation der Insel Britannien, die an den westlichen Grenzen Europas gelegen ist, entscheidend geändert hat, ist nicht, wie man gemeinhin sagt, ihre verstärkte Verwundbarkeit durch moderne Waffen — diese Frage steht noch offen, und die Verteidigungswaffen mögen sich ebenso schnell wie die Angriffswaffen entwickelt haben —, sondern die veränderte Situation Europas, die aus der zunehmenden Größe der Machteinheit in Europa resultiert[1]). Wie schon früher gezeigt worden ist, haben sowohl der militärische Faktor wie auch der wirtschaftliche Faktor, von dem die militärische Stärke immer mehr und mehr abhängt, die kleine und sogar die mittlere unabhängige Einheit veralten lassen[2]). Die Größe der Einheiten, welche in der *zwischenstaatlichen* Politik wirksame Geltung haben, wächst beständig. In Europa ist heute nicht mehr länger Raum für jene drei oder vier bedeutenden und starken Länder, deren mehr oder weniger gleiche Rivalitäten Großbritannien in der Vergangenheit befähigten, sich durch die Balance of Power zu *sichern*."

Mit diesen Worten kennzeichnet in seinem Werk „Conditions of Peace" der führende englische Fachvertreter der Wissenschaft von der Auswärtigen Politik, Professor Edward Hallett *Carr*, die Bedeutung der „increasing size of the unit of power". Durch die Wandlung der im zwischenstaatlichen Leben bestimmenden Größeneinheit hat die überlieferte britische Europapolitik ihre Anwendbarkeit in der politischen Realität verloren. Angesichts der sich im 20. Jahrhundert herausbildenden Wechselbeziehungen zwischen räumlicher Größe und politischem Gewicht ist der Balance of Power, durch deren geschickte Ausnutzung zwecks Verhinderung einer kontinentalen Geschlossenheit die britische Insel bislang ihre räumliche Unzulänglichkeit auszugleichen bestrebt war, ihre einstige Geltung genommen.

Die aktuellen Besprechungen der leitenden Politiker Großbritanniens und der Vereinigten Staaten mit den bolschewistischen Machthabern veranschaulichen nur noch mehr die außenpolitische Krise jenes England, das den zweiten Weltkrieg herbeiführte, um

---

[1]) ... but the changed situation in Europe due to the increasing size of the unit of power.

[2]) ... are rendering obsolete the small and even the medium-sized independent unit.

die Balance of Power gegenüber der Erstarkung des Reiches und damit Kontinentaleuropas gewaltsam zu erhalten, und das nun im Jahre 1943 offen zugeben muß, daß der mit London verbündete bolschewistische Koloß sich Europa als Sprungbrett für die weltrevolutionären Zielsetzungen Moskaus sichert. Ausdruck der Unzulänglichkeit der britischen Außenpolitik angesichts der von den Londoner Politikern nicht erkannten Entwicklungslinien des 20. Jahrhunderts ist die Tatsache, daß man in der angelsächsischen Welt schon heute den dritten Weltkrieg als Lösungsmöglichkeit zukünftiger Konflikte diskutiert. Man weiß im Unterbewußtsein nur zu gut, daß neben dem Scheitern der bisherigen Formen der britischen Europapolitik auch alle Nachkriegsillusionen keine konstruktive Friedensordnung herbeizuführen vermögen.

Wie die Balance of Power angesichts der Gegebenheiten des 20. Jahrhunderts unhaltbar ist, so haben auch alle anderen englischen Versuche, in der Gegenwart politische Organisationsformen zu entwickeln, die Großbritannien noch den gleichen vorherrschenden Einfluß wie im 19. Jahrhundert sichern sollten, keine Aussicht auf Erfolg.

„Wenn wir auch die überragende Bedeutung der Planungen für die Zukunft erkannt haben, so müssen wir jedoch auf der Hut sein gegen landläufige, mit viel Reklame eingeführte Angebote fertiger Systeme der Weltorganisation. Es ist ein weitverbreitetes Verfahren, sich plötzlich in die Ausarbeitung irgendeines konstitutionellen Rahmens für die ganze Welt oder für ganze Kontinente hineinzustürzen — eine Föderation, eine wiederbelebte Liga der Nationen oder die ‚United States of Europe' —, der am Ende des Krieges durch Übereinkunft aufgerichtet werden soll. Eine Art von naiver Arroganz ist in der Annahme enthalten, daß das Problem der Menschheitsregierung, welches dem menschlichen Verstand und der menschlichen Erfahrung jahrhundertelang getrotzt hat, aus der Hand gelöst werden kann durch eine saubere, papierene Konstruktion einiger naiver Idealisten. Ausgenommen die Hinlenkung der öffentlichen Meinung auf die Notwendigkeit einer radikalen Änderung, üben die Verfechter von Projekten wie Federal Union einen verhängnisvollen Einfluß dadurch aus, daß sie das Problem aufs gröbste vereinfachen und die Notwendigkeit verschleiern, mit Geduld und Demut die historische Perspektive und die wirtschaftliche Organisation der Welt, für die sie so viele Vorschläge machen, zu studieren. Projekte einer wiederbelebten und revidierten Liga der Nationen haben den Vorteil, daß sie auf etwas aufbauen, was bestanden hat und was sich in der Vergangenheit einer gewissen populären Unterstützung erfreute. Aber die Tradition der Liga der Nationen ist eine Tradition der Frustration und — was noch verhängnisvoller ist — die Tradition einer engen Verbindung mit den Interessen einer partikularen Mächtegruppe; und ihre Ideologie war auch aus den politischen Traditionen des 19. Jahrhunderts entwickelt, welche sich bereits als unfähig zur Lösung unserer modernen Probleme erwiesen haben."

Die in der angelsächsischen Welt verfochtenen Nachkriegspläne sind deshalb in so weitgehendem Umfang zur Aussichtslosigkeit

verurteilt, weil das Versagen der immer erneut propagierten leitenden Maximen in der bisherigen außenpolitischen Praxis ergänzt wird durch den Zusammenbruch des alle derartigen Pläne bestimmenden ideologischen Systems. Die Unvereinbarkeit der von den Verfechtern der „westlichen Zivilisation“ auch heute noch den Ideen des nationalsozialistischen Deutschlands entgegengestellten Begriffswelt der französischen Revolution und des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges stellt Professor Carr deutlich heraus:

„Diejenigen, welche eine Wiederbelebung der Liga der Nationen im wesentlichen in ihrer früheren Form erwägen, mit einigen wenigen Änderungen, die zu ihrer ‚Stärkung‘ bestimmt sein sollen, verdienen die gleiche Verurteilung der Befürworter der Federal Union. Die Ideale der französischen Revolution und des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges sind heute unzureichend — teilweise sogar irrelevant — für die Lösung der modernen Regierungsprobleme ... Wenn man also mit konstitutionellen Plänen (constitutional structures) beginnen wollte, so hieße das, am verkehrten Ende anzufangen. Weil wir sowohl die Tatsache wie auch die Notwendigkeit der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den Nationen eingesehen haben, sollten wir uns deshalb nicht als berechtigt ansehen, ein Utopia ins Auge zu fassen, wo der Löwe — oder sogar der Adler — zu gleichen Bedingungen mit dem Lamm sich niederlegen wird. Die Außenpolitik wird nicht zu bestehen aufhören für diejenigen, welche Macht besitzen (für diejenigen, welche keine Macht besitzen, war sie immer so etwas wie eine Illusion); und es wird in der neuen Welt ebenso notwendig sein, die Realitäten der Macht in Rechnung zu stellen, wie es das in der alten war.“

Nicht ideologische und konstitutionelle Illusionen, sondern allein die tatsächliche innere und äußere Kraft als wahrhafte politische Macht sind in der Realität der zwischenstaatlichen Beziehungen ausschlaggebend. Hinsichtlich der Gewalt der Ideen und hinsichtlich der sich immer stärker herauskristallisierenden Bedeutung des Raumes als wesentlichen machtpolitischen Faktors kommt die Krise des britischen Systems als Ausdruck der Wandlungen des 20. Jahrhunderts gegenüber den Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts der englischen Auslandswissenschaft gerade in dem Augenblick zum Bewußtsein, da das Reich und Europa als Idee und als Raum ihre Übereinstimmung mit den Erfordernissen des 20. Jahrhunderts erwiesen haben.

Wie aus Professor E. H. Carrs 1942/43 in London erschienenem Buche „Conditions of Peace“ hervorgeht, ist sich dieser Vertreter der International Politics des tiefen Gegensatzes zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert weitgehend bewußt und auch der Tatsache, daß die britische Politik ein Opfer ihres Unvermögens geworden ist, den Unterschied zwischen dem „britischen Jahrhundert“ und der Gegenwart zu erkennen und sinnvoll zu berücksichtigen.

„Es ist außerordentlich wichtig, daß am Ende dieses Krieges ein klares Verständnis der veränderten Position Großbritanniens seit den rosigen Tagen des

19. Jahrhunderts vorhanden sein sollte. Ein Mangel dieses Verständnisses war verantwortlich für viele der verhängnisvollen Vorfälle der Periode 1919—1939. Die Konfusionen der britischen Außenpolitik in dieser Periode waren eher das Ergebnis als die Ursache des Niedergangs in der britischen Macht und des britischen Prestiges in den zwischenstaatlichen Angelegenheiten; und diese Konfusionen traten ein, weil die Wandlung in der Situation weder von den britischen Staatsmännern noch von der britischen Öffentlichkeit erkannt und berücksichtigt wurde. Die Einzigartigkeit der britischen Position in der modernen Geschichte entspringt einer zentralen Tatsache. Teils infolge der Geschicklichkeit und der Erfindungsgabe seiner Bewohner, teils infolge des verhältnismäßig hohen Grades politischer Entwicklung, die von ihm bereits 1800 erreicht worden war, aber vor allem dank der günstigen Lage seiner natürlichen Reichtümer war Großbritannien der übrigen Welt weit voraus in jenem umfassenden Prozeß industrieller Entwicklung, die das 19. Jahrhundert zu einer der bemerkenswertesten Perioden der überlieferten Geschichte machte. Während der Mitte des Jahrhunderts war Großbritannien für die Welt der wesentliche Lieferant fast aller industrieller Haupterzeugnissse. Es bezog dafür von der übrigen Welt seinen Bedarf an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und wenigen spezialisierten Luxusartikeln. Es war auf diese Weise fähig, voranzugehen in einer bemerkenswerten Hebung im Lebensstandard. Es konnte eine überragende Präponderanz in jener Form militärischer Macht erlangen, welche seinen Notwendigkeiten am besten entsprach — die erste und bis zum Ende des Jahrhunderts die einzige moderne Flotte im großen Stil. Die solide Grundlage des Zwei-Mächte-Standards auf maritimem Gebiet und alles dessen, was er umschloß, war die Tatsache, daß bis zu den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts der britische Export denjenigen der beiden nächstfolgenden größten Mächte zusammengenommen übertraf. Diese Ungleichheit konnte nicht gut auf die Dauer anhalten. Großbritannien besaß kein Monopol auf natürliche Reichtümer oder Fähigkeiten. Wo es vorangeschritten war, konnten andere günstig gelegene Länder, welche größere Territorien und größere Bevölkerungsziffern besaßen, folgen. Um 1913 rangierten Großbritannien, Deutschland und die Vereinigten Staaten fast gleich als Exportländer. Die gesamte Produktion Deutschlands war ebenso groß, diejenige der Vereinigten Staaten mehr als zweimal so groß wie diejenige Britanniens.

Diese Wandlungen spiegelten sich schnell in der zwischenstaatlichen Situation wider. Der Burenkrieg gab Britannien ein ungewöhnliches und vorübergehendes Gefühl des Verfalls und zeigte der übrigen Welt, daß es weniger unbesieglich und weniger unverletzlich war, als angenommen wurde. Die Gestaltung der europäischen Politik wurde bald umgeformt. Die deutsche Drohung gegenüber der britischen Suprematie nahm deutlichere und aggressivere Formen an. Dadurch, daß das deutsche Marineprogramm Großbritannien zur Beschleunigung seines Flottenbaues und zur Konzentration seiner Marine zwang, bedeutete es ein ernstes Hindernis für Britannien als Weltmacht. Großbritannien antwortete dadurch, daß es Frankreich in sein Defensivsystem hineinnahm, wodurch es seine Schwäche enthüllte und unmerklich die ganze Grundlage seiner Politik änderte."

Der erste Weltkrieg, der Zeitabschnitt 1919—1939 und der zweite Weltkrieg sind deutlich sichtbare Etappen des allgemeinen Zerfalls des britischen Systems.

„Obwohl Britanniens einzigartige Suprematie an industrieller Macht bereits vor 1914 verschwunden war, blieben doch viele ihrer Attribute — besonders Britanniens unbestrittene Vorrangstellung in der Finanz und der Schiffahrt —

noch fast unversehrt. Der Krieg unterminierte diese und schwächte auf diese Weise Großbritanniens Stellung als Weltmacht. Es war nicht mehr länger das größte Produktions- oder das größte Exportland in der Welt. Es war immer noch infolge seiner ausgedehnten Investitionen im 19. Jahrhundert das größte Gläubigerland. Aber es verkaufte große Teile seiner Investitionen an die Vereinigten Staaten, um den Krieg zu finanzieren; und die Einkünfte aus dem Rest wurden, anstatt wie in den glücklichen Tagen des 19. Jahrhunderts wieder im Ausland investiert zu werden, in zunehmendem Maße erforderlich, um in der Periode zwischen den beiden Kriegen den Überschuß des Imports über den Export zu bezahlen. In der Schiffahrt war England noch führend. Aber die überlegene Prädominanz, welche ihm einst zusammen mit wenigen kleineren Ländern ein wirksames Monopol im Zwischenhandel der Welt gesichert hatte, gehörte einer entfernten Vergangenheit an. Dieser Niedergang in der wirtschaftlichen Macht wurde in einem Abfallen der militärischen Stärke widergespiegelt. Nach 1919 war an eine Wiederbelebung des Zwei-Mächte-Standards auf maritimem Gebiet nicht zu denken; und das verhältnismäßig geringe Ausmaß britischer Überlegenheit über die japanische Marine gab Japan eine wirksame Präponderanz an Macht über Großbritannien im Fernen Osten. In der Luft versuchte Großbritannien nicht ernsthaft, mit anderen europäischen Mächten zu wetteifern.

Diese Umstände erklären den äußerst peinlichen und unbefriedigenden Charakter der britischen Außenpolitik zwischen den beiden Kriegen — ihr Unvermögen, irgendeine brauchbare Koordination zwischen Zielsetzungen und Mitteln herbeizuführen. Die öffentliche Meinung erwartete eine Politik — und die Minister ermutigten sie zu oft zu derlei Erwartungen —, welche als Voraussetzung zu ihrer Wirksamkeit sowohl die Fähigkeit wie auch die Bereitwilligkeit umschloß, sofortige militärische Aktionen in fast jedem Teil der Welt zu ergreifen, um eine solche Politik gewaltsam durchzusetzen. Zu keiner Zeit nach 1919 besaß Großbritannien den bequemen und angenehmen Spielraum militärischen Übergewichts, wodurch solch eine Politik allein ermöglicht wird. Die Wurzel dieser Diskrepanz zwischen Politik und vorhandenen Mitteln (resources) lag in dem traditionellen Charakter des britischen Denkens und in der hartnäckigen Weigerung des britischen Volkes — in mancher Beziehung bewundernswert, aber doch gefährlich —, einzusehen, daß Großbritannien nicht mehr länger die gleiche Stellung müheloser Suprematie einnahm, deren es sich fast das ganze 19. Jahrhundert hindurch erfreute. Ein Umstand, welcher die Aufrechterhaltung dieser tröstenden Illusion erleichterte, ist darin zu erblicken, daß der Niedergang relativ, nicht absolut gewesen war. Der Lebensstandard war noch im Ansteigen. Die allgemeine Struktur des britischen Wirtschaftslebens war unverändert. Trotz der Arbeitslosigkeit — und die Arbeitslosen wurden infolge ihres geringen politischen Einflusses häufig als eine unwichtige Beigabe behandelt — schien Großbritannien sich auf der Skala der Prosperität noch aufwärts zu bewegen. Während Deutschland nach dem verlorenen Krieg wußte, daß seine zwischenstaatliche Stellung geschwächt war, und heroische Schritte unternahm, um dieses wiedergutzumachen, fiel Großbritannien leicht in die bequeme Annahme zurück, daß es infolge des gewonnenen Krieges stärker und unüberwindlicher sei denn jemals und daß keine besonderen Anstrengungen seinerseits erforderlich wären. Es wurde bereitwillig angenommen, daß der zwischenstaatliche Status Großbritanniens (the international status of Great Britain) unverändert wäre oder daß er sogar durch den Sieg von 1918 noch verbessert worden sei; und jegliche Anwandlungen [realistischer Erkenntnis] wurden zum Schweigen gebracht durch leere Redensarten über die Liga der Nationen oder englisch-amerikanische Zusammenarbeit."

In diesen Worten ist das Kernproblem der britischen Welt- und Europapolitik — nämlich Londons Unfähigkeit zur Erzielung eines konstruktiven Verhältnisses zu den Gegebenheiten des 20. Jahrhunderts — angesprochen. Wenn *Churchill* in all seinen Schriften das Reich als Macht deshalb mit seinem Haß verfolgt hat und noch verfolgt, weil es die traditionelle britische Europapolitik nicht mehr zuzulassen gewillt ist[3]), so sind obige Ausführungen nur eine Unterstreichung des geschichtlichen Sinnes unseres Kampfes gegen den Versuch Großbritanniens, unserem Kontinent die Vorstellungen des 19. Jahrhunderts gewaltsam aufzwingen zu wollen. Professor Carr hat sich vor der Aufnahme seiner wissenschaftlichen Tätigkeit im Jahre 1936 zwanzig Jahre hindurch im aktiven Dienst des Foreign Office betätigt. In seinen Werken — z. B. „Michael Bakunin", „The Twenty Years' Crisis, 1919—1939", „International Relations since the Peace Treaties", „The Future of Nations", „Conditions of Peace" — hat er sich mit den Problemen der Zeitgeschichte und ihren Hintergründen beschäftigt. Dieser bemerkenswerte Vertreter der politischen Wissenschaft Großbritanniens, mit dem sich trotz so mancher abwegigen Konstruktionen eine Beschäftigung lohnt, ist in seinem ganzen Schrifttum durch all die Jahre vor und nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges eine Verdeutlichung des ungelösten Konflikts zwischen Englands Verhaftetsein im 19. Jahrhundert und den Erfordernissen des 20. Jahrhunderts.

Wesentlich ist, daß Carr die englische Politik von dem Kernproblem aus, nämlich dem Widerspruch zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert, zu untersuchen bemüht ist. Er unterscheidet sich in diesem Bemühen zur Herausstellung der Hintergründe des gegenwärtigen Geschehens von den meisten Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten seines Landes. Carr versucht die Konstatierung und die Analyse dieses Konflikts der Jahrhunderte. Darüber hinaus ringt er um künstliche Konstruktionen, die die „Fehlrechnungen der Vergangenheit" ausgleichen, die „Britanniens veränderte Lage" berücksichtigen und die dennoch für England eine zukünftige Wirkungsmöglichkeit erschließen sollen. Er selbst wird zum Opfer dieses Versuches, das Unmögliche durch gedankliche Konstruktionen als möglich erscheinen zu lassen. So eindrucksvoll er die Unvereinbarkeit der Balance of Power-Pläne, der Wiederbelebung einer Liga der Nationen oder der Verfechtung all der verschiedenen Formen von „Federal Union" mit den Gegebenheiten des 20. Jahrhunderts nach-

[3]) Vgl. „Das Neue Europa", 15. März 1942: „Churchills Haß gegen den Frieden Europas".

weist, so weiß auch er letzten Endes keinen schöpferischen und durchführbaren Ausweg aus der totalen Krise Großbritanniens zu zeigen.

Wie beurteilt Carr das englische Verhältnis zu Kontinentaleuropa vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus? Bei einer Untersuchung der militärischen und politischen Faktoren hat Carr den Standpunkt vertreten, daß Großbritannien sich gerade infolge seines Machtzerfalls eine Isolierung von Europa nicht mehr leisten könne. Die gleiche Ansicht vertritt er auch bei seiner Beschäftigung mit den wirtschaftlichen Faktoren. Es geht ihm auch hier darum, nach all den Rückschlägen im weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Sektor, Europa zu einer Basis im wirtschaftlichen Ringen Englands mit den übrigen Mächten der Welt zu machen.

„Heute wird die Richtung des Handels in viel stärkerer Weise von politischer und militärischer Macht bestimmt als in irgendeiner anderen Periode der neueren Geschichte; und es scheint wenig wahrscheinlich, daß eine Änderung dieser Zeitströmung eintreten wird. Wenn Britannien sich heute von Europa isolieren wollte, so würde das bedeuten, und zwar in einem Maße, das im 19. Jahrhundert nicht zugetroffen wäre, daß es sich am Handel mit Europa desinteressieren würde. Eine große und mächtige kontinentale Einheit, aus der Britannien ausgeschlossen wäre, würde — wenn sie auch nicht vollständige Selbstgenügsamkeit erlangen könnte — sicherlich in der Lage sein, sich von vielen Produkten und Industrieerzeugnissen, die vor 1939 von Großbritannien in gewohnter Weise nach Europa exportiert worden waren, unabhängig zu machen. Die Frage, ob Britannien es sich leisten kann, sich von einer aktiven Teilnahme an europäischen Angelegenheiten fernzuhalten, ist teilweise abhängig von der Frage, ob Großbritannien es sich leisten kann, sich von einem großen Teil seiner früheren europäischen Märkte zu trennen.

Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Wie schon ausgeführt worden ist, kann irgendeine starke Hinwendung zur Selbstgenügsamkeit aller Wahrscheinlichkeit nach nur bei einer Senkung des Lebensstandards erreicht werden; und Großbritannien muß seine industrielle Erzeugung aufrechterhalten, wenn es wünscht, eine Großmacht zu bleiben. Seine ‚unsichtbaren Exporte' haben einen beträchtlichen Niedergang, der kaum wieder aufgeholt werden kann, erfahren. Die Aufrechterhaltung des britischen Exports ist deshalb lebensnotwendig (vital). 1913 nahm Europa (einschließlich Rußlands) 34 % des britischen Exports auf. Nach dem letzten Krieg fiel der Hundertsatz unter 30, stieg im Jahre 1931 auf 34 und war um 1938 wieder auf 30,5 gesunken. 1913 nahm Europa 51 % und 1938 59 % der britischen Wiederexporte auf — das Ergebnis eines bedeutenden Zwischenhandels, aus dem Britannien durch eine europäische Einheit, die unabhängig von England organisiert wäre, vollständig verdrängt werden könnte. In verschiedenen Teilen der Welt muß der kürzliche Niedergang des britischen Handels wahrscheinlich als dauernd angesehen werden. 1913 schickte Britannien 16 % seines Exports nach Nord- und Südamerika, 1938 nur 12 %. 1913 nahm Asien (ausgenommen Indien, andere britische Besitzungen und das asiatische Rußland) 8,7 % des britischen Exports auf, 1938 nur 4,4 %. Im Jahre 1913 nahm Indien mit Birma 13,3 % des britischen Exports auf, 1938 nur 7,7 %. Es ist klug, mit einem anhaltenden Rückgang der Märkte für den

britischen Handel im Fernen Osten und in Lateinamerika zu rechnen. Es würde wenig Neigung vorhanden gewesen sein, zu bestreiten, daß es von lebenswichtiger Bedeutung ist, diese Verluste auszugleichen durch eine Expansion des britischen Handels mit Europa, wenn nicht die etwas übertriebenen Hoffnungen bestanden hätten hinsichtlich einer fast unbegrenzten Zunahme des Exports nach dem britischen Empire (Indien ausgenommen). 1913 nahmen die Dominions 17,5 %, die Kolonien und Protektorate 6,2 % des britischen Exports auf; 1938 lauteten die entsprechenden Ziffern 29,8 bzw. 12,2 %. Diese ermutigenden Angaben haben der in einigen Kreisen populären Annahme, daß die Zukunft Britanniens in einer Abwendung von Europa und in einer Entwicklung seines Wohlstandes auf der Grundlage noch engerer wirtschaftlicher Beziehungen mit seinem überseeischen Empire beruht, Unterstützung gewährt. Seit 1919 ist eine Befürwortung der Isolierung von Europa fast immer verbunden worden mit der Forderung nach engeren Handelsbeziehungen mit den Dominions.

Diese Hypothese eines zunehmenden Weltreichshandels wird unglücklicherweise einer genaueren Überprüfung unter dem Gesichtspunkt der Tatsachen nicht standhalten. Selbst die zitierten Prozentzahlen sind in gewisser Weise irreführend; denn sie verschleiern die Tatsache, daß diese Periode eine solche des absinkenden britischen Exports war und daß die absolute Zunahme des britischen Exports nach dem Empire wesentlich weniger eindrucksvoll war, als die Prozentzahlen andeuten könnten. Dies ist jedoch von sekundärer Bedeutung. Die Hypothese eines imperialen Marktes, der genügend ausgeweitet werden könnte, um Britannien zu entschädigen für den sonstigen Niedergang seines Handels, war auch noch aus anderen Gründen dem stärksten Zweifel unterworfen, sogar bevor die Ottawa-Konferenz von 1932 diese Frage zur Diskussion gestellt hatte. Die britischen Delegierten für jene Konferenz waren bereits skeptisch hinsichtlich der Gültigkeit dieser Hypothese. ‚Das Vereinigte Königreich ist so stark industrialisiert', sagte Mr. Baldwin, ‚daß es für die physische Existenz seiner Einwohner lebensnotwendig ist, ausreichende Märkte für seine Erzeugnisse zu finden', und er erklärte sodann, daß mehr als die Hälfte seines Exporthandels tatsächlich von fremden Ländern aufgenommen würde. Gab es irgendeine sinnvolle Hoffnung, daß die Dominions und die Kolonien zusammengenommen diese Lücke füllen konnten? Ein sorgfältiges Studium des britischen Handels mit den Dominions zeigte, daß diese dem von Indien und anderen Ländern eingeschlagenen Weg zu folgen begannen, deren Handel mit Großbritannien in so bedauerlicher Weise abgefallen war. Das Verhältnis der Verbrauchsgüter zu dem Gesamtexport nach den Dominions (und im Falle des Vereinigten Königreiches bedeuteten ‚Verbrauchsgüter' vor allem Textilien) war im Sinken begriffen, und das Verhältnis an Kapitalgütern (Eisen, Stahl und Maschinerie) stieg an. Mit anderen Worten, die Dominions begannen wie andere Länder, aus Großbritannien vornehmlich die erforderlichen Mittel zu importieren, um mit deren Hilfe in der Zukunft den Import von Verbrauchsgütern unnötig zu machen, welche in der Vergangenheit den hauptsächlichen Teil ihres Imports dargestellt hatten. Eines Tages werden die Kolonien auch denselben Weg einschlagen.

Aber wenn die Hypothese eines sich unbegrenzt erweiternden Marktes in den Dominions schon vor 1932 von zweifelhaftem Wert gewesen war, so zerstörte die Zeit nach der Ottawa-Konferenz ganz und gar die Möglichkeit eines weiteren Glaubens an diese Hypothese. Der fähige Historiker der britischen Weltreichsbeziehungen gibt dem Abschnitt, der der Periode nach Ottawa gewidmet ist, die bezeichnende Überschrift ‚Imperial Self-Insufficiency, 1932—38' (W. K. Hancock, Survey of British

Commonwealth Affairs); und unter dem Druck der Tatsachen zeigt er den rapiden Verfall der Konzeption eines sowohl dem Mutterlande wie auch den Dominions genügenden imperialen Marktes auf ... Sowohl die Notwendigkeit einer Gegenseitigkeit mit dem Ausland wie auch die industrielle Entwicklung in den Dominions machten die Vision eines unbegrenzten imperialen Marktes für den britischen Export illusorisch ... Im November 1938 schlossen Großbritannien, Kanada und Australien mit den Vereinigten Staaten Handelsverträge, welche als Beendigung der eigentlichen Ottawa-Periode bezeichnet werden können."

Die starken Rückschläge, die Großbritannien wie auf außenpolitischem so auch auf handelspolitischem Gebiet erlitt, glaubte es durch den zweiten Weltkrieg ausgleichen zu können. Gerade aber die Entwicklung der Beziehungen Englands zu seinen Bundesgenossen hat eine immer umfassendere Ausschaltung Großbritanniens aus dem bestimmenden Einfluß der Weltpolitik und eine immer rücksichtslosere Verdrängung von früher innegehabten wirtschaftlichen Positionen offenbar werden lassen. Die Verluste im Fernen Osten und die Verdrängung Großbritanniens aus den Dominions durch die Vereinigten Staaten läßt die Engländer nach einer Wirtschaftsexpansion in Kontinentaleuropa als Ausgleich für die dem USA.-Imperialismus zu bringenden Opfer streben. Eine gewaltsame Zerschlagung der kontinentalen Einheit und die tiefgreifende Zerrüttung der europäischen Wirtschaftsstruktur wird als Voraussetzung zu der Festsetzung des britischen Handels auf dem Kontinent empfunden.

„Es mag durchaus sein, daß nach dem Kriege ein zerrüttetes und desorganisiertes Europa mehr Möglichkeiten als irgendein anderer Markt in der Welt für eine Entwicklung des britischen Handels bieten wird."

Diese Degradierung Europas zum Glacis der britischen Politik und Strategie sowie zum Objekt der britischen Handelspolitik wird in ihrem Charakter als bewußter Fluchtversuch angesichts des allgemeinen Zerfalls der Pax Britannica noch deutlicher, wenn wir uns folgende Ergänzung Carrs zu seinen handelspolitischen Hoffnungen bezüglich Europas unter dem Gesichtspunkt des von ihm völlig unbeachteten Rechtes Europas auf Eigenständigkeit durchlesen. Diese Auslassungen über eine zukünftige britische Finanzpolitik lassen die gleiche Tendenz erkennen.

„Eine analoge Situation mag sich bald in der finanziellen Sphäre entwickeln. Großbritannien begann seine Laufbahn als Gläubigermacht dadurch, daß es Europa Geld lieh. Während des letzteren Teils des 19. Jahrhunderts gab es vornehmlich Nord- und Südamerika und dem Fernen Osten Anleihen. In neuerer Zeit hat es hauptsächlich den Dominions und dem Colonial Empire Gelder geliehen. Aber auch diese dritte Phase mag sich ihrem Ende nähern. Nach der Beendigung dieses Krieges wird Kanada wahrscheinlich zu einem Gläubiger Britanniens geworden sein, und andere Dominions mögen sich in derselben Richtung bewegen.

Es mag für Britannien an der Zeit sein, noch einmal zum Bankier Europas zu werden."

Aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen fordert Carr, daß Großbritannien sich in Europa ein Glacis für die Zukunft sichert. Gerade weil er die Voraussetzungen für eine „Splendid Isolation" und für die „Balance of Power" als nicht mehr vorhanden ansieht und weil er alle Hypothesen für eine Rückkehr zur Balance of Power[4]) als illusorisch betrachtet, fordert er die Festsetzung Englands in Europa.

„Der hauptsächliche militärische Grund, warum es sich Großbritannien mit Rücksicht auf seine eigene Sicherheit nicht länger leisten kann, Europa seinen eigenen Plänen zu überlassen und sich in eine nichteuropäische Weltordnung, die von den englischsprechenden Völkern beherrscht wird, zurückzuziehen, besteht darin, daß die Balance of Power in Europa hoffnungslos zusammengebrochen ist[5]).

Aus seiner Erkenntnis von dem umfassenden Zerfall des britischen Systems zieht Carr den Schluß, daß Englands Rolle in Europa ganz bestimmten Begrenzungen unterworfen ist. Durch die bekannten Artikel der Times, vor allem im Jahre 1943 (z. B. am 10. und 23. März), hat Professor Carr seine Ansicht in der britischen Öffentlichkeit verbreiten lassen, daß eine dieser Begrenzungen darin besteht, der Sowjetunion Stützpunkte in Europa überantworten zu müssen. Wenn wir Carrs Ausführungen über Britanniens Rolle in Europa durchlesen, so wird uns klar, wie wenig auch er einen Ausweg aus dem Dilemma der britischen Außenpolitik zu weisen vermag. Infolge der Diskrepanz zwischen dem Geltungswillen Englands in Europa und seiner tatsächlichen Machtbegrenzung ergibt sich die Tatsache, daß Großbritannien Europa keinerlei dauerhaften Frieden zu geben vermag. Carr wünscht die englische Glacisbildung

[4]) Über diese Hypothesen schreibt Carr: „Diese sind: a) daß Frankreich zu dem Status einer großen Militärmacht restauriert werden könne; b) daß eine Anzahl kleiner Mächte, zusammengefaßt durch eine Liga der Nationen, eine Reihe von regionalen Föderationen oder Bündnissen oder irgendeinen passenden Plan, eine feste Kombination bilden könne, die mächtig genug sei, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten oder zu erzwingen; und c) daß die volle Rückkehr Sowjetrußlands in die europäische Staatenfamilie das Gleichgewicht wiederherstellen werde in der Form, wie es vor 1914 vertraut war ... Diese drei Theorien, die gemeinhin zur Unterstützung an eine Wiederbelebung der europäischen Balance of Power vertreten werden, entbehren alle der soliden Grundlage; und Großbritannien muß mutig der Tatsache ins Auge sehen, daß die Politik des Gleichgewichts unwiederbringlich bankrott ist. Die Situation ist nicht mehr länger die, welche den größeren Teil des 19. Jahrhunderts hindurch bestand, als die kontinentalen Großmächte wirksam gegeneinander ausgewogen waren."

[5]) „Das Neue Europa", 15. November 1943: „Der Sieg des Reiches als Vorbedingung des Friedens" und „Die Balance of Power und die Wandlung Europas".

in Europa. Er weiß, daß der Moskauer Bolschewismus sich in Fortsetzung des panslawistischen Imperialismus nicht mit kleinen Zugeständnissen abspeisen lassen wird. Mag Carr sich noch so sehr um Konstruktionen bemühen, die auch für die Zukunft das englisch-bolschewistische Zusammengehen ermöglichen sollen, auch bei seinen Ausführungen muß man ebenso wie bei den von ihm bekämpften Darlegungen über eine Wiederbelebung der Balance of Power daran denken, daß bereits der britische Imperialismus des 19. Jahrhunderts eine angelsächsische Festsetzung in Europa in Erwägung gezogen hat unter dem Gesichtspunkt einer Auseinandersetzung mit Rußland. Ein Ringen der angelsächsischen Mächte mit dem russischen Koloß sah man vielfach als das große Problem des 20. Jahrhunderts an. Hinter all diesen Ausführungen Carrs steht der von angelsächsischen Politikern und Publizisten teils ziemlich offen ausgesprochene Umstand, daß Großbritannien schon inmitten des zweiten Weltkrieges die Unvermeidbarkeit eines dritten Weltkrieges zu ahnen beginnt. Das Reich als Vorkämpfer einer europäischen Eigenständigkeit möchte man entmachten, weil es dieser Degradierung zum Glacis und Kampffeld der europafremden Imperialismen entgegensteht. Nur ein Sieg des Reiches kann Europa davor bewahren, zum zukünftigen Schlachtfeld jenes „dritten Weltkriegs" zwischen dem Imperialismus Moskaus, Londons und Washingtons zu werden. Über Britanniens Rolle in Europa schreibt Carr:

„Sowohl militärische wie wirtschaftliche Faktoren machen die Doktrin der Splendid Isolation unhaltbar und zwingen Großbritannien, eine aktive Rolle in Europa zu spielen. Aber diese Rolle wird Begrenzungen unterworfen sein, welche wir annehmen und erkennen sollten. Diese Begrenzungen ergeben sich aus drei hauptsächlichen Faktoren: a) der Notwendigkeit, Großbritanniens Verpflichtungen in Europa in Einklang zu bringen mit seinem noch wichtigeren Verhältnis zur englischsprechenden Welt in Übersee, b) der Notwendigkeit enger Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, dessen Ansichten und Interessen ausschlaggebendes Gewicht in Osteuropa haben müssen, und c) der Begrenzung, die sich aus der verfügbaren Macht ergibt.

a) Die Ablehnung der Isolierung von Europa als einer zulässigen Politik sollte uns nicht dazu veranlassen, in die entgegengesetzte Ketzerei zu verfallen, nämlich in die Annahme, daß Großbritannien jeweils eine vorwiegend europäische Macht werden könne und daß es seine überseeischen Interessesn an die zweite Stelle zu verweisen vermöchte. Solch eine Richtung wird in der Tat nicht oft offen befürwortet. Aber sie ist mit einbegriffen gewesen in der frankophilen Politik, die in den vergangenen zwanzig Jahren in gewissen einflußreichen Kreisen befürwortet worden ist; und sie erscheint von Zeit zu Zeit in der Konzeption einer Welt, die in regionale und kontinentale Blöcke geteilt ist, wobei die führende Rolle in einem europäischen Block Großbritannien zugewiesen wird. Es ist jedoch nicht schwierig zu zeigen, daß für Großbritanniens Rolle in Europa die Formel einer europäischen regionalen Gruppe sowohl unzureichend wie unpassend ist. Britanniens Stellung als europäische Macht ist fast vollständig abhängig von seiner

Stellung als überseeische Macht. Britanniens Europapolitik muß mehr und mehr beeinflußt werden von der Haltung überseeischer Länder, deren Wohlwollen und Zusammenarbeit für England wesentlich sind; und es kann seine Unterstützung keiner europäischen Kombination geben, in der jene überseeischen Länder keinen Platz haben. Ebenso wie es für Großbritannien unmöglich ist, sich von Europa zu isolieren, so ist es ihm auch unmöglich, in Europa aufzugehen (to immerse herself in Europe). Britanniens Rolle muß darin bestehen, als Brücke zwischen der ‚westlichen Zivilisation' Europas und der gleichen ‚westlichen Zivilisation' in ihrer neuen Heimstätte in anderen Kontinenten zu dienen."

Den hier in „Conditions of Peace" zum Ausdruck gebrachten Gedanken, daß Großbritannien niemals in Europa aufgehen könne, hat Carr auch schon in seinen früheren Werken immer wieder betont. Während die Identität der Interessen des Reiches und derjenigen Gesamteuropas eine naturgegebene und historische Tatsache ist, kann England sich wegen seiner Interessen in Übersee nicht von europäischen Belangen bestimmen lassen. In den „Conditions of Peace" stellt Carr in verschiedenen Abschnitten heraus, daß Europa für England stets von sekundärer Bedeutung ist. In der geplanten Auslieferung Europas an den Bolschewismus gibt England einen erneuten Beweis seiner Europafremdheit. Dieses Paktieren mit dem Bolschewismus wird ihm noch dadurch erleichtert, daß es sich der trügerischen Hoffnung hingibt, auf diese Weise für den späteren Machtkampf auch für England eine gewisse europäische Glacisstellung zu gewinnen. Wenn Carr in der Fortsetzung seiner obigen Ausführungen die Ansicht vertritt, daß der Bolschewismus sich mit seinen Ansprüchen auf Osteuropa begrenzen würde, so läßt er damit die expansiven Pläne Moskaus absichtlich unerwähnt. Er selbst wird zum Opfer jenes Utopismus, den er sonst so häufig als Grundübel des gesamten britischen politischen Denkens und Handelns gekennzeichnet hat.

b) Die zweite Begrenzung bei Britanniens Rolle in Europa ergibt sich aus der Notwendigkeit der Koordinierung seiner Politik mit derjenigen Sowjetrußlands, dessen bereits im Kriege unschätzbare Kooperation ebenso wesentlich sein wird bei der Errichtung des Friedens ... Ebenso wie in Westeuropa den Ansichten und Interessen Großbritanniens das Übergewicht eingeräumt werden müßte, so wird das gleiche Übergewicht den Ansichten und Interessen Rußlands in Osteuropa eingeräumt werden. Die ernsteste Schwäche des osteuropäischen Teils der Regelung von 1919 bestand darin, daß sie getroffen wurde in der Abwesenheit sowohl von Deutschland wie von Rußland und daß sie sich durch die Nichtbeachtung der Interessen und Empfindlichkeiten beider Länder ihre gemeinsame Feindschaft zuzog. Da wir diese verhängnisvolle Erfahrung im Bewußtsein behalten haben, ist es undenkbar, daß Großbritannien oder die Vereinigten Staaten am Ende des gegenwärtigen Krieges versuchen sollten, eine Lösung der osteuropäischen Probleme zu befürworten, die nicht die Wünsche und die Politik Sowjetrußlands voll und ganz berücksichtigt."

Die Tatsache, daß England weder den Willen noch die Macht hat, Europa vor dem Moskauer Bolschewismus zu schützen, ist die stärkste Unterstreichung der europäischen Mission des Reiches. Die Unzulänglichkeit Großbritanniens hinsichtlich der Ausübung irgendeiner europäischen Ordnungsfunktion bekundet sich auch in den englischen Zweifeln an der Errichtung einer dauerhaften Friedensregelung in Europa. Da Britannien selbst die Macht zur Schaffung und Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens fehlt, muß es sich von Bundesgenossen abhängig machen, von denen es nicht weiß, ob diese einige Jahre nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges überhaupt noch zum Einsatz für Englands Pläne bereit sind oder ob sie nicht vielmehr in einem dritten Weltkriege bereits im Kampf gegen England stehen. Trotz aller Konstruktionen kann auch die englische Auslandswissenschaft keinen Ausweg aus dem immer deutlicher werdenden Sachverhalt finden, daß es England an der zur Führung einer starken Außenpolitik und zur Aufrechterhaltung einer wirklichen Friedensordnung erforderlichen Macht fehlt.

c) Die dritte Begrenzung, die bereits teilweise in den beiden anderen miteinbegriffen ist, ist die Begrenztheit der verfügbaren Macht. Diese Begrenzung wirkt sich sowohl hinsichtlich der Zeit wie des Raumes aus. Eine wesentliche Voraussetzung für jegliche Art von ‚Ordnung‘ besteht darin, daß ein ständiges und in wirksamer Weise vollständiges Monopol an Macht für das entsprechende Gebiet vorhanden ist. Man mag leicht und vielleicht auch mit Recht annehmen, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Sowjetrußland am Ende des Krieges ein Übergewicht an Macht haben werden, das fast zu einem Machtmonopol ansteigt, über einen beträchtlichen Teil der Welt und sicherlich über Europa. Aber es würde außerordentlich töricht sein, wenn man ohne die genaueste Prüfung der Sachlage annehmen wollte, daß diese Länder für einen längeren Zeitabschnitt sowohl fähig wie willens sein werden, jenes Übergewicht an Macht über ein großes Gebiet auszuüben.“

Die Zweifel an der späteren Beibehaltung eines engen Zusammenwirkens zwischen Washington, London und Moskau sind nur zu berechtigt. Europa würde bei der von diesen Feinden des Kontinents erhofften Ausschaltung des Reiches niemals zu dauerhaftem Frieden kommen können. Das in der angelsächsischen Welt auftauchende Schlagwort des „Third World War“[6]) zeigt, wie sehr man Europa zum ständigen Schlachtfeld degradieren möchte. Im Mai 1943 schrieb die englische Zeitschrift „The Nineteenth Century and After“: „Jetzt schon, bevor noch der zweite Weltkrieg zu Ende ist, zeichnet sich ein anderer europäischer Krieg ab.“ Die Zeitschrift befürchtete, daß Moskau darangehen könnte, „sein eigenes

[6]) „Das Neue Europa“, 15. Sept. 1943: „Entmachtung und Verachtung“.

Sicherheitssystem zu errichten und seine Herrschaft über den Balkan und die Staaten entlang seiner ganzen Westgrenze auszudehnen. Solch eine Herrschaft, selbst wenn sie offiziell eine ‚Einflußsphäre' genannt würde, kommt praktisch der Annexion gleich. Auch würde sie nicht auf Europa beschränkt bleiben. Die Sowjetmacht würde — wenn Großbritannien aufhören sollte, die Herrschaft im Mittelmeer auszuüben — auf die Türkei und auf Iran ausgedehnt werden, mit Konsequenzen, die den gesamten Nahen und Mittleren Osten betreffen. Es könnte sich eine wachsende Divergenz zwischen der britischen und russischen Politik zeigen, die zu einem endgültigen Bruch (irreparable rupture) zu führen vermöchte". Die englische Zeitschrift malt sich aus, was es bedeuten würde, wenn die Sowjets das gesamte Gebiet „zwischen Ostsee und Ägäis" beherrschen würden, „und damit die böhmischen Industrien, die rumänischen Ölfelder, die Donaumündung und die Meerengen". „The Nineteenth Century" hat in seinem Septemberheft 1943 bei einer Beschäftigung mit der britischen Europapolitik gerade das englisch-russische Verhältnis in Fortführung seiner obigen Gedankengänge in einer Weise behandelt, die das europäische Festland ziemlich unverblümt als Kampffeld und die europäischen Völker als Kanonenfutter im „Third World War" zwischen dem angelsächsischen Imperialismus und seinem zukünftigen Gegner anspricht. Ohne ein starkes Deutschland hätte Europas Zukunft darin zu bestehen, als machtpolitisches Vakuum Schlachtfeld der sich auf seinem Boden bekämpfenden hemmungslosen Imperialismen zu sein, die ihre inneren Gegensätze heute nur noch mit Mühe unter der Oberfläche der gemeinsamen Reichs- und Europafeindschaft verborgen halten.

Weil London und Washington ebenso wie Moskau Europa als Mittel für ihren zukünftigen Rivalitätskampf in die Hand bekommen wollen, streben sie als Voraussetzung zur Verwirklichung ihrer späteren Zielsetzungen gegenwärtig nach der Vernichtung des Reiches, dessen Stärke ihnen mit der Eigenständigkeit Europas identisch ist. Sowohl in Großbritannien und den Vereinigten Staaten wie auch in der Sowjetunion weiß man nur zu gut, daß ein starkes Deutschland aus der Identität der Interessen des Reiches und Gesamteuropas heraus die Eigenständigkeit des Kontinents und sein Aufblühen in friedlicher Arbeit zum Ziel hat. Man weiß, daß das Reich Europa nicht zum Glacis der feindlichen Imperialismen und damit zum Schauplatz eines dritten Weltkrieges werden lassen will. Allein die Stärke des Reiches schützt Europa vor dem ihm zugedachten Schicksal, in der Zukunft zum ständigen Schlachtfeld und wehr- sowie willenlosen Objekt der europafremden

Mächte zu werden. Carr schreibt: „Das Problem Europa ist das Problem Deutschland."

„Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, gegenwärtig mehr zu tun als die gröbsten Umrisse eines zukünftigen Europas aufzuzeigen. Aber die ganze Situation wird von einem zentralen Problem beherrscht: Deutschland. (Broadly speaking, the problem of Europe is the problem of Germany ...) Die harte Tatsache, der wir ins Auge zu sehen haben, ist, daß der zentrale Teil Europas bewohnt wird von einem nahezu festen Block von 80 Millionen äußerst begabter, äußerst organisierter und äußerst selbstbewußter Menschen, von denen die allermeisten den starken und augenscheinlich unauslöschlichen Wunsch haben, in einem einzigen Lande vereinigt zu sein. Wie wir gesehen haben, gibt es keine andere Gruppe oder Kombination von Völkern auf dem Kontinent, der fähig wäre, der Macht Deutschlands die Waage zu halten."

Da die Engländer es gerade diesem Umstand, daß an die Stelle des im vorigen Jahrhundert in der Mitte Europas weitgehend zu beobachtenden machtpolitischen Vakuums die Macht des Deutschen Reiches getreten ist, zuzuschreiben haben, wenn sie Kontinentaleuropa nicht mehr als willenlosen Spielball benutzen können, richtet sich ihr ganzer Haß gegen das Reich. Dessen einzige Schuld besteht in seiner natürlichen Stärke, die den Engländern deshalb doppelt verhaßt ist, weil sie das Mißverhältnis zwischen Londons unbegrenzten Ambitionen und der tatsächlichen britischen Machtbeschränkung besonders deutlich werden läßt. Die ideologischen Verbrämungen des machtpolitisch bedingten Hasses werden selbst von Engländern nur als Tarnung des eigentlichen Sachverhalts empfunden, wie der führende englische Auslandswissenschaftler im Zusammenhang seiner obigen Ausführungen eingesteht:

„Die These von der innewohnenden und unheilbaren Schlechtigkeit des deutschen Volkes ist, obwohl sie oft von dem Apparat einer etwas zweifelhaften Gelehrsamkeit unterstützt wird, keineswegs eine auch nur irgendwie vernunftgemäße Behauptung. Sie ist das Ergebnis einer gefühlsbedingten Reaktion, die in allen Perioden der Geschichte wohlbekannt ist und die die Menschen dazu geführt hat, ihre Feinde als moralisch Verdammte zu diffamieren, besonders, wenn man den Wunsch hat, eine Rechtfertigung dafür zu finden, sie als Minderwertige und Geächtete zu behandeln. Mit anderen Worten, es ist Propaganda für eine bestimmte Politik. In den Händen einiger, die diese Haßthese benutzen, mag sie bewußt oder unbewußt noch ein anderes und weniger anerkennbares Motiv haben. Zwischenstaatlicher Haß ist von den Konservativen vieler Länder lange als Gegengift gegen potentielle revolutionäre Strömungen benutzt worden. Wenn die Massen dazu gebracht werden können, die Mißstände der Gesellschaftsordnung der Böswilligkeit eines fremden Teufels (the malignity of a foreign devil) zuzuschreiben, dann besteht weniger Aussicht dafür, daß sich gefährliche Spannungen innerhalb des Gebäudes der Nation selbst erheben. Der Jingoismus ist oft entfacht worden als ein besonderes Mittel gegen soziale Unzufriedenheit und als eine Schranke gegenüber dem sozialen Fortschritt."

Professor Carr hat diese für die Kennzeichnung von Englands

geschichtlicher Schuld wesentliche Verquickung der gegen Deutschland propagierten Haßthese mit der Ablehnung des erforderlichen sozialen Verantwortungsgefühls durch das britische Herrschaftssystem noch durch den Hinweis ergänzt, daß eine derartige Situation im politischen Denken Großbritanniens bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu beobachten war. Da das Reich zugleich Träger der sozialen Ordnung und der politischen Ordnung Europas ist, gilt ihm der Vernichtungswille aller Engländer.

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1943

Von Franz Alfred Six

Obwohl das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre der großen Bewährung 1943 in all seinen Ausbauplänen auf die Pflichten der kriegsbedingten Einschränkung selbstverständlich Rücksicht nahm, vollzog sich im Laufe des Jahres eine wesentliche Erweiterung und Vertiefung seiner Aufgaben, die mit den vorhandenen Kräften gemeistert werden konnte. Der Präsident des Instituts wurde als Gesandter in das Auswärtige Amt berufen und übernahm dort die Leitung der Kulturpolitischen Abteilung. Deshalb wurde er, ohne die Führung des Instituts aus der Hand zu geben, in den laufenden Verwaltungsgeschäften durch die Ernennung eines geschäftsführenden Präsidenten entlastet. Als neue Abteilungen wurden im Institut die Abteilungen Südostasien unter der Leitung von Professor Trittel und die Abteilung Finnland unter der Leitung von Dr. Verleger gegründet. Der Lehrstuhl für Staats- und Kulturphilosophie der Auslandswissenschaftlichen Fakultät wurde besetzt.

I.

Der Lehrbetrieb der Auslandswissenschaftlichen Fakultät wurde in vollem Umfange aufrechterhalten; im September und Oktober fand ein Wiederholungskursus für Kriegsteilnehmer statt. Besonderen Ausbau fand die mit der Fernimmatrikulation gegebene Möglichkeit zur wissenschaftlichen Betreuung der Frontsoldaten.

Das Institut für Sprachenkunde und Dolmetscherwesen im Rahmen des Auslandswissenschaftlichen Instituts wurde ausgebaut, es erhielt einen eigenen Leiter und eine selbständige Geschäftsführung. Im Laufe des Jahres erwarben 154 Studierende das sprach- und landeskundliche Zeugnis, und zwar

in Englisch	19	in Serbisch	1
„ Amerikan. Englisch	13	„ Bulgarisch	3
„ Französisch	21	„ Russisch	20
„ Italienisch	19	„ Ukrainisch	1
„ Spanisch	16	„ Türkisch	3
„ Portugiesisch	2	„ Persisch	5
„ Niederländisch	2	„ Japanisch	11
„ Dänisch	2	„ Chinesisch	3
„ Schwedisch	2	„ Suaheli	1
„ Ungarisch	3	„ Afrikaans	1
„ Rumänisch	3	„ Deutsch für Ausländer	3

Die Dolmetscher-Diplomprüfung wurde von 19 Studierenden abgelegt:

	Dolmetscherfach	Sachfach
Annelies Mügge	Englisch	Außenwirtschaft
Hildegard Wehl	Amerikanisch	Außenwirtschaft
Ursula Menge	Amerikanisch	Außenwirtschaft
Jutta Pfeifer	Amerikanisch	Außenwirtschaft
Dore-Christel Hillebrandt	Französisch	Überseegeschichte
Gerda Bischoff	Französisch	Geopolitik
Marita Klönne	Französisch	Außenpolitik
Erika Cailloud	Französisch	Außenpolitik
Marlies Flesch-Thebesius	Italienisch	Außenwirtschaft
Hildegard Rhinow	Italienisch	Außenwirtschaft
Gunhild Zander	Italienisch	Außenwirtschaft
Helga Kraney	Italienisch	Außenwirtschaft
Annemarie Genske	Italienisch	Außenwirtschaft
Ingeborg Mörath	Rumänisch	Außenwirtschaft
Dörte Wiebalck	Rumänisch	Außenwirtschaft
Steffi Schmidt	Niederländisch	Außenwirtschaft
Otto Frick	Polnisch	Volkstumskunde
Ingeburg de la Barre	Chinesisch	Geopolitik
Theda Krohne	Chinesisch	Außenwirtschaft

Das Diplom der Auslandswissenschaften haben 10 Studierende erworben:

Otto Blümke: Die Landwirtschaft Russisch-Mittelasiens und ihre Bedeutung für die Sowjetunion.

Hilde Hartmann: Die geistig-politischen Grundlagen der französischen Hegemoniebestrebungen im 19. Jahrhundert.

Hans Rudolph: Die außenpolitische Auffassung der deutschen Sozialdemokratie im Zeitalter der wilhelminischen Epoche.

Ursula Pischel: Die Einigung Italiens im politischen Programm Vincenzo Giobertis und seine Versuche ihrer Verwirklichung.

Gertrud Krause: Italien auf der Pariser Friedenskonferenz 1919/1920.

Hildegard Hoyermann: Die Politik der Mächte Ostasiens am Beispiel von Korea und die japanische Expansion dorthin.

Elfriede Wentz: Die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Genfer Abrüstungskonferenz.

Heinz Busch: Die Schiffahrt der Vereinigten Staaten von Amerika während des Weltkrieges 1914—1918 und ihre Probleme in der Nachkriegszeit.

Erika Wiechern: Das Englandbild im neueren italienischen Schrifttum.

Ingeborg Brandt: Die romantische Reichsidee in den Werken Friedrich von Hardenbergs und in den Vorlesungen und Aufsätzen Friedrich Schlegels.

Der Promotion haben sich 9 Studierende unterzogen:

Horst Göttig: Zur Bedeutung des afrikanischen Kontinents für Europa unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Wirtschaft.

August Stindt: Die Diplomatie Bismarcks im deutsch-dänischen Krieg von 1864.

Günther Urban: Die völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich seit dem deutsch-französischen Waffenstillstand.

Erwin Hensel: Die Handelsbeziehungen Preußens und des Zollvereins zu Brasilien 1815—1870.

Werner Schaarschmidt: Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit Brasiliens unter Getulio Vargas im Rahmen der brasilianischen Außenwirtschaft.

Karl Haß: Der italienisch-französische Kampf um das Grenzland Nizza.

Adolf Wittkowski: Die Standortsfaktoren der Paulistaner Industrie.

Necati Cakir: Grundlagen und Probleme der staatlichen Industrialisierung der Türkei.

Wolfgang Schmahl: Die deutsch-chinesischen Beziehungen zwischen 1860 und 1921.

Im Oktober wurde die reichseinheitliche Dolmetscher- und Übersetzerprüfungsordnung erlassen, nach der die sprachlichen Prüfungen ab 1. Januar 1944 abgenommen werden. Vom Jahresanfang an ist die Voraussetzung zur Ablegung jeder Prüfung das Bestehen der Übersetzerprüfung, so daß die sprachliche Grundausbildung unter allen Umständen sichergestellt ist.

Die Auslandswissenschaftliche Fakultät richtete 1943 ein Pflichtproseminar für die Studierenden der 1. und 2. Semester ein, die in diesen Stunden eine Grundausbildung in Geschichte, Volkstumskunde, Geographie, Staatswissenschaften und Wirtschaftswissenschaft erhalten, so daß sie über die zum Studium notwendige politische Allgemeinbildung verfügen. Außerdem entstand 1943 die Einrichtung des Auslands-Volontär-Einsatzes, durch die den Studierenden die Möglichkeit gegeben wird, im Einklang mit den Prüfungsbestimmungen vor Meldung zum Examen durch Betätigung in einer deutschen Dienststelle im Ausland einen eigenen Auslandsaufenthalt zu erhalten.

Das Studium der immer zahlreicher zur Fakultät kommenden Ausländer wurde auf eine feste Grundlage gestellt. Die Ausländer erhielten die Möglichkeit zur Ablegung der Übersetzer- und Dolmetscherprüfung in der deutschen Sprache. Volks- und Landeskunde Deutschlands wurde für ausländische Studierende als Pflichtfach in die Prüfung für Diplom und Doktor der Auslandswissenschaften aufgenommen. Die hierzu notwendigen Lehrvoraussetzungen wurden geschaffen.

Es habilitierten sich an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät:

1. Dr. Karl Epting für das Fach Volks- und Landeskunde Frankreichs.
2. Dr. Ernst Klingmüller für das Fach Volks- und Landeskunde Arabiens.

Der Lehrkörper wurde ergänzt und erweitert:

1. Prof. Dr. phil. habil. Friedrich Wagner (Staats- und Kulturphilosophie).
2. Prof. Dr. phil. habil. Walter Donat (Volks- und Landeskunde Japans).
3. General der Flieger Wilhelm Haehnelt (Luftpolitik).
4. Dozent Dr. phil. Alfred Malaschofsky (Volks- und Landeskunde Südosteuropas und Ostmitteleuropas).
5. Dr. phil. Heinz Noack (Volks- und Landeskunde Italiens in Vertretung).
6. Dr. phil. Fritz Roepke (Volks- und Landeskunde Frankreichs in Vertretung).
7. Dozent Dr. phil. Hans Schick (Politische Geistesgeschichte innerhalb des Faches Staats- und Kulturphilosophie).
8. Dr. sc. pol. Rudolf Knüpffer (Einführung in die Landeskunde der Sowjetunion).

II.

Die Forschungsarbeiten des Instituts wurden planmäßig weitergeführt. Die großen Handbücher, insbesondere das Handwörterbuch der Außenpolitik und das Handbuch des Großdeutschen Reiches, nähern sich ihrer Vollendung.

An Neuerscheinungen waren zu verzeichnen:

Kleine Auslandskunde.

Vereinigte Staaten von Amerika. Von Friedrich Schönemann.
Die Slowakei. Von Michael Schwartz.

Rumänien. Von Alfred Malaschofsky.
Bulgarien. Von Richard Busch-Zantner.
Australien und Neuseeland. Von Karl Heinz Pfeffer.
Ägypten. Von Ernst Klingmüller.
Iran. Von Eskander Tehrani unter Mitwirkung von Prof. Sebastian Beck.
Frankreich. Von Roderich von Ungern-Sternberg.
Finnland. Von Hans Grellmann.
Großbritannien. Von Heinz Lehmann.
Indien und Ceylon. Von Ludwig Alsdorf.

Forschungen. Reich und Europa.

Das Reich und das Memelland. Von Walter Schätzel.

Dokumentationen. Dokumente zur Zeitgeschichte.

Die britische Palästina-Politik. Von Mamun al-Hamui.

Das Jahrbuch der Weltpolitik 1943.

Schriften zur Weltpolitik.

Westafrika. Von Helmut Rumpf.
Der Pazifik und sein Umkreis. Von Josef März.

Sprachenkundliche Lehr- und Wörterbücher.

Deutsch-Georgisches Wörterbuch. Teil II. Von Richard Meckelein.

Studien zur Auslandskunde.

Politische Wissenschaft.
Das britische Empire und USA.
Afrika.
Ostasien.
Südostforschungen.

Europa-Bibliographie.

Großdeutsches Reich. Band I, Heft 1—4.
Nordischer Raum. Band II, Heft 3—5, Band III, Heft 1—2.
Frankreich. Band I, Heft 4—5.

Länderkundliche Schriftenreihen. Indien-Arbeiten.

Bevölkerungsgrundlagen der indischen Nordwest-Grenzprovinz. Von Herbert Hörhager.

III.

Erheblich ausgebaut wurde die kulturpolitische Leistungsfähigkeit des Instituts. Im September fand eine Arbeitsbesprechung der deutschen Ostasienwissenschaftler unter der Leitung von Professor Dr. Walter Donat, im November der deutschen Vorderasienwissenschaftler unter der Leitung von Professor Dr. Gotthard Jäschke statt. In diesen Besprechungen wurde mit den Vertretern der einschlägigen Fachwissenschaften aus dem gesamten Reichsgebiet Fühlung genommen. Es wurden die Grundlagen einer schlagkräftigen Zusammenarbeit geschaffen.

Das Institut wirkte in der Öffentlichkeit durch die zahlreichen Vorträge seiner einzelnen Angehörigen, außerdem durch geschlossene Vortragsreihen:

Zyklus: „Europa und die Welt".

Prof. Dr. Eschmann: „Die geistige Gemeinsamkeit Europas".
Prof. Dr. Pfeffer: „Europa in der Auseinandersetzung der Kontinente".
Prof. Dr. v. Loesch: „Die europäischen Völker in der Welt".
Prof. Dr. Kiesewetter: „Europa in der Weltwirtschaft".
Prof. Dr. v. Mende: „Europas Aufgabe im Osten".
Prof. Dr. Zechlin: „Europa und Afrika".
Prof. Dr. Donat: „Europa und das neue Ostasien".
Prof. Dr. Six: „Das europäische Einheitsbewußtsein als weltpolitischer Faktor".

Zyklus: „Die Weltaggression der USA.".

Konteradmiral Spindler: „Der Machtfaktor der USA. in den gegenwärtigen Weltkämpfen".
Dr. Giselher Wirsing: „Die innere Krise Amerikas".
Staatsrat Lindemann: „USA. als Rivale der britischen Handelsschiffahrt".
Dr. Herbert Groß: „Der Zusammenbruch der Rooseveltschen Wirtschaftspolitik".
Ernst Hepp: „F. D. Roosevelt".
Gesandter Prof. Berber: „Die Monroedoktrin".
Exz. Prof. Alberto Asquini: „Europa und die Vereinigten Staaten".

Am 11. Oktober 1943 verlieh die Auslandswissenschaftliche Fakultät ihren ersten Ehrendoktorgrad an Marquis Saburo Inouye (Japan). Die Urkunde wurde durch den japanischen Botschafter Oshima entgegengenommen.

Der Ausländerkursus fand vom 21. November bis 3. Dezember 1943 in Weimar statt und wurde von 114 Teilnehmern aus 21 Nationen besucht, die aus führenden Stellungen ihrer Länder kamen. Zahlreiche Offiziere der verbündeten und befreundeten Länder und der Legionen im Kampf gegen den Bolschewismus waren zum Kursus delegiert. Auf Grund einer Vorbesprechung während des Ausländerkursus im Jahre 1942 entstand 1943 eine internationale Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Teilnehmer des Ausländerkursus, in der etwa 100 namhafte Vertreter der Wissenschaften von der Politik aus allen europäischen Ländern eng zusammenarbeiten. Organ dieser Arbeitsgemeinschaft sind die Hefte „Politische Wissenschaft" in den Studien zur Auslandskunde.

Gerade das schwere Jahr 1943 hat erneut die Bedeutung gezeigt, die das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut für die wissenschaftliche Klärung der Fragen besitzt, die sich für die europäischen und weltpolitischen zukünftigen Aufgaben ergeben.

Kleine Beiträge

Großostasien-Ministerium

Nach dem unerhörten Siegeszuge der japanischen Wehrmacht im Jahre 1942, mit dem ein beträchtlicher Teil Ost- und Südostasiens unter japanische Herrschaft kam, ergab sich sofort die Aufgabe einerseits der Wiederherstellung einer Verwaltung, andererseits der rohstoff- und produktionsmäßigen Ausnutzung der besetzten Gebiete für die Fortführung des Krieges.

Japan brachte für diese Aufgaben nicht geringe Erfahrungen mit. Die Erschließung Koreas, das nach dem russisch-japanischen Kriege unter japanischem Protektorat und dann im japanischen Reichsbesitz aus einem völlig unentwickelten und wirtschaftlich zurückgebliebenen Zustand in wenigen Jahrzehnten zu einem durchorganisierten und gut verwalteten Reichsbestandteil umgestaltet wurde, hatte eine erste Generation japanischer Kolonisatoren geschult. Die wirtschaftlichen und politischen Vorrechte, die Japan durch den gleichen Krieg in dem entvölkerten und verelendeten Riesengebiet der südlichen Mandschurei zugefallen waren, hatten eine großartige Initiative japanischer Regierungs- und Wirtschaftsstellen auf den Plan gerufen, unter denen vor allem die gewaltige Organisation der halbstaatlichen Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft ganz hervorragende Leistungen in der Erschließungstätigkeit aufzuweisen hatte. Gerade diese Gesellschaft ist die große Schule für einen ganzen Stab von Verwaltungs- und Wirtschaftsbeamten geworden. Mit der Besetzung der mandschurischen Provinzen durch die Kwantungarmee im Jahre 1931, der Gründung des Staates Mandschukuo und der nun ins Große gehenden rohstoffmäßigen und industriellen Aufschließung dieses an Umfang das Mutterland weit übertreffenden Raumes wuchs der Erfahrungsschatz japanischer Pionierarbeit in die Breite. Es waren vor allem das Militär und die staatliche Wirtschaftslenkung, die hier ein Experimentierfeld größten Ausmaßes für die Schulung einer neuen japanischen Führungsschicht ausnutzten. Bei mancherlei Rivalität zwischen Militär, privaten Wirtschaftsgruppen und dem eingespielten Apparat der mandschurischen Eisenbahngesellschaft gelang es, in einer übergeordneten staatlichen und militärisch gelenkten, offiziell dem Außenministerium angeschlossenen „Behörde für die Angelegenheiten des Staates Mandschukuo“ die hier und da widerstrebenden Kräfte einheitlich zusammenzufassen und eine mandschurische Ergänzungswirtschaft zu organisieren und funktionsfähig zu gestalten. Für die seit 1937 allmählich besetzten umfangreichen kernchinesischen Gebiete (einschließlich der Inneren Mongolei) konnten dieser bedeutende Erfahrungsschatz und eine Fülle von geschultem Personal zum Einsatz kommen. So entstand über zahlreichen Einzelunternehmungen staatlicher und privater Art seit 1938 die große Behörde Ko-A-In (Asienaufbauamt), die als völlig staatliche, dem Gesamtkabinett unterstehende Einrichtung ihren Verwaltungs- und Befehlsmittelpunkt in Tokio und ihre ausführenden Organe in Peking, Schanghai, Kalgan und später in Nanking erhielt. Schon 1939 fand ich bei einem Besuch in Peking hier einen ministeriell aufgezogenen Apparat von mehr als 200 Beamten vor, die zum Teil unmittelbar aus der Regierung, zum Teil aus den Mandschukuo-Organisationen, zum Teil aus der Wirtschaft gestellt waren. Diese Ko-A-In, die in enger Zusammenarbeit mit den Militärstellen stand, war in drei Hauptabteilungen gegliedert, nämlich Amt für

Politik, Amt für Wirtschaft und Amt für Kultur. Die Entwürfe und Pläne zur Verwaltung, wirtschaftlichen Erschließung und kulturpolitischen Durchdringung wurden bis in alle Einzelheiten in den Abteilungen der Ko-A-In durchgearbeitet, den eingesetzten chinesischen Lokalbehörden auf dem Beratungswege empfohlen und ihre praktische Durchführung unterstützt. Hier wurden die Selbstverwaltungskörperschaften, die innerpolitischen Ausgleichsmaßnahmen, die Industrieverlagerungen und Rohstofförderungen, die handelspolitischen, währungsmäßigen und kreditschöpfenden Maßnahmen, die hygienische Betreuung und die Schulpolitik usw. bearbeitet, die die besetzten Gebiete den grundlegenden Plänen einer großostasiatischen Raumführung durch Japan anpassen sollen. Daß in dieser gewaltigen Führungsarbeit auch Fehlansätze und Mißerfolge nicht ausblieben, kann bei dem Ausmaß der Aufgaben nicht wundernehmen. Im Ganzen gesehen ist die Leistung der Ko-A-In in den wenigen Jahren ihres Bestehens als außerordentlich positiv zu bezeichnen.

Nach dem Eintritt Japans in den gegenwärtigen Weltkrieg weitete sich die Aufgabe für eine totale Aufrüstung noch ganz erheblich aus. Schon im Februar 1942 wurde unter dem Namen „Großostasiatischer Aufbaurat" ein Beraterstab der Regierung für die Südgebiete eingesetzt, dem führende Persönlichkeiten der Überseepolitik und -wirtschaft angehörten. Mit den obersten Zivilberatern bei den Militärverwaltungen und den vorläufigen Selbstverwaltungskörperschaften in den neu besetzten Gebieten wurde eine möglichst enge Zusammenarbeit hergestellt. Der Plan, die verschiedenen zum Teil seit längerer Zeit bestehenden, zum Teil neu errichteten und nunmehr nebeneinander arbeitenden Dienststellen in einem besonderen Reichsministerium zusammenzufassen, entstand unmittelbar nach den entscheidenden Kriegshandlungen und bewies den Willen der Staatsführung, die einheitliche Ausrichtung der Neuordnung Großostasiens möglichst schnell in die Wege zu leiten. Am 1. November 1942 wurde die Gründung des „Ministeriums für Großostasien" (Dai Toa Sho) durch kaiserlichen Erlaß verfügt und einer der fähigsten Finanzsachverständigen und besten Kenner Asiens, der frühere Finanzminister Tazuo Aoki, der bis vor kurzem als Oberster Berater der Nanking-Regierung tätig gewesen war, mit der Leitung dieser höchsten Neuordnungsbehörde betraut.

Nicht ganz leicht war die Abgrenzung der Kompetenzen des neuen Ministeriums, da einerseits die besetzten Gebiete noch unter Militärverwaltung standen, andererseits das Außenministerium weitgehende Vollmachten besaß. Eine Unterordnung der neuen Behörde unter das Militärkommando resp. die Berufung eines aktiven Generals zum Minister war wohl zeitweise erwogen worden, doch gab der Gesichtspunkt einer späteren Überführung in Zivilverwaltung resp. der Errichtung selbständiger Staatsgebilde den Ausschlag zu einer zivilen Lösung. Um die Mitarbeit der Wehrmacht sicherzustellen, wurde durch kaiserliche Verfügung aktiven Offizieren die Aufnahme von zivilen Posten innerhalb des neuen Ministeriums ermöglicht, ohne daß sie aus dem aktiven Militärdienst ausscheiden müssen. In der Tat haben auch eine Reihe höherer Offiziere Ämter des Ministeriums übernommen. Am schwierigsten war die Abstimmung mit dem Außenministerium, das sich, nicht ohne Widerstand, der ja auch zu einer Umbesetzung in der Leitung führte, eine starke Beschneidung seiner Zuständigkeiten gefallen lassen mußte. Während künftighin das Außenministerium für Großostasien wesentlich auf den formal diplomatischen Dienst beschränkt sein wird, wurden seine Abteilungen Ostasien und Südsee an das neue Ministerium abgegeben, dem ebenso die zwar selbständigen, aber bis dahin unter maßgeblichem Einfluß des Außenministeriums geführten Ämter für Nordchina und Mandschukuo einge-

gliedert wurden. Eine Reihe von höheren Beamten des Außenministeriums trat in das neue Ministerium über. Der bisherige Leiter der Ostasien-Abteilung im Auswärtigen wurde Vizeminister des neuen Ministeriums. Eine besondere Regelung erfuhr die Stellung der Botschaft in Nanking sowie der vier Sondergesandtschaften in China (Nanking, Peking, Schanghai, Kalgan), die als ausführende Organe nunmehr eine Doppelvertretung beider Reichsbehörden ausübten. Wie weit die Kompetenzen der neuen Behörde für die selbständig erklärten neuen Staatsgebilde (Nanking-China, Birma, Philippinen) wieder abgebaut werden, bleibt noch abzuwarten. Das alte Überseeministerium (Kolonialbüro) wurde ganz aufgelöst und seine einzelnen Abteilungen in das Dai Toa Sho eingebaut, wobei zugleich eine Reichsreform in dem Sinne durchgeführt wurde, daß die Verwaltung von Korea, Sachalin und Formosa, bis dahin dem Kolonialbüro unterstehend, nunmehr endgültig dem Innenministerium zufiel und dadurch die Zugehörigkeit dieser Gebiete zum Stammreich auch ihren verwaltungsmäßigen Ausdruck findet. Auch die Abgrenzung mit allen übrigen Behörden machte eine Fülle von Verwaltungsmaßnahmen auf dem Verordnungswege notwendig, die zugleich im Rahmen der allgemeinen Reformen zur Vereinfachung des Verwaltungsapparates durchgeführt wurden.

Organisatorisch ist das Dai Toa Sho in vier Hauptabteilungen gegliedert:

1. Amt für Allgemeine Angelegenheiten.
2. Amt für Mandschukuo.
3. Amt für China.
4. Amt für die Südgebiete.

Angeschlossen sind dem Ministerium ein umfangreicher Beraterstab aus führenden Persönlichkeiten der Wissenschaft, Wirtschaft und Technik sowie Ausbildungsinstitute für die Schulung der in die neu besetzten Gebiete zu entsendenden Beamten.

Die Gesamtaufgabe des Ministeriums wurde dahin formuliert, daß die verwaltungstechnischen Maßnahmen im ganzen ostasiatischen Raum, mit Ausnahme des Reichsgebiets, nach einheitlichen Richtlinien vorgenommen werden sollen. Das bedeutet eine zentrale Lenkung der rein politischen, wirtschaftspolitischen und kulturpolitischen Durchdringung des Gesamtraumes. An vordringlichster Stelle steht vorläufig naturgemäß die intensivste wehrwirtschaftliche Erschließung des Großraumes für die Fortführung des Krieges bis zum endgültigen Siege.

Walter Donat

Soziale Ideen und soziale Bewegung in Belgien von 1933 bis 1940

Während des letzten Quartals des 19. Jahrhunderts und der dem Weltkrieg vorausgehenden Jahre des 20. Jahrhunderts hat die soziale Bewegung in der Entwicklung der westeuropäischen Völker eine bedeutende Rolle gespielt. Der Verlauf der Ereignisse, die sich während des Weltkrieges abspielten, beschleunigte den Entwicklungsprozeß der sozialen Bestrebungen, änderte ihren Inhalt, machte soziale zu politischen Positionen, gestaltete unerwartet soziale Utopien zu Regierungserklärungen.

Die politischen Herren von gestern versuchten eine Übereinkunft mit den Vertretern der sozialen Bewegung zu erreichen. Dem hat man hierzulande den Namen „Le Compromis des Belges“ gegeben. Noch während und vor allem

nach dem Weltkrieg wurde in unseren Gauen überall die Integration der sozialen Bewegung erprobt. So wurde der soziale Pluralismus mit seinen scharfen Interessengruppen, mit seinen auseinandergehenden Richtungen in den Staat eingegliedert, wodurch dieser zum Schauplatz des Klassenkampfes wurde. *Lorenz von Stein* sprach bereits zu seiner Zeit über die Besetzung des Staates durch die gewerbliche Gesellschaft. Diese Besetzung äußerte sich in der Nachkriegsperiode durch eine schnelle Umgestaltung des Polizeistaates des 19. Jahrhunderts zum sozialen Fürsorgestaat. Die anhaltenden wirtschaftlichen Krisen waren für die soziale Bewegung eine starke Stimulanz, sich immer fester an das Ideal der Fürsorge und der Unterstützung festzuklammern und ihren immanenten Drang zu verwirklichen.

Bestand das Ziel der sozialen Bewegung von 1919 bis zu 1933 in der Verwirklichung sozialpolitischer Objekte, wie Freiheit der Vereinigung, Achtstundentag, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Altersrente, Verallgemeinerung der sozialen Versicherungen, gegen den Widerstand der sogenannten Reaktionäre, Eroberung eines Staates, der diese sozialen Auffassungen annehmen und zum Kernpunkt seiner Politik machen würde, so brachte das Jahr 1933 hierin grundsätzliche Änderungen.

Die soziale Bewegung in Belgien verliert immer mehr ihren offensiven Charakter und es tritt eine defensive Periode ein, die jeden Tag deutlicher wird. Während vor 1933 vor allem Nachdruck auf die „Sozialisierung des Staates“ und der Politik gelegt wurde, kann von nun ab über eine derartige Politisierung der sozialen Bewegung gesprochen werden, daß sie langsamer totale Formen annimmt. Die eigentliche Triebfeder der sozialen Bewegung geriet hierbei in den Hintergrund, um den politischen Status quo zu sichern, in dem die Leiter der sozialen Bewegung eine bedeutende Macht erobert hatten.

Die Angst vor dem Faschismus und vor allem vor dem Nationalsozialismus wurde der Anfang und das Ende aller sozialpolitischen Bestrebungen der Demokraten aller Richtungen. Von 1933 bis 1940 tritt diese Angst immer wieder zutage, sowohl wenn der Reaktion Konzessionen einzuräumen sind, als bei den Versuchen, eine Volksfront zu gründen, die Hilfe an Spanien zu organisieren, die deutschen Emigranten zu unterstützen, den „Plan der Arbeit“ zu lancieren, die Einheit der gewerkschaftlichen Freiheit zu fördern, die Sondermaßnahmen gegen die faschistischen Organisationen einzuführen und die Außenpolitik jener Länder aneinanderzukoppeln, die als die Herde der „Freiheit durch Demokratie“ gelten.

Kaum war der Nationalsozialismus zur Macht gelangt, als wir auch schon in der sozialdemokratischen und der christlichdemokratischen Presse bemerken, wie zur Abwehr gerüstet und die ganze Macht der sozialen Bewegung zur Abwendung des „Hitlerismus“ angewendet wird.

In einem Tagesbericht der belgischen Arbeiterpartei vom 2. März 1933 heißt es:

„Die Belgische Arbeiterpartei ist sich ihrer Solidarität mit der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterklasse in den grausamen Prüfungen, die sie für die Verteidigung eines gemeinsamen Zieles zu bestehen haben, vollkommen bewußt; sie gibt dem feurigen Wunsche Ausdruck, daß die zersplitterten Fraktionen des Proletariats sich angesichts der äußersten Gefahr zu einer gemeinsamen unverzüglichen und energischen Aktion gegen den Faschismus vereinigen mögen.“

„Le Peuple“, das Hauptorgan der Belgischen Arbeiterpartei, erklärt in seiner Nummer vom 1. April 1933, daß der Kampf gegen den Faschismus und

für den Frieden die unmittelbare Zielsetzung der proletarischen Bewegung sein muß. Und das bekannte marxistische Kammermitglied, Louis *Piérard*, bestätigte im selben Blatt am 5. April 1933:

„Der Hitlerismus, das ist der Feind ...... Das Hitlerdeutschland, ein Regime der Barbarei und des Irrsinns, das ist es, was wir bekämpfen wollen, und nichts anderes. Und dies ist sowohl unsere Sache als diejenige des Deutschen selbst."

Es muß ein unerbittlicher Streit gegen den Faschismus entfacht werden. *Oscar de Swaef*, ein bekannter Mitarbeiter von „Le Peuple", schreibt diesbezüglich in der Ausgabe vom 4. Mai 1933:

„Hitler gegen die modernen Gewerkschaften ...... Der Faschismus verfolgt ein ganz genaues Ziel, der Vernichtung jeder mehr oder weniger freien proletarischen Tätigkeit. Keine einzige Kapitulation, kein Verlassen der Führer der früheren gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen werden ihn auf diesem Weg von seinem Ziel abhalten können. Die Proletarier, die noch von einem Minimum an Widerstandskraft beseelt sind, müssen den schweren Kampf gegen den Faschismus mit allen verfügbaren Mitteln in unerbittlicher Weise fortsetzen."

Aus diesen Äußerungen geht hervor, wie schnell diese Umstellung auf Abwehr gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus sich in den demokratischen Gliedern vollzogen hat. Gleichartige Äußerungen könnte ich aus den Organen der christlichdemokratischen Bewegung anführen. Dies möge jedoch genügen. Sie unterscheiden sich substantiell nicht im geringsten von den Punkten, die die Sozialdemokraten verteidigen; sie konnten allein ihre Gefolgschaft noch mit dem Gespenst des neuen Heidentums abschrecken.

In der Angst vor der sogenannten Diktatur ist das negative Moment stets vorherrschend gewesen. Von der Abwehr ging niemals eine von tieferen Kräften getragene konstruktive Gegenbewegung aus. Auf diese Weise blieben die sozialen und demokratischen Strömungen gefangen zu einer Zeit, die eigentlich bereits von einem anderen Mythus und einem anderen Glauben, von einer werdenden neuen Ordnung und Gestalt besiegt war. Sie konnten nur die Leere einer atomistischen und liberalistischen Welt weiterenthüllen, und ihre großen Triumphe erwiesen sich somit als neue Beweise ihrer Ohnmacht. Typisch sind in dieser Hinsicht die Ergebnisse gewisser für die Demokraten erfolgreicher Wahlen und vor allem das schnelle Verbleichen des gewaltigen Erfolges, den *van Zeeland* seinerzeit mit Unterstützung sämtlicher Demokraten über *Degrelle* errang. Hier können wir also, unter Beachtung der Verhältnisse, an ein Wort erinnern, das *Hegel* in seinen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte" zum Endergebnis des Triumphes von *Napoleon* gebracht hat; „Keine größeren Siege sind je gesiegt, keine genievolleren Züge je ausgeführt worden; aber auch nie ist die Ohnmacht des Sieges in einem helleren Lichte erschienen als damals[1])."

In dem Maße, in dem der Faschismus und der Nationalsozialismus sich behaupteten und in dem ihre Politik an innerer Kraft und Ausstrahlungsvermögen zunahm, in dem Maße, in dem die negative Abwehrpolitik im eigenen Lande eine zunehmende Atmosphäre der Unbehaglichkeit ins Leben rief, entfernte sich diese Abwehrpolitik der Sozialdemokratie von den konventionellen parlamentarischen Methoden und wuchs ihre Angst zu einem vulgären Haß und zu einem Verfolgungswahn aus, die in jedem Nichtdemokraten einen gemeinen

[1]) Ausg. Reclam, S. 556—557.

Hitlerknecht sahen, der mit allen Mitteln ausgeschaltet werden mußte. Eine riesige Front der Verdächtigung wurde von allen demokratischen Parteien aufgebaut, die der bestehenden Sozialdemokratie einen absoluten und quasi dogmatischen Inhalt verlieh. 1938 war die Empfindlichkeit sogar so groß geworden, daß die Entsendung einiger flämischer Arbeiter aus dem Waasland nach Deutschland für das Genter Organ der Belgischen Arbeiterpartei, den „Vooruit", Anlaß zur Eröffnung einer großen Pressekampagne gegen die Nazisten war. Als im Frühjahr 1939 ein flämischer Nationalist in Winterslag (Limburg) seine Wirtschaft der Deutschen Arbeitsfront zur Verfügung stellte, wurde nicht nur der Sprecher dieser Versammlung, Dr. *Ehlert*, über die Grenze gesetzt, sondern der Fall sogar vor das Parlament gebracht. Der im Mai 1939 in Gent abgehaltene Landtag des V. N. V.[2]) wurde im „Vooruit", dem Organ von Minister *Balthazar*, nicht nur als eine Herausforderung für die arbeitende Klasse dargestellt, sondern überdies als eine Kundgebung, die die drohende Kriegsgefahr noch steigere. Eine Anzahl Genter Universitätsprofessoren teilte diese Meinung so sehr, daß sie die Behörden der Stadt Gent ersuchten, diesen Landtag zu verbieten. Sie wollten die Gelegenheit nicht verfehlen, öffentlich zum Ausdruck zu bringen, daß die „Ideen" der demokratischen Intellektuellen sich in keiner Weise von der Angstpsychose der demokratischen Führer unterscheiden, und gleichzeitig wollten sie den Beweis geben, daß ihre vielgepriesene Meinungsfreiheit daraus bestand, den Parteilosungen einen sog. intellektuellen Standing zu verleihen. An diese Art Professoren dachte wahrscheinlich *Nietzsche*, als er schrieb: „Keine erbärmlichere Gesellschaft gibt es, als die von Gelehrten; jene wenige abgerechnet, die militärische Gelüste im Leibe und Kopfe haben."

Als der „Allgemeine Christliche Arbeiterverband" im Dezember 1936 eine Offensivwoche „Gegen Kommunismus und Rechtsdiktatur — für eine geordnete und starke Demokratie" organisierte, wurde während dieser Woche wenig über den Kommunismus gesprochen. Dagegen wurde aber viel Tamtam gegen die Rechtsdiktatur, gegen V. N. V. und Rex und besonders gegen „Arbeitsorde" gemacht. Es ging gegen die Hitlerknechte und das Hitlerregime, gegen das deutsche Sklaventum, das die flämischen Nationalisten hier einführen wollten, gegen die rechtsseitige Unterdrückung, die die Geistlichen wegführen oder sie an der Ausübung ihres Amtes hindern wollte. Auf einer in Brüssel während dieser Woche abgehaltenen Versammlung appellierte der Vorsitzende des „Algemeen Christelijk Werkersverbond" (Allgemeiner Christlicher Arbeiterverband) an die Marxisten als an seine Brüder, und die sozialdemokratische Wochenschrift „Voor allen" beantwortete diese Liebeserklärung mit der Bestätigung, daß die Christlichen Demokraten und die Marxisten „natürliche Bundesgenossen seien". Seinerzeit erlebte die Volksfrontideologie übrigens auch eine Hochkonjunktur, die vor allem von den Herren *Heyman* und *Vandervelde* gefördert wurde, ohne daß jedoch ein organisatorischer Verband zustande kam. Bei den Christlichen Demokraten waren die konfessionellen Hemmungen schließlich doch zu stark. Dies zeigte sich auch 1938, als *Spaak-de Man* zusammen mit den Christlichen Demokraten eine Art Trade-Unions ins Leben rufen wollten.

Die abweisende Haltung der politischen Vertreter der sozialen Parteien wurde auch von den Gewerkschaftsführern befolgt. Seit 1934 sehen wir ein zunehmendes Ineinanderwachsen der Gewerkschaften und ihrer politischen Vertretung: den „Algemeen Christelijk Vakverbond" (C. A. V.) (General-Verband der Christlichen Gewerkschaften) mit dem „Algemeen Christelijk Werkers-

---

[2]) Vlaamsch Nationaal Verbond, Verband flämischer Nationalisten.

verbond" (A. C. W.) (Allgemeiner Christlicher Arbeiterverband), den marxistischen „Belgisch Vakverbond" (B. V. V.) (Verband Belgischer Gewerkschaften) mit der „Belgische Werkliedenpartij" (B. W. P.) (Belgische Arbeiterpartei). Die Gewerkschaftsführer sind von demselben Virus der Angst befallen und betreten immer mehr das politische Feld. Dieses Abgleiten zur Politik sollte schließlich durch die Ausrufung der Republik seinen Höhepunkt erreichen, was seitens der Führer des „Verbandes Belgischer Gewerkschaften" und des „General-Verbandes der Christlichen Gewerkschaften" am 28. Mai 1940, nach der Kapitulation des belgischen Königs, erfolgte.

Als typischen Fall für die Art, mit der der Syndikalismus auf die von der Rechten erfolgenden Initiativen reagierte, möchte ich hier an eine Proklamation des Generalverbandes der Christlichen Gewerkschaften vom 5. Dezember 1936 gelegentlich der Gründung von „Arbeitsorde" durch V. N. V. und Rex am 28. November 1936 erinnern. In einem ausführlichen Bericht sagte die Führung dieses Verbandes u. a. folgendes:

„Die Wahl ihres Leiters ist kennzeichnend für die Tendenz des neuen Organismus. Er reiste oft nach Deutschland und hat auch ganz und gar die doktoralen Manieren der Professoren jenseits des Rheines angenommen."

„Eine Rede, die das Programm der „Flämischen Arbeitsorde" verkünden sollte, hat bei jedem ein Lächeln hervorgerufen, der den Anfang und die Entwicklung der Hitler-Arbeitsfront andächtig verfolgt hat. Wenn man den Leiter dieser „Arbeitsorde" hört, denkt man unwillkürlich an Dr. *Ley*, einen früheren Kommunisten, der zu Hitler übergelaufen ist und Leiter der Arbeitsfront wurde. Die Imitation tritt zu stark zutage. Außer einigen Änderungen nach der Lehre des *H. Thomas* und einiger dem übrigens stark laisierten Evangelium entnommenen Texte hätte Herr Ley genau so gut die Rede des Herrn Leemans aussprechen können."

„Auf jeden Fall ist die Sache für uns ausgemacht, die „Flämische Arbeitsorde" ist von hitlerischem Ursprung."

Diese gewerkschaftliche Reaktion des A. C. V. wurde von den Sozialdemokraten mit Begeisterung aufgenommen. *Oscar de Swaef* widmete diesem Manifest einen ausführlichen Artikel (in „Le Peuple" vom 3. Dezember 1936), um die Bereitschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen den gemeinsamen Feind zu unterstreichen. Dieser Artikel schloß folgendermaßen:

„Wenn wir richtig verstanden haben, hat der Kampf zwischen den christlichen Gewerkschaften und der Koalition Rex-V. N. V. begonnen."

„Dies wird alle Sozialisten und Demokraten erfreuen. Sie werden sich auch darüber freuen, daß die christlichen Gewerkschaften sich in stets stärkerem Maße den freien Gewerkschaften zuwenden, welche von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern stets gegen die Anhänger des Korporatismus verteidigt wurden."

„Schließlich geben wir noch dem Wunsche Ausdruck, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften sich deutlich Rechenschaft davon geben mögen, daß die Sozialdemokraten und die christlichen Demokraten ein gemeinsames Patrimonium zu verteidigen haben und daß sie der unwürdigen Kampagne Einhalt gebieten müssen, die gewisse ihrer Propagandisten gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften führen."

„Es ist heute so weit gekommen, daß alle Demokraten demselben Feind gegenüber Stellung nehmen müssen."

Wie wir oben bereits sagten, ist die negative Abwehr des Nationalsozialismus im Auftreten der sozialen Bewegung stets tonangebend gewesen. Weder

den Sozialdemokraten noch den christlichen Demokraten ist es gelungen, ihren eigenen Negativismus zu besiegen. Die planistische Technik der einen ist ebenso ergebnislos geblieben wie das Moralisieren der anderen. Als die Leiter der sozialen Bewegung in einem scharfsichtigen Augenblick erkannt hatten, daß mit dem Negativismus allein der Hitlerismus nicht besiegt werden könne, daß die gehässigsten Beschimpfungen und die fanatischste Demagogie, mit oder ohne Christus zum Zeugen, die Zustände nicht ändern könnten, erschien es uns so, als ob sie die Gefangenen der Geister wären, die sie angerufen. Die Macht, die sie gegen den Nationalsozialismus aufbauen wollten, konnte keinen Fuß fassen. Sie blieb eine leere Idee oder eine Konstruktion ohne Lebenskraft.

Der Verlauf der sozialen Bewegung in Belgien von 1933 bis 1940 hat uns deutlich bewiesen, daß man den Aufmarsch einer anderen Lebenshaltung und einer anderen Lebensauffassung nicht mit ethischen Korrekturen oder der Aufstellung eines Programms aus den disparatesten Elementen von der Hand weisen kann, sobald diese die historische Wirklichkeit erobert haben, sobald sie vom allgemeinen Willen getragen werden. Dieser Verlauf hat uns ebenfalls gezeigt, daß es nicht genügt, ein Programm aufzustellen und dasselbe einer Vielzahl von Anhängern oder Parteigenossen vorlegen zu können, um ihm eine historische gestaltende Kraft zu verleihen. Ist es nicht merkwürdig, daß alles, was die christliche Demokratie getan hat, um Quadragesimo anno zur Grundlage eines sozialen Neubaues zu gestalten, nirgends zu einer neuen sozialen Ordnung geführt hat. Die tragende Bewegung hat sich als unfähig erwiesen, um den sozialmoralischen Imperativen dieses päpstlichen Aufrufes eine politische Kraft zu verleihen, um die darin vorkommende Philosophie zum Staate werden zu lassen. Der schüchterne Versuch einer Organisation der Wirtschaft ist ein Plan geblieben, über den man nur diskutiert hat. Man scheute sich anscheinend, die eigene Angst durch ein Stück positiver Arbeit zu besiegen. 1934 verteidigte Cool, Sekretär des A. C. V., den Korporatismus als politische Verwirklichung von Quadragesimo anno (De Gids, Febr. 1934). Im Dezember 1936 konnte man im Organ der christlichen Gewerkschaften („A. C. V.") einen großen Artikel lesen, der folgenden Titel trug: „Warum wir nichts vom Korporatismus wissen wollen." Wir können also sagen, daß diese Herren sich nur so lange ihrer Arbeit sicher fühlten, wie sie im Vagen blieben und solange sie politische unverbindliche Allgemeinheiten propagieren konnten.

An der sich hier äußernden Ohnmacht tritt uns die Richtigkeit der Bemerkung *Christoph Stedings* vor Augen, daß „der ganze Westen saturiert ist, daß das höchste Gesetz der „Entwicklung" bei ihm die Dekomposition, bestenfalls die Erhaltung des Status quo, keinesfalls die eingliedernde Integration[3])" ist.

Nach der Machtübernahme 1933 kam *Hendrik de Man* aus Frankfurt, wo er als Professor tätig war, nach Belgien zurück. Er hatte gerade ein Buch beendet: „Die sozialistische Idee", in dem er den psychologischen Ethizismus, der die Grundlage seines Buches „Zur Psychologie des Sozialismus" bildet, fallen läßt und eine positive Haltung zum Marxismus sucht.

Durch ethische Motiverneuerung, durch die Gründung von Zentren für geistige Erneuerung, kann der Sozialismus nicht mehr weiter. Seine Aufgabe liegt in der „Veränderung der Aktionsmethoden" und der Abstimmung der Arbeiterbewegung auf die Verwirklichung der sozialistischen Produktionsmethoden. „Gerade marxistisch Geschulten", sagt H. de Man, „sollte es ein-

[3]) *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur*, S. 638, 1. Aufl.

leuchten, daß einerseits die sozialistische Revolution die reale Interesseneinheit aller Proletarier zur Voraussetzung hat, daß aber andererseits eine so tiefgehende Spaltung, wie sie heute noch zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern besteht, ihre soziologischen Grundlagen und Begleiterscheinungen hat, die auch zu einem Auseinanderstreben der unmittelbaren Interessen führen. Das höhere und stärkere Interesse, das allein diese unmittelbaren Interessenunterschiede zu überbrücken vermag, ist kein anderes als das von Marx erkannte Klasseninteresse des Proletariates an der Verwirklichung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung[4])."

Und um dies durchzusetzen und auf diese Weise dem Aufmarsch des Nationalsozialismus Einhalt zu bieten, will de Man eine richtig verstandene Rückkehr zum Marxismus, verläßt seine Studien und nimmt wieder seinen Platz in den Reihen der Arbeiterpartei ein. Zu welchem Marxismus sich de Man bekennt, sagt er deutlich im Vorwort seines Werkes „Die sozialistische Idee":

„Nach dieser unwissenschaftlichen, aber weitverbreiteten Ausdrucksweise bezeichnet der „Marxismus" in den Augen seiner Anhänger eine möglichst enge Verbindung von Sozialismus und Arbeiterbewegung, in den Augen seiner Gegner eine besonders verhaßte Verknüpfung des Sozialismus mit demokratischem Freiheitsstreben, Weltbürgertum und Humanität. Wer mich auf Grund dieser Ausdrucksweise zur Wahl einer Parole zwingen wollte, würde allerdings eine sehr eindeutige Antwort erhalten: der möge mich getrost einen besonders entschiedenen Marxisten nennen[5])."

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß de Man mit diesen Ideen in breiten Kreisen der B. W. P. wieder willkommen geheißen wurde und daß ihm alsbald die Möglichkeit gegeben wurde, diese Ideen zu verwirklichen. In seinem Buche „Après Coup" sagt er uns, daß sein „Plan der Arbeit" auf dem Weihnachtskongreß der B. W. P. von 1933 unter enthusiastischen Beifallskundgebungen angenommen wurde, wie man solche seit langem nicht mehr gesehen hatte. „Nachdem ich das Rednerpodium verlassen hatte, wurde ich inmitten erneuter Ovationen von Vandervelde umarmt. Der Kongreß besiegelte diese gegenseitige Ehrung des Alten und Neuen Testamentes, indem er beschloß, der Partei einen Vorsitzenden und einen Stellvertretenden Vorsitzenden mit gleichen Rechten zu geben. Vandervelde wurde Vorsitzender und ich Stellvertretender Vorsitzender[6])." Dies war wohl der beste Beweis für das Vertrauen, das die B. W. P. in de Man setzte, um sie von der Gefahr zu retten, der ihre deutsche Schwesterpartei zum Opfer gefallen war.

Die marxistischen Voraussetzungen der sozialistischen Politik sozialer Fürsorge bleiben unverändert die Grundlage der sozialistischen Planpolitik, die sich nunmehr kredit- und produktionspolitische Ziele gesetzt hat. Hier ist nicht die Rede von einer Ablehnung des Marxismus, sondern allein von einer Änderung in der Strategie. Es wird eine andere Marschrichtung auf derselben Grundlage ausgearbeitet.

Die marxistische Planpolitik[7]) ist auf die Nationalisierung der Banken, die Einrichtung einer Dienststelle für den wirtschaftlichen Wiederaufbau (der dem freigebliebenen Sektor der Wirtschaft bei der Erzielung einer höheren Ren-

---

[4]) *Die Sozialistische Idee*, S. 317—318.

[5]) Dito, S. 12.

[6]) *Après Coup*, S. 207—208.

[7]) So schrieb ich in der September-Nummer der holländischen Zeitschrift „Nieuw Nederland" (1936).

tabilität helfen wird), die Organisation der Landwirtschaft und die Nationalisierung der Elektrizitätswerke gerichtet.

Wer diesen „Plan der Arbeit" durchliest, wird bald zu der Schlußfolgerung gelangen, daß hier sehr viel der Kredit- und Produktionspolitik entnommen wurde, die vor allem *Schacht* und *Darré* im nationalsozialistischen Deutschland einführten. Ebenso auffallend ist jedoch, wie hier allein technische Mittel übernommen wurden, wie der „Plan der Arbeit" auf eine ausschließlich wirtschaftliche Umgestaltung des Volks- und Staatslebens hinzielte. Die technisch-wirtschaftlichen Entwürfe, die hier dargelegt werden, haben keine Verbindung mit der Gesamtheit der Volkswirklichkeit, mit einer anderen Ordnung des Volkslebens. Sie sind das Erzeugnis einer verabsolutierten technisch-wirtschaftlichen Ratio. Hier wird innerhalb des Rahmens der geltenden Gesellschaftsordnung ein neues Experiment der Wirtschaftstechnik entworfen, das sich nicht um die qualitativen Veränderungen des Menschen kümmert. Bei der Übernahme des belgischen Finanzministeriums im zweiten Kabinett van Zeeland (Juni 1936) erklärte de Man, daß er sich selbst als ein Techniker unter Technikern betrachte und daß die Verwaltung seines Ministeriums ausschließlich aus technischen Erwägungen heraus geleitet werden würde.

So sind die Renovierungsbestrebungen idealistischer Marxisten in der marxistischen Planpolitik an einem toten Punkt angelangt und sie haben sich, durch das Auftreten de Mans, selbst preisgegeben. Der Glaube an eine geistige Renovierung dieser Welt desjenigen, der fest entschlossen aus ihr austritt und mit anderen, nicht verbrauchten Kräften die Schöpfung einer neuen Gemeinschaft auf sich nimmt, wird als utopisch preisgegeben oder als „reaktionär" gebrandmarkt[8]). Im Marxismus ist nur Platz für die „Gesellschafts"-Wirklichkeit; sogar eine bescheidene „psychische" Erneuerung ist unmöglich.

Stärker denn je hat somit die „Gesellschaft" ihre Herrschaft über den Marxismus wiedererobert. Die Gestaltung des Menschen wird hier der Wirtschaft überlassen; der marxistische Typus ist rehabilitiert.

So vollzieht sich fatal der Kreislauf des Gesellschaftssozialismus. Der organisatorische Sozialismus bestätigt hier eine Unfähigkeit, und das Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit stellt mit noch größerer Eindringlichkeit die Forderung nach einem „organischen Sozialismus", d. h. nach einer sozialen Organisation der Volkswohlfahrt, die ihre Wurzeln im Erleben der natürlichen Gemeinschaft hat.

Dies nicht verstanden zu haben, ist der eigentliche Grund des Mißerfolges der Planpolitik, dies erklärt uns, warum die Riesenreklame, die um den Plan gemacht wurde, sich nicht zu einer Erneuerung entfaltete und nicht in der Lage war, den instinktiven Sozialismus wachzurütteln.

Ein anderer Versuch wurde in Verbindung mit dem Plan der Arbeit unternommen, um der sozialen Bewegung in Belgien einen positiveren Charakter zu verleihen, ich meine hier die Verkündung des sogenannten „Socialisme national" durch Spaak-de Man. Zu diesem „Socialisme National" rief Herr Spaak gelegentlich eines *R. de Becker* erteilten Interviews auf, das am 9. Februar 1937 in der „Indépendance Belge" erschien. In diesem Interview sagte Spaak u. a. folgendes: „Was mich anbelangt, so nehme ich die Bezeichnung „nationalisierter Sozialismus" an, obgleich sie leicht zu Polemik und Verwechselung Anlaß geben könnte, durch den Gebrauch, den gewisse totalitäre Bewegungen davon gemacht haben, an denen ich mich — das braucht wohl nicht

[8]) *Die sozialistische Idee*, S. 226.

erwähnt zu werden — in keinerlei Weise beteiligen will. Man kann ein „nationaler" Sozialist sein, ohne etwas von den gerechten durch den Internationalismus ausgestoßenen Seufzern zu verleugnen, ohne etwas von seinem brüderlichen und friedliebenden Ideal preiszugeben."

„Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß ohne Berücksichtigung des Nationalen keine internationale Zusammenarbeit möglich ist. Und dies ist vor allem deutlich geworden, seitdem in verschiedenen Ländern Sozialisten die Verantwortung der Macht auf sich genommen haben. Eines der Verdienste des Plans der Arbeit bestand darin, die Aufgabe des belgischen Sozialismus in den Rahmen der nationalen Wirklichkeit zu setzen."

„Ich bin jedoch kein orthodoxer Marxist mehr, wenn ich sage, daß für den Sozialismus der Augenblick gekommen ist, ferner Ausschau zu halten als auf das eigentliche Proletariat, und andere soziale Kreise für sein Programm zu gewinnen, wenn er in einem demokratischen Regime weiterhin vorwärtsgehen will."

Wie man sieht, brachte uns dieser „Socialisme National" nicht viel Neues. Er wollte nur die Glieder innerhalb der sozialistischen Partei erweitern und vor allem eine engere Zusammenarbeit mit den christlichen Demokraten ermöglichen. Außer einigen freundlichen Reaktionen des Herrn *Pauwels* (Präsident der Christlichen Gewerkschaften) u. a. ist es eine Fanfaronade geblieben.

Spaak-de Mans Absicht war deutlich, als sie den „Socialisme National" ins Leben riefen. Sie wollten den bestehenden nationalistischen Tendenzen durch die Übernahme dieses Wortes den Wind aus den Segeln nehmen und durch dieses Wort die Wirklichkeit beschwören. Wir erlebten bei uns, was *Ernst Jünger* 1932 vorausgesagt hat: „Es wird binnen kurzem keine politische Größe mehr geben, die nicht durch den Appell an den Sozialismus und an den Nationalismus zu wirken sucht, und es muß gesehen werden, daß diese Phraseologie jedem offensteht, der den Gebrauch der vierundzwanzig Buchstaben beherrscht[9])."

Wir müssen dies jedoch nicht tragisch aufnehmen: von diesem Versuch ist nichts übriggeblieben. Eine Bewegung, die nur einem Wort nachlaufen kann, ist niemals gefährlich.

So verliefen die positiven Intermezzos, die die soziale Bewegung in Belgien von 1933 bis 1940 gekennzeichnet haben. Seit 1938 lebten sie — mit Ausnahme einiger Scharfsichtiger unter ihnen — allein noch von der Angst und in der Erwartung der Stunde der Abrechnung mit den großen hitlerischen Friedensstörern.

In „Le Mouvement Syndical Belge" vom 20. Januar 1939 sagte Herr *Rens*, Sekretär des „Verbandes der Belgischen Gewerkschaften": „Es fällt uns nicht schwer zu gestehen, daß wir im September v. J. keine Gegner des Münchener Abkommens waren. Weil wir wußten, daß die großen demokratischen Staaten damals nicht bereit waren, um sich Hitler zu widersetzen." Also in Erwartung des Augenblickes der Abrechnung.

In den ersten Tagen nach dem 10. Mai 1940 flüchteten die Führer der christlichen und marxistischen Sozialbewegung mit dem ganzen Besitz ihrer Mitglieder nach Frankreich, um von dort aus den Kampf bis zum äußersten fortzusetzen ...... Sie hatten nichts gelernt. Gedanken, Haltung und Besinnung fehlten vollkommen. Flucht aus der Zeit und Flucht in den Rausch. Auf diese Weise wurde die soziale Bewegung in Belgien von ihren eigenen Führern liquidiert und durch deren Negativismus dem Nichts überlassen.

---

[9]) *Der Arbeiter*, S. 237.

Der Weg ist nunmehr frei für eine neue soziale Ordnung, entsprossen aus der Volksverbundenheit und geführt von dem einsichtigen Bewußtsein der politischen Notwendigkeiten unserer Zeit. Wir hoffen, daß das Volk begreifen wird.

„Es regen sich die Wälder, es hört die Kluft den Herold fern, und schaudernd regt im Busen der Erde sich Freude wieder.“ (Hölderlin.)

Viktor Leemans

USA.-Diplomaten

Zum Verständnis der us-amerikanischen Diplomatie ist neben ihrer geschichtlichen Entwicklung auch die Folge ihrer Persönlichkeiten aufschlußreich. Wir werden also nicht nur u. a. *S. F. Bemis'* Diplomatic History of the U. S., New York 1936, mit Gewinn studieren, nicht nur die einzelnen Phasen der USA.-Diplomatie im Zusammenhang mit den jeweiligen Geschichtsereignissen zu ergründen versuchen, sondern auch die Lebensbeschreibungen wenigstens der kennzeichnendsten Diplomaten gründlich zu Rate ziehen. Wie z. B. die Venezuela-Frage von 1895 am besten in den Biographien von Präsident *Cleveland* und Staatssekretär *Olney* studiert werden kann, so werden auch Sinn und Wert der us-amerikanischen Diplomatie aus Charakter, Vorbildung und Leistung ihrer Vertreter klar.

Beginnen wir mit dem letzten Botschafter in Berlin: *Hugh Wilson*, dessen Buch „Lehrjahre eines Diplomaten“ in mehr als einer Weise Aufschlüsse vermittelt. Er war ein Sondertyp der USA.-Diplomatie. Er war der erste „Karrieremann“ als Chef der Berliner Botschaft, d. h. kam aus dem regelrechten Auswärtigen Dienst der Union, während die allermeisten seiner Vorgänger mehr oder weniger reiche Dilettanten gewesen waren. Als Botschaftsräte waren zwar schon Beamte vertreten gewesen, z. B. *Grew*, der spätere Botschafter in Japan, aber niemals als Botschafter selbst, der Chefposten war stets reichen Geschäftsleuten vorbehalten geblieben. Die meisten von ihnen sprachen wenig oder kein Deutsch und waren auch ziemlich unwissend in allem, was Deutschland anging. In der Regel zeigten sie auch nur wenig Interesse für das deutsche Volk, seine Politik und seine Kultur.

Hugh Wilson hat selbst in seinem Buch von den verschiedenen Arten amerikanischer Diplomaten geschrieben. Als er 1911 seinen Dienst begann, erklärten ihm alle Freunde mit vollem Recht, „daß Diplomatie in den Vereinigten Staaten der Spielball der Politik sei, daß man dabei nichts verdiene“. Zu den höchsten Posten gelangte man nur im Ausnahmefall. Auf die große Mehrheit der Auslandsposten wurden „politische Tagelöhner“ gesandt, die nur in den allerseltensten Fällen etwas taugten. Bis zum ersten Weltkrieg und auch nachher noch oft waren die USA. draußen durch Leute vertreten, die in der Heimat versagt hatten, die durch politische Freunde an die Krippe gelangt waren oder deren Abwesenheit ihren Familien oder parteipolitischen Klüngeln eine Erleichterung war. Das klassische Beispiel davon war der bankerotte Inhaber eines Mietspferdestalls, den Präsident *Grant* (1869—1877) für einen diplomatischen Posten bestimmt hatte. Entsprechend war denn auch die „Diplomatie“ dieser Herren, so daß die berüchtigte nordamerikanische „Hemdärmeldiplomatie“ eigentlich unvermeidlich erschien. Amerikanische Diplomaten haben nicht nur in Europa, sondern auch in Asien oft verheerend gewirkt.

Der Berufsdiplomat Wilson stellt einmal fest: „Unsere große Demokratie muß sich bei der Auswahl ihrer Vertreter auf ein undemokratisches Kriterium verlassen.“ Er meint ein großes eigenes Vermögen. Aber das ist doch gar nicht so „undemokratisch“, wie es auf den ersten Blick aussieht. Jedenfalls braucht ein Botschafter auf den bedeutendsten Auslandsposten viel eigenes Geld zur Repräsentation, da sein Gehalt unzureichend ist. Oft hat er sich in sein vornehmes Amt erst durch 50 000 Dollar und mehr als Einsatz für die letzte Präsidentenwahl einkaufen müssen. Vielleicht wird der ganze Zustand vom Kongreß so beibehalten, eben damit die größten „Pflaumen“ nur den Reichsten vorbehalten bleiben. Es ist ja auch ein öffentliches Geheimnis, daß man zum Bundessenator vor allem wohlhabend sein muß, ja selbst mancher Präsident hat sein Amt nur erfüllen können, weil ihm ein reicher Freund die nötigen Gelder geschenkweise überlassen hatte: so war es etwa bei Präsident *Woodrow Wilson* der Fall gewesen.

Andererseits ist auch die Begründung echt amerikanisch, die man us-amerikanische Diplomaten öffentlich und privat geben hört, nämlich daß sie ihren Rücktritt einreichen müßten, weil sie ihre geschäftlichen Angelegenheiten der Diplomatie wegen jahrelang vernachlässigt hätten. Obwohl wohlhabend oder in der Mehrzahl der Fälle sogar reich, meinen sie doch: business as usual, Diplomatie oder nicht (vgl. Davies S. 301!).

Auf dem Berliner Posten sind die besten us-amerikanischen Gesandten und Botschafter Intellektuelle gewesen, wie *George Bancroft, Bayard Taylor, Andrew D. White* und *Schurman*, die schlechtesten jedoch reiche Geschäftsleute wie *Gerard* zur Zeit des Weltkriegs von 1914, der sogar seine antideutschen Erinnerungen verfilmen ließ und ungeheuer daran verdiente. Zu den guten Ausnahmen unter den businessmen gehörte z. B. *Houghton*, der wenigstens guten Willen unserm Volk in seinen Nöten entgegenbrachte. Eine besonders schlechte Ausnahme unter den Professoren war dagegen Hugh Wilsons Vorgänger, nämlich der unmögliche Chicagoer Historiker *Dodd*, der sich alle seine Berliner Informationen von jüdischen und reaktionären Gegnern holte und so am neuen Deutschland glatt vorbeilebte. Seine impotente Gehässigkeit fiel endlich selbst Präsident *Roosevelt* auf die Nerven. Als sein Nachfolger war *Joseph E. Davies* nach seiner Tätigkeit in Moskau ausersehen. Der wurde jedoch nach Belgien geschickt, weil Roosevelt schon im Dezember 1937 der Meinung war, daß man in Berlin nichts tun könne zur „Ablenkung“ der „Kräfte in Deutschland“! Davies gegenüber sagte der Präsident noch, der Berliner Botschafter solle „ausgesprochen förmlich und nur zur konventionellen Repräsentation“ dienen. Und wörtlich: „Die Ernennung eines „Karrieremanns“ würde keine besondere politische Bedeutung als Erklärung eines besonderen Interesses dieser Regierung haben“ (Davies S. 98). So kam Hugh Wilson nach Berlin. Ein Beweis, wie noch heute ein Berufsdiplomat im offiziellen Washington angesehen ist, und welche dankbaren Aufgaben man gerade ihm überläßt.

Eine andere Beobachtung konnten einem die letzten Berliner Vertreter verschaffen, daß nämlich unter dem Roosevelt-Regime antideutsche Herren bevorzugt wurden. Sobald einer in der „American Legation“ einmal warm wurde mit uns, dann war seine Versetzung so gut wie sicher. Jedes lebendige Verständnis der deutschen Probleme wurde eher zum Hindernis in der weiteren diplomatischen Laufbahn. Nur ein sehr reicher Botschaftsrat konnte sich unter anderm auch den Luxus einer gewissen Deutschfreundlichkeit leisten.

Zwei der kennzeichnendsten Fälle in der neuesten Diplomatie der USA. sind nun die beiden Finanzmänner *Dwight Morrow* und *Joseph E. Davies*,

jener in Mexiko, dieser in Moskau. Davon hat eigentliche, wenn auch nur zeitweilige Erfolge nur Morrow, der Schwiegervater des Fliegers Lindbergh, aufzuweisen gehabt, während Davies sich nur informierte und sich im übrigen die persönliche gesellschaftliche Auszeichnung und die ausgesprochene Vorliebe der Moskauer Gewaltigen für die hochkapitalistische nordamerikanische Union geschmeichelt gefallen ließ.

Über Morrows Verdienste um die amerikanisch-mexikanischen Beziehungen ist eine ganze Legende entstanden, die sein englischer Biograph *Harald Nicolson* bereits vor fünf Jahren, wenn auch vorsichtig, eingeschränkt hat. Als Morrow als bekannter Partner und Mitarbeiter des Finanzhauses Morgan in Wall Street 1927 nach Mexiko City kam, war er keineswegs willkommen. „Nach Morrow", schrieb eine Zeitung, „kommt die Marine". Es war ja die Blütezeit der Dollardiplomatie, davon Mexiko ein böses Lied singen konnte. Selbst Präsident *Calles* fürchtete, daß die Wahl eines großen Bankiers nur einen neuen Feldzug für die Eintreibung der mexikanischen Schulden bedeuten könnte. Niemand in den USA. und in Mexiko verstand auch, warum ein Teilhaber Morgans ohne Hintergedanken seine fürstlichen Einkünfte mit den Schwierigkeiten einer mexikanischen Mission vertauschen sollte.

In einem sollten sie jedoch diesseits und jenseits des Rio Grande angenehm enttäuscht werden: Morrow war eine bedeutende Persönlichkeit, ein durch und durch anständiger Charakter und deshalb schon zu großen Aufgaben befähigt. Er kam, um zu gefallen und in einer guten Atmosphäre klug und ehrlich seine Ziele zu erreichen, die natürlich praktisch amerikanisch waren. Sein letztes Geheimnis lag außer in seiner persönlichen echten Liebenswürdigkeit, in seinem wirklichen gründlichen Wissen um Mexiko, seine Menschen, seine Einrichtungen und seine Lebensweisen. Darin übertraf er viele Berufsdiplomaten seines Landes, die er übrigens „gern mit Heiterkeit und nicht ohne Verachtung" betrachtete. Für ihn waren die meisten amerikanischen Gesandten „tot, ohne es zu wissen"; erst später begriff er den Gemeinsinn mancher Berufsdiplomaten seines Landes (Nicolson S. 248 ff., 262 ff., 274 f.).

Er ging an die internationalen Probleme mit einer erstaunlichen und überaus seltenen Gabe der Vereinfachung heran, die er sich während langjähriger Erfahrungen als Anwalt großer Aktiengesellschaften erworben hatte. „Ein sorgfältiges Studium der Geschichte und der einschlägigen Faktoren der Lage, das Abstreifen alles Unwesentlichen und dann ein Wiederaufbauen und Darstellen der Lage in einfacher und überzeugender Weise", so hat man seine Arbeitsweise gekennzeichnet. Damit hat er die verwirrten Mexikofragen: Öl, Land, Forderungen und Schulden wenigstens zeitweilig in Ordnung gebracht.

Was er praktisch in Mexiko erreichte, war aber weder vollständig noch von Dauer, vor allem der Ausgleich zwischen dem nordamerikanischen Kapital und dem mexikanischen Nationalismus war es keineswegs. „Er rettete die imperialistische Maske", wie Nicolson treffend urteilte, doch er konnte die Raubtierinstinkte dieses selben Imperialismus nicht aus der Welt schaffen. Morrow ging, aber die Grundlagen und Methoden des USA.-Imperialismus blieben nicht nur am Leben, sondern entwickelten sich unter Hoovers Nachfolger *Franklin D. Roosevelt* noch mächtiger weiter. Morrows Theorie von der „moralischen Vormundschaft" der Starken über die Schwachen ist einer völlig unmoralischen und zügellosen Raubpolitik gewichen, die heute ganze Kontinente überschattet: Europa wie Afrika, Amerika und Australien. Und Mexiko ist heute kaum mehr als „eine autonome Kolonie von Wall Street".

Sieht man sich die allgemeinen politischen Auffassungen und Urteile Mor-

rows etwas genauer an, so erkennt man sofort, ebenso wie auch bei dem andern „großen Diplomaten" Davies, daß sie ziemlich konventionell sind und nicht viel tiefer als die des oft zitierten „Mannes in der Straße" gehen. Sie machen meist aus der offiziellen Meinung und sogar Kriegspropaganda ein selbständiges, geistig verarbeitet anmutendes System. So wenn Morrow 1918 einmal behauptet, die Alliierten kämpften, um zu beweisen, daß „nicht durch Gewalt, nicht auf dem Wege des Römischen Reiches" die Vereinigung der Menschheit erreicht werden könne. „Wir kämpfen", schrieb er, „um die römischen Methoden der Weltkonsolidierung zu beenden und an ihre Stelle die Vereinigung durch Verständigung zu setzen" (Nicolson S. 188). Wenn die ganze Sache nicht so furchtbar ernst wäre, müßte man diesen Satz Morrows einen blutigen Witz nennen. Zynischer konnte Deutschlands Verständigungswille auf Grund seiner elementarsten Lebensnotwendigkeiten nicht abgewürgt werden, als es durch Morrows Landsleute und Alliierte von 1919 bis 1939 geschah.

Davies' Auffassung von der Weltlage und Deutschlands Problemen der letzten Jahre ist ähnlich naiv und bequem. Jedes gründlichere Wissen fehlt. Irgendeine Kritik des amerikanischen und besonders noch englischen Nachrichtendienstes sucht man vergebens. Er schluckt unbesehen alles. Er ist so von Amerika als dem besten Regierungssystem und der vollkommensten Lebensart in dieser Welt überzeugt, daß er gar keinen Antrieb fühlt, das andere Wesen in Europa und besonders in Deutschland ernst zu nehmen oder gar zu studieren. Er schlägt dabei ungeahnt seinem eigenen Grundsatz des Vorworts ins Gesicht: „Wenn du einen Menschen kennst, dann kannst du ihn gar nicht hassen." Sentimental wendet er es allerdings und nur auf Sowjetrußland an und gibt dessen „fähigen und starken Männern ... Kredit für ehrliche Überzeugungen und lautere Zwecke", worunter er auch die „Sache des Friedens" versteht.

Genau so behaglich, wie er im Vorwort Kapitalist mit Individualist gleichsetzt, beurteilt er den Kommunismus à la *Stalin*. Wörtlich schreibt er in seiner „Mission to Moscow": „Ich bedaure, daß dieses große Experiment nicht auf der christlichen Religion begründet werden konnte" (Davies VIII). Und Stalin ist ähnlich tief erkannt: „Ein Kind würde gern in seinem Schoß sitzen und ein Hund würde sich an ihn heranmachen." Natürlich sind da die vielartigen Bluturteile und Terrorakte, aber die schluckt unser ehrenhafter Amerikaner schließlich, nachdem ihm von Botschafter *Troyanovsky* die Versicherung gegeben worden ist, „daß alles (!) getan werden mußte, um sich gegen Deutschland zu schützen"!

Umgekehrt wird alles von Deutschland unbesehen diffamiert. Auch bei ihm ist das Methode. In amerikanischen Gefängnissen sitzen zur Zeit viele amerikanische Bürger deutschen und verwandten Stammes, deren ganzes „Verbrechen" darin bestanden hat, die Treue zur alten Heimat bewahrt zu haben oder amerikanischen Lügen und Verleumdungen entgegengetreten zu sein. In allen Krisen und Kriegen sind die Annalen der USA. angefüllt mit Justizmorden, „gesetzmäßigen" Brutalitäten und Unmenschlichkeiten großer Zahl. Aber Mr. Davies, der sehr vornehm lebt, weiß davon nichts und würde höchst befremdet sein, wenn man ihm, dem Lobpreiser der amerikanischen Demokratie und Lebensart, das ungeheure amerikanische Sündenregister vorlegte. Alle die, mit denen er umgeht, ob Juden oder Angelsachsen, sind eben gleich ihm von Instinkt, Ignoranz oder falscher Aufklärung unbelehrbar antideutsch.

Das setzt auch das letzte Fragezeichen an seine Erklärung von der Diplomatie: „Wenn Diplomatie überhaupt in Regierung und Geschäft etwas be-

deutet, dann bedeutet sie doch die Kunst, miteinander auszukommen und schwierige Sachen mit der denkbar geringsten Irritation und Schwierigkeit zu erledigen" (Davies S. 409). Hätte Mr. Davies auch nur einen Funken von wahrer Verantwortung gegenüber der europäischen Lage gezeigt und die eigene Theorie praktisch gemacht, so hätte er seinen Beitrag zum Weltfrieden geleistet.

In Wirklichkeit aber hat er alle antideutschen Tendenzen der Kremlpolitik unterstützt und für die Roosevelt-Interessen unbedenklich eingesetzt, wie aus seinem Buch vielfach hervorgeht. Er bewundert Präsident Roosevelt auf Grund einer jahrelangen Freundschaft und steht zu dessen Außenpolitik ebenso unbedingt wie früher zur Innenpolitik des New Deal. Im März 1939 schreibt er von Brüssel aus: „Wie schade, daß Europa nicht einen Franklin Roosevelt hat" (S. 280). Daß es sich dabei allein um einen Frieden zu Roosevelts Bedingungen handeln konnte, beweist Davies' Buch auf allen Seiten. Brauchte man noch eine Bestätigung, so würde sie Davies' Einschätzung von *Winston Churchill* erbringen, und zwar im Mai 1937, als dieser schon längst sein Kriegsprogramm gegen Deutschland aufgestellt hatte. Nach einem kleinen Mittagessen in London mit Churchill, dem er gar nicht genug herzhafte Tatsachen über Sowjetrußland berichten konnte, ruft er entzückt aus: „Zu schade, daß dieser Mann (Churchill) nicht größere Wirkung in der Londoner Regierung hat. Der Friede (!) würde sicherer sein!" (S. 105).

Daß Davies' Buch mit Vorsicht und Kritik zu lesen ist, wird hiernach schon klar geworden sein. Es ist nur zum Teil ein Bericht seiner diplomatischen Tätigkeit in Moskau (1936—Juli 1938) mit vielen aufschlußreichen Einzelheiten und Tatsachen. Was der Verfasser dann jedoch „die Ernte (!) seiner Mission" nennt und vom 6. Juli 1938 bis 28. Oktober 1941 rechnet, ist einfache Propaganda im Interesse von Roosevelts skrupelloser Kriegsausweitungspolitik (S. 274 ff.) oder, anders ausgedrückt, die Fortsetzung der „Mission to Moscow", wie der Meister Roosevelt und sein Diener Davies sie von allem Anfang an auffaßten.

Das läßt sich an einigen Beispielen besonders deutlich nachweisen. So verschönt sich in Davies' Augen der Sowjetkommunismus in Washington zusehends. Er erklärt z. B. im Oktober 1941: „Unter dem Glauben, den meine Mutter mir anerzogen hat, finde ich keine Schwierigkeit, im Zusammenhang mit dem Kommunismus die Idee anzunehmen, daß alle, die an Christus und Christi Lehren glauben, theoretische Kommunisten sind, in dem Grad, daß sie „für" die Brüderschaft der Menschen sind." Er bekennt gleich darauf, daß er natürlich Kommunismus nicht mit der Menschennatur in Einklang bringen kann usw., da er an Evolution anstatt an Revolution glaube, aber die Verwirrung der Begriffe im Sinn seiner Pro-Sowjet-Propaganda ist bereits geschehen und erklärt leicht den Zwiespalt, in dem sich Roosevelt heute mit seiner Sowjetpolitik dem eigenen Volk gegenüber befindet.

Im Zusammenhang mit der religiösen Frage in Sowjetrußland stellt Davies noch fest (S. 87), daß gewisse Roosevelt-Forderungen aus den Washingtoner Verhandlungen in die Revision der Verfassung der UdSSR. Eingang gefunden haben. Diese „Verfassungsreform" fand bald nach der diplomatischen Anerkennung der Sowjetunion durch die USA. statt, und Roosevelts Betonung der Religionsfreiheit usw. sei „einer der wichtigsten Einflüsse" bei der Einführung der Verfassungsartikel 124 und 135 gewesen. Jener Artikel sagt u. a.: „Freiheit der Religionsübung und Freiheit der antireligiösen Propaganda wird allen Bürgern zuerkannt", und dieser Artikel soll jedem „unabhängig von Rasse und Nationalität, Religion" das Wahlrecht „sichern". Das ist eine Idylle,

wie der Vertreter des höchstentwickelten Kapitalismus dem Vertreter des weltbeglückenden Kommunismus einen Tip für seine „demokratische Verfassung" gibt. Davies betont, daß Stalin sich persönlich in der Durchsetzung jener „toleranten" Religionsparagraphen Verdienste erworben habe. Daß diese selbe Stalin-Verfassung eine besonders herzliche und verständnisvolle Aufnahme in den USA., d. h. ihren führenden Schichten, fand, leuchtet nach Davies' Darstellung ein.

Ebenso begreifen wir nun, wie Roosevelts letzter Brief an Stalin in den Maitagen 1943 eine ähnliche „Anregung" für die Komintern geben konnte, nämlich sie, sozusagen nur als Kriegslist, formell aufzulösen. Die innere Brücke zu diesem echten Roosevelt-Trick hat bereits Davies vor Jahren gebaut. In seinem Brief an Roosevelts Privatsekretär *Early* vom 4. April 1938 heißt es u. a. naiv zustimmend: „Der französische Botschafter hat mir gesagt, daß Stalin zur Komintern (der Agentur für den Weltrevolutionsgedanken) nicht aus eigenem Wunsch (!), sondern rein als militärische und strategische Notwendigkeit (!) Zuflucht genommen hat." In Davies' amtlichem Schlußbericht vom 6. Juni 1938 steht die Komintern gleich nach den Russenschulden als zweite noch schwebende Frage zwischen beiden Regierungen. Aber im Interesse Amerikas, das (nach Davies) damals wenig von „subversive Comintern activity" zu leiden hatte, wird diese ganze Frage rein akademisch behandelt, „soweit Lebensinteressen der USA. in Betracht kommen". Amerika machte damals die ganze Komintern nichts aus, es fühlte sich sicher vor dem Kommunismus, die andern Mächte mochten bleiben, wo sie wollten. Aber heute im Jahre 1943, reichlich ein Jahr vor Beginn einer neuen Präsidentschaftswahlkampagne, da muß im amerikanischen Interesse etwas mit der Kominternfrage geschehen; denn sie belastet Roosevelts Innenpolitik, die Stimmung seines gewiß arglosen Volkes und nicht zuletzt seine eigenen Wahlaussichten.

Die offizielle USA.-Politik arbeitet heute natürlich sehr betont mit dem guten Einvernehmen der beiden Regierungen. Hier hat Davies zweifellos stimmungsmäßig vorgearbeitet. Beide, USA. und Sowjetrußland, so setzte es ja schon im Juni 1938 Davies Stalin persönlich auseinander, wünschten „eine gerechtere Verteilung des Reichtums". Das und die hingebende (!) Sorge um „das Wohl des niedrigsten Volksgenossen" sowie endlich das ständige Arbeiten für den „Frieden der Welt", natürlich so, wie sie ihn auffassen, all das erzeugt und beweist die tiefe „Sympathie" zwischen den beiden ebenso skrupellosen wie brutalen Mächten. So nimmt es denn Davies auch als ganz selbstverständlich hin, wenn ihm „hohe Beamte der Sowjetunion" versicherten, daß sie weiter in der Freundschaft zu den Vereinigten Staaten gehen würden als zu irgendeiner andern Nation der Welt. Er stellt das verschiedentlich in seinem Buch mit einer Art Schadenfreude fest. In einem Brief an Präsident Roosevelt aus Brüssel vom 18. Januar 1939 versichert er abschließend: „Die Führer der Sowjetregierung haben mir versichert, daß es nur eine einzige Regierung in der Welt gibt, der sie vertrauen, und das ist die USA.-Regierung unter Ihrer Führung" (S. 276).

Dieses ehrende Vertrauen der Sowjets zu Roosevelts Regierung hat niemals dem Frieden gedient, ebensowenig wie das Zusammengehen von Washington und London. Den schlüssigen Beweis liefert Davies mit seinem Buch und seiner Diplomatie. *Bullitt, Davies, Steinhardt,* drei verschiedene, mehr oder weniger jüdisch eingestellte Garnituren Roosevelts, endlich noch ein Militär, *Standley,* der Roosevelts Kriegführung den Sowjets schmackhaft machen sollte, das waren die letzten Diplomaten des reichsten Landes der Welt im Sowjetparadies. Aber

der beste von ihnen ist Davies geblieben, seiner ganzen Haltung nach, weshalb er geradezu prädestiniert dafür war, Roosevelts letzten Brief Stalin persönlich zu überreichen.

Churchill und Roosevelt haben sich gefunden, wie gar nicht anders zu erwarten war — in der skrupellosen Zerstörung des Weltfriedens, und sie haben sich mit dem gefährlichsten Feind Europas verbündet, dem Sowjetismus, den sie ihren Diensten willfährig zu machen meinen. Sie wähnen dabei sich und ihre Völker sicher bei dem Spiel mit dem verzehrenden Feuer des Kommunismus, aber ihre Völker haben Lunte gerochen und sind unruhig geworden. Besonders in den USA. ist altes Mißtrauen gegen die Komintern erwacht. Da erinnern sich die Volksmassen besonders im Westen, daß einmal schon entgegen *Litvinows* ausdrücklichen feierlichen Zusagen die kommunistische Wühlarbeit in den USA. nicht nur nicht gestoppt, sondern stärker betrieben wurde. Was damals schon die diplomatische Anerkennung brachte, das hat die Waffenbrüderschaft mit dem Kreml noch verstärkt. Mag der Kommunismus in England hoffähig sein, volkstümlich ist er in den USA. bis jetzt nicht geworden.

Heute nun brauchen Roosevelt und Churchill für ihren Krieg Stalins Bundesgenossenschaft bis zum letzten Russen. Dafür geben sie ihm ganz Europa preis, das kostet sie keine Skrupel, nur vor der Zeit laut werden darf das zu Hause nicht. Vor allem darf der „gütige Stalin", wie ihn Davies einmal nennt, nicht länger im Blutschein des Kommunismus erscheinen. Roosevelt insbesondere braucht für seine weiteren Pläne ein total willfähriges Volk. Die formelle Auflösung der Komintern soll eben bestehende Unruhe und Opposition in den USA. sänftigen und einlullen. Nach einer Weile wird Stalin nur noch als Musterdemokrat, als verkannter Kommunist vor der amerikanischen und englischen Öffentlichkeit erscheinen und als Erfinder der religiösen Toleranz, sogar als Freund und Förderer des Christentums. Wieder mit Davies zu reden: „Die Sowjets bekämpfen Hitler und kämpfen daher, um unsere Sicherheit hier in den USA. zu beschützen, und zwar sowohl in der religiösen Welt als auch in der politischen Sphäre" (Davies S. 312).

*

Hugh Wilson, Lehrjahre eines Diplomaten. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin 1938.

Harald Nicolson, Dwight Morrow. Finanzmann und Diplomat in USA. Verlag Hans von Hugo und Schlotheim. Berlin 1938.

Joseph E. Davies, Mission to Moscow. London, V. Gollancz Limited 1942.

F. Schönemann

Köpfe der Weltpolitik

John Curtin

In der Politik des britischen Weltreichs haben australische Minister und Ministerpräsidenten gelegentlich eine Rolle gespielt, die weit über die Basis ihres an Volkszahl schwachen Landes hinausging. Im ersten Weltkrieg war der australische Ministerpräsident *Hughes* ein besonderer Vertrauter von *Lloyd George*. Er saß im Empire-Kriegskabinett in London und gab besonders radikale außenpolitische Ansichten zum besten. Er war z. B. der Mann, der dem Deutschen Reich eine Tributlast von 1000 Milliarden auferlegen und der den deutschen Handel für immer von den Märkten des britischen Weltreichs ausschließen wollte. Er war auch der Mann, der in Paris und Genf sehr scharf gegen die japanischen Ansprüche auf Gleichberechtigung in Ostasien sprach.

Nach dem Kriege verschwand der wilde Walliser Hughes ebenso vom Vordergrund der politischen Bühne wie sein Landsmann Lloyd George. Sein Nachfolger in der Führung Australiens und im australischen Anspruch in London wurde *Stanley Bruce*, ein Mann, der wegen seines gepflegten Oxforder Akzents bei Wahlkämpfen in Australien Schwierigkeiten hatte. Er wurde gut Freund mit den konservativen Kreisen Englands und sitzt noch heute als australischer hoher Kommissar in Churchills Kriegskabinett. Er war nicht der Mann, den verzehrenden Ehrgeiz von „Billy“ Hughes fortzusetzen. Er gefiel sich in einer Rolle vornehmer Gelassenheit. Der zweite Australier, den Churchill in das britische Kabinett hereinzog, spielt noch mehr die Rolle des vornehmen Engländers. *Richard Casey* aus Melbourne bedeutet für Australien nicht mehr und nicht weniger als das, was *Anthony Eden* für England bedeutet.

Hughes ist taub und alt, Bruce und Casey haben sich wegen ihres Snobismus um eine wirkliche Gefolgschaft in ihrer australischen Heimat gebracht. Australien schien in diesem Krieg keine Figur zu produzieren, die neben *Jan Smuts* ein Schaustück des überseeischen Weltreichs hätte sein können.

Robert Menzies versuchte allerdings, bei Kriegsausbruch eine ähnliche Rolle zu übernehmen. Er reiste nach London, besuchte englische Städte nach Luftangriffen, versprach den Engländern die Hilfe des fernen fünften Erdteils, hielt Reden, die von Weltreichsbegeisterung überflossen. Sein Land deckte ihn nicht. Es kannte ihn als ehrgeizigen Politiker und skrupellosen Advokaten, als Mann, der sich im ersten Weltkrieg nicht freiwillig zur Front gemeldet hatte. Im Herbst 1941 stürzte das australische Parlament den Ministerpräsidenten Menzies, im Herbst 1943 bereiteten ihm die australischen Wahlen eine vernichtende Wahlniederlage. Australien stellt heute für die Politik des Weltreichs einen Mann, der weniger farbig als Hughes und weniger anspruchsvoll als Bruce, Casey und Menzies den Typ des biederen Gewerkschaftssekretärs vertritt, *John Curtin*.

Die australische Arbeiterpartei, deren Führung Curtin seit 1935 innehat, wird einerseits bestimmt durch eine sehr malerische und nicht immer zuverlässige Gruppe von Politikern irisch-katholischer Herkunft. Sie treten ein für australischen Nationalismus, für australischen Schutzzoll im Interesse australischer Arbeitsplätze, für Pferderennen und Alkohol, für kirchliche Rechte und parlamentarische Skandale. Mit dem Ministerpräsidenten *Lyons*, der parallel zu *Ramsay Macdonald* 1931 von der Arbeiterpartei zu den Konservativen überschwenkte, ist diese Gruppe auch in die bürgerliche Rechte der australischen Innenpolitik ein-

gedrungen. Sie entspricht den politischen Kräften, die einen Teil der demokratischen Partei in USA. darstellen.

Der andere Flügel der Arbeiterpartei in Australien wird durch ebenso solide wie beschränkte Gewerkschaftssekretäre englischer oder schottischer Herkunft dargestellt. Sie sind im Grunde liberale Sozialreformer. Diese Gruppe ist bei aller Betonung australischer Selbständigkeit entschlossen, das Mutterland und seine Ideale zu stützen. Aus ihr kam der Ministerpräsident *Andrew Fisher*, der 1914 nach England telegraphierte, Australien stehe „bis zum letzten Mann und zum letzten Schilling" hinter dem Mutterland. Diese Art australischen Arbeitertums ist besonders stark in dem dünn besiedelten Staate Westaustralien vertreten, während Sydney den mehr turbulenten irischen Flügel in voller Stärke beherbergt. Aus Westaustralien kommt John Curtin. Er vertritt im Bundesparlament zu Canberra den Wahlkreis des Hafens Fremantle bei Perth. Seitdem Curtin im Herbst 1941 Ministerpräsident wurde, hat er sich bemüht, in nüchterner Solidität die Ideale der Arbeiterpartei durch die Nöte des Krieges hindurchzuretten. Er sah aber klar, daß Australien unter den veränderten Weltumständen auf vieles verzichten müsse, was seinen demagogischen Parteigenossen ebenso unentbehrlich zu sein schien wie seinen snobistischen Gegnern. Er zog daraus die nötigen Konsequenzen mit Härte, war jedoch genügend routinierter Politiker, um seine Politik taktisch durch den Parteienkampf hindurchzusteuern.

Er ging scharf vor gegen alle Streiks und verkündete ein Programm der Rationierungen und Einschränkungen im Alltagsleben, dessen Ernst („austerity") seinen unverantwortlichen Anhängern keineswegs einleuchtete. Zugleich jedoch benutzte er den Krieg, um das alte Programm der Arbeiterpartei, eine starke australische Industrie, nach Möglichkeit zu fördern. Dank ihm baut Australien heute eigene Schiffe und Flugzeuge.

Er hat die heikelsten Punkte der australischen Politik: die Frage des Verhältnisses zwischen Bund und Einzelstaaten und die Frage der allgemeinen Wehrpflicht zum Dienst außer Landes, so dilatorisch behandelt, daß das Schiff seiner Regierung bis jetzt an diesen Klippen glücklich vorbeikam.

Als er sich im Herbst 1941 die außenpolitische Weltlage unter Verzicht auf die imperialen Wunschträume von Herrn Menzies nüchtern ansah, mußte er erkennen, daß die einzige Chance einer australischen Selbstbehauptung ein weitgehendes Bündnis mit USA. sei, obwohl die nationalistische Arbeiterpartei an sich USA. ebensowenig wie England mochte. Er sagte im Dezember 1941: „Es ist kein hemmungsloser Geist des Isolationismus, wenn man sagt, daß Australien gern die Hilfe mächtiger Verbündeter annehmen muß, obwohl sie nicht zum Empire gehören." „Australiens neues Verhältnis zu USA. ist ein Militärbündnis, das von geographischen Gesichtspunkten her notwendig erscheint." Curtin versucht also, auch den USA. gegenüber, soweit er kann, den australischen Nationalismus zu behaupten. Seit seiner Regierungsübernahme bemüht er sich darum, daß USA. und England den Krieg gegen Japan intensiver betreiben. Er will sich nicht grundsätzlich von England trennen, aber Australien lieber in Neuguinea als in Nordafrika schützen. Er will nur dann an der Politik des Weltreichs aktiv teilnehmen, wenn sie nicht von Churchill diktiert, sondern gemeinsam mit den Dominien beschlossen wird. Gelegentlich sieht es so aus, als verbände er sich mit dem amerikanischen Oberbefehlshaber in Australien, Mac Arthur, um bei Roosevelt eine Verstärkung des pazifischen Schwergewichts durchzusetzen. Er ärgerte sich, als Churchill seinen Gesandten in Washington, Casey, zum britischen Minister machte. Er ärgert sich ebenso, wenn die amerikanischen Soldaten in Australien zu anspruchsvoll auftreten.

Curtin zeigt als Person, daß mittelmäßige Männer, deren Format für die Sekretärstelle der westaustralischen Holzarbeitergewerkschaft ausgereicht haben mag, an entscheidenden Stellen des britischen Weltreiches sitzen und daß jedenfalls Australien weder innenpolitisch noch geistig noch sozial dem revolutionären Drang seiner Gegner etwas anderes entgegenzusetzen hat als ein nüchternes und stures Beharren auf dem Status quo, selbst wenn dessen Voraussetzungen längst geschwunden sind. *Karl Heinz Pfeffer*

Bücher des Monats

Beiträge zur Kolonialforschung

Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Forschungsgemeinschaft von Günter Wolff, Leiter der Kolonialwissenschaftlichen Abteilung. Band I—IV. 1942—1943. Verlag von Dietrich Reimer/Andrews und Steiner, Berlin.

Die Leitung der Kolonialwissenschaftlichen Abteilung des Reichsforschungsrates hat es in unermüdlicher und geschickter Arbeit verstanden, die gesamte auf koloniale Länder sich erstreckende Forschung in einem Kreise von Mitarbeitern zusammenzubringen und ihre Aufgaben einheitlich und dabei großzügig zu organisieren. Es ist damit eine gegliederte Körperschaft entstanden, die in selbständig arbeitende Sachgebiete untergeteilt, die gesamte koloniale Forschung verkörpert, und deren Arbeiten nicht nur einen schwungvollen Anfang genommen haben, sondern auch trotz der Behinderung einer schicksalsvollen Gegenwart heute fortgeführt werden. Der schönste Beweis dafür sind die von dem Leiter der Abteilung, Günter *Wolff*, herausgegebenen „Beiträge zur Kolonialforschung", die in 4 stattlichen Bänden vorliegen, ein reiches Symposion der Kolonialwissenschaften, die den Ganzheitsgedanken dieses weit verzweigten neuen Forschungsfeldes nachhaltig zum Ausdruck bringen. Mögen auch in der unmittelbaren Gegenwart koloniale Dinge gegenüber drängenderen Aufgaben in den Hintergrund getreten sein. so werden sie doch zukünftig wieder gebieterisch an uns herantreten, und es ist gut, wenn wir dann gerüstet sind. Die ältere Generation der deutschen Kolonialforscher besitzt eine Masse von praktischer Erfahrung, aber ihr Kreis wird unvermeidlich von Jahr zu Jahr enger, und es ist deshalb zu begrüßen, daß sie hier die Gelegenheit finden, ihr auf dem tropischen Arbeitsfeld gewonnenes Wissen und Können dem jüngeren und dem kommenden Geschlecht weiterzugeben. Dafür bilden die „Beiträge" wie die gesamten Arbeiten der Abteilung ein ausgezeichnetes Mittel, denn sie liefert durchweg Arbeiten, deren wissenschaftliche Bedeutung bleibend ist und die einen sicheren Ausgangspunkt für künftige Forschungen bilden.

Die vier vorliegenden Bände enthalten vierzig Arbeiten; es wäre müßig, sie alle mit ihren Verfassern hier aufzuzählen, es muß genügen, auf einzelne aus möglichst vielen Gebieten etwas näher einzugehen. In der ersten Arbeit des ersten Bandes gibt Carl *Troll* einen Rechenschaftsbericht über die von ihm durchgeführten Luftbildforschungen (Die wissenschaftliche Luftbildforschung als Wegbereiterin kolonialer Erschließung). Für die durch diese neue wissenschaftliche Methode geographischer Forschung ermöglichte bessere Analyse der Erdoberfläche kolonialer Gebiete schlägt er den folgenden Arbeitsgang vor: a) flächenhafte Luftbildaufnahme des zu erforschenden Geländes, u. U. mit gleichzeitiger Luftrekognoszierung durch einzelne der beteiligten Fachleute; b) terrestrische Forschungen der beteiligten Fachleute längs bestimmter Routen; c) Ausdehnung der Kartierung aller linienhaft erforschten Erscheinungen zu flächenhaften Verbreitungsbildern mit Hilfe ihrer Abbildung in den Luftbildaufnahmen; d) Ergänzungsflüge zur Klärung aufgetauchter Zweifel u. ä. Es leuchtet ein, daß solche

Unternehmen Zeit und Mittel fordern und sich ihren Maßen anpassen müssen, und daß sie nur in Arbeitsgemeinschaft mit anderen Untersuchungen zur vollen Reife ihrer Ergebnisse gelangen. Als solche mitarbeitende Wissenschaften nennt Troll: Geologie, Bodenchemie, Geomorphologie, Hydrologie, Mikroklimatologie, Pflanzenökologie und Floristik, Tierökologie und Parasitologie, Forstwesen, Pflanzenbau und Agrarökologie, Kulturgeographie und Ethnologie: ein hübsches Bündel von Aufgaben, von deren sinngemäßer Inangriffnahme der Verfasser wohl nicht mit Unrecht „eine neue Epoche kolonialer Erschließungsarbeit" erwartet: falls nicht doch hier der Bogen allzu weit gespannt wird.

Es ist zu begrüßen, daß eine erhebliche Anzahl der Aufsätze sich mit Eingeborenenfragen beschäftigt, denn auch in kolonialen Ländern schafft die Menschenhand den Wohlstand des Landes. Die Bevölkerungsprobleme sind wohl in keiner Kolonie gründlicher untersucht worden als im Belgischen Kongo; über deren Ergebnisse berichtet in Band 3 Mathieu *Gilot* (Ein Beitrag über die Bevölkerung Belgisch-Kongos, nach dem Stand von 1939). Die Kolonie hatte 1938 bei einer Oberfläche von 2 365 000 qkm eine schwarze Bevölkerung von 10 304 000. Die Schätzung von 1908 belief sich auf 30 Millionen und die von 1921 auf 7 Millionen! Die Angaben von 1938 beruhen zum erheblichen Teil auf Zählungen und kommen jedenfalls der Wirklichkeit näher als die vorangegangenen Schätzungen. Es ergibt sich also eine durchschnittliche Volksdichte von 4,37 je qkm, die aber ungleich verteilt ist, sie schwankt in den Verwaltungskreisen zwischen 0,91 und 33,33. Mit Französisch-Äquatorialafrika gehört der Kongo zu den am dünnsten bevölkerten Teilen Afrikas. Gewisse Stämme leben noch heute in Bevölkerungsrückgang, der nicht auf Geburtenmangel zurückzuführen ist, sondern vielmehr auf Kindersterblichkeit, Tot-, Früh- und Fehlgeburten und Abtreibung, teilweise aber auch auf unzureichender oder einseitiger Ernährung der gesamten Bevölkerung in gewissen Distrikten. Die Gegenmittel sind Hygiene, bessere Nahrungsversorgung und Hebung des sittlichen Standes. Auf allen drei Gebieten haben Verwaltung und Mission Erhebliches geleistes. Eine großzügige Organisation, die Foréami, hat mehrere Provinzen nacheinander durch jahrelange systematische medizinische und allgemein hygienische Betreuung durchgearbeitet und dabei schöne Erfolge erzielt. Das Bevölkerungsproblem ist im Kongo, abgesehen von dem Gesamtwohl der Kolonie, von besonderer Bedeutung durch die hohe Zahl großindustrieller Unternehmungen, die eine immer wachsende Zahl von Arbeitern erfordert.

Eine andere Seite des gleichen Problems behandelt W. *Wengler* (ebenfalls in Band 3) in einer eingehenden Studie: Vergleichende Betrachtungen über die Rechtsformen des Grundbesitzes der Eingeborenen. W. weist mit Recht darauf hin, daß eine vollständige Europäisierung der Rechtsformen des Landbesitzes der Eingeborenen unzweckmäßig ist; wohl aber mag das Eingeborenenrecht modernisiert und heutigen Bedürfnissen angepaßt werden, wobei nicht Eigentumsrechte mit der Befugnis beliebiger Verwendung, sondern spezifische Nutzungsrechte die Hauptform der Rechte der Eingeborenen an Land darstellen sollten. Die Nutzungsrechte sind in gewissen Grenzen abhängig zu machen von einer Ertragssteigerung, wozu aber Anleitung und Belehrung und darüber hinaus ein gewisser Zwang notwendig sind.

Die Völkerkunde als Mitarbeiterin an kolonialen Problemen kommt zum Wort in G. *Wagners* Arbeit über „Das quantitative Verfahren in der völkerkundlichen Feldforschung", die sich auf des Verfassers mehrjährige Untersuchungen in Kenya bezieht. Es handelt sich vornehmlich um das Problem des unter europäischem Kultureinfluß in ganz Afrika vor sich gehenden Kulturwandels und die Angleichung der Eingeborenen an neue Daseinsformen. Um festzustellen, in welcher Weise, in welchem Schrittmaß und unter welchen Folgen derartige Wandlungen Platz greifen, hat Wagner in bestimmten territorialen Gruppen statistische Erhebungen über den Personenstand der Eingeborenen angestellt, so z. B. über Name und Sippenzugehörigkeit sämtlicher männlicher Personen (Steuerzahler), über deren Altersstufen, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Erziehung (Schulbesuch),

Wohnweise, Beruf. In einer graphischen Darstellung (S. 116—117) wird unmittelbar klar, wie wertvolle Aufschlüsse solche Erhebungen vermitteln können; einmal zeigen sich deutlich die Abweichungen von der Norm, also der Grad des eingetretenen Wandels, vor allem aber ergibt die Auswertung der Ergebnisse eine Reihe von Korrelationen, die für das Verständnis der kulturellen Dynamik besonders wichtig sind. Sie haben daneben heuristischen Wert, indem sie neue Probleme aufdecken und dem Ethnologen Ansatzpunkte für weitere Untersuchungen zeigen,

Die afrikanische Sprachforschung ist durch J. *Lukas* in einem Aufsatz über „Das afrikanische Verkehrssprachenproblem" vertreten. Auch hier handelt es sich um eine Frage der kolonialen Praxis, die nur auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis und allgemeinsprachlicher Einsicht in Angriff genommen werden kann. Die große sprachliche Zersplitterung Afrikas und die Notwendigkeit, den Eingeborenen ihre Sprachen als den wichtigsten Träger ihres Volkstums zu erhalten: das sind zwei Tatsachen, die sich gegenseitig auszuschließen scheinen. Hier muß eine bewußte Sprachenpolitik eingreifen, die unterscheidet zwischen Verkehrssprachen, Schulsprachen und kleineren Stammessprachen und jeder ihren ihr zukommenden Platz anweist. Lukas stellt hierzu wohlausgewogene Grundsätze auf, die man, wenn einmal die Fragen für uns praktische Gestalt annehmen werden, nicht wird unbeachtet lassen dürfen.

Die „Beiträge" bilden in der Mannigfaltigkeit und Güte ihres Inhaltes ein Repositorium des Wissens und der Erfahrung, an dem jeder ungeteilte Freude haben wird, der auch heute von der Notwendigkeit deutscher Mitarbeit an den kolonialen Aufgaben in der Welt überzeugt ist. *D. Westermann*

Neuere Literatur über den Osten

Wolfgango Giusti, Mazzini e gli slavi (Istituto per gli studi de politica internazionale, Mailand). 356 S.

Diese Arbeit besteht im wesentlichen aus drei Teilen. Zunächst zeigt sie die Bedeutung, die die „slawische" Welt im Denken Mazzinis besaß, dann behandelt sie den Einfluß der Gedanken Mazzinis bei den Völkern slawischer Zunge, vor allem bei den Polen, endlich geht sie auf die Beziehungen zwischen dem Italiener und Bakunin ein. Es ist verständlich, daß Mazzini ein starkes Interesse an der Entwicklung der Völker slawischer Zunge nehmen mußte. Er war nicht (wie etwa der deutsche Idealismus) den Weg von der philosophischen Idee zur Nation gegangen, sondern ging von der Nation aus, um sie philosophisch und religiös zu rechtfertigen. Dabei war ihm *Herder* in vielfacher Hinsicht Helfer. Wen wundert es, daß ihm dadurch ein Interesse an den Ostvölkern erwuchs, in denen er (mit Herder) eine starke Reserve geistig-religiöser Kraft für die europäische Erneuerung sah — wen wundert es, daß er unter dem Einfluß des großen Deutschen „die" Slawen als „junge Völker" neugierig-aufmerksam betrachtete? Die enge Verknüpfung philosophischer, religiöser und nationaler Ideen machte ihm vor allem die Polen sympathisch; sie schienen dem Ideal zu entsprechen, das sich Mazzini vom nationalen Aufbau des Kontinents machte. Giusti arbeitet die geistesgeschichtlichen Verbindungen, die zwischen Mazzini und bestimmten Gruppen des Ostens bestanden, klar heraus, ohne allerdings dabei aus der Gedankenwelt seines Helden herauszugehen. Bei kritischer Betrachtung zeigt sich sehr rasch, daß die *Geistes*geschichte für die Entwicklung des östlichen Mitteleuropa doch nur ein schwacher Faden ist, der in das Gesamtgewebe einzuflechten ist: entscheidend sind *sozial*geschichtliche und politische Vorgänge. Diese erklären auch das letztliche Scheitern der Bemühungen des Italieners. Es wäre gut, wenn Giusti auf die historische Wirklichkeit stärker eingegangen wäre; erst dadurch hätte das Bild die richtigen Farben und die unerläßlichen Schatten erhalten. Gleichwohl ist sein Buch für uns von großer Wichtigkeit, es erinnert uns an den Briefwechsel Mazzinis mit *Lelewel*, *Mieroslawski* und vielen anderen, an seine

Idee eines von Slawen beherrschten Föderationsstaates Groß-Ungarn, an die rein aus dem Literarischen gewonnene Vorstellung von den Völkern slawischer Zunge (deren Nachwirkung von ernstem Interesse ist), an die ideelle Mitgift für den Panslawismus (die besonders in seiner „Politica internazionale" deutlich ist) und an sein Rußlandbild, das den Voraussetzungen seines Denkens eigentlich nicht entsprach und unter dem Einfluß der Polen gebildet worden war. Ideengeschichtlich gesehen mußte Mazzini eher mit den Slawjanophilen sympathisieren, seine engen Verbindungen mit den polnischen Revolutionären führten ihn jedoch praktisch mit den „Westlern" zusammen, deren „französische" Geistesart ihm letzten Endes fremd war. Giusti erkennt diesen Bruch im Denken Mazzinis S. 241 ff. klar.

*

Gislero Flesch, Stalin alla luce della psicologia criminale. Rom 1942: Casa Editrice del libro Italiano. 173 S.

In der gewiß nicht schmalen Literatur über *Stalin* besitzt dies Buch seine eigene Note. Ausgehend von den Ergebnissen der modernen Kriminalpsychologie führt es eine Analyse des Lebens des bolschewistischen Diktators durch und kommt dabei zu bemerkenswerten Ergebnissen. Dem Buche sei weite Verbreitung und starke Aufmerksamkeit gewünscht; deshalb begnügen wir uns auch mit einigen Hinweisen. Flesch sieht in Stalin den Typ des georgischen „abrek", dessen ungünstige Jugendentwicklung alles Spätere bestimmt hat: „In Stalin fanciullo gareggiano, fatalmente inseparabili, fattori criminogeni interni e mesologici; e tra questi ultimi: famigli disorganizzata, poverta estrema, alcoolismo, brutalità, irreligiosità del padre; focolai urbani di delinquenza, influenza corruttrice della strada prima, poi dei maestri rivoluzionarî con le loro gesta, i loro libri e le loro suggestioni dirette" (58). Stalin gehört nach Flesch nicht zu dem besonderen psychologischen Typ des „politischen Verbrechers", er weist vielmehr die charakteristischen allgemeinen Züge des Verbrechers auf (88).

Es ist bemerkenswert, daß Flesch die Analyse nicht bloß mit den Methoden der individuellen Kriminalpsychologie durchführt, er versucht vielmehr auch eine rassenpsychologische Aussage. In dieser Hinsicht ist allerdings größere Vorsicht am Platze. Den oft negativen Aussagen des Verfassers stehen sehr positive Aussagen über Schönheit und kriegerischen Geist der Georgier gegenüber (Gobineau, Plätschke, Brosset). Wesentlich ist, daß Stalin ein Mischling ist: sein Vater stammte aus dem ossetischen Dorfe Lilo, seine Mutter war eine Georgierin (Flesch macht S. 49 umgekehrt den Vater zum Georgier, die Mutter zu einer Ossetin). In anthropologischer Hinsicht gehören die Osseten zu den vorwiegend vorderasiatisch bestimmten Gruppen, während die Georgier eine eigentümlich schillernde Mischung sehr verschiedenartiger rassischer Elemente darstellen.

*

Carlo Scarfoglio, Russische Reise mit Inturist. Leipzig: Felix Meiner Verlag, 279 S.

Unter den Reportagen über die Sowjetunion ist der vorliegende Reisebericht bemerkenswert. Dem Verfasser war es natürlich nicht möglich, bei Gelegenheit einer Inturistreise tiefer in die sowjetische Problematik einzudringen, er hat sich jedoch bemüht, mit nüchternen Augen alles zu beobachten. Infolgedessen entsteht ein Bild, vor allem auch von der alltäglichen Wirklichkeit, das bis zu einem gewissen Grade einen dokumentarischen Wert besitzt. Die Reise fand 1933 statt. Die Reisegesellschaft bestand zumeist aus Engländern, die stark voreingenommen für den Bolschewismus waren, im allgemeinen jedoch ernüchtert nach Hause kamen. Unter den Reisenden befanden sich einige Soziologen, von denen der Verfasser folgendes sagt: „Die Soziologen, bewaffnet mit Notizbüchern und Bleistiften, völlig unfähig, irgend etwas wahrzunehmen und im voraus dessen gewiß, was sie schon vor der Ankunft verkündigten." Dieses kleine Zitat zeigt bereits, daß der Reisebericht nicht nur

als Bericht sehr eindrucksvoll ist, sondern auch eine interessante Lektüre darstellt.

*

Jakob Stach (Hrsg.), Grunau und die Mariupoler Kolonien. (Sammlung Georg Leibbrandt Bd. 7.) Leipzig: S. Hirzel.

Die Sammlung Leibbrandt hat bisher 4 Bände mit Materialien zur Siedlungsgeschichte des Schwarzmeerdeutschtums veröffentlicht; ein Band behandelt die (allerdings mit dem Einsatz von Broedrich zu vergleichende) Siedlungsarbeit des „Katzdangers" (Karl Freiherr von Manteuffel) in Kurland, ein weiterer veröffentlicht Berichte zur Notlage des Rußlanddeutschtums 1927—1930. Der 7. Band enthält wieder Materialien zur deutschen Besiedlung der südlichen Ukraine. Dem Bearbeiter, einem rußlanddeutschen evangelischen Pfarrer, verdanken wir bereits eine Darstellung des Sibirischen Deutschtums; durch diese Veröffentlichung bereichert er unsere Kenntnisse über eine der östlichen Gruppen des Ukrainedeutschtums. Ein erheblicher Teil der Materialien ist bereits (an sehr schwer zugänglicher Stelle) gedruckt worden, doch werden einige Stücke hier zum ersten Male publiziert, so z. B. die Kirchenchronik von Grunau 1831—1842 und mehrere Entlassungsgesuche von Kolonisten, die sich im Danziger Staatsarchiv befinden.

Die oft sehr ins einzelne gehenden Angaben werden erst dann voll ausgewertet werden können, wenn für einen größeren Teil des Rußlanddeutschtums ähnliche Quellenveröffentlichungen vorliegen. Dann wird es allerdings möglich sein, die Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Kirchen- und Schulgeschichte der deutschen Siedlungen im ehemaligen Zarenreich sehr gründlich darzustellen, zumindest für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bemerkenswert ist übrigens, daß auch für diese vorwiegend westpreußischen Kolonien Gesinnungseinflüsse aus der Schweiz eine Rolle spielten. Ich habe gelegentlich darauf hingewiesen, daß das Basler Missionsinstitut und einige Schweizerdeutsche aus der inneren Geschichte des Rußlanddeutschtums nicht wegzudenken sind; es wäre gut, diese Zusammenhänge einmal systematisch zu verfolgen.

*

Andrj Jakowliw, Das deutsche Recht in der Ukraine und seine Einflüsse auf das ukrainische Recht im 16.—18. Jahrhundert. Leipzig, S. Hirzel 1942, 220 S.

Diese gründliche Untersuchung stellt auf dem Gebiete der Forschung einen Fortschritt dar. Der Einfluß des deutschen Rechtes war am stärksten in der Stadtverwaltung und im Gerichtswesen; im Gegensatz zur russischen und älteren ukrainischen Literatur bewertet J. ihn negativ. Sieht man einen Teil der Literatur, die der Verfasser selbst S. 4—9 charakterisiert, so wird einem deutlich, wie notwendig diese Zusammenfassung war. Eine bedauerliche und bedenkliche Lücke wird ausgefüllt. Das Buch ist jedoch nicht bloß ein Beitrag zur Geschichte der Ausbreitung deutschen Rechtes im Osten, indirekt beweist die Stärke dieser Ausbreitung, wie sehr die ganze links- und rechtsufrige Ukraine im Gegensatz zu Moskowien mit Mitteleuropa verbunden ist. Man sollte wirklich ernsthaft prüfen, ob es noch angängig ist, den ukrainischen Volksraum gedankenlos zu Osteuropa, statt zu Ostmitteleuropa zu rechnen.

Nicht ganz einverstanden kann man sich mit dem 8. Kapitel erklären, das „das Ende der Wirksamkeit des deutschen Rechtes in der Ukraine" behandelt. Hier zeigt sich, daß der Verfasser, der die einzelnen Bücher und ihre Rechtsartikel gut analysieren kann, die historische Entwicklung nicht dynamisch genug sieht. Es tritt keineswegs klar genug hervor, daß die ukrainischen Städte trotz aller Reichstreue und Liebe für den „Weißen Zaren" energisch um die Erhaltung des Magdeburger Rechts rangen. Als Kiew 1798 dies Recht zurückerhielt, war die Freude groß. Fürst Bezborodko, ein hoher russischer Beamter ukrainischer Abstammung, der 1791 den Frieden zu Jassy abschloß, war von den hohen Werten des (stark deutsch beeinflußten) „Litauischen Statuts" und des Magdeburger Rechts völlig überzeugt. Die endgültige Aufhebung des städtischen Rechts

(1835, J. nennt S. 211 das Jahr 1834) und des Statuts (1842) erfolgte erst nach schweren Auseinandersetzungen im Kreise der führenden Beamtenschaft. Generalgouverneur Fürst Repein hielt lange seine schützende Hand über diese Rechtsordnungen. Deutlich wird auch kaum, daß der russische Zar zunächst die Städte in ihren Privilegien und Rechten förderte, um das Hetmanat auszuhöhlen, man nahm in Petersburg sogar in Kauf, daß die Interessen der russischen Kaufleute dadurch geschädigt wurden. Zwölf Städte mit Magdeburger Recht behaupteten sich damals in der linksufrigen Ukraine: Černyhiv, Kyiv, Kozeleć, Mhlyn, Nižyn, Novhorod-Siveršk, Oster, Perejaslav, Počep, Pohar, Poltawa und Starodub. Die endgültige Aufhebung dieser Rechte hängt ohne Zweifel eng mit den Bemühungen der Zarenregierung zusammen, den ukrainischen Provinzialismus mit seinen besonderen Rechten, die wachsende Tendenz zur „Eigenständigkeit" *(samobtynost')* auszuschalten.

*

Schürmann, A. W., Der deutsche Osten ruft. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt. 195 S.

Der Verf. gibt die erste Darstellung des Wirtschaftsaufbaus in den eingegliederten Ostgebieten. Reichswirtschaftsminister Funk hat es mit einem Vorwort versehen. Das flott geschriebene Buch ist offenbar aus Artikeln entstanden, die der Verf. für seine Zeitung geschrieben und später entsprechend umgearbeitet hat. Im ganzen ist ein eindrucksvolles Bild der deutschen Aufbauarbeit von der Halbinsel Hela bis nach Teschen entstanden.

*

Borys Krupnyckyj, Hetman Mazepa und seine Zeit (1687—1709). Leipzig: O. Harrassowitz 1942. 260 S.

Es ist verdienstlich, daß K. den großen Wandel in der Mazepaforschung, der sich unter dem Einfluß ukrainischer und schwedischer Wissenschaftler vollzogen hat, in einer deutsch geschriebenen Abhandlung sichtbar macht. Die Tugenden, die bereits seine „Geschichte der Ukraine" aufwies, bewähren sich wiederum. Der Leser erhält eine wohlabgewogene, im Urteil vorsichtige, in der Schau eher zu ängstliche als zu großzügige Darstellung jener verworrenen Zeit, deren Ereignisse geradezu zur Legendenbildung herausfordern. Wer von diesem Buche eine psychologisch durchleuchtete neue Deutung des „Mazepaproblems" erwartet, wird sich enttäuscht sehen. Dafür bietet sich ihm jedoch eine Untersuchung dar, die Zug um Zug die Tatsachen vorführt und mit größter Zurückhaltung die Beleuchtungskörper historischer oder gar nationalpolitischer Schau einschaltet. Sie hat zugleich den Vorzug, daß sie über den neuesten Stand auf Teilgebieten der Forschung berichtet, wobei der Verfasser vielfach auf eigene Untersuchungen hinweisen kann. Da K. das schwedische Schrifttum geläufig ist, vermeidet er manche Einseitigkeiten seiner Landsleute, die Mazepa zu sehr unter den Gesichtspunkten einer volkserzieherisch verstandenen Ukrainistik sehen.

Die verdienstvolle Abhandlung hat nur den e i n e n Fehler, daß ihr ein Kapitel über die Entwicklungslinien des Mazepabildes fehlt. Gerade ein solches Kapitel wäre nützlich gewesen, um manche Fehlerquellen deutlich zu machen, die sich u. a. auch noch in neueren deutschen Darstellungen der osteuropäischen Geschichte finden. Ich erinnere etwa an den einschlägigen Abschnitt in Staehlins Geschichte Rußlands II, der in dieser Form unhaltbar ist.

An Einzelheiten ist u. a. bemerkenswert, daß Mazepa sich stark für die orthodoxen Kirchen im Südosten interessierte und ihre Tätigkeit (z. B. auf dem Balkan) finanziell unterstützte. Der kleine Abschnitt „Mazepa und die Kunst" (S. 92 f.) ist etwas zu knapp geraten, er macht außerdem nicht deutlich, daß der sogenannte mazepinische Stil eine barocke Mischung darstellt, in der neben den gewiß vorhandenen Elementen ukrainischer Volkskunst der byzantinische Stil eine Rolle spielt. Anfechtbar ist wohl die Darstellung S. 210 ff. Kostomarow hatte den ungenügenden psychologischen Erfolg Mazepas bei seinem Übertritt auf die schwedische Seite mit der Treue des ukrainischen Volkes gegenüber dem

Zaren sowie der Abneigung gegen die Schweden begründet. K. verwirft diese These sicherlich mit Recht. Er geht jedoch in der Ablehnung ohne Zweifel zu weit. Der Mißerfolg war nicht nur eine Folge ungenügender und zu wenig vorbereiteter Propaganda, er hing a u c h stark mit dem etwas problematischen Verhältnis des Hetmans zu den breiten Massen und dem Bündnis Schweden-Polen zusammen.

*

Hedwig Fleischhacker, Russische Antworten auf die polnische Frage 1795—1917. München, R. Oldenbourg. 150 S.

Eine gründliche, im Stilistischen oft dramatisch zugespitzte Darstellung der Grundlagen der russischen Westpolitik: von Katharina II. an wird die Haltung der maßgebenden russischen Staatsmänner und Ideologen der polnischen Frage gegenüber gekennzeichnet. Besonders eindrucksvoll ist die Charakterisierung der „romanischen" Stellungnahme Alexander I.

Prag *H. J. Beyer*

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Der erste Band der „Dokumente zur Zeitgeschichte" im Rahmen der großen Dokumentationen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts behandelt die britische Palästinapolitik (Mamun Al-Hamui, Die Britische Palästina-Politik, Dokumente zur Zeitgeschichte, Band 1, Junker & Dünnhaupt Verlag, Berlin 1943).

In diesem Band sind zum erstenmal die verschiedenartigsten Dokumente zusammengefaßt und aus der englischen oder arabischen Ursprache ins Deutsche übersetzt. Der Band beginnt mit der Balfourdeklaration vom November 1917 und führt bis zur Antwort des Obersten Arabischen Komitees auf das britische Weißbuch am 30. Mai 1939. Es ist also ein wesentliches Hilfsmittel zur Geschichte der Politik des Vorderen Orients. Eine Statistik, neue Quellenangaben und Karten erleichtern seine Benutzung. Der Herausgeber, ein junger arabischer Wissenschaftler, hat zwischen die einzelnen Dokumente erklärende Zwischentexte eingefügt. Ein Wort des Großmufti von Jerusalem weist auf die besondere Bedeutung dieser Dokumentensammlung hin.

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut legt eine erste Arbeit aus der Reihe der länderkundlichen Schriften vor: *Herbert Hörhager*, „Die Volkstumsgrundlagen der indischen Nordwest-Grenzprovinz", Indien-Arbeiten, herausgegeben von Ludwig Alsdorf, Band 1, Kurt Vowinckel Verlag, Heidelberg, Berlin, Magdeburg, 1943.

Der Direktor der Indien-Abteilung im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut leitet als Herausgeber mit diesem Band seine Reihe von Sonderforschungen ein. Der Band stützt sich auf eine breite Literaturkenntnis und auf eigene Reisen. Er behandelt zunächst die geographischen und historischen Grundlagen der Nordwestprovinz, dann die einzelnen dort wohnenden Völker, danach die Verkehrswege, die Siedlungen und am Ende Wirtschaft und Ernährung. Seine wesentlichen wissenschaftlichen Ergebnisse sind: „Die Grenzen der Provinz scheiden die Völker und Stämme des indo-afghanischen Grenzraumes nicht nach völkischen Gesichtspunkten, sondern nach den politischen und wehrgeographischen Bedürfnissen der indischen Verwaltung." „Trotz der zahlreichen indisch-arabischen Sprachen gehört die Provinz in den Kulturbereich des Vorderen Orients." „Ein völkisches Bewußtsein im europäischen Sinn fehlt bei allen hier in Frage kommenden Gruppen."

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 15, Lietzenburger Str. 51
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Heinrich Dieckmann, Berlin W 8
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | z. Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany



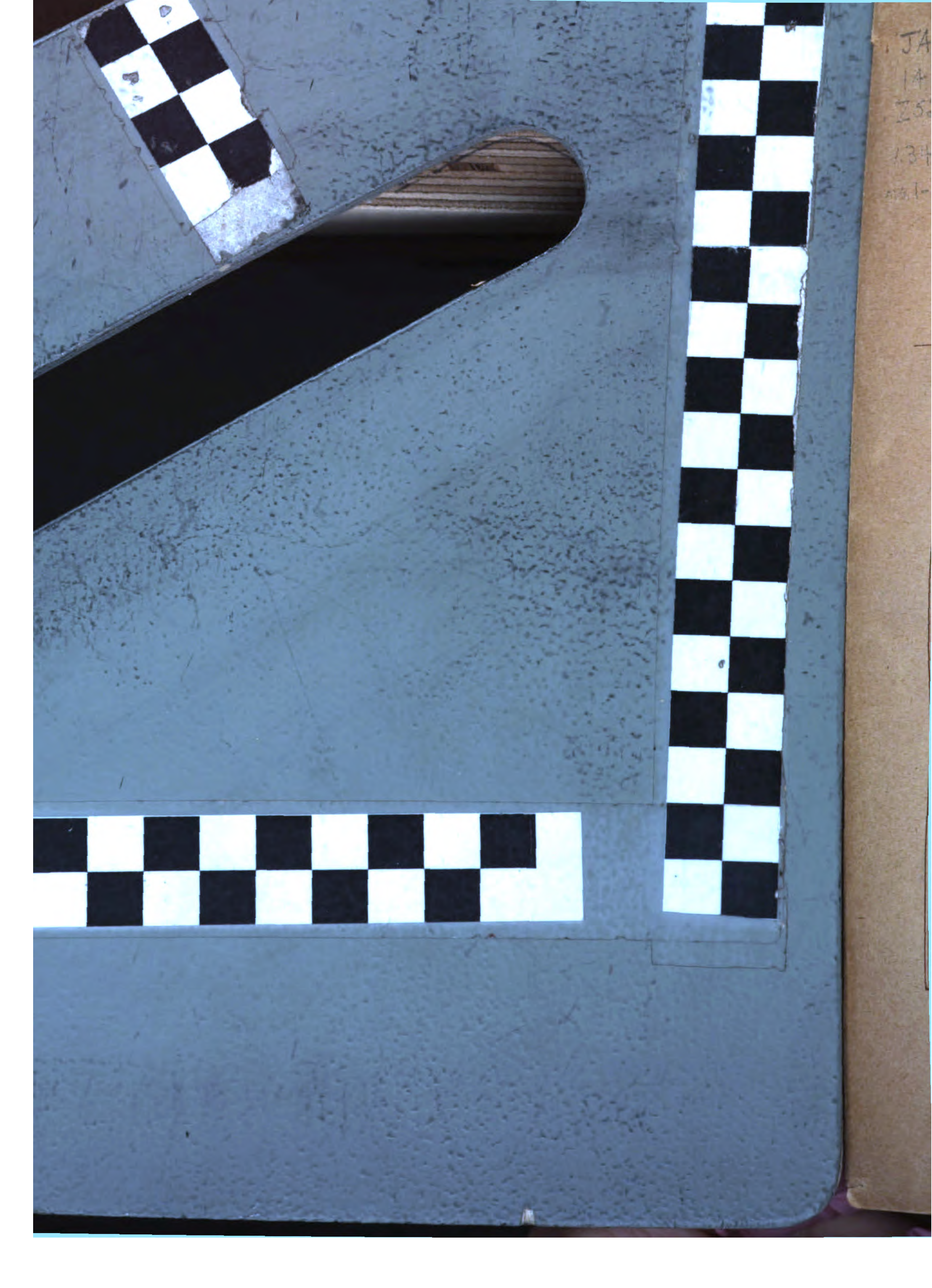












ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

34. BAND HEFT 1/2 JANUAR/FEBRUAR 1944

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Prof. Dr. Franz Alfred Six, Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Abogada Ingeborg Richarz-Simons, Referentin im Iberoamerikanischen Institut, Berlin-Lankwitz

Hauptmann Fritz Bentmann, OKW, Berlin

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Direktor der Abteilung England des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Axel Seeberg, Leiter der Auslandsstelle des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Max Krause, Referent im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Berlin W 8

Dr. H. G. Fernis, Straßburg, Kölner Ring 12



ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom
DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six



und Ministerialrat Professor Dr. W. Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis: das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. zweimonatlich

34. BAND | JANUAR/FEBRUAR 1944 | HEFT 1/2

Der Wandel des europäischen Staatensystems zum Weltstaatensystem

Von Franz Alfred Six

„Nur soweit die Historie dem Leben dient, wollen wir ihr dienen: Aber es gibt einen Grad Historie zu treiben und eine Schätzung derselben, bei der das Leben verkümmert und entartet: Ein Phänomen, welches an merkwürdigen Symptomen unserer Zeit sich zur Erfahrung zu bringen jetzt ebenso notwendig ist als es schmerzlich sein mag." Diese Worte Friedrich *Nietzsches* aus seiner Schrift „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben" sind ein echtes Programm für eine Epoche, deren eigentlicher politischer Sinn in der Wandlung des kontinentalen zum planetarischen Kräftespiel, d. h. in der weltpolitischen Entwicklungstendenz, liegt. Die Strukturveränderungen des Weltbildes, die sich aus dem Fortschreiten des europäischen Staatensystems zum Weltstaatensystem ergeben, sind für das Leben und Schicksal eines Kontinents um so einschneidender, dessen geschichtliche Stellung durch ein Jahrtausend von einem autonomen und hegemoniellen Bewußtsein erfüllt und bestimmt war. Es ist daher ein berechtigtes historisches Anliegen, den Bewegungskern dieser weltgeschichtlichen Wandlung zu erfassen und damit zugleich eine Antwort auf die Frage nach den Grundlagen des großen politischen Geschehens der Gegenwart zu erteilen.

1. Entwicklung und Begriff des europäischen Staatensystems

Die geistige und politische Entwicklung des europäischen Staatensystems bahnt sich auf den überkommenen Grundlagen der abendländisch-europäischen Geschichte an. Seine Keime liegen in der mittelalterlichen Reichsordnung, die erstmalig den europäischen Raum abgemessen und politisch geformt und damit zugleich für die zukünftige Geschichte Europas das erste Beispiel einer politischen Machtkonzentration gegeben hat. Die zunehmende Schwächung dieser Ordnung im 13. Jahrhundert, die fortschreitende Abwehrstellung der Reichspolitik nach innen und außen ebnet der sich schon früher einsetzenden Ausbildung der Nationen den Weg, die der Reichsmacht in einzelnen Mächtegruppierungen und Kreisen entgegentritt. In diesem Vorgang hatte die dynastisch-monarchische Idee schon eine wesentliche Bedeutung. Die gleichzeitig sich vollziehende soziale und gesellschaftliche Umbildung des Mittelalters begünstigte die nationale Differenzierung und erhob die aus den alten Königsgeschlechtern herauswachsenden Dynastien zu ihrem Kristallisationspunkt. Die nationalen Bildungen und staatlichen Triebformen schritten der Entwicklung der modernen Nationalstaaten zu.

Damit wird der bis dahin anerkannte Überbau des Reiches gesprengt, und die Anfänge des neuen Staatensystems zeichnen sich zunehmend ab. Erste große diplomatische Koalitionen bilden Mittel und Technik einer eigenständigen staatlichen Machtpolitik aus. Die Räume, um welche die Kämpfe geführt werden, wechseln ab. Italien, das zunächst Objekt der Eroberungsziele war, wird später abgelöst durch Burgund. In diesem ersten Kräftespiel der frühen Mächte festigen sich allmählich die Gruppierungen und Kreise. In der Wende des 15. zum 16. Jahrhundert fließen sie zu festen Einheiten zusammen. Die drei Jahrhunderte seit der ersten Auflösung der Reichsmacht haben das Bewußtsein der eigenen Kräfte gestärkt wie auch die Technik der Machtauseinandersetzung und Staatenbeziehungen ausgebildet.

Mit der Entwicklung des modernen Nationalstaates verläuft der Durchbruch freier geistiger Kräfte. Die neue Form des politischen Handelns erhält ihre gültige Formulierung durch *Machiavelli*, der die Politik als tragende Kraft des Gemeinschaftslebens wiederum entdeckte und damit der sich vollziehenden Umwandlung der politischen Praktiken die gedankliche Rechtfertigung verlieh. „Indem er so den Machtkampf in den Mittelpunkt alles politischen Geschehens rückte, den Krieg als Stunde der Bewährung echter virtu feierte, schuf er den Prototyp moderner kontinentaler Staatslehre: eine politische Theorie, die den Bedürfnissen der neu heraufkommenden

großen, nationalen Machtstaaten des europäischen Festlandes auf das beste entsprach“ (Ritter). Diese in Europa ausgreifende politische Geisteshaltung wird von *Thomas Morus*, *Jean Bodin* und den Theoretikern des neuen Staatsdenkens fortgeführt. Besonders die mit Jean Bodin einsetzende Verabsolutierung der Staatspersönlichkeit — geistiger Fesseln entledigt, in sich selbst begründet und mit den Methoden eines auf die Staatsraison eingestellten Militarismus ausgestattet — bestimmt die Geschichte des sich nun mit Macht entfaltenden Staatensystems.

Bis zu seiner vollen Ausformung bildet das politische Machtfeld Europas einen Hohlraum, der auf der Grundlage des zur Entwicklung gekommenen machtstaatlichen Denkens durch das Streben nach der kontinentalen Vorherrschaft ausgefüllt wird. Durch die frühe Festigung ihres staatlichen Unterbaues traten dabei vor allem die drei ersten Nationalstaaten des Westens Spanien, Frankreich und England in Wettbewerb. Ihr Machtstreben und Raumdrang nehmen die erste Richtung nach Italien, das zum Zentralproblem der internationalen Politik erhoben wird. Im Kampf um Italien ist daher der Ausbau der einzelnen Staaten zu eigenen Machtpositionen zu erkennen, das Wachsen der Glieder des europäischen Staatensystems ersichtlich und die Entwicklung der großen Mächte im Kampf um die Vorherrschaft in Europa geschichtlich eindeutig zu verfolgen. Seit dem großen Einschnitt der ersten modernen Koalition von Venedig 1495 liegt das Streben der neuen Nationalstaaten nach der gesamteuropäischen Vorherrschaft und die Tendenz, sich zu diesem Zweck als Großmacht auszubilden, offen: Habsburg auf Grund der Kaiserwürde, Frankreich durch die Organisation seines Staates, wie später England durch Errichtung einer Seemacht. *Karl V.* hofft, auf moderner Grundlage die alte Kaiserpolitik noch einmal wieder aufnehmen zu können. *Franz I.* stellt ihm den modernen Gedanken des Nationalstaates entgegen und schließt gegen die Bedrohung eines habsburgischen Universalreiches die Einzelkräfte des Kontinents zusammen. Aus dem Erbe Karls beansprucht wiederum Spanien die Vormachtstellung als nationale Errungenschaft für sich, sieht sich aber nun einer europäischen Opposition unter Führung Englands gegenüber.

Neben diesem Hauptkampffeld im Westen hatte die Abwehr der türkischen Expansion sowie die Bewegung im Nordosten europäische Bedeutung. Es sind jedoch Kampfräume, die weiterhin für sich bestehen, so daß von einer Gesamteuropa umfassenden Politik noch nicht gesprochen werden kann. Der Zusammenschluß wird dann eingeleitet, als die Schwäche der europäischen Mitte die Groß-

mächte in ihren Raum zieht und so — verstärkt durch die religiösen Frontenstellungen — die Entwicklung vorangetrieben wird. Der Dreißigjährige Krieg, der „als religiös gefärbte Auseinandersetzung der deutschen Territorialgewalten begann, endete als europäische Auseinandersetzung", in der Österreich, Spanien, Frankreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande ihre Macht gegeneinander abgrenzten und neue Fronten bezogen. Der Westfälische Friede führte nahezu alle Mitglieder der europäischen Staatenwelt zusammen. Das religiöse Motiv in der europäischen Politik war völlig überwunden, und der Gedanke der Machtpolitik trat beherrschend in den Vordergrund. An Stelle der christlichen Solidarität und des Reichsgedankens tritt der Gedanke des vielgegliederten Staatensystems. Damit ist die erste Epoche des europäischen Staatensystems abgeschlossen. Die Politik der großen Mächte strebt nach neuen machtoffenen Gebieten, da der europäische Raum in gewissem Sinne endlich gemacht ist.

2. Die europäischen Großmächte und die überseeische Entwicklung

Mit den Entdeckungen zu Ende des 15. Jahrhunderts beginnt für die europäische Geschichte eine neue Epoche. Mit dieser wird die Entwicklung eingeleitet, deren Verlauf zur Weltpolitik im eigentlichen Sinne geführt hat, zu einer Einbeziehung des gesamten Erdraumes, seiner Länder und Meere in den Wirkungsbereich des politischen Handelns der europäischen Mächte. Sie wird vollzogen vom europäischen Menschen, der sich die fremde Erde unterwirft, sie durchdringt und die bisher getrennten und für sich lebenden Erdteile in Beziehung zueinander bringt, wobei für Jahrhunderte Europa der Mittelpunkt dieser neuen Erde bleibt.

Die Voraussetzungen zu einer solchen Ausweitung des geschichtlichen Raumes in so ferne Gebiete waren vordem nicht gegeben. Alles, was das Altertum als Welt bezeichnet hatte, umfaßte s e i n e Welt, den Bereich, auf den sich das politische Handeln erstreckte, und der Gesichtskreis des Abendlandes umschloß neben seinem eigenen Raum nur die sogenannte alte Welt, den Kreis, in dem sich die antike Geschichte vollzogen hatte, die Randländer des Mittelmeeres und darüber hinaus noch jene Gebiete, die durch ihre Berichte Europa hinlänglich vertraut waren, die des Orients.

In der Weltvorstellung des Abendlandes stand dieses Bild in einem geschichtlichen Zusammenhang, in dem die abendländische Geschichte das Erbe der Antike angetreten und damit der Mittelpunkt des Geschehens sich nur nach Norden verschoben hatte. Dieser europäische Raum war im Westen und Norden vom Meer

umschlossen und begrenzt, die Schiffahrt drang über die Küstenmeere nicht hinaus. Das weite Gebiet, das im Osten an den europäischen Raum grenzte, war, nachdem es im 13. Jahrhundert gelungen war, den Einbruch der Mongolen abzuwehren, wieder für Jahrhunderte in sich beschlossen und trat ebenfalls erst im Zeitalter der Entdeckungen wieder stärker in das europäische Blickfeld. Im Süden und Südosten war Europa das Türkische Reich vorgelagert, das die Ränder des Mittelmeeres beherrschte und sich ostwärts bis Armenien ausdehnte, im wesentlichen also den Raum der antiken Geschichte erfüllte.

Mit dem Zeitalter der Entdeckungen nun treten bisher völlig unbekannte Erdräume in den Gesichtskreis des Abendlandes und erweitern ihn zu einem wirklichen Weltbild, wie es keine Kultur vor ihm erworben hatte: Amerika wird entdeckt, Afrika umschifft und Indien gefunden, schließlich auch Australien einbezogen. Dabei stehen zunächst Amerika und Indien voran, später folgt die Inbesitznahme Australiens und erst zu Ende des 19. Jahrhunderts die Aufteilung Afrikas und völlige Durchdringung Asiens, womit dann die europäische Expansion ihren Abschluß fand.

Die Entwicklung wird zunächst von den westeuropäischen Staaten getragen, deren günstige Lage am Rande Europas sie geschichtlich zu den Entdeckern und Vormächten auf Übersee bestimmt. Und zwar sind es die iberischen Staaten, die vorangehen. Der erste Anstoß kam von politischer Seite, indem die Portugiesen in ihrem Kampf gegen die Mauren diese von Süden her zu fassen suchen und sich an der afrikanischen Küste festsetzen. Entscheidend wurde aber dann erst die mit der Fahrt des *Kolumbus* eingeleitete Überwindung des ozeanischen Meeres, bei der man auf den neuen Erdteil Amerika stieß und bald auch den Zugang zu Indien fand. Spanier und Portugiesen haben die so gewonnene Welt erstmals unter sich geteilt und in jenem berühmten Vertrag von Tordesillas 1494 ihre Interessen in bestimmten Sphären abgegrenzt. Ihre Absichten richteten sich vor allem auf die Ausbeutung der vorgefundenen Reichtümer. Die Besitzungen übten in der ersten Epoche keinerlei Einfluß auf die europäischen Verhältnisse aus.

Die iberischen Staaten erwarben in dem neuen überseeischen Handel eine Monopolstellung, welche den Widerstand der anderen westeuropäischen Mächte wachrief und ihre Stellung bedrohte. Mit dem Auftreten Frankreichs, Hollands, Englands auf Übersee wird der Kampf um die Weltozeane eröffnet. Eingeleitet wird dieser Kampf schon im 16. Jahrhundert durch das Seeräuber- und Freibeuterwesen, hinter das sich zunehmend staatliche Macht stellt, bis

dann im 17. Jahrhundert weitere Staaten förmlich auf den Plan treten und den Kampf um die überseeische Vormacht aufnehmen. In dieser zweiten Epoche der Übersee- und Kolonialpolitik stehen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte voran. Die neuen Seemächte Holland, Frankreich, England eröffnen ihre Expansion und festigen sie nachfolgend durch die politische Macht. (Es sei auf die vorbereitenden Handelsmethoden hingewiesen, mit denen die kapitalistische Entwicklung eingeleitet wird, durch Gründung von Handelskompagnien, die sich vom einfachen Handelsstützpunkt zu gewaltigen grundbesitzenden Gesellschaften entwickeln und schließlich den Kolonialhandel völlig beherrschen.)

Holland, das für den europäischen Raum schon eine Seegeltung besaß, untergräbt als erstes die Monopolstellung der iberischen Mächte. Da es jedoch nicht über die Basis eines mächtigen europäischen kontinentalen Staatswesens verfügt, wird es von Frankreich und England überflügelt, die nun ihrerseits in einen Kampf eintreten, der mehr als 100 Jahre dauert und erst zu Napoleons Zeit mit einem völligen Siege Englands seinen Abschluß findet. Holland verbleibt schließlich nur sein indisches Kolonialreich.

Die Gebiete, auf die sich die englisch-französische Kolonisation richtet, waren weniger umfangreich als die der iberischen Staaten. Sie bargen keine Reichtümer, die unmittelbar ausgebeutet werden konnten, verlangten vielmehr eine kolonisatorische Arbeit, die erst langsam einen Ertrag für das Mutterland versprach. Die nordwestlichen europäischen Völker brachten dazu entsprechende Voraussetzungen mit und haben durch ihre Besiedlung Gebilde geschaffen, welche die Vorbedingungen zu selbständigen Wirtschafts- und Kulturzentren besaßen.

Die Methoden der Übersee- und Kolonialpolitik unterschieden sich wesentlich von denen der iberischen Staaten. Nicht der Staat ist Träger der Expansion, sondern gesellschaftliche Kräfte. Die Erwerbungen erfolgen durch die Kompagnien, die vom König begünstigt werden. Ihre Privilegien befähigen sie zu gewaltiger Ausdehnung, die dem Staat zugute kommt. Die Krone stützt sich dabei auf die Initiative ihrer Untertanen. Durch die wachsende Erwerbung großer kolonialer Gebiete rückt die Seemacht England aus ihrer peripheren Stellung, sie wird Mittelpunkt einer neu entstehenden Welt.

Frankreich, das England in den kolonialen Erwerbungen vorausgegangen war, wird von England überflügelt. Die französische Kolonialentwicklung — wesentlich von der Krone getragen, die Kompagniegründungen erfolgen durch sie — wird im 18. Jahr-

hundert durch die Inanspruchnahme seitens der europäischen Politik am Ausbau der Stellungen gehindert. Volkskraft und Siedlungswille kamen den Bestrebungen der Krone nicht in dem Maße entgegen, daß der Ausbau durch eigene Initiative erfolgen konnte. So haben letzten Endes trotz der großen Ziele, die *Ludwig XIV.* und vor allem sein Minister *Colbert* für den Ausbau der französischen Handelsmacht und des Kolonialreiches verfolgt haben, doch die Belange der europäischen Hegemoniepolitik gesiegt und den traditionellen Kampf gegen Habsburg in den Vordergrund gerückt.

Diese Grundtendenzen britischer und französischer Kolonialpolitik haben schließlich ihren Kampf um die Überseegebiete entschieden. Nachdem 1588 England die Niederringung der spanischen Seemacht und in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts die der holländischen als Ziel der britischen Politik durchgesetzt hatte, wurde die englisch-französische Auseinandersetzung eingeleitet. In ihr ist Frankreich, wie bereits dargestellt, durch seine europäischen Ziele an den Kontinent gebunden, Englands Politik jedoch zielbewußt auf die Ausbildung seiner Seestellung und Überseeposition gerichtet und das Eingreifen in die kontinentalen Angelegenheiten im Sinne seiner historischen Gleichgewichtspolitik auf das für seine Ziele erforderliche Maß beschränkt. Während England damit eine konsequente politische Tradition entwickelte, schwankte Frankreich bis zum Zeitalter Napoleons zwischen den Tendenzen der kontinentalen und der überseeischen Politik.

Zu Ende des Spanischen Erbfolgekrieges 1713 ist die Überlegenheit zur See gegen Frankreich entschieden, im Siebenjährigen Krieg der Vorrang im kolonialen Gebiet. Frankreich wird aus Nordamerika ausgeschlossen, Indien englisches Herrschaftsgebiet. England verliert zwar die amerikanischen Kolonien, schafft sich aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Ersatz in Indien und Australien. In den Napoleonischen Kriegen bedeutet die Schlacht von Trafalgar 1805 die Zerschlagung der französischen Seemacht und damit der Grundlage der überseeischen Position Frankreichs. Frankreich ist als Kolonialmacht endgültig ausgeschaltet.

Die kolonialen Kämpfe vollzogen sich zunächst völlig außerhalb der europäischen Auseinandersetzungen. Die Wanderungen nach Übersee folgten individuellen religiösen und politischen Motiven; die Handelskompagnien, zwar staatlich privilegiert, entsprangen privater Initiative. Die Epoche Ludwigs XIV. schafft die Verbindung europäischer und überseeischer Machtpolitik. In den europäischen Kriegen werden fortan überseeische Interessen ausgetragen. Die Kämpfe, die in Europa und um europäischer Fragen willen aus-

gefochten werden, entscheiden zugleich über den Stand des überseeischen Besitzes. Die kolonialen Eroberungen des 17. und 18. Jahrhunderts sind zum größten Teil die Ergebnisse der europäischen Kriege und Friedensverträge.

Der Siebenjährige Krieg zeigt in voller Deutlichkeit das veränderte Gewicht, das der koloniale Besitz in der Politik der europäischen Mächte einnimmt. Zwischenfälle in Amerika, bis dahin als Grenzauseinandersetzungen aufgefaßt, werden Anlaß zu neuen Kämpfen zwischen Frankreich und England. Erstmalig entfesselt ausschließlich der überseeische Besitz den europäischen Krieg. Im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg handeln die kolonialen Gebiete, die bis jetzt lediglich Objekt der europäischen Politik waren, bereits unabhängig und bestimmen autonom die Entwicklung.

Wenn der Blick wieder der Entwicklung des europäischen Staatensystems zugewandt wird, so ist die Epoche nach dem Westfälischen Frieden als durch eine wachsende Großmachtbildung bestimmt zu erkennen. Die im Innern hierzu erforderlichen Voraussetzungen waren starke Rüstung, zentralistische Staatsführung und eine gut ausgebildete diplomatische Organisation. Der Staat, dessen Begriff bis dahin lediglich Macht und Ausdehnungsdrang umschloß, gewann durch das Prinzip der Souveränität ganz neue Rechte: im Innern den Anspruch auf absolute Herrschaft, nach außen das Verlangen nach völliger Unabhängigkeit gegenüber jeder umfassenderen Lebensordnung. Entscheidend für die Herausbildung der modernen Großmacht ist die enge Beziehung zum Wirtschaftsleben, das im Merkantilismus die europäischen Mächte ihren Blick vor allem auf die Kolonialpolitik richten ließ.

Das Streben der so ausgerüsteten Staaten geht allein auf Machterweiterung aus. Wie mit dem Dreißigjährigen Krieg der Einfluß religiöser Erwägungen schwand, so verlieren nun auch die dynastischen und historischen Ansprüche zunehmend an Bedeutung — die nationalen waren noch nicht entwickelt — und werden verdrängt durch den modernen Gesichtspunkt der Machtabrundung.

Da aber ein jeder Staat sich gleichen Tendenzen von seiten der anderen gegenüber sieht, so drängt das gemeinsame Interesse aller auf ein ordnendes Prinzip hin, um so ein Übermächtigwerden eines Staates zu verhindern. Die Idee des Gleichgewichtes, völkerrechtlich zum erstenmal im Vertrag zu Utrecht genannt, wird zum leitenden Prinzip, unter dem in wechselnden Verhältnissen der Kampf gegen jede Bedrohung aufgenommen wird. Dabei stellt sich das Gleichgewicht dar als eine Kollektivhegemonie der Großmächte Europas, die über sich keine Instanz anerkennen. Das Ideal der

mittelalterlichen Universalherrschaft ist endgültig überwunden durch das Bewußtsein einer europäischen Staatengemeinschaft.

Damit vollzog sich aber eine wachsende Verbindung der einzelnen Interessen und Kampfgebiete, die fortlaufend zu gemeinsamen Aktionen führt und ihren Ausdruck in den zahlreichen Koalitionen und Friedenskongressen des 17. und 18. Jahrhunderts findet. In den wechselnden Gleichgewichtskämpfen kristallisieren sich die großen Mächte heraus und werden zu den bestimmenden Elementen der europäischen Politik. Während neue Mächte um ihre Stellung als Großmacht ringen, sinken andere von der gewonnenen Höhe herab. Die kleineren Staaten spielen nur mittelbar durch Anschluß an Großmächte eine Rolle. So ist denn auch der Gedanke der Konvenienz im 18. Jahrhundert nur eine Formel für die Interessen der großen Mächte und bedeutet die Abwägung ihrer Ansprüche zugunsten eines stationären politischen Zustandes, der ihre Machttendenzen nebeneinander ordnet. Englands Deutung des europäischen Gleichgewichtes als Balance ausschließlich kontinentaler Kräfteverhältnisse bereitet bereits die große Politik der europäischen Kontinente des 19. Jahrhunderts vor.

Entscheidend für die Epoche vom Westfälischen Frieden bis zu den Revolutionskriegen ist damit einerseits die zunehmende Verbindung der europäischen Fragen, zum anderen aber die Ausweitung dieses Systems nach Osten hin, indem Rußland aus seiner jahrhundertelangen Reserve heraustritt, in die europäischen Verhältnisse eingreift und durch seine wachsende Stellung eine Verlagerung der Gewichte hervorruft. Damit wird der europäische Raum auch nach Osten hin abgemessen und neben West- und Mitteleuropa ein osteuropäischer Komplex gestellt. Nach dem kurzen Zeitraum eines Jahrhunderts hatten die europäischen Mächte in Rußland mit einem Staatswesen zu rechnen, das über einen ungeheuren Raum verfügte, sich in seinem Ausdehnungsdrang nach allen Seiten hin fühlbar machte und in wechselnden Stoßrichtungen ausgriff.

Bei dem Versuch, die europäische Entwicklungstendenz zusammenzufassen, ergibt sich folgendes Bild: Aus dem Dreißigjährigen Krieg sind Frankreich und Schweden als überlegene Mächte hervorgegangen. In der folgenden Zeit konzentrieren sich deshalb die europäischen Auseinandersetzungen auf die zwei Felder im Westen und im Nordosten, wo die beiden vorherrschenden Staaten gegen die anderen Mächte ihre errungene Position zu behaupten und auszubauen suchen. Frankreich, das im Pyrenäenfrieden den Niedergang der spanischen Vorherrschaft besiegelt hat, erringt in einer Kette von Kriegen nun selbst die Hegemonie. Der Spanische Erb-



folgekrieg vernichtet diese Stellung bereits wieder. Österreich hat sich zur kontinentalen Großmacht auszubilden vermocht. England hat Frankreich als Seemacht überflügelt und wird neben Österreich Hauptträger der antifranzösischen Koalition. Auf Grund dieser Kräftekonstellation erreicht in der folgenden Zeit keine der Mächte eine hegemoniale Stellung, Frankreich, England, Österreich stehen sich als annähernd gleiche Mächte gegenüber. Im Nordosten hatte sich Schweden als führende Macht vor allem mit Rußland auseinanderzusetzen, das, von *Zar Peter* zur Großmacht erhoben, die schwedische Seemachtstellung zu brechen sucht. Der Friede von Nystadt beraubt Schweden seiner Vorherrschaft völlig. Die neue Großmacht Rußland aber hat die Ostsee erreicht und sich in das europäische Staatensystem eingeführt. Dem Bemühen der großen Mächte war es gelungen, die beiden Kriegsschauplätze im Westen und Nordosten, auf denen die Ereignisse sich gleichzeitig vollzogen, voneinander unabhängig zu halten und ein Übergreifen zu verhindern. So finden die beiden Kriege in zwei selbständigen Friedensverträgen ihren Abschluß.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts vollzieht sich eine Neugruppierung des europäischen Staatensystems, in dem Frankreich und Österreich ihre Gegensätze bereinigen, um sich dem aufstrebenden Preußen entgegenzustellen. Die endgültige Niederhaltung Preußens mißlingt, so daß Europa in der Zukunft mit seiner Großmachtstellung zu rechnen hat. Das europäische Staatensystem wird damit zu Ende des 18. Jahrhunderts von den fünf Großmächten England, Frankreich, Österreich, Preußen und Rußland getragen und bestimmt in dieser Form nach der Unterbrechung durch die Napoleonischen Kriege die Verhältnisse Europas bis ins 19. Jahrhundert. Die Mächte geben auf dem Kontinent eine nahezu ausgewogene Machtverteilung, während England auf dem Meere und in Übersee seine dominierende Stellung weiterhin ausbaut.

In dieses wohlausgewogene Staatensystem bricht die Französische Revolution mit der Proklamation der Völkerbefreiung und der Ächtung der von den europäischen Fürsten geübten Konvenienzpolitik. Das alte Europa wird in die Defensive gedrängt und entwickelt das Prinzip der Legitimität.

Napoleon überspringt beide Ansprüche und setzt an ihre Stelle den Plan eines französisch geführten universalen europäischen Kaisertumes, das die europäischen Kräfte zusammenfassen und so der auf Seeherrschaft und Kolonialbesitz aufgebauten Weltmacht England als ein ebenbürtiger Rivale gegenübertreten will. In der Erkenntnis, daß der europäische Raumbesitz als Grundlage für den

Weltkampf mit England nicht mehr ausreicht, versucht er, Frankreich noch einmal eine neue koloniale Position zu erwerben und zum anderen das englische Kolonialgebäude zu erschüttern. Die Zerschlagung der ihm zur Verfügung stehenden Flotte hat diese Pläne zunichte gemacht und ihn zu einer anderen Konstruktion geführt: den Kontinent mit Rußland zu teilen und so mit Hilfe einer anderen kontinentalen Macht der Seemacht England zu begegnen.

Die Napoleonischen Pläne sind gescheitert an den Widerständen des Kontinents selbst, da sie vollzogen werden sollten, ehe der von der Revolution geweckte Nationalgedanke zum Austrag gekommen war, zum anderen daran, daß die russische Festlandsmacht sich ihm schließlich versagte und er dem gleichzeitigen Kampf gegen die englische und russische Macht noch nicht gewachsen war.

Im Hinblick auf die weltpolitische Entwicklung bedeuten die Napoleonischen Pläne den Versuch, der sich erstmalig ausbildenden Weltmacht England in dem zusammengefaßten Kontinent und dem ihm zugehörigen kolonialen Besitz ein Gegengewicht zu schaffen und so das Gleichgewicht, wie es zwischen den kontinentalen Mächten bestanden hatte, in Weltverhältnisse zu übertragen — ein Versuch, der aus der Überzeugung geboren ist, daß in der anbrechenden Epoche der Weltpolitik sowohl der einzelstehende europäische Staat wie auch ein kolonialschwaches Europa ein entscheidendes Gewicht nicht mehr zu erringen imstande seien.

3. Die Emanzipation der Übersee- und Kolonialmächte

In diesem Zusammenhang muß an dieser Stelle die Entwicklung der kolonialen Gebiete betrachtet werden, deren bedeutungsvollstes Ereignis die Emanzipation der nord- und südamerikanischen Kolonien ist. Sie stehen im engen Zusammenhang mit der Konstellation der europäischen Politik. Als mit dem Abgang Frankreichs aus Nordamerika zu Ende des Siebenjährigen Krieges für die englischen Kolonien der französische Druck fortfiel und so die Gleichgewichtsverhältnisse in Übersee gestört wurden, war für die englischen Kolonien die Möglichkeit gegeben, sich von der Herrschaft des Mutterlandes mit französischer Hilfe zu befreien. Damit stellte sich ein selbständiges Staatswesen, das auf Grund seiner europäischen rassischen und staatlichen Herkunft Gleichberechtigung beansprucht und eben durch seine europäischen Kräfte auch dazu befähigt ist, neben die europäische Staatenwelt und erweiterte den Rahmen, in dem sich die beginnende Weltpolitik vollzog. Obwohl damit der bedeutungsvollste Besitz aus dem englischen Kolonialreich gelöst war, hat sich damit weder das englisch-französische Machtverhältnis

grundlegend geändert noch ein Wandel in der Außenpolitik vollzogen. Die selbstgewählte Reserve, in der sich das neue Staatswesen zunächst hielt, hat eine enge politische Verbindung noch auf spätere Zeiten verschoben und zu einer Expansion im eigenen Raum geführt (Testament *Washingtons*), wobei es sich die englisch-französischen Rivalitäten zur Zeit Napoleons wiederum zunutze machen konnte.

Wie in Nordamerika so haben auch in Südamerika die europäischen Verhältnisse auf die Entwicklung bestimmend eingewirkt. Die durch die Napoleonischen Kriege bewirkte Trennung der südamerikanischen Kolonien von den Mutterländern ermöglichte ihre Befreiung. Sie behaupteten sich auch gegen die Rückgewinnungsversuche des nachnapoleonischen Europa erfolgreich, wenngleich nur durch Unterstützung Englands und der nordamerikanischen Staaten, die bereits damals ein gemeinsames Interesse an der Fernhaltung der europäischen Mächte vom amerikanischen Kontinent besaßen. Damit haben sich ehemalige Kolonialgebiete von ihren Mutterländern so weit unabhängig gemacht, daß sie eine völlig selbständige Außenpolitik beanspruchen, Richtlinien ihres Handelns aufstellen und ein eigenes Staatensystem begründen, das sich vorerst vom europäischen noch unabhängig hält.

In dieser Epoche vollzieht sich die europäische Entwicklung weiterhin ganz in ihren eigenen Bahnen. Nach der Niederringung Napoleons finden sich die Großmächte zu einem gemeineuropäischen Kongreß zusammen, um als europäisches Konzert über die Ordnung des gesamten Kontinents im Sinne der Wiederherstellung des alten Gleichgewichtes zu verfügen. Die Kriege Napoleons hatten eine Verkettung aller europäischen Fragen heraufgeführt, die nun durch einen gesamteuropäischen Friedenskongreß zu entscheiden waren. Auf ihm sind mit Ausnahme der Türkei alle Mächte vertreten, aber entscheidende Stimme haben wiederum wie im alten Gleichgewichtssystem nur die Großmächte, die an den alten Verhältnissen ihren Vorteilen entsprechend eine Berichtigung vornehmen. Sie bilden eine Kollektivhegemonie, die über die Erhaltung des Friedens wacht und den Status quo garantiert. Während sie aber im 18. Jahrhundert allein den realen Interessen ihrer Machtausweitung gefolgt waren, nur dem Konvenienzprinzip untergeordnet, wird ihre Politik jetzt mitbestimmt durch den ideologischen Gesichtspunkt des legitimistischen Prinzips. Die außenpolitischen Fragen verlieren damit einen Teil ihrer Bedeutung an die innerpolitischen Probleme, wie sie den Staatsführungen mit den Verfassungs- und Nationalitätsfragen aufgegeben waren. Die durch die Französische Revolution angeschlagenen Themen des Nationalismus und Liberalismus mußten

zum Austrag kommen, ehe die Außenpolitik ihren Primat zurückgewinnen konnte. Dazu tritt die steigende Bedeutung der wirtschaftlichen Belange, die in den folgenden Jahrzehnten zu ausschlaggebenden Faktoren werden.

Die Verquickung der politischen Fragen mit den ideologischen führt innerhalb des Kontinentes zur Bildung zweier Mächtegruppen, einer östlichen und einer westlichen; die östliche besitzt für den Kontinent das stärkere Gewicht und beherrscht seine Verhältnisse, der Westen tritt an Bedeutung für die europäischen Angelegenheiten zurück, da vor allem England aus der Bindung der kontinentalen Mächte an ihre eigenen Fragen die Möglichkeit gegeben ist, sich zu bestimmtem Grade von den europäischen Verhältnissen zu distanzieren und eben diese Bindung der Mächte zum Ausbau seiner überseeischen Stellung zu benutzen. So verlaufen die beiden Entwicklungslinien des europäischen Staatensystems und der englischen Überseemacht parallel.

Um die Mitte des Jahrhunderts zerfällt diese Mächtegruppierung, mit ihr die ideologische Beeinflussung der politischen Fragen. In diesem Auseinanderfall gelingt es, durch die deutsche und italienische Einigung zwei neue Mächte in das neue Staatensystem einzuführen. Damit ist ein jahrhundertelang bestehendes Verhältnis aufgehoben: die bisherige machtleere Mitte des Kontinents hat sich konsolidiert und ihre Position zwischen dem westlichen und östlichen Europa errichtet.

Nach dieser Neugruppierung gewinnen die außenpolitischen Zielsetzungen wiederum eine führende Rolle. Da der Kontinent für den Ausdehnungsdrang keine Möglichkeiten mehr bietet, kommt wiederum den überseeischen Zielen eine erhöhte Bedeutung zu; diese sind naturgemäß in noch größerem Maße mit wirtschaftlicher Expansion verknüpft. Damit hat sich die schon früher angebahnte Tendenz zur Weltpolitik endgültig durchgesetzt. Die europäischen Mächte greifen wiederum nach Räumen, in denen bisher England nahezu allein seine Herrschaft ausübte. Sie treffen nun dabei nicht nur auf dessen Stellung, sondern begegnen neuen Mächten, die während der jahrzehntelangen Distanzierung Europas von den weltpolitischen Verhältnissen aus ihrer bis dahin geübten Zurückhaltung herausgetreten waren und mit dem als Weltmacht schon bestehenden England einen Kreis von Weltmächten zu bilden begannen. Als die europäischen Staaten zur überseeischen Expansion schritten, sahen sie sich also vor eine Entwicklung gestellt, die dem europäischen Kontinent seine schlechthin beherrschende Stellung zu nehmen begann und zu einer Eingliederung seines Staatensystems

in ein größeres Ganzes führte, zur Einfügung in das werdende Weltstaatensystem. Die Aufteilung Afrikas, die Massenauswanderungen nach Übersee und die Ausbildung neuer europaunabhängiger Weltmächte sind die Vorzeichen der sogenannten Epoche des Imperialismus.

Die Epoche des Imperialismus ist in ihrem Aufbruch nochmals bestimmt durch den Expansionszug der europäischen Großmächte. Frankreich tritt 1930, nachdem es aus dem Napoleonischen Zusammenbruch zu genügender innerer Festigung gelangt war, wiederum mit kolonialen Ansprüchen auf den Plan, die notwendig die alte englisch-französische Rivalität erneut aufleben lassen. Unter *Napoleon III.* gelingt ihm zudem eine neue kontinentale Machtentfaltung, die durch den Krieg mit dem in Ausbildung stehenden Deutschen Reich zunichte gemacht wird. So ist die französische europäische Position neuerdings zerstört, und zwar nicht wie in früheren Jahrhunderten durch eine Koalition, sondern durch eine einzelne Macht, womit sich die ganze europäische Konstellation verändert hat. In der folgenden Zeit stehen die beiden Tendenzen französischer Ausdehnungspolitik, die kontinentale Hegemoniepolitik und das Verlangen nach Ausbau der kolonialen Machtstellung, wechselnd im Vordergrund. Es gelingt Frankreich, in Afrika und in Indien den ehedem verlorenen Kolonialbesitz in Amerika zu ersetzen, aber bei dem dabei unvermeidlichen Zusammenstoßen mit England wird im Nachgeben gegen dessen Forderung das Prinzip sichtbar, die weltpolitischen Bestrebungen zugunsten der Rückgewinnung der durch Deutschland verlorenen Stellung auf dem Kontinent zurücktreten zu lassen. Im englisch-französischen Bündnis 1904 ist diese Entwicklung besiegelt. Das französische Kolonialreich in Nordafrika wird sich zwar nicht über die Breite des Kontinents nach Osten zum Roten Meer hin erstrecken, aber für eine Auseinandersetzung in Europa ist an England der notwendige Rückhalt gefunden. Damit haben wie in früheren Zeiten die europäischen Interessen Frankreichs über die weltpolitischen gesiegt.

Für England begann nach dem Wiener Kongreß eine Zeit verhältnismäßiger Sicherheit durch die Bindung der europäischen Mächte an innere und kontinentale Fragen, die ihm die Erweiterung seines Kolonialreiches und die Sicherung der verbindenden Wege erlaubt. Der Vorgang vollzieht sich in gleicher Form wie zur Zeit der beginnenden überseeischen Ausbreitung in der Weise, daß die wirtschaftliche Expansion vorangeht und die politische ihr folgt. Die Räume, in denen er sich vollzieht, sind vor allem Indien, Afrika und Australien. Der Hergang wird bestimmt durch die Notwendig-

keit, zur Sicherung des Gewonnenen immer wieder neue Vorfelder zu erwerben und schließlich die verbindenden Wege mehr und mehr zu flankieren. Bei den festländischen Verhältnissen konnte sich England zunächst auf eine beobachtende Stellung beschränken, da dort das Gleichgewicht gewährleistet schien und die Mächte vorerst auf weltpolitische Expansion verzichteten. Bald darauf aber beginnt mit Frankreich eine Auseinandersetzung, die erst zu Ende des Jahrhunderts nach dem Faschodakonflikt ihre Beendigung findet und das französische Kolonialreich auf die westliche Hälfte Nordafrikas beschränkt.

Eine andere noch ernstere Bedrohung seiner weltpolitischen Position erwächst England in dem Vordringen Rußlands, das den asiatischen Besitz bedroht. Die wechselnden Kämpfe werden erst zum Abschluß gebracht, als die allgemeine Konstellation England zum Entschluß führt, seine bis dahin geübte Isolierung um der neuen weltpolitischen Rivalität Deutschlands willen aufzugeben. Sie führen die weltpolitischen Rivalitäten Englands wiederum zu einer Bindung auch an die kontinentalen Verhältnisse. Zugleich aber erwachsen ihm die weltpolitischen Gegner außerhalb des Kontinents in den aufstrebenden Mächten, den Vereinigten Staaten und Japan, das Zeitalter der alleinigen Weltherrschaft Englands neigt sich seinem Ende zu.

Rußland war nach 1815 neben England die einzige Macht, die außer den europäischen Belangen eine weltpolitische Stellung zu verteidigen hatte. Durch seine entscheidende Teilnahme an der Niederringung Napoleons besaß es zum europäischen Staatensystem eine gänzlich neue Verbindung, die vor allem durch seine Teilnahme im Bunde der Heiligen Allianz ihren Niederschlag erhielt. Die Verbindung zu Europa findet ihre Entsprechung in der Wendung des Expansionsdranges nach Westen. Der russische Drang zum Meer richtet sich auf die Ostsee und die Meerengen, sein Vorgehen auf dem Festland auf die polnischen Gebiete. Im Drang gegen die Türkei stößt es aber schließlich auf den gesamten Widerstand der europäischen Mächte und wendet sich seit der Jahrhundertmitte wiederum Asien zu, womit die Rivalität Englands wachgerufen wird. Dieser Konflikt bestimmt für die folgenden Jahrzehnte ihr beiderseitiges Verhältnis. Zu Ende des Jahrhunderts schlägt Rußland wiederum eine neue Richtung ein, indem es die schon früher begonnene Ausdehnung zum Pazifik aufnimmt und damit auf die aufstrebende Großmacht Japan stößt. Rußland entwickelt sich mehr und mehr zur Weltmacht und beteiligt sich an fast allen Fragen der Weltpolitik.

Die Türkei, die alte Großmacht des Südostens, spielt im 19. Jahrhundert die Rolle einer Macht, deren Schwäche ständig die anderen Mächte an sich zieht und sie hier Einfluß- und Gewinnmöglichkeiten suchen läßt. Der Hauptgegner der Türkei war durch Jahrhunderte hindurch Österreich gewesen. Dieses Österreich war jedoch durch lange Zeit nach zwei Richtungen orientiert: nach Westen, wohin es durch seine Tradition gewiesen war, und nach Südosten, wo seine besonderen Führungsinteressen lagen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, im Zeitraum der innerkontinentalen Geschehnisse, spielt es zusammen mit den anderen Ostmächten, Rußland und Preußen, für die europäischen Verhältnisse noch eine bestimmende Rolle. Als die deutsche Einigung Österreich auf seine südöstlichen Interessen beschränkt, wird es auf dem Balkan in eine laufende Auseinandersetzung mit Rußland verwickelt. Es behauptet sich dabei zwar als Großmacht und nimmt seine Aufgabe als schirmende Macht über den vielvölkischen Gebieten wahr; aber an der neuerlichen Expansion der europäischen Mächte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermag es, bedingt sowohl durch seine Binnenlage wie durch seine innere Struktur, keinen Anteil zu nehmen. Damit war entschieden, daß Österreich in der weltpolitischen Auseinandersetzung keine Rolle spielen sollte.

Der Aufstieg Deutschlands zur Großmacht hatte auch die Voraussetzungen für seine Beteiligung an der kolonialen Ausdehnung und damit an der Weltpolitik geschaffen. Durch die umsichtige und ausgreifende Politik *Bismarcks* gewinnt es in den kontinentalen Verhältnissen eine beherrschende Stellung und tritt nach seiner Einigung und mitten in dem damit ansetzenden wirtschaftlichen Aufschwung alsbald auch mit weltpolitischen Ansprüchen auf den Plan. Bei der Aufteilung Afrikas, des letzten großen Raumfeldes für die Expansion der europäischen Völker, sichert es sich seinen Anteil, greift durch seine wirtschaftliche Kraft auf die Weltmärkte über und vollzieht gegen Ende des Jahrhunderts seinen Eintritt in die Reihe der Seemächte. Diese Entwicklung bringt ihm aber nicht nur die kontinentale Feindschaft Frankreichs ein, sondern führt es vor allem in den weltpolitischen Gegensatz zu England, das seine Stellung durch den Kreis der aufsteigenden Weltmächte allseitig bedroht sieht. Denn inzwischen hat sich dem imperialen Zug der europäischen Großmächte der Aufstieg und der Eintritt neuer großer Mächte in die Weltpolitik beigesellt, der Vereinigten Staaten von Nordamerika und des Inselstaates Japan.

Die Vereinigten Staaten, deren Ausdehnung sich nach ihrer Trennung von England zunächst auf die Gewinnung der Westküste

gerichtet hatte, waren schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts so weit erstarkt, daß sie der englischen Überseepolitik entgegentreten konnten und schließlich den mittleren und den südlichen Teil des amerikanischen Kontinents zu ihrem Interessengebiet erklärten. Ihre Expansion ist von einem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung begleitet, der sie in Verbindung mit der Weltpolitik bringt. Zu Ende des Jahrhunderts werden sie von dem allgemeinen Zug imperialistischer Politik erfaßt, rücken durch den Ausbau ihrer Flotte in die Reihe der Seemächte ein und machen durch ihre Beteiligung an europäischen Fragen ihr weltpolitisches Gewicht geltend. In dem sich anbahnenden Weltstaatensystem stellen sie unter Wiederaufnahme der gemeinsamen Traditionen erneut eine Verbindung zu England her und schaffen so den Begriff der angelsächsischen Mächte als historischen Tatbestand. In dem Zusammenklang ihrer weltpolitischen Interessen erfährt das zunehmende Schwergewicht der Vereinigten Staaten eine immer stärkere Betonung, bis diese im ersten Weltkrieg zu einer entscheidenden und schiedsrichterlichen Rolle aufsteigen.

In engem Zusammenhang mit dem imperialistischen Ausgriff der Vereinigten Staaten steht der Aufstieg Japans zur Großmacht zu Ende des 19. Jahrhunderts. Nachdem sich Japan durch Jahrhunderte gänzlich von der Außenwelt abgeschlossen und jeden Ausgriff über den eigenen Bereich hinaus vermieden hatte, öffnete es sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts durch die politische Intervention der Vereinigten Staaten zunächst dem Handel und stieg in einzigartiger Nachholung europäischer Entwicklungen durch eine innere Neuorganisation zur Stellung einer asiatischen Großmacht auf. Durch eine starke Zentralisation des Staatswesens, die Schaffung einer kraftvollen militärischen Organisation und den sicheren Ausbau seiner diplomatischen Mittel greift es auf das chinesische Festland über und steht mitten in den Auseinandersetzungen sowohl mit den Vereinigten Staaten wie mit den europäischen Mächten.

4. Der Weltkrieg und die Vollendung des Weltstaatensystems

Das Zeitalter des Imperialismus hatte nicht nur die weltpolitischen Verhältnisse erneut in Bewegung gesetzt, sondern durch die damit in Verbindung stehende Erweiterung der Bündnispolitik auf die außereuropäischen Mächte auch eine politische Verbindung der Weltteile eingeleitet. Das europazentrische Weltbild der vergangenen Jahrhunderte weitete sich zu einem autonomen und sich selbst tragenden Weltbild aus. Das Ineinandergreifen aller weltpolitischen Auseinandersetzungen und ihre kämpferische Auslösung im Welt-

krieg vollendet die weltpolitische Entwicklungstendenz. In diesem ersten Weltkrieg werden schließlich alle Großmächte der Erde zur Bekämpfung der europäischen Mitte zusammengeschlossen und die ersten weltpolitischen Auseinandersetzungen entschieden. Damit ist das europäische Staatensystem endgültig durch das Weltstaatensystem abgelöst. Die europäischen Methoden des politischen Handelns sind auf die Weltverhältnisse übertragen. Wiederum stehen sich Mächtegruppierungen gegenüber und suchen durch Herbeiführung eines Gleichgewichtszustandes das Aufkommen einer vorherrschenden Macht zu verhindern. Das Spiel der europäischen Großmächte ist zu einem Spiel der Weltmächte geworden. Der Kampf um das europäische Gleichgewicht hat sich zu dem Kampf um ein Weltgleichgewicht ausgeweitet, und das europäische Staatensystem ist durch ein umfassendes Weltstaatensystem abgelöst worden. Aus dem Kreis der europäischen Mächte haben sich England und Frankreich ihre Weltmachtposition bewahrt, verdanken diese Erhaltung ihrer Stellung jedoch der Beteiligung außereuropäischer Mächte am Kriege und haben infolgedessen diese Stellung mit ihnen zu teilen. Die dominierende Position Europas befindet sich in Auflösung.

Auf dem europäischen Kontinent selbst hat Frankreich auf Kosten der Mitte die ersehnte Vormachtstellung erhalten. Durch die Zerschlagung der deutschen und österreichischen Großmacht ist diese Mitte wiederum zur Schwäche verurteilt und zudem durch ein Bündnissystem gefesselt, das von dem ideologischen Gebäude des Völkerbundes gestützt wird. Damit ist Europa in eine Reihe von Kampfgruppen und Unruheherden aufgespalten, deren Gefahren durch die aggressiven Tendenzen des bolschewistischen Rußland verstärkt werden, dessen weltrevolutionäres Programm die Ahnung neuer, dritter Fronten aufsteigen läßt.

In diese europäischen Verhältnisse greifen Deutschland und Italien auf Grund ihrer Wiedererstarkung entscheidend ein und befestigen erneut die mitteleuropäische Konstellation. Damit lösen sie jedoch Mächtegruppierungen aus, die an die kontinentale Lagerung des 19. Jahrhunderts erinnern. Gleichartige Tendenzen setzen sich durch, historische Fronten werden wieder errichtet und führen zu einem zweiten Weltkrieg. In seinem Verlauf sind die letzten räumlich und machtpolitisch noch getrennt bestehenden Krisenfelder und Kriegsherde in den Rahmen einer allgemeinen weltpolitischen Auseinandersetzung gestellt, die in zunehmendem Maße alle bisher unberührt gebliebenen Räume, Völker und Staaten in ihren Einflußbereich zieht.

Wie es in früheren Jahrhunderten europäischer Geschichte religiöse Frontenstellungen waren, die die politischen Gegensätze begleiteten, so sind es in diesem Kriege weltanschauliche; während jedoch im Dreißigjährigen Krieg die religiöse Ausgangsstellung zugunsten rein machtpolitischer Positionen aufgegeben wurde, decken sich auf seiten der europäischen Kriegspartner heute die weltanschaulichen mit den politisch-militärischen Fronten. Die europafeindliche Gegenseite allerdings hofft, durch eine von rein machtpolitischen Gesichtspunkten gebotene Bündnispolitik und unter Vertuschung des ideologischen Momentes jenen weltanschaulichen und politischen Schwebezustand herbeiführen zu können, der ihren angelsächsischen Teilhabern die Mittel zur machtpolitischen, ihrem bolschewistischen Partner jene zur ideologischen Weltherrschaft in die Hände geben soll.

Wie alle früheren Kriege Europas vorwiegend von den Großmächten, so wird auch dieser Krieg seinen weltpolitischen Ausmaßen entsprechend von den Weltmächten — Deutschland, England, Sowjetunion, Japan und USA. — getragen, um die sich die kleineren Staaten gruppieren. Dabei vollziehen die Weltmächte im Kampf um das Gleichgewicht mehr und mehr eine militärische und wirtschaftliche Zusammenschließung aller ihnen zugeordneten Staaten zu Großräumen auf hegemonialer oder föderativer Grundlage.

Deutschland ist auf der Grundlage der abendländisch-europäischen Kulturgemeinsamkeit und des durch den gemeinsamen Lebensraum bedingten wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas in diesem Kriege zu einer Weltmachtstellung aufgestiegen, die nicht mehr wie früher auf überseeischem Besitz beruht, sondern auf seiner natürlichen, auf Volkskraft, Kulturtradition und Ordnungsmacht begründeten führenden Rolle auf dem Kontinent. Es hat im Verlauf dieses Krieges England aus seiner unnatürlichen Stellung auf dem Kontinent verdrängt, den bolschewistischen Angriff auf Mittel- und Westeuropa tief in das osteuropäische Hinterland zurückgeschlagen und alle Kräfte der europäischen Völker zusammengefaßt. Die europäische Entwicklung der Gegenwart steht seitdem unter dem großen einheitlichen Nenner des Zusammenfließens der einzelstaatlichen Kräfte und ihrer Vereinigung in einem umfassenden Kontinentalbewußtsein. Durch die zunehmende innere Verdichtung der europäischen Nationen und den aufsteigenden Willen zur Abwehr fremdkontinentaler Einflußversuche und Einbrüche ist den konsolidierten Herrschaftsbereichen der anderen Weltmächte ein gleichrangiger Machtraum entgegengestellt, der die Voraussetzungen zu seiner inneren Neuordnung in sich trägt.

Das Reich und das sich mit ihm bildende neue Europa hat in diesem Kampf von Weltausmaß die japanische Weltmacht zur Seite, die mit der Errichtung der großostasiatischen Wohlstandssphäre eine ähnliche Neuordnung zum Ziele hat. Sie ging aus von der Errichtung Mandschukuos und erfuhr ihre Fortsetzung in der engen Zusammenarbeit mit Nanking-China; sie wird beschlossen durch die Einordnung der neugewonnenen Gebiete in den ostasiatischen Machtkreis.

Im Gegensatz zu der fortschreitenden Verdichtung der einzelstaatlichen Interessen Europas in einem umfassenden Lebensraum und Kontinentalbewußtsein bewegt sich die Gesamtentwicklung Englands weiterhin von Europa hinweg auf die USA. zu. Von dem Kontinent verdrängt, begibt es sich unter dem wachsenden Druck der Kampfführung immer mehr in us.-amerikanische und sowjetische Abhängigkeit und erlebt dabei ebenso ein langsames Abgleiten seiner Dominien in die us.-amerikanische Botmäßigkeit wie eine von revolutionärer Hand gelenkte Zersetzung seiner Einflußräume durch die Sowjetunion. Die Lockerung des Imperialgefüges wird in allen Fragen der Kriegführung von einer Verlagerung des Schwergewichtes nach den USA. begleitet. Damit hat sich für England eine neue weltpolitische Lage gebildet. Als vorwiegend überseeische Macht hat es für Europa immer nur ein begrenztes Interesse bezeugt und konnte jahrhundertelang eine vom Kontinent abgesetzte Stellung dadurch einnehmen, daß es mit Hilfe der Gleichgewichtspolitik das Aufsteigen einer Macht zur Hegemonie zu verhindern in der Lage war. Diese Voraussetzungen sieht es in der Gegenwart durch die Neuordnung Europas hoffnungslos zerstört, um so mehr, als ihm die alte Vorstellung einer russischen Großmacht heute keine Gewähr mehr für die Schaffung eines Gegengewichtes bietet und als darüber hinaus die bolschewistische Sowjetunion in ihrer revolutionären Zielsetzung seinen historischen Anspruch auf eine politiche Einflußnahme in Europa grundsätzlich verneint. England steht damit sowohl in seiner Europapolitik wie in seiner Weltpolitik zwischen Scylla und Charybdis.

Die Sowjetunion, der die englische Politik bereits die Rolle des „russischen Kolosses auf dem europäischen Kontinent" zubilligen mußte, befindet sich seit den Konferenzen von Moskau, Teheran und Kairo auf dem Wege, den von England und den USA. geleisteten Vorspann durch ihre Forderungen auf Europa, Vorder- und Mittelasien für ihre eigenen, revolutionären Ziele auszunutzen. Der von ihr auf Europa ausgelöste rassechaotische Druck und ihr gegen die abendländische Kultur gerichteter Vernichtungswille haben

damit ein von der internationalen Konferenzdiplomatie zugebilligtes legales Vorzeichen erhalten. Damit verbleibt das Reich die einzige und letzte bewaffnete Großmacht, die der bolschewistischen Gefahr der Weltrevolution nicht mit Konferenzen, sondern mit Waffen entgegentreten kann.

Die USA. sind in die Auseinandersetzungen des zweiten Weltkrieges noch mit der politischen These der Isolierung der westlichen Hemisphäre eingetreten. Dieser Begriff der westlichen Hemisphäre ist dann unter dem Blickpunkt eines maßlos überspannten amerikanischen Weltbildes nach Osten ausgedehnt worden und hat die Richtung für den imperialistischen Angriff nach dem europäisch-afrikanischen Bereich gegeben. Diese Wandlung der amerikanischen Raumvorstellung von der westlichen Hemisphäre zur imperialen Grenzenlosigkeit zeigt zugleich die Wandlung der amerikanischen Kriegsziele. Nachdem die USA. in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den nördlichen Kontinent durchdrungen hatten, dann Mittel- und Südamerika sowie den pazifischen Raum zum Schauplatz ihres Handelns wählten, greifen sie nun auf den Wegen des britischen Empires auf die anderen Erdteile über und fordern für sich in einer künftigen Weltordnung die entscheidende Rolle.

So stehen in diesem zweiten Weltkampf die Weltgroßmächte England, USA. und Sowjetunion gegen die im Dreierpakt verbundenen Weltgroßmächte und Nationen. In ihm wird das Prinzip der raumfremden Intervention und des kontinentalen Übergriffes mit dem der Sicherung und Konsolidierung natürlicher, in sich homogener Lebensräume ausgetragen.

Noch sieht der zweite Weltkrieg die großen Weltmächte im Kampf, noch zeichnet er erst die Umrisse der zukünftigen Machträume ab, noch löst er neue Kräfte aus den Untergründen der Kontinente. Unverwischbar sind jedoch bereits die Linien der weltpolitischen Entwicklung in die Weltgeschichte eingezeichnet. Das europäische Staatensystem hat dem Weltstaatensystem seine ordnende Konstruktion abgetreten. Um die Weltmächte ordnen sich neue kontinentale Staatensysteme und greifen in den größeren Zusammenhang der weltpolitischen Verhältnisse ein. In diesem entscheidenden Ringen um das zukünftige Gesicht der Erde steht Europa noch einmal im Kampf um seine Selbstbehauptung, im Kampf um die weltpolitische Bestimmung darüber, ob es geschichtlich abtreten muß oder die Freiheit seiner Völker und die Einheit seines Raumes zu erhalten vermag, um sie in das epochale System der Welträume und deren künftige Gleichgewichtskonstruktion einzuführen.

Der Weg der argentinischen Außenpolitik

Zwischen Ideal und Wirklichkeit

Von Abogada I. Richarz-Simons

Bevor wir uns mit der argentinischen Außenpolitik des letzten Jahrzehntes näher befassen, ist es angebracht, sich zu vergegenwärtigen, von welchen geistigen und historischen Voraussetzungen sie ihren Ausgang nimmt. Wie bei allen Völkern romanischer Kultur finden wir eine Vorliebe für das Formale. Der Grundgedanke des mittelalterlichen katholischen, theokratischen, absoluten Staates, daß nämlich jedes menschliche Wesen, sofern es sich dieser absoluten Theokratie unterwirft, die gleichen Rechte verlangen kann wie alle anderen Mitglieder des Gemeinwesens, machte das spanische Amerika besonders empfänglich für die unleugbaren Einflüsse der französischen Literatur des 18. Jahrhunderts und die Postulate der französischen Revolution. Die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind in Argentinien wie in Ibero-Amerika überhaupt auf das Leben der Völker untereinander übertragen worden. In der Vorstellung eines Völkerbunds als Instrument des Rechts, nicht der Politik, wie ihn die Naturrechtsphilosophie des 18. Jahrhunderts forderte, haben die schon 1826 von dem Venezolaner *Bolivar* entworfenen Pläne eines Bundes aller spanischsprechenden Länder Amerikas ihren Ursprung. Die Vorstellungen von der Politik sind außerordentlich doktrinär: die Politik soll dem Recht, die Außenpolitik dem Völkerrecht untergeordnet werden. Einen Ausdruck dieser Haltung könnte man darin erblicken, daß Juristen, Völkerrechtler und Professoren gerade in den letzten Jahren in Argentinien das Amt des Außenministers und auch des Staatspräsidenten bekleidet haben.

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Dinge", heißt es bei *Schiller*. Die Weite des südamerikanischen Raumes erlaubt es den Argentiniern, wie überhaupt den Ibero-Amerikanern, politische Theorien zu entwickeln, ohne sich durch die Wirklichkeit der Tatsachen einengen zu lassen. Da auf dem südamerikanischen Kontinent alle Probleme, die aus der Verschiedenheit von Rasse, Sprache, Religion, geschichtlicher Entwicklung und kulturellem Niveau entspringen und die die Ursache

der Vielfalt der Elemente in Europa sind, z. T. fehlen, z. T. durch die vielerlei Gemeinsamkeiten leichter überdeckt werden, so sind die Ibero-Amerikaner geneigt, auch völkerrechtlich-ideologische Auffassungen mit größerer Absolutheit zu vertreten und einem Rechnungtragen der verwickelteren europäischen politischen Verhältnisse verständnislos gegenüberzustehen.

Auch die historische Entwicklung gibt den Ibero-Amerikanern ein gewisses Recht, ihren Kontinent, im Gegensatz zum europäischen, den Kontinent des Friedens zu nennen. Zwar haben in den beinahe 150 Jahren selbständiger Existenz verschiedene Kriege zwischen den neu entstandenen südamerikanischen Staaten stattgefunden, doch ist auch sehr früh der Gedanke einer friedlichen Regelung aller Streitigkeiten, es waren in erster Linie Grenzstreitigkeiten, entwickelt und angewandt worden. Argentinien selbst hat nicht nur seine eigene Freiheit, sondern auch die seiner Nachbarländer Uruguay, Paraguay, Chile und Peru miterkämpft, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten, noch eine territoriale Entschädigung zu beabsichtigen. Seine Grenzfragen mit den Nachbarstaaten hat Argentinien auf friedlichem Wege, sei es durch gegenseitiges Übereinkommen oder durch Unterwerfung unter einen Schiedsspruch, geregelt. Nur zweimal hat es im Laufe seiner Geschichte als selbständiger Staat zu den Waffen gegriffen: einmal 1827 gegen Brasilien, in Fortsetzung der jahrhundertelangen Fehde schon zwischen Spaniern und Portugiesen um das östliche Ufer des Rio de la Plata; der Friede wurde auf der Grundlage der Schaffung des Pufferstaates Uruguay geschlossen; das andere Mal 1864, um sich der Übergriffe des größenwahnsinnigen Diktators von Paraguay, *Francisco Solano Lopez,* zu erwehren. Als dieser Krieg, in dem Brasilien und Uruguay auf argentinischer Seite kämpften, mit der völligen Besiegung des kleinen Paraguay 1870 endete, proklamierte der damalige argentinische Präsident *Mitre* den Grundsatz, daß der Sieg keine Rechte gibt. Die Paraguay dann trotz dieses Grundsatzes auferlegten Kriegsentschädigungen sind ihm später, z. T. in neuester Zeit, in dem Bestreben, alles auszulöschen, was an diesen Krieg unter Schwesternationen erinnerte, von seinen drei ehemaligen Gegnern erlassen worden.

Mit Berechtigung betonen daher die argentinischen Staatsmänner immer wieder, daß Argentinien stets ein friedliches Mitglied im Konzert der Völker gewesen sei, stets bemüht, den Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit und der internationalen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und humanitärem Gebiet zu fördern.

Besonders klar und eindrucksvoll hat der argentinische Außenminister *Cantilo* im September 1938 (anläßlich der Eröffnung eines neuen argentinischen Rundfunkdienstes) in zwei sich ergänzenden Reden — eine an Europa, eine an Amerika — diese Gedanken wie überhaupt die Grundlinien der argentinischen Außenpolitik dargelegt. Beide Reden enthielten ein ausdrückliches Bekenntnis zu Europa. „Unsere internationale Politik hat sich niemals vom alten Kontinent gelöst, aus Europa kam unsere Religion, aus Europa kam immer wieder frische Blutzufuhr, aus Europa stammt unsere Rasse, die Doktrin unserer demokratischen Einrichtungen, der Unterricht an unseren Universitäten, die Elemente, auf denen sich unser Schulunterricht, unsere Literatur und unsere Künste aufbauen... Unser geistiges Leben würde verarmen, wenn die europäische Kultur zugrunde ginge." Die weiter in dieser Rede enthaltenen außenpolitischen Grundsätze kann man folgendermaßen zusammenfassen: Argentinien hat die tiefe Überzeugung, daß es ein Teil einer internationalen Gemeinschaft ist, an die seine Geschicke gebunden sind; die Bindungen an die Nationen romanischer Kultur in Europa, insbesondere an die Völker aus dem alten iberischen Stamm, sind besonders eng; in Amerika hat Argentinien ein besonderes Interesse an den Nachbarstaaten, ohne darüber die wichtigen Bande, die das Land mit dem gesamten amerikanischen Kontinent und auf diesem auch mit den Vereinigten Staaten verbinden, zu vergessen.

Argentinien als Teil der internationalen Gemeinschaft

Nachdem in den etwas mehr als 10 Jahren der Nachkriegszeit, in denen in Argentinien die radikale Partei am Ruder war, das Land sich außenpolitisch völlig zurückgehalten hatte, begann — nachdem im Jahre 1931 durch die Revolution des Generals *Uriburu* der radikale Präsident *Irigoyen* gestürzt und 1932 die Regierung *Justo* gewählt worden war — mit der Übernahme des argentinischen Außenministeriums durch *Carlos Saavedra Lamas* eine neue Epoche außenpolitischer Aktivität. Saavedra Lamas, der wie wenige dazu beigetragen hat, sein Land zu einem Faktor der internationalen Politik zu machen, ein bekannter und anerkannter Völkerrechtler, leitete sein Amt erfüllt von der Vorstellung, nunmehr Gelegenheit zu haben, die Theorien des Völkerrechts in die Wirklichkeit umsetzen zu können.

Eine der ersten Aufgaben, an die er heranging, war, die Stellung Argentiniens zum Völkerbund zu klären und formal zu regeln. Die Idee des Völkerbundes hatte in dem während des ersten Weltkrieges

neutral gebliebenen Argentinien eine bedenkenlos begeisterte Aufnahme gefunden. Schon am 18. Juli 1919 legte der damalige argentinische Gesandte in Paris, *Marcelo T. de Alvear*, gemäß der im Telegramm vom 12. desselben Monats erhaltenen Anweisung seiner Regierung, die Beitrittserklärung der Argentinischen Republik beim Völkerbundssekretariat nieder. Nach Ratifizierung des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 teilte *Clemenceau*, der Präsident des Obersten Rates der alliierten und assoziierten Mächte, diese der argentinischen Regierung mit, zusammen mit der formellen Einladung gemäß Art. 1 und der Anlage zur Völkerbundssatzung, diesem beizutreten. Der argentinische Präsident Hipolito Irigoyen ratifizierte darauf im Namen der argentinischen Regierung am 16. Januar desselben Jahres die am 18. Juli 1919 erfolgte Beitrittserklärung. Die Tatsache, daß Irigoyen den Beitritt Argentiniens im Namen der Regierung ratifizierte, während er doch nach argentinischen Verfassungsbestimmungen dazu der Einwilligung des Kongresses bedurft hätte, hat dann jahrelang Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten gegeben, ob Argentinien überhaupt Mitglied des Völkerbundes sei oder nicht, vor allem im Zusammenhang mit der unklaren Haltung, die Argentinien in den nächsten Jahren in der Frage selbst einnahm.

An der ersten Völkerbundsversammlung in Genf nahm unter Führung des Außenministers *Honorio Pueyrredon* eine argentinische Delegation teil, und Pueyrredon, zum Vizepräsidenten der Versammlung gewählt, stellte in seiner Rede vom 17. November 1920 gleich drei Forderungen zur Umorganisation des Völkerbundes auf, drei Forderungen, die in späteren Jahren immer wieder von den süd- und mittelamerikanischen Staaten erhoben worden sind, nämlich die nach obligatorischer *Schiedsgerichtsbarkeit*, nach *Universalität* und nach *Demokratisierung* des Völkerbundes: alle Staaten der internationalen Gemeinschaft sollten zum Völkerbund zugelassen werden und alle Mitglieder des Völkerbundsrates sollten durch die Völkerbundsversammlung gewählt werden, so daß innerhalb einer angemessenen Frist alle dem Völkerbund angehörigen Staaten im Rat gewesen wären. Als dieser Antrag von der Völkerbundsversammlung auf das nächste Jahr vertagt wurde, zog sich die argentinische Delegation zurück. Diese Haltung konnte Argentinien nur einnehmen, weil es sich in seiner idealen Hoffnung auf einen Bund aller Völker zur Verwirklichung des Rechts enttäuscht sah. Damals und später haben Argentinien und die ibero-amerikanischen Staaten überhaupt dem Völkerbund zur Last gelegt, daß er nicht nur ein Instrument der englisch-französischen Vorherrschaft über

den europäischen Kontinent war, sondern mehr noch, daß er überhaupt — nachdem auch die Vereinigten Staaten ihm nicht beigetreten waren, weil der isolationistische nordamerikanische Senat fürchtete, daß die nordamerikanische Souveränität durch die Beschlüsse des Völkerbundes eingeengt werden könnte — eine rein europäische Angelegenheit war und durch seinen ganzen Aufbau ihnen die politische Gleichberechtigung verweigerte.

Danach hatte Argentinien sich auf keiner Völkerbundsversammlung mehr vertreten lassen. Während der Regierung *Irigoyen* wurden auch keine Beiträge gezahlt. Erst während der Regierung von *Alvear* (1922/28) wurde vom Kongreß der Mitgliedsbeitrag Argentiniens an den Völkerbund bewilligt und an diesen abgeführt. Während dieser Zeit beteiligte sich Argentinien zwar an den internationalen Arbeitskonferenzen, aber sein Beitritt zum Völkerbund wurde nicht offiziell ratifiziert. Mit der Wiederwahl von Irigoyen 1928 setzte diese Mitarbeit von neuem aus. Auch während der provisorischen Regierung von General *Uriburu* wurden von ihm und seinem Außenminister *Ernesto Bosch* keine definitiven Beschlüsse gefaßt, obgleich der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir *Eric Drummond*, im Jahre 1930 auf seiner Propagandareise für den Völkerbund auch Argentinien besuchte.

Dieser ungeregelten Situation sahen sich Staatspräsident *Justo* und Außenminister *Saavedra Lamas* gegenüber, als sie 1932 ans Ruder kamen. Es gelang der Regierung, am 28. Oktober 1932 in der Deputiertenkammer und am 25. September 1933 in dem Senat die Ratifikation des Beitritts Argentiniens zum Völkerbund zu erreichen. Doch ist wichtig und beachtenswert, daß in die Beitrittserklärung ein Vorbehalt hinsichtlich des Art. 21 der Völkerbundssatzung aufgenommen wurde. Art. 21 zählt die internationalen Abreden auf, die nicht als unvereinbar mit den Vorschriften der Völkerbundssatzung gelten sollten (alle anderen wurden durch den vorhergehenden Artikel aufgehoben), und sprach dabei, auf Betreiben der Vereinigten Staaten, von der Monroedoktrin als von einer „internationalen Abmachung". Diese Konzession an die imperialistische Politik der USA. hatte von Anfang an viel böses Blut in Ibero-Amerika gemacht, so daß z. B. El Salvador 1920 Bedenken äußerte, dem Völkerbund beizutreten, weil es fürchtete, damit die Monroedoktrin ausdrücklich anzuerkennen. Ebenso betonte Costa Rika 1928 bei den Verhandlungen über seinen Wiedereintritt in den Völkerbund, daß es die Monroedoktrin als eine einseitige Erklärung betrachte. Auch Argentinien hat in seiner Bei-

trittserklärung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es die Monroedoktrin als eine einseitige Erklärung ansehe.

Sehr bald sollte sich zeigen, ob die Hoffnungen und Ideale, die man in Argentinien mit dem Völkerbund verknüpfte, berechtigt waren. Abessinien war das Schulbeispiel, an welchem der Völkerbund Macht und Stellung demonstrieren sollte. Von den vom Völkerbund beschlossenen Maßnahmen gegen Italien: a) Waffenembargo, b) Kreditembargo, c) Importboykott und d) Exportembargo bestimmter Schlüsselrohstoffe, setzte Argentinien sofort das Waffenembargo in Kraft, was praktisch allerdings von geringer Bedeutung war, da ja Argentinien noch nie als Waffenlieferant außerhalb des amerikanischen Kontinents aufgetreten war. Es erklärte sich zwar bereit, auch die übrigen wirtschaftlichen Sanktionen durchzuführen, aber die argentinische Regierung teilte dem Völkerbund mit, daß sie dafür einen besonderen Kongreßbeschluß für nötig halte. Sie sandte auch im Dezember 1935 eine entsprechende Botschaft an das Parlament, das allerdings erst im Mai des nächsten Jahres wieder zusammentrat, zu einem Zeitpunkt also, als durch die Eroberung Abessiniens eine neue Lage geschaffen war. Die realen Hintergründe dieser zögernden Haltung ließ Außenminister Saavedra Lamas durchblicken, als er betonte: „Allerdings kommen wir durch die gegenwärtigen Zerwürfnisse zwischen dem Völkerbund und Italien in einen schmerzlichen Widerspruch, denn kein Land steht uns näher, und kein Land ist stärker mit unserer Nation verwurzelt." Eine italienische Handelsmission, die sich Ende 1935 in Argentinien befand, konnte wenig Positives erreichen, da die argentinische Regierung, gebunden durch die Genfer Beschlüsse, nicht zu offiziellen Verhandlungen bereit war, sondern nur Gespräche informatorischen Charakters führen ließ.

Auf der Tagung des Völkerbundsrates im Mai 1936 beantragte Italien, den Abessinienkonflikt von der Tagesordnung abzusetzen, da Abessinien vollständig erobert sei; als der Rat diesem Antrag nicht nachkam, wurde die italienische Delegation abberufen. Der Rat vertagte sich, unter Beibehaltung der Sanktionen, bis zum Juni, wobei von Chile und Ekuador Protest erhoben wurde gegen die Beibehaltung der Sanktionen, von Argentinien gegen die Vertagung überhaupt. Dementsprechend stellte es den Antrag, die Völkerbundsversammlung für den Juni 1936 einzuberufen, damit sie zu der Frage der Annexion Abessiniens durch Italien Stellung nähme. Der Antrag rief damals Aufregung und Bestürzung hervor, weil er die Mächte zu einer Stellungnahme zwang, der sie gerne noch ausgewichen wären. Aber da Italien sich zuerst an die südamerikani-

schen Staaten wegen der Anerkennung seiner Eroberung gewandt hatte und von Argentinien an den Völkerbund verwiesen worden war, war es nur folgerichtig, daß Argentinien dessen Stellungnahme herbeiführen wollte. Noch bevor die Völkerbundsversammlung im Juni zusammentrat, sagte der britische Außenminister *Eden* im Unterhaus, daß angesichts der tatsächlichen Lage die Sanktionen überflüssig seien. Auf dieses Signal hin hob die Völkerbundsversammlung die Sanktionen auf.

Die zweite Frage, die der Anerkennung, war nicht so leicht zu erledigen. Als Argentinien die Einberufung der Völkerbundsversammlung forderte, stellt es gewissermaßen die Frage an ihn: verwirft Genf die Annexion, d. h. handelt es in Befolgung seiner eigenen Satzungen und in Übereinstimmung mit den in Ibero-Amerika besonders früh entwickelten Idealen des Völkerrechts, wie sie im Saavedra-Lamas-Pakt niedergelegt sind, oder verwirft es die Annexion nicht und beweist damit, daß es nicht imstande ist, seine schwächeren Mitglieder gegen die stärkeren zu schützen? Die Beantwortung dieser schwerwiegenden Frage vor der Außerordentlichen Interamerikanischen Friedenskonferenz, die für den Dezember desselben Jahres nach Buenos Aires einberufen worden war, war für Argentinien sowie für die übrigen ibero-amerikanischen Staaten sehr wichtig. Die Haltung der argentinischen Regierung fand im Lande selbst keine ungeteilte Zustimmung: im argentinischen Senat fand eine Geheimdebatte statt, während welcher der Senator *Sanchez-Sorondo* dem Außenminister Saavedra Lamas einen Mangel an Realpolitik vorwarf, Argentinien dürfe weder England noch Italien verstimmen. Damit kennzeichnete er in treffender Weise die Tatsache, daß für Argentinien, in mannigfacher Weise durch Bande des Bluts und des Geistes, durch Handels- und Wirtschaftsinteressen an die europäischen Mächte gebunden, die Neutralität die einzige Realpolitik ist, d. h. diejenige, die den Interessen des Landes am dienlichsten ist. Diesem Standpunkt gegenüber verteidigte Saavedra Lamas seine Politik, die Politik eines ideenreichen und bedeutenden Völkerrechtlers, der von der Bedeutung rechtlicher Grundsätze für die internationale Politik überzeugt ist.

Bei der Völkerbundstagung sprach der argentinische Delegierte *Cantilo*, später Außenminister in der Regierung *Ortiz*, damals Botschafter in Rom. In Übereinstimmung mit den oben angedeuteten Gedankengängen Saavedra Lamas lautete die argentinische These, daß der Völkerbund die im Völkerbundsvertrag niedergelegten Prinzipien unter allen Umständen verteidigen und auch anwenden müsse. Daß die Völkerbundsversammlung zu keiner eindeutigen

Stellungnahme in diesem Sinne gelangte, hat Argentinien wie auch die übrigen ibero-amerikanischen Staaten tief enttäuscht. Die Länder Mittel- und Südamerikas — und Argentinien mit ihnen — hatten zwar einerseits die Idee der Schaffung eines Völkerbundes begrüßt, seinem Wirken als Instrument zur Aufrechterhaltung der durch den Versailler Friedensvertrag geschaffenen Zustände haben sie aber von Anfang an kritisch gegenübergestanden. Sie waren nur bereit gewesen, ihre von ihnen ebenso wie von jedem anderen Staat eifersüchtig aufrechterhaltene Souveränität und Selbständigkeit den Beschlüssen des Völkerbundes unterzuordnen, wenn sie die Sicherheit hatten, daß dieser ihren Idealen und der Wirklichkeit ihres politischen Lebens Rechnung trug. Der Gedanke eines Völkerbundes entsprach ihren rechtsphilosophischen Vorstellungen, von seiner Verwirklichung aber erwarteten sie praktisch Sicherung ihrer eigenen Existenz und Schutz vor dem großen Nachbarn aus dem Norden. Als die Entwicklung im Falle Italien zeigte, daß der Völkerbund nicht in der Lage war, sich durchzusetzen, sondern ein Hampelmann in den Händen der Großmächte war, als das System der kollektiven Sicherheit zusammenbrach, waren diese Ereignisse dazu angetan, die Illusion zu zerstören, daß im Notfall vom Völkerbund wirksame Hilfe zu haben sei. Trotzdem hat Argentinien nicht wie andere ibero-amerikanische Länder die Mitarbeit im Völkerbund aufgegeben, sondern ist, getreu seiner Vorstellung von internationaler Zusammenarbeit, weiter bereit gewesen, an einer weltumspannenden Institution mitzuarbeiten und hat sich den Plänen zur Schaffung rein amerikanischer politischer Organe, in denen die Vereinigten Staaten dann die Vorherrschaft haben würden, immer wieder widersetzt.

In diesem Sinne hat es sich auch an der Diskussion um die Reform des Völkerbundes, die in den Jahren 1936/37 die Weltöffentlichkeit bewegte, beteiligt und hat auf das lebhafteste die Reformpläne der chilenischen Regierung unterstützt. Diese Reformpläne, die auf Herstellung der Universalität des Völkerbundes und seine Demokratisierung auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller souveränen Staaten hinausliefen, entsprachen Prinzipien, die Argentinien, wie weiter oben erwähnt, schon 1920 vertreten hatte, und die, wie wir eben zeigten, für die Länder Ibero-Amerikas ein ideales, aber auch ein reales Interesse haben. Besonders anläßlich dieser Reformpläne sprachen sich die ibero-amerikanischen Staaten gegen eine Verewigung des Zustandes Sieger — Besiegte von 1919 durch den Völkerbund aus. Argentinien forderte besonders eine Angleichung der Völkerbundssatzung an

den Kellogg- und den Saavedra-Lamas-Pakt sowie die Trennung des Paktes von den Friedensverträgen. Es verlangte, daß diejenigen Bestimmungen des Paktes, die sich als mit der Wirklichkeit nicht vereinbar herausgestellt hätten, statt obligatorisch fakultativ gemacht werden sollten, denn es sollten keine Verpflichtungen eingegangen werden, die nicht von allen Mitgliedern eingehalten werden könnten, damit in Zukunft keine Artikel des Paktes ohne gleichzeitige und kollektive Durchführung blieben. Argentinien zog aber nicht wie Chile, Kolumbien und Venezuela aus dem Scheitern der Reformpläne die Konsequenz, aus dem Völkerbund auszutreten, sondern blieb weiterhin Mitglied.

Außer seiner Beteiligung an den Arbeiten des Völkerbundes in jenen Jahren, außer seinem am 30. Oktober 1934 vollzogenen Beitritt zum Kellogg-Pakt und dem im Dezember 1935 vollzogenen Beitritt zum Ständigen Internationalen Gerichtshof bewies Argentinien auch noch durch eine eigene Initiative seinen Willen, in die Weltpolitik einzugreifen. Mit dem Südamerikanischen (Argentinischen) Antikriegspakt, der am 10. Oktober 1933 von Argentinien, Brasilien, Mexiko, Paraguay und Uruguay in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde und dem später alle übrigen Länder Amerikas einschließlich der Vereinigten Staaten beitraten, machte Argentinien einen neuen Versuch, zum Weltfrieden beizutragen. Die Idee des Paktes, nach seinem Verfasser auch Saavedra-Lamas-Pakt genannt, war, durch die Herstellung des Friedens auf einem Kontinent zur Wahrung des Weltfriedens beizutragen (der Vertrag verdankt seine Entstehung wohl in erster Linie dem damals beginnenden Chacokrieg). Außenminister Saavedra Lamas berief sich, als er den Vertrag als Entwurf der Weltöffentlichkeit vorlegte, auf die Empfehlung der Genfer Generalakte von 1928, zweiseitige oder kollektive Schiedsgerichts- oder Vergleichsverträge abzuschließen. Der südamerikanische Antikriegspakt ist ein Mehrparteienvertrag, zwar mit territorial absichtlich beschränktem Wirkungsbereich, doch stand er von Anfang an allen Staaten der Erde zur Unterzeichnung offen, getreu der universalistisch eingestellten argentinischen Politik, die stets versucht hat, zu enge kontinentale Bindungen zu vermeiden. Dem Pakt sind übrigens auch einige europäische Staaten beigetreten, Norwegen, Italien und die Staaten der Kleinen Entente (Tschecho-Slowakei, Rumänien und Jugoslawien). Sachlich enthält der Vertrag die Ächtung des Angriffskrieges, das Verbot und die Nichtanerkennung gewaltsamer Gebietserwerbungen sowie „Sanktionen", die in der Anwendung der vom Völkerrecht anerkannten politischen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Mittel bestehen sollen, nie-

mals aber in der diplomatischen oder bewaffneten Einmischung. Diese letzte Bestimmung richtet sich ziemlich eindeutig gegen die Vereinigten Staaten, denen es von jeher gefallen hat, sich in die inneren und äußeren Angelegenheiten der ibero-amerikanischen Staaten einzumischen und die dabei vor keinem Mittel zurückgeschreckt sind. In dem Vertrag werden nochmals die eingangs erwähnten argentinischen und ibero-amerikanischen Auffassungen niedergelegt, an das oben zitierte Wort von Präsident *Mitre* erinnert „la victoria no da derechos" (der Sieg gibt keine Rechte) sowie daran, daß schon auf der 1. Panamerikanischen Konferenz in Washington 1889/90 auf Antrag der argentinischen Delegierten *Roque Saenz Peña* und *Manuel Quintana* der Beschluß gefaßt wurde, nach dem das Prinzip der Eroberung aus dem öffentlichen amerikanischen Recht beseitigt werden sollte. Das Prinzip der Nichtanerkennung gewaltsamer Gebietseroberungen, meist als Stimsondoktrin bekannt, ist also keineswegs eine nordamerikanische Schöpfung, sondern entspringt der südamerikanischen Mentalität.

Besonderes Interesse für die Nachbarstaaten

Suchte Argentinien einerseits von jeher die Verbindung nach Europa aufrechtzuerhalten, weil es eine Abschließung der Kontinente voneinander für in jedem Sinne widersinnig hält, so sucht es in Amerika die engere Verbindung zu den Nachbarn, um einmal dem Ideal zu dienen, den Weltfrieden durch die Aufrechterhaltung des Friedens auf dem eigenen Kontinent zu fördern, und um andererseits dem nordamerikanischen Einfluß auf der westlichen Halbkugel wirksamer zu begegnen. Soviel verbindende Elemente man zwischen den ibero-amerikanischen Staaten auch erblickt, so können die trennenden doch nicht übersehen werden, z. B. die Tatsache, daß das größte Land nach Oberfläche und Einwohnerzahl, Brasilien, nicht dem spanischen, sondern dem portugiesischen Kulturkreis angehört, und daß hier trotz aller stammesmäßigen Verwandtschaft auch große Verschiedenheiten vorhanden sind. Ebenso legte schon die spanische Kolonialverwaltung durch die Bestimmung, daß die verschiedenen Verwaltungsbezirke der Kolonien nicht direkt miteinander verkehren durften, sondern nur über das Mutterland, die Grundlage zu einem inzwischen durch 130 Jahre eigenstaatlichen Lebens geförderten Nationalismus. Es lag im Interesse der nordamerikanischen Politik der letzten hundert Jahre, diese Gegensätze zu vertiefen, sei es, um selbst im Trüben zu fischen, sei es, um den Konkurrenten, England, zu treffen. Die Aufgabe, dieser Politik

entgegenzutreten, drängte sich dem Unabhängigkeit liebenden Argentinien also direkt auf.

Außenminister Saavedra Lamas leitete daher eine Politik ein, die auch von seinen Nachfolgern fortgesetzt wurde, ein besseres Verhältnis zu dem Nachbarstaat Brasilien herzustellen. Mißstimmungen, die z. B. zwischen beiden Ländern anläßlich der 5. Panamerikanischen Konferenz in Santiago de Chile 1923 über die Begrenzung der beiderseitigen Rüstungen entstanden waren, oder Schwierigkeiten, die zwischen beiden Ländern (wie auch zwischen anderen süd- und mittelamerikanischen Staaten) aus der Tatsache erwuchsen, daß sie sich infolge des ersten Weltkrieges und der späteren Weltwirtschaftskrise von ihrem bis dahin geübten System der landwirtschaftlichen Monokulturen abwandten, und z. B. Brasilien plötzlich begann, auch Weizen anzubauen, und Argentinien auch Baumwolle pflanzte, und sie nun auf wirtschaftlichem Gebiet Konkurrenten wurden, mußten beseitigt werden. Argentinien bemühte sich also um die brasilianische Freundschaft, und im Jahre 1933 machte der argentinische Staatspräsident Justo einen Besuch in Rio de Janeiro, der zum Anlaß genommen wurde, dort feierlich den Südamerikanischen Antikriegspakt zu unterzeichnen. Zwei Jahre später wurde der Besuch von Präsident *Vargas* erwidert und bei der Gelegenheit in Buenos Aires ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern unterschrieben, der an Stelle eines Abkommens aus dem Jahre 1856 trat und in welchem sich die Vertragspartner große Erleichterung gewährten. Der Austausch von Gelehrten, die zu Vorträgen ins andere Land reisen, die Errichtung von Kulturinstituten, die auch auf diesem Gebiet die beiden Staaten einander näherbringen sollen, und vor allem die wiederholte persönliche Fühlungnahme argentinischer und brasilianischer Staatsmänner sind als Zeichen dieser geplanten und erhofften Zusammenarbeit zu deuten. Daß diese sich nicht in dem Sinne entwickelt hat, wie sie von Argentinien beabsichtigt war, ist nicht Schuld dieses Landes. Die Tatsache, daß Brasilien sich, hauptsächlich in den letzten Jahren, völlig nach den Vereinigten Staaten hin orientiert hat und seine Erschließung durch nordamerikanisches Kapital mit teuren politischen Zugeständnissen bezahlt, wurde zweifellos in Argentinien mit Zurückhaltung betrachtet. Es kann nur heute seine Ablehnung dieser Politik nicht so deutlich aussprechen wie 1937, als die Vereinigten Staaten Brasilien sechs Zerstörer verpachten wollten und Argentinien erfolgreich dagegen protestierte mit dem Hinweis, daß die auf dem Gleichgewicht zwischen Argentinien und Brasilien basierende Harmonie der gesamtsüdamerikanischen Politik dadurch

gestört werden könne. Im übrigen hat der brasilianische Außenminister *Oswaldo Aranha* schon 1941 die Einschwenkung Brasiliens in die nordamerikanische Front gegen Europa deutlich gemacht, als er anläßlich seines Besuches in Buenos Aires erklärte, daß Brasilien zu jeder Form der Verständigung mit anderen amerikanischen Nationen bereit sei, allerdings nur auf gesamtamerikanischer Grundlage, nicht auf der Grundlage regionaler Vereinbarungen. Eine Wiederbelebung des ABC-Paktes (während des ersten Weltkrieges 1915 zwischen Argentinien, Brasilien und Chile abgeschlossen) bezeichnete er als überlebt und rückschrittlich. Das war eine deutliche Ablehnung der argentinischen Pläne.

Die Zusammenarbeit mit Chile hat sich zunächst als ersprießlicher erwiesen. Schon die Tatsache, daß es Chile bis Januar 1943 gelang, dem nordamerikanischen Druck zu widerstehen und neutral zu bleiben, und daß es auch dann nur die diplomatischen Beziehungen zu den Mächten des Dreierpaktes abbrach, ohne wie Brasilien in den Krieg einzutreten, zeigt, daß mindestens bis zu dem Zeitpunkt die Außenpolitik beider Länder ähnlich ausgerichtet war. Beide Länder haben sich früh darauf geeinigt, den Patrouillendienst in ihren Hoheitsgewässern selbst zu übernehmen und nicht etwa der nordamerikanischen Flotte zu übertragen, und vor allem bei der Überwachung der Magellanstraße zusammenzuarbeiten und die Anlage nordamerikanischer Stützpunkte dort nicht zu dulden. Die Befestigung der Straße selbst kann nur im gegenseitigen Einverständnis beider Länder erfolgen, laut Vertrag vom 25. Juli 1881. Über die Frage der Befestigung ist auch im April 1942 anläßlich des Besuches des argentinischen Außenministers *Enrique Ruiz Guinazu* in Santiago de Chile verhandelt worden, wobei die Chilenen sich am meisten interessiert an der Frage zeigten. Über das Resultat der Besprechungen ist nichts bekanntgeworden.

An vorübergehenden Mißstimmungen hat es nicht gefehlt. So ist Argentinien von chilenischer Seite anläßlich des Chacokonfliktes vorgeworfen worden, Argentinien habe in dieser Frage eine unklare und Chile gegenüber unaufrichtige Haltung eingenommen. Argentinien konnte aber darauf hinweisen, daß es schon im Februar 1933 durch das auf einer Konferenz der Außenminister beider Länder in der argentinischen Stadt Mendoza angenommene Protokoll versucht habe, die dem Konflikt zugrunde liegende Frage der besseren Verbindungen Boliviens zu den Meeren im Interesse aller Beteiligten zu regeln.

Weitere Meinungsverschiedenheiten haben sich aus der Tatsache ergeben, daß Argentinien seit 1935 offiziell Anspruch auf einen

Sektor in der Antarktis erhebt und daß Chile im November 1940 ebenfalls amtlich diesbezügliche Forderungen angemeldet hat, die sich z. T. mit den argentinischen Ansprüchen überschneiden. (Daß beide sich mit englischen und nordamerikanischen geplanten oder vollzogenen Gebietserwerbungen decken, sei außerdem erwähnt. Ausführlicher s. d. Zeitschrift September 1941.) Nachdem im Monat März 1941 Besprechungen zwischen beiden Ländern über die Abgrenzung ihrer gegenseitigen Interessen in der Antarktis stattgefunden hatten, wurde im April desselben Jahres ein Protokoll zur Regelung dieser Frage in freundschaftlicher Weise durch eine gemischte Kommission in Buenos Aires unterzeichnet.

Ähnlich wie mit Brasilien wird aber die Zusammenarbeit und Verständigung nicht nur auf dem politischen Gebiet gesucht, sondern auch auf dem geistigen. Argentinien schloß am 3. Juni 1938 mit Chile ein Abkommen über den Austausch von Professoren, Schriftstellern und Gelehrten, ein weiteres über den Austausch von Publikationen und ein Abkommen über die Revision von Geschichtsbüchern ab. Letzteres hat das Ziel, die Geschichtsbücher beider Länder auf Äußerungen durchzusehen, die ein falsches oder verzerrtes Bild des Nachbarlandes geben, und diese auszumerzen. Ähnliche Abkommen wurden mit Uruguay im September desselben Jahres abgeschlossen, alle im Geiste der entsprechenden Konventionen und Empfehlungen der 7. Panamerikanischen Konferenz von Montevideo 1933 und der Außerordentlichen Interamerikanischen Friedenskonferenz von Buenos Aires 1936.

Besonders trat aber Argentiniens Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und guter nachbarlicher Beziehungen auf dem südamerikanischen Kontinent anläßlich des Chacokonfliktes hervor. Schon kurz nach Ausbruch der ersten Feindseligkeiten im Jahre 1927 zwischen Paraguay und Bolivien finden vom September 1927 bis zum Juli 1928 Besprechungen zur Beilegung des Konfliktes in Buenos Aires statt. Sie verliefen leider ergebnislos. Als darauf im Dezember 1928 wiederum Feindseligkeiten ausbrechen, empfiehlt der Völkerbund die Regelung der Streitigkeit durch die Interamerikanische Schieds- und Vergleichskonferenz, die in Washington 1929 tagt. Die von dieser ernannte Untersuchungskommission erreicht nur die Wiederherstellung des Zustandes von vor dem Dezember 1928. Allerdings nur für kurze Dauer, wieder brechen Feindseligkeiten aus, und nun beginnt vom November 1931 bis Dezember 1932 die Vermittlung der neutralen Mächte: Argentinien und Chile regen ohne Erfolg eine Waffendurchfuhrsperre der Nachbarländer an; am 3. August 1932 erfolgt die gemeinsame

Erklärung der neutralen amerikanischen Staaten an die beiden Parteien, daß die amerikanischen Staaten keine Lösung des Konfliktes, die nicht auf friedlichem Wege erreicht ist, anerkennen werden.

Da diese Aktion auch nicht den gewünschten Erfolg hat und Paraguay im Mai 1933 den Kriegszustand verkündet, wird der Streit nun endgültig der Regelung durch die Nachbarstaaten, den Mächten des ABCP. (Argentinien, Brasilien, Chile, Peru) und den Vereinigten Staaten übergeben. Die vorübergehende Einmischung des Völkerbundes verläuft ergebnislos, Argentinien und Chile aber versuchen immer wieder schlichtend in den Konflikt einzugreifen. Während im Dezember 1933 die 7. Panamerikanische Konferenz in Montevideo tagt, wird ein kurzer Waffenstillstand erreicht. Endlich wird im Juni 1935 in Buenos Aires ein erstes „Protokoll zur Beendigung des Chacokrieges" unterzeichnet, bis zum endgültigen Friedensschluß ist es aber noch weit. Die in Befolgung dieses Protokolls vom argentinischen Staatspräsidenten einberufene Friedenskonferenz, an der die oben aufgezählten fünf Mächte teilnehmen, tritt zwar im Juli desselben Jahres zusammen und erreicht am 28. Oktober eine feierliche Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes. Aber als im Dezember 1936 in Buenos Aires die Außerordentliche Interamerikanische Friedenskonferenz tagt, laufen gleichzeitig immer noch die Friedensverhandlungen zwischen Paraguay und Bolivien. Zwar ließen beide Länder sich auf der Interamerikanischen Friedenskonferenz vertreten, doch war es der Wunsch beider Länder, daß nicht diese, sondern weiterhin die Chaco-Friedenskonferenz sich mit der endgültigen Regelung ihres Konfliktes befassen sollte. Der endgültige Friedensvertrag ist dann auch am 21. Juli 1938 unterzeichnet worden.

Aber die Bemühungen Argentiniens um die Wiederherstellung des Friedens erschöpfen sich keineswegs in vertraglichen Abmachungen. Wie schon oben erwähnt, versuchte Argentinien von Anfang an (Konferenz von Mendoza 1933) auch auf wirtschaftlichem Gebiet so positive Hilfe zu bieten, daß Bolivien die Nachteile des fehlenden Zugangs zum Meer möglichst wenig spüren sollte. Dieses Ziel verfolgten in erster Linie Pläne über den Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen beiden Ländern sowie über die Anlage von Petroleumleitungen. Doch werden diese Bemühungen von den übrigen Nachbarländern nicht neidlos mit angesehen: Chile ist keineswegs einverstanden mit der Verlagerung der bolivianischen Ausfuhr, die bisher über den chilenischen Hafen Arica erfolgte, auf die argentinischen Bahnen und Häfen. Ebenso befindet Argentinien sich in Konkurrenz mit Brasilien, das sich in den letzten

Jahren ebenfalls um die Erschließung Boliviens bemüht. So hatten Argentinien und Bolivien 1937 einen Ölvertrag geschlossen, nach dem Argentinien besonders günstige Frachtsätze für bolivianisches Petroleum gewährte, während Bolivien sich verpflichtete, die Ausbeute des Erdöls in Staatsregie zu nehmen. Als Bolivien aber bald darauf mit Brasilien einen Vertrag abschloß, in welchem ebenfalls Abmachungen über den Erdöltransport enthalten waren sowie die Verpflichtung, neue Ausbeuten einer gemischt bolivianisch-brasilianischen Gesellschaft zu übertragen, war Argentinien vor den Kopf gestoßen und erhob Protest in La Paz. Auch die Vereinbarungen über den Bau einer Bahn Yacuiba—Santa Cruz—Sierras mit argentinischem Kapital und Zurückerstattung der Baukosten durch bolivianische Erdöllieferungen stehen in Konkurrenz mit brasilianischen Plänen ähnlicher Art. Yacuiba ist ein Ort an der Grenze zwischen Argentinien und Bolivien. Dort trafen sich im September 1942 der argentinische Präsident *Castillo* und der bolivianische Präsident *Peñaranda*, zusammen mit ihren Außenministern und Offizieren, um in feierlicher Weise den ersten Hammerschlag zu diesem Bahnbau zu tun. Gleichzeitig wird aber schon seit Jahren an einer Bahnlinie von der brasilianischen Stadt Corumbá nach der bolivianischen Stadt Santa Cruz gebaut, von der etwa ein Viertel fertiggestellt ist. Die Stadt Corumbá ist mit dem brasilianischen Hafen Santos verbunden, und dort hat Präsident *Vargas* Bolivien verschiedentlich einen Freihafen angeboten. Argentiniens „praktischer Panamerikanismus", wie Außenminister *Ruiz Guinazu* am Panamerikatag 1943 die Tatsache bezeichnete, daß Argentinien 1271 km Weges nach Chile, 2023 km Weges nach Bolivien, 1189 km nach Paraguay und 544 km Straße nach Brasilien gebaut habe, findet also bei seinen Nachbarn keine ungeteilte Zustimmung.

Argentiniens Auffassung vom Panamerikanismus

Der Panamerikanismus hat seinen Ursprung in Plänen und Gedanken des venezolanischen Staatsmannes *Bolivar*, der 1826 die ibero-amerikanischen Staaten zum ersten panamerikanischen Kongreß in Panama einlud. Ihm schwebte dabei ein Staatenbund vor, der in erster Linie die Verteidigung des Kontinents gegen spanische Wiedereroberungsgelüste zu seiner Aufgabe machen sollte. Ein Rat der Bevollmächtigten aller Länder sollte die Politik der einzelnen Regierungen in diesem Sinne leiten. Schon damals lehnte Argentinien es ab, seine Souveränität, und sei es auch nur den Beschlüssen der Schwesternationen, unterzuordnen, und blieb der Konferenz fern. Es hat sich aber nicht geweigert, in den späteren

Jahren an den juristischen und politischen Konferenzen teilzunehmen, auf denen damals nur die Staaten Süd- und Mittelamerikas versuchten, durch Verträge aller Art die Bindungen untereinander zu stärken. Doch war es von jeher bemüht, seine Rolle als Brücke und Mittler nach Europa zu betonen, und hat sich geweigert, sich nur als zu Amerika gehörig zu betrachten. Mitbestimmend war dabei zweifellos seine wirtschaftliche Orientierung nach Europa sowie der relativ hohe Anteil der europäischen Einwanderung an seiner Bevölkerung. Daher mußte es jeder Tendenz, den amerikanischen Kontinent von der übrigen Welt abzuschließen, jedem Bestreben, eine Hemisphäre zu bilden, ein eigenes amerikanisches Völkerrecht zu schaffen, ablehnend gegenüberstehen. Es ergab sich daher, daß aus dieser verschiedenen Anschauung heraus Argentinien innerhalb der panamerikanischen Bestrebungen sehr bald ein Gegenspieler der Vereinigten Staaten wurde, die ja in dem Panamerikanismus in erster Linie ein Mittel sehen, die Politik ihres Landes zu einer Kontinentalpolitik zu machen und Amerika von Europa zu trennen. Dieser stets latente Gegensatz offenbarte sich am deutlichsten auf der 6. Panamerikanischen Konferenz in La Habana, wo anläßlich der Debatte über den Entwurf einer Konvention über Nichtintervention Pueyrredon sich in seinem Kampf gegen den nordamerikanischen Interventionismus so exponierte, daß er während der Konferenz als Delegierter und Führer der argentinischen Delegation sowie als argentinischer Botschafter in Washington zurücktreten mußte. Trotzdem aber äußerte auch weiterhin die argentinische Delegation zusammen mit der von El Salvador und anderen Ländern ihre Opposition gegen die nordamerikanische Politik so deutlich, daß es Staatssekretär *Hughes* nur mühsam gelang, eine Abstimmung zu verhindern, die zweifellos für die USA. ungünstig verlaufen wäre.

Das Thema wurde auf der 7. Panamerikanischen Konferenz in Montevideo weiter verhandelt. Hier nahm Außenminister Saavedra Lamas ausführlich Stellung zu dem Problem der Intervention und wies darauf hin, daß Argentinien das Interventionsprinzip stets bekämpft habe, daß eine besondere Doktrin des Völkerrechts, die Dragodoktrin, nach dem argentinischen Außenminister benannt sei, der sich als erster gegen das Prinzip der Intervention gewandt habe. Die Vereinigten Staaten, belehrt durch die Ereignisse in La Habana, fanden sich bereit, in Montevideo zunächst politisch auf das von ihnen in Anspruch genommene Interventionsrecht zu verzichten; als sie dann 1936 in Buenos Aires das Zusatzprotokoll über Nichtintervention unterzeichneten, nach welchem Intervention als Frie-

densbedrohung gilt und das Konsultationsverfahren der übrigen Staaten auslöst, erkannten sie das Prinzip auch vertraglich an. Doch wurde damals sofort von nordamerikanischen Völkerrechtlern geltend gemacht, daß der Begriff „Intervention" ja damit keineswegs definiert worden sei, daß aber, selbst bei engster Auslegung der Abmachungen, die Anwendung von Gewalt durch dieselben ausgeschlossen worden sei. Der Versuch Argentiniens, auf der Konferenz von Buenos Aires einen Vertrag durchzusetzen, durch den sich alle Parteien ohne jeden Vorbehalt verpflichten sollten, weder bewaffnete Macht noch diplomatische Intervention zur Eintreibung öffentlicher Schulden oder pekuniärer Forderungen anzuwenden — d. h. den Begriff der Intervention in ganz bestimmten Fällen zu konkretisieren —, scheiterte am Widerstand der Nordamerikaner.

Die Außerordentliche Interamerikanische Friedenskonferenz von Buenos Aires im Dezember 1936 war auf Vorschlag *Roosevelts* einberufen worden, der glaubte, Argentinien besonders zu schmeicheln, als er Buenos Aires zum Konferenzort bestimmte. Sein Ziel war, die Neutralitätsgesetze der USA., die damals Handels- und Finanzembargos gegen Kriegführende ohne Unterschied des Angreifers vorsahen, auf den ganzen Kontinent auszudehnen und einen möglichst großen geschlossenen Raum zu bilden, in dem friedlicher Handel blühen könnte im Falle eines Krieges in Europa. Diesen Tendenzen Washingtons standen Argentinien und andere Länder der atlantischen Küste von Anfang an ablehnend gegenüber. Sowohl Staatspräsident *Justo* wie Außenminister Saavedra Lamas, Vorsitzender der Konferenz, betonten immer wieder, daß sie bei allem Interesse an Panamerika nicht auf die langjährige Freundschaft mit Europa verzichten könnten. Das von den Vereinigten Staaten dieser Konferenz vorgelegte Neutralitätsabkommen wurde denn auch nur mit erheblichen Abschwächungen angenommen, ebenso die Konvention zur Erhaltung, Sicherung und Wiederherstellung des Friedens, die ebenfalls auf einem nordamerikanischen Entwurf beruht. Argentinien wandte sich gegen jede Formulierung, die von einer „Bedrohung durch nichtamerikanische Mächte" sprach, und setzte durch, daß in den angenommenen Konventionen nur allgemein von der „Bedrohung des Friedens der amerikanischen Republiken" gesprochen wird. Die Nordamerikaner wollten zur Verhütung von Konflikten, zur Wiederherstellung des Friedens nach Ausbruch derselben und zur Ergreifung gemeinsamer solidarischer Maßnahmen im Falle eines Krieges in oder außerhalb Amerikas einen ständigen Ausschuß, bestehend aus den Außenministern aller Länder, mit sehr weitgehenden Befugnissen errichten. Auch hiergegen trat Ar-

gentinien auf, das auf gar keinen Fall einer Einrichtung zustimmen wollte, die man als einen Amerikanischen Völkerbund und im Gegensatz zur Genfer Liga hätte deuten können. Andererseits drang Argentinien mit seinem Versuch, die angenommene Konvention zur Erhaltung, Sicherung und Wiederherstellung des Friedens zur Unterschrift allen Nationen der Welt offenzuhalten, nicht durch. Der entgegengesetzte Standpunkt, den Argentinien und die USA. in dieser Frage einnahmen, kam klar in den Äußerungen der Außenminister beider Länder zum Ausdruck. Saavedra Lamas sagte: „Die Aufgabe der Konferenz darf nicht darin bestehen, ihre Horizonte zu begrenzen, als ob Amerika und die anderen Kontinente nicht auf demselben Planeten leben", während Staatssekretär *Hull* äußerte: „Die einzig mögliche Auslegung des amerikanischen Vorschlages ist die, daß der Wirkungsbereich der vorgeschlagenen Friedenskonvention auf den amerikanischen Kontinent beschränkt bleibt und sich keineswegs auf die ganze Welt erstrecken soll."

Andererseits gelang es den USA. nicht, die geplante Ausdehnung der nordamerikanischen Neutralitätsbestimmungen auf den gesamten Kontinent durchzusetzen. Die südamerikanischen Staaten, unter ihnen auch Argentinien, beharrten auf dem doktrinären Standpunkt, daß eine gleichmäßige Anwendung der Neutralitätsbestimmungen auf die Kriegführenden ohne Unterscheidung des Angreifers nicht tragbar sei. Außerdem wehrten sich Argentinien und verschiedene andere Länder dagegen, Verpflichtungen einzugehen, die vielleicht im Widerspruch zu ihren Pflichten als Völkerbundsmitglieder stehen könnten. Der schließlich angenommene entsprechende Artikel der Konvention über Neutralität tut daher nicht mehr, als die Annahme gemeinsamer und solidarischer Maßnahmen als wünschenswert zu erklären. Erwähnenswert ist noch das Interesse der Nordamerikaner, mit welchem sie sich auf dieser wie auf anderen Konferenzen für die Ratifikation der angenommenen Konventionen und Verträge einsetzten. Man könnte versucht sein, z. B. auch die Zurückhaltung Argentiniens gegenüber dem Panamerikanismus aus der Tatsache zu folgern, daß es trotz seiner Beteiligung an allen Konferenzen mindestens bis zum Ausbruch des Krieges 1939 die Panamerikanischen Konventionen ohne parlamentarische Ratifikation gelassen hat, während man z. B. beobachten kann, daß die mittelamerikanischen Staaten immer sehr schnell die im Kongreß und Senat der USA. angenommenen Konventionen auch ihrerseits ratifizieren. Dies dürfte kein Zufall sein, und es ist ebenso auffallend, daß ebenfalls die mittelamerikanischen Staaten in Buenos Aires die Annahme einer „Erklärung über die Grund-

säße der interamerikanischen Solidarität und Zusammenarbeit" vorschlugen. Diese Erklärung wiederholt nur eine Reihe von Prinzipien und Grundsäßen, die in früheren Verträgen und Konventionen schon niedergelegt sind. Als Argentinien sich mit diesem Hinweis der Annahme der „Erklärung" widerseßen wollte, erregte dies solche allgemeine Unzufriedenheit, daß es seinen Widerspruch zurücknehmen mußte. Diese Form einer „Erklärung", die keiner parlamentarischen Ratifikation bedarf und troßdem die unterschreibenden Länder moralisch bindet, ist von der nordamerikanischen Politik auch auf den späteren Konferenzen noch öfters angewandt worden.

Auch auf der 8. Panamerikanischen Konferenz in Lima 1938 standen sich der argentinische und der nordamerikanische Standpunkt gegenüber. *José Maria Cantilo*, Außenminister in der 1937 ans Ruder gekommenen Regierung des Präsidenten Ortiz, gelang es wiederum, die weitgehenden Pläne der Nordamerikaner einzudämmen. Diese hatten die Absicht, ein panamerikanisches Militärbündnis vorzuschlagen, und bereiteten diesen Plan durch die aufsehenerregende Rede von *Sumner Welles* vor, in welcher er den mittel- und südamerikanischen Staaten versprach, daß Nordamerika sie gegen jeden Angriff von außen mit Waffengewalt schüßen werde. Außerdem hatten die USA. die Absicht, die in Buenos Aires vereinbarte Konsultationspflicht durch weitergehende Bindungen zu verschärfen, und versuchten wieder die Einrichtung eines ständigen Ausschusses aller amerikanischen Außenminister zu erreichen. Doch noch bevor die Konferenz in Lima zusammentrat, erklärte der argentinische Außenminister im November 1938, daß Argentinien einer etwa geplanten Militärallianz überaus kritisch gegenüberstehe, da es der Meinung sei, daß die panamerikanische Solidarität eines solchen Bündnisses nicht bedürfe, sondern daß das in Buenos Aires beschlossene Konsultationsverfahren ausreiche, um den Frieden auf dem Kontinent zu sichern. Nach dieser kategorischen Äußerung wurde auf der Konferenz die Militärallianz nicht mehr vorgeschlagen. Vielmehr war die Konferenz hauptsächlich damit beschäftigt, die dann als „Erklärung von Lima" bekanntgewordene „Solidaritätserklärung der amerikanischen Republiken" zu diskutieren, d. h. man verbrachte etwa 14 Tage damit, sich auf die Form zu einigen, in die man diesen Gedanken kleiden sollte. Dabei versuchte die nordamerikanische Delegation Formulierungen derart durchzuseßen, daß jeder amerikanische Staat den Angriff oder die Kriegsdrohung eines nichtamerikanischen Staates oder den Versuch einer nichtamerikanischen Macht, in einem amerikanischen Staat ein un-

amerikanisches System zu errichten, als eine Gefährdung aller amerikanischen Staaten zu betrachten habe. Argentinien erreichte es, daß es in der endgültigen Fassung heißt, daß jeder Angriff einer ausländischen Macht als eine Gefährdung aller amerikanischen Staaten betrachtet wird. Damit wurde wiederum durch Argentiniens Haltung eine Frontstellung gegen Europa bzw. gegen bestimmte europäische Mächte vermieden.

Als nach Ausbruch des Krieges in Europa die amerikanischen Außenminister zum erstenmal zur Konsultation in Panama vom 23. September bis zum 3. Oktober zusammentraten, um den Beschluß über die amerikanische Sicherheitszone zu fassen (die im Völkerrecht bisher als Territorialgewässer anerkannte Dreimeilenzone sollte auf 300 Meilen erweitert werden), ist von einer Opposition Argentiniens nichts bekanntgeworden. Argentinien hat nur von Anfang an den größten Wert darauf gelegt, die Überwachung seiner Hoheitsgewässer durch die eigene Flotte vornehmen zu lassen und sie nicht etwa der nordamerikanischen zu übertragen. Auch auf der zweiten Zusammenkunft der amerikanischen Außenminister in La Habana 1940 wandte sich Argentinien zwar gegen die nordamerikanischen Pläne eines Import- und Exportkartells und erreichte, daß in der Erklärung über Interamerikanische Wirtschaftsbeziehungen ein Satz aufgenommen wurde, daß die liberalen Prinzipien des internationalen Handels aufrechterhalten werden und als Grundlage zur späteren Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zur ganzen Welt dienen sollten. Doch verzichteten sie dafür bei der Frage der Behandlung europäischen Kolonialbesitzes in Amerika auf das zuerst von der argentinischen Delegation (Delegationsführer war *Leopoldo Melo*) für die Kolonien beanspruchte Selbstbestimmungsrecht der Völker. So konnten die Vereinigten Staaten eine in der Linie ihrer 100jährigen Politik liegende Regelung durchsetzen, nämlich die Errichtung einer vorläufigen Verwaltung, sei es durch eine Interamerikanische Kommission, sei es in dringenden Fällen durch jede Nation, die dazu in der Lage ist. Da die europäischen Besitzungen in Amerika, mit Ausnahme der Falklandinseln, in dem hauptsächlichen Expansionsgebiet der USA., nämlich am und im Karibischen Meer, liegen und nichts darüber gesagt ist, was unter „dringenden Fällen" zu verstehen ist und wer über die Dringlichkeit entscheidet, so lag auf der Hand, wem die Beschlüsse von La Habana in erster Linie dienen würden. Auf der bisher letzten dieser Zusammenkünfte, der in Rio de Janeiro im Januar 1942, setzte Außenminister Ruiz Guinazu wieder den weitgehenden Plänen der Vereinigten Staaten Widerstand entgegen.

Diese hatten eine kollektive Kriegserklärung oder doch wenigstens einen kollektiven Abbruch der diplomatischen Beziehungen der ibero-amerikanischen Staaten zu den Mächten des Dreierpaktes erreichen wollen. Mit Unterstützung Chiles und damals auch noch einiger anderer südamerikanischer Länder widersetzte Argentinien sich jedem kollektiven Schritte in diesem Sinne, so daß nur eine Empfehlung zum Abbruch der Beziehungen angenommen wurde. Dafür wurde aber eine Resolution angenommen, daß alle sich im Kriegszustand befindlichen Republiken der Neuen Welt von ihren Schwesterrepubliken als „nichtkriegführend" betrachtet werden sollten. Als im Sommer 1941 Uruguay in einer Note an die amerikanischen Staaten einen solchen Beschluß forderte, der auf eine schon im ersten Weltkrieg vom uruguayischen Außenminister *Balthasar Brum* aufgestellte Theorie zurückging, fand diese Initiative bei den größeren südamerikanischen Staaten, wie Argentinien, Kolumbien, Chile, eine in vorsichtige Worte gekleidete Ablehnung, während natürlich die Antwort der Vereinigten Staaten zustimmend war. Mit seiner Annahme als Resolution in Rio de Janeiro hat Argentinien sich aber auch verpflichtet gefühlt, danach zu handeln, und hat den Vereinigten Staaten sowie den mittel- und südamerikanischen Staaten, die den Mitgliedern des Dreimächtepaktes den Krieg erklärt haben, entsprechende Zusicherungen gegeben. Es hat sich aber an der strikten Auslegung der Resolution genug sein lassen und nicht, wie z. B. Uruguay, den Status des „Nichtkriegführenden" auch außeramerikanischen Ländern gewährt, die in diesem Krieg Gegner der autoritären Staaten sind. Denn eigentlich ist Argentiniens Stellung zum Panamerikanismus auch heute noch mit den Worten gekennzeichnet, mit denen es vor 120 Jahren die Beteiligung am Kongreß von Panama ablehnte: es will sich zwar der Solidarität mit den anderen amerikanischen Republiken nicht entziehen, aber „nur im Fall, daß unsere eigenen Interessen es erlauben".

Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten

Gerade aber die Vereinigten Staaten haben es von jeher an Verständnis für Argentiniens eigene Interessen fehlen lassen. In einem Interview, das Außenminister Cantilo 1938 einem amerikanischen Journalisten gab, wies er die damals schon aufdringlichen Bemühungen der USA. um die widerspruchslose Gefolgschaft der ibero-amerikanischen Staaten mit feinen Worten zurück. Er betonte damals, daß Argentinien zwar ein Anhänger der amerikanischen Solidarität sei, aber nicht im Zeichen Monroes. Die Vereinigten Staaten seien kein Absatzmarkt für argentinische Produkte, und die

traditionelle Freundschaft zwischen beiden Ländern dürfe die Verschiedenheit der Wirtschaftsinteressen, der Kultur und Geschichte nicht vergessen lassen. Auch die neuen politischen Ideologien bewirkten keine geistige Abkehr Argentiniens von Europa und eine Hinwendung zum demokratischen Nordamerika. Argentinien sei geistig und kulturell Europa zugewandt, namentlich den lateinischen Kulturen verdanke es Entscheidendes, aber auch der deutschen, besonders auf philosophischem Gebiet. Die Sympathien für den demokratischen Gedanken genügten nicht, eine Neuorientierung des argentinischen Geistes zur nordamerikanischen Kultur hervorzurufen. Der Imperialismus drohe nicht nur aus Europa, sondern von jeder Nation, die technisch und finanziell stärker sei.

Ist bisher Argentinien auch nicht, wie die Länder des karibischen Raumes, Objekt des nordamerikanischen Imperialismus gewesen, so mußte die mehr oder minder theoretische Gefahr, die jedem ibero-amerikanischen Staat von dem großen Nachbarn aus dem Norden droht, für Argentinien akut und wirklich werden in dem Moment, als *Roosevelt* Front gegen die autoritären Staaten bezog und begann, mit dem Begriff einer geschlossenen, natürlich demokratischen Hemisphäre gegen ein von Nationalsozialismus und Faschismus beherrschtes Europa zu operieren. Das war der Moment, mit dem die USA. begannen, ihre technische, finanzielle und machtpolitische Stärke als Druckmittel gegen Argentinien anzuwenden. Wir haben diese nordamerikanische Politik im Rahmen der panamerikanischen Bestrebungen oben geschildert, aber auch die direkten Beziehungen zwischen beiden Ländern standen in den letzten Jahren unter diesem Zeichen. Die Vereinigten Staaten haben kein Mittel unversucht gelassen, Argentinien aus seiner Stellung zwischen den Mächten, zwischen den Kontinenten herauszulocken und zu einer Option zwischen Nordamerika und Europa, oder man könnte auch sagen zwischen den demokratischen und autoritären Staaten zu veranlassen, und dies alles längst bevor die Vereinigten Staaten selbst in den Krieg eingetreten waren, ja, bevor der Krieg in Europa überhaupt ausgebrochen war. Auch die über Jahre hinaus verzögerten Handelsvertragsverhandlungen zwischen beiden Ländern kann man unter diesem Gesichtspunkt betrachten. Denn seit 1938 Roosevelts militärisches Solidaritätsprogramm mit den ibero-amerikanischen Staaten auftauchte, war alles, was auf dem Kontinent an wichtigen Rohstoffen für die Kriegführung produziert wurde, von besonderem Interesse für Nordamerika, wie dies ja auch in dem damals abgeschlossenen Handelsvertrag mit England zum Ausdruck kam, durch welchen die Vereinigten Staaten wehrwirt-

schaftlich wichtige Erleichterungen zum Bezug gewisser Metalle usw. aus Südamerika erhielten. Seit dem Zeitpunkt also war ein stärkeres nordamerikanisches Interesse auch an Argentinien gegeben, wenn es auch in erster Linie Mineralien und erst in zweiter Linie agrarischen Produkten galt. Daher schlugen nordamerikanische Kreise damals einen langfristigen wirtschaftlichen Aufbauplan im Sinne einer „gegenseitigen Annäherung und Ergänzung beider Wirtschaften" vor, d. h. eine Umstellung und Ausrichtung der argentinischen Wirtschaft auf die Kriegsbedürfnisse der Vereinigten Staaten. Die Enttäuschung in Neuyork über die Tatsache, daß in dem im Oktober 1941 unterzeichneten Handelsvertrag die USA. von Argentinien keine nennenswerten Konzessionen erreicht hatten, war entsprechend groß. Der Vertrag wurde als ein „nichtssagendes Abkommen" bezeichnet, während der argentinische Vizepräsident Castillo der Presse gegenüber betonen konnte, daß der Handelsvertrag Argentinien nicht näher mit den Vereinigten Staaten verbinden werde, als es bereits verbunden sei.

Schon im November 1941 folgte daher ein Angebot der Vereinigten Staaten zur Abnahme sämtlicher argentinischer Exportüberschüsse für die nächsten drei Jahre mit der Bedingung, daß Argentinien während dieser Zeit nichts an die Achsenmächte verkaufen würde. Doch ging Argentinien nicht darauf ein, lediglich in bezug auf seine Wolframproduktion hat es später mit den USA. einen der bekannten Lieferungsverträge abgeschlossen.

Ebenso versuchten die Vereinigten Staaten auf Argentinien einen Druck auszuüben, um es zur Aufgabe seiner Neutralität zu zwingen, als im Frühjahr 1942 eine argentinische Waffeneinkaufskommission in Washington weilte. Die Kommission mußte unverrichteter Dinge wieder abreisen, weil man ihr zu verstehen gab, daß erst die Länder, die gegen die Achse kämpften und die nordamerikanische Politik voll unterstützten, beliefert werden würden. Ebenso erhält Argentinien keine nordamerikanischen Lieferungen zum Aufbau seiner Industrie, während die Nachbarländer, besonders Brasilien, für ihre politische Fügsamkeit durch Lieferungen — immer im Rahmen der vorhandenen Transportmittel — belohnt werden.

Da der wirtschaftliche Druck allein nicht genügt, um Argentinien zur Aufgabe seiner Neutralität zu veranlassen, erfolgen auch direkte Angriffe. So erklärte Staatssekretär Hull in einer aufsehenerregenden Rede im Juli 1942, daß Neutralität unter den gegenwärtigen Umständen „absurd und selbstmörderisch" sei. Wenn Hull auch keine Staaten bei Namen genannt hatte, so mußte Argentinien

sich ja getroffen fühlen. Und damit keinerlei Zweifel bestünden, sagte Sumner Welles im Oktober desselben Jahres auf dem Kongreß der Nationalen Außenhandelsvereinigungen, daß er bedauere, daß Argentinien und Chile noch nicht den Empfehlungen der Konferenz von Rio über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Mächten des Dreierpaktes nachgekommen seien, sondern erlaubten, daß Agenten der Achse von ihrem Gebiet aus Nachrichten sendeten, die anderen amerikanischen Staatsbürgern das Leben kosteten. Gegen diese unerhörte Einmischung legten sowohl Argentinien wie Chile Protest in Washington ein. Doch sollte es nicht der letzte derartige Versuch sein: im Januar 1943 nahm das englische Foreign Office eine amtliche argentinische Veröffentlichung zum Anlaß, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß Argentinien immer noch neutral sei und sogar noch Beziehungen zu „den Feinden der Menschheit" aufrechterhalte. Das amerikanische Staatsdepartement schloß sich dieser Erklärung an, und Argentinien mußte wiederum den ungewöhnlichen Vorgang zurückweisen, daß fremde Regierungen sich in die argentinische Außenpolitik einmischten.

Mag es damit genug sein. Die Tätigkeit des Tabordaausschusses zur Bekämpfung unamerikanischer Umtriebe, die sensationellen Enthüllungen über angebliche Spionage- und Agentenhetze der Achse in Argentinien, die Zahlung von Prämien der Columbia University New York an die große argentinische Zeitung La Nacion (die sich schon im vorigen Weltkrieg durch ihre alliiertenfreundliche Haltung bemerkbar machte) für ihre Leistung zur „Verteidigung der interamerikanischen Politik", die Gewährung einer Anleihe von 60 Millionen Pesos an Argentinien am Vorabend der Konferenz von La Colonia im Dezember 1940, auf der der argentinische Außenminister *Roca* die Bedenken seines Landes vertrat gegenüber den Plänen Uruguays, Stützpunkte an die Nordamerikaner zu verpachten, die plumpen Drohungen des Senators *La Folette* einige Monate später: wenn Argentinien Schwierigkeiten mache, müsse man die Stützpunkte eben mit Gewalt nehmen, — das alles sind nur weitere Beispiele dafür, mit welchen Mitteln die USA. auf ihr Ziel hinarbeiteten. Schon die Wahl solcher Mittel dürfte ein stolzes und seiner Würde bewußtes Volk veranlassen, ihnen nicht nachzugeben.

Argentinien hat sich damals auch nicht veranlaßt gesehen, anderen nordamerikanischen Wünschen entgegenzukommen. So ist z. B. nicht davon die Rede, daß das Land die diplomatischen Beziehungen zu der Sowjetunion aufnimmt, was ja auch eines der Ziele der nordamerikanischen Politik in Ibero-Amerika ist. Argentinien hat seit

1917, seit der argentinische Geschäftsträger in Rußland durch die Bolschewisten mißhandelt wurde, keine diplomatischen Beziehungen zu dem Land unterhalten, auch nicht vorübergehend, wie einige andere südamerikanische Staaten. Bei der Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund enthielt sich der argentinische Vertreter der Stimme. Die kommunistische Partei ist in Argentinien seit Jahren verboten, wie denn überhaupt die kommunistische Agitation für Südamerika mit seiner teilweise feudalen Sozialverfassung besonders gefährlich ist.

Auch aus diesem Grunde fühlt sich das katholische und religiöse Argentinien dem spanischen Mutterlande besonders verbunden. Es hat von jeher die Beziehungen zu Spanien besonders gepflegt, war es doch Irigoyen, der während seiner ersten Präsidentschaft den 12. Oktober, den Tag der Entdeckung Amerikas, zum „Dia de la Raza", zum Tag der Rasse, der Besinnung auf die gemeinsame Abstammung von Spanien, erklärte. Auch in diesem Krieg ist der Gedanke der Hispanität, das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur hispanischen Kultur, von Argentinien wieder besonders betont worden. Spanien ist ihm ein Sinnbild für Europa, und nicht England, an das Argentinien durch mannigfache wirtschaftliche Beziehungen gebunden ist. England ist seit über 100 Jahren Argentiniens Geldgeber gewesen und ist auch im Kriege ein Hauptabnehmer seiner Produkte geblieben. An latentem Konfliktsstoff zwischen beiden Ländern hat es aber auch nicht gefehlt, in erster Linie auf Grund der argentinischen Ansprüche auf die von England 1833 unrechtmäßig besetzten Malvinen (oder Falklandinseln) sowie überhaupt der Rivalität beider Staaten in der Antarktis. Die politische Abhängigkeit, die durch die großen englischen Investitionen in Argentinien bedingt war, hat das Land in letzter Zeit systematisch zu beseitigen gesucht, indem es seine in England sich häufenden Guthaben, da es doch während des Krieges keine Waren dort beziehen konnte, dazu benutzte, die englischen Gläubiger auszuzahlen, soweit deren Forderungen nicht im Zuge des Ausverkaufs des Empire an die Vereinigten Staaten abgetreten worden sind.

Erst das Jahr 1944 brachte einen Wandel, der die ganze Schwere des amerikanischen Druckes ahnen läßt, dessen Auswirkungen allerdings abzuwarten sind.

Der Beitrag der europäischen Legionen im Kampfe gegen den Bolschewismus*)

Von Fritz Bentmann

Als 1939 der jetzige Krieg begann, da ahnte niemand, welche gewaltigen Ausmaße er annehmen sollte. Zunächst schien es, als ginge es vornehmlich um machtpolitische Fragen, als sei seine Ursache im Versailler Friedensdiktat zu suchen, das in seinem Schoße so viele neue Konfliktsstoffe barg. Gewiß trat auch damals schon der Gegensatz zwischen der nationalsozialistischen Weltanschauung und dem demokratischen Liberalismus der Westmächte hervor. Aber erst mit dem Beginn des Rußlandfeldzuges trat das weltanschauliche Moment in den Vordergrund. Nun erst wurde sichtbar, daß zwei unversöhnliche Gegensätze zum Kampf auf Leben und Tod angetreten waren: die Welt des bolschewistischen Materialismus, die sich verbündet hatte mit der jüdischen Plutokratie der angelsächsischen Mächte, und die Welt der nationalsozialistischen und faschistischen Erneuerungsbewegungen, die eine neue Ordnung des europäischen Völkerlebens auf der Grundlage des Rassengedankens, der sozialistischen Volksgemeinschaft und der autoritären Staatsform anstrebten.

Der Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion ist zugleich die Geburtsstunde des europäischen Freiheitskrieges. Wohl verblieben die Führung und die Hauptlast des Krieges beim Deutschen Reich, aber das deutsche Volk steht in diesem Kampf nicht allein. An seine Seite traten die verbündeten Achsenpartner: Italien, Rumänien, Ungarn sandten bedeutende Truppenkontingente. Finnland nahm erneut den Kampf gegen den sowjetischen Todfeind auf. Dazu meldeten sich spontan aus den Reihen der anderen europäischen Nationen Männer aller Volksschichten als Freiwillige zur Teilnahme an dem Ostfeldzug. So entstanden eine Anzahl von fremdvölkischen Freiwilligenverbänden, über deren Ausmaß sich der Laie im allgemeinen kaum eine Vorstellung machen kann.

Die folgende Darstellung kann aus verständlichen militärischen Gründen keine erschöpfenden Auskünfte über den Umfang, die ge-

---

*) Vortrag, gehalten auf dem Ausländerkursus des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts in Weimar.

naue Zusammensetzung und den Einsatz dieser Verbände geben. Sie kann immerhin erhellen, welche zukunftsweisende politische Bedeutung diesen Legionen für den Aufbau des neuen Europa zukommt und welches militärische Potential ihnen in diesem Kriege zuerkannt werden kann.

I

Zunächst traten die Waffenverbände der ϟϟ mit der Gründung solcher Freiwilligeneinheiten hervor. Die ϟϟ hatte bereits vor dem Kriege aus der Pflege des nordisch-germanischen Gedankens heraus Fühlung mit den artbewußten Germanen anderer Länder genommen und für den Gedanken germanischer Schicksalsgemeinschaft gewonnen. So hatten sich bereits vor Beginn des Frankreichfeldzuges niederländische und vlämische Gesinnungsfreunde der ϟϟ zur Verfügung gestellt. Das ϟϟ-Regiment „*Westland*" wurde damals aufgestellt. Es erfaßte neben deutschen holländische und vlämische ϟϟ-Männer. Im Mai 1940 wurde aus freiwilligen Dänen und Norwegern das ϟϟ-Regiment „*Nordland*" gebildet. Später erweiterten sich diese Verbände zu der ϟϟ-Division „*Wiking*", welche seit Beginn des Ostfeldzuges auf allen östlichen Kriegsschauplätzen in vorderster Linie mitgekämpft und außerordentliche Erfolge errungen hat. Die außergewöhnlich große Anzahl hoher und höchster Tapferkeitsauszeichnungen, die von den Männern der Division „Wiking" errungen wurden, sind ein sprechender Beweis für ihre militärischen Leistungen.

Der große Zustrom neuer Freiwilliger bei Ausbruch des Ostfeldzuges machte die Gründung weiterer Verbände im Rahmen der Waffen-ϟϟ notwendig. Es entstanden die Legion „*Niederlande*", die Legion „*Norwegen*" mit einem zusätzlichen Skibataillon, das Freikorps „*Flandern*" und das Freikorps „*Dänemark*".

Die Freiwilligen dieser Verbände setzten sich zumeist aus Mitgliedern der Erneuerungsbewegungen dieser Länder zusammen, also aus Anhängern *Quislings, Musserts*, des Vlamenführers *Elias* und des Dänen *Fritz Clausen.* Dazu traten Freiwillige aus den neutralen Ländern, Schweizer und Schweden, sowie Finnen, d. h. alle diejenigen, welche erkannt hatten, daß dieser Krieg gegen den Bolschewismus für alle Zeiten über das Schicksal Europas entscheiden wird.

Unter diesen ϟϟ-Legionen hat das dänische Freikorps unter Führung seines Kommandeurs, des ehemaligen Kgl. Dänischen Kapitänleutnants *Schalburg*, sich besonders bewährt. Schalburg selbst ist im Kampf an der Ostfront gefallen. In ihm ist das alte Wikingerblut der Dänen zu neuem Tatleben und kämpferischem Stolz erwacht. So schreibt Schalburg in seinem Aufruf „Wikingerzug nach Osten":

„Dieser Krieg hat uns alle zusammengekittet, Deutsche, Dänen, Norweger, Holländer, Schweden, Schweizer und Finnen ... Dänische Jugend, den ersten Sturm in die neue Zeit hinein haben deine Pioniere ausgeführt, folgt ihnen und werdet diesen Männern gleich. Durch Stahl, Feuer und Wasser brechen wir Germanen des gleichen Blutes, gleichen Mutes des Sieges Runenfahnen! Arm in Arm gehen wir weiter gegen die Kräfte der Unterwelt. Auf unserer Koppelschnalle stehen die Worte, die dafür bürgen, daß unser Werk beständiger wird als das der alten Wikinger: Meine Ehre heißt Treue!"

Solche Sätze verdeutlichen, welches Ethos in diesen germanischen Ostkämpfern lebendig ist. Sie alle haben in der Kameradschaft, in der Gefolgschaftstreue und in der Kampfbewährung eine neue Schicksalsverbundenheit des germanischen Soldatentums erlebt. So schreibt ein Schweizer ᛋᛋ-Führer: „In der Schwere des Kampfes und in den Mühsalen, Entbehrungen des russischen Winters ist der germanische Mensch, der das neu anbrechende Zeitalter zu gestalten berufen ist, geprüft worden. Da sind die letzten Reste der eingebildeten europäischen Zivilisation der letzten Jahrzehnte hinweggefegt."

Heute sind alle diese Verbände zu einem besonderen „*Germanischen Panzerkorps*" zusammengefaßt worden. Es ist bezeichnend, daß der Artilleriekommandeur dieses Korps ein Däne ist, der General *Krüssing*.

Da die Waffen-ᛋᛋ bei der Aufnahme dieser Freiwilligen außerordentlich strenge Maßstäbe anlegt, sind hier wirkliche Eliteeinheiten entstanden. Aus ihnen rekrutiert sich die kommende Führerschicht der germanischen Länder. Eine Reihe führender Politiker dieser Länder kämpfen heute in diesen Legionen oder sind aus ihnen hervorgegangen. Die meisten norwegischen Minister haben der Waffen-ᛋᛋ angehört und Auszeichnungen erworben. Der vlämische Aktivist *Tollenaere* ist an der Front gefallen. Der Däne *Fritz Clausen* steht ebenfalls im Waffendienst.

Mit der Erweiterung der europäischen Front gegen den Bolschewismus hat die Waffen-ᛋᛋ auch andere fremdvölkische Einheiten in ihre Reihen aufgenommen. Es gibt heute eine bosnisch-herzegowinische Freiwilligen-Gebirgs-Division, die ausschließlich Muselmanen aus Bosnien, der Herzegowina und sogar aus Albanien umfaßt. Sie verdankt ihre Entstehung einem Aufruf des Großmufti von Jerusalem. Unter ihrer Fahne kämpfen auch Mohammedaner, die in Nordafrika beheimatet sind. Diese tragen zu den ᛋᛋ-Uniformen den Fez. Sie

haben sich teilweise bereits im Bandenkrieg in ihrer Heimat bewährt. Neben ihrem harten militärischen Dienst haben sie die Möglichkeit, ihre angestammten Sitten beizubehalten. So werden sie von einem Imamen, einem mohammedanischen Geistlichen, betreut und werden auch verpflegt nach den Vorschriften des Korans. Sie werden, ebenso wie im ersten Weltkrieg, in welchem die Bosniaken wegen ihres Draufgängertums in den Karpatenkämpfen besonders gefürchtet waren, in diesem „heiligen Krieg" ihren Waffenruhm erneuern.

Seit kurzem ist die Legion „*Wallonie*" in die Waffen-SS übernommen worden und zu einer Sturmbrigade erweitert. Dank der Initiative des Rexistenführers *Léon Degrelle* wurde im August 1941 ein wallonisches Freiwilligenbataillon aufgestellt, dem Degrelle von Anfang an, zunächst als einfacher Soldat, später als Offizier angehörte. Dieses Bataillon hat im Winter 1941 die schweren Abwehrkämpfe am Donez mitgemacht. Im Sommer 1942 hatte es ruhmreichen Anteil an der großen Offensive und ist bis an den Kaukasus mit vorgestoßen. Degrelle selbst erwarb sich in diesen Kämpfen hohe Tapferkeitsauszeichnungen.

So schweren Anfeindungen die rexistischen Legionäre heute in ihrer Heimat seitens vieler anglophiler Belgier ausgesetzt sind, so sind sie nie irre geworden an ihrem geschichtlichen Auftrag, ihren wallonischen Volksstamm nach einem Jahrhundert der Englandhörigkeit wieder zurückzuführen zum Gedanken der Reichstradition. Als echte, stammesbewußte Wallonen sind sie heute stolz, den feldgrauen Rock tragen zu dürfen. Sie erblicken in *Adolf Hitler* den Führer und Neugestalter des kommenden Europa, voll Vertrauen, daß sein staatsmännisches Genie der Wallonie wie dem Vlamentum *die* staatliche Formung zuweisen wird, die diesem Land nach Stammeseigenart, Überlieferung und wirtschaftlicher Vernunft zukommt.

Wie die Rexisten heute durch reaktionäre und kommunistisch gesinnte Belgier verfolgt und befehdet werden, so geht es auch den SS-Männern der anderen Freiwilligenverbände. Sie alle sind vorerst nur Stoßtrupps, sind Pioniere für die Idee des nationalsozialistisch erneuerten Europa in einer Zeit, in der die Bourgeoisie sich noch nicht von ihren altgewohnten Wunschbildern frei machen kann. Ihr Glaube an den Sinn dieses Krieges, an die Notwendigkeit ihres Einsatzes ist jedoch unerschütterlich. Sie wissen, daß mit dem Sieg unserer Waffen die Stunde kommen wird, in der sie die Führung übernehmen. Schon jetzt erfährt der junge Offiziersnachwuchs dieser

ϟϟ-Verbände in der Junkerschule Tölz neben seiner militärischen Ausbildung eine besondere politische Schulung.

II

Wenn die Waffen-ϟϟ im wesentlichen die germanischen Freiwilligen der europäischen Länder unter ihre Fahnen zusammenschließt, so erfaßt die deutsche Wehrmacht eine Anzahl von Freiwilligenverbänden der anderen Nationen. „Wer zählt die Völker, nennt die Namen", so ist man versucht auszurufen, wenn man erfährt, wie gewaltig der Kampfanteil dieser fremdvölkischen Legionen innerhalb des deutschen Heeres heute schon ist. Hier ist schon rein organisatorisch Erstaunliches geleistet worden, wenn man in Betracht zieht, daß die deutsche Wehrmacht im Gegensatz etwa zu Frankreich und England keine Fremdenlegionen kennt. Rein äußerlich läßt sich die Fülle der Einzelverbände in drei große Gruppen zusammenfassen:

1. Die westeuropäischen Legionen. Hier darf an erster Stelle die *spanische Freiwilligendivision* genannt werden. Der Ausbruch des Ostfeldzuges hat nirgends in der Welt ein so spontanes Echo hervorgerufen wie in Spanien, hatte doch Spanien erst kurz zuvor den Bürgerkrieg gegen den Bolschewismus überstanden. Noch waren die Wunden, die dieser furchtbare Krieg geschlagen hatte, nicht geheilt. Die deutsche Hilfeleistung durch den Kampfeinsatz der Legion Condor hatte wesentlich mit zum Siege des Caudillo beigetragen. So entstand unter den alten Falangisten wie in der spanischen Armee der Wunsch, nunmehr auch eine spanische Freiwilligenformation zum Kampf gegen die Sowjetunion aufzustellen. Eine wahre Kreuzzugsbegeisterung erwachte, als der Caudillo die Aufstellung der Freiwilligendivision (von den Spaniern auch „*Blaue Division*" genannt) befahl. Unter der Führung des Generals *Muños Grandes* rückte die Division im Herbst 1941 ins Feld. In den schweren Kämpfen des ersten Winters 1941/42 bei außerordentlichen Kältegraden wurden die Spanier sogleich auf die härteste Probe gestellt, um so mehr, als sie als Südländer noch stärker unter dem Klima zu leiden hatten als ihre deutschen Kameraden. In diesen erbitterten Abwehrkämpfen hat sich der altbewährte spanische Soldatengeist und die Falangistentreue aufs herrlichste bewährt. Trotz hoher Verluste wiesen die Spanier alle Angriffe ab. Die Auszeichnung des Generals Muños Grandes mit dem Ritterkreuz und später mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz ist ein äußeres Zeichen für die Anerkennung, die der Kampfleistung der Spanier durch den Führer zuteil wurde.

Die spanische Division liegt seit Beginn ihres Einsatzes im Nord-

abschnitt, in der Nähe von Leningrad. Hier lernten die Spanier aus eigener Anschauung die „Segnungen" bolschewistischer Kultur kennen. In ihren Berichten und Briefen haben sie ihren Landsleuten oft erschütternde Bilder von der Verelendung des russischen Bauerntums, von der sowjetischen Pseudokultur vermittelt. Wiederholt haben sie zum Ausdruck gebracht, daß sie in dieser Nordostecke Europas für die Erhaltung der abendländischen Kultur kämpfen. So hat der nachfolgende Divisionskommandeur, der ebenfalls mit dem Ritterkreuz ausgezeichnete General *Esteban Infantes* bei der Begrüßung eines frisch aus Spanien eingetroffenen Ersatzbataillons einmal gesagt: „Dieser Krieg ist die Fortsetzung des spanischen Freiheitskampfes. Damals kämpften wir für die Rettung Spaniens, heute für die von Europa und für die Erhaltung der okzidentalen Zivilisation."

Daher ist der Kampfbeitrag der spanischen Freiwilligendivision mehr als eine Geste. In ihr spricht sich der politische Wille des national-falangistischen Spaniens aus. Jeder spanische Freiwillige, der nach einjährigem Fronteinsatz in seine Heimat zurückkehrt, wird zeitlebens mit Begeisterung an diese Frontzeit denken. Er wird in seiner Heimat dafür arbeiten, daß das an der Front verkündete Kampfziel: „Gegen den Bolschewismus, für die Erhaltung der abendländischen Kultur und für eine Neuordnung Europas!" nicht vergessen wird.

Einer der politisch interessantesten Freiwilligenverbände ist die *„Französische Legion* gegen den Bolschewismus". Wir sind heute schon so sehr an ihre Existenz gewöhnt, daß uns das wahrhaft Revolutionäre gar nicht mehr bewußt wird. Man denke sich: Dieses Frankreich, das seit 150 Jahren periodisch in Kriege mit Deutschland verwickelt ist, dieses Frankreich, das seit 1871 seine Jugend im Geiste der deutsch-französischen Erbfeindschaft erzogen hat, dieses Frankreich, das 1940 soeben erst die größte Niederlage seiner Geschichte durch eben dieses Deutschland erlitten hat, schickt ein Jahr später seine Söhne in die Französische Legion. Offiziere und Soldaten, die eben noch gegen das feldgraue Heer gekämpft haben, ziehen nun selbst den feldgrauen Rock an und kämpfen an unserer Seite gegen die Sowjets, und dies zu einer Zeit, wo der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland noch nicht einmal beendigt ist. Fürwahr, eine paradoxe Situation, die ihre Sinngebung nur dadurch erhellt, daß der Krieg von 1939 im Jahre 1941 eben eine ganz neue Dimension erhalten hat. Die Französische Legion verdankt ihre Entstehung dem Aktivismus der collaborationistischen Partei. Männer wie *Doriot, Deat, Laval,* denen es Ernst um

die von *Pétain* verkündete nationale Revolution war, riefen ihre Anhänger zur Teilnahme am Kampf gegen den Bolschewismus auf. Doriot selbst trat der Legion bei und hat als Offizier bereits den ersten Winterfeldzug mitgemacht. Die Französische Legion hat zu Beginn ihres Einsatzes gleich die härteste Prüfung zu bestehen gehabt, die überhaupt denkbar ist. Sie ist im Dezember 1941 an dem Frontabschnitt unmittelbar vor Moskau gegen einen zahlenmäßig überlegenen Gegner zum Angriff angetreten und in diesem Kampf beinahe aufgerieben worden. Sie hat bei furchtbaren Kältegraden an Entbehrungen und Strapazen Übermenschliches durchstehen müssen, und so war es nach Abschluß dieser Kämpfe nötig, sie für einige Zeit aus der Front zurückzuziehen, um sie neu aufzustellen. Im Sommer 1942 wurde die Legion erneut im mittleren Abschnitt der Ostfront eingesetzt, dieses Mal zur Partisanenbekämpfung und zur Sicherung wichtiger Verkehrswege. Die Legion hat sich in dieser Aufgabe hervorragend bewährt. Sie steht heute unter dem Befehl des französischen Obersten *Puaud.*

Die anfänglichen innerpolitischen Spannungen zwischen den französischen Legionären, welche verschiedenen Parteien angehören, haben sich in der gemeinsamen soldatischen Aufgabe annähernd ausgeglichen. Die französische Regierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie den Legionsgedanken unterstützt. Die Französische Legion kämpft im Osten gegen den Bolschewismus. In Frankreich kämpft sie für eine nationale Erneuerung Frankreichs und für eine Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes im Rahmen eines geeinten Europas. Die Männer, die an der Front die deutsch-französische Waffenbrüderschaft erlebt haben, sind zeitlebens die treuesten Anhänger der Collaboration. Diese Männer stehen heute in Frankreich nicht allein. Neben ihnen sind die französischen SS-Männer zu nennen. die z. Z. ebenfalls in Regimentsstärke in Ausbildung begriffen sind. Zu den SS-Franzosen gehört der Generalsekretär der französischen Frontkämpferlegion und der Führer des „*Service Ordre Legionnaire: Joseph Darnand.* Darnand und seine Miliz werden dieser neuen SS-Legion die politische Ausrichtung geben. In diesem Zusammenhang sind auch die freiwilligen Hilfsverbände zu nennen, die zwar nicht kämpfend an der Front stehen, jedoch in unmittelbarem Dienst für die Front arbeiten und häufig genug selbst die Waffe zur Hand nehmen müssen. Es gibt heute eine französische NSKK. Zahlreiche Franzosen arbeiten in der Organisation Todt und in der Legion Speer. So leistet Frankreich heute einen nicht unerheblichen Beitrag zur Bekämpfung des Bolschewismus. Gewiß steht die Masse der Franzosen heute unter dem

Eindruck der Feindpropaganda, aber die jungen aktiven Elemente, die beanspruchen, bei der Neugestaltung Frankreichs ein entscheidendes Wort mitzureden, stehen zum Teil in diesen Freiwilligenverbänden.

2. Wenden wir jetzt den Blick nach *Südosten*, zunächst nach dem Balkan. Dort sind neben den vielen Volksdeutschen rumänischer, ungarischer und serbischer Staatsangehörigkeit, die heute in der ᛋᛋ mitkämpfen, vor allem die kroatischen Freiwilligenverbände zu nennen. Der Kroate ist von jeher ein ausgezeichneter Soldat gewesen. Seine Waffentaten während des ersten Weltkrieges sind unvergessen. Seit der Befreiung Kroatiens gibt es eine kroatische Legion. Diese hat seit Oktober 1941 an allen Kämpfen des Südabschnittes der Ostfront ruhmvollen Anteil genommen. Die Schlachten um Charkow, am Mius, am Samarafluß, am Don bis zu dem Angriff auf Stalingrad sind von ihr miterlebt worden. Die kroatische Legion gehörte zu der unvergeßlichen 6. Armee, und sie hat daher auch tapfer kämpfend unter großen Blutverlusten in Stalingrad ausgehalten bis zum bitteren Ende. In den letzten Meldungen, die uns von den Stalingradkämpfern erreicht haben, sind auch die kroatischen Legionäre erwähnt, und in dem Schlußbericht über die Kämpfe um Stalingrad ist rühmend das Opfer erwähnt worden, das die kroatische Legion Schulter an Schulter mit den deutschen Kameraden gebracht hat.

In den letzten Monaten sind einige neue kroatische Freiwilligendivisionen aufgestellt worden, die z. Z. im Südosten zur Bandenbekämpfung eingesetzt sind. Daneben gibt es freiwillige kroatische Fliegereinheiten im Osteinsatz. Erst kürzlich wurde der 100. Abschuß einer dieser Einheiten gemeldet. Außerdem gibt es eine kroatische Marinelegion, die im Schwarzen Meer eingesetzt ist. So hat das kroatische Volk mit an erster Stelle unter den europäischen Nationen kämpferischen Anteil an der Verteidigung Europas gegen den Bolschewismus.

Seit der Gründung der sozial-republikanischen Regierung Italiens hat sich ein Teil der zur Fortsetzung des Kampfes entschlossenen italienischen Soldaten freiwillig der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-ᛋᛋ zur Verfügung gestellt. Diese Verbände werden z. Z. neu ausgebildet, so daß in Kürze mit dem Einsatz der italienischen Legion zu rechnen ist.

Über den Raum Europas hinaus greift die Legion *„Freies Indien“*, die dank der Initiative des indischen Freiheitsführers *S. C. Bose* in Deutschland aufgestellt werden konnte. Bose ist es im Verein mit der deutschen Führung zum ersten Male gelungen, Inder aller

Rassen und Religionen zu einem Block zusammenzuschweißen, ohne jenen altüberlieferten Widerstreit, der den britischen Machthabern bisher zu einer Politik des „Divide et impera" verholfen hatte. In dieser indischen Legion begegnen uns die verschiedensten Menschentypen. Neben dem kriegerischen Pandschab-Inder, der sich fast nicht vom Südeuropäer unterscheidet, finden wir den Hindostaner und Bengalen, dann den Moratha des Mittelindien sowie die Madrasi aus Südindien. Aus dem Himalaja-Gebirge stammen die Garhwali und Gurkhas. In kameradschaftlichem Zusammenleben hat sich unter den Legionären ein indisches Nationalgefühl herausgebildet, wobei völlige Freiheit der verschiedenen religiösen Bekenntnisse gewährleistet bleibt. So haben die Hindu, die Sikh neben den Mohammedanern und den Christen das Recht, ihr religiöses Brauchtum auszuüben. Allen Indern gemeinsam ist die große politische Idee „Kampf gegen die britische Gewaltherrschaft, Freiheit für Mutter Indien". Natürlich bedauern diese Legionäre, daß sie nicht an den Kämpfen an der burmesischen Front teilnehmen können, doch haben sie eingesehen, daß sie auch auf europäischem Boden Großbritannien bekämpfen können. So stehen sie heute an der westeuropäischen Grenze bereit zur Abwehr gegen etwaige anglo-amerikanische Invasionsversuche. Der Rundfunk trägt ihren Ruf „Azad Hind" (Freies Indien) hinüber ins indische Heimatland und weckt dort einen Widerhall in 400 Millionen geknechteter, ausgebeuteter Landsleute.

3. Das bedeutendste Kapitel der Legionsbewegung umfaßt die sogenannten Ostlegionen bzw. die landeseigenen Verbände, die sich aus ehemaligen Staatsangehörigen der Sowjetunion rekrutieren. Aus den Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, die seit 1941 in unsere Hand gefallen sind, und aus den Angehörigen der befreiten Zivilbevölkerung haben sich Hunderttausende freiwillig zur Fortführung des Kampfes auf deutscher Seite gemeldet. Diese Freiwilligen haben über 20 Jahre hindurch den Bolschewismus am eigenen Leibe erfahren. Sie haben die Entwürdigung des menschlichen Daseins, Entrechtung, Enteignung, Verfolgung und Deportation, die Auflösung aller Familienbande miterlebt und sehen nun im deutschen Heer den Befreier von diesem furchtbaren Joch. Als *Stalin* sie in den Krieg schickte, da wußten sie noch nicht, welcher Gegner ihnen gegenüberstand. Die bolschewistische Propaganda hatte ihnen grausige Bilder von den „Fascisten" vorgespiegelt. Erst als sie in Gefangenschaft geraten waren und in Deutschland den Lebensstandard des deutschen Bauern und Arbeiters kennenlernten oder in den befreiten Gebieten mit den Deutschen in Berührung kamen, erkannten sie, daß ihr wahrer Gegner der Bolschewismus

ist. So haben sie aus eigenem Antrieb den Antrag zur Bildung antisowjetischer Legionen gestellt. Voran gingen diejenigen Volksstämme, die von jeher nur widerwillig das Joch Stalins getragen haben: die kaukasischen, turkestanischen, tatarischen Stämme und die Ukrainer. Es gibt heute eine armenische, aserbeidjanische, eine georgische, eine nordkaukasische, eine tatarische und eine turkestanische Legion. Dazu zahlreiche kosakische Einheiten und ukrainische Befreiungsverbände. Diese Einheiten, über deren genaue Gliederung und zahlenmäßige Zusammensetzung nichts Genaueres gesagt werden kann, stellen beachtliche Truppenkontingente dar. Sie sind nach Jahrgängen eingesetzt, teils an der Front, teils zur Sicherung des Nachschubs, teils zur Bekämpfung der Banden im rückwärtigen Heeresgebiet. In den letzten Wochen haben einige dieser Verbände Hervorragendes in der Krim geleistet. So erwähnte erst kürzlich der Wehrmachtbericht zwei kaukasische Bataillone, die bei Perekop stärksten Angriffen der Sowjets standgehalten haben. Auch auf anderen Kriegsschauplätzen haben diese Verbände Verwendung gefunden. Eine turkestanische, aserbeidjanische und eine kosakische Division zeichneten sich besonders im Bandenkrieg auf dem Balkan aus. Andere Ostlegionen, darunter auch russische Verbände, sind auf eigenen Wunsch nach dem Westen verlegt worden, weil sie nicht gegen ihre von Stalin zwangsweise gegen uns geführten Brüder kämpfen wollen. Sie wollen damit zugleich den Beweis erbringen, daß sie in diesem Kriege das *Gesamtziel*, die Niederringung der verbündeten sowjetischen *und* plutokratischen Mächte, erkannt haben. Daher stehen heute verschiedene Ostverbände als Besatzungstruppen im Westen, z. T. auf vorgeschobenem Posten.

Besondere Erwähnung unter diesen Ostlegionären verdienen die Angehörigen der „*Russischen Befreiungsarmee*". Die Angehörigen der ROA. (russische Abkürzung für Befreiungsarmee) kämpfen für die nationale Freiheit Rußlands, für die Aufhebung des bolschewistischen Wirtschaftssystems, insbesondere des Kolchossystems, und die Wiederherstellung der persönlichen Freiheit. Wenn Stalin heute diesen Krieg als nationalen Freiheitskampf hinstellt, so haben diese Freiwilligen erkannt, daß alle Stalinschen Versuche, die nationalen Instinkte zu wecken und zur Erhaltung des jüdisch-bolschewistischen Systems einzusetzen, ein Trick sind. Stalins Rede vom 6. November 1943 hat erneut bewiesen, daß er in keiner Weise von seinem bolschewistischen Programm abzugehen gedenkt. Er hat in dieser Rede mit keinem Wort vom russischen Volk, vom Wiederaufleben der russischen Tradition gesprochen, sondern eindeutig das bolschewisti-

sche System und vor allem das sowjetische Wirtschaftssystem mit der Kolchose als die Säulen seiner Kriegführung bezeichnet. Es wird in diesem Zusammenhang an die sogenannte Atempause, d. h. an die ökonomische Politik von 1922—1927, die NÖP., erinnert, die damals vorübergehend eingeführt wurde, um das Wirtschaftsleben wieder anzukurbeln. Genau so wie damals auf die NÖP. der Fünfjahresplan folgte, genau so läßt Stalin heute den natürlichen Kräften etwas Spielraum, um, sobald es ihm angebracht erscheint, wieder zuzupacken.

Um das Bild der Ostlegionen abzuschließen, seien zuletzt noch die *estnischen* und *lettischen* Legionen im Rahmen der Waffen-ϟϟ genannt, die aus den Kreisen der jungen Esten und Letten begeisterten Zustrom erhalten. Kein Wunder! Haben doch gerade diese Volksstämme aufs leidvollste erfahren, welche tödlichen Gefahren die Sowjetherrschaft über freie Völker bringt. Neben ihnen gibt es auch zahlreiche Litauer, die in die Waffen-ϟϟ eingereiht sind.

III

Alle diese Legionäre erblicken in diesem Krieg die große geschichtliche Stunde, um den Bolschewismus ein für allemal von der Erde zu tilgen. Sie alle, so verschieden sie nach ihrem Volkstum, nach ihrer Sprache und Religion sein mögen, sind von fanatischer Entschlossenheit, nicht eher die Waffen aus der Hand zu legen, als bis der Bolschewismus bezwungen ist, als bis der Weg freigelegt ist, um eine natürliche Ordnung der Völker wiederherzustellen.

Es ist ein buntfarbiges Bild, das die fremdvölkischen Legionen im Rahmen der deutschen Wehrmacht und der Waffen-ϟϟ bieten. So hart die dienstlichen Anforderungen sind und so schwer oft die Kampfaufträge waren, die die Legionen zu bewältigen hatten, so ist schon jetzt erwiesen, daß die Legionäre sich unter der deutschen Führung wohl fühlen. Jeder Freiwillige erfährt die Achtung und Behandlung, die ihm als Mitkämpfer gebühren. In dem gemeinsamen Kampf hat sich zwischen den Angehörigen der deutschen Wehrmacht und der verschiedenen Legionen eine Kameradschaft und eine Schicksalsgemeinschaft gebildet, die das Bewußtsein europäischer Solidarität begründen.

Die Feindpropaganda macht es sich allzu leicht, wenn sie das gegenwärtige Europa als erbitterten Gegner des Deutschen Reiches unter der nationalsozialistischen Führung hinstellt. Sie übersieht, daß die europäischen Nationen in ihren verantwortungsbewußten, tatenentschlossenen Männern nicht auf solche billigen Parolen hereinfallen, sondern die historische Tragweite dieses Krieges erkannt

haben. Welches auch die Illusionen der Reaktionären, der Englandhörigen und derjenigen, die die bolschewistische Gefahr verharmlosen, sein mögen, die Elite des jungen Europa hat den Appell, mit dem Adolf Hitler das kulturbewußte Abendland zur Sammlung gerufen hat, vernommen. Sie steht heute, soweit sie nicht im Innern an der Rüstung mitarbeitet, im grauen Rock an der Front.

Aus den Blutopfern, die diese Legionen zusammen mit den deutschen Waffenkameraden bringen, wird ein neues Europa entstehen, das seine inneren Konflikte als überlebt erkennt, ein Europa, das nach Jahrhunderten innerer Zerrissenheit zu einer höheren Einheit zurückfindet. Ein einziger Kontinent, den England nicht mehr mißbrauchen kann, um auf seinem Rücken seine imperialistische Machtpolitik auszuspielen, ein Kontinent, der jeder Bedrohung vom Osten her gewachsen ist.

Unsere Gegner vermögen heute nichts anderes, als mit fadenscheinigen Programmen Verwirrung in die europäischen Völker hineinzutragen. Die allzu durchsichtige Propaganda kann nicht hinwegtäuschen über das unmenschliche Antlitz, das die bolschewistische Unkultur zeigt.

Wir stellen ihr gegenüber das erzgehämmerte Bild europäischer Kampfgemeinschaft. Die europäischen Legionen sind gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht die Wegbereiter zu dieser historischen Wende. Ihr Geist, ihr soldatischer Wille, ihre kämpferische Leidenschaft und ihre Opferbereitschaft sind die Bausteine, aus denen die Wirklichkeit des neuen Europa entsteht. Der Sieg wird einen neuen Äon europäischer Geschichte heraufführen!

Kleine Beiträge

Der Stil der britischen Außenpolitik

Noch immer verbreitet die anglophile Bourgeoisie in den Ländern Europas die Legende, als besitze Britannien eine außenpolitische „Erbweisheit", die ihm so leicht ein anderes Land nicht nachahmen könne. Die zwar zielsichere, aber doch zu stürmische Außenpolitik seiner Kriegsgegner könne sich ebensowenig mit der britischen Erbweisheit messen wie die jugendliche Unerfahrenheit und Unverfrorenheit seiner beiden großen Bundesgenossen USA. und Sowjetunion — von den kleineren Geistern ganz zu schweigen. England werde am Ende doch seine Gegner und seine Bundesgenossen überspielen und damit die Hoffnungen der Bourgeoisie erfüllen.

Es ist erstaunlich, daß diese Legende noch immer verbreitet werden kann, obwohl eine genügend große Zahl amtlicher britischer Bankerotterklärungen vorliegt.

Eine der eindrucksvollsten dieser Bankerotterklärungen ist eine Artikelfolge der Londoner „Times" vom 18. bis 20. November 1943, wahrscheinlich verfaßt von dem diplomatischen Mitarbeiter der Zeitung Professor *Edward Hallet Carr*. Die Aufsätze zeigen erstens die völlige Ausweglosigkeit der britischen Lage, zweitens den verzweifelten Versuch, Ideenanleihen beim Nationalsozialismus zu machen, um aus ihnen Hoffnungen schöpfen zu können.

Der erste der drei Artikel ist überschrieben: „Von der Splendid Isolation zu dem System der Bündnisse". Er bringt eine Kritik der britischen Außenpolitik in den letzten fünfzig Jahren. 1890 begannen die Voraussetzungen für die im 19. Jahrhundert unangefochtene britische Vorherrschaft zu schwinden: Deutschland und USA. überholten die britische Stahlproduktion, der ursprüngliche Vorsprung der britischen Industrie verschwand, im Zeitalter der Massenproduktion war England belastet durch überalterte Traditionen und Anlagen. Der Burenkrieg war ein Symptom für die politische Wirkung dieser neuen ökonomischen Schwäche Englands.

Mit *Salisbury* versank die Politik der Splendid Isolation. Das Bündnis mit Japan und die Entente mit Frankreich zeigten, selbst wenn die öffentliche Meinung Englands sich der neuen Lage noch nicht bewußt wurde, daß „Deutschland relativ zu stark und England relativ zu schwach für eine erfolgreiche britische Eigenständigkeit war".

Wenn auch der „Sieg" von 1918 zunächst die Illusion gab, als könne sich England den „Luxus der Isolation" wieder leisten, so hatte doch der erste Weltkrieg in Wahrheit „den Verfall der britischen Stellung als Weltmacht beschleunigt". Die steigende Bedeutung der Luftfahrt, des Öles, der Elektrizität stellte die alten britischen Monopole Seefahrt und Kohle in den Schatten. Die industrielle Gegenkolonisation und der Aufschwung des amerikanischen Exports bedrohten die Stellung des britischen Außenhandels. England verlor wesentliche Teile seiner ausländischen Investierungen und seine Stellung als finanzieller Mittelpunkt der Welt.

In dieser Lage einer allgemeinen Schwäche waren Allianzen noch nötiger als vorher. Aber Allianzen bringen Verpflichtungen, die etwas kosten, und Kosten wollte man angesichts der wirtschaftlichen Schwäche vermeiden. Man mußte sie vermeiden, weil keine der Parteien die innenpolitische Belastung auf sich nehmen wollte, der Rüstung den Vorrang vor einer kostspieligen Sozialpolitik zu geben. England war ärmer und sah sich zugleich zu größeren Sozialausgaben und Rüstungsausgaben gezwungen. Die Erfüllung beider Verpflichtungen war unmöglich, wenn man außerdem die bestehende soziale und politische Ordnung unter allen Umständen erhalten wollte. Als Ausweg blieb nur eine allgemeine Vernebelung der Begriffe, indem „unbequeme Tatsachen verdunkelt wurden in der anonymen und neutralen Sprache des Völkerbundspaktes oder eines gegenseitigen Garantiepaktes". Obwohl England eigentlich schon nach 1936 aus seinem Wunschtraum hätte erwachen sollen, tat es das erst 1939 in einer krankhaften Allianzenpanik.

Dieselbe Komödie wurde in Ostasien gespielt, wo weder England noch USA. den Mut hatten, nach 1922 an die Stelle des aufgekündigten englisch-japanischen Bündnisses ein englisch-amerikanisches Bündnis zu setzen, sondern seine Tatsache in den Kulissen eines Neunmächtepaktes versteckten.

Carr zieht aus diesem trüben Bild der Vergangenheit, das wahrlich keine „Erbweisheit" zeigt, zwei Folgerungen: Alle außenpolitischen Ziele und Verbindlichkeiten sind abhängig von der militärischen und politischen Macht eines Landes, und: Jedes internationale System gibt der Frage nach der Macht nur noch größere Bedeutung. „Ein wirksames System der kollektiven Sicherheit verlangt ein Allianzensystem zwischen mächtigen Staaten."

Folgerichtig fragt der zweite Artikel nach „den Machtgrundlagen in einer Welt des Umbruchs". Der Blick in die Vergangenheit bewies, daß England Allianzen braucht. Nun wird bewiesen, daß diese Allianzen sich zugleich auf Übersee und auf Europa erstrecken müssen. „Übersee" heißt dabei natürlich nur USA. Seit Washington 1922 ist klar, „daß Großbritannien keinen größeren Krieg beginnen kann, ohne sich mindestens der wohlwollenden Neutralität der USA. vergewissert zu haben". Das Bündnis mit USA. verpflichtet Großbritannien zu militärischen Anstrengungen zugleich im Atlantik und im Pazifik.

Allerdings sollte die besondere Enge des Verhältnisses zu den USA., begründet in der gemeinsamen Herkunft und in der Vermittlung durch die Dominien, nicht zur Forderung nach einer völligen Verschmelzung führen. Denn ein britisch-amerikanischer Zusammenschluß würde die britischen Inseln zu einem fernen Außenposten eines Weltreichs machen, dessen Schwerpunkt weit weg von Europa läge, damit also der britischen Sicherheit nicht dienen. Er würde überall, besonders aber in Europa, Widerstandskräfte gegen seine alleinige Welthegemonie wachrufen. Er würde die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens und der Dominien auf das schwerste schädigen. So notwendig das Bündnis mit USA. ist, so wichtig ist doch andererseits die britische Bindung in Europa.

Theoretisch hat England drei Möglichkeiten zum Gewinn einer europäischen Allianz. Aber eine britische Allianz mit den kleinen Staaten (zu denen auch Frankreich gerechnet wird) „müßte eine Katastrophe bedeuten". Von der Möglichkeit eines englisch-deutschen Bündnisses will Carr gar nicht sprechen.

„Es bleibt eine dritte Lösung." Das zwanzigjährige Bündnis mit der Sowjetunion wird im Frieden so notwendig sein wie im Kriege, sonst könnte sich Deutschland wieder erheben. Allerdings soll die britisch-sowjetische Vorherrschaft auf die Mitarbeit der Europäer gegründet sein, aber zum mindesten Osteuropa muß England ohne Eingriffsrecht der Sowjetunion überlassen.

Im System der beiden großen Allianzen kann Großbritannien nur kraft eigener Stärke etwas bedeuten. Sein „Bündnispotential" beruht einerseits auf dem überseeischen Weltreich, dessen geschlossene Aktionsfähigkeit gesteigert werden muß, andererseits auf der Vorherrschaft im Vorderen Orient, die unter allen Umständen behauptet werden muß.

Bei aller Kühle der Betrachtungsweise weiß Carr, daß die außenpolitische Macht, so sehr sie von der militärischen Macht abhängig ist, die totale geschichtliche Potenz eines Volkes darstellt. „Die Macht hängt nicht nur von der Zahl und dem Wert der Männer und Frauen eines Volkes ab, sondern auch von dem Vorhandensein eines nationalen Sendungsbewußtseins", in dem auch andere Völker ihre Hoffnungen geborgen sehen können. Die schwache Außenpolitik des England vor dem Kriege war ebenso Symptom einer Gesamtschwäche wie die hilflose Innenpolitik, einer Gesamtschwäche, die sich am deutlichsten im Geburtenschwund zeigte.

Als England sich nach Dünkirchen zusammenriß, bekam es noch einmal die Gelegenheit, eine neue nationale Politik zu begründen. Carr betrachtet als ihre Voraussetzungen den vollen Einsatz aller britischen Menschen unabhängig von Klassenschranken, die volle Inanspruchnahme aller materiellen Güter der Nation und eine umfassende Sozialpolitik. Nur der volle Einsatz aller Menschen und Dinge kann zugleich „Kanonen" und „Butter" liefern, „und ohne eine umfassende Sozialpolitik wird wieder die falsche Antithese zwischen nationaler und sozialer Sicherheit ihr Haupt erheben". Im 19. Jahrhundert beruhte die britische Geltung in Europa nicht nur auf der Seemacht, sondern auch auf der britischen Führerstellung im politischen Liberalismus. Also kann England im 20. Jahrhundert seine Geltung nur wiedergewinnen, wenn es sich die Führung im Kampfe um soziale

und wirtschaftliche Freiheit aneignet. „Eine aktive Sozialpolitik ist die notwendige Voraussetzung zukünftiger britischer Vormacht."

Was Carr dann allerdings an konkreten Ansätzen auf diesem Wege vorzeigt, muß kläglich sein. Da ist der Beveridge-Plan — eben ein Plan! Da ist die Erfahrung der Zusammenarbeit mit den Dominien, die im Gegensatz zur Sowjetunion immerhin eine Erfahrung in freiheitlichen Methoden der Herrschaft darstellt. Da ist im Unterschied zu USA. die vollzogene Absage an den ungehemmten ökonomischen Liberalismus. Da sind Pläne und Ansprüche, außer denen nach Carr England nur noch „Initiative und Entschlußkraft" sowie einen umfassenden Generalstab der totalen Außenpolitik benötigt.

Das Bild der britischen Politik und ihrer hilflosen Zwangsläufigkeit, das hier entworfen wird, ist richtig in seiner ganzen Kläglichkeit. Sie ist nicht nur in ihrem Stil in eine Sackgasse geraten, sondern sie hat keinen Stil eigener Art mehr. Der Realismus Carrs entspricht nicht der britischen Tradition. Die Einsicht seines letzten Artikels, die eine sozialistische Außenpolitik von einem Lande fordern, das sie nicht geben kann, zeigt, unter welchen Schatten die britische Außenpolitik getreten ist. Es ist der riesige Schatten des nationalen Sozialismus und der europäischen Solidarität, aus dessen Kreis England vergeblich herauszukommen strebt.

Karl Heinz Pfeffer

Grundlagen und Aufgaben europäischer Zusammenarbeit

Ausländerkursus des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts vom 23. November bis 4. Dezember 1943 in Weimar

I

Wer die Geschichte des europäischen Nationalismus kennt, weiß, welch ungeheure Bedeutung für seine Entwicklung die Wissenschaft gehabt hat. Es ist nicht übertrieben, festzustellen, daß es ohne sie einen europäischen Nationalismus in der besonderen vorliegenden Form vor allem in den mittel- und ostmitteleuropäischen Ländern kaum gegeben hätte. Es ist die ewige Wechselwirkung zwischen dem ursprünglichen natürlichen Sein und dem Bewußtwerden des Seins. Ohne das natürliche Sein — wir pflegen heute Blut zu sagen — kein Geist. Aber der Geist — seiner selbst bewußt gewordenes Dasein — entwickelt das natürliche Leben und gibt ihm die Form. Ein Prozeß, den wir Geschichte nennen.

Wir wagen die These, daß bei der Formung der kommenden europäischen Zusammenarbeit die Politische Wissenschaft — ähnlich wie die Sprach- und Geschichtswissenschaft bei der Formung des europäischen Nationalismus — ihre große Aufgabe haben wird. Sie wird Notwendigkeiten aufzeigen, bevor die Politik sie gestaltet. Sie wird durch ihre Arbeit eine Bewußtseinsgestaltung der europäischen Völker herbeiführen, ohne die die Politik die Aufgabe der Formung der europäischen Zusammenarbeit nicht wird anfassen können. Sie wird, sofern sie lebendig ist, in mancher Hinsicht ihrer Zeit voraus sein müssen. Sie wird deswegen von den alten Zweigen der Geisteswissenschaft mitunter als unseriös belächelt werden. Ja, sie wird sogar deswegen mitunter auch von der Politik als nicht ganz bequem empfunden werden.

Hierüber ist noch etwas zu sagen: Hegel stand auf dem Standpunkt, die Eulen der Minerva begännen ihren Flug erst in der Dämmerung. Erst das ge-

lebte Leben, dann das Bewußtwerden dieses Lebens. Dieser Gedanke scheint uns zu resigniert. Wir sehen den Sinn der Politischen Wissenschaft als autonomes geistiges Gebilde — also abgesehen von der Lehre und der Kärrnerarbeit der praktischen Aufgaben irgendwelcher Art — vornehmlich in der Bewußtmachung des gelebten Lebens und in der dadurch erzielten Wirkung auf die Formung des Lebens.

Daraus ergibt sich immer aufs neue die Frage nach dem Standort der Politischen Wissenschaft in der allgemeinen Politik. Eine Frage, zu der, sobald die Politische Wissenschaft an so eminent politische Fragen herangeht wie die europäische Zusammenarbeit, mit eindeutiger Klarheit Stellung genommen werden muß, um Mißdeutungen aller Art zu vermeiden. Die Politische Wissenschaft also ist nicht identisch mit Propaganda. Sie handelt nicht im Auftrag staatlicher Behörden, sondern im Auftrag des Erkenntnisdranges des menschlichen Geistes. Die Ergebnisse ihrer Arbeit dürfen nicht verwechselt werden mit Regierungserklärungen. Sie darf und muß für sich die Freiheit der Wissenschaft in Anspruch nehmen. Aber, und diese andere Seite muß ebenso scharf betont werden, die Menschen, die an ihr arbeiten, leben nicht in Wolkenkuckucksheimen. Sie wissen, daß die von ihnen beanspruchte Freiheit nur möglich ist, wenn sie von politischem Verantwortungsbewußtsein getragen ist.

Ein letztes hierzu: Die Politische Wissenschaft weist in die Zukunft, aber sie hat nicht die Aufgabe, der Politik Vorschriften zu machen. Die Dinge so sehen, hieße das Wesen der Politik verkennen. Diese wirkt aus ihren besonderen Gesetzen. Sie gestaltet das Zusammenleben der Menschen und Staaten aus den Gegebenheiten und Erfordernissen der Lage, die die Wissenschaft in ihrer Vielgestaltigkeit kaum jemals übersieht. In den Fernzielen ergeben sich zwischen Wissenschaft und Politik Wechselwirkungen. Wie diese Fernziele zu realisieren sind, welche Wege einzuschlagen sind, welche Formen zu wählen sind, ist ausschließlich und nur Aufgabe der Politiker. Die Wissenschaftler sind immer gescheitert, wenn sie das versuchten. Bewußte Selbstbeschränkung ist hier im stärksten Maße am Platze.

II

Den Inhalt aller Vorträge des Ausländerkursus im Rahmen dieses kurzen Berichtes auch nur annähernd erschöpfend zusammenzufassen ist schlechterdings unmöglich. Wir beschränken uns auf einige wenige Gesichtspunkte, deren Auswahl notwendigerweise subjektiv bestimmt ist.

In dem Weimarer Kursus wurde zunächst der Versuch gemacht, an die Frage heranzugehen, welches die Grundlagen der europäischen Zusammenarbeit sind. Was ist das Besondere des Europäischen?

Die Frage wurde auf rassischem, auf völkischem, auf historischem und auf künstlerischem Gebiet und schließlich als Frage des europäischen Bewußtseins untersucht. Der vorgesehene geographische Vortrag mußte ausfallen. Der gemeinsame Nenner, auf den diese Vorträge kamen, ist vielleicht: Das Wesen des Europäischen ist auf der einen Seite die Vielfalt, die Herausstellung immer neuer besonderer Formen, auf der andern Seite die Verwandtschaft, die gegenseitige Beeinflussung auf Grund der Gemeinsamkeit der rassischen Grundlage, der sprachlichen Verwandtschaft, der gemeinsamen Geschichte und des gemeinsamen vielgegliederten Raums. Die Aufgabe, die sich hieraus ergibt, ist die Erhaltung der Besonderheiten, aber die Vermeidung der Gefahr, daß diese Besonderheiten aus Überbetonung des Eigenen sich gegenseitig vernichten. An Hand des historischen Beispiels der antiken Polis wurde diese Problematik besonders deutlich. Die Probleme der Polis wiederholen sich in neuen Formen immer wieder. Sie

treten ebenso in Erscheinung bei der Gestaltung der Beziehungen der historischen Gestalten, in denen das europäische Leben sich verwirklicht, untereinander wie bei der Gestaltung der Beziehungen der einzelnen Persönlichkeit zum Staat. Die Welt der griechischen Polis scheiterte, weil sie das Besondere übertonte und es nicht zur sinnvollen Zusammenarbeit brachte. Die Aufgabe steht heute erneut vor den europäischen Völkern als Schicksalsfrage.

Das Wesen der europäischen Völker wurde von immer neuen Gesichtspunkten her erörtert. Das Ergebnis, daß diese Völker die Kernzellen der europäischen Kultur sind, deren Zerstörung die Zerstörung der europäischen Kultur im ganzen mit sich bringen würde, ist nicht neu. Seine Betonung bei jeder Erörterung von Fragen der europäischen Zusammenarbeit aber immer wieder erforderlich. Dabei wurde der Gedanke in die Debatte geworfen, daß die Völker Europas etwas Einmaliges sind, daß also nicht jede historische und sprachliche Gemeinsamkeit, die wir aus europäischer Perspektive auch in andern Teilen der Welt als Völker zu begreifen geneigt sind, im europäischen Sinne Völker sind. Ferner, daß selbst in Europa nicht Volk gleich Volk ist, daß hier erhebliche Verschiedenheiten vorliegen, die sich aus Größe, Entwicklungsstand und der Raumlage des Siedlungsgebietes ergeben, deren Berücksichtigung bei der Gestaltung der europäischen Zusammenarbeit erforderlich ist. Der Schematismus der Volksauffassung etwa der Versailler Zeit muß zugunsten einer Berücksichtigung der Wirklichkeit überwunden werden.

Ein europäisches Bewußtsein existiert in der europäischen Geschichte immer nur dann, wenn das Europäische in Gegensatz zu einem außereuropäischen Großgebilde trat. Fehlte dieser Gegensatz wie in der Zeit nach Beendigung der Türkenkriege, trat dieses Bewußtsein zurück gegenüber einer Überbetonung des national Individuellen. In der Gegenwart muß der europäische Nationalismus, gezwungen durch das Entstehen und die Auseinandersetzung mit außereuropäischen Gebilden, in dieser Richtung weiter entwickelt werden. Er muß erkennen, daß das einzelne Volk nur ist, weil die andern sind. Er muß sich als Teil eines größeren Ganzen sehen lernen.

Am östlichen und am amerikanischen Gegenbeispiel wurden diese Dinge klar herausgearbeitet. In beiden Fällen fehlt, nicht zuletzt bedingt durch die geopolitischen Gegebenheiten, die starke Herausbildung eigenständiger Besonderheiten. Beide leben andererseits von europäischer Substanz. In der Geschichte des östlichen Raumes führte das immer wieder zu einer Zwiespältigkeit. Die russische Geschichte sah sich auf der einen Seite als Teil der europäischen, setzte sich auf der andern Seite immer wieder — zum Beispiel bei den Slawophilen — leidenschaftlich vom Europäischen ab. Es wird Sache des russischen Volkes sein, sich in der Zukunft zu entscheiden. Solange der Bolschewismus besteht, ist die Europafeindschaft sicher. Im amerikanischen Bereiche wird, solange die USA. hier tonangebend sind, niemals ein Verständnis für das Wesentliche des Europäischen zu erwarten sein, während in Südamerika die Verhältnisse den europäischen viel ähnlicher sind.

Das historische Schicksal Europas ist, sich gegenüber den außereuropäischen Großgebilden die Eigenständigkeit zu bewahren. Werden diese Gebilde sich im europäischen Raum durchsetzen, so wird die Selbstbestimmung der europäischen Völker mit Sicherheit verlorengehen. Zudem werden dann diese außereuropäischen Gebilde ihre Gegensätze auf europäischem Boden auf Kosten der europäischen Völker austragen. Die Zukunft ist also an den Ausgang dieses Krieges gebunden. Nur ein Sieg des europäischen Kernlandes, Deutschland, kann heute so, wie die Dinge liegen, die Zukunft der europäischen Völker sichern.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen wurde an Hand einer Reihe praktischer Fragen gezeigt, wie auf einzelnen Gebieten die europäische Zusammenarbeit sich zu realisieren beginnt. Der Krieg fördert hier zwangsläufig die Entwicklung, andrerseits sind natürlich viele Formen kriegsbedingt und werden nach Beendigung des Krieges überholt sein.

Von besonderer Bedeutung für die Vorbereitung der europäischen Zusammenarbeit ist heute der Einsatz der meisten europäischen Völker im Kampf gegen den Bolschewismus. Der Einsatz des Blutes wird mehr zur Herausbildung eines europäischen Bewußtseins beitragen, als Aufsätze, Vorträge und Bücher das jemals könnten. Der betreffende Vortrag ist in dieser Nummer abgedruckt.

III

Zum besseren Verständnis des oben Gesagten bringen wir im folgenden das Vortragsprogramm des Weimarer Kursus.

Eröffnung des Ausländerkursus im Kreishaus, Schwanseestraße, durch den Leiter des Ausländerkursus, Axel Seeberg: „Das europäische Bewußtsein".

Prof. Dr. von Mende, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Berlin: „Europa und der Bolschewismus".

Prof. Dr. von Eickstedt, Universität Breslau: „Die rassischen und völkischen Elemente".

Prof. Dr. Miltner: „Bedeutung der Antike und des Germanentums für die europäische Kultur".

Prof. Dr. Frauendienst, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Berlin: „Wesen des europäischen Staatensystems".

Dr. Eugen Diesel, Berlin: „Das Verhältnis zur Technik".

Staatsrat Dr. Hans Severus Ziegler, Weimar: „Die Kunst als Ausdrucksform europäischer Kultur (Goethe und die europäische Literatur)".

Prof. Dr. Wagner, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Berlin: „Die Polis als Grundform der europäischen Gemeinschaft".

Reichsbankdirektor Dr. Eicke: „Handels- und Währungspolitik".

Prof. Dr. Pfeffer, stellvertretender Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin: „England und der Kontinent".

Colin Roß: „Amerika und Europa".

Exz. Crainic, Bukarest: „Das geschichtliche Schicksal Europas".

Prof. Dr. Grewe, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Berlin: „Auseinandersetzung mit der Atlantikcharta".

Prof. Dr. von Loesch, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Berlin: „Die Völker Europas".

Prof. Dr. Baeumler, Universität Berlin: „Grundelemente europäischen Denkens".

Prof. Dr. Kiesewetter, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut, Berlin: „Grundzüge der wirtschaftlichen Neuordnung Europas".

Gesandter Prof. Dr. Six, Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin: „Das geschichtliche Schicksal Europas".

Gauleiter und Reichsstatthalter Sauckel, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz: „Europas Arbeitseinsatz".

Hauptmann Bentmann, OKW.: „Der Einsatz der europäischen Legionen bei Wehrmacht und Waffen-SS“.

Prof. Dr. Predöhl, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel: „Gebundene oder freie Weltwirtschaft?“

IV

Am Weimarer Kursus nahmen etwa 130 Persönlichkeiten aus fast allen europäischen Ländern teil. Alle diese Persönlichkeiten spielen in ihren Ländern, sei es als Wissenschaftler, Politiker, Wirtschaftler oder Journalisten eine Rolle. Das Vortragsprogramm wurde durch eine lebhafte Aussprache, in der alle beteiligten europäischen Nationen zu Worte kamen, ergänzt. Diese Aussprache war in doppelter Hinsicht bedeutungsvoll. Sie zeigte einerseits, wie außerordentlich stark der Widerhall auf die angeschnittenen Probleme in den europäischen Ländern ist, andrerseits brachte sie in sachlicher Hinsicht wesentliche Ergänzungen zu den Vorträgen.

Besonderer Dank gebührt dem Gau Thüringen und der Stadt Weimar, die in gastfreiester Weise den Kursus aufnahmen und bei kulturellen Veranstaltungen und Empfängen den Ausländern ein Bild gaben, wie im neuen Deutschland klassischer Geist sich mit modernem Sozialismus zu einer lebensvollen Einheit verbindet. *Axel Seeberg*

Köpfe der Weltpolitik

Wyschinski

Porträt eines Charakterlosen

Dieser Mann, der gegenwärtig heimlich und sorgsam die Fäden des bolschewistischen Netzes um den Mittelmeerraum und die Südflanke Europas als Delegierter der Sowjetunion in der Interalliierten Mittelmeerkommission und Außerordentlicher Bevollmächtigter Botschafter knüpft, liebt es nicht, wenn um seine dunklen, vorbereitenden Maßnahmen zu irgendeinem undurchsichtigen Zweck viel Wesens gemacht wird. Er ist Kriminalist um des Kriminellen willen und bevorzugt als solcher das Halbdunkel so lange, bis er seiner Sache und ihres Effektes sicher ist. Dann aber läßt er alle Scheinwerfer der Agitation aufblenden und setzt mit einer neuen Schreckensszene auch sich selbst in das selbstgefällige Rampenlicht des schaudernden Erstaunens der Welt. Er ist der erfindungsreiche Regisseur judo-bolschewistischer Massentragödien und gefällt sich in einer kaltherzigen Eitelkeit und Überheblichkeit, in einer Charakterlosigkeit, die kaum mehr überboten werden kann, darin, unter Qualen von Menschen und Völkern deren Schicksale in einen Abgrund des Grauens und der Vernichtung zu lenken.

Andrej Januarjewitsch Wyschinski ist im Jahre 1883 in einer wohlhabenden Familie Russisch-Polens geboren. Groß, kräftig, mit einem verwaschenen, nichtssagenden, ungeistigen Gesicht wirkt der heute Sechzigjährige kleinbürgerlich, fast spießig und nüchtern. Der altmodische Kneifer auf der gedrungenen Nase, das linksgescheitelte, ursprünglich rotblonde Haar, das heute völlig ergraut ist, verstärken mit dem saloppen, sauber gehaltenen Anzug diesen bürgerlichen Eindruck noch. Nur der Mund in dem großflächigen Gesicht, dieser

kleine, messerscharfe und zynische Mund, läßt ahnen, daß aus ihm mehr als zehntausend Menschen ihr Todesurteil erfahren haben. Auffällig und fast unheimlich wirkt das nervöse Zucken der linken Gesichtshälfte.

Wendell *Willkie* kleidet in der Schilderung seines Besuches in der Sowjetunion diesen auffälligen Gegensatz des wahren Wesens zur äußeren Erscheinung in folgende Worte: „Wyschinski gab mir in Kuibyschew ein Essen. Ich mußte ihn immer wieder anschauen: Seine weißen Hände, das Gesicht mit dem professoralen Ausdruck, seine ruhigen, ausgeglichenen Bewegungen, seine beredte Art zu sprechen. Ich wunderte mich die ganze Zeit, daß dies der gleiche Mann sein sollte, der einige der ältesten Helden der russischen Revolution unter der Anklage von Mord und Vaterlandsverrat dem Henker auslieferte."

Diejenigen, die Wyschinski persönlich kennengelernt haben, schildern den Ersten Stellvertretenden Außenkommissar der Sowjetunion, den die „Daily Mail" kürzlich erst den dritten Mann der UdSSR. nannte, als einen hochmütigen, maßlos von sich eingenommenen, äußerst eingebildeten Karrieremacher, dem jedes Mittel recht ist, um sein Ziel zu erreichen. Sein herausforderndes Benehmen gegenüber denen, die unter ihm stehen, und sein kriecherisches Verhalten gegenüber Höhergestellten werden selbst von seinen „Freunden" als ihm typisch gekennzeichnet. Als prinzipienloser Schleicher war Wyschinski schon als junger Student bekannt, der an der Kaiserlich-russischen St.-Wladimir-Universität in Kiew in die juristische Fakultät eingetragen war. Er hatte unter seinen Studienkameraden keine Freunde. Sie mochten „den falschen Polen" nicht, der sich überall einzuschmeicheln suchte.

Der Zwanzigjährige suchte gleich bei seinem Eintritt in die Universität von Kiew 1903 Anschluß an die revolutionären Kreise der Menschewisten. Ohne sonderlich beachtet zu werden oder hervorzutreten, wurde er Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Partei. Selbst seine Fraktionsgenossen duldeten ihn nur, weil er unauffällig blieb und sich erstaunlich folgsam der Parteidisziplin fügte.

Wyschinski war das Studium der Rechtswissenschaften Selbstzweck. Er bekannte später einmal von sich: „Von Jugend an war ich von der Kriminalistik besessen. Nur wer die Menschen als Kriminalist betrachtet, kann sie wirklich verstehen. Sehen Sie, wir machen die Menschen gut. Wir helfen ihnen, ihre Untaten zu bekennen und zu sühnen! Sie kennen „Raskolnikow" von Dostojewski, die Geschichte jenes jungen Mannes, der in dem Wahn lebte, er dürfe morden wie Napoleon, und der schließlich vor dem Untersuchungsrichter erkennt, daß er nur eine Laus ist. Wir spielten damals den Prozeß Raskolnikow auf dem Seminar in Kiew. Ich selbst war der Staatsanwalt, aber auch der Regisseur. Man warf mir allerdings vor, ich hätte den Roman gefälscht und die Selbstbezichtigungen des Angeklagten viel zu weit getrieben. Mag sein. Ich bin der Meinung, daß Dostojewski nicht konsequent genug gewesen ist ...!"

Diese auf seine Studentenzeit sich beziehende Äußerung kennzeichnet diesen Mann, der später als Generalstaatsanwalt der Sowjetunion im Zusammenhang mit den großen Schauprozessen zu der Frau eines ausländischen Diplomaten in leichtem Plaudertone sagte: „Wir wollen mit unseren disziplinarischen Maßnahmen die Menschen nicht strafen, sondern sie besser machen." — Dieser von Idealismus geradezu triefende Ausspruch des „grausamsten Staatsanwaltes aller Zeiten" soll von der Ausländerin sogar geglaubt und begeistert verbreitet worden sein. Was Wyschinski aber unter diesem „Bessern" seiner verirrten Mitmenschen versteht, geht aus seinen mehr als 10 000 Todesurteilen hervor, die er forderte oder selbst aussprach. Die kleine Episode der Raskolnikow-Auf-

führung im juristischen Seminar zu Kiew ist übrigens kennzeichnend für diesen teuflischen Philosophen der Kriminalistik. Wyschinski war es, der seinen Professor *Samofalow* geradezu dazu gedrängt hatte, den Fall Raskolnikow als „Schauspiel" aufzuführen. Hierbei erwies sich der junge Mann zum erstenmal als Meister in der Inszenierung von Scheinprozessen. Zwar kippten bei dieser Aufführung die Geschworenen um, trotzdem er jede Rolle seinen Mitstudenten bis in alle Einzelheiten eingepaukt hatte. Sie sprachen nämlich Raskolnikow nicht schuldig. Wyschinski erlitt damals als Staatsanwalt wie als Regisseur eine Schlappe, aber das blieb auch das einzige Mal in seinem ferneren Leben, daß sich die Geschworenen seinem Willen widersetzten. Denn später, als er der Staatsanwalt der Sowjetunion war, geschah im Gerichtssaal stets, was Wyschinski wollte. Und er wollte immer nur das Schuldig, den Tod.

Im Revolutionsjahr 1905 hören wir von Wyschinski als Sekretär des Rates der Arbeiterdeputierten von Baku. Er hatte die zwei Jahre seiner Zugehörigkeit zu den Menschewisten gut genutzt. In dieser Eigenschaft leitete er den Eisenbahnerstreik. Die revolutionäre Bewegung wurde von der zaristischen Regierung unterdrückt, und unter den Verhafteten befand sich auch der junge Pole, der zu einem Jahr Festungshaft verurteilt wurde. — Während dieser Haft nun überdachte Wyschinski seine Lage und kam zu dem Entschluß, daß die revolutionäre Betätigung unter den damaligen Verhältnissen ihm außer Unannehmlichkeiten keinen Vorteil bringen konnte. Wandlungsfähig schwor er darum jeder revolutionären Betätigung ab und gab sogar der Ochrana, der gefürchteten politischen Polizei des Zaren, ein demgemäß schriftliches Versprechen. Ob er auch den in solchen Fällen üblichen Spitzelauftrag gegen seine eigenen Parteifreunde übernahm, ist nicht zu behaupten. Dafür spricht, daß Wyschinski freigelassen wurde, anstatt wie üblich in ein abgelegenes Nest der nordöstlichen Provinzen verbannt zu werden. Er nahm dann sein Studium in Kiew wieder auf, scheint aber seine Abkehr von jeder politischen Betätigung nicht so genau genommen zu haben. Das Halbdunkel dieser Jahre um Wyschinski läßt sich nicht durchdringen. Man vermerkt nur ein Attentat, das 1907 auf ihn und seine Frau angeblich von rechtsgerichteten Gegnern verübt wurde, von neuer revolutionärer Aktivität im Lager der Menschewisten und kleineren Gefängnisstrafen. Im Moskauer Revolutionsmuseum wird aus den letzten Jahren vor dem Weltkriege ein Polizeibericht aus Baku aufbewahrt, der „eine lange und wirkungsvolle Rede Wyschinskis" behandelt.

Der Jurist beendete 1913 sein Studium. Seine Bemühungen, an der Wladimir-Universität zu bleiben und sich der wissenschaftlichen Kriminalistik zu widmen, mißlingen. Darauf geht er nach Moskau und wird hier in die Korporation der Rechtsanwälte aufgenommen, d. h. er wird Rechtsanwaltsgehilfe, eine etwa unserer Anwaltsstation der Referendare entsprechende Stellung. Zwar scheint Wyschinski auch in Moskau Beziehungen zu den Menschewisten aufrechterhalten zu haben. Sein Beruf aber brachte es mit sich, daß er aus anscheinend rein geschäftlichen Gründen die aktive Politik verließ und sich ganz der Anwaltstätigkeit widmete. Der Sozialrevolutionär war ein geschickter Advokat geworden, der in dem Rufe stand, sehr gerissen zu sein. Er wies auch die Aufträge der „oberen Zehntausend" in der russischen Gesellschaft nicht ab. So übernahm er u. a. die Verteidigung der Prinzessin *Uchtomsky*, die eines „Leidenschaftsverbrechens" angeklagt war und erlangte für diese Aristokratin denn auch einen Freispruch.

Anstatt bei Ausbruch des ersten Weltkrieges als Fähnrich an die Front zu gehen, verstand es der geriebene Mann, sich von dem aktiven Frontdienst zu

drücken. Als der „Semgor“, eine öffentliche Hilfsorganisation für die russische Armee, gebildet wurde, finden wir ihn in dieser als Drückebergerbehörde bekannten Stelle weit im sicheren Hinterland auf einem halbmilitärischen Posten sitzen.

Die Februarrevolution von 1917 bricht aus. Es erscheint sicher, daß Wyschinski an ihr keinen Anteil nahm. Er wartete ab, wie die Dinge sich entwickeln würden. In dieser Zeit scheint es ihm wirtschaftlich nicht gut gegangen zu sein. Es wird berichtet, daß im November 1917, wenige Tage nach dem bolschewistischen Umsturz, bei dem Vorsitzenden des Petersburger Stadtsowjets der „Versicherungsagent“ Wyschinski erschien und ihm seine Dienste anbot. *Sinowjew-Apfelbaum*, der ihm aus einer Zeit, in der Wyschinski fast verhungerte und nur vom Pump lebte, befreundet war, brachte ihn als Kommissar in einem Bezirkssowjet unter. Später empfahl ihn Sinowjew an das Justizkommissariat des ehemaligen Zarenfähnrichs *Krylenko*, des späteren Oberstaatsanwaltes der Sowjetunion. Damit begann die große Karriere des ehrgeizigen Strebers.

In der Zwischenzeit aber ist auch nach amtlichen Sowjetangaben Wyschinski noch im Volkskommissariat für Ernährung tätig gewesen. Dieser Stellungswechsel scheint sich aus den vom Chaos des Bürgerkrieges und des bolschewistischen Terrors herrührenden Zuständen, insbesondere der die Sowjetunion heimsuchenden Hungersnot zu erklären. Jedenfalls bearbeitete Wyschinski in der juristischen Abteilung des Ernährungskommissariates auf untergeordnetem Posten unauffällig seine Akten. Als aber die Hungersnot immer größer wurde und selbst das Ernährungskommissariat seinen kleinen Mitarbeitern keine der begehrten höheren Verpflegungsrationen geben konnte, da alle noch greifbaren Lebensmittel der Roten Armee zugewiesen wurden, entschloß sich der wendige Mann, als Lektor und politischer Agitator in eine der Politabteilungen des Bolschewistenheeres einzutreten. Mit dieser Armee kam er 1919 an die Denikinfront, woraus dann später die auch von der Großen Sowjet-Enzyklopädie aufrechterhaltene Version geworden zu sein scheint, Wyschinski habe „als Freiwilliger gegen Denikin“ gekämpft. Man darf annehmen, daß es für ihn jedoch kein persönlich sonderlich gefährlicher Fronteinsatz gewesen ist, sondern nur eine der vielen Etappen, aber vielleicht eine besonders praktisch-lehrreiche, seiner bolschewistisch-kriminalistischen Lehrjahre.

Jetzt gelang ihm der Sprung in das Justizkommissariat und bereits 1920 fungiert Wyschinski als Staatsanwalt in den Prozessen gegen Konterrevolutionäre, in denen er stets, unerbittlicher als selbst sein mitleidloser Chef Krylenko, die Todesstrafe verlangte. Wurde sie ausnahmsweise einmal nicht ausgesprochen, verdächtigte er die Richter menschewistischer oder sogar gegenrevolutionärer Gesinnung und forderte die „entschiedene Säuberung der Sowjetgerichtsbarkeit von allen klassenfeindlichen Elementen“.

Anfang 1920 war Wyschinski, der nunmehr seine politische Entwicklungslinie vorgezeichnet sah, in die Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki) eingetreten, nachdem er zuvor feierlich von seinen menschewistischen Anschauungen abgerückt war. Bedenkenlose und gesinnungstüchtige Juristen wurden damals von den bolschewistischen Machthabern sehr gesucht und Wyschinski brachte alle Voraussetzungen für einen tüchtigen Kriminalisten des neuen Sowjetregimes mit. Als nunmehr anerkanntem Bolschewiken gelang es ihm, zunächst seine Jugendabsicht wahr zu machen und Dozent an der juristischen Fakultät der 1. Moskauer Staatsuniversität zu werden. Kurz darauf wurde er Professor des Kriminalrechts und von 1925 bis 1928 hatte er das Rektoramt der Universität inne. Von seinen staats- und rechtswissenschaftlichen Schriften, die in dieser Zeit entstanden, sind seine wesentlichsten die „Geschichte des

Kommunismus", Moskau-Leningrad 1924/25, und „Kursus des Kriminalprozesses", Buchdruckerei des Justizkommissariats, Moskau 1927.

In seinem akademischen Amt zeigte sich Wyschinski als kaltherziger Denunziant und gewandter Intrigant. Verschiedene alte, angesehene Professoren mußten infolge der Anzeigen ihres Kollegen Wyschinski den Weg in die sibirischen Todeslager antreten. Längst bestand auch eine Zusammenarbeit zwischen dem Kriminalprofessor und der Tscheka. Die Zahl der von ihm ihr überlieferten Hochschullehrer und Studenten wurde immer größer. Die Tscheka war mit ihm zufrieden, und das sicherte und stärkte seine eigene Position. Nicht nur *Jagoda* wurde auf ihn aufmerksam und sprach ihm des öfteren sein Wohlwollen aus, auch die höchsten Stellen des Kreml nahmen von seiner „nützlichen und der Partei ergebenen Tätigkeit" anerkennend Kenntnis. Seine Belohnung war die Ernennung zum Universitätsrektor. Als Wyschinski dieses Amt niederlegte, war an der Moskauer Universität keiner der alten Wissenschaftler mehr vorhanden, „rote Professoren" hatten sie abgelöst.

Es war schon erwähnt worden, daß Wyschinski als sowjetischer Staatsanwalt mit Bedenkenlosigkeit und Grausamkeit die drakonischsten Urteile gegen die Staatsfeinde der Sowjetunion forderte. Sogar Krylenko wurde es in der Gesellschaft des blutdürstigen Fanatikers unheimlich. Doch was er für den „Ausdruck einer aufrechten bolschewistischen Überzeugung" hielt, war nur der krankhafte Ehrgeiz eines charakterlosen Strebers. Diesem Machthunger mußten sich alle menschlichen Gefühle, die Wyschinski noch besaß, unterordnen. Diesem Ziel opferte er sogar seinen Freund, den einzigen, den er neben Sinowjew hatte.

Dieser „Fall Maxim *Borinow*" wirft ein grelles Licht auf die Wesensart Wyschinskis. — Borinow war eines der ältesten Mitglieder der Bolschewistenpartei, hatte lange Zeit in der Verbannung in Genf gelebt und galt seiner Überzeugung nach als ein aufrichtiger und begeisterter Idealist. Dieser nun vertraute im Frühjahr seinem langjährigen Freunde Wyschinski an, daß ihm die Terrorwirtschaft der Sowjets, die immer erschreckendere Ausmaße annahm, persönlich verhaßt sei. Besonders abfällig äußerte sich Borinow über die Massenmordmethoden des damaligen Tschekachefs *Dshershinski*, den er offenherzig als einen Bluthund bezeichnete. Schon am nächsten Tage wurde er in der Wohnung Wyschinskis verhaftet. Seine Enttäuschung über den Verrat des Freundes und die Aussicht, nun auch noch von diesem in den Tod geschickt zu werden, veranlaßte Borinow, in seiner Zelle Gift zu nehmen. Als Wyschinski dies erfuhr, eilte er im Auto ins Gefängnis, um seinen einstigen Freund zu „retten", allein mit der Absicht, ihn lebend vor das Tribunal stellen zu können. Wyschinski leitet nicht nur die Verhandlungen gegen Borinow, sondern trat auch noch — selbst in der Sowjetunion ein ungewöhnliches Ereignis — als der einzige Zeuge gegen den verratenen Freund auf und erwirkte natürlich gegen ihn das Todesurteil. Denjenigen, die vor dieser Niedertracht verständnislos den Kopf schüttelten, konnten die Eingeweihten die Erklärung geben, daß Borinow vor vielen Jahren während eines Streites seinen Freund geohrfeigt hatte und daß Wyschinski trotz aller äußeren Freundschaftsbezeigungen immer nur auf den Augenblick gewartet hätte, diese Züchtigung vergelten zu können. — Dieses schaudervolle Bild wird abgeschlossen durch die Tatsache, daß Wyschinski auch noch der Hinrichtung seines einstigen Freundes beiwohnte.

Krylenko versuchte jetzt, sich seines unheimlichen Mitarbeiters zu entledigen. Er wollte ihn auf einen Posten abschieben, wo er dem Obersten Staatsanwalt nicht so nahe war, doch es war schon zu spät. Zwar wurde Wyschinski noch für drei Jahre Leiter des „Glawprofob", der Hauptstelle für Berufsausbildung,

aber in der Periode der Auseinandersetzungen zwischen Trotzkisten und Stalinisten denunzierte Wyschinski seinen einstigen Chef bei Stalin als Trotzkisten. Krylenko wurde kaltgestellt und verschwand, Wyschinski aber nahm seinen Platz ein, nach dem er gestrebt hatte.

Nicht anders als Maxim Borinow ging es übrigens durch den gleichen verräterischen Freund auch Sinowjew-Apfelbaum. Als bei den späteren berühmten Schauprozessen auch dieser alte Bolschewik an der Reihe war, liquidiert zu werden, konnte sich sein ehemaliger Freund, der Genosse Oberprokuror Wyschinki, nicht genug damit tun, seinem einstigen Gönner, dem er seine ganze Laufbahn im Sowjetstaat verdankte, mit den gröbsten Beschimpfungen zu demütigen und wie stets die Todesstrafe zu beantragen.

Für die Öffentlichkeit der gesamten Welt wurde Wyschinski dann 1928 als Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes der UdSSR. im sogenannten „Schachty-Prozeß" bekannt, der die von sowjetischen und ausländischen Ingenieuren in der Sowjetindustrie angeblich begangenen Sabotageakte zum Gegenstand hatte. Schon dieser, noch von Krylenko veranlaßte Prozeß verursachte in der ganzen Welt ein allgemeines Erstaunen über das Verhalten der Angeklagten, die sich nicht nur nicht verteidigten, sondern selbst anklagten. 1930 wurde im Prozeß gegen die Industriepartei wiederum die Aufmerksamkeit auf diesen rätselvollen Staatsanwalt der Bolschewisten gelenkt und 1931/33 sehen wir ihn als Staatsanwalt der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR.) und stellvertretenden Volkskommissar für Justiz der RSFSR.

Im Juni 1933 wird Wyschinski, der für seine grausame Unterdrückung und „Aufdeckung der Gegenrevolution" durch hohe Orden ausgezeichnet wurde, stellvertretender Staatsanwalt der Sowjetunion (UdSSR.) und im März 1935 Erster Staatsanwalt der UdSSR.

Fünf Jahre hindurch also war der „von der Kriminalistik Besessene" Generalstaatsanwalt der Sowjetunion, und seine rücksichtslose, grausame Arbeit der Ausrottung aller Feinde des Sowjetstaates oder seiner führenden Männer gefiel den Machthabern des Kreml so gut, daß er im Januar 1938 erneut auf 7 Jahre in seinem Amt als Erster Staatsanwalt der Sowjetunion und damit als Oberster Henker Stalins bestätigt wurde. Außerdem wurde Wyschinski um seiner Verdienste willen zum Präsidialmitglied der Akademie der Wissenschaften in der Sowjetunion ernannt.

Typisch für die Methoden, mit denen dieser oberste Staatsanwalt für die Staatssicherheit sorgte, war ein Vorkommnis, das sich im Frühjahr 1937 im Justizkommissariat zu Moskau zutrug. Hier wurde in einer Verhandlung mit den Häuptlingen sowjetischer Verbrecherbanden ein Vertrag geschlossen, den Wyschinski veranlaßt hat. Die Vertreter des Verbrechertums waren von ihm aufgefordert worden, mit dem Sowjetstaat „Frieden zu schließen". In der „Iswestija" vom 18. März 1937 erschien dann ein Aufruf an alle Berufsverbrecher der Sowjetunion, der die Unterschrift des Bandenhäuptlings „Kostja, des Grafen" trug. Er lautete: „Genossen Verbrecher, die Ihr noch auf der Straße lebt, seht, was die Sowjetmacht für uns tut. Sie streckt uns ihre proletarische Hand entgegen, um Euch aus der Müllgrube herauszuhelfen. Gebt Eure Zweifel und Euer Mißtrauen auf und folgt unserem Beispiel. Macht Euch an die Arbeit, macht Eurem Vaterlande keine Schande und erweist Euch als seine würdigen Söhne."

Es dürfte in der Geschichte der Neuzeit einzigartig sein, daß sich ein Generalstaatsanwalt mit Vertretern der Verbrecherwelt am Verhandlungstisch zusammenfand. Wyschinski hat diese Aussöhnung, die den agitatorischen Zweck

hatte, die tiefe Menschlichkeit des bolschewistischen Systems darzutun, sehr geschickt inszeniert. Außer diesem getarnten Zweck aber hatte diese Aussöhnung mit den Verbrechern noch einen anderen Sinn. Er ist gewissermaßen symbolhaft für den ganzen Weg, den Wyschinski in seinem Amt als oberster Rechtswahrer einschlug. Die Praxis der sowjetischen Rechtspflege hat es ja stets mit erstaunlicher Offenheit bekundet, daß sie für das Seelenleben des gemeinen Verbrechers Verständnis hat und ihn durchaus als ein im Staatsleben verwendbares Material bewertet. Es ist bekannt, daß in den Zwangslagern der Sowjetunion die leitenden Posten den kriminellen Verbrechern anvertraut werden, wie man diese von bolschewistischer Seite ganz offiziell als „die ideologisch Näherstehenden" bezeichnet hat. Wyschinski hat das Verbrechen in das Staatsgefüge eingebaut und die mehr als zehntausend Todesurteile, die er beantragte und vollstrecken ließ — allein vom Mai 1937 bis Februar 1938, also während der Hochkonjunktur der Moskauer Schauprozesse, fällte er 6238 Todesurteile — sind wahrlich ein Rekord für einen Idealisten, dem das Seelenheil seiner kriminellen Zeitgenossen so sehr am Herzen liegt.

Die Zeit der großen Schauprozesse war für Wyschinski der Gipfelpunkt seines furchtbaren Wirkens. Friedrich *Adler*, der Kommunist aus Überzeugung, kennzeichnete diese Gerichtsverfahren als Hexenprozesse. Fast alle der Mitarbeiter Lenins wurden hier beseitigt. In diesen Gerichtsschauspielen ohne Beispiel bezichtigten sich die ältesten, hartgesottenen Führer des Bolschewismus selbst der schwersten Verbrechen, klagten sie ihre verdientesten Genossen der Spionage und der Gegenrevolution an, ja, verlangten sie gegen sich selber die Todesstrafe und verherrlichten sie Stalin, dem sie im Wege standen und der sie nun durch sein Werkzeug Wyschinski beseitigen ließ. Diese unbegreifliche Haltung der Angeklagten in den von Wyschinski geleiteten Moskauer Schauprozessen steht in den Annalen der Gerichtsbarkeit einzig da und ist nur durch die erklügelten Methoden der GPU., durch physische und psychische Foltern und vielleicht auch nur durch die Anwendung von geheimen narkotischen Mitteln zu erklären. Im einzelnen weiß man aber selbst heute noch nicht, was sich in Wirklichkeit in den Kellern der GPU. ereignet hat. Das Geheimnis um die Moskauer Schauprozesse Wyschinskis wird so lange bestehen, bis über diesen schrecklichen Regisseur des Todes selbst einmal die Akten geöffnet werden.

Der Hauptankläger Wyschinski entwickelte bei diesen Prozessen eine außergewöhnliche Redegewandtheit. Die Ausländer aber, die den Sitzungen beiwohnten, bezeichneten sich „unangenehm berührt" durch seine zynischen Bemerkungen und Ausfälle gegenüber den Angeklagten. Er betitelte sie als „teuflische Zwerge", als „verruchte Schlangen", als „wütende Hunde". Der amerikanische Gesandte und heutige USA.-Botschafter *Davies*, der mitunter den Verhandlungen beiwohnte, hat in seinem Tagebuch den Ausspruch des Korrespondenten des „Daily Telegraph" festgehalten, daß „in Rußland die habeas corpus-Akte durch die habeas-Kadaver-Akte ersetzt worden sei".

In diesen großen politischen Prozessen standen neben den Trotzkisten und engsten Mitarbeitern von Lenin die höchsten Beamten und Offiziere des Sowjetstaates unter der Anklage. Die Anklagereden gegen *Sinowjew*, *Kamenew*, *Smirnow*, *Bucharin*, *Radek*, *Jagoda*, gegen Marschall *Tuchatschewski* und Admiral *Orlow* hielt Wyschinski, zynisch lächelnd über das Pult gebeugt, den kalten Blick auf die zerstörten Gesichter der Angeklagten gerichtet, die ihre Schuld ins Mikrophon winselten, damit alle Welt und vor allem die bolschewistische Öffentlichkeit erfahre, warum es trotz des 2. Fünfjahresplanes immer noch Hunger und Elend in der Sowjetunion gebe.

Die Anklagereden Wyschinskis endeten ausnahmslos mit Nackenschüssen für die Verurteilten in den Todeskellern der GPU. *Krestinski* allerdings, der ehemalige Botschafter und Stellvertreter des Außenkommissars, verdarb ihm einmal das Konzept und stemmte sich gegen die tödlichen Regiekünste Wyschinskis. Es war im Märzprozeß 1938, als 11 Volkskommissare im kleinen Saal des Moskauer Gewerkschaftshauses vor dem Ankläger standen. Während alle mit matter Stimme sich schuldig erklärten, schrie Krestinski plötzlich, die allgemeine Teilnahmslosigkeit durchbrechend: „Nein, ich bin kein Trotzkist! Ich habe keine Verbrechen begangen, ich bin unschuldig"! — Die Verhandlung wurde unterbrochen, der sonst so ruhige Wyschinski stürzte sich im Korridor auf den neuen GPU.-Chef Jeschow, überhäufte ihn mit Schmähungen und vergaß sich soweit, vor den aufmerksam lauschenden ausländischen Pressevertretern zu erklären, daß er „die Angeklagten in Zukunft besser vorbereitet im Gerichtssaal zu sehen wünsche". Krestinski wurde in die Schreckenskammern der Lubjanka gebracht. Was dort mit ihm geschah, läßt sich nur vermuten. Während hier der widerspenstige Angeklagte „besser vorbereitet" wurde, erschien auch Wyschinski in den Schreckenskellern. Er kam im Pelzmantel wie ein Bürger, der eben seinen Stammtisch verlassen hat, wischte sich den Kneifer, nahm befriedigt die „Behandlung" des Gefolterten zur Kenntnis und verschwand wieder, unauffällig, wie er gekommen war. Nach ein paar Tagen gestand Krestinski. Um Jahre gealtert, das Gesicht verfallen, lehnte er den Kopf auf das Holzgitter und gab alles zu, was ihm der Generalstaatsanwalt mit seinen gefährlichen Fragen entlockte. Die Filmapparate surrten, das Mikrophon wurde dicht vor seinen Mund gerückt, die zuhörenden Genossen brüllten und um Wyschinskis Lippen spielte das Lächeln des Triumphes.

„Als Belohnung für seine großen Verdienste um die Prozesse gegen die Trotzkisten und Feinde des Volkes und für seine erfolgreiche Arbeit um die Konsolidierung der revolutionären Gesetzmäßigkeit", so lautete der offizielle Text eines Handschreibens von *Stalin*, in dem sich dieser unter Verleihung des höchsten sowjetischen Ordens bei Wyschinski dafür bedankte, daß er ihm eine Reihe unbequemer Mitwisser vom Halse geschafft hatte. Es waren ja alle diese negativen Eigenschaften, die völlige Charakterlosigkeit dieses Mannes, die ihn für das bolschewistische Regime als besonders geeignet erscheinen ließen. Sein Stern stand aber noch nicht im Zenit. Sein Ehrgeiz hatte noch nicht den Gipfel erklommen. Die politische Laufbahn im Sowjetstaat schien ihm eine größere Befriedigung seiner kriminalistischen Besessenheit bieten zu können.

Seine Stellung in der Staatsanwaltschaft endete im Sommer 1939, unmittelbar vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges, als Wyschinski auf der Dritten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR. zum Stellvertretenden Präsidenten des Rates der Volkskommissare (Sownarkom) ernannt wurde. Solche stellvertretenden Präsidenten des Sownarkom gibt es ein Dutzend; aber es gibt nur einen Ersten Stellvertretenden Außenkommissar, ein Posten, der für Wyschinski eigens *Anfang* September 1940 geschaffen wurde und der der Stellung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt entspricht. Dieses Amt bekleidet Wyschinski noch heute.

Nach dem Einmarsch der Sowjets in die baltischen Staaten wurde Wyschinski als Sonderbevollmächtigter der UdSSR. nach Riga entsandt. Er schien der gegebene Mann, um hier die beabsichtigte Ausrottung des lettischen Volkstums durchführen zu können. Er, der die Moskauer Schauprozesse so „erfolgreich" durchgeführt hatte, war nun dazu ausersehen, ein neues grausiges Schauspiel auch in Lettland zu inszenieren — das Schauspiel der möglichst schnellen Umwand-

lung dieses Bauernstaates in eine Sowjetrepublik, deren Kolchossystem im Gegensatz zum bodenverbundenen Bauerntum steht. Mit Lüge, Heimtücke und gewissenlosen Verdrehungskniffen wäre ihm die restlose Bolschewisierung des lettischen Volkes auch bis zum Ausgang des Jahres 1941 gelungen, wenn der Siegeszug der deutschen Wehrmacht das lettische Volk nicht noch in letzter Stunde gerettet hätte. Die kurze Zeit von Wyschinskis Wirken in Riga aber genügte, um auch in Lettland Tausende unschuldiger Menschen dem Henker auszuliefern und Zehntausende in den sicheren Tod der sowjetischen Zwangslager zu schicken.

Als 1941 vor den anrückenden deutschen Truppen ein Teil der Sowjetregierung und das Diplomatische Korps aus Moskau nach Kuibyschew umsiedelte, verlegte auch Wyschinski seine Tätigkeit dorthin. Er widmete sich jetzt völlig seinen diplomatischen Aufgaben. Dabei muß zur Abrundung des Bildes um ihn auch sein erster Beitrag erwähnt werden, den er zur sowjetischen Außenpolitik dadurch lieferte, daß er zusammen mit dem englischen Sondergesandten *Cripps* und dem jugoslawischen Gesandten zu Beginn des Jahres 1941 in einem Landhaus der britischen Botschaft in Perlowka die Belgrader Verschwörung angezettelt hat, die dann für Jugoslawien so verderbliche Folgen brachte.

War auch sein erstes außenpolitisches Auftreten damit ein Mißerfolg, so konnte er ein Jahr später dafür einen um so größeren Erfolg bolschewistischer Politik der entsetzten Welt bekanntgeben. Hohnvoll gestand er die Liquidierung der polnischen Armeen in der Sowjetunion ein. Er stellte zynisch fest, daß die polnische Armee, die in Stärke von über 73 000 Mann nach dem Zusammenbruch Polens in die Hände der Bolschewisten gefallen war, durch Mangel an Lebensmitteln um rund 30 000 Soldaten abgenommen hat. Die Sowjets lieferten nämlich ab 1. April 1942 nur noch für 44 000 polnische Soldaten die Verpflegung und verurteilten damit die übrigen 30 000 polnischen Soldaten zum Hungertod. — Wenn Wyschinski dann später bei der Frage nach dem Schicksal der aus den ostpolnischen Gebieten in die Sowjetunion verschleppten Polen eiskalt feststellte, daß es sich nur um eine „kleine Zahl von Personen" gehandelt hat, so zeigt er auch mit diesem Ausspruch, wie wenig Menschenleben in den bolschewistischen Kalkülen eine Rolle spielen. Diese „kleine Zahl" umfaßte immerhin 1½ Millionen Menschen, darunter 400 000 Kinder. Wir wissen heute, daß nur ein Bruchteil dieser unglücklichen Menschen noch lebt. Es waren diese Nachforschungen der Vertreter der polnischen Exilregierung in Kuibyschew nach dem Verbleib ihrer verschollenen Landsleute, die den Sowjets unbequem wurden. Wieder war es Wyschinski, der ja schon bewiesen hatte, daß er auch seine polnische Abstammung jederzeit zu verleugnen bereit war, und der nun die namhaftesten polnischen Diplomaten in Kuibyschew beschuldigte, Spionage zugunsten Deutschlands getrieben zu haben. Sie hätten sich „außer mit der Spionagetätigkeit auch noch systematisch mit der Verbreitung verleumderischer und der Sowjetregierung feindseliger Gerüchte und Erfindungen beschäftigt, die zur Diskreditierung der sowjetischen Zustände berechnet waren", so erklärte Wyschinski. Das waren nämlich die Zustände, die zu den Genickschüssen von Katyn und zum Hungertode der Hunderttausende verschleppter Polen geführt hatten. Das Weitere besorgten dann sehr rasch die Sowjetgerichte, die eine Reihe von Exilpolen zu Freiheitsstrafen oder zur Ausweisung verurteilten. Wieder hatte Wyschinski unbequeme Leute durch seine üblichen Beschuldigungen mit strafbaren Handlungen den Kremlgewaltigen vom Halse geschafft. Seine einfache, altbewährte Methode hat sich auch hier wieder bewährt.

Das jüngste Entwicklungsstadium des Weges dieses Mannes kann kurz zusammengefaßt werden: Bei der Einführung der neuen Rangordnung in den

oberen Staatsämtern der UdSSR. wurde Wyschinski im Juni 1943 der Titel eines Außerordentlichen Bevollmächtigten Botschafters verliehen. Im September des gleichen Jahres wurde er Vertreter der Sowjetregierung in der militärischen politischen Kommission der Vereinigten Nationen, und im gleichen Monat wurde er zum Delegierten der Sowjetunion in der Interalliierten Mittelmeer-Kommission mit dem Sitz in Algier ernannt. Bemerkenswert ist, daß Wyschinski bei allen seinen neuen außenpolitischen Aufgaben sein Amt als Erster Stellvertretender Außenkommissar beibehalten hat.

Die neuen Aufgaben, die Stalin seinem ergebenen Gesinnungsgenossen gestellt hat, sind klar. Wyschinski hat die bolschewistischen Einflüsse im Mittelmeer zu verstärken, das nordafrikanische Gebiet im Sinne Moskaus zu bearbeiten und die Ansprüche der Sowjets auf die Randgebiete des Mittelmeeres zur Geltung zu bringen. Schon zeigt sich in Nordafrika und in Süditalien die Hand dieses Mannes, der hier eine neue Völker- und Menschentragödie unvorstellbaren Ausmaßes vorzubereiten scheint. Wenn eine englische Wochenzeitung meinte, daß sich „*André Philip*, de Gaulles Innenminister, keinen besseren Ratgeber für die Prozesse wünschen könnte, die er offenbar gegen alle Vichy-Anhänger zu führen gedenkt", so wird damit wohl eine Entwicklung angedeutet, wie wir sie in ihren Anfängen bereits in Algier, Marokko und im Süden Italiens mit Bluturteilen am laufenden Band, mit Verhetzung, Verfolgung, Terror, Hungersnot und Seuchen täglich erleben. Was Wyschinski mit den politischen Schauprozessen zu Moskau gegen Tausende von Menschen begann, soll er nun im Süden Europas an Millionen fortsetzen. *Max Krause*

Bücher des Monats

Feuz, Ernst, Schweizergeschichte. Mit 16 Tafeln. VII, 337 S. Schweizer Spiegel Verlag (1940).

Es ist von vornherein ein Wagnis, die vielhundertjährige Geschichte auch eines kleinen Landes auf so knappem Raum zusammenzufassen. Der Verfasser hat daher wohl daran getan, unter Verzicht auf die Vorgeschichte der Eidgenossenschaft sogleich mit der Entstehung der ersten Bünde im 13. Jahrhundert einzusetzen. Weniger befriedigt das vorzeitige Abbrechen der Darstellung, die im wesentlichen mit der Mitte des 19. Jahrhunderts schließt und das letzte Jahrhundert auf wenigen Seiten kaum andeutet. Aber auch innerhalb dieses zeitlich engen Rahmens wäre höchste Ballung erforderlich gewesen, um ein geschlossenes Bild der Zusammenhänge und Abläufe zu vermitteln. Diesem Erfordernis widerstrebt jedoch die Absicht des Verfassers, möglichst zahlreiche Quellenauszüge im Wortlaut zu unterbreiten; so löblich an sich dieses Beginnen ist — in diesem Falle ist es zumindest in solchem Ausmaß unangebracht. Der Raum, der damit verlorengeht, wäre besser zur klareren Herausarbeitung der Zusammenhänge verwandt worden, die man gar zu oft schmerzlich vermißt; selbst bei bewußtem Verzicht auf Vollständigkeit muß doch ein gewisses Maß an Tatsachen und Einzelheiten verlangt werden, ohne die eine geordnete Übersicht über den Gang der Ereignisse unmöglich ist.

Überdies bedarf gerade eine so knappe Behandlung eines großen Themas einer besonders sorgsamen Verteilung des Stoffes. Sie ist hier nicht erreicht. Zwei, allerdings sehr wichtige Epochen — die Reformationszeit und das Zeitalter der französischen Revolution im weiteren Sinne — sind verhältnismäßig breit ausgearbeitet und nehmen beinahe die Hälfte des Raumes ein; fast alles andere ist dafür im flüchtigsten Skizzenstil gehalten. Nun können auch solche Skizzen reizvoll sein, wenn sie sich durch sichere Strichführung, Erfassung des

Wesentlichen und Rundung in sich auszeichnen. Aber auch das ist F. nicht gelungen.

Im einzelnen ließe sich von unserem Standpunkt aus viel einwenden. Nur einige Punkte seien angedeutet, um vom Standpunkt des Verfassers und vom Geist des Werkes einen Begriff zu geben. Ganz abgesehen davon, daß die einleitenden Seiten viel zu moderne Begriffe auf das frühe Mittelalter übertragen — es ist z. B. von den „pangermanischen Franken", von „totalitären Ansprüchen der Großreiche", vom „urdemokratischen Gefühl" der Urahnen die Rede —, werden vor allem die völkischen Grundlagen mehr vernebelt als geklärt. Kann man den heutigen Schweizern wirklich allen Ernstes erzählen, daß Räter und Kelten im gleichen Maße zu ihren Vorfahren zählen, wie die Alemannen, deren Bedeutung und Leistung hier in keiner Weise gewürdigt wird? Die ausschlaggebende Rolle des germanischen Elementes für den Bevölkerungsaufbau der Schweiz wird nicht deutlich, und bezeichnend genug erscheint als einzige Abbildung aus dem frühen Mittelalter der Kopf eines vornehmen Kelten. Wenn Bern als „äußerstes Reichsgebiet" angesprochen, die Rolle der Zähringer übergangen, die sogenannten burgundischen Eidgenossen bedenklich überschätzt, ihr Gebiet als „französischer Westen" bezeichnet und der Keim der „dreisprachigen Eidgenossenschaft" schon im 14. Jahrhundert erblickt wird, so liegt das auf der gleichen Linie. Eine bestimmte Tendenz ist unverkennbar. Sie wirkt sich ebenso aus in der Behandlung der französischen Politik gegenüber der Eidgenossenschaft, die nicht in den Zusammenhang der allgemeinen französischen Ostpolitik eingeordnet wird, aus dem heraus sie erst verständlich ist. Der völkische Gegensatz zwischen der rein deutschen alten Eidgenossenschaft und den Franzosen wird ebensowenig herausgearbeitet wie der zwischen den Eidgenossen und Burgund. Überhaupt leidet die gesamte Darstellung unter der Isolierung der schweizerischen Vorgänge, die doch nur zu verstehen sind, wenn man sie in ihrer Verkettung mit der Reichsgeschichte und darüber hinaus mit den mitteleuropäischen Ereignissen betrachtet. Daß die Männer, die auch in der alten Eidgenossenschaft Geschichte machten — man denke an Waldmann, Diesbach, Bubenberg — ganz unerwähnt bleiben, scheint mit der Abneigung des Schweizer Demokraten gegen jedes Führertum schlechthin zusammenzuhängen; daß die innere Entwicklung der alten Eidgenossenschaft — Pfaffen- und Sempacherbrief, Waldmannhandel und Twingherrenstreit, das Verhältnis der Orte zu Zugewandten und Untertanen, der Beitritt von Basel, Schaffhausen und Appenzell zur Eidgenossenschaft und deren Ausgreifen ins Reich (Rottweil, Mülhausen) — übergangen wird, erscheint selbst in dieser Darstellung als bedauerliche Lücke. Die enge Verbindung der alten Eidgenossenschaft mit dem Geistesleben des übrigen Deutschland bleibt ebenso verborgen, wie die Zusammenhänge zwischen den Bauernerhebungen im Reich und in der Schweiz. Farblos und matt wirkt die knappe Skizze der Jahrhunderte zwischen Reformation und französischer Revolution, und selbst diese beiden großen Kapitel sind unbefriedigend. Wird dort das politische und soziale Moment gegenüber dem eigentlichen reformatorischen Anliegen überbetont, so tritt hier die politische Einstellung des Verfassers einer eindeutigen Linienführung hemmend in den Weg. Wer selbst auf dem Boden der Ideen von 1789 steht und so jedes völkischen Gesichtspunktes bar ist, der kann sich nicht überzeugend mit den Vorgängen auseinandersetzen, die den traurigen Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft bewirkt haben. Aus dem gleichen Grunde mag der Verfasser es vorgezogen haben, die Stellung der Schweiz im Kriege 1870 wie im Weltkriege, die Zonenfrage und das Verhältnis der Schweiz zu Völkerbund wie zur Frage der kollektiven Sicherheit unerörtert zu lassen, und ebenso mag es kein Zufall sein, daß sein Buch mit einem Zitat aus dem Aufruf der sozialdemokratischen Partei der Schweiz von 1940 schließt. Neue Gesichtspunkte für die Betrachtung der Schweizergeschichte finden sich also nicht; gegenüber den bewährten Darstellungen von Dierauer und Gagliardi oder den knapperen Zusammenfassungen des Viermännerwerkes von Bonjour, Feller, Muralt und Nabholz oder dem vorzüglichen Göschenbändchen

von Largiadèr erscheint das vorliegende Buch vielmehr als Rückschritt. Die Schweizergeschichte muß allerdings trotz dieser guten Werke neu geschrieben werden, aber sie kann nur neu geschrieben werden vom Gesichtspunkt des Volkes und des Reiches. *H. G. Fernis*

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Die vom Institut herausgegebene Schriftenreihe „Kleine Auslandskunde" will bekanntlich dadurch zum Verständnis der weltpolitischen Ereignisse der Gegenwart beitragen, daß sie in gedrängter Form das wesentliche Tatsachenmaterial über alle Staaten der Erde bringt. Auch die 1943 erschienenen Bände

Roderich von Ungern-Sternberg: Frankreich,
Heinz Lehmann: Großbritannien,
Karl Heinz Pfeffer: Australien und Neuseeland,
Alfred Malaschofsky: Rumänien,
Michael Schwartz: Die Slowakei,
Richard Busch-Zantner: Bulgarien,
Eskander Tehrani und Sebastian Beck: Iran,
Ernst Klingmüller: Ägypten,
Friedrich Schönemann: Die Vereinigten Staaten,
Hans Grellmann: Finnland,
Ludwig Alsdorf: Indien

(sämtlich im Verlag Junker & Dünnhaupt) halten sich an die für die Reihe gegebenen einheitlichen Richtlinien. Raum, Volk, Staat, Kultur, Wirtschaft, Wehrmacht heißen die einzelnen Abschnitte jedes Buches, deren Unterabteilungen nur gelegentlich, je nach den besonderen Problemen eines Landes, variieren, wie z. B. bei Rumänien, wo man angesichts der Tatsache, daß in Wahrheit rund 10 Prozent der Bevölkerung Juden sind, einen besonderen Abschnitt über die Judenfrage einschob. — Die große Unterteilung zeigt, daß dem Leser nicht einfach Zahlen vorgesetzt werden, sondern daß die Verfasser das Material erschlossen und ausgewertet haben. Wer diese kleinen, straff gegliederten Bände gelesen hat, soll hinterher nicht nur über den flächenmäßigen Umfang der betreffenden Länder, ihre Bevölkerungszahl und Ausfuhrgüter Bescheid wissen, er soll beim Lesen des Berichts über finnische Geschichte auch erfahren haben, wie stark Finnland sich an Schweden gebunden fühlte und ihm 1808 selbst dann noch treu blieb, als dieses es gegen die Russen im Stich ließ, soll bei der Beschäftigung mit der britischen Innenpolitik begreifen, daß längst das Unterhaus nicht mehr ausschlaggebender politischer Faktor ist, sondern daß die Macht in den Händen von Ministerpräsident und Kabinett ruht, soll von Indien nicht nur wissen, daß es verfassungsmäßig in zwei völlig verschiedene Teile: Britisch-Indien im engeren Sinne und das Gebiet von rund 600 indischen Fürstenstaaten zerfällt, sondern auch, daß seine gesamte Kultur in einem Maße von der Religion beherrscht wird wie in keinem anderen Land der Welt, er soll in Iran nicht nur das aktuelle Streitobjekt zwischen der Sowjetunion und den Westmächten bzw. die aktuelle Erwerbung der Sowjetunion sehen, sondern sich auch dessen bewußt sein, daß Deutschland 1938/39 unter den Handelspartnern Irans an erster Stelle stand, er soll wissen, daß in den Vereinigten Staaten bereits seit 1935 eine Heeresreform lief — kurz, er soll die Bändchen zum Nachschlagen ebensogut benutzen können wie dazu, sich über die Problemkreise der betreffenden Länder kurz zu unterrichten.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8
Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Heinrich Dieckmann, Berlin W 8
Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | Z.Z. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany

Die Fremdsprachen-Verlag-GmbH. hat es sich zur Aufgabe gestellt, deutsche Art und deutsche Kultur der europäischen Öffentlichkeit näher zu bringen. Zu diesem Zweck hat sie ein Verlagsprogramm von 34 fremdsprachlichen Publikationen entwickelt. Diese Zeitungen und Zeitschriften gehen teils in die neutralen und in die von Deutschland besetzten Länder, teils dienen sie zur Aufklärung und Information für die in Deutschland arbeitenden ausländischen Arbeitskräfte.



FREMDSPRACHEN-VERLAG

GMBH.

BERLIN-CHARLOTTENBURG

Feine Maßarbeit - Konservierung

Reparaturen



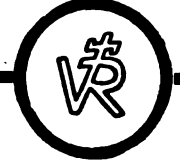
K. Pankow & Co.

Feine Pelze

BERLIN C 2

Leipziger Straße 75 (am Dönhoffplatz)

Ruf 16 74 51



WESTLAND

Blätter für Volkstum, Geschichte und Kultur an Rhein, Mosel, Maas und Schelde

Herausgegeben von

Reichsminister

DR. ARTHUR SEYSS-INQUART

Reichskommissar f. d. besetzten niederländ. Gebiete

In Beiträgen sachkundiger deutscher und westeuropäischer Mitarbeiter werden landschaftliche, kulturelle und geschichtliche Fragen des gesamten Westraumes behandelt

Mit vielen Bildern, Karten und Faksimilewiedergaben, Format 27 : 35,5 cm Jährlich drei Veröffentlichungen

Einzelausgabe RM 2,70, Jahresreihe RM 8,10

VOLK UND REICH VERLAG AMSTERDAM

BERLIN - PRAG - WIEN

WERTVOLLE REISEBÜCHER

CARLA BARTHEEL

Unter Sinai-Beduinen u. Mönchen

Umfang 296 Seiten. Gebunden RM 9,60

R. BREGHT-BERGEN

Mit Pickel und Faltboot durch drei Erdteile

Umfang 295 Seiten. Gebunden RM 9,60

HANS HARTMANN

Ziel Nanga Parbat

Umfang 200 Seiten. Gebunden RM 2,80

Wir liefern nur an den Buchhandel

WILHELM LIMPERT VERLAG

BERLIN SW 68

DOKUMENTE DER DEUTSCHEN POLITIK

Herausgegeben

von

PROF. DR. F. A. SIX

Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

Reihe: Die Zeit des Weltkrieges und der Weimarer Republik

Band 1/2: Der Weltkrieg 1914—1918.

Band 3: November-Umsturz und Versailles 1918—1919.

Weitere drei Bände, die je den Zeitraum 1919/24, 1924/30 und 1930/33 umfassen, sind in Vorbereitung.

Reihe: Das Reich Adolf Hitlers

Band 1: Die nationalsozialistische Revolution 1933. 7. Aufl. 1942. XVI, 395 S., 4 S. Abb.

Band 2: Der Aufbau des deutschen Führerstaates 1934. 7. Aufl. 1942. X, 353 S., 4 S. Abb.

Band 3: Deutschlands Weg zur Freiheit 1935. 7. Aufl. 1942. VIII, 338 S., 4 S. Abb.

Band 4: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht 1936. 6. Aufl. 1942. IX, 378 S., 4 S. Abb.

Band 5: Von der Großmacht zur Weltmacht 1937. 5. Aufl. 1942. XII, 468 S., 4 S. Abb.

Band 6: Großdeutschland 1938. 4. Aufl. 1942. XIX, 775 S., 8 S. Abb.

Band 7: Das Werden des Reiches 1939. 2. Aufl. 1942. XXII, 914 S., 8 S. Abb.

Band 8: Das Reich im Kampf gegen den Westen 1940. 1. Auflage 1943. In 2 Teilen erschienen. Teil 1, 442 S. Teil 2, 904 S.



Die

Großen Publikationen

des

Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

A. Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

- I. Abteilung: Reich und Europa
- II. Abteilung: Europa und das Weltstaatensystem
- III. Abteilung: Länderkunde

Die Repräsentativreihe des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

B. Dokumentationen

- I. Dokumente der Weltpolitik
- II. Dokumente d. deutschen Politik
- III. Dokumente zur Länderkunde

Die Quellen zur Erkenntnis der Reichs-, Europa- und Weltpolitik

C. Handbücher

- I. Handbücher zur Auslandskunde
  Eine umfassende Darstellung der Lebensgrundlagen der Weltstaaten
- II. Handbuch der Politik
  Das Grundlagenwerk der politischen Wissenschaften
- III. Wörterbuch der Außenpolitik
  Das Nachschlagewerk zur außenpolitischen Terminologie

D. Europa-Bibliographie

Das politische Schrifttum zur europäischen Länderkunde

E. Studien zur Auslandskunde

Die Vierteljahreshefte zur Wissenschaft der Auslandskunde

1. Afrika
2. Ostasien
3. Vorderasien
4. Osteuropa
5. Südost-Forschungen

F. Sprachenkundliche Lehr- und Wörterbücher

Die Grundlagen für die sprachliche Ausbildung, insbesondere in den orientalischen Sprachen

G. Jahrbuch der Weltpolitik

Der Jahresbericht der deutschen Auslandswissenschaften

H. Zeitschrift für Politik

Die führende Monatsschrift zur Problematik der Europa- und Weltpolitik

Verlangen Sie über die vorstehenden Publikationen Auskünfte und einen ausführlichen Teilprospekt von der Forschungs- und Publikationsabteilung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin SW 68, Charlottenstr. 96

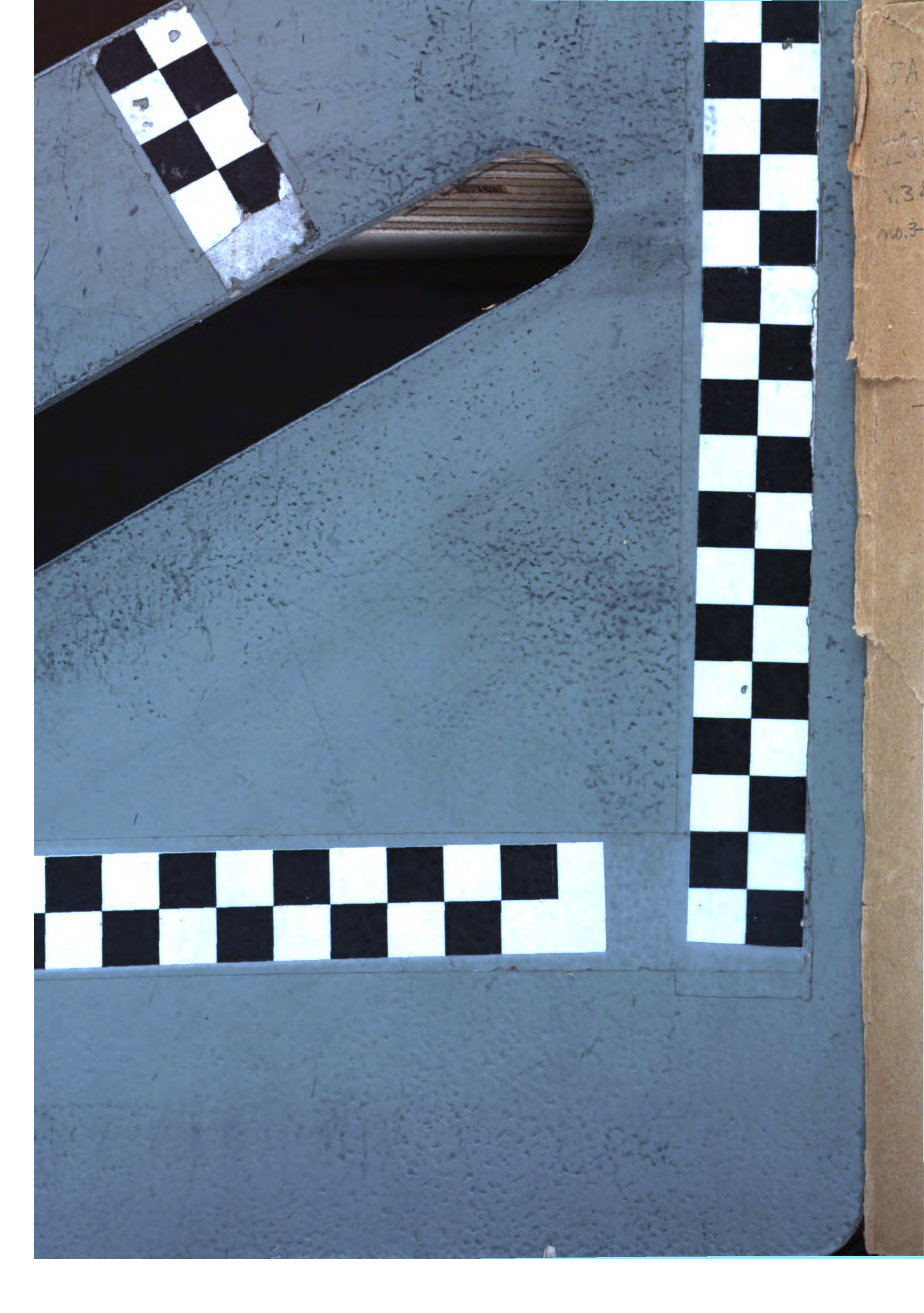




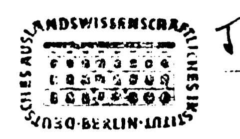








ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W 8

34. BAND HEFT 3/4 MÄRZ/APRIL 1944

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. R. G. Kallia, Abgeordneter, Helsinki

Prof. Dr. K. C. von Loesch, Direktor der Abteilung Volkstumskunde im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Franz Ronneberger, Wien I, Mölkerbastei 5

Dr. Egon Vorauer, Klagenfurt, z. Z. Wehrmacht

Prof. Dr. Otto Quelle, Direktor der Abteilung Spanien und Spanisch-Amerika im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Prof. Dr. phil. habil. Josef März, Prag VII, Stroßmayerstr. 4/V

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Direktor der Abteilung Großbritannien im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Fritz Steppat, Berlin N 65, Edinburger Str. 13

Hugo Rheiner, Grünheide über Erkner bei Berlin, Hubertusstr. 16

Prof. Dr. Friedrich Schönemann, Direktor der Abteilung Vereinigte Staaten von Amerika im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom

DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch Professor Dr. F. A. Six *und Ministerialrat* Professor Dr. W. Ziegler



Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis: das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. zweimonatlich

34. BAND | MÄRZ/APRIL 1944 | HEFT 3/4

Finnisches Rechtsempfinden und finnischer Glaube an den Sieg der Gerechtigkeit

Von R. G. Kallia, Helsinki

Es dürfte mit Recht gesagt werden können, daß der Glaube des finnischen Volkes an die Macht des Rechts und an den endgültigen Sieg der Gerechtigkeit stärker ist als bei irgendeinem anderen Volk. Diese Behauptung mag überraschend sein, aber sie kann mit guten Gründen verteidigt und ihre Richtigkeit bewiesen werden.

Dieser feste Glaube unseres Volkes hat seine eigenen historischen Gründe, die hier kurz erörtert werden sollen.

Als Finnland nach einem unglücklich verlaufenen Krieg 1809 von Schweden gelöst und an Rußland angeschlossen wurde, nachdem Schweden seiner säkularen Gewohnheit gemäß dieses sein „Grenzland" fast ausschließlich mit eigener Kraft gegen eine erdrückende Übermacht hatte kämpfen lassen, verlieh Zar *Alexander I.* Finnland die Autonomie und sicherte ihm seine alte Konstitution (die Konstitution Schweden-Finnlands von 1772 und 1789) sowie eigene Verwaltung mit Ausnahme von Außenpolitik und Wehrmacht zu. Finnland erhielt hierdurch eine Sonderstellung, verglichen mit dem übrigen weiten Russenreich. Das Verhältnis zwischen Finnland und Rußland konnte fast mit einer Personalunion verglichen werden, denn hauptsächlich war es die Person des Herrschers, die Finnland an Rußland schloß. Bezeichnenderweise gab es eine Zollgrenze zwischen den beiden Ländern.

Die edle Großzügigkeit Alexanders I. hatte zur Folge, daß Finnland nach 1809 recht schnell ein loyaler Teil des Zarenreiches wurde, der sich schneller als Rußland entwickelte und gradweise einen beträchtlichen Vorsprung in Kultur und Wirtschaft errang. Hierzu hat natürlich auch die Tatsache beigetragen, daß Finnland schon zu dieser Zeit unverneinbar dem abendländischen Kulturkreis angehörte, was in Rußland nur bei einem Teil der gebildeten Schichten der Fall war, recht oberflächlich im übrigen. Ein finnisches Sprichwort besagt auch: „Kratz' den Russen ein wenig ab, und der Mongol tritt in Erscheinung."

Diese Loyalität unseres Volkes wurde in echt orientalischer Weise entlohnt. In Rußland wurde man eifersüchtig wegen der raschen Fortschritte Finnlands, die panslavistischen Kreise haben Finnland als Stein des Anstoßes empfunden, dessen Sonderstellung nicht bestehen durfte. Endlich schloß sich noch die orthodoxe Kirche den Feinden Finnlands an. So begann im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts der politische Gewaltdruck. Zuerst wurden die finnischen Briefmarken im Auslandsverkehr verboten, später wurde unsere eigensprachige Armee, so klein sie auch war, aufgelöst. Nachträglich folgte eine Maßnahme der Russifizierung der anderen, bis am Ende unsere ganze Autonomie gefährdet war. Zar *Nikolaus II.* hat den Treuschwur gebrochen, den Alexander I. als erster geschworen und den er selbst bei seinem Thronantritt erneuert hatte.

Das Volk Finnlands hat in jener Stunde seinen großen Rechtskampf eingeleitet. Durch passiven Widerstand wurde gegen die Russifizierungsmaßnahmen gekämpft. Zahlreiche Richter, einige Hundert, die sich weigerten, die durch russische Machtdekrete außerhalb der finnischen gesetzgeberischen Ordnung entstandenen Verordnungen in die Praxis umzusetzen, wurden nach Rußland verschleppt und rechtswidrig unter Anwendung russischer Gesetze zu Gefängnisstrafen oder zur Deportation nach Sibirien verurteilt. Aber der Widerstand wurde hiermit nicht gebrochen. Immer neue Generationen von Richtern standen bereit, in den Spuren ihrer Vorgänger den Weg in die russischen Gefängnisse zu wandern, und die anderen Beamten haben desgleichen gehandelt. Als die finnische Armee aufgelöst wurde, haben die finnischen Jünglinge einen Wehrpflichtigenstreik durchgeführt.

Finnland hat also ohne Waffen für sein gutes Recht gekämpft. In Europa hat dieser Kampf großes Aufsehen erregt. Bekannt ist die Adresse der gelehrten Welt für die Sache Finnlands an den Zar. Im Jahre 1899 hat unser Volk in wenigen Wochen eine

Adresse mit den Unterschriften von etwa 500 000 erwachsenen Männern und Frauen gesammelt. Sie sollte dem Zaren von einer großen Deputation überreicht werden, der ein Vertreter von jeder Gemeinde angehörte. Die Deputation war schon in St. Petersburg angekommen, sie wurde aber nicht vom Zaren empfangen. Er ließ ihr nur sagen, er sei mit ihr sehr unzufrieden.

Dieser Kampf um Finnlands Recht hat 20 Jahre gedauert, bis zum Selbständigwerden des Landes. Während des japanisch-russischen Krieges 1904/05 entstand neben der passiven auch eine aktive Widerstandsbewegung, die u. a. mit japanischer Hilfe Waffen beschaffte. Als dann der erste Weltkrieg 1914 ausbrach, hatte sicherlich der lange, zähe Rechtskampf einen besonderen Anteil an der sofortigen Bereitschaft der Elite unseres Volkes zum Kampf gegen den Riesen im Osten. Als Schweden unsere Freiwilligen nicht zur militärischen Ausbildung empfangen wollte — heute empfängt Schweden zur Ausbildung norwegische Freiwillige —, wandte man sich an Deutschland. Dort fand man Verständnis, und so entstand das Königl. Preuß. Jägerbataillon 27, das an der Ostfront zum Kampf eingesetzt wurde und unserem Lande die nötigen militärischen Führer und Unterführer zum Anfang des Befreiungskrieges im Winter 1918 bereitstellte.

Der Rechtskampf, der während 20 Jahren geführt wurde, hat also nicht zum Sieg geführt. Den Sieg brachte erst die eigene tatkräftige Aktion zur Befreiung des Vaterlandes vom Unterdrücker und die Hilfe Deutschlands, jenes Landes, mit dem Finnland in Schicksalsgemeinschaft verbunden ist. Aber es wäre sicherlich falsch, zu behaupten, daß der Rechtskampf vergebens gewesen wäre. Vielmehr wäre man ohne diesen Kampf im Lande gar nicht so wach und bereit zu aktiverem Einsatz gewesen. Auch in anderer Weise hat dieser Kampf tiefe Spuren in unserer Volksseele hinterlassen. Man kann sogar behaupten, daß unser Volk nach diesem Kampf in manchen Fällen eine allzu hohe Auffassung von Recht und Gerechtigkeit gehabt hätte: es kann oft blind auf einen Paragraphen starren und vergessen, daß die Hauptsache doch die Anwendung des Paragraphen ist, und nicht die Worte. Aber wir stellen fest, daß in diesem Kampfe ums Recht das Rechtsbewußtsein des Volkes stärker geworden ist und das Volk dadurch neue Kraft und Härte erworben hat, um in schweren Zeiten weiterhin durchzuhalten.

So sind Recht und Wahrheit dem finnischen Volk aus leicht begreiflichen Gründen außerordentlich ernste Begriffe geworden. Instinktiv betrachtet das Volk sie als überall stichhaltig, unerschütterlich und unverrückbar. So wird die Volksseele durch von außen her

kommende Versuche, dem Unrecht über die Gerechtigkeit zum Triumph zu verhelfen oder die Wahrheit durch Lüge zu ersetzen, aufs tiefste erschüttert. Ein Beispiel dieser Überzeugung war die Bauernbewegung 1929 und 1930, die sog. Lapuabewegung, die den Kommunismus schlug. Wo und wann das Volk Finnlands die Gerechtigkeit und Wahrheit gefährdet sieht, ist es bereit, diese aufs hartnäckigste zu verteidigen, sogar in Fällen, die ganz aussichtslos scheinen mögen.

Nur diese Tatsache kann es einem Außenstehenden verständlich machen, daß Finnland im November 1939 sich weigerte, den Forderungen der Sowjetunion nachzukommen, obgleich es wußte, daß diese Weigerung einen Waffengang gegen eine Übermacht, die vierzigmal stärker als die eigene Kraft war, zur Folge haben würde. Freilich waren die Geländeverhältnisse günstig für den Verteidiger und haben als Faktor mitgewirkt. Wenn aber das finnische Volk nicht so bis ins Herzensinnere hinein von seinem guten Recht überzeugt gewesen wäre und wenn nicht der Sieg der gerechten Sache als unerschütterliches Axiom, das man überhaupt nicht bezweifeln konnte, gegolten hätte, dann hätte das, was wir das Wunder des Winterkrieges nennen, nicht geschehen können, sondern Finnland hätte nachgegeben und wäre vielleicht heute aus der Reihe der Nationen gestrichen. In diesem Falle aber würden wahrscheinlich die Fronten dieses Krieges ganz anders verlaufen als heute.

Der Winterkrieg endete im Moskauer Gewaltfrieden, der Finnland mehr raubte, als Stalins erste Forderungen enthielten, d. h. fast ganz Karelien. Ein Außenstehender nun könnte vielleicht annehmen, daß Finnland in diesem Unglück seinen Glauben an den endgültigen Sieg der gerechten Sache verloren hätte. Es war nicht so! Vielmehr hat Finnland nach wie vor unerschütterlich geglaubt, ja, gewußt, daß das geschehene Unrecht gesühnt werden würde. Den festen Beweis hierfür liefert die geschlossene Einmütigkeit, mit der die karelische Bevölkerung, eine Schar von 470 000 Menschen, ihre Heimat verließ und alles Hab und Gut, was sie nicht mitnehmen konnte, aufgab und in die anderen Gebiete Finnlands übersiedelte. Die Sowjetunion hatte ein leeres Gebiet erhalten, das von außen her besiedelt werden mußte. In der Weltgeschichte ist diese freiwillige Umsiedelung der Karelier von ihrer Heimat einmalig und ein klarer Ausdruck des Glaubens dieses Stammes der Karelier, daß das Recht doch noch siegen werde und daß ihr Weg noch einmal zurück ins wiederbefreite Land, in die karelische Heimat führen würde.

Dieser Glaube ist schon im Spätsommer 1941 in Erfüllung ge-

gangen, als unsere Truppen das ganze im Moskauer Frieden verlorene Gebiet zurückeroberten. Diesen selben festen Glauben bringt unser Volk noch heute zum Ausdruck, wenn es inmitten des flammenden Krieges, trotz der Tatsache, daß Rußland immer noch Kräfte besitzt, und seine Horden noch wirksamer Offensivaktionen mächtig sind, doch angefangen hat, seine zerstörten Häuser wieder zu errichten und seine Äcker wieder zu bebauen, sogar so nahe an den Frontlinien, daß dieser Wiederaufbau teils im Bereich der feindlichen Artillerie vor sich geht.

Es ist ein Gegenstand unendlichen Kummers der Angelsachsen und Schweden, daß wir überhaupt nichts anderes begreifen können, als daß wir für die gerechte Sache kämpfen, weil wir um unser Recht ringen und an den endgültigen Sieg der Gerechtigkeit glauben.

Manche bezeichnen diesen Glauben vielleicht als naive Gutgläubigkeit; für den Finnen ist er selbstverständlich.

Es ist recht eigenartig, festzustellen, daß kein außergewöhnlicher Gehorsam allgemeinen Gesetzen gegenüber eine Begleiterscheinung dieses unerschütterlichen Glaubens an den endlichen Sieg und Triumph der Gerechtigkeit in den Schicksalsprüfungen der Nation ist. Zwar genoß vor einigen Jahrzehnten das finnische Volk den berechtigten Ruhm, das ehrlichste Volk Europas zu sein, wo niemand auf dem Lande die Idee gehabt hätte, seine Haustür oder seine Vorratskammer abends zu verschließen. Seit 30 Jahren sind diese Ehrlichkeit und diese Loyalität verschwunden und das Volk Finnlands den anderen gleich. Es scheint uns, daß diese alte Ehrlichkeit und sein Verschwinden in keiner Beziehung zu dem Rechtskampf der Nation gestanden haben.

Der felsenfeste Glaube an das Recht und die Gerechtigkeit ist auf politische, nationale Fragen begrenzt und ist ein überaus wertvolles Gut. Das Rechtsempfinden hat sich nicht auf die Rechte des einzelnen konzentriert, sondern auf das Recht der Gesamtheit. Es ist somit in erster Linie zu einer Kraft geworden, die die Schicksale des Volkes stetig überwacht. Hiervon kündet auch einer der beliebtesten Märsche der finnischen Wehrmacht, der Marsch der karelischen Jäger, dessen Worte aus dem Freiheitskriege 1918 stammen. Eine seiner Strophen lautet — in der deutschen Übertragung Reimar von Bonins:

„Jung ist unser Mut, kraftvoll unser Blut,
starker Glaube leitet uns
zum Sieg für Recht und Fug.
Trauen dem Herrn der Erde,
daß Er uns sets helfen werde
bei uns'rem Kampfe wider List und Lug."

Die Völker Europas*)

Von Prof. Dr. K. C. von Loesch

Das Thema „Die Völker Europas" ist so umfangreich, daß nur Gedanken vorgetragen werden können, die mit der Gesamtaufgabe in unmittelbarem Zusammenhange stehen, den volklichen Grundlagen für eine geordnete Zusammenarbeit der Völker Europas.

Das demokratische Europa und Amerika hat sich um diese Grundlagen bisher nicht bemüht, weder früher noch später. Auch die zwischen Churchill und Präsident Roosevelt vereinbarte Atlantic-Charta ging ebenso an der Völkerproblematik vorüber wie seinerzeit Wilsons berühmte 14 Punkte. Dieser hat mit einem Maximum von Welterlösersicherheit und einem Minimum an tatsächlichem Wissen deswegen gerade so viel Unglück über unsern Erdteil gebracht. Das Problem der Ordnung aber hat weder er zu fördern vermocht noch all die wohlmeinenden Delegierten, die auf zahlreichen Kongressen nach dem ersten Weltkriege darüber redeten. Denn Paneuropäer, Pazifisten und Genfer-Völkerbund-Enthusiasten begnügten sich mit allgemeinem Friedensgeschwätz oder oberflächlicher Beschwichtigungspropaganda. Für die Völker Europas hatten auch sie weder Verständnis noch Interesse; befangen im westlichen Nationsbegriff verwechselten sie diese daher mit den vorhandenen Staaten und hofften, auf dem rechten Wege zu sein, wenn es gelänge, den ausgeraubten Staaten klarzumachen, Stillehalten wäre ihre erste Pflicht: mit der Zeit würden die dem Versailler System anhaftenden Schönheitsfehler schon beseitigt werden. Als Taten sah man aber bereits Beschlüsse von internationalen Kommissionen an, die nur Einzelheiten behandelten, welche z. B. die Schulbücher prüften und beanstandeten, wenn dem Nachwuchs schädliche Hetzgeschichten gefunden wurden, wie die berühmten abgehackten Kinderhände aus dem Jahre 1914. Daß dies Verfahren wirkungslos bleiben mußte, haben wir zwanzig Jahre lang zu unserem Leidwesen beobachten dürfen. Hätte man sich aber an die Staaten wenden wollen, sodann an jene, deren Friedensdiktate Europa ins Unglück gestürzt haben.

Zunächst muß aber erst einmal festgestellt werden, wer sich

---

*) Vortrag vor dem Ausländerkursus des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts am 30. November 1943 in Weimar.

eigentlich mit wem zu verständigen hat. *Eine solche Klärung muß allen inhaltlichen Überlegungen vorangehen.* Deshalb ist es die erste Aufgabe, den vorhandenen Bestand Europas an Völkern zu prüfen und dabei, von der Kriegslage ausgehend, zwischen jenen zu unterscheiden, die in unserem Raume, der mehr oder weniger belagerten Festung Europa liegen, und den anderen.

Denn wir können nicht viel mit einem Verzeichnis anfangen, das als sogenannte „Völker" alles kritiklos aufführt, was an volklichen und volkähnlichen Gebilden je durch amtliche und private Erhebungen innerhalb der Grenzen des geographischen Europas ermittelt worden ist, es enthält nämlich große und kleinste, vollausgebildete und unentwickelte Völker, Restvölkchen, ja bloße Konfessions- und Dialektgruppen und Naturvölker wie die Lappen und Samojeden. Auf diese Weise sind unter den 529 Millionen Einwohnern Europas mit dem Kaukasusgebiet

144 „Völker"

ermittelt worden und ohne das Kaukasusgebiet immerhin noch 94. Diese beiden Zahlen sind unbrauchbar; sie enthalten nämlich allzuviel volkliches Strandgut. So führt die bolschewistische Statistik von 1926 nur *einen* Buduchen auf, 100 Ischkaschimen, 105 Chinalugen, 146 Berberen und im ganzen allein 37 eigentliche Kaukasusvölker mit weniger als 20000 Volkszugehörigen. Die Turktataren in der Sowjetunion wurden durchaus künstlich auf 45 „Völker" aufgesplittert. Für das hier vorliegende Problem kommt es auf eine peinliche Genauigkeit und Vollständigkeit der von einer Afterwissenschaft aufgestellten Völkerliste gar nicht an, die, wie G. von Mende einmal schrieb, nur dazu da ist, dem Russentum als volklichen Riesen unter Zwergen eine Bedeutung zu verleihen, die weit über die Wirklichkeit hinausgeht.

Vielmehr gilt es, eine gewisse Übereinstimmung der Meinungen zwischen den volklich gefestigten, zu staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Eigenleistungen befähigten Völkern des europäischen Kernraumes herzustellen. Wenn man sich auf eine solche Formel des gesunden Menschenverstandes einigen kann, so wird die Zahl der in Betracht kommenden Völker wesentlich kleiner, sie bleibt aber noch immer beträchtlich.

Zunächst sind die Völker der atlantischen Inseln fortzulassen, die außerhalb unseres Bereiches liegen. Auf nur einem Siebenundzwanzigstel der Fläche Europas leben die Briten mit den Iren, Isländern und etlichen keltisch und germanisch sprechenden Völkersplittern. Es sind zusammen *49,8* Millionen Köpfe, also ein sehr knappes Zehntel der Bevölkerung Europas.

Praktisch scheiden aber auch die meisten Völker des Ostraumes vorerst noch aus unserer Betrachtung aus, die seit 25 Jahren unter bolschewistischer Zwangsherrschaft gestanden haben. Auf 5,9 Millionen Quadratkilometern oder 52 v. H. der Fläche Europas siedeln die drei ostslawischen, die ostfinnischen und die Kaukasusvölker, ferner zwei Drittel aller Turktataren; zusammen 142 Millionen oder 27 v. H. der Bevölkerung Europas. Natürlich bleibt es offen, wie weit *auch diese* Völker später in eine europäische Neuordnung einbezogen werden können. Alle drei ostslawischen Völker sind auf dem Wege zur Bildung einer eigenständigen Volkspersönlichkeit weniger weit fortgeschritten, als die ebenso kopfreichen Völker in der Mitte und im Westen unseres Erdteiles. Gerade die Weißruthenen sind am weitesten zurückgeblieben, obwohl ihr Volksboden im Raume der Vielvölkerecke von Augustowo—Sudauen—Wystitten sogar mit dem deutschen in unmittelbarer Berührung steht. Das ukrainische Großvolk ist aber seit dem Untergange des Kijewer Reiches im 13. Jahrhundert staatlich zerspalten gewesen und vermochte trotz starker Anstrengungen 1918/19 nicht auch nur eine bescheidene Eigenstaatlichkeit für die Dauer zu erringen. Als drittes und wichtigstes ist das russische Großvolk zu betrachten. Bisher hat es leider keine klare Stellung zu Europa bezogen; es schwankte. Auf Peter den Großen, der das Tor nach Europa öffnete, folgten im 19. Jh. die slawophilen Gegner des „faulen Westens" und im 20. Jh. die Bolschewisten, welche alle Werte der europäischen Kultur zugunsten einer klassenlosen Gesellschaft vernichten wollten. Vielleicht wird einmal die Stunde kommen, in der sich die Ukrainer volklich gestärkt und die Russen für Europa klar entschieden haben. Ich unterschätze die ostslawischen Völker, welche auch untereinander weniger stark geschieden sind als die mittel- und westeuropäischen, weder rassisch noch leistungsmäßig, wenn ich sie in meine Rechnung nicht einbeziehe, sondern unterlasse es, um eine feste rechnerische Grundlage zu gewinnen und feststellen zu dürfen, daß ich für Kerneuropa Minimalzahlen und nicht Maximalzahlen nennen werde.

Was dann übrigbleibt, ist noch genug: ein festländisches Mitteldreieck mit 5,1 Millionen Quadratkilometer oder fast 45 v. H. des geographischen Europa. Das ist ein dreieckiger Raum mit seinem Scheitel am Nordkap und seiner Grundlinie im Mittelmeer von Gibraltar bis zu den südlichsten Inseln der Ägäis. Die Ostgrenze von Kern- oder Kleineuropa (im Gegensatz zu einer großeuropäischen Lösung mit den ostslawisch sprechenden Völkern) bilden die Ostränder der Siedelböden der Suomifinnen und Karelier, der bal-

Die Völker des festländischen Mitteldreiecks um 1938

Völker	Mill.	Mill.	(v. H.)	Mill.	(v. H.)
Alteuropäische Altbodenständige					
3 Großvölker:					
Deutsche	88				
Italiener	45				
Franzosen	34	167,0	(49,80)		
5 Mittelvölker:					
Polen	20				
Spanier	20				
Rumänen	15				
Niederländer	13,5				
Madjaren	11,6	80,1	(23,89)		
13 Kleinvölker:					
Tschechen	6,9				
Portugiesen	6,9				
Griechen	6,7				
Schweden	6,4				
Bulgaren	6,4				
Serben	6,2				
Katalanen	4,7				
Kroaten	4,6				
Dänen	3,7				
Finnen	3,5				
Wallonen	3,1				
Norweger	2,8				
Slowaken	2,6	64,5	(19,22)		
7 Kleinstvölker:					
Litauer	2,0				
Albaner	1,6				
Letten (Lettgaller)	1,7				
Bretonen	1,4				
Slowenen	1,3				
Esten	1,1				
Basken	1,0	10,1	(2,99)		
Alteuropäische Völkersplitter		1,2	(0,36)		
Zusammen				322,9	(96,27)
Neubodenständige: Turktataren		3,5	(1,04)	326,4	(97,31)
Juden		8,0	(2,39)		
Sonstige, Unermittelte		1,0	(0,30)	9,0	(2,69)
Alle zusammen				335,4	(100,00)

tischen Völker, der Polen, Slowaken[1]) und Rumänen. In diesem Mitteldreieck leben 335,7 Millionen Menschen dicht gedrängt, die etwa 40 verschiedene Sprachen sprechen und etwa ebenso vielen volklichen Gemeinschaften angehören, also fast zwei Drittel (63,3 v. H.) der europäischen Bevölkerung.

Übergehen wir aber die zahlreichen Volkssplitter und Völkerschaften ohne Bedeutung (zusammen etwa 2,2 Millionen oder 0,6 v. H.) und lassen wir, freilich aus ganz anderen Gründen, die weder hier noch anderswo bodenständigen 8 Millionen (2,4 v. H.) Juden fort, die als Bindeglied zwischen den angelsächsischen Mächten und den Bolschewisten die ausgesprochensten Feinde einer Einigung Europas sind, so bleiben immerhin noch 29 ansehnliche Völker mit 325 Millionen oder 97 v. H. der Bevölkerung des Teilraumes übrig.

Als eine Gruppe für sich heben sich in diesem die aus dem Osten stammenden Turktataren ab, die erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit in Europa bodenständig (neubodenständig) geworden sind. Diese Gruppe hängt in sich räumlich aber nur lose zusammen. Der größere Teil lebt im Ostraum Europas und in Asien. Neben der gemeinsamen Sprache, deren Einheitlichkeit bemerkenswert ist, weil man mit Türkisch vom Schwarzen Meere bis zu den Jakuten am Eismeer gut durchkommt, einigt fast alle Turktataren ihr mohammedanisches Bekenntnis; ihr Widerstand gegen den Bolschewismus findet auch darin Ausdruck, daß eine große Zahl von ihnen als Freiwillige mit den Heeren der europäischen Völker gegen den völkerfeindlichen Kommunismus kämpfen. Nur weil die Turktataren aber bloß im äußersten Südosten des europäischen Mitteldreiecks (auf der Balkanhalbinsel) vorkommen und dort entweder Splittergruppen in Serbien, Albanien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien bilden oder mit 800 000 Köpfen in der europäischen Türkei leben, deren Schwerpunkt in Anatolien liegt, werden sie auch in die nachfolgenden Überlegungen über den Dreiecksteilraum nicht mit einbezogen.

Dann aber gehören alle übrigen 28 Völker zum alten Bestande Europas; sie sind altbodenständig. Denn auch Bulgaren und Madjaren sind längst dort bodenständig geworden und heimatberechtigt, unbeschadet der Tatsache, daß die Protobulgaren, die vor einem Fünfvierteljahrtausend auf die Balkanhalbinsel kamen, Turken waren, wie auch die Oberschicht der ins pannonische Becken eindringenden Madjaren. Aber das heutige Bulgarentum ist erst in Südosteuropa aus der Mischung der Protobulgaren mit slawischen Stämmen entstanden, deren Sprache es übernahm, und bei den Mad-

[1]) Ein Teil der Ukrainer, die Westukrainer in Ostgalizien gehören ihrer Entwicklungshöhe nach in diesen Grenzraum.

Die Bevölkerung Europas nach Größe der Völker und Zonen um 1937
in Millionen

	Festländisches Mitteldreieck	Ostslawischer Raum	Atlantische Inseln	Ganz Europa
Bevölkerung	5,1 Mill. qkm = 4,4 v. H. 335 Einw. = 63,3 v. H.	5,9 Mill. qkm = 52,0 v. H. 143,5 Einw. = 27,3 v. H.	0,43 Mill. qkm = 4,0 v. H. 49,8 Einw. = 9,4 v. H.	11,43 Mill. qkm = 100 v. H. 529 Einw. = 100 v. H.
Altbodenständige:				
3 Großvölker	167,0 (49,7 v. H.)	117,0 (81,53 v. H.)	43,7 (87,75 v. H.)	327,7 (62,08 v. H.)
5 Mittelvölker	80,1 (23,8 v. H.)	— —	— —	80,1 (15,17 v. H.)
13 Kleinvölker	64,7 (19,2 v. H.)	9,0 (6,27 v. H.)	3,9 (7,83 v. H.)	77,6 (14,70 v. H.)
7 Kleinstvölker	10,2 (3,0 v. H.)	— —	0,1 (0,20 v. H.)	10,3 (1,91 v. H.)
Völkersplitter	1,2 (0,3 v. H.)	1,5 (1,04 v. H.)	0,6 (1,20 v. H.)	3,3 (0,62 v. H.)
	323,2 (96,2 v. H.)	127,5 (88,85 v. H.)	48,3 (96,98 v. H.)	499,0 (94,32 v. H.)
Neubodenständige:				
Turktataren	3,5 (1,0 v. H.)	7,0 (4,87 v. H.)	— —	10,5 (2,00 v. H.)
Sonstige:				
Juden	8,0 (2,4 v. H.)	4,0 (2,78 v. H.)	1,0 (2,00 v. H.)	13,0 (2,46 v. H.)
Völkerschaften, Unermittelte	1,0 (0,3 v. H.)	5,0 (3,48 v. H.)	0,5 (1,00 v. H.)	6,5 (1,22 v. H.)
	335,7 (100,0 v. H.)	143,5 (100,00 v. H.)	49,8 (100,00 v. H.)	529,0 (100,00 v. H.)

jaren war die eine Komponente (die Fennougrische) sowieso den alteuropäischen Finnen nahe verwandt. Dazu kommt, daß das Madjarentum auch viel mitteleuropäisches Blut und Geistesgut in sich aufgenommen hat.

Alle diese 28 Völker zeigen daher viele gemeinsame Züge. Fast durchweg vor 1000 Jahren zum mindesten in ihren Anfängen entstanden, haben sie zumeist auf bäuerlicher Grundlage früher oder später eine höhere soziale Gliederung entwickelt. Alle haben aber einen geschlossenen Volksboden, auf dem sie (gleichfalls früher oder später) Staaten errichteten, die freilich teilweise wieder zugrunde gegangen sind. Gemeinsam ist ihnen ihre Heimatliebe und die Bereitschaft zu Opfern für Volk und Staat. Es gibt unter ihnen keines, das diese Werte der europäischen Kultur nicht bejahen würde, die freilich teils die Prägung des byzantinisch-morgenländischen, teils die des heute führenden abendländischen Kulturkreises trägt. Das Gemeinsame und Einzigartige der Völker des kulturtragenden Dreiecksraumes wird nur dann klargestellt, wenn diese mit den übrigen „Völkern“ der Erde verglichen werden. Dann zeigt es sich nämlich, daß voll entwickelte Volkspersönlichkeiten (von den Völkern der ost- und südosteuropäischen Wohlstandssphäre abgesehen) nur hier vorkommen. In den übrigen Erdteilen fehlen sie aber, vor allem in der Neuen Welt, deren Mischbevölkerungen bestenfalls erst in unvollkommenen, frühvolklichen Zuständen leben, also höchstens „Nationen“ sind, d. h. Staatsbürgergemeinschaften, und noch nicht eigenständige kulturschöpferische Völker, die auf stolze Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart hinweisen dürfen. Nur auf die europäischen Völker bezog sich daher auch Goethes Wort in den „Maximen und Reflexionen“ (nach Riemers Tagebuch vom Oktober 1807): „Die Geschichte der Wissenschaft ist eine große Fuge, in der Stimmen der Völker nach und nach zum Vorschein kommen.“

Hiermit sind schon die zeitlichen Entwicklungsunterschiede angedeutet. Noch auffallender sind die Größenunterschiede. Wenn man Völker mit weniger als 2,5 Millionen Volkszugehörigen als Kleinstvölker absondert und die Völker bis zu 10 Millionen Kleinvölker nennt, die Völker zwischen 10 und 30 Millionen Mittelvölker und die noch größeren Großvölker, so stehen 7 Kleinstvölker mit zusammen 10,1 Millionen 13 Kleinvölkern mit 64,5 Millionen, 5 Mittelvölkern mit 80,1 Millionen und drei Großvölkern mit 167,0 Millionen gegenüber. Der Durchschnitt beträgt also knapp 11,2 Millionen je Volk. Glücklicherweise ist er aber *rein rechnerisch.*

Denn wäre es anders, wäre Europas Kernraum womöglich auf

ebenso viele Staaten von so geringer Größe aufgeteilt, so wäre unser innerer Erdteil völlig ohnmächtig und eine Beute der peripheren Mächte. Denn das britische Großvolk mit knapp 44 Millionen (oder 93 v. H. des Bevölkerungsbestandes auf dem Inselbereich) könnte dann im Verein mit USA. das Festlandsdreieck beherrschen. Im Ostraume steht es nur wenig anders. Denn die Russen und (jener Hauptteil der) Ukrainer, deren Kraft im Zarenreiche und in der UdSSR. gegen den Kernraum koordiniert waren, machen (allein in Europa) mit 117 Millionen Köpfen gleichfalls 93 v. H. des dortigen Bevölkerungsbestandes aus.

Glücklicherweise ist es aber doch nicht so: zum Glück gerade für die Klein- und Mittelvölker[2]). Das zeigt folgende Rechnung. Die drei Großvölker des festländischen Mitteldreiecks bilden zusammen 52 v. H., also über die Hälfte der Gesamtkopfzahl der vollausgebildeten Völker, die Mittelvölker 25 v. H. (oder ein Viertel), die Kleinvölker 20 v. H., die Kleinstvölker aber nur 3 v. H. Alle 20 Klein- und Kleinstvölker haben aber zusammen weniger Volksgenossen als die 5 Mittelvölker. Alle 25 Kleinst-, Klein- und Mittelvölker zusammen aber bleiben mit 155 Millionen hinter der Gesamtzahl der *drei* Großvölker von insgesamt 167 Millionen zurück. Überdies gibt es mehr Deutsche allein im Kernraum als Italiener und Franzosen zusammen; sie bilden mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

Im Mitteldreieck kommt zu dem zahlenmäßigen Schwergewicht der drei Großvölker noch verstärkend hinzu, daß Deutsche, Italiener und Franzosen in einem an das Hochgebiet der Alpen angelehnten und fast lückenlos geschlossenen Block siedeln. Dieser wird einerseits von der Ostsee, der Nordsee, dem Ärmelkanal und dem Golf von Biskaya bespült, anderseits vom Tyrrhenischen Meere und der Adria. Eingebettet ist der Siedelboden der Wallonen und der Niederländer, die den Franzosen und den Deutschen abstammungsmäßig nahestehen, sowie im Westen das bretonische und im Osten das tschechische Siedelgebiet, so daß man von einem großvolklichen Mittelblock Kerneuropas von 190,9 Millionen (oder 60 v. H. oder drei Fünftel der Bevölkerung) sprechen darf, der zugleich die größte Siedeldichte und den stärksten organischen Aufbau von Industrie und Bergbau einschließt. Hier ist die moderne Kultur Europas entstanden; von hier aus gingen alle jene Gedanken aus, welche die Welt in den letzten 600 Jahren seit der Erfindung des Buchdruckes mit beweglichen Lettern umgestalteten.

---

[2]) In deren wohlverstandenem, aber oft verkannten Interesse auch die staatliche Einigung der Großvölker liegt.

Die altbodenständigen europäischen Völker des festländischen Mitteldreiecks in den drei Zonen

	Millionen	v. H.
I. Großvolkraum mit Einschlüssen (Niederländer, Wallonen, Bretonen u. Tschechen) zusammen: 7 Völker .... (3 Großvölker, 1 Mittelvolk, 2 Kleinvölker, 1 Kleinstvolk, dazu die Alpenromanen)	190,9	(60,0)
II. Südwestliche Randlage (Spanier, Portugiesen, Katalanen, Basken) zusammen: 4 Völker .... (1 Mittelvolk, 2 Kleinvölker, 1 Kleinstvolk) Durchschnittszahl = 8,23 Mill.	33,0	(10,0)
III. Nördlicher, östlicher und südöstlicher Randbogen (Dänen, Norweger, Schweden, Finnen, Esten, Letten, Litauer, Polen, Slowaken, Rumänen, Madjaren, Bulgaren, Griechen, Albaner, Serben, Kroaten, Slowenen) zusammen: 17 Völker .... (3 Mittelvölker, 9 Kleinvölker, 5 Kleinstvölker) Durchschnittszahl = 5,77 Mill.	98,1	(30,0)
28 Völker (ohne Völkersplitter)	322,0	(100,0)

Die restlichen 131,1 Millionen verteilen sich auf 21 altbodenständige Völker mit einer Durchschnittszahl von nur 6,92 Millionen Volkszugehörigen. Sie zerfallen räumlich in zwei nicht zusammenhängende Gruppen. Im äußersten Südwesten liegt die iberische Gruppe mit rund 33 Millionen, abgeschnürt durch die Landenge zwischen der Bucht von Biskaya und dem Löwengolf, welche der Gebirgszug der Pyrenäen sperrt; das kastilisch-spanische Volk ist dort das größte, dazu kommen Portugiesen, Katalanen und Basken, die teils noch auf dem Boden Frankreichs siedeln. Weit umfangreicher ist aber der Vielvölkergürtel, der von Dänemark über Skandinavien und Finnland nach Süden bis zum Schwarzen Meere, der Ägäis und der Adria schwingt. In diesem Doppelbande leben 17 Völker: 3 Mittelvölker (Polen, Rumänen und Madjaren), 9 Kleinvölker (Griechen, Schweden, Bulgaren, Serben, Kroaten, Dänen, Finnen, Norweger und Slowaken) und 5 Kleinstvölker (Litauer, Albaner, Letten mit Lettgallern, Slowenen und Esten), zusammen 98,1 Millionen Köpfe. Die geringe Durchschnittszahl je Volk von 5,77 Millionen Köpfen ist um so bedenklicher, weil tren-

nende Landmarken zwischen dem Weißen und dem Schwarzen Meere fehlen. Deswegen hat der äußerste Osten oft schon auf das von so vielen Völkern bewohnte „Zwischeneuropa" (A. Penck) übergegriffen. Vom Standpunkte des Festlandsdreiecks aus betrachtet, auf den wir uns gemeinsam stellen müssen, ist es dessen Schwächezone. Deshalb hätte auch eine großeuropäische Lösung des europäischen Problems, die die beiden Großvölker des Ostens einbeziehen würde, unverkennbare Vorzüge, da sie den Mittel- und Kleinvölkern einen hohen Grad von Sicherheit verbürgen würde. Doch darf man vorerst noch nicht mit einer solchen Einbeziehung rechnen.

Bis dahin aber liegt das Heil Europas unmittelbar in der Verständigung der Großvölker des Kernraumes. Psychologisch würden einem Ausgleich zwischen ihnen keine großen Hindernisse entgegenstehen, wenn sie erst einmal wirklich davon durchdrungen wären, daß sie eine *gemeinsame* Sendung für Europa haben, daß ein Interessenausgleich zwischen ihnen erzielt werden *muß*.

Das Hauptproblem ist hierbei aber schon darum die deutsch-französische Verständigung, weil der Alpenwall die Siedelböden der Italiener von denen der Franzosen und der Deutschen in gleicher Weise scheidet und weil rund 25 größere Kriege in den letzten 450 Jahren zwischen beiden Völkern (richtig zwischen deren Staaten) geführt worden sind, die nun einmal seit 600 Jahren *in gleicher Weise* sowohl in Kulturfragen als auch als Krieger zu Lande und zur See die ersten des Festlandes gewesen sind. Eine dauernde Verständigung, für die ich Vorschläge zu machen nicht berufen bin, würde die übrigen Aufgaben unendlich erleichtern.

Anders steht es bei den beiden Randgruppen. Die kämpferischen Völker der Iberischen Halbinsel haben von der Geschichte ihre besondere Prägung erhalten. Siebenhundert Jahre des Befreiungskampfes gegen den Islam haben dort Volkstum und römisch-katholische Kirche stärker aneinander gebunden als irgendwoanders in Europa. Das trennt uns aber von ihnen nicht, wie überhaupt die Vielfalt der volklichen Wesenszüge nicht verwischt, sondern gepflegt werden soll. Wir Europäer wollen uns unseres Reichtums an wohlausgebildeten Volkspersönlichkeiten und Volkskulturen freuen und stolz auf ihn sein. Dagegen verbindet es uns aktiv, daß Spanier und Portugiesen in ihrer Mehrheit und ihrer staatlichen Führung ausgesprochen antibolschewistisch eingestellt sind.

Das gilt aber auch für die 17 Völker der östlichen Randzone. Finnen, Esten, Letten, Litauer, im gewissen Sinne sogar auch die Polen und alle Völker Südosteuropas haben mit den Bolschewisten böse Erfahrungen gemacht, die dem germanischen Norden noch

abgehen. Die Bedrohung der Völkerfreiheit durch den angeblichen Völkerbund der UdSSR. erleichtert fraglos die sonst schwierige Verständigung mit den Völkern der Mittelblocks, der trotz aller französischen Kulturbeeinflussung aus geographischen Gründen für alle bis auf die unmittelbaren Anlieger der Adria im wesentlichen durch die Deutschen repräsentiert wird. Die Gefahrslage der einzelnen Völker Zwischeneuropas ist auch sonst nicht gleich. Neben denen der Außenfrontlage gibt es nämlich verhältnismäßig weniger gefährdete Hinterlandslagen, auf die wenigstens hierdurch hingewiesen sei.

Das größte Volk mit 25 v. H. der Bevölkerung Europas, das deutsche, ist hier gewissermaßen der Hauptpartner bei der unmittelbaren Verständigung für 3 Mittelvölker des Ostens und die 14 Klein- und Kleinstvölker. Es sei offen ausgesprochen, daß die Psychologie der Großvölker und Kleinvölker verschieden ist. Das liegt freilich nur zum Teil in ihrem Wesen, aber größtenteils in den anarchischen Zuständen, die bisher in Europa geherrscht haben, begründet. Je kleiner ein Volk, um so mehr mußte es auf Abwehr bedacht sein, um so mehr um seine Freiheit und Selbständigkeit bangen, Panzerplatten der Abwehr schmieden oder die Stachelhaut eines Igels entwickeln, während die Großvölker im Bewußtsein ihrer Stärke neben dem abwehrbereiten Grenzgürtel einen freien binnenländischen Raum hatten, in dem eine solche ständige Abwehrhaltung nicht nötig war. In einem solchen gesicherten binnenvolklichen Raume (Thüringen und Weimar-Jena sind ein lautsprechendes Beispiel) konnten Kunst und Wissenschaft, konnten kulturelle Beziehungen und vieles andere Schöne und Angenehme auch von recht kleinen Staaten gepflegt werden. Gerade dies Beispiel zeigt, welche Möglichkeiten ein neues Europa auch den kleinsten Völkern und Staaten eröffnet; daran sollte man immer denken. Für die kleinen Völker war es von zweifelhaftem Nutzen, daß die Großvölker und Großstaaten des europäischen Dreiecks bisher nicht untereinander einig waren. Sie pflegten wohl eifrig ihre Beziehungen zu ihnen, aber keineswegs in deren Interesse. So verstanden es die Westmächte, die kleineren und mittleren Völker des Ostens gegen die Deutschen Mitteleuropas mit großem Erfolge für sich, aber gelegentlich zum äußersten Schaden für diese Mißbrauchten in Anspruch zu nehmen.

Heute sind aber die psychologischen Gegebenheiten anders geworden. Die Völker des Ostgürtels vom Polarmeer bis zum Schwarzen Meere und zur Adria (und womöglich auch noch solche, die zwangsweise im gegenseitigen Ostraume selbst leben) haben eine

Aufgabe für die europäische Gesamtheit zu übernehmen: die Vorpostenstellung gegen den Bolschewismus entsprechend dem, was man im 16., 17. und 18. Jahrhundert der Türkengefahr etwas pathetisch die Vormauer der Christenheit, das *Antemurale Christianitatis* zu nennen pflegte. Das sind schwere staatliche Aufgaben, bei denen sich z. B. die Kroaten einst fast verbluteten. Staat ist aber in erster Linie Macht, und die eigene Macht der kleinen und kleinsten Völker genügt nicht. Sie haben daher Anspruch darauf, daß die Großvölker des Kernraumes hier einspringen und für die, die an den Außenmauern leben, Schutzkräfte entwickeln, die dem Ganzen zugute kommen. Sie haben aber auch Anspruch auf eine gerechte Rechts- und Völkerordnung, die ihrer Lage ganz anders Rechnung trägt, als es je zuvor geschah. Diese Rechtsordnung wird natürlich nicht schematisch sein, sondern sie wird auch den Leistungen angepaßt sein, zu welchen die Völker Europas in der Zeit des Werdens bereit waren; wer sich ausschloß, wer alles Heil von festlandfremden Mächten erwarten zu dürfen glaubte, wird die Folgen zu tragen haben.

Doch gehen diese Feststellungen schon fast über den Rahmen der gestellten Aufgabe hinaus, die nicht feststellen soll, worüber die Völker sich im einzelnen verständigen müssen, sondern welche Völker dazu in Betracht kommen. Voraussetzung zum Gelingen ist, daß die Völker des europäischen Dreiecks mehr Vertrauen zueinander gewinnen, als es bisher vorhanden war, um jene Gegensätze zu überwinden, welche als ein schweres Erbe aus der Vergangenheit in unsere Tage hineinragen und, obwohl die früheren Streitursachen vielfach verschwanden, als *Verkehrshindernisse* stehengeblieben sind, die man nicht einfach auf Befehl abbrechen kann wie ein veraltetes Fabrikgebäude oder eine mittelalterliche Befestigung. Vieles wird glücklicherweise doch allmählich vergessen werden; der Personen- und der Warenverkehr suchen sich selbst immer neue Wege und bahnen sie auch für neue Gedanken. Sagte doch Goethe, noch bevor das Zeitalter der Eisenbahn angebrochen war, weitvorschauend, es sei ihm um die staatliche Einigung der Deutschen nicht bange, unsere guten Chausseen würden sie schon herbeiführen. Darin hat er zwar im großen recht behalten, aber dies prophetische Wort enthält für unser Problem doch nur eine Teilwahrheit. Denn es kam noch viel anderes hinzu, nicht nur die Eisenbahnen und die Zollvereine, welche wenigstens große Teile Deutschlands zu (größeren) Wirtschaftsgebieten zusammenfaßten, sondern auch Kriege und vor allem der Wille des deutschen Volkes zu engem staatlichen Zusammenleben, das im Zeitalter der Romantik immer lebendiger

werdende Wissen um die große gemeinsame Vergangenheit in einem machtvollen Deutschen Reiche und die Freude an der durch Schrifttum und Bühne dargestellten Sprach- und Kulturgemeinschaft. Schließlich vollzogen kraftvolle Staatslenker in über hundert Jahren unter Beseitigung von fast 40 deutschen Einzelstaaten nicht ohne Rückschläge das Werk der staatlichen Einigung der deutschen Volkspersönlichkeit.

Diese Überlegung darf uns aber nicht entmutigen, wenn wir die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von 28 Volkspersönlichkeiten hier durchdenken, deren Pulsschlag nicht aufeinander abgestimmt ist und die verschiedene Sprachen sprechen. Denn es geht auch gar nicht darum, alle Staaten Kerneuropas zu beseitigen: das ist ein bolschewistisches Ziel, aber nicht das unsrige. Im Gegenteil wünschen wir, daß jedes Volk, jede gefestigte und dazu befähigte Volkspersönlichkeit, ihren eigenen Staat oder doch ihre Selbstverwaltung auf ihrem Heimatboden haben möge in Formen, die ihrer Wesensart und ihrem Entwicklungszustande entsprechen. Diese Formen können ebensowenig gleich sein wie die Völker Europas gleich sind. Gemeinsam allen Völkern werden aber vier Aufgaben sein: Verteidigung, Außenpolitik, Wirtschaftsplanung und Verkehrswege. Im übrigen mag jedes Volk seine Dinge so ordnen, wie es ihm paßt.

Die wesentlichste Voraussetzung dazu ist aber nicht nur ein allgemeiner guter Wille, sondern die Ausbildung eines gemeinsamen europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls. Man kann das auch noch greifbarer ausdrücken: Wenn wir leben wollen, müssen wir einen gemeinsamen Egoismus entwickeln und ihm sichtbare Gestalt geben. Er sei die gemeinsame wärmende Hülle; gibt es doch auch Mantelstoffe mit doppeltem Webmuster für die Außen- und für die Innenseite. Die Innenseite mag viele Farben und reiche Musterung haben, die der jeweiligen völkischen Eigenart entspricht. Die Außenseite muß aber praktisch, schlicht und einheitlich sein; sie hat uns alle zu schützen. Die Historiker aller Völker haben unsere öffentlichen Meinungen daraufhin zu erziehen und die völkische Legende von jenen Zutaten zu reinigen, die im Zeitalter des europäischen Anarchismus als erwünscht, ja sogar als erforderlich galten. Dabei beruhen sie großenteils auf veralteten Geschichtsbildern und sind zum Teil gar nicht im eigenen Volke geprägt worden, sondern auch sie stammen für viele Völker Zwischeneuropas aus Weimar von Herder, dem großen Anreger, dessen Irrtümer darum so tragisch sind, weil sie hundertfünfzig Jahre lang die Beziehungen zwischen den Völkern slawischer und litobaltischer Zunge und uns Deutschen verschärften. Neben eine gereinigte völkische Legende, die in

der völkischen Geschichtsauffassung gipfelt, müssen wir also eine europäische setzen. Von dieser Grundlage aus werden sich viele Probleme, die heute fast unlösbar erscheinen, verhältnismäßig leicht lösen lassen.

Wir beginnen unser Werk in schwerster Zeit. Aber Kerneuropa ist im Werden. So mag ein Zweizeiler aus dem Westöstlichen Diwan diese Übersicht abschließen, den Goethe nach einem tatarischen Sprichwort aus dem Buche des sagenhaften Oghuz Chan dichtete:

„Wer geboren in bös'sten Tagen,
Dem werden selbst die Bösen behagen"

und natürlich erst recht die Guten. Wir kämpfen ja um eine gemeinsame glückliche Zukunft, die wir täglich unseren Völkern in nahe Aussicht stellen müssen und dürfen, als Folge eines Abwehrsieges gegen die Angreifer aus Ost und West.

Fünf Jahre slowakischer Staat

Von Franz Ronneberger

Neun Jahrhunderte unter magyarischer, zwei Jahrzehnte unter tschechischer Herrschaft und fünf Jahre selbständiger Staat. Wenn man aus diesem Zahlenverhältnis auf Grund unseres engeren deutschen und erst recht des westeuropäischen Staatsdenkens urteilen wollte, müßte man zu gründlich falschen Ergebnissen kommen. Wie alt sind schließlich andere südosteuropäische Staaten der Gegenwart? Abgesehen von Kroatien, das wohl vor der Personalunion mit Ungarn 1102 eine Zeitlang als selbständiges Staatswesen bestand, im modernen Sinn aber noch jünger als der slowakische Staat ist, haben wir es bei den griechischen, bulgarischen, serbischen, albanischen, rumänischen Staatswesen mit einem Alter von Jahrzehnten unterhalb der Jahrhundertgrenze zu tun. Ungarn nimmt eine Sonderstellung ein, die sich auf eine Reihe von hier nicht weiter zu erörternden, teils südosteuropäischen, teils nichtsüdosteuropäischen Faktoren stützt. Wir wollen mit dieser Gegenüberstellung zum Ausdruck bringen, daß für den südosteuropäischen Raum eigene politische Entwicklungs- und Formungsgesetze gelten, die einer formalen Rubrizierung in das mittel- und westeuropäische Schema spotten. Volk und Staat sind in diesem Raum ganz andere Wege als bei uns gegangen. Weder unser Volks- noch unser Staatsbegriff darf hierauf übertragen werden. Schon die Größenunterschiede müssen dies deutlich machen können: 80 Millionen gegen 2,5 Millionen. Dabei

ist der slowakische Volksboden durchaus nicht homogen, eine Erscheinung, die er mit den Siedlungsböden aller südosteuropäischen Völker teilt. Er verzahnt sich nach Süden stark mit dem magyarischen, nach Osten mit dem ukrainischen und enthält eine Menge deutscher Volksinseln, um nur die wichtigsten zu nennen. Um also zu einer Würdigung des slowakischen Staates der Gegenwart gelangen zu können, müßte man alle Erscheinungen des Lebens dieses Volkes berücksichtigen. Die rein staatliche Sphäre ist dabei nicht einmal die eigenste und bedeutendste. Mit den anderen Völkern Südosteuropas teilt auch die Slowakei das Schicksal, Idee und Gestalt ihres Staates nach auswärtigen Vorbildern ausgerichtet zu haben, die in ihrer ausgereiften Form auf eine jahrhundertealte politische, soziale, wirtschaftliche und geistige Entwicklung zurückblicken. Daß es sich hier also vorerst nur um ein Experiment, um einen Versuch handeln kann, versteht sich von selbst. Erst wenn man sich diesen Standort für die Betrachtung wählt, gewinnt die tatsächliche Leistung des slowakischen Volkes in diesen fünf Jahren der Eigenstaatlichkeit ihre volle Bedeutung. Vor allem tritt gegenüber diesen fünf kurzen Jahren der Staatlichkeit die Leistung der Vergangenheit nicht so sehr zurück, wie dies leider viel zu oft in slowakischen und nichtslowakischen Betrachtungen geschieht. Denn alles das, was sich seit dem März 1939 in der Slowakei vollzogen hat, ist in unsäglichen Mühen und mit jahrzehnte- und jahrhundertelangen Entbehrungen vorbereitet worden. In dieser Zeit wurde die slowakische Volksordnung geschaffen. Sie ist es gewesen, die den slowakischen Staat überhaupt ermöglichte. Der äußere Vorgang der Staatsentstehung selbst war Vollzug, freilich ein politischer Vollzug, denn je ausgeprägter und politischer eine Volksordnung wird, um so mehr Gefahr läuft sie, zerstört zu werden. Die Magyarisierung konnte nicht in den Kern der slowakischen Dorfzelle und in die dörfliche Familienverfassung vordringen, sie mußte sich mit der Abschöpfung der Intelligenz begnügen.

Die Tschechisierung dagegen traf den slowakischen Bauern schon bei einer entwickelteren Ordnungsstufe an, in der er empfindlich wurde für politische Entschlüsse, für Genossenschaftsorganisationen, kurz für Lebensformen, in denen er sich aus seiner engeren Dorfgebundenheit hinauswagte. Dazu kam das sprachlich verwandte Moment und das Selbstgefühl, in einem Staat zu leben, der wenigstens dem Namen nach auch ein slowakischer war und der, wie man hören und lesen konnte, in der großen Politik eine bedeutsame Rolle spielte. Verglichen mit der Magyarisierung machte die Tschechisierung in den beiden Jahrzehnten nach dem ersten Welt-

krieg in der Slowakei nicht zu übersehende Fortschritte. Beamtentum, Armee und Handelsgewerbe erwiesen sich als die gefährlichsten Mittler der Entnationalisierung. Deshalb war die Gefahr größer als je zuvor. Der selbständige Staat erschien 1939 als die naheliegendste Möglichkeit, das slowakische Volk vor einem neuerlichen Verlust zu bewahren. Daß dieser Staat nicht mit eigenen Machtmitteln geschaffen werden konnte, war allen Beteiligten eine Selbstverständlichkeit. Es ist daher auch weder von *Hlinka* noch von seinen Gefolgsmännern jemals der selbständige Staat, sondern stets nur die Autonomie gefordert worden.

Ministerpräsident *Tuka* bezeichnete anläßlich der Gründung der Zweigstelle Wien der Deutsch-Slowakischen Gesellschaft das Verhältnis des Reiches zur Slowakei als eine „Schutzfreundschaft". Er wollte mit dieser Formulierung den Unterschied gegenüber den Schutzverhältnissen anderer Großmächte, so beispielsweise Englands oder der Sowjetunion kennzeichnen. Es wird sicherlich nur wenige Slowaken geben, die den ehrlichen Bemühungen des Deutschen Reiches, dem jungen slowakischen Staatswesen über die Anfangsschwierigkeiten, die nun einmal das Staatsleben mit sich bringt, hinwegzuhelfen, eine andere als freundschaftliche Haltung unterstellen. Die Völker Südosteuropas haben freilich im Laufe ihrer leidvollen Geschichte manche bittere Enttäuschung mit sogenannten selbstlosen Unterstützungen durch die Großmächte einstecken müssen. Denken wir etwa nur an das russisch-bulgarische, an das englisch-griechische und englisch-rumänische Verhältnis. Gegenüber dem bulgarischen Volk spielte das zaristische Rußland im 19. Jahrhundert die Rolle des Befreiers. Nachdem das bulgarische Fürstentum als selbständiger Staat geschaffen war, „half" das gleiche Rußland beim Aufbau. Als dieser Aufbau aber nationale Formen und die Tendenz der wirtschaftlichen und politischen Verselbständigung zeigte, da erlosch das Interesse Petersburgs im Handumdrehen, und aus der Freundschaft wurde eine Feindschaft, die sich in erster Linie gegen die Führer des Staates richtete. Aber auch wenn wir von diesen warnenden Beispielen absehen, so liegt es nun einmal im Wesen der Sache, daß Klein- und Mittelvölker, die wie die südosteuropäischen im Brennpunkt sich überschneidender Großmachtinteressen und Einflüsse stehen, mißtrauisch werden müssen. Sie erwarten von vornherein von den Großmächten nichts Gutes und trachten danach, ihre Probleme möglichst selbst, ohne fremde Hilfe zu lösen. Wer könnte ihnen das besser nachfühlen als wir Deutschen, die wir, gezwungen durch die Ungunst unserer geographischen Lage und die Mannigfaltigkeit unseres Siedlungs-

raumes, auch jahrhundertelang in staatlicher Ohnmacht zu leben gezwungen waren, während andere Mächte auf unserem Rücken ihre Interessengegensätze austrugen. Auch wir sind mißtrauisch geworden. So soll am 5. Staatsgeburtstag der Slowakei zwischen Deutschen und Slowaken nicht nur so sehr von Freundschaft gesprochen werden, als vielmehr von den gemeinsamen Interessen und Zielen, die unsere beiden Völker verbinden. Diese Interessengemeinschaft ist allerdings eine außerordentlich lebendige und feste. Ein besseres Unterpfand könnten wir uns beide nicht wünschen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, wie sehr die Slowakei der Sicherung durch ein größeres Schutzsystem bedarf und wie wichtig es für die Schutzmacht ist, den slowakischen Raum als Teil dieses Kernverteidigungssystems betrachten zu können. Der Polen- und Ostfeldzug erbrachten bereits die konkreten Beweise hierfür. In diesem Zusammenhang muß gerade der jungen slowakischen Wehrmacht gedacht werden, die als erster Verbündeter sich an die Seite des Reiches mit den Waffen in der Hand stellte und im Polen- wie im Ostfeldzug ihren Mann stand. Wie die militärgeographischen so sprechen auch die wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkte für die Zusammenarbeit zwischen Reich und Slowakei. Es sind weitgehend allgemeine südosteuropäische Züge, die den deutsch-slowakischen Wirtschaftsraum kennzeichnen, es sind aber auch spezielle Gesichtspunkte, die wir in der besonderen Leistungsfähigkeit des slowakischen Arbeiters, in seiner raschen Auffassungsgabe und in seinem Einfügungsvermögen in andere Arbeitsbedingungen erkennen. Es ist überhaupt der Fleiß des slowakischen Volkes, das stete bäuerliche Festhalten an der Scholle und die Genügsamkeit in der oft noch ganz patrimonialen Gemeinschaft.

Was uns jedoch darüber hinaus im Verhältnis des Reiches zur Slowakei als besonders erwähnenswert erscheint, ist die aus der nationalsozialistischen Weltanschauung geborene Einstellung zur Eigengesetzlichkeit des völkischen und staatlichen Lebens. Die Schutzfreundschaft Reich-Slowakei hat es wohl mit sich gebracht, daß auf verschiedenen Lebensgebieten die slowakische Regierung beratend beim Aufbau unterstützt wurde, daß es aber oberster Grundsatz dieser Tätigkeit ist, keine Schablonen zu vermitteln und nicht den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Es gibt zahlreiche staatliche Institutionen und Wirkungsbereiche, für die in der Volksordnung, auch in der politisch gestalteten Volksordnung, keine Grundlagen vorhanden sein können. Staat sein aber heißt, sich den Gepflogenheiten und „gesellschaftlichen Formen“ der tonangebenden europäischen Staatenwelt anzupassen. Die Mehrzahl der süd-

osteuropäischen Staaten des 19. Jahrhunderts war in einen Rezeptionstaumel verfallen und hatte sich ihrer Auffassung nach aus den bestehenden Staatseinrichtungen und Staatsformen des anderen Europa das Schönste und Beste ausgesucht, die freiheitlichste Verfassung, das hochentwickeltste Rechtssystem, die differenzierteste Wirtschaftsordnung. Das Ergebnis dieses Prozesses ist bekannt. Wenn sich wahre und echte Freundschaftsgefühle zwischen dem deutschen und slowakischen Volk erweisen können, so gerade in der selbstlosen Beratungsarbeit. Es wäre für gewisse kurzfristige und kriegsbedingte Ziele in manchen Fällen sicher besser, diese und jene Einrichtung, diesen und jenen Vorgang zu empfehlen, der aber in der Zukunft eine Fehlentwicklung bedeuten würde. Sich hier richtig einzufühlen und aus dem Geiste des slowakischen Volkes heraus Ratschläge zu erteilen, kann nur von Vertretern eines Volkes erreicht werden, das in der Lage und bereit ist, sich liebevoll in das fremde Volkstum zu versenken und in dessen besserem Sinn zu gestalten.

Wäre es gerecht, die Leistung des slowakischen Staates in den fünf Jahren mit statistischen Tabellen zu belegen, etwa die Zahlen der Schulgründungen, die umgesetzte Warenmenge, die Ausfuhr und Einfuhr, die Steigerung des Volkseinkommens usw.? Was können sie uns sagen? Doch nichts anderes, als daß die Slowaken ein fleißiges Volk sind, daß sie arbeiten und schaffen und ihre Aufgabe ernst nehmen. Aber es wäre ungerecht gegenüber der Vergangenheit, wenn man dem jetzigen Geschlecht den Ruhm allein schenkte, der doch eigentlich ebenso den vielen Kämpfern gebührt, voran dem politischen Volksführer *Hlinka*, der die Früchte seiner Arbeit nicht mehr erleben durfte. Gearbeitet und gewirkt haben die Slowaken auch vor diesen fünf Jahren, ja vielleicht mehr und entsagungsvoller, für fremde Staaten und fremde Herren. Wir können dem slowakischen Volk daher auch immer nur wieder zurufen, an die Vergangenheit zu denken und die vor ihm stehenden Aufgaben ebenso weiterhin ernst zu nehmen, wie die Generationen vor ihnen es taten. Auch heute muß der slowakische Staat entscheidend von der bäuerlichen Kraft getragen werden. Es ist notwendig und richtig, daß das Bauerntum sich nun auch langsam die Städte erobert, die oftmals nicht zu ihnen gehörten. Aber es ist leichter, in einer Zeit des staatlichen Beginns Beamter und Staatsangestellter zu werden, in der aufblühenden Wirtschaft zu verdienen, als den kargen Bergboden zu bebauen. Vor unseren Augen vollzieht sich eine einschneidende Veränderung der slowakischen Sozialstruktur. Auch dieser Vorgang findet seine Vorläufer im Südosteuropa der letzten Jahr-

zehnte. Nicht überall sind die Ergebnisse befriedigend ausgefallen. Echte bürgerliche und städtische Gesinnung will langsam und entbehrungsreich erworben werden, wenn sie haltbar sein soll. Wenn es der jungen Slowakei gelingt, dieses Problem gesund und dauerhaft zu lösen, dann wird die heutige Generation ihrer Vorfahren würdig sein.

Völker, Sprachen und Rassen in Kaukasien[1])

Von Egon Vorauer

Kaum ein Gebiet des großeuropäischen Bereichs gibt uns über Herkunft, Abstammung und Verwandtschaft seiner Völker, Sprachen und Rassen noch heute so viele Rätsel auf, wie gerade Kaukasien, jene einzige unmittelbare Landbrücke zwischen Europa und Vorderasien.

Zum größten Teil hat dazu die geschichtliche Entwicklung beigetragen. Die kaukasische Landenge, deren natürliche Verkehrsfeindlichkeit dieses Merkmal jedoch stets wenig hervortreten ließ, war durch Jahrtausende sowohl Rückzugsgebiet vieler Völkerschaften, als auch Schauplatz heftiger politisch-diplomatischer und kriegerischer Auseinandersetzungen. Die großen und kleinen Völkerwanderungen und Vorstöße über die wenigen kaukasischen Durchzugsstraßen[2]) aus dem europäischen Raum nach Vorderasien brachten blutsfremde Volksstämme und Volksteile ins Land, die sehr oft sogar männliche und weibliche Angehörige für dauernd zurückließen und dabei Eingeborene von ihren Wohnsitzen verdrängten.

In der Neuzeit wurde dann Kaukasien in mehreren Türkenkriegen und zwei Feldzügen gegen Persien (Iran) dem zaristischen Reich einverleibt und die Südgrenze mitten durch Aserbaidschan[3]) und Alt-Armenien gezogen. Diese Kampfperiode, die bereits im 16. Jahrhundert unter Iwan IV., dem Schrecklichen, begonnen hatte, und der weit über ein halbes Jahrhundert währende Freiheitskampf der kaukasischen Bergvölker erschwerten jede wissenschaftliche Arbeit. Nach Beendigung der größeren Kämpfe zu Beginn der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts war es meist noch ein Wagnis, unter den Völkern des Kaukasus Studien zu betreiben. Selbst nach dem Erscheinen zahlreicher, ernst zu nehmender Abhandlungen über dieses Land und seine Volkstümer in den achtziger Jahren waren zunächst die allgemeinen Zustände hier noch lange nicht dazu angetan, in systematischer Forschungsarbeit Klärung in die völkischen, sprachlichen und rassischen Probleme zu bringen.

Neben einer also hauptsächlich historisch bedingten völkischen und sprachlichen Vielfalt und Verflechtung förderten aber auch die orographischen Um-

[1]) Unter ausschließlicher Berücksichtigung von „Sowjetkaukasien" des Jahres 1939.

[2]) Die Pforten des Kaukasus und die Kaspischen Tore. Vgl. Vorauer, Nord- und Südaserbaidschan, Ztschr. f. Politik, 1943/3 S. 156.

[3]) Vorauer, a. a. O. S. 154 u. 180.

weltsbedingungen, insbesondere die Abgeschiedenheit einzelner Landschaften, diese Entwicklung. So ist es zu erklären, daß in der Ebene und im Gebirge, in einigen Fällen sogar von Siedlung zu Siedlung, oder diesseits und jenseits von Flüssen, andere Sprachen gesprochen werden und oft blutsverschiedene Völkchen wohnen, die aus abgesonderten Geschlechtern entstanden sind.

Auf dem Gebiet der UdSSR. wurden in den Volkszählungen der Jahre 1926 und 1939 weit über 170 „Nationalitäten" gezählt, von denen ungefähr 60 auf Kaukasien kamen[4]).

Dazu ist aber zu bemerken, daß es sich bei einem großen Teil um Volkssplitter unter 30000 Menschen oder kleinste Stämme und dialektische Abstufungen ohne eigene Gestaltungskraft handelt[5]). Sie unterscheiden sich vielleicht durch räumliche Trennung, sowie durch ein historisch gewachsenes, geringeres Kulturgefälle, sind aber dagegen sowohl in blutsmäßiger und sprachlicher Verwandtschaft, als auch in Religion und Volksbrauch untereinander oder gegenüber ihren übergeordneten Blutsverbänden kongruent.

Das Märchen von den „hundert Völkern" des Kaukasus klärt sich damit auf; übrig bleiben bestenfalls 30 bis 40 Völker, Volksstämme und Volksgruppen[6]), von denen ungefähr zwanzig — ohne dabei ein Werturteil in irgendeiner Beziehung auszusprechen — von nationaler Bedeutung für das Land sein könnten.

Mit dem Blick auf die Völkerkarte Kaukasiens bleibt dieser Zustand für den Außenstehenden dennoch ein unentwirrbares Durcheinander. Deswegen erscheint zunächst eine scharfe Abgrenzung der Begriffe Rasse und Volk und dann eine klare Trennung der Wesensinhalte von Volk, Sprache und Rasse Voraussetzung für das Verständnis der Bevölkerungsverhältnisse in Kaukasien.

Was ist nun Rasse? *Rasse* ist eine vorgeschichtlich entstandene Gruppe erbähnlicher Menschen mit mehr oder minder gleicher körperlicher Gestalt und der zugehörigen Verhaltensweise[7]). *Volk*, zunächst ganz allgemein ausgedrückt, eine geschichtlich gewordene Gemeinschaft blutsverwandter Menschen mit mehr oder minder gleicher Sprache, Kultur und Überlieferung[7]).

Bei der Rasse steht also die Gesamtform nach den körperlichen und verhaltensmäßigen Merkmalen im Vordergrund der Betrachtung, während beim Volk der Formbegriff zunächst zurücksteht und an

---

[4]) Die Völker, die keinen geschlossenen Siedlungsraum besitzen, sind in der Zahl nicht mit einbezogen. So z. B. Franzosen, Engländer usw.

[5]) Z. B. die Gunsalen der dagestanischen Stämme, die Bazbier der tschetschenischen Gruppe und die Esiden der kurdischen Gruppe.

[6]) U. zw. im fachlichen Sinne von „Minderheit".

[7]) Vgl. Egon Frh. v. Eickstedt, Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit, S. 69.

seine Stelle die Abstammungsgemeinschaft, d. i. Fortpflanzungsgemeinschaft, als bestimmender Faktor in den Mittelpunkt tritt. Die Rassenformen durchziehen die verschiedenen Völker[8]) — z. B. ist die Vorderasiatische Rasse ein prägendes Element aller Völker Kaukasiens —, und da in den einzelnen Völkern immer mehrere Rassenformen zusammenfließen — in Kaukasien sind es vorwiegend 5 bis 6 —, verbinden sich diese in den Familien, Sippen, Geschlechtern und Stämmen, ja schließlich im Volk. Hier — und nur hier, nicht in den Rassen — werden die Erbanlagen verschlungen und weitergetragen. Echte Völker sind daher erbverbunden; sie sind durch die Blutsbande, die gemeinsame lebendige Sprache und die geschichtlichen Erlebnisse und im besonderen durch das freie Bekenntnis zum Volkstum in sich geschlossen. Rassen dagegen sind „übervölkisch". So gesehen sind Rassen Formgruppen, Völker blutsverbundene Kulturgruppen, die keineswegs an die Form gebunden sind. Vorderasiatisch scheinende Väter können beispielsweise orientalische Söhne und orientalisch scheinende Mütter tungische Töchter haben[9]).

Gegenüber diesen verwandten Begriffen von Rasse und Volk, die sowohl gemeinsame als auch trennende Grunderscheinungen aufweisen, muß die Sprache keine inneren Beziehungen zu Volk und Rasse haben. Wohl bildete sich jede Rasse ihre „Grundsprache" aus, die ihrem seelischen Wesen entsprach, aber sowohl Rasse wie Sprache sprengten auch diese ursprüngliche Verbundenheit und griffen weit darüber hinaus[10]).

Zum Beispiel werden heute kaukasische (alarodische) Sprachen nur noch in Kaukasien gesprochen. Die Rasse aber, welche sich diese Sprache ursprünglich ausgebildet hat — die Vorderasiatische Rasse — ist weit über das Gebiet der kaukasischen Sprachen hinaus verbreitet und bedient sich z. T. der Sprachen, zu denen sie in keinen inneren Beziehungen mehr steht. Oder als zweites Beispiel haben im 2. Jahrtausend v. d. Zeitwende nordische Völker und Volksstämme in vielen Gebieten Vorderasiens und auch in Kaukasien die kaukasischen Sprachen — die sicherlich in vorgeschichtlicher Zeit auch große Teile Vorderasiens einschlossen — verdrängt und als Herrenschicht den einheimischen Völkern ihre indogermanischen Sprachen übertragen[11]).

Die Völker und Sprachen Kaukasiens

Eine kritische Untersuchung der sogenannten „Nationalitäten" Kaukasiens ergibt, daß ungefähr die Hälfte es irgendeiner mundartlichen oder sonst völlig unbedeutenden Erscheinung zu verdanken

[8]) Vgl. Otto Reche, Rasse und Heimat der Indogermanen und H. F. K. Günther, Die Nordische Rasse bei den Indogermanen Asiens.

[9]) Vgl. Eickstedt, a. a. O. S. 73.

[10]) Günther, a. a. O. und Rassenkunde Europas.

[11]) Günther, a. a. O.

hat, als eigene „Nationalität" angesprochen zu werden. Es handelt sich hauptsächlich um Geschlechter, die zu einer gewissen einheitlichen räumlichen und sprachlichen „Koloration" zusammengewachsen sind.

Dann sind zehn bis zwölf lebendige, wachsende, einst abgerissene und heute entweder im Volkstumswandel begriffene oder mehr oder minder abgesonderte Eigenteile eines größeren Volkes oder Sprachkreises. Sie besitzen zum Teil eigene Trachten und Sitten, vor allem eine eigene Sprache und zumeist einen eigenen alteingesessenen „Gau" — nicht im verwaltungsgeographischen Sinne, sondern in der Bedeutung einer historischen Landschaft oder eines Landstrichs. Die wenigsten haben je ein staatliches Eigenleben erreicht. Man spricht daher in diesem Fall am besten von Volksstämmen[12]). Als Beispiel wären da in erster Linie die turko-tatarischen Volksstämme zu nennen, während bei der Eingruppierung der dagestanischen Volksstämme Vorsicht am Platze ist, da hier eine Unterscheidung zwischen lebendigen, echten Volksstämmen und „Unterstämmen", der nächsttieferen Kulturstufe, sehr schwierig ist. Solche Unterstämme sind in Kaukasien verhältnismäßig häufig und können mit mindestens acht bis zehn veranschlagt werden.

Als echte Völker, wie z. B. die Georgier, Armenier, Aserbaidschaner und Tscherkessen, sind nur sehr wenige klar zu erkennen. Insgesamt dürften es aber zusammen mit den Kolonisten zehn bis zwölf sein.

Bei einer Gliederung der wichtigsten Völker und Volksstämme scheint jene nach der zeitlichen Folge ihrer Ansässigkeit am zweckmäßigsten zu sein. Und zwar:

1. Gruppe: *Altkaukasische Heimvölker*, die seit alters her hier ansässig sind. Ein genauer Zeitpunkt ihrer Seßhaftigkeit ist nicht bekannt.

Dazu zählen die

1. Georgier (1)[13]),
2. Tschetschenen (2),
3. Dagestaner (3),
4. Tscherkessen (4),
5. Abchasen (5).

Diese Völker und Volksstämme gehören geschlossen der kaukasischen (alarodischen) Sprachgruppe an.

Als kaukasische Sprachen bezeichnet man eine größere Anzahl heute nur in

---

[12]) Vgl. Eickstedt, a. a. O. S. 85 ff.

[13]) Die Ziffern in der Klammer entsprechen der systematischen Numerierung der Völker Kaukasiens. Vgl. dazu die Völkerkarte. Bei der Schraffierung auf der Völkerkarte ist zu beachten, daß die verwandten Völker sich nur durch die Lage der Schraffur unterscheiden, der Charakter der Schraffur aber derselbe ist.

Kaukasien einheimischer und nur von Altkaukasiern im geographischen und völkischen Sinne gesprochener Sprachen, die sich „in Bezug auf Lautsystem, Wortmaterial und Grammatik-Syntax unterscheiden“[14]).

Man gliedert diese kaukasische Sprachgruppe meist in 4 Untergruppen, und zwar in die:

a) karthwelischen Sprachstämme oder die südwestliche Gruppe der Sprachstämme der kaukasischen Sprachgruppe,
b) tschetschenischen Sprachstämme oder die nordöstliche Gruppe der Sprachstämme,
c) dagestanischen Sprachstämme oder die östliche Gruppe der Sprachstämme,
d) tscherkessisch-abchasischen Sprachstämme oder die nordwestliche Gruppe der Sprachstämme[15]).

Die kaukasische Sprachgruppe nimmt in übertragener Bedeutung in Kaukasien ungefähr die Stellung ein, wie die der indogermanischen Sprachgruppe in Mitteleuropa.

1. Die *Georgier* zählen — eingerechnet ihrer Stämme und Unterstämme — ungefähr 2,3 Mill. Köpfe.

Sie bewohnen geschlossen in der SSR. Georgien die Quellgebiete des Rion und der Kura im südwestlichen Teil Kaukasiens. Tbilissi (Tiflis) als Hauptstadt[16]) und Batumi (Batum) als Hafenstadt am Schwarzen Meer sind ihre größten Orte.

Sprachlich gehört Georgisch der kaukasischen Sprachgruppe der Karthwelstämme an.

2. Die *Tschetschenen* umfassen — einschließlich ihrer zugehörigen Stämme — ungefähr 500 000 Volkszugehörige.

Sie bewohnen ebenfalls mehr oder minder geschlossen in der Autonomen SSR. Tschetscheno-Inguschien einen großen Teil der Quellgebiete des Terek und der Sunsha im östlichen Teil Mittelkaukasiens. Der größte Ort ist die Hauptstadt Grosny.

Sprachlich gehört Tschetschenisch der kaukasischen Sprachgruppe der tschetschenischen Sprachstämme an.

3. Die *Dagestaner*[17]), bestehend aus einer Unzahl von Stämmen und Unterstämmen, zählen heute ungefähr 550 bis 700 Tausend Köpfe.

Sie bewohnen in der Autonomen SSR. Dagestan die Quellgebiete der Koissu im Osten Kaukasiens. Die Hauptstadt ist Machatsch-Kala.

Sprachlich gehört Dagestanisch der kaukasischen Sprachgruppe der dagestanischen Sprachstämme an.

4. Die *Tscherkessen*, heute nur mehr bestehend aus den beiden

[14]) Zitiert nach A. Dirr, Einführung in die kaukasischen Sprachen.

[15]) Bei Dirr ist die Untergruppe b und c zu einer vereint. Vgl. dazu auch R. Bleichsteiner, Die kaukasische Sprachgruppe und N. Trubeţkoj in „Bull. Soc. de Linguistique de Paris“, T. 23.

[16]) Tbilissi ist die neuntgrößte Stadt der Sowjetunion (über 1/2 Mill.)

[17]) Die Dagestaner sind noch kein fertiges Volk, vielmehr ist der Begriff D. eine Zusammenfassung der zahlreichen Volksstämme und „Unterstämme“ des Landes Dagestan.

Stämmen Adyge und Kabardiner, sind ungefähr 250 bis 280 Tausend Köpfe stark.

Sie bewohnen zerstreut die autonomen Gebiete Adyge im Kraj (entspricht ungefähr unserem Gau) Krasnodar und Tscherkessien im Kraj Ordschonikidse, sowie die Autonome SSR. Kabardino-Balkarien im Nordwesten Kaukasiens. Die wichtigsten Orte sind Maikop und Naltschik.

Sprachlich gehört Tscherkessisch der kaukasischen Sprachgruppe der tscherkessisch-abchasischen Sprachstämme an.

5. Die *Abchasen*[18]) weisen heute nur noch etwa 60 bis 70 Tausend Volkszugehörige auf.

Sie bewohnen den schmalen Landstrich um Ssuchumi (Suchum), der Hauptstadt der Autonomen SSR. Abchasien, an der Schwarzmeerküste.

Sprachlich gehört Abchasisch der kaukasischen Sprachgruppe der tscherkessisch-abchasischen Sprachstämme an.

2. Gruppe: *Neukaukasische Völker*, die erst später — z. T. nach der Zeitwende — einwanderten.

Dazu zählen die

1. Turkvölker (6—13)[19]),
2. Armenier (14),
3. Ossen (Osseten) (15),
4. Talischen (16),
5. Taten (17).

Die neukaukasischen Völker haben zu den kaukasischen (alarodischen) Sprachen keine Beziehungen.

1. Die *Turkvölker* gliedern sich in die *turko-iranischen Völker*, die aus dem Süden über Iran einwanderten, und zwar die

Karapapachen (7), Turkmenen (8) und die
Aserbaidschaner (6), anatolischen Türken (9) (Türken),

sowie die *turko-tatarischen Volksstämme*, die aus dem Norden durch die „uralsche Pforte" einwanderten, und zwar die

Kumüken (10), Nogaier (12),
Karatschaier (11), Balkarer (13).

Von den turko-iranischen Völkern sind die *Aserbaidschaner* mit 2,3 Mill. das weitaus stärkste Volk.

Sie bewohnen geschlossen in der SSR. Aserbaidschan die Quellgebiete der unteren Kura und unteren Alasan im südöstlichen Teil Kaukasiens und in Nordiran[20]). Der Arax bildet die staatliche Grenze gegen Iran und teilt ihr Volkstumsgebiet in zwei gleiche Teile. Die Öl- und Hauptstadt Baku ist die fünftgrößte Stadt der Sowjetunion. Neben Baku hat auch Gandscha (Kirowobad) Bedeutung.

Sprachlich gehört Aserbaidschanisch (der sogenannte AZERI-Dialekt) zum westtürkischen Sprachkreis.

---

[18]) Die Abchasen sind mit den Tscherkessen sehr nahe verwandt.

[19]) Die kleinen Völkchen und Volksgruppen sind in der Völkerkarte Kaukasiens *nicht* enthalten.

[20]) Vorauer, a. a. O. S. 154.

Die *Karapapachen* sind ein anatoltürkisches Mischvölkchen, das den Aserbaidschanern nahe verwandt zu sein scheint und sehr gering an der Zahl ist ($6^1/_2$ Tausend). Sie sprechen eine westtürkische Mundart.

Die „Volksgruppen" — und zwar in der Bedeutung von „Minderheit" — der *Turkmenen* und *anatolischen Türken* sind kleinste Splittergruppen, die nach ihrer heimatlichen Sprache turkmenisch bzw. türkisch sprechen, demnach auch zum westtürkischen Sprachkreis gehören.

Von den turko-tatarischen Volksstämmen sind die *Kumüken* wahrscheinlich mit rund $94^1/_2$ Tausend Köpfen am stärksten vertreten.

Sie bewohnen im Bezirk Kisljar und der Autonomen SSR. Dagestan die Küstengebiete des Kaspischen Meeres.

Sprachlich gehört Kumükisch zum nordtürkischen Sprachkreis.

Die *Karatschaier* zählen ungefähr 55 000 bis 60 000 Menschen zu ihrem Volke.

Sie bewohnen in dem autonomen Gebiet Karatschaj die Quellgebiete der Teberda an der Westseite des Elbrus.

Sprachlich gehört Karatschaisch zum nordtürkischen Sprachkreis.

Ferner die *Nogaier* ($36^1/_2$ Tausend) und die *Balkarer* (40 bis 60 Tausend).

Die *Nogaier* bewohnen die Steppen an der Kuma im Kraj Ordschonikidse im Nordosten Kaukasiens.

Die *Balkarer* wohnen im mittleren Teil Kaukasiens.

Sprachlich zählen beide Volksstämme zum nordtürkischen Sprachkreis.

2. Die *Armenier* zählen in Kaukasien knapp über 2 Mill. Ein großer Teil dieses Volkes lebt außerhalb der Sowjetunion.

Sie bewohnen in der Autonomen SSR. Armenien und dem autonomen Gebiet Berg-Karabagh geschlossen den Ostteil des sogenannten Kleinen Kaukasus im Süden des Landes. Die Hauptstadt ist Jerewan. Zerstreut siedelt ein Teil der Armenier noch vor allem in der Autonomen SSR. Nachitschewan, in der SSR. Aserbaidschan und an der Schwarzmeerküste[21]).

Sprachlich gehört Armenisch zu der indogermanischen Sprachgruppe, und zwar wie alle ostindogermanischen Sprachen zu den sogenannten „Satem"-Sprachen im Gegensatz zu den indogermanischen „Kentum"-Sprachen, wie z. B. das Deutsche und Griechische. Diese Unterscheidung bezieht sich auf eine charakteristische Verschiedenheit in der Behandlung des indogermanischen „K"-Lautes, der in einem Teil der indogermanischen Sprachen zu einem „S" geworden ist.

3. Die *Ossen* sind ein Restvolk noch nicht klar erforschter Herkunft und zählen 280 bis 300 Tausend Köpfe.

Sie bewohnen in der Autonomen SSR. Nordossetien mehr oder minder geschlossen das Quellgebiet des oberen Terek mit der Hauptstadt Ordschonikidse

[21]) Von den Armeniern der Türkei soll hier nicht gesprochen werden.

(früher Wladikawkas) und im autonomen Gebiet Südossetien, beide im mittleren Kaukasus.

Sprachlich gehört Ossetisch ebenfalls zu den „Satem"-Sprachen der indogermanischen Sprachgruppe.

4. Die *Talischen* sind ein kleines Völkchen von ungefähr 78 000 Köpfen, über deren Herkunft und Einwanderung nur Vermutungen bestehen.

Sie bewohnen in der äußersten Südostecke der SSR. Aserbaidschan den Küstenstrich des Kaspischen Meeres um Lenkoran und setzen sich jenseits der heutigen sowjet-iranischen Staatsgrenze fort.

Sprachlich ist Talysch eine Mundart des Persischen, die Anlehnung an das Aserbaidschanische nimmt. Es wird in die indogermanische Sprachgruppe („Satem"-Sprachen) eingereiht.

5. Die *Taten* sind ein winziges Restvölkchen (rund 30 000), über deren Herkunft ebenfalls noch Zweifel bestehen.

Sie wohnen in der Umgebung des Ortes Nucha in der SSR. Aserbaidschan.

Sprachlich liegen bei ihnen die Verhältnisse ähnlich wie bei den Talischen.

3. Gruppe: *Fremdvölker*, das sind die Erobervölker der Neuzeit. Und zwar die

1. Russen (18) und 2. Ukrainer (19).

Mit ihnen kamen auch die russischen und ukrainischen Kosaken ebenfalls als Eroberer im Auftrage des Zaren. Sie sind allgemein als

Kubankosaken und Terekkosaken

in die Populargeschichte eingegangen. Die eigentlichen „Kubankosaken" bewohnen aber nur das Gebiet am Unterlauf des Kuban bis zur Einmündung in die Laba[22]).

1. Die *Russen*, die besonders in den letzten Jahren in Kaukasien stark an der Zahl zugenommen haben, zählen in Stadt und Land 5 Millionen Köpfe.

Sie bewohnen teils geschlossen, teils zerstreut die Quellgebiete des Terek und des oberen und mittleren Kuban bis zur Laba in Nordkaukasien, und zwar in erster Linie im Kraj Ordschonikidse.

Sprachlich gehört Russisch zu der indogermanischen Sprachgruppe der „Satem"-Sprachen.

2. Die *Ukrainer* zählen $1^1/_2$ Millionen Köpfe.

Sie bewohnen mehr oder minder geschlossen die unteren Quellgebiete des Kuban einschließlich des Mündungsgebietes und die Schwarzmeerküste von Taman bis Adler im Kraj Krasnodar, z. T. auch im Gebiet Rostow und dem Kraj Ordschonikidse.

Sprachlich gehört Ukrainisch ebenfalls zu der indogermanischen Sprachgruppe.

4. Gruppe: *Kolonisten*, die auf friedlichem Wege ins Land zogen, z. T. dorthin gerufen wurden. Und zwar die

Deutschen (20), Griechen (21) und Esten (22).

---

[22]) Vgl. Vorauer, Kosakensiedlungen in Nordkaukasien, Ztschr. f. Geopolitik, 1942/7 S. 326 u. 330.

Die *Deutschen* (1926 etwa 100 bis 110 Tausend) wohnen in zahlreichen kleinen und größeren Siedlungsgruppen im Lande zerstreut, besonders aber in Nordkaukasien[23]) (etwa 72 000).

Die *Griechen* (etwa 30000) siedelten an der Schwarzmeerküste[24]) und sind heute ebenso wie die *Esten* an Zahl sehr gering.

Sprachlich war von den Deutschen und Griechen bereits die Rede. Das Estnische wird meistens noch als Zweig der finnisch-ugrischen Sprachgruppe angesehen.

5. Gruppe: *Juden* mit ungefähr 25 bis 30 Tausend Bergjuden (23), die im 8. Jahrhundert und früher eingewandert sind, und mindestens 1/2 Million Stadt- und Landjuden (24), die erst im Mittelalter und später zuwanderten und ausschließlich Ostjuden (Aschkenasim) sind.

Die Bergjuden[25]) wohnen in der Autonomen SSR. Dagestan und in der SSR. Aserbaidschan im Gebiet zwischen Derbend und Baku im Osten Kaukasiens.

Die Stadt- und Landjuden sind im ganzen Lande, besonders aber in den Städten, verstreut.

Sprachlich bedienen sie sich, vor allem die Bergjuden, des Jiddischen oder der betreffenden Landessprache. Jiddisch gehört zur semitischen Sprachgruppe.

6. Gruppe: *Sonstige Völker*, d. s. diejenigen, die in den obigen Gruppen nicht passend untergebracht werden können. Und zwar die

1. Kalmüken (25) und 2. Kurden (26).

Die *Kalmüken* betragen ungefähr 130 bis 140 Tausend.

Sie bewohnen in der Autonomen SSR. Kalmükien die nach ihnen benannte Kalmükensteppe zwischen Manytsch und dem Unterlauf der Wolga im äußersten Nordosten Kaukasiens. Der Hauptort ist Elista.

Sprachlich gehört Kalmükisch zum westmongolischen Sprachkreis.

Die *Kurden* sind in Kaukasien mit ungefähr 45 bis 55 Tausend Köpfen vertreten und bilden dort Splittergruppen des in Kurdistan mehr oder minder geschlossen wohnenden größeren Volkes jenseits der südlichen Staatsgrenzen.

Sie bewohnen die Grenzgebiete Südkaukasiens besonders in der SSR. Armenien.

Sprachlich gehören sie der indogermanischen Sprachgruppe der „Satem"-Sprachen an.

Damit wären wohl die wichtigsten Völker, Volksstämme und Volksgruppen (im Sinne von „Minderheiten") Kaukasiens und seiner engsten Glacisländer aufgeführt.

Eine grobe konfessionelle Übersicht zeigt, daß die Völker Kaukasiens entweder Christen oder Mohammedaner der verschiedensten Bekenntnisformen sind.

---

[23]) H. Grothe, Zur Geschichte der deutschen Siedlungen in Transkaukasien.

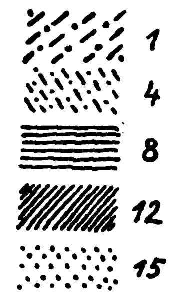
[24]) J. H. Schultze, Griechischer Lebensraum in Antike und Gegenwart.

[25]) H. Loewe, Zur Kunde von den Juden im Kaukasus.

S.S.7



Schwarze Meer



21

1943

a
st
w
li
z
z
v
d
g
n
b
d
K
le
—
p
u
g

Die altkaukasischen Heimvölker sind mit Ausnahme der Georgier, die seit alters her zu den Christen zählen, zum weitaus größten Teil Mohammedaner sunnitischen Bekenntnisses.

Die neukaukasischen Völker sind ebenfalls zum größten Teil Mohammedaner, wobei insbesondere die Aserbaidschaner dem schiitischen Bekenntnis angehören.

Die Armenier dagegen haben ebenso wie die Georgier schon früh den christlichen Glauben angenommen.

Die Kolonisten gehören dem Christentum verschiedenster Bekenntnisse an.

Die Kurden sind Mohammedaner, während die Kalmüken Buddhisten sind.

Die Rassen Kaukasiens

In den Völkern fließen immer mehrere Rassen (Rassenformen) zusammen und verflechten sich unter neuen Merkmalskombinationen zu einem neuen und kennzeichnenden Ganzen.

Die Kultur, deren Wesen in einer künstlichen Unabhängigkeit von der Natur besteht, schafft nämlich selbständig und ohne Willen des Menschen Auslesebedingungen, die Ausdrucksform und Werdegang einer Rasse entscheidend bestimmen und verändern, „ja die mit der Zurückdrängung der Natur auch notwendigerweise zu einer begrenzten Umformung oder Zersetzung der Rassen führen, nämlich dadurch, daß sich die Naturgruppen der Rassen immer mehr in den Kulturgruppen der Völker verzahnen und ihr biologisches Weiterleben eben in diesem kulturgebundenen Zeugungskreise — im Volk — vor sich geht und nur hier“[26]).

Dennoch kennzeichnet jedes Volk unter den vielen Rassenkomponenten eine mehr oder minder alle Volksgenossen durchziehende und umschlingende Grundrasse.

In Kaukasien treten uns heute folgende Grundrassen der rassischen Struktur der Völker entgegen:

1. die Vorderasiatische Rasse,
2. die Orientalische Rasse,
3. die Ostbaltische Rasse,
4. die Nordische Rasse,
5. die Tungische Rasse und
6. eine „Primitiv-Asiatische Rassen-Gruppe“.

1. Die *Vorderasiatische Rasse*[27]), deren typischste Vertreter die Armenier sind, welche aber auch zu großen Teilen für die altkaukasischen Völker ein kennzeichnendes Formmerkmal ist.

Die körperlichen Merkmale der Vorderasiatischen Rasse: Sie ist mittelgroß, dabei untersetzt, kurzköpfig mit steilem, wie abgehacktem Hinterhaupt, mittelbreitem Gesicht, stark herausspringender Nase, die sich im Knorpelteil nach unten biegt oder krümmt und gegen unten fleischig endet. Die Lippen sind ebenfalls fleischig. Das Haar ist braun oder schwarz, meist lockig, öfter gekräuselt. Die Augenbrauen, die Hautfarbe bräunlich, Körperbehaarung und

[26]) nach Eickstedt, a. a. O. zitiert.

[27]) nach Eickstedt, Armenide Rasse.

Bartwuchs sind sehr stark, Augenbrauen dicht und häufig über der Nase zusammengewachsen. Die Vorderasiatische Rasse neigt — besonders im weiblichen Geschlecht — zu Beleibtheit, Fettauflagerung auf Nacken und Schultern und zu Doppelkinnbildung.

Die Verhaltensweise der Vorderasiatischen Rasse zeichnet sich durch eine besondere Gewandtheit im Handel und Verkehr aus. Sie verfügt neben einem hohen Grad von Klugheit, Rührigkeit und Beweglichkeit über eine besondere Fähigkeit, sich in die Seele anderer Menschen einzufühlen und sich danach zu richten. „Die Vorderasiatische Rasse ist weniger auf Ausnutzung der Natur als auf die Beherrschung und Ausnutzung anderer Menschen gerichtet"[28]). Formale Logik und Dialektik, Redegewandtheit und Fähigkeit des Ausdrucks durch Gebärden sind ihre Stärke. Ihr Sinn für Form und Gestalt dagegen ist gering. Die Vorderasiatische Rasse ist ausgesprochen musikalisch. Zügellose Lust am „Fleische" ist innerhalb der Vorderasiatischen Rasse wie Abtötung des Fleisches[29]) charakteristisch.

Die Vorderasiatische Rasse dürfte ursprünglich die kaukasischen (alarodischen) Sprachen ausgebildet haben und Träger der kaukasischen Kultur sein.

Die Vorderasiatische Rasse ist mit der Dinarischen Rasse sehr entfernt verwandt. Verschieden gerichtete Auslese muß aus einer ursprünglich einheitlichen Rasse nach deren Trennung in zwei örtlich geschiedene Gruppen einerseits die Vorderasiatische Rasse Kaukasiens und des nahen mittleren Ostens, andererseits die Dinarische Rasse Südost- und Mitteleuropas haben entstehen lassen.

2. Die *Orientalische Rasse*[30]), die am häufigsten bei den Aserbaidschanern und Talischen vertreten ist. Auch bei den ostgeorgischen Stämmen findet man zahlreiche Vertreter dieser Rasse. Ebenso tritt sie bei den Ostarmeniern auf.

Die körperlichen Merkmale der Orientalischen Rasse: Diese ist mittelgroß, eher zu höherem als zu niedrigem Wuchs neigend, schlank, oft hager. Im männlichen Geschlecht zeigt sich oft ein Körperbau mit gewölbter Brust und kräftigen Muskeln. Sehnige Gestalten sind nicht selten. Im weiblichen Geschlecht sind geschmeidige, abgerundete Gestalten mit breiten Hüften häufig anzutreffen[31]). Die Orientalische Rasse ist ausgesprochen langköpfig und langgesichtig mit einem meist weit über dem Nacken gewölbten Hinterhaupt. Die Nase ist schmal und nicht besonders stark hervorspringend. Häufig eine tief liegende Nasenwurzel. Lippen leicht gewulstet. Die Augen sind dunkelbraun, öfters — besonders in der Jugend und beim weiblichen Geschlecht — ist die Lidöffnung mandelförmig. Die Hautfarbe hellbraun, oft heller als die der Westischen Rasse, aber von matter Helligkeit. Das Haar ist dunkelbraun oder schwarz und meist lockig, dünn und weich. „Das weibliche Geschlecht der orientalischen Rasse altert rasch, nachdem es zwischen 12 und 20 Jahren seine günstigste Altersstufe erreicht hat"[31]).

Die Verhaltensweise der Orientalischen Rasse zeichnet sich durch Klugheit, Energie und Unternehmungslust aus. Zu der ruhigen, stetigen Arbeit des Acker-

[28]) Vgl. Lenz, Grundlagen.

[29]) Günther, a. a. O.

[30]) nach Eickstedt, Orientalide Rasse.

[31]) Günther, Rassenkunde des Jüdischen Volkes.

baus hat sie wenig Neigung, vielmehr ausgesprochenen Hang zum Nomadentum[32]). Nüchterner Sinn, Beobachtungsgabe und ausgesprochenes Interesse für sprachliche Dinge sind ihre Stärke.

Der Orientalischen Rasse sind ursprünglich die semitischen Sprachen eigen gewesen.

Die Orientalische Rasse ist wahrscheinlich der Westischen Rasse am nächsten verwandt.

3. Die *Ostbaltische Rasse*[33]), die fast ausschließlich nur bei den Ukrainern, und zwar zum größten Teil bei den aus der Nordukraine stammenden sowie den sog. Tschernomor-Kosaken[34]) anzutreffen ist. Bei den Russen findet man die Ostbaltische Rasse nur vereinzelt.

Die körperlichen Merkmale der Ostbaltischen Rasse: Diese ist niedrig-breit und von kräftigem Gesamteindruck. Derbknochigkeit und große Schulterbreite ist charakteristisch. Sie ist kurzköpfig und breitgesichtig. Kennzeichnend ist ferner der gegenüber dem Gehirnteil so massige, große Gesichtsteil des Schädels. Die Nase zeigt eine ausgesprochen kurze, konkave, aufgebogene Form und ist besonders im unteren Drittel „häßlich" breit. Die ostbaltische Nase zeigt in der Vorderansicht mehr von den Nasenlöchern als die anderen europäischen Rassen. Durch das breite Hervortreten der Backenknochen ist das ostbaltische Gesicht ein Breitgesicht. Es erinnert in seiner Ausmodellierung und Flachheit an das des Mongolen. Die Lippen sind fleischig. Das Haar fällt hart und straff und ist dick. Die Haarfarbe ist hell, jedoch mehr zum Aschblonden als zum Goldblonden neigend. Im Gegensatz zum rötlichen und goldenen Unterton der Nordischen Rasse ist hier ein grauer. Die Augenfarbe ist grau, graublau, wasser- bis weißblau, selten reinblau. Enge Lidspalte. Die Ostbaltische Rasse ist hellhäutig, aber nicht rosig hell. Die Haare sind dünn.

Die Verhaltensweise der Ostbaltischen Rasse is schweigsam, ernst, ja schwermütig und grüblerisch, dabei sehr schwer beweglich und begeisterungsfähig. Ein besonderes Kennzeichen ist die Entschlußunfähigkeit. Im Verkehr mit ihrem Nächsten ist sie hilfreich und gastfrei, sowie treu und ergeben, ja unterwürfig. Im Ertragen einengender Lebensverhältnisse sehr geduldig und im allgemeinen ein guter, folgsamer Untertan. Aber auch gehässige Roheit liegt ihr nahe. Sie ist sehr sinnlich. Der ostbaltische Mensch ist ein „Zwiespaltmensch".

Vorgeschichtlich dürfte die Ostbaltische Rasse mit den „breitgesichtig-kurzköpfigen" Rassen Eurasiens in erbähnlichem Zusammenhang stehen.

4. Die *Nordische Rasse*, die nur bei den deutschen Kolonisten vorherrschend auftritt und bei diesen wieder hauptsächlich bei den aus Württemberg Eingewanderten Südkaukasiens.

Körperliche Merkmale der Nordischen Rasse: Die Nordische Rasse ist hoch gewachsen, hochbeinig und schlank. Sie ist langköpfig-schmalgesichtig. Für den nordischen Kopf ist charakteristisch das weit über den Nacken gewölbte Hinterhaupt, ähnlich der Orientalischen Rasse. Der ausladende Teil ist aber verhältnismäßig niedrig, so daß der Hals länger erscheint. Die Nase ist schmal und

---

[32]) Lenz, a. a. O.

[33]) nach Eickstedt, Osteuropide Rasse.

[34]) Vgl. Vorauer, Kosakensiedlungen, S. 329.

hochgebaut. Die Lippen sind ebenfalls schmal. Das Haar fällt schlicht-glatt oder wellig. Das einzelne Haar ist weich und dünn. Die Haarfarbe ist blond mit meist rötlichem Unterton vom Lichtblonden über das Goldblond bis ins Dunkelblond reichend. Das nordische Auge ist frischblau, blaugrau oder grau. Die Haut ist rosig hell und läßt oft das Blut durchschimmern.

Die Verhaltensweise der Nordischen Rasse zeichnet sich durch hervorragende geistige Begabung und schöpferische Kraft aus. Sie zeichnet sich ferner durch ihre hohen Charaktereigenschaften aus. Willensenergie, Selbstbeherrschung und sorgende Voraussicht sind besondere Kennzeichen für sie. Der nordische Mensch ist ein Leistungsmensch.

Die Nordische Rasse hat ursprünglich die indogermanischen Sprachen und Kulturen hervorgebracht.

5. Die *Tungische Rasse*[35]) des mongolischen Rassenkreises findet sich vorherrschend bei den meisten Kalmüken zwischen der unteren Wolga und dem Oberlauf des Manytsch.

Körperliche Merkmale der Tungischen Rasse: Sie ist untersetzt, sehr kurzköpfig, mit flachem Gesicht und niedriger Stirn, sowie schwarzem straffem Haar. Die Hautfarbe ist fahlgelb. Der „charakteristische" Mongolenfleck, der bei Kindern des mongolischen Rassenkreises als blauer Fleck in der Haut des unteren Rückens erscheint und mit 4—5 Jahren wieder verschwindet, sowie die Mongolenfalte — der schiefe Verlauf des oberen Augenlides am inneren Augenrand, so daß es die bei den europäischen Rassen sichtbaren Tränenwärzchen bedeckt — kennzeichnen die Tungische Rasse gegenüber den europäischen Rassen.

Die Verhaltensweise der Tungischen Rasse ist vorläufig noch nicht ausreichend zu charakterisieren, da bisher zu wenig wissenschaftliche Forschungsergebnisse vorliegen. Es ist zu bemerken, daß die Tungische Rasse keinesfalls als „Primitivform" (vgl. die „Primitiv-eurasischen Rassengruppen") angesehen werden kann.

6. Ferner eine *„Primitiv-Asiatische Rassengruppe"*, die vereinzelt bei Siedlungsgruppen der aus Südrußland und Südostrußland stammenden Russen, ferner bei späteren, aus der Mittelukraine stammenden ukrainischen Ansiedlern des Kubangebietes — nicht aber bei den sog. „Kubankosaken"[35a]) — anzutreffen ist.

Diese Rassengruppe besteht aus vielen, größtenteils noch unerforschten Rassen und „Unterrassen"[36]), die in Mitteleuropa nur äußerst selten zu sehen sind, jedoch über den Raum östlich des Dnjeprs gemischt mit anderen, uns bekannten Rassen häufig vorkommen dürfte[37]).

Das zunächst *charakteristische Merkmal* dieser Gruppe besteht in der „Primitivität" der Form und Verhaltensweise gegenüber der „progressiven Form" der bekannten europäischen Rassen[38]).

Die Heranbildung von „progressiven" und „primitiven" Formen

---

[35]) nach Eickstedt, Tungide Rasse (gebräuchlichere Form).

[35a]) Vgl. Vorauer, Kosakensiedlungen, S. 330. Es handelt sich um Kosaken, die nach 1862 angesiedelt wurden.

[36]) nach Eickstedts Begriffsbestimmung, a. a. O.

[37]) In Kaukasien trifft man diese Rassen etwas seltener an.

[38]) Eickstedt, a. a. O.

der Rassen könnte man sich mit Hilfe der Theorie von Eickstedt ungefähr folgend vorstellen: Bei der Entwicklung der einzelnen Merkmale der Rassen ist durch das Auftreten neuer Mutationen bald bei der einen Rasse, bald bei der anderen der Bildungsvorgang langsamer oder schneller gewesen. Das geschah auch keineswegs willkürlich. sondern wie jeder Prozeß in der Natur im engen und einträchtigen Zusammenwirken mit den Umwelteinflüssen. Daraus ergeben sich entwicklungsgeschichtlich gesehen verschiedene Formbildungen körperlicher und verhaltensmäßiger Art, die in bestimmten Beziehungen zu ihrem Versorgungs- und Bildungsraum — im vorliegenden Fall ostwärts der Wolga — stehen. Dadurch wurde eine Differenzierung der Rassen nach langsamerer oder schnellerer körperlich-seelischer Entwicklungsform bewirkt. Die am höchsten entwickelten Rassen eines beschleunigten Bildungsvorgangs, wie z. B. die Nordische Rasse, die Dinarische Rasse, die Ostbaltische Rasse, bezeichnet man als „progressiv". Demgegenüber stehen die Rassen mit einer verlangsamten, zurückgebliebenen Merkmalsentwicklung, die man „primitiv" nennt[39]).

Über die *körperlichen Merkmale und die Verhaltensweise* dieser „Primitiv-asiatischen Rassengruppe" kann infolge geringer wissenschaftlicher Erfahrung und Erforschung noch zu wenig ausgesagt werden, als daß eine Charakterisierung wünschenswert wäre.

In Kaukasien finden sich ferner noch folgende Rassen als „Einschlag", und zwar in dem Sinne „ähnlich". Dementsprechend bedeutet z. B. Turanischer Einschlag der Turanischen Rasse ähnlich[40]). Diese Einschläge sind folgende:

1. die Turanische Rasse,
2. die Ostische Rasse,
3. die Westische Rasse,
4. die Dinarische Rasse.

1. Die *Turanische Rasse*[41]) hauptsächlich bei den Turkvölkern, die von Norden her einwanderten und z. T. bei den Russen Kaukasiens sowie den Nachkommen der ehemaligen sog. „Grebenschen Kosaken"[42]) vorkommend.

Die körperlichen Merkmale der Turanischen Rasse: Diese ist mäßig groß, schlank und kurzköpfig mit hoher Stirn. Das Gesicht ist nach unten etwas verjüngt, und die Backenknochen leicht vorgeschoben. Die Nase schmal, ebenso die Lippen. Das Haar ist reich und leicht gewellt. Die Haarfarbe ist hellbraun, Die Augen sind schmal. Die Hautfarbe ist ebenfalls hellbraun. Die Mongolenfalte fehlt, während der Mongolenfleck nur bei mongolischen Rassenanteilen vorkommt.

---

[39]) Eickstedt, a. a. O.
[40]) nach Eickstedt Turan o i d.
[41]) nach Eickstedt, Turanide Rasse (gebräuchlichere Form).
[42]) Vorauer, Kosakensiedlungen, S. 327 u. 328.

Über *die Verhaltensweise* liegen noch nicht genügend Forschungsergebnisse vor.

2. Die *Ostische Rasse*[43]) findet sich hauptsächlich bei den Ukrainern, ferner bei den Russen.

Die körperlichen Merkmale der Ostischen Rasse: Diese ist ebenso wie die Ostbaltische Rasse kurz gewachsen, kurzköpfig und breitgesichtig mit ausgesprochenem Kinn und stumpfer, kurzer Nase, ähnlich der ostbaltischen. Lippen weder wulstig noch schmal. Das Haar ist hart, die Haarfarbe braun oder schwarz. Die hervortretenden Augen wirken wie verquollen, da die Lidspalte kürzer und nicht so hoch wie bei den anderen europäischen Rassen ist. Die Augenfarbe ist braun, aber kälter als die westischen Augen. Die Hautfarbe ist gelblichbraun.

Die Verhaltensweise zeigt sich in Beschaulichkeit, Engherzigkeit, Geduld und Langsamkeit. Sie zeichnet sich durch praktischen Sinn, Erwerbsamkeit und Fleißigkeit aus. Der ostische Mensch ist ein „Geschäftigkeitsmensch".

3. Die Westische Rasse[44]) kommt mehr oder weniger gering bei den Georgiern und wahrscheinlich auch bei einzelnen Ukrainern vor.

Die körperlichen Merkmale der Westischen Rasse: Diese ist klein gewachsen, langköpfig, schmalgesichtig und hat schmale Nase. Das Haar ist schlicht und lockig. Die Haarfarbe braun oder schwarz. Die zurückliegenden Augen zeigen braune Farbe. Die Hautfarbe ist gelbbraun.

Die Verhaltensweise drückt sich in Leidenschaftlichkeit, leichter Erregbarkeit und Stimmungsschwankung aus. Ausdrucksfähigkeit in Wort und Körperbewegung. Der westische Mensch ist ein „Darbietungsmensch".

Die Westische Rasse scheint vorgeschichtlich mit der Orientalischen Rasse verwandt zu sein.

4. Die *Dinarische Rasse* kommt ebenfalls in erster Linie bei den Ukrainern, und zwar hauptsächlich bei denen vor, deren Vorfahren aus der mittleren und südlichen Ukraine stammen. Auch im ehemaligen „Tschernomor-Kosakentum"[45]) dürften sich noch Reste Dinarischer Rasse befinden. Ähnlich steht es z. T. rassenmäßig mit den letzten Resten der Griechen Kaukasiens.

Die körperlichen Merkmale der Dinarischen Rasse: Diese ist hoch gewachsen, kurzköpfig, schmalgesichtig, mit steilem Hinterhaupt und starker, weit herausspringender Nase. Das Haar ist lockig, braun bis schwarz. Die zurückliegenden Augen sind braun. Die Hautfarbe ist bräunlich.

Die Verhaltensweise ist durch rauhe Kraft, Geradheit, Selbstbewußtsein und Gutmütigkeit ausgezeichnet. Daneben tritt Jähzorn häufig auf. Anpassungsfähigkeit und Menschenkenntnis, sowie musikalische Begabung sind weitere charakteristische Merkmale.

Die Dinarische Rasse ist, wie bereits oben angeführt, mit der Vorderasiatischen Rasse vorgeschichtlich sehr entfernt verwandt.

Neben diesen „Einschlägen" findet man hin und wieder auch noch geringe fälische Rassenelemente in Kaukasien (z. B. bei den Ossen),

[43]) nach Eickstedt Alpine Rasse.

[44]) nach Eickstedt Mediterrane Rasse.

[45]) Vorauer, Kosakensiedlungen, S. 326 u. 328.

über deren Herkunft noch wenig Forschungsergebnisse vorliegen. Die Fälische Rasse ist der nordischen sehr nahe verwandt und zeigt im allgemeinen massivere Körperformen als diese, was besonders in der Kopfform deutlich zum Ausdruck kommt.

Abschließend muß nachdrücklichst darauf hingewiesen werden, daß die Eingruppierung der Völker Kaukasiens nach ihrem *rassischen* Formanteil vorläufig nur andeutungsweise geschehen kann. Eine lückenlose, ganzheits-anthropologische Untersuchung, welche sowohl die morphologische und psychologische als auch die physiologische Erfassung des Menschen berücksichtigt, steht noch aus. Überdies ist noch vieles auf dem Gebiete der systematischen Rassenkunde in diesem Raum ungeklärt.

Dennoch könnte der Versuch, eine deskriptive Übersicht der Völker, Sprachen und Rassen Kaukasiens zu geben, Ausgang und Anhalt für künftige Arbeiten ähnlicher Natur bilden.

Kleine Beiträge

Deutsch-portugiesische Kulturbeziehungen

Die Eröffnung des neuen deutsch-portugiesischen Kulturinstituts im Januar 1944 legte die Frage nahe: Welche Beziehungen bestanden denn bisher zwischen Deutschland und Portugal. Wenn auch bislang noch keine Geschichte dieser Beziehungen geschrieben ist, so lassen sich doch in großen Zügen eine Reihe charakteristischer Eigentümlichkeiten erkennen.

In den Zeiten der Entstehung des heutigen portugiesischen Staates treffen wir vereinzelt Deutsche in Portugal an, ohne daß über ihre Schicksale Näheres festzustellen ist. Erst in der Regierungszeit des großen Königs Diniz (1269—1325), des Stifters der Universität Lissabon und Begründers der späteren Blüte Portugals, fällt helleres Licht auf die Frühgeschichte der deutsch-portugiesischen Kulturbeziehungen. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts wird in Lissabon von einem Deutschen, Overstädt, eine dem Hl. Bartholomäus geweihte Kapelle gebaut, die von nun an die gottesdienstliche Stätte für die in Lissabon wohnenden und nach dort kommenden Deutschen werden sollte. Langsam wuchs im Laufe des 14. Jahrhunderts die Zahl der Deutschen an, für die bald ein eigenes Krankenhaus und ein Kirchhof geschaffen werden mußte. Als dann aber um die Mitte des 15. Jahrhunderts die überseeische Expansion Portugals immer zielbewußter wurde, kamen als Folge der neuen großen Entdeckungen deutsche Seeleute und vor allem auch deutsche Söldner in zunehmender Zahl ins Land. Schon unter König Johann II. (1481—1495) wurden in großem Umfang diese deutschen „Bombardiere" angeworben, die auf den Schiffen, die zu Entdeckungsfahrten ausfuhren, als Artilleristen und Büchsenschützen dienten und so als erste Deutsche an den Afrika- und später Asienfahrten der Portugiesen teilnahmen. Diese deutsche militärische Elitetruppe fand in Lissabon ihren gemeinsamen Mittelpunkt in der

auch heute noch bestehenden „Bartholomäusbrüderschaft", wohl der ältesten überhaupt gegründeten deutschen Auslandsorganisation, deren Anfänge bis auf das Ende des 13. Jahrhunderts zurückgehen. Wenn auch im 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts das deutsche Militär in dieser Brüderschaft noch am zahlreichsten vertreten war, so fehlen doch andere Berufskreise nicht. Da tritt uns am Ende des 15. Jahrhunderts in der Persönlichkeit des Valentin Ferdinand, aus Mähren, wahrscheinlich aus Brünn stammend, der erste deutsche Buchdrucker in Portugal entgegen. Noch wissen wir leider über die Tätigkeit dieses großen Deutschen viel zu wenig. Aber bekannt ist, daß aus seiner Druckerei, die er zusammen mit dem Deutschen Nikolaus von Sachsen betrieb, im Jahre 1495 das erste bekannte, in Portugal und in portugiesischer Sprache gedruckte Buch herausging, die „Vita Christi", die portugiesische Übersetzung des von dem Deutschen Ludolf von Sachsen geschriebenen Werkes über das Leben Christi. Noch weitere wertvolle Werke kamen aus seiner Druckerei heraus, und von seinen Manuskripten hat 1940 die Akademie der Geschichte in Lissabon eines der wissenschaftlich wertvollsten in hervorragender Ausstattung veröffentlicht; es ist eine ausführliche Beschreibung der portugiesischen atlantischen Inseln und der von Portugal entdeckten Gebiete an der Westküste von Afrika. Diese Gebiete hatte Valentin Ferdinand 1506 selbst besucht. Und noch ein anderer weltberühmter deutscher Gelehrter lebte und wirkte damals in Portugal: der aus Nürnberg stammende Martin Behaim. Ihm verdankt Portugal die Kenntnis moderner astronomischer Instrumente, die für die portugiesischen Seefahrer die größte Bedeutung erhalten sollten. In portugiesischen Diensten nahm er auch an der berühmten Expedition von Diego Cão 1585/86 an die Südwestküste von Afrika teil.

Ich vermute, daß auf die Anregung dieser beiden großen Deutschen hin wohl um 1500 auch die beiden großen süddeutschen Handelshäuser der Welser und Fugger damals zuerst in Lissabon erschienen, um von hier aus und im Anschluß an die großen Entdeckungen der Portugiesen Anteil an dem damals so wichtigen Gewürzhandel zu bekommen. Aber auch Vertreter noch anderer oberdeutscher Handelshäuser stellten sich damals in Lissabon ein, so die Hochstätter, Imhof, Hirsvogel u. a. m. Dazu kamen endlich noch Kaufleute aus den Hansestädten Hamburg und Lübeck. Ihren gemeinsamen Mittelpunkt fand die deutsche Kaufmannschaft damals in der Hl.-Kreuz- und St.-Andreasbrüderschaft.

Gelegentlich tauchten wohl auch im 16. Jahrhundert noch andere Deutsche in Portugal auf. So weilte im Jahre 1555 im Hause des großen portugiesischen Gelehrten Damião de Góis, der enge Beziehungen zu zahlreichen deutschen Humanisten unterhielt, der später in Berlin wirkende Leonhard v. Thurneysser. Er hatte in Portugal naturwissenschaftliche, besonders botanische Studien getrieben. Die Ergebnisse seiner Forschungen — der ersten wissenschaftlichen auf portugiesischem Boden — sind niedergelegt in einem mehrere hundert Seiten umfassenden Folioband, dessen wissenschaftliche Veröffentlichung mir hoffentlich bald ermöglicht wird.

Naturgemäß übte die Hauptstadt des neuen portugiesischen Weltreiches damals auch auf andere Berufsgruppen eine starke Anziehungskraft aus, wie Gold- und Silberschmiede, Bauhandwerker, Weber usw., so daß etwa um die Zeit von 1550 ein reges deutsches Leben in Lissabon bestanden haben muß. Nicht immer wird den Deutschen das Leben in Portugal angenehm gemacht; denn wir hören, daß im Laufe des 16. Jahrhunderts oft genug Deutsche von dem Inquisitionsgericht verurteilt wurden.

Von den großen Entdeckungsfahrten der Portugiesen hat man damals in

Deutschland fast kaum Kenntnis genommen. Und ebenso steht es mit anderen großen Kulturleistungen der Portugiesen. Von dem 1572 im Druck erschienenen Werk des größten portugiesischen Dichters, den „Lusiaden" des Luis de Camões, erschienen erst im 19. Jahrhundert zahlreiche deutsche Übersetzungen. Deutsche, die vorher nach Portugal gingen, führten zumeist nur die Ausgabe in portugiesischer Sprache in ihrem Gepäck.

Äußerst spärlich sind unsere Kenntnisse über die deutsch-portugiesischen Beziehungen im Ablauf des 17. Jahrhunderts. Wohl hören wir, daß um 1660 der deutsche Graf Friedrich von Schomburg in Portugal als Reorganisator des portugiesischen Heeres wirkte. Aber sein Einfluß scheint ebenso gering gewesen zu sein wie die Vermählung des portugiesischen Königs Peter II. (um 1670) mit einer deutschen Fürstentochter, der Prinzessin Maria Sofie von Pfalz-Neuburg; in ihrem Gefolge scheinen keine Deutschen nach Portugal gekommen zu sein.

Im Jahre 1750 wird Joseph I. König von Portugal. Mit ihm aber beginnt wohl die großartigste Periode der deutsch-portugiesischen Kulturbeziehungen, die nun durch fast ein Jahrhundert hindurch andauert! Aber diese neue Zeit der Blüte wird vorbereitet schon in den Jahrzehnten vor 1750. Da hören wir, daß die Zahl der großen deutschen Geschäftshäuser von Jahr zu Jahr sich vermehrt hat. Selbst aus dem sudetendeutschen Gebiete tauchen damals schon in Lissabon, bald auch in Porto die Glashändler auf, die in beiden Städten ihre Faktoreien errichten. Der Handel Portugals mit den Hansestädten hatte so stark zugenommen, daß bereits Hamburg 1731 den ersten Generalkonsul in Lissabon ernannte. Es war der Inhaber des größten deutschen Handelshauses, Christian Stoekler, der bereits 2 Jahre vorher als erster Deutscher in den Orden der Christusritter aufgenommen war. In dieser Zeit, 1736, kam auch der deutsche Artillerieoffizier Friedrich Jakob von Weinholtz nach Portugal; mit ihm beginnt die Reihe der zahlreichen deutschen Offiziere, die in der Folgezeit zur Reorganisation des portugiesischen Heeres nach Portugal berufen wurden.

Von ausschlaggebender Bedeutung aber wurde für die Periode nach 1750 die Tatsache, daß Joseph I. 1750 den späteren Marquis von Pombal zum Minister des Auswärtigen ernannt hatte. Pombal kannte Deutschland; 1745 hatte er in Wien geweilt, wo er die Tochter des Feldmarschalls Daun geheiratet hatte. Ihm ist an erster Stelle zu verdanken, daß damals zunächst dem deutschen Militär in Portugal eine bevorzugte Stellung eingeräumt wurde. Als 1762 spanische Truppen in Portugal einfielen, gelang es den portugiesischen Truppen unter Führung des deutschen Grafen Friedrich Wilhelm zu Schaumburg-Lippe die Spanier zu vertreiben und den Frieden wiederherzustellen. Durch Theorie und Praxis gelang ihm die völlige Reorganisation des portugiesischen Heerwesens. Zur Durchführung der ihm von Pombal übertragenen Aufgabe standen ihm zahlreiche andere deutsche Offiziere zur Seite. Als Instrukteur für das Artilleriewesen wirkte unter ihm Prinz Karl von Mecklenburg-Strelitz; ferner Generalleutnant Johann Heinrich von Boehm, der dann zur Kolonialarmee in Brasilien übertrat. Die Namen von weiteren 12 deutschen Offizieren und eines deutschen Militärarztes, die sich im Gefolge des deutschen Grafen befanden, verzeichnete eine Liste von 1762. Pombal ist es aber auch zu danken, daß damals etwa zehn besonders tüchtige deutsche Offiziere von Portugal verpflichtet wurden, um an der nordbrasilianischen Grenzvermessungsexpedition teilzunehmen; einzelne dieser Offiziere haben z. T. über 20 Jahre lang in Nordbrasilien gearbeitet. Und diese Wertschätzung der deutschen Offiziere blieb auch noch nach dem Sturz Pombals bestehen. Noch 1797 wurde dem Prinzen Christian von Waldeck der

Oberbefehl über das portugiesische Heer übertragen; ein Amt, das auch von 1801—1802 der General Graf von der Goltz innehatte, der früher unter Friedrich dem Großen gedient hatte.

Der Wunsch Pombals, Portugal seine alte Weltgeltung zurückzugeben und gleichzeitig die englische wirtschaftliche Vormachtstellung zu beseitigen, war einer der Gründe, daß von ihm auch die tüchtigen deutschen Kaufleute herangezogen wurden. Denn die deutschen Kaufleute standen damals im portugiesischen Handel an erster Stelle. Eine dieser großen deutschen Firmen war das Handelshaus Felix von Oldenburg. Diese Firma erhielt für die Dauer von etwa 12 Jahren das außerordentlich einträgliche portugiesische Tabaksmonopol. Und im Jahre 1753, nach Ablauf des Tabaksmonopols, wurde — nach dem Vorbild der früher gegründeten brasilianischen Handelsgesellschaften — die Handelsgesellschaft Oldenburg & Co. errichtet, der der gesamte Handel mit Indien und China für 10 Jahre übertragen wurde. Auch die Beziehungen Preußens zu Portugal waren damals schon eng. Und der preußische Resident in Lissabon zur Zeit Friedrichs des Großen war der im Eisengroßhandel reich gewordene Kaufmann Josef Braamkamp. Der große preußische König selber ließ nichts unversucht, für die Erzeugnisse der preußischen Industrie, wie wollene Militärtuche, schlesisches Leinen usw. in Portugal einen günstigen Absatzmarkt zu gewinnen.

Unter den zahlreichen deutschen Kaufleuten in Lissabon wurde bald nach der Mitte des 18. Jahrhunderts der Wunsch rege, in dem doch rein katholischen Land eine eigene lutherische Gemeinde zu gründen. Dieser Wunsch ging in Erfüllung, als 1761 der erste Pfarrer in Lissabon sein Amt antrat. Damit beginnt die Geschichte der deutsch-evangelischen Gemeinde in Lissabon, der vor kurzem P. W. Gennrich eine ausgezeichnete umfassende Monographie gewidmet hat. Die Mehrzahl der Mitglieder der deutsch-evangelischen Gemeinde waren natürlich Kaufleute. Und nachdem die früher in der Bartholomäusbrüderschaft hauptsächlich vertretenen „Bombardiere" verschwunden waren, setzte sich nun deren Mitgliederbestand überwiegend aus Kaufleuten zusammen. Wie sich im Anschluß an die Entwicklung dieser Gemeinde in der Folgezeit die Kirche weiter entwickelt, Schulen usw. errichtet werden, soll hier nicht untersucht werden. Für die deutsch-portugiesischen Kulturbeziehungen stehen andere Tatsachen im Vordergrund.

Da ist an erster Stelle zu betonen, daß seit Beginn des 19. Jahrhunderts in zunehmendem Umfang deutsche Wissenschaftler nach Portugal berufen wurden, die in hervorragender Weise sich für die Förderung der Wissenschaft und ihrer Auswirkung für die portugiesische Wirtschaft einsetzten. Da sind, um nur einige der wichtigsten zu nennen, zu erwähnen der deutsche Geologe H. Fr. Link und der später in Brasilien wirkende Berg- und Hüttenmann W. L. v. Eschwege, der sich um die Hebung der portugiesischen Hüttenindustrie große Verdienste erwarb. Als Forstmann berief Portugal den deutschen Forstwissenschaftler L. W. v. Varnhagen, der vor allem sich mit Fragen der Wiederaufforstung Portugals befaßte. In einem zweibändigen Werk legte der Dresdner Graf J. C. Hoffmannsegg 1809 die Ergebnisse seiner botanischen Forschungen in Portugal nieder. Kurz vor 1800 hatte der mit dem deutschen Prinzen von Waldeck als Leibarzt in Portugal eingetroffene Georg Heinrich Langsdorff sich durch Einführung der Schutzpockenimpfung in Portugal hohe Verdienste erworben. Dem als Pfarrer an der evangelischen Gemeinde in Lissabon wirkenden (1818—1825) Chr. Fr. Bellermann verdankt die Wissenschaft eine Monographie über die römischen Altertümer in Portugal und eine weitere über die alten Liederbücher der Portugiesen. Eine hervorragende Rolle in der portugiesischen Akademie der

Wissenschaften spielte J. W. Chr. Müller, ebenfalls einige Jahre Pfarrer der evangelischen Lissaboner Gemeinde. Seit seinem Eintritt in diese Akademie hat er von 1787 ab sich in ihr bis zu seinem Tode 1814 in hervorragender Weise betätigt und schon mit seinen beiden ersten Werken über portugiesisches Münzwesen und einem ethymologischen Wörterbuch in den Kreisen der portugiesischen Wissenschaftler hohe Anerkennung gefunden. Im Gefolge des Herzogs Ferdinand von Coburg, der mit der Königin Maria II. (1834—1852) verheiratet war, kam als Erzieher an den portugiesischen Hof Fr. Kunstmann, dem wir eine große Zahl ausgezeichneter Monographien zur Frühgeschichte der portugiesischen Entdeckungsfahrten verdanken.

Die vielseitige Tätigkeit deutscher Wissenschaftler, die in Portugal z. T. oft lange Zeit wirkten, ist wohl auch der Hauptgrund, daß man nun auch in Deutschland selbst sich stärker mit Portugal beschäftigte. So verdanken wir dem Begründer der romanischen Philologie eine gehaltvolle Studie über die erste portugiesische Kunst- und Hofpoesie. Und in dieser Zeit, in der auch die ersten deutschen Übertragungen des portugiesischen Nationalepos „Os Lusiadas" herauskommen, widmet der Romanist K. v. Reinhardstoetner eine Reihe seiner Veröffentlichungen der portugiesischen Sprache und Literaturgeschichte. Fast ein Jahrhundert ist es her, daß der Gießener Historiker Heinrich Schäfer in fünf starken Bänden die erste umfassende „Geschichte von Portugal" schrieb.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal sind in der Zeit von etwa Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Weltkrieg nur wenig entwickelt. Während die wirtschaftlichen Interessen zwischen beiden Ländern in dieser Periode enger werden, bleibt der Kulturaustausch davon fast unberührt. Wohl gehen einzelne deutsche Gelehrte auf geisteswissenschaftlichem wie naturwissenschaftlichem Gebiet in Portugal Spezialstudien nach, aber das Interesse der deutschen Wissenschaft bleibt doch andern Ländern zugewandt. Auch der um 1900 sich entwickelnde Reise- und Touristenverkehr bleibt zunächst noch gering; er sucht vor allem die portugiesischen Inselgebiete auf, die wegen ihres milden Klimas und ihrer landschaftlichen Schönheit anlocken.

Eine Wandlung brachte der Weltkrieg. Man sah in Deutschland ein, daß man sich hier viel zu wenig um die Länder des portugiesischen und spanischen Sprach- und Kulturgebietes gekümmert hatte. Aus dieser Einsicht heraus entwickelten sich seitdem wissenschaftliche Institute, die auch Portugal in ihren Arbeitskreis mehr oder weniger intensiv einbezogen. Zu dem „Seminar für romanische Sprachen und Kulturen" in Hamburg, das sich seitdem in steigendem Umfang der Erforschung der Sprache, Literatur, Volkskunde usw. Portugals widmete, gesellte sich seit 1917 das Hamburger „Iberoamerikanische Institut". 1923 erfolgte an der Universität Bonn die Errichtung eines „Iberoamerikanischen Forschungsinstituts", dem 1930 Berlin mit der Gründung eines neuen „Iberoamerikanischen Instituts" folgte. Zielbewußt wird nun der Ausbau der deutsch-portugiesischen Kulturbeziehungen vorwärtsgetrieben. Es beginnt der systematische Aufbau von Spezialbibliotheken an diesen Stellen, denen sich Mitte der dreißiger Jahre noch das „Institut für Portugal und Brasilien" an der Universität Berlin und wenige Jahre vorher ein gleiches Institut in Köln hinzugesellt hatte. Zum Teil durch Vermittlung dieser Institute werden hervorragende portugiesische Gelehrte jetzt fast in jedem Semester zu Gastvorlesungen nach Deutschland geladen oder finden Ausstellungen portugiesischer Maler statt. Und ebenso gehen in zunehmender Zahl deutsche Wissenschaftler an die portugiesischen Hochschulen, um dort Gastvorträge zu halten.

Aus diesem wechselseitigen geistigen Austausch entstand der Wunsch, in

Portugal eine eigene Stelle zu schaffen, die einen wissenschaftlichen Stützpunkt für einen starken deutsch-portugiesischen Kulturaustausch bilden sollte. Für einen solchen Stützpunkt kam zunächst nur Coimbra als Sitz der bedeutendsten portugiesischen Hochschule in Betracht. Eng waren schon lange die Beziehungen dieser alten Hochschule zur deutschen Wissenschaft. In Coimbra hat schon im 16. Jahrhundert neben vielen Gelehrten aus anderen Ländern auch der deutsche Wissenschaftler Vinzenz Fabritius unterrichtet. Im 18. Jahrhundert wurden dort im Unterricht die Werke des deutschen Juristen Heineccius benutzt; im 19. Jahrhundert befaßte man sich mit den Werken von Hegel, Nietzsche, Schopenhauer, mit Schiller und Goethe. Aber den stärksten Einfluß in Coimbra sollte doch eine deutsche Frau ausüben: Frau Caroline Michaelis de Vasconcellos. 1851 in Berlin geboren, heiratete sie den portugiesischen Kunsthistoriker Joaquim de Vasconcellos und hatte später von 1911 bis 1925 an der Universität Coimbra den ordentlichen Professor für germanische und romanische Philologie inne. Von einem ihrer Schüler, Dr. João de Providencia Sousa Costa, der Leben und Wesen auch der deutschen Universität kannte, ging der Gedanke aus, in Coimbra an der Universität ein „Deutsches Institut" zu gründen. Im Todesjahr seiner Lehrerin konnte diese Idee verwirklicht werden. Am 5. August 1925 konnte in Anwesenheit von Vertretern von Staat und Wissenschaft aus Portugal und Deutschland das „Instituto Alemão" eröffnet werden. Das unter der Leitung von Dr. Providencia stehende Institut hat seitdem eine ganz außerordentliche Tätigkeit entfaltet. Die umfassende Institutsbibliothek enthält vorwiegend Werke aus fast allen Gebieten deutscher Kultur und erfreut sich stärkster Benutzung. Aus dem Institut sind hervorgegangen eine große Zahl wissenschaftlicher Einzelveröffentlichungen und eine gehaltvolle seit 1926 erscheinende Zeitschrift. In steigendem Umfange berichten jährlich deutsche Wissenschaftler über die Ergebnisse neuer wissenschaftlicher Arbeit in Deutschland und stellen damit eine lebendige Fühlungnahme zwischen den Wissenschaftlern beider Länder her. Daneben hat das Deutsche Institut in Coimbra in großzügiger Weise den Unterricht über deutsche Sprache und Kultur ausgebaut. Diesen Bestrebungen kamen zu Hilfe Erlasse der portugiesischen Unterrichtsbehörde, auf Grund deren die deutsche Sprache als Pflichtfach in den beiden Oberklassen der Gymnasien eingeführt wurde. Aber auch der portugiesische Staat sucht von sich aus die kulturellen Beziehungen nach Deutschland zu fördern. Das kommt zum Ausdruck in der starken Förderung, die das Institut für Portugal und Brasilien der Universität Berlin durch die portugiesische Regierung erfahren hat und noch erfährt. Und unmittelbar vor dem jetzigen Weltkrieg veranstaltete Portugal in der Berliner Staatsbibliothek eine ausgezeichnet organisierte Buchausstellung, die ein eindrucksvolles Bild von der Geschichte des Buches und der portugiesischen Buchdruckerkunst seit Ende des 15. Jahrhunderts gab.

Die noch zu Beginn des Jahrhunderts in Deutschland wenig entwickelte Kenntnis der portugiesischen Sprache hat seitdem ebenfalls eine starke Förderung erfahren. Neben Lektoraten für die portugiesische Sprache an verschiedenen deutschen Hochschulen hat auch die Zahl der Grammatiker und Lehrbücher der portugiesischen Sprache seitdem erheblich zugenommen. Diese sind angesichts der Zunahme des deutschen Touristenverkehrs nach Portugal, den Baedekers Reiseführer für Spanien und Portugal und das Reisehandbuch für Portugals atlantischen Inselbesitz zu fördern suchen, von besonders hohem Wert. Vor allem aber ermöglichen sie weiteren Kreisen ein Eindringen in die portugiesische Sprache. Das hat zur Folge, daß in steigendem Umfang Portugal zum Objekt einer immer intensiveren wissenschaftlichen Erforschung geworden ist.

Fast unübersehbar ist in den letzten zwei Jahrzehnten die Zahl der Bücher und Aufsätze in deutscher Sprache über Portugal geworden. Die gewaltige Leistung des großen Staatsmannes Salazar für den Neuaufbau des portugiesischen Staates hat gerade in Deutschland weitgehendste Beachtung und Bewunderung hervorgerufen; sie kommt zum Ausdruck in zahlreichen neuen Werken und gehaltvollen Aufsätzen über das „neue" oder das „moderne" Portugal. Eine weitere ungewöhnlich starke Förderung unserer Kenntnisse über Portugal verdanken wir H. Lautensach in Greifswald. Auf Grund zweijähriger Reisen widmete er 1932 und 1937 Portugal eine moderne Länderkunde, wie wir sie zur Zeit kaum über einen anderen europäischen Staat besitzen. Das große Unternehmen der Preußischen Akademie der Wissenschaften über die Herausgabe der mittelalterlichen Papsturkunden in Spanien konnte durch Erdmann mit Erfolg auf Portugal ausgedehnt werden. Die 1939 von R. Konetzke bearbeitete umfangreiche „Geschichte von Spanien und Portugal" wird man beim Fehlen einer ausführlicheren in deutscher Sprache vorliegenden Geschichte Portugals besonders dankbar begrüßen.

Brachte der erste Weltkrieg einen entscheidenden Anstoß zur Neubelebung der deutsch-portugiesischen Kulturbeziehungen, so hat auch der jetzige Weltkrieg Veranlassung gegeben, diese Beziehungen noch weiter auszugestalten. 1941 wurde im Anschluß an die Gründung der neuen Auslandwissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin eine neue Professur für das portugiesische Kulturgebiet in Europa und Brasilien geschaffen. Die Notwendigkeit, durch Lehre und Forschung unseren Studierenden ein Kulturgebiet näher zu bringen, in dem rund 50 Millionen Menschen Portugiesisch reden, war vordringlich geworden. Ein gewaltiger Aufgabenkreis steht hier offen. Und im fünften Kriegsjahr ist nun endlich auch in Portugals Hauptstadt Mitte Januar 1944 ein neues deutsch-portugiesisches Institut entstanden. Unendlich günstig sind die Standortsfaktoren dieser neuen Kulturstätte. Im staatlichen Mittelpunkt ist sie gelegen, wo der Sitz aller Verwaltungsbehörden, alte hochangesehene wissenschaftliche Vereine und Institute, Staatsarchive, Bibliotheken und Museen jegliche Arbeit naturgemäß wesentlich erleichtern muß; hier hat die neue Pflanzstätte deutscher Kultur und Wissenschaft Aufgaben von fast unabsehbarer Weite zu erfüllen. Sie wird diese Aufgaben lösen, da der Geist, der die Männer erfüllt, die dort am äußersten Südwestraum Europas wirken sollen, der gleiche ist, der die unvergleichlichen Reden Fichtes an die Deutsche Nation beseelt. Möchte der neuen Forschungsstätte eine segensreiche Tätigkeit beschieden sein zum Wohle des neuaufstrebenden portugiesischen Staates und des Großdeutschen Reiches. *Otto Quelle*

Inseln am Rande des Balkans

Inseln der Adria

Die Säuberung der zahlreichen Inseln, die Dalmatien vorgelagert sind, hat in der Zeit seit September 1943 zweifellos fesselnde Eigenarten gezeigt. Fast auf allen Inseln hatten sich Banden festgesetzt, die z. T. aus den Anhängern *Badoglios* bestanden und noch aus der Zeit stammten, als sich Italien 1941 fast alle Inseln ausliefern ließ und auch die wenigen bei Kroatien noch verbliebenen besetzte, während außerdem kommunistische Elemente und anglo-amerikanische Offiziere und Agenten dort angesetzt wurden, um Schwierigkeiten zu schaffen. Es ist besonders beachtenswert, daß die Reinigung der Inseln vielfach mit be-

helfsmäßigen Mitteln erfolgten mußte, für die vorgefundene kleine Fahrzeuge verwendet wurden. Um so höher ist es zu schätzen, daß jeweils in einem harten Schlag die Auskämmung dieser Widerstandsnester erfolgen konnte und die gesamte Inselwelt jetzt fest in deutscher Hand ist.

Die deutsche Anwesenheit auf den Adriainseln, eine durch den Krieg bedingte Maßnahme, ist etwas Einmaliges, bisher noch nie Dagewesenes. Das muß reizen, einen Blick auf die Geschichte dieser Inseln zu werfen, die sehr bewegt war und vieles bietet, was in Vergessenheit geraten ist, aber vom Standpunkt einer tiefgreifenden Geschichtsbetrachtung weit über den Wert von bloßen Absonderlichkeiten hinausgeht. Die Sonderstellung dieser Inselgruppe ist durch eine ganze Reihe von Ursachen bedingt gewesen.

Eine Tatsache ist von Anfang an festzuhalten und bewahrheitet sich auch heute wieder: obwohl manche von diesen Inseln durchaus nicht klein ist und auch eine dichte Bevölkerung aufweist, ihre Buchten außerdem für die Schiffahrt große Vorteile bieten, ist es früher noch nie dagewesen, daß sich in der Adria reine Inselreiche gebildet hätten. So oft wir auch die Inseln in den Händen einer größeren oder kleineren Macht finden, immer sind sie untrennbar mit dem Festland verbunden und werden von dort aus regiert, statt ihrerseits eine Herrschaft über die benachbarten Küstenstriche auszuüben. Das ist so bei der Republik Ragusa, deren Schwerpunkt auf dem schmalen Landbesitz lag, obwohl dieser an einer Stelle nur 2 km breit ist, es findet sich ebenso wieder bei der Herrschaft von Bosnien und Kroatien über einige Inseln und noch früher in der eigenartigen Erscheinung der Seefahrerrepublik an der Neretvamündung, die ein Gegenstück zu den nordischen Wikingern darstellte, wie auch weit später in dem Lehensstaat der Fürsten *Frankopan* im und am Quarnero. Niemals hat sich eine Insel zur Herrin ihrer Umgebung aufschwingen können, und das unterscheidet die dalmatinischen Inseln doch einigermaßen von den Ionischen und sehr fühlbar von denen der Ägäis, vor allem vom Dodekanes mit Rhodos.

In unserem Vorstellungsbild verbindet sich Dalmatien immer noch mit der Republik Venedig. Es ist landläufige Ansicht, daß ganz Dalmatien von Norden bis Süden politischer und kultureller Besitz Venedigs gewesen sei. Dabei werden aber verschiedene Tatsachen übersehen: Das Gebiet der Republik Ragusa umfaßte allein der Länge nach ein Drittel der gesamten Küste von Istrien bis Albanien und war dabei unabhängig von Venedig, überlebte dieses sogar um fast ein Jahrzehnt. Auch das österreichische Dalmatien von 1816 bis 1918 vereinigte mehrere Bestandteile und es ist interessant, daß sich *Franz I.* 1816 als „König von Dalmatien, Ragusa und Cattaro" huldigen ließ. Die Gebietserstreckung Dalmatiens aus dem Jahre 1797, dem Todesjahr der Republik Venedig, war schon ein Erstarrungszustand, die letzten Vermehrungen der Fläche hatten 1699 und 1718 stattgefunden, und in den Jahrhunderten vorher hatte Venedig oft mit Ungarn, Bosnien und den Türken um Dalmatien und seine Inseln zu kämpfen und der Besitzstand schwankte sehr.

Wohl aber haben manche Adriainseln Spuren einer Selbständigkeit genossen. So kennen wir Statuten u. a. von Korčula und Lastovo, trotz der kleinen Bevölkerung dieser beiden. Auch innerhalb des Rahmens der Republik Ragusa hatten einige Inseln eine freilich sehr beschränkte Selbstverwaltung, u. a. Mljet.

Eine Episode, die mit umgekehrten Vorzeichen Anklänge an die heutige Lage aufweist, war der Seekrieg in der Adria von 1809 bis 1815. Damals hatte England die fast unbeschränkte Seeherrschaft in diesem Binnenmeer erworben, befestigte zuerst Vis und dann auch einige andere größere Inseln und konnte



mit nur wenig Machtmitteln, Geschwadern von höchstens einem Dutzend Schiffen, seine Positionen halten, obwohl von der italienischen wie von der dalmatinischen Küste her eine entschlossene Kriegführung die Engländer bald vertrieben hätte. Die Störung durch die englischen Schiffe, die allerdings teilweise Unterstützung durch die Küstenbevölkerung erhielten, war empfindlich und ließ den Verkehr in der Adria für die französische Schiffahrt unsicher werden, weshalb militärische Bewegungen innerhalb der „Illyrischen Provinzen" und von Italien aus zu ihnen auf den Landweg verwiesen blieben. Während der drei letzten Jahre der Napoleonischen Herrschaft hatte England Fäden angeknüpft, um den Ragusanern die Wiederherstellung ihrer durch *Napoleon* aufgehobenen tausendjährigen Republik zu versprechen, und aus dem ragusanischen Adel wurde ein Gouverneur für die drei kleinen Hirschinseln bestellt, von denen aus ein Angriff auf das Festland günstige Verhältnisse finden konnte. England zog sich 1815 nur sehr ungern aus der Adria zurück.

Die französischen Unternehmungen bezogen weniger die Inseln als das Festland Dalmatiens ein. Lediglich die Insel Hvar erhielt eine größere Befestigung, das Fort Napoléon, und auf Lokrum, gegenüber Ragusa, wurde 1808 das Fort Royal errichtet. Diese Bauten haben aber an Bedeutung zurückgestanden gegenüber den englischen Befestigungen Wellington, Bentinck und Robertson auf der Insel Vis. Die Lage war während der ganzen Episode eindeutig zuungunsten der Franzosen.

Die Ionischen Inseln

Die Ionischen Inseln, die sich entlang der Südhälfte des Westufers der Balkanhalbinsel erstrecken und dort beginnen, wo die Nordsüdrichtung in Albanien erneut in die Norwest-Südost-Richtung umbiegt, werden gewöhnlich 7 Inseln genannt; die Zahl ist aber etwas größer. Man pflegt zu den Ionischen Inseln schon das Felseneiland Saseno (albanisch Zazan) am Eingang der Bucht von Valona zu rechnen, das 331 m hoch ist und von den Italienern, die es 1921 besetzten, zu einer starken Seefestung ausgebaut wurde. Die Lage ist sehr günstig, da sowohl die geräumige Bucht von Valona als auch die nur 80 km breite Straße von Otranto von dort aus überwacht werden können. Die eigentliche große Gruppe der Ionischen Inseln ist die von Korfu bis Zakynthos, mit Paxos, Leukas, Ithaka und Kephallenia. Den Südausläufer bilden dann noch Kythera und Antikythera (ital. Cerigo und Cerigotto), die zwischen dem Peloponnes und Kreta liegen und dadurch drei schmale Eingänge in das Ägäische Meer offen lassen.

Die Ionischen Inseln sind mehrmals politisch zusammengefaßt worden und haben sich dadurch auch deutlich vom Festland abgehoben, während das gleiche, wie erwähnt, von den dalmatinischen Inseln nicht gesagt werden konnte. Sie sind ferner bedeutend früher in die Geschichte eingetreten und haben auch in der großen Politik eine wichtige Rolle gespielt. Ganz besonders läßt sich das von Korfu behaupten, der Hauptinsel, die 62 km lang ist, über 900 m hoch wird und mehr als 92 000 Einwohner hat. (Es ist bemerkenswert, daß trotz der langen venezianischen Herrschaft das katholische Element nicht das Übergewicht hat. Die Hauptstadt Korfu hat unter ihren 35 000 Einwohnern etwa 8000 Katholiken, außerdem aber 2500 Juden, die besonders während der englischen Schutzherrschaft stark zugenommen haben. Allerdings gab es auch schon ab 1600 einige hundert Juden, aber sie mußten im Ghetto leben und das gelbe Abzeichen tragen, Maßnahmen, die England sofort aufhob, als es sich festgesetzt hatte.) Korfu hat eine besonders bewegte Geschichte. Es war von Korinth aus kolonisiert worden, gab die Veranlassung zum Ausbruch des Peloponnesischen Krieges und wurde 229 v. d. Ztw. römisch. Die Herrschaft über die Insel wechselte oft. Die Normannen kamen dorthin von Süditalien her und lieferten den Byzantinern und den mit ihnen verbündeten Venezianern mehrere Seeschlachten. Der Herzog *Robert Guiskard* starb 1085 auf Kephallenia, und noch fast ein Jahrhundert lang kämpften seine Nachfolger um Korfu, bis es den Byzantinern verblieb. 1204 fällt es aber zum erstenmal an die Venezianer, die den lateinischen Kreuzzug gegen Byzanz finanziert und transportiert hatten. Der Zerfall des byzantinischen Reiches lieferte die Insel an das Despotat von Epirus aus, dessen Hauptstadt Arta an der ins Festland eindringenden Bucht war, die bereits die Seeschlacht von Actium gesehen hatte und bis ins 19. Jahrhundert hinein eine gewisse seestrategische Bedeutung behielt. Später nahmen die Anjou die Insel, als sie mit Unteritalien, Teilen Albaniens, Ungarn und Kroatien ein freilich etwas loses süd- und südosteuropäisches Reich aufbauten, und 1386 fiel die Insel dann auf etwas mehr als 400 Jahre an die Lagunenrepublik. Die Venezianer bauten auf der Doppelklippe, die den Hafeneingang bewacht, starke Festungswerke, die den türkischen Belagerungen erfolgreich standhielten. Bekannt ist die Verteidigung durch den in venezianischen Diensten stehenden Marschall Graf *von der Schulenburg* (1716). Die Mitwelt erblickte in Korfu ein staunenswürdiges Bollwerk gegen die Türken und die Reise- und Memoirenwerke des 18. Jahrhunderts zeichnen ein zutreffendes Bild von der Bedeutung der Insel und Stadt, die zum Mittelpunkt des venezianischen Handels mit der



Levante wurde, als Cypern, Kreta und Morea (Peloponnes) nach und nach (1572, 1669, 1718) verlorengegangen waren. Als vorgeschobene Bastion konnte Korfu die Einfahrt in die Adria verwehren und wurde in dieser seiner Rolle auch noch gehalten, als der Anspruch Venedigs auf Alleinherrschaft in diesem Meer nicht mehr mit vollen Machtmitteln verfochten werden konnte.

Während Korfu ohne Unterbrechung venezianisch war, haben die anderen Ionischen Inseln auch andere Herren gesehen. So waren Leukas und Kephallenia zeitweise türkisch, Leukas ist erst 1684 endgültig venezianisch geworden und erhielt damals den Namen Sta. Maura, es blieb also kaum mehr als ein Jahrhundert Eigentum der Republik des heiligen Markus. Kephallenia hat eine Hafenstadt, Argostoli, die wiederholt von fremden Flotten in einzelnen Einheiten aufgesucht worden ist. So pflegte das britische Mittelmeergeschwader, wenn es seine Sommerreise in die Adria unternahm, auch Argostoli anzulaufen, ebenso trafen sich dort deutsche Kriegsfahrzeuge, die auf Übungsfahrt waren.

Die beiden südlichsten Inseln Kythera und Antikythera haben ihre Geschicke meist gemeinsam mit den ägäischen Inseln gehabt. Wie diese sind sie auch Eigentum venezianischer Adelsgeschlechter geworden, als das Byzantinische Reich 1205 aufgeteilt wurde. Die eigentlichen Ionischen Inseln haben dagegen in anderer Beziehung noch eine besondere Vergangenheit gehabt. Im Jahre 1797 wurden sie französischer Besitz, als Napoleon die Republik Venedig einverleibte und im Frieden von Campo Formio den dalmatinischen Teil des venezianischen Küsten- und Inselreiches den Österreichern überließ. Zwei Jahre

später wurden die Franzosen von den Russen abgelöst und es entstand unter der losen Oberhoheit der Türkei eine „Republik der sieben Inseln". Der Friedensvertrag von Tilsit 1807 enthielt auch eine Bestimmung über die Gruppe, die nun wieder an Frankreich fiel. Von 1815 bis 1863 bildete sie aber dann einen britischen Schutzstaat unter einem Lordkommissar und wurde mit der gleichen Geringschätzung der Bevölkerung verwaltet wie jede andere englische Kolonie. Wohlstand und Bildungswesen der „Republik der Vereinigten Ionischen Inseln" blieben auf tiefer Stufe. 1863 war England großmütig genug, die Inselgruppe dem Königreich Griechenland zu überlassen, zumal die Bevölkerung ihren Willen dazu mehr als einmal deutlich ausgesprochen hatte. Da England mit Bestimmtheit wußte, daß Griechenland auf die Dauer zu seiner Klientel gehören würde, unfähig, aus eigener Kraft sich von den Großmächten unabhängig zu machen, und in Seeschiffahrt und Ein- wie Ausfuhr vollkommen auf die Duldung der britischen Flotte angewiesen, änderte sich nur staatsrechtlich, aber nicht im Tatbestand etwas an dem bisherigen Verhältnis. Abmachungen über die Neutralisierung einiger benachbarter Inseln (u. a. Paxos) wurden Griechenland als Hypothek auferlegt. Die Großmächte sind aber später selbst darüber hinweggegangen und haben im ersten Weltkrieg, als sie die Neutralität Griechenlands niedertraten, auch aus den Ionischen Inseln Seestützpunkte gemacht. Von 1916 ab wurden die Reste der serbischen Armee, die den verlustreichen Rückzug durch Albanien noch überstanden hatten, auf Korfu wieder aufgefrischt. Dort fand auch der Abschluß des Abkommens zwischen der serbischen Exilregierung unter *Pašić* auf der einen Seite und den Vertretern der Serben, Kroaten und Slowenen aus den Habsburger Ländern andererseits unter *Trumbić* statt, in dem der jugoslawische Staat vorbereitet wurde. Auf diese Resolution von Korfu 1917 haben sich die späteren Belgrader Regierungen oft berufen, wenn die kroatischen Forderungen zurückgewiesen werden sollten. Noch einmal ist Korfu in besondere Beleuchtung gerückt, als 1923 *Mussolini* rasch entschlossen die Insel besetzte, weil er in dem Konflikt mit Griechenland, der wegen der Ermordung des Generals *Tellini* bei der Neufestsetzung der albanischen Grenze ausbrach, ein Faustpfand brauchte. Es war dies die erste aufsehenerregende außenpolitische Fanfare des Faschismus, wenige Monate nach seiner Machtergreifung.

Die Besetzung der Ionischen Inseln 1941 im Verlaufe des Balkanfeldzuges hat für die Kriegführung nicht jene Folgen gehabt, die erwartet werden durften. Italien betrachtete die Gruppe zwar als sein Vorbehaltsgut und bezeichnete sie als seine Interessenzone erster Ordnung, im gleichen Range wie Albanien und Dalmatien, aber die den späteren Verrätern hörige italienische Wehrmacht nützte weder für die Luftwaffe noch für die Kriegsmarine die günstigen Verhältnisse der Inseln wirklich aus. Für die Überwachung des Ionischen Meeres und die Aufklärung bis nahe an die afrikanische Küste wäre von den Ionischen Inseln aus die Gelegenheit sehr günstig gewesen, vor allem, wenn die Entfernungen richtig betrachtet werden. Im Zusammenwirken mit den beiden süditalienischen Ausläufern Kalabrien und Apulien, mit der Bucht und dem Kriegshafen von Tarent und mit den Befestigungen an der Straße von Otranto und jenseits in Italien hätte sehr wohl ein System einer halbkreisförmigen Sicherung um das Ionische Meer herum errichtet werden können.

Die Inseln in der Ägäis

Das Inselgewirr im Ägäischen Meer hebt sich dadurch von den beiden bisher behandelten Gruppen ab, daß es nicht auf die Küstennähe beschränkt ist,

sondern das gesamte Becken erfüllt. Es kann also hier nicht eine Gruppierung in der Längsrichtung erfolgen. Von den insgesamt 483 Inseln, die einen Namen tragen, sind 211 bewohnt. Die nördlichen Sporaden umfassen rund 80 Eilande, die südlichen 40, die Kykladen ungefähr 50, dazu treten aber in allen Fällen noch eine größere Anzahl Klippen. Nur wenige Inseln haben einige tausend Einwohner, viele nicht mehr als 100, die von Fischerei, Bootsbau und Kleinviehzucht leben.

Viele Inseln der Ägäis haben eine eigene Geschichte, andere sind fast immer von den benachbarten Küsten her beherrscht worden. Auf einigen sind bedeutende Hafenorte, zu nennen ist z. B. Hermupolis auf Syra, während andere wieder schwer zugänglich sind und nur schlechte Anlegeplätze besitzen. Die Wälder, die im Altertum auf vielen dieser Inseln bestanden, vor allem aus Eichen und Zypressen, sind im Mittelalter durch Byzanz und durch die Ritter von Rhodos abgeholzt worden, da der Flottenbau starke Ansprüche stellte. Der Bau der ägäischen Inselwelt erleichtert zwar die Überwachung, da von jeder Insel aus verschiedene andere sichtbar und leicht zu erreichen sind und die Durchfahrten nur geringe Breite haben, andererseits erlauben die zahllosen Schlupfwinkel das Eindringen nicht nur von Unterseebooten, sondern auch von kleineren Überwasserfahrzeugen. Es hat deshalb seit 1941 nie ganz an Störungen des deutschen Nachschubs gefehlt, der vom Süden nach Norden und umgekehrt erfolgen mußte, während der italienische die Westostrichtung bevorzugte. Das Durcheinander der Besitzverhältnisse machte besonders in den ersten Tagen nach dem italienischen Verrat die Durchführung von Kriegshandlungen und Versorgungsmaßnahmen noch schwieriger. Es standen für die deutschen Truppen nur verhältnismäßig wenige Fahrzeuge zur Verfügung. Die griechische Kriegsflotte war bis auf unbedeutende Ausnahmen an die Engländer gefallen, von deutscher Seite konnten nur wenige Schnell- und Räumboote nach und nach eingesetzt werden und man mußte behelfsmäßig zu Motorseglern greifen und auf den kleinen Holzschiffswerften den Betrieb wieder aufnehmen. Trotz dieser Unterlegenheit ist es gelungen, die natürlichen Verhältnisse des Archipels so stark als möglich auszunützen.

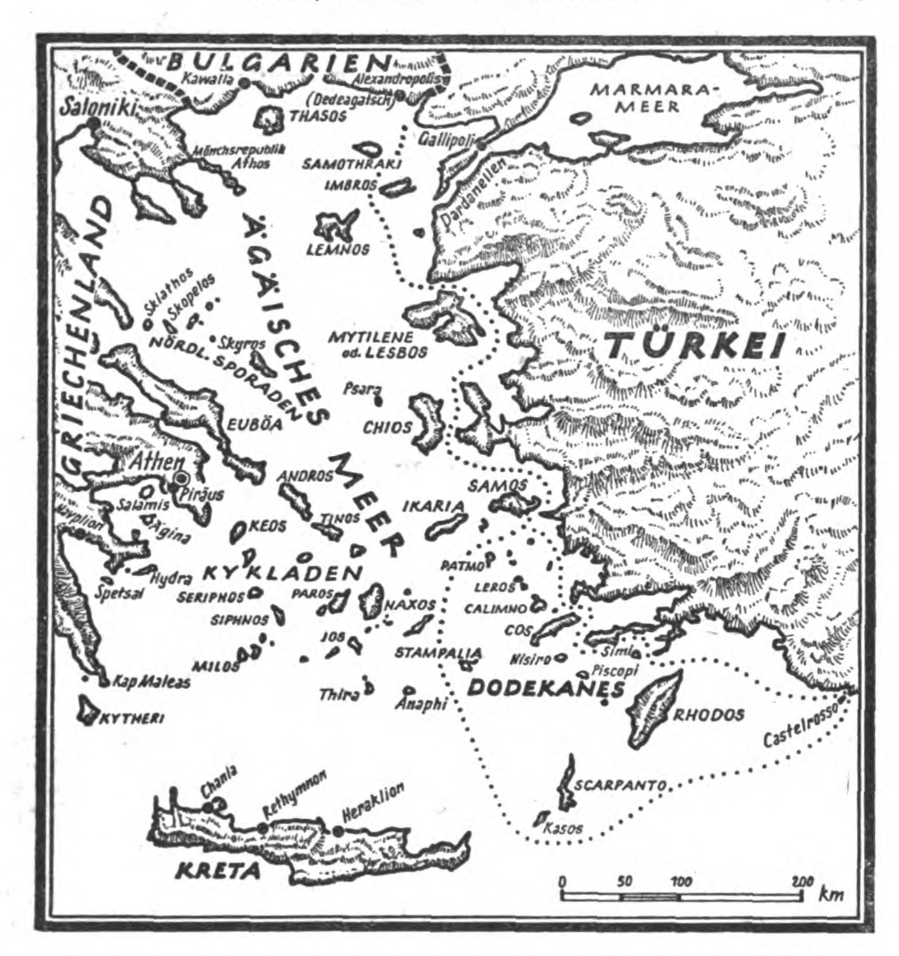
In der Geschichte der ägäischen Inseln heben sich deutlich einige Abschnitte von einander ab. In den ersten Jahrhunderten des Oströmischen Reiches war der gesamte Schwarm von Inseln in der Hand von Byzanz und in dessen politische und militärische Provinzorganisation der „Themen“ eingeordnet. Die Eroberungszüge der Araber sehr bald nach dem Aufkommen des Islams brachen dann Stücke heraus. So ist vor allem Kreta schon unter dem Kalifen *Omar* in die Araberzüge einbezogen worden. Nach dem Fall von Zypern 649 folgte der von Rhodos und von Kos (654) und die Heimsuchung von Kreta. Die Byzantiner mußten 655 an der lykischen Küste eine Niederlage hinnehmen, deren Ausnützung nur deshalb unterblieb, weil die Erbfolgestreitigkeiten um das Kalifat die Araber von einer weiteren Ausdehnung ihrer außenpolitischen Unternehmungen abhielten. Wenige Jahrzehnte später jedoch (674—678) belagerten die Araber, die dabei die Inseln des Archipels als Trittsteine ihrer Fahrten benützten, Jahr für Jahr Byzanz. 827 setzten Araber, die von Spanien aus nach Ägypten gekommen waren, nach Kreta über und behielten diese Insel bis zum Jahr 961, ebenso zeitweise Kos und andere Teile der Ägäis.

Als der Vierte Kreuzzug 1204 das Byzantinische Reich auseinandergesplittert hatte, wurde die ägäische Inselwelt zum Schauplatz eines Atomisierungsvorganges. Fast jede Insel fiel an einen eigenen Herrn, manche wurden sogar geteilt. So kam Tinos mit einigen Nachbarinseln an die venezianische Familie

der Ghisi. Keos und Seriphos an die Giustiniani und Michieli. Santorin an die Navagioso und Barozzi, Cerigo an die Venier und Cerigotto an die Viari. Anaphe an die Foscoli. Nikaria an die Beazzani. Stampalia an die Quirini; Venedig, das drei Achtel des Byzantinischen Reiches als Beuteanteil ausbedungen hatte, konnte und wollte nicht alle Eroberungen selbst verwalten und überließ deshalb seinen führenden Adelsfamilien die Einnahme der Inseln, die als Lehen der Republik des heiligen Markus beherrscht werden sollten. Es war das der Vorgang einer typischen Aufteilung im Sinne einer nur auf Herrschaft einer dünnen Oberschicht und Besitz ausgehenden frühen Plutokratie. Das größte Gebilde dieser Art war das Herzogtum Naxos in den Kykladen, auch „Herzogtum der Kykladen oder des Archipelagos" genannt. *Marco Sanudo*, der Neffe des Dogen *Enrico Dandolo*, des Urhebers dieses Vierten Kreuzzuges, Richter der venezianischen Kolonie am Goldenen Horn, verschaffte sich 1206 und 1207 den Besitz von Naxos, Delos, Syra, Paros, Siphnos, Melos und einigen anderen Inseln, zusammen 17 an der Zahl, und gab an seine Gefolgsleute Unterherrschaften ab. Ihn selbst belehnte der „lateinische" Kaiser *Heinrich von Flandern* 1210 mit dem „Herzogtum des Dodekanesos", das aber seiner Ausdehnung nach sich nicht mit dem heutigen Begriff deckt. Besonders stark war die Zersplitterung auf der langgestreckten Insel Euböa, die seit 1205 an die Familie *Dalle Carceri* aus Verona gefallen war. Die Dreiteilung unter „Terzieri" („Dreiherrn") setzte sich noch in weitere Aufspaltungen fort. 1216 teilten sich nicht weniger als 6 Lehensherren in die Insel. In Negroponte unterhielten die Venezianer eine bedeutende Handelsfaktorei. Vertreter des Dogen war ein Bailo mit zwei Räten.

Im Osten der Ägäis blieben Lesbos, Chios und Samos im Jahre 1204 zwar dem lateinischen Kaiser, fielen aber schon 1225 nebst Rhodos und Ikaria an den Reststaat des Byzantinischen Reiches, das Kaiserreich von Nikäa, zurück. Karpathos mit Nisyros und einigen Nachbarinselchen wurde von *Leon Gabalas* zu einem kleinen Teilstaat zusammengeschlossen, der sich einige Zeit hielt. Nach der Wiederherstellung des Byzantinischen Reiches verschaffte sich Genua den Besitz von Chios, wo das Geschlecht des Admirals *Benedetto Zaccaria* eine Herrschaft errichtete. 1329 bis 1346 finden wir die Insel wieder unter dem Bestand der venezianischen Besitzungen, bis sie dann auf zwei Jahrhunderte lang abermals genuesisch wurde, und zwar von 1346 bis 1550 Sitz der Handelsgesellschaft der Giustiniani war. Lemnos war schon fast ein Jahrhundert früher türkisch geworden, Lesbos blieb umstritten, 1354 wurde es dem genuesischen Seeräuber *Francesco Gattilusio* als Lohn für seine Dienste in den Thronstreitigkeiten des immer mehr zurückgehenden byzantinischen Restreiches übertragen. Auch auf Rhodos saßen übrigens vorübergehend die Genuesen, 1248 bis 1250, die im Bunde mit den Griechen gegen Venedig und die französischen Kreuzritter kämpften.

Kreta wurde nach dem lateinischen Kreuzzug von den Venezianern vollkommen unterworfen und zahlreiche Edelleute, aber auch Bürger und Soldaten aus der Lagunenstadt nahmen dort festen Wohnsitz und erhielten gegen Kriegsdienstleistung Lehen. Der erste Versuch, die Insel in die Hand zu bekommen, fand 1207 statt, wurde aber durch Genua vereitelt, erst 1212 behielten die Venezianer die Oberhand und nahmen für sich unmittelbar die Hauptstadt und einen Teil der Küste in Besitz. Die venezianische Oberschicht versuchte ihre Sonderstellung zu behalten, so verbot sie Heiraten zwischen Venezianern und griechischen Frauen bei Verlust von Lehen und Bürgerrecht. Die Vorteile der Lage Kretas machten sich bemerkbar, solange Venedig Herr über die Insel war, die, langgestreckt und die Ägäis im Süden abschließend, genügend weit



vorgeschoben gegen die Schiffahrtsstraßen nach der Levante war und die Zugänge überwachen half, die durch die Ägäis bis zu den genuesischen Kolonien im Schwarzen Meer führten. Der Wettbewerb zwischen den beiden großen italienischen Handelsrepubliken spielte sich deshalb nicht nur in der Adria, sondern vor allem auch in dieser inselreichen Osthälfte des Mittelmeers zwischen Griechenland und Kleinasien ab.

Auch die zweite wichtige Insel dieser Erdgegend hatte ein Sonderschicksal. Denn während Kreta bis 1645 und mit einigen wenigen Plätzen sogar bis 1669 in den Händen Venedigs blieb, das sich bei den letzten schweren Verteidigungskämpfen deutscher Söldnertruppen bediente, war Rhodos 1309 an die Johanniterritter gekommen, die erst 1522 von den Türken vertrieben wurden und dann nach Malta übersiedelten. Von allen Inseln der Ägäis trägt Rhodos noch am meisten das Gepräge dieser spätmittelalterlichen Episode, die Paläste der Ordensritter heben die Hauptstadt heraus aus den vielen kleinen Inselorten. Doch sind auch auf diesen anderen Teilen des Archipels noch Spuren der Kreuz-

ritterzeit erhalten, vor allem durch ein manchmal zahlenmäßig starkes römisch-katholisches Element, durch Nachwirkungen auf sprachlichem Gebiete und im Fortleben alter Einrichtungen. Denn die darauffolgende türkische Herrrschaft hat die Insel viel weniger umgewandelt, als man annehmen sollte. Die inneren Einrichtungen und die Religion blieben so gut wie unangetastet, soweit sich die Inseln freiwillig den Türken unterworfen hatten, und man kann sehr wohl davon sprechen, daß der Archipel ebenso wie die christlichen Fürstentümer auf dem Balkan im Grunde genommen nur unter türkischer Oberhoheit stand, aber in seinen inneren Verhältnisen selbständig blieb. Nur die Beteiligung verschiedener Inseln, z. B. von Chios, am griechischen Freiheitskampf brachte Änderungen durch türkische Vergeltungsmaßnahmen. Zu einer Sonderstellung gelangte, kurz nachdem das Königreich Griechenland aus dem Peloponnes, Attika und Mittelgriechenland als Schöpfung der garantierenden Großmächte England, Frankreich und Rußland entstanden war, Samos, das seit 1831 ein der Hohen Pforte tributpflichtiges Fürstentum wurde, das sich selbst verwaltete und auch in der Wahl seines jeweiligen Oberhauptes unbehelligt blieb. Es war das eine der vielen Aushilfen und Zwischenlösungen, zu denen die europäische Politik bei der langsamen Bereinigung der Balkan- und orientalischen Fragen schritt. Die gesamte Inselwelt am Rande des Balkans hat davon zu spüren bekommen, so ist vor allem das Regime der Ionischen Inseln eine dieser Sondermaßnahmen gewesen, die sogar ein halbes Jahrhundert Dauer hatte, und auch die Unterstellung der Insel Kreta unter einen christlichen, von der Pforte ernannten Gouverneur, der in seiner Eigenschaft als Mitglied der in Griechenland regierenden Königsfamilie faktisch eine Personalunion zwischen Griechenland und Kreta verkörperte, war eine Verlegenheitsmaßnahme, die von 1898 bis 1913 in Geltung war. Eigenartig war die Lage der nordägäischen Insel Thasos: Der Sultan hatte sie dem Vizekönig von Ägypten geschenkt, der dort einen Gouverneur einsetzte, die Verwaltung aber im übrigen einem einheimischen Rat überließ. Solange bis 1912 das Ägäische Meer zwischen der Türkei und Griechenland aufgeteilt war, wobei das letztgenannte Königreich in der Hauptsache nur die Kykladen, Euböa, Kythera und Antikythera besaß, hatten vier Sandschaks Anteil am türkischen Inselbesitz: Rhodos, zu dem Kasos, Karpathos, Symi und Kastellorizo gerechnet wurden, ferner Chios, dann Lesbos (Mytilene) mit einigen Nachbarinselchen und endlich Lemnos nebst Imbros und Tenedos. Die beiden letztgenannten blieben auch noch nach der endgültigen Auseinandersetzung, die den Balkankrieg abschloß, in türkischem Besitz, um den Ausgang der Dardanellen zu schützen, mußten aber Bestimmungen der Entmilitarisierung auf sich nehmen, die erst 1936 in Montreux fielen. Im ersten Weltkriege setzten sich die alliierten Mächte über die griechische Neutralität hinweg. Vor allem Lemnos ist zur Basis der Operationen gegen die Dardanellen und Gallipoli gemacht worden. 1941 gliederte sich Bulgarien, das wieder Ausgang zur Ägäis gewonnen hatte, die nördlichsten Inseln Samothraki und Thasos an.

Es fällt auf, daß die Türkei stets wenig Wert darauf gelegt hat, die Inseln der Ägäis zu besitzen oder, wenn sie schon in ihrer Hand waren, zu behalten. Der Türke ist nicht von besonderer maritimer Veranlagung. Auch die Kriegsflotten der Türkei sind in Führung und Bemannung keine Angelegenheit der Anatolier gewesen, die stark binnenländisch denken, sondern bis ins 19. Jahrhundert hinein haben Griechen die türkischen Kriegsschiffe geführt, wie sie auch unter türkischer Flagge den nicht allzu beträchtlichen Außenhandel des Osmanischen Reiches betrieben haben. Erst das Russische Reich hat dann unter *Katharina II.* und ihren Nachfolgern eine eigene Note angeschlagen, indem es

den Griechen anbot, ihre Schiffe unter seinen Schutz zu nehmen. Hierin liegt eine frühe Wurzel des griechischen Freiheitskampfes, der sich auf die von Petersburg aus freigebig ausgeteilten Versprechungen stützte. Das Los der Griechen war unter türkischer Herrschaft keineswegs so unerträglich gewesen, wie es die politische Propaganda zur Zeit des Freiheitskampfes hinstellte. Die Griechen genossen fast überall ziemlich weitgehende Sonderrechte und Eigenständigkeit in ihren Angelegenheiten. Bei mancher Regelung von Gebietsfragen haben deshalb besondere Wünsche der Großmächte mitgespielt, und daß dabei Bestrebungen hereinspielten, der Seemacht Stützpunkte zu sichern, läßt sich am Beispiel von Kreta ablesen. Hier hat England im ganzen 19. Jahrhundert von der Sudabucht Gebrauch gemacht, als ob es sich um einen britischen Hafen handelte, und das britische Eingreifen 1941 hat verraten, daß man in London von Anfang an in Kreta ein englisches Vorbehaltsgut erblickte. Die Verflechtung der Interessen war weit gegangen, und die Vorteile, die die Kleinkriegführung Englands im griechischen Seeraum heute noch genießt, sind darauf zurückzuführen, daß die britische Marine in langer und zäher Arbeit verstanden hat, sich viele Interessen und heimliche Stützpunkte zu schaffen. Das Spiel im Halbdunkel mit ungeklärten Verhältnissen ist solchen Vorbereitungen günstig gewesen. Denn auch die völkerrechtlich genau abgegrenzte Aufteilung der Inselflur hat nicht verhindert, daß die Seeherrschaft am Rande Griechenlands praktisch in britischen Händen war — solange keine andere Macht die Entschlossenheit besaß, diesem Anspruch entgegenzutreten und den Seeraum unter den eigenen Einfluß zu bringen.

Der Dodekanes

Die Gruppe im Südosten des Ägäischen Meeres, die gemeinhin als der Dodekanes („die 12 Inseln“) bezeichnet wird, ist nicht nur durch einen Willkürakt gerade in dieser Ausdehnung zusammengefaßt worden. Sie hat vielmehr eine gemeinsame Geschichte wenigstens einige Strecken lang. Zur türkischen Zeit wurden Rhodos und Kos nicht zum Dodekanes gerechnet, statt dessen aber Ikaria und Kastellorizo. Als 1912 der türkisch-italienische Krieg abgeschlossen wurde, fiel auch die Entscheidung über das Schicksal der zwölf Inseln, die von italienischen Truppen besetzt worden waren. Die einheimische Bevölkerung, die unter der Türkenherrschaft weitgehend Selbstverwaltung genossen hatte, glaubte, sich auf einige italienische Erklärungen über Autonomie beziehen zu können, und verkündete am 4. Juli 1912 in der Apokalypsenkirche in Patmos durch den Mund von Abgeordneten der einzelnen Inseln die vollkommene Eigenherrschaft. Man war sich nicht klar gewesen, ob ein eigener Ägäischer Staat geschaffen werden sollte oder eine Angliederung an Samos, das seit 1831 ein unabhängiges und der Hohen Pforte nur tributpflichtiges Fürstentum war, vorzuziehen sei. Der Dodekanes war dadurch gekennzeichnet gewesen, daß die türkischen Herren sich in keiner Weise an der Verwaltung der Inseln beteiligt hatten, sondern daß diese nach altem Herkommen ihre Verwaltung ohne fremde Einmischung betrieben. Lediglich der türkische Steuereinnehmer kam einmal im Jahre. Aber die Steuerpflicht war ihrerseits durch die Vertreter der Inseln, die sich zu einem gewählten Rat vereinigten und in wichtigen Angelegenheiten zu Volksversammlungen ergänzt wurden, festgesetzt. Der türkische Gouverneur des Sandschaks saß auf Rhodos, das wie Kos von der Privilegierung ausgenommen war, weil es sich nicht widerstandslos den Türken überliefert hatte, sondern hatte erobert werden müssen. Die Inseln, die sich 1821 am griechischen Freiheitskampf beteiligt hatten, waren bei der Pforte durch einen Dragoman vertreten, sie erhielten 1830 neue Satzungen und 1835 eine Bestätigung ihrer Vorrechte. Erst

die jungtürkische Revolution führte auf ihnen eine einheitliche Verwaltung wie im ganzen Osmanischen Reiche ein und beendete damit den bevorrechtigten Zustand. Ursprünglich war der Dodekanes zu dem Zweck besetzt worden, auf die Türkei einen Druck ausüben zu können, damit diese Tripolitanien und die Cyrenaika an Italien abtrete. Deshalb sollte nach einer Bestimmung des Friedens von Ouchy am 18. Oktober 1912 der Dodekanes wieder geräumt und an die Türkei zurückgegeben werden. Der Londoner Geheimvertrag vom 26. April 1915 sicherte aber Italien die zwölf Inseln zu, als einen der Preise für den Kriegseintritt. Im ersten Weltkrieg spielten die Inseln eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle, nur das etwas abgelegene und kleine Kastellorizo wurde von Franzosen besetzt und ein paarmal als Ausgangspunkt von Unternehmungen gegen die kleinasiatische Küste benützt. Im Frieden von Sèvres im August 1920 wollte sich Italien bereit erklären, auf die Inseln zu verzichten und nur Rhodos und Kastellorizo zu behalten. Der Vertrag von Lausanne setzte aber dann fest, daß die Inseln bei Italien verblieben. Ihre Größenverhältnisse seien hier angegeben:

Rhodos umfaßt 1460 km² und 32 000 Einwohner;

Karpathos umfaßt 332 km² und 7000 Einwohner (die Insel ist sehr arm und wegen einer klippenreichen Küste schwer zugänglich);

Kos umfaßt 286 km² und 16 000 Einwohner (hier ist der türkische Bevölkerungseinschlag bemerkbar);

Astropalia oder *Stampalia* umfaßt 136 km² und 1500 Einwohner (wurde wegen des Besitzes von zwei guten geschützten Häfen zum Flottenstützpunkt ausgebaut);

Kalymnos umfaßt 109 km² und 15 000 Einwohner;

Symi umfaßt 79 km² und 8000 Einwohner (schon zur Zeit Venedigs durch Schiffbau bekannt);

Kasos umfaßt 50 km² und 1760 Einwohner (schlechte Hafenverhältnisse);

Leros umfaßt 49,5 km² und 4200 Einwohner (stark befestigter Stützpunkt);

Patmos umfaßt 39,5 km² und 2600 Einwohner;

Lipsos umfaßt 15 km² und 500 Einwohner;

Nisyros umfaßt 34,5 km² und 2000 Einwohner;

Tilos — eine unbedeutende Insel, die eine Aussatzstation trägt;

Kastellorizo umfaßt 25 km² und 3000 Einwohner;

Calki umfaßt 30 km² und 1300 Einwohner.

Über die Nachbarinseln von Kastellorizo, 22 Felsklippen, ist 1929 Verständigung mit der Türkei erzielt worden.

Die Bedeutung liegt also nur bei einigen wenigen Inseln: bei Rhodos, Leros und Astropalia.

Wirtschaftlich ist der Dodekanes von geringer Bedeutung. Seine Bewohner leben in der Hauptsache von Fischerei, Schwammfischerei und etwas Schiffbau und Seeverkehr, der Ackerbau und der Gemüsebau wird vielerorts durch die Frauen betrieben, während die Männer wenigstens zur türkischen Zeit in die Orte der kleinasiatischen Küste als Handwerker gingen und dort den Sommer über blieben. Für den militärischen Ausbau der Gruppe hat Italien bedeutende Aufwendungen gemacht, wie sich erwiesen hat, als die deutschen Truppen die einzelnen Inseln säuberten und ihrerseits in Besitz nahmen. Rechnet man die einzelnen Besatzungen zusammen, so ergibt sich, daß der Dodekanes sehr ausgiebig mit Truppen belegt war. Ihr Zweck war allerdings offenkundig kein offensiver, andererseits mußte die Zusammenballung verhältnismäßig untätiger Einheiten verschlechternd auf die Moral einwirken. Der Dodekanes hat so für

Italien nicht entfernt die Aufgaben erfüllen können, die ihm zugetraut werden konnten. Denn seine Lage ist sehr günstig. Die Besitzer des Dodekanes und von Kreta zusammen können jeden Zugang zu den Meerengen ins Schwarze Meer sperren, sie können aber auch Zypern einerseits, die Nilmündung andererseits noch unter Aufsicht halten, da die Entfernungen zur Luft nicht sehr bedeutend sind. Eine entschlossene aktive Kriegführung vom Dodekanes aus, dessen Anlagen genügend ausgebaut waren, um ihm auch im Falle einer vorübergehenden Isolierung Schwierigkeiten zu ersparen, hätte das Bild des Mittelmeerkrieges wahrscheinlich in manchen Zügen geändert. Es ist wohl anzunehmen, daß nach dem Dodekanes im wesentlichen solche italienischen Truppen verlegt worden sind, mit denen die Klique am Königshof sicher rechnen zu können glaubte. Auf der anderen Seite muß es unbedingt auffallen, daß England nicht mehr tat, um den deutschen Zugriff auf die Gruppe zu verhindern und die eigenen während des italienischen Verrats dorthin geworfenen Truppen zu entsetzen. Weder die britische Marine noch die britische Luftwaffe haben eingegriffen, um die deutsche Eroberung zuerst von Rhodos, dann von Kos und Leros und den anderen Inseln zu durchkreuzen, und der Hinweis, daß es an Schiffen dafür gefehlt haben wird, erklärt wohl viel, aber noch nicht alles. *Josef März*

Bolschewisieren wir Europa?

„Bolschewisieren wir Europa?", so lautet die Überschrift in einer Glosse, die am 8. Januar 1944 in der salonsozialistischen linksliberalen Zeitschrift: „New Statesman and Nation" in London erschien. Europa selbst weiß die Antwort: Es darf England nicht gelingen, Europa zu bolschewisieren. Aber allerdings versucht es England.

England versucht die Bolschewisierung Europas erstens strategisch. Seitdem die „Times" am 10. März 1943 schrieb: „Es gibt keine Sicherheit in Westeuropa ohne gleiche Sicherheit in Osteuropa, und Sicherheit in Osteuropa kann nur entstehen, wenn sie sich auf die Militärmacht der Sowjetunion stützt", und: „Rußland wird im Augenblick eines Sieges, der wesentlich seinen überragenden Anstrengungen zu verdanken ist, dasselbe Recht wie seine Alliierten haben, für sich selbst über die Bedingungen zu urteilen, die es für die Sicherheit seiner Grenzen für notwendig hält", ist klar, was mit der strategischen Auslieferung Europas an den Bolschewismus gemeint ist. England hat sich mit einer militärischen Herrschaft der Bolschewisten in Europa abgefunden. Es gibt in Europa keinen englischen Sieg, sondern nur entweder einen deutschen oder einen bolschewistischen. Die Zonen, die endgültig dem Zugriff der Russen von den Engländern ausgeliefert werden müssen, nennt die konservative Monatsschrift „Nineteenth Century" im Septemberheft 1943: „Wir werden mit Rußland zusammenarbeiten müssen bei der Organisation der Sicherheit im östlichen und südöstlichen Europa, an den Meerengen und im östlichen Mittelmeer, im ganzen Nahen und Mittleren Osten. Der künftige Frieden Europas hängt vor allem von der Zusammenarbeit mit Rußland ab."

Daß England in aller Kühle den Untergang seiner Alliierten unter der bolschewistischen Dampfwalze ins Auge faßt, geht nicht nur aus den Tatsachen des englischen Verhaltens zur polnischen oder jugoslawischen Exilregierung hervor, sondern auch aus ausdrücklichen Bekenntnissen: „Jedenfalls wird England als Nation weiterleben — und das ist schon mehr als man mit Sicherheit über ver-

schiedene der Verbündeten sagen kann". (Nineteenth Century, Band 134 Nr. 801, Seite 193.)

Zweitens bolschewisiert England Europa politisch, wo es das irgend kann. England hat im Jahre 1941 zusammen mit der Sowjetunion Jugoslawien in den Krieg getrieben. England hat die jugoslawische Exilregierung zugunsten des „Marschalls" *Tito* verraten. Niemand anders als der eigene Sohn Winston Churchills, *Randolph Churchill*, hat im Jahre 1944 den Bandenhäuptling in seinem Lager aufgesucht und die engste persönliche Verbindung hergestellt. Für die Leiden der unglücklichen kroatischen Bauern von den Händen bolschewistischer Banden ist England verantwortlich. England hat in Süditalien und in Nordafrika zusehen müssen, wie es von den Sowjets politisch überspielt wurde. Die Macht über *de Gaulle* entglitt ihm. Die Schüsse auf *Darlan* und die Hinrichtung *Pucheus* zeigen das Schicksal, das bürgerliche Europäer erwartet, die auf englischen Schutz vertrauen. Sie werden dem bolschewistischen Mörder oder dem bolschewistischen Henker ausgeliefert. In Süditalien und Sizilien ist unter dem Regime der englischen Militärverwaltung die kommunistische Partei zu dem wirklich aktiven Träger politischer Forderungen geworden.

Vor der strategischen und politischen Bedrohung schützt die deutsche Wehrmacht Europa. England plant, der deutschen Wehrmacht den bolschewistischen Feind in den Rücken zu stellen. Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung hat nicht nur das Ziel der unmittelbaren Terrorisierung, sondern er will das deutsche Volk durch die Vernichtung seines Eigentums zu Proletariern machen und damit bolschewisieren. Die englische Zeitschrift beantwortet ihre eigene Frage folgendermaßen:

„Luftmarschall Harris vollendet endgültig den Vernichtungsprozeß der deutschen Mittelklasse, der mit der Inflation begann, und den die Nazis nur aufhielten. Der Bombenkrieg ist ein großer Schrittmacher. Die Männer und Frauen Berlins, von denen skandinavische Beobachter schreiben, daß sie nur in Decken gehüllt umhergehen, weil es keine Kleider mehr gibt, werden wirksam proletarisiert. Die alliierten Bomben vernichten den kleinen Mann in Deutschland und schaffen das riesige Proletariat, das keine Heimat, keine Bindung und kein Eigentum mehr hat, das Proletariat, das der theoretische Marxismus schilderte, aber das in der späteren Phase des Kapitalismus tatsächlich doch nicht existierte. Hier entstehen die Proletarier aller Länder, die nichts zu verlieren haben als ihren Luftschutzkeller. Die Städte Deutschlands sollen systematisch zerstört werden. Nazis und Anti-Nazis, Barbaren, Feiglinge und ruhige Bürger — alle sind Deutsche und sollen auf die gleiche Ebene der armseligen Apathie heruntergezwungen werden. Unzweifelhaft, das ist eine Politik. Man kann für sie anführen, daß sie der einzige Weg ist, auf dem man Kapitalisten dazu bringen kann, die Kruppwerke zu zerstören. Diese Politik wird wahrscheinlich nicht eine kommunistische Revolution im russischen Sinne hervorbringen, unter dem man eine organisierte und geplante Bewegung mit einem bestimmten Zweck versteht. Wohl aber wird sie hervorbringen Demoralisierung und Anarchie, die das Gegenteil des Kommunismus sind, aber die Hitler für den Bolschewismus hält. Und gewiß hat Hitler recht, wenn er sagt, daß ein anhaltender Bombenkrieg dieser Art zugleich mit großen Bevölkerungsbewegungen und dem allgemeinen Hunger Europas wahrscheinlich in dem Chaos und Nihilismus endet, die die logischen Folgerungen von Krieg und Faschismus sind."

Der Bombenkrieg wird also von Engländern ausdrücklich gedeutet als Mittel zur Vernichtung der europäischen Substanz, als Schrittmacher des Bolschewismus.

So wie nur die deutsche Wehrmacht die Rote Armee, die deutsche Europa-

politik den politischen Vormarsch des Bolschewismus nach dem Muster Süditalien aufhalten kann, so verteidigt die tapfere und unerschütterliche Haltung der deutschen Heimat die europäische Seele vor der Proletarisierung durch die Bomben. Deutschland sorgt dafür, daß das Ende des Krieges nicht der Nihilismus ist, den die Engländer zwangsläufig kommen sehen. *Karl Heinz Pfeffer*

Wandlungen der libanesischen Unabhängigkeit

Wenngleich das Schicksal des Landes, das wir heute gemeinhin als den Libanon kennen — das gleichnamige Gebirge und das westlich davon sich zum Mittelmeer erstreckende Gebiet —, letzten Endes stets mit dem des großen syrischen Raumes entschieden wurde, so hat dieses Land doch, soweit wir seine Geschichte näher verfolgen können, eine gewisse Sonderstellung eingenommen. Das liegt vor allem daran, daß die beherrschenden Berggegenden des Libanons sogar modernen Eroberern bedeutende Schwierigkeiten entgegensetzten und deshalb ein ideales Rückzugsgebiet für kleine völkische und religiöse Gruppen waren.

Schon als die Araber gegen das Oströmische Reich vorgingen, 635 mit der Unterwerfung Syriens begannen und die Herrschaft der Byzantiner hier schließlich brachen, besetzten die Omaiyaden-Kalifen (660—750), die ein festes Regime in Syrien einrichteten, den Libanon nicht. Die im Gebirge lebenden Christen verschiedener Riten wurden kaum belästigt, und die Muslime sahen zu, wie die Mardaiten, ein christlicher Stamm aus Anatolien, noch mehrmals in das Land einfielen. Die folgende Dynastie der ʿAbbāsiden zeigte kein größeres Interesse für den Libanon. Damals gab es hier zahllose kleine Fürstentümer, deren Herren ihre Gebiete als Lehen vom Kalifen entgegennahmen. Mit fortschreitender Arabisierung spielte vom Ende des 9. Jahrhunderts an das Geschlecht Tanūkh eine Rolle, dem es gelang, ein größeres Emirat zu bilden.

In diese Entwicklung griffen die Kreuzfahrer ein, die die strategische Bedeutung des Libanons wohl erkannten und ihrerseits hier kleine christliche Baronien, Grafschaften und Herrschaften errichteten. Die christlichen Gruppen befestigten in dieser Zeit ihre Stellung von neuem, und vor allem waren es die Maroniten, die, nachdem sie 1182 den Anschluß an die römische Kirche gefunden hatten, immer größere Bedeutung errangen, so daß sie heute rein zahlenmäßig weit mehr als die Hälfte der libanesischen Christen ausmachen.

Nach der Vertreibung der Franken gelangten die Tanūkhiden noch einmal zu Ansehen, bis sie sich Anfang des 16. Jahrhunderts den Osmanen unterwarfen und dabei der Dynastie Maʿn weichen mußten, deren Erbe wiederum 1697 an die verwandte Familie Shihāb überging. Das Bestreben der Shihābiten war, unter Annäherung an die Christen — sie traten selbst zum Christentum über — einen mächtigen Libanonstaat zu schaffen. Sie schlossen sich dem ägyptischen Statthalter *Muḥammad ʿAlī* an, als dieser sich gegen die Hohe Pforte erhob, wurden aber 1840 mit dessen Rückzug aus Syrien abgesetzt.

Währenddessen hatte *Franz I.* nach seinem Bündnis mit Sultan *Sulaimān* (1528) durch die Übernahme des Schutzes der römischen Kirche im Osmanischen Reich die Beziehungen Frankreichs zu den syrischen Christen, d. h. in erster Linie zu den libanesischen Maroniten, fest begründet, mit denen die Franzosen seit den Kreuzzügen hin und wieder Fühlung genommen hatten. Von den Maroniten gestützt, begann Frankreichs Vormachtstellung im Orienthandel. Die

Anteilnahme der Maroniten begleitete *Napoleon I.* 1799 bei seinem erfolglosen Vorstoß nach Syrien. Eine Zeitlang wandten sich die Maroniten gegen die Besetzung ihres Landes durch den von Frankreich moralisch unterstützten Muḥammad ʿAlī; während der chaotischen Zustände nach 1840, als zwischen den Maroniten und der kriegerischen muslimischen Gruppe der Drusen ernsthafte Spannungen entstanden, bildete sich indessen bald eine Lage heraus, in der die Maroniten in Frankreich ihren natürlichen Protektor sahen, während die Drusen sich mehr des englischen Wohlwollens erfreuten.

In Ägypten hatte Großbritannien den Sieg über Frankreich davongetragen; in Syrien wurde das zunächst anders. Nach dem Krimkrieg, auf dem Pariser Kongreß (1856), gewann Frankreich einen neuen Rechtstitel für sein Protektorat über die orientalischen Christen und konnte 1860, als von Drusen und anderen Muslimen begangene Christenmetzeleien Grund zum Einschreiten gaben, im Einvernehmen mit den Großmächten ein Truppenkontingent bei Beirut landen, das allerdings nicht in Aktion zu treten brauchte. Infolge jener Ereignisse entwarfen die Mächte 1861 mit der Pforte ein *Règlement organique du Liban*, das die Autonomie der von Christen und Drusen bewohnten Libanongebiete mit Ausnahme der Stadt Beirut begründete; unter der Aufsicht Europas sollte diese Zone von einem katholischen Gouverneur geleitet werden, dem ein Verwaltungsrat aus gewählten Vertretern der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zur Seite stand. Die Bevölkerung — allerdings ohne die Maroniten — und Frankreich — wegen der geringen Ausdehnung des autonomen Bezirks — waren mit dem *Règlement* erst nicht ganz einverstanden, doch hat es dem Libanon für ein halbes Jahrhundert Wohlstand, Frieden und damit eine ruhige Weiterentwicklung gesichert, wie er sie früher niemals gekannt hatte.

In dieser Epoche wurden die Syrer durch die Kulturarbeit der Franzosen — sehr wichtig war jedoch auch die der amerikanischen protestantischen Mission, die eine Universität in Beirut gründete — dem Abendlande gewonnen, und ihren Ausgang nahm dieses Werk naturgemäß bei den Libanesen; haben doch christliche Araber mit als erste an jener modernen Geistesrichtung im Orient mitgewirkt, die als arabische Renaissance bezeichnet wird und in der Beirut eines der hervorragendsten Zentren ist.

Aus dieser geistigen Wiedergeburt des Morgenlandes im Kontakt mit dem Okzident erwuchs teils durch die Besinnung auf die kulturelle Tradition, teils als Abwehr gegen eine Überwältigung durch das Abendland die arabische Nationalbewegung. Damit fand auch die erste Phase der Entwicklung der libanesischen Unabhängigkeit ihren Abschluß. Anfangs bestanden im Libanon nebeneinander eine Menge religiöser und ethnischer Gruppen fast als voneinander getrennte Nationen. Im Lauf der Zeiten waren wenigstens die völkischen Unterschiede verschwunden. Jetzt begannen die Libanesen, sich als Araber zu fühlen, die mit den übrigen Arabern nicht nur Sprache, sondern vor allem Kultur und in weitem Umfang Interessen teilten. Die partikularistischen Tendenzen, selbst innerhalb des Libanons, wurden deshalb noch keineswegs aufgehoben, aber die Libanesen gliederten sich in die arabische Welt ein.

So nahm auch der Libanon an der arabischen Nationalbewegung im Osmanischen Reich teil, wenngleich ohne sich hervorzutun, und näherte sich im gemeinsamen Kampf den anderen Arabern immer mehr. Im ersten Weltkrieg hoben die Türken seinen autonomen Status auf und ernannten einen türkischen Gouverneur. Die Bevölkerung wurde damals durch Hunger und Krankheiten dezimiert, erhob sich aber 1916 mit gegen die osmanische Herrschaft.

Das Schicksal der Araber wurde jetzt von den Weltmächten bestimmt. Den

Libanon hatte bereits der Sherīf von Mekka, *Ḥusain*, als er bei Verhandlungen mit England als Führer des Arabertums auftrat, in seiner vielberufenen Korrespondenz mit dem britischen Hohen Kommissar in Kairo, *MacMahon*, als französische Einflußzone anerkennen müssen. Die am 8. März 1920 ausgerufene konstitutionelle Monarchie Syrien unter dem Sohne Ḥusains, *Faiṣal*, als König, fand bei den Siegerstaaten keine Billigung. Unter gewisser Abänderung des Sykes-Picot-Abkommens, das London hinter dem Rücken Ḥusains im April 1916 mit Paris abgeschlossen hatte, sprach die Botschafterkonferenz in San Remo am 25. April 1920 England die Mandate über Palästina und Transjordanien (= Südsyrien) sowie den Irak, Frankreich das Mandat über Syrien und den Libanon zu.

Die Zeit bis zum Inkrafttreten des Mandats am 29. September 1923 benutzte Frankreich dazu, nach der militärischen Besetzung seines Gebiets die Fakten zu schaffen, die es zur Sicherung seiner Herrschaft für günstig hielt. Es entschied sich für eine Förderung der partikularistischen Strömungen und teilte sein Mandatsgebiet zunächst in vier Staaten auf.

Die Maroniten standen der Schaffung eines größeren arabischen Staates, in dem sie wohl oder übel wegen der islamischen Mehrheit weniger zur Geltung gekommen wären, von Anfang an unfreundlich gegenüber und hatten deshalb durch eine Delegation auf der Friedenskonferenz den Anspruch angemeldet, die völlige Selbständigkeit des Libanons ‚in seinen historischen und geographischen Grenzen' mit Hilfe Frankreichs gesichert zu sehen; d. h. man gab sich mit der Ausdehnung des autonomen Libanons von 1860/61 nicht zufrieden, sondern verlangte dazu außer Beirut die fruchtbare Biqāʿ-Ebene im Osten und die Küstenstriche von Ṣūr, Ṣaidā und Tripolis, was den Franzosen wieder deshalb nicht ungelegen war, weil damit starke muslimische Gruppen zum Libanon kamen und die absolute Majorität und Machtstellung der Christen einschränkten. Für Restsyrien gingen damit allerdings alle brauchbaren Häfen bis auf Alexandrette verloren, das später ja ebenfalls an die Türkei abgetreten wurde.

In diesen Grenzen proklamierte der französische Kommandeur und Hohe Kommissar in der Levante, General *Gouraud*, am 1. September 1920 den *État du Grand-Liban* (daulat Lubnān al-kabīr). Die Exekutivgewalt wurde einem französischen Gouverneur, dem Fregattenkapitän *Trabaud*, übertragen, dem ein libanesischer *Conseil des Directeurs* beigegeben war; ferner übte eine *Commission Administrative* beratende Funktionen aus.

Es folgte eine Epoche des Ausbaus der Verwaltung, die im Libanon, dem ‚Lieblingskind der Mandatsmacht', noch am reibungslosesten verlief, aber auch hier die Einwohner nicht befriedigte, da man immer wieder erkennen mußte, daß Frankreich doch überall seine Hand im Spiel behielt und an eine Vorbereitung der Unabhängigkeit gar nicht dachte, da ferner die Franzosen gerade in Kleinigkeiten die Araber ständig vor den Kopf stießen. Im März 1922 wurde die *Commission Administrative* aufgelöst und durch einen von der Bevölkerung gewählten *Conseil Représentatif* ersetzt. Am 5. Januar 1925 gestattete der Hohe Kommissar *Sarrail* zum erstenmal, daß der *Conseil* selbst einen Gouverneur bestimmen sollte. Weil Sarrail ganz offensichtlich die Wahl völlig zu beeinflussen gedachte, kam es jedoch am 12. Januar zum Konflikt mit den Abgeordneten; die Sitzung wurde verschoben, gleich darauf der *Conseil* aufgelöst — ohne großes Bedauern der Libanesen, deren Interessen er sehr schlecht vertreten hatte — und *Cayla*, der Gouverneur des ʿAlawiten-Staates, einer der weiteren französischen Schöpfungen in Syrien, auch zum Gouverneur des Libanons ernannt. Am 12. Juli wurde ein neuer *Conseil* gewählt, der seinerseits drei Tage später den Maroniten *Mūsā Nammūr* zum Kammerpräsidenten bestimmte.

Nach dem im wesentlichen durch General Sarrail verschuldeten großen syrischen Aufstand im Jahre 1925, dessen Wellen auch auf den Libanon übergriffen, erkannten die Franzosen, daß sie konziliânter vorgehen mußten, wenn sie die Ruhe wiederherstellen wollten, und abermals begann ihre Arbeit im Libanon. Den Bestimmungen des Mandats zufolge mußte bis zum 29. September 1926 im Einvernehmen mit den einheimischen Autoritäten eine Verfassung ausgearbeitet werden. *Henri de Jouvenel*, der Nachfolger Sarrails und erste Zivilbeamte auf dem Posten des Hohen Kommissars, gab am 4. Dezember 1925, kurz nach seiner Ankunft in Beirut, die Bereitschaft Frankreichs hierzu bekannt und erteilte gleichzeitig dem *Conseil Représentatif* die Vollmachten einer konstituierenden Versammlung. Es gelang ihm, sich mit der Mehrheit der libanesischen Vertreter zu einigen, und nachdem sämtliche muslimischen Mitglieder des *Conseil* förmlichen Protest gegen das Bestehen des *Grand-Liban* und die Annexion ursprünglich syrischer Gebiete erhoben hatten, wurde die Verfassung am 23. Mai 1926 ausgerufen. Sie war natürlich zum größten Teil von Frankreich diktiert und beeinträchtigte dessen Vorrechte in keiner Weise. Die Exekutivgewalt der neuen *République Libanaise* (al-djumhūrīya al-lubnānīya) erhielt ein Präsident der Republik, den ein Ministerrat unterstützte. Die Legislative wurde einem vom Staatschef ernannten Senat und einer im allgemeinen Wahlrecht gewählten Abgeordnetenkammer übertragen, als welche man die konstituierende Versammlung sogleich übernahm. Zum Senatspräsidenten wurde der muslimische Scheich *Muḥammad el-Djisr* und am 27. Mai zum Präsidenten der Republik der bisherige Justizgeneraldirektor *Charles Dabbās*, ein orthodoxer Christ, gewählt.

Der wegen seiner frankreichfreundlichen Haltung bekannte Maronit *Auguste Adīb* bildete am 31. Mai die erste libanesische Regierung, wurde aber, als er zur Regelung der vom Osmanischen Reich übernommenen Staatsschuld nach Paris reiste, während seiner Abwesenheit vom Senat gestürzt. Ihm folgte — zunächst interimistisch und vom 1. Mai 1927 an direkt beauftragt — der Innenminister seines Kabinetts, der Maronit Scheich *Bishāra el-Khūrī*.

Am 17. Oktober 1927 vereinigten sich die beiden Kammern zu einer und änderten die Verfassung dergestalt, daß, da die Zahl der Senatoren die Hälfte der Abgeordneten betrug, der Präsident der Republik in Zukunft ein Drittel der Kammermitglieder ernennen sollte. Scheich Muḥammad el-Djisr wurde als Kammerpräsident übernommen.

Während in Syrien die Kämpfe um die Verfassung andauerten und der Hohe Kommissar *Ponsot* am 14. Mai 1930 einen Frankreich genehmen Text oktroyieren mußte, war im Libanon eine äußerliche Lösung erzielt worden. Wie unsicher sie in Wirklichkeit war, zeigt die Tatsache, daß Bishāra el-Khūrī bereits Anfang 1928 seine Regierung umbilden und im August zurücktreten mußte; Ministerpräsidenten wurden dann in rascher Folge der Maronit *Ḥabīb es-Saʿd*, noch einmal Bishāra el-Khūrī, der Maronit *Émile Eddé* und schließlich wieder Auguste Adīb. 1932 kam es wegen der Nachfolge Dabbās' auf dem Posten des Präsidenten der Republik zu heftigen Auseinandersetzungen; Ponsot löste die Kammer auf und ernannte am 9. Mai Dabbās zum Staats- und Regierungschef. Die libanesische Verfassung war zum erstenmal gescheitert.

In Paris hatte man inzwischen den Plan ins Auge gefaßt, ähnlich wie England mit dem Irak und später mit Ägypten die Beziehungen zu Syrien und zum Libanon durch zweiseitige Verträge an Stelle des Mandats auf eine neue Grundlage zu stellen. Dazu benötigte man wieder eine Regierung, die das Volk vertrat. So erließ der Hohe Kommissar *de Martel* am 2. Januar 1934 ein *Arrêté règlant à titre provisoire l'organisation et le fonctionnement des pou-*

voirs publics, ernannte Ḥabīb es-Saʿd zum Präsidenten der Republik und ließ am 21. Januar eine gesetzgebende Versammlung mit 25 Abgeordneten wählen, der gegenüber die Regierung, die von Staatssekretär *ʿAbdallāh Baihum,* einem Muslim, verkörpert wurde, nicht verantwortlich war. Nachdem de Martel am 3. Januar 1936 bestimmt hatte, daß der Präsident der Republik von der Kammer zu wählen sei, erhob diese am 20. Januar Émile Eddé auf diesen Posten; der Protestant *Dr. Ayyūb Thābit* wurde Staatssekretär. Mit einer Delegation, der u. a. Vertreter der sechs wichtigsten Minderheiten sowie Bishāra el-Khūrī als Haupt der Kammeropposition angehörten, führten Eddé und Thābit in Paris Verhandlungen und unterzeichneten am 13. November 1936 in Beirut einen Freundschafts- und Bündnisvertrag, der in der Hauptsache die Bindung der libanesischen Außenpolitik an die Frankreichs, die Belassung französischer Truppen im Libanon bis zur Erzielung eines weiteren Abkommens und die Schaffung eines einheimischen Heeres bestimmte. Eddé erklärte, der Vertrag besiegele die Unabhängigkeit des Landes; die Anhänger einer arabischen Einheit antworteten dagegen mit lebhaften Unruhen.

Zur Vorbereitung der ebenfalls vorgesehenen Aufnahme des Libanons in den Völkerbund wurde das verfassungsmäßige Regime am 2. Januar 1937 wieder eingeführt. Am 6. Januar beauftragte Eddé den sunnitischen (orthodox-islamischen) Abgeordneten *Khair ed-Dīn el Aḥdab* mit der Bildung des Kabinetts; ihm folgten als Regierungschefs Emir *Khālid Shihāb* und der Sunnit *ʿAbdallāh el-Yāfī.* Im Oktober 1937 wurde eine Kammer mit 63 an Stelle von 25 Mitgliedern gewählt.

Ebensowenig wie der französisch-syrische war der französisch-libanesische Vertrag in Paris ratifiziert und rechtskräftig geworden. Als am 21. September 1939 infolge der Kriegsumstände Aufhebung der Verfassung und des Parlaments erfolgte und das Kabinett zurücktrat — Eddé blieb Präsident der Republik, Baihum wurde wieder Staatssekretär, bis beide am 5. April 1941 dem Christen *Alfred Naqqāsh* als Regierungschef wichen —, dokumentierte sich hierin der endgültige Mißerfolg der französischen Libanonpolitik. Die Voraussetzungen für Frankreichs Wirken waren die günstigsten gewesen: Neben dem überragenden kulturellen Einfluß, der ja auch in Syrien bestand, hatte man bei der christlichen Mehrheit im Libanon noch besondere Sympathien genossen, und den französischen Aufspaltungsbemühungen war ein vorhandener starker Partikularismus entgegengekommen. Die verschiedensten Mittel und Persönlichkeiten hatten die französischen Politiker für ihre Ziele eingesetzt, aber nicht verstanden, die Bevölkerung zu einer freiwilligen Zusammenarbeit mit Frankreich zu erziehen.

Was nun noch kam, war keine französische Politik mehr, die sich an den Libanon wandte, sondern ein Machtkampf zwischen der französischen Dissidenz und Großbritannien, das nunmehr sein altes Hegemoniestreben im Orient wieder aufnehmen konnte, um die Positionen in der Levante. Mit der Parole der Unabhängigkeit zogen nach zwei Jahren, während deren jedes eigentliche politische Leben erstorben war, im Sommer 1941 Engländer und Gaullisten in Syrien und im Libanon ein, und als General *Catroux,* der gaullistische Hohe Kommissar — bald nannte er sich *Délégué général de la France Combattante* —, einen Monat nach der syrischen am 26. November 1941 die Unabhängigkeit des Libanons verkündete, da bewies London, wie sehr ein solcher Schritt in seinem Interesse lag, indem es durch seinen Botschafter in Kairo, Sir *Miles Lampson,* diese Unabhängigkeit garantierte. Entsprechende Erklärungen gaben übrigens die Vereinigten Staaten ab.

De Gaulle und Catroux haben in Syrien und im Libanon keinen größeren Weitblick bewiesen als ihre legalen Vorgänger und der britischen Einflußnahme noch Vorschub geleistet. Ihr Bestreben blieb es, die beiden Staaten getrennt und so fest und unmittelbar unter ihrer Macht zu halten wie nur irgend möglich. Naqqāsh, der Präsident der Republik wurde, und der neue Ministerpräsident *Aḥmad ed-Dāʿūq* sowie sein Nachfolger *Sāmī eṣ-Sulḥ*, beide Muslime, scheinen sie dabei unterstützt zu haben.

Am 22. Januar 1943 wurden Wahlen ausgeschrieben und Mitte März zu ihrer Durchführung Ayyūb Thābit als provisorischer Staatschef eingesetzt. Auf gewisse Schwierigkeiten deutete schon hin, daß die Wahlen bis August verschoben wurden und inzwischen an Thābits Stelle *Petro Ṭarrād* trat; offiziell wurden die Erntearbeiten als Grund für den Aufschub angegeben, die Franzosen gaben zu verstehen, daß Differenzen unter den religiösen Gruppen wegen der Verteilung der Parlamentssitze entstanden seien, und die Engländer ließen Thābit wegen seiner Einmischung in den Wahlkampf angreifen.

Die Wahlen endeten mit einem klaren Sieg der sogenannten Partei des Konstitutionellen Blocks unter Bishāra el-Khūrī, während dessen Gegner Émile Eddé, der von den Gaullisten gestützt wurde, augenscheinlich dazu eine Aufspaltung seiner Partei, des Nationalistischen Blocks, erleben mußte. Als Scheich Bishāra el-Khūrī dann *Riyāḍ eṣ-Sulḥ*, einen alten Verfechter der arabischen Sache, mit der Bildung des Kabinetts betraute, wurde deutlich, daß eine ausgesprochen arabisch-nationalistische, frankreichfeindliche Richtung die Zügel in die Hand bekommen hatte.

Wie die letzten Ereignisse zeigen, kam es tatsächlich sehr rasch zum Konflikt. In seiner Kabinettserklärung kündete Riyāḍ eṣ-Ṣulḥ an, daß er gedenke, einige Artikel der Verfassung — später stellte sich heraus, daß es alle waren, in denen der Begriff Mandat berührt wurde — zu modifizieren, die mit der Unabhängigkeit des Libanons nicht zu vereinbaren seien. Gegen einen entsprechenden Beschluß des Ministerrats erhob der Generaldelegierte *Helleu* Einspruch, indem er darauf hinwies, daß Frankreichs internationale Verpflichtungen nicht einseitig gelöst werden könnten und daß das Mandat nur mit Zustimmung des Völkerbundes aufzuheben sei. Das war rechtlich begründet, nur hätte de Gaulle in diesem Fall Syrien und den Libanon überhaupt nicht unabhängig erklären dürfen. Die Libanesen kehrten sich jedenfalls nicht daran; am 9. November genehmigte ihr Parlament die Modifizierung bei alleiniger Abwesenheit Eddés und einiger seiner Anhänger. In den Morgenstunden des 11. November schritt Helleu zur Verhaftung Bishāra el-Khūrīs, Riyāḍ eṣ-Ṣulḥs und weiterer Minister und Abgeordneter. Als Folge davon kam es zu schweren Unruhen.

Wieder einmal wurde das Schicksal des Libanons — soweit vor der Beendigung des Krieges die Rede davon sein kann — an den Konferenztischen der Weltpolitik entschieden. Es ist offensichtlich, daß die französische Dissidenz mit allen Kräften für ihre Herrschaft in der Levante streitet. Es ist offensichtlich, daß England am liebsten Frankreich ganz aus dem Mittleren Osten vertreiben würde. Aber die Vereinigten Staaten, die früher nur kulturelle und wirtschaftliche Interessen im Orient besaßen, haben heute dort auch in politischen Angelegenheiten ein Wort mitzureden; sie haben, obwohl de Gaulle bei ihnen nicht die stärksten Sympathien genießt, deutlich zu verstehen gegeben, daß sie über eine Einzelaktion Londons sehr verärgert gewesen wären. Und wenn man in Rechnung stellt, daß seit 1941 besonders im Libanon eine kommunistische Partei ihr Wesen treibt, daß de Gaulle kürzlich seine Beziehungen zur UdSSR. weiter verbessern konnte, daß die Engländer ständig betonten, wegen der Libanonfrage

in Kontakt mit Moskau zu stehen, so erkennt man, daß die Sowjets ebenfalls einen Faktor im Spiel darstellen.

Gerade die Vereitelung der Einmischungsversuche Washingtons und Moskaus im Orient ist ein Grund für das Entgegenkommen der Briten gegenüber den Arabern, das in letzter Zeit beobachtet werden kann, für die Förderung, die die arabischen Unionspläne bei ihnen finden. Dabei ist die Stellungnahme der gesamten arabischen und darüber hinaus der islamischen Welt zur libanesischen Krise völlig eindeutig: Mit größter Empörung haben ihre Regierungen, Parlamente, Vereinigungen, Zeitungen usw., alle Ausdrucksmittel ihrer öffentlichen Meinung, ihrem Abscheu vor dem Vorgehen der Gaullisten, ihrer Anerkennung für die Berechtigung des Freiheitskampfes der Libanesen Ausdruck gegeben, so daß man treffend sagen kann, daß ebenso wie die Palästinafrage 1936 die Libanonfrage jetzt eine arabische Sache geworden ist, an der die Verwirklichung der arabischen Einheit fortschreitet.

Während die Briten, die die Schlüsselstellung in dieser Krise einnahmen, ihrer Empirepolitik wegen, die im Augenblick nun einmal auf eine Begünstigung der Araber hinausläuft, gegen de Gaulle auftreten mußten — deswegen nur haben sie doch all den Protesten aus den arabischen Ländern und Indien Möglichkeit verschafft, in solchem Maße in die Öffentlichkeit zu gelangen —, zwangen sie Gründe, die mit der Kriegführung in engstem Zusammenhang stehen, zur Rücksichtnahme auf die Meinung ihrer Bundesgenossen. Augenscheinlich haben sie einen Ausweg gefunden, wenn auch vorläufig dunkel bleibt, auf welche Weise. Als die Freilassung der verhafteten Nationalisten, die Wiedereinsetzung Bishāra el-Khūrīs als Präsident der Republik und die Abberufung Helleus bekannt wurden, konnte man immer noch an einen Kompromiß glauben; die erneute Übertragung der Ministerpräsidentschaft an den Muslim Riyād, gegen den die Franzosen — in Verfolgung ihrer Taktik, weiterhin Christen und Muslime auseinanderzuhalten — viel heftigere Angriffe richteten als gegen den Maroniten Bishāra, der allerdings von früher her viel weniger belastet war, machte die gefallene Entscheidung deutlich. Nachdem die syrische Regierung, die sich zwar zuerst sehr ruhig verhielt, sich dem libanesischen Vorgehen angeschlossen hat, als der Erfolg sicher war, ist der Abzug der Franzosen aus der Levante nur mehr eine technische Frage; de Gaulle wird sich glücklich schätzen müssen, wenn er noch Bündnisverträge mit Beirut und Damaskus zustande bringt.

Obwohl unverhältnismäßig stärkere Kräfte am Werk sind, macht doch der Libanon selbst heute eine bedeutsame Bewährungsprobe durch. Dabei erscheint der Begriff Unabhängigkeit für ihn unter drei verschiedenen Aspekten. Es geht einmal um die Unabhängigkeit von Frankreich, und man sagt wohl nicht zuviel, wenn man feststellt, daß dieses Ziel allen Libanesen — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — gemeinsam ist. Sicher gab und gibt es vor allem unter den Maroniten manche Kreise, die die Freundschaft des Landes, mit dem sie die engsten kulturellen Beziehungen verbinden und dem sie viel verdanken, nicht missen möchten; in politischer Abhängigkeit von Frankreich und schon gar von de Gaulle wird zumal nach dem 11. November 1943 kein aufrechter Libanese mehr leben wollen. Einen Beweis hierfür liefert die Tatsache, daß Eddé, der von Helleu ernannte Staatschef, von Anfang an keine Mitarbeiter fand, um eine repräsentative Regierung zu bilden.

Weit schwieriger ist die Antwort auf die Frage, wie der Libanon heute zu der zweiten Unabhängigkeit steht, der von Syrien und damit vom arabischen Raum und vom Arabertum. Nun, die christlichen Libanesen haben zwar stets

eifersüchtig ihre Sonderrechte, ihre Selbstverwaltung verteidigt. Aber schon die amerikanische *King-Crane*-Kommission, die 1919 die Stimmung in Großsyrien prüfte, empfahl auf Grund ihrer Feststellungen die Beibehaltung der libanesischen Autonomie, keineswegs jedoch die Schaffung eines besonderen libanesischen Staates. Später waren es allerdings meist die Syrer, die für einen Anschluß wenigstens des Libanons an ihren Reststaat eintraten. Noch der Außenminister der libanesischen Regierung Sāmī eṣ-Ṣulḥ, *Philippe Bûlos*, erklärte sich im August 1942 entschieden gegen die arabische Einheit; Bishāra el-Khūrī schlug aber die Teilnahme an den Beratungen über die Einheit in Kairo nicht ab, und gerade die Vorgänge seit dem 11. November dürften den Libanesen gezeigt haben, daß für sie das Heil nicht mehr in der Isolierung liegt, sondern daß sie den Weg zur großen arabischen Nation finden müssen, um bestehen zu können. So befinden wir uns heute vielleicht an der Schwelle einer neuen Epoche libanesischen völkischen Denkens, in der — dem Zuge der Zeit folgend — Befürchtungen um einige Privilegien immer mehr zugunsten der großen arabischen Sache aufgegeben werden.

Ihre Unabhängigkeit von Frankreich scheinen die Libanesen erlangt zu haben — realistisch, wie alle Araber, nahmen sie sie auch aus der Hand der Briten entgegen. Wenn sie sich nun dazu durchringen, weiter im Arabertum aufzugehen, dann werden ihre Interessen endgültig mit denen der arabischen Welt zusammenfallen, und sie werden mit für die Unabhängigkeit der Araber von England und vom Abendland überhaupt wirken.

Literatur: Henri Lammens, *La Syrie, précis historique.* Beyrouth, 1921. — Ders., *Lubnān,* in *Enzyklopaedie des Islām.* Leiden, 1913—1934. — Paul Richard, *Frankreich in Syrien.* Berlin, 1940. — Walter Björkman, *Syriens Unabhängigkeit,* in *Zeitschrift für Politik,* 32. Band. Berlin, 1942. — *Oriente Moderno.* Roma, seit 1921. — Für die letzten Ereignisse die Zitierungen ausländischer Nachrichtenagenturen und Zeitungen in der deutschen Tagespresse. *Fritz Steppat*

Köpfe der Weltpolitik

Joseph Darnand

Zum erstenmal erschien sein Bild in Frankreich während des Kriegswinters 1939/40 auf dem Umschlag einer illustrierten Zeitschrift. Wie 1914 hatte sich Darnand auch 1939 freiwillig gemeldet und Beweise seiner persönlichen Tapferkeit gegeben. Als französischer Patriot tat er seine Soldatenpflicht im Krieg gegen Deutschland wie schon 25 Jahre vorher.

Kaum mehr als zwei Jahre nach der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich stand derselbe Frontkämpfer Darnand 1942 im französischen Freizeitheim zu Berlin auf der Bühne, um nach einem Besuch bei der französischen Freiwilligenlegion im Osten auch den französischen Arbeitern in der Reichshauptstadt die Grüße des Marschalls *Pétain* und seiner Regierung zu überbringen. So sehr auch sein damaliger Zuhörerkreis politisch noch gespalten war, übte seine kräftige und ruhige Persönlichkeit doch einen verpflichtenden Einfluß auf jeden seiner Zuhörer aus. Und wieder ein Jahr später führte diesen Mann eine Einladung der Waffen-*SS* durch verschiedene deutsche

Städte und in die Reichshauptstadt, wo er erneut vor seinen deutschen und französischen Zuhörern ein offenes Bekenntnis ablegte.

Wer ist dieser kämpferische Mann, der durch die Wirren der französischen Innenpolitik in den letzten Jahren unbeirrt seinen Weg ging und dabei als guter französischer Patriot seinen Weg zu Deutschland fand? Er stammt aus bäuerlicher und handwerklicher Familie des französischen Jura und hat aus seiner Heimat sowohl Bodenständiges wie Germanisch-Europäisches in guter Mischung mitbekommen. Wie er schon im ersten Weltkrieg seinem Vaterland als Soldat diente, so suchte er auch politisch einen Weg, um für dieses sein Vaterland zu arbeiten. Zuerst folgte er dem extremen Nationalisten *Charles Maurras*, dessen *„Action Française"* jahrzehntelang Durchgangsstation für den nationalen Nachwuchs war, ohne daß seine Anhänger jedoch auf die Dauer den chauvinistischen und reaktionären Kurs des lateinischen Theoretikers mitmachen konnten. Joseph Darnand, der im Zivilberuf ein Transportunternehmen in Nizza leitete, suchte deshalb nach einem weniger abstrakten, sondern möglichst praktischen Einsatz und glaubte eine Zeitlang, ihn bei den *Cagoulards*, einer rechtsradikalen, gegen die Volksfront und den Kommunismus gerichteten Geheimorganisation der Zeit zwischen den zwei Kriegen, finden zu können.

Das Erlebnis des zweiten Weltkrieges und der französischen Niederlage ließ in ihm den Entschluß reifen, auf neuer Grundlage aufzubauen. Er wurde zunächst Departementschef der nur in der Südzone Frankreichs bestehenden Frontkämpferorganisation *„Légion des Anciens Combattants"*, die vom französischen Staatschef Marschall *Pétain* zunächst wohl als eine Art Einheitspartei gedacht war und zum Sammelbecken der Anhänger des greisen Marschalls wurde. Aber darin lag auch schon der Auflösungskeim dieses von oben her veranlaßten Zusammenschlusses: mit Berufung auf *Pétain* begegneten sich in dieser Organisation die widerstrebendsten Tendenzen, nicht zuletzt solche, die im November 1942 zum Verrat und zur Dissidenz in Nordafrika wesentlich beitrugen. Der klarblickende Darnand verstand es schon frühzeitig, sich von dieser irregeleiteten Massenorganisation allmählich abzulösen, indem er in ihrem Rahmen einen eigenen Ordnungsdienst mit unmittelbarer Verpflichtung auf den Staatschef schuf, den sogenannten *SOL. (Service d'ordre légionnaire).* Als dann die Frontkämpferlegion immer mehr ins attentistische Fahrwasser geriet, gelang es Darnand, den SOL. in die Miliz zu verwandeln und diese unter der unmittelbaren Autorität des Regierungschefs *Laval* zu verselbständigen. Mit den 30 000 Mann seiner Miliz in der Südzone hatte er nun eine schlagkräftige Gefolgschaft in der Hand, die er unmittelbar auf den von ihm als richtig erkannten Weg führte, auf dem die innere Erneuerung Frankreichs unmittelbar mit der Zusammenarbeit mit Deutschland verbunden ist.

Es ist ein glückliches Zeichen für das unaufhaltsame Vordringen des europäischen Gedankens auch mitten im Krieg, daß ein nationalfranzösischer Führer wie Darnand trotz der Niederlage und der daraus folgenden Kriegsgefangenschaft vieler seiner Landsleute sowie der Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen den Weg zum ehemaligen Gegner fand und die Zusammengehörigkeit mit ihm als wesentlich stärker erkannte als künstliche Bündnisse und Konstellationen der Vorkriegszeit. Darnand war aber nicht nur der Mann, der wie viele andere Franzosen der Rechten oder der Linken gedanklich zum neuen Europa durchstieß, sondern er hatte gleichzeitig das Glück, inmitten des inneren Gegeneinanders eine eigene politische Kampftruppe formen zu können. Schließlich meldete er sich als Führer zu der 1943 aufgestellten französischen Einheit der

Waffen-ϟϟ und gab dadurch der engen Verbindung des Nationalen und des Europäischen öffentlichen Ausdruck.

Als dann um die Jahreswende 1943/44 die Laval-Regierung erweitert wurde, erhielt Darnand das neugeschaffene Amt des Generalsekretärs zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und damit die Führung der gesamten Polizei. Seine Miliz wurde dadurch an staatliche Aufgaben herangeführt, durch Gesetz vom 30. Januar 1944 staatlich anerkannt und engstens mit der staatlichen Polizei verbunden. Mit kühner Energie begann er sogleich seine neue Aufgabe zu verwirklichen: die Verwaltung wurde von unsicheren Elementen gesäubert, und in den Departements, in denen sich aus Kommunisten, Gaullisten und Arbeitsdienstverweigerern Banden gebildet hatten, wurde die staatliche Autorität wiederhergestellt. Dabei verfolgt Darnand stets den Grundsatz, daß diese Aufgaben möglichst allein durch Franzosen gelöst werden müssen. Er tut dies aus der Überzeugung, daß nicht noch einmal zwischen Deutschen und Franzosen Blut vergossen werden darf, wenn diesmal die Verständigung wirklich gelingen soll.

Die in der Südzone entstandene Miliz ist Anfang 1944 auch in der Nordzone zugelassen worden, wo ihr nun die kämpferischen Naturen der zahlreichen Erneuerungsbewegungen von *Marcel Déat, Jaques Doriot* usw. zuströmen. Diese Parteien bestehen selbständig weiter, aber ihre Ordnungskräfte können sich unter Leitung des Regierungsmitglieds Darnand zusammenschließen und damit zum erstenmal einen geschlossenen Block bilden, der nötig ist, um den von der Feindpropaganda aufgehetzten und bezahlten Widerstand gegen die französische Staatsautorität im Innern zu brechen und den gesunden Kräften des französischen Volkes einen Weg zu bahnen, auf dem es zur Mitarbeit am neuen Europa gelangen kann. Darnand hat sich dank seiner Bescheidenheit, Kühnheit und Energie als einer der Führer auf diesem neuen Weg Frankreichs erwiesen, indem er ein Sammelbecken für Kräfte von „rechts" und „links" schuf, die sich nun für eine dritte, höhere Aufgabe vereinigen können. Die Anhänger der Miliz haben sich in den ersten Wochen des Jahres 1944 gemeinsam mit der französischen Polizei für die staatliche Ordnung mit ihrem Leben eingesetzt. Sie haben sich auch in großer Zahl zur französischen Einheit der Waffen-ϟϟ gemeldet sowie zahlreich zum Arbeitseinsatz in Deutschland eingefunden, wo sie dank ihrer politischen Schulung zu den aktivsten Elementen in der Führung der französischen Selbstverwaltung gehören.

So kann Joseph Darnand stolz darauf sein, daß sein Werk heute schon in allen Bereichen der französischen Erneuerung und der deutsch-französischen Zusammenarbeit für ein neues Europa Früchte trägt. *Hugo Rheiner*

Bücher des Monats

Amerika im Schrifttum

Hans-Heinrich Dieckhoff: Zur Vorgeschichte des Roosevelt-Krieges. Junker & Dünnhaupt Verlag, Berlin. (Schriften des Deutschen Instituts für außenpolitische Forschung Heft 100.) 190 S.

Dieckhoff faßt in der neuen Schrift seine verschiedenen Zeitschriftenaufsätze zusammen, die er seit 1941 unter dem Decknamen Silvanus geschrieben hat. Er behandelt: Präsident *Roosevelt* und der Krieg. Deutschland und die Vereinigten

Staaten. Roosevelts Politik gegenüber Frankreich. Die Vereinigten Staaten und Japan. Die Vereinigten Staaten und Rußland. Auch wer die wichtigsten Belege für die kluge und zuverlässige Beweisführung entbehrt, muß dieses Buch zum besten deutschen Schrifttum über die USA. rechnen, nach Inhalt, Form und nicht zuletzt auch Ton. Der erfahrene Diplomat wird hier wissenschaftlichen Anforderungen in ganz anderem Maße gerecht, als das zum Beispiel in vielen gangbaren journalistischen Amerikaschriften geschieht, die sich der sachlichen Kritik meist mit dem Hinweis auf ihren Charakter als „Kampfschrift" entziehen. Auch bei Dieckhoff zeigt sich eben, daß seine Ausführungen nicht bloß zusammengeschrieben, sondern aus dem Grund jahrelangen Miterlebens in „them States" erwachsen sind. Das macht zugleich seine Überzeugungs- und Beweiskraft so durchschlagend: seine sachliche Darstellung läßt gerade Roosevelts Rolle in der ganzen schicksalhaften Entwicklung der letzten Jahre deutlich hervortreten; „er hat die nordamerikanische Außenpolitik der letzten neun Jahre entscheidend bestimmt, er trägt die Hauptverantwortung für den Krieg" (Vorwort). Ganz besonders verdienstlich erscheinen mir die Kapitel über die bei uns weniger bekannte Japan- und Rußlandpolitik der USA. Im Abschnitt über die deutsche Amerikapolitik unter Kaiser *Wilhelm II.* möchte ich nur die „Geradlinigkeit der *Bülowschen* Politik (S. 49 ff.) bezweifeln, die von zuverlässigem Wissen um Amerika nicht getrübt war. Wie damals das offizielle Deutschland an England meist vorbeiurteilte, so tat es das erst recht bei Amerika, wo es selbst aus falscher Psychologie durch seine ehrlichen Friedensschritte anstieß. Sehr selten befolgte es die Politik nach Bismarcks Definition als „der weisen Voraussicht dessen, was der andere zu tun gedenkt". Und das enge machtpolitische Zusammengehen von England und den Vereinigten Staaten seit etwa der Jahrhundertwende hat bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs kaum einer in der Wilhelmstraße erkannt, wie es die Arbeiten von *Kunz-Lack*, Graf *Stolberg* u. a. genügend erweisen.

Dr. P. Osthold und *Dr. R. Wagenführ:* Roosevelt zwischen Spekulation und Wirklichkeit. Grundlagen und Methoden der anglo-amerikanischen Rüstungsgemeinschaft. 200 S.

Dies Buch ist aus Vorträgen hervorgegangen, welche die Verfasser vor der Arbeitsgemeinschaft „Wehrwirtschaft" in der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften gehalten haben. Deren Präsident, General Dr. von Cochenhausen, hat der Veröffentlichung ein empfehlendes Vorwort geschrieben. Die einzelnen Kapitel behandeln: 1. Schuldgeborene Schuld; 2. Das demokratische Rüstungskomplott; 3. Auf Schleichwegen in den Krieg; 4. Herr Martin wird Soldat; 5. Ein Kriegspotential und seine Grenzen; 6. Aufrüstung mit Hangen und Bangen; 7. Das kapitalistische Siegesprogramm; 8. Krieg, aber was dann?

Was Botschafter Dieckhoffs Veröffentlichungen und die Dokumentensammlung des Auswärtigen Amts („Roosevelts Weg in den Krieg") politisch-diplomatisch dargestellt und erhärtet haben, wird hier wehrwirtschaftlich nachgewiesen: Roosevelts Schuld an dem neuen Weltkrieg. Das geschieht mit einem manchmal verwirrenden Detail von Wirtschaftstatsachen und den Folgerungen daraus. Die Darstellung stoppt bei Kriegsanfang, also Dezember 1941. Seitdem haben sich manche Lücken in der Produktion geschlossen, hat die notgedrungene Improvisation etliche, wenn auch vielleicht nur zeitweilige, Erfolge errungen, hat die eigene amerikanische Kriegsanstrengung zu einer gewissen Konsolidierung in der Kriegsindustrie geführt. Trotzdem braucht man auch heute das Kriegspotential der USA. nicht zu überschätzen. Die beiden Verfasser sind anerkennenswerterweise bestrebt, zwischen Unter- und Überschätzung kritisch maßzuhalten. Das Problematische dieses ganzen Krieges macht schließlich und ganz natürlich auch vor ihrem Amerikabuch nicht halt.

Nur zwei kritische Anmerkungen seien gegeben. Bei Plymouth fanden die Puritaner kein „Gebirge", wie die Verfasser irrtümlich meinen, sondern lediglich Blöcke einer Felsenküste. Es ist sachlich nicht vertretbar, daß die Alliierten 1914

und 1915 die USA. „aus dem tiefsten Schmutz wirtschaftlicher Verzweiflung gezogen hatten"; Tansill, der Gewährsmann unserer Verfasser, übertreibt da (S. 1) unkritisch. Im ganzen sind dem verdienstlichen Buch viele aufmerksame Leser zu wünschen, vor allem unter den Auslandswissenschaftlern.

Miguel Andrade: Der Einbruch der Vereinigten Staaten in die Iberoamerikanische Welt. Essener Verlagsanstalt. (Probleme amerikanischer Außenpolitik Heft 3.) 92 S.

Von einem Iberoamerikaner (Argentinier?) werden im großen und ganzen bekannte Tatsachen systematisch und gründlich zusammengestellt, um an dem Einbruch der USA. in die Iberoamerikanische Welt das außenpolitische Programm Washingtons nachzuweisen, und zwar historisch-kritisch. Es geht um die folgenden Punkte: Expansion auf dem Festland, Beherrschung des mittelamerikanischen Seebeckens und schließlich auch Südamerikas. Die Monroedoktrin wird als Programm des us-amerikanischen Imperialismus dargestellt, ebenso dessen ideologische Verbrämung: der Panamerikanismus. Dabei wird sehr richtig als der Hauptzweck der panamerikanischen Konferenzen bezeichnet: „Nicht Arbeit zu leisten, sondern die den Vereinigten Staaten günstige Atmosphäre zu schaffen, indem wir dort lernen sollen, wenn schon nicht dieselbe Sprache zu sprechen, so doch dieselben Schlagworte zu benutzen ... Wir sollen uns in keinerlei Abhängigkeit begeben — die von den Vereinigten Staaten ausgenommen!" (S. 57 f.). Am Ende wird *F. D. Roosevelts* Politik der Guten Nachbarschaft samt ihren verschiedenen Methoden als eine neue Form des nordamerikanischen Imperialismus nachgewiesen, besonders aufschlußreich ist der Teil über die „Kontinentalisierung" der nordamerikanischen Außenpolitik. Ein Nachtrag bringt die Darstellung bis zum Oktober 1942. Der wertvollen Schrift, die zur Selbstbesinnung Iberoamerikas beitragen kann, wäre ein starkes Echo in der Heimat des Verfassers zu wünschen.

Helmut Rumpf: Die zweite Eroberung Iberoamerikas. Essener Verlagsanstalt. (Probleme amerikanischer Außenpolitik Heft 8.) 53 S.

Diese Schrift wird durch *Andrades* obige Arbeit an Fülle des Stoffes und Eindringlichkeit der Darstellung übertroffen. Neu ist, wenn auch nicht gründlich angepackt, der Nachweis von der britisch-amerikanischen Gegnerschaft (Rivale oder Partner, S. 39 ff.) sowie der westlichen Hemisphärenpolitik, deren Begriff zum Wortschatz der Monroedoktrin gehört (S. 45 ff.). Abgeschlossen März 1942.

Julius Wünsche: Der Wirtschaftskampf der USA. um Süd- und Mittelamerika. Verlag von A. Lutzeyer, Leipzig. 197 S.

Auf Grund zahlreicher Quellen und amtlichen Materials, doch auch jahrelanger Erfahrungen im „reichsten Land der Welt" hat der Verfasser sein Buch geschrieben, das im wesentlichen den Wirtschaftskampf gegen Iberoamerika schildert. Der I. Teil behandelt die Zwischenbilanz dieses Kampfes vor Kriegsausbruch 1939, der II. Teil kriegsbedingte Entwicklungen, vor allem auch die neuen Mittel und Methoden der Politik des „Guten Nachbarn" (S. 55 ff.): Dollar-Außenhandel dringt vor. Von der privaten zur staatlichen „Dollar-Diplomatie". Das Schlußkapitel ist den Entwicklungen nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gewidmet. Neben dem riesigen Tatsachenmaterial für alle iberoamerikanischen Staaten ist von besonderem Wert eine Verfolgung der Tätigkeit der Export-Import-Bank (S. 161 ff., 192 ff.), doch auch eine leider etwas zu kurze Betrachtung der englisch-amerikanischen Konkurrenz (S. 114 ff.). Natürlich erkennt dieser Wirtschaftler auch die politischen Hintergründe des Wirtschaftskampfes, mit seinen Worten (S. 10 f.) zu reden: „Politische Wunschbilder und Ideen — nicht wirtschaftliche Erwägungen — haben die Wurzeln zum Mythus der Monroedoktrin gelegt, politische Vorstellungen, nicht kaufmännisches Rechnen haben *Stephen R. Douglas* von einem panamerikanischen Zollverein träumen lassen, politischer Ehrgeiz und Machtwille haben die Präsidenten des amerikanischen Imperialismus wie *McKinley* und *Theodore Roosevelt* entscheidend be-

stimmt." Ein ungezügelter Machthunger und eine skrupellose Interessenpolitik haben endlich *Franklin D. Roosevelt* zu seiner Kriegspolitik getrieben, die auf Kosten der Wirtschaft von ganz Iberoamerika und zum Unheil von Wohlbefinden und Sicherheit des Südkontinents geschieht.

Albert Kolb: USA. und die Philippinen. Essener Verlagsanstalt 1942. (Probleme amerikanischer Außenpolitik Heft 7.) 77 S.

Kolb behandelt die Eroberung der Philippinen, die Hand der Vereinigten Staaten in der philippinischen Wirtschaft, die Entwicklung vom Pariser Friedensvertrag bis zur Unabhängigkeitsakte, Schein und Wirklichkeit der Unabhängigkeitsbegünstigung durch Washington, die als ein einziges machtpolitisches Manöver nachgewiesen wird. Das Schlußkapitel behandelt „USA., die Philippinen und Ostasien". Eine Zeittafel und ein Verzeichnis neueren Schrifttums erhöht den wissenschaftlichen Wert der ausgezeichneten Schrift, die jeder gründlich beachten sollte, der die philippinischen Lebensfragen wirklich studieren will. Auf so gedrängtem Raum gibt es keine bessere deutsche Darstellung, die allen auslandswissenschaftlichen Anforderungen entspricht.

Hermann Wätjen: Der deutsche Anteil im Wirtschaftsaufbau der Westküste Amerikas. Mit einer Karte. Felix Meiner Verlag, Leipzig. 238 S.

Dies Buch setzt die sehr beachtenswerten Forschungen des Verfassers, hauptsächlich aus hanseatischen Quellen, fort, vor allem in seinem Buch: „Aus der Frühzeit des Nordatlantikverkehrs. Studien zur Geschichte der deutschen Schiffahrt und deutschen Auswanderung nach den Vereinigten Staaten bis zum Ende des amerikanischen Bürgerkriegs" (im selben Verlag 1932). Es behandelt den gleichen Zeitraum, die Jahre 1830 bis 1870, aber diesmal den westamerikanischen Handel und Verkehr, und zwar der Nord- und Südhälfte. Seine ergiebigste Fundgrube waren, wie in jenem anderen Buch, die Berichte der hanseatischen Generalkonsuln und Konsuln, auch die zumeist von Hanseaten geschriebenen preußischen Konsulatsbriefe. Das für die USA.-Forschung wichtigste Ergebnis steckt einmal in dem ersten Abschnitt: Die kalifornischen Goldfunde und ihre Bedeutung für die Erschließung des „Far West" und in dem Nachweis, daß die gesamte südliche Westküste, voran Chile und Peru, einen ungeheuren, wenn auch zeitlich beschränkten Wirtschaftsaufschwung durch eben diese kalifornische Entwicklung erhielt. Sodann wird der deutsche Anteil am wirtschaftlichen Erwachen der Westküste von Zentralamerika und Mexiko aufschlußreich nachgewiesen. Nicht zuletzt fällt auch neues Licht auf die Leistungen von deutschen Siedlern und Kaufleuten in Kalifornien und in Mittel- und Südamerika. So ist Wätjens Arbeit ein überaus wertvoller Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der ganzen amerikanischen Westküste, zur us-amerikanischen, ja selbst zur deutschen Geschichte vom hanseatischen Blickfeld aus gesehen. Die hanseatische Pionierarbeit wird ebenso wissenschaftlich überzeugend wie lebendig warm anerkannt: „Auf den von den Hanseaten geschaffenen Außenposten baute das Bismarcksche Reich die Fundamente seiner Weltgeltung auf, und mit Stolz blicken wir Nachfahren auf die gewaltige Arbeit der hanseatischen Pioniere. Sie sind die Bahnbrecher Deutschlands in Übersee gewesen. Ehre ihrem Andenken!"

F. Schönemann

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Im Rahmen der „Studien zur Auslandskunde" liegt nunmehr die erste Lieferung der „Politischen Wissenschaft" vor. Diese periodisch erscheinenden Hefte sind als Organ der Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Teilnehmer der Ausländerkurse des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts zu betrachten. Sie sollen, wie das Geleitwort des Herausgebers, Prof. Six, umreißt, „zu zeigen versuchen, daß die Wissenschaft von der Politik eine echte Wissenschaft ist, indem sie sachlich und exakt, kritisch und systematisch forscht, daß sie zugleich im echten Sinne politisch ist, d. h. daß sie Verantwortung gegenüber den Völkern und der Völkergemeinschaft ... empfindet".

Der Klärung dieser grundsätzlichen Gedanken dient auch die erste der im Heft enthaltenen Studien, „Begriff und Methode der Auslandswissenschaften" von Karl Heinz Pfeffer. Sie weist darauf hin, daß die deutschen Auslandswissenschaften wie alle lebendige Wissenschaft aus den unmittelbaren Bedürfnissen des Lebens entstanden sind, Nachfolgerin der Staats- und Cameralwissenschaften des 18. Jahrhunderts, das noch unberührt vom Streit des spezialisierenden 19. Jahrhunderts um die Frage, ob Geistes- oder Naturwissenschaften, war. Es kann deswegen auch gar nicht ihr Ehrgeiz sein, theoretische Systeme zu durchdenken oder etwa eine genaue Definition des Begriffes „Auslandswissenschaften" zu geben. Vielmehr haben sie die dringliche Aufgabe, bei der geistigen Auseinandersetzung um die Stellung, die Europa in der Welt einnehmen soll und wird, aktiv mitzuhelfen, was allein schon Daseinsberechtigung genug wäre.

Außer dieser einleitenden Studie bringt das Heft zwei weitere Studien: „Der europäische Nationalismus am Scheidewege" von Mihail Manoilescu und „Die Ursachen des Selbständigwerdens der Niederlande" von Hendrik Krekel. Manoilescu sieht den alten Nationalismus in Verbindung mit dem liberalen Gedanken, der Bourgeoisie und dem Kapitalismus, demgegenüber der nationale Gedanke im Nationalsozialismus frei von Liberalismus und Kapitalismus ausschließlich im Interesse der Volksgemeinschaft handeln könne. Von diesem Gedanken ausgehend kommt er vom national-ökonomischen Gesichtspunkt aus zur Forderung des kapitalistische Einzelinteressen ausschaltenden europäischen wirtschaftlichen Großraums. Der Aufsatz dürfte durch seine Problemstellung den Ansatzpunkt für eine fruchtbare Diskussion bilden. Krekel setzt sich mit drei verschiedenen Problemen auseinander: erstens mit der Frage, wie es zur Trennung der Niederlande vom Reich kam; zweitens, wie der Norden sich vom Ganzen der Niederlande löste und ein selbständiger Staat wurde; drittens, welche Form diese nordniederländische Selbständigkeit annahm. Er beschränkt sich sinngemäß auf die Periode des Verfalls der zentralen Macht im Reich, aus der sich die anderen politischen Ereignisse erklären, also auf die Zeit von 1300—1600.

In der zweiten Abteilung „Beiträge" (sie behandeln sachliche Fragestellungen im Gegensatz zu den Studien, die über Grundlagen, Problemstellung, Begriff und Ziel der politischen Wissenschaft handeln sollen) äußern sich Oskar Karstedt zur internationalen sozialpolitischen Diskussion, Giuseppe Lo Verde zur Frage Europa und Amerika und Baronin Klara Apor über das Ungarische Auslandswissenschaftliche Institut Budapest. Das Heft enthält außerdem noch Kurznachrichten, die Raum für Bibliographisches, Personelles usw. bieten, und einen letzten Teil „Aussprache", der für die Leser zur Diskussion über die behandelten Probleme offensteht. Dieser Aufbau wird in jedem Heft der gleiche sein.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8

Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Heinrich Dieckmann, Berlin W 8

Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany

Die Fremdsprachen-Verlag-GmbH. hat es sich zur Aufgabe gestellt, deutsche Art und deutsche Kultur der europäischen Öffentlichkeit näher zu bringen. Zu diesem Zweck hat sie ein Verlagsprogramm von 34 fremdsprachlichen Publikationen entwickelt. Diese Zeitungen und Zeitschriften gehen teils in die neutralen und in die von Deutschland besetzten Länder, teils dienen sie zur Aufklärung und Information für die in Deutschland arbeitenden ausländischen Arbeitskräfte.



FREMDSPRACHEN-VERLAG

GMBH.

BERLIN-CHARLOTTENBURG

Feine Maßarbeit - Konservierung

Reparaturen



K. Pankow & Co.

Feine Pelze

BERLIN C 2

Leipziger Straße 75 (am Dönhoffplatz)

Ruf 16 74 51

Antibolschewistische und

Antijüdische Schriften

★

Neues Europa

★

NS.-Schrifttum

ANTIKOMINTERN-BUCHHANDLUNG

K. J. Albrecht

BERLIN NW 7, Unter den Linden 58

Ruf: 11 21 72

Fordern Sie Bücherliste

Neuerscheinung

ONNI OKKONEN

DIE FINNISCHE KUNST

46 Seiten Text, 193 Seiten Abbildungen

Ganzpappband RM 10,—

In hervorragend technischer Ausführung wird von einem der besten Fachleute, dem Professor Onni Okkonen, ein ausführlicher Einblick in die finnische Malerei, Plastik und Baukunst, wie sie im Laufe der vergangenen Jahrhunderte entstanden ist, gegeben.

Bezug nur durch den Buchhandel

WILHELM LIMPERT VERLAG

BERLIN SW 68

Studien zur Auslandskunde

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut läßt unter dem zusammenfassenden Titel „Studien zur Auslandskunde" Veröffentlichungen erscheinen, in denen die Überlieferung der „Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen" weitergeführt und aufgebaut wird. Von den Studien „Politische Wissenschaft", „Das Britische Empire und USA", „Afrika", „Ostasien" und „Vorderasien" wird jährlich je ein Band von ca. 200 Seiten Umfang in Lieferungen herausgebracht.

Die „Südost-Forschungen" erscheinen als Vierteljahresschrift.

Es erscheinen folgende Veröffentlichungen laufend:

Politische Wissenschaft

Herausgegeben von Prof. Dr. Franz Alfred Six

Das Britische Empire und USA

Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer und Prof. Dr. Friedrich Schönemann

Afrika

Herausgegeben von Prof. Dr. Diedrich Westermann

Ostasien

Herausgegeben von Prof. Walter Trittel und Dr. Walter Donat (Bd. 1 von Prof. Dr. Clemens Scharschmidt)

Vorderasien

Herausgegeben von Prof. Dr. Gotthard Jäschke und Prof. Dr. Hans Heinrich Schaeder

Südost-Forschungen

Herausgegeben von Prof. Dr. Fritz Valjavec



Die

Großen Publikationen

des

Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

A. Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

I. Abteilung: Reich und Europa

II. Abteilung: Europa und das Weltstaatensystem

III. Abteilung: Länderkunde

Die Repräsentativreihe des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts

B. Dokumentationen

I. Dokumente der Weltpolitik

II. Dokumente d. deutschen Politik

III. Dokumente zur Länderkunde

Die Quellen zur Erkenntnis der Reichs-, Europa- und Weltpolitik

C. Handbücher

I. Handbücher zur Auslandskunde
Eine umfassende Darstellung der Lebensgrundlagen der Weltstaaten

II. Handbuch der Politik
Das Grundlagenwerk der politischen Wissenschaften

III. Wörterbuch der Außenpolitik
Das Nachschlagewerk zur außenpolitischen Terminologie

D. Europa-Bibliographie

Das politische Schrifttum zur europäischen Länderkunde

E. Studien zur Auslandskunde

I. Politische Wissenschaft

II. Das Britische Empire und USA

III. Afrika

IV. Ostasien

V. Vorderasien

VI. Südost-Forschungen

F. Sprachenkundliche Lehr- und Wörterbücher

Die Grundlagen für die sprachliche Ausbildung, insbesondere in den orientalischen Sprachen

G. Jahrbuch der Weltpolitik

Der Jahresbericht der deutschen Auslandswissenschaften

H. Zeitschrift für Politik

Die führende Monatsschrift zur Problematik der Europa- und Weltpolitik

Verlangen Sie über die vorstehenden Publikationen Auskünfte und einen ausführlichen Teilprospekt von der Forschungs- und Publikationsabteilung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin SW 68, Charlottenstr. 96